H. P. 1110. a.

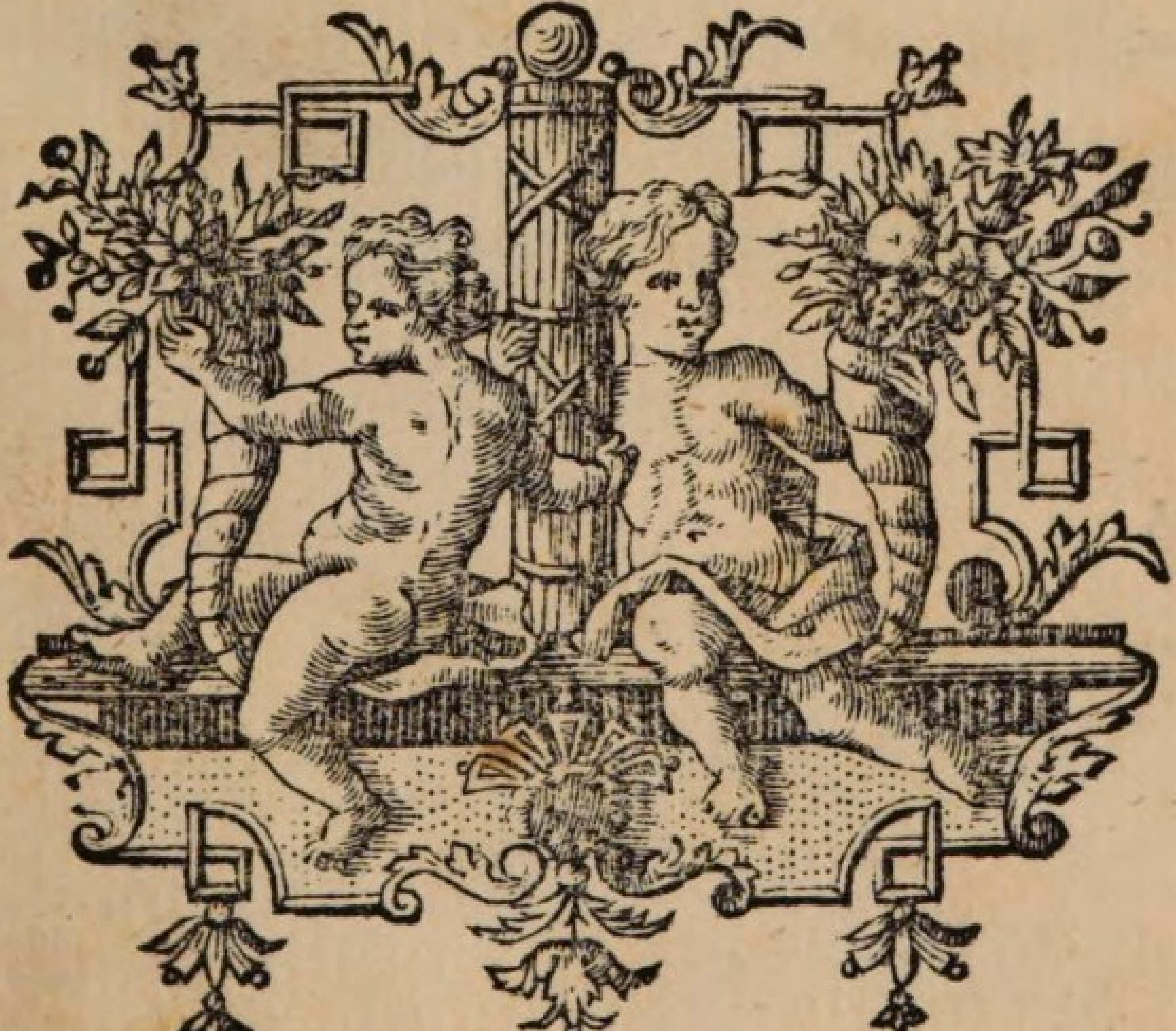
germ. gen. 4444
175 – 8

R

D. Franz Dominicus Häberlins,
Herzogl. Braunſchweig-Lüneburg. Geheimen-Juſtitz-Raths,
erſten Lehrers der Rechte, des teutſchen Staats-Rechtes
und der Geſchichte auf der Julius-Carls-Univerſität
zu Helmſtedt,

Teutſche Reichs-Geſchichte.

VIII. Band.



Halle,
bey Gebauers Wittwe und Joh. Jac. Gebauer. 1774.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Dem

Durchlauchtigſten Fürſten und Herrn,

HERRN,

Ernſt Ludewig

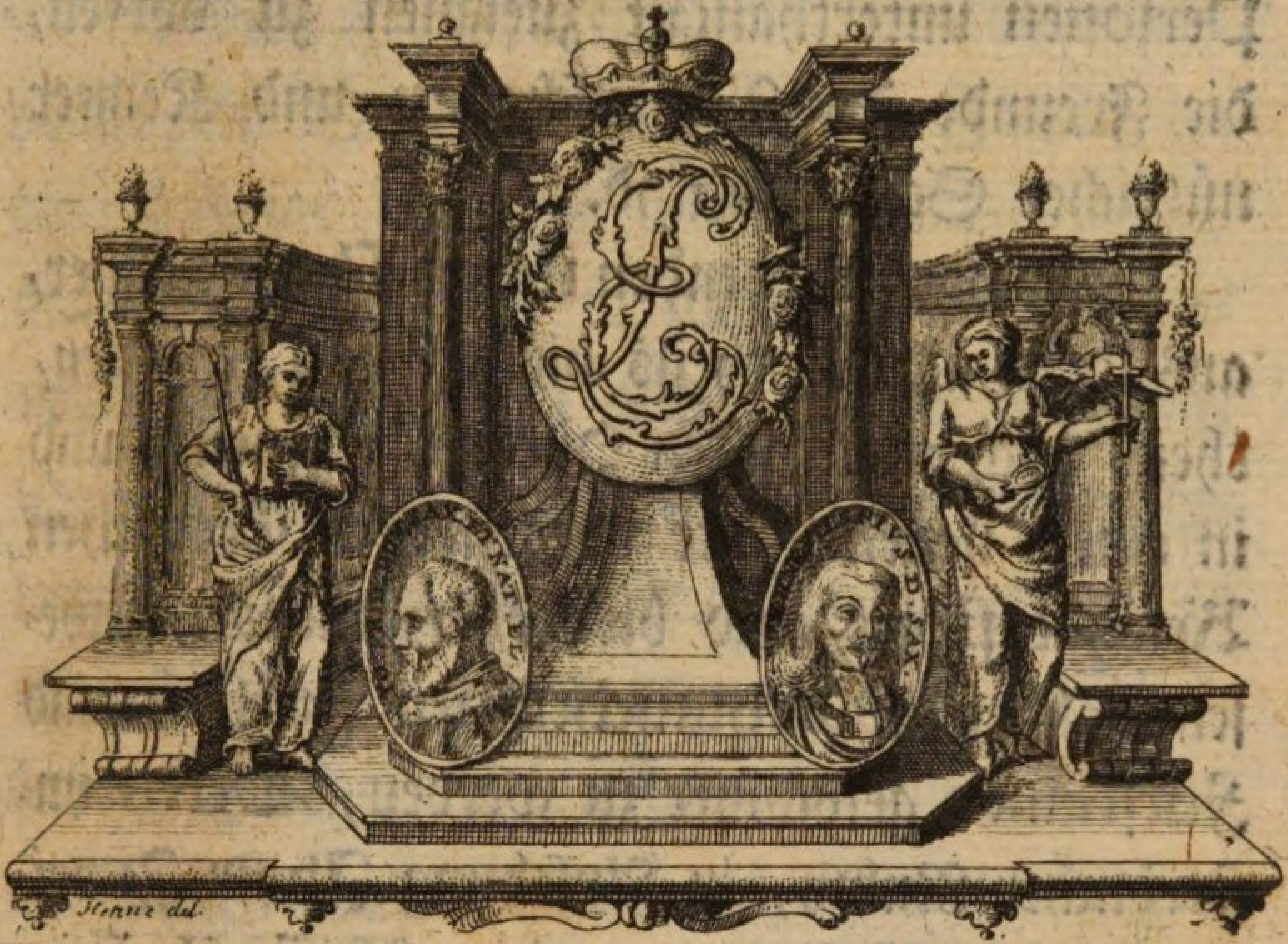
Herzog zu Sachſen,

Jülich, Cleve, Berg, Engern und Weſtfalen, Landgrafen in Thüringen, Marggrafen zu Meiſſen, gefürſteten Grafen zu Henneberg, Grafen zu der Marck und Ravensberg, Herrn zu Ravenſtein und Tonna,

rc. rc. rc.

Meinem

Gnädigſten Fürſten und Herrn.



Durchlauchtigſter Erb-Prinz, Gnädigſter Fürſt und Herr.

Es iſt ein ſchmeichelhaftes Glück für einen Schriftſteller, und eine auszeichnende Ehre für ſeine Schriften, wenn er es wagen darf, die Früchte ſeines öffentlichen Fleiſſes, und die Arbeiten durchſtudirter Stunden ſolchen erhabenen Per-

Perſonen unterthänigſt zueignen zu dörfen, die Freunde der Wiſſenſchaften und Kenner nützlicher Schriften ſind.

Die vorhergehenden ſieben Theile meiner, aus ihren ächten, theils bisher ſchon genutzten, theils noch ungenutzten Quellen, gezogenen und in einem neuen Lichte vorgeſtellten Teutſchen Reichshiſtorie ſind bisher ſo glücklich geweſen, ſolchen Durchlauchtigſten Fürſten und Fürſtinnen gewidmet zu werden, Deren unſterblicher Ruhm, in Anſehung Ihrer Zuneigung und Beförderung der Wiſſenſchaften, und Ihrer leutſeeligen Gnade gegen die Gelehrten ſchon längſt entſchieden iſt; Die Selbſt Freunde einer gründlichen Gelehrſamkeit ſind, in Ihren Nebenſtunden ſich mit den beſten Schriften älterer und neuerer Zeiten vertraulich unterhalten, und den Werth derſelben zu beurtheilen, zu ſchätzen wiſſen.

Ein gleiches Glück und eine gleiche Ehre wiederfährt nun auch dem achten Bande meiner Reichsgeſchichte, da ſelbiger mit dem erhabenen Namen des Durchlauchtigſten Erb-Prinzens von Sachſen-Gotha geſchmückt im Publikum erſcheinen darf.

Ewr.

Ewr. Hochfürſtlichen Durchlaucht haben von Höchſt-Dero erſten Jugend an eine feuerige Neigung von ſich blicken laſſen, gründliche Käntniſſe in allen Arten der ſchönen und ernſthaftern Literatur zu erlangen. Durch die beſten und geſchickteſten Lehrer geleitet, und durch Höchſteigenes ſcharfſinniges Nachforſchen zur Vollkommenheit geführt, haben Höchſt-Dieſelben in allen Theilen der Wiſſenſchaften ſolche ausgebreitete Einſichten erlangt, daß Teutſchland auf Ewr. Hochfürſtlichen Durchlaucht, als auf einen Seiner gelehrteſten Fürſten, mit Recht ſtolz ſeyn kan. Selbſt entfernte Völker, in deren Ländern Ewr. Hochfürſtlichen Durchlaucht, auf Höchſt-Dero Reiſen, erhabene Käntniſſe zu bereichern geſucht haben, bewunderten einen jungen Prinzen von Teutſchland, Deſſen hohes Genie und Wiſſenſchaften jede Erwartung übertraffen.

Beſonders haben Ewr. Hochfürſtlichen Durchlaucht dem Staatsrechte und der

Geſchichte unſers Teutſchen Reichs, als einer lehrreichen Schule der Fürſten, einen vorzüglichen Werth und Achtung ertheilt. Um ſo mehr alſo darf ich für dieſen Theil meiner vollſtändigen Reichshiſtorie eine huldreiche Aufnahme hoffen, da derſelbe ein ſyſtematiſches hiſtoriſches Staatsrecht unſers Vaterlandes im mittlern Zeitalter enthält. Die Schilderung deſſelben entdeckt uns die erſte Spuren, den Anfang und Fortgang unſers heutigen Staatsrechtes. Verſchiedenes iſt noch itzo nicht anders, als wie es ſchon vor einigen Jahrhunderten war; vieles hingegen hat merkwürdige Veränderungen erlitten. Eine Vergleichung dieſer alten und der itzigen neuen Staatsverfaſſung von Teutſchland giebt das Vergnügen einer angenehmen Unterhaltung.

Die mühſamen Stunden, welche ich auf dieſen Entwurf des, bisher noch nicht bearbeitet geweſenen, mittlern Teutſchen Staatsrechtes verwandt habe, werde ich dadurch

reichlich

reichlich belohnt erkennen, wenn dieſer Abriß Ewr. Hochfürſtlichen Durchlaucht, als des beſten Kenners höchſten Beifalls wird gewürdiget werden.

Der Seegen aber des HERRN, der auf der Durchlauchtigſten Nachkommenſchaft eines ſtandhaften Bekenners des Evangeliums, eines großmüthigen Johann Friedrichs, und eines gottesfürchtigen Ernſts des Frommen, ſeit Jahrhunderten her, als ein Erbgut glänzet, verbreite und vermehre ſich über Ewr. Hochfürſtlichen Durchlauchten, Höchſt-Dero Durchlauchtigſten Frau Gemahlin, und Durchlauchtigſten Hochfürſtlichen Hauſes geheiligte Perſonen. Noch lange ſehe der itzige Durchlauchtigſte Sächſiſche Neſtor und Salomon, **Friedrich der Dritte**, den Flor Höchſt-Seines geſeegneten Hauſes, und Höchſt-Seiner blühenden Staaten!

Mit

Mit dieſen treueſten Wünſchen, und unter devoteſter Empfelung zu Ewr. Hochfürſtlichen Durchlaucht höchſten Huld und Gnade, erſterbe ich in tiefſter Erniedrigung,

Durchlauchtigſter Erb-Prinz,
Gnädigſter Fürſt und Herr,
Ew. Hochfürſtlichen Durchlaucht,

Helmſtedt,
den 20. April, 1771.

unterthänigſter und gehorſamſter Diener,
D. Franz Dominicus Häberlin.

Vorrede.

Mit dieſem achten Bande Meiner vollſtändigern Teutſchen Reichshiſtorie, oder, wie ſie nun einmal, nach dem genommenen Plan meines Herrn Verlegers, heiſſen mus: Auszuges aus der Neuen allgemeinen Welthiſtorie, beſchlieſſe ich die mittlere Reichsgeſchichte. Ehe ich nun aber von der Einrichtung dieſes achten Theils, und von der weitern Fortſetzung dieſes Werkes das nöthige bemerke; ſo will ich erſt einige Erläuterungen und Beantwortungen über diejenige Punkten voraufſchicken, welche, bey der, ſeit dem November des vorigen Jahrs, geſchehenen Recenſion der ſechs erſten Bände meines Auszuges in den Göttingiſchen Anzeigen von Gelehrten Sachen, ſind gemacht worden, und in Anſehung deren der Herr Recenſent mit mir nicht einerley Meinung iſt.

Mir iſt unbekannt, von welchem der verſchiedenen berühmten Mitarbeiter an den Göttingiſchen gelehrten Anzeigen dieſe Recenſionen herrühren; ich erkenne aber aus ſolchen einen der Sachen gründlich kundigen Gelehrten, der mein Buch mit einer forſchenden Aufmerkſamkeit, nicht blos durchblättert, ſondern durchgeleſen hat. Und dieſes vermehret meine Liebe und Hochachtung gegen den mir unbekannten Herrn Recenſenten, dem ich hiemit, für ſeine fleißige Mühe, nicht nur in meinem, ſondern auch in des Publikums Nahmen danke. Dann auch dieſes wird von den gemachten Erinnerungen, und meinen darüber zu ertheilenden Erläuterungen Vortheile haben, indem verſchiedenes dadurch mehr wird berichtiget, und die Wahrheit befeſtigt werden. Da ich niemals für meine Meinungen ſo eingenommen geweſen bin, daß ich geglaubt hätte, meine Pflicht und Ehre erfordere es, dasjenige, was ich einmal geſchrieben, jederzeit auch hartnäckig zu vertheidigen; ſo werde ich Meinem Herrn Recenſenten allemal, ſo oft ich überzeugt bin, geirrt zu haben, ohne allen Rückhalt Recht geben, und mein begangenes Verſehen aufrichtig geſtehen. Im Gegentheil aber, und wenn ich, wenigſtens itzo noch, verſichert bin, daß ich nicht gefehlt habe, wird mir auch nicht verdacht werden können, wenn ich meine Meinung, oder meine Worte zu vertheidigen ſuchen werde. Eben der Gelehrten anſtändige Ton, welcher bey der Anzeige meiner würklichen, oder nur ſcheinbaren, oder wohl gar nur vermeintlichen Irrungen von meinem Herrn Recenſenten beobachtet worden, wird auch in meinen Erläuterungen und Antworten ſich zeigen. Und gleichwie ich mich, durch die gemachten Einwürfe und Erinnerungen gar nicht beleidigt gefunden habe; alſo trage ich auch zu der Gemüthsbilligkeit meines unbekannten Herrn Recenſentens um ſo

mehr

mehr das Vertrauen, daß ihm meine Antworten nicht mißfallen werden, da ich, aus deſſen ſehr günſtigen allgemeinen Beurtheilung meines Werkes, nicht unbillig auf deſſen freundſchaftliche Geſinnungen gegen mich urtheilen muß. Doch ohne weitere Umſchweiffe zur Sache ſelbſt!

Der erſte Band Meines ſogenannten Auszuges wird im 142. Stücke der Göttingiſchen Anzeigen von gelehrten Sachen im vorigen Jahr 1770., von der S. 1271. bis zur S. 1274. angezeigt, und folgendes dabey als Kleinigkeiten, wo ich mich nicht beſtimmt genug ausgedruckt zu haben ſcheine, erinnert: 1) heißt es: „So würden wir z. E. S. 239. „(im 1. Theil des Auszuges ꝛc.) den Ecbert nicht „Markgraf von Thüringen, ſondern von Meiſſen „genannt haben.„ Allein hätte ich dieſes gethan; ſo würde ich würklich einen Fehler begangen haben, anſtatt daß Marggraf Ecbert von mir im Auszuge ꝛc. ſeinen rechten Titel bekommen hat. Dann daß ſein Vater Ecbert der *I.* von K. Heinrich dem *IV.* würklich zum Marggrafen von Thüringen beſtellt worden, und jener ſeinem noch unmündigen Sohne die Nachfolge in dieſer Marggrafſchaft vom Kayſer ausgewürkt habe, iſt, nach den Zeugniſſen des LAMBERTI SCHAFFNABVRGENSIS, und ANNALISTAE SAXONIS, ad *aa. 1067.* et *1068.*, unſtreitig. Und Ecbert der *II.* kam auch im J. 1068., nach ſeines Vaters Ableben, zur Erbfolge in der Marggrafſchaft Thüringen. Hingegen beſaß damals Dedo die Marggrafſchaft Meiſſen, welche, nach ſeinem im J. 1075. erfolgtem Abſterben, K. Heinrich der *IV.* dem H. Vratislaus von Böhmen gab. Es hat nun zwar gleich das Jahr darauf Marggraf Ecbert der *II.* ſich der Marggrafſchaft Meiſſen zu bemächtigen geſucht; aber es iſt noch ungewis: ob für ſich ſelbſt, oder ob nicht vielmehr für den jungen De-

do, des verſtorbenen Marggrafens Dedo Sohn. Da nun ferner nicht zu erweiſen iſt, daß Marggraf Ecbert der *II.* die Marggrafſchaft Meiſſen würklich, ruhig, bis an ſeinen Tod, und mit Bewilligung des Kayſers beſeſſen habe; ſo habe ich geglaubt, ſicherer zu gehen, wenn ich ihn einen Marggrafen von Thüringen, wozu ihn der Kayſer beſtellt hatte, nennen würde. Man kan die Richtigkeit meiner Meinung weiter ausgeführt, und aus den Quellen erwieſen finden: in Io. Ge. REINHARDI *Antiquitat. Marchionatus Thuringici;* (Dreſenae, 1713. 4.) §. 22. p 51. ſqq und Frid. *Wideburgii Origg. et Antiquitat. Marggraviat. Miſnici;* (Halae, 1734. 4.) §. 16. et 17. p. 100. ſqq. Cf. MASCOVII *Comm. de reb. I. R. G. ſub. Henr. IV. et V., L. I. n. 11. p. 21. ſqq.* et *n. 26. p.* 46. *ſq* et *L. II. n. 6. p. 64. nota 7;)* ingleichen: I. P. *Reinhardi Exercitatt. II.* de *Ecberto Anti-Caeſare;* Erlangae, 1752. 8.

Der 2) Erinnerung, daß es nehmlich, ſtatt des, S. 205. und 315., gebrauchten Ausdruckes: „K. „Heinrich der *IV.* ſey im J. 1065. wehrhaft gemacht „worden; vielleicht mit mehrerm Grunde heiſſen ſolte: „er habe den Ritterſchlag oder die ritterliche Würde „erhalten,„ will ich gerne beypflichten. Ich hätte mich wenigſtens auf ſolche Art beſtimmter, und manchen Leſern verſtändlicher ausgedruckt. Indeſſen wird ein der Sachen auch nur ein wenig kundiger Leſer bald merken können, was ich eigentlich, durch das Wehrhaft machen, habe anzeigen wollen. Der gleichzeitige CONTINVATOR des HERMANNI CONTRACTI ſchreibt *ada* 1065: HENRICHVS *Rex* - - - *Wormatiae* - - ACCINCTVS EST GLADIO, *anno regni ſui IX., aetatis autem ſuae XIIII.* Bey dem BERTOLDO CONSTANTIENSI trift man faſt eben dieſe Worte an, ſie ſtehen aber unrichtig ſchon beym J. 1064. Und bey dem LAMBERTO SCHAFFNABVRGENSI

heißt

heißt es *ad a.* 1065: - - - *Wormatiae* - - - - *per conceſſionem eiusdem Archiepiſcopi,* (*ſcil* ADALBERTI *Bremenſis*) *primum ſe Rex* (HENRICVS) AD ARMA BELLICA SVCCINXIT etc. Es konnte auch K. Heinrich der *IV.*, ungeachtet ſeiner Jugend füglich zum Ritter geſchlagen werden, da er, ſchon das Jahr vorher, ſein *primum tirocinium militare*, im ungariſchen Feldzuge, abgelegt hatte.

So willfährig ich hier meinem Herrn Recenſenten Recht gegeben habe; ſo wenig kan ich bey der 3) Anmerkung ſeiner Meinung ſeyn. Er ficht nehmlich meinen, auf der S. 315., behaupteten Satz an: „daß, währender Minderjährigkeit des Königs die „Mutter oder Großmutter, vermöge des Reichs„herkommens, die Vormundſchaft und Regierung „geführt habe.„ Es glaubt aber mein Herr Recenſent: „daß man es deswegen nicht wohl ein Reichs„herkommen möchte nennen können, theils weil nur „der einzige Fall von der K. Agnes in dieſem Ab„ſchnitte vorkomme, theils weil eben dieſe Prinzeßin „die Regierung blos durch den freywilligen Auftrag „der Reichsſtände erhalten, wie ich ſelbſt, auf der „S. 194., aus dem Lambert von Aſchaffenburg dar„gethan hätte. Dann zu einem Reichsherkommen „würden mehrere Fälle erfordert, bey denen man „für nothwendig halte, ſich nach vorhergehenden ähn„lichen Beyſpielen zu richten.„

Dieſen letztern Satz räume ich dem Herrn Recenſenten völlig ein, wie auch einen der vorhergehenden, daß nehmlich in dieſem Periodus nur das einige Exempel von der K. Agnes vorkomme. Ein anderes kan in dieſem Abſchnitte vor K. Heinrich dem *IV.* ſich uns nicht darſtellen, weil er ja der erſte König dieſes Periodus iſt; allein wir haben doch Beyſpiele aus den vorhergehenden Zeiten. Wie Heinrich der *IV.* ſeinem Vater auf dem teutſchen

Throne folgte, waren noch nicht viele Jahre über zwey Jahrhunderte verſtrichen, daß Teutſchland erſt ein eigenes unabhängiges Königreich worden war. In dieſer Zeit hatten ſich nur drey, oder wohl eigentlicher, nur zwey Fälle ereignet, daß ein noch nicht volljähriger Monarch der Nachfolger ſeines Vaters geweſen. Es geſchah ſolches nach dem Ableben Arnulfs, Ottens des *I.* und des *II.* Nach K. Arnulfs Tode, und bey der Thronbeſteigung ſeines Sohnes Ludewigs, war keine königliche Mutter und Großmutter vorhanden, welcher die Vormundſchaft und Regierung, während der Minderjährigkeit des jungen Königs, hätte können aufgetragen werden. Allein wie K. Otto der *I.* ſtarb, ſo führte ſeine hinterlaſſene Gemalin Adelheid noch eine geraume Zeit die Regierung mit ihrem Sohn K. Otten dem *II.*, ungeachtet dieſer damals ſchon ein Herr von 18. bis 19. Jahren war. ODILO in *Vita Adelheidis*, *cap.* 4., in CANISII *Lection. ant.*, *T. III*, *P. I. p.* 75., edit. Baſnag. ſchreibt ausdrücklich: *Poſtquam Auguſtiſſimus* OTTO (I.) *univerſae carnis ingreſſus eſt viam*, (ADELHEIDIS) *Auguſto cum filio* (OTTONE II.) *Romani Imperii feliciter diu gubernavit Monarchiam.* K. Otten dem *II.* folgte in der Regierung ſein dreyjähriger Sohn Otto der *III.* Und führte nicht über ihn verſchiedene Jahre anfangs ſeine Mutter die K. Theophania, und nach ihrem Tode ſeine Großmutter, die erſtgedachte K. Adelheid, die vormundſchaftliche Regierung? Nachher hat ſich bis zur Thronbeſteigung des minderjährigen Heinrichs des *IV.* nicht wiederum ein ähnlicher Fall ereignet. Solten nun dieſe Beyſpiele nicht zum Grunde eines Reichsherkommens in einem erſt zweyhundertjährigen Reiche haben dienen können? Zumal da kein gegenſeitiges Exempel vorhanden iſt, ſo oft nehmlich eine kayſerliche Mutter oder Großmutter in ſolchem Falle am Leben war.

Es

Es iſt zwar an dem, daß ich ſelbſt, auf der S. 194., geſagt habe, daß die K. Agnes, die Regierung durch einen Auftrag der **Reichsſtände** erhalten habe. Aber die in der **Recenſion** beygefügte Wörter: **bloß durch den freywilligen** Auftrag ꝛc., finden ſich auf der S. 194. nicht; durch ſelbige inzwiſchen wird meinen gebrauchten Worten ein ganz anderer und ausſchlieſſender Verſtand gegeben. So hingegen, wie ich die Worte geſetzt habe, kan ein **Reichsherkommen** und ein **Auftrag** der **Reichsſtände** ganz wohl neben einander beſtehen. Jenes hatten nehmlich die **Reichsſtände** vor Augen, und legten es zum Grunde, wie ſie der K. Agnes die **vormundſchaftliche Regierung** auftrugen. Indeſſen muß ich bey der Gelegenheit aufrichtig geſtehen, daß der von mir angeführte **Lambert** von Aſchaffenburg nicht einmal bezeuge, daß die K. Agnes die Regierung durch den **Auftrag** der **Stände** erhalten habe. Seine Worte ſind nehmlich blos folgende: *Regnum pro patre* (HENRICO III.) *obtinuit filius eius*, HEINRICVS (IV.) *quinque annorum infantulus* - - - - *Summa tamen rerum*, *et omnium*, *quibus facto opus erat*, ADMINISTRATIO PENES IMPERATRICEM *remanſit* etc. Ich habe den BRVNO in den Gedanken gehabt, und ſtatt ſeiner den LAMBERTVM angeführt. Jener giebt uns von dem geſchehenen **Auftrage** Nachricht, wenn er nemlich *de Bello Saxonico*, gleich zu Anfang ſchreibt: *Poſtquam* HEINRICVS (III.) *Imp. ab hoc ſaeculo felici morte migravit*, *filius eius* HEINRICVS QVARTVS - - - *regnum Patris* - - - *ſuſcepit. Quod quum adhuc decenter*, *utpote puerulus quinquennis*, *gubernare non potuit*, *ipſum cum regni cauſa curandum*, CVNCTORVM IVSSV PRINCIPVM MATER *ipſius* AGNES *venerabilis Imperatrix accepit.*

Die 4) Erinnerung betrift meine auf der S. 360., geäuſſerte Meinung: „daß Irnerius, auf Verlangen der Gräfin Mathildis, die Römiſche Rechte „zu Bologna zu lehren angefangen habe.„ Mein Herr Recenſent glaubt, daß ich mich hierunter irre, da ich dieſes dem Abt von Urſperg nachgeſchrieben, indem nehmlich Irnerius erſt nach der Gräfin Mathildis Tod das Römiſche Recht zu Bononien getrieben hätte, und überdem Bologna der Gräfin nicht unterwürfig geweſen wäre. In Anſehung des leztern bin ich mit dem Herrn Recenſenten einverſtanden; ich habe aber auch nirgends geſagt, daß Bononien der Gräfin Mathildis unterwürfig geweſen. Aber dem ungeachtet kan doch der Irnerius, auf der Gräfin bittliches Verlangen, das Römiſche Recht auf der Bononiſchen hohen Schule gelehrt haben. In dem *Argumento chronologico Hiſt. Bononienſis*, welches vor des SIGONII *Hiſt. Bonon.* inter EIVS *Opp.* a *Phil.* ARGELATO edita, ſtehet, *T III. pag. 3.*, heißt es *ad a. 1102:* IRNERIVS, *Philoſophiam Bononiae docens*, MATHILDIS ROGATV, PANDECTAS INTERPRETARI COEPIT, *et primus gloſſas in eas ſcripſit.* Die Stelle des Abts von Urſperg aber, auf welche ich meine Meinung gebauet, haben ſowohl der DONATVS ANTONIVS ASTENSIS in *Op.* de *uſu et auctoritate Iuris civilis*, als auch vornehmlich MVRATORIVS in *Antiquit. Ital. medii aevi, T. III. Diſſ.* 44. *p.* 885. *ſqq.*, gründlich gerettet und vertheidigt. Und ich bin verſichert, daß mein Herr Recenſent, wenn ihm belieben wird, dieſe Schriften nachzuleſen, meiner Meinung beypflichten werde.

Was endlich noch die 5) Anmerkung über die, S. 361., befindliche Stelle anbeiangt, wo ich geäuſſert habe: „K. Heinrich der V. habe die Kaufleute „freygelaſſen;„ ſo hat der Herr Recenſent vollkommen Recht, wenn er ſagt: „daß es eine ſchlechter-

„dings

„dings unerweisliche Sache ſey, daß die Kaufleute „jemals, im mittlern Alter, Knechte oder Leibeigene „geweſen.„ Ich habe mein irriges Vorgeben aus dem, auf der S. 362. in der Note 3), angeführten Herrn von Pfeffel genommen, der ſich auf Lehmanns Speyeriſche Chronick bezieht. Aber bey genauerer Unterſuchung und Prüfung des Pfeffelſchen Vorgebens finde ich ſolches nicht gegründet.

Der *II.* Band meines Auszuges wird in dem 145ſten Stücke der Göttingiſchen Anzeigen von Gelehrten Sachen, im vorigen J. 1770., von der S. 1265. bis zur S. 1269., recenſirt. Anfangs wird erinnert: 1) „daß ich, auf der S. 192. u. ff., die Spie„gel mit Recht als fürtrefliche Quellen des mittlern „Staatsrechts anführe, aber den Senkenbergiſchen „Hypotheſen, in Anſehung ihres Alters und Anſe„hens, ohne genugſame Prüfung, allzuviel nachge„gangen zu ſeyn ſcheine.„ Daß ich den Senkenbergiſchen Hypotheſen gefolgt bin, will ich gar nicht läugnen, ob es aber ohne genugſame Prüfung geſchehen ſey, wie es dem Herrn Recenſenten ſcheint, kan ich beſſer, als er, wiſſen. Ich habe in den Meinungen des hochſeeligen Freyherrns von Senckenberg, meines beſtändigen groſſen Gönners, viel richtiges, viel erwieſenes, und viel höchſtwahrſcheinliches angetroffen, wovon der Beweis vielleicht noch verborgen liegt, und erſt von der Nachwelt, oder durch einen ungefähren Zufall, entdeckt werden möchte. Es iſt bekannt, wie heftig manche von einigen berühmten Männern vorgetragene, und wider die angenommene gemeine Meinungen ſtreitende paradoxe Sätze ſind angefochten worden, deren Richtigkeit hernach dannoch, durch aufgefundene und verborgen gelegene Urkunden, auſſer allen Streit geſetzt worden iſt. Wer weiß, was für ein günſtiges Schickſal den Senkenbergiſchen Hypotheſen auch noch für

das künftige vorbehalten iſt? Aber freilich, wer der gegenſeitigen, itzo noch herrſchenden, Meinung beygethan iſt, wird vorerſt noch immer anders denken. Und es würde alſo eine vergebliche Arbeit, und unnütze Ausſchweiffung ſeyn, dasjenige, was in dieſer Sache pro et contra diſputirt worden, hier wieder aufzuwärmen und zu wiederholen. Man kan ſolches bey denen, in der Note v) auf der 196. u. f. S., angeführten Schriftſtellern, und auch noch bey andern mehr nachleſen. Wenigſtens enthalten die Senkenbergiſchen Gedanken keine ſchädliche und gefährliche Irrthümer; mithin am beſten iſt, daß man nach der, in der gelehrten Republik, billig herrſchenden Freyheit, einen jeden bey ſeiner Meinung laſſe.

2) heißt es: „ob der Reichsabſchied vom J. „1235. würklich in deutſcher Sprache abgefaßt ſey? „wie S. 198. behauptet wird, iſt noch ſehr proble„matiſch.„ Auch hier wird am beſten ſeyn, daß man eben deswegen, weil dieſer Satz noch ſehr problematiſch ſeyn ſoll, einem jeden frey laſſe, zu glauben, was er will. Ich aber bin von meiner behaupteten Meinung vorerſt überzeugt. Und ſo möglich es geweſen, daß dem Conring, vor hundert und mehr Jahren, ein Original des von K. Rudolfen dem *I.*, im J. 1281., auf dem Reichshofe zu Maynz, in teutſcher Sprache publicirten Landfriedens in die Hände gefallen, welches noch itzo auf der fürſtlichen Bibliothek zu Wolfenbüttel einem jeden kan gezeigt werden; S. die Note g) auf der S. 76. u. f. dieſes *VIII.* Bandes des Auszuges ꝛc. Eben ſo möglich iſt es, daß noch einmal von ohngefähr auch ein Original in Teutſcher Sprache vom Maynzer Reichsabſchied des J. 1235., irgendswo in einem Reichsſtändiſchen Archive aufgefunden wird. Diejenige, welche dergleichen Archiven vorgeſetzt ſind, würden ſich ein beſonderes Verdienſt machen können,

wenn

wenn ſie darnach forſchten, und eine etwa gemachte Entdeckung bekannt machten.

Was ferner 3) wider meine auf der S. 204. (nicht: 304.) vorgetragene Meinung erinnert wird, „daß nehmlich die Eroberung von Preuſſen und Lief„land nicht als eine Erweiterung der Reichsgrän„zen in daſigen Gegenden anzuſehen ſeyn möchte,„ erfordert eine weitläuftigere Beantwortung, als der enge Raum einer Vorrede geſtattet. Ich will mich daher nur auf die daſelbſt, in der Note g), angezeigte und nachgewieſene Schriftſteller beruffen, und dieſes einige hinzufügen, daß ſowohl der Kayſer und die Reichsſtände, als auch der Teutſche und Schwerdtbrüder-Orden vormals müſſen dafür gehalten haben, daß Preuſſen und Liefland zum Teutſchen Reiche gehöre, weil nehmlich die beiden Orden, bey ihren Bedrückungen von den Pohlen und Moscowitern, bey dem Reiche um Hülfe angeſucht, und dieſes ſich hiezu willfärig erklärt hat. Wären alſo Preuſſen und Liefland mit dem Teutſchen Staatskörper nicht genauer verbunden geweſen; ſo hätten ja der Kayſer und das Reich nicht nöthig gehabt, ſich der beiden Orden wegen dieſer Länder anzunehmen, und ihnen Hülfe zu verſprechen, ob ſie gleich nachher nicht würklich erfolgt iſt. Ein mehreres wird noch nachher, bey Gelegenheit der 5ten Anmerkung vorkommen.

Bey dem 4) Einwurfe, den mir mein Herr Recenſent gemacht hat, muß ich ſeine eigene Worte herſetzen, weil verſchiedenes darauf zu antworten iſt. Sie lauten folgender maſſen: „Was S. 259. u. f. „von dem Reichsvicariate, bey erledigtem Throne, „geſagt wird, läßt ſich nicht behaupten. Vor K. „Carl *IV.* muſte jeder Landesherr ſelbſt in ſeinem Ge„biete für die Erhaltung der Ruhe ſorgen; und an „Reichsverweſer war gar nicht zu denken. Die „Stellen

„Stellen der Alten, ſo wie die Rechtsbücher, welche „Sachſen oder Pfalz dieſes Recht beylegen, reden „blos von einer Statthalterſchaft bey des Kaiſers „Abweſenheit; welche man vielleicht hie und da wei„ter ausgedehnt haben mag.„

Zuförderſt muß ich bey dieſem Einwurfe erinnern, daß ich meine Meinung von dem in dem Schwäbiſchen Periodus den Häuſern Pfalz und Sachſen zu Theil gewordenen Reichsvikariate bey erledigtem Kayſerthrone nur als eine wahrſcheinliche Muthmaſſung vorgetragen habe, wie meine Worte auf der S. 259. im *II.* Bande des Auszuges ꝛc. klar bezeugen. Und dafür gebe ich ſelbige auch itzo nur noch aus; ja in Anſehung Sachſens will ich ſie allenfalls blos auf den Fall der Abweſenheit des Kayſers oder Römiſchen Königs einſchränken. Wenn aber mein Herr Recenſent behaupten will, „daß vor K. Carln dem *IV.* an Reichsverweſer, „(nehmlich bey erledigtem Throne,) gar nicht zu „denken ſey, indem ein jeder Landesherr ſelbſt in „ſeinem Gebiete für die Erhaltung der Ruhe hätte ſor„gen müſſen;„ ſo kan ich ihm hierinnen unmöglich beypflichten. Ich wünſchte, daß er wenigſtens den letztern Satz nur einiger maſſen erwieſen hätte, nehmlich daß in ſolchem Falle ein jeder Landesherr gleichſam der Vikarius in ſeinem Gebiete geweſen. Mir iſt hievon nichts vorgekommen, ſo dieſe Meinung begründen könnte. Wohl aber habe ich bey dem alten Ottokar Horneck in ſeiner Oeſterr. Rheimchronick, *cap. 543. p. 513.*, gefunden, daß nach K. Rudolfs des *I.*, Abſterben viele dafür gehalten, daß die ſämtlichen vier weltlichen Churfürſten zur Reichsverweſung berechtigt wären.

Hiernächſt iſt wenigſtens das Pfälziſche Reichsvikariat in einem Interregnum älter, als die G. B. Dann K. Rudolf der *I.* ſagt in der, in der Note e)

auf

auf der S. 260. des *II.* Bandes des Auszuges 2c., angeführten Urkunde ausdrücklich: -- *cum* --- *Princeps magnificus*, --- *Comes Palatinus Rheni*, *Dux Bawariae*, *inter alias ſuorum Principatuum praerogativas* HOC INSIGNE IVS *habeat* AB ANTIQVO, *quod* VACANTE IMPERIO, *Principatus*, *terras*, *poſſeſſiones et alia iura Imperii cuſtodire debeat*, *et ſinceritate debita conſervare*, *quousque Romano Imperio ſit proviſum* etc. Was iſt aber dieſes anders, als ein Reichsvikariat währendem Interregnum? und hatte der Pfalzgraf am Rhein, ſelbſt nach dem Zeugnis K. Rudolfs des *I.*, dieſes INSIGNE IVS ſchon AB ANTIQVO; ſo kan deſſen erſter Anfang billig in den Schwäbiſchen Periodus geſezt werden. Ja auch in K. Ludewigs des *IV.* bekannten Conſtitution, die er auf dem Frankfurtiſchen Reichstage im J. 1339. publicirt hat, und ich in dieſem *VIII.* Bande des Auszuges 2c., auf der S. 115. in der Note x), angeführt habe, heißt es mit klaren Worten: LONGA -- *et approbata* CONSVETVDINE, *inconcuſſe* A MAIORVM ORDINATIONE *hactenus* OBSERVATA, VACANTE IMPERIO, IVS ADMIMISTRANDI IMPERII IVRA, *feuda conferendi et negotia caetera diſponendi*, PALATINO RHENI DEBETVR. Mithin muß ja das Pfälziſche Reichsvikariat ſchon lange vor der G. B. exiſtirt haben. Im Schwäbiſchen Lehenrecht, *cap.* 42. *§.* 8., ſtehet: „die „Recht (der Reichsverweſung) hant die zween „Herren (Pfalz und Sachſen), ſo das Rich ſon „Kunig (iſt.)„ Ich überlaſſe nun dem Urtheil des Publicums; ob mein behaupteter Saz richtig ſey, oder nicht?

5) Soll, nach meines Herrn Recenſentens Meinung, „eben ſo wenig ſich behaupten laſſen, was ich „S. 268. geſagt habe, daß K. Friedrich der *II.* dem „Teutſchen Orden die Reichsſtandſchaft ertheilet, „oder

„oder der Schwerdtträgerorden zu den geiſtlichen „Reichsſtänden gerechnet worden ſey.„ Was nun erſtlich den Teutſchen Orden anbelangt; ſo gründete ich meine Meinung von der demſelben, durch K. Friedrich den *II.*, verliehenen Reichsſtandſchaft auf die verſchiedene Privilegien, welche der Orden von dieſem Kayſer erhalten hat, und die man beym Venator, Lünig, Duellius und andern, an den angeführten Orten, nachleſen kann. Aus ſelbigen gehört vornehmlich hieher das Privilegium K. Friedrichs des *II.* vom J. 1214., worinnen er dem Teutſchen Orden geſtattet, daß er ſeine Beſitzungen mit Reichslehen vermehren könne, ſo er nachmals im J. 1223. erneuert und beſtätigt hat. Jngleichen ein anderes vom J. 1221., worinnen der Kayſer den Orden in ſeinen beſondern Schutz aufnimt, und denſelben von allen Auflagen durch das ganze Reich befreyet. Hauptſächlich aber iſt die kayſerliche Urkunde vom J. 1226. wohl zu bemerken. Dann da der damalige Teutſche Ordensmeiſter, Hermann von Salza für ſich allein Bedenken trug, den Antrag und die Schenkung H. Conrads von Maſovien anzunehmen; ſo brachte er die Sache erſt an unſern K. Friedrich den *II.* Dieſer gab nun hiezu nicht nur die Erlaubnis, und beſtätigte die Schenkung des H. Conrads, ſondern er erlaubte auch dem Orden, alles den unglaubigen Preuſſen abzunehmende Land künftig als Reichslande, unter kayſerlichem Schutze, zu beſitzen. Beſonders verdienen die Worte dieſer kayſerlichen Beſtätigung, (in Lünigs R. A. *T. XVI.* vom T. u. J. O., *n.* 4. *p.* 5. *ſq.*,) wohl erwogen zu werden, wenn es daſelbſt heißt: *Adiicimus inſuper ex gratia noſtra, quod* IDEM MAGISTER *et* SVCCESSORES SVI *iurisdictionem et poteſtatem illam habeant et exerceant in terris ſuis, quam* ALIQVIS PRINCEPS IMPERII *melius habere dinoſcitur in terra ſua, quam habet* etc.

Solten

Solten nun dieſe Gründe den Herrn Recenſenten von der Richtigkeit meines Satzes nicht überzeugen; ſo will ich mich auch noch auf die Beſtätigungen dieſer Friedericianiſchen Privilegien beruffen, welche von allen folgenden Römiſchen Königen und Kayſern dem Orden gegeben worden ſind, und die man nach der Reihe, von K. Wilhelmen an, in den Beilagen *n.* 8. u. ff., zu der im J. 1753. zu Stadt am Hof in Folio herausgekommenen gründlichen Deduktion von des T. Ritterordens ꝛc. ‹ ‹ ‹ Immedietät, Exemtion und Gerechtſamen, nachleſen kan. Vorzüglich aber iſt auch noch das Privilegium K. Ludewigs des *IV.* vom J. 1337. zu bemerken, in des Kanzlers von Ludewig *Reliqu. MSS.*, *T. I. n. 239. p. 336. ſqq.* In demſelben ſchenkt der Kayſer dem Teutſchen Orden die Provinz Litthauen, und belehnt ihn damit, bey welcher Gelegenheit er den damaligen Teutſchmeiſter, Dietrich, einen gebohrnen Grafen von Oldenburg, zweymal: *Noſtrum et* ROMANI IMPERII PRINCIPEM *cariſſimum*, nennet. Daß nun ferner der Teutſchmeiſter auf den Reichstagen erſchienen, einige noch vorhandene Reichsabſchiede mit unterſchrieben, und in den verfertigten Reichsmatrickeln mit in Anſchlag gebracht worden, iſt aus der Sammlung der neueſten Reichsabſchiede zu erſehen. Dieſes alles aber begründet ja, meines Erachtens, hinlänglich die Reichsſtandſchaft des Teutſchen Ordens.

Was nun zweytens den Schwerdtbrüderorden anbetrift, und daß ſelbiger zu den geiſtlichen Reichsſtänden ſoll gerechnet worden ſeyn; ſo habe ich dieſes, durch eine Folgerung aus der behaupteten Reichsſtandſchaft des Teutſchen Ordens geſchloſſen, weil nehmlich jener Orden mit dieſem vereiniget war. Mit dem Ordensmeiſter der Schwerdtbrüder in Liefland, und daß er ſchon damals zu den geiſtlichen

Reichsſtänden gerechnet worden, möchte es alſo freilich nicht ſo völlig klar ſcheinen. Hätten wir den Schenkungsbrief des Römiſchen Königs, Heinrichs des *VII.*, welchen er dem Meiſter und den Ordensbrüdern in Liefland über die Stadt und das Schloß Revel, wie auch die Provinzen Jerwen, Harrien und Wieland, als ihm und dem Reiche zuſtandige Länder, zu Nürnberg gegeben hat; ſo würden wir vielleicht hieraus einiges Licht nehmen können. Hingegen hat es, in Anſehung der folgenden Zeiten, ſowohl mit dem Ordensmeiſter in Liefland, als auch mit den liefländiſchen und eſthländiſchen Biſchöfen deſto wenigern Zweifel, daß ſie nemlich zu den geiſtlichen Reichsſtänden ſind gerechnet worden. Von einigen der letztern, nehmlich den Biſchöfen von Riga und Dörpt findet man zwar in der *Silva Documentorum, N. III. Lit. a. et b.*, zu des GRVBERI *Origg. Livoniae S. et ciuilis, p. 201. ſq.*, und in Joh. Gottfr. Arndts Liefländ. Chron., *P. I. p. 209. nota* l), ein paar Lehenbriefe, die ihnen der Römiſche König, Heinrich der *VII.*, im J. 1224., ſoll ertheilt haben, worinnen er ihnen: PRINCIPATVM, *per totum illorum Epiſcopatum*, *iure aliorum Principum* verleihet: und ſie: *dilectos* IMPERII PRINCIPES nennet. Allein man muß dieſe Urkunden mit Recht für verdächtig und untergeſchoben halten.

Hingegen aber iſt aus dem §. 31. des Lindauiſchen R. A. vom J. 1497. zu erſehen, daß damals der Ordensmeiſter von Liefland um Hülfe wider die Moſcowiter bey dem Kayſer und dem Reiche angeſucht habe, und dieſe den Schluß gefaßt haben, auf der nächſten Verſammlung hievon zu handeln. In dem folgenden Augſpurgiſchen R. A. vom J. 1500., §. 43. wurde beſchloſſen, „den Hochmeiſter des Teutſchen Ordens, wie auch den Meiſter in Liefland dahin anzuhalten, daß ſie mit dem, was der Orden in

„Preuſſen

„Preuſſen und Liefland habe, den Kayſer und das „H. Reich, wie andere Fürſten des Reichs thun, „erkennen, und ihre Regalien empfangen ſollen.„ Man findet auch nachher in den Unterſchriften unter den übrigen geiſtlichen Reichsfürſten, im §. 45. des Speyer. R A., vom. J. 1529., den Erzbiſchof von Riga, und die Biſchöffe von Dörpt, Oeſel, Curland und Reval; im §. 145. des Augſpurg. R. A. vom J. 1530., den Erzbiſchof von Riga, den Teutſchmeiſter in Liefland, und den Biſchof von Curland; und im §. 18. des Wormſer R. A. vom J. 1545., den Biſchof von Curland und Adminiſtrator des Stiftes Oeſel in Liefland. Eben derſelbe, wie auch der Teutſchmeiſter in Liefland kommen in der Unterſchrift der geiſtlichen Reichsfürſten in den Augſpurg. R. A vom J. 1548., und 1555., in jenem §. 108., und in dieſem §. 144. vor. Und in dem §. 8. des Augſpurg. Neben-Abſchiedes vom J. 1559. werden dieſe Liefländiſche Reichsſtände mit dem Nahmen: dem Reiche angehöriger Mitglieder belegt. Man kan hiernächſt von dieſer Verbindung Lieflands mit dem Teutſchen Reiche noch auſſerdem zu Rath ziehen: *Io. Henr.* BOECLERI *iun.* Diſſ. *de acquiſito et amiſſo I. R. G. in Livoniam iure, p. m. 91.-103.* Aus dieſem allen aber erhellet, daß nicht nur der Ordensmeiſter in Liefland unter die geiſtliche Reichsſtände in Teutſchland mit gerechnet worden, ſondern auch Liefland ſelbſt mit dem Teutſchen Staatskörper verbunden geweſen ſey.

Bey den drey folgenden, von meinem Herrn Recenſenten gemachten Anmerkungen ſind wir mit einander einig, und ich habe alſo nicht nöthig, mich dabey aufzuhalten. Doch eines mus ich erinnern, weil ich es für einen Druckfehler halte, der inzwiſchen zu Ausbreitung eines Irrthums leichtlich Gelegenheit geben könnte. Es heißt nehmlich in der

Recenſion: „Wir ſetzen hinzu, daß dieſes,„ (nehmlich, daß die von einem **Fürſten** abſtammende Söhne den fürſtlichen Titel, ohne vom Kayſer gefürſtet zu werden, angenommen,) „im **dreyzehnten** Jahrhun„dert, **nicht eher, nicht ſpäter**, in mehreren Häuſern „gebräuchlich geweſen ſey, wie dann eben daher der „**Titel** der **Markgrafen** von **Baden**, **Herzoge** von „**Zähringen** und **Teck**, der **Landgrafen** von **Heſſen** „u. ſ. f. entſtanden iſt, deren Länder niemals Herzog„thümer Mark= oder Landgrafſchaften geweſen ſind.„ Hier muß es ohnſtreitig **nicht** im **dreyzehnten**, ſondern vielmehr im **zwölften** Jahrhundert heiſſen. Dann der **Titel** eines **Herzogs** von **Zäringen** kommt ſchon beym J. 1120., der Titel eines **Marggrafens** von **Baden** im J. 1130., und der Titel eines **Herzogs** von **Teck** im J. 1193. vor, folglich alle drey bereits im **zwölften** und **nicht** erſt im **dreyzehnten** Jahrhundert; S. SCHOEPFLINI *Hiſt. Zaringo-Badenſem, T. I. p.* 87. 206. et 285. Ja ſchon im **eilften** Jahrhundert nannten ſich **Berthold** der *I.* und *II.* aus dem **Zäringiſchen Hauſe**: DVCES, und die vom **erſtern** abſtammende **Hermann** der *I.* und *II.*, Stammväter des nachmaligen **Badiſchen Hauſes**: MARCHIONES, obgleich jene weiter **kein Herzogthum**, und dieſe ebenfals **keine Marggrafſchaft** beſaſſen; wie man aus dem erſt angeführten **Schöpfliniſchen Werke** erſehen kann.

Ich komme nun zu dem 6) **Einwurf**, den mir mein **Herr Recenſent** gemacht hat. Nach demſelben: „iſt **grundfalſch**, daß **Hugolinus** unter K. **Frie**„**drich** *II.*, wie S. 358. (nicht 258. im *II.* Bande mei„nes **Auszuges** ꝛc.) behauptet wird, die **Longobar**„**diſchen Lehnrechtsbücher** verfertiget habe. Das „CALENDARIVM BONONIENSE (nehmlich,) wel„ches hierin völlig entſcheide, beweiſe, daß der **ältere** „**Hugolin** unter K. **Friedrich** *I.* ſolches bereits mit

„Gloſſen

„Gloſſen verſehen habe. Daß es aber auf kayſerli„chen Befehl aufgeſetzt ſey, wäre ganz ohne Beweis „angenommen.„ Dieſe letztere Beſchuldigung wird mir unbillig zur Laſt gelegt, da ich ja, auf der angezeigten S. 358. in den Noten e), f) und g), verſchiedene Schriftſteller angeführt habe, die dasjenige bezeugen, was ich im Texte behauptet habe. In der Note e) habe ich zwar nur Köhlers Reichshiſtorie namhaft gemacht; es ſtehet aber ausdrücklich dabey: *ibique allegati.* Von Köhlern iſt vornemlich der ODOFREDVS, ein gleichzeitiger Skribent, genannt worden, *qui* adeo *quaſi de viſu* et *de his, quae ſuis temporibus geſta ſunt, teſtatur*, wie der IO. ANTONIVS Monachus *de recta feud. interpret., cap.* 3. *n.* 46., ſchreibt. Dieſes ODOFREDI, und andere hieher gehörige Zeugniſſe kan man in *B. G.* STRVVII *Hiſt. Iuris, cap. VIII. §.* 19. *notis *) et **) p.* 721. *ſq.* nachleſen. Und eben dieſer Struve verſichert, *l. c.* §. 18. *p.* 720., daß die, unter K. Friedrich dem *I.*, von den Mayländiſchen Bürgermeiſtern, GERHARDVS NIGER und OBERTVS *de* ORTO, gemachte *Compilatio Rerum Iudicatarum et Conſtitutionum Feudalium*, nur *privata autoritate*, zuſammen getragen worden.

Nun ſoll zwar, nach des Herrn Recenſentens Meinung, das CALENDARIVM BONONIENSE hierinnen völlig entſcheiden, und ich finde auch die hieher gehörige Stelle, in den *Opp.* SIGONII *per* ARGELATVM, *T. III. p.* 150. *nota* (84.) Es ſtehet aber daſelbſt weiter nichts als folgendes: 23. *Anniv. Fun. inſigniſſ.* D. HVGOLINI *de Porta Ravennate I. Conſulti et* LIB. FEVD. *Bononiam* A FRID. I. AENOBARBO CAESARE MISSI, GLOSSATORIS etc. Hiebey bleibt nun immer noch die Frage übrig: ob die itzo hinter dem *Corpore Iuris* ſtehende *Libri Feudorum* eben diejenige ſeyen, welche K. Friedrich der *I.*, nach dem Zeugnis des CALENDARII BONONI-

NONIENSIS, nach Bologna geſchickt hat? Der ſchon alte Streit, ob der ältere oder jüngere Hugolin die noch vorhandene Longobardiſche Lehenrechtsbücher verfertigt habe, iſt alſo noch nicht völlig entſchieden; S. KOPPII *Hiſt. Iur.*, *P. III. Epocha IV.* §. 5. - 7. *p.* 100. *ſqq.* Da indeſſen mein Herr Recenſent ſowohl hier, als auch nachher, auf das mehr erwähnte CALENDARIVM BONONIENSE ſo vieles bauet; ſo kan ich zwar ihm ſolches nicht verdenken, weil zumal der Herausgeber der Sigoniſchen Werke, der Herr Argelati, in der *Praef.* zur *Hiſt. Bonon.* des SIGONII, *Opp. T. III.*, viel Weſens davon macht, und verſpricht, daß er ſolches zu Ende der noch ungedruckten *Diſſertation* des SIGONII *de Studiis Bononienſibus* herausgeben wolle. Allein er hat im letzten *Tomo* der *Opp.* SIGONII ſein Verſprechen nicht gehalten, und meines Wiſſens iſt dieſes CALENDARIVM bis itzo noch nicht vollſtändig an das Licht geſtellt worden, welches wider deſſen Glaubwürdigkeit einen gegründeten Verdacht erwecken mus, wie bereits der ſeelige Kanzler von Mosheim in ſeinen *Inſtitutt. Hiſt. Eccleſiaſt.*, *Saec. XII. P. II. cap. I.* §. 6. *p.* 453. *nota e*), angemerkt hat.

7) heißt es: „die Grafſchaft Peina, welche „S. 368. noch angeführet wird, hätten wir nicht „mehr erwartet, da ſelbige niemals exiſtirt hat.„ Ich hätte freilich beſſer gethan und mich richtiger ausgedruckt, wenn ich nur eben die Worte wieder geſetzt hätte, die ich von dieſer Sache weiter oben, in eben dieſem *II.* Bande des Auszuges rc. S. 109., gebraucht habe. Aber indem ich mich kurz faſſen wolte, und die Diſputation des ſeeligen Hofraths von Goebel *de iure Dom. Brunſvic. in* COMITATVM *Peinenſem* im Sinne hatte; ſo habe ich darüber dieſen Fehler begangen. Dann Peina war allerdings nur eine COMECIA, und nicht ein COMITATVS im eigentlichen

Ver-

Verſtande, obgleich in dem CHRON. STEDERBVRG. in LEIBNITII *Scr. Brunſv. T. I. p.* 858., ein COMES *de* PEINE vorkommt, und die neuern Skribenten des COMITATVS PEINENSIS vielfältig Erwähnung thun. Der ſeelige Herr Hofrath Scheid hat in ſeinen **Anmerk. und Zuſätzen zu Moſers Einleit. in das Br. Lün. Staatsrecht**, *§.* 3. *p.* 7. *ſq. nota* *), dieſes alles weiter ausgeführt und gänzlich auſſer Zweifel geſetzt. Daß indeſſen die Wörter: COMITATVS, und Grafſchaft, bisweilen auch nur von einer bloſſen COMECIA, oder Gerichte, hingegen COMITIA oder COMECIA für eine würkliche Grafſchaft, gebraucht werden, wird meinem **Herrn Recenſenten**, ohne mein Erinnern, bekannt ſeyn, und **meine Leſer**, die etwa daran zweiflen möchten, darfen nur des DV FRESNE *Gloſſar.*, *T. II. p* 827. et 829., ingleichen des HALTAVSII *Gloſſar. Germ. med. aevi, p.* 748. *ſq.* nachſchlagen.

8) „ſoll es wohl zu unbeſtimmt geſprochen ſeyn, „daß die ſogenannten **Oberhöfe**, wie S. 385. angemerkt würde, ſich von **Reichs** wegen, mit den **Landesherren** eine **concurrente Gerichtsbarkeit** angemaßt haben ſollten. **Ueber Auswärtige** hätten ſie „nehmlich **gar keine Gerichtsbarkeit** in eigentlichem „Verſtande gehabt; und **im Lande** ſelbſt hätten ſie „ſelbige **blos vom Landesherren** erhalten.„ Wenn dieſes letztere richtig wäre; ſo würden dergleichen **Schöppenſtüle** oder **Oberhöfe** nicht können **kayſerliche** genannt werden, von denen ich doch hier eigentlich rede, und die meiſtens in **Reichsſtädten** von den **Kayſern** waren angeordnet worden. Durch die an ſelbige von **Auswärtigen** geſchehene **Berufungen** aber wurde ja **ihre Gerichtsbarkeit** auch über **Auswärtige** begründet. Einer der anſehnlichſten ſolcher **Oberhöfe** war z. E. der **Frankfurtiſche**, deſſen ſich weit umliegende Lande bedient haben. Meine von

dieſen Oberhöfen geäuſſerte Meinung, übrigens wird man weiter ausgeführt und erwieſen finden bey denen, auf der angezeigten S. 385. in der Note a), bemerkten Schriftſtellern. Dieſen kan man noch den Herrn D. Orth in der *IV.* Fortſetz. ſeiner Anmerk. über die Frankfurt. Reformation, *p.* 131. *ſqq.*, beyfügen, wo er ein Verzeichnis giebt von den vielen fremden und benachbarten Gerichten, die unter dem Frankfurtiſchen Oberhofe geſtanden haben. In Anſehung der folgenden Anmerkung wegen der Appellationsfreyheiten iſt mein Herr Recenſent mit mir einerley Meinung, und ich muß nur, um allen Mißverſtand zu vermeiden, erinnern, daß in der Recenſion, durch einen Druckfehler: von K. Carl *IV.*, *etc.* ſtehe, an ſtatt, daß es heiſſen muß: vor K. Carl *IV. etc.*

Hingegen und 9) ſtehet der Herr Recenſent in den Gedanken: „daß man den Urſprung der Austräge nicht ſo hoch, als S. 402. von mir geſchehen, heraufſetzen könne. Dann die von mir angeführten Beyſpiele beträffen bloſſe Schiedsrichter, „und keine Austrägen, da es dann allemal von dem „Willen des Klägers abgehangen, ob er ſich vor dem „Schiedsrichter einlaſſen wollen, oder nicht, welches bey den Austrägen wegfalle.„ Aus dieſer Anmerkung ſehe ich, daß mein Herr Recenſent, mit dem ſeeligen B. G. Struven, in ſeinem *Corp. I. P. Imperii noſtri R. G*, *cap.* 25. *§.* 64. *p.* 980. *ſqq.*, und andern mehr der bekannten Meinung beypflichte, daß die *Iudices* illuſtrium perſonarum *per Compromiſſum* conſtituti nicht ſowohl Austräge, als vielmehr nur Schiedsrichter, *Arbitri*, geweſen. Allein ſollte nicht dieſer Streit zuletzt auf eine bloſſe Logomachie hinauslauffen? Ich habe meine Gedanken davon ſchon längſt geäuſſert, in einer vor zwölf Jahren, von dem itzigen verdienten und grundgelehrten Herrn

Herrn Kanzleydirector in der Reichsſtadt Biberach, dem Herrn Kienlin, unter meinem Vorſitze, auf hieſiger Univerſität gehaltenen Diſputation *de Auſtraegis generatim, nec non de iure Auſtraegarum S. R. I. Lib. Civit. Ulmanae ſpeciatim, Sect. I. §. 4. p. 7. ſq. nota s).* Das daſelbſt geſagte will ich, um nicht weitläuftig zu ſeyn, hier nicht wiederholen, ſondern meinen Herrn Recenſenten erſuchen, meine daſelbſt geäuſſerte Gedanken nachzuſehen und zu prüfen, ob ſie ihm etwa genug thun möchten. Ich handle übrigens auf der angezeigten S. 402. und den ff. von den erſten Spuren und dem Urſprunge der Austräge; eine jede Sache aber iſt in ihrem erſten Anfange nicht ſo vollkommen, als dieſelbe nach und nach in der Länge der Zeit gemacht wird.

Bey der 10) Erinnerung; „daß nehmlich die „Ertheilung des Stadtrechts, vor K. Rudolph *I.*, „auch ohne kayſerliche Erlaubniß habe geſchehen „können, wovon ich auf der S. 450. das Gegentheil „behauptet,„ gebe ich meinem Herrn Recenſenten in ſo ferne Recht, daß wir freylich ſchon vor K. Rudolf dem *I.* Beyſpiele, z. E. an Freyburg und andern Städten mehr antreffen, die man beym Pfeffinger, in *Vitriario illuſtrato*, *T. III. p.* 146. *ſqq. paſſim*, verzeichnet findet, wo blos die Landesherren ſolche Städte angelegt haben, ohne daß man von einer hiezu ertheilten kayſerlichen Erlaubnis etwas weiß. Allein ob hieraus zu ſchlieſſen ſey, daß dergleichen kayſerliche Erlaubnis nicht nothwendig geweſen, und daß ſolche auch würklich nicht geſucht und erlangt worden, iſt eine andere Frage. Können dergleichen kayſerliche Conceßionen nicht etwa mündlich ertheilt worden ſeyn? oder ſind nicht etwa die ſchriftlichen Einwilligungen durch die Länge der Zeit verlohren gegangen? oder liegen etwa noch in einem Archive verborgen? Im *IX.* Artikel des Säch-

ſiſchen Weichbildes heißt es: „Das iſt noch das „Urkund, wo man newe Stedt bawet, oder Merkt „macht, daß man da ein Creutz ſetzet auf den Markt, „durch das man ſehe, daß Weichfried da ſey; und „man henket auch da des Königs Hentſchuh daran, „durch das, daß man darbey ſehe, daß es des Kö„nigs Wille ſey.„

Nach der Göttingiſchen Recenſion ſoll es 11) „falſch ſeyn, was von mir S. 467. angeführt „wird, daß nehmlich P. Eugen *III.* nicht befohlen „haben ſollte, über Gratians Decret zu Bologna „Vorleſungen zu halten. Es wäre ſolches allerdings „im J. 1152. geſchehen, wie das CALENDARIVM „BONONIENSE erweiſe. Jedoch folge hieraus kei„ne förmliche Genehmigung des ganzen Werkes.„ In Anſehung des letztern Punkts alſo ſind wir, mein Herr Recenſent und ich, mit einander einig. Und da in der Recenſion auch das mit Stillſchweigen übergangen iſt, was ich behauptet habe, daß nehmlich nicht erwieſen werden könne, daß P. Eugen oder ſeine Nachfolger das Dekret des Gratians förmlich beſtätigt hätte; ſo mus ich daraus ſchlieſſen, daß der Herr Recenſent auch hier einerley Meinung mit mir ſey. Mithin iſt nur noch der Punkt übrig; „ob „P. Eugen dem Gratian befohlen habe, das Dekret „auf der hohen Schule zu Bononien zu erklären.„ Ich läugne ſolches, mein Herr Recenſent aber behauptet es, und beruft ſich deswegen auf das bekannte CALENDARIVM BONONIENSE.

Daß an deſſen Glaubwürdigkeit noch ſehr zu zweifeln ſey, habe ich etwas weiter oben bemerkt. Ich will mich aber dieſes Grundes itzo nicht bedienen, ſondern wir wollen einmal annehmen, daß das gedachte CALENDARIVM allen Glauben verdiene; ſo wird man doch darinnen nirgends finden: „daß „P. Eugen dem Gratian befohlen habe, ſein Dekret

„auf

„auf der hohen Schule zu Bononien zu erklären.„ Dieſes iſt eigentlich mein Satz; dagegen mein Herr Recenſent behauptet, „der mehrerwähnte Pabſt Eu„gen der *III.* habe im J. 1152. befohlen, daß zu Bo„logna über des Gratians Dekret Vorleſungen ge„halten werden ſollen.„ Die Stellen des CALENDARII, welche unſere verſchiedene Meinungen entſcheiden müſſen, ſtehen in der Note (40.) zu des SIGONII *Hiſt. Bonon.*, in EIVS *Opp.* per ARGELATVM, *T. III. p.* 127. 128. et 129. In der erſten, *ad d.* 21. *Martii*, heißt es: *Hac die* GRATIANVS --- *cognomento Magiſter Decretorum* ---- *obtulit de a.* 1151. *univ. J. Conſultis* ---- *inſigne Opus ſuum*, -- *quod appell. eſt* DECRETVM, *rogans eos dimiſſe, ut* --- *dignarentur, illud examinare et corrigere, ac poſtea offerre D Apoſtolico* EVGENIO III., *ut* DE SVA VENIA *poſſet publice legi et explicari* etc. In der zweyten Stelle *ad d.* 4. *Nov.* lauten die Worte: *Hac die de a.* 1152. *R. D. Archid. Bonon.*, *tanquam maior huius Stud. gen. Cancell.* --- *promulgavit Literas Apoſt. D.* EVGENII *Papae* III. *ad ipſum dat. Romae* 21. *Oct. praeteriti, per quas* DABAT SVVM PLACET *ſuper hoc*, QVOD COMPILAT. *Magiſtri* GRATIANI *ſuperiori A. per eum huic Lycaeo oblata et a d. D. Archid Romam miſſa, uti ſana et Canonica*, PVB. POSSET LEGI *et* EXPLICARI etc. Endlich in der dritten Stelle *ad d.* 19. *Septembris* lieſet man folgendes: *Funus Cl.* GRATIANI *cognomento Magiſtri Decretorum*, (qui) --- *congeſſit ſuam Concordan. diſcord. Canonum, vulgo appellat.* DECRETVM, *quod opus huic Archigym. obtulit, ut ſupra ad diem* 21. *Martii et* DE VENIA *B* EVGENII III. *coepit publice legi et exponi* --- *ut pariter ſupra ſub die* 4. *Novembris* etc.

In allen dieſen drey Stellen nun wird man nichts von einem Befehl des P. Eugens finden, daß über das Dekret des Gratians geleſen werden ſolle.

Sie

Sie reden insgeſamt nur von einer *Venia* oder **Er**=**laubniß des Pabſtes**, das **Dekret** zu **Bononien** zu erklären. Zwiſchen einem **Befehl** und einer **Erlaub**=**nis** aber iſt ein groſſer Unterſchied. Den **erſtern** hab ich geläugnet, und hierunter iſt ſo gar das Zeug=nis des wider mich angeführten CALENDARII BONONIENSIS für mich; hiedurch aber habe ich eine etwanige **päbſtliche Erlaubnis** nicht ausgeſchloſſen. Ja ich habe ſelbige auf gewiſſe Art gleichſam zu ver=ſtehen gegeben, wenn es in meinem Auszuge ꝛc., auf der S. 467. u. f., weiter heißt: „Vielmehr ergeben „alle Umſtände, daß die **Päbſte** nur **unter der Hand**, „aus Staatsabſichten, den **Gebrauch** dieſer **Samm**=„**lung befördert** haben. Dann ſo konnten ſie dieſel=„be jederzeit zu ihrem Vortheil gebrauchen, und ent=„weder für ſich anführen, oder ſie verwerfen, nach=„dem es die Beſchaffenheit, und die Umſtände der „Sachen erforderten.„ Hätte **P. Eugen** das **De**=**kret förmlich** beſtätigt, und **befohlen**, darüber auf der **Bononiſchen Univerſität** öffentlich zu leſen; ſo würde man daraus eine vom **Päbſtlichen Stule** ge=ſchehene Genehmigung dieſer **Sammlung** mit Recht gefolgert haben, und **jener** hätte ſich alſo müſſen ge=fallen laſſen, daß das **Dekret** auch wider ihn, in de=nen dem **Stule** zu **Rom** unangenehmen Stellen, hätte können angezogen werden. Dieſes aber wurde durch die gegebene bloſſe **Erlaubnis**, über mehrge=dachte **Sammlung** leſen zu dörfen, auf eine kluge und feine Art vermieden.

Endlich und 12) wird noch bey dem *II.* **Bande** meines **Auszuges** ꝛc. von dem **Göttingiſchen Herrn Recenſenten** erinnert: „daß dasjenige, was S. 519. „vom **Urſprung** der **Wechſel** angeführt werde, noch „ſehr zweifelhaft ſey. **Wechſelbänke** hätte man ge=„nug gehabt, wovon T. **Frieſens** Münzſpiegel S. 161. „**Köhlers** Münzbel., Th. 11. S. 35. u. f. nachzuſehen „wären;

„wären; wie dann auch viele Beyſpiele von Ueber„machungen groſſer Geldſummen durch Kaufleute „geſammelt werden könnten; dasjenige aber, was „das Weſen der Wechſel ausmache, wäre vor dem „vierzehnten Jahrhundert gewis nicht bekannt ge„weſen.„ Auf der angezogenen S. 519. rede ich blos von den erſten Spuren des Wechſelhandels, nicht aber von dem, was eigentlich das Weſen der Wechſel ausmacht. Jene glaube ich gegen Ende des Schwäbiſchen Periodus in Teutſchland entdeckt, und mein Vorgeben auch bewieſen zu haben. Ich habe die gemachte Anmerkungen, ſo wie viele andere, dem hochberühmten Herrn Schöffen von Olenſchlager zu danken, den ich auch auf der S. 519. in der Note k) angeführt habe, und ſeinen Nachrichten habe ich noch die Stelle aus dem Matthäus Paris beygefügt. Hier iſt alſo nur die Rede gleichſam von der Kindheit des teutſchen Wechſelhandels, nirgends aber ſage ich etwas von demjenigen, was das eigentliche Weſen der Wechſel ausmacht. Es konnte mir, dieſes zu thun, auch um ſo weniger einfallen, weil ich darunter mit dem Herrn Recenſenten völlig einverſtanden bin, daß das Künſtliche und Rechtliche in dem Wechſelgeſchäfte erſt eine Frucht des vierzehnten Jahrhunderts ſey, und am wahrſcheinlichſten von den Italiänern erfunden worden, wie noch im vorigen Jahr der berühmte Profeſſor des hamburgiſchen Gymnaſiums, der Herr Büſch, in ſeiner Abhandlung von dem wahren Grunde des Wechſelrechtes, ſamt einem Beytrage zur Geſchichte deſſelben, gründlich gezeigt hat.

Daß ferner ein Unterſchied zwiſchen den Wechſelbänken und dem Wechſelhandel ſey, iſt mir auch wohl bewußt. Aber von jenen, oder den Wechslern in den teutſchen Handelsſtädten, welche alles fremde und geringe Geld, ſo auf die Märkte und in die

die Städte gebracht wurde, gegen gute einheimiſche Münze gewiſſenhaft austauſchen muſten, wolte ich auf der angeführten S. 519. nicht handeln, und habe auch daſelbſt nichts davon geſagt. Sondern die Rede iſt blos, wie der Augenſchein ausweiſet, von demjenigen **Wechſelhandel**, wodurch z. E. der **Teutſche Kaufmann** den Vortheil erlangte, daß er ſeine Schuld an den **italiäniſchen Kaufmann** abtragen konnte, ohne nöthig zu haben, baares Geld zu übermachen. Mein **Herr Recenſent** verweiſet mich wegen dieſer **Wechſelbänke** auf **Frieſens Münzſpiegel** und **Köhlers Münzbeluſtigungen**. Dieſe letztere beſitze ich nicht vollſtändig, und es fehlt mir juſt der 11te Theil, der auſſerdem auch in ganz **Helmſtedt** nicht zu bekommen iſt; mithin kan ich nicht wiſſen, was dieſer mein alter **Lehrer** von ſolchen **Wechſelbänken** mag geſagt haben. Aber des ehemaligen **Göttingiſchen Bürgermeiſters Frieſens Münzſpiegel** beſitze ich, und habe die mir nachgewieſene Stelle nachgeſchlagen; es ſind aber ſeine gegebene Nachrichten davon ſehr mager. Zur Dankbarkeit will ich dafür ein paar andere **Schriftſteller** anzeigen, bey denen wir beſſere und gründlichere Nachrichten von dergleichen **Wechſelbänken**, oder **Wechslern** in den **Teutſchen Handelsſtädten** finden. Sie ſind **Lehmann** in ſeiner **Speyeriſchen Chronick**, *L. IV. cap.* 14. *p. m.* 320. ff., und der berühmte **Herr D. Orth** in ſeinen **Anmerk.** über die 8. **erſte Titel** des *II.* **Theils der Frankfurt. Reformation**, S. 631. f. und in der *I.* **Fortſetz.**, S. 572. u. f., ingleichen in **deſſen Abhandl.** von den **zwey Frankfurt. R. Meſſen**, im 11. **Abſchnitt** §. 184. u. ff. S. 329. 332. u. ff. *paſſim.* In dem Reſte der **Göttingiſchen Recenſion** des *II.* **Bandes** meines **Auszuges** rc. iſt wider denſelben weiter nichts erinnert worden; mithin ich nicht nöthig habe, mich dabey aufzuhalten.

Auch

Auch in der Recenſion des *III.* Bandes, die man im 148. Stücke der Göttingiſchen Anzeigen von gelehrten Sachen vorigen Jahrs S. 1297 = 1300., antrift, iſt wenig oder nichts ausgeſetzt worden. Mich freuet vorzüglich, daß mein Herr Recenſent gleich anfangs die etwas weitere Ausdehnung meiner Arbeit gut geheiſſen, und ſelbige ſogar für nöthig gehalten hat, wodurch vielleicht einige bisher, über die angewachſene Anzal der Bände, ungeduldig gewordene Käufer meines Werkes ſind beruhiget worden. Es wird hiernächſt beſonders die von mir S. 15. dieſes *III.* Bandes bemerkte Belehnung des K. Johannes von Böhmen als ein deſto merkwürdigerer Umſtand ausgezeichnet, weil man nunmehro behaupten wolle, Böhmen ſey kein Reichslehen, ſondern nur die damit verbundene Erzſchenkenwürde. In dieſem *VIII.* Bande, und zwar auf der S. 415. ff. habe ich noch mehrere ſolche böhmiſche Belehnungen angezeigt.

Hiernächſt wird 1) erinnert: „ich ſcheine darinnen zu weit zu gehen, daß ich den vortreflichen „K. Heinrich den *VII.* beſchuldige, als ob er keine „Verträge mit Unterthanen habe erdulden können, „ſondern unumſchränkt habe herrſchen wollen. Es „wären dies Beſchuldigungen, welche aus den par„theyiſchen Zeugniſſen der Italiäner herrührten, und „leicht aus der Geſchichte dieſes glorreichen Fürſtens „widerlegt werden könnten.„ Die Beobachtung meines Herrn Recenſentens, daß ich dieſe Beſchuldigung aus den Zeugniſſen der Italiäner genommen habe, iſt ganz richtig, und zeuget von ſeiner Bekantſchaft mit den Geſchichtſchreibern des mittlern Zeitalters. Jene Beſchuldigung aber gründet ſich auf die Stelle des ALBERTINI MVSSATI, der von unſerm K. Heinrich dem *VII.*, den er doch übrigens mit den gröſten Lobeserhebungen belegt, in ſeiner

Hiſt.

Hiſt. Aug. de geſtis Henrici VII. Caeſaris, *L. I. Rubr. XIII.* in MVRATORII *Scr. Rer. Ital.*, *T. X. p.* 340. folgendes anmerket: CVIVSQVAM CVM SVBIECTIS PACTIONIS IMPATIENS, --- *cuncta abſoluto complectens imperio*. Und mich dünkt, daß doch würklich in ſeiner Regierung Beyſpiele vorkommen, welche beweiſen, daß unſer Kayſer, zumal in Italien, keine Einſchränkungen ſeiner angeſprochenen Gerechtſamen habe erdulden, ſondern vielmehr unumſchränkt herrſchen wollen. Die hierauf von dem **Herrn Recenſenten**, über meine, S. 198., von der **gemeinſchaftlichen Regierung K. Ludewigs des Bayers und Friedrichs von Oeſterreich**, gemachte Anmerkung, beygebrachte Reflexion iſt richtig und hat meinen völligen Beyfall, eben ſowohl, als die darauf folgende, welche er bey Gelegenheit des, S. 254., von mir erwähnten **Reichsvikariats H. Ottens** von Oeſterreich, und beſonders der darinnen vorkommenden Formel: **über den Thüringerwald**, gemacht hat.

Hierauf wird ferner 2) von meinem **Herrn Recenſenten** geäuſſert: „daß er bey der **Geſchichte** der „**G. B.** noch verſchiedene **Bemerkungen** erwartet „hätte; z. E. daß ein groſſer Theil derer den **Chur**„**fürſten** ertheilten Privilegien, namentlich in **Erwer**„**bung** der **Reichslehen**, mehr dem **Böhmiſchen Ver**„**gröſſerungsplan** des **Kayſers**, als der Abſicht, den „**Churfürſten** wohl zu thun, beyzulegen ſey, weil es „gar zu groſſe Aufmerkſamkeit erregt haben würde, „wenn der **Kayſer Böhmen** ein unbegränztes Recht, „Reichsgüter zu erwerben, beygelegt hätte, ohne ſol„ches zugleich auch auf die übrigen **Churfürſten** zum „Schein zu erſtrecken.„ Allein darauf dient zur Antwort, daß meine Abſicht nicht geweſen, und mein bekannter Plan mir auch nicht füglich zugelaſſen habe, alles zu der **Geſchichte** der **G. B.** etwa gehörige

ſchon in dem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus beyzubringen, und dergleichen oder auch noch andere Bemerkungen über die G. B. zu machen. Ich muſte dieſes und ein mehreres, nach meinem Plane, auf den zweyten Abſchnitt dieſes Zeitraums, nehmlich bis auf die Staatsverfaſſung Teutſchlandes in den damaligen Zeiten verſparen. Daß es nun aber geſchehen ſey, wird der Herr Recenſent aus dieſem itzigen *VIII.* Bande zum Theil auf der S. 5. u. ff., erſehen können. Die insbeſondere gemachte Beobachtung aber, von dem den Churfürſten in der G. B. ertheiltem Rechte zu Erwerbung der Reichslehen, wird derſelbe auf der S. 227 = 232. erläutert finden. Doch bin ich hiebey nicht des Herrn Recenſentens Meinung, daß nehmlich dieſes den Churfürſten beygelegte Recht dem Böhmiſchen Vergröſſerungsplane des Kayſers zuzuſchreiben ſey, worüber ich mir dann deſſen Gedanken bey der Recenſion dieſes *VIII.* Bandes erbitte.

3) heißt es: „von den Einrichtungen der Feyerlichkeiten bey der kayſerlichen Wahl und Krönung hätte billig bemerkt werden ſollen, daß der Kayſer ſich darin gröſtentheils nach dem Muſter der päbſtlichen Wahl und Krönung gerichtet habe.„ Auch hierauf antworte ich eben das, was ich kurz vorhin bey der zweyten Anmerkung des Herrn Recenſentens gethan habe, daß nehmlich dieſe Bemerkungen, nach meinem Plane, eigentlich in den zweiten Abſchnitt gehörten, wohin ich ſie auch verſparen wollen. Indeſſen weiß ich nicht, wie es zugegangen, daß mir dieſe Beobachtung in dem gegenwärtigen *VIII.* Bande des Auszuges ꝛc. entwiſcht iſt, wie ich itzo beym Nachſehen wahrnehme. Ich will ſie daher hier in der Vorrede, als ein Supplement zu demjenigen, was ich in dieſem *VIII.* Bande, auf der S. 79. ff. und 91. ff., von der kayſerlichen

Wahl und Krönung geſagt habe, nachholen. Man findet übrigens dieſe Anmerkung, daß K. Carl der *IV.* bey der in der G. B. vorgeſchriebenen Einrichtung der kayſerlichen Wahl ſich nach dem Muſter der päbſtlichen Wahl, in verſchiedenen Stücken, gerichtet habe, vortreflich ausgeführt in des hochberühmten Herrn Geheimen Juſtitzrath Böhmers in Göttingen Progr. *de Reliquiis Iuris Canonici in Imperatoris electione;* Gottingae, 1741. 4.

Zuletzt u. 4) wird von dem Herrn Recenſenten auch noch erinnert: „daß die Ausſchlieſſung der „Lauenburgiſchen Herzoge von der Churwürde aus „denen von dem Herrn Domprobſt Dreyer in den „Nebenſtunden S. 350 und f., bekannt gemachten „Urkunden groſſes Licht erhalten könne.„ Meines alten Gönners und Freundes, des Herrn Domprobſt Dreyers vortrefliche Nebenſtunden habe ich erſt erhalten, nachdem bereits der *III.* Band meiner Reichshiſtorie völlig die Preſſe verlaſſen hatte; mithin konnte ich in demſelben davon nicht Gebrauch machen. Allein ſchon in der Vorrede des *IV.* Bandes, auf der S. c. 2. b. u. f., habe ich aus dieſen Nebenſtunden, zur Erläuterung der Wahlgeſchichte K. Ludewigs des *IV.*, deſſelben Schuldverſchreibung an die Herzoge von Sachſen-Lauenburg, Johannes und Erich, angeführt. Und in dem jetzigen *VIII.* Bande, auf den S. 174-176. iſt von den übrigen Anmerkungen aus den belobten Dreyerſchen Nebenſtunden Gebrauch gemacht worden, welche zu der nachmals von K. Carln dem *IV.* geſchehenen Ausſchlieſſung der Lauenburgiſchen Herzoge von der Sächſiſchen Churwürde, dienen. Dieſe Bogen waren auch ſchon eher abgedruckt, als mir die Göttingiſche Recenſion und Belehrung zu Geſicht gekommen iſt. Die Allegationen in den bisherigen Theilen meiner Reichshiſtorie werden erhärten, daß ich auch die neueſte

Schriften mit zu Rath ziehe, in welchen ich etwas zu meinem Gebrauche dienliches finden zu können, glaube. Ich ſpare dißfalls keine Koſten, ſie mir anzuſchaffen, weil ich mein Werk gerne ſo vollkommen machen will, als es immer möglich iſt. Wenn ich aber dergleichen neuere Schriften nicht allemal ſo frühzeitig nutzen kan, wie andere; ſo mus man es meiner Lage zuſchreiben. Ich lebe an einem Orte, wo der Buchhandel nicht ſo blühet, wie auf den Univerſitäten zu Leipzig, Halle und Göttingen, und manches neue Buch lerne ich erſt nach Jahr und Tag, da es herausgekommen iſt, aus den gelehrten Monatſchriften und Zeitungen kennen. Ich ſuche es hierauf in unſerm Buchladen vergeblich, und muß es ſodann erſt mit ſchweren Koſten von fremden Orten verſchreiben. Dieſe wahrhafte Anmerkung wird mich bey billigen Leſern meines Werkes entſchuldigen, wenn ſie manche neue Schrift nicht ſo bald angezeigt und genutzt finden werden, als es wohl ſeyn ſollte.

Der *IV.* Band meines Auszuges ꝛc. wird in dem 156ten Stücke der Göttingiſchen Anzeigen von Gelehrten Sachen des vorigen Jahrs recenſirt. Der Herr Recenſent ſcheint mit dem Inhalte deſſelben zufrieden zu ſeyn, und hat nur bey drey Punkten etwas erinnert, worauf ich alſo antworten muß. 1) heißt es: „bey der Abſetzung Kayſer Wenzels hätte noch „bemerkt werden können, daß derſelbe erſt im J. 1411. „ſich des Reiches, um Friede und Einigkeit willen „begeben habe, wie ſolches aus dem Urkunden-Bu„che zu des Herrn von Olenſchlagers Erläuterung „der G. B. S. 182., erhellet, und auch von dem „Herrn Verfaſſer S. 564., (nicht: 565.) bey anderer „Gelegenheit, bemerkt wird.„ Ich habe alſo die nachmalige freywillige Entſagung des K. Wenceslaus auf das Römiſch-Teutſche Reich doch nicht

unbemerkt gelaſſen: nur glaubt mein Herr Recenſent, daß es nicht an dem rechten Orte geſchehen ſey, und daß ich deren ſchon bey der Abſetzung des K. Wenceslaus hätte erwähnen müſſen. Allein nach meiner Meinung war dieſes noch nicht der rechte Ort, weil ich nehmlich in meiner ganzen Reichshiſtorie beſtändig der chronologiſchen Ordnung, ſo viel als möglich, auf das genaueſte folge. Und da dünkt mich, daß der Sprung vom J. 1400. bis zum J. 1410. (dann die in der Recenſion befindliche Jahrzal iſt ein Druckfehler), zu groß geweſen wäre: mithin wolte ich die Sache bis an ihren rechten Ort, und zum gehörigen Jahre verſparen. Es kam aber noch eine andere Betrachtung dazu. Mir war darum zu thun, meine Leſer in einer beſtändigen Aufmerkſamkeit auf den K. Wenceslaus zu erhalten, wie nehmlich derſelbe ſich nach ſeiner Abſetzung gegen den neuen Römiſchen König Ruprecht und das Teutſche Reich betragen habe. Hätte ich ſeiner freywilligen Begebung, ſogleich bey ſeiner Abſetzung, auch mit Erwähnung des J. 1410., gedacht; ſo würde mancher Leſer nicht nur die Jahrzal, ſondern auch den Wenceslaus bald vergeſſen, und auf ihn weiter keine Abſicht genommen haben, welches doch zu einer richtigen Beurtheilung der Regierungsgeſchichte K. Ruprechts unumgänglich nöthig iſt. So lang dieſer lebte, begab ſich Wenceslaus nicht ſeiner Rechte auf den Teutſchen Thron; ein Umſtand, mit deſſen Hülfe man erſt gewiſſe Handlungen K. Ruprechts aus ihrem rechten Geſichtspuncte beurtheilen kan. Vielleicht findet dieſe Erläuterung den Beyfall des Herrn Recenſentens.

2) wird angemerkt: „daß ich glaube, daß es „dem Churfürſten von Maynz mit der ganzen Wahl „des Marggraf Jodocus kein rechter Ernſt geweſen „ſey; ſondern derſelbe in der That nur die Abſicht ge- habt

„habt habe, dem K. Wenzel zur Wiederbeſteigung „des Throns behülflich zu ſeyn, welches aber durch „den frühzeitigen Tod des Jodocus unterbrochen wor⸗ „den; wider welche Muthmaſſung ſich jedoch ſehr „beträchtliche Zweifel machen lieſſen.„ Meine Gedanken von den geheimen Abſichten des intriguanten Churfürſten von Maynz, Johannes, bey dem damaligen Wahlgeſchäfte des Sigmunds und Jodocus, zum Beſten des Wenceslaus, habe ich auf der S. 574. u. f., für weiter nichts, als nur für eine Muthmaſſung ausgegeben, wie der Herr Recenſent ſelbſt erkannt hat. Ich glaube aber, ſelbige in dem Zuſammenhange und der Folge der damaligen Geſchichte zu finden. Daß jedoch dagegen nicht beträchtliche Zweifel ſollten können gemacht werden, will ich nicht in Abrede ſtellen. Worinnen die des Herrn Recenſentens beſtehen, hat derſelbe nicht entdeckt; es wird mich aber derſelbe ſich ſehr verbinden, wenn ihm belieben ſolte, mir ſelbige öffentlich, oder ingeheim zu eröfnen. Meine Abſicht hiebey iſt gar nicht, hiedurch zu erfahren, wer die Recenſion meiner Reichshiſtorie in den Göttingiſchen gelehrten Anzeigen gemacht habe. Der Herr Recenſent kan ſeine Zweifel wider meine Muthmaſſung ſchriftlich an mich ſchicken, ohne ſich zu nennen, und mir melden, an wen ich meine Antwort, die ich nicht ſchuldig bleiben will, ſenden ſolle. Ich nehme alle Belehrungen, wo ich geirrt habe, mit Dank an, und wenn ich durch dieſe mir zu eröfnende Zweifel überzeugt werde, daß ich gefehlt habe; ſo will ich meine geäuſſerte Muthmaſſung in einer Vorrede der folgenden Bände meiner Reichshiſtorie öffentlich widerruffen.

3) wird noch erinnert: „daß ich, auf der S. 618., „den Vertrag K. Sigmunds mit Maynz ganz un⸗ „ſchicklich eine Capitulation genannt hätte.„ Die⸗

ſen unſchicklichen Titel habe ich ſo wohl auf der S. 618., als auch ſchon vorher auf der S. 612., dem Herrn Schöffen von Olenſchlager abgeborgt, welcher uns dieſen Vertrag zuerſt bekannt gemacht, und ſelbigen in dem Urkundenbuche zu ſeiner Neuen Erläuterung der G. B., Nr. *CVIII.* S. 237. u. ff., mit der Rubrike: Capitulation Königs SIGISMUNDI mit dem Churfürſten von Maynz 1411., abdrucken laſſen. Nun würde zwar dieſe Entſchuldigung mein Verſehen nicht rechtfertigen, weil auch der Herr von Olenſchlager ſich kann geirrt haben. Allein ich glaube doch, daß die gebrauchte Benennung einer Capitulation nicht ſo ganz unſchicklich ſey, wenn ſie auch gleich etwas ungewöhnlich klingt. Man nennt ja auch die Verträge, welche die Domkapitel mit ihren zu erwälenden Erzbiſchöffen und Biſchöffen zu ſchlieſſen pflegen, Capitulationen. Warum ſollte man nicht auch den Vertrag, welchen K. Sigmund, vor ſeiner Wahl, mit dem Churfürſten von Maynz errichten laſſen, eine Capitulation nennen können? Eben dadurch, daß ich es eine Capitulation mit Maynz nenne, wird die Idee, welche ſich hiebey einige Leſer von den nachmaligen und heutigen kayſerlichen Capitulationen machen könnten, entfernt. Und auſſerdem ſo habe ich ja, auf eben dieſer angezeigten S. 618., die Benennung von: Capitulation, durch den Ausdruck: = = eine Notel oder Capitulation genugſam limitirt. Um inzwiſchen alle Mißdeutung zu vermeiden, habe ich, noch ehe mir die Göttingiſche Recenſion zu Geſichte kommen konnte, in dem gegenwärtigen *VIII.* Bande, auf der S. 16. u. f., mich in Anſehung dergleichen mit einigen Kayſern und Königen dieſes Periodus, vor ihren Wahlen, gemachten Verträge, hinlänglich erklärt, daß ſolche Verſchreibungen mit den kayſerlichen Capitulationen im heutigen Verſtande nichts ähnliches hätten.

Uebri-

Uebrigens mus ich noch einen geringen Fehler bemerken, der ſich in die Recenſion des *IV.* Bandes meiner Reichshiſtorie eingeſchlichen hat, weil ſonſt ſelbiger von denjenigen, die mein Buch nicht beſitzen, oder es nicht nachſchlagen, mir zur Laſt gelegt werden könte. Es ſtehet nehmlich in der Recenſion: „auch bey der zweyten Wahl K. Sigmunds wur„den die Vollmachten der Geſandten nicht abgeleſen, „noch der Wahleid abgeſchworen.„ Das erſtere, was von der nicht geſchehenen Ableſung der Vollmachten bemerkt wird, iſt zwar richtig, aber das letztere Vorgeben von dem nicht abgeſchwornen Wahleide iſt falſch. Ich habe das Gegentheil davon auf den Linien 4. u. 5. der S. 614. deutlich geſagt. Der Herr Recenſent verwechſelt hier mit einander zwey verſchiedene Handlungen, die bey der zweyten Wahl des K. Sigmunds vorgefallen ſind, nehmlich die den 17. Julius geſchehene erſte Zuſammenkunft der Churfürſten und ihrer Geſandten in der S. Bartholomäuskirche zu Frankfurt, oder die Eröfnung des Wahltages durch Abſingung der heiligen Geiſtmeſſe, und dann die den 21. Julius vorgenommene würkliche Wahl. Bey jener giengen allerdings die Churfürſten und ihre Geſandten aus der Kirche, ohne vorher den Wahleid abzuſchwören; S. die S. 611. Hingegen bey dieſer, oder der hernach geſchehenen würklichen Wahl, legten die fünf wählende Churfürſten und ihre Geſandten den Wahleid würklich ab; S. die S. 614.

Ich komme nun zu der Recenſion des *V.* Bandes meiner Reichshiſtorie, die im 6ten Stücke dieſes Jahres 1771. der belobten Göttingiſchen Gelehrten Anzeigen, von der S. 42-45. ſtehet. Bey demſelben hat der Herr Recenſent wiederum nur dreyerley zu erinnern. 1) heißt es: „Bey Huſſens Ver„brennung ſucht der Herr Verfaſſer, nach ſeiner vor-

„maligen Meinung, das Verfahren des Kayſers „noch immer, beſonders S. 699., zu entſchuldigen, „ohnerachtet er würklich keiner Entſchuldigung fähig „iſt, und die Sache dem Kayſer einen ewigen Vor„wurf machen wird.„ Die Gründe, welche nach meiner Meinung zur Entſchuldigung des Kayſers können angeführt werden, habe ich, nunmehro bald vor 30. Jahren, in meiner zu Göttingen im J. 1742. in 4. herausgegebenen: *Apologia* SIGISMVNDI Imp. *contra iniuſtas accuſationes, eum datum a ſe* IO. HVSSO *ſalvum conductum temere violaſſe*, umſtändlich vorgetragen. Es würde zu weitläuftig fallen, ſelbige hier zu wiederholen, und es würde auch keinen Nutzen ſchaffen, weil doch ein jeder von uns beyden auf ſeiner Meinung bleiben würde. Meinethalben kan man dem K. Sigmund die ihm ſchon ſeit Jahrhunderten her gemachte Vorwürfe noch ferner machen; Mir kan ſolches ganz gleichgültig ſeyn, da ich meine Gedanken niemanden aufzudringen verlange. Nur mus man mich nicht im Verdacht haben, oder wohl gar beſchuldigen, daß ich den Kayſer aus dem Grunde vertheidigt hätte: *quod Haereticis non ſit ſervanda fides*, wie jener orthodoxe Kirchenlehrer in meinem Vaterlande damals gethan, als er nur den Titel meiner gedachten und ihm überreichten Abhandlung angeſehen, ſie ſelbſt aber noch nicht einmal geleſen hatte.

2) wird ganz richtig von dem Herrn Recenſenten erinnert: daß die Unterwerfung der Wendiſchen Fürſten an Churfürſt Friedrich *I.* von Brandenburg, allerdings im J. 1415. geſchehen ſey, und „daß des Herrn Buchholz, S. 208., (nicht 206.,) „angeführte Zweifel gegen die klärſten Urkunden „(ſtreiten,) wie ich mich aus der ſeltenen Deduction „vom Preußiſchen Succeßionsrechte an den Meck„lenburgiſchen Reichsleben, (Cöln an der Spree 1710.) S. 27., würde belehren können.„ Es iſt ein bloſſer

bloſſer Gedächtnißfehler, den ich bey dieſer Sache auf der S. 208. begangen habe. Der Lebensrevers, welchen die Wendiſchen Fürſten im J. 1415. an den Churfürſten von Brandenburg, Friedrich den *I.*, ausgeſtellt haben, ſtehet, auſſer der angeführten Deduktion, auch in des Müllers R. Tags *Theatro* unter K. Friedr. *V.*, *P. I.* in der *I.* Vorſtell. *cap.* 13. *§.* 1. *p.* 168. *ſq.* Und ich habe ſelbſt, noch in eben dieſem *V.* Bande meines Auszuges ꝛc., auf der S. 664. in der Note h) mein Verſehen angezeigt und verbeſſert.

Was nun aber die bemerkte Deduktion vom Preußiſchen Succeßionsrechte an den Mecklenburgiſchen Reichslehen anbelangt; ſo iſt ſie mir ſelbſt, nach der Ausgabe des *V.* Bandes meines Auszuges ꝛc., in die Hände gefallen, und ich habe ſie nach ihrem eigentlichen Titel, im *VI.* Bande, auf der S. 118. in der Note g), angeführt. Doch iſt meine Ausgabe ohne Anzeige des Druckortes und vom J. 1708. Wenn alſo das in der Göttingiſchen Recenſion angegebene J. 1710. kein Druckfehler iſt; ſo wäre dieſe Deduktion in zwey Jahren hintereinander zweymal gedruckt worden. Der Herr Recenſent nennet ſie ſelten, welches Beywort ich auch derſelben, in Anſehung der Originalausgaben, gerne einräumen will. Eigentlich aber iſt dieſe Deduktion gar nicht ſelten, weil ſie nehmlich in ſolchen Büchern abgedruckt iſt, die in eines jeden Hände ſind. Sie ſtehet nehmlich mit den Beylagen von *A - Ff.*, in der Europäiſchen Staats-Canzley *P. XIV. cap.* 1. *Num. I. p.* 1.-33. et *p.* 73.-165., und in Lünigs Grundfeſte Europ. Potenzen Gerechtſame, *P. I. c.* 3. *n.* 56. *p.* 487.-502., wie auch ohne die Beylagen in Müllers *Electis J. P.* T. I. im 3ten Stück *n. X. p.* 208.-339. Ja ich habe dieſes alles ſchon vor mehr als 20.

Jahren angezeigt in Meinem vollſtänd. Entwurfe einer Polit. Hiſt. des *XVIII.* Jahrhunderts, *§.* 358. *p.* 103. Aber man vergißt ja wohl einmal wieder was.

3) wird bemerkt: „man halte zwar insgemein „dafür, daß die älteſte Reichsmatrikel auf dem Reichs„tage zu Nürnberg, im J. 1422. gemacht ſey; es „wäre aber von mir, S. 326., ganz wohl angemerkt „worden, daß dergleichen ſchon einige Jahre vorher „gemacht worden.„ Sodann ſetzt der Herr Recenſent hinzu: „wie ſich dann auch in den Braunſchwei„giſchen hiſtoriſchen Händeln, Th. 2. S. 1052. u. f., „noch einige von dem Herrn Verfaſſer und andern, „nicht bemerkte, wiewohl etwas jüngere Beyſpiele „finden, aus welchen nach und nach die jüngere Reichs„matrickel zuſammen geſtückelt worden.„ Für dieſe Anzeige war ich dem Herrn Recenſenten gar ſehr verbunden, weil es ſchon viele Jahre her ſind, daß ich die ſogenannte Braunſchweigiſche hiſtoriſche Händel, (oder wie eigentlich der Titel lautet: Ausführlicher ⸗ ⸗ hiſtoriſcher Bericht die Fürſtliche Land⸗ und Erb⸗Stadt Braunſchweig ⸗ ⸗ auch ihre ⸗ ⸗ *Subiection* ⸗ ⸗ betreffend ꝛc.,) nicht mehr in den Händen gehabt hatte, und ſie auch vielleicht noch nicht ſobald wieder einmal würde angeſehen haben. Ich war aber zugleich auch auf mich ſelbſt ganz ärgerlich, daß ich mich immer nur auf mein Gedächtniß verlaſſe, und mir niemals Collektaneen gemacht habe, worüber ich nun von dieſen, auch von andern nicht bemerkten, alten Reichsmatrickeln, in dem *V.* und beyden folgenden Bänden meiner Reichshiſtorie, keinen Gebrauch hätte machen können. Mithin wollte ich ſie in dieſer Vorrede als Supplemente anführen, und die Stellen nachweiſen, wo ich in den vorhergehenden drey letzten Bänden des Auszuges ꝛc. ihrer eigentlich hätte gedenken müſſen. Wie ich nun zu dem Ende die mir angezeigte Stellen in den Braun-

schwei-

ſchweigiſchen hiſtoriſchen Händeln nachſchlage; ſo finde ich zwar daſelbſt, *P. II. Sect. II. cap.* 3. *n.* 174. - 177. *p.* 1052. - 1070., vier ſolche alte Reichsmatrickeln, nehmlich drey Nürnbergiſche von den J. 1431., 1467. und 1481., und eine Regenſpurgiſche vom J. 1473. Allein ſie kamen mir beym Durchblättern ganz bekannt vor, und ich fand ſehr bald, daß ſie ſchon längſt von andern, und auch von mir ſelbſt ſind bemerkt worden, und in bekannten Büchern ſtehen. Man ſchlage z. E. nur die Neueſte Sammlung der Reichsabſchiede nach; ſo wird man in derſelben, *P.* 1. *Num.* 36. (4.), 54. (*b. et c.*), 56. (4.) und 59. *p.* 137. 219. 241. und 265. *ſqq.*, alle dieſe vier Matrikeln, und in Anſehung der Nahmen verſchiedentlich weit richtiger, als in den Braunſchweig. hiſtor. Händeln, antreffen. Anderer Schriften itzo nicht zu gedenken, wo ſie ebenfals bereits abgedruckt ſind.

Nun iſt nur noch der ſechſte Band meiner Reichshiſtorie zurück, welcher in dem 11ten Stücke der Göttingiſchen Anzeigen von Gelehrten Sachen von dieſem itzigen Jahre, S. 87. u. f. recenſirt wird. Da aber der Herr Recenſent bey demſelben nichts zu erinnern gefunden hat; ſo habe ich auch nicht nöthig, etwas zu antworten, oder mich bey dieſer Recenſion aufzuhalten. Ich wiederhole alſo nur nochmals meinen ſchon einmal bezeugten Dank gegen den mir unbekannten Herrn Recenſenten für die fleißige Prüfung und Beurtheilung meines Werkes, worüber ich manches Unrichtige in meinem Buche habe berichtigen, manches näher und richtiger beſtimmen, und verſchiedenes irrig geſchienene durch meine Beantwortung erläutern können. Ich hoffe, daß mein Herr Recenſent durch meine Antworten ſich nicht beleidigt finden werde, und ich will hiemit denſelben gar ſehr erſuchen, alle forſchende Aufmerkſamkeit auf

den

den gegenwärtigen achten Band meiner Reichshiſtorie zu verwenden, ſelbigen ſcharf zu prüfen, und die etwa bemerkte Unrichtigkeiten, oder auch nur habende Zweifel in einer recht umſtändlichen Recenſion deſſelben, durch die Göttingiſche Gelehrte Anzeigen, dem Publikum und mir bekannt zu machen. Es wird ſolches immer dazu dienen, manche noch dunkle Materien unſers mittlern Teutſchen Staatsrechts mehrers aufzuklären.

Es enthält aber dieſer ganze achte Band weiter nichts, als die Staatsverfaſſung unſers Teutſchen Reichs von etwas mehr, als zweyhundert Jahren, nehmlich von K. Rudolfen dem *I.* bis auf den Tod K. Friedrichs des *III.*, oder vom J. 1273. bis zum J. 1493. Nach meinem einmal erwälten Plan war es nöthig, daß ich nach der hiſtoriſchen Abhandlung des ſiebenten Periodus auch die Staatsverfaſſung des Teutſchen Reichs in demſelben vorſtellte. Man erweiſet mir aber zu viel Ehre, wenn man mich ſowohl einen Fortſetzer des Herrn Hauſens nennt, der zu den bisherigen acht Bänden meiner Reichshiſtorie die erſten zwölf Bogen verfertiget hatte, als auch das Publikum bereden will, daß „ſehr zu zweifeln wäre, ob ich bey Ausarbeitung „meiner Geſchichte unſers Vaterlandes auf jenen ed„len Zweig hiſtoriſcher Kenntniſſe Rückſicht genom„men haben würde.„ Der Herr Profeſſor Hauſen iſt alſo der erſte, „welcher andere Gelehrte zur ge„nauern Unterſuchung und angenehmen Vorſtellung „der Sitten und Gebräuche unſerer Vorfahren in „Teutſchland vermocht hat.„ Eine Anmerkung, worüber vielleicht der Herr Profeſſor Hauſen ſelbſt lachen wird, und die ich nicht von einem Manne vermuthet hätte, welcher ſich für fähig hält, Betrachtungen über die neueſten hiſtoriſchen Schriften anzuſtellen.

Ich will mich blos auf des ſeeligen Rath Hahns Teutſche Reichs- Staats- und Kayſer-Hiſtorie, und auf des unſterblichen Maſcovs Geſchichte der Teutſchen, wie auch deſſen *Commentarios de rebus Imperii Romano Germanici* beruffen, wo man eben dergleichen Anmerkungen antreffen wird. Dieſe berühmte Männer haben zum Theil geſchrieben, und ich habe ihre Schriften geleſen, ehe noch einmal der Herr Profeſſor Hauſen gebohren war. Mein vieljäriger und wertheſter Freund, der Herr Geheime Juſtizrath Pütter in Göttingen, hat in den verſchiedenen Ausgaben ſeines ſehr pragmatiſchen Compendiums der Teutſchen Reichshiſtorie dieſe Methode zu Ende eines jeden Perioden angewandt, und ſie hat mir ſo wohl gefallen, daß ich ſie gleichfals in meinem, ſchon vor acht Jahren, oder im J. 1763., herausgegebenem Entwurfe einer pragmatiſchen Teutſchen Reichshiſtorie, erwält habe. Zu einer Zeit, da mein Herr Verleger noch nicht an dieſen ſogenannten Auszug 2c. gedacht hat, und der Herr Profeſſor Hauſen noch nicht in Halle war. Bey dieſen Umſtänden wird wohl der geäuſſerte Zweifel wegfallen, ob ich auch bey der Fortſetzung des Hauſen'ſchen Werkes die Rückſicht auf jenen edlen Zweig hiſtoriſcher Kenntniſſe würde genommen haben. Es iſt ſolches von mir, ſchon drey bis vier Jahre geſchehen, ehe mein Herr Verleger an den Auszug 2c. gedacht, und der Herr Profeſſor Hauſen die Feder zu Verfertigung der erſten zwölf Bogen deſſelben angeſetzt hat.

Doch ich bin über dieſen Betrachtungen von der Hauptſache abgekommen, wovon ich noch etwas weniges ſagen mus. Ohngeachtet dieſer Band meiner Reichshiſtorie mich weit mehr Mühe gekoſtet hat, und ich mehrern Fleis darauf verwandt habe, als auf irgend einen der vorhergehenden

Theile

Theile derſelben; ſo bin ich doch mit demſelben am wenigſten zufrieden. Ich gebe ihn daher nur für einen bloſſen Verſuch unſerer Teutſchen Staatsverfaſſung in einem beträchtlichen Zeitraume des mittlern Zeitalters aus. Und es wird mir ein wahrer Gefallen ſeyn, der Teutſchen Geſchichte und Staatsrecht aber zu einem wahren Vortheile gereichen, wenn der Sachen erfahrne Männer und Kunſtrichter, die meine Schriften nicht blos aus den Vorreden recenſiren und kennen, ihre Gedanken, über dieſen meinen Verſuch in einer meiſtens noch unbearbeitet geweſenen Materie, mir öffentlich, oder privatim zu erkennen geben wollen. Beſonders erſuche ich nochmals meinen Göttingiſchen Herrn Recenſenten als einen der Sache gewachſenen Mann, daß er ja dieſen achten Theil nicht ungeprüft und unbeurtheilt laſſen möge. Und wenn es ihm gefällig wäre, die Urtheile und Anmerkungen auch anderer dortigen, der Sache kundigen, Gelehrten mit zu Hülfe zu nehmen, und davon Gebrauch zu machen; ſo würde das Ganze dadurch deſto mehr gewinnen. Eine gleiche Gefälligkeit aber verſpreche ich mir auch von andern Gelehrten, deren Verdienſte um unſere Teutſche Reichsgeſchichte und das Teutſche Staatsrecht bereits entſchieden ſind, beſonders von meinem liebenswürdigem Freunde, dem Herrn Hofrath Böhmen in Leipzig. Solte ich mir wohl eine ähnliche Gefälligkeit von dem Herrn Vicekanzler Struben, von dem Herrn Schöffen von Olenſchlager und dem Herrn Rath Schöpflin erbitten dörfen? Das hohe Alter dieſer groſſen Männer und ihre übrige wichtige Beſchäftigungen erregen in mir beynahe den furchtſamen Gedanken einer gethanen unbeſcheidenen Bitte. Dieſe gehet nun überhaupt an alle der Sachen kundige Gelehrte dahin, daß Sie mir ihre Zweifel,

ſel, Gedanken, Anmerkungen, Verbeſſerungen und Zuſätze zu meinem gemachten Verſuche gütigſt mittheilen mögen, damit ich davon in den Vorreden der noch übrigen Theile des Auszuges ꝛc., vornehmlich aber bey dem gröſſern Werke unſerer vaterländiſchen Geſchichte Gebrauch machen könne, wenn GOtt meine Tage noch ſo lange friſtet, um auch daſſelbe zu Stande zu bringen.

Vielleicht gefällt manchem nicht die in dieſem Bande geſchehene Rangirung der Materien; allein ich habe hier der ſchon in meinem obgedachten Compendium erwälten Anordnung der Materien, nach dem beliebten Compendium des Teutſchen Staatsrechts meines unvergeßlichen ehemaligen Lehrers, des ſeeligen Hofrath Schmauſſens, gefolgt, welche mir ganz natürlich zu ſeyn ſcheint. Vielleicht vermißt man noch eine und andere Anmerkung, die ich hätte beybringen können und ſollen. Allein ob ich ſie gleich ſelbſt vermiſſe, und manche mir nicht unbekannt iſt; ſo habe ich ſie doch unterdrücken müſſen, um die ganze Abhandlung der Teutſchen Staatsverfaſſung dieſes Periodus in den gegenwärtigen Band zu bringen, der ohnehin einige Bogen ſtärker worden iſt, als die vorhergehenden. Vielleicht ſetzt man auch aus, daß die Exempel hätten ausgewälter ſeyn können, als von mir geſchehen, welchem Urtheil ich nicht widerſprechen will. Hätte ich jemals mich in jüngern Jahren dazu entſchlieſſen können, Collektaneen zu machen; ſo würde ich nun die Auswahl von den beizubringenden Exempeln haben. Allein ſo ſind von jeher mein gutes Gedächtnis und meine Bibliotheck meine Collektaneen bey allen meinen bisherigen Schriften geweſen. Jenes verläßt einen bisweilen, und in dieſer fehlt manchesmal ein Buch, welches man vor vielen Jahren zwar geleſen, und

wor=

woraus man noch was nehmen könnte, ſo aber itzo nicht bey der Hand iſt. Nunmehro aber bin ich zu alt, und habe zu wenig Zeit übrig, als daß ich noch erſt Collektaneen machen könnte. Würde ich aber erſt anfangen, in der Geſchichte zu arbeiten: ſo würde ich mir gewiß Collektaneen ſammeln. Ich rathe es einem jeden, der ſich in das immer weitläuftiger werdende Feld der Hiſtorie wagen will. Man ſchreibt zwar vielleicht manches Unnütze nieder; aber man erſpart ſich auch hernach viele Mühe.

Nun iſt nur noch übrig, daß ich zum Troſte derjenigen Käufer des Auszuges ꝛc., die über die bisher, wider ihr Verhoffen, ſo ſtark angewachſene Anzal der Bände deſſelben gemurrt, und deswegen wohl gar von meinem Herrn Verleger einen neuen Fortſetzer verlangt haben, melde, daß in vier, oder wo möglich, nur drey Theile, der Reſt unſerer Reichs-Geſchichte gebracht werden ſolle. Auf was Art ich ſolches ins Werk richten könne, ohne nur blos ein Skelet der noch übrigen Reichshiſtorie zu liefern, mögen die mißvergnügten Käufer meiner Arbeit, und die Recenſenten der Vorreden der bisherigen Bände ſo lange rathen, bis ich mich in der Vorrede des nächſten Theils darüber näher erklären werde.

GOtt aber, der mir bisher Geſundheit und Vermögen verliehen, dieſes in kranken Tagen, und mit einem ſchwächlichen Körper angefangene Werk fleißig und ununterbrochen fortzuſetzen, wird mir ferner Geſundheit und Kräfte gnädig ſchenken, um es in ein paar Jahren vollends zu Ende zu bringen.

Geſchrieben auf der Julius-Carls-Univerſität zu Helmſtedt, am Juſtinustage, oder den 13ten April, im J. 1771.

Siebente

Siebente Periode der Geſchichte Teutſchlands.

Zweiter Abſchnitt.

Staats-Verfaſſung des Teutſchen Reichs von K. Rudolph dem erſten bis auf den Tod Kayſer Fridrichs des dritten, oder vom Jahr 1273-1493.

Die Quellen, woraus die Staatsverfaſſung des Teutſchen Reichs in dieſem Zeitpunkte geſchöpft werden kan, ſind in dem vorhergehenden erſten hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Perioden fleißig angezeigt, und das wichtigſte davon bereits in die Geſchichte ſelbſt von Zeit zu Zeit eingewebt worden, daß ich daher in dieſem zweiten publiciſtiſchen Abſchnitte mich um ſo kürzer werde faſſen, und meine Leſer meiſtentheils nur auf jenen verweiſen können. Indeſſen will ich dasjenige,

was hievon zu ſagen iſt, in eine kurze ſyſtematiſche Verbindung zuſammen faſſen, und hier und da noch einiges einſchalten, was ſich in den hiſtoriſchen Abſchnitt nicht füglich hat wollen bringen laſſen.

Unter die Schriftſteller dieſes Zeitpunkts, die uns eine Käntniß von der damaligen teutſchen Staatsverfaſſung hinterlaſſen haben, rechnet man insgemein den Abt **Engelbertus** zu **Admont** in **Steyermarck**, der bereits unter **K. Rudolphen** dem I. gelebt hat, im J. 1297. Abt zu Admont worden, und im J. 1331. geſtorben iſt a). Von demſelben haben wir einen Tractat *de ortu, progreſſu, et fine Romani Imperii*, der aus 24. Capiteln beſtehet b). Allein man wird in demſelben wenig oder nichts finden, was man zur Käntniß des teutſchen Staatsrechts dieſer Zeiten gebrauchen könnte. Von mehrerer Erheblichkeit iſt des **Lupolds von Bebenburg**, eines **Domherrns zu Maynz, Würzburg** und **Bamberg**, und nachmaligen **Biſchofs zu Bamberg** vom J. 1334. bis zum J. 1343 c), öfters gedruckter Tractat *de iuribus Regni*

a) *Trithemius* in Catal. ill. Viror., p. m. 136. et de Scriptor. Eccleſiaſt., p. m. 275. in *Eius* Opp. T. I. Ger. Io. *Voſſius* de Hiſtoricis latinis; (Lugd. Bat 1651. 4.) L. II. c. 62. p 498 ſq. und Io. Alb. *Fabricii* Biblioth. latina med. et inf. aet., T. II. L. V. p. 291 ſqq. b) Zuerſt hat dieſen Tractat Caſp. *Bruchius* mit ſeinem *Hodoeporico Bavarico* herausgegeben, zu Baſel, 1553. 8. hernach Ioachimus *Clutenius*, zu Offenbach 1610. 8. Er ſtehet ferner in dem *Supplemento* der *Bibliothecue Patrum Colonienſis*, und in der *Bibliotheca Patrum maxima Lugdunenſi*, T. XXV. p. 362. b. - 378 a. c) *Trithemius* in Catal. ill. Viror., p. m. 144. Mart. *Hoffmanni* Annal. Bamberg.. L. IV., in *de Ludewig* Scr. rer. Bamberg, p. 197. et 200. *Voſſius* l. c., l. II. c. 57. p. m. 459 ſq. und *Fabricius* l. c., T. I. L. II. p. 492.

gni et Imperii Romanorum d), der 19. Capitel enthält. Dann obgleich derſelbe manches unnöthige einmiſcht, und mehr auf die ältere als neuere Zeiten gehet; ſo hat er doch auch bisweilen die Anwendung auf ſeine Zeiten gemacht. Von noch mehrerm Nutzen, zur Käntniß der teutſchen Staatsverfaſſung dieſer Zeiten, ſind des D. Peters von Andlo, geweſenen Canonicus der Collegiatkirche zu Colmar, der unter K. Friedrich dem III. gelebt und geſchrieben hat e), beide Bücher *de Imperio Romano-Germanico*, die er dem erſtgedachten Kayſer Friedrich zugeeignet hat f). Man findet hiernächſt auch bey dem Bartolus, Baldus, Albericus von Roſate und andern Commentatoren dieſer Zeit über das Römiſche Recht, ingleichen bey den Gloſſatoren des canoniſchen Rechts ein und andere Spuren zur Käntniß unſerer damaligen Staatsverfaſſung. Einen meiſterhaften Verſuch aber des teutſchen Staatsrechts unter K. Rudolph dem I. haben wir dem hochberühmten

d) Cum Marquardi *Freheri* Notis poſthumis, accurante Matthia *Berneggero*; Heidelbergae, 1664. 4. Er ſtehet auch in des Simonis *Schardii* Sylloge hiſtorico-politico-eccleſiaſtica, (Argentor. 1618. fol.) n. X. p. 167-208. Eben daſelbſt, von pag. 208-235., findet man auch unſers *Lupoldi* de *Bebenburg* Libellum de zelo catholicae fidei veterum Principum Germanorum, den man gewiſſer maſſen auch hieher ziehen kan. Die verſchiedene Ausgaben von dieſen beiden Schriften ſind angezeigt in Chph. *Hendreichii* Pandectis Brandenburg., p. 372. a.

e) *Bayle* Dictionnaire hiſtorique et critique, T. I. p. 227. *ed. Baſil.* de a. 1741. fol. und *Fabricius* l. c., T. V. L. XV. p. 713 ſq.

f) Cum notis Marqu. *Freheri*; Argentor. 1612. 4. et in Tob. *Oelhafen* Repraeſentat. Reipubl. Germ. (Norib. 1657. 4.) n. I. p. 1-225. Cf. *Hendreich* l. c., p. 168. b.

Herrn Vicekanzler Struben in Hannover zu danken ff). Und auf der von K. Carln dem IV. geſtifteten Univerſität zu Prag zeiget ſich, um das J. 1380., der erſte Lehrer des teutſchen Staatsrechts in Teutſchland, nehmlich der Ubertus von Lampamiano, der zu Vorleſungen über daſſelbe, durch einen öffentlichen Anſchlag, ſich anheiſchig gemacht hat g).

Aus den bisher angeführten Schriftſtellern und ihren Schriften würde man inzwiſchen ſich keinen hinlänglichen Begriff von der Staatsverfaſſung unſers Teutſchen Reichs in dieſem Periodus machen können, wenn man nicht auch die zalreiche Urkunden dieſer Zeiten, und die beiden Hauptquellen unſers teutſchen Staatsrechts, nehmlich die in dieſem Periodus errichtete Reichsgrundgeſetze und Verträge, wie auch das aus der Geſchichte genommene, und erwieſene Reichsherkommen zu Hülfe ziehen wolte. Unter jenen ſtehet gleich oben an die auf dem Reichstage zu Frankfurt, im J. 1338., unter K. Ludewig dem Bayer gemachte Satzung de iure *Imperii* h), die aber noch unter ſeiner Regierung auſſer Acht geſetzt

ff) S. deſſen Nebenſtunden, P. IV. n. 23. p. 84-114.

g) Henr. Chriſti. *Baronis* de *Senckenberg* Methodus Iurisprudentiae; (Francof. ad Moen. 1756. 4.) App. III. §. 48. p. 136. b. et in *Adiunct. Diplomat.*, n. I. p. 148 ſq. *cf.* App. VI. §. 26. p. 203. b. Aus dieſem nicht genugſam bekannt gewordenem Buche des wohlſeeligen Herrn Barons von Senckenberg, in welchem ſich ein Schatz von grundgelehrten Beobachtungen findet, kan man, zur Geſchichte der Teutſchen Staatsverfaſſung von K. Rudolph dem I. bis auf K. Friedrich den III, den *Excurſum* ſ. *Append. VI.* vom §. 19-31. mit Nutzen zu Rath ziehen.

h) Sie ſtehet unter andern in *Schmauſſii* Corp. I. P. Acad., n. 2. p. m. 2 ſq. S. auch den dritten Band des Auszuges ꝛc., S. 324. und 333.

ſeẓt worden [i]). Es folget hierauf die von K. Carln dem IV., im J. 1356., theils auf dem Reichstage zu Nürnberg, theils auf dem Churfürſtentage zu Metz, errichtete und publicirte *Sanctio Carolina*, das kayſerliche Rechtbuch *), oder die Goldene Bulle, (Aurea Bulla,) wie ſie nachmals von dem anhangendem goldenen Siegel genannt wurde. Die Geſchichte der Errichtung dieſes itzo erſten, und vermutlich ewig geltenden Grundgeſetzes des teutſchen Reichs iſt bereits in dem vorhergehendem hiſtoriſchen Abſchnitte umſtändlich abgehandelt worden [k]). Ich begnüge mich daher nur dieſes noch zu bemerken, daß man den bekannten Juriſten Bartolus irrig für den Verfaſſer derſelben halte [l]). Andere glauben, K. Carl der IV. habe ſie ſelbſt aufgeſeẓt [m]), welches mir aber nicht glaublich iſt, und ich halte wahrſcheinlicher den damaligen kayſerlichen Geheimſchreiber und Probſten zu Wetzlar, Rudolfen von Friedberg, der nachher Reichskanzler, und endlich ſogar Biſchof zu Verden wurde, für den wahren und eigentlichen Concipienten derſelben [n]). Die authentiſche Sprache dieſes Geſetzes iſt

 die

i) S. in eben dieſem dritten Bande des Auszuges, S. 382. f.f. und 407. f.

*) Diploma *Caroli IV.* de a. 1361. in *Haltauſii* Memoria I. P. certi S. R. I. ex med. aevo; (Lipſiae, 1735. 4.) Sect. II. §. 10. p. 18 ſq. nota i).

k) Eben daſelbſt, S. 592 : 604. und 613 : 625.

l) *Lib. Baro* de *Senckenberg* l c., App. VI. §. 25. p 202. b. Cf. von Olenſchlager N. Erläuter. der G. B., §. 99. p. 390. nota 5).

m) Io. Ge. *Pagendarm* Diſſ. de *Carolo IV. Rom Imp.* inter *A. B.* eiusdemque latinae Scriptores potiſſimum referendo; Ienae, 1734. 4.

n) von Olenſchlager *l. c.*, §. 99. p. 390 ſq. *coll.* nota 6). p. 391.

die lateiniſche, man hat aber verſchiedene alte teutſche Ueberſetzungen deſſelben, die jedoch nicht mit einander übereinſtimmen.

Vermutlich wurden bald anfangs ſo viele Originalien ausgefertiget, als Churfürſten waren, obgleich dieſelben ſich itzo in einigen churfürſtlichen Archiven nicht mehr finden wollen o). Die Stadt Frankfurt aber hat ihr Original zehen Jahre ſpäter bekommen, und es ſind auch für andere Reichsſtände in der Reichskanzley Abſchriften gemacht worden, die wegen des anhangenden Siegels, ſo aber nicht bey allen von Gold, ſondern, wie z. E. bey dem Nürnbergiſchen nur von Wachs iſt, ebenfalls als Originalien anzuſehen ſind p). Nach erfunde-

o) S. C. G. *Schwarzii* Recenſio *Autographorum* latinor., ſ. *Originalium* Sanctionis Carolinae, *ſubiuncta* C. S. E. *ab Holzſchuher* Or. de Comitiis a. 1356. Norimbergae celebratis, in quibus *Caroli IV. Imp.* A. B. fuit ſancita; (Altorf. 1732. 4.) p. 79. 81. et 92 ſq. und des Freyherrn von Senckenberg Einleit. zu der ganzen in Deutſchland üblichen Rechtsgelerſamkeit; (Nördlingen, 1762. 8.) cap. V. §. 39. n. 1, wo von einer bisher noch unbekannt geweſenen Urſchrift der G. B., die im öſterreichiſchen Hausarchive liegt, Nachricht gegeben wird. Cf. Eben deſſelben Sendſchr. an den Herrn von Olenſchlager vor der N. Samml. der R. Abſchiede, *§. 5. et 6. p. 43 ſq.* Daſelbſt wird es aber für eine Fabel ausgegeben, daß K. Carl die G. B. auf den Rtagen habe originaliſiren, und einem jeden Churfürſten ein Exemplar derſelben zuſtellen laſſen. p) *Schwarzius* l. modo c., p. 82. et 85 ſqq. Cf. *Eiusdem* Recenſio *Apographorum* ſ. Codd. Mſſ. inſigniorum, eorumque *latinorum* Sanctionis Carolinae, *itemque* Recenſio *Apographorum* ſ. Codd. Mſſ. *Germanicae Sanctionis Carolinae*, welche gleichfalls hinter der vorhin angeführten Rede des Herrn von Holzſchuher, p. 93 ſqq. et 99 ſqq., ſtehen.

fundener Druckerey iſt die G. B. noch in dieſem Periodus ein paarmal gedruckt worden q). In der Folge haben viele Gelehrte über dieſes Reichsgrundgeſetz kurze und weitläuftige Anmerkungen herausgegeben r); aber alle ſeine Vorgänger hat zu unſern Zeiten der hochberühmte Herr Schöff **von Olenſchlager zu Frankfurt** übertroffen, deſſen

A 4 Werk

q) Der bisher bekannte älteſte Abdruck der G. B. iſt vom J. 1474. in *folio* herausgekommen. Sie muß aber in dieſem Jahr zweimal, und von zwey verſchiedenen Buchdruckern gedruckt worden ſeyn. Dann auf der Helmſtedtiſchen Univerſitäts-Bibliotheck findet ſich ein Exemplar, ſo in dieſem J. 1474. per *Fridericum Creuſner* de *Nurmmberga* gedruckt worden. Und nach dem Zeugnis des Becmanns, in *Catal. Biblioth. Acad. Francofurt. ad Oderam*, *p. 21.*, iſt in dieſer Bibliotheck ein Exemplar, ſo Anton Koburger zu Nürnberg 1474. gedruckt hat. Eben dieſer Anton Koburger hat ſie drey Jahre nachher, oder im J. 1477., abermals zu Nürnberg in Folioformat wieder auflegen laſſen; S. *Schwarzii* Recenſionem Libror. typis impreſſorum, et quidem *Editionum Latinarum* Sanctionis Carolinae, *in calce* Orat. *Holzſchuher*, p. 105 ſq. Cf. *Eiusdem* Recenſio *Editionum Germanicarum* Sanctionis Carolinae, *ibidem*, p. 121-127., wo fünf verſchiedene, noch unter der Regierung K. Friedrichs des III. gedruckte, teutſche Ausgaben der G. B. angezeigt und beſchrieben ſind. r) Joh. Peter Ludewig führt in der Vorrede zum 2. Theil ſeiner vollſtändigen Erläuterung der G. B., §. 6-35. p. 5-24., neun und zwanzig ältere Ausleger der G. B. an, und beurtheilt ihre Arbeiten. Er ſelbſt alſo iſt der dreißigſte, von deſſen Arbeit der Herr von Olenſchlager in der Vorrede ſeiner N. Erläuterung der G. B., *a. 3. a*, ein gegründetes Urtheil gefällt hat. Cf. Moſers unpartheyiſche Urtheile von juridiſch- und hiſtoriſchen Büchern, P. III. n. 17. p. 264-270. und Eben deſſelben Biblioth. I. P. S. R. G. I., P. I. n. 60. p. 245-260.

Werk [s]) ein unvergängliches Denkmal von den tiefen Einſichten dieſes groſſen Manns in unſern Teutſchen Reichsſtaat der ältern und mittlern Zeiten jederzeit bleiben wird. Uebrigens gehet der Hauptzweck der G. B. dahin, die Erwälungsart eines Reichsoberhauptes zu beſtimmen, und alle bey ſolchen Wahlen bisher manchsmal vorgefallene Irrungen und Streitigkeiten für das künftige aus dem Wege zu räumen. Dieſes iſt gleichſam der Schlüſſel zu Eröffnung des genauen Verſtandes dieſes Geſetzes, und man muß daſſelbe aus dieſem Geſichtspunkte vornehmlich betrachten und erklären. Hierauf gründet ſich die Urſache, warum die Churſtimme auf den würklichen Beſitz der Churländer gelegt, dieſe für untheilbar erklärt, und in den weltlichen Churfürſtenthümern das Recht der Erſtgeburt eingeführt, auch feſtgeſetzt worden, daß in denſelben kein Geiſtlicher zur Erbfolge ſolte gelangen können, die Vormundſchaft aber über einen minderjärigen weltlichen Churfürſten von ſeinem nächſten weltlichen Agnaten geführt werden ſolte. Lauter Vorrechte, die damals den übrigen Reichsfürſten mangelten, vor welchen die Churfürſten noch einige andere Vorzüge erhielten, die in der Folge, an ihrem gehörigen Orte, ſollen bemerkt werden [t]).

Was

s) Neue Erläuterung der G. B. Kayſers Carls des IV., aus den ältern Teutſchen Geſchichten und Geſetzen, zur Aufklärung des Staatsrechts mittlerer Zeiten, als dem Grunde der heutigen Reichsverfaſſung; Frankf. und Leipzig, 1766. 4.

t) Abhandlung von der Geſchichte derer wichtigſten deutſchen Reichsgrundgeſätze; (Frankf. und Leipz., 1767. 8.) cap. 1. §. 2. p. 33. et §. 32 ſqq. p. 63 ſqq.

Was die Concordaten der Teutſchen Nation anbelangt; ſo gaben hiezu Gelegenheit die Beſchwerden der Teutſchen Kirche über die häufige Bedrückungen des Römiſchen Stuls, wovon in der Folge die Beiſpiele ſollen beigebracht werden. Schon auf dem Concilium zu Coſtnitz hatte P. 1418
Martin V. mit der Teutſchen Nation gewiſſe 20 Feb.
Concordaten auf fünf Jahre geſchloſſen u), die aber von ihm und ſeinen Nachfolgern ſchlecht beobachtet wurden; mithin dauerten die Beſchwerden noch immer fort, und wurden auf dem folgenden Concilium zu Baſel von der Teutſchen Nation von neuem ſtark gereget. Nachdem nun das Basler-Concilium mit dem damaligen P. Eugenius dem IV. zerfiel, und wider deſſen Willen ferner beiſammen blieb; ſo ſuchte ſich daſſelbe unter den Teutſchen Reichsſtänden Freunde zu machen, indem es verſchiedene Schlüſſe zu Abhelfung der Beſchwerden der Teutſchen Nation gegen den Pabſt abfaßte. Dieſe Dekrete wurden auch 1439
auf dem zu Maynz gehaltenem Convente, unter 26 Mrz
einigen Einſchränkungen, von dem Römiſchen König, Albrecht dem II., den Churfürſten und Fürſten angenommen v). Da nachmals P. Eu- 1445
genius der IV. die Churfürſten von Trier und Cöln abſetzte; ſo ſchloſſen dagegen die Churfürſten 1446
mit einander einen Verein, vermöge deſſen ſie ſich verbanden, Eugenius den IV. nur in dem Falle für einen rechtmäßigen Pabſt zu erkennen, wenn er die obgedachten Basler-Dekrete beſtätigen, und andern Beſchwerden der Teutſchen Nation abhelfen würde.

u) S. im fünften Bande des Auszuges, S. 190. f. 193. f. und 195. v) Eben derſelbe, im ſechſten Bande, S. 44. und f. f.

Zufolge dieſes Churvereins ſchickte K. Friedrich der III. eine Geſandſchaft nach Rom, und P. Eugen ſeine Legaten auf den Reichstag
1 Spt. nach Frankfurt, auf welchem die Präliminär-
1446 artikel der Concordaten geſchloſſen wurden. Um nun die Genehmigung dieſer Präliminarien von dem Pabſte zu erhalten, fertigten K. Friedrich und die teutſchen Reichsſtände eine neue Geſandſchaft nach Rom ab, welche dann von dem
1447 todkranken Pabſte die Beſtätigung erhielt. Die
5. und 7. Febr. verſchiedenen damals ausgefertigten päbſtlichen Bullen, nebſt der vorhin angeführten Annehmungsurkunde der baſeliſchen Schlüſſe vom J. 1439, machen nun zuſammen die Concordaten der teutſchen Fürſten aus. Bey der vom Pabſte geſchehenen Beſtätigung hatte ſich derſelbe einige Vortheile vorbehalten, die ihm von der Teutſchen Nation bewilligt werden ſolten. Weil er aber bald darauf ſtarb; ſo ſchickte hernach ſein Nachfolger, P. Nicolaus der V., den Cardinal von S. Angelo, Johannes, als ſeinen Legaten nach Teutſchland, der dann, durch die Beihülfe des ſchlauen Aeneas Sylvius, ſo glücklich war, zu
1448 Aſchaffenburg die bekannten Concordaten, je-
17. Feb. doch mit Widerſpruch vieler Fürſten, zu ſchlieſſen, in welchen das päbſtliche Verlangen, in Anſehung der Reſervationen und Annaten, bewilliget, im übrigen aber die Concordaten der Fürſten beſtätiget wurden. Dieſe machen alſo mit den aſchaffenburgiſchen Concordaten zuſammen genommen die eigentlichen Hauptverträge der teutſchen Nation mit dem Römiſchen Stule aus, wodurch Teutſchland einiger maſſen zur Ruhe gekommen und einem Theil ſeiner Beſchwerden abgeholfen worden w).

Den

w) (Io. *Horix*) Introductio hiſtorica cauſam *Concordatorum Nat. Germ.* et originem breviter, ſed ſolide

Den Innhalt dieſer Aſchaffenburgiſchen Concordaten habe ich bereits im ſechſten Bande dieſes Auszuges x) angezeigt, und wir haben dem Fleiſſe des berühmten Herrn Hofgerichtsraths und Profeſſors zu Maynz, Johann Horix, ſeit einigen Jahren eine neue verbeſſerte, und mit einem Original, vermutlich aus dem mayntziſchen Archiv, verglichene Ausgabe derſelben zu danken y). Wie ſehr aber die Päbſte, noch in dieſem Periodus, wider die Concordaten gehandelt, und dadurch zu neuen Beſchwerden Anlaß gegeben, wird weiter unten in dieſem Abſchnitte vorkommen.

Unter die Reichsgrundgeſetze dieſes Periodus gehören ferner die von verſchiedenen Kayſern und Römiſchen Königen dieſes Zeitpunkts errichteten und publicirten Landfrieden. Ich habe ſelbige, in den vorhergehenden Bänden dieſes Auszuges, unter jedem Kayſer ſorgfältig angemerkt, wohin ich meine aufmerkſame Leſer verweiſen will. Und man findet auch diejenige, welche bis

lide adumbrans, welche deſſen gleich anzuführenden Ausgabe der Concordaten vorgeſetzt iſt, §. 10 - 28. p. 5 - 18. Cf. Henr. *Linckii* Diſſ. de Concordatis Nationis German.; Altorfii, *recuſa:* Vitembergae, 1742. 4. Io. Adolphi *Hartmanni* Diſſ. de Concordatis Nat. Germ.; Marb. 1734. 4. et Io. Caſp. *Barthel* Diſſſ. tres de Concordatis Germaniae; Wirceburgi, 1740. 1743. in 4., *recuſae*, tam in *Eius* Opuſcul. iurid.; (Francof. et Lipſ. 1756. 4.) T. II. n. 2. et 3. p. 152 - 409., quam in *Eius* Opuſcul. recentior.; (Wirceburgi, 1762. 4.) P. I. p. 1 - 356. x) S. 213. y) Dieſe Ausgabe führt den Titel: *Concordata Nationis Germanicae integra*, ſ. nova et accurata *Concordati Calixtini*, et precipue *Concordatorum Principum* ſub *Eugenio IV.*, nec non *Concordatorum Aſchaffenburgenſium* ſub *Nicolao V.*, Editio etc.; Francof. et Lipſiae, (1762.) 4.

bis auf unſere Zeiten gekommen ſind, in der **Neueſten Sammlung der Reichs-Abſchiede** з).
Der ſeit den Zeiten des ſogenannten **groſſen Interregnum**, in **Teutſchland** eingeriſſene ſehr verwilderte Zuſtand, und die häufigen Befehdungen erforderten zwar freilich dergleichen **Landfrieden**.
Es hatte auch ſchon **K. Rudolf** der I., gleich in
1281 ſeinen erſten Regierungsjahren, den vom **K. Friedrich** dem II. publicirten **Landfrieden** beſtätiget,
1287 auch ſolchen nachmals zu **Würzburg** verbeſſert, und ſeine **Nachfolger** haben von Zeit zu Zeit **Landfrieden** gemacht und publicirt. Allein alle dieſelben hatten den **Fehler**, daß ſie entweder **nicht allgemein** waren, oder nur **auf gewiſſe Jahre** giengen. Hiedurch konnte dem landverderblichen Uebel des Befehdens unmöglich aus dem Grunde abgeholfen werden. Und obgleich die häufigen Bündniſſe, welche verſchiedene **Reichsſtände**, in dieſem **Periodus**, unter ſich ſchloſſen, ebenfalls zu Erhaltung des **Landfriedens** abzwecken ſolten; ſo ſtifteten ſie doch öfters nur neue Verwirrungen, wie aus dem Beiſpiele des groſſen **rheiniſchen** und **ſchwäbiſchen Städtebundes** in der andern Helfte des vierzehnten Jahrhunderts erhellet, den darüber **K.**
1389 **Wenzel** in dem **Egrer-Landfrieden** wieder aufheben muſte. Würde **K. Albrecht** der II. länger gelebt und regiert haben; ſo hätte er vielleicht das groſſe Werk eines **beſtändigen** und **allgemeinen Landfriedens** zu ſtande gebracht wenigſtens wur-
1438 de dazu auf deſſen beiden **nürnbergiſchen Reichstagen** ein guter Grund gelegt. Allein ſein frühzeitiger Tod unterbrach die Ausführung dieſes groſſen Vorha-

з) P. I. p. 31. 34. 38. 43. 88. 91. 97. 111. 144. 152. 153. 154. 164. 170. 200. 225. et 261 ſqq. Cf. *Datt* de Pace publ., L. I. capp. 5. 9. 11-13. 22. 26. et 28 ſq.

Vorhabens, und die damit verknüpfte innerliche Beruhigung des teutſchen Reichs. Sein Nachfolger, K. Friedrich der III., verdarb die Sache, gleich zu Anfang ſeiner Regierung, damit, daß er auf ſeinem erſten Reichstage zu Frankfurt nicht 1442
ſowohl dem klugen Vorgange ſeines Vorfahren, K. Albrechts des II. folgte, ſondern vielmehr, in der von ihm damals publicirten ſogenannten Reformation, nur die, im 17. Titel der G. B., enthaltene Verordnung von den Befehdungen erneuerte und beſtätigte.

Alle ſeine folgende Bemühungen auf verſchiedenen Reichstägen, einen Landfrieden zu ſtande zu bringen, wolten ihm faſt niemals gelingen, und das ganze Werk blieb meiſtentheils in bloſſen Berathſchlagungen und Unterhandlungen beſtehen, wie ſeine umſtändlich erzälte Regierungsgeſchichte ausweiſet. Sowohl die beſtändigen Befehdungen der Reichsſtände unter einander, als auch die eigenen Streitigkeiten, welche der Kayſer in ſeinem Hauſe, mit Reichsſtänden und mit auswärtigen Potentaten hatte, hinderten die Eintracht unter dem Haupte und den Gliedern des Teutſchen Reichs, die doch zu Gründung eines beſtändigen und allgemeinen Landfriedens ſo nöthig war. Mithin brachte K. Friedrich, unter ſeiner langwierigen Regierung, nur einige, auf gewiſſe Jahre geſetzte, Landfrieden zu ſtande, welche von Zeit zu Zeit, und noch zum leztenmal im J. 486. auf zehen Jahre, verlängert wurden. Indeſſen würde ſein Sohn und Nachfolger, K. Maximilian der I., ſchwerlich ſobald den beſtändigen und ewigen Landfrieden zuwegen gebracht haben, woferne ihm nicht ſein Vater, K. Friedrich der III., hierunter ſo vieles vorgearbeitet hätte. Es beförderte auch denſelben, daß gegen Ende der Regierung K. Frie-

Friedrichs des III., und auf deſſen Betrieb der bekannte Schwäbiſche Bund ſeinen Urſprung nahm, und ſelbigem viele mächtige Reichsſtände, wie auch die Löwengeſellſchaft beitraten, wodurch die Gemüther der meiſten Reichsſtände und des teutſchen Adels gleichſam vorbereitet, und williger gemacht wurden, ſich den Geſetzen eines allgemeinen und beſtändigen Landfriedens zu unterwerfen. Uebrigens war die ſtärkſte Stütze der, in unſerm Periodus, von Zeit zu Zeit errichteten Landfrieden, und des dadurch geſuchten innerlichen Ruheſtandes, daß die Theilnehmer an ſolchen Landfrieden ſowohl, als auch an den häufigen zu deſſen Erhaltung geſchloſſenen beſondern Verbindungen, ſogenannte Friedensgerichte gemeinſchaftlich beſtellten. Dieſe beſtanden aus den Friedensrichtern und einem aus ihnen gewältem Obmanne, dem die Zuſammenberufung der Bundsverwandten, und die Aufnahme neuer Bundsgenoſſen, mit Einwilligung der ältern Bundsglieder, zukam. Es beſorgten nun ſolche Friedensgerichte nicht nur die Aufrechterhaltung des Landfriedens, ſondern ſie entſchieden auch die unter den Bundsgenoſſen entſtandene Streitigkeiten; vornehmlich aber hiengen von ihrer Anordnung die gegen die Landfriedensbrecher vorzukehrenden Anſtalten ab [a]).

Endlich ſind noch unter die, aus dieſem Periodus vorhandene, Reichsgrundgeſetze zu rechnen

a) Geſchichte der D. RGrundgeſätze, cap. 2. §. 45-52. p. 80-93. Cf. Io. Frid. *Kayſeri* Diſſ. de iudiciis Pacis in Imperio R. G.; Gieſſae, 1747. 4. *recuſa*: ibid. 1749. 4. und Mart. Schamelii hiſtor. Nachr. von dem Thüring. Friedegerichte in den mittlern Zeiten, in der Sammlung vermiſchter Nachrichten zur Sächſ. Geſchichte, IV. Band. n. 3. p. 209-229.

nen einige auf uns gekommene ſogenannte Reichsabſchiede. Man findet ſie ebenfalls in der Neueſten Sammlung der Reichsabſchiede b); allein, nach der Anmerkung des wohlſeeligen Reichsfreyherrns von Senckenberg, trift man vor dem J. 1495. wenige, oder faſt gar keine ordentlich vollzogene Reichsabſchiede an. Die Bekanntmachung der auf dem Reichstage gemachten Schlüſſe geſchah gemeiniglich nur mündlich, und faſt niemals ſchriftlich. Es ſtand zwar einem jeden frey, die gemachten Schlüſſe für ſich aufzuſchreiben. Wenn es aber nicht etwa eine beſondere kayſerliche Verordnung oder *Sanctio pragmatica* war; ſo konnte man nachher, ſogar nicht einmal aus der kayſerlichen Kanzley, eine Abſchrift erhalten. Deswegen haben wir von den Abſchieden der Reichstäge bis auf Carln den IV. kein einiges Original, aus deſſen Regierung die vorhandenen Originalien der G. B. hieher zu rechnen ſind. Von den folgenden Reichstägen hat man bisher ebenfalls noch kein Original können ausfündig machen, bis auf die Reformation Kayſer Friedrichs des III. Und auch dieſe ſelbſt iſt nur von einigen Ständen aus der kayſerlichen und Reichs-Kanzley erhoben worden. Was alſo von ſogenannten Reichsabſchieden in den ältern und neuern Sammlungen derſelben, beym Goldaſt, Schilter, Datt, Müller, Wencker und Senckenberg vorkommt, beſtehet nur aus denjenigen Stücken, die zur Dictatur gekommen, oder aus kayſerlichen, auf dem Reichstage bekannt gemachten, und gleichfalls *ad Dictaturam* gegebenen Verordnungen. Oefters ſind die Reichsſchlüſſe gar nicht einmal zu ſtande gekom-

b) P. I. pagg. 37. 43. 44. 103. 131. 150. 160. 166. 189. 190. 198. 204. 209. 216. 226. 252. 265. 268. 271. 278. 282. 284. 289. 291. et 294 ſqq.

gekommen. Manchsmal ſind Propoſitionen vom Kayſer geſchehen, hierauf von den Ständen, beſonders den Reichsſtädten ein Gutachten oder Rathſchläge abgegeben, gemeiniglich aber zuletzt alles auf Rückbringen, oder Hinter ſich bringen angenommen worden. Bisweilen kommen auch einige Bey- und Neben-Abſchiede vor. Und bey ſo bewandten Umſtänden iſt ſich nicht zu verwundern, wenn die ordentlichen Unterſchriften, auſſer bey den kayſerlichen Conſtitutionen, ermangeln, weil man ſelten etwas ſchriftlich ausgefertiget, ſondern ſolches nur mündlich vollzogen oder verabredet hat. Das meiſte alſo, was wir, in den vorhin genannten Sammlungen und bey den angeführten Schriftſtellern, unter dem Nahmen der Reichsabſchiede dieſes Periodus, antreffen, ſind, weniges ausgenommen, eigentlich eher Reichstags-Acten, als würkliche Reichsabſchiede in heutigem Verſtande c).

Kayſerliche Wahlcapitulationen in der heutigen Form kommen zwar in dieſem Periodus noch nicht vor. Hingegen findet man, daß, vor einigen vorgenommenen Wahlen, der Churfürſt von Maynz d), bisweilen auch noch einige andere Churfürſten von dem Throncandidaten ſich einige Vortheile ausbedungen haben e), die jedoch nur auf ihr Privatintereſſe, und nicht auf die Verfaſſung des ganzen

c) S. des Freyherrns von Senckenberg Sendſchr. an den Herrn von Olenſchlager, *l. c.*, §. 3-8. p. 42-44. *paſſim.* d) S. z. E. *de Gudenus* Cod. Mog. dipl., T. III. n. 79. et 80. p. 97 ſqq. et 100 ſqq. *coll.* T. I. n. 427-429. p. 901-905. ingleichen den Auszug, im zweiten Bande, S. 668. und im dritten Bande, S. 103. e) S. z. E. den Auszug, im zweiten Bande, S. 628. und 671. ingleichen im dritten Bande S. 6. 98. f. f. und 104.

ganzen Reichs giengen. Allein bey der vorgenommenen Abſetzung des K. Wenceslaus lieſſen ſich die drey geiſtlichen Churfürſten von ihrem Collegen, dem Churfürſt Ruprechten von Pfalz, den ſie zum Thron beſtimmt hatten, eine ſchriftliche Verſicherung über einige Punkten ausſtellen. Dieſe giengen gröſtentheils auf allgemeine Rechte des ganzen Reichs, und Ruprecht muſte verſprechen, hierüber den Churfürſten, ſofort nach ſeiner königlichen Krönung, Brief und Siegel auszuſtellen, auch ſolche, wenn er Kayſer werden würde, zu erneuren und zu beſtätigen f). Auch K. Sigmund ſtellte noch vor ſeiner Wahl, und um ſelbige hiedurch deſto mehr zu befördern, eine Verſchreibung aus, nach erlangter teutſcher Krone allen Fleiß anzuwenden, damit die Einigkeit in der Kirche wieder hergeſtellt, und ein einmüthiger Pabſt erwält werden möchte. Indeſſen und bis ſolches geſchehen würde, verſprach er allen denjenigen Ständen und Gliedern des Reichs, welche dem P. Gregorius anhiengen, alle Sicherheit. Auſſerdem machte er ſich noch insbeſondere gegen den Churfürſten von Pfalz anheiſchig, ihm ſeine Reichspfandſchaften, ingleichen ſowohl ihm, als auch vielen andern Fürſten und Herren, der Stadt Straßburg und den übrigen elſaßiſchen und ſchwäbiſchen Reichsſtädten, alle ihre alte wohlhergebrachte Privilegien zu beſtätigen g). Aber alle dieſe Verſchreibungen haben nichts ähnliches mit den kayſerlichen Capitulationen, wie ſie in heutigem Verſtande, und ſeit den Zeiten K. Carls des V. genommen werden.

f) S. im vierten Bande des Auszuges, S. 259.
g) Ebendaſelbſt, S. 547. f. und 618:620.

den h). Man findet auch nicht, daß die Nachfolger K. Sigmunds ſich, bey ihren Wahlen, zu gewiſſen Bedingungen haben verpflichten müſſen; mithin der Urſprung der heutigen Capitulationen in unſerm Periodus nicht zu ſuchen iſt.

Der Gebrauch des Römiſchen Rechts in Teutſchland, welches ſich ſchon im vorigen Periodus, wie man aus verſchiedenen Urkunden erſehen kan, im teutſchen Reiche eingeſchlichen hatte, nahm in dieſem Periodus immer mehr überhand. Es gab dazu Gelegenheit, daß ſo viele Teutſche, die ſich auf die Rechtsgelahrheit legten, die italiäniſche Univerſitäten, auf welchen das römiſche Recht vorzüglich gelehrt wurde, beſuchten, und daß in Teutſchland verſchiedene Univerſitäten geſtiftet, auf dieſen aber Lehrer des römiſchen Rechts beſtellt wurden. Indeſſen behaupteten doch bey dem allen unſere alte gute teutſche Rechte ihr Anſehen, und die römiſchen Rechtsgelehrten konnten ſie nicht gänzlich unterdrücken. Man findet vielmehr den Gebrauch von jenen, die damals unter dem Nahmen kayſerliches und gemeines Recht begriffen wurden, in allen teutſchen Provinzen durch dieſen ganzen Periodus hindurch, obgleich freilich von den Zeiten K. Sigmunds an der Gebrauch des Römiſchen Rechtes häufiger vorkommt, als unter den vorhergehenden Kayſern i).

Daß

h) S. H. G. Franckens Einleit. von den verſchied. Benennungen, Urſprung ꝛc. der kayſerl. Wahlcapitulation, die vor deſſen Ausgabe von K. *Franciſci* Wahlcapitulation ſtehet, §. 7. p. 11 ſqq. Geſchichte der D. RGrundgeſ., cap. 8. §. 177. p. 373.
i) *Petr.* de *Andlo* de imperio Rom., L. I. c. 10. et L II. c. 16., ap. *Oelhafen.* l. c., p. 35. et 106. Beſonders aber hat dieſes weiter und gründlich ausgeführt

Daß aber K. Friedrich der III., bald nach dem Antritt ſeiner Regierung, durch eine Verordnung, 1441 alle *Doctores Iuris civilis* aus allen Gerichtsſtellen und Rathsſtuben im Teutſchen Reiche ſoll verbannt haben, und ſogar auf einer jeden Univerſität nur drey haben leiden wollen, habe ich ſchon weiter oben für eine Fabel erklärt [k]). Dann die ſogenannte mayinziſche Reformation vom J. 1441, die Goldaſt [l]) unter unſers Kayſers Nahmen publicirt hat, ſchreibt ſich nicht von ihm her, ſondern iſt ein bloſſes Projeckt, ſo entweder die Reichsſtädte auf einem ihrer Städtetage abgefaßt haben [m]), oder wohl gar nur von einer Privatperſon aufgeſetzt worden [n]).

führt der Freyherr von Senckenberg, ſowohl in ſeinem Methodo Iurisprud., App. III. §. 48 ſqq. et 55 ſqq. p. 136 ſqq. et 142 ſqq., als auch in Seinen Gedancken von dem jederzeit lebhaften Gebrauch des uralten deutſchen bürgerl. und Staatsrechts in denen nachher. RGeſetzen und Gewohnheiten ꝛc.; Frkf. am Mayn, 1759. 8. k) S. im ſechſten Bande des Auszuges, S. 103. und f. Der Freyherr von Senckenberg in Seiner Abhandl. von der kayſerl. höchſten Gerichtbarkeit in Deutſchland; (Frkf. am M. 1760. 4.) §. 115. p. 87 und in Seiner ſchon weiter oben angeführten Einleitung ꝛc., c. 5. §. 52. p. 97., hält zwar dieſe angebliche Reformation K. Friedrichs des III. für ächt, und behauptet, daß Müller ſelbige aus dem Sächſiſchen Archiv herausgegeben habe. Allein Müller ſagt ſolches, an dem gleich anzuführenden Orte, nicht, ſondern giebt vielmehr zu erkennen, daß er ſie aus dem Goldaſt wieder abdrucken laſſen. l) in den Reichs-Satzungen, P. I. p. 166 ſqq. *coll.* p. 312 ſq. m) Müllers R. Tags Theatr. unter K. Friedr. V., P. I. 1. Vorſtell. c. 5. §. 2 ſq. p. 74 ſq. n) S. Io. Mart. *Silberrad* Diſſ. *ſub titulo:* Vindiciae iuris Rom. et ICtorum in Germania contra Reformationem de a. 1441. Friderico III. Imp. adſcribi ſolitam; Argentor., 1748. 4.

Die Gränzen des teutſchen Reichs, und die Verbindungen mit Ober- und Nieder-Lothringen wurden, dieſen Periodus hindurch, noch ſo ziemlich in ihrem alten Zuſtande erhalten, hingegen gieng deſto mehr von dem mit Teutſchland verknüpftem Königreiche Arelat oder Burgund verlohren. Was Ober-Lothringen anbelangt; ſo hat K. Albrecht der I. die Gränzen in dieſer Gegend mit K. Philippen dem Schönen feſtgeſetzt, und zu dem Ende kupferne Gränzſäulen errichten laſſen [o]. Daß auch, in dieſen und den folgenden Zeiten, die Oberherrſchaft des teutſchen Reichs ſich über die Maas und über einen Theil des heutigen Herzogthums Barr erſtreckt habe, iſt von dem Chifletius gründlich dargethan worden [p], den zwar Blondellus widerlegen wollen [q], deſſen Gründe aber nachmals Conring unterſucht, und entkräftet hat [r]. Von dieſer Oberherrſchaft des teutſchen Reichs über Barr kan unter andern auch dieſes zum Beweis dienen, daß K. Carl der IV.
1354 Barr zu einem Herzogthum, und Pont a Mouſſon

o) I. P. *Ludovici* Diſſ. epiſtol. de iure, quod ſibi Galliarum Rex in Lotharingiam poſtulavit, uſurpavitque hactenus, (Halae, 1697. 4.) §. 9. nota ii). p. 32. et I. I. *Maſcovii* Diſſ. de nexu Regni Burgund. cum I. R. G.; (Lipſiae, 1720. 4.) Sect. III. §. 4. p. 35 ſq. p) Io. Iac. *Chifletii* Commentarius Lotharienſis, quo praeſertim Barrenſis Ducatus Imperio aſſeritur etc.; Antverpiae, 1649, in *Eius* Opp. politico-hiſtoricis; ibidem, 1650. fol. q) Dav. *Blondelli* Barrum Campano-Francicum, adverſus Commentar. Lotharing. I. I. *Chifletii*; Amſtelaed. 1652. fol. r) in Tr. *de finibus Imperii German.*, L. II. c. 27. *coll.* c. 7., in *Eius* Opp. a I. W. *Goebelio* editis, T. I. p. 423 ſqq. et 155 ſqq.

ſon zu einer **Marggrafſchaft** erhöhet hat s).
Beſonders behauptete K. **Sigmund** ſeine und des
Reichs Rechte und Oberlehnsherrlichkeit über **Ober-
Lothringen**, als über die Erbfolge in dieſem Her-
zogthum, nach dem ohne männliche Erben erfolgtem
Abſterben H. **Carls** des I., zwiſchen deſſen Schwie- 1430
gerſohn, dem **Renatus** von **Anjou**, und dem **An-
ton**, Grafen von **Vaudemont**, ein groſſer Streit
entſtand. Der **Kayſer** war übel damit zufrieden,
daß der H. **Philipp** von **Burgund** ſich in dieſe
Reichslehensſachen miſchte, und citirte beide Präten- 1434
denten vor ſeinen Richterſtul nach **Baſel**. Daſelbſt
unterſuchte er ihre Anſprüche, und that den Aus-
ſpruch für den **Renatus** von **Anjou**, den er auch
mit **Lothringen** belehnte t).

Das **Herzogthum Nieder-Lothringen**, oder ein Theil der heutigen **Niederlande**, ſtand ſchon lange nicht mehr unter einem **Herzog**, ſondern war in verſchiedene Provinzen zerriſſen, deren jede ihren eigenen Oberherrn hatte. Alle aber erkannten den **Kayſer** für ihr Oberhaupt, obgleich manche von ihnen, in der Folge, mehr mit Worten, als in der That. Indeſſen behaupteten doch unſere **Kayſer**, bey vorfallenden Gelegenheiten, ihre Rechte über dieſe Provinzen. So beſtätigte z. E. K. **Rudolf** der I. dem H. **Johannes** dem I. von **Brabant** alle Lehen, Rechte und Freiheiten, welche ſeine Vorfahren den **Herzogen** von **Brabant** ertheilt hatten. Und wie des H. **Johannes** Oheim, **Heinrich** von **Heſſen**, ſeinen Rechten auf die väterliche

s) S. im dritten Bande des Auszuges, S. 554. nota c). Cf. *Chifletius*, l. *paulo ante* c, c. 3. et 4. p. 12 ſqq.

t) S. im fünften Bande des Auszuges, S. 485-489. und 582-590. Cf. I. I. *Maſcovii* Diſſ. de nexu Regni Lotharingiae cum I. R. G.; (Lipſiae, 1728. 4.) Sect. II. §. 10. p. 15 ſq.

Erbſchaft entſagte; ſo wurde zugleich ausgemacht, daß dieſe Entſagung vor dem Römiſchen König, Rudolfen dem I., wiederholt werden ſolte. Auch K. Adolf und K. Heinrich der VII. beſtätigten den Herzogen von Brabant ihre Lehen, Gerech-
1292 tigkeiten und Freiheiten, und der erſtere ernannte den erſtgedachten H. Johannes von Brabant zum Reichsvicarius in den Ländern von der Moſel bis an die Nordſee und vom Rhein bis an
1349 Weſtfalen. K. Carl IV. gab dem H. Johannes dem III. von Brabant die bekannte *Bullam auream Brabantinam*, und da derſelbe keine männliche
1354 Erben hatte; ſo beſtätigte er nachmals die von demſelben, zum Vortheil ſeiner älteſten Tochter Johanna, die an des Kayſers Bruder Wenceslaus vermält war, gemachte Ordnung der Erbfolge.
1406 Nach unbeerbtem Abſterben des Wenceslaus und der Johanna wolte zwar K. Ruprecht ihre beſeſſene Länder als erledigte Reichslehen einziehen; allein er konnte gegen das mächtige burgundiſche Haus nichts ausrichten, ſondern der H. Johanna Schweſter-Enkel, Anton von Burgund, behauptete ſich, auch wider Willen K. Ruprechts, bey dem Beſitze von Brabant und Limburg, den er bereits bey Lebzeiten ſeiner Großtante erlangt hatte.
1426 Und da ſeine beide Söhne, Johann und Philipp
1430 ohne Erben ſtarben; ſo ſetzte ſich ihr Vetter, H. Philipp der Gütige von Burgund in den Beſitz der erſtgedachten Herzogthümer, ohne ſich um die Einwilligung K. Sigmunds, als oberſten Lehensherrn, zu bekümmern. Dieſer machte ihm
1434 zwar nachher dieſerhalben Vorwürfe, und ſchickte ihm ſogar einen Fehdebrief zu; allein es blieb bey bloſſen Drohungen, und das Haus Burgund behauptete ſich bey dem Beſitze von Brabant und Limburg, welche Herzogthümer, noch in in dieſem

ſem Periodus, durch die burgundiſche Erbprinzeßin, **Maria**, an das Haus **Oeſterreich** kamen [u]).

Mit **Walram** dem IV. ſtarben die **Herzoge** 1282
von **Limburg** aus, worauf zwiſchen ſeinem Bruderssohn, **Adolfen** dem VI., Grafen von **Bergen**, und ſeinem Schwiegerſohn, **Rainald**, Grafen von **Geldern**, ein Streit über die Erbfolge entſtand. Der erſtere ſowohl, als auch nachher **Gerhard** von a. e.
Luxemburg, des letzten **H. Walrams** Oheim, et
traten ihr Recht an **H. Johannes** den I. von **Bra**- 1284
bant ab, und baten **K. Rudolfen** den I., daß er ſolches beſtätigen möchte, woraus alſo die Oberherrſchaft des **Kayſers** und **Reichs** über **Limburg** erhellet. Es kam auch endlich der **H. Johannes**
von **Brabant** zum Beſitz von **Limburg**, und die- 1289
ſes Land hat hierauf gleiche Schickſale mit dem Herzogthum **Brabant** gehabt [v]). Die **Marggrafſchaft Antwerpen** war ſchon von alten Zeiten her mit dem **Herzogthum Brabant** vereiniget, und daß unſere **Kayſer** auch über dieſelbe, in dieſem **Periodus**, ihre Oberherrſchaft ausgeübt haben, da- v. J.
von zeuget ſowohl die Urkunde **K. Heinrichs** des
VII., wodurch er den, vermöge älterer Privilegien, 1309
zu **Antwerpen** hergebrachten, aber nachher nach **Mecheln** verlegten, **Salz**- und **Fiſch-Marckt** wieder nach **Antwerpen** gewieſen hat, als auch die von dem H. von Brabant, **Johannes** von **Bur**-

u) *Maſcov* l. modo c., Sect. III. §. 21-24. p. 22-38. Cf. der Auszug, im zweiten Bande, S. 636. und f. dritten Bande, S. 477. 583. 626. f. vierten Bande, S. 448. f. f. und im fünften Bande, S. 484. f. v) S. im zweiten Bande des Auszuges, S. 595. und f. Cf. Iuſti Chph. *Dithmari* Diſſ. de orig. ac ſucceſſ. Ducum Limburg., §. 11-13., in Eius Diſſſ. Academ., P. II. p. 389 ſqq. et *Maſcovii* Diſſ. cit., Sect. III. §. 25. p. 38 ſq.

gund, bey dem K. Sigmund, geſuchte Beleh-
1416 nung über Antwerpen, und die von K. Sig-
munden geſchehene Beſtätigung des erſtgedachten, der Stadt Antwerpen vom K. Heinrich dem VII. ertheilten Privilegium w). In Anſehung der Verbindung, und der Oberherrſchaft des teutſchen Reichs über Luxemburg hat es um ſo weniger einen Zweifel. Ich will hievon nur folgendes zum
1354 Beweis anführen, daß K. Carl der IV. ſeinen Bruder, den Wenceslaus zum Herzog von Luxemburg erklärt hat. Und wie nachher H. Philipp von Burgund ſich mit dem H. Wilhelm von Sachſen, und ſeiner Gemalin, Anna, wegen ihrer Anſprüche auf Luxemburg verglich; ſo dung er ſich ausdrücklich aus, daß K. Friedrich der III. als Römiſcher König dieſen Vergleich beſtätigen ſolte. Das Herzogthum Luxemburg kam auf ſolche Art ebenfalls an das Haus Burgund, und mit deſſen Erbtochter Maria an das Haus Oeſterreich x).

Flandern, Hennegau und Namur beherrſchte noch zu Anfang dieſes Periodus die bekannte Margareta, welche ſowohl mit dem Burchhard von Aveſnes, als auch dem Wilhelm von Dampierre Söhne erzeugt hatte, von deren Streitigkeiten über die Erbfolge in obigen Ländern bereits in dem hiſtoriſchen Abſchnitte umſtändlich iſt gehandelt worden. Nach langem Streiten und Blutvergieſſen bekam Johannes von Aveſnes, noch bey Lebzeiten ſeiner Mutter, die Grafſchaft Hennegau, ſein Halbbruder aber, Guido von Dampierre, nach der Mutter Tod, die Grafſchaften Flandern

w) *Idem* ibidem, Sect. III. §. 26. p. 39 ſq.

x) *Idem* ibidem, Sect. III. §. 27. §. 40 - 42. Cf. der Auszug im ſechſten Bande, S. 131 - 141. und 365 - 370.

Flandern und Namur. Die letztere hinterließ Graf Guido, nach ſeinem Abſterben, ſeinem jün- 1305
gern Sohn Johannes dem I., deſſen männliche Nachkommenſchaft mit ſeinem Enkel, Johannes dem III., ausgieng. Graf Johannes des I. Sohn, Wilhelm der I. nahm die Lehen über die Grafſchaft Namur von K. Carln dem IV., der ihm auch einige neue Privilegien ertheilte. Und dieſes Graf Wilhelms des I. Sohn, der vorhin gedachte, Johannes der III., verkaufte, weil er keine Kinder 1421
hatte, noch bey ſeinen Lebzeiten, die Grafſchaft Namur an den H. Philippen von Burgund, der auch, nach Graf Johanns unbeerbtem Abſter- 1429
ben, davon Beſitz nahm, und Namur mit ſeinen übrigen Staaten vereinigte, ohne ſich um den Widerſpruch K. Sigmunds, als oberſten Lehensherrns, zu bekümmern y).

Von der Oberherrſchaft des Teutſchen Reichs, in dieſem Periodus, auch über Hennegau und einen Theil von Flandern zeugen zum Ueberfluß die von den Römiſchen Königen, Rudolf dem I., Adolf und Albrecht dem I. geſchehene Rechtsſprüche in den vorhin erwähnten Succeßionsſtreitigkeiten über dieſe Provinzen. Johannes der I. von Aveſnes, der Hennegau noch bey Lebzeiten ſeiner Mutter, der Gräfin Margareta von Flandern, bekam, ſtarb zwar noch in dem vorigen Periodus. Allein ſein Sohn Johannes der II. ſetzte die Anſprüche ſeines Vaters vor dem Richterſtule der Römiſchen Könige eifrigſt fort, und behauptete endlich Hennegau. Nach Abſter-

y) *Maſcovii* Diſſ. cit., Sect. III. §. 28. p. 42. Cf. der Auszug im fünften Bande, S. 590., wo aber aus Verſehen der letzte Graf von Namur irrig Dietrich genannt wird.

1299 ben des letzten Grafens von Holland, Johannes, ſetzte er ſich auch wegen ſeiner Mutter, die des erſtgedachten Graf Johanns Großtante war, in den Beſitz der Grafſchaften Holland, Seeland und Frießland, und behauptete ſich dabey, obgleich K. Albrecht der I. ſelbige, als erledigte Reichslehen einziehen wolte. Er vererbte dieſe Länder auf ſeine männliche Nachkommen, in Anſehung deren verſchiedene Beweiſe vorhanden ſind, daß ſie die Oberherrſchaft des Teutſchen Reichs und unſerer Kayſer über ſich erkannt haben. So befal z. E.
1330 K. Ludewig der Bayer ſeinem Schwiegervater, Graf Wilhelmen dem III., die Aufſicht und Sorge über die Reichsgränzen im Hennegau. Deſſen
1345 Sohn, Graf Wilhelm der IV., ſtarb unbeerbt, worauf ſein Schwager K. Ludewig, als oberſter Lehensherr, ſeine Gemalin Margareta, des letzten Graf Wilhelms älteſte Schweſter, mit dieſen er-
1346 ledigten Ländern im folgenden Jahr belehnte. Da nun nachmals ihr Enckel, Graf Wilhelm der IV., ohne männliche Erben ſtarb, und ſeine Tochter, die bekannte Jakobina, ihm in der Regierung folgte; ſo widerſetzte ſich derſelben ihr väterlicher Oheim, Johannes, Biſchof von Lüttich. Er machte nicht nur auf die Erbfolge Anſpruch, ſondern wandte ſich
1418 auch an den K. Sigmunden, und bat ihn um die Belehnung mit obgedachten Ländern, die er auch von dem Kayſer erhielt. Er konnte aber doch nicht zum Beſitz derſelben gelangen, ſondern ſeine Nichte Jakobine, behauptete ſich, mit burgundiſcher Hülfe, bey dem Beſitze ihrer väterlichen Länder, und
1433 trat ſelbige, einige Jahre, nach ihres Oheims, des erwähnten Johannes, Ableben, an H. Philippen den Gütigen von Burgund ab, womit aber K. Sigmund übel zufrieden war. Auf ſolche Art kamen auch dieſe niederländiſche Provinzen an das

Haus

Haus Burgund, und hernach durch deſſen Erbtochter Maria an das Haus Oeſterreich [z]).

Daß hiernächſt des Kayſers und des Reichs Oberherrſchaft und Lehensherrlichkeit über Cambray und einen Theil von Flandern, auch in dieſem Periodus, in ihrer Gültigkeit geblieben, und anerkannt worden, davon ſind verſchiedene überzeugende Beweiſe vorhanden [a]). Endlich will ich nur noch folgendes als Beweisgründe dieſer beſtändig fortgedauerten Verknüpfung Ober- und Nieder-Lothringens mit dem Teutſchen Reiche anführen, daß nehmlich K. Ludewig der Bayer K. Eduar- 1338
den den III. von Engelland zum Reichsverweſer in allen Ländern jenſeits Cöln, auf der linken Seite des Rheins, erklärt, und die niederländiſche Fürſten und Stände angewieſen habe, ihm in den Krieg wider Frankreich zu folgen, welchem Befehl jene auch nachgekommen ſind [b]). Ferner iſt hieher zu rechnen, daß H. Philipp von Bur- 1442
gund ſich, in Perſon ſeiner Geſandten, mit ſeinen in den Niederlanden, oder dem ehmaligen Niederlothringen beſitzenden Reichslehen vom K. Friedrich dem III., gleich nach ſeiner aachenſchen Krönung, hat belehnen laſſen [c]). Ingleichen daß H. Carl der Kühne von Burgund, bey eben dieſem

z) *Maſcov* l. c., Sect. III. §. 29 ſq. p. 43-46. *Matthaei* Analecta vet. aevi, T. III. p. 202. nota 1), *edit. noviſſ.* Cf. der Auszug im zweiten Bande, S. 700-703. dritten Bande, S. 392-395.. und im fünften Bande, S. 252-257. 381-388. und 591-593. *coll.* p. 608 ſqq. a) *Maſcovii* Diſſ. cit., Sect. III. §. 31 ſq. p. 46-49. *paſſim.* b) *Idem* ibidem, Sect. III. §. 17. p. 27 ſq. und der Auszug, im dritten Bande, S. 329. und f. c) S. im ſechſten Bande des Auszuges, S. 114. in der Note w).

1473 ſem K. Friedrich, auf der Zuſammenkunft zu Trier, die Wiederaufrichtung des alten Königreichs Burgund, und ſeine Ernennung zum Reichsvikarius in den Niederlanden geſucht hat [d]). Dieſes alles würde von den mächtigen Herzogen von Burgund gewis nicht geſchehen ſeyn, woferne ſie nicht überzeugt geweſen, daß die Römiſche Kayſer ihre Oberherren wären.

Was das Königreich Arelat oder Burgund anbelangt; ſo blieb zwar daſſelbe, den gröſten Theil dieſes Periodus hindurch, unter der Oberherrſchaft des Teutſchen Reichs und in der vorigen Verbindung mit demſelben. Es behielt aber daſſelbe, wie vorhin, ſeine beſondere Verfaſſung, Reichsbeamte, Reichstäge, Geſetze, Gewohnheiten u. ſ. w. Doch wurden noch in dieſem Zeitpunkte anſehnliche Provinzen dieſes Königreichs der Teutſchen Reichs Hoheit nach und nach entzogen. Die in den verwirrten Zeiten des ſogenannten groſſen Interregnum ziemlich in Verfall gerathene Hoheitsrechte des Teutſchen Reichs über das Königreich Arelat oder Burgund ſtellte K. Rudolph der I., der ſelbſt anſehnliche Beſitzungen in dieſem Königreiche hatte, wieder her, und behauptete ſie mit Nachdruck. Den Carln von Anjou, K. von beiden Sicilien, der mit ſeiner Gemalin die Provence erheiratet hatte [e]), brachte er dahin, daß er von ihm darüber die Lehen empfangen muſte. Den Dauphin Humbert de la Tour, ernannte er zum Seneſchall des Königreichs Arelat, und Roberten, H. von Burgund, belehnte er mit der Dauphiné. Die Grafen von Burgund, Mömpelgard und Pfirt, die verſchiedene Unruhen anfiengen, und ſich auf franzöſiſche Seite hiengen,

d) S. im ſiebenden Bande deſſelben, S. 3. u. f. f.
e) Eben daſelbſt, im zweiten Bande, S. 201. u. f.

gen, überzog er deshalben einigemal mit Krieg, und zwang ſie zur Lehensempfängnis ihrer Länder. Er publicirte auch einen Landfrieden in Burgund. 1291
Mithin iſt das Vorgeben des Colmariſchen Mönchs und anderer höchſt ungegründet, daß K. Rudolph ſich des Königreichs Arelat begeben, und ſelbiges dem K. von Frankreich überlaſſen habe f). Von K. Adolphen iſt bekannt, daß derſelbe es ſehr übel aufgenommen, als Graf Otto von Burgund ſeine Erbtochter Johanna an K. Philipps des Schönen von Frankreich Prinzen, Philipp den Langen, mit der Bedingung verlobt hat, daß, wenn auch keine Kinder aus dieſer Ehe erfolgen würden, dannoch ſeine, vom Teutſchen Reiche zu Lehen rührende, Grafſchaft Burgund der Krone Frankreich einverleibt werden ſolte. Er drohete deswegen dem K. Philipp mit einem Krieg, und verband ſich mit dem K. Eduard von Engelland, wie hievon in ſeiner Regierungsgeſchichte ſich weitere Nachricht findet.

K. Albrechten dem I. will zwar von einigen Schuld gegeben werden, daß er K. Philippen dem Schönen von Frankreich, bey ihrer Zuſammen- 1299
kunft zu Vaucouleurs, oder vielmehr zu Quatrevaux, das Königreich Arelat ſoll abgetreten haben. Allein es iſt die Nichtigkeit dieſes Vorgebens etwas weiter oben bereits dargethan worden. K. Albrechts Abſicht, bey dieſer erſtgedachten Zuſammenkunft, gieng nehmlich in Anſehung Arelats nicht ſowohl dahin, dieſes Königreich an Frankreich zu überlaſſen, als vielmehr die anweſenden Churfürſten zu bereden, daſſelbe ſeinem älteſten Sohn

f) *Chron. Colmar*, P. II, in *Urſtiſii* Scriptor., T. II. p. 54. Seb. Münſters Coſmographie, L. II. p. m. 157. *Broweri* Annal. Trevir., T. II. L. 16. n. 155. p. 178. b.

Sohn Rudolphen erblich zu übertragen, wozu dann der K. von Frankreich, wegen der damals vorgeweſenen Heirat, das bisher von dieſem Königreiche abgeriſſene wieder hätte abtreten wollen. Aber der, von dem Churfürſten Boëmund von Trier, gewarnete Churfürſt Wicbold von Cöln hintertrieb, durch ſeine in der Verſammlung gehaltene Rede, alle dieſe dem Teutſchen Reiche nachtheilige Anſchläge. Indeſſen gieng noch unter der Regierung K. Albrechts des I. die Stadt und das Gebiet von Lion, die ein unſtreitiges Stück des Königreichs Arelat waren, für das Teutſche Reich verlohren. Die Erzbiſchöfe von Lion waren nehmlich der beſtändigen Streitigkeiten mit den unruhigen Bürgern ihres erzbiſchöflichen Sitzes überdrüßig, und begaben ſich unter dem Schutz der Könige von Frankreich. Hierauf brachte es endlich K. Philipp der Schöne dahin, daß der Erzbiſchof, das Domkapitel, die Stadt, und die Landſchaft ihm den Eid der Treue leiſten muſten, dagegen er die Gerichtsbarkeit über die Grafſchaft Lionnois und die Stadt Lion dem Erzbiſchof und Domkapitel überließ. Man findet auch keine Spuren, daß K. Albrecht der I. ſich dieſer Abreiſſung eines Stückes von Arelat widerſetzt habe g).

Auch K. Heinrich der VII. wird von einigen Franzoſen beſchuldiget, daß er, ſogar mit Einwilligung

g) Guill. *Paradin* Mem. de l'hiſt. de Lyon; (à Lyon, 1573. fol.) L. II. c. 62. p. 180 ſqq. *coll.* c. 63 ſq. et 71 ſq. p. 182 ſqq. et 194 ſqq. *Raynaldus* in Contin. Annal. eccleſiaſt. *Baronii*, T. XIV. ad a. 1297. n. 54. p. 512. *coll.* T. XV. ad a. 1310. n. 33 ſqq. p. 63 ſq. et ad a. 1312. n. 29. p. 115. Cl. Fr. *Meneſtrier* Hiſt. civile de la Ville de Lyon, L. V. et VI. p. 364 - 389. *paſſim*, et p. 408 - 423. *item* dans *les Preuves*, p. 42 ſq. 45. et 49 - 56.

ligung der teutſchen Reichsſtånde, Arelat an Frankreich verkauft habe, und man beruft ſich deswegen auf einen zu Frankfurt errichteten, und im königlich-franzöſiſchen Archive angeblich noch vorhandenen Vertrag. Allein das zum Vorſchein gebrachte Inſtrument enthält nur bloſſe Tractaten, und das zwiſchen K. Heinrich dem VII. und K. Philipp dem Schönen bald hernach geſchloſſene 1310
Bündnis zeiget juſt das Gegentheil von demjenigen, und
was behauptet werden will. Dann nach demſelben 1311
muſte der weiter oben erwähnte königlich franzöſiſche Prinz Philipp die mit ſeiner Gemalin, der Erbgräfin Johanna, erheiratete Grafſchaft Burgund als ein kayſerliches- und Reichslehen erkennen. Hiernächſt ſo begleiteten auch der Dauphin Robert und ſein Bruder Guido, als Reichsvaſallen, K. Heinrich den VII. auf ſeinem damaligen Römerzuge, und dieſer hat noch ſpäter der Kirche zu 1313
Arles zwey Gnadenbriefe ertheilt. Bald nach Anfang ſeiner Regierung mag vielleicht K. Heinrich 1309
der VII. gewillt geweſen ſeyn, Arelat an einen gewiſſen Prinzen zu übergeben, wie man aus einem päbſtlichen Schreiben erſehen kan; aber an Frankreich iſt es doch nicht abgetreten worden. Ja K. Heinrich der VII. erklärte K. Roberten von Neapolis, als Grafen von Provence in die Reichsacht, weil er ſich ſeinen Unternehmungen in Italien widerſetzte, und ſich weigerte, die Lehen über die Provence zu empfangen. Dem Beiſpiel K. Roberts ahmten ſeine Nachfolger auch aus der jüngern Linie des Hauſes Anjou nach, und unterlieſſen gleichfals die Lehensempfängnis über die Provence. Und da nun die teutſchen Kayſer hiebey ganz ſtille ſaſſen; ſo wurde hiedurch die Verbindung zwiſchen dem teutſchen Reiche und der Provence immer mehr geſchwächt, bis die letztere endlich

endlich gar mit der Krone Frankreich vereiniget wurde, wie weiter unten ſoll gemeldet werden. Uebrigens kan auch noch als ein Beweis der von K. Heinrich dem VII. im Arelat ausgeübten Oberherrſchaft angeführt werden, daß er, bey ſeinem damaligen Aufenthalte in Italien, ſeinen Schwager den Grafen Amadeus von Savoyen zu einem Reichsfürſten ernannt, und ihn mit dem Herzogthum Chablais belehnt hat.

Die Verlegung des päbſtlichen Stuls von Rom nach Avignon, und die langwierige Anweſenheit der Päbſte daſelbſt gaben Gelegenheit, daß dieſe ſich, in Anſehung ihrer ſchon vormals im Arelat angemaßten Rechte, noch immer mehr herausnahmen, und hiedurch die Teutſchen Reichs Rechte ſchmälerten, wozu dann die beſtändigen Händel K. Ludewigs des Bayers mit den Päbſten das ihrige auch mit beitrugen. Indeſſen hat doch auch dieſer Kayſer nicht unterlaſſen, Beweiſe von ſeiner Aufmerkſamkeit und Rechten über Arelat zu
1327 geben. So erneuerte er z. E. die von ſeinem Vorfahren wider K. Roberten von Neapolis, als Grafen von Provence, ergangene Reichsacht. Den Humbertus, Dauphin von Vienne, einen der vornehmſten arelatiſchen Fürſten, und der am päbſtlichen Hofe in groſſem Anſehen ſtand,
1335 wolte er zum König von Vienne erklären, dagegen er ihn mit P. Benedict dem XII. ausſöhnen ſolte. Weil aber der Dauphin ſolches, wegen der von Frankreich in Weg gelegten Hinderniſſe, nicht zu ſtande bringen konnte; ſo unterblieb die ganze Sache. Hingegen bewog K. Philipp von Frank-
1343 reich, wenige Jahre hernach, den erſterwähnten Dauphin Humbert, der keine Kinder, aber deſto mehr Schulden hatte, daß er ſeine Staaten, durch eine Schenkung unter Lebenden, an K. Philipps

zweiten

zweiten Sohn gleichen Nahmens, oder an einen von den Söhnen deſſen älteſten Sohnes, des H. von der Normandie, **Johannes**, gegen einige Bedingungen und Bezalung von 120000 Goldgülden, überließ. Einige Jahre nachher kam der Vertrag völlig 1349 zu ſtande, da nehmlich K. **Philipp** ſeinen älteſten Enkel, **Carln**, von ſeinem Kronprinzen **Johann**, zum **Dauphin** erklärte, welchem auch **Humbert** das Land abtrat, und ſodann den geiſtlichen Stand annahm. Des neuen Dauphin **Carls** Vater, **Johannes**, verglich ſich hierauf mit dem **Johannes** von **Chalons** wegen ſeiner Anſprüche auf das **Delfinat**, und K. **Carl** der IV. belehnte nachher den neuen **Dauphin**, von welcher Zeit an dieſe Provinz beſtändig bey der Krone **Frankreich** geblieben, die Lehensempfängnis aber in der Folge unterlaſſen worden iſt.

Von K. **Carln** dem IV. iſt bekannt, daß ihm **Dietrich** von **Niem** Schuld giebt, er habe das **Königreich** Arelat für eine gute Mahlzeit verſchenkt h). Es hat ihn aber gegen dieſe Beſchuldigung der berühmte **Schurzfleiſch** mit gutem Grunde vertheidiget i). Dann daß K. **Carl** der IV. ſeine

h) Theodor. *a Niem* de Schiſmate, L. II. c. 25. p. m. 107. Dieſe Stelle iſt ſchon im vierten Bande des Auszuges, S. 43. in der Note c), angeführt und excerpirt worden. Es gehört aber hieher noch eine andere Stelle, aus des von Niem *Nemore Unionis*, in *Tr. VI. c. 33. p. 483.*, wo es heißt: - - CAROLVS IIII. - - *quondam* LVDOVICO *Duci Andegavenſi, eidem Francorum Regis germano, ſuisque haeredibus, pro uno ſolenni prandio ſibi apud Villam novam prope Avinionem per eundem Ducem praeparato - - - praedictum regnum Arelatenſe - - ab Imperio dimembrando ſive ſeparando conceſſit.*

i) in *Diſſ.* quod Carolus IV. Aug. non diſſipave-

rit

ſeine und des Reichs Hoheit über das Königreich Arelat durch verſchiedene Handlungen an den Tag gelegt habe, hat wohl keinen Zweifel. Gleich zu
1348 Anfang ſeiner Regierung beſtätigte er den von der Königin von Neapolis, Johanna der I., geſchehenen Verkauf der Stadt Avignon und des dazu gehörigen Gebiets an P. Clemens den VI., und trat alle kayſerliche Rechte auf dieſelben an den Pabſt
a. e. auf das feierlichſte ab [k]). In eben dieſem Jahr beſtätigte er dem Churfürſten Balduin von Trier und ſeinen Nachfolgern das Erzkanzleramt im Königreich Arelat, welches hernach in der G. B.
1349 wiederholt wurde [l]). Das Jahr darauf belehnte er, bereits erwähnter maſſen, den franzöſiſchen Prinzen Carln mit der Dauphiné [m]). Er ernannte fer-
1350 ner den Erzbiſchof Wilhelmen von Embrun zum
1357 Reichsfürſten, und belehnte ihn nach einigen Jahren [n]). Dem H. Philippen von Burgund, als Grafen

rit Imperii patrimonium quo ad regnum Arelatenſe, in *Eius* Opp., n. 69. p. 917. b. ſqq. *edit. Berolin.* k) *Bzovii* Contin. Annal. eccleſiaſt. *Baronii*, T. XIV. ad a. 1348. n. 10. et 11. p. 1038. et 1046. l) *Geſta* Balduini, *AEpi Trevirenſis*, L. III. c. 9., in *Baluzii* Miſcellan. L. I. p. 154 ſq. A. B., Tit. I. §. 12. Schon K. Ludewig der Bayer beſtätigte dem Churfürſten Balduin von Trier das Erzkanzleramt im Königreich Arelat; S. *ab Hontheim* Hiſt. Trevir. diplomat., T. II. n. 616. p. 93., welches nachher auch von K. Carln dem IV. geſchehen iſt; cf. *Idem* ibidem, T. I. in Diſſ. praelim. ad Sec. XIII. §. 2. p 632 ſq. et T. II. in Diſſ. praelim. ad Sec. XIV. §. 7. p. 4 ſq. m) *Albert. Argentin.*, ap. *Urſtiſium* l. c., T. II. p. 153. n) Sam. *Guichenoni* Biblioth Sebuſiana, Centur. II. n 31., in C. G *Hoffmanni* nova Scriptor. ac Monumentor. Collectione, T. I. p. 232 ſqq. et *Gaſſendi* Notitia Eccleſiae Dinenſis, c. 9. p. 55.

Grafen von Burgund ertheilte unſer K. Carl 1358
der IV. veniam aetatis o), und einige Jahre hernach 1364
beſtätigte er der Stadt Beſançon ihre Privile-
gien p). Ja er ließ ſich das Jahr darauf zu Arles 1365
von dem daſigen Erzbiſchof die arelatiſche
Reichskrone aufſetzen, welche Ceremonie die teut-
ſche Könige ſeit 300 Jahren her unterlaſſen hat-
ten. Von ihm ſchreibt ſich auch das Savoyiſche
Reichsvicariat her, und kurz vor ſeinem Tode er- 1378
klärte er den damaligen Dauphin, und nachmali-
gen K. von Frankreich, Carln den VI. zum Ge-
neralvikarius im Königreich Arelat und in der
Dauphiné, und gab ihm zugleich veniam aetatis.
Aber freilich hiedurch hat K. Carl der IV. der
Oberherrſchaft des teutſchen Reichs über Arelat
für das künftige gar ſehr geſchadet. Dann indem
der Dauphin durch dieſes Vikariat das Recht er-
hielt, die höchſte Gerichtsbarkeit im Nahmen des
teutſchen Reichs auszuüben, und die niedern Va-
ſallen zu belehnen; ſo hat die Krone Frankreich
ſich dieſer günſtigen Umſtände in der Folge bedient,
um die noch übrige kayſerliche und Reichsrechte im
Arelat nach und nach zu unterdrücken. Deswegen
dann auch der bekannte *Petrus* SAXIUS unſerm
Kayſer nicht ohne allen Grund Schuld giebt, daß
er die nächſte Gelegenheit zum nachmaligen gänzli-
chen Verluſte des Arelats gegeben habe q).

o) Lünigs R. A., T. VI. p. 563 ſq. n. 263.
p) Io. Iac *Chiffletii* Veſontio, P. I c. 63. p. m. 241 ſqq., wo auch die von den folgenden Kayſern, Wenceslaus, Sigmund, und Friedrich dem III. geſchehene Beſtätigungen der Privilegien von Beſan-çon bemerkt ſind.
q) Petri *Saxii* Pontificium Arelatenſe, cap. 97., in *Menckenii* Scr. rer. germ., T. I. p. 314 ſq.

Indeſſen finden ſich doch auch noch unter den drey nächſten Nachfolgern K. Carls des IV. Spuren von des teutſchen Reichs Oberherrſchaft über das Königreich Arelat. Dann wie z. E. die K. Johanna I. von Neapolis, Gräfin von Provence, den H. Ludewig von Anjou an Sohnes
1380 ſtatt annahm, und zu ihrem Erben einſetzte; ſo beſtätigte der damalige, zu Avignon reſidirende P. Clemens der VII. dieſe Handlung, in Anſehung des Königreichs Neapolis als Lehensherr, und wegen der Provence als angemaßter Reichsvikarius r). Dann weil der damalige Römiſche König Wenceslaus nicht ihn, ſondern Urban den VI. für einen Pabſt erkannte; ſo wolte auch Clemens den Wenceslaus nicht für einen Römiſchen König erkennen, ſondern ſah das Reich für erledigt an, in welchem ihm, nach den damaligen päbſtlichen Grundſätzen, das Vikariat gebührete. Da ferner K. Carl der VI. von Frankreich, unter der Re-
1389 gierung des K. Wenceslaus, nach Vienne im Delfinat kam; ſo wurde er daſelbſt nicht anders, als in der Eigenſchaft eines Reichsvikarius aufgenommen, und führte deswegen in ſeinen Fahnen den Reichsadler. Daß hiernächſt der Graf von Savoyen, Amadeus der VII., dem K. Wenceslaus, und deſſen Geſandten ſein Sohn Graf Amadeus der VIII. den Eid der Treue geleiſtet habe, kan man aus den Unterhandlungen erſehen, welche K. Ruprecht, bey Gelegenheit ſeines vor-
1401 gehabten Römerzuges mit dem Letztern von dieſen beiden Grafen gepflogen hat. Es beſtand aber
1404 auch nachmals K. Ruprecht darauf, daß Graf Amadeus der VIII. in Perſon zu ihm nach Baden kommen, den Lehenseid leiſten, und von ihm die Lehen

r) *Leibnitii* C. I. G. D., P. I. n. 105. p. 238 ſq.

Lehen empfangen ſolte. Wenigſtens verlangte er von ihm, daß der Graf ihn für einen Römiſchen König erkennen, und ſich zu allen ſchuldigen und hergebrachten Lehenspflichten anheiſchig machen ſolte. Wie auch K. Ruprecht ſeinen Römerzug würklich antrat; ſo ernannte er ſeinen älteſten Sohn, den Churprinzen Ludewig, während ſeiner Abweſenheit, zum allgemeinen Reichsverweſer unter andern auch im Königreich Arelat, obgleich damals der vom K. Carln dem IV. ernannte arelatiſche Reichsvikarius, nehmlich K. Carl der VI. von Frankreich, noch im Leben war.

Von K. Sigmunden iſt bekannt, daß auch noch derſelbe dem Erzſtifte Vienne im Delfinat 1416
ſeine Rechte und Freiheiten beſtätiget habe. Und auf ſeiner damaligen Reiſe kam er auch nach Cham- a. e.
bery in Savoyen, wo er den obgedachten Grafen, Amadeus den VIII., zum Herzog von Savoyen, mit einigen Feierlichkeiten, öffentlich ernannte und belehnte. Unter der kurzen Regierung K. Albrechts des II. ſind mir keine Spuren einiger im Königreich Arelat ausgeübten Hoheitsrechte vorgekommen, und unter K. Friedrich dem III. gieng die bisherige Verbindung des teutſchen Reichs mit Arelat faſt vollends zu Grunde, alſo daß nicht einmal mehr ein Schatten des ehmals ſo anſehnlichen Königreichs Arelat übrig blieb, ſondern deſſen Provinzen hier und dar zerſtreuet wurden. Selbige kamen theils unter fremde Herrſchaft, theils achteten die Regenten deſſelben wenig mehr die Oberherrſchaft des teutſchen Kayſers. Der mächtige H. von Burgund, Carl der Kühne, wolte zwar wieder das alte burgundiſche Königreich aufrichten, und ſuchte darüber den Titel bey unſerm K. Friedrich dem III., er konnte aber ſeine Abſichten nicht erreichen, wie bereits in dem vorhergehenden hiſtori-

ſchen Abſchnitte umſtändlich iſt erzält worden. Unter der Regierung erſtgedachten K. Friedrichs
1481 des III. ſtarb das jüngere Haus Anjou, mit Carln dem IV., H. von Maine, aus, welchem ſein Oheim, der Titularkönig von Neapolis, Renatus, in ſeinem Teſtamente die Grafſchaft Provence, vermacht hatte. Und dieſer H. Carl,
a. e. der keine Erben hatte, ſetzte in ſeinem Teſtamente ſeinen Vetter, K. Ludewig den XI. von Frankreich, nebſt allen ſeinen Nachfolgern, zu ſeinen Erben in der Grafſchaft Provence ein. Dieſe nahm auch ſofort K. Ludewig der XI. in Beſitz, und ſie iſt ſeit der Zeit mit der Krone Frankreich vereinigt geblieben. Des K. Renatus Enckel von ſeiner älteſten Tochter Jolantha, H. Renatus der II. von Lothringen, regte ſich zwar dawider, und glaubte ein näheres Recht zu ſeines Großvaters Erbſchaft, beſonders der Provence, zu haben, als wie H. Carl, und nachher K. Ludewig der XI. Aber er war für ſich allein zu unmächtig, ſein Recht auszuführen, und K. Friedrich der III. wolte ſich ſeiner nicht annehmen, ſondern ſaß bey dieſer mit der Provence vorgegangenen Veränderung ganz ſtille. Vielleicht geſchah es auch aus Haß gegen den H. Renatus den II., von dem er wuſte, daß er ein geſchworner Feind des burgundiſchen Hauſes war [s]).

Bey

s) Auſſer denen bisher ſchon einzeln angeführten Beweiſen kan man zu dieſer Materie, von der Verbindung des Königreichs Arelat oder Burgund mit dem Teutſchen Reiche, noch überhaupt zu Rath ziehen: *Maſcovii* Diſſ. de nexu regni Burgund. cum I. R. G.; (Lipſiae, 1720. 4.) Sect. II. et III. *paſſim*, und den Auszug ꝛc. im zweiten Bande, S. 553. 568. f. 572. 591. 600. f. 641. ff. 651. f. 659. f. und 696, im dritten Bande, S. 22. f. 45. 62. ff. 71. 209. 300. f. 499. f. 583. 696. und 702, im vierten Bande, S. 43. f. 293. f. 330. f. und 402. f. und im fünften Bande, S. 223.

Bey ſo bewandten Umſtänden ſehe ich nicht ab, wie man noch heutiges Tages dem Kayſer und dem Reiche ein Recht auf die Provence und Dauphiné zueignen könne t).

Der gröſte Theil der heutigen Schweitz machte ehmals einen anſehnlichen Theil des Königreichs Arelat oder Burgund aus; mithin ſtand dieſelbe unter der Oberherrſchaft des teutſchen Reichs. Die länderbegierigen Abſichten K. Albrechts des I., welcher, nach dem Plane ſeines Vaters, die alten habsburgiſchen Stammgüter in der Schweitz zu erweitern ſuchte, und ſich hiezu gewaltthätiger Mittel bediente, bewogen die drey Reichs-unmittelbare Landſchaften, Schweitz, Ury und Unterwalden, daß ſie, zu Behauptung ihrer alten Reichsfreiheit, den bekannten Bund mit ein- 1307
ander ſchloſſen, welcher den Grund zu der heutigen Unabhängigkeit der Schweitzer-Eidgenoſſenſchaft gelegt hat. Der folgende K. Heinrich der VII. beſtätigte, bald nach dem Antritt ſeiner Re- 1309
gierung, den obbenannten drey Cantons ihre Freiheiten, und befreiete ſie von dem bisher durch das Haus Oeſterreich angemaßten Gerichtszwange. Die mehr erwähnten drey Oerter erneuerten ſodann, 1315
durch die Nachſicht K. Ludewigs des Bayers, mit einander ihren Bund, zu Behauptung ihrer Freiheit, auf ewig, und auch in der Folge haben ſie dergleichen Erneuerung öfters wiederholt. Es ſchlu-
gen ſich nachher noch andere Städte und Land- 1332
ſchaften in der Schweitz, als z. E. Lucern, 1351
Zürich, Glarus, Zug, Bern, Freiburg und 1352
Solothurn zu dem Schweitzerbunde. Die 1353
Eidgenoſſen behaupteten auch ihre Freiheit gegen 1481
die

t) Es geſchiehet ſolches vom Schurzfleiſch in Diſſ., Vindiciae iuris Imper. in Provinciam et Delphinatum etc.; Viteb., 1707. 4. *recuſa*: 1736. 4.

die Anfälle der Herzoge von Oeſterreich, und des mächtigen H. Carls von Burgund. Und ſie nahmen jenen ihre meiſte länder in der Schweitz weg, durch welche glückliche Kriege ſie ſich in ganz Europa in ein groſſes Anſehen ſetzten. Indeſſen war hiebey ihre Abſicht ganz und gar nicht, ſich von dem Teutſchen Reiche zu trennen. Sie ſuchten und erhielten vielmehr von einigen Kayſern die Beſtätigung ihrer alten Privilegien und Freiheiten. Doch machte ſchon K. Ruprecht in Anſehung der Schweitzer einen Unterſcheid, unter denjenigen Eidgenoſſen, die nicht zum Reiche gehören, und denjenigen, welche ſchuldig wären, den Eid der Treue zu leiſten *). Noch bey K. Friedrich
1442 dem III. ſuchten die Eidgenoſſen um die Beſtäti-
und gung ihrer Privilegien an, die er ihnen aber abſchlug.
1471 Sie wurden auch verſchiedentlich auf die gehaltene Reichstäge berufen, und ihnen ein Anſchlag in den Reichsmatrickeln zugetheilt. Allein ob ſie gleich auf jenen erſchienen; ſo wolten ſie ſich doch nicht zu Uebernehmung eines Anſchlages verſtehen u).

Was das Teutſche Reich, auf die bisher erzälte Art, gegen Abend gänzlich, oder doch einigermaſſen einbüßte, gewann es in etwas wieder gegen

*) S. *Martene* et *Durand* Collect. ampliſſ., T. IV. p. 66. n. 7.

u) S. *Pfeffingeri* Vitriar. illuſtrat., T. I. p. 641. 645. et 658. und T. III. p. 404. 407. 412. 417. et 419. und den Auszug rc., im zweiten Bande, S. 621. f. 686. f. 699. 727. f. und 749-753, im dritten Bande, S. 10. 121. f. 271. 537-549. 555-557. 560-564. und 580-582, im vierten Bande, S. 108-121. und 468-478, im fünften Bande, S. 210-214. und 217-219, im ſechſten Bande, S. 123. 141-172. und 690. f. und im ſiebenden Bande, S. 99-117, wie auch in der Vorrede, S. 35. u. ff.

gen Morgen dadurch, daß K. Johannes von Böhmen den Grund dazu legte, Schleſien an ſein Königreich zu bringen, welchen Entwurf ſein Sohn, K. Carl der IV. vollends ausführte. Jener hatte nehmlich die meiſten Schleſiſchen Fürſten nach und nach dahin gebracht, daß ſie ſich von ihrer Verbindung mit Pohlen losmachten, und ihre Länder ihm zu Lehen auftrugen. Er traf hierauf mit 1335
K. Caſimir von Pohlen einen Vergleich, vermöge deſſen er ſeinen bisherigen Anſprüchen auf Pohlen entſagte, und den königlich-pohlniſchen Titel fahren ließ. Dagegen aber begab ſich auch K. Caſimir aller ſeiner Rechte und Anſprüche auf den größten Theil Schleſiens, in ſo weit es ſich bisher an Böhmen ergeben hatte. K. Carl der IV. brachte ſodann den in Schleſien noch allein übrigen unabhängigen H. Bolcko von Schweidnitz und Jauer, durch die Heirat mit deſſen verſtorbenen Bruder Heinrichs Tochter Anna dahin, daß er 1353
ſeine Länder denen aus dieſer Ehe zu erzeugenden Kindern verſchrieb, falls er ohne Erben ſterben würde. Und hierauf vollzog K. Carl der IV. zu 1355
Prag die feierliche und ewige Einverleibung des 9. Oct.
Landes Schleſien mit der Krone Böhmen, worüber er ſich hernach auf dem folgenden Reichstage a. c.
zu Nürnberg von den ſämtlichen Churfürſten ſogenannte Willebriefe ausſtellen ließ v).

Preuſſen war, im vorigen Periodus, durch den Teutſchen Orden gröſtentheils erobert, und hiedurch an das Teutſche Reich gebracht worden w). Der Teutſche Orden breitete ſeine Ero-

v) S. den dritten Band des Auszuges ꝛc. S. 291. und 583-592. w) S. Eben denſelben im zweiten Bande, S. 204. Es läugnet aber ſolches der ſeel. Geh. Rath *Heineccius* in Diſſ. ſ. Specimine

berungen immer weiter aus, erregte aber hiedurch die Eiferſucht der Könige von Pohlen, welche deswegen den Orden, jedoch anfangs nicht mit ſonderlichem Glücke, bekriegten. Nachher aber hat der Orden ſelbſt, durch ſein hartes und unbilliges Betragen, die Preußiſche Stände und Städte zu
1440 Schlieſſung des bekannten Preußiſchen Bundes, gleichſam genöthiget, den zwar anfangs K. Frie-
1441 drich der III. beſtätigte, nachmals aber, auf die
1453 vom Orden erhobene Klage, wieder aufhob. Da nun der Teutſche Orden das kayſerliche Urtheil noch viel weiter ausdehnte, als es deſſen eigentlicher Wortverſtand mit ſich brachte; ſo wurden die verbündeten Preußiſchen Stände zur Verzweiflung gebracht, kündigten dem Teutſchen Orden den Gehorſam auf, und nahmen den K. Caſimir von Pohlen zu ihrem Schutzherrn an. Bey dem darüber entſtandenem dreyzehnjährigen Kriege ſaß der Kayſer und das Reich ganz ſtille, und überließ den Orden ſeinem eigenem Schickſale. Mithin iſt ſich nicht zu verwundern, daß derſelbe endlich den
1466 Kürzern zog, und in dem zuletzt geſchloſſenem Frieden zu Thorn das vordere oder weſtliche Preuſſen an Pohlen abtreten muſte, das hintere oder öſtliche aber hinführo von den Königen von Pohlen zu Lehen nehmen ſolte r). Hiedurch verlohren der Kayſer und das Reich vollends alle ihre Rechte, die ſie auf Preuſſen mochten gehabt haben.

Uebrigens

cimine Pruſſiae in libertatem adſertae, quo probatur, eam nullo umquam titulo Imperio Germ. fuiſſe ſubiectam; Halae Magdeb., 1740. 4.

r) S. den Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 71-75., im fünften Bande, S. 300. 301. und 660-662. und im ſechſten Bande, S. 302-314. und 552-556.

Uebrigens iſt noch zum Beſchluß dieſer Materie zu bemerken, daß zwar K. Rudolf der I. auf Ungarn, ſo wie K. Albrecht der I. auf Pohlen einige Abſichten geäuſſert habe, um die alte Reichsrechte wieder herzuſtellen, aber beide haben ihr Vorhaben nicht ausführen können. Da ſich nehmlich, nach der Ermordung des K. Ladislaus von Un- 1291
garn, verſchiedene Prätendenten anfanden, die an das erledigte Königreich Anſprüche machten, weil Ladislaus keine Kinder hinterlaſſen hatte; ſo regte ſich auch der Römiſche König Rudolph der I., und behauptete, daß Ungarn dem Teutſchen Reiche unterworfen wäre, deswegen er ſeinen Sohn, den H. Albrechten von Oeſterreich damit belehnte. Allein P. Nicolaus der II. ſetzte ſich heftig dawider, nahm Ungarn als ein dem Römiſchen Stule zinsbares Königreich in Anſpruch, und ſchickte ſowohl dahin, als auch nach Teutſchland einen Legaten, um die Abſichten K. Rudolphs und ſeines Sohnes, des H. Albrechts, zu hintertreiben. Es blieb auch die Sache auf ſich beruhen, weil K. Rudolph darüber wegſtarb y). Bey dem hierauf noch fortgedauertem Streite über Ungarn zwiſchen dem neapolitaniſchen Prinzen Carl Robert und dem K. Wenceslaus von Böhmen, nahm ſich P. 1307
Clemens der V. heraus, den Ausſpruch für den erſtern zu thun z). Lünig hat zwar eine Urkunde v. J.
von dem vorhin gedachten K. Ladislaus zum Vor- 1279
ſchein gebracht, die deſſen Bekäntniß enthalten ſolle, daß das Königreich Ungarn vom Römiſchen Reiche abhange a). Allein die Urkunde ſelbſt ſtimmt mit dem angegebenem Innhalte ganz und gar nicht

y) *Raynaldus* l. c., T. XIV. ad a. 1291. n. 45-50. p. 441-447. z) Lünigs Cod. Germ. dipl., T. I. p. 1649 ſqq. a) *l. modo c.*, T. I. p. 1647 ſqq.

nicht überein. Und eben ſo fehlſam iſt der anderwärts b) angegebene Innhalt dieſer Urkunde angezeigt, als wenn nehmlich in ſelbiger K. Ladislaus ſein Königreich als ein Lehen des apoſtoliſchen Stuls anerkannt hätte. Dann eigentlich enthält dieſelbe weiter nichts, als eine Verſicherung von ſeiner Beſtändigkeit in der chriſtlichen Religion, und das Verſprechen, die Cumaner zur chriſtlichen Religion zu bringen, wie ſolches auch ſchon Raynaldus c) bemerket hat.

1300 Pohlen belangend; ſo hatten ſich die Pohlen wider ihren damaligen Oberherren, den H. von Großpohlen, Vladislaus Locktick empört, und boten dem K. von Böhmen, Wenceslaus dem IV. ihr Reich, und ihres kürzlich verſtorbenen K. Premislaus des II. Tochter, Eliſabeth oder Richſa, zur Gemalin an. Es gieng hierauf K. Wenceslaus der IV. nach Pohlen, wurde zu Gneſen zum König gekrönt, und heiratete die gedachte Prinzeßin Eliſabeth oder Richſa, mit welcher er nach Böhmen zurückkehrte, und von Haus aus Pohlen regierte. Sein Schwager K. Albrecht der I. miſchte ſich in dieſe Sache, und behauptete, daß Pohlen dem Teutſchen Reiche anheim gefallen ſey. Mithin verlangte er, daß K. Wenceslaus die Herzogthümer Cracau und Sendomir für ein Teutſches Reichs-Lehen erkennen ſolte. Zu dem
a. c. Ende ſtellte er ihm eine Urkunde aus, vermöge wel-
29 Jun. cher er ihm die Erlaubnis gab, alle diejenige Länder, welche er dem Vladislaus Locktick abnehmen würde, als Reichslehen zu beſitzen. Allein bald darauf ſtarb K. Wenceslaus der IV., und der noch

b) in Hahns, oder vielmehr Roßmanns Teutſchen Staats- Reichs- und Kayſer-Hiſtorie, V. Theil S. 152. nota nnn). c) *l. c.*, T. XIV. ad a. 1279. n. 30-33. p. 309 ſq.

noch bey ſeinen Lebzeiten nach Pohlen zurückgekommene Vladislaus Locktick wurde, nach jenes Tod wieder zum König angenommen, wodurch die Abſichten K. Albrechts des I. völlig vereitelt wurden. Den Königen von Böhmen aber blieb nichts, als der leere Titel eines Königs von Pohlen, deſſen ſich nachher K. Johannes von Böhmen begeben hat d). Indeſſen finden ſich Spu- 1335
ren, daß die Pohlen bis auf dieſe Zeit die alte Reichsſteuer an die Könige von Böhmen ſollen bezalt haben, denen die Kayſer ſolche überlaſſen hätten. Damals aber ſoll erſtgedachter K. Johan- a. e.
nes dieſe Reichsſteuer dem K. von Pohlen, gegen Bezalung 500 Marck Goldes erlaſſen haben e).

In Italien hatten das Anſehen des Kayſers und die Rechte des Reichs, bereits ſeit den letzten Jahren der Regierung K. Friedrichs des II., einen groſſen Stoß gelitten f). Und da nun auch ſeit K. Conrads des IV. Abſterben kein Kayſer oder Römiſcher König, über 50 Jahr lang, nach Italien kam; ſo iſt ſich um ſo weniger zu wundern, daß die Gewalt und die Rechte der Kayſer und des Reichs in Italien immer mehrern Abbruch litten. Es iſt bekannt, daß K. Rudolph der I. von dem Sigonius g) und andern beſchuldiget wird, daß er die

d) *Anonymi* Chron. Bohem., cap. 85., in *Menckenii* Scr. rer. germ., T. III. p. 1739. *Chron. Leobienſe*, L. III., in *Pezii* Scr. Auſtr., T. I. p. 886. B. *Goldaſt* de regno Boh., T. I. in *Supplem. Actor. publ.* n. 19. p. 267 ſq. Cf. der Auszug ꝛc. im zweiten Bande, S. 625. et 700. e) Io. *de Thwrocz* Chr. Hung., P. II. c. 97., in *Schwandtneri* Scr. rer. Hungar., T. I. p 165. und *Balbini* Epit. hiſtor. rer. Bohem., L. III. c. 18. p. 338 ſq. f) S. im zweiten Bande des Auszuges, S. 205. ff. und 209. f. g) de *Regno Italiae*, L. XX. *circa*

die Rechte des Teutſchen Reichs auf Italien für Geld veräuſſert habe, und alſo das Königreich Italien unter ihm erloſchen ſey. Allein es iſt dieſes ungegründete Vorgeben von dem Conring h) und andern hinlänglich genug widerlegt worden. Nicht nur K. Rudolph der I., ſondern auch alle ſeine Nachfolger übten Zeichen ihrer Oberherrſchaft über Italien aus, wie aus ihren, in den vorhergehenden Bänden dieſes Auszuges beſchriebenen, Regierungsgeſchichten meinen aufmerkſamen Leſern erinnerlich ſeyn wird. K. Rudolph der I. muſte ſich aber in die damalige Zeiten und Umſtände ſchicken, und um den Pabſt zum Freund zu behalten, manches in Italien überſehen und geſchehen laſſen, was er vermutlich bey einer andern Lage der Sachen nicht würde geduldet haben. An der innerlichen Beruhigung Teutſchlandes war ihm mehr gelegen, als an Italien. Er unterließ daher einen Römerzug, um nicht mit dem Pabſte Händel zu bekommen, und er ſah auſſerdem zum voraus, daß er in Italien, wegen der, gegen einander ſo erbitterten, Faktionen der Guelfen und Gibellinen wenig fruchtbarliches würde ausrichten können. Indeſſen unterließ er nicht, für die Reichsrechte in Italien zu wachen, und ruhete nicht eher, als bis er es
1278 durch den P. Nikolaus den III. dahin brachte, daß der K. von beiden Sicilien, Carl von Anjou das, vom P. Clemens dem IV. erhaltene, Reichsvikariat in Italien niederlegen muſte. Dagegen ſchickte K. Rudolph der I. ſchon vorher, und auch hernach ſeine Vikarien und Statthalter nach Italien, durch welche er ſeine Rechte ausüben ließ. Nicht

circa finem, in *Eius* Opp., *cura* Phil. *Argelati*, T. II. p. 1102 ſqq. h) de *Finib. Imperii Germ.*, L. II. c. 23. §. 4 ſqq., in *Eius* Opp., T. I. p. 326 ſqq.

Nicht weniger ertheilte er verſchiedenen italiäniſchen Städten neue Freiheiten, oder beſtätigte ihnen ihre alte Privilegien. Wie aber P. Nicolaus der III. zwey neue Könige, einen in der Lombardie, den andern in Tuſcien, ſetzen wolte; ſo verhinderte es unſer wachſame K. Rudolph auf das nachdrücklichſte.

Auch deſſen Nachfolger K. Adolph legte ſeine und des Reichs Rechte über Italien dadurch unter andern an Tag, daß er den Matthäus Viſ- 1294
conti über die ganze Lombardie, und den Johannes von Challons über Tuſcien zum Reichs- 1296
vikarius beſtellte, den aber der übermüthige P. Bonifacius der VIII. nach Teutſchland wieder a. e.
zurückſchickte. Eben derſelbe ließ des K. von Frankreich Bruder, Carln von Valois nach Italien kommen, und ernannte ihn zum Paciarius 1301
in Toſcana, weil er damals K. Albrechten den I. noch nicht für einen Römiſchen König erkannt, und deſſen Wahl beſtätiget hatte. Von den Kayſern Heinrich dem VII. und Ludewig dem IV. iſt bekannt, daß ſie beide in Perſon nach Italien gegangen ſind, und daſelbſt die Rechte des Reichs mit gewaffneter Hand, jedoch ohne glücklichen Erfolg, behauptet haben. Allein der durch die Gunſt des Pabſtes auf den teutſchen Thron geſetzte Carl der IV. vergab ſeiner und des Reichs Hoheit dadurch ſehr vieles, daß er ſchriftlich und eidlich, noch vor ſeiner Thronbeſteigung, unter andern auch dazu ſich anheiſchig machte, daß er Italien nicht eher betreten, oder andere dahin ſchicken, und in dieſen Ländern etwas anordnen, oder durch andere anordnen laſſen wolte, bevor ihm nicht der Pabſt die Beſtätigung ſeiner Römiſchen Königs-Würde ertheilt hätte. Nachdem er nun dieſe erhalten; ſo gieng er zwar zweimal nach Italien; allein ſein

Betra-

Betragen hiebey war ſo beſchaffen, daß die Italiäner ſich ſelbſt darüber ärgerten, und er zwar mit vielem Gelde beladen, aber mit deſto wenigerer Ehre wegen ſeiner Verrichtungen in Italien, und mit noch gröſſerer Schande, wegen der ſo ſchlecht behaupteten kayſerlichen Hoheit in dieſem Königreiche, nach Teutſchland zurück kehrte. Daß er indeſſen, währender ſeiner Regierung, verſchiedene Rechte in Italien ausgeübt habe, davon ſind in ſeiner Regierungsgeſchichte genug Exempel angeführt worden. Italien ſelbſt aber war, dieſe Zeit hindurch, noch immer in die Faktionen der Guelfen und Gibellinen getrennt, und Carl der IV. ließ dieſes Königreich in ſeiner bisherigen Verwirrung.

K. Wenceslaus kam zwar nicht ſelbſt nach Italien, er ſchickte aber ſeine Vikarien dahin, und zeigte durch verſchiedene andere Handlungen ſeine Oberherrſchaft über dieſes Königreich. Auch noch nach ſeiner Abſetzung hielt es ein groſſer Theil der italiäniſchen Stände mit ihm, welches eine Urſache mit war, daß K. Ruprechts unternommener Römerzug ſo unglücklich ablief, und er ſeine Abſichten, die verlohrne Reichsrechte in Italien wieder herzuſtellen, nicht ausführen konnte. Ja unter ihm giengen vollends noch mehrere Rechte und Länder in dieſem Königreiche verlohren. K. Sigmund hat gleichfals, durch verſchiedene Handlungen, ſeine und des Teutſchen Reichs Rechte
1413 auf Italien gehandhabt. Gleich zu Anfang ſeiner Regierung, ſuchte er Mayland wieder näher an das Reich zu verknüpfen, welches ihm aber nicht
1431 gelingen wolte. Er ließ ſich nachher zu Mayland zum König von Italien krönen, und ob ihn gleich ſeine Lieblingsabſicht, die Kirche wieder zu beruhigen, und unter ein Oberhaupt zu bringen, nebſt den böhmiſchen Unruhen, hinderte, auf Italien beſtän-

beſtändig ein aufmerkſames Auge zu haben; ſo ſind doch in ſeiner Regierungsgeſchichte verſchiedene Beiſpiele angeführt worden, aus welchen erhellet, daß er Italien nicht gänzlich vernachläßiget habe. Auch in der kurzen Regierung K. Albrechts des II. findet man, daß er auf Italien aufmerkſam geweſen. Und endlich von K. Friedrich dem III. iſt bekannt, daß er, das Herzogthum Mayland, nach Abgang des Hauſes Viſconti, als ein erledigtes Reichslehen wieder an das Reich zu bringen, getrachtet habe. Aber er griff freilich die Sache nicht mit gehörigem Nachdrucke an. Indeſſen konnte ihn doch weder der erſte H. von Mayland aus dem Hauſe Sforza, Franciſcus, noch deſſen Nachfolger bewegen, daß er ſie in der angemaßten herzoglichen Würde beſtätigt hätte. K. Friedrich der III. hingegen empfieng, bey Gelegenheit ſeines Römerzuges, aus den Händen des Pabſtes zu Rom die italiäniſche Reichskrone. Und auſſerdem hat er, währender ſeiner langwierigen Regierung, verſchiedene Urkunden ausſtellen laſſen, welche ſeine und die Reichsrechte auf Italien beſtärken, wie dieſes aufmerkſamen Leſern ſeiner Geſchichte erinnerlich ſeyn wird.

Uebrigens hat ſich der Zuſtand von Italien, in dem letzten Jahrhundert dieſes Periodus, gar ſehr angefangen zu ändern, indem neue Fürſtenthümer aus einigen mächtigen Republicken entſtanden. Der Titel und die Würde eines Herzogs von Lucca, womit K. Ludewig der IV. den
Caſtruccius von Antelminellis beehrte, war von 1328
kurzer Dauer, und ſtarb, noch bey der Anweſenheit des erſtgedachten Kayſers in Italien, mit dieſem erſten Herzog wieder aus. K. Wenceslaus
hingegen ernannte den Johannes Galeazius Viſ- 1395
conti, und ſeine männliche Nachkommen zu Her-

1397 zogen von **Mayland**, ja legte ihm endlich den Titel eines H. von der **Lombardie** bey. Es haben ſich auch derſelbe, und ſeine beide Söhne, **Johannes Maria** und **Philipp Maria** bey dieſem Titel und dem Lande, wider Willen der Kayſer, behauptet. Und ein gleiches that **Franz Sforza**, welcher mit des H. **Philipps Maria** unächten Tochter, **Blanca Maria**, vermält war, und das Herzogthum auf ſeine Nachkommen vererbte. Den **Herrn von Mantua, Johann Franzen von**
1432 **Gonzaga**, und ſeine männliche Nachkommen erklärte K. **Sigmund**, bey ſeiner damaligen Anweſenheit in Italien, zu **Marggrafen von Mantua** und **Fürſten des H. R. R.**, wobey er zugleich die Stadt **Mantua** und das dazu gehörige Gebiet zu einer **Marggrafſchaft** des H. R. R. erhöhete. Dieſe Standeserhebung beſtätigte unſer Kayſer,
1433 im folgenden Jahr, auf ſeiner Rückreiſe von **Rom** nach **Teutſchland**, und die männlichen Nachkommen des erwähnten erſten **Marggrafens** haben auch dieſen Staat bis zu Anfang des itzigen Jahr-
1452 hunderts beſeſſen. Endlich erhob auch K. **Friedrich** der III., auf ſeiner Rückreiſe von **Rom**, den Marggrafen von Eſte, **Borſius**, am Himmelfahrtstage, zu **Ferrara** zum **Herzog von Modena** und **Reggio**, auch **Grafen von Rovigo** und **Comacchio**, welche Städte und dazu gehörige Länder das Haus **Eſte** vom **Römiſch-Teutſchen Reiche** zu Lehen trug.

Zuletzt iſt noch anzumerken, daß, in **dieſem Periodus**, der **Kirchenſtaat** ohngefähr in ſeine heutige Verfaſſung gekommen iſt. K. **Rudolf**
1274 der I. verſicherte nehmlich, gleich nach Antrit ſeiner Regierung, durch ſeine Geſandten, den damaligen **P. Gregorius** den X., daß er dem **Römiſchen Stule** alle Schenkungen und Privilegien ſeiner

Vor-

Vorfahren beſtätigen wolle. Er that auch ſolches 1275
eidlich, bey ſeiner Zuſammenkunft mit dem Pabſte,
zu Lauſanne, wobey zugleich des Exarchats und
der Provinz Romagna nahmentlich erwähnt wur-
de. Allein es entſtanden nachher zwiſchen dem K. 1276
Rudolphen und dem P. Johannes dem XXI.
Irrungen, weil jener der Grafen Heinrich von
Fürſtenberg nach Romagna ſchickte, und ſich in
dieſer Provinz huldigen ließ. P. Johannes ſtarb
darüber weg und ſein Nachfolger Nicolaus der III.
drung nunmehr mit Ernſte darauf, daß K. Ru-
dolph die Provinz Romagna an den päbſtlichen
Stul würklich abtreten ſolte. Darüber ließ nun 1278
K. Rudolph der I. eine neue Schenkungsurkunde
ausfertigen, und ſezte den Pabſt, doch mit Vorbe-
halt der Reichsrechte, in den würklichen Beſiz
von Romagna. Zu gleicher Zeit unterwarf ſich a. e.
auch Bologna, doch unter gewiſſen Bedingungen,
dem Pabſte. Die folgenden Römiſche Könige
und Kayſer haben nun zwar dieſe und die vorherge-
hende Schenkungen beſtätiget, es ſezte aber öfters
zwiſchen ihnen und den Päbſten neue Irrungen
über die vorbehaltene Reichsrechte. Endlich muſte
Carl der IV., noch vor ſeiner Thronbeſteigung, eine
eidliche Verſicherung an den Pabſt ausſtellen, daß
er Rom, Ferrara, den ganzen Kirchenſtaat,
beide Sicilien, Sardinien und Corſica dem
Römiſchen Stule gänzlich überlaſſen, ſich von
Reichswegen keines Rechtes darauf anmaſſen, und
was ſeine Vorfahren, Heinrich der VII. und Lu-
dewig der IV., dieſer länder halber jemals verord-
net hätten, für nichtig erklären wolte. Uebrigens
gelangten die Päbſte auch noch in dieſem Zeitpunkte
zum völligen und ruhigen Beſitze der Städte Bo-
logna und Perugia, die ſich zwar öfters dem Rö-
miſchen Stule unterworfen, aber doch immer ſich

wieder in Freiheit geſetzt hatten. Auf welche Art alſo der Kirchenſtaat gröſtentheils zu ſeinem noch dauernden Zuſtande gelangt iſt. Und aus dem bisher geſagten iſt bereits zu erſehen, daß an beide Sicilien, Sardinien und Corſica, in unſerm itzigen Periodus gar nicht mehr zu gedenken war. Dann darüber maßten ſich die Päbſte, mit Ausſchlieſſung des Teutſchen Reichs einer Oberlehensherrlichkeit an, und verpflichteten die Kayſer, daß ſie ſich in ihren Verſchreibungen an den päbſtlichen Stul von allen ihren etwa darauf habenden Anſprüchen losſagen muſten. Ja ſie ſetzten ſogar feſt, daß die Könige und Regenten dieſer Länder niemals fähig ſeyn ſolten, das Kayſerthum und Teutſche Reich zugleich mit jenen Staaten zu beſitzen [i]).

Die Regierungsform in Teutſchland blieb, auch dieſen Periodus hindurch, ferner monarchiſch, doch eingeſchränkt. K. Rudolph der I., welchem ſein Alter, Klugheit und groſſe Erfahrung eine allgemeine Achtung erwarben, regierte mit vielem Anſehen. Sein Nachfolger K. Adolf wolte es ihm zwar nachthun, aber die Reichsſtände ſchätzten ihn ſchon geringer, und nahmen ſich unter ihm ein mehreres heraus. Sie verſuchten ein glei-

ches

i) S. aus den Quellen *Pfeffingeri* Vitriar. illuſtrat., T. II. p. 1017-1022. Hahns (ſ Roßmanns) Rhiſt., T. V. p. 100 ſqq. 185. nota n). 216. nota g). 237 ſqq. et 246 ſq. und Meinen Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 529. 532. f. 535-537. 546-554. 573. 597. 646-648. et 708. im dritten Bande, S. 18-63. *paſſim*, 201-235. 401. f. 496. f. 552. 565-579. 650-653. 691. 697. 724-736. und 761. im vierten Bande, S. 76. f. 190-192. 282. 316. ff. 332-359. *paſſim*, 398. 592. et 640-645. im fünften Bande, S. 530-534. und 577. im ſechſten Bande, S. 42. 231-235. 279. f. 288. ff. et 512. und im ſiebenden Bande, S. 300. und an a. O. m.

ches unter Albrechten dem I.; allein dieſer konnte ſie durch ſeine eigene Macht im Zaume halten. K. Heinrich der VII. hatte ebenfals ein groſſes Anſehen in Teutſchland, war aber die meiſte Zeit ſeiner ohnehin kurzen Regierung in Italien, worüber die teutſchen Reichsſtände Gelegenheit bekamen, ihre Rechte und Anſehen zu erweitern. Und dieſes beförderte noch mehr die höchſt-unruhige Regierung K. Ludewigs des IV., welcher den Ständen vieles nachſehen muſte, um ſie gegen die hartnäckige Verfolgungen der Päbſte auf ſeiner Seite zu behalten. Nachdem hierauf Carl der IV. ſich auf dem teutſchen Throne recht feſt geſetzt hatte; ſo ſuchte er das gleichſam verlohrne Anſehen der alten Kayſer wieder herzuſtellen, und auf den alten Fuß zu regieren. Seine Macht, ſeine Schätze, vornehmlich aber ſeine feine Staatskunſt waren ihm hiezu ſehr beförderlich, und er wußte alles nach ſeinen Abſichten durchzuſetzen, alſo daß nicht leicht ein Kayſer in dieſem Periodus mit ſo vielem Anſehen, und mit ſo groſſer Gewalt regiert hat, als wie Carl der IV. Indeſſen ob er gleich in ſeinen Reichshandlungen ſich nicht ſelten auf ſeine kayſerliche Machtvollkommenheit, (*imperialis poteſtatis plenitudinem*,) berief f); ſo hat er deswegen doch nicht unumſchränkt regiert, ſondern im Reichs und Rechts-Sachen auch den Rath und das Gutachten der Fürſten und Stände zu Hülfe genommen.

Sein Sohn K. Wenceslaus war der Mann nicht, dieſen von ſeinem Vater gelegten Grund ſich zu Nutzen zu machen, und deſſen Regierungsmaximen weiter auszuführen. Mithin zerfiel unter ihm ſogleich wiederum die kaum zu gründen angefangene

f) S. C. G. *Haltauſii* Memor. I. P. certi S. R. I. ex medio aevo ope diplomatum; (Lipſiae. 1735. 4.) Sect. III. §. 4. p. 26 ſq. nota y).

fangene gröſſere und unumſchränktere Gewalt der Kayſer, wozu auch dieſes viel mit beitrug, daß K. Wenceslaus die wenigſte Zeit ſeiner Regierung in Teutſchland war, und ſich meiſtens in Böhmen aufhielt. K. Ruprechten fehlte es zwar nicht an Fähigkeiten, das verlohrne Anſehen der Kayſer wieder herzuſtellen, und ſeine Regierungsgeſchichte iſt ein Beweis, wie ernſtlich er über ſeiner Würde gehalten habe. Allein ſeine eigene Kräfte reichten zu Ausführung dieſes Vorhabens nicht zu, und die Fürſten und Stände in Teutſchland waren den Kayſern bereits zu mächtig geworden. Es kam dazu, daß ſeine Regierung eben nicht von allzu langer Dauer war, und ſeine, bis an ſeinen Tod gedauerte, treue Anhängigkeit an die von ihm einmal für rechtmäßig erkannte Päbſte zu Rom ſeinen Widriggeſinnten, bey der damaligen groſſen Kirchenſpaltung, zur Gelegenheit diente, ſich ſeinen Unternehmungen, unter einem deſto ſcheinbarern Vorwande, widerſetzen zu können. K. Sigmund hatte, ſeine Regierung hindurch, mit den Concilien zu Coſtnitz und Baſel, mit ſeinen Reiſen, mit den Ungarn, Türken und Hußiten genug zu ſchaffen. Er muſte zu Bändigung der letztern vornehmlich die Fürſten und Stände des Teutſchen Reichs zu Freunden behalten; mithin iſt leicht zu erachten, daß er dieſen in vielen Stücken durch die Finger ſehen müſſen, und gar nicht daran denken dörfen, die alten kayſerlichen Rechte wieder hervor zu ſuchen.

Sein Schwiegerſohn, K. Albrecht der II., regierte eine allzukurze Zeit, als daß er darauf hätte bedacht ſeyn können, die in manchen Stücken übertriebene Anmaſſungen der Fürſten und Stände wieder in die gehörige Schranken zu bringen. Sonſt würde er hiezu bey einer längern Regierung, mächtig und fähig genug geweſen ſeyn. Aber dieſe nöthige

Eigenſchaften fehlten ſeinem Nachfolger, K. Friedrich dem III., unter welchem vollends das kayſerliche Anſehen, und darüber auch die ehmalige groſſe Macht des Teutſchen Reichs, öfters in den gröſten Verfall gerieth. Aeneas Sylvius, oder der nachmalige P. Pius der II., der Teutſchland durch ſeinen langen Aufenthalt darinnen, und durch ſeine Dienſte am kayſerlichen Hofe, genau hatte kennen lernen, ſchiebt die Schuld davon auf die Reichsſtände, und ihre ſchlechte Achtung gegen den Kayſer. Seine eigene Worte verdienen geleſen zu werden, und lauten folgender geſtalt: „Sed „eſt alia maior ratio, quae veſtrum Imperium com„minuit, et ad nihilum rediget, niſi occurretis, *plu„ralitatem Principum abhorrent Philoſophi.* vos ea „gaudetis. Nam quamvis *Imperatorem* et *Regem* „et *Dominum* veſtrum *eſſe fatemini*, *precario tamen „ille imperare videtur*, *nulla eius potentia eſt*, *tan„tum ei paretis*, *quantum vultis*, *vultis autem mi„nimum:* libertas omnibus in communi placet, ne„que *Civitates*, neque *Principes*, *quod ſuum eſt*, *Im„peratori praebent*, *nulla illi vectigalia*, *nullum „aerarium quiſque ſuae rei moderator et arbiter „eſſe vult* l).„

Indeſſen war nicht blos die Uebermacht der Fürſten und Stände, und ihre ſchlechte Achtung gegen den Kayſer an dem Verfalle des kayſerlichen Anſehens und der Abnahme der Macht unſers Teutſchen Reichs Schuld, ſondern das meiſte trug dazu bey, daß die Päbſte, in den damaligen abergläubiſchen Zeiten, ihre Gewalt über alles in der Welt erhoben. Wem ſind nicht die ausſchweifenden Unternehmungen eines Nicolaus des III., Bonifacius des VIII., Clemens des V. und VI., Johannes

l) *Aen. Sylvii* Germania, cap. 43., in *Schardii* Scriptor., T. I. p. m. 237. b.

hannes des XXII. und verſchiedener anderer Päbſte bekannt, deren Charackter ich, in dem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus, geſchildert habe? Von dem höchſten Gipfel der päbſtlichen Hoheit zeuget unter andern ein *Codex MS.* des *Decreti* GRATIANI aus dem 13. Jahrhundert, der auf der königlichen Bibliotheck zu Berlin befindlich iſt. In einem Bilde deſſelben werden der Pabſt und der Kayſer mit der Ueberſchrift vorgeſtellt, daß jener zu dieſem ſagt:

Rex ego ſum Regum; Lex eſt mea maxima Legum;
Te facio Regem; Tu rectam dilige legem [m].

Man ſehe auſſerdem einige Stellen im *Corpore Iuris Canonici* nach [n], ſo wird man erſtaunen, was für eine unmäßige Gewalt und Hoheit die Päbſte dieſes Zeitalters ſich herausgenommen haben, alſo daß ſie die ganze chriſtliche Welt, auch die Monarchen und Regenten nicht ausgenommen, unter ihr deſpotiſches Joch zwingen wolten, und auch gröſtentheils darunter gebracht haben. Unſere Teutſche Kayſer lieſſen ſie ſolches am meiſten fühlen. Was hat nicht ein ruhmwürdiger Kayſer Ludewig der IV. von den Verfolgungen der Päbſte ausſtehen müſſen? Ja P. Pius der II. ſuchte ſich ſogar von allen chur- und fürſtlichen Berathſchlagungen Meiſter zu machen, worunter ihm aber der patriotiſche Churfürſt von Maynz, Diether, widerſtand [o].

Niemals

m) Iac. Car. *Speneri* Hiſt. Germ., T. II. L. I. c. 9. §. 3. p. 130

n) S. z. E. *cap. 3. de immunit. Eccleſ.* in *VI.* et *Extravagant. commun.*, *L. I. Tit. 8.* de *maiorit. et obed. cap. 1.*

o) Müllers R. Tags Theatr. unter K. Friedr. V., P. I. 3. Vorſtell. c. 20. §. 2. p. 741. Cf. der Auszug rc., im ſechſten Bande, S. 384. et 443.

Niemals würden es die Päbſte ſo weit gebracht haben, woferne nicht die Welt zu tief im Aberglauben erſoffen geweſen wäre, und unſere Kayſer zum Theil ſelbſt eine allzugroſſe Ehrerbietung gegen die Päbſte bezeugt hätten. Noch von Carln dem IV. findet man bemerkt, daß er, bey ſeinem Einzuge in die Stadt Rom mit dem P. Urbanus dem V. deſſen Pferd, von der Pforte der Engelsburg bis an die Peterskirche, am Zügel geführt habe p). Und K. Friedrich der III. hielt dem Pabſte den Steigbügel, wie er ſich zu Pferde ſetzte q). Ein Muſter eines ſehr demüthigen kayſerlichen Schreibens an den Pabſt aber iſt dasjenige, welches K. Ruprecht an Innocenzen den VII. erlaſſen hat r). Darüber muſten die Päbſte nothwendig immer übermüthiger werden, und ſie behaupteten nunmehro mit dem gröſten Ernſte als Rechte diejenige unbefugte Anmaſſungen, die ſie ſich ſchon in dem vorigen Periodus s) bey den teutſchen Königswahlen, und in Anſehung der Beſtätigung eines erwälten Römiſchen Königs herausgenommen hatten.

Es iſt bekannt, daß P. Gregor der X., nach dem Tode K. Richards, den Churfürſten befolen habe, die Wahl eines Römiſchen Königs ohne weitern Anſtand vorzunehmen. Auf den Unterlaſſungsfall drohete er ihnen, mit Beirath der Cardinäle für ein Oberhaupt des Römiſchen Reichs zu ſorgen. Der hierauf gewälte Rudolf der I. ſchickte ſodann an den Pabſt eine Geſandſchaft

p) *Vita I. Urbani V.*, in *Baluzii* Vitis Papar. Avenionenſ., T. I. p. 385. *coll. nota*, p. 1439. und der Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 732. q) *Aen. Sylvii* Hiſt. Frider. III. Imp., in *Kulpiſii* Scriptor, p. 81. r) Es ſtehet in *Schannati* Vindem. literar., T. I. p. 214. n. 67. s) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 216. f.

nach Lion, und bat ihn um die Beſtätigung ſeiner Wahl, die er auch erhielt. K. Adolf fertigte gleich nach ſeiner Wahl den Grafen von Oettingen an den damaligen P. Nicolaus den IV. ab, und bat ihn um ſeine Beſtätigung, die ihm auch dieſer ertheilte *). Albrecht der I. ſuchte zwar zu wiederholtenmalen ſeine Beſtätigung bey dem P. Bonifacius dem VIII., der ſie ihm aber lange nicht geben wolte, weil er ein Königsmörder wäre. Allein endlich ertheilte er ſie ihm im öffentlichen Conſiſtorium, wobey er eine Rede hielt, die von ſeiner eingebildeten Hoheit über alle weltliche Monarchen ſtrozte. Dagegen muſte K. Albrecht in einem demüthigen Schreiben bekennen, daß das Recht einen Römiſchen König und künftigen Kayſer zu wälen den Churfürſten von dem Römiſchen Stule verwilliget worden. K. Heinrich der VII. hat nicht nur ſelbſt, durch eine nach Avignon geſchickte Geſandſchaft, dem P. Clemens dem V. ſeine Wahl bekannt gemacht, auch die Obedienz und den gewönlichen Eid leiſten laſſen, ſondern auch die Churfürſten haben ihr Wahldekret dem Pabſte zugeſchickt, und um deſſen Beſtätigung gebeten. Solche ertheilte auch hierauf P. Clemens der V. und erklärte den gewälten Heinrich für einen Römiſchen König, und tüchtig zu Erlangung des Kayſerthums, befal auch allen Ständen des Reichs, dem Heinrich als rechtmäßigen König zu gehorchen. Da aber hernach zwiſchen dem Kayſer und Pabſte ein Streit über den von jenem geleiſteten Eid entſtand; ſo hat Clemens der V., durch eine eigene Conſtitution, ſolchen Eid für ein förmliches *iuramentum fidelitatis* erklärt.

Bey

*) *Continuator Martini Poloni*, in *Eccardi* Corp. hiſtor. med. aevi, T. I. p. 1429.

Bey der hierauf zwiſtig ausgefallenen Wahl Ludewigs des Bayers und Friedrichs von Oeſterreich, und weil damals der päbſtliche Stul erledigt war, richteten die Churfürſten einer jeden Parthey ihr Notificationsſchreiben an den künftigen Pabſt, und fügten ſelbigem das Wahldekret bey. Weil aber Ludewig, noch vor eingelangter päbſtlichen Beſtätigung, ſich einen Römiſchen König ſchrieb, und ſich vor dem neuen P. Johannes dem XXII. nicht ſo demüthigte, wie es dieſer ſtolze Mann verlangte; ſo that er ihn darüber in den Bann. Es iſt auch aus der Regierungsgeſchichte dieſes vortreflichen Kayſers bekannt, daß er von dem päbſtlichen Banne niemals habe loswerden können, ſondern zuletzt unter den Verfolgungen der Päbſte erliegen müſſen. Ja der Pabſt und ſeine Nachfolger drungen ſogar auf die Abſetzung K. Ludewigs, und maßten ſich einer Hoheit über das Teutſche Reich, und einer Vicariatsgerechtigkeit nicht allein in Italien, ſondern auch in Teutſchland an. Dieſe übertriebene päbſtliche Anmaſſungen veranlaßten zwar den erſten Churfürſtenverein, und es 1338
wurde auch deshalben, auf dem Reichstage zu Frankfurt, die ſchon oben angeführte Conſtitution de *iure Imperii* errichtet, und in derſelben die Unabhängigkeit des Römiſch-Teutſchen Reichs feſtgeſetzt. Allein dem allen ohngeachtet wußte ſich doch P. Clemens der VI. unter den Churfürſten einen Anhang zu machen, und es dahin zu bringen, daß der Marggraf von Mähren, Carl, zum Römiſchen König, wider den K. Ludewig, erwält wurde. Es muſte aber derſelbe noch vorher eine beſchworne ſchriftliche Verſicherung an den Pabſt ausſtellen, und darinnen alles, was Heinrich der VII. und Ludewig der IV. gegen die päbſtliche Rechte unternommen, für nichtig erklären. Nach

einigem

einigem Aufſchube beſtätigte hierauf der Pabſt die auf Carln den IV. gefallene Wahl.

Wie nun derſelbe nachmals, noch bey ſeinen Lebzeiten, ſeinen Sohn den Wenceslaus zum Römiſchen König wolte wälen laſſen; ſo bat er zuvor den P. Gregor den XI. hiezu um ſeine Erlaubniß, und nach der Wahl um ſeine Beſtätigung, welches auch Wenceslaus und die Churfürſten thaten. Es verweigerte aber ſelbige der Pabſt, und ſtarb zuletzt darüber weg, worauf dann deſſen Beſtätigung erſt von dem folgenden römiſchen Pabſte, Urban dem VI., erfolgte. Ja Wenceslaus ſoll nachher um ſeine Beſtätigung auch bey dem Gegenpabſte Clemens dem VII. angeſucht haben. Derſelbe wurde nachmals, auf heimliches Anſtiften P. Bonifacius des IX., abgeſetzt, und an ſeine Statt Churfürſt Ruprecht von Pfalz zum Römiſchen König erwält. Und dieſen beſtätigte ſodann, nach einigen Verzögerungen, der kurz vorhin erwähnte Bonifacius der IX. Da bey dem Abſterben K. Ruprechts ſtatt der bisherigen zwey Päbſte ſogar drey waren; ſo wurde von ihnen der, durch die zweite Wahl einmüthig auf den Teutſchen Thron geſetzte, K. von Ungarn, Sigmund, für einen rechtmäßigen Römiſchen König erkannt. Und nachdem hierauf, nach Abſetzung aller drey Päbſte, auf dem Concilium zu Coſtnitz ein neuer rechtmäßiger Pabſt, nehmlich Martin der V., erwält worden; ſo beſtätigte dieſer unſern K. Sigmund noch vor ſeiner Abreiſe von Coſtnitz, und ließ ihm durch ein paar Cardinäle eine Krone aufſetzen. Nach ſeinem Tode wurde ſein Schwiegerſohn, Albrecht der II. einmüthig gewält, dem P. Eugenius der IV., welcher damals mit dem Concilium zu Baſel groſſe Streitigkeiten hatte, in einem Schreiben zu ſeiner Wahl ſehr höflich glückwünſchte.

K. Albrecht der II. aber und die Churfürſten beobachteten bey dieſen Streitigkeiten, und der darüber entſtandenen neuen Kirchenſpaltung eine genaue Unpartheilichkeit, die ſich auch anfangs der folgende Kayſer, Friedrich der III. gefallen ließ. Nachher aber traf er mit Eugenius dem IV. einen Vergleich, leiſtete ihm kurz vor ſeinem Ende die Obedienz, und erhielt dagegen von ihm die Beſtätigung. Daß endlich zur Römiſchen Königswahl Maximilians des I. die Einwilligung des Pabſtes eingeholt worden, davon finde ich nirgends Spuren, wohl aber daß er dem P. Innocentius dem VIII. ſelbige bekannt gemacht, und dieſer ihm dazu Glück gewünſcht habe t).

Den Grund zu dieſem von dem Pabſte behaupteten Rechte der Beſtätigung unſerer Kayſer, muß man wohl in dem ehmaligen Hauptartickel des chriſtlichen Staatsglaubens im mittlern Zeitalter ſuchen, nach welchem zwey oberſte Häupter der Chriſtenheit waren, der Pabſt und der Kayſer, unter welchen alle chriſtliche Könige in einer gemeinſamen Verbindung ſtanden. Der Pabſt wurde für das geiſtliche, der Kayſer aber für das weltliche Oberhaupt gehalten. Dieſe Lehre hatten die Päbſte zu Gründung und Befeſtigung ihrer Univerſalmonarchie aufgebracht, und ihr Vortheil erforderte, ſelbige ſorgfältig aufrecht zu erhalten. Dann da dem weltlichen Oberhaupte die übrigen

t) Schmauſſens hiſtor. Ius publ. des T. R., c. 7. §. 2. p. 65 ſqq. et c. 8. §. 1. p. 75 ſqq. *coll.* p. 222 ſqq. et 231 ſq. Cf. Mein Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 523. f. 532. f. 650. f. 695. 708. et 713-716. im dritten Bande, S. 11. f. 61. f. 106. 107. 130. ff. 320-325. 401. 407. f. 411. et 415. im vierten Bande, S. 20. f. 26. ff. 70. 80. 233. et 397. f. im fünften Bande, S. 188. und im ſechſten Bande, S. 207. ff.

übrigen chriſtlichen Monarchen untergeordnet waren; ſo glaubte der Pabſt, ſich über dieſe ein mehreres herausnehmen zu können, wenn jenes von ſeiner Beſtätigung abhängen müſte. Daß ſich aber der Pabſt in dieſen ſeinen Geſinnungen geirrt habe, und daß ihm von andern chriſtlichen Monarchen manchsmal heftig widerſtanden worden, weiſet die allgemeine Geſchichte dieſer Zeiten aus. Man kan anderwärts die geſammelten Stellen nachleſen, wo dem Kayſer die Prädikate: *Monarcha omnium Regum et Principum terrenorum*, *Dominus*, *Cuſtos Orbis chriſtiani*, *Caput temporale Orbis chriſtiani* u. ſ. w., beigelegt werden u). Auch in der G. B. finden ſich dergleichen Ausdrücke v). Ich will zu ſelbigen, in der untergeſetzten Note, nur noch ein paar andere Nachweiſungen geben, wo der Kayſer ebenfalls das oberſte weltliche Haupt der Chriſtenheit genannt wird w). Was aber der Cardinal von Rouen dagegen eingewandt habe, wie K. Friedrichs des III. Geſandter zu Rom, im öffentlichen Conſiſtorium, ſeinen Herrn öfters: *Orbis Monarcham*, genannt hat, kan man bey dem Raynaldus x) nachleſen. Indeſſen verſichert uns doch Grünbeck y), daß der Pabſt dem K. Friedrich, bey ſeiner kayſerlichen Krönung, eine goldene Kugel, worunter der Reichsapfel zu verſtehen, zu Bedeutung der Herrſchung über die ganze Welt,

u) S. z. E. *Leibnitii* C. I. G. D., P. I. in *Praefat.*, p. 9 ſq. und *Pfeffingeri* Vitriar. illuſtrat., T. I. p. 377-379. Cf. von Olenſchlager N. Erläuter. der G. B., §. 22. p. 70. nota 1). v) S. z. E. *A. B.* Tit. III. IV. et V. *coll.* Tit. XII. §. 1. w) *Wenckeri* Appar. et Inſtr. Archivor., p. 296., und Müller *l. c.*, P. II. 5. Vorſtell. p. 641. a. x) *l. c.*, T. XIX. ad a. 1473. n. 23. p. 252. y) in der Lebensbeſchreibung K. Friedr. III. ꝛc., p. 28.

Welt, überreicht habe. Hat nun dieſes Vorgeben eben ſowohl ſeine Richtigkeit, als dasjenige, was uns der Fortſetzer des von Königshoven [z]), bey Gelegenheit dieſer kayſerlichen Krönung, meldet, daß nehmlich der Pabſt zuletzt dem Kayſer das Reichspannier gegeben habe; ſo hat der Pabſt ohne allen Zweifel, durch dieſe ſymboliſche Bilder, ſein Abſehen auf die Inveſtitur mit dem Römiſchen Kayſerthume gerichtet.

Bey dieſer Gelegenheit iſt nicht zu vergeſſen, daß die zu Avignon reſidirende Päbſte einigemal vorgehabt und geäuſſert haben, das Kayſerthum an Frankreich zu bringen: *eadem autoritate qua translatum eſt Imperium a Graecis ad Francos* [a]). Es lieſſen ſich auch die mächtige Könige von Neapolis, Robert und Ladislaus, nicht undeutlich merken, daß ſie auf die Herrſchaft über Rom, und ganz Italien, ja wohl gar auf das Kayſerthum Abſichten hätten. K. Robert machte an den nach Italien gekommenen K. Heinrich den VII. ſo übertriebene Forderungen, daß die Bewilligung derſelben ihn in den Beſitz der Herrſchaft von Italien würde geſetzt haben. Er machte ſich hierauf von Rom gröſtentheils Meiſter, und hinderte dadurch den K. Heinrich den VII., daß er ſich nicht gewönlicher maſſen im Vatikan konnte krönen laſſen, ſondern dieſe Ceremonie im Lateran vornehmen muſte. Der Kayſer erklärte zwar hierauf

K. Ro-

z) in der Elſaſſ. Chron., c. 2. §. 246. p. 151.

a) S. z. E. *Alb Argentin.*, l. c., p. 125. *in fine* et p. ſq. *Io. Villani* Hiſt. Fiorentine, ſ. potius Hiſt. univerſ. L. VIII. c. 101. et L. IX. c. 267., in *Muratorii* Scriptor. Ital., T. XIII. p. 436 ſq. et 561. und *Raynaldum* l. c., T. XV. ad a. 1324. n. 27. p. 285. et T. XVI. ad a. 1335. n. 3 ſqq. p. 3 ſqq.

K. Roberten, in die Reichsacht, aber des Kayſers unvermutheter Tod befreiete ihn von der ihm bevor geſtandenen Gefahr, und P. Clemens der V. ernannte hernach unſern Roberten zum Reichsverweſer aller Reichsländer in Italien und zum Römiſchen Senator [b]). Unter der Regierung K. Ruprechts trieb der ehrgeitzige K. Ladislaus von Neapolis die Sachen noch weiter. Er bemächtigte ſich der Stadt Rom, um ſich dadurch den Weg zur kayſerlichen Krone zu bahnen. Seine hierunter gehabte Abſichten gab er auch nicht undeutlich zu verſtehen, da man, bey ſeinem Einzuge in Rom, auf ſeinem Waffenrocke die Worte: *aut* CAESAR, *aut nihil*, geſtickt las. Aber ſeine weitere ehrgeitzige Unternehmungen unterbrach ſein frühzeitiger Tod, den er ſich durch ſeine unzüchtige Ausſchweifungen zu Rom zuzog [c]). Es behaupteten alſo unſere teutſche Monarchen, ohngeachtet aller Anfechtungen, beſtändig das Kayſerthum, und den damit verknüpften Vorzug vor andern gekrönten Häuptern der Chriſtenheit. Sogar die Päbſte begegneten ihnen mit mehrerer Ehrenbezeugung, als den Griechiſchen Kayſern. Ich finde davon eine merkwürdige Stelle in dem Leben P. Urbans des V. [d]), deſſen Verfaſſer, bey Gelegenheit des von dem griechiſchen Kayſer, Johannes Paläologus, dem erwähnten Pabſte, im J. 1369., zu Rom abgeſtatteten Beſuchs, folgendes aufgezeichnet

b) S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 49. ff. 60. f. und 96. Cf. *Curtii* Comm. de Senatu Romano, L. VII. c. 8. §. 221. p. m. 537 ſqq. paſſim, et c 9. §. 22 ſq. p. 555 ſqq. c) S. im vierten Bande des Auszuges ꝛc., S. 416. f. 495. 515. 650. f. et 656. Cf. *Curtius* l. c., L. VIII. c. 3. §. 253 - 256. p. m. 662 - 689. *paſſim.* d) *Vita I. Urbani V.*, ap. *Baluzium* l. c., T. I. p. 388.

zeichnet hat: *anno - - - praenominato* (ſcilicet MCCCLXIX.) *ad dictum* Urbanum Papam *Romae exiſtentem acceſſit* Iohannes Palaeologus Imperator Graecorum; *fuitque receptus honorifice ac tractatus per dictum* Papam *et* Cardinales PAVLO MINVS, QVEMADMODVM SI FVISSET IMPERATOR ROMANORVM.

Von dem kayſerlichen **Kanzley**= und **Hof**=**ſtaat in dieſem Periodus** wird nun auch noch einiges anzumerken ſeyn. Der **Churfürſt** von **Maynz** blieb und ſchrieb ſich ferner **Erzkanzler** durch **Deutſchland**, und **K. Adolf** beſtätigte, gleich nach Antrit ſeiner Regierung, den damaligen Churfürſten **Gerharden**, und allen ſeinen Nachfolgern, das **Erzkanzleramt** durch **Deutſchland**. Dieſe Beſtätigung erneuerte **K. Albrecht** der *I.*, und fügte ihr noch verſchiedene andere damit verknüpfte Rechte bey, von welchen dasjenige hier anzuführen iſt, daß dem **Churfürſten** als **Erzkanzler** das Recht zukomme, den **kayſerlichen Hofkanzler**, oder wie er itzo heißt: **Reichshofvicekanzler**, zu beſtellen e). Auch die **G. B.** beſtätiget dem **Churfürſten** von **Maynz** ſein **Erzkanzleramt** durch ganz **Deutſchland**, und nimt nur die **Dioeces** und **Provinz** des **Erzbiſchofs** und **Churfürſtens** von **Cöln** aus f). Indeſſen überlies doch Churfürſt 1441
Dietrich von Maynz dem Churfürſten **Jacob** von Trier, mit Einwilligung des **Kayſers** die Verwaltung der **Reichskanzley** auf lebenslang, weil Churfürſt **Jacob** in Kanzleiſachen geübter und erfahrner war, wobey ſich aber Churfürſt **Dietrich** die dem Stule

e) Lünigs R. A., T. XVI. p. 44. n. 47. und *de Gudenus* C. M. D., T. I. n. 429. p. 904 ſq.
f) *A. B.*, Tit. III. §. 2.

Stule zu Maynz dißfals zukommende Rechte vorbehielt ff).

Der Churfürſt und Erzbiſchof von Trier war ſchon vormals in den älteſten Zeiten Erzkanzler im Königreich Lothringen geweſen, welches ſein Erzamt aber in der Folge erloſchen iſt. In dieſem Periodus bekamen nun die Churfürſten von Trier auf beſtändig das Erzkanzleramt in Gallien, worunter Lothringen zu verſtehen, und im Arelat. Wahrſcheinlicher Weiſe hat K. Rudolph der *I.*, um das J. 1277., den damaligen Churfürſten von Trier, Heinrich den *II.*, zum Erzkanzler in Gallien ernannt. Sein Nachfolger Boëmund der *I.* komt bereits bey dem J. 1288. mit dem Titel eines Erzkanzlers im Arelat vor, und in dem Wahldecret K. Heinrichs des *VII.* ſchreibt ſich der damalige Churfürſt von Trier Balduin: *S. Imperii per Regnum Arelatenſe Archicancellarium.* Nachher hat K. Ludewig der *IV.* dem Erzſtifte Trier die Erzkanzlerwürde durch Gallien und Arelat, im Jahr 1314., förmlich beſtätiget, welches die älteſte kayſerliche Urkunde iſt, die man über dieſes Erzamt ausfündig gemacht hat. Dergleichen Beſtätigungen haben eben dieſer Kayſer, und ſein Nachfolger, Carl der *IV.*, verſchiedentlich wiederholt, und dieſer es noch auſſerdem in der G. B. verſichert; wie dann auch der Churfürſt von Trier dieſes ſein Erzamt, in unſerm Periodus, würklich ausgeübt hat, wenn der Kayſer in Lothringen oder Arelat geweſen iſt g).

Von

ff) *Ioannis* in Notis ad *Serrarii* rer. Mog. L. V. in *Theodorico*, §. 3. n. 2 ſq., in *Illius* Scr. Mog., T. I. p. 756. g) *ab Hontheim* Hiſt. Trevir. dipl., T. I. in *Diſſ. praelim.* ad *Sec. XIII.* §. 2. p. 632 ſq. et T. II. in *Diſſ. praelim.* ad *Sec. XIV.* §. 7. p. 4 ſq. *coll.* in hoc Tomo n. 616. p. 93. a.

Von dem Churfürſten von Cöln iſt aus der Staatsverfaſſung des vorigen Periodus bekant, daß er den Titel und das Amt eines Erzkanzlers durch Italien für ſein Erzſtift auf beſtändig erhalten habe h). Es haben daher die Churfürſten von Cöln, auch in dem itzigen Periodus, dieſen Titel fortgeführt, und geſchiehet in Urkunden, die Italien angehen, oder von unſern Kayſern, bey ihrer Anweſenheit in Italien, ſind ausgefertiget worden, ſolches ihres Erzkanzleramtes durch Italien, bis auf Carln den *IV*. nahmentliche Erwähnung. Ja K. Heinrich der *VII*. befreiete, bey Gelegenheit ſeines vorgenommenen Römerzuges, den damaligen Churfürſten von Cöln Heinrich den *II*., von der Obliegenheit, ihn nach Italien zu begleiten, und gab ihm die Erlaubnis, einen Verweſer, oder Vicekanzler zu beſtellen, durch welchen er ſein Erzkanzleramt in Italien könnte ausüben laſſen. Daſſelbe iſt auch durch die G. B. den Churfürſten von Cöln von neuem verſichert worden. Da aber in den folgenden Zeiten unſere Kayſer ſelten mehr nach Italien giengen; ſo iſt auch darüber die Ausübung dieſes Erzamtes aus der Gewohnheit gekommen, und der Churfürſt von Maynz hat, vermöge ſeines Erzkanzleramtes, in den letzten Zeiten dieſes Periodus, auch die italiäniſche Expeditionen an ſich gezogen i). Ueberhaupt aber iſt hiebey noch die Anmerkung zu machen, daß nach dem Herkommen die

 Rechte

h) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 218.

i) S. aus den Quellen: *Ioachimi* Comm. de Archicancellariatu AEp. ac El. Colonienſis per regn. Italiae; (Ienae et Lipſ. 1738. 4.) §. 17-19. p. 24 ſqq. und Ge. Lud. *Boehmeri* Diſſ. de Origg. praecipuor. iurium AEp. et S. R. I. El. Colonienſis; (Goett., 1753. 4.) §. 17 ſq. p. 58 ſqq.

Rechte des Erzkanzleramtes jedesmal in den Gränzen deſſelben eingeſchränkt geblieben ſind, und alle Geſchäfte in der Kanzley desjenigen Reichs ausgefertiget worden, in welchem ſich der Kayſer aufhielt.

Von den weltlichen Erzämtern und deren Erbämtern, wie auch andern Reichserbämtern
1290 iſt zu bemerken, daß K. Rudolph der *I.* ſeinem
Schwiegerſohn, dem K. Wenceslaus dem *IV.*
1298 von Böhmen, das Erzſchenkenamt beſtätiget
hat [k]. Nachher hat eben demſelben ſein Schwager
K. Albrecht der *I.*, nach vielem Diſputiren, das
Vorrecht bewilligt, daß er ſein Erzamt verrichten
könnte, ohne die Krone auf dem Kopfe zu tragen [l].
Die G. B. aber verknüpft auf beſtändig das Erz-
ſchenkenamt mit der Krone und Chur Böhmen,
das Erztruchſeſſenamt mit dem Churfürſtenthum
Pfalz, das Erzmarſchallamt mit der Chur
Sachſen, und das Erzkämmereramt mit der
Churwürde von Brandenburg. Hiernächſt be-
nennt dieſelbe auch die Familien, welche die Reichs-
erbämter bekleiden ſolten, nehmlich die Erbſchen-
ken von Limpurg, die Erbtruchſeſſe von Nor-
denberg, die Erbmarſchälle von Pappenheim,
und die Erbkämmerer von Falkenſtein [m]. Von
dieſen Familien ſind itzo nur noch die Reichserb-
marſchälle und Grafen von Pappenheim übrig,
die andern aber theils längſtens ausgeſtorben. Der
weltliche Mansſtamm der Herren von Falkenſtein
gieng ſchon im J. 1410. aus, und das Reichserb-
kämme-

k) *Goldaſti* Conſtitutt. imper., T. II. p. 85 ſq.
l) *Idem* de regno Boh., T. II. in den Beylagen, p. m. 193 ſqq. Cf. der Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 689.
m) S. die G. B., z. E. Tit. IV. §. 5. Tit. XXII. XXVI. §. 2 ſq. et Tit. XXVII.

kämmereramt kam ſodann an die **Herren von Weinsberg** n). Auch die **Erbtruchſeſſe** oder **Reichsküchenmeiſter van Nordenberg** ſtarben noch in dieſem **Periodus** aus, worauf eine Nebenlinie dieſer Familie, nehmlich die **von Seldeneck** ſolches **Reichserbamt** erhielten, und es bis in den folgenden Periodus beſeſſen haben o). Die **Erbſchenken** von **Limburg** haben ſich am längſten, und bis in das itzige Jahrhundert in männlichen Erben erhalten.

Ob nun gleich **K. Carl** der *IV.*, in den angezeigten Stellen der **G. B.**, die Verrichtungen der **Erz-** und **Erb-Aemter**, und die damit verknüpfte Nutzungen genau beſtimmt hatte; ſo entſtanden doch nachher darüber einige Streitigkeiten ſowohl zwiſchen einigen **Erzbeamten** und andern **Fürſten**, als auch zwiſchen den **R. Erbämtern**, und den kayſerlichen **Hofämtern**. Gleich bey der zu **Metz** geſchehenen Publikation der **G. B.**, ſtritten ſich der **Churfürſt** von **Sachſen** und **Wenceslaus** von Brabant um das Recht, welcher von beiden dem **Kayſer** das **Reichsſchwerdt** vortragen ſolte, da dann der Streit, zum Vortheil des erſtern, von dem **Kayſer**, und den **Churfürſten** entſchieden wurde. Dieſe Streitigkeit wurde, bey der Krönung des **Wenceslaus** zum **Römiſchen König** zu **Aachen**, von dem **H. Wenceslaus** von

 neuem

n) Ludewigs Erläuter. der G. B., T. II. p. 763. Cf. Hanſſelmanns diplomat. Beweiß, daß dem Hauſe Hohenlohe die Landes-Hoheit ſchon lang vor dem ſogenannten groſen Interregno zugekommen ꝛc., in dem Anhange, n. 153. p. 479. o) Ludewig, *l.* modo *c.*, T. II. p. 774 ſqq. von Olenſchlager *l. c.*, §. 95. p 377. nota 7). Cf. Carl Friedr. Schöpffens Entwurff von denen Land- und Erb-Reichs-Kuchenmeiſtern des Hertzogth. Franckens; ſ. l. 1742. 4.

1415 neuem aufgewärmt, worauf ſie endlich K. Sigmund, auf dem Concilium zu Coſtnitz, zum Beſten des Churfürſtens von Sachſen entſchied, und dieſem das Recht, dem Kayſer das Reichsſchwerdt vorzutragen, beſtätigte p). Auch über die Vortragung des Reichsſcepters entſtand, noch vor Errichtung der G. B., bey der Krönung K. Carls des *IV.* zu Aachen, ein hitziger Streit zwiſchen dem Churfürſten von Brandenburg, als Erzkämmerer, und dem Marggrafen von Jülich. Derſelbe wurde nun von den anweſenden Fürſten dahin entſchieden, daß dem Churfürſten von Brandenburg bey der Krönung, bey feierlichen Reichsbelehnungen aber dem Marggrafen von Jülich, das Recht den Scepter zu halten, zukommen ſolle q). Doch hat nachmals K. Carl der *IV.*, in der G. B., dem Churfürſten von Brandenburg dieſes Recht in beiden Fällen zugeeignet. Endlich finde ich auch noch angemerkt, daß nach dem Krönungsmahl K. Friedrichs des *III.*, zwiſchen deſſen Hofbedienten und den Reichserbbeamten ein heftiger Streit über die goldene und ſilberne Eß- und Trinkgeſchirre entſtanden ſey, welche die letztern ſich, nach einer alten hergebrachten Gewohnheit, zueignen, die erſtern aber ſolches nicht zulaſſen wolten, worüber K. Friedrich jene mit einer Summe Geldes abfinden müſſen r).

Auſſer denen in der G. B. erwähnten Reichs- Erz- und Erb-Aemtern kommen, in unſerm itzigen Periodus, auch noch einige andere Hofämter und Reichserbämter vor, von welchen

p) S. den Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 618. und 621. f. im vierten Bande, S. 28. und im fünften Bande, S. 203. q) Eben derſelbe, im dritten Bande, S. 490. r) Eben derſelbe, im ſechſten Bande, S. 112.

chen man zum Theil vorher nichts gewußt hat, oder
die zum Theil wieder hervorgeſucht worden. So
beſtellte z. E. K. Carl der *IV.* den **Probſten** des 1357
von ihm errichteten Collegiatſtiftes, in der von ihm
wieder neu erbaueten Reichskapelle im kayſerlichen
Pallaſte, zu **Ingelheim** zum beſtändigen **kayſerli-
chen Hofalmoſenier** [s]). Und wie K. **Ludewig**
der *IV.* den Graf **Reinholden** von Geldern zum 1339
Herzog ernannte; ſo legte er zugleich ihm und ſei-
nen Nachfolgern folgendes **Reichsamt** bey, daß ſie
dem **Kayſer**, bey öffentlichen Hofhaltungen, die
kayſerlichen Kleider anziehen, und bey den Krönun-
gen zu **Aachen**, **Mayland** und **Rom**, demſelben
die königliche Krone aufſetzen, abnehmen, und in
Händen tragen ſolten [t]).

K. Carl der *IV.* belehnte den Marggrafen 1350
von Meiſſen, **Friedrich** den **Strengen**, Landgra-
fen von Thüringen, und ſeine Brüder, mit dem
Obriſt-Jägermeiſteramte des **H. R. R.** [u]).
Es hat auch nachmals Marggraf **Friedrich** dieſes
Erzamt auf dem groſſen **Reichshofe** zu **Metz** 1356
würklich ausgeübt, und dabey den **Grafen** von
Schwarzburg zum **Reichsunterjägermeiſter**
gehabt [v]). Da nun aber das **Reichs-Obriſt-
Jägermeiſteramt** von ältern Zeiten her auf dem

s) *de Gudenus* l. c.. T. III. p. 283. p. 416 ſqq. *coll.* n. 264. p. 377 ſq. und *Acta Acad. Theodoro-Palatinae*, T. I. p. 307. et 321. t) *Leibnitii* C. I. G. D., P. I. n. 78. §. 1. et 2. p. 151. u) Conr. Frid. *Reinhardi* Diſſ. (Praeſ. B. G. *Struvio*,) de officiis Imperii Saxonicis; (Ienae, 1713. 4.) Sect. V. §. 2. p. 179 ſq. *coll.* Sect. I. p. 95 ſq. und Joh. Gottlob Horns von dem Obriſt-Reichs-Jägermeiſter-Amt der Chf. von Sachſen, als Marggrafen von Meiſſen ꝛc; Leipzig, 1736. 4. v) Io. *Peſſina* de *Czechorod* in Marte Morav., L. IV. c. 2. p. 430 ſq.

Herzogthum Kärnthen haftete; ſo hat dieſes vermutlich Gelegenheit gegeben, daß der damalige ruhmbegierige H. von Oeſterreich, **Rudolph** der *IV.*, als H. von **Kärnthen**, den bisher vernachläßigten Titel eines **Obriſt-Jägermeiſters** des H. R. R. wieder hervorgeſucht, und ſelbigen in verſchiedenen ſeiner Urkunden gebraucht hat. Und auch der Erzherzog **Maximilian** bediente ſich bisweilen, nach ſeinem Beilager mit der burgundiſchen Prinzeßin **Maria**, des Titels eines **Erz-Jägermeiſters** des H. R. R., bis zu ſeiner Römiſchen Königswahl w). Auſſer dieſen beiden R. **Obriſt-Jägermeiſtern** findet man auch noch auſſerdem, in unſerm **Periodus**, den Titel eines **Reichs-Jägermeiſters** bey verſchiedenen andern **fürſtlichen** und **gräflichen Häuſern** in **Teutſchland**, als z. E. bey den H. von **Pommern** wegen **Rügen**, bey den **Grafen** von **Aurach**, **Würtenberg**, und **Spiegelberg**, ingleichen, wenn dem Kanzler von **Ludewig** zu trauen iſt, auch bey den **Herzogen** von **Jülich** x).

Dem **Wenceslaus** H. von Luxemburg, und
1354 ſeinen Nachfolgern, legte ſein Bruder, K. **Carl** der *IV.*, gleichfals ein neues **Reichsamt** bey, nehmlich eines *Ductoris Dextrarii imperialis* und *Inciſoris ciborum regiorum.* Vermöge dieſes Amtes ſolte alſo der H. von **Luxemburg** das kayſerliche geharniſchte Pferd, wenn der **Kayſer** wider die Reichsfeinde gewaffnet zu Felde ziehen würde, auf der rechten Seite am Zaume halten und leiten; hiernächſt bey den öffentlichen **Reichshöfen** die Speiſen

w) S. aus den Quellen Fr. Ferd. Schrötters Oeſterreich. Staatsrecht, P. II. Sect. IV. §. 6-12. p. 201-215. x) Eben derſelbe *l. c.*, §. 5. p. 197 ſqq. et *plures* ibi *citati.*

Speiſen auf der kayſerlichen Tafel vorſchneiden y).
Und endlich findet ſich von K. Sigmunden der
erſte Lehenbrief, welchen er Hanſen von Werthern 1420
über das Reichs-Erbthürhüteramt und die da-
zu gehörige Güter ertheilt hat z). Wer nun auſſer-
dem von noch mehrern Reichsämtern, die in die-
ſen Zeiten vorkommen, Nachricht haben will, den kan
ich auf des Kanzlers von Ludewig Erläuterung
der G. B. verweiſen a). Was aber den übrigen
Hofſtaat der Kayſer anbelangt; ſo kan man ſich
von ſelbigem, wie er z. E. unter K. Carln dem *IV.*
geweſen, aus demjenigen ohngefähr eine Vorſtellung
machen, was man davon in des Johannes von
Geylnhuſen *Collectario perpetuarum formarum* b)
antrifft.

Die erſten Kayſer oder Römiſche Könige in dieſem Periodus reiſeten noch fleißig in Teutſchland herum, und hielten nirgends eine gewiſſe und beſtändige Reſidenz. Von K. Ludewig dem *IV.* aber will bemerkt werden, daß er ſich meiſtens in ſeinen Erbländern aufgehalten c), und alſo hiedurch den Anfang von den beſtändigen Reſidenzen unſerer Kayſer gemacht habe. Man führt als einen Bewegungsgrund hiezu an, weil er

y) *Leibnit.* l. c., P. I. n. 94. §. 3. p. 208.
z) P. *Albini* Hiſt. des Geſchl. der Grafen und Herren von Werthern, p. 33 ſq. und Io. Godfr. *Loew* Sched. de S. R. I. et Caeſ. Maieſt. Ianitorum ſolemni Miniſterio et familiari gentis Com. et L. Bar. de Werthern; (Francof. 1745. 4.) §. 4. p. 12 ſqq.
a) ad *Tit. XXVII.* §. 1. *nota e*), *T. II.* p. 649 - 655.
b) *n.* 17 *ſqq.* in J. W. Hoffmanns Samml. ungedr. Urkunden ꝛc., T. II. p. 13 ſqq.
c) *Henr. Rebdorf* ad a. 1344., in *Freberi* Scr. rer. Germ., T. I. p. m. 625. et *Aventini* Annal. Boior., L. VII. c. 19. n. 30. p. m. 752.

ſich, wegen der hartnäckigen Verfolgungen der Päbſte, nirgends ſicherer gewußt hätte, als bey ſeinen getreuen Erbunterthanen. Allein wenn man die Regierungsgeſchichte dieſes Kayſers, ſo wie ich ſie nach ſeinen mir vorgekommenen Urkunden vorgeſtellt habe, genauer betrachtet; ſo wird man finden, daß er, ſeine Regierung hindurch, wohl mehr auſſerhalb, als in Bayern geweſen ſey. Eher möchte man alſo den Anfang der beſtändigen Reſidenzen unſerer Kayſer von Carln dem *IV.* und ſeinem Sohn, dem Wenceslaus, ableiten. Jener liebte Böhmen vorzüglich, ſuchte ſolches zu vergröſſern und Prag immer mehr zu verſchönern. Mithin er ſich auch an dieſem Orte am liebſten aufhielt, wenn die Umſtände des Reichs ſeine Gegenwart nicht anderwärts erforderten. Wenceslaus blieb aus Gemächlichkeit in Böhmen, und kan man es ihm nicht verdenken, daß er, bey dem damaligen höchſt verwirrten Zuſtande des Teutſchen Reichs ſchlechte Luſt bezeugt hat, nach Teutſchland zu gehen. Indeſſen leidet dieſe gemachte Anmerkung von Carln dem *IV.* und Wenceslaus doch auch ihre Ausnahme, indem man aus ihrer, zumal des erſtern, Regierungsgeſchichte erſehen kan, daß ſie öfters nach Teutſchland gekommen, und ſich daſelbſt bald hie, bald da, aufgehalten haben.

Auch K. Ruprecht war nicht beſtändig in ſeinen Churländern und zu Heidelberg, ſondern er reiſete öfters herum. Und am wenigſten hatte K. Sigmund eine beſtändige Reſidenz. Sein ganzes Leben war faſt eine Kette von Reiſen, oder eine immerwährende Wanderſchaft, und es iſt bekannt was für einen ſcherzhaften Beinahmen ihm deswegen K. Maximilian der *I.* beigelegt hat. Von K. Albrechten dem *II.* iſt ebenfalls bekannt, daß er in ſeiner kurzen Regierung ſelten lange an einem Orte

ſich

ſich habe aufhalten können, ſondern bald in Oeſterreich, bald in Ungarn, bald in Böhmen, bald in der Lauſitz, Schleſien und Mähren geweſen ſey, wie nehmlich die Umſtände ſeine Gegenwart in einem oder dem andern dieſer ihm unterworfenen Länder erforderten. K. Friedrich der *III.* hingegen blieb meiſtens in ſeinen Erbländern, und reſidirte bald zur Wiener-Neuſtadt, bald zu Wien, bald zu Grätz, und endlich in ſeiner letzten Lebenszeit zu Linz. Indeſſen iſt aus ſeiner Regierungsgeſchichte zu erſehen, daß auch dieſer Kayſer manche Reiſe in das ſogenannte Reich, oder in das obere Teutſchland, ja auch in die Schweitz, Elſaß, die Rheiniſche Länder und in die Niederlande gethan habe, bey welcher Gelegenheit er bisweilen Jahr und Tage auſſer Oeſterreich geweſen iſt. Aus dieſem allen aber ergiebt ſich, daß, genau zu reden, der Anfang der beſtändigen Reſidenzen unſerer Kayſer noch nicht in dieſen Periodus könne geſetzt werden.

Freilich reiſeten ſie nicht mehr ſo häufig in Teutſchland herum, wie die Kayſer in den ältern Zeiten; allein ſie nahmen deswegen doch noch nicht ihre beſtändige Reſidenz an einem Orte, wie von unſern Kayſern in den neuern Zeiten geſchehen iſt. Das ehmalige beſtändige Herumreiſen machte der veränderte Zuſtand Teutſchlandes theils unnöthig, theils unmöglich. Dann die Reichsſtände hatten nun die völlige Gerichtsbarkeit in ihren Ländern erhalten, und die vormalige kayſerliche Palläſte und Tafelgüter waren nach und nach in die Hände der Reichsſtände gekommen. Indeſſen erforderte doch auch die damalige Staatsverfaſſung daß der Kayſer noch bisweilen eine Reiſe in das Reich thun, und beſonders die Reichstage beſuchen muſte. War aber der Kayſer auſſerhalb Teutſchland

und

und erforderte die Reichsſtände zu ſich, um mit ihnen über Reichsangelegenheiten zu handeln; ſo wolten ſie ſich nicht gerne darauf einlaſſen, ſondern verlangten, daß der Kayſer ſelbſt nach Teutſchland kommen möchte. Ein merkwürdiges Exempel findet man hievon unter der Regierung des K.
1429 Sigmunds, wie nehmlich dieſer Kayſer einſtmal die Churfürſten, Fürſten und Stände zu ſich nach Presburg beſchrieb, um mit ihnen daſelbſt über die Aufrichtung eines Landfriedens in Teutſchland, und über einen neuen Zug wider die Hußiten zu rathſchlagen [d]).

Schon im vorigen Periodus wurde der Anfang gemacht, die teutſche Sprache in öffentlichen Handlungen zu gebrauchen [e]), in dem itzigen Periodus aber kam ihr Gebrauch immer mehr empor. Dann obgleich an der Richtigkeit derjenigen Constitution K. Rudolfs des *I.*, von der Goldaſt [f]) einen kurzen Auszug zum Vorſchein gebracht hat, und nach welcher hinführo nicht mehr die lateiniſche, ſondern die teutſche Sprache bey gerichtlichen Handlungen, und in allen zu errichtenden Inſtrumenten, gebraucht werden ſolle, noch gar ſehr zu zweifeln iſt; ſo iſt doch ſo viel wenigſtens richtig, daß K. Rudolph der *I.* ſich würklich der teutſchen Sprache in öffentlichen Handlungen öfters bedienet habe. So hat man z. E. von ihm in teutſcher Sprache den auf dem Reichshofe zu Maynz, im J. 1281., publicirten Landfrieden, wovon ſich noch itzo ein Original auf der fürſtlichen Bibliotheck zu Wolfenbüttel findet [g]). Auch die beiden andern Land-

d) *Wenckeri* Appar. et Inſtr. Archiv., p. 320 ſqq Cf. der Auszug ꝛc., im fünften Bande, S. 463. ff.
e) Eben derſelbe im zweiten Bande, S. 223.
f) in *Conſtitut. imperial.*, T. I. p. 311.
g) I. F. Bey-

Landfrieden vom J. 1287. und 1291. ſind in teutſcher Sprache abgefaßt h), ingleichen die Urkunde, wodurch Rudolph der *I.*, im J. 1283., ſeinen beiden Söhnen, Albrecht und Rudolph, die alte öſterreichiſche Privilegien beſtätiget hat i). Und von dieſer Zeit an iſt nach und nach der Gebrauch der teutſchen Sprache ſowohl in öffentlichen Reichshandlungen, als auch in kayſerlichen Urkunden immer mehr eingeführt worden, wie ſolches die noch vorhandenen Reichsabſchiede und Reichstagsacten, als auch ſoviele von den Kayſern ertheilte Privilegien ꝛc. erhärten. Von K. Sigmunden führt hiernächſt Goldaſt k) ein Dekret an, welches er, durch ſein Hofgericht, in dem damaligen Rechtsſtreit zwiſchen den Herzogen von Bayern, hat publiciren laſſen, durch welches unter andern der Gebrauch der teutſchen Sprache in dergleichen gerichtlichen Handlungen teutſcher Fürſten anbefohlen wurde l).

Uebrigens

Beyſchlagii contin. Collectio Epp. de epocha linguae germ. in Conſtitut. Imperii publ. (Norimb., 1738. f.) p. 54 ſqq. und Iac. *Burckhardi* Hiſt. Biblioth. Auguſtae etc., P. I. (Wolfenb., 1744. 4.) L. II. c. 3. p. 220 ſqq. h) N. Samml. der R. Abſchiede, P. I. n. 16. et 17. p. 31 ſqq. et 34 ſqq. Cf. Lehmanns Speyer. Chron., L. VI. c. 108. p. m. 627 ſqq. i) *Du Mont* Corps diplomat., T. I. P. I. n. 479. p. 252 ſq. k) in den R. Satzungen, P. II. p. 98 ſq. Cf. der Auszug ꝛc., im fünften Bande, S. 247. f. l) Von dieſer Materie überhaupt kan man noch zu Rath ziehen: 1) N. G. *Lynckeri* Diſſ. de idiomate imperiali; Ienae, 1699. 4. und 2) I. *Schilteri* Obſ. de uſu utriusque Linguae, latinae et teutonicae, in conficiendis tabulis publ., in *Wenckeri* collect. Archivi et Cancellariae iuribus, n. VI. p. 52-61. Cf. *Pfeffinger* ad *Vitriarium*, T. IV. p. 400 ſq.

Uebrigens will ich nur noch dieſes kürzlich bemerken, daß man, noch durch dieſen ganzen Periodus, **Monogrammen** von unſern **Kayſern** finde m), und daß das **Reichswappen** zwar gewöhnlicher Weiſe nur in dem **einköpfichten Adler** beſtanden habe, inzwiſchen doch aber auch bereits der **zweiköpfichte Adler** auf **Münzen** und **Siegeln** der **Kayſer** dieſes Zeitraums, von **Ludewig** dem **Bayer** an, bisweilen vorzukommen pflege. Der Kürze halber verweiſe ich meine Leſer nur auf einige Schriftſteller, wo ſie hievon ein mehreres nachleſen können n). Doch kan ich mich nicht entbrechen ein paar, meines Wiſſens, noch nicht bemerkte Stellen aus zwey **kayſerlichen Urkunden** anzuführen, in welchen der **einfache Adler** von dem **Wenceslaus**, und hernach der **zweiköpfichte Adler** vom **Friedrich** dem *V.*, für das **Reichswappen** ausgegeben werden. Jener erlaubt nehmlich dem **Johannes Galeatius Viſconti**, bey
1397 ſeiner Ernennung zum H. der **Lombardie**: *quatenus* (ille et ſui ſucceſſores) *pro dicto Ducatu Lombardiae arma ſeu* INSIGNIA - - IMPERIALIA, *videlicet* AQVILAM NIGRAM *in campo aureo, in forma, qua ipſa arma - - Romanorum Imperatores*

m) S. die *Monogrammata* der Kayſer dieſes Periodus in Köhlers Rhiſt., p. m. 231. 306. et 388. Cf. vero *de Gudenus* Syll. var. Diplomatar., in Praef. p. 27. et *Baudiſii* Diſſ. ſub *titulo:* Praeparatio ad analyſin Monogrammatum Impp. ac Regum German. n) S. z. E. *Pfeffingerum* l. c., T. III. p. 1017-1023. G. S. *Treueri* Diſſ. de vera orig. Aquilae bicipitis I. R. G.; (Helmſt, 1726. 4.) c. 1. §. 2. et c. 2 ſq. p. 14-32. Io. *Heumanni* Diſſ. de inſigni Germaniae eiusque Regis titulo; Altorf, 1744. 4. und S. W. Oetters Wappenluſtigung, I. Band I. Stück; Augsb., 1761. 4. *paſſim.*

tores portare conſueverunt, aut per quarteria - - - portare - - valeat etc. o). Hingegen benennt K. 1452
Friedrich der *III.* den zweiköpfichten Adler als das Reichswappen in dem Gnadenbriefe, worinnen er den Borſus von Eſte zum H. von Modena und Reggio erklärt hat, wenn es daſelbſt heißt: *concedimus* - -, *quod tu et heredes tui* - - TOTAM *et* INTEGRAM AQVILAM NIGRAM CVM DVOBVS CAPITIBVS *et corona aurea coronatam* - - - *cum aliis veſtris armis* - - - *geſtare poſſitis* etc. p).

Teutſchland blieb, auch dieſen Periodus hindurch, ein unſtreitiges Wahlreich, wie die beſtändige Wahlen aller Kayſer dieſes Zeitraums erhärten. Inzwiſchen iſt von ein paar glaubwürdigen Skribenten bemerkt worden, daß K. Albrecht der *I.* bey dem P. Bonifacius dem *VIII.* dahin angetragen habe, daß er ihm die Erblichkeit im Kayſerthum für ſeine Nachkommen verſichern möchte. Allein der Pabſt trug Bedenken, in dieſes Begehren zu willigen q). Auf was Art die Wahlen ſelbſt, ſowohl vor, als nach Errichtung der G. B. vorgenommen, und was dabey für Gebräuche beobachtet worden, wird nicht nöthig ſeyn hier nochmals zu wiederholen, weil ich in dem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus die Wahlgeſchichten der ſämtlichen Kayſer ſehr umſtändlich erzält habe r). Aus deren Zuſammenhaltung werden aufmerk-

o) *Du Mont* l. c., T. II. P. I. p. 262. b. p) *Lunigii* C. I. D., T. I. p. 1644. q) S. im Auszuge ꝛc., den zweiten Band, S. 717. und die daſelbſt angeführte Stellen des *Alberti Argentinenſis* und *Naucleri*, oder vielmehr *Iacobi Moguntini*, eines gleichzeitigen Schriftſtellers. r) S. den Auszug, im zweiten Bande, S. 524. f. 626 : 631. 673. f. und 684., im dritten Bande, S. 6. f. 97 : 108.

aufmerkſame Leſer wahrnehmen können, daß es mit den Gebräuchen bey den Wahlen vor der G. B. nicht jedesmal auf eine gleiche Weiſe ſey gehalten worden. Ja obgleich die G. B., in Anſehung der Ceremonien bey der Wahlhandlung, alles auf das genaueſte beſtimmet [8]); ſo findet man doch bey einigen folgenden Wahlen davon eine Abweichung.

Z. E. vor der G. B. war die ſogenannte **Prätaxation zu Renſee** gewönlich, da nehmlich die **Churfürſten** erſt zu **Renſee** auf dem **Königsſtul** zuſammen kamen, daſelbſt über die **Königswahl** ſich berathſchlagten, und eine **Vorwahl** vornahmen. Schon bey der Wahl **Heinrichs** des *VII.* wurden dieſe **Vorwahlen** zu **Renſee** für ein altes **Reichsherkommen** ausgegeben, und auch bey **Ludewig** dem **Bayer** geſchah von ſeinem Anhange dergleichen **Vorwahl** zu **Renſee**. Ja **Carl** der *IV.* wurde ſogar an dieſem Orte von ſeinen Anhängern erwält, weil er keine Hoffnung hatte, daß ihn die Stadt **Frankfurt**, wegen ihres Eifers für **Ludewig** den *IV.*, einlaſſen würde, um daſelbſt ſeine förmliche Wahl vornehmen zu können. Nun hat zwar K. **Carl** der *IV.* in der G. B. dieſe ehmalige **Vorwahlen** zu **Renſee** ganz mit Stillſchweigen übergangen, und ſolten vielmehr, nach Maßgab derſelben, die Wahlberathſchlagungen nebſt den Wahlen ſelbſt nur in **Frankfurt** geſchehen. Indeſſen veranſtaltete er doch ſelbſt nachher, bey der **Römiſchen Königswahl** ſeines Sohnes des **Wenceslaus**, eine Zuſammenkunft der **Churfürſten** zu **Renſee**, und wolte ſeinen Sohn daſelbſt erwälen laſſen, woferne

97-108. 406. f. und 489. im vierten Bande, S. 21-24. 273. f. 548-575. 587-591. et 594-620. im ſechſten Bande, S. 6. f. et 73-77. und im ſiebenden Bande, S. 306-308. [8]) *A. B.*, Tit. I. II. et IV. *paſſim*.

ferne ihm nicht die Churfürſten widerſtanden hätten. Auch K. Ruprecht wurde nicht zu Frankfurt, ſondern zu Renſee gewält, und er ſowohl, als vorher Wenceslaus auf dem daſigen Königsſtule dem Volke vorgeſtellt. Es haben auch nachher noch K. Friedrich der *III.* und Maximilian der *I.*, bey ihrer Vorbeireiſe den gedachten Königsſtul beſtiegen [t]).

Es war ferner eine alte Gewohnheit, daß die Frankfurter, bey einer bevorſtehenden Wahl zu ihrer mehrerer Sicherheit die bewaffneten Bürgerſchaften aus den benachbarten drey wetterauiſchen Reichsſtädten, Freiberg, Wetzlar und Gelnhauſen, in ihre Stadt zogen, und wenn es ſich zu einer zwiſtigen Wahl anließ, oder dergleichen vorfiel; ſo verſchloſſen ſie ihre Thore, und lieſſen einen von denen in Zwiſt gewälten Königen nicht eher in ihre Stadt, bevor er nicht ſechs Wochen und drey Tage ſelbige umlagert hatte. Bey den vier erſten Wahlen dieſes Periodus wurden die Churfürſten ohne Bedenken in Frankfurt aufgenommen, und die Wahlen Rudolfs des *I.*, Adolfs, Albrechts des *I.* und Heinrichs des *VII.* geſchahen in der Stadt, weil man damals von keinen Gegnern wußte. Sobald aber nach des leztern Tode zwey mächtige widrige Partheien ſich im Reiche hervorthaten, die mit zalreichen Heeren gegen die Wahlſtadt anzogen; ſo verſchloſſen die Frankfurter ihre Stadtthore, und ſowohl Friedrich von Oeſterreich, als

t) von Olenſchlager N. Erläuter. der G. B., § 10. et 108. p. 28. et 414 ſqq. ibique citatos; cf. I. D. *Koeleri* Diſſ. de inclyta Sede regali ad Renſe; Altorf. 1735. 4. et Eberh. *Windeckii* Vita Sigism. Imp., c. 223., in *Menckenii* Scr. rer. germ., T. I. p. 1284. D.

als auch **Ludewig** von **Bayern**, wurden auſſerhalb der Stadt gewält. Inzwiſchen machte damals des erſtern eilfertiger Abzug eine **Umlagerung** unnöthig, und die **Frankfurter** öffneten daher **Ludewig** dem **Bayer** ihre Thore.

Wie aber nach deſſen Tode Graf **Günther** von Schwarzburg dem, von einigen **Churfürſten**, vorher erwältem **Carln** dem *IV.* entgegen geſetzt wurde; ſo ſolte derſelbe, ob es gleich mitten im Winter war, nach alter Gewohnheit das **Lager** von **ſechs Wochen und drey Tagen** vor **Frankfurt** aushalten, und ſeine **Wahlfürſten** konnten erſt nach vieler Mühe die **Frankfurter** bereden, ſie mit ihrem erwälten **K. Günther**, noch vor Ablauf dieſer Zeit, in die Stadt zu laſſen. Bey der **Römiſchen Königswahl** des **Wenceslaus** verlangten die **Frankfurter** abermals die **Umlagerung** ihrer **Stadt**, und giengen von ſolcher Forderung erſt ſodann ab, nachdem ihnen **K. Carl** der *IV.* eine Verſicherung ausſtellte, daß niemand im ganzen **Reiche** ſeinem Sohn die **Römiſche Königswürde** ſtreitig zu machen ſuchte. Hingegen muſte der wider den **Wenceslaus** gewälte **K. Ruprecht** die gewönliche Zeit in einem **Lager** vor **Frankfurt** aushalten. Und bey der zwiſtigen Wahl **K. Sigmunds** und Marggraf **Jobſtens** machte der erſte zu ſeinem vor der **Stadt** zu haltendem Lager bereits alle Anſtalten, welche jedoch durch des **Jodocus** Abſterben, des **Wenceslaus** freiwillige Abdankung, und die hierauf erfolgte einmüthige Wahl des **Sigmunds** unnöthig gemacht wurde. Seit ſolcher Zeit iſt nun weiter keine **Umlagerung** der **Wahlſtadt** weder nöthig geweſen, noch gefordert worden u).

Dieſer

u) S. Chriſt. *Hechtii* Sched. de obſid. binar. S. R. I. liber. Civitat. *Francofurti* ac *Aquisgrani* in diſſid. duor.

Dieſer alten herkommlichen Gewohnheit bey den zwiſtigen Königswalen gedenkt die G. B. eben ſo wenig, als einer andern uralten Ceremonie, nehmlich der feierlichen Erhebung oder Setzung des neuen Königs auf den Altar. Dieſe ſchreibt ſich noch aus dem ehmaligen Fränkiſchen Reichsſtaate her, da die neuen Könige auf einem Schilde erhoben, und dem Volke gezeigt wurden. In den mittlern Zeiten wurde dieſe Feierlichkeit, nach vollzogener Wahl, in der Domkirche zu Frankfurt beobachtet, und wir finden in unſerm Periodus davon Beiſpiele, ſowohl vor, als nach Errichtung der G. B., wenn nehmlich der neue Römiſche König bey ſeiner Wahl, anweſend war. Ja vom K. Friedrich von Oeſterreich wird irgendswo bemerkt, daß, weil er nicht in die Wahlſtadt eingelaſſen worden, ſein Anhang nachmals dieſe Erhebung noch auf dem Felde vor Bonn mit ihm vorgenommen, ihn auf eine Erhöhung geſtellt, und zum König ausgeruffen habe, weil dieſe ſonſt gewönliche Vorſtellung und Erhebung, bey ſeiner Wahl zu Sachſenhauſen, entweder aus Eilfertigkeit, oder vielleicht wegen Ermanglung eines geiſtlichen Churfürſten unterblieben war v).

Hingegen machte K. Carl der *IV*. andere alte Gewohnheiten vor und bey unſern Königswahlen durch die G. B. nunmehro zugeſchriebenen Geſetzen, als z. E. daß dem Churfürſten von Maynz die

duor. Impp. electione etc.; Francof. ad Moen., 1724. 4 Senckenberg. Samml., in der Vorrede, §. 9; 13. und von Olenſchlager *l. c.*, §. 7. 10. et 110. p 16. 30. et 411 ſqq. v) *Idem* ibidem, §. 107. p 410 ſq. *Eiusdem* Vorrede zum Krönungs-*Diario* K. Carls des *VII*. und Eben deſſelben Staats-Geſchichte des Röm. Kayſerth. in der erſten Helfte des 14. Jahrhunderts, §. 34. p. 88 ſq.

Ausſchreibung †) und Anordnung der Wahl zuſte- hen, den zu derſelben reiſenden Churfürſten ein ſicheres Geleite gegeben, die Wahlhandlung mit der heiligen Geiſtmeſſe angefangen, ferner jedesmal zu Frankfurt vorgenommen, und an dem Wahl- orte keine Fremde zugelaſſen werden ſolten. Dann ſchon bey der Wahl K. Heinrichs des *VII.*, pro- teſtirte Churfürſt Balduin von Trier ausdrücklich, daß niemand zu derſelben ſolte zugelaſſen werden, welcher nicht *de iure vel conſuetudine* dabey ſeyn ſolte *). Ausserdem ſetzte K. Carl der *IV.* in der G. B. die Zeit des Interregnums auf vier Mo- nate feſt, und beſtimmte die Anzal des churfürſtli- chen Gefolges. Er ſchrieb den Sicherheitseid der frankfurtiſchen Bürgerſchaft und den Chur- fürſten ihren Wahleid vor. Die Bartholo- mäuskirche zu Frankfurt verordnete er zum Wahlorte, und befal, ſowohl wie die Wahl vor- zunehmen ſey, und in welcher Ordnung die Stim- men abzulegen †), als auch daß dabey die meiſten Stimmen gelten ſolten; andere nicht ſo erheblichen Umſtände nicht zu gedenken w). Indeſſen iſt man doch, ſchon bemerkter maſſen, von ſolchen Vorſchrif- ten in der Folge bisweilen abgegangen, und z. E.

K. Ru-

†) Daß vor der G. B., und noch in dieſem Periodus der Churfürſt von Pfalz ſich berechtigt gehalten, die Churfürſten zur Wahl einzuladen, wenn der Stul zu Maynz ſolches zu thun nicht vermöchte, bemerkt der Herr von Olenſchlager in der Staatsgeſchichte ꝛc., §. 174. p. 387 ſq. nota 4). *) S. das *Decretum elect. Henr. VII*, in *Leibnitii* Mant. C. I. G. D., P. II. n. 49. b. p. 252. †) Schon bey der Wahl K. Heinrichs des *VII.* legte der Chur- fürſt von Trier ſeine Stimme zu erſt ab; S. im dritten Bande des Auszuges, S. 7. w) S. *A. B.*, Tit. I. II. IV. et XXVIII. §. 5. *paſſim.*

K. Ruprecht nicht zu Frankfurt, ſondern zu Renſee erwält worden.

Bereits vor Abfaſſung der G. B. war es gewönlich, daß die abweſende Churfürſten für ſich Geſandten ſchicken konnten, wenn ſie ihre Stimme nicht einem ihrer Mitchurfürſten auftragen wolten. Daß aber ſchon damals dergleichen Wahlgeſandten eine ganz freie Gewalt zu wählen bekommen haben, kan man aus dem Exempel des zur Wahl, oder vielmehr Vorwahl K. Ludewigs des Bayers geſchickten churbrandenburgiſchen Geſandtens erſehen x). Dieſe unbedingte Vollmacht der churfürſtlichen Geſandten, einen Römiſchen König, und künftigen Kayſer, zu wälen, ſchrieb nachmals Carl der *IV.* in der G. B. vor y), und deswegen ſchwören die Wahlgeſandten eben den Eid, der von den Churfürſten abgelegt wird. Von den Eigenſchaften des zu erwälenden Römiſchen Königs beſtimmt die G. B. weiter nichts, als daß derſelbe ſeyn ſolle: *homo iuſtus, bonus et utilis* z). Mithin iſt die Beurtheilung der übrigen Eigenſchaften dem Gutbefinden der Churfürſten überlaſſen worden. Allein in den damaligen abergläubiſchen Zeiten und bey der ſo hoch geſtiegenen Gewalt der Päbſte nahmen ſich dieſe wohl heraus, über die Fähigkeiten und Eigenſchaften des erwälten Römiſchen Königs zu urtheilen, wie unter andern P. Bonifacius der *VIII.*, in Anſehung K. Albrechts des *I.*, gethan hat a). Uebrigens kan man mit gutem Grunde behaupten, daß die Wahl eines auswärtigen Fürſtens zum Römiſchen König, auch noch in dieſem Periodus, für zu-

 läßig

x) *Albert. Argentin.*, l. c., p. 119. *in initio.* y) *A. B.*, Tit. XIX. z) *Eadem*, Tit. II. §. 1.
a) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 695. und 706.

läßig gehalten worden. Dann würde man es für eine unerlaubte Handlung gehalten haben; ſo hätte gewiß K. Carl der *IV.* ſolches, in der mit ſo vieler Vorſicht abgefaßten G. B., verboten, weil wenig Jahre vor deren Errichtung, und zwar wider ihn ſelbſt, K. Eduard der *III.* von Engelland zum Römiſchen König war erwält worden b).

Von den Reichsinſignien, dem kayſerlichen Ornate und den Reichsheiligthümern, auch ihren Schickſalen und Verwahrung, ſind von mir in dem *II.* Abſchnitte des vorigen Periodus verſchiedene Anmerkungen gemacht worden c), die ich nun durch dieſen Periodus fortſetzen will. Vermutlich lag unſer Reichsſchatz, bey dem Abſterben K. Richards, auf dem Schloſſe Trifels verwahrt. Nachdem aber Rudolph von Habsburg einmüthig zum Römiſchen König erwält worden; ſo wurden ihm, auf ſeiner Reiſe zu ſeiner Krönung nach Aachen, unterwegs zu Maynz die Reichskleinodien ausgehändigt, und er hernach mit denſelben zu Aachen gekrönt. Doch fehlte dabey der Reichsſcepter, deswegen ſich K. Rudolph von den anweſenden Fürſten auf das Crucifix den Eid der Treue ſchwören ließ. Die Reichskleinodien ſelbſt ſchickte K. Rudolph nicht wieder nach Trifels, ſondern ließ ſie auf das ihm zuſtehende Schloß Kyburg in der Schweiz bringen. Deswegen konnte nachher K. Adolph mit den gewönlichen Reichskleinodien nicht gekrönt werden, ſondern H. Albrecht von Oeſterreich lieferte ſie, nebſt den Reichsheiligthümern, dem K. Adolphen,

b) Eben derſelbe, im dritten Bande, S. 450.
c) Eben daſelbſt, im zweiten Bande, S. 240. ff.

phen, erſt nach ſeiner aachenſchen Krönung, zu Oppenheim aus *).

Nach dem unglücklichen Tode K. Adolphs kamen unſere Reichsinſignien wieder in die Hände ſeines Nachfolgers des erſtgedachten Albrechts von Oeſterreich, der auch damit zu Aachen gekrönt wurde. Er ließ ſelbige wieder nach Kyburg bringen, wo deſſen Tochter, die verwittwete K. Agnes von Ungarn, zu Verwahrung derſelben, eine eigene Kapelle erbauen ließ. Nach K. Albrechts Ermordung müſſen deſſen Söhne die Reichskleinodien dem folgenden neuerwälten K. Heinrich dem *VII.* bald ausgeliefert haben, weil ein glaubwürdiger Schriftſteller dieſer Zeiten verſichert, daß Heinrich der *VII.* zu Aachen cum *Corona* REGNI ſey gekrönt worden. Derſelbe nahm nachmals unſerm Reichsſchatz mit ſich nach Italien, wo ihm noch auſſerdem die vormals von den Parmeſanern dem K. Friedrich dem *II.* abgenommene, kayſerliche Hauskrone wieder ausgehändiget wurde. Nach deſſen unvermutheten Ableben bemächtigte ſich der Reichsinſignien H. Leopold von Oeſterreich, welcher den Kayſer nach Italien begleitet hatte, und führte ſie nach Teutſchland zurück. Deswegen wurde auch nachmals mit denſelben ſein Bruder, der im Zwiſpalt erwälte K. Friedrich, zu Bonn gekrönt, und ſie blieben in den Händen der Oeſterreicher bis nach der Gefangenſchaft K. Friedrichs bey Ampfingen unweit Mühldorf. Dann erſt das Jahr darauf lieferte ſie H. Leopold von Oeſterreich dem K. Lu-

*) Aus einer Stelle des Hornecks in ſeiner Oeſterreich. Reim-Chronick, *cap.* 552., in *Pezii* Scr. Auſtr., T. III. p. 521. a., ſolte man muthmaſſen, daß die Reichskleinodien und Heiligthümer, nach K. Rudolfs des *I.* Tod, auf dem Schloſſe Trifels verwarlich gelegen haben.

K. Ludewig aus, der ſie hierauf vier Mönchen aus dem Kloſter Fürſtenfelde, zur beſondern Verwahrung anvertrauete. K. Ludewig behielt ſie auch beſtändig, ſolang er lebte, und führte ſie bisweilen mit ſich herum, wie er dann z. E. den groſſen Reichstag zu Frankfurt im J. 1338. im kayſerlichen Ornate mit der Krone auf dem Haupt, und dem Scepter und Reichsapfel in den Händen, eröffnete.

Wie er ſtarb; ſo hinterließ er ſelbige zur Verwahrung ſeinem älteſten Sohn, Churfürſt Ludewigen von Brandenburg, der ſie, erſt im J. 1350., K. Carln dem *IV.* zu München, mit einem noch vorhandenen Verzeichniß, woraus man erſehen kan, worinnen damals unſer Reichsſchatz beſtanden, ausgehändiget hat. Nach dem Zeugnis des damals lebenden Albrechts von Straßburg *) ſoll dieſe Auslieferung zu Nürnberg geſchehen ſeyn, und Carl der *IV.* verſprochen haben, daß die Reichsinſignien entweder zu Nürnberg bleiben, oder nach Frankfurt gebracht werden ſolten. Allein das erſtangeführte Verzeichniß überführt den Albrecht von Straßburg eines Irrthums in Anſehung des erſtern Umſtandes, und von dem andern gedenkt daſſelbe gar nichts. Es iſt vielleicht mehr bekannt, daß K. Carl der *IV.* unſern ganzen Reichsſchatz mit ſich nach Prag genommen, ſolchen daſelbſt anfänglich in der Kirche des heiligen Vitus und Wenceslaus niedergelegt habe, und ihn hierauf auf das von ihm erbauete feſte Schloß Carlſtein bringen laſſen; doch ſagen andere, daß letzteres erſt von ſeinem Sohn, dem Wenceslaus, im J. 1410. geſchehen ſey. Daſelbſt ſolten nun die Reichsinſignien und Heiligthümer, als ein anderes Palladium, verwahrt

*) *l. c.*, p. 156 ſq.

wahrt bleiben, um Carln dem *IV.* und ſeinem Stamme das Reich auf ewig zu verſichern. Eben dieſer Kayſer würkte nachher bey dem P. Innocenz dem *VI.* aus, daß derſelbe, wegen der bey dem Reichsſchatze befindlichen Heiligthümer, ein eigenes Feſt ſtiftete, welches am Freitag in der vollen Woche nach Oſtern gefeiert wurde. Bisweilen nahm er auch die Reichsinſignien mit ſich nach Teutſchland, wenn er ſich nehmlich den Reichsſtänden, auf feierlichen Reichshöfen, in ſeiner vollen majeſtätiſchen Pracht zeigen wolte; er führte ſie aber immer wieder mit ſich zurück nach Böhmen. Man giebt ihm inzwiſchen Schuld, daß er ſich, in Anſehung der Reichskleinodien, viel unziemliches herausgenommen, und z. E. aus der Reichskrone den ſogenannten weiſſen Stein, welcher der koſtbarſte geweſen, entwandt habe, und in die böhmiſche Krone ſetzen, auf K. Carls des Groſſen Schwerdt aber den böhmiſchen Löwen graben laſſen †).

Bey des K. Wenceslaus Krönung ſind die noch vorhandenen Reichsinſignien gebraucht worden, welche K. Carl der *IV.* zu dem Ende mit ſich nach Aachen nahm. Es hat auch Wenceslaus dieſelben, noch nach ſeiner Abſetzung beſtändig in ſeiner Verwahrung auf dem Schloſſe Carlſtein behalten; deswegen K. Ruprecht nicht mit ſelbigen gekrönt werden konnte. Dieſer drung zwar auf ihre Auslieferung, aber Wenceslaus verweigerte ſie ihm ſtandhaft, und K. Ruprecht konnte ihrer niemals habhaft werden. Ob ſie aber jener zu der Krönung ſeines Bruders, K. Sigmunds, verabfolgt habe, will ich an ſeinen Ort geſtellt ſeyn laſſen. Mir kommt es deswegen nicht glaublich vor,

†) S. Köhlers R. Hiſtorie, p. m. 308.

weil K. Sigmund ſelbige ihm ſchwerlich wieder würde zurückgegeben haben, wenn er ſie erſt einmal in ſeiner Gewalt gehabt hätte. Daß aber die Reichsinſignien und Heiligthümer, noch bey dem Ableben des Wenceslaus, ja ſogar noch ein paar Jahre hernach, auf dem Schloſſe Carlſtein verwahrt gelegen, iſt daraus zu erſehen, weil ſie K. Sigmund, erſt im J. 1412., von da heimlich nach Ungarn bringen laſſen, indem er glaubte, daß ſie wegen der Hußiten nicht mehr ſicher genug auf dem Schloſſe Carlſtein wären. Sie wurden hierauf wohl zwey Jahr lang auf dem feſten Schloſſe Plindenburg verwahrt, und zuletzt in die Schloßkapelle zu Ofen gebracht.

Weil aber die meiſten Churfürſten übel damit zufrieden waren, daß dieſer uralte Reichsſchatz aus Teutſchland abgeführt worden, und ſie beſorgten, daß er zuletzt gar möchte verlohren gehen; ſo brachten ſie es, durch ihre Vorſtellungen, bey dem K. Sigmund dahin, daß er ſich entſchloß, ſelbigen der Stadt Nürnberg, zur ewigen Verwahrung, zu übergeben. Er that ſolches in einer, den 9. Hornung 1424, zu Ofen ausgeſtellten feierlichen Urkunde, und lieferte in Geheim den beiden, nach Ofen abgefertigten, nürnbergiſchen Reichsdeputirten die Reichskleinodien und Heiligthümer aus. Dieſe führten ſelbige in der gröſten Stille mit ſich nach Nürnberg, wo ſie in die Hoſpitalkirche zum heiligen Geiſt gebracht, und daſelbſt noch itzo unter der Verwahrung und Aufſicht der drey vorderſten nürnbergiſchen Rathsherren aufbehalten worden. P. Martin der *V.* beſtätigte hierauf, noch in dieſem Jahr, der Stadt Nürnberg dieſe Verwarung, wegen der dabey befindlichen Heiligthümer, durch eine eigene Bulle, welche einige ſeiner Nachfolger nachher erneuert haben,

ben, wie dann auch von allen folgenden Kayſern die Urkunde K. Sigmunds iſt beſtätiget worden. Seit der Zeit haben unſere Reichskleinodien, der kayſerliche Ornat und die Reichsheiligthümer ihren beſtändigen Aufenthalt zu Nürnberg gehabt, und ſind von da zu den folgenden teutſchen Krönungen unſerer Kayſer abgeführt, auch jedesmal wieder zurückgebracht worden. Man hatte nun auch nicht mehr nöthig, wegen ihres Verluſts beſorgt zu ſeyn, und der neue Kayſer brauchte ſich nicht zu bekümmern, wie er ſelbige aus den Händen der Erben ſeines Vorfahrens bringen könnte d).

Die teutſche Krönung unſerer Kayſer, wodurch ſie zur Vollkommenheit ihres Beſitzes des teutſchen Reichs gelangten wurde auch noch in dieſem Periodus, nach dem alten Herkommen, zu Aachen von dem Erzbiſchof von Cöln verrichtet. Daſelbſt ſind Rudolf der *I.*, Adolf, Albrecht der *I.*, Heinrich der *VII.* und Ludewig der *VI.*, doch der letztere von dem Erzbiſchof von Maynz gekrönt worden. Dieſem machte der Erzbiſchof von Trier ſolches Recht damals ſtreitig, und behauptete, daß er dazu befugt wäre. Es that aber K. Ludewig den Ausſpruch, mit Vorbehalt der Trieriſchen Gerechtſamen, für den Churfürſten von Maynz, doch daß er binnen Monatsfriſt erweiſen ſolte,

d) S. überhaupt zu dieſer Materie von den Reichsinſignien ꝛc., aus den Quellen: I. P. *Ludewig* Diſſ. de Noriberga inſignium imperial. tutelari; Halae, 1713. 4. *paſſim.* C. G. *Buderi* Symmicta, P. I. (Ienae, 1756. 8.) n. 8. p. 138 ſqq. Io. Paul. *Roederi* Comm. de fatis Klinodior. imperial. etc. (Norimb., 1766. 4.) p. 64-86. und Meinen Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 528. et 635. im dritten Bande, S. 180. 181. f. 489. et 507. f. im vierten Bande, S. 283. et 309. und im fünften Bande, S. 364-366.

ſolte, daß dieſes Recht ſeinem Erzſtifte zukäme, welchen Beweis er aber ſchuldig geblieben iſt. Derjenige nehmlich, dem das Krönungsrecht eigentlich zuſtand, nehmlich der Erzbiſchof von Cöln, hielt die Parthey des wider den K. Ludewig erwälten Friedrichs von Oeſterreich. Er verlangte zwar ebenfalls von den Aachnern, daß ſie ihn in ihre Stadt einlaſſen ſolten, um das ſeinem Erzſtifte, von undenklichen Zeiten her, zukommende Krönungsrecht an dem K. Friedrich zu vollziehen. Allein die Stadt Aachen ſchlug ihm ſein Begehren ab; deswegen er ſeinen Friedrich zu Bonn krönen muſte, wozu er ſich auch, vermöge der von einigen Päbſten ſeinem Erzſtifte ertheilte Privilegien berechtigt hielt, als nach welchen ein Erzbiſchof von Cöln die Ceremonie der Krönung, an welchem Orte ſeiner Dioeces er nur wolte, ſolte vornehmen können. Und aus eben dieſem Grunde nahm nachmals Churfürſt Walram von Cöln auch die Krönung Carls des *IV.* zu Bonn vor, weil ihm und dieſem Afterkönig weder Aachen, noch Cöln die Thore öffnen wolten, indem es dieſe Städte mit dem damals noch lebenden rechtmäßigen Kayſer, Ludewig dem *IV.*, hielten. Doch ließ ſich Carl der *IV.*, einige Jahre nachher, nochmals zu Aachen krönen e).

Durch die G. B. verordnete nun K. Carl der *IV.* die Stadt Aachen zum beſtändigen Krönungsorte, und verſicherte dem Churfürſten und Erzbiſchof von Cöln auf beſtändig das Recht, den Römiſchen König daſelbſt zu krönen. Er ſchrieb zugleich alle dabey zu beobachtende Ceremonien vor, und beſtimmte, worinnen die Verrichtung der Erzbeamten,

e) S. im Auszuge ꝛc., im zweiten Bande, S. 528. 633. et 685. und im dritten Bande, S. 9. 109. f. 415. et 489.

beamten, oder ihrer Erbbeamten beſtehen ſolte f). Es ſind auch nachher **Wenceslaus**, **Sigmund**, **Friedrich** der *III.* und **Maximilian** der *I*, meiſtens nach dieſer Vorſchrift, zu **Aachen** von dem **Churfürſten** von **Cöln** gekrönt worden; **K. Albrecht** der *II.* aber hat die teutſche **Reichskrone** überall nicht empfangen g). Der nach der Abſetzung des **Wenceslaus** erwälte **K. Ruprecht** wolte ſich zwar gleichfalls zu **Aachen** krönen laſſen, und ſchrieb deswegen zu wiederholtenmalen an die Stadt **Aachen**. Er drohete auch derſelben, daß er, wenn ſie ihn nicht einlaſſen würde, ſich zu **Cöln** wolte krönen laſſen, und daß demnächſt die Stadt **Aachen**, ihres vorzüglichen Rechtes, daß daſelbſt die **Römiſche Könige** gekrönt würden, verluſtigt erklärt werden ſolte. Allein die **Aachner** kehrten ſich daran im geringſten nicht, ſondern ſchützten, in ihrer Antwort, den dem **Wenceslaus** geleiſteten Eid vor. Zugleich verlangten ſie, daß **Ruprecht** erſt das **Lager** von ſechs **Wochen** und **drey Tagen** vor ihrer Stadt halten müſte, ehe ſie ihn einlaſſen könnten. Mithin muſte ſich **K. Ruprecht** zu **Cöln**, durch den daſigen **Erzbiſchof**, krönen laſſen; **Aachen** aber wurde hernach von ihm in die **Reichsacht** erklärt h). Daß übrigens die Forderung der **Aachner**, wegen des vor ihrer Stadt zu haltenden **Lagers**, nicht gegründet geweſen, ſondern ſelbiges unter die Fabeln zu rechnen ſey, iſt von mir in **dieſem Werke** ſchon anderſtwo bemerkt worden i). Zuletzt mus ich noch dieſes

f) S. die G. B., Tit. IV. §. 4. et 5. Tit. XXII. et XXVII. *coll.* Tit. XXVIII. §. 5. g) S. im Auszuge ꝛc. den vierten Band, S. 28. et 676., den ſechſten Band, S. 9. ff. et 112. f. und den ſiebenden Band, S. 323. f. h) S. Eben denſelben im vierten Bande, S. 281. f. und 283. *coll.* p. 286. i) Eben daſelbſt im zweiten Bande, S. 240.

dieſes anführen, daß unſern Kayſern, ſchon vor Errichtung der G. B., obgelegen, die Wahl- und Krönungskoſten zu bezalen, zu deren Berichtigung ſie dann gemeiniglich Reichsgüter und Rechte anwandten k).

Ich habe, ſchon im zweiten Abſchnitte des vorhergehenden Periodus l), die Anmerkung gemacht, daß die teutſche Reichskrone die *Archa Imperii* geweſen, und daß ſie einem jeden in Teutſchland erwälten König das unſtreitige Recht zur italiäniſchen Krone und dem Kayſertitel gegeben habe. Es waren daher die italiäniſchen und römiſchen Krönungen unnöthige Ceremonien, die unſern römiſch-teutſchen Königen kein mehreres Recht gaben, als ſie ſchon durch ihre teutſche Wahl erhalten hatten. Und daß man auch in dem itzigen Periodus geglaubt habe, das Römiſche Reich wäre in Teutſchland ſowohl, als in Italien anzutreffen, kan man unter andern aus einer Urkunde des kayſerlichen Hofrichters, Rudolf Heweins, vom J. 1313. erſehen, in welcher K. Johannes von Böhmen ein gemeiner Pfleger des Römiſchen Reichs hie diſſeits des Gebürgs genannt wird m). In gleichem Verſtande findet man auch die Benennungen des Römiſchen Reichs, und des Chünigreichs von Rom in den Verträgen zwiſchen Friedrichen von Oeſter-

k) S. z. E. *de Gudenus* C. M. D., T. I. n. 468. p. 861 ſqq. et T. III. p. 55. 63. 101. *ab Hontheim* Hiſt. Trevir. dipl., T. I. n. 574. p. 828. Cf. der Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 633. und im dritten Bande S. 103. ff. *coll.* p. 117. l) S. den zweiten Band des Auszuges ꝛc., S. 250. f. m) *de Falckenſtein* Cod. diplomat. Antiquit. Nordgavienſ., n. 175. p. 152.

Oeſterreich und Ludewigen von Bayern [n]). Eine weitere und gründliche Ausführung dieſes Satzes aber kan man in einer akademiſchen Streitſchrift des für die Wiſſenſchaften zu frühzeitig verſtorbenen Altorfiſchen Profeſſors, des ſeeligen Heumans nachleſen [o]). Dem allen ohngeachtet war die einmal angenommene alte Meinung ſo tief eingewurzelt, daß man glaubte, nur derjenige könne ſich einen Römiſchen Kayſer ſchreiben, der einen Römerzug gethan, und zu Rom zum Kayſer gekrönt worden. Deswegen haben auch Rudolf der *I.*, Adolf und Albrecht der *I.* dieſen Titel, in ihren Urkunden, nicht geführt.

Es verſichert zwar Goldaſt [p]) von K. Rudolfen dem *I.*, daß er ſolle geſagt haben: *non ibo Romam, Rex ſum,* IMPERATOR *ſum.* Und der Verfaſſer der Colmariſchen Jahrbücher [q]) ſchreibt: *Dominus Papa - - - ipſum* (ſcil. *Rudolfum*) IMPERATOREM *publice nominavit.* Allein es iſt bekannt, daß den Nachrichten des Goldaſts nicht allemal zu trauen iſt, und die Erzälungen der Colmariſchen Predigermönche ſind auch nicht immer zu verläßig. Mir iſt wenigſtens keine Urkunde bekannt, worinnen der Pabſt dem K. Rudolfen den Titel eines Kayſers beigelegt, oder dieſer ſelbigen geführt hätte. Er war zwar einigemal Willens, ſeinen Römerzug wegen der Kayſerwürde vorzuneh-

n) S. die Urkunden in *de Baumann* voluntario Imperii Conſortio inter Frider. Auſtr. et Ludov. Bau. Augg.; (Francof. et Lipſ, 1735. 4.) §. 110. p. 92 ſqq. et §. 124. p. 126 ſq. o) in *Diſſ.* ſupra allegata *de inſigni Germaniae, eiusque Regis titulo*, beſonders *§. V ſqq.* p) in *Conſtitution. imperial.*, T. I. p. m. 311. Cf. Fuggers Oeſterreich. Ehrenſpiegel, L. I. c. 14. n. 4. p. 121. q) *Annal. Colmar.* ad a. 1278. in *Urſtiſii* Scr. rer. germ, T. II. p. 14. lin. 36 ſq.

zunehmen, und er hatte dieſerwegen mit den Päbſten öftere Abrede genommen, die Eide der vorigen Kayſer geleiſtet, und ihre dem Römiſchen Stule gethane Schenkungen beſtätiget, auch ſelbige ſogar durch die Reichsſtände bekräftigen laſſen. Allein theils hatte er ſelbſt keine rechte Luſt zu einem Römerzuge, theils machten ihm die Päbſte beſtändig ſo viele Einwendungen, daß er ſo wenig, als ſeine beide Nachfolger, Adolf und Albrecht, dazu gelangen konnten.

Von K. Heinrich dem *VII* iſt bekannt, daß er ſeinen Römerzug gethan habe, zu Mayland zum K. von Italien, und hernach, ohngeachtet der ihm in Weg gelegten Schwierigkeiten, zu Rom zum Römiſchen Kayſer gekrönt worden. Er muſte aber vorher die gewönliche Eide leiſten, und die alte Schenkungen dergeſtalt beſtätigen, daß er insbeſondere verſprach, keine Herrſchaft in Rom mehr auszuüben. Weil aber Clemens der *V*. nicht zu Rom anweſend war, ſondern zu Avignon ſeine Reſidenz hatte; ſo wurde K. Heinrich der *VII*. von dem Cardinalbiſchof von Sabina *), als päbſtlichem Legaten, gekrönt. Er weigerte ſich zwar anfangs mit dem übrigen Cardinallegaten, ſolches zu thun, weil die Krönung im Lateran verrichtet werden ſolte, ihre Vollmacht aber dahin lautete, ſelbige in der S. Peterskirche vorzunehmen, und die

zu

* Dieſem machte damals ſolches Recht der Cardinalbiſchof von Oſtia ſtreitig, der auch nachmals K. Carln den *IV*. im J. 1335. gekrönt hat. Nach den Götting. Gel. Anzeigen vom J. 1769., *n. 1. p.* 7., ſind auch neuerlich vor einigen Jahren die Rechte des Cardinalbiſchofs von Oſtia, den Kayſer, in Abweſenheit des Pabſtes, zu krönen, vertheidigt und ausgeführt worden von Fauſt. Ant. *Morono* in Comm. de eccleſiis et Epiſcopis Oſtienſibus et Veliternis; Romae, 1766. 4.

zu ſolcher Abänderung geſuchte päbſtliche Vergünſtigung ausgeblieben war. Allein das Römiſche Volk zwang durch ſeine Drohungen die Cardinallegaten, die Krönung nicht länger aufzuſchieben.

K. Ludewig der *IV.* that gleichfalls einen Römerzug, ob er gleich im päbſtlichen Banne war. Zu Mayland ließ er ſich zum K. von Italien krönen, und nachdem er ſich von Rom Meiſter gemacht hatte; ſo wurde er daſelbſt, jedoch auf eine ganz auſſerordentliche Weiſe, auch zum Kayſer gekrönt, ohne daß er ſich an die Drohungen und Verfluchungen des Pabſtes kehrte. Er hatte nehmlich das Römiſche Volk auf ſeiner Seite, und dieſes behauptete, daß ihm die Anordnung der kayſerlichen Krönung, auch ohne päbſtliche Bewilligung zukomme. Mithin ernannte daſſelbe vier edle Römer, worunter Sciarra Colonna der vornehmſte war, welche die Krönung verrichten ſolten. Der Letztere ſetzte auch unſerm Ludewig in der S. Peterskirche die Kayſerkrone auf, wobey der Biſchof von Citta Caſtellana ihn ſalbte, und die Biſchöfe von Aleria und Venedig die gewönlichen Gebeter laſen und ihn einſeegneten. Nachdem hierauf der Kayſer den damaligen P. Johannes den *XXII.* hatte abſetzen, und an ſeine Stelle Nicolaus den *V.* erwälen laſſen; ſo ließ er ſich von dieſem die kayſerliche Würde beſtätigen.

Nun machte zwar hierauf eben dieſer Kayſer, auf dem groſſen Reichstage zu Frankfurt im J. 1338., das ſchon öfters angeführte ewige Reichsgeſetz, daß ein von den Churfürſten gewälter Kayſer, ſogleich von ſeiner Wahl an, als rechtmäßiger König und Römiſcher Kayſer zu halten, und zu benennen, und ihm deshalb von allen Reichsunterthanen zu gehorchen ſey. Allein der, einige Jahre hernach, wider ihn aufgeworfene Af-

terkönig, Carl der *IV.*, gieng noch vor ſeiner Wahl mit dem Pabſte einen ſchimpflichen Vergleich ein, den er ein paar Jahre hernach zu Trident nochmals beſchwor. In demſelben verſprach er unter andern, vor dem, zu ſeiner künftigen Kayſerkrönung, von dem Pabſte anzuſetzendem Tage nicht nach Rom zu kommen, und die Stadt, ſogleich nach vollzogener Krönung, noch an eben dem Tage, den Kirchenſtaat aber, ſobald als möglich, mit ſeinem ganzen Gefolge wieder zu verlaſſen. Er gieng auch nachmals, mit päbſtlicher Erlaubnis, nach Italien
1355 und wurde zu Mayland zum Könige von Italien, und hierauf zu Rom, von dem Cardinalbiſchof von Oſtia, an ſtatt des noch immer zu Avignon reſidirenden Pabſtes, in der S. Peterskirche zum Kayſer gekrönt. Hiebey erfüllte er ſein gethanes eidliches Verſprechen ſo pünktlich, daß er noch an ſeinem Krönungstage des Abends, unter dem Vorwande, auf die Jagd zu gehen, die Stadt Rom verließ, ob ihm gleich die Römer die Regierung ihrer Stadt angetragen, und ihn gebeten hatten, ſie wieder in ihre alte Freiheit zu ſetzen. Inzwiſchen hat doch nachher K. Carl der *IV.*, ohngeachtet der von ihm ſelbſt empfangenen Kayſerkrone, und des erſt hierauf angenommenen Titels eines Römiſchen Kayſers, in der G. B. der Römiſchen Krönung mit keinem Worte eigentlich gedacht, noch ſolche von einem zum künftigen Kayſer gewältem Römiſchen König als ein weſentliches Stück ſeiner Hoheit erfordert. Und aus dieſem Stillſchweigen kan nicht uneben geſchloſſen werden, daß er die vorhin angeführte Reichsſatzung K. Ludewigs des *IV.* für richtig erkannt, und ſelbige hiedurch gleichſam ſtillſchweigend genehmiget habe.

Seine

Seine beide nächſte Nachfolger, Wenceslaus und Ruprecht haben weder die italiäniſche, noch die römiſche Kayſerkrone empfangen, und ſich daher auch nicht Römiſche Kayſer geſchrieben. Der erſtere ließ ſich zwar deswegen mit P. Bonifacius dem *IX.* in Unterhandlungen ein, und verſprach ihm, ſeinen Vetter, den Marggrafen von Mähren Jodocus, als ſeinen Generalſtatthalter nach Italien vorauszuſchicken, und ſelbigem bald nachzufolgen, um ſich von dem gedachtem Pabſte zum Kayſer krönen zu laſſen. Allein er ließ es nachher bey dieſen leeren Verſprechungen bewenden, ob ihm gleich der Pabſt, zu Beſtreitung der nöthigen Koſten des Römerzuges, den Zehenden von allen geiſtlichen Gütern in Teutſchland und Böhmen auf ein Jahr lang angewieſen hatte. K. Ruprecht bezeugte mehrern Eifer, ſich zum K. von Italien und Römiſchen Kayſer krönen zu laſſen. Er trat ſeinen Römerzug würklich an, und hatte auch bereits das Jurament und andere gewönliche Vergleiche mit dem Pabſte richtig gemacht. Allein es iſt in ſeiner Regierungsgeſchichte erzält worden, wie er ſein Vorhaben, wegen der ihm in Weg gelegten Hinderniſſe, woran der Pabſt gröſtentheils ſelbſt Schuld hatte, nicht habe ausführen können.

Seinem Nachfolger, dem K. Sigmund, lag vor allen Dingen die Hebung der damaligen groſſen Kirchenſpaltung am Herzen, und er mochte wohl auch Bedenken tragen, ſich von einem der damaligen drey Päbſte krönen zu laſſen. Nachdem aber der Kirchenfriede wieder war hergeſtellet worden, und ſeine übrige Reichsverrichtungen es zulieſſen; ſo trat er ſeinen Römerzug an. Die italiä- 1431
niſche Krone empfing er, ohne einige ihm gemachte Schwierigkeiten, noch in dieſem Jahr; aber deſto a. e.
ſchwerer wurde ihm von dem Pabſte ſelbſt der wei-

tere Zug nach Rom gemacht. Nach vielen Ver-
1433 zögerungen erlaubte ihm endlich der Pabſt, nach Rom zu kommen. Doch muſte er verſprechen, noch vorher den gewönlichen Sicherheitseid zu Viterbo in die Hände des Pabſtes, oder ſeines Legatens abzuſchwören; ferner keine Kriegsvölker, ſondern nur blos ſeinen Hofſtaat, mit ſich nach Rom zu bringen; und endlich, wenn er etwa aus Verſehen in ſeinem Gefolge jemanden hätte, der des Pabſtes, der Römiſchen Kirche und Volkes Feind wäre, ſelbigen ſogleich auf die Anzeige des Pabſtes von ſich zu laſſen. P. Eugen der *IV.* empfing ihn hierauf, dem Anſcheine nach, mit recht väterlicher Zärtlichkeit bey ſeiner Ankunft zu Rom, und krönte ihn daſelbſt, in der S. Peterskirche, mit den gewönlichen Ceremonien, zum Römiſchen Kayſer. Dann was hiebey der bekannte Eberhard Windeck anführt, daß nehmlich der Pabſt dem Kayſer die aufgeſetzte Krone mit dem Fuſſe zurecht gerückt habe, will ich an ſeinen Ort geſtellt ſeyn laſſen. Uebrigens geſtattete damals der Pabſt, daß K. Sigmund ſich faſt ein Vierteljahr lang bey ihm in Rom aufhalten dorfte; aber an eine Ausübung der ehmaligen kayſerlichen Rechte daſelbſt war gar nicht mehr zu gedenken. Der folgende K. Albrecht der *II.* iſt nicht einmal in Teutſchland gekrönt worden, um ſo weniger alſo konnte er zu Mayland und Rom gekrönt werden, weil jene Krönung nothwendig vor dieſen hergehen muſte. Er hat daher den Titel eines Römiſchen Kayſers niemals geführt, ſondern ſich nur einen Römiſchen König geſchrieben.

Sein Nachfolger Friedrich der *III.* zauderte nach Italien zu gehen, ſo lange noch die Spaltung und Streitigkeiten zwiſchen den Römiſchen Päbſten, Eugenius und Nicolaus, und dem Con-

cilium

cilium zu Baſel obwalteten. Nachdem aber ſelbige endlich verglichen, und die Einigkeit in der Kirche wieder hergeſtellt worden; ſo trat er ſeinen Römerzug an. P. Nicolaus der *V.* bezeugte zwar anfangs ſeine Freude darüber, und verſprach dem Friedrich, ihn zum Kayſer zu krönen. Allein nachher ſuchte er ihn zu bereden, ſich mit ſeiner Reiſe nicht zu übereilen, worauf ihm aber der Aeneas Sylvius harte und bedroliche Vorwürfe machte, und dagegen dem K. Friedrich anrieth, ſeine Reiſe nach Rom ſchleunigſt fortzuſetzen. Nach ſeiner Ankunft zu Siena ſtellten ihm die dahin entgegen geſchickten päbſtlichen Legaten vor, daß es eine alte Gewohnheit wäre, daß die Römiſche Könige, ehe ſie den Kirchenſtaat beträten, dem Pabſte einen Eid ablegen müſten, ſich keiner Gewalt und Herrſchaft, weder zu Rom, noch im Kirchenſtaate, anzumaſſen. Friedrich ließ ſich auch dieſen Antrag gefallen, und legte den verlangten Eid in die Hände der päbſtlichen Legaten ab. Vor ſeinem Einzuge in Rom ſchwor er auch dem Römiſchen Senate, die Römer bey ihren Rechten, Freiheiten, Sitten und Gewohnheiten zu laſſen. Hierauf krönte ihn der Pabſt in der S. Peterskirche zuerſt zum K. von Italien, dann Friedrich hatte, auf ſeinem ganzen Zuge, die mayländiſche Staaten, wegen der mit ihrem aufgeworfenen H. Franz Sforza habenden Irrungen, ſorgfältig vermieden. Und drey Tage hernach empfieng er auch aus deſſen Händen, in eben dieſer Kirche, nach vorher abgelegtem Eide über die Advokatie des Römiſchen Stuls, die Kayſerkrone, zu welcher Krönung er, wider die bisherige Gewohnheit, den teutſchen Reichsornat und Inſignien von Nürnberg nach Rom hatte bringen laſſen. K. Friedrich iſt alſo der erſte und letzte unter unſern Kayſern

geweſen, der zu Rom zum König von Italien gekrönt worden. Und er war auch der letzte unter allen Kayſern, welcher zu Rom die Kayſerkrone empfangen hat r). Uebrigens haben zwar noch Heinrich der *VII.* und Ludewig der *IV.* mit einer Armee, nach Art der vorigen Kayſer, ihren Römerzug verrichtet. Allein dieſes geſchah nicht von den folgenden Kayſern, Carln dem *IV.*, Sigmunden, und Friedrichen dem *III.*, als welche entweder nur ihren Hofſtaat, oder eine ſchwache Bedeckung bey ſich hatten, alſo daß die Italiäner ſelbſt ſich über dieſen ihren unanſehnlichen Aufzug ärgerten.

Eine freiwillige Abdankung oder Niederlegung der Regierung findet man zwar nicht in dieſem Periodus, wohl aber haben ſowohl K. Ludewig der *IV.*, als auch K. Sigmund dergleichen vorgehabt. Wegen des erſtern verweiſe ich meine Leſer, auf den hiſtoriſchen Abſchnitt dieſes Zeitraums, in welchem ich bereits die Umſtände hievon hinlänglich genug erzält habe s). In Anſehung K. Sigmunds aber trifft man eine merkwürdige Stelle bey dem Wencker an ss), daß nehmlich gedachter Kayſer auf dem Reichstage
1429 zu Preßburg geäuſſert habe: „er hätte ſchon vor„mals dem Pabſte ſeine Römiſche Krone gerne „aufgeſagt, aber der Pabſt habe ſolches nicht zulaſ„ſen

r) S. von dieſen italiäniſchen und römiſchen Krönungen im Auszuge ꝛc., den zweiten Band, S. 532. f. 536. 546. 669. et 714., den dritten Band, S. 19. 30. f. 39. f. 47. 52. f. 207. 213. f. 219. f. 324. 401. 418. f. 568. 571. et 573. f., den vierten Band, S. 164. f. 299. f. 318. 337. f. et 334. f., den fünften Band, S. 530. 569. 571. f. 573. f., und den ſechſten Band, S. 274. f. 277. ff. et 281-285. s) S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 280-282. ss) in *Appar. et Inſtr. Archivor.*, p. 324.

„ſen wollen; ja es wäre noch itzo ſeine Meinung, „daß, wenn bey ſeinen Zeiten Irrung und Unfriede „entſtehen ſolte, er lieber den **Churfürſten** das „Römiſche Reich aufſagen wolte, indem er hoff„te, dannoch Brodt in **Ungarn** zu eſſen.„ Es kam aber niemals zur würklichen **Abdankung**, ſondern **Ludewig** und **Sigmund** beſannen ſich eines andern.

Hingegen haben wir in dieſem **Periodus** deſto mehr Exempel von geſchehenen ſogenannten **Abſetzungen** der **Kayſer**. **Adolph** ſowohl, als **Wenceslaus** wurden von den **Churfürſten** des **Reichs** förmlich entſetzt, und ihnen der Gehorſam aufgeſagt. Man gieng auch hiebey mit einer gewiſſen Ordnung zu Werke, und wolte das Anſehen haben, daß man in dieſer Sache rechtlich verfahren habe. Allein es iſt von mir bereits in dem **hiſtoriſchen Abſchnitte** gezeigt worden, daß dieſen **beiden Königen** zu viel geſchehen ſey, und ihre Abſetzungen nicht gerechtfertigt werden können. Was vollends bey der nur von einigen **Churfürſten** vorgenommenen Abſetzung **K. Ludewigs** des *IV.* geſchehen, war ein ſo widerrechtliches Verfahren, welches blos der übermüthige **P. Clemens** der *VI.* angeſtiftet hatte, daß man daſſelbe auf keine Weiſe rechtfertigen kan. Es blieb auch der gröſte Theil des **Teutſchen Reichs** ſeinem **rechtmäßigen Monarchen**, dem **K. Ludewig**, getreu; derſelbe behauptete ſich bis an ſeinen Tod auf dem **teutſchen Throne**, und **Carl**, oder der ſogenannte **Pfaffenkayſer**, wurde faſt überall in **Teutſchland** mit Verachtung angeſehen. Von **K. Friedrich** dem *III.* aber wird meinen **Leſern** aus ſeiner Regierungsgeſchichte noch erinnerlich ſeyn, daß zwar die **Churfürſten** damit umgegangen, ihn, wegen ſeiner Unthätigkeit und nachläßigen Regierung, des

Reichs zu entſetzen, ſolches Vorhaben aber nicht zu ſtande gekommen ſey t).

Was endlich noch das Richteramt des Churfürſtens von der Pfalz über den Kayſer anbelangt; ſo iſt zwar bekannt, daß ſolches von einigen, in unſerer Teutſchen Reichsſtaatshiſtorie und Rechten, hocherfahrnen Männern für eine Fabel ausgegeben wird tt). Und es iſt nicht zu läugnen, daß die von ihnen, wider die vorhandenen Exempel, gemachten Einwendungen einen groſſen Schein vor ſich haben. Allein es muß doch etwas an der Sache geweſen ſeyn. Dann ſonſt würde ſchwerlich K. Carl der *IV.* dieſes richterlichen Amtes des Pfalzgrafens am Rhein über den Kayſer in der G. B. u) gedacht, und ſelbiges für einen alten Gebrauch, oder vielmehr Reichsherkommen ausgegeben haben. Der Kayſer beſtätigt nun zwar ſolches Recht dem Churfürſten von Pfalz, doch unter der Einſchränkung, daß er dieſes Gericht nirgends anders, als *in imperiali curia*, (worunter man ſowohl einen Reichstag, als auch einen Reichshof, oder wohl gar das kayſerliche Hoflager verſtehen kan,) wo der Kayſer oder Römiſche König ſelbſt gegenwärtig wäre, ſolte ausüben können. Die Fälle aber, in welchen

t) S. das Mehrere im Auszuge ꝛc., im zweiten Bande, S. 673. f. et 676-680., im dritten Bande, S. 399-408., im vierten Bande, S. 228-270. und im ſechſten Bande, S. 340-345. 403. 423. ff. und an a. O. m. tt) z. E. von H. C. *Senckenbergio* in Fabula iudicii Palatini in Caeſarem; Francof. ad Moen., 1731. 4., *auctiori* in *Eius* Diſquiſitionib. tribus; (Francof. et Lipſ., 1745. 4.) cap. 7. §. 46-53. p. 134 ſqq. und von dem Herrn von Olenſchlager in der N. Erläuter. der G. B., §. 43. p. 154-159. u) *Tit. V. §. 3.* Cf. Ludewigs Erläuter. der G. B. *ad h. l.*, T. I. p. 585-605. *paſſim.*

welchen dieſes richterliche Amt ſtatt finden ſolle, beſtimmt die G. B. nicht, ſondern ſetzt nur überhaupt: *ſuper cauſis, pro quibus impetitus fuerit*, in Sachen deren er beſchuldigt, oder wegen deren er belangt werden wird.

Es fehlt auch nicht an Beyſpielen ſowohl vor, als nach Errichtung der G. B., da entweder die Reichsſtände oder der Kayſer ſelbſt ſich auf dieſes richterliche Amt beruffen haben. Noch vor der G. B. thaten es die drey geiſtlichen Churfürſten in ihren damaligen Streitigkeiten mit K. Albrechten dem *I.* Dieſer aber kehrte ſich nicht daran, ſondern ſchafte ſich mit dem Degen in der Fauſt Recht v). Nach publicirter G. B. ſoll Burggraf Friedrich von Nürnberg von einem, durch K. Carl den *IV.*, wider ihn ausgeſprochenem Urtheil, wodurch er ſich beſchwert befunden, an den Churfürſten von Pfalz, Ruprecht den ältern, appellirt haben, weshalben ſich, in einer, im vorigen Jahrhundert, herausgekommenen Schrift, auf die damals noch im churpfälziſchen Archive befindliche Akten beruffen wird w). Und von K. Friedrich dem *III.* iſt in ſeiner Regierungsgeſchichte angeführt worden, daß er ſelbſt, bald nach dem Antritte ſeiner Regierung, in ſeinen damaligen Zwiſtigkeiten mit den Eidgenoſſen, ſich auf den rechtlichen Ausſpruch des Pfalzgrafens am Rhein beruffen, und ſelbigem ſich zu unterwerfen verſprochen habe x). Mithin ſind die Worte des Aeneas Sylvius y): *Imperatorem a nemine in temporalibus iudicari*, nicht ohne

 alle

v) *Henricus Rebdorf* ad a. 1300., *l. c.*, T. I. p. n. 600 ſq. Cf. der Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 704:710. w) S. Londorps Acta publ., T. I. L. I. c. 4. p. m. 22. a. x) S. den Auszug ꝛc., im ſechſten Bande, S. 18. y) *de ortu et autorit. Imperii Romani*, c. 17.

alle Einſchränkung zu verſtehen. Uebrigens iſt noch von dem Römiſchen Könige Ruprechten anzuführen, daß derſelbe in ſeinen Streitigkeiten mit einigen Reichsſtänden, nehmlich den Marpachiſchen Bundsgenoſſen, ſich auf den Ausſpruch der Reichsſtände auf einem Reichstage beruffen habe z). Es kan aber dieſes Exempel wider das in der G. B. beſtätigte Richteramt des Churfürſtens von Pfalz um ſo weniger angeführt werden, weil K. Ruprecht ſelbſt Churfürſt von der Pfalz war, und er alſo nicht zugleich Richter und Parthey ſeyn konnte. Auf dieſen Umſtand ſcheinen diejenigen nicht gedacht zu haben, die ſich auf dieſes Beyſpiel, zu Entkräftung des churpfälziſchen Richteramtes, zu beziehen pflegen.

In unſerm Periodus fehlt es nicht an häufigen Beiſpielen teutſcher, italiäniſcher und römiſcher Krönungen unſerer Kayſerinnen. Zu Aachen iſt K. Rudolfs des *I.* Gemalin, Gertraut, zugleich mit ihrem Gemal gekrönt, und vielleicht damals ihr bisheriger Nahme: Gertraut, in den Nahmen: Anna, verändert worden a). Mit eben der Gewisheit kan man die zu Aachen, durch die Erzbiſchöffe von Cöln, geſchehene Krönungen folgender Kayſerinnen behaupten, nehmlich, der Imagina K. Adolfs, der Margareta K. Heinrichs des *VII.*, der Beatrix K. Ludewigs des *IV.* erſten, der Barbara K. Sigmunds zweiten, und der beiden Annen K. Carls des *IV.* zweiten und dritten Gemalinnen, von denen

z) S. den vierten Band des Auszuges ꝛc., S. 430. ff. und vornehmlich *in* der Vorrede zu dieſem Bande, b 5. *b.* ff.

a) *Chron. Colmar.* P. II., *l. c.*, p. 40. *de Gudenus* l. c., T. I. p. 753. Cf. *Hergott* Geneal. dipl. aug. Gentis Habsburg., T. I. L. II. c. 1. §. 6. p. 126 ſq.

denen aber die Beatrix der Churfürſt Peter von Maynz gekrönt hat. Hingegen iſt K. Albrechts des *I.* Gemalin Eliſabeth nicht zu Aachen, ſondern zu Nürnberg von dem Churfürſten Gerhard von Maynz gekrönt worden [b]). Was man für Ceremonien bey dergleichen Krönungen beobachtet habe, iſt aus dem Zeugnis, welches Churfürſt Wilhelm von Cöln über die Krönung der zweiten Gemalin K. Carls des *IV.* ausgeſtellt hat, zu erſehen [c]). Zu Mayland ſind die beiden Margareten, K. Heinrichs des *VII.* und Ludewigs des *IV.* Gemalinnen, zu Königinnen von Italien gekrönt worden; vielleicht auch die Anna, K. Carls des *IV.* dritte, und die Barbara K. Sigmunds zweite Gemalinnen, wenigſtens ſind ſie mit ihren Gemahls in Italien und zu Mayland mitgeweſen. Von K. Friedrichs des *III.* Gemalin, Eleonora, aber iſt es bekannt, daß ſie zu Rom, zugleich mit ihrem Gemahl, zur Königin von Italien gekrönt worden. Eben dieſelbe empfing auch damals aus den Händen des Pabſtes die kayſerliche Krone, ob ſie gleich noch nicht mit ihrem Gemahl das Beilager gehalten hatte, und alſo noch eine Jungfer war. Vor ihr aber ſind zu Rom die Margareta K. Ludewigs des *IV.* zweite, die Anna K. Carls des *IV.* dritte, die Eliſabeth eben deſſelben vierte, und die Barbara K. Sigmunds zweite Gemalinnen zu Kayſerinnen gekrönt worden [d]).

In

b) S. den Auszug ꝛc. im zweiten Bande, S. 633. et 688. und im dritten Bande, S. 9. 109. 489. f. et 553. im vierten Bande, S. 676. c) *de Ludewig* Rel. MſT., T. V. p. 519 ſq. d) S. im Auszuge ꝛc. den dritten Band, S. 39. 207. 214. 567. f. 571. 573. et 732., den fünften Band, S. 530. et 571. und im ſechſten Bande, S. 283. f.

In der G. B. verordnete K. Carl der *IV.*, daß, bey dem feierlichen Aufzuge des Kayſers auf den groſſen Reichshöfen, auch die Kayſerin oder Römiſche Königin, mit ihrem Reichsſchmucke angethan, nach dem König oder Kayſer, doch daß der K. von Böhmen dazwiſchen unmittelbar nach jenem gehen ſolte, in einer geziemenden Entfernung, von ihren eigenen Reichshofbeamten und Hofdamen begleitet, einhertreten ſolte e). Unter den alten Reichshofbeamten der Kayſerinnen kommt in unſerem Periodus der Abt von Fulda als ihr Erzkanzler vor. Demſelben hatte K. Carl der *IV.* noch in dieſem Jahr, ehe er nach Metz gegangen war, das Amt eines Erzkanzlers beſtätigt, mit der Erklärung, daß dieſe Würde bereits ſeine Vorfahren, von undenklichen Zeiten her, beſeſſen hätten, die hierüber ertheilten kayſerlichen ältern Begnadigungen aber, durch die Länge der Zeit und Unglücksfälle, verlohren gegangen wären. Zugleich beſtimmte der Kayſer die Verrichtung des Fuldiſchen Erzkanzleramtes dahin, daß der jedesmalige Abt von Fulda den Kayſerinnen, ſo oft ſie bey hohen Reichsfeſten die Krone trügen, ſelbige, wenn es nöthig, abnehmen, und wieder aufſetzen ſolte. Es haben auch hierauf die Aebte von Fulda in ihren Urkunden bisweilen den Titel eines Erzkanzlers der Kayſerin geführt, und ſind mit demſelben von den Kayſern belegt worden, daß es daher in Anſehung dieſes Erzamtes nicht den geringſten Zweifel hat f). Soviel aber das Erzmarſchall-

e) *A. B.*, Tit. XXVI. §. 5. Cf. von Olenſchlager *l. c.*, §. 93. p. 369 ſq. In der G. B., Tit. XXVIII. §. 2. wird auch von dem Tiſche der Kayſerin bey den Reichshöfen gehandelt. f) Man kan hiebey zu Rath ziehen: 1) *Schannati* Hiſt. Fuldenſ.,

ſchallamt der Kayſerin anbelangt, von welchem der Abt von Kempten behauptet, daß es ihm ebenfalls von undenklichen Zeiten her zuſtehe; ſo will ich zwar ſolches Vorgeben nicht ganz in Zweifel ziehen. Allein ſoviel iſt doch gewis, daß man hievon in dieſem Periodus keine Spuren antreffe g). Wie dann auch in demſelben von dem Erzkapellanenamte des Abts von S. Maximin bey Trier nichts vorkommt, und keine kayſerliche Beſtätigung deſſelben aus dieſem Zeitraume vorgezeigt, oder ein Exempel von deſſen Ausübung angeführt werden kan h).

Von einigen Römiſchen Königinnen und Kayſerinnen unſers Periodus findet man, daß ſie einige Frauenklöſter in Teutſchland unter ihren beſondern Schutz genommen, und ihnen darüber Briefe gegeben haben i). Dergleichen ertheilten z. E. die K. Ger-

denſ., T. I. P. III. p. 227. et T. II. n. 174. p. 267 ſq. 2) Io. Wilh. *Waldſchmidii* Diſſ. de Aug. Imperatricis Archi-Cancellario; (Marb., 1715. 4.) §. 11 ſqq. et 19 ſq. und 3) Phil. Adam *Ulrich* Diſſ. de Archicancellariatu et Primatu S. R. I. Principis Abbatis Fuldenſis; (Herbip., 1724. 4. *recuſa:* Lipſ., 1733. 4.) cap. I. Sect. 3. p. 35 ſqq. et Sect. 4. p. 58 ſqq. Cf. Rud. (poſtea *Comes*) *a Bünau* de ornam. et honor. Auguſtarum; (Lipſ., 1733. 4.) c. 21. p. 75 ſq. et Io. *Heumanni* Comm. de re diplomat. Imperatricum German.. c. 1. §. 37. p. 23. et c. 6. §. 180 ſq. p. 338-343. g) S. Car. Andr. *de Wieſenhüten* Diſſ. (*Praeſ.* Io. Car. *Koenigio,*) de Archimareſchallo aug. Imperatricis; (Marb., 1748. 4.) §. 25. p. 55 ſqq. h) Aug. Bened. *Michaëlis* Diſſ. epiſtol. de Archicapellano Impetracis auguſtae; (Halae Sal., 1750. 4.) §. 6. p. 10 ſq. In des ſeel. Glafeys Anecdot., n. 304. et 308. p. 426 ſq. et 429 ſq. trift man einen *Ianitorem* und eine *Camerariam* von K. Carls des *IV.* dritten Gemalin Anna an. i) *Heumann* l. c., cap. I. §. 29. p. 20.

K. Gertraut, Rudolfs des *I.* Gemalin, den Nonnenklöſtern zu Engelberg, Stein und Dieſſenhoven, wie auch dem Maunskloſter zu Münſter im S. Gregorienthal k), ferner K. Adolfs Gemalin Imagina dem Jungfernkloſter zu Pfullingen l), weiter die Eliſabeth, K. Albrechts des *I.* Gemalin den vorhin gedachten Klöſtern Stein und Münſter im S. Gregorienthal, wie auch dem Nonnenkloſter Engelthal m), auch ſoll K. Heinrichs des *VII.* Gemalin, Margaretha, den Klöſtern Zwett und S. Pölten dergleichen Schutzbriefe gegeben haben n). Mehrere Exempel aber auch von den folgenden Kayſerinnen ſind mir nicht bekannt. Hingegen haben einige derſelben das Recht der erſten Bitte ausgeübt, als z. E. K. Carls des *IV.* dritte Gemalin Anna, und K. Friedrichs des *III.* Gemalin, Eleonora, welche beide zu Rom vom Pabſte zu Kayſerinnen waren gekrönt worden o). Endlich will ich noch zum Beſchluß dieſer Materie von den Kayſerinnen bemerken, daß es in dieſem Periodus ein altes Herkommen geweſen, daß ein Römiſcher König oder Kayſer ſeine Prinzeßinnen mit 40000 rheiniſchen

k) *Idem* ibidem, c. VI. §. 151-153. p. 283-287. l) *Beſoldi* Monim. rediv. Virginum Sacrar. in Ducatu Wirtenberg., p. m., 338 ſq. *coll.* pagg. 14 ſq. et 36. m) *Heumann* l. c., cap. VI. §. 157. p. 295-298. n) *Idem* ibidem, cap. I. §. 29. p. 20. o) S. G. H. *Ayreri* Comm. de iure primar. precum; (Goettingae, 1740. 4.) cap. V. §. 1-4. p. 172 ſqq. Ge. Frid. *Deinlini* Diſſ. de iure primar. precum Imperatrici Aug. competente; (Altorf, 1743. 4.) c II. §. 4 ſq. p. 20 ſqq. G. A. Jenichens Abhandl. von dem Recht der erſten Bitte einer Röm. Kayſerin; (Gieſſen, 1757. 4.) und *Heumann* l. c., cap. VI. §. 167. p. 319 ſq. et cap. VII. §. 188. p. 356 ſqq.

ſchen Gulden von Reichswegen habe ausſteuren können. Man trift davon eine merkwürdige Stelle in einer Urkunde K. Ruprechts vom J. 1408. p) an, wo es heißt: *Nos* RVPERTVS, *Dei gratia, Romanorum Rex* etc. - - - . *ſicut* NOS *Magnifico* Friderico *Duci Auſtriae* etc. - - *Magnificam Principiſſam* Elizabeth *de Bavaria* FILIAM NOSTRAM *praedilectam in* CONIVGEM *legitimam tradebamus, et illi* EX PARTE IMPERII QVADRAGINTA MILIA FLORENORVM RENENSIVM AD EAM *ſtipulamur, ſpondebamus et promiſimus exſolvenda, ſicut* NOS, *ut* ROMANORVM REX, SECVNDVM ANTIQVAM CONSVETVDINEM INTRODVCTAM, HVIVS POTESTATEM HABEBAMVS FACIENDI *etc. etc.*

Römiſche Könige, nehmlich in dem Verſtande, daß darunter die, bey Lebzeiten eines Kayſers, erwälte Nachfolger deſſelben verſtanden werden, trift man in unſerm Periodus nur zwey an. K. Rudolf der *I.* gab ſich zwar, kurz vor ſeinem Tode, auf dem zu Frankfurt gehaltenem Reichshofe, alle Mühe, die Churfürſten zu bewegen, ſeinen Sohn Albrechten, noch bey ſeinen Lebzeiten, zum Römiſchen König, oder zu ſeinem Nachfolger, zu erwälen. Aber er fand mit ſeinen Vorſtellungen und Bitten kein Gehör, indem die Churfürſten den geſchehenen Antrag auf eine weitere Berathſchlagung ausſtellten. Wenn dem Abt Tritheim zu glauben iſt; ſo gebrauchten die Churfürſten zum Vorwande ihrer abſchlägigen Antwort, theils Rudolf wäre ja ſelbſt nur Römiſcher König, und es könnten nicht zwey Römiſche Könige ſeyn, theils das Reich beſitze kaum Vermögen genug, einen Römiſchen König zu unter-

p) in *Rymeri* Act. Angl., T. IV. P. I. p. 131.

unterhalten, geſchweige dann zwey q). Eben ſo wenig wolte es K. Albrechten dem *I.* gelingen, ſeinen älteſten Sohn Rudolfen zum Römiſchen König erwälen zu laſſen. Dann wie ihm K. Philipp der Schöne von Frankreich, bey der Unterredung zu Quatrevaux, den Rath gab, die Churfürſten zu bereden, daß ſie ſeinen Sohn Rudolf zum Römiſchen König erwälen möchten, und K. Albrecht hiemit einen Verſuch machte; ſo widerſetzte ſich dieſem Vorhaben der Churfürſt Gerhard von Maynz ſehr nachdrücklich, und ſagte öffentlich: er würde niemals darein willigen, daß die Regierung des Reichs, bey Lebzeiten des Königs, auf deſſen Erben gebracht würde r). Man wolte nehmlich das teutſche Reich und Kayſerthum in der kayſerlichen Familie nicht wieder gleichſam erblich machen, wie es vormals unter den ſächſiſchen, fränkiſchen und ſchwäbiſchen Kayſern gleichſam geweſen war. Und auch das Intereſſe der Päbſte erforderte, daß die teutſchen Königswahlen frey blieben, und nicht noch bey Lebzeiten des Römiſchen Königs oder Kayſers deſſen Nachfolger erwält wurde.

Man ſah alſo in dieſen Zeiten dergleichen Römiſche Königswahlen für etwas unzuläßiges, ja wohl gar unerlaubtes an, und deswegen hat vielleicht K. Carl der *IV.* ihrer in der G. B. ganz und gar nicht gedacht. Indeſſen hat doch eben dieſer Kayſer nachmals die Churfürſten durch Beſtechungen dahin bewogen, daß ſie ſeinen älteſten Sohn

Trithemii Chron. Hirſaug., T. II. ad a. 1291. p. m. 55. Cf. Lud. Frid. *de Beulwiz* Comm. de ultima Rudolphi I. cura, ut filius in regno ſuccedat; (Francohuſae, 1753. 4.) §. 4 ſqq. p. 13 ſqq. und im Auszuge der zweite Band, S. 615.

r) Eben derſelbe, im zweiten Bande, S. 596. f.

Sohn Wenceslaus zum Römiſchen König erwält haben, wozu er ſich aber erſt vom Pabſte die Erlaubnis ausbat. Etwas über hundert Jahr nachher erwälten die Churfürſten, auf den Antrag K. Friedrichs des *III.*, deſſen Sohn, den Erzherzog Maximilian, gleichfalls zum Römiſchen König s). Man ſiehet alſo hieraus, daß die Kayſer in dergleichen Römiſche Königswahlen haben willigen müſſen. Doch machten die Churfürſten auf dem nürnbergiſchen Convente im J. 1456. ein Project eines Vereins, des Innhalts, daß ſie zwar, durch eine Geſandſchaft, den Kayſer Friedrich um ſeine Einwilligung zur Wahl eines Römiſchen Königs wolten erſuchen laſſen. Wenn er aber ſelbige verweigerte; ſo wolten ſie auch wider ſeinen Willen einen Römiſchen König wälen. Dieſes Project ſolte nun, auf einer neuen Zuſammenkunft zu Frankfurt, im folgenden J. 1457., vollends vollzogen, und weiter ausgeführt werden. Allein K. Friedrich wußte dieſe für ihn ſo gefärlich ſich anlaſſende Anſchläge glücklich zu hintertreiben ss), und er hat auch nachmals, als die Churfürſten bey ihm antrugen, ſeinen Sohn, den Maximilian, zum Römiſchen König zu erwälen, ſolches, nach dem Zeugnis des Krantzens, nicht zulaſſen wollen, bis er endlich ſeine Geſinnung, gegen Ende ſeines Lebens,

s) C. G. *Hoffmanni* Comm. de Rege Rom., vivente Imp. electo; (Francof. ad V., 1733. 4.) c. 1. §. 3. et 4. p. 42. et 47-61. Frid. *Wideburgii* Comm. de libertate Electorum S. R. I. in elig. Regib. Rom.; (Halae, 1744. 4.) §. 4. p. 27-32 ſqq. et 48 ſqq. Cf. der Auszug ꝛc., im vierten Bande, S. 19-25. und im ſiebenden Bande, S. 305-308.

ss) Müllers R. T. Theatr. unter K. Friedr. V., P. I. 3. Vorſtell. c. 2. p. 555 ſqq *paſſim*, und der Auszug ꝛc., im ſechſten Bande, S. 340-345.

Lebens, dißfalls geändert hat [t]). Uebrigens hat es wohl keinen Zweifel, daß die **beiden römiſchen Könige** dieſes Periodus ſogleich durch ihre Wahl die **würkliche Majeſtät**, und den **Rang** vor allen andern **chriſtlichen Königen** erlangt haben [tt]).

Bey der Materie von den **Reichsvikariaten** ſind die **verſchiedenen Arten** derſelben wohl von einander zu unterſcheiden. Es waren nehmlich **Reichsverweſer** nach dem **Tode** eines **Kayſers** oder **Römiſchen Königs** im **Interregnum**, ferner bey **deſſen Lebzeiten**, ſowohl bey ihrer **Anweſenheit** in **Teutſchland**, als auch in ihrer **Abweſenheit**, und wenn ſie **über** das **Gebürge** gezogen waren, von welchen allen die **Reichsvikarien** in **Italien** unterſchieden waren. Dieſe **verſchiedene Gattungen** von **Reichsverweſern** muß man nicht mit einander verwechſeln, wie von einigen geſchehen iſt, indem man ſonſt in Irrthümer geräth, aus denen man ſich nicht heraus zu helfen weiß. Von dem **Reichsvikariate** im **Interregnum** habe ich bereits **im zweiten Abſchnitte** des **vorigen Periodus**, der Verbindung halber, einiges bemerken müſſen, welches eigentlich in **dieſen itzigen Periodus** gehört, und ich hier nicht wiederholen, ſondern **meine Leſer** nur dahin verweiſen will [u]). Nach **K. Heinrichs** des *VII.* Ableben behauptete der damalige **P. Clemens** der *V.* in **der** bekannten **Bulle**: *Paſtoralis ſollicitudinis cura*

etc.

t) *Krantzii* Saxonia, L. XIII. c. 1. p. m. 335.
tt) Müllers R. T. Theatr. unter K. Maximil. I., P. I. 1. Vorſtell. c. 1. §. 9 ſq. p. 16 ſqq. et c. 15. p. 106. *Raynaldus* l. c., T. XIX. ad a. 1486. n. 42. p. 373. a. Cf. Fr. Ant. *Com.* a *Khevenhüller* Diſſ. de elig. Rom. Rege; (Erford., 1756. 4.) c. 3. p. 44 ſqq. und *Pertſchii* et *Meas* Annotatt. in *Schmauſſii* Comp. I. P., p. 129 ſq. nota d).
u) S. im zweiten Bande des Auszuges, S. 260.

etc. v), daß ihm bey erledigtem Kayſerthron die gänzliche Verwaltung des Reichs zuſtehe. Sein Nachfolger, P. Johannes der *XXII.*, führte dieſe unbefugte Anmaſſung noch weiter aus, in ſeiner bekannten Bulle: *ne ſede vacante* etc. w), worinnen er unter andern äuſſerte, daß alle kayſerliche Vikarien allenthalben ihr bisher geführtes Amt niederlegen, und ſolches nunmehro von neuem von ihm empfangen ſolten. Er verlangte aber dieſes aus dem fälſchlich angegebenen Grunde, weil GOtt dem Pabſte, in der Perſon des Apoſtel Peters, die Rechte des irrdiſchen und himmliſchen Reichs übergeben hätte.

Allein der heldenmüthige K. Ludewig der *IV.* ſchwieg zu dieſem päbſtlichen Unfuge nicht ſtille, ſondern widerſprach den unbilligen Anſprüchen des Pabſtes öffentlich, beſtätigte auf dem Reichstage zu Frankfurt im J. 1339., die von Alters hergebrachte Reichsverweſung des Churfürſtens von Pfalz im Interregnum, und ließ ſolche von dem ganzen Reiche anerkennen x). Hierauf hat K. Carl der *IV.*, in der G. B., dieſe dem Churfürſten von Pfalz, bey erledigtem Teutſchen Throne zuſtehende Gerechtſame y), nochmals ſicher

 geſtellt,

v) inter *Clementin.* de Sentent. et re iudicata, ſ. *Clementinar.* L. II. Tit. 11. c. 2. in fine. Cf. C. G. *Buderi* Symmicta etc. L. II.; (Ienae, 1760. 8.) n. 9. p. 94 ſqq. w) in *Extravagant.* Ioannis XXII., Tit. V. cap. un. *Si fratrum etc.* x) *Goldaſti* Conſtit. imp., T. III. p. m. 411. A. A. von Lerſner Chron. der RStadt Franckfurt am Mayn, P. I. L. I. c. 23. p. 324. a. von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., §. 129. p. 298 ſq. Cf. des Freyherrn von Harpprecht Staatsarchiv des kayſerl. und H. R. R. Cammergerichts, P. IV. Sect. I. §. 33. p. 33 ſq. y) S. wegen der Chur-Pfalz zuſtehenden Vikariatsgerechtſamen überhaupt

geſtellt, und ſelbige auch dem Churfürſten von Sachſen z) beigelegt. Jenen beſtellt er, wegen ſeines Fürſtenthums, oder der Pfalzgrafſchaft zum Reichsverweſer in den rheiniſchen Ländern, in Schwaben und in Franken, und dieſen in allen Ländern, wo das Sachſenrecht galt. Beiden ertheilte er gleiche Rechte und Gewalt in ihren angewieſenen Vikariatsdiſtricten, und beſtimmte ſelbige auf vier Punkten, nehmlich 1) Recht zu ſprechen, 2) geiſtliche Beneficien zu vergeben, 3) die Reichsgefälle und Einkünfte einzuſammeln, und 4) Belehnungen mit Reichslehen vorzunehmen, doch nahm er die Fürſten- und Fahnlehen aus, und ſolten auch jene bey dem künftigen Römiſchen König und Kayſer erneuert, auch ihm die Lehenseide nochmals abgelegt werden. Uebrigens verbot er beiden Reichsverweſern alle Arten von Veräuſſerungen und Verpfändungen aller Reichsgüter a).

Es nahm aber der damalige P. Innocenz der *VI.* dieſe, in der G. B. gemachte, Verordnung des Kayſers von dem Reichsvikariate im Interregnum ſehr übel auf, und ließ ſich ſeinen Unwillen deutlich merken, weil hiedurch der Kayſer die bisherige päbſtliche Anmaſſungen von einer allgemeinen Reichsverweſung bey Erledigung des Kayſerthrons vernichtigt hatte b). Und es haben

überhaupt den Freyherrn von Harpprecht, *l.* modo *c*, P. I. Sect. I. *per totum*, p. 19 ſqq. z) Cf. *Idem* ibidem, §. 38. p. 37 ſq. adde: Io Ern. *Kregelii* Diſſ. de Vicariatu Saxon. in caſu abſentiae Imp.; Lipſ. 1707. 4. *recuſa:* ibidem, 1745 4. *paſſim.* a) *A. B.*, Tit. V. §. 1. et 2. Cf. *Commentatores* ad *h. l. A. B.*, beſonders der Herr von Olenſchlager, §. 41 ſq. p 143 ſqq. b) S. Gerl. *Buxtorffii* Diſſ. in XVII. priora A. B. Capp.; (Baſil.,

haben daher die päbſtlichen Lehrer des canoniſchen Rechts ſeit der Zeit die Meinung beibehalten und behauptet, daß der Pabſt, bey einer Reichserledigung, der Generalvikarius im Römiſchen Reiche wäre. Ja der neapolitaniſche Juriſt, Marta, hat darüber ſogar den lächerlichen Fehler begangen, daß er vorgegeben, P. Johannes der *XXII.* habe, durch ſeine obgedachte Bulle, die von K. Carln dem *IV.* in der G. B., wegen des Reichsvikariats, gemachte Verordnung wieder aufgehoben, weil der Kayſer durch ſelbige dem päbſtlichen Vikariate habe Abbruch thun wollen c). Er iſt aber wegen dieſes lächerlichen Fehlers, da nehmlich P. Johannes der *XXII.* lang vor Errichtung der G. B. geſtorben iſt, von einigen Commentatoren über die G. B. billig verſpottet worden d). Indeſſen hat doch auch der ſonſt ſo ſcharfſinnige Hugo Grotius ſeine Schwäche in unſerm Römiſch-teutſchen Staatsrechte dadurch zu erkennen gegeben, daß er dem Pabſte dieſe prätendirte Vikariatsgerechtigkeit aus dem Grunde hat zuſprechen wollen, weil er das Haupt des Römiſchen Volks ſey *). Da doch der Pabſt, wie wir vernommen haben, dieſes Recht unter einem ganz andern Titel in Anſpruch genommen, und behauptet hat. Man kehrte ſich aber in Teutſchland an dieſe unbefugte Forderungen des Pabſtes im geringſten nicht, ſondern die Churfür-

 ſten

(Baſil, 1613. 4.) §. 55. not. a) et c), et in *Repraeſentat.* Reipubl. Germ.; (Norib., 1657. 4.) p. 308 ſq. c) *Marta* de ICtione, P. III. c. 28. n. 16. et P. IV. caſu 197. n. 2 ſqq. d) S. J. E. Ludewigs Erläuter. der G. B., T. I. p. 520 ſq. *) *Grotius* de I. B. et P., L. II. c. 9. §. 11. n. 4. p. m. 383 ſq. *edit. Francofurt. de a. 1696. fol.*

ſten von Pfalz und Sachſen übten die ihnen zuſtehende Reichsverweſung in denen, nach Publikation der G. B., vorgekommenen Fällen ohne Widerſpruch aus. Und es hat auch der hochberühmte Herr von Olenſchlager ſowohl das Schreiben, welches Churfürſt Ludewig der *III.* von Pfalz, nach Abſterben ſeines Vaters, K. Ruprechts, wegen des übernommenen Vikariats, an die Stadt Frankfurt hat ergehen laſſen, als auch das älteſte pfälziſche Vikariatspatent, ſo man bisher hat auftreiben können, und welches Churfürſt Ludewig der *IV.*, nach dem Tode K. Sigmunds, im J. 1438., ins Reich erlaſſen hat, aus dem Archive der Reichsſtadt Frankfurt zuerſt zum Vorſchein gebracht †).

Die Vikariate in Teutſchland bey Lebzeiten des Kayſers und in deſſen Anweſenheit ſind wiederum zweierley. Sie giengen nehmlich entweder nur über einzelne Provinzen, und länder, oder auch wohl nur über einzelne Güter und Rechte, die zum Theil unſern Kayſern noch unmittelbar zuſtanden, ingleichen bisweilen über einige Reichsſtädte, oder ſie erſtreckten ſich über das ganze teutſche Reich. Von beiden Gattungen finden ſich in unſerm Periodus verſchiedene Beiſpiele, von denen ich einige anführen will.

1277 So übertrug z. E. K. Rudolph der *I.* die Verwaltung der ihm unmittelbar zuſtehenden Güter, Einkünfte, und anderer Gerechtſamen in Sachſen und Thüringen, inſonderheit in den Reichsſtädten Lübeck, Goslar, Mühlhauſen und Nordhauſen, anfangs H. Albrechten dem Groſſen von

†) von Olenſchlager, N. Erläuter. der G. B., im U. B., n. 65. p. 162. et n. 23. p. 66 ſqq. Cf. Frhr. v. Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 47. et 52. p. 42. et 44.

von Braunſchweig, und Churfürſt Albrechten von Sachſen. Hernach aber übergab er dieſe Verwal- 1279
tung, nach des erſtern Tode, dem erſtgenannten Churfürſten Albrecht von Sachſen, und den Marggrafen von Brandenburg, Johann, Otten und Conraden e). Als er im J. 1281. Oeſterreich und Steyermarck verließ; ſo trug er die Verwaltung über dieſes Herzogthum und Steyermarck, ſeinem Sohn Albrechten auf f). Er nennt ihn auch deswegen in einer Urkunde von dieſem Jahr: *Vicarium terrae Auſtriae* ff). Und Albrecht ſelbſt nennt ſich in einer Urkunde dieſes Jahrs: *per Auſtriam et Styriam Vicarium generalem* g), in einer andern aber: **Gewaltiger und gemainer Verweſer über Oeſterreich und über Steyer** h). Wenn dem Spangenberg zu glauben wäre i); ſo hätte K. Wenceslaus von Böhmen bereits im J. 1290. den Titel eines VICARII GENERALIS *S. R. I. per terras Misnenſem, Orientalem et Pleiſenſem* geführt. Allein da K. Rudolph, erſt das Jahr darauf, Pleiſſen und das Oſterland wieder eingelöſet, und unmittelbar an das Reich gebracht hat k); ſo iſt wohl die Jahrzal beim Spangenberg nicht

e) *Scheidii* Origg. Guelf., T. IV. in *Praefat.* p. 5. §. 2. nota b). und *de Ludewig* Rel. Mſſ., T. II. p. 250 ſq. f) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 556. ff) *Hundii* Metrop. Salisburg., T. II. p. 45. g) *Hergott* l c., T. II. P. II. n. 608. p. 506. h) I. I. *Moſeri* Biblioth. Mſſ.; (Norib., 1722. 4.) p. 121. i) in Seinem Adelsſpiegel, P. I. L. 10. c. 19. f. m. 312. b. Auch *Balbinus*, in Epit. hiſtor. Boh. L. III. c. 16. p. 293., giebt vor, daß K. Rudolf den K. Wenceslaus ſchon im J. 128. zum R. Vicarius in Meiſſen ꝛc. ernannt habe; er iſt aber den Beweis davon ſchuldig geblieben. k) S. I. G. L. *Wilkii* Ticemannum, L. VII. c. 3. p. 258 ſq.

nicht richtig. Es hat auch nachher K. Adolf im J. 1292. dem gedachten K. Wenceslaus das Pleißnerland verpfändet, und der vom Wenceslaus vorhin angeführte Titel eines VICARII GENERALIS *etc.* kommt erſt, im J. 1298., unter der Regierung K. Albrechts des *I.* vor, als welcher noch vor ſeiner Wahl ſeinem Schwager, dem K. Wenceslaus, das Reichsvikariat in Meiſſen verſprochen hatte l). Hingegen trug K. Rudolph der *I.*, im J. 1290, dem Grafen Dietrich von Cleve das Vikariat am Niederrhein, beſonders in den damaligen Reichsſtädten Nimmwegen, Deventer u. a. m. auf ll), und den Grafen Rainald von Geldern beſtellte er zum Reichsvikarius in Oſtfrießland m). Endlich kommt auch noch in dieſem Jahr Otto, Fürſt von Anhalt als IVDEX CAPITANEVS *a glorioſiſſimo Rom. Rege Rodolpho* PER SAXONIAM *de conſenſu Principum conſtitutus* vor n); doch war er nicht ſowohl kayſerlicher Vikarius in Sachſen, als vielmehr Hauptmann und Richter des in Sachſen errichteten Landfriedens.

Unter K. Adolfen ſoll ſein Schwiegerſohn, Churfürſt Rudolf von Pfalz das Reichsvikariat verwaltet haben, und man beruft ſich deswegen auf eine gewiſſe Urkunde deſſelben vom J. 1294. Allein es können gegen dieſes Vorgeben verſchiedene Einwendungen gemacht werden o). Hingegen iſt von unſerm

l) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 631. f. und 690. ll) *Teſchenmacheri* Annal. Cliv., P. II. p. 227 ſq. ex *edit. Dithmari.* m) *Pontani* Hiſt. Gelr., L. VI. p. m. 166 ſq. und *Rouſſet* Supplem. au Corps diplomat. de *Du Mont*, T. I. P. I. n. 177. p. 156. n) *Heineccii* Antiquit. Goslar., L. III. p. 308. Cf. Strubens Nebenſtunden, P. IV. n. 23. §. 4. p. 93. o) Frhr. von

unſerm Adolfen ſchon weiter oben, in dieſem Ab-
ſchnitte, bemerkt worden, daß er dem H. Johan- 1292
nes von Niederlothringen und Brabant das Reichs-
vikariat von der Moſel bis an die Nordſee, und
vom Rhein bis an Weſtphalen ertheilt habe p).
Eben dieſes Reichsvikariat in den Niederlan-
den, und zwar in allen Ländern jenſeits Cöln, auf
der linken Seite des Rheins, hat nachmals K. 1338
Ludewig der *IV.* dem K. Eduard dem *III.* bei-
gelegt, jedoch ſolches nachmals im J. 1341. wieder
aufgehoben q). Dann das Vikariat diſſeits des
Rheins und durch Weſtphalen hatte er, gleich
nach Antrit ſeiner Regierung, dem Grafen Dietrich 1314
von Cleve anvertrauet r). Und von K. Carln
dem *IV.* finde ich eine Urkunde vom J. 1351., wor-
innen er ſeinen Schwiegervater, Churfürſt Rudol-
fen von Pfalz ſeinen und des heiligen Reichs
Vikarius zu Elſaß und an dem Rhein genannt
hat s). Endlich kan man auch noch zu dieſer Gat-
tung des Vikariats diejenige rechnen, da einige
Kayſer einigen Reichsſtädten das Amt der Ver-
weſer und Pfleger zu Aufrechthaltung des Land-
friedens und Beſchützung der Reichsſtraſſen ge-
geben haben, dergleichen z. E. die Stadt Lübeck

von Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 29. p. 31., *ibique citati.* p) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 636. f. q) Eben derſelbe, im dritten Bande, S. 329. Cf. von Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 35. p. 35 ſq. r) *Schateni* Annal. Paderborn., P. II. L. XII. ad a. 1314. p. 230 ſq. und *Teſchenmacher* l. c., P. II. p. 232. s) Dan. Schneiders hochgräfl. Erbachiſche Hiſtorie; (Frkf. am M., 1736. fol.) in den Urkunden, p. 101. n. 49. Cf. von Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 36. p. 36.

von K. Carln dem *IV.*, im J. 1474., erhalten hat ss).

Von der andern Gattung der Reichsvikariate, und zwar über das ganze teutſche Reich, bey Lebzeiten eines Kayſers und in deſſen Anweſenheit, findet man das erſte Exempel in dieſem Periodus unter K. Carln dem *IV.*, welcher auf dem Reichshofe zu Maynz, im J. 1348., ſeinen Großoheim, den Churfürſten Balduin von Trier, zum Statthalter in Teutſchland verordnete t). Auf gewiſſe Art kan hieher auch dasjenige Exempel gezogen werden, welches ich, etwas weiter unten, von der, durch K. Carln den *IV.*, im J. 1366. geſchehenen Beſtellung ſeines Bruders, des H. Wenceslaus von Brabant und Luxemburg, zum Generalvikarius von ganz Teutſchland diſſeits des lombardiſchen Gebürges, unter den Reichsverweſern bey Abweſenheit des Kayſers anführen werde. Andere Beiſpiele trift man unter der Regierung des K. Wenceslaus und K. Sigmunds an. Unter jenem kommt nehmlich im J. 1383. der Herzog Primislaus von Teſchen mit dem Titel: eines Vikarius des H. Reichs in Teutſchen Landen vor tt). Und wie hierauf Wenceslaus zum zweitenmal in Böhmen gefangen ſaß; ſo nahm
1394 ſich Churfürſt Ruprecht von Pfalz, nach dem von den Rheinſchen Churfürſten, auf der Verſammlung zu Frankfurt, gefaßten Schluſſe, der Reichsverweſung an u). Nachdem ſodann Wenceslaus

ss) *Buderi* Symmicta etc., L. II. n. 12. p. 134 ſqq., ubi *plura exempla* recenſentur. t) S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 446., *ibique citati.* tt) von Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 43. p. 39 ſq. u) S. im vierten Bande des Auszuges ꝛc., S. 183. f.

laus wieder in Freiheit geſeʒt worden; ſo erklärte er, ein paar Jahre hernach, ſeinen Bruder, den 1396
K. Sigmund von Ungarn, mit einer faſt unumſchränkten Gewalt, unwiderruflich, und ſo lang er leben würde, zu ſeinem **allgemeinen Vikarius** durch **Teutſchland, Böhmen, Italien, Arelat, Brabant**, und mit einem Worte, ſo weit, als das **Römiſch-teutſche Reich** ſich damals erſtreckte. Es ſchrieb ſich auch hierauf **K. Sigmund** bisweilen in ſeinen Urkunden: *S. R. I.* VICARIVM GENERALEM, *et Regni Bohemiae Gubernatorem*, welchen Titel er auch noch nach der Abſeʒung ſeines Bruders, des **Wenceslaus**, manchsmal gebraucht, und aus der ihm einmal aufgetragenen Gewalt einen Anſpruch auf die **Reichsverweſung**, auch noch unter der Regierung **K. Ruprechts** gemacht hat v). Daß aber die **Churfürſten** der Beſtellung von dergleichen **Reichsvikarien** endlich überdrüßig worden, und mit den andern **Fürſten** und **Ständen** des **Reichs** einen Schluß gefaßt haben, dergleichen **Reichsverweſer** nicht mehr zu erkennen, oder ſelbigen zu gehorchen, kan man aus den **Ackten** von der **Abſeʒung** des **K. Wenceslaus** erſehen *).

Indeſſen hat doch hernach mit einer faſt eben ſo unumſchränkten Gewalt auch **K. Sigmund** den 1422
Churfürſten **Conrad** von Maynʒ, auf dem damaligen

v) S. im vierten Bande des Auszuges ꝛc., S. 198. f., et plures *ibi* citati; *coll.* p. 357. f. 373. et 409. ff. Cf. von Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 46. p. 41 ſq., wo aber die Sache nicht richtig vorgetragen iſt. Der ſeel. Hofrath König aber begeht einen unleidlichen Fehler, wenn er, in ſeinem *Progr.* de vicaria poteſtate in partibus regni Arelatenſis et Italiae; (Marb., 1742. 4.) p. 10., vorgiebt: K. Ruprecht hätte den K. von Ungarn Sigmund zum Reichsverweſer ernannt.

*) *Wenckeri* Appar. et Inſtr. Archiv., p. 215. nota *).

ligen Reichstage zu Nürnberg, zu ſeinem und des Römiſchen Reichs gemeinen Statthalter durch alle und jede Teutſche Länder, als nahmentlich Schwaben, Bayern, Franken, am Rhein, im Elſaß, in der Wetterau, in Heſſen, Thüringen, Sachſen, Weſtphalen, Meiſſen, Brabant, Holland, Seeland, Jülich, Geldern, und in allen Provinzen, Erzſtiftern, Hochſtiftern ꝛc., wo die in teutſchen Landen gelegen ſind, auf zehen Jahre ernannt. Er wies ihm zugleich für die Verwaltung dieſes Vikariats einige Einkünfte, und beſonders 10000. rheiniſche Gulden järlich auf den Zoll zu Würzburg an. Doch behielt er ſich vor, daß, wenn er ſelbſt in eine der benannten teutſchen Provinzen kommen würde, ſodann der Churfürſt von Maynz ſich ſeiner aufgetragenen Vikariatsgewalt nicht ſolte gebrauchen können. Es war aber der Churfürſt Ludewig von Pfalz mit dieſer, dem Churfürſten von Maynz aufgetragenen, Reichsſtatthalterſchaft ſehr übel zufrieden, indem er glaubte, daß dadurch ſeinen hergebrachten Rechten ein Abbruch geſchehen wäre. Deswegen ruhete er nicht eher, als bis endlich Churfürſt Conrad von Maynz, auf dem,
1423 im folgenden Jahr, zu Boppard gehaltenem Churfürſtentage, ſich dieſes erhaltenen Reichs-Statthalteramtes freiwillig wieder begab w).

Eine

w) S. im fünften Bande des Auszuges ꝛc., S. 327. et 352. f. ibique citati, quibus adde: *Senckenbergii* Sel. Iur. et Hiſtor., T. IV. p. 483 ſqq. Cf. von Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 49. p. 42 ſq. Daſelbſt will zwar aus der Chur-Pfälz. Abfertigung der Chur-Bayer. fernern Anzeige wegen des R. Vikariats, in Lünigs Grundfeſte Europ. Potenzen Gerechtſame, p. 545 ſq., behauptet werden, daß, nach der von dem Churfürſten von Maynz

Eine andere Art der Reichsverweſung war diejenige, wenn der Römiſche König oder Kayſer über das Gebürg, oder nach Italien, zog. In ſolchem Falle ſtand anfänglich, in unſerm itzigen Periodus, die Ernennung des Vikarius in der freien Willkühr des Königs oder Kayſers. So verordnete z. E. K. Heinrich der *VII.*, als er nach Italien gehen wolte, auf dem Reichstage 1310 zu Frankfurt, ſeinen Sohn, den K. Johannes von Böhmen, während ſeiner Abweſenheit, zum Reichsverweſer. Weil er aber noch ſehr jung war; ſo ordnete er ihm den Churfürſten Peter von Maynz, und den Fürſten Berthold von Henneberg, gleichſam als Rathgeber zu, wie er dann noch insbeſondere den letztern zum beſonderen Vikarius in Franken ſoll beſtellt haben. K. Johannes von Böhmen ſchrieb ſich daher, nach ſeines Herrn Vaters Abreiſe: *Sacri Imperii citra Montes vicarium generalem* x).

Als nachmals K. Ludewig der *IV.* ſeinen 1327 Römerzug antrat; ſo findet man keine bewährte und glaubwürdige Nachrichten, daß er einen allgemeinen Reichsverweſer in Teutſchland während ſeiner Abweſenheit, beſtellt hätte. Der bayeriſche Geſchichtſchreiber Aventin will zwar vorgeben, daß er ſeinem Brudersſohne, dem damaligen Churfürſt Rudolphen von Pfalz, die Reichsverwaltung

Maynz geſchehenen Niederlegung der R. Statthalterſchaft, ſelbige Churfürſt Ludewig von Pfalz übernommen habe. Allein ich finde dieſes Vorgeben in der gedachten Chur-Pfälziſchen Abfertigung ꝛc. mit keinen zureichenden Beweiſen beſtärkt. x) *Pfeffinger* l. c., T. I. p. 994. b. et 995. a. und Mein Auszug ꝛc. im dritten Bande, S. 23. f. Cf. von Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 31. p. 32 ſq.

waltung übergeben habe y). Allein dieſes Vorgeben iſt ohne Grund, weil **K. Ludewig** die **rheiniſche Pfalz** damals noch in ſeinen Händen hatte, und ſelbſt ſein erſtgedachter Neffe, der Pfalzgraf **Rudolph**, ihn nach **Italien** begleitete. Deſſen älterm Bruder **Adolfen** aber vertrauete er die **Statthalterſchaft** von **Bayern** an. Und es iſt noch nicht ausgemacht, ob das Vorgeben des **Niederländiſchen Ueberſetzers** vom **Johannes von Beka** Glauben verdiene, und auf dieſe Zeiten zu ziehen ſey, daß nehmlich die **Churfürſten** unſers **K. Ludewigs** Schwiegervater, den Graf **Wilhelmen** von **Holland** ꝛc., zum **Reichsvikarius** ſollen beſtellt haben. **K. Ludewig** hätte nehmlich, nach denen mit ſeinem geweſenen Gegner, dem **K. Friedrich** von **Oeſterreich**, geſchloſſenen Verträgen, bey ſeinem unternommenen Zuge nach **Italien**, demſelben die **Regierung** von ganz **Teutſchland** übergeben ſollen. Allein er muſte billig Bedenken tragen, dieſem ſeinem verſöhnten Feinde zu trauen, weil derſelbe, nach den geſchloſſenen Tractaten, ſich hinterrücks ſeiner kürzlich an den **Pabſt** gewandt, und bey ſelbigem, zu ſeinem gänzlichen Umſturze, von neuem gearbeitet hatte. Es ſcheinet alſo aus dieſem allen, daß damals überall kein **allgemeiner Reichsverweſer** in **Teutſchland** beſtellt worden, wohl aber mag **K. Ludewig** die Beſchützung ſeiner **Erbländer** wider die **Oeſterreicher** und **Pohlen** dem **K. Johannes** von **Böhmen** empfolen haben z). Ein paar Jahre nach

y) *Aventini* Annal. Boior., L. VII. c. 17. n. 5. p. m. 732. a. z) *Idem* ibidem, L. VII. c. 17. n. 16. p. m. 735. a., von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., §. 82. p. 178 ſqq. Mein Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 202. f., *ibique citati*, und Fr. von Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 35. p. 35 ſq.

nach ſeiner Rückkunft aus Italien verglich ſich unſer K. Ludewig aus dem Grunde mit den Herzogen von Oeſterreich. Und bey der Gelegenheit verordnete er H. Otten von Oeſterreich zu ſeinem und des H. R. R. Vikarius in allen Ländern, 1331
die dazu gehören, mit dem Zuſatze, daß dieſes Vikariat ſeinen Anfang nehmen ſolte, ſobald der Kayſer über das lombardiſche Gebürg oder über den Thüringer Wald fahren und seyn würde [a]). Es iſt aber dieſes Vikariat niemals zur Würklichkeit gekommen, weil unſer K. Ludewig, bey H. Ottens lebzeiten, weder nach Italien, noch über den Thüringer Wald gezogen iſt. Indeſſen kan man aus dieſem letztern Ausdrucke mit Recht ſchlieſſen, daß das dem H. Otten aufgetragene Amt eines Reichsverweſers ſich nicht auf ganz Teutſchland, ſondern nur auf das itzo noch ſo genannte Reich oder Oberteutſchland erſtreckt habe.

Von K. Carln dem *IV*. iſt bekannt, daß derſelbe, als er wegen ſeiner kayſerlichen Krönung, nach 1354
Italien gegangen, den Churfürſten Ruprecht den ältern von Pfalz zum Reichsverweſer in Teutſchland, während ſeiner Abweſenheit, beſtellt habe [b]). Wie er nun von ſeinem Römerzuge zurück gekommen war; ſo beſtätigte er, auf dem folgenden nürn- 1355
bergiſchen Reichstage, alles, was der Churfürſt 11 Dec.
Ruprecht, als Vikarius, in ſeiner Abweſenheit, im Reiche gehandelt hatte [c]). Inzwiſchen hat doch nachher K. Carl der *IV*. von dergleichen Vikariat, in Abweſenheit des Kayſers, in der G. B. nichts verordnet. Und ich finde nirgends eine Spur, ob und

a) S. im Auszuge den dritten Band, S. 254. b) Eben daſelbſt, S. 564. und von Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 37. p. 36 ſq., wo deſſen Vikariatshandlungen verzeichnet werden. c) *Tolneri* Cod. dipl. Palatin., n. 153. p. 107.

und wen unſer Kayſer, bey ſeinen nachher gethanen Reiſen nach Avignon und Frankreich, zum Reichsverweſer in Teutſchland beſtellt habe d). Als er aber im J. 1366. zum zweitenmal nach Italien gehen wolte, welches doch erſt hernach im J. 1368. geſchah; ſo beſtellte er zu Nürnberg ſeinen Bruder, den H. Wenceslaus von Brabant und Luxemburg, zu ſeinem Generalvikarius in ganz Teutſchland diſſeits des lombardiſchen Gebürges e). Dieſer Vorfall ſcheint den damaligen Churfürſten von der Pfalz, Ruprecht den ältern, bewogen zu haben, ſich bey K. Carln dem *IV.* eine beſondere Verſicherung über das, auch in Abweſenheit eines Kayſers, zuführende Vikariat auszubitten, welche er auch im J. 1375. würklich erhalten hat f).

Wie nun hierauf wiederum der erſte Fall eines
1401 ſolchen Zuges nach Italien, unter K. Ruprechten, vorfiel; ſo ernannte dieſer ſeinen Sohn, den Pfalzgrafen Ludewig zum allgemeinen Reichsverweſer in Teutſchland, Gallien, (nemlich Lothringen und den Niederlanden,) und im Arelat. Zugleich verſichert er in der darüber ausgefertigten Urkunde: *a divis* Romanis Imperatoribus et Regibus - - HACTENVS EXSTITISSE OBSERVATVM, *ac etiam* DE IVRE COMITATVS PALATINATVS RHENI *fuiſſe et eſſe, quod cum* Romanus Imperator *vel* Rex *ultra Montes Italiam ingreſſus fuerit, in ipſius abſentia Vicariatum Imperii in Germa-*

d) S. den Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 700. ff. und im vierten Bande, S. 39. ff. e) Eben daſelbſt im dritten Bande, S. 717. f) Kurzer Bericht von dem der Chur-Pfalz zuſtehendem Reichsvikariat, in *Meyeri* Londorpio ſuppleto et contin., T. I. L. III. n. 25. p. m. 715. et 726. Lit. C. Cf. von Harpprecht *l. c*, P. IV. Sect. I. §. 41. p. 39.

Germania, Gallia et Regno Arelatenſi ad Comitem Palatinum Rheni pertinuiſſe et pertinere ff). K. Sigmund kam erſt im vierten Jahr nach ſeiner erſten Wahl nach Teutſchland, und hielt ſich dieſe Zeit über theils in Ungarn, theils in Italien auf. Er that ſodann von dem Concilium zu Coſtnitz aus eine Reiſe nach Spanien, Frankreich und Engelland, gieng bisweilen nach Ungarn, und blieb daſelbſt eine geraume Zeit, endlich zog er wegen ſeiner Krönung nach Italien, wo er ſich zwey volle Jahre, und wohl etwas darüber verweilte. Allein ich finde nirgends völlig zuverläßige Nachrichten, daß der Churfürſt von Pfalz, während dieſen Abweſenheiten des Kayſers, eine allgemeine Reichsverweſung geführt, oder K. Sigmund ſelbige ihm aufgetragen habe *). Dann die weiter oben bemerkte Beſtellung des Churfürſtens von Maynz zum gemeinen Statthalter des Römiſchen Reichs gieng nicht blos auf die Abweſenheit des Kayſers, ſondern galt auch bey deſſen Anweſenheit. Indeſſen ſiehet man doch aus denen damals, von dem Churfürſten von Pfalz, dawider gemachten Bewegungen, daß dieſer dafür gehalten habe,

ff) *Tolner* l. c, n. 190. p. 144. und im vierten Bande des Auszuges ꝛc., S. 330. f. Von ſeinen damaligen Vikariatshandlungen S. den Freyherrn von Harpprecht *l. c*, P. IV. Sect. I. §. 45. p. 41, und den daſelbſt citirten Kurzen Bericht ꝛc., wie auch die Rettung des Churpfälz. Vikariats ꝛc., ap. *Meyerum* l. c, T. I. p. m. 715 ſq. 795. et 811 ſq. n. 7-10.

*) Der Freyherr von Harpprecht giebt zwar *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 48. p. 42. vor, daß bey K. Sigmunds Römerzuge im J. 1412. Churfürſt Ludewig von Pfalz abermals das Reichsvikariat geführt habe. Allein er hat hievon keinen Beweis beigebracht.

habe, dieſe Beſtellung wäre den hergebrachten Rechten ſeines pfalzgräflichen Hauſes zuwider.

Alles, was ich, bey Gelegenheit der Abweſenheit K. Sigmunds aus Teutſchland, habe ausfündig machen können, beſtehet kürzlich darinnen, daß er, einige Zeit nach ſeiner erſten Wahl, der Stadt Frankfurt gemeldet hat, er hätte den Churfürſten von Trier und Pfalz, ingleichen den Burggrafen Johann und Friedrich von Nürnberg, wie auch dem Graf Eberharden von Würtenberg aufgetragen, die Straſſen zu ſchirmen, und ſich der Stadt Frankfurt, auch anderer Reichsſtädte und ihrer Bürger und Einwohner anzunehmen g). Allein dieſe Verordnung hat nichts gemein mit dem Reichs-Generalvikariat, und wir haben weiter oben bemerkt, daß unſere Kayſer dergleichen Beſchirmung der Straſſen auch andern Reichsſtänden, und ſogar verſchiedenen Reichsſtädten aufgetragen haben. Hiernächſt ſo machte ſich K. Sigmund, in der, bey ſeiner
1411 zweiten Wahl, mit dem Churfürſten Johannes von Maynz, geſchloſſenen Capitulation, unter andern auch dazu anheiſchig, daß, wenn er demnächſt einmal nöthig erachten würde, ſtatt ſeiner einen Vikarius oder Statthalter in Teutſchland zu beſtellen, er ſelbigen, ohne des Churfürſtens Vorwiſſen und guten Willen nicht annehmen wolte h). Ferner hat er im J. 1418, wegen ſeiner vorgehabten Reiſe nach Ungarn, den Churfürſten Friedrich von Brandenburg, in ſeiner Abweſenheit, zu ſeinem Statthalter und Verweſer im Teutſchen Reiche beſtellt i).

Und

g) S. im vierten Bande des Auszuges ꝛc., S. 585. f.
h) Eben daſelbſt, S. 619. i) in dem fünften Bande deſſelben, S. 269. f.

Und endlich finde ich auch noch einen Befehl von unſerm K. Sigmund, den derſelbe, bey ſeinem Aufenthalte zu Lucca, an alle Churfürſten, 1432
Fürſten und Stände des Teutſchen Reichs erlaſſen hat, worinnen er H. Wilhelmen von Bayern zu München ſeinen Statthalter nennt, und den Reichsſtänden ernſtlich befielt, daß ſie demſelben in Beſchirmung der Reichsſtraſſen allen verlangten Beiſtand leiſten ſolten f). Es wird aber meinen Leſern erinnerlich ſeyn, daß K. Sigmund dieſen H. Wilhelmen von Bayern zum Subprotektor des Conciliums zu Baſel ernannt habe. Und es ſind noch viele andere Urkunden vorhanden in welchen zum Theil K. Sigmund ſelbſt den H. Wilhelmen ſeinen Statthalter des heiligen Concilii zu Baſel nennt l), woraus alſo zu erſehen, daß die Statthalterſchaft des H. Wilhelms nicht ſowohl über das ganze teutſche Reich, als vielmehr nur auf die Vertretung des kayſerlichen Protektorats bey der Basler Kirchenverſammlung gegangen ſey. Ja es haben vielmehr die churpfälziſchen Schriftſteller behaupten wollen, daß Churfürſt Ludewig von Pfalz, bey damaliger Abweſenheit des Kayſers, ſich der Reichsverweſung würklich unterzogen habe. Zu dem Ende führen ſie auch verſchiedene Urkunden an, worinnen ihm der Titel, eines Fürſehers der Lande des Rheins, zu Schwaben und des fränkiſchen Rechten entweder von andern iſt beigelegt worden, oder er ſich

 ſelbſt

f) *Scheidii* Biblioth. hiſtor. Goetting, P. I. p. 267. und den fünften Band des Auszuges ꝛc., S. 535.

l) Bayeriſches kurzes Gegenbedenken von der Churfürſtl. Pfalz Vikariats-Gerechtigkeit, in den Beilagen, Lit. C. ſqq. *paſſim*, ap. *Meyerum* l. c., T. I. L. III. n. 26. p. m. 756 ſqq.

ſelbſt deſſelben bedient hat m). Zuletzt hat ſich noch, in dieſem Periodus, unter der Regierung K. Friedrichs des *III.* zweimal der Fall zugetragen, daß der Kayſer nach Italien gezogen iſt. Beidesmal führte Churfürſt Friedrich der Sieghafte von Pfalz die Reichsverweſung, weshalben ich mich aber, der Kürze halber, nur auf den vorhergehenden hiſtoriſchen Abſchnitt beziehen will n).

Zum Beſchluß dieſer Materie iſt auch noch einiges von den Vikariaten in Italien zu gedenken. Daß unſere Kayſer in dieſes Königreich bisweilen eigene Vikarien geſchickt, und die Päbſte ſich in demſelben eines Generalvikariats angemaßt, auch die Könige von Neapolis bisweilen zu Vikarien und Paciarien in Italien beſtellt haben, iſt bereits weiter oben in dieſem Abſchnitte umſtändlich bemerkt worden. Auſſerdem trift man, in dieſem Zeitraume, noch eine Menge Reichsvikarien in Italien an, indem faſt eine jede Stadt ihren eigenen vom Kayſer geſetzten Vikarius hatte. Hiernächſt beſtellten die Kayſer noch Generalvikarien in den beſondern Provinzen von Italien, denen gleichſam die Aufſicht über jene zukam. Dergleichen Vikariat hatten z. E. über Piemont und einige umliegende länder die Fürſten des Hauſes Savoyen, welches ihnen faſt von allen Kayſern dieſes

m) S. Rettung des Churpfälz. Vikariats ꝛc., in den Beilagen, n. 11-13., ap. *Meyerum* l. c., T. I. p. m. 812 ſq. Cf. von Harpprecht *l. c.*, P. IV. Sect. I. §. 50. p. 43. n) S. den ſechſten Band des Auszuges ꝛc., ſowohl in der Vorrede, a 3 b. ff., als auch auf der S. 605. u. f. An letztern Orte wird die Vikariats-Beſtätigung K. Carls des *IV.*, durch einen Druckfehler, vom J. 1373. angeführt, da es heiſſen müſte: 1375. S. Io. Frid. *Hertling* Diſſ. de Regalibus Palatinis; (Heidelb., 1734. 4.) §. 4. p. 16.

dieſes Periodus iſt beſtätiget worden; ferner das Haus Viſconti über den Staat oder das heutige Herzogthum Mayland, und einen groſſen Theil der Lombardie. K. Carl der *IV.* ernannte im J. 1355. den Marggrafen von Montferrat, Johannes den *II.* zu ſeinem und des H. R. R. Vikarius zu Pavia und an a. O. m. K. Sigmund aber legte, im J. 1433., dem neuen Marggrafen von Mantua, Johann Franz Gonzaga, den Titel eines Vikarius in ſeinem Gebiete bey. Es würde zu weitläuftig fallen, alle dieſe verſchiedene kayſerliche und Reichsvikarien in Italien nahmhaft zu machen. Aufmerkſame Leſer werden bereits ſelbſt eine Menge derſelben in dem vorhergehendem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus bemerkt haben, und überhaupt kan ich meine Leſer bey dieſer Materie auf die gründliche Abhandlung des hochſeeligen Herrn Premierminiſtre von Münchhauſen verweiſen, in der alles weiter ausgeführt iſt o). Nur dieſes einige will ich noch von den italiäniſchen Reichsvikariaten der Häuſer Savoyen, Viſconti, Gonzaga ꝛc. bemerken, daß ſelbige beſtändig geweſen, und nicht blos auf den Fall, wenn der Thron erledigt, oder die Kayſer und Könige abweſend waren, ſich erſtreckt haben.

Müller hat als etwas beſonderes angemerkt p), daß, noch unter der Regierung K. Friedrichs

o) S. Gerl. Ad. *de Münchhauſen* Diſſ. de Vicariatu italico; Ienae 1712. 4. *recuſa*: Halae. 1738. 4., beſonders cap. II. et III. Cf. Io. Car. *Koenigii* Programma, paulo ſupra, *nota* v), citatum. K. Carls des *IV.* Urkunde vom J. 1355., über das dem Marggrafen von Montferrat beigelegte Vikariat ſtehet in *Lünigii* Cod. Ital. diplomat., T. I. p. 1365 ſqq.

p) in Seinem R. Tags Theatro unter K. Friedr. dem V., P. III. in der 6. Vorſtell. c. 51. §. 5. p. 199.

drichs des *III.*, der Ausdruck von Churfürſten, Fürſten und Ständen, in unſerm teutſchen Reichsſtil nicht üblich geweſen, ſondern nur ein einigesmal, in der Antwort der Reichsſtände auf das, im J. 1491., zu Nürnberg auf dem Reichstage vorgekommene, Project einer Verſchreibung der Churfürſten, Fürſten und anderer, zu Handhabung des Landfriedens, gefunden werde. Hiernächſt iſt die Anmerkung des Herrn Geheimen Juſtitzrath Pütters q) ganz richtig, daß man, in dieſen Zeiten, von der Berufung zum Reichstage noch nicht den Schluß auf die Reichsſtandſchaft machen könne. Dann manchsmal wurden einige, wie z. E. die Reichs-Ritterſchaft, auf einen Reichstag beruffen, um mit ihnen nur über ein oder andere Sache zu handeln. Ja man pflegte auch wohl nicht einmal alle und jede Reichsſtände auf den Reichstag zu beruffen, wie beſonders K. Friedrich der *III.* öfters gethan hat, der gemeiniglich diejenige wegließ, mit denen er in Feindſchaft lebte, oder die ihm nicht ergeben waren, worüber aber die anweſenden Reichsſtände manchsmal auf die künftige Beruffung aller Stände drangen. Allein ſoviel iſt doch richtig, daß ſchon zu Anfang dieſes Periodus der Charakter eines Reichsfürſtens mit in dem *iure Suffragii* beſtanden habe. Dann ſo heißt es z. E. in dem Heßiſchen Fürſtenbriefe r): *Quodque idem* Lantgravius (ſcil. *Henricus Infans*) *et ſui heredes ſpecialiter ratione praedictarum poſſeſſionum et bonorum pro* PRINCIPIBVS *habeantur*, - - *gaudeantque* SVFFRAGIIS, *bonoribus ac privilegiis* PRINCIPATVS.

Die

q) in Seinen Staatsveränderungen des T. Reichs; (Gött., 1753. 8.) Sect. X. § 13. p. 244 nota a).

r) I. G. *Eſtor* in Origg. I. P. Haſſ.; (Francof. ad Moen., 1752. 8.) p. 130.

Die alten groſſen Herzogthümer Schwaben und Franken, waren nunmehro gänzlich erloſchen, und die beiden andern, Sachſen und Bayern nur noch dem Nahmen nach übrig, indem ihr itziger Zuſtand blos ein Schatten gegen die vorige Zeiten war. In Anſehung Schwabens will zwar von einigen vorgegeben werden, daß K. Rudolf der *I.* dieſes Herzogthum wieder aufgerichtet, und mit ſelbigem ſeinen jüngſten Sohn Rudolf, auf dem Reichstage zu Augſpurg im J. 1282 belehnt habe. Es verdient aber dieſes Vorgeben nicht den geringſten Glauben. Doch will ich nicht in Abrede ſtellen, daß K. Rudolf in ſeinen letztern Regierungsjahren die Abſicht mag gehabt haben, für ſeinen erwähnten Sohn Rudolfen in Schwaben, im Elſaß, in der Schweitz und in den burgundiſchen Ländern, mit Zuziehung der alten Habsburgiſchen Stammgüter, ein anſehnliches Herzogthum zu errichten. Allein der hartnäckige Widerſtand der Stände in dieſen Provinzen hinderte vermutlich deſſen Abſichten, und das, noch bey ſeinem Leben, erfolgte Abſterben ſeines Sohnes Rudolfs vereitelte vollends dieſes Vorhaben [s]). Auch K. Ludewig der Bayer gedachte auf die Wiederaufrichtung des alten Herzogthums Schwaben, welches er ſeinem zweiten Sohn Stephan geben wolte. Dieſer Herr hatte eine Sicilianiſche Prinzeßin zur Gemalin, die von ihrer Großmutter her von K. Friedrich dem *II.* abſtammte. Vielleicht alſo daß der Kayſer, wegen dieſer hohenſtauffiſchen Abſtammung den Titel eines Herzogs von Schwaben für ſeinen Sohn wieder wolte geltend machen. Er legte ihm wenig-

s) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 566. f. et 621. f. Cf F. F. Schrötters zweite Abhandl. aus dem Oeſterreich. Staatsrechte, Sect. III. §. 2. ſq. p. 123 ſqq.

wenigſtens ſelbigem im J. 1343. bey, und wies ihm auch die Stadt **Ravenſpurg**, als den alten Sitz der **Herzoge von Schwaben**, nebſt einigen geringen Einkünften zur **Reſidenz** an. Da aber der gute **K. Ludewig** nicht lange hernach von neuem ins Gedränge kam, und er nöthig fand, auch die geringere **Reichsſtände** in guten Willen gegen ſich zu erhalten; ſo unterblieb die Ausführung dieſes Vorhabens, und **H. Stephan** ſcheint den Titel eines **Herzogs von Schwaben** nicht lang geführt zu haben [t]). Nachher nahm der großmüthige **H. Rudolf** der *IV.* von Oeſterreich auf ſeinen **Siegeln** den Titel eines **Herzogs** von **Schwaben**, und in ſeinen **Urkunden**: eines **Fürſtens zu Schwaben** an. Aber **K. Carl** der *IV.* zwang ihn, daß er ſchon im J. 1360., in dem zu **Eßlingen** geſchloſſenem Vertrage, verſprechen muſte, den **herzoglichen Titel von Schwaben** wieder fahren zu laſſen. Und da er dieſes Verſprechen nicht ſogleich ins Werk richtete; ſo drang der **Kayſer**, in einem, im folgenden Jahr, an ihn erlaſſenem Schreiben, auf deſſen Erfüllung. Von der Zeit an kommt der Titel eines **Herzogs** oder **Fürſtens zu Schwaben**, in **unſerm Periodus**, nicht weiter vor, und diejenigen Urkunden, in denen man ihn antrift, ſind wenigſtens in Anſehung der Titulatur verdächtig [u]).

Was den **Titel** eines **Herzogs** von **Franken** anbelangt; ſo wurde derſelbe in **dieſem Periodus** auch wieder erneuert. Es nahm nehmlich Biſchof **Gottfried** von Würzburg, der aus der Familie der **Reichserbſchenken** von **Limburg** ent-

t) von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., §. 136. p. 313 ſq. und im Auszuge ꝛc. der dritte Band, S. 368. f., *ibique citati*. u) S. Eben daſelbſt, S. 668. und Schröttern *l. c.*, P. II. Sect. III. §. 4 ſq. p. 127 ſqq. *coll.* Sect. I. §. 18. p. 49 ſqq.

entſproſſen war, denſelben im J. 1450. neuerlicher Weiſe an. Denſelben haben auch hierauf alle folgende **Biſchöfe** von **Würzburg** fortgeführt, aus was für einem Grunde aber, darüber ſind die Skribenten nicht einerley Meinung. Nachher ſoll auch **P. Pius** der *II.*, auf dem **Convente** zu **Mantua** im J. 1459., dem damaligen Marggrafen von Brandenburg zu **Anſpach**, **Albrechten**, den Titel eines **Herzogs** von **Franken** beigelegt haben, oder vielleicht hat der kluge **Pabſt** vielmehr nur die Gründe für gültig erkannt, welche der Marggraf **Albrecht** demſelben mochte vorgelegt haben, daß er zu Führung dieſes Titels gleichfalls berechtiget wäre [v]). Dann da er in **Franken** ein anſehnliches **Fürſtenthum** beſaß; ſo war er dazu eben ſo befugt, als wie der **Biſchof** von **Würzburg**. Und ſchon über anderthalbhundert Jahre vorher, nehmlich im J. 1305., hatte ſich Marggraf **Hermann** der **Lange** von Brandenburg, wegen des von ihm beſeſſenen Theils der Hennenbergiſchen Länder, gleichfalls *Dominum Franconiae* genannt [w]), bey welchem Titel derſelbe gewis nicht die Abſicht auf das **ganze Frankenland** gehabt hat.

In dem, nur blos dem Nahmen und Titel nach, annoch übrigen **Herzogthum Sachſen** waren nach dem Abſterben Churfürſt **Albrechts** des *I.* von Sachſen, kurz vor Anfang **unſers Periodus**, **zwey Linien** entſtanden, da ſich nehmlich deſſen beide Söhne, **Johann** und **Albrecht** der *II.*, in

v) S. den ſechſten Band des Auszuges, S. 270. f. und 411. f. et *Scriptores* ibi in *Notis* v) et n) allegatos, beſonders die Vorrede zu Ludewigs Würzburg. Geſchichtſchreibern, §. 18. w) Spangenbergs Henneberg. Chronica, L. II. c. 33. p. m. 121. Ludewig verwandelt, an dem erſt angeführten Orte, den Titel: *Dominum*, in: *Ducem*.

die väterlichen länder theilten, und der erſtere **Lauenburg**, der andere aber **Wittenberg** zu ſeinem Sitze nahm. Darüber iſt das **Herzogthum Sachſen-Lauenburg** entſtanden, deſſen Beſitzer an der **Sächſiſchen Churſtimme** Antheil haben wolten, und hernach auf die erledigte **Sächſiſche Chur** Anſprüche machten, jedoch vergeblich. Es iſt hiebey merkwürdig, daß die **Oberſächſiſchen Herzoge zu Wittenberg**, kaum anderthalbhundert Jahre nach der geſchehenen Theilung, die **Niederſächſiſchen Herzoge zu Lauenburg** nicht für ihre Vetter erkennen wolten, und ihre gemeinſchafliche Abſtammung mit denſelben in Zweifel zogen r). Das ſchon ohnehin, ſeit der Achtserklärung H. **Heinrichs des Löwen**, ſehr geſchwächte **Herzogthum Bayern** wurde durch die gegen Ende des **vorigen**, und in **dieſem Periodus**, vorgegangene öftere Theilungen noch mehr zertrümmert, und behielt alſo von ſeinem vorigen Glanze und groſſem Anſehen faſt nichts mehr übrig.

Es ſtarben auch einige bisher geblühete **Fürſtliche Familien** in **unſerm Periodus** aus, und ihre länder kamen an andere Häuſer. Nicht zu gedenken der beiden **aſkaniſchen Linien** der **Churfürſten** von **Sachſen** und **Brandenburg**, weil ihr Stamm noch in den Herzogen von Sachſen-Lauen-

r) (D. **Mithofens**) gründl. Fürſtell. und Erweiſung, daß die Succeſſion in und an dem Fürſtenth. Lauenburg : : : dem Hauſe Anhalt allein von Rechtswegen gebühre ꝛc. (ſ. l. 1689. fol.) B. 1 b. ſq. Levini *von Ambeer* (i. e. Imm. **Webers**) Sachſen-Lauenburg. Stammfall und ſtreitigen Landes-Anfall ꝛc.; (Hamb., 1690. 4.) P. I. §. 11., in *Londorpii* Act. publ., T. XVII. L. XX. c. 3. n. 1. p. 82 ſq. Cf. J. G. **Horns** Leben Churf. Friedrichs des Streitbaren von Sachſen, Sect. V. §. 9. et 11. p. 181 ſqq. et 193 ſqq.

Lauenburg und Fürſten von Anhalt übrig blieb;
ſo gehören hieher die Herzoge von Limburg, die
mit Walram dem *V.* ausgiengen, worauf ihr Land 1282
an die Herzoge von Brabant gelangte [y]). Auch
von dieſen nahm der Mannsſtamm mit H. Jo- 1355
hannes dem *III.* ein Ende, und ſeine Länder kamen
anfänglich, durch ſeine älteſte Tochter Johanna an
den H. Wenceslaus von Luxemburg, und nach
deren beider unbeerbten Abſterben an die Nachkom-
men ſeiner zweiten Tochter Margareta, nehmlich
an die Prinzen des zweiten burgundiſchen Hau-
ſes [z]). Es war zwar noch eine, von den alten
Brabantiſchen Herzogen abſtammende, Seiten-
linie vorhanden, nehmlich die Landgrafen von
Heſſen. Aber ſie konnten die Erbfolge in dieſen
ihren urgroßväterlichen Ländern nicht erhalten [a]).
Schon vorher waren die neuern Herzoge von 1331
Kärnthen und gefürſtete Grafen von Tyrol
mit dem H. Heinrich ausgeſtorben, worauf ſogleich
Kärnthen, und nach einigen Jahren auch Tyrol 1363
an die Herzoge von Oeſterreich kam [b]).

In den Niederlanden gieng die Naſſaui- 1372
ſche Linie der Herzoge von Geldern mit dem
H. Eduard aus, worauf ihm ſeine beide Schwe-
ſterſöhne, Wilhelm und Rainald, aus dem Ge-
ſchlechte der Herzoge von Jülich folgten. Nach
des

y) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 595. f. z) Eben daſelbſt, im dritten Bande, S. 610. ff. et 626. f. und im vierten Bande, S. 447. ff. a) S. D. A. *Koppii* ius ſucced. in Brabantiam, quod Ser. Domus Haſſo-Caſſellana iure optimo ſibi adſerit; Marb., 1748. f. und (C. L. *Kochii*) ius Haſſorum in Brabantiam commune Ser. Landgraviis Haſſiae utriusque Domus; Gieſſae, 1748. f., beſonders Sect. I. §. 17. p. 42 ſqq. b) S. den Auszug, im dritten Bande, S. 287. ff. und 683. ff.

1423 des Letztern unbeerbten Abſterben ſetzte ſich deſſen
Schweſter Enkel, Arnold von Egmond, auch
wider Willen des Kayſers in den Beſitz von Gel-
dern; doch verkaufte er nachmals ſein Herzog-
thum an H. Carln den Kühnen von Burgund,
der ſich deſſen bemächtigte, und darüber von K.
Friedrich dem *III.* die Lehen empfieng [c]. Das
1437 Geſchlecht der Herzoge von Luxemburg erloſch
in männlichen Erben mit K. Sigmunden, das
Herzogthum Luxemburg aber war ſchon vorher
an die Herzoge von Burgund gekommen [d]. Mit
dem Patriarchen von Aquileja, Ludewig, gien-
1439 gen auch die Herzoge von Teck aus, die von den
alten Herzogen von Zäringen abſtammten, deren
Güter gröſtentheils ſchon vor ihren Ausſterben, an
die Grafen von Würtenberg gekommen waren,
die ihnen noch übrig gebliebene Herrſchaft Mindel-
heim in Schwaben aber bekamen des letzten H.
Ludewigs Schweſterſöhne, die Herren von Rech-
1456 berg [e]. Unter K. Friedrich dem *III.* beſchloß
Graf Ulrich das Geſchlecht der gefürſteten Gra-
fen von Cilley, deſſen Güter der Kayſer an ſich
zog [f]. Endlich kan man auch noch unter die aus-
geſtorbenen Fürſtlichen Häuſer in Teutſchland
die Herzoge von Burgund jüngerer Linie, we-
gen

c) Eben derſelbe, im dritten Bande, S. 761. ff. im fünften Bande, S. 389. ff. et 509. im ſechſten Bande, S. 123. et 712. ff. und im ſiebenden Bande, S. 4.

d) Eben daſelbſt im vierten Bande, S. 451. ff. und im ſechſten Bande, S. 130 = 141.

e) C. F. Sattlers hiſtor. Beſchreibung des Herzogth. Würtemberg; (Stuttg. und Eßlingen, 1752. 4.) P. II. c. 34. §. 7 ſq. p. 104 ſq. und *Schoepflini* Hiſt. Zaringo-Badenſis, T. I. L. II. c. 9. §. 15-17. p. 218 ſqq.

f) S. den ſechſten Band des Auszuges, S. 350. ff.

gen ihrer anſehnlichen Beſitzungen in den Nieder=landen, rechnen, deren Mannsſtamm mit H. 1477
Carln dem Kühnen ein Ende nahm, und deſſen Erbtochter Maria dieſe von ihren Vorfahren beſeſſene Reichsländer an ihren Gemahl, den Erzherzog Maximilian, und hiedurch an das Erzhaus Oeſterreich brachte g).

Dieſer erzherzogliche Titel von Oeſterreich iſt übrigens nicht erſt in unſerm itzigen Periodus neu entſtanden, wie ſonſt faſt allgemein, und itzo noch von verſchiedenen, will vorgegeben werden, ſondern es wurde derſelbe nur wieder erneuert, und aus ſeiner bisherigen Vergeſſenheit gezogen. Bereits in der Erhöhungsurkunde der bisherigen Marggrafſchaft Oeſterreich zu einem Herzogthum vom J. 1156. heißt es, daß hinführo der H. von Oeſterreich als einer *de Palatinis* ARCHIDVCIBVS gehalten werden ſolle, wodurch er den übrigen groſſen Herzogen in Teutſchland gleich geſtellt, und von den ſchlechten Fürſten unterſchieden wurde h). Indeſſen machten die Herzoge von Oeſterreich, ſowohl aus dem babenbergiſchen, als habsburgiſchen Stamm, von dem Titel eines Erzherzogs, über zweyhundert Jahr lang, keinen Gebrauch. Nachdem aber K. Carl der *IV.* den Churfürſten ſo groſſe Vorzüge vor andern Fürſten, in der G. B., zugeſtanden hatte; ſo bewog dieſes ohne Zweifel den jungen und ehrbegierigen H. Rudolfen den *IV.* von Oeſterreich, daß er den ganz vergeſſenen erzherzoglichen Titel wieder hervorſuchte, und ſich in ſeinen meiſten Urkunden und Siegeln vom J. 1359. an, einen Phallenz Erzherzog, *Palatinum Archiducem* nannte,

g) Eben daſelbſt im ſiebenden Bande, S. 272. f. und 148. ff. h) Eben daſelbſt, im zweiten Bande, S. 272. f. et plures *ibi* citati.

nannte, auch die königlichen Zierden öffentlich annahm. Er muſte aber die leztern, und den Titel eines Pfalzgrafens, auf das ernſtlichſte Andringen K. Carls des *IV.*, wieder ablegen, hingegen hat er den Titel eines Erzherzogs bis an ſeinen im J. 1365. erfolgten, Tod bisweilen geführt, den ihm aber weder der Kayſer, noch andere Reichs- oder auswärtige Fürſten gegeben haben, ſo viel man aus den bisher gedruckten Urkunden erſehen kan.

Nach des Erzherzog Rudolfs Abſterben haben ſeine beide hinterlaſſene Brüder, Albrecht und Leopold, des erzherzoglichen Titels ſich nicht bedient, ob ſie gleich, bey deſſen Lebzeiten, ſich bisweilen, in einigen mit ihm gemeinſchaftlich ausgefertigten Urkunden, Erzherzoge geſchrieben haben. Allein des leztgedachten H. Leopolds dritter Sohn, Ernſt der Eiſerne, ſuchte dieſen Titel wieder hervor, und nannte ſich in ſeinen Urkunden und Siegeln bisweilen einen Erzherzog. Es fand nun zwar dieſe Benennung, von Seiten des Kayſers und der Reichsſtände, keinen Widerſpruch; aber man wird doch auch keine, wenigſtens unter den bisher gedruckten, und von den Kayſern oder Churfürſten an die öſterreichiſche Regenten ausgeſtellten, Urkunden aufzeigen können, worinnen der erzherzogliche Titel einem öſterreichiſchen Fürſten beigelegt wäre. Um alſo allen Zweifel, der etwa die andere Reichsſtände davon zurückgehalten, vollends zu heben; ſo verordnete K. Friedrich der *III.*, in dem Freiheitsbriefe für Oeſterreich vom J. 1453., daß die Fürſten des Hauſes Oeſterreich, welche die Fürſtenthümer Steyer, Kärnthen und Crain, innhaben und regieren würden, von ſeinen Nachkommen am Reich, und allen andern Churfürſten und Fürſten hinführo Erzherzoge genannt, und dafür gehalten werden ſollen.

ſollen. Und hierauf hat K. Friedrich der *III.* noch insbeſondere dem H. Sigmund von Oeſterreich von der Tyroliſchen Linie, im J. 1477., die Erlaubnis gegeben, den erzherzoglichen Titel ebenfals führen zu dörfen. Uebrigens will ich beiläufig nur noch dieſes bemerken, daß der vorhin gedachte Erzherzog Rudolf der *IV.* von Oeſterreich zuerſt den Titel eines Herzogs von Crain angenommen habe, der hierauf von allen folgenden öſterreichiſchen Fürſten iſt beibehalten worden i).

Die Veränderungen, ſo mit einigen Provinzen vorgefallen ſind, und beſonders die, in unſerm Periodus vorkommenden, häufigen Standeserhöhungen gaben Anlaß, daß mehrere Reichsfürſten in Teutſchland entſtanden, von denen man in den vorigen Zeiten nichts wußte. Hieher gehören erſtlich die Landgrafen von Heſſen. Der brabantiſche Prinz, Heinrich das Kind, der, gegen Ende des vorigen Periodus, das von Thüringen getrennte Heſſenland zu ſeinem Eigenthum erhielt, war zwar ein gebohrner Fürſt, und er ſchrieb ſich daher, in ſeinen ältern Urkunden, bisweilen: *Ducem Brabantiae*, gemeiniglich aber anfangs: *Lantgravium Thuringiae*, und hernach nur ſchlecht weg: *Lant-*

i) Von dem erzherzoglich-öſterreichiſchen Titel findet man die beſte Nachrichten aus den Quellen beym Schrötter *l. c*, P. II. Sect. I. beſonders §. 12-22. p. 1 ſqq. et 21-65. Cf. 1) J. F. Joachim von dem Titel Ertz-Hertzog, welchen das Haus Oeſterreich führet, in Deſſen vermiſchten Anmerckungen, P. I. n. 1. p. 1 ſqq. und in den Schriften der Prüfenden Geſellſchafft zu Halle, im I. Bande; (Halle, 1741. 8.) im VII. Stücke, n. 3. p. 581-601. und 2) I. H. *Felzii* Auſtria Princeps, ſ. Diſſ. de auguſtiſſ. Dom.. Auſtr. praerogativis illuſtrior.; (Argentor., 1721. f.) cap. I. §. 4 ſqq. p. 5 ſqq.

Lantgravium et Dominum Haſſiae. Allein er war deswegen kein Reichsfürſt, der unter den übrigen Reichsfürſten Sitz und Stimme auf den Reichstägen gehabt hätte; dann Heſſen war kein Reichslehen, ſondern nur ein Allodium. Um nun dieſer Rechte theilhaftig zu werden, trug er die ihm zugehörige Stadt Eſchwege dem K. Adolfen und dem Reiche zu einem Lehen auf, wozu der Römiſche König das, nicht weit davon gelegene Schloß Boyneburg, ſo von alten Zeiten her ein Reichslehen geweſen war, ſchlug, und mit dieſen Stücken, unter dem Nahmen eines Reichsfürſtenthums, Heinrichen das Kind belehnte, den er, in der darüber ausgefertigten Urkunde, einen Landgrafen von Heſſen nennt. Es haben aber der erſterwähnte Landgraf Heinrich und ſeine Nachkommen ſich, noch eine geraume Zeit, des ſonſt gewönlichen Titels der Landgrafen, und Herren von Heſſen bedient, bis endlich deſſen Enkel, Heinrich der Eiſerne den Zuſatz eines: DOMINI *Haſſiae*, mit der Zeit völlig abgelegt, und ſich, nebſt ſeinen Nachkommen, blos: Landgraf von Heſſen, geſchrieben hat. Und da auch anfänglich nicht die ganze Herrſchaft Heſſen, ſondern nur ein Stück davon in ein Fürſtenthum und Reichslehen verwandelt worden; ſo iſt endlich, wie es ſcheint, im vierzehenten Jahrhundert, das ganze eigentlich ſo genannte Heſſenland, entweder ſtillſchweigend, oder ausdrücklich, als ein aus verſchiedenen Particulierſtücken, ſowohl Allodien, als Lehen, zuſammen gebrachtes Corpus und Reichsfürſtenthum angeſehen, und vom Kayſer und Reiche, mit dem Titel einer Landgrafſchaft, zu Lehen genommen, oder gegeben worden, welchen Ausdruck: der Landgrafſchaft Heſſen,

man,

man, meines Wiſſens, zuerſt in K. Sigmunds Lehenbrief vom J. 1417. antrift [k]).

Die zweite Stelle unter den neuen Fürſten, in unſerm Periodus, würde man den Herzogen von Luxemburg anweiſen müſſen, wenn dem Vorgeben des Abt Tritheims [l]) zu glauben wäre, nach deſſen Erzälung K. Heinrich der *VII.*, auf dem Reichstage zu Speyer, ſeinen einigen Sohn Johannes zum erſten Herzog von Luxemburg ſoll erklärt haben. Allein es iſt an dieſem Vorgeben um ſo mehr zu zweifeln, weil ſowohl dieſer Johannes, als auch ſein Sohn Wenceslaus, in allen mir bekannt gewordenen Urkunden, welche Luxemburg betreffen, niemals den Titel der Herzoge, ſondern nur der Grafen von Luxemburg geführt haben. Hiernächſt wird auch, in der noch vorhandenen Erhöhungsurkunde des Herzogthums Luxemburg von K. Carln dem *IV.* und dem J. 1356., ganz und gar nicht blos einer Erneuerung des herzoglichen Titels gedacht, ſondern der Kayſer ernennt ſeinen Bruder Wenceslaus zum erſten Herzog von Luxemburg, ſetzt ihn den andern Reichsfürſten gleich, und erklärt Luxemburg nunmehro zu einem Fahnlehen [m]).

Hingegen iſt es auſſer Streit, daß K. Heinrich der *VII.* den Grafen Berthold von Henneberg, und den Grafen Amadeus von Savoyen zu gefürſteten Grafen gemacht habe. Von des erſtern Standeserhöhung werde ich weiter unten das

k) *Eſtor* l. *paulo ante* c., L. III. c. 18-20. §. 65-73. p. 126-151. und C. F. Ayrmanns Einleit. zur Heßiſchen Hiſt.; (Frkf. und Leipz., 1732. 8.) Sect. IV. c. 1. §. 29-37. p. 244-256. l) in *Chron. Hirſaug.*, P. II ad a. 1309. p. m. 119. m) *Leibnitii* C. I. G. D., P. I. n. 94. p. 207 ſq.

das Nöthige gedenken, wo auch noch von mehrern gefürſteten Grafen und Prälaten dieſes Periodus zu handeln ſeyn wird. Von dem letztern aber will ich gleich hier das Weitere beibringen, weil ſeine Nachkommen noch in dieſem Periodus die herzogliche Würde erhalten, und daher, noch bis auf den heutigen Tag im Fürſtlichen Collegium auf dem Reichstage das Sitz- und Stimmrecht haben. K. Heinrich der *VII.* hat nehmlich im J. 1310., auf ſeinem damaligen Römerzuge, in der Stadt Aſti, den vorerwähnten Amadeus, Grafen von Savoyen, zu einem gefürſteten Grafen ernannt, und der Grafſchaft Savoyen den Nahmen und die Privilegien eines Fürſtenthums ertheilt. Dieſe Erhöhung beſtätigte er nun im J. 1313. auf ſeiner Rückreiſe vom Rom, und während ſeinem Aufenthalte zu Piſa. Etwas über hundert Jahr hernach, nehmlich im J. 1416., hat dieſes Kayſers Urenkel, K. Sigmund, des gedachten Amadeus Ur-Urenkel, Amadeus den *VIII.*, zum Herzog von Savoyen, und Savoyen zu einem Herzogthum erhoben, auch ihn zu Chambery öffentlich damit belehnt n).

K. Ludewig der *IV.* hat, währender ſeiner Regierung, die Anzal der Reichsfürſten mit zwey neuen Fürſten vermehret. Er erhob nehmlich, im J. 1339., ſeinem Alliirten, dem K. Eduard von Engelland, zu Gefallen, deſſen Schwager, den bisherigen Grafen von Geldern, Raynaldus den *II.*, zum erſten Herzog dieſes Nahmens. Auſſer dem ihm zugleich beigelegten neuen Reichserbamte, deſſen ich bereits weiter oben erwähnt habe, wies er ihm auch vier Erbbeamten, nehmlich einen Truchſeß (*Oeconomum*,) Marſchall, Schen-

n) S. den Auszug, im dritten Bande, S. 71. und im fünften Bande, S. 223., *ibique* allegatos.

Schencken und Kämmerer an, und zwar, wie es in der Urkunde heißt: *ad maiorem dicti* DVCATVS *et* PRINCIPATVS *ſplendorem* - - IVXTA MOREM IMPERII, und gab ihm das Recht goldene Münzen ſchlagen zu können o).

Insgemein ſetzt man auch die Erhebung Graf Wilhelms des *VI.* von Jülich zu einem Marggrafen in eben dieſes Jahr 1339. p). Es hat aber ſchon der ſeelige Profeſſor Dithmar q) bemerkt, daß dieſe Standeserhöhung frühzeitiger müſſe geſchehen ſeyn. Und ich ſelbſt habe, aus dem CHRONICO LEOBIENSI, deſſen zwar unbekannter, aber gleichzeitiger Verfaſſer allen Glauben verdient, bereits in dem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus gezeigt, daß K. Ludewig, ſchon im J. 1336., ſeinen Schwager, den gedachten Graf Wilhelmen zum Marggrafen gemacht habe r). Es iſt auch daran um ſo weniger zu zweifeln, nachdem ich ſeit der Zeit die Urkunde ſelbſt ausfündig gemacht habe, in welcher K. Ludewig den Grafen Wilhelm zu einem Marggrafen, und die Grafſchaft Jülich zu einer Marggrafſchaft und Reichsfürſtenthum erklärt hat. Zugleich ertheilt der Kayſer ſeinem Schwager, dem neuen Marggrafen und ſeinen Nachfolgern ein Reichserbamt, nehm-

o) *Leibnit.* l. c., P. I. n. 78. p. 151 ſq. Cf. der Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 335. f. et plures *ibi* citatos. p) S. *Trithemii* Chron. Hirſaug., P. II. ad a. 1339. p. m. 185., und Adelarii *Erichii* Gülichiſche Chronic; (Leipzig, 1611. fol.) f. 290. a. *coll.* L. VII ad a. 1319. wo er dieſe Standeserhöhung ſchon in das J. 1319. ſetzt, und bemerkt, daß ſie von andern bey dem J. 1329. angegeben werde. q) in *Notis* ad *Teſchenmacheri* Annal. Cliviae etc., P. II. p. 395. nota 2). r) S. den Auszug ꝛc. im dritten Bande, S. 305. in der Note †).

nehmlich: *ut regiae et imperiali Maieſtati* ASSISTANT AD SCEPTRVM *regale et imperiale*, ſowohl bey Krönungen, als auch bey andern öffentlichen Zuſammenkünften des Kayſers und der Fürſten. Und endlich weiſet er ihm, auſſer noch einigen andern Rechten und Begnadigungen, vier Erbbeamten an, nehmlich den Truchſeſſen, Marſchallen, Schencken und Kämmerer. Dieſe Standeserhebung hat nachmals K. Ludewig, auf dem frankfurtiſchen Reichstage, im J. 1339., beſtätiget, und darüber Willebriefe von den anweſenden Churfürſten ausſtellen laſſen, welches die Urſache seyn mag, weswegen dieſe Erhöhung insgemein erſt in das J. 1339. geſetzt wird s). Eben dieſer Marggraf Wilhelm der *VII.* von Jülich iſt nachmals von K. Carln dem *IV.*, auf dem groſſen Reichshofe zu Metz, im J. 1356., zu einem Herzog von Jülich ernannt, und deſſen bisherige Herrſchaft Falckenberg zu einer Grafſchaft gemacht worden, worüber er nachher im folgenden Jahr an den Churfürſt Ruprechten den ältern von Pfalz einen Revers ausgeſtellt hat, daß dieſe ſeine Erhöhung ſeiner Lehensverbindlichkeit gegen Chur-Pfalz unnachtheilig ſeyn ſolle t).

Auch K. Carl der *IV.* hat verſchiedene neue teutſche Reichsfürſten gemacht. Auſſer denen bereits angeführten Herzogen von Luxemburg und
1348 Jülich, wurden von Carln dem *IV.* die beiden Brüder und Herren von Mecklenburg, Albrecht

und

s) Adam. Mich. *Mappii* Annal. Iuliae Montiumque Comitum, Marchionum et Ducum; (Colon. Agripp., 1731. fol.) T. I. ad a. 1336. p. 69 ſq. et 71. t) *Trithemius* l. c., P. II. ad a. 1356. p. m. 229. *Mappius* l. c., T. I. p. 80 ſq. *Teſchenmacher* l. c., P. II. p. 395. nota 3). Cf. *Tolneri* C. D. Pal., n. 83. p. 70.

und Johann zu Herzogen erklärt. Dieſe beide Herren hatten, ſchon im vorigen Jahr, das ihnen zuſtändige Land Stargard dem Kayſer und dem Reiche zu Lehen aufgetragen, und nun begaben ſie ſich zu K. Carln dem *IV*. nach Prag, wo ſie demſelben auch ihre übrige Länder, bis auf das Land Roſtock, ſo damals noch von der Krone Dännemark zu Lehen gieng, zum Reichslehen auftrugen, und ihr anweſender Oheim, Churfürſt Rudolf von Sachſen, entſagte in die Hände des Kayſers auf die in Mecklenburg habende Lehen. Auf deſſen Empfehlung nahm nun hauptſächlich K. Carl der *IV*. dieſe Erhöhung der Herren von Mecklenburg zu Herzogen, und ihrer angezeigten Länder zu einem Herzogthum vor, wobey er noch die Nebenabſicht hatte, dieſe neue Herzoge ſich deſto genauer zu verpflichten, und durch ſie ſeinem Gegner, dem Churfürſten Ludewig von Brandenburg, in der damals mit dem Pſeudowaldemar geſpielten Comödie, eine mächtige Diverſion zu machen. Nach den Auszügen aus der groſſen Chemnitziſchen Chronick beym Gerdes ſoll K. Carl der *IV*. den neuen Herzogen, bey ihrer Belehnung, das Schwerdt zur Beſchirmung der Nothleidenden in die Hände geſtellt, und ihnen die Freiheit ertheilt haben, in ihren Landen eine Grafſchaft anzurichten, worauf ſie auch im folgenden Jahr 1349. die Grafſchaft Fürſtenberg errichtet, und damit Otten von Dewitz belehnt hätten. Allein in dem angeführten Lehenbriefe ſelbſt ſtehet hievon nichts; hingegen hat nachmals K. Carl der *IV*., im J. 1377., dieſe Erhebung beſtätigt, und in der darüber ausgefertigten Urkunde die ſämtliche von den Herzogen damals beſeſſene Länder, nehmlich die Länder Mecklenburg, Stargard und Roſtock, wie auch die Grafſchaft Schwerin: *in verum unitum feudum ac ſoli-*

dum indiviſum DVCATVM MAGNOPOLENSEM, erhoben u).

Ob K. Carl der *IV.* den Robert, Grafen von Barr, zum Herzog dieſes Namens erklärt habe, darüber ſind die Teutſchen, Lothringiſchen und Franzöſiſchen Schriftſteller noch nicht einerley Meinung. Die Letztern wollen nehmlich behaupten, daß ſolche Standeserhöhung von ihrem König Johannes geſchehen ſey, welches aber die Erſtern beſtreiten. Nach genauer Prüfung der beiderſeitigen Gründe, ſtimme ich vornehmlich dem Chifletius bey, welcher die Erhöhung des gedachten Graf Roberts zu einem Marggrafen von Pont a Mouſſon in das J. 1354., und zu einem Herzog von Barr in das Ende des J. 1356., oder in den Anfang des J. 1357., ſetzt, auch dieſe beide Standeserhebungen K. Carln dem *IV.* zueignet. Wegen des dem Robert beigelegten Titels eines Marggrafen von Pont a Mouſſon hat es wohl keinen Zweifel, weder in Anſehung des Jahrs, noch in Anſehung des Urhebers deſſelben. Allein von dem Titel eines Herzogs von Barr giebt Calmet vor, daß denſelben Graf Robert, laut einer ihm vorgekommenen Urkunde, bereits den 29. Jenner 1355. geführt, und ſelbigen vielleicht eigenmächtig angenommen habe, ohne hiezu weder von dem Kayſer, noch von dem K. von Frankreich, ernannt worden zu ſeyn. Da aber Calmet die Urkunde, worauf er ſeine Meinung gründet, nicht beigebracht hat, ſondern vielmehr ſelbſt einräumt, daß man noch von dem Ende des J. 1356. Urkunden finde, worinnen K. Carl

u) S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 458. et *plures Scriptores* ibi in *nota tt*) allegatos, quibus adde: H. H. Klüvers Beſchreib. des Herzogth. Mecklenburg, T. I. p. 301-369. 379 ſqq. et 695 ſqq.

K. Carl der *IV*. den mehrerwähnten Robert nicht einen Herzog, ſondern nur einen Grafen von Barr nennet, ſelbiger aber gleich im folgenden Jahr 1357. den Titel eines Herzogs von Barr führet; ſo iſt ſehr glaublich, daß K. Carl der *IV*. dem Robert, auf dem damaligen groſſen Reichshofe zu Metz, den Titel eines Herzogs von Barr ertheilt habe. Indeſſen hatte er denſelben ſchon durch ſeine Erhebung zu einem Marggrafen von Pont a Mouſſen zu einem Reichsfürſten gemacht, wie man aus dem den Einwohnern der Marggrafſchaft Pont a Mouſſon ertheiltem kayſerlichen Gnadenbriefe vom J. 1356. erſehen kan v).

Insgemein wird vorgegeben, daß der Graf Wilhelm von Bergen, bey der Gelegenheit, daß K. Carl der *IV*. ſeinen älteſten Sohn Wenceslaus zu Aachen zum Römiſchen König hat krönen laſſen, zum erſten Herzog von Bergen ſey erklärt worden w). Auf ſolche Art würde ſeine Standeserhöhung noch von K. Carln dem *IV*., und ſchon im J. 1376., nicht aber erſt im J. 1378., geſchehen ſeyn. Allein nachdem die Erhöhungsurkunde, auf welche ſich ſchon der Jeſuite Schaten beruffen

 hat

v) *Albert. Argentin.*, l. c., p. 161. Chronique du *Doyen* de *S. Thiebaut* de *Metz*, apud *Calmet*, l. mox cit., T. II. dans *les Preuves*, p. 173. *Chifletii* Commentarii Lotharienſ., c. 3. et 4. p. 12 ſqq. et 17 ſqq. *Calmet* Hiſt. de Lorraine, T. II. L. 26. n. 31-33. p. 537-542. Sed cf. Geſch. der Akad. der ſchönen Wiſſenſchaften zu Paris, P. X. n. 4. p. 42 ſqq. w) S. *Gobelin. Perſonam* in Coſmodrom., Aet. VI. c. 70., in *Meibomii* Scr. rer. germ., T. I. p. 286. *Herm.* de *Lerbeke* Chron. Com. Schawenburg., ap. *Eundem* ibidem, T. eod. p. 519. et *Erdwini Erdmanni* Chron. Epiſcop. Osnabrug., ap. *Eundem* ibid., T. II. p. 237.

hat x), nunmehro zum Vorſchein gebracht worden; ſo erhellt aus derſelben unwiderſprechlich, daß erſt K. Wenceslaus, bey ſeinem abermaligen Aufenthalte zu Aachen, den 24. May 1380., den Grafen Wilhelm von Bergen und Ravenſperg zu einem Herzog, und die bisherige Grafſchaft Bergen zu einem Herzogthum gemacht habe, womit er in Zukunft, gleich andern Fürſten, mit der Fahne belehnt werden ſolte. Zugleich ertheilt er ihm dasjenige Reichserbamt, welches vor etlich und zwanzig Jahren K. Carl der *IV.* den Herzogen von Luxemburg gegeben hatte y). Auf dem
1417 Concilium zu Coſtnitz hat nachmals K. Sigmund den Graf Adolphen von Cleve und Marck zum erſten Herzog von Cleve erklärt, und die Grafſchaft Cleve zu einem Herzogthum und Fahnlehen erhoben, auch hierauf den neuen Herzog öffentlich damit belehnt z).

Endlich gehört auch noch unter die neuen Herzogthümer dieſes Periodus das Herzogthum Holſtein, da nehmlich K. Friedrich der *III.*, in
1474 der zu Rotenburg an der Tauber ausgefertigten Urkunde, dem anweſenden K. Chriſtian dem *I.* von Dännemarck, als Beſitzern von Holſtein, zu Gefallen, die bisherigen Titel der Grafſchaften Holſtein und Stormarn aufhob, dieſe beide Grafſchaften mit einander vereinigte, das Land Ditmarſen dazu ſchlug, und ſolche Länder zuſammen zu einem Herzogthum, unter dem Namen Holſtein, erhob. Unter andern fürſtlichen Vorzügen und Rechten

x) in *Annal. Paderborn.*, T. II. L. XIV. ad a. 1380. p. 409. y) *Mappius* l. c., T. II. ad a. 1380. p. 32 ſqq. z) *Teſchenmacher* l. c., P. II. p. 289 ſq. et in *Cod. diplomat.*, n. 77. p. 80 ſq. Cf. der Auszug ꝛc., im fünften Bande, S. 241. f., *ibique* in *nota* f) allegati.

Rechten begabte der Kayſer, in ſeiner Erhöhungs⸗urkunde, den neuen Herzog von Holſtein, und ſeine Erben: *cum iure auream argenteamque monetam ſabricandi, venationes banniendi, gabellas et telonia ſolita ſublevandi, et ſalvos conductus et ſecuritates praeſtandi.* Und K. Chriſtian empfieng auch gleich darauf in Perſon von dem Kayſer die Lehen als Herzog von Holſtein a). Beiläufig will ich nur noch anführen, daß in unſerm Periodus auch gewiſſe Herzoge von Urßlingen vorkommen. Allein ſie gehörten nicht unter die teutſchen Reichsfürſten, ſondern waren nur aus dem Herrenſtande. Weil aber einer ihrer Vorfahren, Namens Bidelulph, von K. Friedrich dem *II.* zum Herzog von Spoleto war gemacht worden; ſo führten ſeine Nachkommen den herzoglichen Titel fort, ob ſie gleich das Herzogthum Spoleto verlohren hatten, und nur noch ihre alte Stammgüter in Teutſchland beſaſſen. Es gehörte ihnen nehmlich die Herrſchaft Urßlingen, mit der Stadt Roſenfeld und einigen Dörfern und Weilern in der Gegend von Rothweil, Herrenberg und Tuttlingen in Schwaben. Sie verkauften aber ihre Güter nach und nach an die Grafen von Würtenberg, und ihr Geſchlecht ſtarb endlich, im J. 1447., mit H. Reinolden von Urßlingen aus b).

a) S. Eben derſelbe, im ſiebenden Bande, S. 26., et plures *ibi* in *nota* p) citati.

b) Sattlers Beſchreib. des Herzogth. Würtenberg, P. I. cap. 18. §. 1. p. 174 ſqq. und Eben deſſelben Geſch. des Herzogth. Würtemberg unter den Grafen, P. III. Sect. V. §. 73. p. 176. Sed cf. *Buderi* Symmicta, L. II. n. 13. p. 141 ſqq., wo die Herzoge von Urßlingen unter die gefürſtete Herren in Teutſchland gerechnet, und für Stammsverwandten der Herren von Rappoltſtein ausgegeben werden.

Auſſer denen bisher angeführten neuen Herzogen oder weltlichen Fürſten kommen in dieſem Periodus auch verſchiedene neue gefürſtete Prålaten und Grafen vor. Von jenen finde ich in einigen Urkunden K. Rudolfs des *I.* die Aebte zu Einſiedel, Benedict-Bayern und Werden mit dem Titel der Fürſten beehrt, und meldet der Kayſer von den beiden erſten, daß er ſie wegen ihrer Regalien mit dem Scepter belehnt habe c). Auch dem Abt von S. Emeran zu Regenſpurg ſoll ſchon K. Albrecht der *I. regalia feuda Principatus* verliehen haben, und in dem Lehenbriefe K. Johanns von Böhmen, als damaligen Reichsverweſers bey dem Römerzuge ſeines Vaters, K. Heinrichs des *VII.*, vom J. 1313., heißt es: „verleihen ihm, (nehmlich dem Abte von S. Eme„ran) ſein Fürſtenthum und Regalia.„ Und deswegen wird auch der erwähnte Abt von den folgenden Kayſern und Römiſchen Königen mit dem Namen eines Reichsfürſtens beehrt d). Endlich ſoll auch der Probſt von Ellwangen von K. Carln dem *IV.* den Reichsfürſtenſtand erhalten haben. Aber nach andern Nachrichten wåre Ellwangen ſchon unter K. Heinrich dem *II.* oder Heiligen im J. 1011. in Fürſtenſtand geſetzt worden e).

Unter den gefürſteten Grafen kommen zuerſt die Grafen von Henneberg vor; da nehmlich K. Hein-

c) *Hergott* l. c., T. II. P. II. n. 537. p. 442. *Meichelbeck* Hiſt. Friſing., T. II. P. II. n. 196. p. 125 ſq. *Schateni* Annal. Paderborn., P. II. L. XII. p. 169. Cf. Io. Andr. *Schmidii* Helmſtadium per Frauwenradam afflictum; (Helmſtadii, ſ. a. 4.) p. 9. d) *Hundii* Metrop. Salisburg., T. II. p. m. 256. e) *Londorp* l. c., T. V. p. m. 413. b.

K. Heinrich der *VII.*, im J. 1310., auf dem Reichstage zu Frankfurt, dem Grafen Berthold von Henneberg, und ſeinen Erben: *omnia iura* PRINCIPUM *tam in ingreſſu, quam egreſſu ad imperialem deliberationem, in ſententiis conveniendis, dictandis, pronunciandis, in iure civili et plebiſcito, quod vulgo dicitur* Landrecht, ertheilt hat. Allein deſſen Land wurde nicht zugleich zu einem Fürſtenthum erhoben, ſondern blieb, nach wie vor, nur eine Grafſchaft; deswegen man hernach dergleichen Art von Fürſten gefürſtete Grafen genannt hat f). Solche Benennung der gefürſteten Grafen, *Principum Comitum*, trift man, meines Wiſſens zuerſt, in der Urkunde an, durch welche K. Carl der *IV.*, im J. 1366., den Grafen Johannes von Naſſau-Saarbrücken zu einem Fürſten erhoben hat, ohne aber auch ſeine Grafſchaft in ein Fürſtenthum zu erhöhen g). Endlich gehören auch noch unter die gefürſteten Grafen dieſes Zeitraums die von Cilley. Sie hieſſen vorher die Freyherren von Saneck, oder Sonneck, und bereits K. Ludewig der *IV.* hat, im J. 1340., den Friedrich, Herrn von Sonneck zum erſten Grafen gemacht, der hierauf den Namen von Cilley annahm h). Vielleicht aber daß dieſe

f) S. den dritten Band des Auszuges rc., S. 23., *ibique* in *nota* m) allegatos. g) Eben daſelbſt, im dritten Bande, S. 716., et plures *ibi* in *nota* q) citati. h) In des *Anonymi Leobienſis* Chronico, L. VI. c. 10. ad a. 1340., apud *Pezium* l. c., T. I. p. 958 ſq. heißt es: „Hoc etiam anno *Fridricus libertinus* de *Swenck* „ab *Imperatore* in Civitate Monacenſi *Comitis* no„men accepit ſeque *de Cyleya* nuncupavit.„ Man kan leicht einſehen, daß in dieſer Stelle, durch einen Schreib- oder Druckfehler: *Swenck*, für: *Sonneck* geſetzt worden.

dieſe Standeserhöhung der Freyherren von Sonneck entweder in der Perſon des neuen Graf Friedrichs nur perſönlich war, oder von Seiten der Herzoge von Oeſterreich, deren Vaſallen jene waren, Widerſpruch gefunden hat, und daher nicht zu ihrer völligen Würklichkeit gekommen iſt. Dann man findet, daß K. Carl der *IV.* des gedachten Friedrichs Söhne, Ulrich und Hermann, nochmals im J. 1372., zu Grafen von Cilley erklärt hat, wozu die Herzoge von Oeſterreich, Albrecht und Leopold, noch in dieſem Jahr ihre Einwilligung gegeben haben i).

Nachher hat K. Sigmund, im J. 1436., des vorhin gedachten Graf Hermanns Sohn, den Grafen Friedrich, ſeinen Schwager, und deſſen Sohn Ulrich, gefürſtet, und beide, nebſt ihren Erben, zu Reichsfürſten und gefürſteten Grafen ernannt. Ihre Grafſchaften Cilley, Ortenburg und Sternberg aber, nebſt ihren übrigen im H. R. R. beſitzenden Gütern, erhob er zu einem rechten und wahren Fürſtenthum, worüber der erſtgedachte Graf Ulrich mit „zwain aufgeregten „Paniern,„ gleich andern Fürſten von ihm die Lehen empfieng. Allein mit dieſer Erhöhung waren H. Ernſt der Eiſerne von Oeſterreich, und hernach auch ſein Sohn Friedrich, unter den Kayſern dieſes Namens der dritte übel zufrieden. Sie glaubten nehmlich, daß K. Sigmund nicht befugt geweſen wäre, in ihren Ländern, ohne ihre Bewilligung einen neuen Fürſten zu machen. Dann die Graf-

i) *Chronica* der Edlen Grafen von Cilli, in *Hahnii* Collect. Monum. vet. etc., T. II. p. 675 ſqq. 748 ſqq. et 752 ſq. und Lünigs Cod. Germ. dipl., T. II. p. 511-514. n. 32 ſq. Es iſt aber an beiden Orten das kayſerliche Erhöhungsdiplom unrichtig vom J. 1362. datirt.

Grafſchaft Cilley lag im Herzogthum Steyermark, Ortenburg aber und Sternberg im Herzogthum Kärnthen, deren beiden letztern Anfall jene ohnehin, nach unbeerbtem Abſterben des letzten Grafens von Ortenburg, Friedrichs, als Landesfürſten und Lehnsherren prätendirten. Auſſerdem beriefen ſie ſich auf das Exempel, da K. Carl der *IV*, die Freiherren von Sonneck zu Grafen von Cilley gemacht, und hiezu ihrer Vorfahren Einwilligung erfordert hätte; mithin ſie glaubten, daß um ſo mehr itzo, bey der Erhebung dieſer Grafen in den Fürſtenſtand, ihre Bewilligung nöthig wäre. Sie erkannten daher dieſe gefürſtete Grafen für keine Fürſten, und gaben ihnen, nach wie vor, nur den Titel von Grafen. Darüber entſtand zwiſchen dieſen und jenen ein landverderblicher Krieg, der ſich endlich damit endigte, daß der H. Friedrich von Oeſterreich, nachdem er Kayſer worden, den Fürſtenſtand der Grafen von Cilley erkannte, und den Grafen Ulrich zu ſeinem Rath annahm. Doch gieng dieſes Geſchlecht noch unter ſeiner Regierung aus, wie ſchon weiter oben in dieſem Abſchnitte iſt bemerkt worden [k]).

Es wollen einige auch die Burggrafen von Nürnberg hieher rechnen, und vorgeben, daß erſt K. Carl der *IV*. im J. 1363. erſtgedachte Burggrafen in den Reichsfürſtenſtand erhoben hätte [l]). Allein K. Carl der *IV*. verſichert vielmehr in

k) *Chronica modo citata*, p. 686-692. 694 ſqq. 725 ſqq. et 753 ſqq. Lünigs C. G. D., T. II. p. 547-552. n. 56. und Müllers R. Tags Theatr. unter K. Friedr. V., P. I. 3. Vorſtell. c. 5. §. 1-6. p. 579 ſq. l) S. z. E. Sigism. *Meiſterlini* Exaratio rer. geſtar. Civit. Newronbergenſ., L. II. c. 26., in *de Ludewig* Rel. Mſſ., T. VIII. p. 136. Hiſtoriſche Nachricht von Nürnberg; (Frankf.

in der, über den **Fürſtenſtand** der **Burggrafen** von **Nürnberg**, ausgeſtellten Urkunde, daß dieſe, ſchon von alten Zeiten her, wegen ihres Adels, den **Fürſten** wären gleich geachtet worden, und itzo noch in allem und jeden des **Fürſtenſtandes** theilhaftig wären. Weil aber einige von ihren Vorfahren dieſe Vorzüge vernachläßigt hätten; ſo habe er hiedurch erklären wollen, daß man hinführo und zu ewigen Zeiten den Burggrafen **Friedrich** von Nürnberg, und ſeine Erben, für **Fürſten** halten, und ſie alle Rechte der **Fürſten** genieſſen ſollen m). Folglich hat **K. Carl** der *IV.*, im J. 1363., den Burggrafen **Friedrich** den *V.* von Nürnberg nicht ſowohl erſt in **Fürſtenſtand** erhoben, als vielmehr nur die alte **fürſtliche Würde** in ſeinem **Hauſe** wieder erneuert. Dann daß ſchon Burggraf **Friedrich** der *II.*, zu den Zeiten **K. Rudolfs** des *I.*, **fürſtenmäßig** geweſen, und unter andern **Fürſten** auf den **Reichstagen** Sitz und Stimme gehabt habe, iſt anderwärts gründlich erwieſen worden n). Hingegen hat es ſeine gute Richtigkeit, daß, nachdem der **Burggraf** von **Meiſſen** und Graf von Hartenſtein, **Heinrich** von der ältern **Linie** der Reuſ-

(Frankf. und Leipz., 1707. 8.) ad a. 1363. p. 160. Köhlers Rhiſt., p. m. 319. und die Hiſtor. Norimberg. diplomat., Per. II. p. 417 ſqq.

m) S. das angebliche Fürſtendiplom in Io. Chph. *Wagenſeilii* Tr. de Civit. Norimberg, L. II. c. 1. p. 300 ſqq. und in der Hiſt. Norimberg. diplomat, Per. II. n. 162. p. 413 ſqq.

n) S. z. E. Io. *ab Indagine* (i. e. J. H. von Falckenſtein) Beſchr. der des H. R. R. freyen Stadt Nürnberg; (Erfurt, 1750. 4.) L. IV. c. 1. § 24. p. 487 ſq., beſonders aber Sam. Wilh. Oetters zweiten Verſuch einer Geſch. der Herren Burggraven zu Nürnberg; (Frankf. und Leipz., 1753 8.) L. I. c. 1. §. 10. p. 91 ſqq. und im dritten Verſuch ꝛc., L. I. c. 1. §. 10. et 17. p. 84 ſqq. et 116 ſqq.

Reuſſen, in der Schlacht bey Außig, im J. 1426., geblieben war, K. Sigmund ſeinen Hofrichter, Heinrich Reuſſen, Herrn zu Plauen, als des erſchlagenen letzten Burggrafens nächſten Schwerdtmagen zum gefürſteten Burggrafen von Meiſſen erklärt, und ihn, auch ſeine Lehenserben, mit dem erledigtem Burggrafthume und der Grafſchaft Hartenſtein belehnt habe. Es hat aber bald darauf dieſer neue Burggraf die Burg Meiſſen und das Schloß Frauenſtein an Churfürſt Friedrichen den Sanftmüthigen von Sachſen, verkauft, dawider jedoch ſeine Erben und ganzes Geſchlecht proteſtirt haben, weil auch ſie damit eventualiter waren belehnt worden o).

Von dem Urſprunge der Churfürſten, ſowohl was ihren Namen, als auch ihr vorzügliches Recht, einen römiſchen König zu wälen, anbelangt, iſt von mir bereits in dem zweiten Abſchnitte des vorigen Periodus umſtändlich gehandelt worden p). Aus denen daſelbſt gegebenen Nachrichtrn iſt nun erſichtlich, daß ſchon in den Zeiten des ſogenannten groſſen Interregnum als ein geſetzmäßiger und unwiderſprechlicher Satz des Teutſchen Staatsrechts aller Orten behauptet worden: es käme bey den Wahlen eines neuen Römiſchen Königs, und künftigen Kayſers alles allein auf das von den ſieben Churfürſten ſeit undenklichen Zeiten beobachtete Herkommen an. Als daher P. Gregorius der X., nach dem Tode K. Richards eine neue Kayſerwahl dem Intereſſe ſeines Stuhls für nothwendig anſah; ſo wandte er ſich deshalben blos an die Churfürſten.

Dann

o) S. den fünften Band des Auszuges ꝛc., S. 406. und f. et plures Scriptores *ibi* in *nota* e) allegatos, item Horn, l. *ibi* c., Sect. IV. §. 11. p. 133 ſq.
p) im zweiten Bande des Auszuges, S. 287-306.

Dann ſo heißt es in dem bekannten *Fragmento Urſtiſiano* q): (Gregorius X. Papa) - - - *inito conſilio praecepit Principibus Alemanniae* ELECTORIBVS DVNTAXAT, *ut de Romanorum Rege, ſicut ſua* AB ANTIQVA *et* APPROBATA CONSVETVDINE *intererat, providerent* etc. Es geſchah alſo die Wahl K. Rudolfs des *I.* blos durch die Churfürſten, und der Churfürſt von Pfalz ſprach in der übrigen Namen das feierliche: *Eligo*, aus. Vorher und wie die *Praetaxatio Principum* noch üblich war; ſo waren die *principaliter Eligentes*, oder die Churfürſten, diejenige, welche unter den *Praetaxatis* einen herauswählten, und nachher den Gewählten dem Volke kund machten. Da nun aber ſchon gegen Ende des vorigen Periodus auch dieſe *Praetaxationes* oder Vorwahlen den Churfürſten allein blieben, und die mindern Fürſten von ſolchen gleichfalls gänzlich ausgeſchloſſen wurden; ſo kan vielleicht hieraus der Umſtand erläutert oder erklärt werden, warum bey der Wahl K. Rudolfs, und ſeiner Nachfolger, bis auf die Zeiten der G. B., das feierliche: *Eligo*, entweder von dem Churfürſten von Pfalz, oder dem von Maynz ſey ausgeſprochen worden r).

Das ausſchlieſſende Recht nun, einen Römiſchen König, und künftigen Kayſer zu erwälen, wodurch unſere heutige Churfürſten, nach ſo mancherley Revolutionen, endlich wieder in die alte groſſe Vorzüge der hohen Reichserzbeamten, durch das bisherige Herkommen, traten, wurde in der Folge denſel-

q) in *Urſtiſii* Scr. rer. germ., T. II. p. 93. lin. 30 ſqq. r) *Leibnitii* C. I. G. D., in *Praefat.* pagg. (**) 3. b. ſq. Cf. des Freyherrn von Senckenberg Ged. von dem jederzeit lebhaften Gebrauch des uralten deutſchen bürgerl. und Staatsrechts ꝛc., c. 3. §. 85. p. 205 ſq.

denſelben theils einzeln, theils überhaupt, durch kayſerliche Conſtitutionen, beſtätigt, und zuletzt ihre völlige Einrichtung, durch die G. B., zu ſtande gebracht. So beſtätigte z. E. K. Rudolf der *I.*, auf dem augsburgiſchen Reichstage im J. 1275, den beiden Brüdern und Herzogen von Bayern, nehmlich dem Churfürſten Ludewig von Pfalz, und dem H. Heinrich von Niederbayern, ihr Wahlrecht, weil von ihnen angeführt wurde: *hoc* (ius,) RATIONE DVCATVS BAVARIAE, *eis competere* EX ANTIQVO. Doch verordnete er dabey zugleich: VOCIBVS EORVNDEM FRATRVM *Ducum Bavariae Comitum Palatinorum Rheni*, RATIONE DVCATVS, PRO VNA *in* SEPTEM PRINCIPVM, *ius in electione Regis Romani habentium*, *numero* COMPVTATIS [s]). Wenn man einigen neuern Sächſiſchen Geſchichtſchreibern glauben darf; ſo hat K. Rudolf, im folgenden J. 1276., auch dem Churfürſten von Sachſen, Albrecht dem *II.*, ſein Wahlrecht, durch eine eigene Urkunde, beſtätigt [t]).

Wegen Böhmen hingegen hat es gar keinen Zweifel, indem K. Rudolf ſeinem Schwiegerſohn, dem K. Wenceslaus von Böhmen, ſowohl im J. 1289. zu Eger eine Verſicherung, über das ihm und ſeinen Erben zuſtehende Erzſchenckenamt, und das Recht, einen Kayſer mit den übrigen dazu berechtigten Fürſten zu wälen, ausſtellte, als auch ſolches, in dem folgenden J. 1290., zu Erfurt, durch eine neue merkwürdige Urkunde wiederholte.

s) *Tolneri* Cod. Pal. dipl., n. 107. p. 75 ſq.

t) Fauſts Stammbuch des Hauſes Sachſen, p. 155. et *Schurzfleiſchii* notae ad Mich. *Boiemi* Vitam Alberti animoſi, D. Sax., in *Illius* Opp., p. 660.

holte. In derſelben wird nehmlich geäuſſert, man habe, nach genauer der Sachen Unterſuchung, gefunden: *ipſum* REGEM BOHEMIAE IMPERII *debere* PINCERNAM *exiſtere, et ius ac officium* PINCERNATVS *apud eum, nec non eius haeredes iure haereditario reſidere.* Ferner heißt es in dieſer Urkunde: *praedictum* REGEM BOHEMIAE *et ſuos haeredes* IN ELECTIONE *Regis Roman., futuri Imperatoris, cum caeteris* ELECTORIBVS HABERE DEBERE, *ad ſimilitudinem aliorum* ELECTORVM, ELIGENDI *plenarium* IVS *et* VOCEM. Und endlich wird noch hinzugefügt: *Haec vero* IVRA PINCERNATVS *et* ELECTORATVS *nedum dicto* REGI *et ſuis haeredibus didicimus competere, ſed etiam ſuis Progenitoribus, Abavis, Atavis, Proavis, Avis pure pleniſſime competebant.* Deswegen beſtätigte dann auch K. Rudolf dem K. von Böhmen und ſeinen Erben von neuem dieſe von ſeinen Vorfahren auf ihn gebrachte Rechte und ſtellte ihm darüber dieſe Verſicherung aus u).

Nachmals hat K. Ludewig der *IV.*, auf dem groſſen frankfurtiſchen Reichstage, im J. 1339., dem ganzen churfürſtlichen Collegium die erſte ſchriftliche Beſtätigung ertheilt. Er erneuerte nehmlich daſelbſt nicht nur die im vorigen Jahr gemachte Satzung von der Unabhängigkeit des Reichs, ſondern erſtreckte ſie auch dahin, daß niemand als den Churfürſten die Beſtellung eines Römiſchen Königs und Kayſers gebühre v). Dann ſchon in der erſterwähnten Conſtitution

de

u) Lünigs R. A., T. VI. in der 1. Fortſ. n. 8. et 9. p. 10 ſq. Cf. der Freyherr von Senckenberg *l. c.*, cap. 3. §. 79. p. 199. v) *Goldaſti* Conſtitut. imp., T. III. p. 411. Cf. von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., §. 129. p. 298 ſq.

de *iure Imperii* war feſtgeſeꜩt worden, daß die Churfürſten ihre Gerechtſame bey der Wahl nur von dem Reiche, und dem bey ſolchem obwaltenden uralten Herkommen erhalten hätten. Und es war auch dergleichen Beſtätigung der Wahlrechte unſerer Churfürſten um ſo nothwendiger, weil die Päbſte dieſes Jahrhunderts, beſonders ein Bonifacius der *VIII.* und Johannes der *XXII.*, ihre gefährliche Abſichten auf die Hoheit unſers teutſchen Reichsſtaats, ohne weitere Rückhaltung, öffentlich an Tag legten, wovon aber ſchon weiter oben, in dieſem Abſchnitte, iſt gehandelt worden w).

Die Churfürſten hatten ſich nun zwar in dem ausſchlieſſendem Rechte, einen Römiſchen König, und künftigen Kayſer zu wälen, durch das bisherige Herkommen, und die erhaltene kayſerliche Beſtätigungen, dergeſtalt feſtgeſeꜩt, daß ſogar der Churfürſt Balduin von Trier, ſchon bey der Wahl ſeines Bruders, K. Heinrichs des *VII.*, wider die Zulaſſung anderer, die nicht *de iure vel conſuetudine* zu den Kayſerwahlen gehörten, ausdrücklich proteſtirte x). Allein ſie trugen doch anfangs Bedenken, den Titel eines Churfürſtens, *Electoris*, ihren ſonſt gewönlichen Titeln beyzufügen, ohne Zweifel, um nicht, durch dieſe zu ſehr in die Augen fallende Unterſcheidung, die Eiferſucht der übrigen Fürſten rege zu machen. Ich kan mich wenigſtens nicht erinnern, daß ich, vor den Zeiten der G. B., und auch noch einige Jahre nachher, von einem Churfürſten, im Anfange einer ſeiner Urkunden, den Titel: *Elector*, oder Churfürſt den übrigen Titeln beigefügt gefunden hätte. Wohl

w) *Einsdem* N. Erläuter. der G. B., §. 37. p. 132 ſqq. und im Urk. Buche, n. 20. p. 58 ſq.
x) *Leibnitii* Mant. C. I. G. D., P. II. n. 49. (b) p. 253.

aber bedient ſich K. Johannes von Böhmen in einer Urkunde vom J. 1339. folgender Ausdrücke: *Nos itaque, tanquam is, ad quem hoc de iure, ſicut ad Principem et* ELECTOREM IMPERII *ſpectare dignoſcitur*, etc. *). In dem chursächſiſchen Hauſe, und zwar in der aſkaniſchen Linie, hat, nach der Bemerkung des hochberühmten Herrn Hofrath Böhmens y), Churfürſt Rudolf der *II.* ſich, bey der Unterſchrift einer kayſerlichen Urkunde vom J. 1370., zum erſtenmal des Titels: *Princeps Elector*, bedient. Und nachher hat deſſen Bruder und Nachfolger, Churfürſt Wenceslaus, nebſt ſeinem Brudersſohn, dem H. Albrechten, in einigen Urkunden, den churfürſtlichen Titel: *S. R. I. Electores*, gleichfals gebraucht. Im churpfälziſchen Hauſe habe ich den Titel: *S. R. I. Princeps Elector*, meines Erinnerns, zuerſt angetroffen in einer Urkunde Churfürſt Ruprechts des Aeltern vom J. 1380. z). Und endlich im churbrandenburgiſchen Hauſe gebrauchte Churfürſt Ludewig der Römer, in der Unterſchrift einer Urkunde vom J. 1355., meines Wiſſens, zuerſt den Titel: *Elector* aa).

Hingegen kommen die Titel: *Electores*, *Principes Electores*, *Coëlectores*, ſchon lange vor der G. B., in kayſerlichen, päbſtlichen und andern Urkunden vor. Ja die Churfürſten ſelbſt haben ſich ſolchen einander beigelegt, oder ſich deſſen in ihren *collegialiter* ausgefertigten Schreiben bedient. Um von

*) S. *Tolneri* Cod. Pal. Dipl., n. 137. p. 89. E

y) im 1. Fache des Sächſ. Groſchen-Cabinets (Leipz. und Züllichau, 1765. 8.) p. 124 ſq. et 137.

z) *Tolner* l. c., n. 165. p. 118.

aa) *Balbini* Miſcellan hiſtor. regni Bohem., L. I. Dec. VIII. Vol. I. ep. 50. p. 59. Sed cf. *Ludewigii* Diſſ. de formula Brandeburg. Ducatus; (Halae, 1706. 4.) §. 7. p. 69 ſq. nota i).

von allen dieſen Arten nur einige Beiſpiele anzuführen; ſo verweiſe ich meine Leſer auf die kurz vorhin bemerkte Urkunde K. Rudolfs des *I.*, die er, im J. 1390., dem K. Wenceslaus von Böhmen gegeben hat, und die aus ſelbiger ausgezogene Stelle. In dem Notificationsſchreiben, welches diejenige Fürſten, die im J. 1314. Friedrichen von Oeſterreich zum Römiſchen König erwälten, an den künftigen Pabſt abgelaſſen haben, nennen ſich dieſelben: *S. I. Principes ac* ELECTORES *Romanorum Regis* etc., und kommt auch darinnen der Ausdruck von: COELECTORES, vor a). Eben deſſelben bedient ſich auch Churfürſt Peter von Maynz in ſeinem Verkündigungsſchreiben, von eben dieſem Jahr, an die Stadt Frankfurt, wegen der, von ihm und ſeiner Parthey, geſchehenen Wahl Ludewigs des Bayers b). Ferner die in der Vorrede des vorhergehenden Bandes abgedruckte Urkunde H. Johanns von Sachſen-Lauenburg vom J. 1313., worinnen er ſeine Wahlſtimme ſeinem Bruder, dem H. Erich aufträgt, fängt ſich folgendergeſtalt an: *Reverendis - - Archiepiſcopis, nec non illuſtribus Principibus Regis Alemanie* ELECTORIBUS etc. c). Und eben dieſer H. Johannes wird von K. Ludewig dem *IV.*, in ſeiner an ihn ausgeſtellten Schuldverſchreibung vom J. 1314., genannt: - - *Imperii Princeps et* ELECTOR d).

In der ſchon öfters angeführten Conſtitution de *iure Imperii* vom J. 1338., kommt die

 Benen-

a) von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., im U. B., n. 25. p. 63 ſqq. b) *Idem* ibidem, n. 28. p. 70. c) S. die Vorrede zum ſiebenden Bande des Auszuges ꝛc., S. XIX. d) J. C. H. Dreyers Nebenſtunden, Sect. III. n. 4. p. 349 ſq.

Benennung: ELECTORES einigemal vor, und die ſechs Churfürſten von Maynz, Trier, Cöln, Pfalz, Sachſen und Brandenburg nennen ſich in ihrem Schreiben an den Pabſt, worinnen ſie ihm ihren zu Renſe gefaßten Schluß bekannt machen: *Romanorum Regis et coronandi Imperatoris legitimos* ELECTORES e). Ja ſelbſt P. Clemens der *VI.* legt, in ſeinem Ermahnungsſchreiben an einige Churfürſten, wegen einer neuen Römiſchen Königswahl, vom J. 1346., denſelben den Titel: *Principes* ELECTORES, bey f). Eben dieſe Benennung gebraucht auch der hierauf erwälte Afterkönig, Carl der *IV.*, in dem von ſeiner Wahl erlaſſenem Verkündigungsſchreiben vom J. 1347. g). Und endlich giebt auch K. Eduard der *III.* von Engelland, in dem ſeinen, an die nach Cöln zuſammenberuffene Churfürſten, abgeſchickten Geſandten mitgegebenem Creditiv vom J. 1348, jenen den Titel: *Illuſtribus et Nobilibus Principibus - - Sacri Imperii* ELECTORIBVS h). Mehrerer Exempel itzo nicht zu gedenken, indem ſchon die angeführten die Richtigkeit meines Satzes genugſam beſtärken.

In Anſehung des von unſern Churfürſten führenden Titels von ihren Erzämtern wollen zwar einige vorgeben, daß ſie ſich, erſt kurz vor Errichtung der G. B., wenigſtens nicht vor dem J. 1340., mit dem Titel ihrer tragenden Erzämter von andern Fürſten zu unterſcheiden angefangen hätten i), allein dieſes Vorgeben iſt ohne allen Grund. Dann ſo

e) von Olenſchlager *l. c.*, im U. B., n. 68. et 69. p. 189-193. *paſſim.* f) *Idem* ibidem, n. 90. p. 254. g) *Idem* ibidem, n. 91. p. 256. h) *Rymeri* Acta Angl., T. III. P. I. p. m. 34. a. *edit. noviſſ.* i) Köhlers Rhiſt., p. m. 312. *ibique* allegati.

ſo hat z. E., ſchon im vorigen Periodus, Churfürſt Sigfried der *III.* von Maynz, in einer von ihm ausgefertigten Urkunde vom J. 1237., ſich des Titels eines: ARCHICANCELLARII *per Germaniam* bedient [k]), welchen ſodann ſeine Nachfolger fortgeführt haben. Und einige Jahre hernach, nehmlich im J. 1242., gebraucht auch Churfürſt Conrad von Cöln, in einer ſeiner eigenen Urkunden den Titel: ARCHICANCELLARII *Italiae* [l]). Daß aber dieſe beide Churfürſten bereits lange vorher in den kayſerlichen Urkunden den Titel der *Archicancellariorum*, und zwar von den Zeiten K. Friedrichs des *I.* an, mit dem Zuſatze: *per Germaniam*, und *per Italiam* geführt haben, iſt von mir ſchon anderwärts erwieſen worden [m]). In den Wahlackten K. Heinrichs des *VII.* aber ſchreibt ſich Churfürſt Balduin zuerſt: *Sacri Imperii per regnum Arelatenſe* ARCHI-CANCELLARIVS [n]). Ferner in dem churſächſiſchen Hauſe trifft man den Titel: *Imperii* MARESKALCVS, ſchon in einer Urkunde H. Johanns von Sachſen-Lauenburg vom J. 1274. an [o]). Und in einer andern Urkunde ſeines Bruders, Churfürſt Albrechts des *II.*, vom J. 1292., kommt dieſer Titel ebenfals vor [p]). In den Wahlackten der wider einander erwälten beiden Könige, Friederichs von Oeſterreich und Ludewigs von Bayern bedienen ſich gleichfals alle drey geiſtliche Churfürſten des Titels von ihren

L 4 Erz-

k) *de Gudenus* Cod. Mog. dipl., T. II. n. 48. p. 73. *coll.* T. I. n. 223. p. 550. l) *Idem* ibidem, T. I. n. 235. p. 570. m) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 218. et plures *ibi* in *Notis* c) et d) allegatos. n) von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., im U. B., n. 9. B. p. 18. o) *Martene* N. Theſ. Anecdotor., T. I. p. 1132. p) *de Ludewig* Rel. Mſſ., T. V. p. 436.

Erzkanzlerämtern q). Und in dem vorhin ſchon angeführten Schreiben der ſechs nachbenannten Churfürſten an den Pabſt, vom J. 1338, legte ſich ein jeder den Titel von ſeinem Erzamte bey. Der Churfürſt von Maynz nehmlich nennt ſich: ELECTORVM PRINCIPVM DECANVS, *nec non* PER GERMANIAM S. I. ARCHICANCELLARIVS; der von Trier: CANCELLARIVS GALLIAE; der von Cöln: CANCELLARIVS ITALIAE; der Churfürſt von Pfalz: DAPIFER; der von Sachſen: PORTITOR ENSIS, und der von Brandenburg: CAMERARIVS r).

In den Urkunden der Churfürſten von Brandenburg aus dem aſkaniſchen Stamm, erinnere ich mich zwar nicht, den Titel: eines Kämmerers, oder Erzkämmerers des H. R. R., gefunden zu haben. Hingegen hat mein Freund, der um unſere teutſche Geſchichtskunde ſo ſehr verdiente Herr Gercken, von dem erſten brandenburgiſchen Churfürſten aus dem bayeriſchen Hauſe, Marggraf Ludewigen, eine Urkunde vom J. 1334. zum Vorſchein gebracht, worinnen er den Titel: des Romiſchen Richs oberſter Kamerer, führt s). Von eben dieſem Churfürſten Ludewig kommen hernach noch ſpätere Urkunden von den Jahren 1343. und 1345. vor, worinnen er ſich bald: Oberſter Chamrer; bald: des heiligen Romiſchen Rikes Ertzekemerer; bald: *Archi-Camerarium;* bald: des H. R. R. overſten Kemerer, nennet t). Es würde auch vielleicht

q) von Olenſchlager *l. c.*, im U. B., n. 19. 22. 24. 26. et 28. p. 58. 61. 62. 66. et 70. r) *Idem* ibidem, n. 69. p. 190 ſq. s) Gerckens Cod. dipl. Brandenburg, T. I. n. 69. p. 139. t) *Eiusdem* Diplomatar. vet. Marchiae Brandenburg., T. I. n. 27. et 29. p. 68 ſq. et 72. und T. II. n. 5. et 8. p. 12. et 17.

leicht nicht ſchwer fallen, den Erzſchencken- und Erztruchſeſſen-Titel in den Urkunden der Könige von Böhmen und Churfürſten von Pfalz, noch vor dem J. 1340., ausfündig zu machen, wenn ſolches nöthig wäre. Allein es mag das bisher bemerkte zum Beweis meines Satzes zureichend ſeyn. Dann nach Errichtung der G. B. fiengen nunmehero die Churfürſten nach und nach an, in ihren Urkunden den Titel ſowohl von ihren Churwürden, als auch von ihren Erzämtern zu gebrauchen, und ſelbige mit einander zu verbinden u), hiedurch aber ſich von den andern Fürſten mehr zu unterſcheiden, auf welche Art alſo ſolche Titel nach und nach curial worden ſind.

Es iſt weiter oben von mir bemerkt worden, daß man ſchon zu den Zeiten des ſogenannten groſſen Interregnums für eine unſtreitige Lehre des teutſchen Staatsrechts gehalten habe, daß die Römiſche Königswahlen blos allein den ſieben Churfürſten zukämen. Bey den drey geiſtlichen Churfürſten konnte über ihre Wahlſtimme nicht leicht ein Streit und Zweifel entſtehen, weil deren jederzeit eigentlich nur einer war und billig ſeyn konnte. Doch trug ſich gegen Ende der Regierung K. Ludewigs des *IV.* der Vorfall zu, daß

u) So ſchreibt ſich z. E. Churfürſt Wenceslaus von Sachſen, in ſeinem an den Pabſt, im J. 1376., erlaſſenem Notificationsſchreiben von der geſchehenen Römiſchen Königswahl des Wenceslaus: *S. R. I.* ARCHIMARSCHALLVS ET *eiusdem Imperii Princeps* ELECTOR, in B. G. Struvens hiſtor. polit. Archiv, P. I. n. 4. p. 50., und Churfürſt Sigmund von Brandenburg nennt ſich in eben dergleichen Schreiben, ap. *Leibnitium* in Mant. C. I. G. D, P. II n. 50. (e) p. 265: *S. R. I.* ARCHICAMERARIVS ET *Princeps* ELECTOR. Cf. *Ludewigii* Diſſ. *paulo ante* cit., §. 7. p. 69. in nota i).

P. Clemens der *VI.* den rechtmäßigen Churfürſten von Maynz, Heinrich von Virneburg, abgeſetzt, und an ſeine Stelle Gerlachen von Naſſau eingeſchoben hatte, um dadurch die Afterwahl Carls des *IV.* durchzuſetzen. Deswegen kommen bey dieſer ſowohl, als auch hernach, bey denen, nach Ludewigs des *IV.* Tod, von der bayeriſchen Parthey vorgenommenen Wahlen, zwey Churfürſten von Maynz, nehmlich Heinrich und Adolf, vor. Allein das war ein auſſerordentlicher Fall, der blos von den Intriguen des Pabſtes herrührte, und nach der Regel war daher jederzeit nur ein geiſtlicher Churfürſt von Maynz, Trier und Cöln.

Hingegen in den weltlichen Churhäuſern vermehrte ſich die Anzal der wählenden Fürſten ſo, wie ſich die Anzal der Prinzen dieſer Häuſer vermehrte. Billig hätte dieſer Fall bey dem Königreiche Böhmen ſich nicht ereignen ſollen, weil eigentlich nur ein König von Böhmen ſeyn kan. Indeſſen trug ſich doch der Fall auch einmal zu; da nehmlich der, von einigen böhmiſchen Ständen zu ihrem König erwälte, aber anfangs durch K. Albrechten den *I.*, und hernach durch K. Heinrichen den *VII.*, oder vielmehr ihre Söhne, Rudolph und Johann, verdrungene H. Heinrich von Kärnthen ſich, nach dem Tode K. Heinrichs des *VII.*, der böhmiſchen Churſtimme anmaßte, und Friedrichen von Oeſterreich erwälen half. Dagegen erwälte K. Johannes von Böhmen, der im würklichen Beſitze des Königreichs und damit belehnt war, Ludewigen von Bayern. Bey der vorhergehenden Kayſerwahl Heinrichs des *VII.* war die böhmiſche Churſtimme überall in keine Betrachtung gekommen, ſondern man ſah den böhmiſchen Königsthron für erledigt an und der obgedachte H. Heinrich wurde zu dieſer Wahl nicht eingeladen,

weil

weil ihn der gröſte Theil der böhmiſchen Reichsſtände nicht für ihren rechtmäßigen König erkannte. Nachmals aber hat ſich dieſer Vorfall nicht wieder ereignen können, weil zur Zeit der Wahl K. Carls des *IV.* der mehrerwähnte H. Heinrich von Kärnthen ſchon todt, und K. Johannes im ruhigen und unſtreitigen Beſitze des Königreichs Böhmen war. Allein in den übrigen weltlichen Churhäuſern, Pfalz, Sachſen und Brandenburg, war das Recht der Erſtgeburth noch nicht eingeführt, mithin theilten ſich die Prinzen derſelben in verſchiedene Linien, und alle machten Anſpruch auf die Churſtimme. Hieraus muſten nothwendig Streitigkeiten und zwiſtige Wahlen entſtehen, weil die Brüder und Vetter nicht jederzeit einerley Meinung waren. Darüber kamen aber auch mehr als ſieben Churſtimmen heraus, welches die Unordnungen bey den Kayſerwahlen noch mehr vermehrte. Wir wollen nun dieſe Streitigkeiten kürzlich berühren, und zeigen, wie ſelbigen K. Carl der *IV.*, durch die G. B., auf einmal ein Ende gemacht habe.

Schon an der Wahl K. Richards, im vorigen Periodus, und auch an der Wahl K. Rudolfs des *I.*, nahmen die beide Söhne Pfalzgraf Ottens des Erlauchten, Herzogs von Bayern, Ludewig der Strenge, Churfürſt von Pfalz und H. von Ober-Bayern, und Heinrich, H. von Nieder-Bayern, Antheil. Es ſcheint aber, daß bald nachher zwiſchen dieſen beiden Brüdern ein Streit auch über das Churrecht entſtanden ſey v). Allein K. Rudolf der *I.* entſchied die Sache dahin, daß beider Brüder Stimmen nur für eine ſolten gerechnet werden, wie ich bereits weiter oben bemerkt habe.

v) S. *Chron. Salisburg.* ad a. 1275., in *Pezii* Scr. Auſtr., T. I. p. 374.

habe w). H. Heinrich von Niederbayern ſtarb noch bey lebzeiten K. Rudolphs des *I.*, und ſeine Nachkommen giengen mit ſeinem Urenkel, dem H. Johannes im J. 1340. aus. An der folgenden Wahl K. Adolfs nahmen H. Heinrichs Söhne keinen Antheil, ſondern man findet bey dem Horneck, der dieſe Wahl ſo umſtändlich beſchrieben hat, blos Nachricht von dem Churfürſten Ludewig von Pfalz, daß er bey derſelben zugegen geweſen, und ſie mit verrichtet habe. Er ſtarb hierauf unter der Regierung K. Adolfs, und hinterließ zwey Söhne, Rudolph und Ludewig, von denen der erſtere der Stammvater des Pfälziſchen, und der andere des Bayeriſchen Hauſes worden iſt. Von dieſen beiden Brüdern nahm H. Ludewig, durch ſeine Geſandten, an der Abſetzung K. Adolfs Theil, ſein Bruder Rudolf aber blieb demſelben, als ſeinem Schwiegervater, getreu, und half erſt nach deſſen unglücklichem Tode, Albrechten den *I.* zum Römiſchen König erwälen.

Bey der folgenden Wahl K. Heinrichs des *VII.* führten dieſe beide Brüder Pfalzgraf Rudolf und H. Ludewig die pfälziſche Churſtimme gemeinſchaftlich x). Aber nach K. Heinrichs des *VII.* Abſterben trennten ſich dieſe beide Brüder in ihren Geſinnungen; dann Rudolf erwälte Friedrichen von Oeſterreich zum Römiſchen König, und Ludewig ließ ſich dagegen von ſeinem Anhange ſelbſt erwälen. Er jagte nachmals ſeinen misgünſtigen Bruder von Land und Leuten, und nahm dieſelbe in Beſitz. Doch verglich er ſich hierauf, im J. 1329., zu Pavia, mit deſſen Söhnen, machte eine neue Theilung der väterlichen und großväterlichen

w) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 161. x) von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., im U. B., n. 8. p. 15 ſq.

chen Länder, und trat ihnen die von ihnen gewälte obere und rheiniſche Pfalz ab. Zugleich wurde in dieſem berühmten Paveſiſchen Vertrage feſtgeſetzt, daß beide Linien, in Anſehung der Churwürde und des Wahlrechtes, hinführo, bey vorkommenden Fällen, mit einander abwechſeln, und hiebey Pfalz den Anfang machen ſolte y). Deswegen führten nachmals blos allein die drey Pfalzgrafen, Rudolf und die beide Ruprechte, der ältere und jüngere, bey denen, nach dem Tode K. Ludewigs des *IV.*, wider Carln den *IV.* unternommenen Wahlen, eine gemeinſchaftliche Stimme, ohne daß die Herzoge von Bayern daran Antheil gefordert, oder genommen hätten z). Wir werden aber bald vernehmen, wie wenige Jahre hernach K. Carl der *IV.* die Churwürde blos dem Hauſe Pfalz zuerkannt, und Bayern davon ausgeſchloſſen habe.

Im Churhauſe Sachſen lebten, zu Anfang dieſes Periodus, die beiden Söhne des im J. 1260. verſtorbenen Churfürſt Albrechts des *I.*, nehmlich Johannes, von dem die Herzoge von Sachſen-Lauenburg abſtammen, und Albrecht der *II.*, Stammvater der Herzoge von Sachſen-Wittenberg. Dieſe beiden Brüder unterzogen ſich nun, nach Abſterben ihres Vaters, gemeinſchaftlich der Regierung, und der mit dem Herzogthum Sachſen verknüpften Gerechtſamen. Sie nahmen deswegen beide Antheil an der Wahl K. Rudolfs des *I.*, und der anweſende H. Albrecht der *II.* legte die ſächſiſche Churſtimme für ſich und ſeinen Bruder Johannes

y) Eben deſſelben N. Erläuter. der G. B., im U. B., n. 5. p. 7 ſqq. und Aettenckhovers Geſch. der HH. von Bayern, in den Beylagen, n. 30. p. 221 ſqq. z) S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 449. f. et 471. f.

hannes ab. Dieſer ſchrieb ſich daher, ſchon bemerkter maſſen, eben ſowohl, wie jener: *Imperii Marskalcus*, und in der churfürſtlichen Einwilligung, zu der von K. Rudolfen dem *I.* dem päbſtlichen Stule geſchehenen Schenkung vom J. 1279., ſtehen die Namen beider Brüder. Einige Jahre darauf ſtarb H. Johannes zu Sachſen-Lauenburg, und hinterließ drey unmündige Söhne, Johann, Albrecht und Erich, über welche ihr Oheim, H. Albrecht der *II.* von der Wittenbergiſchen Linie die Vormundſchaft führte. Dieſer verrichtete für ſich allein die Wahl des folgenden K. Adolfs, oder ſtellte vielmehr ſeine Stimme in den Willen des K. Wenceslaus von Böhmen. Nachher half er wieder allein, und mit Ausſchlieſſung ſeiner Brudersſöhne, den K. Adolfen abſetzen, und an deſſen Stelle ſeinen Schwager, den H. Albrechten von Oeſterreich beidesmal erwälen. Es ſollen aber ſchon damals die inzwiſchen erwachſene Söhne H. Johanns von Sachſen-Lauenburg, Johann und Albrecht, wider dieſe, von ihrem Oheim geſchehene, eigenmächtige Anmaſſung der ſächſiſchen Churſtimme proteſtirt haben. Ottokar Horneck, der uns in ſeiner öſterreichiſchen Reimchronick *) die Abſetzung K. Adolfs und die beide Wahlen K. Albrechts umſtändlich beſchrieben hat, gedenkt zwar hievon nichts. Aber man kan aus einem erſt neuerlich, von dem Herrn Domprobſt Dreyer †), zum Vorſchein gebrachten Vergleiche, zwiſchen dem Churfürſten von Maynz und den Herzogen von Sachſen-Lauenburg vom J. 1301., ganz deutlich erſehen, daß die damaligen beiden älteſten lauenburgiſchen Fürſten, Johann und Albrecht ſich zur

*) cap. 673-675. et 686., in *Pezii* Scr. Auſtr., T. III. p. 616-620. et 629 ſq. †) in Seinen Nebenſtunden, p. 351.

zur Churſtimme berechtigt gehalten, und der Churfürſt von Maynz ſelbige müſſe anerkannt haben.

Von dieſen beiden Brüdern mag hierauf H. Albrecht, unter der Regierung K. Albrechts des *I.* geſtorben, der jüngſte Bruder Erich aber majorenn geworden ſeyn. Dann bey der folgenden Wahl Heinrichs des *VII.* kommt in den Wahlackten unter den Lauenburgiſchen Fürſten kein H. Albrecht vor, wohl aber werden ſeine Brüder, Johann und Erich genannt. Dieſe ſtritten nun mit ihrem Vetter, dem H. Rudolfen zu Wittenberg, über die Führung der Wahlſtimme, und trugen endlich ihre Stimme dem Churfürſten Waldemar von Brandenburg auf. Derſelbe legte ſie auch für jene ab, doch heißt es in dem Wahldekrete *): *et ego Waldemarus, Marchio Brandenburgenſis - -, pro me et - - Ottone, Marchione Brandenburgenſi, patruo meo, - - - - nec non* IOHANNIS *et* ERICI *fratrum, Ducum Saxoniae, - -* SI DE IVRE VEL DE CONSVETVDINE REPERTVM FVERIT, EOS FORE IN IPSA ELECTIONE ADMITTENDOS, *vice et nomine.* Hingegen wälte damals auch zugleich mit der anweſende H. Rudolf der *I.* von der oberſächſiſchen Linie zu Wittenberg.

Nach dem Tode K. Heinrichs des *VII.* prätendirten wieder beide Linien zu Lauenburg und Wittenberg auf die Sächſiſche Churſtimme, und die Fürſten derſelben trennten ſich auch in ihren Geſinnungen wegen des zu erwälenden neuen Römiſchen Königs. H. Rudolf der *I.* zu Wittenberg war dem H. Friedrichen von Oeſterreich zugethan; die Lauenburgiſche Herzoge aber, Johann und Erich hatten ſich zu der Luxemburgiſchen Parthey geſchlagen, und ſtimmten

*) in *Leibnitii* Mant. C. I. G. D., P. II. n. 49. (b) p. 253.

ten auf Ludewigen den Bayer, der ihnen auch einige Vortheile für ihre Stimme verſprach †). Der intriguante Churfürſt Peter von Maynz ſuchte zwar die beide widrige Partheien mit einander zu vereinigen, und that zu dem Ende gütliche Vorſchläge. Weil aber kein Theil dem andern nachgeben wolte; ſo zerſchlug ſich darüber die Güte. Da an dem angeſetzten Wahltage die Churfürſten von der öſterreichiſchen Parthey ſich auf dem Wahlfelde nicht einfanden; ſo ſchoben die Luxemburgiſch-geſinnten Churfürſten die Wahl bis auf den andern Tag auf. An demſelben ſolten nun zuförderſt H. Rudolf von Sachſen-Wittenberg, und H. Heinrich von Kärnthen ihr prätendirtes Recht auf die ſächſiſche und böhmiſche Stimmen vor dem ganzen churfürſtlichen Collegium erweiſen, und ſodann den Ausſpruch erwarten. Wäre es dazu gekommen; ſo möchte wohl der Ausſpruch, wegen des Uebergewichtes der Gegenparthey, für die Herzoge von Sachſen-Lauenburg erfolgt ſeyn. Allein die öſterreichiſche Facktion wolte es auf dieſen mißlichen Ausſchlag nicht ankommen laſſen, ſondern erwälte, mit Zuſtimmung des erſtgedachten H. Rudolfs, den H. Friedrich von Oeſterreich zum Römiſchen König. Dagegen gab am folgenden Tage H. Johannes von Sachſen-Lauenburg ſeine Stimme, für ſich und ſeinen abweſenden Bruder Erich, dem H. Ludewig von Bayern. Nach der Muthmaſſung des Herrn Domprobſt Dreyers *) hat vielleicht ſein beifälliges Votum K. Ludewigen den *IV.* vermocht, ihn in der Churwürde zu erkennen; allein ich finde hievon nirgends Spuren.

Hingegen

†) Dreyers Nebenſtunden, p. 349 ſq. *) Eben daſelbſt, S. 352.

Hingegen iſt dieſes gewiß, daß die lauenburgiſche Linie der Herzoge von Sachſen fortgefahren habe, ſich bey dem Beſitze der Sächſiſchen Churſtimme zu behaupten. Dann da ſich H. Rudolf zu Wittenberg, durch die päbſtliche Vorſtellungen und einige tauſend Marck Silbers, bewegen ließ, ſeinem rechtmäßigen Oberhaupte, Kayſer Ludewigen, abtrünnig zu werden, und den Afterkönig Carln den *IV.* mit erwälen zu helfen; ſo blieb H. Erich von Sachſen-Lauenburg, deſſen Bruder Johannes, ſchon vor vielen Jahren, unbeerbt geſtorben war, dem Hauſe Bayern ferner zugethan. Er nahm daher, nach dem Tode K. Ludewigs, an den Wahlen K. Eduards des *III.* von Engelland, Marggraf Friedrichs des Ernſthaften von Meiſſen und Graf Günthers von Schwarzburg Antheil. Da auch Graf Günther, als ihm der teutſche Thron angetragen wurde, ſich ausbedungen hatte, daß durch die Churfürſten, mit Zuziehung anderer Fürſten und Edlen, der Ausſpruch gethan werden ſolte, daß demjenigen Theil der Wahlfürſten, welche ihre Stimmen auf ihn richten wolten, die Chur von Rechts wegen gebühre; ſo wurde dieſe Förmlichkeit, noch vor ſeiner Wahl, beobachtet, und mithin die Lauenburgiſche Stimme für die rechtmäßige Sächſiſche Churſtimme erklärt a). Aber wenige Jahre hernach ſprach K. Carl der *IV.* die Sächſiſche Churwürde

a) S. überhaupt: Mithofens Bericht, wie die Herzoge zu Sachſen ꝛc. um ihre Churgerechtigkeit gekommen ꝛc., in Ludewigs Erläuter. der G. B., T. II. p. 238-253. *Pfeffingeri* Vitriar. illuſtrat., T. I. p. 1040 ſq. und Mein Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 525. 628. f. 673. et 684. und im dritten Bande, S. 5. 7. 100. 105. ff. 406. 450. 459. et 471. f.

würde der Wittenbergiſchen Linie zu, wie wir bald des weitern melden werden.

Endlich lebten auch in dem Churhauſe Brandenburg, zu Anfang unſers Periodus, verſchiedene Prinzen, die von denen, einige Jahre vorher, verſtorbenen beiden Brüdern Johannes dem *I.* und Otten dem *III.* abſtammten [b]). Ob an der Wahl K. Rudolfs des *I.* mehr, als ein Marggraf von Brandenburg, Antheil genommen habe, kan ich in Ermanglung ſicherer Nachrichten nicht beſtimmen. Allein bey der Wahl K. Adolfs machten ſowohl Otto der *IV.* mit dem Pfeil, ein Sohn Marggraf Johanns des *I.*, als auch ſein Vetter, Otto der *V.* oder Lange, ein Sohn Marggraf Ottens des *III.*, auf die brandenburgiſche Churſtimme Anſpruch [c]). Die erſte oder Afterwahl K. Albrechts des *I.* zu Maynz, und hernach auch ſeine andere rechtmäßige zu Frankfurt, verrichtete Marggraf Hermann der Lange von Brandenburg, ein Sohn Ottens des Langen, vermutlich im Namen ſeines Vaters, und vielleicht auch der übrigen damals noch lebenden brandenburgiſchen Marggrafen, ſowohl von ſeiner, als der ältern Linie. Bey der folgenden Wahl K. Heinrichs des *VII.* fand ſich Marggraf Waldemar von Brandenburg von der ältern Linie ein, und legte für ſich und ſeinen Oheim, Otten mit dem Pfeil, die Wahlſtimme ab.

Da es ſich hierauf, nach K. Heinrichs des *VII.* Ableben, zu einer zwiſtigen Königswahl in Teutſchland anließ; ſo bemühete ſich eine jede Parthey, die meiſten Stimmen des churfürſtlichen Collegiums auf ihre Seite zu bringen. Nun lebten damals im Churhauſe Brandenburg noch drey Marg-

b) S. I. L. L. *Gebhardi* Aquilonales Marchiones, Tab. VI.

c) Horneck *l. c.*, c. 140. p. 511. a.

Marggrafen, nehmlich Heinrich zu Landsberg, der damalige älteſte Prinz ſeiner Familie, und deſſen ältern Bruders Conrads Sohn, der vorhingedachte Marggraf Waldemar. Dieſe beide waren von der ältern Linie, und der leztere von ihnen führte die Vormundſchaft über den noch übrigen dritten Marggrafen von der jüngern Linie, nehmlich Johannes den *V.*, ſeinen Schwager. Den Marggrafen Heinrich zu Landsberg gewann anfangs H. Friedrich von Oeſterreich, daß er ihm eine Verſicherung ausſtellte, ihm ſeine Stimme, bey der bevorſtehenden Wahl, zu geben. Aber die Luxemburgiſche Gegenparthey brachte den Marggrafen Waldemar auf ihre Seite, der als Vormund ſeines Schwagers, Marggraf Johanns, deſſen Stimme mächtig war, und auch ſein Oheim Marggraf Heinrich zu Landsberg muſte ſich zulezt nach ſeinen Abſichten richten, und von der öſterreichiſchen Parthey abtreten. Wie es nun zu dem Wahltage kam; ſo fand ſich Marggraf Waldemar mit ſeinem Oheim, dem Marggrafen Heinrich, auf dem Wahlfelde ein, und half den H. Ludewig von Bayern zum Römiſchen König erwälen. In dem hierauf ausgefertigten Wahldekrete und dem Notificationsſchreiben an den künftigen Pabſt wird unter den Wahlfürſten blos allein des Marggraf Waldemars gedacht. Es hat aber zu gleicher Zeit der anweſende Marggraf Heinrich zu Landsberg eine ſchriftliche Verſicherung ausgeſtellt, daß er in die von ſeinem Vetter Waldemar geſchehene Wahl K. Ludewigs willige d). Da wenig Jahre nachher der aſkaniſche Stamm der Churfürſten von Branden-

M 2 burg

d) S. überhaupt im Auszuge rc. den zweiten Band, S. 673. und den dritten Band, S. 7. 99. f. 102. 105. et 107. f.

burg ausſtarb, und hierauf K. Ludewig ſeinem älteſten Sohn Ludewig die Churmarck, nebſt der Churwürde und dem Erzkämmereramte, verlieh, folglich nur ein Churfürſt von Brandenburg war; ſo konnte natürlicher Weiſe, vor Errichtung der G. B., kein neuer Streit über die Führung der brandenburgiſchen Churſtimme entſtehen.

Um nun dieſen innerlichen Streitigkeiten in den weltlichen Churhäuſern für das künftige vorzubeugen, und alle fernere zwiſtige Königswahlen abzuwenden, ſetzte K. Carl der *IV*. die Anzal der Churen und Churfürſten auf ſieben Perſonen. Ja man ſah dieſe geſiebente Zahl damals gleichſam für was heiliges und geheimnißvolles an, wie man ſolches aus einigen, ſonſt dunkeln und unverſtändlichen, Stellen der G. B muthmaſſen kan. Zu dem Ende führte K. Carl der *IV*. das Recht der Erſtgeburth in den Churhäuſern ein, und heftete die Churſtimme auf den würklichen Beſitz des Churlandes, welches jederzeit ungetheilt beiſammen bleiben ſolte [e]). Bey den bisherigen Streitigkeiten in den Churhäuſern über die Führung der Wahlſtimme, hatten ſich zumal die ältern Fürſten auf die Rechte und Vorzüge, die vormals den Erſtgebornen bey der Lehnfolge in den groſſen Fränkiſchen Reichslehen zugeſtanden hatten, manchsmal gegründet. Hingegen führten wohl die andern Fürſten eines ſolchen Hauſes von der jüngern Linie für ſich an, daß ſie in dem würklichen Beſitze des neuen Churlandes wären, worauf die Erzämter und Churen, wie vordem auf den groſſen teutſchen Herzogthümern,

e) *A. B.*, Tit. VII. §. 2 ſqq. et Tit. XX. et XXV. *coll.* Prooem. A. B. *paſſim.*

mern, für das künftige gegründet werden ſolten f). In dem Churhauſe Sachſen legt ſich ſolches deutlich an Tag durch das Zeugnis des Albrechts von Straßburg, wenn er ſchreibt g): (ERICO Duci Saxoniae Lauenburgico) EX SVCCESSIONE PATRIS SVI, SENIORIS RODOLFO DVCE, IVS ELIGENDI COMPETERE, DICEBATVR; *quamvis* RODOLFVS (Dux Saxoniae Wittebergenſis) *Caroli elector*, *quaedam* DOMINIA, QVIBVS PRINCIPATVM ANNEXVM ASSERIT, *habere praetendat.* Bey ſo verſchiedenen Gründen, welche die Fürſten der Churhäuſer wegen der Churſtimme wider einander anführten, blieb wenigſtens das Recht beider Theile zweifelhaft, bis erſt ein förmliches Reichsgeſetz den Streit entſchied. Carl der *IV.* entſchied auch endlich dieſe innerliche Zwiſtigkeiten in den Churfamilien, aber nicht aus gleichförmigen Grundſätzen, ſondern wie ihm ſeine Neigung und Gunſt für die eine, oder der Widerwillen und Haß gegen die andere ſtreitige Parthey den Entſcheidungsgrund an die Hand gab.

In denen von einem gemeinſchaftlichen Stammvater abſtammenden Häuſern Pfalz und Bayern war, wie ich ſchon weiter oben bemerkt habe, im J. 1329., durch den Paveſiſchen Vertrag, die Gemeinſchaft in der Chur, und ihre Abwechslung bey vorkommenden Fällen feſtgeſetzt worden. Weil aber der Prinzen in dieſen Häuſern mehrere waren, und es bedenklich fallen mochte, ſie alle und jede bey Wahltagen, oder andern Zuſammenkünften der Churfürſten, zuzulaſſen; ſo ſtellten vermutlich deswegen die beiden Brüder und Pfalzgrafen Rudolf und Ruprecht der ältere, wie

 auch

f) von Olenſchlagers N. Erläuter. der G. B., §. 48. p. 173 ſqq. g) ap. *Urſtiſium* l. c., T. II. p. 145.

auch H. Stephan der ältere von Bayern, im J. 1338., auf dem damaligen Reichstage zu Frankfurt, den übrigen Churfürſten einen Revers aus, daß künftig niemals mehr, als nur ein einiger Fürſt von den Pfalzgrafen, oder denen, die ſich dafür halten, im churfürſtlichen Collegium zugelaſſen werden ſolte h). Bald darauf, nehmlich im J. 1341., gab Churfürſt Heinrich von Maynz dem älteſten unter den damaligen Pfalzgrafen, Rudolfen, ein Zeugnis, daß demſelben von dem Kayſer Ludewig und ſeinem älteſten Sohn, dem Churfürſten Ludewig von Brandenburg, in einem unter ihnen geſchloſſenem Vertrage, das Recht die nächſte Römiſche Königswahl zu verrichten ſey zugeſtanden worden. Churfürſt Heinrich gab nun hiezu ſeine Einwilligung, und erkannte gleichfals den Pfalzgrafen Rudolf für ſeinen Mitchurfürſten i).

Dem ohngeachtet führten nachher nicht blos unſer erſtgedachter Rudolf, ſondern auch ſein jüngerer Bruder, Ruprecht der ältere, und ſeines verſtorbenen ältern Bruders, Adolfs, einiger Sohn, Ruprecht der jüngere, bey denen, nach K. Ludewigs des *IV.* Abſterben, wider Carln den *IV.* unternommenen Wahlen, eine gemeinſchaftliche Stimme. Nachdem hierauf K. Carl der *IV.* ſich mit dem Churfürſten Rudolf von Pfalz ausſöhnte, und deſſen einige Prinzeßin Anna heirathete; ſo ließ er ſich ſchon in den Ehepakten die Erbfolge in dieſes ſeines Schwiegervaters, in der Pfalz und Bayern gelegenen, Ländern verſichern, auch nachmals, wie die Anna und der mit ihr erzeugte Prinz Wenceslaus, noch bey Lebzeiten Churfürſt Rudolfs

h) S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 323. f. i) *de Gudenus* C. M. D., T. III. n. 230. p. 317 ſq.

dolfs ſtarben, von dieſem ſich die Erbfolge, auf den Fall ſeines unbeerbten Abſterbens, nochmals verſchreiben und auftragen. Pfalzgraf Ruprecht der jüngere willigte hierein, und nahm nur die pfälziſche Churwürde aus. Nach Churfürſt Rudolfs Tode zog alſo K. Carl der *IV.* deſſen anſehnliche in der Obernpfalz gelegene, Länder an ſich, und kaufte hernach auch den beiden andern Pfalzgrafen, Ruprecht dem ältern und jüngern ihren oberpfälziſchen Landesantheil ab. Darüber gaben nachmals die Churfürſten ihre Willebriefe, der Kayſer aber inkorporirte die auf ſolche Art nach und nach an ſich gebrachte Obere Pfalz, mit Einwilligung der Churfürſten, der Krone Böhmen auf ewig. Mithin beſaſſen die Pfalzgrafen, um die Zeit der errichteten G. B., wenig, oder faſt gar nichts mehr in der Obern Pfalz, ſondern ſie waren nur noch im Beſitz der untern oder rheiniſchen Pfalz. Unſer Carl wolte nun den Pfalzgrafen, für das ihm mit einem Theil ihrer väterlichen Länder gethane Opfer, ſeine Erkänntlichkeit auf eine Art, die ihn nichts koſtete, bezeugen. Es geſchah auch ſolches durch die dem pfalzgräflichen Hauſe zugewandte Churwürde, wobey er zugleich ſeinem alten Haſſe und Rachgierde gegen das bayeriſche Haus ein Genüge thun konnte.

Gleich nach dem Abſterben ſeines Schwieger- 1354
vaters Churfürſt Rudolfs von Pfalz, hatte K. Carl der *IV.* zu Colmar, deſſen Bruder, dem Pfalzgraf Ruprechten dem ältern, die Chur zugeſprochen. Aber mit dieſem kayſerlichen Ausſpruche war Pfalzgraf Ruprecht der jüngere übel zu frieden, und es kam auch zwiſchen ihm und ſeinem Oheim zu öffentlichen Feindſeeligkeiten. Deswegen nahm der Kayſer auf dem nürnbergiſchen Reichstage, noch vor Publikation der G. B., dieſe Sache wie-

der vor, und vermittelte anfangs einen Vergleich zwiſchen den beiden **Ruprechten**, durch welchen der **Jüngere** dem **Aeltern** die **pfälziſche Churwürde** und die damit verknüpfte Vorrechte auf lebenslang überließ, ſich aber den Rückfall vorbehielt.
1355 27 Dec. Dieſen Vertrag beſtätigte nicht nur der **Kayſer**, ſondern auch die **Churfürſten** ſtellten darüber ihre **Willebriefe** aus. Hierauf gieng unſer **Carl** der *IV*. noch weiter, und ließ die dem Churfürſt **Ruprechten** dem **Aeltern** zuerkannte **Chur** von allen **Churfürſten** beſtätigen, weil er in dem rechtmäßigen und würklichen **Beſitze** der **Pfalzgrafſchaft** und des **Erztruchſeſſenamtes** wäre. Es ſolte auch niemand auf dieſe **Churſtimme** jemals einen Rechtsanſpruch zu machen befugt ſeyn, der nicht erſt auf die **Pfalz** und das erſterwähnte **Erzamt** einen rechtlichen Anſpruch gemacht, und deren Beſitz, durch **Urtheil** und Recht, erlangt hätte. *Quia nos*, (wie es in der **Urkunde** heißt,) CVM IVRE et PER SENTENTIAM *invenimus, quod* ELECTIO *et vox* SVPER PRINCIPATVM *et* SVPER TERRAS PALATINATVS *et* SVPER ARCHI-DAPIFERIAM *taliter* FVNDATAE SVNT, *ut unum ſine alio perſiſtere non poſſit* *). Hierdurch wurde nun der obgedachte **Paveſiſche Vertrag** vom J. 1329. wegen der Alternativ ſtillſchweigend über einen Haufen geworfen, und die **bayeriſchen Herzoge** auf einmal von der **pfälziſchen Chur** ausgeſchloſſen, weil ſie wegen der ältern Hausverträge und Theilungen auf die **rheiniſche Pfalz** keinen rechtlichen Anſpruch machen konnten, ſo lange noch **Pfalzgrafen** vorhanden waren.

Allein

*) *Tolnerus* l. c., n. 139. p. 90. E.

Allein die Herzoge von Bayern blieben hiebey nicht gleichgültig, ſondern es kam ſogar zu öffentlichen Fehden, die unter mancherley Vorwand ſo lange fortdauerten, bis K. Carl der *IV.*, im J. 1362., ihnen und dem ganzen Herzogthume Bayern die alten Vorrechte der Pfalzerzherzogthümer, in Anſehung der erzfürſtlichen Gerichtsbarkeit und anderer Gerechtſamen zugeſtanden hat. Es beruhigten ſich auch hierauf die Herzoge von Bayern, und man hat von keinem weitern Widerſpruche derſelben, bis auf das J. 1411. gehört. Damals nehmlich, und zwar bey der zweiten Wahl K. Sigmunds, fand ſich zu Frankfurt auch H. Stephan der *II.* oder jüngere von Bayern zu Ingolſtadt ein, und wurde, jedoch nur als ein ſchlechter Fürſt, und nicht als ein Churfürſt, in die Wahlſtadt eingelaſſen. Es geſchah ſolches auf den ernſtlichen Betrieb des Churfürſt Johanns von Maynz, der ſich vermutlich dieſes H. Stephans, als des damaligen älteſten Fürſtens im ganzen pfälziſch-bayeriſchen Hauſe, auf allen Nothfall dazu bedienen wolte, um die pfälziſche Churſtimme in Anſpruch zu nehmen, und ſie durch ihn führen zu laſſen. Allein Churfürſt Ludewig von Pfalz mochte vermutlich dieſe verſteckte Abſichten des Churfürſtens von Maynz merken, und drung daher auf die Ausweiſung des H. Stephans aus dem Wahlorte, ehe die neue Wahl vorgenommen wurde, worunter man ihm auch willfahren muſte. Und vermutlich hat deswegen nachmals Churfürſt Ludewig der *III.* von der Pfalz von K. Sigmunden, in den Jahren 1414. und 1434., das Churrecht ſich und ſeinem Hauſe beſtätigen laſſen f).

f) von Olenſchlager *l. c*, §. 4. p. 7 ſq. und überhaupt im Auszuge ꝛc., den dritten Band, S. 530-532.

Das pfalzgräfliche Haus erhielt ſich alſo bey dem Beſitze der Churwürde, und vererbte ſolche nach dem Recht der Erſtgeburth auf ſeine Prinzen, welches ſogar durch eigene Hausverträge von den Jahren 1374. und 1392. feſtgeſetzt wurde l). Doch iſt nachmals Pfalzgraf Friedrich der Sieghafte von dieſer Ordnung abgewichen, und hat mit Ausſchlieſſung ſeines ältern Bruders, Churfürſt Ludewigs des *IV.*, Sohnes Philipps, deſſen Vormund er geweſen, jedoch mit deſſen guten Willen, die Chur ſich zugeeignet, und ſelbige bis an ſeinen Tod im Beſitz behalten, obgleich K. Friedrich der *III.* damit gar nicht zu frieden war ll). K. Carl der *IV.* hatte, in dem vorhin angeführten Ausſpruche, das Recht der pfälziſchen Churſtimme auf den Beſitz der Pfalzgrafſchaft gegründet, und auch hierauf in der G. B. feſtgeſetzt, daß ſowohl der K. von Böhmen, als der Pfalzgraf am Rhein, der Herzog von Sachſen und der Marggraf von Brandenburg, wegen ihres Königreichs und Fürſtenthümer, bey der Wahl eines Römiſchen Königs und künftigen Kayſers, mit ihren geiſtlichen Mitchurfürſten, das Wahlrecht ausüben ſolten m). Da er nun ferner auch die Unzertrennlichkeit der Churfürſtenthümer verordnete n), die Frage aber welches dann eigentlich die Churländer wären, damals noch nicht völlig erörtert ſchien; ſo war wohl nöthig,

532. 557. 597 : 599. 628. f. et 674. und den vierten Band, S. 552. et 596 : 609. Cf. *Tolner* l. c, n. 145 ſq. p. 93 ſqq. et 96 ſqq. l) von Olenſchlager *l. c.*, §. 88. p. 345 ſq. und im Urk. Buche, n. 58. et 59. p. 153 ſq. et 155. ll) S. den ſechſten Band des Auszuges ꝛc., S. 254 : 259. 509 : 511. et 575. f. m) *A. B.*, Tit. VII. §. 2. *coll.* Tit. XX. §. 1. n) *Eadem,* Tit. XXV. §. 1 ſq.

nöthig, daß dieſe eigentliche Churländer gehörig beſtimmt wurden o).

Zur Zeit der G. B. waren, Böhmen ausgenommen, die meiſten weltlichen Churfürſtenthümer von einem kleinen Umfange. Die Pfalz beſtand nur noch, auſſer einigen zur alten Pfalz am Mittelrhein gehörigen Oertern, in denen auf beiden Seiten des Oberrheins und an dem Neckar gelegenen ehmaligen Waibling⸗Schwäbiſchen Erbländern, und dem kleinen Reſte des bayeriſchen Erbantheils an der Oberpfalz. Damit nun dieſe nicht noch mehr zerſplittert, veräuſſert oder vertheilt werden möchten; ſo haben bereits Churfürſt Ruprecht der ältere, und ſein Neffe, Pfalzgraf Ruprecht der jüngere, anfangs im J. 1368., durch einen eigenen Hausvertrag, obige an dem Rhein gelegene Länder zu den künftigen Churlanden beſtimmt, auch ſelbige nachher, durch einen neuen Hausvertrag vom J. 1378., mit denen, noch in der Obernpfalz übrig behaltenen Ländern vermehrt, und deren Veräuſſerungen und Zertrennungen auf das nachdrücklichſte unterſagt. Es haben hiernächſt ferner beide vorhin erwähnte Ruprechte, wie auch des Jüngern Sohn, Pfalzgraf Ruprecht der jüngſte, in den Jahren 1374. und 1392., wegen der Untheilbarkeit ſolcher Churländer neue Hausverträge mit einander geſchloſſen. Und iſt beſonders zwiſchen Churfürſt Ruprechten dem jüngern, oder, wie er nunmehr, nach dem Abſterben ſeines Oheims, Churfürſt Ruprechts des ältern, hieß, dem Aeltern und ſeinem Sohn, Pfalzgraf Ruprechten dem jüngern, vormals dem jüngſten, der nachher Römiſcher König wurde, im J. 1395., eine ewige Erbordnung und Satzung wegen

o) von Olenſchlager *l. c.*, §. 50. p. 178.

wegen der Untheilbarkeit der pfälziſchen Chur-länder verabredet worden. Doch hat man von dieſer letztern, bey Gelegenheit der, in neuern Zeiten, im Pfälziſchen Hauſe entſtandenen Erbfolgsſtreitigkeiten, vorgeben wollen, daß ſelbige nicht zur Vollziehung gekommen, ſondern ein bloſſes Projeckt geblieben ſey. In den folgenden Zeiten ſind nun dieſe pfälziſche Churländer, durch neue Eroberungen, vermehrt, und beſonders durch Churfürſt Friedrichen den Sieghaften noch vieles dazu geſchlagen worden p).

In dem Churhauſe Sachſen waren die Herzoge zu Lauenburg unſtreitig von der ältern Linie, und ihre Vetter, die Herzoge zu Wittenberg, gründeten das von ihnen in Anſpruch genommene Wahlrecht auf den Beſitz der angeblichen Churländer, aber dieſe Frage ſchien noch nicht völlig erörtert zu ſeyn. Nun aber wolte K. Carl der *IV.* dem ihm ſehr ergebenem H. Rudolfen dem *I.* von Sachſen-Wittenberg die Chur-Sachſen gerne zuwenden, und dagegen die ihm ſo verhaßte Herzoge von Sachſen-Lauenburg davon ausſchlieſſen; deswegen muſte er in dieſem Hauſe die Sache auf einen andern Fuß anfangen. H. Rudolf der *I.* hatte ihn und ſeinen Großvater, Heinrich den *VII.*, deſſen Vater aber, H. Albrecht der *II.* Rudolfen und Albrechten den *I.* zu Römiſchen Königen erwälen helfen. Auf dieſe wiederholte Handlungen gründete nun K. Carl der *IV.* das Wahlrecht der Wittenbergiſchen Linie, und ſprach daher bereits im J. 1355., wie er noch zu Prag war, die Churwürde und die damit

p) *Idem* ibidem, §. 88. p. 342. et 345 ſq. und im U. B., n. 55 ſq. et 58 ſq. p. 148-155. Cf. der Auszug ꝛc., im ſechsten Bande, S. 256. et 697. f. und im ſiebenden Bande, S. 127.

mit verknüpfte Vorrechte, dem H. Rudolfen zu, welches Urtheil er nachher, auf dem nürnbergiſchen Reichstage, durch die churfürſtliche Willebriefe beſtätigen ließ. In der erſtgedachten Prager-Bulle heißt es zwar: - - *quod* - - RVDOLFVS *Dux*, - - *et nemo alius*, TANQVAM SAXONIE DVX *et* S. I. ARCHIMARSCHALLVS *verus et legitimus* PRINCEPS ELECTOR *exiſtat* etc. Und in der G. B. wird gleichfals als ein unſtreitiger Satz angenommen, daß dem H. von Sachſen, wegen ſeines Fürſtenthums, das Churrecht gebühre. Allein die Herzoge von Lauenburg behaupteten, daß ſie eben ſowohl Herzoge von Sachſen wären, als wie ihre Vetter, die Herzoge zu Wittenberg. Mithin und da der eigentliche Sitz des Herzogthums Sachſen noch zweifelhaft war; ſo muſte ſich der Kayſer, in der dem H. Rudolfen gegebenen Bulle ganz anderer Gründe und Ausdrücke bedienen, als in derjenigen, die er dem Pfalzgraf Ruprechten dem ältern gegeben hatte. 1356 2. Jan.

Ja in einer neuen G. B., wodurch er das Churrecht dem älteſten Sohn und Nachfolger des vorhin gedachten und inzwiſchen verſtorbenen Churfürſt Rudolfs des *I.*, Rudolfen dem *II.*, im J. 1356. zu Metz, mit Einwilligung aller übrigen Churfürſten beſtätigte, und in welche er auch noch die von deſſen Großvater, Albrechten dem *II.*, geſchehene Mitwahl K. Adolfs einflickte, beruft ſich unſer Kayſer wieder auf die öftere *Actus poſſeſſorios* der, von Churfürſt Rudolfs des *II.* Vater und Großvater, geſchehenen Wahlen, mit dem merkwürdigen Zuſatze: - - *quod* - - *praefati* ALBERTVS *et* RVDOLFVS, *quondam Saxoniae Duces* - - (hoc ius electionis) DIVTVRNA TEMPORVM PRAESCRIPTIONE *habuerunt et poſſede-*

poſſederunt legitime. Hiedurch wurde nun zwar nochmals die Sachſen-Lauenburgiſche Linie von der Churwürde ausgeſchloſſen; allein H. Erich von Sachſen-Lauenburg kehrte ſich ſo wenig daran, daß er dem ohngeachtet den Titel: des H. R. R. oberſter Marſchall und Churfürſt, öffentlich annahm. Darüber beſchwerte ſich Churfürſt Rudolf der *II.* bey dem Kayſer, der deswegen den H. Erich, im J. 1361., vor ſein oberſtes Gericht vorforderte, um ſich gegen dieſe Klage zu verantworten. Da man aber nicht findet, daß der H. Erich erſchienen iſt, und derſelbe den Titel eines Churfürſtens und Erzmarſchalls nicht ferner fortgeführt hat; ſo mag er ſich vielleicht zuletzt gutwillig den kayſerlichen Befehlen unterworfen haben. Vermutlich aber haben die oberſächſiſche Herzoge zu Wittenberg ſich nachher von K. Carln dem *IV.*, im J. 1376., und von K. Sigmunden, im J. 1414., durch neue G. B., in welchen die folgenden von ihnen geſchehenen Wahlen des Wenceslaus und Sigmunds auch noch angeführt werden, nochmals die Chur deswegen beſtätigen laſſen, um ſich auf alle Art, wider ihre Lauenbürgiſche Vetter und ihre etwanige Anſprüche, in Sicherheit zu ſetzen. Was inzwiſchen für einen, jedoch vergeblichen, Streit die Herzoge von Sachſen-Lauenburg, nach dem, im J. 1422. ſich ereignetem, Ausſterben der aſkaniſchen Linie der Churfürſten von Sachſen, mit den neuen Churfürſten aus dem Meißniſchen Hauſe angefangen, und viele Jahre fortgeſetzt haben, iſt bereits im hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus umſtändlich erzält worden, und braucht hier nicht wiederholt zu werden q).

In

q) S. den Auszug rc., im dritten Bande, S. 600. 622. et 669., im vierten Bande, S. 23. et 677., im

In den bisher angeführten, und den Churfürſten von Sachſen gegebenen kayſerlichen Bullen iſt zugleich jedesmal die Ordnung der Erbfolge in dem churſächſiſchen Hauſe nach dem Rechte der Erſtgeburt, anfangs mit einiger Abweichung von einer genauen Linealſucceßion, beſtimmt, und nach ſolcher Vorſchrift beobachtet worden. Wie nehmlich K. Carl der *IV*. dem Churfürſten Rudolf dem *I.*, im J. 1355. zu Prag, die erſte Bulle über die Churwürde gab; ſo war deſſen zweiter Sohn Otto, jedoch mit Hinterlaſſung des unmündigen Prinz Albrechts, bereits einige Jahre vorher geſtorben. Nun verordnete der Kayſer in der erſtgedachten Bulle: - - *poſt Eius* (ſcil. RVDOLFI I.) *obitum filio ſuo primogenito, et illo non extante, eiusdem Primogeniti Primogenito vox et ius predictum competat eligendi. Si vero ipſius Primogenitum absque heredibus masculis legitimis mori contingeret, ex tunc vox et ius ſeu poteſtas electionis huiusmodi* AD SENIOREM FRATREM, *per veram paternalem lineam deſcendentem, et deinde ad illius Primogenitum devolvatur, et* TALIS SVCCESSIO *ac devolutio in voce iure et poteſtate premiſſis* IN DVCIBVS SAXONIE PERPETVIS TEMPORIBVS OBSERVETVR r). Nach dieſer Verordnung folgte nun Churfürſt Rudolfen dem *I.* ſein älteſter Sohn Rudolf der *II.* Und wie dieſer, im J. 1370., ohne Erben ſtarb; ſo hatte er ſeinen Bruder Wenceslaus zu ſeinem Nachfolger. Derſelbe ſchloß auch ſeines, vor ihm und ſeinem Vater verſtorbenen, ältern Bruders, Ottens, Sohn,

im fünften Bande, S. 344. 367. 393. 408. 410. 469. 611. et 613-616. und im ſechsten Bande, S. 5. et 689. f. r) S. *Gribneri* Diſſ. ad Caroli IV. B. A. Saxon. Metenſ. de a. 1357. (Lipſ., 1728. 4.) §. 5. p. 10 ſq.

Sohn, **Albrechten**, um ſo mehr von der Erbfolge aus, weil der **Kayſer** in der zu Metz, im J. 1356., gegebenen G. B. oder Beſtätigung der Erbfolge im **Churhauſe Sachſen** ausdrücklich verordnet hatte: *Si - - praefatum* RVDOLFVM, *modernum Saxoniae Ducem, ſine legitimis maſculini ſexus heredibus laicis - - mori contigerit; ex tunc Principatus, vox, ius, auctoritas et poteſtas electionis huiusmodi - -* AD SENIOREM FRATREM EIVS, *per veram paternalem lineam deſcendentem, et ab eodem ad primogenitum ſeu ſeniorem filium eiusdem, eodemque ſine legitimis maſculini ſexus heredibus laicis decedente, ad illuſtrem* ALBERTVM *filium* OTTONIS *quondam Ducis Saxoniae, fratris moderni* RVDOLFI *Saxoniae Ducis, et ad eiusdem ſeniorem filium, eoque ſine maſculini ſexus heredibus decedente ad proximiorem heredem ſecundum lineam paternalem, laicum duntaxat, devolvi debet pleno iure* etc. [s]).

Hiedurch wurde nun die **Sächſiſche Churfolge** auf des Churfürſt **Wenceslaus** erſtgebohrnen Sohn und deſſen männliche Nachkommenſchaft eingeſchränkt, in der folgenden, zu **Frankfurt**, im J. 1376., gegebenen **G. B.** aber erſtreckte **K. Carl** der *IV.* die Erbfolge auch auf die nachgeborne Söhne des erwähnten Churfürſtens **Wenceslaus**, und ihre männliche Nachkommen, nach deren Abgang ſodann allererſt **H. Albrecht** zur Succeßion kommen ſolte [t]). Allein der Fall ereignete ſich nicht; dann H. **Albrecht** ſtarb im J. 1385. unbeerbt, und ſeinem drey Jahr nachher verſtorbenem Oheim, dem Churfürſten **Wenceslaus**, folgten in der Churwürde nach einander ſeine beide Söhne, **Rudolf** der *III.* und **Albrecht** der *III.*, die aber beide ohne männ-

s) *Gribneri* Diſſ. modo cit., §. 37 ſq. p. 611 ſqq.
t) *Idem* ibidem, p. 84 ſq.

männliche Erben ſtarben, und den aſkaniſchen Stamm der Churfürſten von Sachſen beſchloſſen. Der erſte von ihnen erhielt von K. Sigmunden über die Erbfolge in ſeinem Hauſe abermals eine G. B. zu Aachen im J. 1414., in welcher endlich eine genaue Linealſucceßion, in Anſehung der beiden, damals noch allein übrigen, Prinzen der Wittenbergiſchen Linie, nehmlich Churfürſt Rudolfs des *III.* und ſeines Bruders, H. Albrechts des *III.*, feſtgeſetzt wurde. Es verdienen aber aus dieſer letztern G. B folgende Worte wohl erwogen zu werden: „Und wenn die alle, „(nehmlich der beiden erſtgedachten Brüder, als der „noch allein übrigen Fürſten der Wittenber„giſchen Linie,) verſtorben ſind, ſo ſollen ſie „kommen und gefallen an den negſten Erben, „nach den Rechte veterlicher Linie der Leye, „den eldeſten Herzoge zu Sachßen und ſin „erben, nach der obgeſchriebenen Wyße u).„ Dieſe Worte können, meines Ermeſſens, auf Niemand anders gedeutet werden, als auf die Herzoge von Sachſen-Lauenburg, welche die nächſten Erben der nunmehrigen Herzoge von Sachſen-Wittenberg, oder der Churfürſten, nach dem Rechte der väterlichen Linie der Layen waren. Es iſt aber ſchon bemerkt worden, daß die Lauenburger durch das Meißniſche Haus von der Churfolge ſind ausgeſchloſſen worden.

Was endlich noch die eigentliche Sächſiſche Churländer anbelangt; ſo beſtanden dieſelben zur Zeit, da die G. B. errichtet wurde, nur etwa in dem noch heute ſo genannten Wittenbergiſchen Churkreiſe, der Grafſchaft Brene, und der Pfalz

u) *Idem* ibidem, p. 95.

Pfalz Alſtett. Selbige kamen nun, nach Abgang der aſkaniſchen Familie, mit der Sächſiſchen Churwürde und dem Erzmarſchallenamte an den neuen Churfürſten aus dem Meißniſchen Hauſe, Marggraf Friedrich den Streitbaren, welcher bereits Meiſſen, Thüringen und viele andere erb- und eigenthümliche Länder und Herrſchaften beſaß. Allein das neue Churhaus Sachſen behielt nur das Wittenbergiſche, unter dem eigenen Nahmen des Churkreiſes in ſeiner Unzertrennlichkeit, die übrigen alten Erbländer aber wurden, nach gemeinen Rechten und nach der Gewohnheit damaliger Zeiten, unter alle Prinzen des Churhauſes vertheilt v).

Endlich in dem Brandenburgiſchen Churhauſe hatten zur Zeit, da die G. B. gemacht wurde, drey Fürſten die Churſtimme in Gemeinſchaft. Nachdem nehmlich die Churfürſten von Brandenburg aus dem aſkaniſchen Stamm ausgeſtorben waren, hatte K. Ludewig der *IV.* ſeinem älteſten Sohn Ludewig die Churmarck verliehen, der auch bey der Churwürde ſich behauptete, und Carln dem *IV.* die Beſteigung des teutſchen Throns ſehr ſauer machte. Weil ihm aber und ſeinen Brüdern, Ludewig dem Römer und Otten, in der erſten Theilung der väterlichen Länder, Oberbayern zugefallen, und ihm dieſes, wegen der erheirateten Grafſchaft Tyrol, gelegener war, als die entfernte Churmarck Brandenburg; ſo dachte er darauf, dieſe ſeinen beiden jüngern Brüdern zu überlaſſen, und jenes für ſich allein zu behalten. Anfänglich ließ er ſich die, von Pfalzgraf Ruprechten dem ältern, im J. 1350., zu Frankfurt auf ſechs Jahre getroffene Mutſchirung gefallen,

v) von Olenſchlager *l. c.*, §. 88. p. 342. et 346.

fallen, nach welcher ſeine beide gedachte Brůder die Brandenburgiſche Staaten behielten, er aber Oberbayern bekam, und ſich dabey die Churſtimme bey den Kayſerwahlen vorbehielt. Das Jahr darauf traf er mit dieſen ſeinen zwey Brůdern zu Luckau, mit Aufhebung der bisherigen Mutſchirung, eine neue Theilung und gånzliche Auseinanderſetzung. Er behielt auf beſtåndig Oberbayern, und überließ ſeinen beiden mehrerwåhnten Brůdern gånzlich die Churmarck mit der Niederlauſitz. Die Brandenburgiſche Churſtimme aber behielten alle drey Brůder gemeinſchaftlich.

Da nun K. Carl der *IV.* das Churrecht auf den würklichen Beſitz eines Churlandes gründete; ſo war dieſes für ihn eine erwünſchte Gelegenheit, ſeiner Rachgierde gegen einen ihm ſehr verhaßten Fürſten ein Genůge zu thun. Es erſchien nehmlich auf dem nůrnbergiſchen Reichstage, im J. 1355., Ludewig der Rȯmer in Perſon, da hingegen ſeine beide åltere Brůder, der Marggraf Ludewig und H. Stephan, aus Furcht vor des Kayſers Macht wegblieben. Ludewig der Rȯmer erkaufte die Gunſt unſers Kayſers durch allerhand Gefålligkeiten, ſogar zum Nachtheil ſeines eigenen Hauſes. Dafür erkannte dieſer jenen für den einigen rechtmåßigen Churfürſten von Brandenburg. Man findet zwar darůber keine ſchriftliche Urkunden, weil ſelbige vielleicht noch in den Archiven verborgen liegen. Allein er belehnte ihn doch zu Nůrnberg mit der Churmarck Brandenburg, und aus der nachher publicirten G. B. kan man erſehen, daß er ihm allein die Churwůrde muß zugeſprochen haben. Dem ohngeachtet ſchrieben ſich nachmals beide Brůder, Ludewig der Rȯmer und Otto, in ihren gemeinſchaftlichen Urkunden, ohngefåhr vom J. 1363. an, des H. R. R.

oberſte Kemerere, und Marggraf Otto gebrauchte nicht nur in ſeinen eigenen Urkunden, noch bey Lebzeiten ſeines Bruders, dieſen Titel, ſondern ſogar der Kayſer legte ihm, in einer ſeiner Urkunden, ſelbigen bey *). Nach Ludewigs des Römers Abſterben gelangte Otto, im J. 1365., zum einigen Beſitz der Churmarck. Er trat ſie aber, im J. 1373., an K. Carln den *IV.* und ſeine Söhne ab, doch hat er ſich hiebey die Churwürde und das Erzkämmereramt auf Lebenslang vorbehalten. Da ihm der Kayſer dieſe Bedingung in dem Ceßionstraktate bewilligte; ſo hat er hiedurch ſelbſt wider die von ihm publicirte G. B. gehandelt, als in welcher er das Churrecht auf den würklichen Beſitz eines Churlandes, deſſen ſich aber nunmehr Churfürſt Otto begeben, geſetzt hatte. Allein Carl der *IV.* war über dergleichen Kleinigkeiten weg, ſobald er ſich und ſeinem Hauſe einen Vortheil machen konnte, und der faule Otto hat nachher von dieſem ſich vorbehaltenen Rechte, bey der Wahl des Römiſchen Königs Wenceslaus, nicht einmal Gebrauch gemacht.

Die Churmarck Brandenburg, nebſt der Churwürde, gab hierauf Carl der *IV.* ſeinem zweiten Sohn Sigmund, der ſie aber hernach ſeinem Vetter, Marggraf Jobſten von Mähren, und deſſen Bruder Procopius, pfandsweiſe überließ. Jener verpfändete ſie ſodann, eine Zeitlang an Marggraf Wilhelm den Einäugichten von Meiſſen, und als er wiederum zum Beſitz derſelben gelangte; ſo fieng er vom J. 1398. an, ſich in ſeinen Urkunden: einen Marggrafen von Brandenburg

*) S. z. E. Lünigs C. G. D., T. I. p. 1277. 1279. et 1281 - 1298. *paſſim.* und Gerckens Diplomataria vet. Marchiae Brandenburg., T. I. n. 55. et 58. p. 141. et 149.

denburg und des H. R. R. Erzkämmerer, zu nennen. Er war auch vom K. Wenceslaus, im J. 1397., als Marggraf von Brandenburg würklich belehnt worden, und vielleicht hat K. Sigmund ihm, um dieſe Zeit, die Churmarck ſogar wiederkäuflich überlaſſen. So viel iſt gewiß, daß die Rheiniſchen Churfürſten, bey der vorhabenden Abſetzung des Wenceslaus, unſern Jobſten, in ſoferne er ihr Mitchurfürſt wegen der Marck zu Brandenburg ſeyn ſolte, auf die Zuſammenkunft nach Ober-Lahnſtein eingeladen haben, wo er aber ausblieb. Hingegen erſchien er, durch ſeine Geſandten, bey der neuen Römiſchen Königswahl, nach dem Tode K. Ruprechts, indem ihn nehmlich Churfürſt Johannes von Maynz, wegen der Chur Brandenburg, aus dem Grunde zur Wahl eingeladen hatte, weil er im würklichen Beſitze der Churmarck wäre, und auch mit ſelbiger belehnt worden. Und das ganze churfürſtliche Collegium war einverſtanden, daß es den, von K. Sigmunden, nach Frankfurt geſchickten, Burggrafen Friedrich von Nürnberg nicht in der Eigenſchaft eines churbrandenburgiſchen Geſandtens erkannte, wie er dann auch nur als ein Königlich-Ungariſcher Geſandter eingelaſſen wurde, welches Temperament er ſich ſelbſt gefallen ließ. Er machte aber nachher dannoch auf die brandenburgiſche Churſtimme Anſpruch, und half ſeinen Principal, den K. Sigmund, mit zum Römiſchen König erwälen.

Durch den bald darauf erfolgten Tod des, von der Gegenparthey gleichfals erwälten, Jodocus fiel die Churmarck wieder an den K. Sigmund zurück, und es konnte alſo, bey der vorgenommenen neuen Wahl, nicht wieder ein Streit über die brandenburgiſche Churſtimme entſtehen. Dann

 obgleich

obgleich K. Sigmund, noch vor ſeiner zweiten Wahl, dem vorhin gedachten Burggrafen Friedrich die Churmarck unterpfändlich abgetreten; ſo hatte er doch ſich und ſeinen Erben: „die Küre eines ig„lichen Romiſchen Kunigs, und was ſick darzu „trefen mag zu einer iglichen Zeite, alz oft ſich daz „geburt,„ vorbehalten. Allein endlich überließ K. Sigmund dem Burggrafen Friedrich das Churfürſtenthum Brandenburg, mit der Churwürde und dem Erzamte erblich, und dung nur die Wiedereinlöſung ſich und ſeinem Bruder Wenceslaus aus w).

Friedrichs geſeegnete Nachkommenſchaft hat es auch, nach dem Recht der Erſtgeburth, bis auf unſere Zeiten beſeſſen, und wird es, nach dem Wunſche aller Patrioten, bis an das Ende der Tage beſitzen. Nur gleich bey dem erſten Succeßionsfall wurde eine Ausnahme in Anſehung der Rechte des Erſtgebohrnen gemacht, da nehmlich dem Churfürſten, Friedrich dem *I.*, nicht ſein älteſter Sohn, der Marggraf Johannes, ſondern ſein zweiter Sohn, Friedrich der *II.* in der Churwürde und den Churländern folgte. Und auch nachher hat ſich Churfürſt Friedrichs des *I.* jüngſter Sohn, Friedrich der jüngere, vor ſeinen ältern Brüdern, Johann und Albrecht, den völligen Anfall des Churfürſtenthums ausbedungen, wenn Churfürſt Friedrich der *II.* ohne männliche Erben ſterben würde. Unter allen weltlichen Churfürſtenthümern aber waren, Böhmen ausgenommen, die Brandenburgiſchen Marcken, durch ihre

w) von Olenſchlager *l. c.*, §. 4. p. 8 ſq. und im Auszuge ꝛc., den dritten Band, S. 515. 518. 601. f. 700. et 769., im vierten Bande, S. 23. 37. 138. f. 200. 202. f. 248. 548. ff. et 623. f. und im fünften Bande, S. 204. ff.

ihre Beſitzer, am beſten zuſammen gehalten worden. Und wenn gleich bisweilen davon etwas getrennt wurde; ſo haben doch ſogleich die folgenden Churfürſten es wieder herbey zu bringen geſucht. Es iſt ſolches beſonders von den Churfürſten Friedrich dem *I.* und dem *II.* geſchehen, welcher letztere die von K. Sigmunden veräuſſerte Neue Marck wieder mit den übrigen Churländern vereiniget hat.

Indeſſen iſt doch Churfürſt Friedrich der *I.* ſo, wie in Anſehung der beſtimmten Rechte der Erſtgeburth, alſo auch in Anſehung der Untheilbarkeit der Churländer von der Vorſchrift der G. B. abgegangen. In ſeinem zu Cadolzburg, im J. 1437., errichtetem Teſtamente wies er nehmlich ſeinem älteſten Sohn, Johannes, die fränkiſchen Länder oberhalb des Gebürges und dem dritten Sohn Albrecht die alte fränkiſche Erbländer unterhalb des Gebürges an. Dieſes konnte er ohne alles Bedenken thun, weil die Fürſtenthümer in Francken nicht zu den eigentlichen brandenburgiſchen Churlanden gehörten. Allein wegen dieſer verordnete er, daß ſelbige ſein zweiter und vierter Sohn, Friedrich der ältere und jüngere anfangs gemeinſchaftlich beſitzen, und nach einigen Jahren mit einander theilen ſolten. Weil aber hernach alle vier Brüder erkannten, daß ihnen und ihrem Hauſe eine Theilung der Churmarck, nach den Abſichten ihres Vaters, ſehr ſchädlich ſeyn würde; ſo begnügte ſich, bey der, im J. 1447., zu Mühlhauſen geſchehenen völligen Auseinanderſetzung, Friedrich der jüngere mit der alten Marck und Priegnitz, Churfürſt Friedrich der *II.* aber behielt, nebſt der Churwürde und dem Erzkämmereramte, alles übrige. Da Marggraf Friedrich der jüngere, ſchon im J. 1463., ohne männliche Erben ſtarb, ſein älteſter Bruder, das Jahr

darauf, gleichfals ohne männliche Nachkommen aus der Welt gieng, und dergleichen auch Churfürſt **Friedrich** der *II.* nicht hinterließ; ſo fielen zuletzt ſämtliche **märckiſche** und **fränckiſche** länder an Churfürſt **Albrechten.** Dieſer machte nun, im J. 1473., eine merkwürdige Verordnung wegen der Erbfolge in ſeinen ſämtlichen ländern, worinnen er ſich nach der Vorſchrift der G. B. richtete, und welcher auch nachher alle ſeine Nachkommen nachgelebt haben. Nach derſelben bekamen ſeine beide jüngere Söhne, **Friedrich** und **Sigmund** die **fränkiſchen** länder, ſein älteſter Sohn aber, der Churprinz **Johannes,** die **Churmarck Brandenburg,** die **Churwürde** und das **Erzkämmereramt,** wie dann auch der **churfürſtliche Titel** und **Wappen** auf die jedesmalige **Primogenitur** eingeſchränkt wurden x).

Für **Böhmen** hatte **K. Carl** der *IV.* hinlänglich geſorgt und bald nach dem Antritte ſeiner Regierung, nehmlich im J. 1348., dieſem Königreich ſein altes **Churrecht** beſtätigt. Nachher ließ er ſich, auf dem **Churfürſtentage** zu **Metz,** im J. 1356., von den ſämtlichen **Churfürſten** eine Verſicherung über ſolches **Böhmen** zuſtehende **Churrecht** ausſtellen y). In der G. B. wies er dem **K.** von **Böhmen** die **erſte Stelle** unter den **weltlichen Churfürſten** an z), und er ſuchte überhaupt der **Krone Böhmen** ihr **Churrecht** auf alle nur

x) von Olenſchlager *l. c.*, §. 88. p. 343. et 346 ſq. und im Auszuge ꝛc., den vierten Band, S. 374. f. im fünften Bande, S. 665. ff. im ſechſten Bande, S. 94. f. 245. f. 248. ff. et 315. f. und im ſiebenden Bande, S. 339. ff. y) S. *Goldaſt.* de regno Bohem., T. I. in *App. Docum.*, n. 34. p. 61 ſqq. und den dritten Band des Auszuges ꝛc., S. 616. *ibique* citatos. z) A. B., Tit. IV. §. 4.

nur mögliche Art und Weiſe ſicher zu ſtellen. Vermutlich hat auch deswegen unſer Kayſer, in einigen ſeiner Urkunden, die er um die Zeit der errichteten G. B. und nachher ausfertigen ließ, dem Titel eines Königs von Böhmen auch den Titel: *S. R. I. Archipincerna et Princeps* ELECTOR beigefügt, welches auch ſein Sohn und Nachfolger **Wenceslaus** gethan hat a). Allein ohngeachtet aller dieſer für **Böhmen** gehabten Vorſicht, haben ſich doch, in **unſerm Periodus**, nach der G. B. Fälle ereignet, da die **böhmiſche Churſtimme** bey den **Römiſchen Königswahlen** nicht iſt zugelaſſen worden. Daß bey **K. Ruprechts** Wahl keine **böhmiſche Wahlſtimme** vorkommt, wird ein jeder von ſelbſt ermeſſen können, in dem **K. Wenceslaus** ſich nicht ſelbſt wird haben abſetzen, und ſeinen Gegner erwälen helfen. Aber auch nachher bey der Wahl **K. Albrechts** des *II.* war, von Seiten der **Chur Böhmen**, kein Geſandter zugegen, weil nehmlich die **Böhmen** über ihre Königswahl nicht konnten mit einander einig werden, und damals den **H. Albrechten** von Oeſterreich, K. von **Ungarn**, noch nicht zu ihrem **König** erwält hatten b). Wie hierauf, im J. 1486., der Erzherzog **Maximilian** zum **Römiſchen König** erwält wurde; ſo hatte man dazu den damaligen **K. Vladislaus** von **Böhmen** nicht mit eingeladen. Allein er nahm es ſehr übel auf, und beſchwerte ſich darüber an dem **kayſerlichen** und **päbſtlichen Hofe**. Ja er verweigerte ſogar dem **Maximilian** den Titel eines **Römiſchen Königs**, und drohete mit einem Kriege. Es muſten ſich daher zuletzt die übrigen **Churfürſten** mit ihm, im J. 1489., in der Güte vergleichen, und bey einer Strafe von 500 Mark löthigen

a) *Goldaſt* l. c., T. I. L. IV. c. 6. p. m. 592.
b) S. den ſechſten Band des Auszuges ꝛc., S. 4.

Goldes ſich verbinden, hinführo den König von Böhmen niemals mehr von der Wahl eines Römiſchen Königs oder Kayſers auszuſchlieſſen c).

Das Anſehen der Churfürſten war, durch die innerliche Uneinigkeiten in den Churfamilien, ſehr gefallen, und lag wegen ihrer damaligen Schwäche faſt gröſtentheils danieder. Mithin nahm ſich K. Carl der *IV.* vor, daſſelbe, nach den beigelegten und entſchiedenen Streitigkeiten in den Churhäuſern, wieder empor zu bringen, und den nunmehrigen Churfürſten die alte Rechte und Vorzüge der Erzfürſten wieder herzuſtellen. Es geſchah nun ſolches gleichfalls auf dem damaligen nürnbergiſchen Reichstage, auf welchem der gröſte Theil der G. B. verabfaßt wurde. Zu den Berathſchlagungen aber, welche wegen der churfürſtlichen Vorrechte gehalten wurden, nahm der Kayſer nur allein die Churfürſten d). Da hingegen zu denjenigen Berathſchlagungen, welche die ganze Reichsverfaſſung, oder auch anderer Stände gemeine Gerechtſame betraffen, alle und jede anweſende Reichsſtände mit zugelaſſen wurden e). Unter dieſen theils wiederhergeſtellten, theils vermehrten alten groſſen Vorrechten und Vorzügen der Churfürſten in unſerm teutſchen Reiche war nun, auſſer ihrem ausſchlieſſenden Wahlrechte, wovon bisher umſtändlich genug gehandelt worden, eines der wichtigſten und vornehmſten das Recht, järliche Zuſammenkünfte mit dem Kayſer, jedesmal vier Wochen nach Oſtern, in einer Reichsſtadt zu halten. Auf dieſen churfürſtlichen Collegialtagen ſolten nun der Kayſer und die Churfürſten perſönlich

c) S. den ſiebenden Band Deſſelben, S. 308. und 477 ‑ 480. d) S. die G. B., Tit III. §. 2. et Tit. XII. §. 2. e) von Olenſchlager *l. c.*, §. 4. et 5. p. 7. et 9 ſq.

ſönlich erſcheinen, um mit einander über die gemeine Wolfahrt des teutſchen Reichsſtaats, und der Chriſtenheit, wie auch über die beſondere Angelegenheiten der Churfürſtenthümer zu tractiren. Es ſolte ſodann auch jedesmal von dem Kayſer, mit Rath der Churfürſten, beſtimmt werden, an welchem Orte man im künftigen Jahr dieſe Zuſammenkunft halten wolte. Hiedurch gedachte nun vermutlich der Kayſer die alte Gewohnheit wieder herzuſtellen, da nehmlich, ſchon in den vorigen åltern Zeiten, die Erzfürſten, wenigſtens einmal in jedem Jahr, auf den groſſen Reichshöfen mit den Kayſern zuſammen gekommen waren, und über das allgemeine Wohl des Römiſch-Teutſchen Reichs gehandelt hatten f).

Man wundert ſich zwar insgemein, daß der Kayſer und die Churfürſten dieſes vorzügliche Recht in den folgenden Zeiten nicht in die Ausübung gebracht haben, indem ſie dadurch das Heft der Regierung von Teutſchland allein würden in die Hånde bekommen haben. Es iſt aber ſchon anderwårts gründlich gezeigt worden, warum der Kayſer dieſe jårliche Verſammlungen mit den Churfürſten nicht hat zu ſtande bringen können ff). Unter der Regierung K. Friedrichs des *III.* wurden zwar wieder öfters, als bisher, Churfürſtentåge gehalten, und auf dem Reichstage zur Wiener-Neuſtadt, im J. 1455., übergab das churfürſtliche Collegium, durch den Churfürſten von Trier, dem

f) *A. B.*, Tit. XII. und von Olenſchlager *l. c.*, §. 73. p. 286. et 288 ſq. Cf. Sam. *Rachelii* Disp. de Comitiis electoralibus, quae dicuntur Churfürſten-Tåge, Collegial-Tåge; Kilonii, 1690. 4. et Godofr. Dan. *Hoffmanni* Vindiciae Capitulatt. noviſſ. circa Uniones et Conventus electorales; Tubingae, 1753. 4. ff) von Olenſchlager *l. c.*, §. 74. p. 289 ſq.

dem Kayſer und den übrigen Reichsſtänden einen Entwurf, wie das heilige Reich wieder aufgerichtet werden könnte, wobey der Vorſchlag wegen einer beſtändigen Verſammlung des Kayſers oder ſeines Präſidentens, und der Churfürſten mit ihren Räthen, in einer Reichsſtadt geſchah g). Allein es kam dieſes Projeckt, wie ſo viele andere, nicht zu ſtande, und auch deſſen Ausführung würde doch nicht, wie einige glauben, mit denen in der G. B. verordneten Churfürſtentägen, was ähnliches gehabt haben.

Von der hohen Würde und dem vorzüglichen Anſehen, worinnen die Churfürſten vor andern Fürſten und Ständen in unſerm Reiche geſtanden haben, zeugen unter andern auch die *Elogia*, oder Lobſprüche, die ihnen von unſern Kayſern ſind beigelegt worden. Schon K. Heinrich der *VII.* nennt die Churfürſten, in dem ſeinem Bruder, dem Churfürſten Balduin von Trier, im J. 1309., gegebenem Lehenbriefe: *Columnas* h). K. Carl der *IV.* nennt ſie in der G. B. *Palmites imperiales: membra* (chriſtiani Imperii) *propinquiora: columnas: ſeptem candelabra lucentia*, (per quae) *in unitate Spiritus ſeptiformis Sacrum illuminari debet Imperium.* Ferner: *Columnas proceres*, (quae) *ſacrum aedificium circumſpectae prudentiae ſolerti pietate ſuſtentant*, *quorum* (ſcil. Electorum) *praeſidio dextra imperialis potentiae roboratur:* weiter: *ſolidas baſes Imperii et columnas immobiles.* Und endlich bedient er ſich von ihnen des Ausdrucks: *nam et ipſi pars Corporis noſtri ſunt* i).

Aus

g) Müllers R. Tags Theatr. unter K. Friedr. V., P. I. 2. Vorſtell. c. 7. §. 4. p. 512 ſqq. h) *ab Hontheim* Hiſt. Trevir. diplomat., T. II. n. 603. p. 37. i) *A. B.* in *Prooem.*, item: Tit. III. §. 1. Tit. XII. §. 1. et Tit. XXIV. §. 2.

Aus dieſem Grunde alſo, und weil die Churfürſten einen Theil ſeines Staatskörpers mit ausmachten, hat K. Carl der *IV.*, in der G. B., für die Sicherheit derſelben gleichfals geſorgt. Zu dem Ende ließ er die Verordnung, welche ſchon ehmals, im alten Römiſchen Kayſerthume, die Kayſer Arkadius und Honorius, wegen der Sicherheit ihrer vornehmſten Senatoren und Hofbeamten, gegen die Meutereien und Zuſammenverſchwörungen der Soldaten und anderer Leute von allerley Stand und Würde, gemacht hatten, aus dem *Codice Iuſtinianeo* *) faſt wörtlich in die G. B. einrücken, und erſtreckte ſelbige auf die ſämtliche geiſtliche und weltliche Churfürſten †). Es verordnete alſo der Kayſer, daß das Laſter der beleidigten Majeſtät auch gegen die Churfürſten ſolte können begangen werden, und er legte auf die Verbrecher deſſelben die in dem gedachten Geſetze verordnete Strafen. Indeſſen finde ich die Muthmaſſung einiger Gelehrten ſehr gegründet, daß unſer K. Carl der *IV.* die Gelegenheit zu dieſer, auf die Churfürſten angewandten Verordnung aus dem Canoniſchen Rechte genommen habe, als in welchem ſich ebenfals eine ähnliche Verordnung für die Sicherheit der Cardinäle findet *). Vielleicht hat auch der an dem Churfürſten Engelbrecht von Cöln, im J. 1225., durch den Grafen Friedrich von Iſenburg, begangene Mord, bereits Gelegenheit gegeben, daß die vorhin gedachte Verordnung der Kayſer Arkadius und Honorius ſchon damals als eine Reichsſatzung, die auch die Churfürſten künftig angehen ſolle, iſt angenommen worden,

*) L. IX. Tit. VIII. *ad l. Iul. Majeſtat.*, l. 5. †) *A. B.*, Tit. XXV. *) cap. 5. *de poenis* in VI. *coll.* c. 6. q. 1. c. 22. et c. 9. *de poenit.* D. 1.

den, weil, nach dem Zeugniß eines glaubwürdigen Schriftſtellers †), auf dem damaligen Reichstage zu Nürnberg verſchiedene Geſetze wider dergleichen Vatermörder, (*Parricidas*,) ſind gemacht worden. Auf welche Art dann der Kayſer nur eine ältere Reichsſatzung in die G. B. aufgenommen, und dabey ſeine Abſicht mit auf das Canoniſche Recht gerichtet hätte l).

Da ferner die Churfürſten, von ihrem erſten Urſprunge an, für des Reichs innerſte Glieder und des Kayſers innerſte Räthe angeſehen, und mit dieſen Ehrennamen belegt wurden; ſo war auch ihre Einwilligung und Beiſtimmung zu allen wichtigen Reichsſachen, die den geſammten Staat, oder eines ſeiner Glieder betraffen, für nöthig erachtet worden, um deren Gültigkeit zu erhalten m). Schon K. Rudolf der *I.* hat, auf dem nürnbergiſchen Reichstage im J. 1281., durch den bekannten Rechtsſpruch, alle Schenckungen und Verordnungen der vorigen Kayſer, von der Zeit der auf dem Lionner Concilium geſchehenen Abſetzung K. Friedrichs des *II.* an, für ungültig erklärt, wenn ſie nicht von dem gröſten Theil der Churfürſten wären gebilliget worden n). Dann obgleich wider dieſe Sentenz K. Rudolfs des *I.* ſehr vieles mit gutem Grunde, kan eingewandt werden o); ſo folget doch wenigſtens dieſes daraus, daß auch ſchon

Rudolf

†) *Caeſarius Heiſterbacenſis*, L. II. c. 13. apud *Surium* in Act. SS., T. V. ad d. 7. Nov. l) Ge. Dav. *Aland* Comm. de lege Maieſtat. ab Imp. Car. IV. ad eos, qui in S. I. Princip. Electorum vitam conſpirant, extenſa ad A. B., Cap. XXIV. §. 2.; Lipſ., 1755. 4. und von Olenſchlager *l. c.*, §. 87. p. 336 ſqq. m) S. im zweiten Bande des Auszuges, S. 306. f. n) *Martene* N. Theſ. Anecdot., T. I. p. 1169 ſq. o) Gebauers Leben K. Richards, L. III. p. 411 ſq.

Rudolf der *I.* die Einwilligung der Churfürſten zu wichtigen Reichshandlungen für nothwendig gehalten habe. Und dieſes erkannten und beobachteten auch ſeine Nachfolger im Reiche, darüber nunmehro, vom Anfange unſers Periodus an, die ſogenannten Willebriefe der Churfürſten, nicht nur in teutſchen, ſondern auch in italiäniſchen Reichsſachen, ſehr gewönlich wurden, und häufig vorkommen. Es waren auch dieſe ſchriftliche Beiſtimmungen um ſo nöthiger, weil die perſönlichen Verſammlungen der Churfürſten mit dem Kayſer, ſeit K. Friedrichs des *II.* Zeiten her, ſeltener wurden, und alſo die vormals gewönlichen mündlichen Einwilligungen wegfielen. Allein die Herbeiſchaffung ſolcher Willebriefe fand öfters groſſe Schwierigkeiten, und das Anſehen des Kayſers lief dabey Gefahr, wenn er ſelbige von den Churfürſten, weil ſie bisweilen anderer Meinung als er waren, nicht erhalten konnte. Deswegen mag vielleicht der ſtaatskluge Carl der *IV.* die vorhin gedachte järliche Churfürſtentage, in der G. B., angeordnet haben, um auf ſolche Art die Willebriefe, deren er auch daher in der G. B. nicht einmal gedenkt, unnöthig zu machen, damit hinführo der Kayſer den mündlichen Conſens der Churfürſten, auf ſolchen järlichen Verſammlungen, einholen könnte. Weil aber dieſe, gedachtermaſſen, gleich anfangs ins Stecken kamen; ſo blieben die churfürſtlichen Willebriefe ferner nothwendig, und man findet ſie daher in teutſcher und lateiniſcher Sprache, unſern ganzen Periodus hindurch, in groſſer Menge.

Zu denſelben ſcheint, wegen Wichtigkeit der Sachen, die Einſtimmung der ſämtlichen Churfürſten jederzeit nöthig geweſen zu ſeyn. Deswegen haben dann auch die Churfürſten, in dem,

im J. 1424., errichteten Churfürſtenverein, beſchloſſen, eigene Churfürſtentage zu halten wenn ſie über die zu ertheilende Willebriefe nicht mit einander einig werden könnten, um auf jenen, nach gepflogenem Rath, den Ausſchlag der Sache den mehrern Stimmen zu überlaſſen. Und dieſer Schluß iſt von ihnen in dem Churfürſtenverein, der auf dem, im J. 1446., zu Frankfurt gehaltenem churfürſtlichen Collegialtage gemacht wurde, wiederholt worden. Indeſſen hat man doch in den folgenden Zeiten, Beiſpiele, daß ein und anderer Churfürſt von dieſen gemachten Schlüſſen bisweilen abgegangen iſt. Es waren aber, nach der Staatsverfaſſung unſers Periodus die Einwilligung und Willebriefe der Churfürſten bey folgenden Vorfällen nöthig: 1) Wenn die Kayſer Standeserhöhungen vornahmen, und jemanden in den Fürſten-, Grafen-, Freiherrn-, ja ſogar Adelſtand erhoben; 2) bey neuen Belehnungen und Ertheilung der Lehenbriefe; 3) wenn der Kayſer entweder neue Privilegien verlieh, oder alte beſtätigte, oder die unter Fürſten und Ständen errichtete Verträge genehm hielt. Ferner und 4) bey Erklärung einer ſtandesmäßigen Geburt der aus Mißheiraten der Reichsſtände entſproſſenen Kinder. Ingleichen 5) wenn neue Zollprivilegien vom Kayſer gegeben wurden, und 6) Reichsgüter ſolten verſchenkt oder verpfändet werden, auch 7) wenn der Kayſer jemanden die Reichsſtandſchaft beilegte. Hauptſächlich aber und 8) wenn eröffnete anſehnliche Reichslehen, Churfürſtenthümer, Fürſtenthümer, Grafſchaften, und Herrſchaften, einer neuen Familie ſolten zu Lehen gereicht werden. Doch iſt nicht zu läugnen, daß hiebey nicht allemal blos allein der Einwilligung der Churfürſten, ſondern auch bisweilen der Beiſtimmung der übrigen Fürſten

ſten und Stände des Reichs gedacht werde. Und es würde nicht ſchwer fallen, Beiſpiele von allen dieſen Arten der churfürſtlichen Willebriefe beizubringen. Um aber nicht zu weitläuftig zu ſeyn, und den Raum zu andern noch rückſtändigen Materien zu ſparen, will ich meine Leſer nur auf die, in der Note anzuführende, gründliche Abhandlung meines alten Freundes, des verdienſtvollen Herrn D. Walchs in Göttingen verweiſen p).

Wir werden weiter unten zeigen, daß man zwar ſchon unter den Regierungen K. Heinrichs des *VII.* und Ludewigs des *IV.* Spuren von der Abtheilung unſerer Reichsſtände in drey Collegia antreffe. Allein die Churfürſten ſaſſen doch noch eine lange Zeit und gemeiniglich mit den Fürſten, Grafen und Herren, in einem Rath, und ſtellten ihre Berathſchlagungen mit denſelben gemeinſchaftlich an. Wenn ehe aber die Churfürſten ſich von den Fürſten auf beſtändig dergeſtalt abgeſondert haben, daß ſie nunmehro auf den Reichstagen ihre Berathſchlagungen unter ſich allein, und in einem beſondern Zimmer gehalten, wird wohl niemals mit einer mathematiſchen Gewisheit können ausgemacht werden. Es wollen einige mit dieſem Rechte eines abgeſonderten Raths der Churfürſten von den Fürſten, (*Iure ſeparati Collegii,*) bis

p) N. C. *Lynckeri* Diſſ de conſenſu electorali; Ienae 1677., *recuſa:* ibid., 1691. 4. *de Beulwitz* Diſſ de conſenſu S. R. I. Electorum ad conced. imperii feuda, temp. Rudolphi I. in uſum veniente; Francohuſae, 1752. 4 C. W F. *Walchii* Comm. de litteris Electorum conſenſionis teſtibus; Goett., 1754 4. und von Olenſchlager *l. c.,* §. 73 ſq. p. 287 ſq. et 291 ſq. *coll.* §. 92. p. 364 ſq nota 6).

bis in die älteſte Zeiten hinauf ſteigen, und glauben, daß der Urſprung deſſelben ſo alt ſey, als die Verfaſſung der Churfürſten. Wenigſtens vermeint man die Exiſtenz dieſes beſondern churfürſtlichen Collegiums aus dem erſten Churfürſten-Verein vom J. 1338. erhärten zu können. Allein ob ich gleich nicht läugnen will, daß die Churfürſten manchsmal, ſchon in den ältern Zeiten, ihre beſondere Zuſammenkünfte und abgeſonderte Berathſchlagungen gehalten haben; ſo geſchah dieſes doch nicht beſtändig, und es betraf auch wohl Angelegenheiten, welche nur die Churfürſten und ihre beſondere Gerechtſame angiengen. Mithin glaube ich, daß man bey dieſer Sache am ſicherſten gehe, wenn man behauptet, daß dieſes ſo groſſe und vorzügliche Recht der Churfürſten, wie ſo viele andere Stücke in unſerm Staatsrechte, nicht auf einmal, ſondern nach und nach, durch ein Herkommen, eingeführt worden, und in unſerm itzigen Periodus ſeinen Anfang genommen habe, bey welchem nun auch die Churfürſten, nach den neuern Reichsgeſetzen, müſſen gelaſſen werden.

Es iſt alſo unſtreitig fehlſam, wenn man den Anfang des abgeſonderten churfürſtlichen Collegiums, mit dem Lehmann *), erſt in das J. 1489., und auf den damals zu Frankfurt gehaltenen Reichstag ſetzen will. Dann ſo viel iſt richtig, und von den Reichsſtädten aus ihren archivaliſchen Nachrichten, auch durch Zeugen angeführt und dargethan worden, daß ſchon in den Jahren 1400., 1426., 1427., 1431., 1466., 1467., 1471. und 1487., und vielleicht auch in andern Jahren, auf den damaligen Reichstagen, die Churfürſten, Fürſten und Städte, nach geſchehe-

*) in der Speyer. Chron., L. VII. c. 120. p. m. - -

ſchehenem kayſerlichen Vortrage, in ihre ſonderbare Rathsſtuben abgetreten ſind, und ſodann die Sache ein jeder Stand oder Collegium inſonders erwogen und berathſchlagt habe. Ja wie K. Friedrich der *III.*, auf dem nürnbergiſchen Reichstage, im J. 1487., von den anweſenden Churfürſten ſogleich eine kategoriſche Antwort auf ſeinen Antrag verlangte, und ihnen keine Bedenkzeit laſſen wolte; ſo erwiederte hierauf der Churfürſt Hermann von Cöln, daß er erſt mit andern ſeinen Mitchurfürſten ſich darüber unterreden müſte. Inzwiſchen und wenn nun gleich die Churfürſten, vom funfzehnten Jahrhundert an, auf den Reichstagen ihre eigene Berathſchlagungen, in einem beſondern Gemache, bisweilen angeſtellt, und dadurch den Grund zu ihrem abgeſondertem Rath. oder Collegium gelegt haben; ſo iſt doch ſolches nicht beſtändig geſchehen. Dann es finden ſich in den Reichstagshandlungen, noch unter K. Friedrich dem *III*, genug Exempel, daß die Churfürſten öfters auch ihre Berathſchlagungen zugleich mit den Fürſten in einem Zimmer gehalten haben. Folglich iſt das beſondere Collegium der Churfürſten, wie ich ſchon bemerkt habe, nicht auf einmal, ſondern nach und nach, durch ein Reichsherkommen eingeführt worden q).

q) (D. Ludew. Gremps und D. Hieron. zum Lamb) zwey Rathſchläge und Rechtsbedenken des H. R. R. Städte Seßion, Stand und Stimm betreffendt ꝛc.; Speyer, ſ. a. 4. *item:* Frankfurt, ſ. a. 4. *paſſim.* *Datt* de pace publ., L. I. c. 29. n. 24 ſqq. p. 209 ſq. J. A. Kopps Discurs von denen Rgräfl. Votis curiatis etc., §. 10 ſq. p. 595 ſqq. *paſſim*, in *Supplem.* ad *Eius* Tr. de inſigni differentia inter S. R. I. Comites et Nobiles immediatos; Argentor., 1728. 4. und Io. Ern. *Beckii* Diſſ. de Collegio

Viele Staatsrechtslehrer ſind zwar der Meinung, daß K. Carl der *IV.* den Churfürſten die königlichen Ehren in der G. B., zuerkannt habe r); aber es iſt dieſes Vorgeben ohne allen Grund. Dann der ſechſte Titel der G. B., auf den man ſich insgemein zu beziehen pflegt, redet blos vom Range der Churfürſten vor andere Fürſten, und des Königs von Böhmen vor andern Königen, bey den kayſerlichen Reichshöfen. Es ſind auch die in dieſem Titel enthaltenen Worte ſo deutlich, daß ſie gar nicht auf einen jeden andern Vorfall gezogen werden können, wo die Churfürſten mit dem Kayſer keinen Staatskörper ausmachen, oder das Reich, wie vormals bey den Reichshöfen, nicht eigentlich vorſtellen. Vielleicht hat Carl der *IV.*, aus einem bloſſen Stolze auf ſeine böhmiſche Krone, den Churfürſten die *Honores regios* in der G. B. nicht ertheilt, da er ihnen doch ſo viele andere Würden und Vorrechte der alten Erzfürſten wieder hergeſtellt hat. Sie muſten ſich alſo damals mit dem ihnen gegebenem Range vor allen andern Fürſten, und der K. von Böhmen mit dem Range vor andern Königen begnügen; ja es wurde ſelbiger ſogar nur auf die Reichshöfe eingeſchränkt. Deswegen findet man auch nicht, daß die Churfürſten in allen ihren Streitigkeiten, welche ihnen wegen des Ranges ſchon im 15ten Jahrhundert von fremden Königen, Fürſten und Republicken gemacht worden, jemals auf die G. B., wohl aber auf das uralte Herkommen, und das darauf ſich gründende europäiſche Völkerrecht bezogen haben. Trug ſich aber der Fall zu, daß die Geſand-

legio Electorum antiquitus a Collegio Principum ſeparato; Argentor., 1728. 4. *recuſa:* Lipſiae, 1742. 4. r) S. *Pfeffingeri* Vitriar. illuſtrat., T. III. p. 648 ſqq., et plures *ibi* citatos.

Geſandten fremder Könige oder Fürſten den churfürſtlichen Geſandten bey Reichsverſammlungen und kayſerlichen Höfen vordringen und vorſitzen wolten; ſo ſetzten ſie ſich dawider, und behaupteten, nach Maßgab des ſechſten Titels der G. B., ihren zukommenden Rang.

Man findet davon ein paar merkwürdige Exempel unter der Regierung K. Friedrichs des *III.*, ſowohl auf dem zur Wiener Neuſtadt, im J. 1455., gehaltenem Reichstage in Anſehung der arragoniſchen und pohlniſchen Geſandten, als auch auf dem regenſpurgiſchen Reichstage im J. 1471., wie die Geſandten des Herzogs von Burgund nicht nach den churfürſtlichen Geſandten ſitzen wolten. Allein die Churfürſten behaupteten den ihnen gebührenden Rang, und ſchreibt davon der auf dem Reichstage zugegen geweſene päbſtliche Legat Campanus: *Electores - - vetuſtum honorem obiiciebant, ſeque, e corpore Caeſaris cum eſſent,* NE REGIBVS QVIDEM, *ſi qui adeſſent,* CEDERE OPORTERE *contendebant.* Man vermittelte hierauf dieſen Streit dadurch, daß der burgundiſchen Geſandtſchaft ihr Platz bey den königlichen Geſandten, dem Kayſer gegen über, angewieſen wurde [s]). Eben dergleichen Rangſtreitigkeiten entſtanden auch, auf den Kirchenverſammlungen zu Coſtnitz und Baſel, zwiſchen den Churfürſten und dem H. von Burgund, auch ihren Geſandten. Dann ob es gleich, in dem *Libro Ceremoniali Eccleſiae Romanae,*

s) *Io. Ant. Campani* Epiſtolae, L. VI. ep. 12. Müller *l. c.*, P. I. 2. Vorſtell. c. 11. p. 548 ſqq. et P. II. 5. Vorſtell. c. 4. §. 1 ſq. p. 373. von Olenſchlager *l. c.*, §. 44. p. 160. et §. 72. p. 279 ſqq. und im U. B., n. 47. p. 120 ſqq.

nae [t]), in allgemeinen Ausdrücken heißt: *Principes* ELECTORES *Romani Imperii* DIGNIORES HABENTVR ALIIS PRINCIPIBVS, *praeter Reges ſicut Cardinales aliis Praelatis, ratione electionis;* ſo verlangten doch die burgundiſchen Geſandten den Vorſitz vor den Churfürſten und ihren Geſandten. Auf dem Concilium zu Coſtnitz wurde ein wechſelſeitiges Sitzen der burgundiſchen und churfürſtlichen Geſandten beliebt, doch daß hiebey von jenen die erſte Stelle eingenommen werden ſolte. Auf dem Concilium zu Baſel aber wurde durch ein Dekret ausgemacht, daß die Geſandten des H. von Burgund, unmittelbar nach den Königlichen Geſandten, und auf der rechten Seite, ihren Platz nehmen, die Churfürſten aber und ihre Geſandten bey dem Kayſer ſitzen ſolten [u]).

Der Kayſer hatte nun zwar den Churfürſten den Rang vor allen andern Fürſten in der G B. zugeſprochen; allein unter den Churfürſten ſelbſt walteten, ſchon ſeit Jahrhunderten her, gleichfals Streitigkeiten wegen ihres Ranges bey den Reichshöfen und andern Verſammlungen ob, welche öfters zu vielem Verdruſſe Gelegenheit gegeben hatten. Er muſte daher auf die Beilegung dieſer Irrungen um ſo mehr Bedacht nehmen, weil den Churfürſten, nur blos durch die Eintracht und das gute Vertrauen derſelben gegen einander, der vorige Glanz und das groſſe Anſehen der alten Pfalzerzfürſten wieder hergeſtellt und verſichert werden konnte. Unter den geiſtlichen Churfürſten hatte der Chur-

t) *L. I Sect 13. c. 5.* in C. G. *Hoffmanni* nova Collect. Scriptor. et Monum, T. II p. 450 ſq.
u) Müller *l c.*, P. II. 5. Vorſtell. c 4. § 3. p. 373 ſqq. *Lenfant* Hiſt. du Concile de Conſtance.

Churfürſt von Maynz ſich bisher noch immer bey dem Beſitze der oberſten Stelle auf den groſſen Reichshöfen und bey der erſten Stimme bey den Königswahlen zu behaupten geſucht. Er ſteifte ſich hiebey auf die uralte groſſe Vorzüge ſeines Stuls, und auf die übrige hohe Gerechtſame, die ihm als erſten Oſtfränkiſchen Reichsfürſten und Erzkanzlern durch Germanien zukamen. Indeſſen hatten doch auch die Erzbiſchöfe von Trier, wegen des vorzüglichen Alters ihres Erzſtiftes, auf den Vorgang vor ihren übrigen Mitchurfürſten, ſchon ſeit langer Zeit her, Anſprüche gemacht. Und auch der Churfürſt von Cöln glaubte nicht ſchuldig zu ſeyn, einem andern Churfürſten zu weichen, da er ſo viele groſſe Titel ſowohl vom päbſtlichen Stule, als auch vom Reiche aufzuweiſen hatte v).

Es brachen alſo, gleich nach Anfang unſers Periodus, die Irrungen wegen der oberſten Stelle und der erſten Stimme, unter den drey geiſtlichen Churfürſten aus. Schon bey dem Krönungsmahl K. Rudolfs des *I.* zu Aachen drung ſich der damalige Churfürſt von Cöln, Engelbert der *II.*, dem Churfürſten Wernher von Maynz vor, und nahm ſeinen Sitz zur rechten Hand der königlichen Tafel. Churfürſt Wernher gab zwar, um die Freude dieſes feſtlichen Tages nicht zu ſtören, und auf das Zureden des Römiſchen Königs, und der anweſenden Fürſten nach. Aber er verwahrte ſeine und ſeines Stuls Rechte wegen des Vorſitzes durch eine feierliche Proteſtation, worüber er ſich von dem Churfürſten Ludewig von der Pfalz ein ſchriftliches Zeugnis ausſtellen ließ w).

 Bey

v) von Olenſchlager *l. c.*, §. 38 ſq. p. 134 ſqq.

w) *de Gudenus* C. M. D., T. I. n. 343. p. 753 ſq.

Bey der Wahl K. Albrechts des *I.* geſchah es, daß in dem darüber ausgefertigten Wahldekrete des Churfürſt Boemunds von Trier Name und Titel des Churfürſt Gerhards von Maynz ſeinen vorgeſetzt wurde. Dieſer aber ließ ſich gleich darauf vom
1298 23 Spt. K. Albrechten zu Rotenburg eine ſchriftliche Verſicherung ausſtellen, daß dieſe Vorſetzung *per errorem facti* geſchehen wäre, und daß ſolches ihm und ſeinem Erzſtifte nie zum Nachtheil gereichen, vielmehr ihm und ſeinen Nachfolgern die erſte Stelle bey Aufzügen, Verſammlungen, und mündlichen auch ſchriftlichen Benennungen jederzeit, wegen ihres teutſchen Erzkanzleramtes, gebühren ſolte x).
a. e. 16 Nov Als bald darauf K. Albrecht der *I.*, bey Gelegenheit der Krönung ſeiner Gemalin, einen feierlichen
17 e.m. Reichshof zu Nürnberg hielt, und mit den Churfürſten öffentlich ſpeiſete; ſo wolte Churfürſt Wicbold von Cöln wiederum den Platz in dem Geſiedel zur rechten Hand des Königs einnehmen. Allein Churfürſt Gerhard von Maynz kam jenem hierunter vor, und nahm mit Gewalt von der Stelle auf der rechten Seite Beſitz, worüber aber Churfürſt Wicbold dem Gaſtmal nicht beiwohnen wolte, ſondern mit Unwillen nach ſeinem Quartier gieng y).

Aus den Wahlakten K. Heinrichs des *VII.* muß man nicht unbillig ſchlieſſen, daß damals der Churfürſt Balduin von Trier die erſte Stimme gegeben, ja wohl gar das Direcktorium geführt, der Churfürſt Heinrich von Cöln aber die Umfrage im churfürſtlichen Collegium, bey dieſer Wahl, verrichtet habe z). Vielleicht hat der damalige

x) *Idem* ibid., T. eod. n. 430. p. 906. y) Ottokar Horneck *l. c*, cap. 687., *l. c.*, p. 633. b. z) Acta elect. *Henr. VII. Imp.*, in *Leibnitii* Mant. C. I. G. D, P. II. n. 49. (b) p. 252.

lige Churfürſt von Maynz, **Peter**, aus Gefälligkeit für die **Luxemburger**, hiebey nachgegeben. Gleich den folgenden Tag nach ſeiner Wahl ließ **K. Hein-** 28 Nov
rich der *VII.*, zu **Frankfurt**, für den Biſchof **Jo-** 1308
hannes von Straßburg eine Urkunde ausfertigen, in welcher unter den Zeugen die **drey geiſtlichen Churfürſten** in folgender Ordnung ſtehen: 1) **Heinrich** von Cöln, 2) **Peter** von Maynz und 3) **Balduin** von Trier a). Weil nun aber K. **Heinrich**, bey Ausfertigung dieſer Urkunde, noch kein königliches Siegel hatte, und ſich daher des Siegels der Grafſchaft Luxemburg bedienen muſte;
ſo erneuerte er dieſelbe nachmals zu **Cöln**, unter ſei- 1309
nem **Majeſtätsſiegel**, und da ſtehet dann unter 15 Jan.
den Zeugen der Churfürſt **Peter** vor dem Churfürſten **Heinrich**, auf welchen der Churfürſt **Balduin**
folgt b). Bald darauf hielt **K. Heinrich** der *VII.* 1. Sept.
zu **Speyer** den bekannten **Reichstag**, auf wel- a. e.
chem er ſeinen einigen Sohn **Johannes** mit der böhmiſchen Kronprinzeßin **Eliſabeth** vermälte. Wie er nun bey der Gelegenheit eine groſſe **Hof-feyer** veranſtaltete; ſo brach der alte Streit zwiſchen **Maynz** und **Cöln** wieder aus, wer von ihnen dem **König** zur rechten Hand ſitzen ſolte. Und weil nun ſolchen der **Churfürſt** von **Maynz** eingenommen hatte; ſo gieng der **Churfürſt** von **Cöln** von dieſem Feſte mit vielem Ungeſtüme weg c).

Ja der **Herr** von **Olenſchlager** will bemerkt haben, daß nachher der **Churfürſt** von **Cöln** ſich aller öffentlichen Reichszuſammenkünfte enthalten, und bey dem Wahltage im J. 1314. ſeine Stimme lieber an **Chur-Pfalz** übertragen hätte,

 um

a) *Du Mont* l. c., T. I. P. II. n. 606. p. 351. a.
b) *Laguille* Hiſt. d'Alſace, P. III. dans *les Preuves*, p. 48. b. c) *Albert. Argentin.*, l. c., p. 116. lin. 7 ſqq.

um keinem neuen Vorgange beizuwohnen, der für ſeine prätendirte Vorzugsrechte hätte nachtheilig ausſchlagen mögen d). Zeit und Raum geſtatten es nicht, dieſe Anmerkung itzo genauer zu prüfen, und ich laſſe ſie daher an ihren Ort geſtellt ſeyn. Ich habe wenigſtens meiner Meinung nach, eine andere, und ganz richtige Urſache ausfündig gemacht, weswegen der **Churfürſt** von **Cöln** dem neuen **Wahltage** nach dem Abſterben **K. Heinrichs** des *VII.* nicht beigewohnt hat e). So viel aber iſt wenigſtens richtig, daß der folgende Churfürſt von Cöln, **Walram**, zugleich mit den **Churfürſten** von **Maynz** und **Trier**, auf verſchiedenen **Reichstagen** und **Zuſammenkünften** der **Churfürſten**, geweſen ſey. Ob man nun gleich keine weitere Nachricht von einem neuen Ausbruche dieſer Rangſtreitigkeiten unter der Regierung **K. Ludewigs** des *IV.* findet; ſo blieben ſie doch wenigſtens noch immer unentſchieden. Dann **K. Ludewig** muſte, bey der faſt beſtändig critiſchen Lage ſeiner Angelegenheiten, billig Bedenken tragen, dieſen Streit durch einen rechtlichen Ausſpruch zu entſcheiden, weil er zu befürchten hatte, daß er dadurch nothwendig einen oder den andern von dieſen vornehmſten **Churfürſten** beleidigen würde.

Carln dem *IV.* blieb es alſo vorbehalten, dieſer Zwiſtigkeit ein Ende zu machen. Doch gieng er dabey mit der gröſten Behutſamkeit zu Werke, damit er keinem von den **drey geiſtlichen Churfürſten** zu nahe treten möchte, wenn er etwa den einen oder den andern vorzüglich begünſtigt hätte. Er ſprach alſo nicht ſowohl dem einen die erſte Stelle u. ſ. w. zu, als er traf vielmehr, mit Beiſtimmung der **Churfürſten**, eine kluge Auskunft, womit alle drey

d) von Olenſchlager *l. c.*, §. 39. p. 139. e) S. den dritten Band des Auszuges ꝛc., S. 105.

drey zufrieden ſeyn konnten. Nehmlich dem Churfürſten von Trier wies er auf beſtändig und an allen Orten, bey den Zuſammenkünften des Kayſers und der Churfürſten, ſeinen Gang unmittelbar vor dem Kayſer, ſeinen Sitz aber deſſen Geſichte gegen über an, auf welche Art er den Churfürſten von Maynz und Cöln weder vor= noch nachgehen dorfte. Und bey den Kayſerwahlen ſolten der Churfürſt von Trier die erſte, der Churfürſt von Cöln die zweite, und hernach auch die übrigen weltlichen Churfürſten, nach ihrer beſtimmten Ordnung, ihre Stimmen ablegen, zuletzt aber von allen der Churfürſt von Maynz um die ſeinige befragt werden. In Anſehung der Churfürſten von Maynz und Cöln und ihres ſtreitigen Ranges ſetzte der Kayſer feſt, daß Maynz in ſeiner Diöces und erzbiſchöflichen Provinz, und auch auſſer ſelbigen, ſo weit ſich ſein Erzkanzleramt durch ganz Teutſchland erſtreckte, nur die cölniſche Provinz ausgenommen, jederzeit und bey allen öffentlichen Zuſammenkünften, und Handlungen in Reichsſachen, dem Kayſer zur rechten gehen und ſitzen ſolte. Und eben dieſe erſte Stelle auf der rechten Hand des Kayſers wurde auch dem Churfürſten von Cöln in ſeiner Diöces und erzbiſchöflichen Provinz, ingleichen auſſer denſelben in ganz Italien und Gallien angewieſen. Ja damit keiner von den drey geiſtlichen Churfürſten, wegen der Vorſetzung eines oder des andern Namens bey dieſer Gelegenheit ſich beſchwert halten möchte; ſo ließ der Kayſer dieſe neue Verordnung in der G. B. ſo künſtlich abfaſſen, daß darinnen dreimal aller drey Erzbiſchöfe zugleich Erwähnung geſchah, jedesmal aber mit Vorſetzung ihrer Namen gewechſelt wurde.

Endlich

Endlich verordnete auch noch der **Kayſer**, daß, bey der **Meſſe** und dem **Tiſchgebete**, die drey **Erzbiſchöffe** zu **Maynz**, **Trier** und **Cöln**, nach der Zeit, da ſie zu **Biſchöffen** wären geweyhet worden, mit einander täglich umwechſeln ſolten. Ein jeder derſelben aber ſolte hiezu den andern, den die Reihe träfe, mit einer anſtändigen und liebreichen Verbückung einladen, und dieſer ſodann erſt zu ſolchen Verrichtungen ſchreiten f). Uebrigens entſtanden nachher doch wiederum neue Streitigkeiten zwiſchen den **Churfürſten** von **Trier** und **Cöln** darüber, wer von ihnen in Schriften und Beſieglungen den Vorzug vor dem andern haben ſolte. **Kayſer Friedrich** der *III.* ernannte auch deshalben, im J. 1486., **Commiſſarien** in dieſer Sache, welche die Partheien vor ſich fordern, und unter ihnen die Güte verſuchen ſolten. Allein der **Churfürſt** von **Trier** wolte ſich vor der **Commißion** nicht einlaſſen, und verglich ſich nachher im J. 1488. gütlich mit dem **Churfürſten** von **Cöln** über eine Abwechslung bey den Unterſchriften und Beſieglungen der **Wahldekrete**, ingleichen wegen des Vorgehens, Vorſtehens und Vorſitzens bey allen künftigen Fällen, die in der G. B. nicht beſtimmt wären. Ich habe aber hievon ſchon in dem **hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus** umſtändlicher gehandelt, und daſelbſt gezeigt, was für ein neuer Streit über dieſen Vergleich entſtanden, und wie er daher nicht völlig zur Vollziehung gekommen ſey g).

Die Entſcheidung oder doch wenigſtens Vergleichung der Rangſtreitigkeiten unter den **geiſtlichen Churfürſten** war für den Kayſer um ſo

kützlicher

f) *A. B.*, Tit. III. §. 2. Tit. IV. §. 3 ſq. et Tit. XXI. et XXIII.

g) S. den ſiebenden Band des Auszuges ꝛc., S. 448-451. et plures *ibi* allegatos.

kützlicher geweſen, weil es auf einen **Rangſtreit** geiſtlicher Herren ankam. Dann es iſt wohl unſtreitig eine, durch die Erfahrung aller, auch der neueſten Zeiten, beſtärkte Wahrheit, daß die Geiſtlichen, und wenn ſie auch von noch ſo niederm Stande ſind, von jeher auf die zeitliche Ehre des Vorſitzes und Vorgehens ſehr ſteif und feſt gehalten haben. Um ſo vergnügter konnte alſo unſer Kayſer ſeyn, daß dieſer ſchwere Stein des Anſtoſſes ſo glücklich war gehoben worden. Dann bey den **weltlichen Churfürſten** brauchte er lange nicht ſo vieler Umſtände, um ſie über dieſen eitlen Punkt mit einander zu vergleichen. Anfangs hatten die **Könige von Böhmen** wohl unſtreitig nur den **letzten Platz** unter ihren **Mitchurfürſten** gehabt, was auch von andern *) dagegen will eingewandt werden. Weil aber doch der **König von Böhmen** ein würklich gekröntes Haupt war, und es wider den Wolſtand zu ſtreiten ſchien, daß er ſeine Stelle erſt nach den **Fürſten** haben ſolte; ſo war ſein Name bisher ſchon in einigen **Wahldekreten** den Namen der übrigen **weltlichen Churfürſten** vorgeſetzt worden. Mithin fiel es K. Carln dem *IV.*, der zugleich K. von **Böhmen** war, um ſo weniger ſchwer, ſeiner **königlichen Chur** die **erſte Stelle** unter den **weltlichen Churfürſten** zuzueignen. Das von ihm bisher vorzüglich begünſtigte **churpfälziſche Haus** konnte ihm ſolches aus Erkäntlichkeit nicht wohl verſagen. Und die damaligen **Churfürſten** von **Sachſen** und **Brandenburg** waren ohnmächtige Herren, die bey ihren beklemmten Umſtänden von ihm faſt gänzlich abhiengen, folglich ſeinem Willen ſich nicht widerſetzen dorften.

Es

*) z. E. *Goldaſt* de regno Boh., L. III. c. 5. n. 13. p. m 385.

Es beſtimmte alſo der Kayſer in der G. B. nunmehro die künftige Rangordnung auch unter den weltlichen Churfürſten folgender geſtalt, daß, bey allen Reichshöfen und andern Zuſammenkünften, zur rechten Seite des Kayſers oder Römiſchen Königs, unmittelbar nach dem Erzbiſchof von Maynz oder Cöln, welchem nehmlich, nach dem vorhin bemerkten Unterſchiede, die Stelle auf der rechten Hand gebührte, der König von Böhmen, als ein gekröntes und geſalbtes Haupt, den erſten Platz, und den zweiten gleich nach ihm der Pfalzgraf am Rhein einnehmen ſolten. Zur linken Seite aber des Kayſers oder Römiſchen Königs, und zwar unmittelbar nach demjenigen Erzbiſchof, der für ſelbigesmal auf der linken Seite zu ſitzen kommen würde, ſolten der Herzog von Sachſen die erſte, und nach ihm der Marggraf von Brandenburg die andere Stelle bekleiden. Daher wurde dann auch vom Kayſer bey Ablegung der Wahlſtimmen dem K. von Böhmen, weil ihm unter den weltlichen Churfürſten, wegen ſeiner königlichen Würde und Hoheit die oberſte Stelle, aus Recht und Billigkeit, gebührte, die dritte, dem Pfalzgrafen die vierte, dem H. von Sachſen die fünfte, und dem Marggrafen von Brandenburg die ſechſte Stimme zugeeignet. Endlich beſtimmte auch noch der Kayſer die Verrichtungen eines jeden weltlichen Erzamtes bey den Reichshöfen überhaupt, ohne beſonders vorzuſchreiben, in welcher Ordnung dieſe Verrichtungen geſchehen ſolten. Vermutlich hat Carl der *IV.* hiebey die Abſicht gehabt, daß hinführo niemand weiter denken ſolte, als ob der Rang der Churfürſten nach der Ordnung, wie ſie ihre Erzämter zu verſehen hätten, abzumeſſen wäre. Und bey der Gelegenheit beſtätigte er zugleich dem K. von Böhmen

men ſein altes Privilegium †), daß er nehmlich nicht ſchuldig ſeyn ſolte, ſeinen Dienſt mit der Krone auf dem Haupte dem Kayſer zu leiſten, woferne er ſolches nicht freiwillig thun wolte. Bey den feierlichen Aufzügen auf den Reichshöfen, und wenn der Kayſer, durch die weltliche Churfürſten, als Erzbeamte, ſich die Reichsinſignien vortragen lieſſe, machte Carl der *IV.* in der G. B. die Ordnung, daß unmittelbar vor dem Kayſer oder Römiſchen König, und alſo zwiſchen demſelben und dem Churfürſten von Trier, der H. von Sachſen mit dem Reichsſchwerdte gehen; und zu ſeiner rechten den Pfalzgrafen mit dem Reichsapfel, zur linken aber den Marggrafen von Brandenburg mit dem Reichsſcepter in gleicher Linie haben ſolte. Der König von Böhmen aber ſolte unmittelbar auf den Kayſer folgen, ohne daß jemand zwiſchen ihnen beiden gienge.

Hiernächſt verordnete auch noch Carl der *IV.*, in der G. B., wegen des feierlichen Aufzuges des Kayſers zu dem Orte, wo man den Hof halten wolte, daß gleich des Morgens in der erſten Stunde des Tages alle geiſtliche und weltliche Churfürſten in dem Quartier des Monarchens ſich einfinden ſolten, wo derſelbe ſich mit dem völligen Reichsornate zu bekleiden hätte. Sodann ſolten ſie ſämtlich mit dem Kayſer zu Pferde ſitzen, und ſich, in der vorhin gemeldeten Ordnung, nach dem Platze begeben, wo man den Reichshof halten wolte, und auf dem die Sitze ſchon zugerichtet ſtänden. Der Erzkanzler aber, in deſſen Erzkanzellariat dieſes geſchähe, ſolte an einem ſilbernen Stabe alle kayſerliche oder königliche Siegel und Stempel, und die weltlichen Churfürſten, nach

†) S. den zweiten Band des Auszuges ꝛc., S. 689.

nach der ſchon erwähnten Vorſchrift, den Scepter, Reichsapfel und das Schwerdt tragen. Unmittelbar vor dem Churfürſten von Trier ſolte zuerſt die aachenſche, und hernach die mayländiſche Kronen vorgetragen werden, doch nur vor dem Kayſer, der bereits mit den Ehrenzeichen des Reichs geziert worden wäre, wozu dann derſelbe, nach eigenem Belieben, einige mindere Fürſten ernennen könnte. Zuletzt erzeigte K. Carl der *IV.*, in der G. B., den Churfürſten auch noch dieſe vorzügliche Ehre vor den mindern Fürſten, daß er ſie allein zu dem öffentlichen Gaſtmal, welches an dergleichen groſſen Reichshöfen gehalten wurde, zoge, und jedem ſeinen eigenen Sitz und Tiſch anwieſe. Die Tafel nehmlich, an welche ſich blos der Kayſer oder Römiſche König ſetzte, ſolte ſechs Fuß höher, als die übrigen gedeckten Hofτiſche ſeyn. Zur Seite der kayſerlichen Tafel ſolte der Sitz und Tiſch der Kayſerin, doch drey Fuß niedriger, und eben ſo viele auch höher als die churfürſtlichen ſeyn. Dieſe aber ſolten von gleicher Höhe, und unter dem kayſerlichen Sitze, für jeden Churfürſten dergeſtalt geordnet ſtehen, daß drey Tiſche zur rechten, eben ſo viel zur linken, und der ſiebente dem Kayſer gerade gegen über, nach der ſchon oben angeführten Rangordnung der Churfürſten, geſtellt würden. Doch ſolte keiner von den Churfürſten, ſich eher an ſeine Tafel ſetzen, bis ſeine ſämtliche Mitchurfürſten ihre Erzämter verrichtet hätten. Und der Geſandte eines abweſenden Churfürſtens ſolte zwar an ſeines Principalen Statt zugelaſſen werden, aber ſich an deſſen gedeckten Tiſch nicht ſetzen dörfen h).

In

h) S. die G. B., Tit. IV. §. 1. 4. et 5. *coll.* Tit. XXVII. *item:* Tit. *XXVI.* §. 1 - 4. et XXVIII. §. 1 - 4.

In Anſehung der Titulatur wird von Kayſer Carln dem *IV.*, in der G. B., den geiſtlichen Churfürſten der Titel: VENERABILES, und den Weltlichen: ILLVSTRES gegeben. In dem Formular aber zu dem Einladungsſchreiben zur Römiſchen Königswahl, heißt es: ILLVSTRI *et* MAGNIFICO *Principi, Domino Marchioni Brandenburgenſi* etc. [i]). Der Titel: ILLVSTRIS, war beſonders vorzüglich und in ältern Zeiten ſogar ein königlicher Titel [k]). VENERABILIS aber leitet der ſonſt alles wiſſen wollende Kanzler Ludewig ganz unrichtig von der Göttin *Venus* ab, und formaliſirt ſich daher über dieſen den geiſtlichen Churfürſten beigelegten Titel auf eine unnöthige Art [l]), worüber auch ſein geweſener College, der ſelige Gundling, demſelben, ohne ihn jedoch zu nennen, die Wahrheit trocken geſagt hat [m]). Es iſt vielmehr dieſes ein Ehrenwort, welches bisweilen ſogar den Königen iſt beigelegt worden, und unſere teutſche Kayſer haben ſolches Prädicat, von vielen Jahrhunderten her, den teutſchen Erzbiſchöffen und Biſchöffen überhaupt gegeben, daß alſo die geiſtli-

§. 1-4. Cf. *Pfeffinger* l. c., T. I. p. 1033 ſq. nota b), und von Olenſchlager *l. c.*, §. 40. 90. 94. et 96. p. 140 ſqq. 354 ſq. 372 ſqq. et 380 ſq. i) *A. B.*, Tit. III §. 1. et 2. Tit. V. §. 1. et 2. Tit. VII. §. 2. Tit. VIII. §. 1. Tit XI. §. 5. Tit XII §. 2. et Tit. XVIII §. 1. Cf Ludewigs Erläuter. der G. B., T. I. p. 415 ſq. notis s) et t), p. 507. not. r) et T. II. p. 190 ſq. nota f). k) *Eiusdem* Diſſ. de formula Brandeburg. Ducatus, §. 4. p. 40 ſq. nota o), und *Pfeffinger* l. c., T. I. p. 373 ſq. l) in Seiner Erläuter. der G. B., T. I. p. 415. nota s). m) in den *Gundlingianis*, P. XI. n. 1. §. 22., T. T. III. p. 39.

geiſtlichen Churfürſten hierunter vor andern hohen Prälaten in Teutſchland nichts zum Voraus bekamen. Und bey dem Titel: MAGNIFICVS will ich nur dieſes bemerken, daß derſelbe, oder vielmehr: MAGNIFICENTIA, bisweilen ſogar von einigen unſern Kayſern, z. E. Friedrich dem *II.* und Conrad dem *IV.*, iſt gebraucht worden, und ſelbigen, noch im vierzehnten Jahrhundert, Könige einander gegeben haben n).

Uebrigens hat der ſelige Geheime Rath Gundling wollen entdeckt haben, daß K. Carl der *IV.*, im Reichsſtil an die Churfürſten eine Veränderung gemacht, und angefangen habe, die geiſtliche Churfürſten im lateiniſchen: CONSANGVINEOS, im Teutſchen aber: Neven zu nennen, und die weltliche Prinzen mit dem Prädicat: Erleuchtet, Durchlauchtig zu beehren o). Allein es hat Pfeffinger aus vielen Urkunden, deren noch mehrere könnten angeführt werden, gründlich dargethan, daß die Ehrenbenennungen: CONSANGVINEVS, NEPOS, Neve, Oheim und Vetter ſynonymiſche Wörter ſeyn, und von unſern Kayſern, wenigſtens ſchon von den Zeiten Heinrichs des *IV.* an, ohne Unterſchied, ſowohl geiſtlichen als weltlichen Churfürſten und Fürſten beigelegt worden: die teutſche Benennung Neve aber würde man vor dem J. 1349. nicht leicht antreffen, und hat ſie Pfeffinger zuerſt in ein paar Urkunden gefunden, die Carl der *IV.*, im J. 1349., dem Graf Otten von Waldeck gegeben, worinnen er ſogar dieſen Grafen ſeinen Lieben Neven nennt p).

So

n) *Pfeffinger* l. c., T. I. p. 386. o) *Gundlingiana*, T. III. P. XI. n. 1. p. 1 ſqq., beſonders §. 26. p. 44 ſq. p) *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 685-695. nota a).

So viel nun einige andere den Churfürſten in der G. B. q) beigelegte vorzügliche Rechte anbelangt, ſo wird, von ſelbigen zu handlen, weiter unten ſich füglicher Gelegenheit finden. Eines aber muß ich gleich hier bemerken, weil die Ausleger der G. B. davon ganz verſchiedene Meinungen haben. Es beſtehet aber daſſelbe in dem, in der G. B. r), den ſämtlichen Churfürſten verliehenem Rechte, von allen und jeden Fürſten, Landherren, Grafen und andern Perſonen allerhand Länder, Schlöſſer, Sitze, Höfe oder andere Güter zu kaufen, oder auch Schenkungsweiſe und auf andere Art an ſich zu bringen. Doch ſolte hiedurch die hergebrachte Eigenſchaft ſolcher Länder, Schlöſſer oder Güter nicht verändert werden, ſondern vielmehr, was vorher eigen, frey und Lehen geweſen, ferner eigen, frey und Lehen bleiben, auch hievon deren künftige Beſitzer die alten und gewönlichen Rechte dem heiligen Reiche, wie zuvor, zu leiſten und zu entrichten ſchuldig ſeyn. Faſt alle Ausleger der G. B. haben dieſe Stelle für dunkel, oder gar für unverſtändlich angeſehen, und zum Theil geglaubt, daß vorher die natürliche Freiheit der Fürſten, ihre Macht und Güter zu vermehren, allzuſehr eingeſchränkt geweſen ſeyn müſſe, oder ſie haben dieſe Satzung von einer uneingeſchränkten Veräuſſerung der Reichslehen an die Churfürſten verſtanden s). Deswegen ſind einige darauf verfallen, daß man dieſes Privilegium

q) Tit. VIII - XI. r) Tit. X. § 2 ſq.

s) S. z. E. *Limnaei* Obſſ. in A. B., ad Tit. X. §. 2. Obſ. 1 ſqq p. m. 366 ſqq. Gerl. *Buxtorffii* Diſſ. in XVII. priora A. Car. IV. B. Capita, § 93., in *Repraeſentat. Reip. S. R. I.*, p. 362 ſqq. *Arumaei* Diſcurſ. Academ. ad A. B, Diſc. VII. §. 10. Mart. *Rümelini* Diſſ. academ ad A. B., Diſſ. VIII. §. 32. p. m. 273 ſqq. Cf. *Itter* de feudis imperii, c. 23. §. 10. p. m. 985 ſq.

lieber blos dem Eigennutze Carls des *IV.*, und ſeinem böhmiſchen Vergröſſerungsplane, als der Abſicht, den Churfürſten wohl zu thun, zuſchreiben müſte t).

Es hat aber, meines Erachtens, der Herr Schöff von Olenſchlager die Sache am beſten getroffen, wenn er vermuthet, daß bereits in dem alten Reiche ein Geſetz vorhanden geweſen ſeyn müſſe, welches den allzuſtarken Anwachſe eines ſchon für ſich groſſen Reichsſtandes, durch Einſchränkung der ſonſt gewönlichen Arten, das Eigenthumsrecht zu erlangen, zu hemmen geſucht habe. Eine von ihm bey dem *Nicolaus* CVSANVS *) gefundene und angeführte Stelle macht auch ſehr glaublich, daß dergleichen Geſetz, zur Zeit der Ottonen mag gemacht worden ſeyn. Es hält aber dieſer hochberühmte Mann für eben ſo wahrſcheinlich, daß bereits die alten Erzfürſten von dieſem allgemeinen Reichsgeſetze ausgenommen, und ihnen dagegen verſtattet geweſen, noch mehrere Länder und Güter, als ſie ſchon vorher gehabt haben, an ſich zu bringen. Den Grund zu dieſer Meinung nimmt derſelbe theils aus K. Friedrichs des *I.* Erhöhungsdiplom des neuen Herzogthums Oeſterreich, theils aus dem, von K. Conrad dem *III.*, dem H. Heinrich

t) S. z. E. Ludewigs Erläuter. der G. B., T. I. p. 905 ſqq. Io. Franc. *Winteri* Diſſ. de praerogativa Electorum S. R. I. circa acquirendas absque ſpecifico Imperatoris conſenſu terras imperii; Argentor., 1721 4. Noch neulich iſt auch der mir unbekannte Herr Recenſent des dritten Bandes von meinem Auszuge ꝛc., in den Gött. Gel. Anzeigen vom vorigen J. 1770., n. 148. p. 1300., auf eben dieſe Gedanken verfallen.

*) in *Eius* Tr. de cathol. Concordantia, L. III. c. 28., ap. *Schardium* in Sylloge hiſtor. polit. eccleſiaſt; (Argentor., 1618. fol.) p. 380. b.

rich dem Großmüthigen, wegen des Beſitzes zweyer Herzogthümer, gemachten Vorwürfe, und der dagegen vorgebrachten Einrede der Guelfiſchen Fürſten, theils aus dem Gnadenbriefe, welchen K. Carl der *IV.*, im J. 1346., dem Churfürſten Walram von Cöln gegeben, worinnen er deſſen Erzſtifte alle demſelben, durch ſeine Vorfahren am Reiche, von lang verfloſſenen Zeiten her, ertheilte Gerechtigkeiten und Freiheiten, inſonderheit aber das Recht, Burgen, Städte, Schlöſſer, Herſchaften, und allerley andere Güter, ohne vorgängige Erlaubnis und Vergünſtigung der Kayſer, an ſich zu bringen, beſtätigt hat u).

Ich pflichte dieſen Anmerkungen gänzlich bey, und will ſelbige, durch folgende Anmerkungen, nicht nur noch mehr beſtärken, ſondern auch zeigen, daß Carl der *IV.*, durch dieſe Verordnung der G. B., nichts neues verordnet, ſondern nur dasjenige allgemein gemacht habe, was ſchon ſein Vorfahr, K. Ludewig der *IV.*, einigen Churfürſten bewilligt hatte. Von dieſem haben wir nehmlich verſchiedene mein Vorgeben beſtärkende Urkunden. Gleich im erſten Jahr ſeiner Regierung, oder im J. 1314., gab er dem Churfürſt Peter von Maynz die Erlaubnis: *quod redditus feodales quingentarum marcarum argenti vel minoris, in caſtris, opidis, villis, vel aliis rebus, qui a nobis et Imperio tenentur in feodum*, EMERE *ſeu comparare* LICITE VALEAT, *ubicunque, vel apud quoscunque ipſos redditus venales poterit invenire. Ita tamen, quod ipſe et Succeſſores ſui, a nobis et Imperio in feodum ſeu iure feodali recipiant et teneant redditus ſupradictos* v). Schon vorher hatte derſelbe, in eben dieſem Jahr, dem Churfürſten Balduin von Trier überhaupt die

u) von Olenſchlager *l. c.*, §. 59. p. 221 ſqq.
v) *de Gudenus* C. M. D., T. III. n. 85. p. 109.

Erlaubnis gegeben, alle in ſeiner Dioces verpfändete Reichsgüter, zuſammen oder einzeln, für den Pfandſchilling einzulöſen, und nach Pfandsrechte zu behalten w). Einige Jahre nachher erweiterte K. Ludewig dieſes dem Churfürſten Balduin gegebene Privilegium folgender geſtalt: - - *ipſi* BALDVINO *Archiepiſcopo* - - *indulgemus, ut* - - OMNIA *et ſingula* BONA VBICVNQVE *ab Imperio dependentia, quae inventa fuerint impignorata, vel* SVB SPE REDEMTIONIS VENDITA, *ſive quae ipſe Archiepiſcopus* EMERE *voluerit, in caſtris, fortalitiis, oppidis, munitionibus, caſtrenſibus, fidelibus, miniſterialibus, et hominibus, cuiuscunque ſexus aut conditionis exiſtentibus, iurisdictionibus altis et baſſis, mero et mixto imperio, terris, fundis, reditibus, iuribus, et eorum pertinentiis univerſis; etiam ſi praeſtationes, collationes, vel proviſiones eccleſiaſticorum beneficiorum cum cura vel dignitate, aut ſine eis, nihilominus in temporalibus annexas habeant, vel dependeant ab eisdem, ipſe Archiepiſcopus redimere, reemere, vel* EMERE QVANDOCVNQVE *et* QVOTIESCVNQVE *voluerit; et* PROVT *detentores ſeu* POSSESSORES EORVNDEM *tenebant ſeu* HABEBANT, *eadem ipſa bona tenere et* HABERE, *ac etiam* DESERVIRE *valeat atque poſſit* x).

1321 (margin, beside "te zu behalten")

1346 Es hat auch K. Carl der *IV.*, bald nach ſeiner erſten und Afterwahl, dem mehr erwähnten Churfürſten Balduin ſowohl die Erlaubnis gegeben, die von ihm oder ſeinen Vorfahren, von denen ſeiner Kirche verpfändeten Reichsgütern, etwa ein und andern Perſonen gegebene *feuda annua manualia, numero vel menſura conſiſtentia*, wieder einlöſen zu

w) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 616. p. 93. a.
x) *Idem* ibid., T. eod., n. 624. p. 99.

zu können. Und in der demſelben zu gleicher Zeit ertheilten Generalbeſtätigung aller und jeder Gerechtigkeiten und Freiheiten ſeines Erzſtiftes heißt es überhaupt: *concedimus etiam ipſis Archiepiſcopo ſuisque Succeſſoribus, et permittimus generoſe, ut ipſi omnia bona et feoda Imperii ſive regni utcunque recipiant obligata, alienata ſive vendita, in quibuscunque rebus conſiſtant, aut quibuscunque nominibus nuncupentur, ac* IMPERII FEODA *poſſint, coniunctim vel diviſim, redimere, reemere aut* EMERE, *ac ea* EODEM IVRE *ſeu titulo habere et* TENERE, QVO EA POSSESSORES *huiusmodi* POSSEDERVNT. Dieſes alles wiederholte, und beſtätigte nun K. Carl der *IV*. nochmals, zum Beſten des Erzſtiftes Trier, durch einen neuen Gnadenbrief vom J. 1354. y).

Man wird nun aus allem bisher angeführten unwiderſprechlich erſehen können, daß unſer Kayſer, durch die bemerkte Verordnung, eigentlich nichts neues eingeführt, oder dabey ſeinen böhmiſchen Vergröſſerungsplan vor Augen gehabt habe. Vielmehr hat er nur den Churfürſten ein ehmaliges, ſchon von ſeinem nächſten Vorfahrer am Reiche erneuertes Vorrecht der alten Erzfürſten von neuem wieder hergeſtellt, und ſolches auf alle und jede Churfürſten erſtreckt. Ja vielleicht haben auch die weltlichen Churfürſten ſchon von K. Ludewig dem *IV*. eben dergleichen Erlaubnis, Reichsgüter an ſich zu bringen, erhalten, als wie ihre geiſtliche Mitchurfürſten, welche Urkunden entweder noch in den Archiven verborgen ſtecken, oder, wenn ſie ſchon gedruckt ſind, mir nicht bekannt worden. Man darf ſich auch um ſo weniger über dieſe von K. Carln dem *IV*. geſchehene Erneuerung

y) *Idem* l. et T. cit., n. 671. 672. et 679. p. 163. 166. b. 167. a. et 179 ſq.

eines alten Vorrechtes der alten Erzfürſten wundern, wenn man in Erwägung ziehet, daß unſers **Monarchens** Hauptabſicht, bey Errichtung der G. B., mit geweſen ſey, den damaligen **Churfürſten** die alten Gerechtſamen ihrer Vorfahren wieder herzuſtellen, und jener ihre Macht zu vergröſſern. Dieſes aber konnte nicht leichter und beſſer geſchehen, als durch die ihnen von neuem zugeſtandene Vermehrung ihrer Länder, die damals einigen **Churfürſten** ſehr nöthig war. Dann auf ſolche Art hoffte er auch der verfallenen Hoheit des **Kayſerthums**, durch die vergröſſerte Macht der **Stützen** und **Säulen** deſſelben, nehmlich der **Churfürſten**, wieder aufzuhelfen z).

In **unſerm Periodus** kamen nun auch die **Churfürſten-Vereine** auf, von denen man vorher nichts wuſte. Der erſte wurde im J. 1338. zu **Renſee** zwiſchen allen **Churfürſten**, **Böhmen** ausgenommen, geſchloſſen, dagegen trat ſolchem H. **Stephan** von **Bayern**, durch eine beſondere Urkunde, bey, weil er, wegen der dem Hauſe **Bayern**, in dem **Paveſiſchen Vergleiche**, vorbehaltenen Alternativ, ebenfals ein Recht an der **pfälziſchen Chur** hatte. Die Gelegenheit dazu gaben die damaligen unerträglichen Anmaſſungen des **Pabſtes** wider die teutſche Reichshoheit, und die **Wahlgerechtſamen der Churfürſten**. Und weil es nun damals der K. von **Böhmen Johannes** mit dem **päbſtlichen Stule** hielt; ſo war dieſes die Urſache, warum er der **churfürſtlichen Verſammlung** zu **Renſee** nicht mit beiwohnte, und dieſen **Verein** mit ſchlieſſen half a). Für den zweiten allgemei-

z) von Olenſchlager *l. c.*, §. 69. p. 224. a) Chph. *Gewoldi* Defenſio Ludov. IV. Imp., p. 146 ſq. et Io. Ge. *Herwarti* ab *Hohenburg* Ludov. IV. Imp. defen-

gemeinen Churfürſtenverein wollen zwar einige denjenigen ausgeben, welchen K. Wenceslaus, im J. 1379., auf dem damaligen frankfurtiſchen Reichstage, wegen des entſtandenen päbſtlichen Schiſma, zum Vortheil P. Urbans des *VI.*, geſchloſſen hat, und dem nachher Churfürſt Adolf von Maynz zu Nürnberg, im J. 1381., beigetreten iſt. Allein da an dieſer Verbindung nicht blos die Churfürſten allein, ſondern auch andere Fürſten und Stände des Reichs Antheil genommen haben; ſo trage ich Bedenken, ſelbige unter die Churfürſtenvereine zu zälen b). Es iſt alſo vielmehr der zweite allgemeine Churfürſtenverein derjenige, welchen, im J. 1399., anfangs zu Marburg die Churfürſten von Maynz, Cöln, Pfalz und Sachſen, mit einander geſchloſſen haben, welchem nachher, noch in dieſem Jahr, der Churfürſt von Trier, auf einer neuen zu Maynz gehaltenen Zuſammenkunft, beigetreten iſt. An demſelben hatten Wenceslaus, als K. von Böhmen, und ſein Vetter, Marggraf Jodocus von Mähren, wegen Brandenburg, keinen Antheil genommen, und es gieng ohnehin nicht an, ſie zu ſelbigem mit zuziehen, weil dieſe Vereinigung der übrigen Churfürſten, durch ihr Mißvergnügen über die Regierung des Wenceslaus war veranlaßt worden, und deſſen Abſetzung zur Abſicht hatte. Es ſind auch damals von den gedachten fünf Churfürſten zu Maynz, und hernach im folgenden Jahr 1400., auf einer neuen Zuſammenkunft zu Frankfurt, mit einigen andern Fürſten noch beſondere Vereinungen

defenſus, p. 751 ſqq. Cf. der Auszug rc., im dritten Bande S. 322. und ff. b) Eben derſelbe, im vierten Bande S. 72. und 85.

wegen der vorhabenden Entthronung des **Wenceslaus** gemacht worden c).

Hierauf wurde der **dritte** allgemeine **Churfürſtenverein** von den ſämtlichen **Churfürſten, Böhmen** ausgenommen, auf ihrer **Zuſammenkunft** zu **Bingen**, im J. 1424., hauptſächlich wegen der damaligen **hußitiſchen Unruhen**, aufgerichtet. Doch haben ſie ſich in demſelben auch noch über ein und andere, ſowohl das ganze **Reich** überhaupt, als auch ihre beſondere Verfaſſung und Rechte betreffende, Punkten, mit einander verglichen, und ausgemacht, daß alle die Regierung antretende **Churfürſten** zu Haltung dieſes **Vereins** ſich eidlich verbinden ſolten d). Den **vierten** allgemeinen **Verein** ſchloſſen **alle Churfürſten**, jedoch **Böhmen**, welches damals über ſeine Königswahl noch nicht einig war, wiederum ausgenommen, im J. 1438. zu **Frankfurt**, wegen der zwiſchen **P. Eugenius** dem *IV.* und dem **Concilium** zu **Baſel** entſtandenen Irrungen, und ſie verbanden ſich auch mit einander, den Tag darauf, wegen Erhaltung des **Landfriedens** im **Teutſchen Reiche**. Der erſtgedachte **Verein** aber, wegen Beobachtung einer genauen Neutralität in Anſehung der erwähnten Zwiſtigkeiten, wurde hernach, im folgenden J. 1439., auf dem **Convente** zu **Maynz**, erneuert und nochmals beſtätigt, welchem dann auch **K. Albrecht** der *II.* und verſchiedene **Reichsfürſten** beitraten e).

Da indeſſen dieſe Irrungen zwiſchen dem **P. Eugenius** und der **Basler Kirchenverſammlung** immer fortdauerten, alſo daß es darüber ſogar zu einem neuen **päbſtlichen Schiſma** kam, und Euge-

c) Eben daſelbſt, S. 233 : 236. u. 240. f. d) Eben derſelbe im fünften Bande, S. 367. f. e) Eben derſelbe, im ſechſten Bande, S. 11. 12. und 44. ff.

Eugenius der *IV.* ſich herausnahm, die Churfürſten von Trier und Cöln abzuſetzen; ſo gab dieſes Gelegenheit zu dem fünften Churfürſten-Verein. Es wurde derſelbe, im J. 1446., zu Frankfurt zwiſchen allen Churfürſten, bis auf Böhmen, errichtet, und darinnen unter andern verabredet, daß die Churfürſten unter ſich gute Freundſchaft halten, ihre etwa vorfallende Irrungen entweder gütlich, oder durch Schiedsleute, nach Inhalt des Vereins vom J. 1424., abthun, in Reichsſachen nichts ohne geſammte Berathſchlagung ſchlieſſen, die Zergliederungen des Reichs vermeiden, und einander wider die Uebertreter dieſer Einigung ſchützen wolten. Zugleich wurde, wie vormals im J. 1424., ausgemacht, daß dieſer Verein von den jedesmaligen Nachfolgern in der Chur beſchworen werden ſolte. In denſelben haben ſich auch nachher die neuen Churfürſten, wie z. E. im J. 1457. Johannes von Trier, und im J. 1461. Diether von Maynz und Friedrich von Pfalz aufnehmen laſſen f). Und dieſes iſt der letzte in unſerm Periodus geſchloſſene Churfürſtenverein. Dann obgleich im J. 1456. die Churfürſten von Maynz, Pfalz, Sachſen und Brandenburg, auf der zu Nürnberg gehaltenen Zuſammenkunft, ein Projeckt zu einem Verein machten, ſo eigentlich wider K. Friedrich den *III.* gerichtet war, und welches auf dem im folgenden Jahr zu Frankfurt zu haltendem neuen Churfürſtentage ſolte vollzogen werden; ſo kam doch dieſer entworfene Verein nicht zur Würklichkeit g). Die Urſachen übrigens, warum

f) Eben daſelbſt, S. 200. ff. 337. und 426.

g) Eben daſelbſt, S. 339. und 340. f. Von den Churfürſten-Verein überhaupt aber kan man zu Rath ziehen: Müllers R. Tags Theatr. unter K. Friedr.

um die königliche Chur Böhmen zu dieſen allgemeinen Chur-Vereinen nicht mit zugezogen worden, oder daran Antheil genommen habe, ſind theils aus dem angeführten zu erſehen, theils können ſelbige anderwärts nachgeleſen werden h).

Von den beſondern oder Rheiniſchen Vereinen haben unſere Publiciſten bisher ganz unrichtige Begriffe gehabt, und insgemein vorgegeben, daß der erſte Rheiniſche beſondere Verein zuerſt im J. 1519. zu Oberweſel, nach dem Tode K. Maximilians des *I.*, in dem damaligen Interregnum, zwiſchen den vier Rheiniſchen Churfürſten, zu ihrer Sicherheit, und aus Furcht vor dem K. von Frankreich, Franz dem *I.*, wäre errichtet worden, und der erſten Abſicht nach nicht länger, als bis zur Wahl eines Römiſchen Königs hätte dauern ſollen i). Allein die Geſchichte lehrt uns einen

K. Friedr. V., 1. Vorſtell. c. 23. et 24. p. 276-336., *Pfeffingerum* l. c., T. III. p. 680 ſq. nota b), *Struvii* Corp. I. P. Imperii R. G., cap. 17. §. 21. p. m. 623 ſq. *edit. noviſſ.* und Moſers T. Staatsrecht, T. I. L. I. c. 13. §. 1-11. p. 286 ſqq. Auſſerdem haben Wildvogel, Gundling und der Herr von Hertzberg eigene Diſputationen de *Unionibus electoralibus* geſchrieben, welche der itzige Herr Prof. Hoffmann in Marburg, zu Jena und Weiſſenfels, 1745. in 4. zuſammen herausgegeben hat, welchen man noch hinzufügen kan: Io. Chph. Chryſoſt. *Kelleri* Diſſ. (Praeſ. Io. Mich. *Dahmio*) de unione electorali; Mog. 1754. 4, von welcher akademiſchen Streitſchrift aber der churmaynziſche Hofgerichtsrath Johann Horix der Verfaſſer ſeyn ſoll.

h) S. Io. Nic. *Hertii* Diſſ. de renovato R. G. I. et regni Bohem. nexu, Sect. III. §. 4., in *Eius* Opuſc. Vol. II. T. I. n. 3. p. 535 ſq.

i) S. z. E. *Struvium* l. paulo ante cit., c. 17. §. 22. p. 624 ſq. und Moſern *l. c.*, T. I. L. I. c. 13. §. 19. p. 292.

nen ganz andern Grund dieſer Rheiniſchen Vereine, und zeigt uns einige derſelben ſchon in unſerm itzigen Periodus. Es iſt nehmlich aus den hiſtoriſchen Abſchnitten dieſes und der vorigen Perioden bekannt, daß die vier Rheiniſche Churfürſten von den Kayſern die Rheinzölle und die Herrſchaft über den Rhein nach und nach geſchenkt, oder verpfändet erhalten, oder auf andere Art an ſich gebracht haben. K. Albrecht der I. wolte nun dieſe Rheinzölle wieder einziehen, und forderte ſie alſo von den gedachten Churfürſten zurück. Sie weigerten ſich aber, ſelbige herauszugeben, ſchützten den ruhigen und undenklichen Beſitz derſelben vor, und verbanden ſich zu deren Behauptung mit einander. Allein K. Albrecht zwang dieſelben durch die Gewalt der Waffen, daß ſie dieſe Zölle zum Theil herausgeben, und die freye Schiffart auf dem Rhein bewilligen muſten [f]). Indeſſen haben doch die Rheiniſchen Churfürſten dieſe Zölle, durch die Freigebigkeit der folgenden Kayſer, nach und nach wieder erhalten. Und da verlohnte es ſich wohl der Mühe, daß ſie ſich, wegen der Beibehaltung dieſer Zölle und der Herrſchaft über den Rhein, genauer zuſammen ſetzten, damit es ihnen nicht, wie ihren Vorfahren gehen möchte. Dieſes iſt daher unſtreitig der wahre Grund von den beſondern und Rheiniſchen Vereinen, deren einige ich nunmehr aus unſerm Periodus anzeigen will.

Die älteſte, mir bekannt gewordene, Verbindung, welche man hieher einiger maſſen ziehen kan, iſt vom J. 1354., und wurde von den drey geiſtlichen Churfürſten auf zehen Jahre geſchloſſen, auch nachmals von ihnen im J. 1357. weiter erläutert

f) S. im zweiten Bande des Auszuges, S. 704 = 711. *paſſim*.

erläutert und beſtätigt [l]). Hierauf finde ich eine **Vereinigung** Churfürſt **Gerlachs** von Maynz, des Churfürſten **Cuno** von Trier, der damals zugleich **Adminiſtrator** des **Erzſtiftes Cöln** war, und Churfürſt **Ruprechts** des ältern von Pfalz, welche dieſelben, im J. 1370., unter ſich dahin errichtet haben, die **Rheinzölle**, innerhalb zehen Jahren, nicht zu erhöhen [m]). Eine andere **Convention** wider die Vervortheilungen ihrer **Rheinzölle**, durch unbillige Abfahrung derſelben, ſchloſſen, nachmals im J. 1408., mit einander die **Churfürſten** von **Maynz**, **Trier** und **Pfalz**. Und eben dieſelben, nebſt dem **Churfürſten** von **Cöln**, machten nachher, im J. 1413., eine andere **Union**, daß ſie keine **Freizettel** über die Entrichtung der **Rheinzölle** ausſtellen wolten [n]). Hauptſächlich aber gehört hieher der **Verein**, den alle **vier rheiniſche Churfürſten**, im J. 1417., unter ſich, und mit dem **H. Rainald** von **Jülich** und **Geldern**, über ihre Gerechtigkeiten auf und an dem **Rheinſtrome** getroffen haben, als worinnen unter andern auch des **Leinpfades** am **Rhein** ausdrückliche Erwähnung geſchieht [o]). Bald darauf, nehmlich im J. 1423., hielten die **vier Rheiniſchen Churfürſten** eine **Zuſammenkunft** zu **Boppard**, auf welcher ſie gleich anfangs beſchloſſen, daß ſie hinführo bey ihren Verſammlungen, nicht eher andere Sachen vornehmen wolten, bevor nicht die Hauptſache, weßhalben ſie ſich verſammelt hätten, zum Schluß gekommen wäre.

l) *ab Hontheim* Hiſt. Trevir. diplomat., T. II. n. 682. et 696. p. 182. et 199. m) *Idem* ibidem, T. eod. n. 731. p. 249. n) *Idem* l. et T. cit., n. 778. et 782. p. 350. et 353. o) *Idem* ibid., T. eod. n. 787. p. 357 ſqq. Cf. J. C. Königs Selecta I. P. noviſſ., T. X. cap. 1. p. 1 ſqq.

wäre. Zugleich nahmen ſie die Abrede, niemanden hinführo die Zollfreiheit bey ihren Rheinzöllen zu geſtatten, auſſer denen, die es von Recht, oder aus alter Gewohnheit hergebracht hätten p). Eben dergleichen **Convention**, wegen der nicht zuzulaſſenden **Zollexemtionen**, ſchloſſen nachmals, im J. 1476., die **Churfürſten** von **Maynz**, **Trier** und **Pfalz** mit einander q). Und endlich errichteten, im J. 1492., alle **vier Rheiniſche Churfürſten** unter ſich einen **Verein** wegen Sicherheit der Commercien und einer freien Fahrt auf dem **Rheine** durch ihre Länder und Gebiete r). Aus allen dieſen angeführten Exempeln nun, deren vielleicht noch mehrere könnten ausfündig gemacht werden, erhellt unwiderſprechlich, daß die ſogenannte **beſondere** oder **Rheiniſche Churvereine** nicht erſt im J. 1519. ihren Anfang genommen haben, ſondern eines weit ältern Urſprungs ſind.

Zum Beſchluß dieſer bisher, faſt zu weitläuftig, abgehandelten Materie von den **Churfürſten**, muß ich doch auch noch der unter den **Publiciſten** obwaltenden bekannten Streitfrage gedenken: ob ein **Churfürſt zwey Churfürſtenthümer** beſitzen, und von ſelbigen die **Stimmen** führen könne oder nicht? Ich ſchränke mich aber hiebey nur auf **unſern Periodus** ein, und will alſo nur zeigen, in wie weit etwa, aus den Geſetzen deſſelben, und denen darinnen vorkommenden Beiſpielen, dieſe Frage wo nicht entſchieden, doch vielleicht erläutert werden kan. In den **Geſetzen unſers Periodus**, und zwar vornehmlich in der G. B., iſt hievon nichts enthalten, am wenigſten die **Erbfolge** eines **Churfürſtens** in ein anderes **Churfürſtenthum** verboten worden. Da

p) *ab Hontheim* l. c, T. II. n. 794. p. 372.
q) *Idem* ibidem, T. eod. n. 866. p. 461.
r) *Idem* l. et T. cc, n. 882. p. 489 ſq.

Da nun die Churfürſten nicht ſchlimmer daran ſeyn können als andere Reichsfürſten, Grafen und Herren; ſo iſt wohl richtig, daß ihnen die Erbfolge in einem Churfürſtenthume, wenn ſich der Fall ereignet, nicht wohl hätte entzogen werden können. Ob nun aber hernach ein ſolcher Churfürſt wegen ſeiner beiden Churen auch zwey Stimmen würde haben führen können, ſcheint dem Sinne der G. B. zuwider zu ſeyn, weil deren Geſetzgeber in der geſiebenten Zahl der Churfürſten gleichſam was heiliges und geheimnisvolles geſucht, und der ſieben beſondern Perſonen oder Churfürſten immer gedacht hat [s]). Allein da doch auch in der G. B. die Chur, und das damit verknüpfte Stimmrecht auf das genaueſte mit den churfürſtlichen Ländern ſind verknüpft worden [t]); ſo ſehe ich nicht ab, wie dem Beſitzer von zwey Churfürſtenthümern die beiden davon abhangenden Churſtimmen hätten können ſtreitig gemacht, oder ihm eine davon entzogen werden. Wir haben ja in unſerm Periodus, vor Errichtung der G. B., mehr als ein Exempel, daß bey den Römiſchen Königswahlen

s) S. z. E. die G. B. im *Prooemio*, ferner Tit. I. §. 10-15. 18. 19. 25. Tit. II. §. 8. 9. 10. Tit. IV. §. 3. Tit. VII. §. 2. et 5. *item* Tit. XXI. XXII. XXIII. et XXV. §. 2. Tit. XXVI. et XXVIII. Man kan hieher auch noch ziehen die Worte K. Sigmunds aus deſſen dem neuen Churfürſten von Sachſen, Friedrich dem Streitbaren, in J. 1425. ertheiltem Lehenbriefe, beym Müller *l. c.*, P. II. 5. Vorſtell. c. 13. §. 6. p. 453 b., wo es heißt: „Wann wir : : : allzeit betrachtet haben, daß „uns und dem H. R. R. unbequemlich wäre, wo „die Zahl der ſieben Churfürſten, ſintemahl daß die „deſſelben Richs fürderſten Glider und als vheſte „Seulen ſind, daruf das gebauet iſt, unerfüllet „bleiben ſolle ꝛc.„ t) *A. B.*, Tit. VII. §. 2. et Tit. XX.

wahlen ein Churfürſt dem andern ſeine Stimme aufgetragen, und alſo ein Churfürſt mehr als eine Stimme geführt habe u). Doch trug ſich dergleichen Fall nach der G. B. nicht wieder zu, und es wurde, bey den folgenden Wahlen, jedesmal eine jede Churſtimme auch von einem eigenen Churfürſten oder deſſen Geſandten geführt.

Wenn wir nun ferner dieſe Frage auch hiſtoriſch, nach denen, in unſerm Periodus, vorkommenden Exempeln, oder möglichen Fällen, unterſuchen und beleuchten wollen; ſo wird wohl nöthig ſeyn, die obige Frage zu zergliedern, und nach drey verſchiedenen Fällen oder Fragen die Sache abzuhandeln. Der erſte Fall würde alſo ſeyn: ob ein geiſtlicher Churfürſt zugleich zwey geiſtliche Churfürſtenthümer beſitzen könne? Davon haben wir, in unſerm Periodus, zwey merkwürdige Exempel. Der groſſe Churfürſt von Trier, Balduin aus dem Hauſe Luxemburg, beſaß nehmlich das Churfürſtenthum Trier, und war zugleich, einige Jahre lang, nehmlich von 1328. bis 1337., Adminiſtrator des Erzſtiftes und Churfürſtenthums Maynz v). Ein ähnlicher Fall trug ſich auch in dem Erzſtifte Cöln zu, da nehmlich Cuno, ein geborner Herr von Falckenſtein, zu gleicher Zeit Churfürſt von Trier, und eine Zeitlang, nehmlich von 1367. bis 1370., Adminiſtrator von Cöln war. Ja der gröſte Theil des maynziſchen Domkapitels poſtulirte ihn, nach Abſterben des Churfürſt Gerlachs, zu ſeinem Erzbiſchof, welche

u) S. den Auszug 2c., im zweiten Bande, S. 627 = 631. und im dritten Bande, S. 7. et 105. f.
v) Eben daſelbſt, im dritten Bande, S. 239. und 308. f.

welche Würde er aber ausſchlug w). Der andere Fall oder Frage wäre: ob ein Churfürſt zugleich ein geiſtliches und ein weltliches Churfürſtenthum beſitzen könne? und dieſe Frage iſt gänzlich zu verneinen. Dann vermöge der G. B. kan ein Geiſtlicher in einem weltlichen Churfürſtenthum nicht ſuccediren x). Ein weltlicher Churfürſt aber iſt, nach den Grundſätzen des canoniſchen Rechts, unfähig ein Erzſtift, oder geiſtliches Churfürſtenthum zu beſitzen.

Nun iſt noch der dritte Fall oder Frage übrig, nehmlich: ob ein weltlicher Churfürſt zugleich zwey weltliche Churen beſitzen könne? daß nun dieſes, in unſerm Periodus, ſogar die Kayſer für etwas Zuläßiges müſſen angeſehen haben, kan man nicht uneben aus der von ihnen geſchehenen Beſtätigung der groſſen Erbverbrüderung zwiſchen Sachſen, Brandenburg und Heſſen ſchlieſſen. Dann obgleich in ſelbiger die Churwürde und das Erzamt, nach Abgang entweder Sachſens oder Brandenburgs, jedesmal dem Hauſe Heſſen war vorbehalten worden; ſo konnte ſich doch der Fall ereignen, daß von allen dieſen drey Häuſern nur ein einiges übrig blieb, welchem dann die ſämtlichen Länder, und folglich auch beide Churen zugefallen wären. Dieſes aber iſt in der gedachten, von den Kayſern beſtätigten, Erbverbrüderung nirgends verboten, oder für unerlaubt erklärt worden y). Man kan ferner hie-

her

w) Eben daſelbſt, im dritten Bande, S. 672. und 746.
x) *A. B.*, Tit. VII. § 2. 3. et 4. y) S. dergleichen Erbverbrüderungen und die kayſerliche Beſtätigungen in Müllers R. Tags Theatro unter K. Maximil. I., P. I. 2. Vorſtell. c. 67. § 13. et 23. n. I-III. p. 573 ſqq. et 593 ſqq. Cf. Henr. *Bodini*

her rechnen, daß obgleich K. Ludewig der *IV.*, bereits im J. 1323., ſeinem älteſten Sohn Ludewig die erledigte Chur Brandenburg verliehen hatte, er doch nachmals, in dem zu Pavia, im J. 1329., mit ſeinen Pfälziſchen Vettern geſchloſſenem Theilungstracktate, eben dieſem ſeinem Sohn Ludewig, der ſchon Churfürſt von Brandenburg war, und deſſen Bruder Stephan, die mit Pfalz abzuwechſelnde Churſtimme vorbehalten hat ʒ).

Selbſt K. Carl der *IV.* nöthigte Churfürſt Otten von Brandenburg, daß er ſein Churfürſtenthum ihm überlaſſen muſte. Dann ob es gleich in dem darüber, im Lager bey Fürſtenwalde, im J. 1373., errichteten Vergleiche hieß, daß dieſe Abtretung an des Kayſers drey Söhne, Wenceslaus, Sigmund und Johannes, geſchehe; ſo beſaß und regierte doch in der That Carl der *IV.* ſelbſt, bey der damaligen Minderjärigkeit ſeiner Söhne, die Churmarck Brandenburg. Ja er brachte es, auf dem, im folgenden J. 1374., zu Guben gehaltenem Landtage, dahin, daß die Churmarck, durch eine feierliche Urkunde, auf ewig mit der Krone Böhmen und den dazu gehörigen Ländern verknüpft wurde, auf welche Art alſo die beiden Churen, Böhmen und Brandenburg, über kurz oder lang, unter ein Oberhaupt hätten kommen können. Und ob er gleich bey der Römiſchen Königswahl ſeines älteſten Sohnes, des Wenceslaus, den Churfürſten und Marggrafen von Brandenburg durch ſeinen zweiten Sohn Sigmund vor-

 ſtellen

Bodini Diſſ. de pacto confraternitatis Saxonico-Brandenburgico-Haſſiacae, (Halae, 1708. 4. *recuſa:* Viteb, 1738. 4.) §. 21 ſq. p 28 ſqq.

ʒ) Aettenkhover *l. c.*, p. 226. und von Olenſchlager *l. c.*, im II. B., p. 11.

ſtellen ließ; ſo zog er doch ſofort nach derſelben die bisherige Maſque ab, ſchrieb ſich ſelbſt einen **Marggrafen von Brandenburg**, und ſagte in ein paar Urkunden, daß er in dieſer Sache als ein **Marggraf von Brandenburg** handle. Nun gab er zwar, bey der, im J. 1377., vorgenommenen Vertheilung ſeiner Länder, die **Churmarck** ſeinem zweiten Sohn **Sigmund**, dem er ſeinen dritten Sohn **Johannes** ſubſtituirte. Aber auf den Fall ihrer beider unbeerbten Abſterbens, ſolte die **Churmarck** an ſeinen älteſten Sohn **Wenceslaus** und deſſen Erben zurück fallen, und mit **Böhmen** wieder vereiniget werden. Der Fall trug ſich nun zwar nicht zu, und es fiel vielmehr **Böhmen** an den
1419 **Sigmund** erſt ſodann, wie er, ſchon einige Jahre
1415 vorher, die **Marck Brandenburg**, nebſt der **Churwürde** und dem **Erzkämmereramte**, an den Burggrafen **Friedrich** von Nürnberg verkauft hatte. Allein es geſchah dieſes nur auf einen Wiederkauf, indem **K. Sigmund** ſich und ſeinem Bruder, dem **K. Wenceslaus**, auch ihren männlichen Erben, das Recht der Wiedereinlöſung, gegen Entrichtung des Kaufſchillings, vorbehielt. Auf ſolche Art war alſo immer der Fall möglich, und der **Kayſer** ſah es ſelbſt für zuläßig an, daß die **beiden Churen, Böhmen** und **Brandenburg**, unter **einem Oberhaupte** vereinigt werden konnten a).

Ich zweifle alſo gar ſehr, ob das Vorgeben, welches man an einigen Orten b) findet, richtig ſey, daß nehmlich **K. Sigmund** gegen die **Churfürſten** von **Pfalz** und **Brandenburg**, welche nach Abgang

a) S. den Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 768., im vierten Bande, S. 5-8. et 36-38. und im fünften Bande, S. 205. f.
b) Goldaſts R. Sak., P. II. p. 102 ſq. et *Fabrcii* Origg. Saxon., L. VII. p. 696.

Abgang der aſkaniſchen Churfürſten von Sachſen, die Sächſiſche Chur für ihre älteſte Söhne ſich ausbaten, ſoll vorgewandt haben: es wäre wider das Reichsherkommen, daß Vater und Sohn zwey Churfürſtenthümer beſitzen könnten. Hiernächſt will ich auch die Nachricht des päbſtlichen Legatens, des Biſchofs Campanus, die er, von dem nürnbergiſchen Reichstage im J. 1471., an den Cardinal von Pavia geſchrieben hat, an ihren Ort geſtellt ſeyn laſſen, als ob K. Friedrich der *III.* den Biſchof von Speyer als churpfälziſchen Geſandten deswegen nicht hätte zulaſſen wollen, weil er, der Kayſer, weder den Pfalzgrafen Friedrich den Sieghaften für einen Churfürſten erkannt hätte, noch zwey Brüder zugleich Churfürſten ſeyn könnten, da nehmlich deſſen jüngerer Bruder Ruprecht Churfürſt von Cöln war [c]). K. Friedrich der *III.* war nehmlich in unſerer Reichsgeſchichte allzuwohl bewandert, als daß er, durch den zuletzt angeführten Grund, den Churfürſten Friedrich von Pfalz hätte Gelegenheit geben ſollen, ihm die Unrichtigkeit deſſelben ſogleich darzulegen. Dann es waren ja noch nicht hundert Jahre verſtrichen, da zwey Brüder zu gleicher Zeit zwey Churen beſeſſen haben, nehmlich Wenceslaus die von Böhmen, und Sigmund die von Brandenburg. Ja wir haben auch in unſerm Periodus ein Exempel, daß Vater und Sohn, zu gleicher Zeit, Churfürſten geweſen ſind, nehmlich Ernſt war Churfürſt von Sachſen, und ſein Sohn Albrecht war Churfürſt von Maynz [d]). Aus allem bisher angeführten entſpringt nun, meines Erachtens,

c) Müllers R. Tags Theatr. unter K. Friedr. V., P. II. 5. Vorſtell. cap. 9. p. 421. d) S. im ſiebenden Bande des Auszuges, S. 194. f. 228. f. et 263. f.

achtens, der richtige Satz: daß es nach der Staats- verfaſſung des Teutſchen Reichs, in unſerm Periodus, nicht unzuläßig würde geweſen ſeyn, daß ein Churfürſt zugleich zwey Churen hätte beſitzen und davon die Stimmen führen können, weil nehmlich ſolches theils in den Geſetzen nicht verboten war, theils die beigebrachten Exempel ſo viel erhärten, daß dergleichen Fall ſich hätte ereignen können, und die Kayſer ſelbſt, wenigſtens per indirectum, hiezu die Veranlaſſung an die Hand gegeben haben e).

Daß die Anzal der gemeinen oder mindern Fürſten, in unſerm Periodus, von den Kayſern mit verſchiedenen neuen Mitgliedern vermehrt, auch von ihnen einige neue gefürſtete Prälaten und Grafen gemacht worden, iſt bereits weiter oben bemerkt worden, wo ich auch dieſe neue Fürſten namhaft gemacht habe f). Ich will daher bey den Fürſten nur die einige Anmerkung machen, daß aus einer Nachricht, die uns Müller g) bekannt gemacht hat, ſo viel zu erhellen ſcheine, daß, noch zu den Zeiten K. Friedrichs des *III.* unter denen, aus den pfälziſch-bayeriſchen, ſächſiſchen und bran-

e) Von dieſer Streitfrage überhaupt kan man zu Rath ziehen: (B. G. Struvens) Erörterung der Frage: ob ein Churfürſt zwey Churfürſtenthümer zugleich beſitzen könne? ſ. l. 1729. 4., worinnen die Frage verneint wird, und Io. Chriſti. *Treitlingeri* Diſſ. de S. R. I. Principe iuſto duorum electoratuum ſecularium poſſeſſore; Argentor. 1737. 4., der dieſe Frage bejahet. Die erſte dieſer Schriften hat der ber. Herr D. und Prof. Oelrichs zu Stettin, in Seinen Beyträgen zur Hiſt. und Literatur, n. 2. p. 9-34, mit einigen Noten wieder auflegen laſſen, und in der vorgeſetzten kleinen Vorrede auch die übrige Schriftſteller, welche dieſe Frage abgehandelt haben, angezeigt.

f) S. in dieſem achten Bande des Auszuges etc.. S. 143. ff.

g) *l.* paulo ante *c.*, P. III. 6. Vorſtell. c. 20. §. 8. p. 83.

brandenburgiſchen Churhäuſern entſproſſenen, und regierenden Fürſten von den jüngern Linien kein feſtgeſetzter Rang, in Anſehung des Sitzens und Votirens auf den Reichstagen, beſtimmt geweſen ſeyn müſſe, ſondern dergleichen Fürſten nach den Jahren ihres Alters ihre Stellen mögen genommen haben. Dann auf dem nürnbergiſchen Reichstage, im J. 1487., ſaß zuerſt Pfalzgraf Otto zu Mosbach, als der älteſte, nach ihm H. Albrecht von Sachſen, und auf dieſen folgte H. Albrecht von Bayern-München, der ſeinen Vetter, den H. Georg von Bayern-Landshut bey der Hand mit ſich nahm. Wie man nun dieſen beiden Herren zugemuthet hätte, daß ſie den Marggrafen Friedrich von Brandenburg-Anſpach zwiſchen ſich nehmen ſolten; ſo hätten ſie ſich deſſen geweigert, und wären darüber aus dem Zimmer weggegangen. Es war auch würklich H. Georg, den Jahren nach, älter, als Marggraf Friedrich, indem jener ſchon im J. 1455. h), dieſer aber erſt im J. 1460. i), war gebohren worden. Aber aus eben dem Grunde wolte auch nachher des Abends bey der Tafel H. Albrecht von Sachſen den beiden erwähnten Herzogen von Bayern nicht weichen, wie ihm der Reichserbmarſchall von Pappenheim zu verſtehen gab, daß dieſelben über ihn ſtehen wolten. Dann er ſagte, daß der Gebrauch allweg anders geweſen, und der älteſte oben an geſeſſen, deswegen er ſich auch davon nicht dringen laſſen wolte k).

Verſchiedene Prälaturen, Abteien, Probſteien und Klöſter in Teutſchland liefen in unſerm Periodus Gefahr, von den Erzbiſchöffen und Biſchöffen verſchlungen zu werden. Es hatten

h) *Viti Arnpeckhii* Chron. Bojoarior., L. V. c. 65. p. 401. i) Paulis Preuſſ. Staatsgeſchichte, T. III. k) Müller, *l.* modo *c.*

nehmlich einige Päbſte Bullen und Dekrete ergehen laſſen, wodurch ſie ſelbige den Erz- und Hochſtiftern einverleibt, und ſie zu den Tafelgütern der Erzbiſchöffe und Biſchöffe geſchlagen hatten. Allein P. Bonifacius der *IX.* rettete noch zu rechter Zeit die Stifter und Klöſter, und erhielt dadurch verſchiedene von unſern Reichsprälaturen, deren wir ſonſt itzo noch wenigere haben würden. Er hob nehmlich im J. 1404., durch eine Bulle, alle dergleichen, von ihm und ſeinem nächſten Vorfahrer, P. Urban dem *VI.*, geſchehene Inkorporationen wieder auf l). Dieſes kam beſonders der Probſtey Berchtolsgaden zu ſtatten, welche bereits zur Tafel des Erzbiſchofs von Salzburg war geſchlagen worden. Es war nehmlich dieſe Probſtey, durch die Bedrückungen der Herzoge von Bayern, ſehr herunter gekommen, worüber Erzbiſchof Pilegrin von Salzburg es bey dem P. Bonifacius dem *IX.* dahin zu bringen wußte, daß derſelbe ſolche Probſtey, im J. 1393., den Tafelgütern des Erzbiſchofs einverleibte. Zu dieſer geſchehenen Inkorporation gab nachher, im J. 1398., K. Wenceslaus ſeine Einwilligung, und P. Bonifacius beſtätigte ſie nochmals im J. 1403. Doch gleich im folgenden Jahr 1404. vernichtete er ſelbige durch eine eigene Bulle, und trug die Execution ſeiner Bulle dem Biſchof Johannes von Regenſpurg auf, wodurch die Probſtey Berchtolsgaden wieder in ihre vorige Verfaſſung kam, und ihren eigenen Probſt erhielt. Es haben auch nachmals dieſe, vom Bonifacius dem *IX.* geſchehene, Aufhebung der vormaligen Einverleibung die Päbſte Innocenz der *VII.* im J. 1404., Gregorius der *XII.* im J. 1407., und Calixtus der *III.* im J. 1455., nochmals

l) Lünigs R. A., T. XVIII. p. 25 ſq. n. 39.

nochmals beſtätigt, und Berchtolsgaden von aller angemaßten Salzburgiſchen Inkorporation und Unterwürfigkeit freigeſprochen m).

Auch der Abtey Prüm ſtand ein ähnliches Schickſal, in unſerm Periodus, zweimal bevor, daß ſie nehmlich dem Erzſtifte Trier ſolte einverleibt werden. Sie lag demſelben ſehr gelegen, und ſtand mit ſelbigem ſchon lange in einer Union. Im J. 1343. unterwarf ſie ſich zu ihrer Sicherheit dem Erzſtifte Trier, und Abt Dietrich von Prüm ſtellte im J. 1355. an den damaligen Churfürſten von Trier, Boemund, eine Verſicherung aus, daß er ihm wider alle und jede ſeine Feinde beiſtehen wolle, wobey er nur einige benannte Grafen und Herren ausnahm. Dieſer Abt Dietrich theilte nachmals im J. 1361. die Güter der Abtey in zwey Theile, wovon er einen Theil für ſich behielt, und den andern ſeinem Convente anwies, welche Theilung, noch heutiges Tages, in den meiſten Stücken beobachtet wird. Da inzwiſchen die Abtey, durch allerhand Zufälle und Fehden mit ihren Nachbarn, ſehr herunter kam; ſo gab ſchon K. Carl der *IV.*, im J. 1376., ſeine Einwilligung dazu, daß die dem Abte zugetheilte Portion, durch den Pabſt, der Tafel des Erzbiſchofs von Trier ſolte können einverleibt werden. Es erfolgte auch hierauf, nach dem Abſterben des mehrgedachten Abt Dietrichs, die würkliche Inkorporation, durch den P. Bonifacius den *IX.*, auf beſtändig, und K. Wenceslaus belehnte ſodann, im J. 1398., den damaligen Churfürſten von Trier, Werner, mit den Gütern und Regalien der Abtey. Allein gleich das Jahr darauf hob der erſterwähnte P. Bonifacius die geſchehene

m) S. den vierten Band des Auszuges ꝛc., S. 222. und 404. f. *coll.* p. 148. *ibique* allegatos plures Scriptores.

ſchehene Vereinigung der Abtey Prüm mit den erzbiſchöflichen Tafelgütern wieder auf, und befal den Officialen von Maynz, Cöln und Lüttich, daß ſie die Mönche und Unterthanen der Abtey, zum Gehorſam gegen den neuen Abt, Fridrich von Schleiden, verweiſen ſolten. Auf ſolche Art kam die Abtey Prüm wiederum in ihre vorige Verfaſſung. Nachmals hat P. Sixtus der *IV.* abermals die Abtey Prüm, auf die Bitte des Churfürſtens Johannes von Trier, deſſen erzbiſchöflichen Tafel auf ſeine lebenszeit einverleibt. Hiezu gab K. Friedrich der *III.* im J. 1473., nicht nur, ſeine Einwilligung, ſondern er verſprach auch, es bey dem Pabſte dahin zu vermitteln, daß die Abtey mit dem Erzſtifte auf ewig vereinigt würde. Es iſt auch ſolches im J. 1476. geſchehen; aber gleich im folgenden J. 1477. hob P. Sixtus, auf die Bitte des Abt Ruprechts von Prüm, eines gebohrnen Grafens von Virnenburg, die Inkorporation wieder auf, und haben alſo die Churfürſten von Trier, in unſerm Periodus, zum ruhigen und beſtändigen Beſitze der Einkünfte des Abtes von Prüm nicht gelangen können, welches aber doch nachher im folgenden Jahrhundert, und zwar im J. 1579., geſchehen iſt, wie zu ſeiner Zeit ſoll gemeldet werden [n]).

Von Grafen und Freyherren oder Herren war, in unſerm Periodus, in allen Teutſchen Provinzen eine weit gröſſere Anzal, als wie heutiges Tages, wie man aus den noch vorhandenen Urkunden dieſes Zeitalters erſehen kan. Es würde aber zu weitläuftig, ja unmöglich fallen, die Namen dieſer Geſchlechter anzuführen, und es würde auch ſolches

n) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 683. 709. 747. 765. et 864. p. 185 ſq. 213 ſqq. 274 ſq. 308 ſqq.; et 459. ibique citatus *Knauffius* in Defenſione Prumienſi.

ches eine unnöthige, ja unnützliche Arbeit ſeyn, da viele derſelben ſchon längſtens ausgeſtorben, und kaum nur noch dem Namen nach bekannt ſind. Sie beſaſſen nun entweder **Lehen**, theils unmittelbar vom Kayſer, theils von den **Churfürſten**, und **geiſtlichen** auch **weltlichen Fürſten**, oder ſie waren Eigenthümer von uralten freien Allodien, wegen welcher ſie dem Kayſer und Reiche nicht dienen dorften. Dergleichen finden wir noch unter der Regierung des K. Wenceslaus an dem Grafen **Heinrich** von **Lützelſtein**, als welcher allererſt ſich bereden ließ, ein von ſeinen Voreltern, als uralten vornehmen **Teutſchen Freyen**, ererbtes **eigenes freyväterliches Erbe**, ſo aus einem uralten **Zolle** und **acht Dörfern** beſtand, auch vormals zum **Reiche** nicht gehört hatte, dem gedachten **K. Wenceslaus** zu Lehen aufzutragen. Dafür, und weil er des **Kayſers** und **Reichs Mann** zuvor nicht geweſen, erhielt er dann auch von dem **Wenceslaus**, mit Einwilligung und Rath der **Churfürſten**, **Fürſten** und anderer **Reichsgetreuen**, einen neuen Zoll zu Beſſerung ſeines Lehens o). Durch das Ausſterben ſo vieler **gräflichen** und **freiherrlichen Geſchlechter** wuchs die Macht anderer ſolcher Familien, oder der **Fürſten**, als an welche der Ausgeſtorbenen Lehen- oder Erb-Güter, theils nach dem Lehenrechte, theils durch Anwartſchaften, neue Verleihungen, oder Erbverträge, theils durch Erbſchaft fielen. Manche **gräfliche** und **freyherrliche Häuſer** richteten ſich auch wohl ſelbſt, durch einen übermäßigen Aufwand, oder auf andere Art, zu Grunde, und ſahen ſich genöthigt, ihre Güter zu verkauffen. Darüber kommt bisweilen in der Geſchichte dieſer Zeiten eine Familie in dem einen Jahrhundert

o) von Olenſchlager *l. c.*, §. 55. p. 202 ſq. und im U. B., n. 25. p. 70 ſqq.

hundert in dem gröſten Flor vor, von der man in dem andern Jahrhundert kaum noch etwas hört. Indeſſen findet man die meiſten von unſern noch heutiges Tages übrigen würklichen reichsgräflichen Familien bereits in unſerm Periodus, theils mit dem Grafen-, theils mit dem Herren-Titel, und verſchiedene von ihnen ſind in neuern Zeiten von den Kayſern in Fürſtenſtand erhoben worden.

Man muß inzwiſchen dieſe viele Grafen und Herren des Teutſchen Reichs in dieſen Zeiten nicht alle für unmittelbar halten, und glauben, daß ſie einerley Rechte und Vorzüge gehabt haben. Dann obgleich auch in den Ländern der Churfürſten und einiger mächtigen Fürſten einige unmittelbare Reichsgrafen und Herren angetroffen werden; ſo waren doch viele andere nur mittelbar und landſäßig. Und die Grafen und Herren in Francken, Schwaben, Weſtfalen und am Rheinſtrome konnten ſich bey ihrer Unmittelbarkeit beſſer behaupten, und hatten mehrere Vorzüge und Gerechtſame, als die meiſten Grafen und Herren in andern teutſchen Provinzen, die den Churfürſten und mächtigen Fürſten zugehörten. Es machten auch einige Kayſer unſers Periodus von Zeit zu Zeit neue Grafen und Freiherren, wie aus ihren Regierungsgeſchichten zu erſehen iſt, unter welchen ich itzo nur des Grafens von Oſtfrießland gedenken will. K. Sigmund hatte zwar den Oſt- und Weſtfrieſen, bey der im J. 1417. geſchehenen Beſtätigung ihrer alten Freiheiten, verſprochen, daß ihnen zu ewigen Zeiten weder ein geiſtlicher noch weltlicher Fürſt, noch Graf, zum Regenten gegeben werden, ſondern ſie ihre bisher gewönliche Grietmänner, Richter und Beamten ferner behalten ſolten. Allein dem ohngeachtet hat nachher K. Friedrich der *III.*, im

J. 1454., den Ulrich, Herrn von Oſtfrießland, der ihm ſeine erbeigenthümliche und erheiratete Städte, Schlöſſer und Herrſchaften in dieſem Lande zu Lehen aufgetragen, in Reichsgrafenſtand erhoben. Er erklärte ihn, und ſeine männliche und weibliche Nachkommen zu Grafen und Gräfinnen des H. R. R., und Oſtfrießland zu einer Grafſchaft, wie er ihn dann auch mit derſelben belehnte. Zehen Jahre hernach, oder im J. 1464., erneuerte der Kayſer die geſchehene Standeserhöhung und Belehnung, ſchickte den Grafen von Palmſtein mit einem Reichsherold nach Oſtfrießland, und ließ durch jenen den Grafen Ulrich, durch Darreichung eines Schwerdtes und einer Fahne, öffentlich belehnen p).

Uebrigens wuſte man in dieſem Periodus noch nichts von den heutigen Grafenbänken oder den *Votis curiatis* der Reichsgrafen, weil dieſe damals noch in keine beſondere Correſpondenz zuſammengetreten waren, vielweniger ſich in gewiſſe Collegia oder Curien begeben hatten; ſondern es beriefen die Kayſer die unmittelbare Reichsgrafen und Herren, gleich den Fürſten, auf die Reichstage. Jene ſaſſen auch mit dieſen, ja ſogar den Churfürſten, in einem Saal oder Zimmer, und machten mit denſelben nur ein Collegium aus, bis daß die Churfürſten ſich, bereits erzälter maſſen, von den Fürſten trennten, und ihre beſondere Berathſchlagungen, in einem beſondern Gemache anſtellten. Die Grafen und Herren aber blieben ferner bey den Fürſten, und wurden zu dieſen gerechnet, wie ſie dann, gleich denſelben, ihre Stimmen *viritim*, oder Mann für Mann, ablegten.

p) S. den Auszug ꝛc., im fünften Bande, S. 245. und im ſechſten Bande, S. 322. f. et plures *ibi* in *Notis* a) et v) citatos.

legten. Sie gehörten alſo, mit unter die ſogenannte obere Stände, und es heißt daher, in den öffentlichen Reichstagshandlungen dieſer Zeiten, bald: Churfürſten, Fürſten, Grafen Herren und Städte; bald: Churfürſten, Fürſten, Herren und Städte; bald: Fürſten, Grafen, Herren und Städte; bald: Fürſten, Herren und Städte; bald auch nur: Herren und Städte. Hieraus erhellet aber klar, daß nach dem damaligen Reichsſtil die Churfürſten, Fürſten, Grafen und Herren eben ſowohl unter dem Prädicat der Herren, als unter dem Namen der Fürſten begriffen worden ſind. Es haben auch die Grafen und Herren, unſern ganzen Periodus hindurch, ja noch bis in den Anfang des folgenden hinein, ihre *Vota virilia* beibehalten, ſie mögen nun mit den Churfürſten und Fürſten zuſammen, oder nur mit den Fürſten allein zu Rathe gegangen ſeyn. Ja man findet auf dem, gleich zu Anfang des folgenden Periodus, im J. 1497., zu Lindau gehaltenem Reichstage ein merkwürdiges Exempel, daß ſogar ein Churfürſt, nehmlich Berthold zu Maynz, kein Bedenken getragen von dem Graf Ludewigen von Iſenburg und den Herren von Weinſperg eine Vollmacht zu übernehmen, und ihre Stimmen auf dem damaligen Reichstage zu führen q). Da nun alſo die vornehmern Grafen als Fürſtengenoſſen angeſehen, und zu den Fürſten gerechnet wurden; ſo hatten ſie ſich auch des alten Fürſtenrechtes zu erfreuen, und konnte ihnen der Zutritt zu den kayſerlichen Reichshöfen nicht verſagt wer-

q) Kopps weiter oben angeführten Diſcours etc., § 10. et 11., *l. c.*, p. 595-607. und Wilh. Friedr. (von) Piſtorius Anmerck. über allerh. den Urſpr., Hiſt. Vorrechte ꝛc. derer des H. R. R. Graven betreffende Materien, P. III. c. 1. p. 256 ſqq. et P. IV. *per totum*.

werden. Sie hatten daher alle Vorzüge und Würden kayſerlicher Reichsräthe zu genieſſen, und konnten mit andern Reichsfürſten, wo ſolche zu Gerichte, oder an Schöppenſtatt ſaſſen, Urtheil finden, theilen und geben über alle Sachen, die Leib, Gut und Ehre antraffen r).

Daß in Teutſchland, ſchon in den vorigen Zeiten, verſchiedene Reichsſtädte geweſen ſind, iſt aus den vorigen Perioden bekannt s). In unſerm itzigen Zeitraume vergröſſerte ſich die Anzal derſelben ungemein, beſonders in Schwaben, wozu die, durch die Päbſte geſchehene, Vertilgung des Hohenſtauffiſchen Hauſes, und die gänzliche Erlöſchung des Herzogthums Schwaben vieles mit beitrug. Man muß aber nicht glauben, daß alle heutige Schwäbiſche Reichsſtädte, oder doch der gröſte Theil derſelben, erſt in unſerm Periodus die Unmittelbarkeit erlangt hätten. Einige von ihnen waren ſchon vorher dem Kayſer und Reiche unmittelbar unterworfen, oder genoſſen doch ſolcher Freiheiten, daß man ſie unter die Reichsſtädte, auf gewiſſe Art, zälen konnte, obgleich in ſelbigen auch andere geiſtliche oder weltliche Reichsſtände gewiſſe Rechte und Einkünfte beſaſſen. Dieſe Anmerkung gilt auch von denjenigen Reichsſtädten, in welchen ein erzbiſchöflicher oder biſchöflicher Sitz war. Von jenen aber, nehmlich den Schwäbiſchen Reichsſtädten, will ich nur meine Vaterſtadt, Ulm, anführen, in welcher die Aebte von Reichenau, entweder durch die angebliche Schenkung K. Carls des groſſen, oder durch andere noch unbekannte Rechtstitel, viele Einkünfte und Rechte, zum Theil noch bis auf K. Friedrich den

r) von Olenſchlager *l. c.*, §. 66. p. 252. s) S. den Auszug ꝛc., im erſten Bande S. 321. f. und im zweiten Bande, S. 313-324.

den *III.*, beſaſſen. Indeſſen wird ſie ſchon von K. Adolfen, in einer Urkunde vom J. 1296., *ſua et* IMPERII CIVITAS genannt t). Mithin iſt ſie wohl nicht erſt, im J. 1346., unter K. Ludewig dem *IV.*, wie insgemein vorgegeben wird, zu ihrer Reichsunmittelbarkeit gelangt, ſondern es mag ſolches ſchon lang vorher nach und nach geſchehen ſeyn, obgleich das Kloſter Reichenau noch ein und andere Rechte in ſelbiger, zu ſolcher Zeit, noch mag gehabt haben. Vielleicht hat ſie im J. 1346. ſich von dem erſt erwähnten Kloſter in weltlichen Sachen und Rechten, ſo wie nachher vollends, unter K. Friedrich dem *III.* auch in geiſtlichen Dingen, von jenem losgemacht, da ſie vorher deſſen meiſte Gerechtſame nach und nach an ſich gelöſet hatte, alſo daß der bekannte Ulmiſche Predigermönch, Felix Fabri, mit Recht ſchreiben konnte: *ut nec ungula in Urbe manſerit, quae Abbatis eſſet* u). Und überhaupt kan dieſe, alleweil von Ulm gemachte, Anmerkung auf die meiſten Reichsſtädte angewandt werden, daß nehmlich dieſelben ihre Reichsfreiheit und Unmittelbarkeit nicht auf einmal, ſondern nur nach und nach erhalten haben, folglich das eigentliche Jahr, da ſie Reichsſtädte worden, niemals mit einer völligen Gewisheit wird können angegeben werden.

Die Reichsſtädte muſten dem neuen Kayſer huldigen, und es war daher ein altes Reichsherkommen, daß unſere Kayſer, gleich nach ihrer aachenſchen Krönung, zuerſt in den rheiniſchen, und hierauf in den fränckiſchen und ſchwäbiſchen Reichsſtädten herumzogen, um die Huldigung in

t) Moſers Reichsſtädt. Handbuch, T. II. p. 223. n. 2. u) L. B. Herttenſteins Abhandlung ꝛc. in des Herrn von Piſtorius Amoenit. iurid. hiſtor., P. V. p. 1447 ſqq.

in Perſon einzunehmen [v]). Es iſt auch ſolches von den meiſten Königen und Kayſern in unſerm Periodus geſchehen. In den entlegenern Reichsſtädten aber lieſſen ſie wohl die Huldigung durch einen Fürſten einnehmen, wie man dann z. E. findet, daß K. Ruprecht dem H. Heinrich von Braunſchweig und Lüneburg aufgetragen habe, ſich für ihn zu Lübeck, Goßlar und Hervorden huldigen zu laſſen [w]). Die Stadt Straßburg aber glaubte nicht ſchuldig zu ſeyn, dem Kayſer zu huldigen, und weigerte ſich daher, als K. Friedrich der *III.* von ihr, bey ſeiner Anweſenheit im J. 1473., verlangte, daß ſie ihm, als einem zeitlichen Herrn, ſchwören ſolte [x]). Bey Gelegenheit dieſer Huldigungen beſtätigten dann die Römiſche Könige den Reichsſtädten ihre Privilegien, auf welche dieſe ſo aufmerkſam waren, daß ſie wohl vorher unter ſich verabredeten, dem neuen König nicht eher zu huldigen, bevor er ihnen nicht ihre Freiheiten beſtätigt hätte. Indeſſen wenn bisweilen eine Reichsſtadt aus einem allzuhohen Ton ſprechen wolte; ſo wußten unſere Kayſer ſie ſchon zurecht zu weiſen. Dann wie z. E. die Abgeordneten von Straßburg bey K. Heinrich dem *VII.* um die Erneuerung ihrer Privilegien mit den hochtrabenden Worten anſuchten: die Herren von Straßburg verlangten die Beſtätigung ihrer Freiheiten; ſo gab der König ihnen auf ihr wiederholtes Anbringen, ſowohl zu Speyer, als zu Straßburg, nicht einmal eine Antwort. Da ſie aber zu Hagenau, auf die

v) von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., §. 11. p. 30. w) S. den vierten Band des Auszuges ꝛc., S. 387. x) *Continuator* des von Königshoven Elſaß. Chron., c. 5. §. 208. p. 368.

die Bedeutung eines **königlichen Geheimſchreibers**, die Sprache änderten, und äuſſerten: die **Bürger** von Straßburg bäten um die Beſtätigung ihrer Privilegien; ſo willfahrte ihnen K. Heinrich, und ſagte zugleich zu den **Abgeordneten**: er hätte vorher nicht gewußt, weſſen Botſchafter ſie geweſen wären, da ſie **die Herren von Straßburg** genannt hätten y).

In unſerm **Periodus** waren weit **mehrere Reichsſtädte**, als wir itzo haben. **Maynz**, ſo bisher eine der angeſehenſten **Reichsſtädte** unter den **Rheiniſchen** geweſen war, und ſich bisher noch immer bey ſeiner Freiheit wider die Anfechtungen und Anſprüche ihrer Erzbiſchöfe behauptet hatte, wurde endlich, in dem bekannten Krieg zwiſchen dem **Diethern von Iſenburg** und **Adolfen von Naſſau** über das **Erzſtift Maynz**, von dem letztern, im J. 1462, durch Verrätherey eingenommen, und unter ſeine und ſeiner Nachfolger Bothmäßigkeit gebracht. Den übrigen **Reichsſtädten** gieng zwar der Verluſt eines ſo angeſehenen Mitgliedes ſehr nahe, und ſie hielten zu **Worms** einen **Städtetag**, um zu überlegen, wie der **Stadt Maynz** wieder zu ihrer Freiheit zu verhelfen wäre; aber alle ihre Bemühungen waren vergeblich. Es beſtätigten vielmehr **P. Sixtus** der *IV.* durch eine **Bulle** im J. 1478., und **K. Maximilian** der *I.* durch eine Urkunde vom J. 1486., daß die **Stadt Maynz** hinführo beſtändig dem **daſigen Erzſtifte** einverleibt bleiben ſolte. Und **K. Maximilian** bezeugte, nach geſchehener der Sache Unterſuchung, noch auſſerdem, daß die **Stadt Maynz niemals** dem **Reiche unmittelbar unterworfen geweſen** ſey z). Noch

y) *Albert. Argentin.*, l. c., p. 115.

z) S. den Auszug ꝛc., im ſechſten Bande, S. 478. f., und im ſiebenden Bande, S. 84. f. in der Note *).

Noch mehrere Reichsſtädte giengen, durch die Freigebigkeit oder üble Wirthſchaft unſerer Kayſer verlohren. Dann da dieſe jene für ihr Eigenthum anſahen; ſo glaubten ſie, mit ſelbigen nach Belieben ſchalten und walten zu können. So überließ z. E. 1311
K. Heinrich der *VII.* dem Marggrafen von Meiſſen und Landgrafen von Thüringen, Friedrich dem Gebiſſenen, das zum Reiche gehörige Pleißnerland, und die darinnen gelegene Reichsſtädte, Altenburg, Zwickau, und Chemnitz, zwar nur auf zehen Jahre; aber ſie ſind ſeit der Zeit niemals wieder an den Kayſer und das Reich gekommen [a]). Dieſe Städte nebſt dem Pleißnerlande und Eger
hatte ſchon vorher H. Albrecht von Oeſterreich, ſei- 1298
nem Schwager, dem K. Wenceslaus von Böhmen, pfandsweiſe zu überlaſſen verſprochen, woferne er ihm zum teutſchen Throne verhelfen würde. Die Reichsſtadt Eger, mit dem dazu gehörigen Kreiſe, und die Schlöſſer Floß und Parckſtein, verſchrieb nachmals K. Ludewig der *IV.* dem K. Johannes von Böhmen für 40000 Marck Silbers pfandsweiſe. Weil aber die darüber lautenden Briefe hernach im Feuer aufgegangen waren; ſo
ließ ſich K. Carl der *IV.*, als König von Böh- 1353
men, von den ſämtlichen Churfürſten ſchriftliche und
Zeugniſſe über dieſe Reichspfandſchaft ausſtellen, und 1354
vereinigte ſolche hernach auf ewig mit der Krone 1355
Böhmen [b]).

Eben dieſer Kayſer Carl der *IV.* wirthſchaftete am ſchlimmſten mit den Reichsſtädten und es liefen viele von ihnen, vornehmlich die Schwäbiſchen, Gefahr, ihre Freiheit zu verlieren, und nach und nach von dem Reiche abgeriſſen, und un-

a) Eben derſelbe, im dritten Bande, S. 26. f.
b) Eben derſelbe, im zweiten Bande, S. 671., und im dritten Bande, S. 531.

ter das Joch der höhern Reichsſtände gebracht zu werden. Ich will itzo davon nichts gedenken, daß er ſeinem Gegner, dem K. Günther, für ſeinen Abtritt, die Reichsſtädte Gelnhauſen, Nordhauſen und Goßlar, nebſt den Reichsgefällen zu Mühlhauſen, verpfändet hat. Auch will ich nicht dieſes erwähnen, daß er nachmals den rheiniſchen Churfürſten, für ihre ſeinem Sohn Wenceslaus gegebene Stimmen bey deſſen Römiſchen Königswahl, verſchiedene Reichsſtädte am Rheinſtrome pfandsweiſe ſoll gegeben haben c). Sondern ich will hauptſächlich nur dasjenige berühren, was er bald nach ſeiner Thronbeſteigung mit dem gröſten Theil der Schwäbiſchen Reichsſtädte vorgenommen, hiedurch aber ſelbige in Gefahr geſetzt hat, ihre Unmittelbarkeit einzubüſſen, woraus nachher landverderbliche Kriege in Schwa-
1348 ben entſtanden ſind. Er gab nehmlich zwar anfängs vielen Schwäbiſchen Reichsſtädten, als Augſpurg, Ulm, Memmingen, Ravenſpurg u. a. m., nebſt der Generalbeſtätigung aller ihrer Freiheiten, noch das beſondere Privilegium, daß ſie, weder aus Noth, noch um einer andern Urſache halber, jemals mehr verpfändt, verkauft oder in einige Wege verkümmert werden ſolten. Dem ungeachtet
1349 hat doch derſelbe, gleich das Jahr darauf, an Graf Eberharden von Würtenberg, wegen ſeiner ihm geleiſteten treuen Dienſte, 24. Schwäbiſche Reichsſtädte, worunter obige mit begriffen waren, nebſt der järlichen Steuer, dem Ammannamte, Umgelt, und allen andern Rechten des Reichs pfandsweiſe gegeben, auch demſelben die beſondere Schutz- und Schirmsgerechtigkeit über dieſe 24. Reichsſtädte aufgetragen, und ihn zum Reichslandvogt in Schwaben beſtellt. Da

c) Eben daſelbſt, im dritten Bande, S. 483., und im vierten Bande, S. 25. f.

Da aber hierauf Graf Eberhard die Städte ſehr beſchwerte; ſo löſeten dieſe ſolche Pfandſchaft mit ſchwerem Gelde wieder an den Kayſer und das Reich. Sie erhielten auch von Carln dem *IV.*, im J. 1359., eine Verſicherung, daß dieſe Landvogtey über die Schwäbiſche Reichsſtädte, nebſt den gewönlichen Steuren und allen Zubehörden, künftig an Niemanden mehr verſetzt, verſchrieben, vergeben, noch in einige Weiſe entfremdet, ſondern den folgenden Landvögten nur ſchlechtiglich empfolen werden ſolte, welches alles dann der Kayſer im folgenden Jahr nochmals beſtätigte. Weil aber Graf Eberhard die ihm ſo einträgliche Pfandſchaft nicht ſo ſchlechterdings, auf die an ihn ergangene kayſerliche Befehle, abtreten wolte; ſo kam es zwiſchen ihm und den Städten zum Krieg, in welchem ſich der Kayſer der letztern annahm. Da nun in demſelben Graf Eberhard den Kürzern zog; ſo muſte er, in dem darauf erfolgten Frieden, ſich der vorgemeldten Pfandſchaft und Advokatie über die Reichsſtädte, und was dazu gehörte, völlig begeben, und darauf förmlich entſagen. Doch ſind darüber in der Folge noch viele blutige Kriege zwiſchen dem Graf Eberharden und den Schwäbiſchen Reichsſtädten entſtanden, weil jener den Verluſt der mehrgedachten Pfandſchaft und Schutzgerechtigkeit über die Städte nicht ſo leicht verſchmerzen konnte, da ihm ſelbige die Gelegenheit verſchafft hätten, eine oder die andere, die ihm, zu Erweiterung ſeiner Länder, am gelegenſten war, nach und nach zu unterjochen. Da indeſſen die auf ihre Freiheit ſehr erpichten Städte ſolche Abſichten merken mochten; ſo ruheten ſie nicht eher, als bis ſie ſich von dergleichen beſchwerlichen und gefärlichen Advokatien wieder losmachten. Und es war ihnen nicht gleichgültig, daß ſie von den Kayſern nach

Belieben ſolten können verpfändet werden; deswegen dann nicht nur die Schwäbiſchen Reichsſtädte, bereits gedachter maſſen, ſondern auch andere Reichsſtädte, von K. Carln dem *IV.* und den folgenden Kayſern ſich wider ſolche Verpfändungen Privilegien geben lieſſen d). Es halfen ihnen doch aber ſolche Privilegien manchsmal wenig oder nichts, wie dann ſelbſt K. Carl der *IV.*, in den Jahren 1375. und folgenden, auf ſechszehn Schwäbiſche Städte an verſchiedene Fürſten und Herren verkaufte, oder verpfändete, worüber damals ein neuer Krieg zwiſchen den Städten und dem Graf Eberharden entſtand, deſſen Parthey der Kayſer hielt, und mit ihm die Stadt Ulm, aber vergeblich, belagerte e). Unter dieſen verpfändeten Schwäbiſchen Reichsſtädten war auch die Stadt Donauwörth, welche K. Carl der *IV.* an den H. von Bayern zu Ingolſtadt, Stephan den *II.*, ver-
1418 ſetzte. Allein K. Sigmund nahm ſich hernach dieſer von ihrem Pfandherrn ſehr bedrängten Stadt nachdrücklich an, und zwang des gedachten H. Stephans Sohn, Ludewig den Bärtigen, daß er
1434 den, von ſeinem Vater über Donauwörth erhaltenen, Pfandbrief herausgeben muſte, wodurch dieſe Stadt wieder unmittelbar an das Reich kam f). Und wie ſehr K. Friedrich der *III.* darauf beſtanden, auch nicht eher geruhet habe, als bis H. Albrecht von Bayern zu München die Reichsſtadt
1486 Regenſpurg, die ſich demſelben freiwillig unter-
1492 worfen hatte, wieder abtreten müſſen, wird aus des gedach-

d) Wegelins Bericht von der kayſerl. und R. Land-Vogtey in Schwaben, P. I. Sect. V. §. 5 ſqq. p. 74 ſqq. und P. II. n. 37-43. p. 38 ſqq. Cf. *Krantzii* Saxonia, L. X. c. 3. p. m. 260. e) S. den vierten Band des Auszuges, S. 30-33. f) Eben derſelbe im fünften Bande, S. 251. und 596. f.

gedachten Kayſers Regierungsgeſchichte meinen Leſern noch wohl erinnerlich ſeyn g).

In den Reichsſtädten beſaſſen die Kayſer, noch in unſerm Periodus, verſchiedene Rechte, Aemter, Nutzungen und Gefälle, als z. E. die Reichsvogtey, oder das Ammann- und Schultheiſſen-Amt, den Blutbann, die Stadt- und Judenſteuer, ferner die Zölle, Münze, Umgelt und dergleichen mehr. Dieſe Rechte haben nun die Kayſer, wie aus dem vorhergehenden bereits zum Theil bekannt iſt, anfangs nach und nach an Fürſten, Grafen und Herren verſetzt, endlich aber meiſtens den Reichsſtädten ſelbſt, die ſolche zum Theil von den Pfandsherren abgelöſet hatten, für Geld und gute Worte überlaſſen. Es iſt alſo irrig, daß erſt K. Ruprecht den meiſten Reichsſtädten ihre bisherige Reichsvögte weggenommen, und Bürgermeiſter und Rath mit dem Blutbanne belehnt hätte h). Dann dieſes haben auch ſchon einige vorhergehende Kayſer, als z. E. Carl der *IV.* und Wenceslaus, gethan, bey einigen Städten aber iſt es erſt von den folgenden Kayſern, Sigmund, Albrecht dem *II.* und Friedrich dem *III.*, geſchehen; mithin dieſe Veränderung bey den Reichsſtädten nicht auf einmal vor ſich gegangen iſt, ſondern es hat ſolches eine nach der andern erhalten. Für dieſe Begnadigungen muſten nun einige Reichsſtädte in Schwaben järlich eine gewiſſe Recognition an den jedesmaligen kayſerlichen und Reichs-Landvogt in Schwaben bezalen, welches von einigen noch itzo geſchiehet. Dann dieſen Landvögten gebührte die Aufſicht und Beſetzung der Reichsvögte, Ammänner und Schultheiſſen in

g) Eben daſelbſt im ſiebenden Bande, S. 389. f. 506. f. 548. ff. und 574-585. h) Köhlers R. Hiſtorie, p. m. 335.

in den **Reichsſtädten**, folglich die Direktion über den **Blutbann** und das **Halsgericht** daſelbſt, wie auch die Abnahme der Rechnungen von denen hie und da noch übrig gebliebenen ſogenannten **Ammanngeldern** oder jährlichen Gülten, die bey ihnen von denjenigen muſten abgelegt werden, welchen ſolche kayſerliche Rechte und Gefälle in den **Städten** angewieſen oder verpfändet waren [i]).

Soviel aber die ſogenannte **Urbar-** **Städte-** oder **Reichs-Steuren** anbelangt, ſo muſten die **meiſte Reichsſtädte**, gar wenige ausgenommen, ſelbige, zur Anerkennung der unmittelbaren Unterwürfigkeit, zwar unter dem Titel einer *Precariae*, aber doch als einen jährlichen Tribut, ſo der kayſerlichen freien Diſpoſition überlaſſen war, alle Jahr auf **Martini** in die **kayſerliche Kammer** erlegen. Diejenigen irren, welche vorgeben, daß die Einziehung der **Städteſteuren** den **Reichsvögten** oder **Reichs-Schultheiſſen** von den **Kayſern**, nebſt andern Stadtgefällen, ehmals wären angewieſen und überlaſſen worden. Vielmehr muſten gemeiniglich die **kayſerliche** und **Reichs-Landvögte** dieſelben, im Namen des **Kayſers**, bey den **Reichsſtädten** erheben, ſie der **kayſerlichen Kammer** berechnen, und dagegen die **Städte** quittiren, oder ihnen dafür kayſerliche Kammerquittungen ausliefern. Man hat noch ein altes, aber unvollkommenes Verzeichnis, ſo in der **Reichskanzley**, unter **K. Ruprechten**, iſt gefertiget worden, woraus zu erſehen iſt, wie viel die darinnen aufgeführten **Städte** damals alle Jahr haben bezalen müſſen. Es iſt aber endlich der gröſte Theil dieſer **Städteſteuren**, durch die Freigebigkeit und üble Wirthſchaft unſerer **Kayſer**, entweder in die Hände von andern

i) Wegelin *l. c.*, P. I. Sect. VI. §. 10-13. p. 98 ſqq.

andern Reichsſtänden, oder Privatperſonen gekommen, oder aber die Städte ſelbſt haben ſie theils unmittelbar vom Kayſer, theils von denjenigen, welchen ſie vorhin verſetzt oder angewieſen geweſen, kauf- und pfandsweiſe an ſich gelöſet, und ſich dadurch derſelben entlediget. Es würde zu weitläuftig fallen, dieſe leztere Anmerkung durch Exempel von allen, oder doch den meiſten Reichsſtädten, welche dergleichen Reichsſteuren bezalen müſſen, zu beſtärken. Man kan viele derſelben bey dem in der Note angeführten Herrn Wegelin finden, welcher auch ein aktenmäßiges Verzeichnis der noch heutiges Tages zu bezalenden Urbar- oder Reichs-Steuren der freien Reichsſtädte in Schwaben beibringt.

Doch muß ich wenigſtens ein Beiſpiel von einer ſolchen Verpfändung und Ablöſung anführen, indem es deswegen etwas beſonders iſt, weil noch itzo ſiebzehn Schwäbiſche Reichsſtädte an dieſer Urbarſteuer Theil nehmen. Es hatte nehmlich ſchon K. Carl der *IV*. den Herren von Weinſperg die Reichsſteuren zu Schwäbiſch-Halle, Hailbronn und Wimpfen für 15000 Pfund guter Heller verſetzt, welche auch jene eine geraume Zeit gehoben haben. Nachher hatte K. Wenceslaus die Herren von Weinſperg von dieſer Reichspfandſchaft mit Gewalt verdrungen, weil ſie ſeine und der Krone Böhmen Feinde wurden, und K. Ruprecht hat hierauf die Urbarſteuren zu Haylbronn und Wimpfen an Eberharden von Hirſchhorn verſchrieben. So viel aber die zu Schwäbiſchhalle von 600. Pfund Heller betrift; ſo verſchrieb ſelbige K. Sigmund, im J. 1415., für 6000. rheiniſche Gulden an ſeinen Rath und des H. R. R. Erbkämmerer, Conraden, Herrn von Weinſperg. Und zwey Jahre hernach, oder im

J. 1417., verſetzte er an denſelben auch die Reichsſteuer der Stadt Ulm von 750 Pfund Heller, die bisher verſchiedenen Reichsſtänden und Edelleuten war verſchrieben geweſen, für 10000 gute rheiniſche Gulden, mit Bewilligung ſämtlicher Churfürſten, auf Wiederlöſung. Nun begieng dieſer Conrad, Herr von Weinſperg, im J. 1430., zu Sinzheim in der Pfalz, an denen auf die Frankfurter Meſſe reiſenden Kaufleuten von Ulm, Augſpurg, Coſtnitz und andern verbündeten Städten in Schwaben groſſe Gewaltthätigkeiten. Darüber muſte er mit ihnen zu Heidelberg einen Vergleich treffen, des Innhalts, daß die Städte ihm eine Schuldverſchreibung von 30000 Gulden gaben, dagegen er verſprach, an jene ſeine Pfandbriefe auf die Halliſche und Ulmiſche Reichsſteuren, und an das Reich das Städtgen Weinſperg abzutreten.

K. Sigmund ließ ſich auch hierauf dieſen Vergleich gefallen, und beſtätigte denſelben, worauf die Städte dem Conrad, Herrn von Weinſperg, die ausgelobten 30000 Gulden bezalten, dagegen dieſer an jene ihre darüber lautende Schuldverſchreibung, und dann ſeine Pfandbriefe über die Ulmiſche und Halliſche Städteſteuren, nebſt dem feierlichſten Verzichte auf alle daraus gehabte Rechte, herausgab. Die hiebey intereßirten Städte lieſſen ſich ſodann ſolche Ceßion, mehrerer Sicherheit halber, von K. Sigmunden beſtätigen, und dieſe abgetretene Reichsſteuren von neuem für den Pfandſchilling der 16000 Gulden verſchreiben. Sie haben ſelbige auch, ſeit der Zeit, bis auf den heutigen Tag, alle Jahr ruhig gehoben, und theilen ſie nach einer unter ſich gemachten Eintheilung. Nur hatte einmal K. Friedrich der *III.* den Städten Ulm und Halle befohlen, mit der Zalung inne zu halten, doch aber

aber hernach ſolches Verbot, nach eingezogenem Unterrichte, bald wieder aufgehoben. Und die Stadt Ulm hat nach und nach ihre Steuer abgelöſet, alſo daß ſie itzo järlich nur noch neun Kreutzer, mit Einſchluß ihres eigenen Antheils an dieſer Pfandſchaft, zu entrichten hat. Die Stadt Halle aber bezalt noch immer alle Jahr auf Martini, an ſtatt der 600 Pfund Heller, das Pfund zu zehen Batzen oder 40 Kreutzer gerechnet, 400 Gulden, welche die Städte, Augſpurg, Coſtnitz, Reutlingen, Lindau, Rotenburg an der Tauber, Ravenſpurg, Schwäbiſchgemünd, Haylbronn, Windsheim, Weiſſenburg im Nordgau, Weil, Kaufbeuren, Wangen, Jßny, Leutkirch und Giengen, nach der unter ihnen verglichenen Proportion, theilen. Da hingegen die Stadt Ulm, als die ſiebzehnte Stadt, ihren proportionirten Antheil von ihrer eigenen abgelöſeten Reichsſteuer ziehet, und noch an die übrige genannte Städte die erwähnte neun Kreutzer zur Vertheilung herausgiebt [f]).

Die einigen Reichsſtädten von den Kayſern gegebene Privilegien, ſie nicht zu veräuſſern und zu verpfänden, und die Verſicherung, daß ſie ihre Reichsſteuer an niemand anders, als in die königliche und des Reichs Kammer künftig entrichten ſolten, hat dem berühmten Herrn D. Orth in Frank-

f) Wegelin *l. c.*, P. I., Sect. VI. §. 14 - 16. p. 103 ſqq. et P. II. n. 76 - 88. p. 70 - 90. Cf. Herm. Henr. *Engelbrecht* de Steura imperiali ordinaria Civitatum Imperii; (editio ſecunda) Gryphiswald., 1751. 4. daß K. Friedrich der III. darauf bedacht geweſen, dieſe Reichsſtädteſteuren wieder an das Reich zu bringen, kan man aus ſeinen den Churfürſten, im J. 1486., zu Aachen übergebenen Artickeln erſehen, beym Müller *l. c.*, P. III. 6. Vorſtell. c. 9. §. 1. p. 50. b.

Frankfurt zu der Muthmaſſung Gelegenheit gegeben, daß vielleicht darüber dergleichen Reichsſtädte mit dem Namen der Reichskammer wären belegt worden l). Es hat aber der hochberühmte Herr Schöff von Olenſchlager wohl bemerkt, daß mit dieſem Titel einer Reichskammer ſchon von K. Friedrich dem *I.*, im zwölften Jahrhundert, einige vornehmere Reichsſtädte wären begnadiget worden. Wir haben dieſem groſſen Gelehrten auch noch einige andere gründliche Anmerkungen von dieſer Ehrenbenennung zu danken, die ich nun kürzlich anführen, und ſodann einiges von demjenigen beifügen will, was ich von dieſem Titel in einigen Urkunden gefunden habe. Es bemerkt aber der Herr von Olenſchlager, daß die Meinungen des du Freſne *) und Baluzius †) von dem Titel einer Reichskammer ſich ganz wohl hören lieſſen, welche dahin gehen, daß darunter eine ſolche Provinz oder Stadt verſtanden werde, die unmittelbar unter dem Monarchen ſtand, und zu deſſen eigenthümlichen Fiſcus und Beſitzung gehörte, alſo daß ſie davon nicht konnte veräuſſert oder getrennt werden, auch niemand als dem Regenten dienen dorfte. Ja er führt ſelbſt an, daß dieſe Meinung, durch die von den Bürgern zu Cortona an K. Heinrich den *VII.* gethane Bitte *), einigermaſſen beſtärkt werde. Allein er äuſſert zugleich ganz richtig, daß noch gröſſere und beſondere Vorzüge mit dieſer Ehrenbenennung

l) (D. Orths) Anmerk. über die Frankfurt. Reformation, 4te Fortſetz. p. 36 ſqq. *) in *Gloſſario ad Scriptores med. et inf. Latinitat.*, T. I. col 78. edit. noviſſ. †) in *Notis* ad *Vitas Papar. Avenionenſ.*, T. I. col. 803 ſq. *) ap. *Nicolaum Botrontinenſ.* in relat. de Henr. VII. Imp. itin. ital., in Libro *Nota* anteced. *cit.*, T. II. col. 1210.

nung müſſen verknüpft geweſen ſeyn, alſo daß diejenige Städte, welche von den Kayſern mit dieſem Namen beehrt geweſen, für vornehmer und edler, als andere Reichsſtädte wären angeſehen worden. Und dieſe Meinung gründet ſich auch auf dasjenige, was der wohlgedachte Herr von Olenſchlager dißfals von Florenz und Frankfurt anführt. Hiedurch ſowohl, als auch durch eine, in Anſehung Maylands, aus dem Abt Tritheim †) ausgezogene Stelle, werden die obigen Sätze beſtärkt, daß nehmlich ſowohl dergleichen, mit dem Titel der Reichskammern belegte Provinzen und Städte nicht ſchuldig geweſen ſind, in den Reichskriegen dienen zu dörfen, als wenn ein Kayſer in Perſon zu Felde gezogen, als auch, daß ſie von den Kayſern, ohne Bewilligung des ganzen Reichs nicht haben veräuſſert werden dörfen, weil ſie durch ſolche Würde, allem Anſehen nach, in eine nähere Verhältnis mit dem Reichsſtaate waren gezogen worden. Endlich bemerkt noch der Herr von Olenſchlager, daß dieſen Titel einer Reichskammer in Teutſchland die Stadt Frankfurt am Mayn, in den alten Lothariſchen und Arelatiſchen Königreichen die Städte Cambray und Avignon, und in Italieu die Städte Mayland, Genua, Florenz und Piſa geführt hätten, deren beiden leztern Obrigkeiten, ſo wie die zu Rom, Venedig und Lübeck auf den Ehrennamen: kayſerlicher Räthe, ſchon ſeit K. Friedrich dem *I.* her, billig hätten ſtolz ſeyn können [m]).

Dieſen

†) *Chron. Hirſaug.* P. II. ad a. 1396. p. m. 302.

m) von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., §. 128. nota 3) p. 295. und Eben Deſſelben N. Erläuter. der G. B., §. 9. p. 25 ſqq. notis 11) et 12).

Dieſen von dem belobten Herrn von Olenſchlager angeführten Exempeln einiger mit dem Titel der **Reichskammer** beehrten Städte, und den daraus gezogenen Beobachtungen, will ich nun noch folgendes beifügen. Wie **K. Eduard** der *III* von **Engelland** von **K. Ludewig** dem *IV.* zum **Reichsvikarius** in den Niederlanden beſtellt war;
1341 ſo gab er den **Bürgern zu Aachen** ein Privilegium, worinnen er ihnen verſprach, daß er ihre Stadt und alle derſelben zuſtehende und benannte Rechte, weder durch Kauf, Schenkung, Tauſch noch auf irgend eine andere Art niemals an jemand andern überlaſſen wolle. *Sed* IPSAM CIVITATEM, wie es in der Urkunde heißt, *cum toto et integro ſuo juſticiatu,* NOBIS *in* SPECIALEM CAMERAM REGIAM *duximus* RESERVANDAM [n]). Nachdem **K. Carln** der *IV.* an ſeinen Gegner, **Günthern** von
1349 **Schwarzburg**, die Stadt **Gelnhauſen** verpfändet hatte; ſo vereinigte er ſich hierauf, als K. von **Böhmen**, mit den übrigen **Churfürſten**, daß dieſe **Stadt**, nach erfolgter Wiedereinlöſung, nimmermehr zu keinen Zeiten jemanden wieder verpfändet werden, ſondern bey dem **heiligen Reiche ewiglich unverſetzt und unverpfändet** bleiben, und in des **Reichs-Kammer** ewiglich gehören ſolle, wie ſolches ſowohl ſeine, als des Churfürſt **Rudolfs** von Pfalz darüber noch vorhandene, und der gedachten Stadt gegebene Verſicherungsbriefe ausweiſen [o]). Daß die Stadt **Zürch** gleichfals den Titel einer **Reichskammer** geführt habe, indem daſelbſt, ſchon in den Zeiten der **Carolinger**, der **kayſerliche** oder **königliche Fiſcus** geweſen, iſt von dem Guilli-
mann

n) *Rymeri* Acta Angl., T. II. P. IV. p. 101. a.
o) Lünigs R. A., T. XIII. p. 797. et 798. n. 33. et 34.

mann bemerkt worden p). Von K. Carln dem *IV.* ſind mir ein paar Urkunden vorgekommen, in deren einer vom J. 1360. die Stadt Cambray von ihm: *ipſius Imperii pars admodum precioſa, noſtraque dicti* IMPERII ROMANI CAMERA SPECIALIS q) betitelt wird. In der andern aber vom J. 1364. nennt er die Stadt Beſançon: *Sedem et* CAMERAM *ipſius* IMPERII SPECIALEM, *immediatam et chariſſimam*, welche letztere Urkunde noch auſſerdem, wegen ihres Innhalts, alle Aufmerkſamkeit verdient r). Schon vorher hatte K. Carl der *IV.*, 1360 die ihm, als K. von Böhmen, eigenthümlich zuſtändig geweſene Schlöſſer, Lüterburg und Roſenſtein, ingleichen die Städte, Alen und Zeubach, gegen die Schlöſſer und Städte, Parckſtein, Carlswald und Weida, an das Reich abgetreten, und jene dem heiligen Reiche und ſeiner Kammer eingeleibt, geeignet und geeinigt, worüber auch die Churfürſten ihre Willebriefe gegeben haben s).

K. Wenceslaus ſagt in einem dem Teutſchen Orden, im J 1389., gegebenem Gnadenbriefe: „daß er die geiſtliche Meiſter und Brü„der des Teutſchen Ordens in Teutſchen Lan„den, ihre Häuſer, Leut und Güter in ſeinen und „des

p) *de reb. Helvet.*, L. III. c. 5. p. m. 5. b. in *Theſ. Hiſt. Helvet.*; Tiguri, 1735. fol. q) *Glafey* Anecdota, n. 263. p. 379. r) Lünigs R. Archiv, im Anhange der 1. Fortſetz. der 1. Continuat., ſ. T. VII. p. 108. a. Cf. *Chiffletii* Veſontio, P. I. c. 63. p. m. 241., wo dieſe Urkunde bemerkt, und aus ſelbiger die hieher gehörige Worte angeführt werden; doch lieſet man bey ihm: - - *Cameram* - - PRINCIPALEM etc., für SPECIALEM. s) Lünigs R. A., im 1. Abſatze der 1. Fortſ. der 1. Contin., ſ. T. VI. p. 49-53. und Eben deſſelben Cod. Germ. dipl., T. I. p. 1243-1252. n. 227-233.

„des Reichs ſonderlichen Schutz und Schirm genom„men und empfangen habe, und ſie auch in Unſer „Cammer gehören, und ihm und dem Reich, und „niemanden anderem ſtehen zu verſprechen t).„ Daß die Stadt Florenz den Titel einer Reichskammer geführt habe, iſt ſchon von dem Herrn von Olenſchlager angemerkt worden. Ich will aber desjenigen merkwürdigen Gnadenbriefes gedenken, den K. Ruprecht dieſer ihm ſehr ergebenen Stadt im J. 1401. gegeben, und darinnen derſelben einige Städte, Schlöſſer und Ländereien geſchenkt, auch mit allen dazu gehörigen Rechten überlaſſen hat: *non obſtante, quod ad nos vel praedeceſſores noſtros, vel ad Divas Auguſtas, vel in fiſcum, aut imperialem vel auguſtalem menſam, vel* CAMERAM *eſſent, vel dici poſſent quomodolibet devoluta, vel etiam ſpecialiter aſſignata* etc. u). Da eben dieſer K. Ruprecht, nach dem Tode der Herzogin Johanna von Brabant die Abſicht hatte, dieſes Land als ein eröffnetes Reichslehen einzuziehen; ſo ſchrieb er unter andern, im J. 1406, an die Städte in Brabant: *Nunc - - per dictae Duciſſae* (Iohannae) *obitum* PROVINCIA ILLA *a modo cenſetur nobis et S. R. I. devoluta et de iure* NOSTRAE IMPERIALI CAMERAE *applicata* etc. v). Auch die Stadt Chamberry in Savoyen wird von dem Windeck für eine: des Reiches Kammer in den Landen zu Sophienn, (Savoyen,) ausgegeben w), und es könnten, wenn es nöthig wäre, noch mehrere Exempel von dieſer Benennung auch von

t) Lünigs R. A., T. VII. im Anhange vom T. und J. O., n. 17. p. 16. u) *Eiusdem* Cod. Ital. dipl., T. I. col. 1126. v) *Martene* Theſ. Anecdot., T. I. col. 1718. w) Eberh. Windecks Vita Sigism. Imp., c. 42., in *Menckenii* Scriptor. rer. germ., T. I. col. 1101.

von andern Städten angeführt werden. Die von Mayland als einer Reichskammer redenden und beym Abt Tritheim und dem Müller vorkommenden Stellen hat bereits der Herr von Olenſchlager angezeigt, wohin ich meine Leſer verweiſen kan. Aus dieſem allem aber ergiebt ſich, meines Erachtens, unwiderſprechlich, daß die von dieſem groſſen Gelehrten über den Ehrennamen: einer Reichskammer, gemachten Anmerkungen ihren guten Grund haben, und mit den Meinungen auch der übrigen vorhin angeführten berühmten Männern ſich füglich vereinigen laſſen, wenn man nur auf den Unterſchied der Zeiten und Oerter Acht giebt.

Schon in dem vorigen Periodus ſtanden die Bürger in den Reichsſtädten in groſſem Anſehen, und hatten wichtige Vorzüge r), wovon man den Grund billig darinnen ſuchen muß, weil ſchon damals nur Freigeborne und freie Leute in den Städten als Bürger erkannt wurden. Die Freigelaſſenen aber und Leibeigene, ſo ſich damals in den Städten aufgehalten, betrachtete man nur als einen Anhang von jenen. Bey den Rathswahlen und Beſetzung der obrigkeitlichen Aemter ſah man von jeher in den Reichsſtädten auf eingeborne und begüterte Perſonen, aus deren Nachkommen allem Anſehen nach an den meiſten Orten die erbaren Geſchlechter entſtanden, deren einige, jedoch erſt in ſpätern Zeiten, ſich Patrizier nennen lieſſen, um auch hierinnen der alten römiſchen Verfaſſung gleich zu werden. Es genoſſen daher die Reichsſtädte unter andern Vorrechten auch dieſe, daß das Reich, bey kayſerlichen Höfen, ſelbſt im Lehenrechte, mit ihren Rathsfreunden,

r) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 313. ff.

den, gleich mit andern des Kayſers Dienſtmannen, beſetzt, ſie zur Beſtellung der höchſten kayſerlichen Gerichte mit einigen ihrer Rathsfreunde erfordert, und zu den allerhöchſten rechtlichen Erkäntniſſen, welche die vornehmſten Reichslehen, und ſelbſt Chur- und Fürſtenthümer betraffen, mit zugezogen wurden. Ja ihre Abgeordneten genoſſen ſogar die Ehre, daß für dieſelbe, bey den groſſen Reichshöfen, wie noch heutiges Tages an den Krönungsfeſten unſerer Kayſer, eine eigene Tafel auf kayſerliche Koſten zubereitet wurde y).

In den meiſten, zumal gröſſern, Reichsſtädten war die Regierungsform, zu Anfang dieſes Periodus, ariſtokratiſch, und das Regiment ward aus den erbarn Geſchlechtern beſtellt. Weil aber entweder die Patrizier ihre Gewalt gegen ihre gemeine Mitbürger mißbrauchten, oder dieſe durch das blühende Gewerbe und Nahrung reicher und muthiger wurden; ſo entſtanden, im vierzehnten Jahrhundert, vornehmlich unter der Regierung K. Carls des *IV.*, in den meiſten Reichsſtädten Empörungen, die Gemeinde ſchaffte das bisherige Geſchlechter-Regiment ab, und führte dagegen das Zünftiſche ein z). Auch in Nürnberg

y) von Olenſchlagers N. Erläuter. der G. B., §. 68. 77. 78. et 96. p. 268 ſq. 303 ſq. 306 ſq. et 381.

z) S. z. E. von Augſpurg: Dav. Langenmantels Hiſt. des Regiments in Augſpurg, durch Jac. Brucker; (Augſp., 1734. fol.) im Vorberichte, p. 17 ſq. und L. I. c. 1. et 2. p. 21 ſqq.; von Frankfurt: des Herrn Schöffens von Lerſner Chron. der Stadt Frankfurt am Mayn, P. II. L. I. c. 11. p. 93 ſq.; von Ulm: Veit Marthalers Ulm. Hauschronick MS., Sect. IX. p. m. 192 ſq.; von Zürch: des Herrn von Tſcharner Hiſt. der Eidgenoſſen, P. I. L. II. §. 3. p. 172 ſqq. Und ſo könnten auch, wenn es nöthig wäre, von noch mehrern Städten Beiſpiele angeführt werden.

berg hatte ſich das gemeine Volk ſchon der Regierung bemächtigt, und die Patrizier aus der Stadt gejagt. Aber K. Carl der *IV.* nahm ſich der Geſchlechter an, ſezte ſie wieder ins Regiment ein, und vertrauete es ihnen und ihren Erben auf ewige Zeiten an, alſo daß ſie nimmermehr gehalten seyn ſolten, einen aus der Gemeinde in den Rath zu nehmen [a]).

Die Reichsſtädte gelangten, durch die in ihren Ringmauren blühende Handlung, und vielerley Arten von Manufakturen, wovon noch weiter unten einiges zu ſagen ſeyn wird, zu groſſen Reichthümern, welche ſie klüglich dazu anwandten, um von dem Ueberſchuſſe Graf- und Herrſchaften, oder auch einzelne Güter zu kauffen, und hiedurch ihre Macht zu verſtärken. Manches nahmen ſie auch in rechtmäſſigen Fehden mit Gewalt der Waffen weg, und behaupteten ſich nachher bey dem Beſitze der eroberten Ländereien. Fürſten, Grafen, Herren und Edelleute geriethen durch ihre Befehdungen, oder

S 2 durch

a) S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 454. und 493., ibique *citatos*, quibus adde: Io. *ab Indagine* Beſchr. der Stadt Nürnberg, L. IV. c. 1. §. 2. p. 444 ſqq. Da bey dieſem nürnbergiſchen Aufruhr die Zunft der Metzger oder Fleiſcher dem verjagten Stadtrathe allein getreu verblieben, und zu deſſen Wiederaufnahme, nebſt dem Handwerke der Meſſerer das meiſte beigetragen hat; ſo begnadigte der Kayſer dafür die Metzger mit einem järlichen Tanze und Faſtnachtſpiele, woraus das, bis ins J. 1539. zu Nürnberg üblich geweſene, ſogenannte Schönbartlauffen entſtanden iſt. Man kan hievon das von meinem alten und vertrauten akademiſchen Freunde, dem Herrn Rathsconſulenten zu Nürnberg, D. Feuerlin, herausgegebene Nürnbergiſches Schönbart-Buch und Geſellen-Stechen ꝛc., mit Kupfern, (Nürnberg,) 1765. 4., des weitern zu Rath ziehen.

durch ihre unter einander geführte kleine Kriege, und durch ihre Verſchwendungen, in eine groſſe Schuldenlaſt, die ſich durch die damals gewönliche Wucherzinſe von Jahr zu Jahr dergeſtalt vergröſſerte, daß ſie ſich zuletzt nicht anders, als durch den Verkauf ihrer verpfändeten Güter, zu helfen wußten. In den **Städten** aber, ſowohl in ihren gemeinen Caſſen, als auch bey den Bürgern, war damals das Geld im Ueberfluſſe, und mit ihrem Handlungscredite konnten ſie alles zwingen. Mithin machten ſie ſich dieſe günſtige Gelegenheit zu Nutze, löſeten die verpfändete Herrſchaften und Güter des **hohen** und **niedern Adels** ein, und kauften ihnen ſelbige mit allen Rechten und Oberherrlichkeiten ab.

Ich will zum Beweis des bisher geſagten nur die Stadt **Ulm** anführen. Dieſe brachte auf ſolche Art, von den **Grafen** von **Werdenberg**, in den Jahren 1377. und 1383., die Herrſchaft **Albegg**, nebſt den dazu gehörigen Dörfern, Weilern, Höfen, und Holzungen, mit allen Rechten und Gerechtigkeiten an ſich. Im J. 1396. kaufte ſie, für 60000 Dukaten, von den Grafen **Conrad** und **Friedrich** von Helfenſtein einen anſehnlichen Theil von ihrer Helfte der, im J. 1356., zuerſt getheilten **Grafſchaft Helfenſtein**, nehmlich von der bey ſolcher Theilung beſonders formirten **Herrſchaft Helfenſtein**, das **Schloß** dieſes Namens und die Stadt **Geißlingen**, mit 27. Dörfern, Weilern und Höfen, auch dem halben Theile der **helfenſteiniſchen Zölle** und **Geleite**, ingleichen der **Vogtey** über das **Kloſter Elchingen**. Dagegen gab ſie an die gedachte **Grafen** den Reſt dieſer eigentlich ſo genannten **Herrſchaft Helfenſtein** wieder heraus, der aus dem Schloſſe **Hiltenburg**, der Stadt **Wieſenſtaig** und 17. Dörfern, Weilern und Höfen, auch einigen anſehnlichen Reichspfandſchaften beſtand,

ſtand, und ihr, ſeit dem J. 1382., per Contractum antichreticum verſeʒt geweſen war. Dieſen rechtmäßigen Kauf haben hernach K. Ruprecht im J. 1401., und K. Sigmund im J. 1417. beſtätigt, und alle ſieben Churfürſten haben hierüber ihre Willebriefe ertheilt. Graf Johann von Helfenſtein, der von der andern Linie war, machte zwar, im J. 1424., auf dieſe einſeitig veräuſſerte Helfenſteiniſche Güter, aus den Familienverträgen und wegen ſeines daran habenden Lehenrechtes, Anſprüche, begab ſich aber derſelben im J. 1425. gegen die an ihn bezalte 12000 rheiniſche Gulden. Hierauf hat die Stadt Ulm ferner, im J. 1446., von den beiden Brüdern, Ulrich und Conraden, Grafen von Helfenſtein, auch noch die andere Helfte von den Zöllen und Geleiten des vorhin gedachten und an ſich gekauften Theils der Herrſchaft Helfenſtein für 24000 rheiniſche Gulden gekauft. Und für andere 24000 rheiniſche Gulden hat ſie zuletʒt, im J. 1482., von der den Grafen von Helfenſtein noch übrig gebliebenen Wieſenſtaigiſchen Herrſchaft, deren Leute, Güter, Zehenden, Kirchenſatʒ, Vogtey und Gefälle zu Nellingen, Witterſtal, Mierckiingen, Aichen, Machtolsheim, Sontheim, Timmenhauſen und Bermaringen, mit dem Wildbann, Forſt und Gelait, ſammt der Steuer und Ammannamte zu Buchau käuflich an ſich gebracht. Die Herrſchaft Wieſenſtaig ſelbſt aber, mit allen noch übrigen und dazu gehörigen Dörfern, Flecken und Weilern, verblieb ferner den Grafen von Helfenſtein, welche auch ſelbige bis ins J. 1627., da ihr Geſchlecht gänzlich ausſtarb, beſeſſen haben. Hiernächſt verkaufte auch Graf Ulrich von Würtenberg, im J. 1453., die Burg und Stadt Leipheim an der Donau, mit Leut und Gut, ſammt dem Gericht mit allen Freveln

und Dienſten, für 23200 rheiniſche Gulden, an die Stadt Ulm, welcher er noch auſſerdem, in eben dieſem Jahr, einen groſſen Forſtbezirck überlaſſen hatte. Und vielleicht iſt auch die Burg und das Dorf Rietheim, unweit der Donau, in dieſem Periodus, an die Stadt Ulm kaufweiſe gekommen [b]).

Allein eben dieſe täglich zunehmende Macht der Reichsſtädte, und ihre groſſe Reichthümer erweckte gegen ſie die Eiferſucht der Fürſten, Grafen, Herren, und des Adels. Sie befürchten, daß ſie zuletzt durch deren Macht unterdrückt werden möchten, und daraus entſtanden, in unſerm Zeitraume, die öftern Kriege zwiſchen den Städten, den Fürſten und dem Adel. Beſonders aber waren dieſe letztern mit Recht darüber ſchwierig, daß die Städte noch immer fortfuhren, ihnen ihre Unterthanen zu entziehen und ſie als Pfalbürger anzunehmen, worüber die ſchon in dem vorigen Periodus bemerkten Händel [c]) von neuem wieder angiengen. Die Städte aber wolten ihre Pfalbürger und Ausbürger auch nicht fahren laſſen, weil dieſelben ihnen nicht nur einträglich waren, ſondern vornehmlich auch, weil ihre Macht durch ſelbige ſehr geſtärkt wurde. Dann da ſie jene ihrer Freiheiten theilhaftig machten, und ihnen Schutz und Hülfe wider ihre Feinde verſprachen; ſo muſten dagegen jene

b) S. Marthalern *l. c.*, Sect. VIII. p. m. 179 ſqq. und vornehmlich die von der Stadt Ulm herausgegebene Deduktion unter dem Titel: *Deſignation* der gedruckten *Acten* und *Documenten* die Helffenſteiniſche Sache betreffend, (ſ. l. et a. in folio.) N. I. et III. Cf. Sattlers Geſch. des Herzogth. Würtenberg unter der Regier. der Graven, P. III. Sect. V. §. 96. p. 208 ſq. c) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 319. ff.

jene ſich zum Beiſtande der Städte verpflichten, und ſich anheiſchig machen, dieſen in allen ihren Fehden oder Kriegen Hülfe zu leiſten. Nun hatten zwar die Städte, gegen Ende des vorigen Periodus, und in den damaligen bedenklichen Zeiten, ſich zur Abſtellung der Pfalbürger freiwillig verſtanden. Allein nachdem das Teutſche Reich, durch die Wahl K. Rudolfs des *I.*, nur einigermaſſen wieder war beruhigt, und den Städten ihre alte Privilegien von den Kayſern waren beſtätiget worden; ſo gieng der Lermen über die Annahme der Pfalbürger in allen Provinzen von neuem wieder an. Die Kayſer befalen zwar den Städten ihre Pfalbürger abzuſchaffen, aber dieſe kehrten ſich nicht daran. Schon K. Rudolf der *I.* verordnete in dem zu Würzburg, im J. 1287., publicirten Landfrieden, daß man die Aufnahme der Pfalbürger allenthalben unterlaſſen ſolle. Und dieſen Befehl erneuerte er, im J. 1291., auf dem zu Speyer gehaltenem Reichshofe. Auch K. Heinrich der *VII.* verband ſich in dem, im J. 1310., mit den Biſchöffen und Städten, Straßburg und Baſel, errichtetem fünfjärigen Bunde, daß alle Pfalbürger abgeſchafft werden ſolten. Allein durch den bald darauf erfolgten Tod des Kayſers, und bey der unruhigen Regierung ſeines Nachfolgers, Ludewigs des *IV.*, kam dieſe wegen der Pfalbürger genommene Abrede nicht zur Erfüllung. Indeſſen hat doch eben dieſer Kayſer Ludewig das Verbot wegen der Pfalbürger wiederholt.

Weil ſich aber die Reichsſtädte hieran eben ſo wenig kehrten, wie vorhin; ſo gab K. Carl der *IV.*, ſchon im J. 1354., das Geſetz, daß die Pfalbürger in dem ganzen Teutſchen Reiche aufgehoben ſeyn ſolten. Dieſe Verordnung rückte er nach-

mals in die G. B. ein, und ſetzte darinnen das **Bürgerrecht**, mit dem Genuſſe aller davon abhangenden Rechte und Freiheiten, **auf** eine **würkliche** und **beſtändige Wohnung** in den **Städten**, und die Uebernehmung aller bürgerlichen Laſten und Aemter. Er widerrief zugleich alle dagegen obwaltende Privilegien und Gewohnheiten, und befal den Städten, alle dergleichen fremde Bürger und Unterthanen, bey einer Strafe von hundert Mark löthigen Goldes, auch in künftigen Uebertretungsfällen, von ſich zu erlaſſen. Nun publicirte zwar der **Kayſer** dieſes Geſetz, als einen mit den **Churfürſten** gefaßten Schluß, den ſämtlichen **Reichsſtänden**; aber die **Reichsſtädte** mochten glauben, daß ſie nicht ſchuldig wären, ſich darnach zu achten, weil man ſie, bey Abfaſſung dieſes Geſetzes, auf der damaligen **Reichsverſammlung** zu **Nürnberg**, nicht mit zugezogen hatte. Es fand daher dieſe Satzung wegen der **Pfalbürger** ſogleich bey verſchiedenen **Reichsſtädten** groſſen Widerſpruch. Beſonders war die Stadt **Straßburg** deswegen ſehr aufgebracht, und ſchützte ihre alte Freiheiten vor, die ihr noch erſt kürzlich von **Carln** dem *IV.* ſelbſt wären beſtätigt worden. Sie ſuchte auch alle andere **Reichsſtädte** in **Schwaben** aufzuwiegeln, und verband ſich, wider das gegebene **Geſetz** von den **Pfalbürgern**, mit den Städten **Baſel**, **Freyburg** und **Breyſach**.

Die nachmaligen, theils noch unter der Regierung **K. Carls** des *IV.*, theils unter dem **Wenceslaus**, ausgebrochenen Kriege der **Städte** mit den **Fürſten** und **Herren** wurden durch dieſe Verordnung mit veranlaßt; dann die **Städte** wolten die **Pfalbürger**, als ſo viele Mitvertheidiger ihrer angefochtenen Freiheiten, nicht ſo leicht fahren laſſen. Es konnte auch dieſe Satzung, wegen des damaligen

maligen verwirrten Zuſtandes in Teutſchland, von den Kayſern nicht wohl zur Vollſtreckung gebracht werden, ſondern ſie muſten hierunter den Städten, deren Beiſtand ihnen öfters nützlich und nöthig war, nachſehen. Ja die folgenden Römiſchen Könige, Wenceslaus und Ruprecht, gaben ſogar einigen Städten, als z. E. Speyer, Schweinfurt, Nördlingen ꝛc., ohngeachtet des obgedachten Verbots, von neuem Privilegien, die Unterthanen anderer Herren zu Bürgern aufzunehmen, nur ſolte es nicht mit Gewalt, oder aus freventlichem Muthwillen geſchehen. Indeſſen hat doch eben dieſer K. Wenceslaus, in dem zu Eger, im J. 1389., publicirten Landfrieden, die Pfalbürger aller Orten von neuem abgeſchafft. Ein gleiches that ſein Bruder, K. Sigmund, in dem von ihm zu Nürnberg, im J. 1314., zu ſtande gebrachtem Landfrieden für Francken. Noch nachdrücklicher aber geſchah es von ihm auf dem groſſen Reichstage zu Nürnberg im J. 1431., wo er die bekannte Conſtitution oder G. B. wegen der Pfalbürger publicirte, worinnen er ſeines Vaters, K. Carls des *IV.*, hievon in der G. B. enthaltene Verordnung erneuerte, und ſelbige, nebſt der alten Conſtitution des Römiſchen Königs, Heinrichs des *VII.* vom J. 1232., ſeiner G. B., von Wort zu Wort einverleibte. Indeſſen fehlte es auch dismal wieder an der Vollſtreckung der gegebenen Geſetze, und die Klagen der Fürſten, Grafen, Herren und des Adels über die Aufnahme ihrer Unterthanen zu Pfalbürgern in den Städten dauerte noch bis in den folgenden Periodus hinein b).

b) *A. B.*, Tit. XVI. *Winckeri* Diſſ. de Pfalburgeris, §. 24-38. p. 32-48. *coll.* p. 62 ſqq. und Deſſel-

Ehe ich die Materie von den **Reichsſtädten** gänzlich verlaſſe; ſo muß ich noch etwas von ihrer Eintheilung in **Freye Städte** und **Reichsſtädte**, ingleichen von den beiden **Städtebänken**, der **Rheiniſchen** und **Schwäbiſchen**, die in unſerm **Periodus** entſtanden ſind, gedenken. **Boecler** irret unſtreitig, wenn er vorgiebt, daß in den Handlungen des **Eßlingiſchen Städtetages** vom J. 1486., des Unterſchieds unter **Freyen Städten** und **Reichs-Städten** zuerſt erwähnt werde e). Dann man findet dieſe Eintheilung, oder verſchiedene Benennungen, ſchon in den Urkunden des vierzehnten Jahrhunderts von den Zeiten K. **Carls** des *IV*. an f). Worinnen aber der Grund dieſer verſchiedenen Benennung beſtehe, darüber ſind die Gelehrten nicht mit einander einig, und man kan ihre verſchiedene Meinungen anderwärts nachleſen g). Was der Kanzler **von Ludewig** hievon geäuſſert habe h), iſt bekannt; es iſt aber dawider mit gutem Grunde

Deſſelben Bericht von den Auß-Burgern, *paſſim*, in *Eiusdem* Collectaneis I. P., *collatis* Remiſſionibus et Supplementis *hisce* praefixis. *Haltauſii* Mem. I. P. certi S. R. I. ex medio aevo, Sect. II. §. 9. et 10. p. 16 ſq. et 18 ſq. *D.* Orth *l. c.*, in der *III.* Fortſetz., S. 173-182. von Olenſchlager *l. c*, §. 80. et 85. p. 316 ſqq. et 332. Cf. *Pfeffinger* l. c., T. II. p. (987.) ſq. e) I. H. *Boecleri* Notitia S. R. I., L. XI. c. 2. p. m. 146. *edit. Argentor.* a. 1670. 4. f) *Datt* de Pace publ. L. III. c. 12. n. 51. p. 607 ſq. *Pfeffinger* l. c., T. II. p. 776 ſq. g) S. **Lehmanns** Speyer. Chron., L. IV. c. 4. p. m. 284 ſqq. et *plures alios*, allegatos a *Pfeffingero* l. c., T. II. p. 764 ſq. 775 ſq. et 777 ſq. h) in *Diſſ.* de Civitatum diſpari nexu cum S. R. I.; (Halae, 1710 4.) cap. 6. p. 31 ſqq. Cf. **Müllers** R. Tags Theatr. unter K. Maximil. I., P. I. 2. Vorſtell. c. 51. §. 5. p. 494. b.

Grunde vieles erinnert worden [i]). Der alte Straßburgiſche Städtemeiſter, Jacob Sturm von Sturmeck, ſchien mir die Sache am beſten getroffen zu haben, wenn er ſagt: Freyſtädte wären die Rheiniſche, und Reichsſtädte die Schwäbiſche Städte genannt worden [k]). Allein es kan doch auch dieſer Grund nicht völlig richtig ſeyn, weil ich unter den Freyen Städten auch Frankfurt und Regenſpurg benennt finde, dagegen bisweilen unter den bloſſen Reichsſtädten einige im Elſaß gelegene Rheiniſche Städte vorkommen [l]). Es wird alſo die Sache vorerſt wohl noch in ihrer Dunkelheit und Ungewisheit bleiben, bis ſie etwa einmal, durch noch verborgen liegende Urkunden aus Reichsſtädtiſchen Archiven in mehreres Licht kan geſetzt werden.

So viel aber die Abtheilung der Reichsſtädte in die zwey Bänke, die Rheiniſche und Schwäbiſche anbelangt; ſo nahm ſelbige, auf dem augſpurgiſchen Reichstage, im J. 1474., ihren Anfang. Dann als damals die ſämtlichen Abgeordnete der Reichsſtädte, wegen des Landfriedens, eine Zuſammenkunft auf dem Rathhauſe anſtellten, und die Rheiniſche, Elſaßiſche, Wetterauiſche, Thüringiſche und Sächſiſche beſonders auf einer Seite, die Schwäbiſche und Fränckiſche aber auf der andern Seite ihren Sitz nahmen; ſo verſtanden ſich dieſelben mit einander, daß ſie hinführo, zu Vermeidung aller Rangſtreitigkeiten, eben dieſe Art zu Sitzen bey dergleichen Verſamm-

i) S. G. *Schwederi* Diſſ. de pari nexu Civitat. imperial. cum S. R. I.; Tubingae, 1714. 4. k) in Seinem Auszuge aller gehalt. RTäge, p. 18., in calce *Knippſchildii* Tr. de iur. et privil. Civitat. imperial., *edit. noviſſ.* l) S. z. E. *Pfeffinger*, l. c., T. II. p. 775. b. 776. b. 777. a.

ſammlungen halten, und beym Votiren in der Umfrage abwechſeln wolten m). Daß ſie auch dieſe genommene Abrede, auf dem folgenden Städtetag zu Eßlingen, im J. 1481., beobachtet haben, hat der obbelobte Städtemeiſter, Jacob Sturm, bemerkt n). Und eben derſelbe hat die Beobachtung gemacht, daß der erſte Anfang der ausſchreibenden Städte ſich in dem Abſchiede des Speyeriſchen Städtetages vom J. 1489. finde, in welchem aber, wie auch in dem folgenden Speyeriſchen Städtereceſſe vom J. 1492., nur drey ausſchreibende Städte benennt würden, nehmlich Straßburg, Frankfurt und Nürnberg, denen jedoch, im Speyeriſchen Abſchiede vom J. 1496., noch die Stadt Augſpurg beigefügt wurde o). Dieſe Anmerkung des Sturms wird nun wohl dahin zu verſtehen ſeyn, daß damals die benannten Städte zu beſtändigen Ausſchreibenden Städten gemacht worden. Dann daß man ſchon vorher von Ausſchreibenden Städten Nachricht finde, iſt vom Pfeffinger gründlich erwieſen worden p). Uebrigens hielten die Reichsſtädte, in unſerm Periodus, öftere Verſammlungen, welche Städtetage genannt wurden, auf welchen ſie von denen ſie betreffenden Angelegenheiten ſich mit einander berathſchlagten, und gemeinſchaftliche Schlüſſe, zu ihrer Vertheidung, und Aufrechterhaltung ihrer Rechte und Freiheiten, machten q).

Der

m) Lehmann *l. c.*, L. VII. c. 113. p. 974 ſqq. Müllers R. T. Theatr. unter K. Friedr. V., P. II. 5. Vorſtell. c. 44. §. 4. p. 619 ſq. *Pfeffinger* l. c., T. II. p. 770 ſq. und P. von Stetten Geſch. der R. St. Augſpurg, P. I. c. 7. § 44 p. 214.

n) *l. c.*, p. 17.

o) *Idem* ibidem, p. 51.

p) in Vitriar. illuſtrato, T. IV. p. 449. nota a).

q) *Pfeffinger* l. c., T. IV. p. 447 ſq. Es kan aber

das

Der unmittelbare Reichsadel vermehrte ſich, in unſerm Periodus, anſehnlich, und fieng an, ein eigenes Corpus auszumachen, welches ſich nachmals in die heutige Ritterkreiſe, Schwaben, Francken und am Rhein theilte. Es iſt grund falſch, wenn einige r) vorgeben wollen, daß die heutige Reichsritterſchaft erſt im vierzehnten oder funfzehnten Jahrhundert entſtanden ſey, und vorher blos zum landſäßigen Adel gehört habe; dann ſchon lange vor dieſen Zeiten wuſte man von einem unmittelbaren Adel in Teutſchland, wie in dem zweiten Abſchnitte des vorigen Periodus iſt gezeigt worden s). Bereits im dreyzehnten, vierzehnten und funfzehnten Jahrhundert hat der Reichsadel, bald unter ſich, und bald mit Fürſten, Prälaten und Grafen, ſich in Bündniſſe eingelaſſen, und zwar in der Abſicht, theils ſich zu erhalten, und unter einander zu beſchützen, theils den beſtändigen innerlichen Kriegen und Befehdungen zu ſteuren, und hiedurch den von den Kayſern gebotenen Landfrieden aufrecht zu erhalten. Ja die Kayſer erlaubten und befalen ſolches wohl ſelbſt, wie dann z. E. K. Ludewig der *IV.*, im J. 1333. den vier Wetterauiſchen Reichsſtädten die Erlaubnis gab, daß ſie ſich von Reichswegen verbinden möchten zu Herren, Rittern, Knechten und Edelleuten auf dem Lande. Ingleichen ertheilte derſelbe den Rheiniſchen Städten, Maynz, Straßburg, Worms, Speyer und Oppenheim die Vergün-

das daſelbſt befindliche Verzeichnis der Städtetage, ſowohl aus dem erwähnten Auszuge ꝛc. des Sturms, als auch aus den vorhergehenden Bänden Meines Auszuges ꝛc. anſehnlich vermehrt werden. r) als z. E. der Verfaſſer der zufälligen Gedanken von dem bishero ſo zweifelhaften wahren Urſprung der heutigen R. Ritterſchaft ꝛc.; ſ. l. 1753. 4. s) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 324.

Vergünſtigung, einen jeden guten Mann, er ſey, wer er ſey, Herr, Ritter oder Knecht in ihr Bündnis aufzunehmen. Es entſtanden auch ſehr bald unter dem Rheiniſchen und Wetterauiſchen Adel allerhand Bündniſſe und Vereine, als z. E. die Löwengeſellſchaft im J. 1379., der Weſterreichiſche Bund im J. 1389., die Geſellſchaft des heiligen Geiſts im Waßgau, und andere mehr, die ich ſchon im hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus *) hie und da bemerkt habe.

Auch die Fränckiſche Reichsritterſchaft errichtete, im J. 1402., zu Nürnberg, ſogar bey Anweſenheit K. Ruprechts, unter ſich und mit den Grafen und Herren die ſogenannte groſſe Einigung, um ſich einander gegen unrechtmäßige Gewalt der höhern Reichsſtände zu ſchützen, auch Recht und Billigkeit unter einander zu handhaben. Einen ähnlichen Vertrag ſchloſſen ſie mit einander im J. 1423. auf zehen Jahre, welchem noch in dieſem Jahr die Stadt Schweinfurt, und hernach in den folgenden Jahren die Biſchöffe von Eichſtedt, Bamberg und Würzburg, ingleichen die Marggrafen Friedrich und Johannes von Brandenburg, wie auch die Grafen von Oettingen und Hohenlohe, und Conrad, Herr von Weinſperg, beigetreten ſind. Eben dieſer Fränkiſche Reichsadel hat auch noch nachher verſchiedene ſolche Verträge und Vereine, und zwar im J. 1430. mit der Ritterſchaft des S. Georgenſchilds in Schwaben, im J. 1448. mit der Stadt Schweinfurt, und in den J. 1446. und 1459. unter ſich ſelbſt errichtet.

Schon lange vorher hat der Reichsadel in Schwaben unter ſich und mit andern Verbündniſſe

*) S. den vierten Band des Auszuges ꝛc., S. 90. f.

niſſe gemacht, als z. E. im J. 1392. von 457. Grafen, Herren, Rittern und Knechten wegen Führung des S. Georgenpaniers, ferner im J. 1407. von ſieben Grafen, acht Freiherren und achtzig Rittern und Knechten, mit den Biſchöffen von Augſpurg und Coſtnitz, auch dem Herzog von Teck wider die Appenzeller, und im J. 1413., da die unmittelbare Reichs-Ritterſchaft in Schwaben der drey Partheien im Algöw, Hegöw und an der Donau ihren alten Geſellſchaftsbrief oder Vereinigung unter einander erneuerten. Die Abſicht hiebey gieng auf eine beſſere Verſtändnis und Gleichheit, und wurde vornehmlich beſtimmt, wie die zwiſchen ihnen und den ihrigen vorfallenden Zwiſtigkeiten durch rechtliche Austräge entſchieden, die ſäumigen Geſellen zu Leiſtung ihrer Schuldigkeiten angehalten, was den verordneten Hauptleuten für Zehrungs- und andere Koſten erſtattet, ferner wie das gemeine Geld verwahrt, der Gehorſam gegen die Hauptleute beobachtet, und endlich wie es wegen Rückforderung der Leibeigenen, nachjagenden Vogtleute, unverrechneten Amtleuten, und anderer Dinge halber, gehalten werden ſolte.

Hauptſächlich aber gehört hieher der, im J. 1382. geſchehene, Beitritt der Hauptleute, ſammt den Herren, Rittern und Knechten gemeiniglich, der Löwen-, S. Wilhelms- und S. Georgen-Geſellſchaften, zu dem groſſen Rheiniſchen und Schwäbiſchen Städtebund. Dann die Beſchreibung der zu dieſen drey Geſellſchaften gehörigen Reſiere und Creiſe machen denjenigen Bezirck Landes aus, worinnen noch itzo der eigentliche Sitz des unmittelbaren freien Reichsadels in Francken, Schwaben und am Rheinſtrome hauptſächlich angetroffen wird. Man ſiehet aber

zugleich

zugleich aus dieſer ihrer Vereinigung mit den Städten, und einigen Fürſten, Grafen und Herren, daß ſie ſchon damals eine beſondere Claſſe oder Corpus ausgemacht haben, welches in die drey genannte beſondere Geſellſchaften abgetheilt war. Dieſe verſchiedene Geſellſchaften und Verbindungen des Reichsadels mit einander bahnten nun ferner den Weg zu ihrer noch nähern Zuſammenſetzung, und förmlichen Einrichtung ihres noch heutiges Tages beſtehenden Corpus.

Der nachmalige hartnäckige Hußitenkrieg, und die in ſelbigem dem K. Sigmunden nöthige Hülfe auch von Seiten der Reichsritterſchaft gab dazu vollends die nächſte Gelegenheit. Vermutlich alſo um ſie zu ſeinem Dienſte deſto williger zu machen, gab er derſelben auf dem Reichstage zu Nürnberg, im J. 1422., das Privilegium, „daß „ſie Macht und Gewalt haben ſolten, ſich mit einan„der zu verbinden und zu vereinen, wie ſie das am „beſten zu ſeyn bedünken würde, damit ſie bey Gleich „und Recht blieben. Es ſolte ihnen auch frey ſte„hen, Kayſerliche Majeſtät ſelbſt, und des „Reichs Städte in denſelben Bund zu nehmen, „wenn ſie ſich mit ihnen verbinden wolten, ohne hier„an zu freveln, noch zu thun wider den Kayſer, und „das H. R. R., oder ſonſt jemand andern.„ Hierauf hat ferner K. Sigmund, im J. 1429., an alle auf dem Gau und Weſterrich geſeſſene Grafen, Herren, Ritter und Knechte, einen Befehl ergehen laſſen, ſich mit einander zu vereinen, damit ſie bey ihren Gnaden und Freiheiten, wider die von andern Ständen erlittene ſchwere Bedrückungen, erhalten würden. Als eine Bewegurſache aber ſolcher ihnen befohlnen Verbindung führte der Kayſer vornehmlich den groſſen Nutzen an, den

die

die Geſellſchaft vom S. Georgenſchilde bisher von ihrer Einigung gehabt hätte.

Die Reichsritterſchaft machte auch von ſolchen erhaltenen Privilegien, und an ſie ergangenen kayſerlichen Befehlen Gebrauch, und traf von der Zeit an noch mehrere Verbindungen mit andern Reichsſtänden. So vereinigte ſich z. E. die Ritterſchaft vom S. Georgenſchild der Partheien im Hegau, zu Ober-Schwaben an der Donau, und zu Nieder-Schwaben an der Donau, im J. 1437., mit den beiden Brüdern und Grafen, Ludewig und Ulrich von Würtenberg. Im J. 1464. wurde zwiſchen den Grafen, Herren, Rittern und Knechten, auch der Prälaten und Städte der erſtgedachten S. Georgengeſellſchaft in Ober-Schwaben ein neuer Verein mit den Grafen Ulrich und Eberhard von Würtenberg errichtet. Und dieſe vergönnten der Geſellſchaft, im J. 1466., ſich mit dem Biſchof von Coſtnitz und dem H. Sigmund von Oeſterreich gleichfals zu verbinden, welches auch im J. 1468. geſchah, und mit letzterm ein beſonderer Verein zu Villingen geſchloſſen wurde. Dergleichen beſondere Bündniſſe haben nun immer fortgedauert, und ſind von Zeit zu Zeit erneuert und verlängert, auch einige neue gemacht worden. So hat unter andern Marggraf Carl von Baden, im J. 1474., die unmittelbare Reichs-Ritterſchaft in der Ortenau, dahin bewogen, daß ſie ſich unter einander und mit ihm auf funfzehn Jahre verbunden, welches zu Formirung des ritterſchaftlichen Cantons in der Ortenau Gelegenheit gab †).

Hierauf

†) *Schoepflini* Hiſt. Zaringo-Badenſis, T. II. L. IV. Per. IV. c. 3. §. 23. p. 185. et T. VI. n. 420. p. 385 ſqq.

Hierauf erließ K. Friedrich der *III.*, im J. 1487., von dem nürnbergiſchen Reichstage aus, einen Befehl an alle und jede Prälaten, Grafen, Freyen, Herren, Ritter und Knechte der Ritterſchaft der Geſellſchaften, wie auch an die Reichsſtädte in Schwaben, daß ſie ſich zu Handhabung des gemeinen Landfriedens, und zu Erhaltung eines jeden Rechte und Freiheiten mit einander verbinden ſolten. Es kam auch ſodann, im folgenden J. 1488., am S. Valentinstage, die Vereinigung und Geſellſchaft des S. Georgenſchilds von Prälaten, Grafen, Freyen, Herren, Rittern und Knechten der vier Theile des Landes zu Schwaben zu ſtande. Und durch dieſen Verein wurde zum erſtenmal die ganze Geſellſchaft vom S. Georgenſchilde in Schwaben in vier Cantons abgetheilt, nehmlich 1) in Hegöw und am Bodenſee, 2) am Kocher, 3) an der Donau, und 4) am Neckar, auch bey jedem Canton ein beſonderer Hauptmann und Räthe verordnet. Da nun ferner der Kayſer in dieſem und im folgenden J. 1489. an den Reichsadel im Creichgau wiederholte Befehle ergehen ließ, ſich zu dem Schwäbiſchen Bunde zu begeben; ſo kan man hieraus erſehen, wie die noch itzo übrigen fünf Viertels-Orte oder Cantons im Schwäbiſchen Ritterkreiſe entſtanden ſind. Indeſſen hatte die Ritterſchaft im Creichgau noch lange ihre beſondere Verfaſſung, und machte unter ſich ein eigenes Corpus aus, bis ſie ſich endlich im J. 1545. mit den übrigen vier Vierteln oder Cantons der Ritterſchaft in Schwaben vereinigte. Hiernächſt iſt auch in den Fränckiſchen und Rheiniſchen Ritterkreiſen, ſchon zu Anfang des funfzehnten Jahrhunderts, gleichfals der Grund zu ihrer heutigen innerlichen Verfaſſung gelegt worden. Wie

dann

dann beſonders von dem **Fränckiſchen Ritterkreiſe** gezeigt werden kan, daß derſelbe, bereits in dem erſtgedachten Jahrhundert, ſich in ſechs Theile oder **Orte**, nehmlich: 1) **Ottenwald**, 2) **Rhönwerra**, 3) **Steigerwald**, 4) **Baunach**, 5) **Altmühl** und 6) **Gebürg**, formirt habe, in welche derſelbe noch heutiges Tages abgetheilt iſt t).

Daß nun dieſes anſehnliche **Corpus** der geſamten **unmittelbaren Reichsritterſchaft**, beſonders im funfzehnten Jahrhundert, oftmals auf einige **Reichstage** mit beruffen worden, kan wohl nicht geläugnet werden, und es erhärten auch ſolches die hievon noch vorhandenen **reichstäglichen Ackten**. Indeſſen kan man doch hieraus nicht folgern, daß ſie deswegen auch die **würkliche Reichsſtandſchaft**, und das **Sitz- und Stimmrecht** auf **Reichstagen** gehabt habe. Dann daß man auf dieſe von der **Berufung zum Reichstage** keinen Schluß machen könne, habe ich bereits weiter oben bemerkt *). Gemeiniglich wurde die **Ritterſchaft** nur ſodann auf einen **Reichstag** mit beruffen, wenn ein Reichsfeldzug vorzunehmen war, oder über die Errichtung und Handhabung des **Landfriedens** tractirt wurde, um in ſolchen Fällen mit ihnen zu handeln, damit ſie auch ihrer Seits in den Feldzügen dem **Kayſer** dienen, und zu Feſthaltung des **Landfriedens** ſich verpflichten möchten. Aber deswegen folgt noch nicht daraus, daß ſie bey Abfaſ-

 ſung

t) Lünigs R. A., T. XII. paſſim, beſonders p. 21 ſq. Vertheidigte Freyheit und Ohnmittelbarkeit der H. R. R. Ritterſchaft ꝛc., P. I. (ſ. l., p. 1750 fol.) Sect. II. p. 481-509. *paſſim*, *coll.* Sect I. p. 119 ſqq. Io. Henr. *Sommeri* Diſſ. (Praeſ. G. H. *Ayrero*,) ſub titulo: Vindiciae Libertatis Corporis Nobilium S. R. J. immediat. etc.; (Gott., 1754. 4.) cap. I.

*) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 134.

ſung der Reichsſchlüſſe mit ſind zugezogen worden. Und wenn man ja, wie nicht in Abrede zu ſtellen iſt, in einigen kayſerlichen Urkunden findet, daß die **Ritterſchaft** an den Berathſchlagungen würklich mit Antheil genommen habe, und daher auch ihrer Einwilligung gedacht wird; ſo geſchah doch ſolches gemeiniglich in Rechtshändeln, und bey Entſcheidung ſtreitiger Rechtsfragen auf den **kayſerlichen Reichshöfen.** Dann daß zu dieſen auch des **Kayſers Dienſtmanne,** oder der **Reichsadel,** mit zugelaſſen worden, habe ich bereits, etwas weiter oben, bemerkt und erwieſen. Daß man ſie aber in einigen alten **Reichsmatrickeln** mit verzeichnet antrifft, und daß ſie mit andern **Reichsſtänden** in gewiſſe **Claſſen** oder **Kreiſſe** haben gezogen werden wollen, rührte davon her: theils weil ſie an der bewilligten Hülfe zu den Reichskriegen Antheil nehmen ſolten, und daher in die **Reichsmatrickel** mit geſetzt werden muſten, in welcher auch noch andere, die doch unſtreitig keine **Reichsſtände** ſind, gleichfals ſtehen; theils weil zu Erhaltung und Handhabung des **Landfriedens** für nöthig und zuträglich gehalten wurde, das **teutſche Reich** in gewiſſe **Kreiſſe** abzutheilen, und durch die Zuziehung der **Reichsritterſchaft** dieſe deſto mehr zu verpflichten, den **Landfrieden** zu beobachten, der durch die damalige Raubbegierde des **Teutſchen Adels** nicht ſelten geſtört wurde [tt]).

Die

tt) *Pfeffinger* l. c., T. V. p. 303-316. Müller *l. c.*, P. I. 1. Vorſtell. c. 2. §. 5. p. 16 ſq. *item:* cap. 6. §. 17. p. 83. et P. II. 4. Vorſtell. c. 33. §. 3. p. 198. b. cap. 34. §. 2. p. 206. b. cap. 40. §. 6. p. 285. a. et *alibi paſſim.* Cf. Hippol. von Treißpach (i. e. *Knippſchildii*) Bedencken über etliche Fragen der freyen R. Ritterſchafft in Schwaben, Francken und am Rheinſtrom Standt und Seßion betreffendt; ſ. l. 1644. 4.

Die ſchon in dem vorigen Periodus entſtandenen Ganerbſchaften, als z. E. in der Burg Friedberg, in der Burg Gelnhauſen ꝛc., erhielten ſich nicht nur, und richteten ſich immer beſſer ein, ſondern es entſtanden auch noch verſchiedene andere neue Ganerbſchaften unter dem teutſchen Adel. Es machten nehmlich verſchiedene adeliche Familien unter einander ein Schloß, oder einen Ort, und gewiſſe dazu gehörige Güter aus, die ſie in Gemeinſchaft beſitzen wolten, und worinnen die Ueberlebenden den Abſterbenden folgen ſolten. Zu dem Ende errichteten ſie mit einander einen ſogenannten Burgfrieden und ewige Vereinigung, die dann von unſern Kayſern genehmiget, und hiedurch die Ganerbſchaften beſtätigt wurden. Dergleichen waren nun, auſſer den ſchon angeführten zu Friedberg und Gelnhauſen, die Ganerben des Buſeckerthals, ſo im Heſſen-Darmſtättiſchen liegt, und aus neun Dörfern beſteht, die mehr als 800. Unterthanen in ſich enthalten. Schon K. Ludewig der *IV.* belehnte die von Trohe und ihre Ganerben mit der Gerichtsbarkeit in dem Buſeckerthale, und dieſe machten bereits in den Jahren 1357. und 1431. unter ſich Ordnungen, K. Friedrich der *III.* aber beſtätigte dieſe Ganerbſchaft im J. 1478. zu Wien. Eben dergleichen Ganerben waren auch zu Cronberg in der Wetterau, die ihren Burgfrieden und Vereinigung im J. 1344. mit einander ſchloſſen; ferner zu Hohenentringen, Reineck, Staden in der Wetterau, die im J. 1405., und auf dem Schloſſe Rotenberg in Franken, welche im J. 1478. ſich zuſammen vereinigten, auch an andern Orten mehr, die man anderwärts angezeigt findet [u]).

u) *Pfeffinger* l. c, T. IV. p. 201-215. Moſer von den T. R. Ständen; der R. Ritterſchaft, auch denen übrigen

Auch die Reichs-Dörfer, Flecken, Weiler, Höfe und Reichs-freyen Leute, die hier und da in Teutſchland zerſtreuet lagen, und theils mit hohen und niedern Gerichten, auch allen andern der Unmittelbarkeit anklebenden Immunitäten, Freyheiten, Rechten und Gerechtigkeiten, in ſo weit ſie derſelben fähig, verſehen und begabt waren, erhielten ſich zum Theil in ihrem bisherigen Zuſtande. Ihre Anzahl war ſehr anſehnlich, und verſichert der wohlſeelige Herr Reichshofrath, Baron von Senckenberg, daß ihm wohl hundert Exempel von dergleichen unmittelbaren Reichsdörfern hier und da vorgekommen ſeyen. Doch iſt nicht zu läugnen, daß manche von ihnen, von den Kayſern unſers Periodus ſind nach und nach verſetzt, und endlich gar veräuſſert worden, wodurch ſie unter andere Herrſchaften gekommen ſind. Es haben ſich aber doch noch verſchiedene, unter vielerley Anfechtungen, bis auf unſere Zeiten erhalten, unter welche vornehmlich die freyen Reichsdörfer Gochsheim und Senfeld, ingleichen Althauſen in Francken, und die Dörfer, Höfe und Weiler, welche die Reichsfreyen Leute auf der Leutkircher Haid in Schwaben beſitzen, und deren in allem neun und dreißig ſind, können gerechnet werden. Jene haben mit dieſen faſt gleiche Rechte und Freiheiten ehmals

übrigen unmittelbaren Rgliedern; (Frckf. am Mayn, 1767. 4.) L. III. c. 2. §. 71 ſqq. p. 1502 ſqq., woſelbſt auch §. 68. p. 1501. und in Meinen Annotatt. ad *Schmauſſii* Comp. I. P., p. 211 ſq. nota z), noch mehrere von den Ganerbſchaften überhaupt handelnde Schriftſteller angeführt ſind. Von der Friedbergiſchen Ganerbſchaft insbeſondere verdient zu Rath gezogen zu werden: Friedr. Carl Maders Sichere Nachr. von der kayſerl. u. des Heil. R. Burg Friedberg I. und II. Theil; Lauterbach 1766. und 1767. 8.

ehmals gehabt, und beſitzen ſie theils noch jetzo. Sie beſtehen aber darinnen: 1) daß ſie ihren eigenen **Reichs-Schultheiſſen** und **Gericht** halten können, 2) ihrem **Reichsvogt, Schutz-** und **Schirmherrn** allein, von des H. R. R. wegen, zu huldigen, ſchuldig ſind, 3) demſelben weiter nichts, als alle Jahr auf Martini, ihr gewönliches, nicht zu erhöhendes, **Vogt-** und **Schutzgeld**, ingleichen alle Buſſen und Frevel, nebſt dem **Vogt-See**, wie auch die gemeine **Reichsſteuren** geben dörfen. Ferner und 4) daß ſie ihren **Schultheiſſen** aus ihrem **Gerichte** wählen, und 5) die Steuren und Umgelder unter ſich ſelbſt an- und umlegen, auch ſich darüber mit einander vergleichen können. Die **Reichsfreyen Leute zu Eglofs** oder **Meglofs in Schwaben** aber erhielten, im J. 1455., von K. **Friedrich** dem *III.* wider die gemeine **Reichsregel** in **Teutſchland**, daß ein **Kind der ärgern Hand** folgen ſolle, das beſonders merkwürdige **Privilegium**, daß, wenn einer von ihnen eine **unfreye Perſon** heiraten würde, das **Kind nicht der ärgern**, ſondern **beſſern Hand** folgen ſolle, worüber ſie auch ſchon von K. **Ruprechten** waren privilegirt worden. Uebrigens kan man ein Verzeichnis der, in **unſerm Periodus** vorkommenden, **Reichsdörfer** zum Theil bey denen in der **Note** angeführten Schriftſtellern finden v).

v) S. *Schoepffii*, *Lautzii*, Jenichens und Wegelins Schriften, die ich ſchon im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 324. u. f., in der Note c) angeführt habe, *locis* ibi allegatis. Man kan ſelbigen noch beifügen *Pfeffinger*. l. c., T. II. p. 836 ſq. *notis* e) *et* f), und die Senckenberg. Sammlung; P. II. im Vorbericht §. 9. et P. IV. ſowohl in der Vorrede §. 16., als auch pag. 262 ſqq. Im *Chronico Colma-*

Mit den Reichstagen, auf welche uns nun, nach der erwälten Methode in Abhandlung der teutſchen Staatsverfaſſung dieſes Zeitpunkts, die Ordnung führt, mus man die Reichshöfe nicht vermiſchen, von welchen ich zuerſt was gedenken will. Sie hieſſen *Curiae ſolemnes*, *imperiales*, *regales*, *auguſtales*, Kayſerliche oder Königliche Höfe, Reichshöfe u. ſ. w. Man kan ſie eintheilen in gemeine, und groſſe Reichshöfe, und beide Arten ſind ſchon von den Zeiten der Carolinger her in unſerm teutſchen Reiche bekannt und gewönlich geweſen, wie aus den vorhergehenden Perioden meinen Leſern erinnerlich ſeyn wird. Auf den gemeinen Reichshöfen wurden vornehmlich die Rechtsſachen der Fürſten und anderer hohen Perſonen behandelt, und ſie waren einem kleinen Reichstage, wegen der dazu aus allen Ordnungen der Reichsſtände erforderten Beiſitzer nicht ungleich. Die Juriſten aber waren dabey die Referenten, und dergleichen gemeine Reichshöfe wurden järlich öfters verſammelt. Ohne den Kayſer konnten ſie nicht beſtehen, und ſie beſchäftigten ſich auſſer den ſchon gedachten Juſtizſachen, auch mit Staats- Lehen- und Gnaden-Angelegenheiten. Schon unter K. Carln dem *IV.* kamen dieſe gemeine Reichshöfe, oder höchſte kayſerliche Gerichtshöfe in Verfall und Abnahme, woran der Kayſer, durch ſeine Staatsränke, ſelbſt Schuld war, durch welche er das Reich mit allen Herrlichkeiten nach Böhmen zu ziehen ſuchte. Durch ſeiner Söhne, des Wenceslaus Sorgloſigkeit, und des Sigmunds faſt beſtändige Abweſenheit verfielen ſie noch mehr; dann den Churfürſten,

Colmarienſi, P. II. ad a. 1297., ap. *Urſtiſium* l. c., T. II. p. 56., kommen Reichsfreye Leute vor. Sie heiſſen daſelbſt: *Coloni Imperii, Imperii pauperes.*

ſten, Fürſten und Ständen fiel es ſehr unbequem und koſtbar, dem Kaiſer in ſeine entlegene Staaten nachzureiſen. Darüber kamen dieſe vormalige Reichshöfe, ſeit dem Coſtnitzer Concilium, faſt ganz in Vergeſſenheit, doch ſuchte man ſelbige unter K. Friedrich *III.* wieder herzuſtellen. Zu dem Ende erboten ſich die Churfürſten, in ihrem dem Kayſer, im J. 1455., übergebenem Rathſchlage, daß ſie mit dem Kayſer jederzeit perſönlich Raths pflegen wolten, wenn er nur, um das Reich (dann ſo wurden vormals dieſe gemeine Reichshöfe auch bisweilen genannt,) wieder aufzurichten, ſich in eine ihnen gelegene Stadt in Teutſchland begeben würde. Aber K. Friedrich der *III.* war hiezu nicht zu bewegen, weil er die höchſte Gerichtsbarkeit an ſeinem Hofe behaupten wolte. Jedoch hievon wird bey der Materie von dem Zuſtande der höchſten Reichsgerichte in unſerm Periodus noch das weitere vorkommen.

Was hingegen die groſſe Reichshöfe anbelangt; ſo waren ſelbige gleichfalls ſchon von den älteſten Zeiten her in unſerm teutſchen Reichsſtaate bekannt, und wurden von den Kayſern gemeiniglich an den hohen Feſttagen gehalten, wobey ſie dann ihre ganze Majeſtät auf ſelbigen ſehen lieſſen. Sie rückten endlich im mittlern Zeitalter in die Stelle der ehmaligen allgemeinen Reichstage ein, und waren von ſelbigem, in unſerm Zeitraume, kaum dem Namen nach unterſchieden. Indeſſen gieng bey dergleichen groſſen Reichshöfen alles mit weit gröſſerm Pomp und Pracht her, als auf den bloſſen Reichstagen. Der Kayſer zeigte ſich in ſeinem vollen majeſtätiſchen Glanze. Man beobachtete das ſonſt gewönliche groſſe Ceremoniel. Der Kayſer ließ ſich nehmlich von den Churfürſten, als ſeinen Erzbeamten, bedienen,

welche nach der Ordnung und Beſtimmung, wie jeder ſein Erzamt zu verwalten hatte, aufgeruffen wurden. Er ſpeiſte nachher mit ihnen, auf einem dazu auserſehenem groſſen Platze, öffentlich. Man nahm bey der Gelegenheit groſſe Reichsbelehnungen vor, und man vergaß auch nicht die ehemals dabey gewönlich geweſene Ritterſpiele oder Turniere. Dergleichen groſſen Reichshof hielten z. E. K. Albrecht der *I.*, im J. 1298., zu Nürnberg, und K. Heinrich der *VII.*, im J. 1309., zu Cöln. Die zumal auf dem erſtern vorgefallene prächtige Feierlichkeiten ſind von dem damals lebenden Ottokar von Horneck umſtändlich beſchrieben worden *).

Da dieſe groſſe Reichshöfe unter der höchſtunruhigen Regierung K. Ludewigs des Bayers gleichſam in Verfall gekommen waren; ſo ſuchte ſie K. Carl der *IV.*, der den äuſſerlichen Pracht ſehr liebte, wieder hervor, und war bedacht, ſie in ihrer alten Magnificenz herzuſtellen. Er ſchrieb zu dem Ende, in der G. B., das dabey zu beobachtende Ceremoniel vor, wie es ſowohl beym Aufzuge des Kayſers nach dem Platze, als auch bey Verrichtung der Erzämter, und bey der Tiſchordnung gehalten werden ſolte †). Indeſſen iſt nicht zu glauben, daß Carl der *IV.* deswegen viel neues ſolte angeordnet haben, indem er, bey dem damaligen verwirrten Zuſtande von ganz Europa, und beſonders des teutſchen Reichs, wichtigere Staats- und Reichs-Sachen zu überlegen hatte, als daß er auf

*) in der Oeſterreich. Rheimchronick, cap. 687 ſq., ap. *Pezium* l. c., T. III. p. 630 ſqq. Cf. *Geſta Balduini AEp. Trevir.*, L. II. c. 3. in *Baluzii* Miſcellan., T. I. p. 115, wo von K. Heinrichs des *VII.* Reichshofe, den er im J. 1309. zu Cöln gehalten hat, die Rede iſt.

†) *A. B.*, XXVI-XXVIII.

auf einige Neuerungen, in Anſehung dieſer bloſſen Ceremonialien, hätte gedenken können. Er beruft ſich ſelbſt wegen derſelben in der G. B. auf die vorhandene klarſte Nachrichten und Erzälungen, wie auch auf das ſeit undenklichen Zeiten beobachtete Herkommen. Vermuthlich ſind alſo bey der Reichskanzley von andern dergleichen ältern Reichshöfen Aufſätze vorhanden geweſen, wornach man ſich dißmal wieder richten konnte, und der Kayſer hat nur aus ſolchen ältern Reichsackten eine genaue Vorſchrift wollen abfaſſen laſſen, wie ſowohl die dißmalige groſſe Hoffeyer zu Metz, vor den Augen ſo vieler fremden Fürſten und Geſandten, als auch künftighin bey andern Vorfällen, mit einer der kayſerlichen Majeſtät anſtändigen Pracht gehalten werden ſolte. Es geſchah auch ſolches gleich damals auf dem zu Metz gehaltenem groſſen Reichshofe, wovon aber die Umſtände bereits erzählt worden ſind *).

Nachher hat K. Carl der *IV*. noch einen ſehr feierlichen groſſen Reichshof, im J. 1361., zu Nürnberg bey der Gelegenheit gehalten, daß er daſelbſt ſeinen Sohn Wenceslaus taufen ließ. Und hierauf ſcheinen dergleichen groſſe Reichshöfe gänzlich in Abgang gekommen zu ſeyn, indem mir wenigſtens, in unſerm Periodus, keine Exempel hievon erinnerlich ſind. Dann obgleich ſo wohl K. Carl der *IV*. manchsmal noch einige königliche Höfe zu Prag, ſein Sohn K. Sigmund aber dergleichen zu Coſtnitz, währendem Concilium, gehalten hat; ſo gehören doch dieſe mehr zu der obbeſchriebenen erſten Art, nehmlich der gemeinen, als zu der leztern, oder den groſſen Reichshöfen. Die Urſache aber, warum die hohe kayſerliche und

*) S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 617. u. ff.

und königliche Höfe in Abgang gerathen, iſt wohl darinnen zu ſuchen, weil unſere Kayſer nicht mehr ſo fleißig in Teutſchland herumreiſeten, als vormals, und ihr Hoflager für die meiſte Churfürſten zu entfernt lag, worüber ſie dann den kayſerlichen Hof nicht mehr ſo fleißig beſuchten, wie ehedem. Und da nun auch die Reichstage häufiger gehalten wurden; ſo konnte auf denſelben dasjenige füglicher vorgenommen und mit abgethan werden, was ſonſt auf ſolchen groſſen Reichshöfen abgehandelt wurde w).

An Reichstagen fehlte es, nach der uralten Verfaſſung unſers Reichsſtaats, in dieſem Periodus, gar nicht, ja ſie waren gegen das Ende deſſelben ſo häuffig; daß ſie den Reichsſtänden nicht ſelten zur Laſt fielen, die darüber auch ſelbige öfters ſehr ſparſam beſuchten. Man kan ein Verzeichnis von den Reichstagen unſers Periodus beym Pfeffinger finden x); es ſind aber von den wenigſten Reichsabſchiede vorhanden, wie man aus der neueſten Sammlung der Reichsabſchiede erſehen kan y). Nach der gemeinen Meinung der meiſten Publiciſten ſoll K. Carl der *IV.* in der G. B. verordnet haben, daß ſeine Nachfolger,

w) *Pfeffinger* l. c, T. IV. p. 281 ſq. von Olenſchlager *l. c.*, § 66-68. 89 ſq. 94. 96 ſq. et 101 ſq. p. 248 ſqq. 347 ſqq. 372 ſqq, 380 ſqq. et 394 ſqq. Cf. Chriſti. Gottfr. *Hermanni* Diſſ. de Curiis Impp. et RR. Germ, ſollemnibus, earumque a Comitiis Imperii differentia; Lipſiae, 1767. 4.

x) *Pfeffinger* l. c., T. I. p. 162-169. et T. IV. p. 415 ſq. *coll.* T. I. p. 699. 702. et 705. Cf. Gottfr. Kühlmanns Nachr. von R. Tägen rc.; (Jena, 1711. 8.) cap. 4. p. 137 ſqq.

y) S. des Herrn von Beck Einleit. in die Geſchichte der T. R. Abſchiede, cap. 7. et c. 8. §. 1-6. p. 13-22., die vor der N. Samml. der R. Abſchiede ſtehet.

ger, woferne nicht eine rechtmäßige Hindernis dazwiſchen käme, ihren erſten Reichstag zu Nürnberg halten ſolten, weil er gefunden, daß dieſes ein uraltes Reichsherkommen wäre z). Es iſt bekannt, wie verwegen der Kanzler von Ludewig über dieſes Vorgeben des Kayſers geurtheilt habe, und daß er es für eine Fabel ausgeben wollen a). Dagegen hat ein Gelehrter nürnbergiſcher Patrizius, der Herr Waldſtromer, in einer eigenen zu Altorf gehaltenen Rede, den Kayſer zu retten geſucht, und die Richtigkeit des kayſerlichen Vorgebens durch verſchiedene beygebrachte Exempel von denen vor der G. B. zu Nürnberg gehaltenen Reichstagen vertheidigt b). Allein es hat der ſeelige Profeſſor Joachim in einer eigenen Abhandlung manches dabey erinnert, welches verdient, nachgeleſen zu werden c).

Mich dünkt, daß in der G. B. gar nicht vom erſten Reichstage, ſondern vom erſten Reichshofe des Kayſers oder Römiſchen Königs die Rede ſey, weil ſowohl die in dieſem 28ten Titel der G. B., als auch in den beiden vorhergehenden, und dem nächſtfolgenden Titel derſelben durchgehends von dem groſſen Hofceremoniel bey den feierlichen und zierlichen Höfen unſerer Kayſer und Römiſcher Könige gehandelt wird. Auf ſolche Art läßt ſich das Vorgeben der G. B. ganz wohl vertheidigen, indem, um nur bey unſerm Periodus zu bleiben, von den meiſten Köni-

z) *A. B*, Tit. XXVIII. §. 5.

a) in Seiner Erläuter. der G. B., T. II. p. 950 ſqq. nota y).

b) Chph. Iac. *Waldſtromeri* Or. de Curiis regiis Comitiisque ante Sanctionis Carolinae tempp. Norimbergae celebratis; Altorf. 1722. 4.

c) S. Joachims Samml. vermiſchter Anmerckungen ꝛc., P. I. n. 4. p. 77-113.

Königen deſſelben bis auf die Zeiten der G. B., theils mit Gewißheit, theils ſehr wahrſcheinlich, kan dargethan werden, daß ſie ihren erſten Reichshof zu Nürnberg gehalten haben. Auch nach der Publikation der G. B. iſt ſolches von den meiſten folgenden Römiſchen Königen und Kayſern geſchehen, oder ſie haben es doch vorgehabt, wie z. E. K. Friedrich der *III.* Da inzwiſchen, zur Zeit dieſes Kayſers, die Reichshöfe, bereits bemerkter maſſen, nicht mehr, wie vorhin, im Gange waren; ſo mus man ſich daran nicht ſtoſſen, daß derſelbe, und ſeine beide nächſte Vorfahren, nicht ſowohl einen Reichshof, als vielmehr ſeinen erſten, jedoch nachher nicht zu ſtande gekommenen, Reichstag, im J. 1440., nach Nürnberg ausgeſchrieben hat, dann dieſe traten nunmehro in die Stelle von jenem [d]).

Der Name: Reichstag, war eben in unſerm Periodus noch nicht recht gewönlich, ſondern es wurden dergleichen Verſammlungen des Kayſers und der Reichsſtände gemeiniglich mit den Namen: gemeine Tage, offene Tage, Kayſerliche Tage belegt [e]). Die Menge der Reichstage, die unter der Regierung K. Friedrichs des *III.* gehalten wurden, gab Gelegenheit, daß dieſelben nach und nach erſt in ihre rechte Verfaſſung kamen, und ſich der heutigen Einrichtung derſelben näherten. Die Zuſammenberufung der Reichsſtände auf einen Reichstag geſchah entweder durch öffent-

d) S. *Waldſtromeri* Orat. und Joachims Abhandlung ꝛc. *paſſim.* Cf. der Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 530. 638. 688. im dritten Bande, S. 13. 118. f. im vierten Bande, S. 29. 285. f. 671. und im ſechſten Bande S. 9. und 90.

e) Müllers R. Tags Theatr. unter K. Friedr. V., P. I. 1. Vorſtell. c. 7. §. 31. p. 102. und P. II. 4. Vorſtell. c. 35. §. 17. p. 232.

öffentliche Edikte, die an alle und jede Reichsſtände gerichtet waren, oder durch beſondere und einzelne kayſerliche Ausſchreiben, welche denjenigen zugeſchickt wurden, die auf den Reichstag kommen ſolten. Man pflegte auch wohl dergleichen Ausſchreiben ein Verzeichnis derjenigen Punkten beizulegen, worüber auf dem Reichstage berathſchlagt werden ſolte f). Insgemein will man zwar vorgeben, daß zuerſt K. Friedrich der *III.* angefangen habe, beſondere Ausſchreiben an alle und jede einzelne Reichsſtände ergehen zu laſſen; es hat aber dieſes Vorgeben nicht den geringſten Grund. Dann gleichwie man findet, daß noch K. Friedrich der *III.*, gleich ſeinen Vorfahren, bisweilen die Reichsſtände insgeſamt, durch öffentliche Edikte auf einen Reichstag eingeladen hat; alſo trift man hingegen auch bereits von einigen ſeiner Vorfaren, als z. E. Ludewig dem Bayer, Carl dem *IV.*, Wenceslaus, Ruprechten und Sigmunden, einige dergleichen beſondere Ausſchreiben an einzelne Reichsſtände an g).

Daß unſere Kayſer aber nicht allemal alle und jede Reichsſtände auf die Reichsverſammlungen berufen haben, kan man aus einigen merkwürdigen einzelnen Einladungsſchreiben K. Ludewigs des *IV.* erſehen. In dem einen lud er den damaligen Biſchof von Lüttich, Adolfen den *II.*, bey Verluſt aller ſeiner Reichslehen, auf den zu Cöln, am Sonntage nach Oſtern, zu haltenden 1338
Reichstag ein, gedenkt aber nur der Churfürſten, übrigen Fürſten, Prälaten und Baronen, die

f) S. z. E. Eberh. Windecks Vitam Sigism. Imp, cap. 202 ſq., *l. c.*, p. 1256 ſqq. g) *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 453 ſq. *nota* b) et T. IV. p. 286 ſq. nota a). Müller *l. c.*, P. I. 1, Vorſtell. c. 2. §. 6. p. 17.

die er ebenfals auf dieſen Reichstag beruffen hätte; da hingegen der Städte gar nicht erwähnt wird h). Aber in ein paar andern Ausſchreiben zu dem, auf den Sonntag Rogate eben dieſes Jahrs, zu Frankfurt zu haltenden Reichstage, die der Kayſer an den Abt von Fulda und das Domkapitel zu Lüttich erlaſſen hat, äuſſert derſelbe, daß er nicht nur alle geiſtliche und weltliche Fürſten, ſondern auch die Grafen, Herren und Städte, ja ſogar die Reichsfreyen und Edlen, nebſt den Domkapiteln auf dieſen Reichstag eingeladen hätte i). Von K. Friedrich dem *III.* iſt gleichfals bekannt, daß er nicht ſelten diejenige Reichsſtände, welche ihm nicht gewogen waren, von den Reichstagen weggelaſſen, und ſie nicht auf dieſelbe beruffen hat. Beſonders betraf dieſes manchsmal die Reichsſtädte, die dem Kayſer, wegen ihrer beſtändigen Widerſetzlichkeit, in Bewilligung der von ihm verlangten Hülfe an Volk oder an Geld ſehr verhaßt waren, und da ſie auch alles immer auf das: hinter ſich bringen, annahmen, gemeiniglich die Reichstage fruchtlos machten. Daß hiernächſt unſer Kayſer auch nicht den Geſandten Churfürſt Friedrichs des Sieghaften von Pfalz auf dem regenſpurgiſchen Reichstage im J. 1471., zugelaſſen, ferner die Herzoge von Bayern, Georgen und Albrechten, wegen der mit ihnen gehabten Mißhelligkeiten, nicht auf die Nürnbergiſche Reichstage in den Jahren 1487. und 1491. eingeladen habe, iſt bereits in deſſen Regierungsgeſchichte bemerkt worden. Allein auf den erſtern dieſer Reichstage drungen die Reichsſtände darauf, daß man auch das Haus Bayern

h) Lünigs R. A., T. XVII. p. 515. n. 50.
i) *Idem* ibidem, T. eod. p. 515 ſq. n. 51. und *Schannati* Hiſt. Fuld., T. II. n. 159. p. 256.

Bayern mit zuziehen müſte, und auf dem andern gaben die anweſenden Reichsſtände dem Kayſer mit deutlichen Worten zu verſtehen, daß es unfruchtbar wäre, wenn Täge im Reiche in Reichsſachen gehalten, und nicht alle und jede Reichsſtände dazu erfordert würden k).

Die Reichstage muſten, nach dem beſtändigen Herkommen in Teutſchland gehalten werden l). Indeſſen hielt doch einmal K. Sigmund einen, im J. 1429., zu Preßburg in Ungarn. Es lieſſen ſich aber die anweſenden Churfürſten, Fürſten und Stände nicht undeutlich merken, daß ihnen ſolches nicht recht gelegen war, und drungen deswegen gar ſehr darauf, daß der Kayſer nach Teutſchland kommen, und daſelbſt in einer ihm gelegenen Stadt den Reichstag halten möchte. Aus den damaligen reichstäglichen Akten ergiebt ſich nun auch dieſes, daß die Reichsſtände einmüthig ſich erklärt haben, daß es ihnen nicht zuſtehe, dem Kayſer den Ort und den Tag zu einem Reichstage zu beſcheiden ll). Man kan alſo hieraus den richtigen Schluß ziehen, daß, wenn auch gleich bisweilen unſere Kayſer ſich mit den Churfürſten und Fürſten, über die Zeit und Mahlſtatt einer zu haltenden Reichsverſammlung, verglichen haben, wie ſolches wohl von K. Sigmunden und Friedrich, dem *III.* manchsmal geſchehen iſt, ſie ſolches blos aus gutem Willen gethan haben, ohne

k) Müller *l. c.*, P. II. 5. Vorſtell. c. 9. §. 1. p. 421. und P. III. 6. Vorſtell. c. 25. §. 4 ſq. p. 127. et c. 49. §. 1 ſq. p. 193 ſq. l) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 327. et *plures* ibi *nota* f) citatos. ll) S. im fünften Bande des Auszuges ꝛc., S. 462-468.

ohne hiezu durch ein Geſetz oder Herkommen verpflichtet zu ſeyn m).

In der erſten Helfte unſers Periodus, und noch drüber, kamen die Kayſer und Reichsſtände noch in Perſon auf die Reichstage. Ja die Kayſer drungen auf die perſönliche Erſcheinung der Reichsſtände, und zwar bisweilen unter ſcharfen Bedrohungen. Ich habe bereits kurz vorhin, ein paar ſolcher Ausſchreiben des K. Ludewigs an den Biſchof von Lüttich und den Abt von Fulda angeführt, denen ich noch ein anderes von eben dieſem Kayſer beifügen kan, welches er im J. 1330. an den Biſchof von Halberſtatt ergehen laſſen. In demſelben heißt es unter andern: „ - - *de conſilio Principum et Baronum* nos aſſiſtentium pro ſtatu *Imperii* univerſo in melius reformando expedire decrevimus *Curiam ſolempnem* ſeu *Convocationem omnium Principum et aliorum Imperii Fidelium* per *Nos* fore habendam et faciendam, et hanc in *Frankenfurt* ſuper prima Dominica ante feſtum purificationis B. M. V., proxime affuturam, ſtatutam et praefixam; ubi preſentibus intimamus *Fidelitati tue* ſub obtentu noſtrae gratiae, et *ſub pena privationis omnium iurium et feodorum*, que ab *Imperio* obtines, *diſtricte precipiendo mandantes*, *quatenus* ad dictum locum *Franckenfurt* in termino *Curie noſtre* antedicto IN PROPRIA PERSONA *venias*, omnibus aliis tuis agendis penitus pretermiſſis„ n). In ſo ernſthaften Ausdrücken, und zwar alles gebots- und befehlsweiſe, waren die kayſerliche Ausſchreiben auch noch in dem folgenden Jahrhundert bisweilen eingerichtet, wie

m) Müller *l. c.*, P. I. 1. Vorſtell. c. 2. §. 3. p. 14 ſq.

n) *Bertholdi* de *Tuttlingen* Regeſt. Diplomatar. Ludov. Bav. Imp. Aug., in *Oefelii* Scr. rer. Boicar., T. I. p. 757. b.

wie dann noch K. Friedrich der *III.*, im J. 1487., in ſeinem Schreiben an die Stadt Augſpurg, wegen der von ihm nach Eßlingen ausgeſchriebenen Zuſammenkunft der Schwäbiſchen Stände, ſich folgender Ausdrücke bediente: „So gebie„ten wir euch bey den Pflichten, damit ihr Uns und „dem heiligen Reich verbunden ſeit, auch Privi„rung und Entſetzung aller eurer Gnaden, Frei„heiten, Privilegien, und was ihr von Uns und „dem heiligen Reich habt, von Römiſcher Kay„ſerlicher Macht ernſtlich ꝛc. ꝛc.„ o). Bey dieſer Selbſterſcheinung der Fürſten und Stände wurde ihnen auch wohl, wenn ſie es verlangten, von dem Kayſer ein ſicheres Geleit verſprochen p), oder ſie lieſſen ſich dergleichen von der Stadt, worinnen der Reichstag gehalten wurde, geben q). Und der Kayſer, die Churfürſten, Fürſten und Stände erſchienen insgeſammt mit einem zalreichen Gefolge zu Pferd, alſo daß ſich deren Anzal bisweilen auf einige tauſend belief r).

Nachdem aber die Kayſer anfiengen, von den Reichstagen wegzubleiben, womit Wenceslaus den Anfang machte, welches hernach auch Sigmund,

o) *Datt* de Pace publ., L. II. c. 6. n. 3 ſq. p. 272.

p) In dem Einladungsſchreiben K. Ludewigs des *IV.* an den Biſchof von Lüttich zum cölniſchen Reichstage im J. 1338., beym Lünig, im R. Archiv, T. XVII. p. 515. n. 50., heißt es: „Caeterum ſi „*ſecuritatem* ad veniendum, ſtandum et ad pro„pria remeandum *habere volueris*, - - - *hanc* „tibi *facere parati ſumus*.„

q) S. dergleichen Geleitsbrief, den die Stadt Augſpurg, im J. 1473., dem H. Wilhelmen von Sachſen gegeben hat, beym Müller *l. c.*, P. II. 5. Vorſtell c. 26. §. 3. p. 535.

r) S. z. E. vom Augſpurgiſchen Reichstage im J. 1473. Müllern *l.* et *P.* modo cc., p. 534.

mund, Albrecht der *II.* und Friedrich der *III.* thaten; ſo blieben auch die Churfürſten und Fürſten aus. Der Kayſer ſchickte ſtatt ſeiner Commiſſarien, oder, wie man ſie noch unter K. Friedrich dem *III.* nannte, Anwälde, deren jederzeit mehr, wie einer, gemeiniglich zwey, drey, ja wohl viere waren. Die Churfürſten und Fürſten aber fertigten für ſich ihre Räthe, und die Städte ihre Freunde ab [s]). Darüber aber zerſchlugen ſich die Reichstage gemeiniglich fruchtlos, weil der eine und der andere Theil nicht mit genugſamer Vollmacht verſehen war. Einige Reichsſtände hatten nicht nöthig auf die Reichstage zu kommen, weil ſie durch kayſerliche Privilegien von dieſer Obliegenheit waren befreiet worden. Selbige giengen nun entweder überhaupt auf alle und jede Reichstage, ſie mochten gehalten werden, wo ſie wolten, dergleichen Privilegium das Haus Oeſterreich, ſchon im vorigen Periodus, von den Kayſern, Friedrich dem *I.* und *II.* erhalten hatte. Oder ſie giengen beſonders dahin, daß, wenn der Reichstag nicht an einem der benannten Oerter gehalten würde, der privilegirte Stand nicht nöthig haben ſolte zu erſcheinen. Ein ſolches Privilegium hatten die Könige von Böhmen ſchon ehmals von K. Friedrich dem *II.* erhalten, vermöge deſſen ſie von Beſuchung der Reichstage und Reichshöfe frey waren, auſſer wenn ſelbige zu Bamberg, Nürnberg oder Merſeburg gehalten wurden. K. Friedrich der *III.* gab nachher, im J. 1462., dem K. Georgen von Böhmen ein ähnliches Privilegium, und

s) S. z. E. den Eberh. Windeck *l. c.*, cap. 145., *l. c.*, p. 1189. *Wenckeri* Apparat. et Inſtruct. Archivor., p. 327 ſqq. und Müllers R. Tags Theatrum unter K. Friedrich dem V., an verſchiedenen Orten.

und ſchränkte deſſen Obliegenheit, die Reichstage zu beſuchen, nur auf die beide Städte Nürnberg und Bamberg ein, worüber endlich die Könige von Böhmen von den Teutſchen Reichstagen ganz und gar weggeblieben ſind t).

Unſtreitig kan man auch die Stelle aus dem Privilegium K. Ludewigs des *IV.*, welches derſelbe, im J. 1332., dem Churfürſten Balduin von Trier gegeben hat, hieher ziehen, wenn es daſelbſt heißt: „ - - de ſpeciali gratia *eidem Archie-„piſcopo concedimus, ut ipſe nec ultra montes, nec „citra*, AD PARLAMENTVM, vel *ad expeditio-„nem noſtram publicam* vel *privatam*, niſi alii *omnes „Principes Electores* noſtri ad hoc fuerint evocati, „et negotium tantum ſit, ut merito ſimul conveniant, „*ire teneatur*, nec propter hoc offenſam vel indi-„gnationem noſtram incurrere valeat ullo modo„ u). Und dieſes Privilegium haben hernach die folgenden Kayſer, als unter andern Carl der *IV.*, in den Jahren 1346., und 1376., beſtätigt v). Daß übrigens bisweilen auch auswärtige Potentaten und Republicken auf unſere Reichstage ſind eingeladen worden, und auf ſelbigen durch ihre Geſandten erſchienen ſind, davon finden ſich im hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus genugſame Exempel. Beſonders waren die päbſtlichen Legaten, auf denen unter K. Sigmunden und Friedrich dem *III.* gehaltenen Reichstagen, fleißig zugegen. Und überhaupt wurden dergleichen auswärtige Potentaten, Fürſten und Republicken zu reichstäglichen Berathſchlagungen mit ein-

t) *Pfeffinger* l. c., T. IV. p. 340 ſq. *nota* a), et p. 341. *nota* a), pluresque *ibi* allegati. u) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 642. p. 119. b. v) *Idem* ibidem, T. eod. n. 672. et 746. p. 166. a. et 269. a. et b.

geladen, theils von K. Ludewig dem *IV*. in ſeinen beſtändigen Händeln mit den Päbſten, theils von den Kayſern Sigmund und Friedrich dem *III*, ſowohl wegen Wiederherſtellung der Einigkeit in der Kirche, als auch wegen der Kriegszüge wider die Hußiten und Türcken. Jedoch zu andern Berathſchlagungen auf den Reichstagen, welche die innere Reichsangelegenheiten anbetraffen, wurden ſie nicht mit zugelaſſen. In wieferne aber der unmittelbare teutſche Reichsadel hiebey Antheil gehabt habe, und weswegen derſelbe auf die Reichstage, gleich den übrigen Reichsſtänden, mitergefordert worden, iſt bereits etwas weiter oben hinlänglich gezeigt worden.

Es waren alſo eigentlich nur die Churfürſten, Fürſten, nebſt den dazu gehörigen Prälaten, Grafen und Herren, und die Reichsſtädte, welche nach der Regel auf die Reichstage beruffen werden muſten, aus welchen, noch in dieſem Periodus, die heutigen drey Reichscollegien, nehmlich das churfürſtliche, fürſtliche und ſtädtiſche, entſtanden ſind. In Anſehung der Reichsſtädte kan noch nicht mit Gewisheit beſtimmt werden, wenn ehe man angefangen hat, ſie auf die Reichstage mit einzuladen. So viel aber iſt gewiß, daß ſie, vom Anfange unſers itzigen Periodus an, unter den übrigen auf den Reichstagen verſammelten Reichsſtänden bisweilen, aber nicht beſtändig, mit erſcheinen. Dann die Kayſer, ſogar noch Friedrich der *III.*, ſahen es, wie es ſcheint, als etwas willkührliches an, ob ſie die Städte auf eine Reichsverſammlung einladen wolten, oder nicht w). Zum Beweis der Anweſenheit der Reichs-

w) *Pfeffinger* l. c., T. II. p. 827 ſq. *nota* k) et T. IV. p. 301. *nota* b), pluresque *ibi* citati.

Reichsſtädte auf den Reichstagen will zwar unter andern auch dieſes angeführt werden, daß K. Rudolf der *I.* den zu Würzburg, im J. 1287., publicirten Landfrieden, mit Rath und Einwilligung auch der Reichsſtädte verabfaßt habe x). Allein in dem Eingange dieſes Landfriedens finde ich nichts von den Städten, ſondern es heißt nur, daß derſelbe: „mit Gunſt und mit Rat der erbern „Herren des Cardinals und Ligats, und der Für„ſten und der Herren geiſtlicher und weltlicher „geſecht worden„ y). Hingegen ſtehet zu Ende dieſes, im J. 1291., zu Speyer auf ſechs Jahre verlängerten Landfriedens, folgendes: „dieſe Sac„zunge und dirre Brieff wart geleſen, und der Land„fride war ernuwet mit der Fürſten und der „Landherren, und der Städte geſchwornen Ey„den ꝛc.„ z).

Deutlicher aber zeuget von der Anweſenheit der Reichsſtädte auf dem Speyeriſchen Reichstage, im J. 1309., folgende Stelle des Albrechts von Straßburg a): *manſit vero ibi* REX *ſex hebdomadibus cum* Principibus Electoribus, *et* aliis Principibus, *et* CIVITATVM NVNTIIS, *de ſuo tranſitu et de praeſtandis ſervitiis in Italiam, diſponendo* etc. Es gehört ferner hieher noch eine andere Stelle eben dieſes Geſchichtſchreibers, wo er von K. Ludewigs des Bayers zu Frankfurt, im J. 1344., gehaltenem Reichstage folgender geſtalt redet: *Quibus articulis* (a CLEMENTE VI. *P. R.*

U 4 trans-

x) *Idem* ibidem, T. I. p. 163. b. et 164. a. aus Lehmanns Speyer. Chron. L. V. c. 108. p. m. 627. b. y) N. Samml. der R. A., P. I. n. 17. in *princ.* p. 34. a. z) Eben dieſelbe, P. et n. iisd. p. 37. b. in *marg. item* Lehmann, l. L. et c. citatis, p. m. 631. b. a) ap. *Urſtiſium* l. c., T. II. p. 116. *lin.* 10 ſq.

transmiſſis,) *Principi*, (ſcil. LVDOVICO Imperatori,) *praeſentatis, ipſe eorum copiam univerſis Principibus, praeſertim* Electoribus, *et* MAGNIS CIVITATIBVS *deſtinavit*, omnes Principes, *et* CIVITATES *et* OPPIDA TOTIVS ALEMANNIAE *ad* Parlamentum publicum *ſuper eiusmodi facto in* Franckfort *convocando.* Und ein wenig hernach: *Convenientibus autem in Franckfurt* Principum *et* Magnatum, *et* CIVITATVM *et* OPPIDORVM IMPERIALIVM NVNTIIS etc. b). Aus dieſen beiden Stellen kan man nun klar und deutlich ſehen, daß nicht nur die **Reichsſtädte** ſchon damals auf die **Reichstage** mit ſind beruffen worden, ſondern auch daß bereits zu der Zeit **drey Ordnungen** der **Reichsſtände** geweſen ſind. Und daß auch nach den Zeiten **K. Ludewigs** des **Bayers** von allen deſſen Nachfolgern die **Reichsſtädte** öfters auf die **Reichstage** ſind eingeladen worden, bezeugen die viele davon noch vorhandene und an die **Städte** ergangene **beſondere Ausſchreiben**, die ich von Zeit zu Zeit, ſchon in dem **hiſtoriſchen Abſchnitte** dieſes **Periodus**, angeführt habe.

Es ſcheinen auch die **Städte** von jeher auf den **Reichstagen** ihre beſondere Verſammlungen und Berathſchlagungen für ſich und mit einander gehabt zu haben; jedoch bisweilen rathſchlagten ſie gemeinſchaftlich mit den **Churfürſten** und **Fürſten**. Nun iſt zwar aus den verſchiedenen, im **hiſtoriſchen Abſchnitte**, umſtändlich angeführten **Reichstagshandlungen** zu erſehen, daß man von Seiten des **Kayſers**, der **Churfürſten** und **Fürſten** bisweilen den Grundſatz feſt ſetzen wollen, daß die **Städte** ſich dasjenige müſten gefallen laſſen, was die **Chur**fürſten

b) *Ibidem*, T. eod. p. 133. *lin. ult.* et p. 134. *lin.* 1 ſqq. Cf. *Acta horum Comitiorum*, in *Goldaſti* Conſtitut. imperial., T. II. p. 90.

fürſten und Fürſten mit dem Kayſer ausgemacht hätten. Allein die Reichsſtädte widerſprachen ſolchen Aeuſſerungen ſtandhaft, und weigerten ſich, z. E. den Anſchlag zu entrichten, der hinterrucks ihrer, und ohne ihre Einwilligung war gemacht, und ihnen zugetheilt worden. Dann ſie behaupteten, daß ſie eben ſowohl eine entſcheidende Stimme, (*Votum deciſivum,*) in Reichsberathſchlagungen, zumal bey den Reichsanlagen, hätten, als die Churfürſten und Fürſten, die ihnen nur eine rathſchlagende Stimme, (*Votum conſultativum,*) zugeſtehen wolten. Was darüber für Streitigkeiten zwiſchen den beiden höhern und dem reichsſtädtiſchen Collegien noch nachher entſtanden, und wie ſelbige endlich im Weſtphäliſchen Frieden, zum Vortheil der Reichsſtädte, entſchieden worden, wird zu ſeiner Zeit im folgenden Periodus vorkommen c). Uebrigens erfolgte die völlige Abſonderung der Reichsſtädte von den Churfürſten und Fürſten in den reichstäglichen Berathſchlagungen, und auch der Fürſten von den Churfürſten, folglich die Entſtehung der heutigen drey Reichscollegien, gegen Ende unſers

c) S. Müller *l. c.*, P. III. 6. Vorſtell. c. 42. §. 4. p. 174. *Albert. Argentin.* l. c. p. 134. Die ſchon oben angeführte zwey Rathſchläge und Rechtsbedencken des H. R. R. Freyen und R. Städte Seßion, Stand und Stimm betreffendt ꝛc. 4. Cf. Gabr. *Schwederi* Diſſ. de voto deciſivo Civitatum imperial. in S. R. G. I. Comitiis univerſalibus; Tubingae, 1715. 4, *recuſa* ibid., 1745. 4. Ott. Chph. *Schoene* Diſſ. de voto deciſivo in Comitiis, Civitatibus Imperii non minus, quam ſuperioribus Collegiis competente; Ultraj. 1740. 4. et Io. Iac. *Wickbii* Diſſ. de iure lib. Imp. Civitatum adſpirandi ad ſimultan. re et correlationem in Comitiis I. R. G. ex voto deciſivo ipſis competente fluente; Marb. 1751. 4.

Periodus, unter der Regierung K. Friedrichs des *III.* Und unter eben demſelben theilten ſich auch die Reichsſtädte in die itzo noch gewönliche zwey Bäncke, die Rheiniſche und Schwäbiſche. Es iſt aber von einem und dem andern, ſchon weiter oben, in dieſem Bande des Auszuges das Nöthige geſagt worden [d]).

Der Reichstag wurde nun durch die Propoſition entweder des anweſenden Kayſers, oder ſeiner Anwälde, eröffnet, und nahmen ſodann die Berathſchlagungen der Reichsſtände ihren Anfang. Anfänglich geſchah noch ſolches, zumal von den Churfürſten und Fürſten, in einem Zimmer, nach der geſchehenen Abſonderung aber derſelben, rathſchlagte ein jedes Collegium für ſich. Die beiden höhern Reichscollegien ſtellten hierauf die ſogenannte Re- und Correlationen an, und wenn ſie über einen einmüthigen Schluß verſtanden waren; ſo ließen ſie ſolches die Reichsſtädte wiſſen, und ſie fragen: ob ſie mit ihnen einerley Meinung wären. Waren nun dieſe anders geſinnt; ſo übergaben jene ihr Gutachten, Bedenken oder Rathſchlag für ſich allein, und die Städte nahmen die Sache gemeiniglich auf hinter ſich bringen an. Wurden aber die Reichsſtände insgeſammt, oder doch der gröſte Theil, mit einander und mit dem Kayſer einig; ſo wurde ein Schluß gemacht, und das Verglichene in einen Reichsabſchied gebracht, deren wir auch verſchiedene aus unſerm Periodus in der Sammlung der Reichsabſchiede haben [e]).

Eine

d) S. in dieſem achten Bande des Auszuges rc., S. 209.

e) Sie ſtehen im 1. Theil der N. Samml. der R. Abſchiede. Von dem damaligen *Modo procedendi* auf den T. Reichstagen findet man hin und wieder beym Müller im R. T. Theatro

Eine ſchon auf dem Wiener Reichstage, im J. 1460., vorgegangene Re- und Correlation hat Müller f) bemerkt. Und eine ſehr vollſtändige Nachricht von der damaligen Art, auf dem Reichstage zu verfahren, giebt uns das Protocoll des regenſpurgiſchen Reichstages vom J. 1471., in folgenden Worten: „nach Ordnung der Rede des „Herrn Legaten, zugen ſich die Churfürſten auff „ain Ort: der anndern Fürſten Bottſchafft auff „das annder: der Stett Bottſchafft auff den „dritten, dem Herrn Legaten Antwurtt zu geben. „Und da die Churfürſten ſich ihrer Antwort erle„ſen hetten, lieſſen ſie dieſelben Jr Antwurt er„offenbaren der Fürſten Bottſchafft zu erkunn„den: ob ſie auch deſſelben willen ſein, und mit Jr „ain aynmüttige Antwortt geben wölten. Das be„ſunnen der Fürſten Bottſchafft, und lieſſen Jn „der Churfürſten Antwort gevallen, und be„willigen mit Jn des ains zu ſein. ꝛ ꝛ Als „die Antwurt durch die Kurfürſten und Fürſten „Bottſchafft alſo geſchöppfet ward, lieſſen ſie die „auch an der Stett Sendpotten gelanngen, „zu erkunden: ob ſie der dem Herrn Legaten zu ge„ben, mit Jne ains ſein wölten. Möchten „ſich die Stett derſelben Antwort mit den Cur„fürſten und Fürſten Bottſchafft zu geben nicht „ſo bald veraynen, und begertten ain Beden„cken biß auff Mitwochen ꝛc. Die Curfürſten „und

Theatro unter K. Friedr. V., gute Nachrichten, und ſind die Stellen im Regiſter, unter dem Worte: R. Tags-*Curialien*, angezeigt. Man kan auch zu Rath ziehen des Herrn von Königs Nachleſe in den R. Geſchichten, oder N. Samml. ungedruckter R. Tags- und R. Städt. Collegial-Handlungen, in der Vorrede. f) im R. Tags Theatro unter K. Friedr. V., P. I. 3. Vorſtell. c. 31. §. 7. p. 783. a.

„und Fürſten Bottſchafft gaben Ir Antwurtt: „ = = Die Senndbotten der Stette behielten „Ir Bedencken. Damit was die Sampung „zu dieſem male geendet „ [g]).

In dem churfürſtlichen Collegium war der Churfürſt von Maynz Dekanus, welchen Titel er nicht nur ſelbſt führte [h]), ſondern er wurde ihm auch vom Kayſer beigelegt [i]). Eben derſelbe führte nun auch das Direktorium auf den Reichs= tagen und hielt die Umfrage, wenn er gegenwär= tig war [k]). Auf was Art aber die Churfürſten, Fürſten und ihre Geſandten, in Gegenwart des Kayſers, die Seßion genommen haben, davon kan man beym Müller, aus den Akten des Frank= furtiſchen Reichstages vom J. 1486., und des nürnbergiſchen vom J. 1491., weitere Nachricht finden [l]). Die Stimmen der Anweſenden wur= den gezält, und nach den meiſten Stimmen wurde der Schluß gefaßt. Ein Churfürſt oder Fürſt, der mehrere Fürſtenthümer beſaß führte zwar nur eine Stimme, weil damals das Sitz= und Stimm= recht noch nicht auf den Ländern, ſondern auf den Perſonen haftete. Allein die Stimme eines mächtigen Fürſtens hatte ein groſſes Ueberge= wicht über die Stimmen der mindermächtigen Für= ſten und Stände, die ſich nicht ſelten nach jenen richteten. Die Abweſenden aber wurden nicht gerechnet, hingegen auch nicht zur Verbindlichkeit der

g) S. von König, *l.* modo *c.*, II. Samml. n. 14. a. p. 68 ſq.

h) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 168.

i) S. z. E. Lünigs Corp. Iur. feud. Germ., T. I. p. 193. et 197 ſq.

k) Io. Mich. *Wagueri* Diſſ. de Archicancellariatu et Directorio in Comitiis Imp. Electori Moguntino competenti; Erfurti, 1746. 4.

l) Müller *l. c.*, P. III. 6. Vorſtell. c. 1. §. 6. p. 6 ſq. et c. 47. §. 3. p. 190 ſq.

der Schlüſſe des Reichstages gezogen, bis man mit ihnen gehandelt, und von ihnen einen ſogenannten Beybrief erhalten hatte, wovon ich in dem hiſtoriſchen Abſchnitte einige Exempel angeführt habe. Daß hiernächſt, nach der Abtheilung der Reichsſtände in drey Collegia, die meiſten Stimmen dieſer Collegien nicht gegolten, und die Städte ſich an das nicht gekehrt haben, was von den beiden höhern Collegien ausgemacht worden, habe ich bereits vorhin angemerkt.

Uebrigens findet man auch ſchon in unſerm Periodus, daß auf den Reichstagen bisweilen auſſerordentliche Reichsdeputationen, oder, wie man ſie damals nannte: Ausſchüſſe, ſind angeordnet worden, dergleichen z. E. auf dem nürnbergiſchen Reichstage im J. 1431, auf dem Regenſpurgiſchen im J. 1471., und auf dem nürnbergiſchen im J. 1487. vorkommen [m]). Zuletzt mus ich noch dieſes gedenken, daß, auf eben dieſem nürnbergiſchen Reichstage, zwiſchen dem Reichserbmarſchall von Pappenheim und der Stadt Nürnberg, ein Streit über dem Einfouriren, oder Anweiſung der Quartiere für die Fürſten und Stände, auch deren Geſandten, entſtanden ſey. Es hatten nehmlich die meiſten derſelben deshalben bey dem Rath zu Nürnberg Anſuchung gethan, und dieſer hatte ihnen auch hierunter willfahrt. Allein der Reichserbmarſchall ahndete ſolches, und verlangte, daß man diejenige, welche Quartiere ſuchten, an ihn weiſen ſolte. Es gab ihm aber der nürnbergiſche Magiſtrat zur Antwort: „daß ſolches weder ſein Bruder, noch ſein Vater,

m) S. den V. Band des Auszuges ꝛc. S. 498. und Müllern *l. c.* P. II. 5. Vorſtell. c. 7. §. 8. p. 405. et P. III. 6. Vorſtell. c. 20. §. 7. et 11. p. 82. ſq. et 96.

„Vater, noch andere ſeine Vorfahren, im Brauch „gehabt, und ein Rath, wenn er um Herberg er„ſucht werde, damit nach altem Herkommen „handle„ [n]).

Dem in Teutſchland in den mittlern Zeiten, beſonders in unſerm Periodus, ſo ſehr überhand genommenen Fauſtrechte ſuchten zwar die Kayſer, durch errichtete Landfrieden, zu ſteuren, und wenigſtens hier und da in den Provinzen Ruhe zu ſchaffen. Allein dieſe Mittel wolten bey dem damaligen verwilderten Zuſtande unſers Vaterlandes nicht zureichen. Es ſchlugen ſich alſo einige friedliebende Stände und Glieder des Reichs zuſammen, und errichteten mit einander, zu ihrer Sicherheit und gemeinſchaftlichen Vertheidigung, auch zu Handhabung der gebotenen Landfrieden, allerhand beſondere Bündniſſe und Geſellſchaften, die ſich dann wieder in gewiſſe Partheien und Claſſen vertheilten. So richteten z. E. die Reichsſtädte in Schwaben im J. 1356., mit kayſerlicher Erlaubnis, einen neuen Landfrieden unter ſich auf, darinnen ſie ſich in drey Geſellſchaften theilten. Die um das J. 1379. entſtandene S. Georgenſchilds-Geſellſchaft theilte ſich gleichfals, wie ſie ſtärker wurde, in drey Partheien. Von ſolchen Eintheilungen machte man nachmals, zu mehrerer Beförderung des allgemeinen Landfriedens, einen Gebrauch und Anwendung auf das ganze Reich. Deswegen findet man in denen vom Kayſer und dem Reiche, in dieſen Zeiten gemachten Landfrieden die Namen von Zilen, Terminen, Begriffen, Partheien u. ſ. w. ſehr häuffig, die aber nicht einerley Bedeutung haben. Zuerſt hieſſen ſie ſoviel, als gewiſſe Zeiten, ſo lang entweder der Landfriede dauern

n) *Idem* ibidem, P. III. 6. Vorſtell. c. 20. §. 6. p. 82. b.

dauern ſolte, oder die beſtimmte Termine, und Tage, an welchen die Obmänner und Richter alle Jahr zuſammen kommen muſten, die Streitigkeiten zu ſchlichten, und Gericht zu halten. Hernach und 2) bedeuteten dieſe Namen den Umkreiß und den Begriff der Länder, welche ſich zum **Landfrieden** verbunden, und die Gränzen, wie weit der **Landfriede** ſich erſtreckte, oder auch wie weit ein Theil dem andern wegen des **Landfriedens** beyſtehen ſolte. Ferner und 3) zeiget das, ſchon zu den Zeiten K. **Carls** des *IV*. bisweilen vorkommende Wort: Kreiß, bisweilen weiter nichts an, als gewiſſe teutſche Provinzen, wie z. E. in der vom K. **Carln** dem *IV*., im J. 1366., geſchehenen Beſtellung ſeines Bruders, des H. **Wenceslaus** von Luxemburg, zum Reichsvikarius. Endlich und 4) bedeuten obige Benennungen manchsmal nur gewiſſe Theile, in welche ſich die zum **Landfrieden** gehörige **Herren** und **Städte**, wegen beſſerer Hülfsleiſtung, vertheilt haben.

Dieſe letztere Bedeutung hat in der Folge Gelegenheit gegeben, zu der, nach vielen, in einem mehr als hundertjährigen Zeitraume, angeſtellten Berathſchlagungen, würklich geſchehenen, und noch itzo vorhandenen Eintheilung unſers **teutſchen Reichs** in gewiſſe **Kreiſe**. Und es wird nun aus der Geſchichte **unſers Periodus** zu zeigen ſeyn, welcher **Kayſer** zuerſt darauf verfallen ſey, das ganze **teutſche Reich**, bey Errichtung eines **allgemeinen Landfriedens**, in dergleichen **Claſſen**, **Partheien** oder **Kreiſe**, wegen beſſerer Hülfsleiſtung zu Beförderung der allgemeinen Sicherheit, zu vertheilen. In dem ältern **Landfrieden** unſerer **Kayſer**, bis in die andere Helfte des vierzehnten Jahrhunderts hinein, trift man von einer Eintheilung des **Reichs** in **Partheien** oder **Kreiſe** nicht die geringſte Spur an. K. **Wenceslaus**, der ſo verſchriene **Wenceslaus**,

verfiel zuerſt auf dieſes heilſame Inſtitut, und wurde dazu vermuthlich, durch die bereits vorhin bemerkte Eintheilungen einiger verbündeten Städte und Geſellſchaften, bewogen. Es wolte nehmlich unſerm **Wenceslaus**, wie ſchon vormals ſeinem Vater, Carln dem *IV.*, nicht länger anſtehen, daß ſo viele beſondere **Bündniſſe**, und immer mehrere **Geſellſchaften** hin und wieder in **Teutſchland** gemacht wurden, die nicht ſelten wider einander gerichtet waren, und hiedurch die innerliche Unruhen in unſerm **Reiche** mehr vermehrten, als aufhoben. Er muſte zugleich beſorgen, daß dieſe zahlreiche, und ohne ſeine Erlaubnis gemachte, **Bündniſſe** und **Geſellſchaften** ihm endlich zu Kopfe wachſen möchten. Mithin nahm er ſich vor, alle ſolche beſondere Vereinigungen zu trennen, und alle **Stände** des **Reichs** zu einem **allgemeinen Bunde** des **Landfriedens** zu bringen, um ſo wohl den innern Ruheſtand des **teutſchen Reichs**, als auch ſeine eigene Sicherheit hiedurch deſto mehr zu befördern. Es ſolte alſo ein jeder **Stand** auſſer allen andern Verbündniſſen geſetzt werden, und es ſolten, ſo lange dieſer **Landfriede** dauerte, keine andere Bündniſſe, ohne ſeine ausdrückliche Einwilligung, gemacht werden.

Zu dem Ende hielt **Wenceslaus** im J. 1383. den bekannten groſſen **Reichstag** zu **Nürnberg**, auf welchem er einen **allgemeinen Landfrieden** im **ganzen Reiche** auf zwölf Jahre publicirte, und alle die ſich dazu bekannten, oder ſelbigem in der Folge beitreten würden, in **vier Partheien** vertheilte. Zur **erſten Parthey** wurden geſchlagen das Königreich **Böhmen** und alle demſelben einverleibte **Länder**, ferner die Mark **Brandenburg**, und die Herzogthümer **Sachſen** und **Lüneburg**. Die **andere Parthey** ſolten ausmachen

die vier Rheiniſchen Churfürſten, der Landgraf von Heſſen und der Marggraf von Baden. Zur dritten Parthey wurden gezogen die Herzoge von Oeſterreich, Bayern und Lothringen, die Biſchöffe von Straßburg, Augſpurg und Regenſpurg, wie auch die Grafen von Würtenberg. Und endlich zur vierten Parthey wurden geſchlagen die Biſchöffe von Bamberg, Würzburg und Eichſtedt, die Landgrafen von Thüringen und Marggrafen von Meiſſen, Pfalzgraf Ruprecht der jüngſte, und Burggraf Friedrich von Nürnberg. Diejenige Fürſten aber, Grafen, Herren, Ritter und Knechte, wie auch Städte, die ſich künftig noch in dieſen Landfrieden begeben würden, ſolten ſich zu derjenigen Parthey halten, die ihnen am nächſten gelegen wäre. Es konnte aber K. Wenceslaus durch den nürnbergiſchen Landfrieden ſeine Abſichten nicht erreichen, die verbündete Städte in denſelben mit zu ziehen; dann dieſe wolten ſich nicht von einander trennen laſſen. Sie ſchloſſen vielmehr, im J. 1384., bey der daſigen Anweſenheit des Wenceslaus, mit den Churfürſten, Fürſten, Grafen, Herren, dem Adel und den Städten, die ſich zum Nürnberger Landfrieden bekannten, eine beſondere Vereinigung, die bis auf Pfingſten 1388. dauern ſolte. In dieſer Vereinigung wird zwar wieder, wie in dem erwähnten Landfrieden, der Begriffe und Kreiſe gedacht, aber nicht, wie dort, in dem Verſtande gewiſſer Claſſen oder Partheien.

Da nun dieſe heidelbergiſche Vereinigung bald zu Ende gehen wolte; ſo geſchah es auf Betrieb des K. Wenceslaus, daß dieſelbe, im J. 1387., auf der Zuſammenkunft zu Mergentheim, bis auf S. Georgentag 1390. verlängert wurde. Die Churfürſten, Fürſten, Grafen, Herren, der

Adel und die Städte, ſo den Nürnbergiſchen Landfrieden vom J. 1383. hielten, blieben ferner in ihre vorige vier Partheien vertheilt. Aber die verbündeten Städte am Rhein, in der Wetterau, im Elſaß, in Schwaben, Franken und Bayern wolten ſich wiederum nicht unter jene verſtecken laſſen, ſondern hielten ferner feſt zuſammen. Und da ſie vormals ſich in drey Partheien vertheilt hatten; ſo machten ſie nunmehr vier Theile unter ſich, wodurch alſo das Teutſche Reich damals gleichſam in acht Kreiſe vertheilt wurde, wovon die Reichsſtädte allein vier Theile ausmachten. Welche Städte insbeſondere zu einem jeden ſolcher vier, unter ihnen gemachten, Kreiſe oder Theile gerechnet worden, kan man in dem Mergentheimiſchen Bunde nachſehen. Indeſſen war dieſe Abtheilung von keiner langen Dauer; dann K. Wenceslaus hob bald nachher, auf dem, im J. 1389., zu Eger gehaltenem Reichstage, ſowohl den bisherigen Bund der Städte, als auch ſeine und der Fürſten Vereinigung, hiedurch aber die bisherige Abtheilung des Reichs in vier, und hernach acht Kreiſe auf. Dagegen publicirte er einen gemeinen Landfrieden auf ſechs Jahre, der ſich über Franken, Bayern, Schwaben, die Rheiniſche Länder, Heſſen, Thüringen und Meiſſen erſtrecken ſolte, in welchem aber von der vorigen Eintheilung, oder den geweſenen vier und acht Partheien nichts gedacht wurde.

Hierauf findet man in unſerer Reichsgeſchichte lange nichts mehr von einer vorgeweſenen Eintheilung des Reichs in gewiſſe Kreiſe. Dann obgleich K. Ruprecht, währender ſeiner Regierung, einige Landfrieden gemacht hat; ſo kommt doch in ſelbigen von dergleichen Abtheilung nichts vor. Aber K. Sigmund ſuchte das Projekt

jekt ſeines Bruders, des K. Wenceslaus, wieder hervor. Nachdem er nehmlich im J. 1414. in Teutſchland angekommen war; ſo brachte er, bey ſeinem Aufenthalte zu Nürnberg, einen gemeinen Landfrieden für Francken zu ſtande. Er gieng ſodann nach Haylbronn, wohin er die Fürſten, Grafen, Herren und Städte aus Schwaben, dem Elſaſſe, und dem Rheinſtrome erfordert hatte, um mit ihnen gleichfals über einen Landfrieden zu handeln. Zu dem Ende ließ K. Sigmund zu Haylbronn den Geſandten der Reichsſtädte den für Franken errichteten Landfrieden vorleſen, und verlangte von ihnen, ſich darüber zu berathſchlagen: ob nicht auch dergleichen Landfriede einer in Schwaben, der andere im Elſaſſe, und einer am Rhein gemacht werden könnte. Zugleich befal er ihnen, daß ſie ihre Entſchlieſſungen ihm, nach ſeiner Ankunft zu Coſtnitz, zu wiſſen thun möchten. Daſelbſt übergab er nun, auf dem, im folgenden J. 1415., gehaltenem Reichstage, den anweſenden Fürſten, Herren und Städten ein Projekt zu einem allgemeinen Landfrieden in Teutſchland, nach welchem die ehmals vom K. Wenceslaus geſchehene Eintheilung des Teutſchen Reichs in vier Theile oder Kreiſe, nehmlich 1) am Rhein, im Elſaß, und in der Wetterau, 2) in Schwaben, 3) in Franken, und 4) in Thüringen, Meiſſen und Heſſen, wieder in Vorſchlag gebracht wurde. Allein die Reichsſtände konnten darüber nicht mit einander einig werden, und wurde alſo aus dem vorgeſchlagenem allgemeinen Landfrieden, und der Eintheilung des Teutſchen Reichs in Kreiſe nichts. Dann die Städte beharrten bey ihrem bisherigen Vorſatze, ſich nicht trennen, und unter die Partheien der Fürſten und Herren verſtecken zu laſſen. Sie

blieben daher bey ihren beſondern Bündniſſen, die ſie unter ſich ſowohl, als auch mit einigen Fürſten und Herren gemacht hatten, und erneuerten ſelbige von Zeit zu Zeit. Ja ſie tractirten hierauf viel ernſtlicher, als vorher, mit einander über neue Einungen und Verbindungen, wobey ſie auch allerhand Entwürfe machten, wie man alle Reichsſtädte in gewiſſe Theile, Kreiſe oder Zirkel vertheilen möchte, bald in viere, bald in fünfe, bald in mehrere oder wenigere, welche Projekte jedoch gleichfals nicht zu ſtande kamen.

Inzwiſchen war dem K. Sigmund, wegen des damaligen Hußitenkrieges, an einem allgemeinen Landfrieden in Teutſchland allzuviel gelegen, weil er ohne denſelben ſich keines nachdrücklichen und allgemeinen Beiſtandes von den geſammten Reichsſtänden getröſten konnte. Mithin ließ er, auf dem, im J. 1427. nach Martini, zu Frankfurt gehaltenem Reichstage, dieſe Materie wieder auf das Tapet bringen, und abermals auf die Eintheilung des Reichs in vier Theile oder Kreiſe antragen, in deren jedem ein Landfriede errichtet werden, und einer dem andern behülflich ſeyn ſolte. Allein viele Fürſten und Städte widerſetzten ſich dieſem Vorſchlage, und glaubten, daß ein ſolch weitläuftiger Friede nicht nöthig wäre. Dann einige von ihnen hätten mit der S Georgenſchilds-Geſellſchaft, andere mit den Reichsſtädten Bündniſſe, zu Erhaltung des gemeinen Ruheſtandes, gemacht, woran ſie ſich genügen lieſſen; vielmehr wäre nöthig, dergleichen auch in Nieder-Teutſchland zu errichten. Aber K. Sigmund ließ, ohngeachtet dieſer verſchiedenen Denkungsart der Reichsſtände, den Muth doch nicht ſinken, ſondern wiederholte ſeine Bemühungen, im J. 1429., auf dem Reichstage zu Preßburg.

Daſelbſt

Daſelbſt hatten zwar die Geſandten der Städte zu Schlieſſung eines Landfriedens Luſt und Vollmacht, aber die Geſandten der Fürſten und Herren entſchuldigten ſich, daß ſie nicht mit voller Gewalt verſehen wären, über dieſe Sache zu handeln. K. Sigmund übergab daher den Reichsſtänden blos eine Notel über einen gemeinen Landfrieden, um darüber ſich bedenken zu können.

Es wurde zwar hernach auf dem folgenden Reichstage zu Nürnberg, im J. 1430., über dieſe Sache, jedoch wiederum vergeblich, tractirt, bis endlich das Jahr darauf zu Nürnberg, auf einem abermaligen Reichstage, durch den daſelbſt geordneten Ausſchuß von ſechs Chur- und Fürſten, auch ſechs Reichsſtädten, ein Landfriede zu ſtande gebracht wurde. Allein in demſelben kommt nichts von einer Abtheilung des Reichs in Partheien oder Kreiſe vor, weil dieſe Sache vielleicht nur mehr Hinderniſſe würde in Weg gelegt haben. Hingegen trug der Churfürſt Friedrich von Brandenburg darauf an, daß zu beſſerer Aufbringung der, zu einem neuen Zuge wider die Hußiten, bewilligten Mannſchaft, und deren Abtheilung in gewiſſe Hauffen, das ganze Reich in einige Kreiſe vertheilt werden ſolte. Man konnte aber auch damit, wegen der Eile und Beſchleunigung des Zuges, nicht zu ſtande kommen, weil zumal die Reichsſtädte ſich widerſetzten, und ſich mit den andern Reichsſtänden, der Lage nach, nicht wolten vermengen laſſen. Mithin wurden in dem damals gemachten Anſchlage oder Matricul der bewilligten Mannſchaft, nur blos die Churfürſten, Fürſten, Grafen und Herren, nach ihrer Situation, in gewiſſe Partheien abgetheilt, ſo wie ſie ihre Völker am füglichſten zuſammen bringen konnten, die Städte aber machten einen beſondern Theil für ſich aus. Ob

nun gleich dieſe damals gemachte Claſſen der verſchiedenen, von den Fürſten und Ständen ins Feld zu ſtellenden, Heere mit der nachmaligen Eintheilung des Reichs in Kreiſe nichts ähnliches haben; ſo verdienen ſie doch, bey dieſer Materie von der erſten Veranlaſſung und Urſprunge der Reichskreiſe, bemerkt zu werden. Dann man kan daraus wenigſtens ſo viel abnehmen, daß man, bey verſchiedenen Fällen, auf dergleichen Eintheilung der Reichsſtände in gewiſſe Partheien oder Kreiſe bedacht geweſen, und dabey immer einige Veränderungen gemacht habe, bis endlich die Sache zu einer feſten Beſtändigkeit gediehen iſt.

So ſchlecht nun bisher dem K. Sigmund die vorgehabte Eintheilung des Reichs in Kreiſe hatte gelingen wollen; ſo ließ er doch dieſes, zu Handhabung eines beſtändigen und dauerhaften Landfriedens, höchſtnöthige Projekt noch nicht fahren. Dann unter den Artickeln, die er den Reichsſtänden, auf dem frankfurtiſchen Reichstage im J. 1435., zur Berathſchlagung übergeben ließ, war gleich der erſte: „daß die Nothdurft erfordere, einen beſtändigen Frieden aufzurichten, „da dann die Stände bedacht, daß das Reich in „vier Vierteil getheilt, und eins dem andern zu „Handhabung des Friedens zu Hülfe kommen „ſolle.„ Was die Churfürſten, Fürſten, Grafen und Herren für einen Entſchluß auf dieſen Vorſchlag des Kayſers gefaßt haben, kan in Ermanglung ihres Gutachtens nicht geſagt werden. Die Reichsſtädte aber gaben zur Antwort: „es „gefalle ihnen ganz wohl, daß die Lande getheilt „werden.„ Indeſſen blieb doch alles ohne Würkung, wie man unter andern auch aus den Handlungen des folgenden, im J. 1437., zu Eger gehaltenen Reichstages ſchlieſſen kan. Dann ob man gleich

auf demſelben ebenfals vieles über die Aufrichtung eines Landfriedens berathſchlagte; ſo wurde doch deßhalben nichts verabſchiedet, oder verordnet. Sondern es übergaben blos die Churfürſten, Fürſten, Grafen, Herren, Ritter und Knechte dem Kayſer, zu ſeinem Wohlgefallen und Verbeſſerung, einen groſſen Rathſchlag, wie etwa die Sache wegen des Landfriedens einzurichten ſeyn möchte, worüber aber der Kayſer, noch in dieſem Jahr, wegſtarb, ohne ſein öfters vorgeſchlagenes Projekt haben ausführen zu können.

Würde inzwiſchen nicht bereits unter ſeiner Regierung dieſer Vorſchlag ſo ſtark betrieben, und darüber ſo vieles berathſchlagt worden ſeyn; ſo würde ſchwerlich ſein Schwiegerſohn und Nachfolger, K. Albrecht der *II.*, gleich auf ſeinem erſten nürnbergiſchen Reichstage, im J. 1438., die Eintheilung des teutſchen Reichs in vier Kreiſe zu ſtande gebracht haben. Es war aber dieſe Abtheilung aus dem erſtgedachten, dem K. Sigmunden zu Eger übergebenem, groſſen Rathſchlage hauptſächlich gezogen, und nunmehr zu Nürnberg in dieſe Form gebracht worden, nachdem man noch eines und das andere dazu und davon gethan hatte. Dieſe vier Kreiſe nun ſolten beſtehen: 1) aus Francken und Bayern, 2) den Ländern am Ober- und Mittel-Rhein, ingleichen Schwaben, 3) dem Nieder-Rhein, Weſtfalen und den Niederlanden, und 4) Ober- und Nieder-Sachſen. Mithin wurden dißmal Böhmen und Oeſterreich, welche bey einigen vorigen Projekten mit in dieſe Eintheilung waren gezogen worden, weggelaſſen. Weil aber auf dieſem Reichstage die Fürſten und Städte in ihren Geſinnungen nicht mit einander einig waren, und ein jeder Theil beſonders einen Entwurf eines Land-

friedens übergab; ſo nahmen die Königlichen Commiſſarien beide Gutachten an, um ſie dem K. Albrechten vorzulegen. Zugleich wurde beliebt, auf den nächſten S. Gallentag dieſes Jahrs wieder einen Reichstag zu Nürnberg zu halten, um dieſes wichtige Geſchäfte vollends zu Ende zu bringen.

Auf dieſem neuen Reichstage brachten die Königlichen Commiſſarien den vom Römiſchen König beliebten neuen Aufſatz eines Landfriedens zum Vorſchein, welcher aus den beiden, auf dem vorigen Reichstage übergebenen, Entwürfen zuſammen gezogen war, aber doch dem Projekte der Reichsſtädte mehr gleich kam. Aus dieſem Aufſatze gehört nun hieher dasjenige, was darinnen von der Eintheilung des Reichs in Kreiſe ſtehet. Es ſolte nehmlich nunmehro ganz Teutſchland, nur Böhmen und Oeſterreich ausgenommen, in ſechs Kreiſe getheilt werden, um dadurch den Landfrieden beſſer zu handhaben, und die von den Gerichten ergangenene Urtheile zu vollſtrecken. Der erſte Kreiß ſolte begreiffen den Marggrafen von Brandenburg, als einen Burggrafen von Nürnberg, die Biſchöffe von Würzburg, Bamberg und Eichſtedt, den Pfalzgrafen Johannes, mit allen ſeinen und der Pfalz in Bayern gelegenen Ländern, auch allen unter dieſen Fürſten geſeſſenen Grafen, Freyen Herren, Rittern und Knechten, ferner die Städte Nürnberg, Weiſſenburg, Rotenburg, Windsheim und Schweinfurt, ingleichen das ganze Land Francken, niemanden ausgeſondert, es ſeyen Prälaten, geiſtliche oder weltliche Perſonen; mithin enthielt dieſer Kreiß ohngefähr Francken und die Obere Pfalz. Der zweite Kreiß ſolte beſtehen aus dem Erzbiſchof von Salzburg, den Biſchöffen von Regenſpurg, Freiſingen und Paſſau, auch allen

andern Fürſten in Bayern, allen Prälaten, Aebten, Landgrafen, Grafen, Herren, Ritterſchaft, Geſellſchaft, Städten und dem ganzen Lande Bayern, wie auch der Stadt Regenſpurg. Zum dritten Kreiſe wurden geſchlagen die Biſchöffe von Augſpurg, Coſtnitz und Chur, und alle ihre Prälaten, ferner die Marggrafen von Baden, die Grafen von Würtenberg, die Geſellſchaft vom S. Georgenſchilde, die Ritterſchaft im Hegau, weiter alle andere Grafen, Freyen, Herren, Ritter, Knechte und die Städte Augſpurg und Ulm mit ihrem Bunde, ingleichen Coſtnitz und alle Städte am Bodenſee, und was den Rhein hinunter bis gegen Baſel gelegen iſt, folglich begriff dieſer dritte Kreiß ohngefähr das heutige Schwaben.

Der vierte Kreiß hingegen ſolte enthalten die Churfürſten von Maynz und Pfalz, die Pfalzgrafen Stephan und Otten, oder die von ihnen in der Rheiniſchen Pfalz beſeſſene Länder, ferner die Biſchöffe von Baſel, Straßburg, Speyer und Worms, den Abt von Fulda, und die Reichsſtädte Baſel, Straßburg, Speyer und Worms, ingleichen alle Reichsſtädte im Elſaß, und die unter den genannten Fürſten geſeſſene Prälaten, Grafen, Herren, Ritterſchaft, Geſellſchaft und Städte. Dieſer Kreiß begriff alſo den gröſten Theil des heutigen Ober-Rheiniſchen Kreiſes, und ein Stück von dem Chur-Rheiniſchen Kreiſe. Zum fünften Kreiſe wurden gezogen die Churfürſten von Cöln und Trier, die Biſchöffe von Lüttich, Utrecht, Oßnabrück, Paderborn und Münſter, die Herzoge von Cleve und von Bergen, die Herren von Egmont in Geldern, die von der Marck, ferner die Grafen von Naſſau, Virneburg, Sayn, Wied und

Iſenburg, weiter die Niederlande den Rhein hinunter bis ans Meer, ingleichen die Reichsſtädte Cöln, Aachen und Dortmund, nebſt allen Prälaten, Grafen, Herren, Ritterſchaft und Städten, die in dieſen Ländern geſeſſen waren. Folglich enthielt dieſer fünfte Kreiß den Reſt des heutigen Chur-Rheiniſchen Kreiſes, ſammt dem Nieder-Rheiniſch-Weſtfäliſchen Kreiſe. Endlich ſolte der ſechſte Kreiß begreiffen die Churfürſten von Sachſen und Brandenburg, die Erzbiſchöffe von Magdeburg und Bremen, die Biſchöffe von Hildesheim, Merſeburg, Naumburg, Meiſſen, Halberſtadt, Brandenburg, Havelberg, Lebus, Verden und Lübeck, die Landgrafen von Thüringen, alle Herzoge von Braunſchweig, ingleichen von Mecklenburg, Pommern, und was noch für Fürſten, Prälaten, Grafen, Herren und Ritterſchaft bis an die See gelegen ſind, wie auch des heiligen Reichs Seeſtädte, oder die Hanſeeſtädte. Mithin beſtand dieſer Kreiß aus den heutigen Ober- und Nieder-Sächſiſchen Kreiſen.

Zugleich befal K. Albrecht der *II.*, daß auf den nächſten Allerheiligentag der Marggraf Friedrich von Brandenburg den erſten Kreiß, der Erzbiſchoff von Salzburg den andern, der Graf Ludewig von Würtenberg den dritten, der Churfürſt von Maynz den vierten, der Churfürſt von Cöln den fünften, und der Churfürſt von Sachſen den ſechſten Kreiß, oder vielmehr alle in jedem Kreiſe befindliche Stände, in eine ihnen wohlgelegene Stadt zuſammen beruffen ſolten, um einen Kreißhauptmann zu erwälen. Dieſem ſolten nun aus dem Kreiſe zehen redliche Perſonen von Herren, Rittern und Städten zu Räthen zugeordnet werden, um mit ihnen alle Quatember

eine

eine Zuſammenkunft zu halten, und auf ſolcher die ſtreitige Sachen zu verhören, und zu entſcheiden. Wegen Unterhaltung des Kreißhauptmanns aber ſolten ſich die Kreißſtände gleichfals mit einander vergleichen. Allein ſo nützlich und nothwendig nun auch dieſe vorgeſchlagene Eintheilung des Reichs in Kreiſe, und die damit verknüpfte Einrichtungen, zu Erhaltung und Befeſtigung des Landfriedens, waren; ſo kamen doch ſelbige nicht zum erwünſchten Schluſſe. Dann die Churfürſten und Fürſten waren anderer Meinung, als die Reichsſtädte, worüber alſo der Reichstag ein Ende nahm, ohne daß auf demſelben ein verbindlicher Schluß wäre verabfaßt worden. Der Königliche Commiſſarius und Kanzler, Caſpar Schlick drohete zwar den uneinigen Reichsſtänden, daß nunmehr der König einen Landfrieden gebieten, und ſodann ſehen würde, wer ihm darinnen gehorſam, oder ungehorſam ſeyn wolte. Aber der das Jahr darauf erfolgte unvermuthete Tod des K. Albrechts unterbrach alle heilſame Unternehmungen deſſelben, und es unterblieb alſo auch die würkliche Abtheilung des Teutſchen Reichs in ſechs Kreiſe, welche ſonſt der mehr belobte König, bey einem längern Leben, gewis würde durchgeſetzt haben.

Unter der langwierigen Regierung K. Friedrichs des *III.* wurde zwar faſt auf allen Reichstagen über einen beſtändigen und allgemeinen Landfrieden gehandelt, aber gewönlicher maſſen nichts beſtändiges zu ſtande gebracht, und der ſo nützlichen Eintheilung des Reichs in Kreiſe wurde faſt gar nicht mehr gedacht. In K. Friedrichs des *III.* erſtem, im J. 1442., auf dem Reichstage zu Frankfurt, publicirten Landfrieden, oder ſogenannten Reformation, ſtehet kein Wort von den Kreiſen. Als aber der Kayſer nachmals, wegen

des

des Türkenzuges, und Errichtung eines dauerhaften Landfriedens, zu Nürnberg, im J. 1466., wiederum einen Reichstag hielt; ſo riethen die Reichsſtädte, Nürnberg, Dünckelspühel, Windsheim und Weiſſenburg, in ihrem dem Kayſer übergebenem Gutachten, daß er die ehmals gemachte Eintheilung in Zirkel oder Creiſe befördern helfen ſolte. Sie fügten hinzu: ſie hätten von ihren Eltern vernommen, daß ſolche ehmals geſchehene, oder doch vorgeweſene Austheilung des Reichs in etliche Zirkel und Kreiſe dem gemeinen Lande faſt nützlich und erſprießlich geweſen wäre. Allein obgleich der Kayſer noch in dieſem Jahr zur Wiener-Neuſtadt einen fünfjärigen Landfrieden publicirte; ſo kommt doch in ſelbigem nichts von der Eintheilung Teutſchlandes in gewiſſe Kreiſe vor, welche doch das beſte Mittel geweſen wäre, den Landfrieden aufrecht zu erhalten. Und ſo iſt auch in den folgenden, von unſerm Kayſer ins Reich verkündeten Landfrieden von der, von einigen vorigen Kayſern, ſo ſcharf getriebenen Abtheilung des Teutſchen Reichs in gewiſſe Bezirke oder Kreiſe nichts gedacht worden, ſondern der Kayſer empfal die Handhabung dieſer Frieden den Reichsſtänden nur überhaupt. Mithin blieb ſeinem Sohn und Nachfolger, Maximilian dem *I.*, die Ehre und das Verdienſt übrig, dieſes für Teutſchland ſo heilſame Inſtitut auszuführen und zu ſtande zu bringen, wie unter ſeiner Regierung ſoll gemeldet werden o).

Die

o) S. aus den Quellen: *Dattium* de Pace publ., L. I. c. 26-28. p. 177-203. *paſſim*, Müllern *l. c.*, P. I. in der 1. Vorſtell. c. 7. §. 9. p. 92 ſq. et P. II. in der 4. Vorſtell. c. 33. §. 2. p. 198. et cap. 40. §. 4. n. III. p. 281. a. *coll.* §. 2. p. 275. b. *Gund-*

Die Hoheitsrechte, welche die carolingiſchen, ſächſiſchen und fränkiſchen Kayſer vormals über die Kirche, geiſtliche Sachen und Perſonen, mit ſo vielem Nachdrucke behauptet hatten, ſuchte zwar der heldenmüthige K. Ludewig der Bayer zum Theil ſich und dem Kayſerthume wieder zuzueignen. Es wurde auch, zu Behauptung der höchſten kayſerlichen Gewalt in geiſtlichen Dingen, von den Gränzen, der geiſtlichen und weltlichen Gewalt, und der Oberherrlichkeit dieſer über jene, von den damaligen gelehrteſten Männern vieles geſchrieben p). Allein der gute Kayſer Ludewig wurde darüber ein Staatsmärtyrer für die Rechte des Kayſerthums, und muſte zuletzt unter der gewaltigen Hand der Päbſte erliegen. Das *Ius ipſum Sacrorum* war einmal, und blieb ferner verlohren, und unſere Kayſer muſten allen Fleiß und Mühe anwenden, um ſich nur bey dem *Iure circa Sacra*

Gundlingiana, P. VI. (T. II.) n. I. p. 1 ſqq. Treuers Ber. von der wahren Gelegenheit und dem rechten Urſprung derer Reichs-Kreyſe ꝛc.; ſ. l 1722. 4. *per totum*, und Joh. Maximil. von Günderrode gründl. Unterſuch. von dem Urſpr., Fortgang und heut. Zuſtand des T. Creiß-Weſens; (Gieſſen und Frankf., 1738. 4.) Sect. IV. §. 40-45. p. 67-83.

p) Es gehören hieher die Schriften eines Johannes von Gent oder Janduno, eines Marſilius Patavinus, Michaels von Ceſena, Wilhelm Ockams, des Bruders Bonagrazia, u. a. m., die von dem Schardius, in ſeiner *Sylloge hiſtorico politico-eccleſiaſt., h. e. Varior Autorum, ſuperior. Seculis aliquot qui vixerunt, de diſcrimine poteſtatis imperial. et eccleſiaſt., imperialisque praeeminenti ICtione et auctoritate etc. Tractatt. aliquot* etc., und dem Goldaſt in dem *I.* und *II. Tomo* ſeiner *Monarchiae S. R. I.*, ſind geſammelt worden. Cf *Thomaſii* Hiſt. Contentionis inter Imperium et Sacerdotium; (Halae, 1722. 8.) cap. IX. §. 87 ſqq. p. 79 ſqq.

Sacra zu behaupten, welches ſogar nicht ſelten von dem Pabſte und der Geiſtlichkeit angefochten wurde, und ihnen ſtreitig gemacht werden wolte.

Unter dieſe Rechte gehörte nun vorzüglich die Advokatie, ſowohl über die ganze chriſtliche Kirche überhaupt, als auch insbeſondere über den Stul zu Rom, und die Kirchen in Teutſchland. Jene beſtand in der Obliegenheit, für das Wohl der ganzen Chriſtenheit zu wachen, und in einer allgemeinen Direktion der dazu gehörigen Dinge. Deswegen wurde auch der Römiſch-Teutſche Kayſer für das weltliche Oberhaupt der Chriſtenheit, (*Caput temporale orbis Chriſtiani*,) erkannt und verehrt. Aus dem Grunde berief noch K. Friedrich der *III.*, nach der von den Türken geſchehenen Eroberung der Stadt Conſtantinopel, nicht nur die Teutſche und Italiäniſche Reichsſtände, ſondern auch alle übrige chriſtliche Könige und Republicken, im J. 1454., auf den groſſen Convent nach Frankfurt, um unter ſeiner Direktion über die Wohlfahrt der ganzen Chriſtenheit zu berathſchlagen. Und deswegen wurde auch unter den Urſachen der Abſetzung des K. Wenceslaus dieſe mit angeführt, „daß er der heiligen Kirche nie zu Frieden geholfen habe, wie doch ſeine Obliegenheit, als des oberſten Advokatens der Kirche erfordert hätte.„ Hingegen beſtand die beſondere Advokatie des Stuls zu Rom und der Teutſchen Kirchen in einer ſpeciellen Schutz- und Schirmgerechtigkeit über dieſelbe, welche ſich auch die Päbſte, bey vorkommenden Fällen, wohl zu Nutzen zu machen wuſten. Und ſo viel ins beſondere den Schutz der Teutſchen Kirche anbelangt; ſo nahmen ſich derſelben die Kayſer, in unſerm Periodus, einer mehr, als der andere,

nach

nach Vermögen an, und ſuchten, ihre Freiheit aufrecht zu erhalten q).

Aus dieſer höchſten Advokatie der Kayſer über die ganze Kirche und Chriſtenheit entſprang ihr Recht der Beſchirmung der allgemeinen Kirchenverſammlungen. Dieſe allein, und nicht mehrere Rechte hatten die Kayſer, in unſerm Periodus, in Anſehung der Concilien. Es hat zwar K. Ruprecht, bey ſeinen damaligen Unterhandlungen, das päbſtliche Schiſma zu heben, auf dem Convente zu Metz, im J. 1401., unter andern Vorſchlägen auch dahin antragen laſſen, ſich mit den Königen von Frankreich, Arragonien und Engelland zu vergleichen, daß er, als Römiſcher König, ein Concilium ausſchriebe, welches alle Geiſtliche aus gedachten Königreichen beſuchen ſolten r). Ja P. Gregorius der *XIII.* ſtellte es nachher, durch ſeinen auf den Reichstag nach Frankfurt, im J. 1409., abgeſchickten Legaten, in des K. Ruprechts Gewalt, die Zeit und den Ort eines Conciliums zu beſtimmen, woferne etwa denen, zu Piſa verſammelten Cardinälen, das vom Gregorius nach S. Vido ausgeſchriebene Concilium nicht anſtehen ſolte s). Und es hat auch hernach K. Ruprechts Geſandter, der Biſchof von Verden, der ſich auf die inzwiſchen angegangene piſaniſche Kirchen-

q) *Schilter* de libert. Eccleſ. Germ., L. VI. *per totum*, p. 739 - 803. *paſſim*, et Chriſti. Gottlieb *Buderi* Diſſ. (*Praeſ.* B. G. *Struvio*,) Vindiciae iuris imperatorii adverſus Urbis Romae Epiſcopos etc.; (Ienae, 1717. 4.) §. 10-12. p.m. 61 ſqq. et in *Illius* Opuſculis (Ienae, 1745. 8.) n. I. p. 19 ſqq. r) *Martene* et *Durand* Collect. ampliſſ., T. IV. n. XXXI. §. 3. p. 50. s) *Weuckeri* Appar. et Inſtr. Archivor., p. 295 ſq.

Kirchenverſammlung verfügt hatte, in ſeinem wider das Verfahren derſelben öffentlich angeſchlagenen Appellation, geäuſſert: „daß die Zuſammen„beruffung eines allgemeinen Conciliums, in dem „gegenwärtigen Falle, dem Römiſchen König „gebühre„ t). Allein die zu Piſa verſammelten Väter kehrten ſich hieran im geringſten nicht, ſondern fuhren in ihrem Geſchäfte fort.

Ja wie hierauf K. Sigmund mit Ernſt darauf dachte, das ärgerliche päbſtliche Schiſma zu heben, und die Einigkeit in der Kirche wieder herzuſtellen, auch ſich darüber endlich, im J. 1413., mit P. Johannes dem *XXIII.* verglich; ſo that K. Sigmund nichts weiter, als daß er ein allgemeines Ausſchreiben ergehen ließ, worinnen er allen und jeden, die ſich auf das nach Coſtnitz verabredete Concilium begeben würden, eine allgemeine Sicherheit, und völliges ſicheres Geleit verſprach. Zugleich aber verſicherte er, daß daſelbſt der Pabſt, mit ſeiner ganzen Hofſtaat, aller geiſtlichen Immunitäten ſolte genieſſen, und ſeine apoſtoliſche Gerichtsbarkeit ungehindert ausüben können. Das Concilium ſelbſt aber wurde vom P. Johannes ausgeſchrieben. Als nun daſſelbe im folgenden Jahr ſeinen Anfang nahm, und K. Sigmund ſich in Perſon nach Coſtnitz verfügte; ſo übernahm er deſſen Protektion, und führte ſie, ſo lang er gegenwärtig war. Wie er ſich aber, im J. 1415., zur Reiſe nach Spanien anſchickte; ſo ernannte er an ſeine Stelle den Churfürſten Ludewig von Pfalz zum Subprotektor des Conciliums, der zwar anfangs den Cardinälen nicht recht anſtand, weil er dem P. Gregorius dem *XIII.* anhieng, und hätten ſie lieber den Burggrafen Friedrich von Nürnberg

t) *Theodor.* a *Niem* de Schiſmate, L. III. c. 39. p. m. 222.

berg zum Subprotektor gehabt. Allein nachdem hierauf, noch vor der Abreiſe K. Sigmunds, der P. Gregorius freiwillig abgedankt hatte; ſo fiel darüber der dem Churfürſten Ludewig gemachte Vorwurf weg, und derſelbe trat alſo, nach Sigmunds Abreiſe, die ihm von dieſem aufgetragene Stelle an. Da er auch einmal, bey der fortdauernden Abweſenheit des Römiſchen Königs, nach ſeinen ländern reiſen muſte; ſo beſtellte er für ſich den Grafen von Nellenburg, um ſeine Stelle zu vertreten.

Auch die folgende Kirchenverſammlung zu Baſel iſt nicht vom K. Sigmund ausgeſchrieben worden, ſondern das, im J. 1423., zu Siena gehaltene Concilium beſchloß, daß es ſich nach ſieben Jahren wiederum zu Baſel verſammeln wolle, welches Dekret P. Martin der *V.*, durch eine eigene Bulle, beſtätigte. Da nun dieſe ſieben Jahre meiſtens verſtrichen waren; ſo ſchrieb eben dieſer Pabſt, im J. 1431., die neue Kirchenverſammlung nach Baſel in die ganze Chriſtenheit aus, und beſtellte auf derſelben den Cardinal von S. Angelo, Julian, zu ſeinem Legato a Latere. K. Sigmund that aber weiter nichts, als daß er, noch in eben dieſem Jahr, zu Nürnberg die nöthige Geleitsbriefe für diejenige, welche das Concilium beſuchen würden, ausfertigen lieſſe und alſo hiedurch abermals nur die Protektion deſſelben übernahm. Weil er inzwiſchen dißmal ſich nicht in Perſon nach Baſel begeben konnte; ſo ernannte er den H. Wilhelm von Bayern zu München zum Subprotektor dieſer Kirchenverſammlung, der hernach ſeine Stelle, auf den Fall ſeiner Abweſenheit, dem Marggrafen Wilhelm von Hachberg-Sauſenberg auftrug. Und wie nachher die, bereits im hiſtoriſchen Abſchnitte, umſtändlich erzälten Streitig-

keiten zwiſchen dem folgenden P. Eugenius dem *IV.*, und dem Basler Concilium entſtanden waren, alſo daß darüber jener dieſes aufhob; ſo that K. Sigmund wieder weiter nichts, als daß er den Pabſt, durch gütliche Unterhandlungen, dahin bewog, dieſe Kirchenverſammlung ferner in ihrem Weſen zu laſſen. Nach ſeiner Rückkunft aus Italien und von Rom, gieng der Kayſer ſelbſt, im J. 1433., nach Baſel, war aber ſehr unzufrieden, daß er daſelbſt ſo wenige Teutſche Prälaten fand. Deswegen erließ er aus Baſel einen ernſtlichen Befehl an die Teutſche Geiſtlichkeit, daß ſie, bey Verluſt ihrer Regalien und Freiheiten, das Concilium beſuchen ſolte *). Diß konnte er als Kayſer füglich thun, es kan aber hieraus nicht auf ein allgemeines Recht der Kayſer, Concilien auszuſchreiben, geſchloſſen werden.

Nach dem Tode K. Sigmunds, und da ſchon vorher der bisherige Subprotektor des Conciliums, H. Wilhelm von Bayern, geſtorben war, ernannte K. Albrecht der *II.*, im J. 1439., Conraden, Herrn von Weinſperg, an jenes Stelle zum Subprotektor. Er behielt auch die Kirchenverſammlung zu Baſel ferner in ſeinem Schutze, ohngeachtet die, zwiſchen derſelben und dem P. Eugenius, von neuem ausgebrochenen Zwiſtigkeiten ſo weit giengen, daß jenes dieſen, bald nach K. Albrechts des *II.* Ableben, abſetzte. Auch der folgende Kayſer, Friedrich der *III.* ſetzte, noch einige Jahre lang, die Protektion des Basler Conciliums ferner fort, ob er gleich übrigens, nebſt dem gröſten Theil von Teutſchland, in Anſehung ſowohl der Streitigkeiten der Basler Väter mit dem P. Eugenius, als auch der entſtandenen neuen

*) Eberh. Windeck *l. c.*, cap. 198 ſq. p. 1251 ſqq.

neuen Kirchenſpaltung, bey der einmal erwälten Neutralität blieb. Nachdem aber K. Friedrich der *III.* und das Teutſche Reich dieſe bisherige Neutralität fahren laſſen, und Eugen den *IV.*, auch hernach ſeinen Nachfolger Nikolaus den *V.*, im J. 1447., für die rechtmäßige Päbſte erkannt hatten, ferner zu Aſchaffenburg, noch in eben dieſem Jahr, die Adviſata, zwiſchen den kayſerlichen und päbſtlichen Geſandten waren geſchloſſen worden, aus welchen nachher, im folgenden J. 1448., die bekannten Concordata Nationis Germanicae entſtanden ſind; ſo kündigte K. Friedrich der *III.*, den 20. Julius 1447., den Basler Vätern das bisherige ſichere Geleit auf, und befal ihnen von Baſel wegzugehen. Weil ſie ſich aber daran nicht kehrten, und ſich weigerten, Baſel zu verlaſſen; ſo wiederholte er ſolchen Befehl in ernſtlichern Ausdrücken um Weyhennachten dieſes, und nachher zu Anfang der Faſten des folgenden Jahrs. Ja da auch dieſes nichts helfen wolte; ſo befal er endlich der Stadt Baſel bey Strafe der Acht, daß ſie ſeine Befehle vollſtrecken, und die Väter des Conciliums aus ihrer Stadt ſchaffen ſolte. Darüber muſten dieſe nach Lauſanne weichen, wo dieſe ſo lang gedauerte Kirchenverſammlung bald darauf ihr Ende nahm u). Es erhellet alſo aus allen bisher angeführten Umſtänden, daß ſchon in unſerm Periodus die Kayſer, in Anſehung der Concilien, weiter kein Recht gehabt haben, als ſelbige in ihren Schutz zu nehmen, nicht aber ſie auch auszuſchreiben.

u) S. den Auszug ꝛc. im vierten Bande, S. 653. f. im fünften Bande, S. 104. f. 107. 490. 520. 528. 543 ‐ 547. 551 ‐ 553. 574 ‐ 576. 598 ‐ 601. und im ſechſten Bande, S. 13 ‐ 21. 43 ‐ 56. 97 ‐ 105. 107. et 195 ‐ 217. *paſſim.*

Bey der ſchon weiter oben bemerkten groſſen Ehrerbietung unſerer Kayſer gegen die Päbſte v), iſt ſich nicht zu verwundern, daß die ſogenannten Obedienz-Geſandſchaften auch in unſerm Periodus ferner fortdauerten. Von den meiſten Königen und Kayſern deſſelben können ſelbige deutlich dargethan werden, und auch bey den übrigen muß
1273 man ſie vermuthen. K. Rudolf der *I.* ſchickte, gleich nach ſeiner Wahl, ſeinen Hofkanzler, den Probſt Otten zu S. Guido in Speyer, an P. Gregorius den *X.* nach Lyon, und ließ ihn durch ſelbigen ſeine Obedienz leiſten. Zu gleichem End-
1295 zwecke fertigte K. Adolf den Biſchof von Brixen, den Probſten zu Worms und Gerlachen von Iſenburg an P. Bonifacius den *VIII.* ab. Dieſem
1303 leiſtete K. Albrecht der *I.* gleichfals die Obedienz, und ließ, durch ſeine Geſandte, dem Pabſte ſchwören, daß er ihm und ſeinen Nachfolgern getreu und gehorſam (fidelis et *obediens*,) ſeyn wolle. Allein K. Heinrich der *VII.* gieng hiebey ſchon etwas vorſichtiger zu Werk. Dann er gab ſeiner, an P. Cle-
1309 mens den *V.* nach Avignon geſchickten, Geſandſchaft nur dieſes auf, daß ſie, in ſeinem Namen, dem Pabſte ſeine Devotion und kindliche Ehrerbietung, (*Devotionem et filialem Reverentiam*,) verſichern ſolten. Als nach ſeinem Tode ſowohl Friedrich von Oeſterreich, als auch Ludewig der Bayer, in einer zwiſtigen Wahl, zu Römiſchen Königen erwält wurden; ſo ſchickten beide an

v) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 57. Man kan denen daſelbſt angeführten Exempeln auch noch dieſes beifügen, daß K. Sigmund zu Coſtniz, bey der feierlichen Proceßion des P. Martins zu ſeiner Inthroniſation, das päbſtliche Pferd am Zügel geführt habe; S. im fünften Bande des Auszuges ꝛc., S. 182. f.

an den P. Johannes den *XXII.* ihre Geſandten, baten ihn um ſeine Beſtätigung, und wolten ihm die Obedienz leiſten laſſen. Allein der Pabſt wolte dieſe nicht annehmen, und da hierauf K. Ludewig dem ohngeachtet ſich der kayſerlichen Regierung unterzog; ſo entſtanden darüber, zwiſchen den Päbſten und ihm, die ſchon in ſeiner Regierungsgeſchichte umſtändlich erzälten Händel. Ja obgleich nachher unſer K. Ludewig an den folgenden P. Benedict den *XII.* eine Geſandſchaft ſchickte, und derſelben auftrug, alle nur verlangte Obedienzen, (omnes *Obedientias*,) zu leiſten; ſo ließ ſich doch der Pabſt zu deren Annehmung nicht willig finden.

Von Carln dem *IV.* iſt bekannt, daß er ſeine Erhöhung auf den Teutſchen Thron vornehmlich den Intriguen P. Clemens des *VI.* zu danken habe. Er muſte alſo noch vor ſeiner Wahl dem Pabſte, 1346
als er denſelben zu Avignon beſuchte, die Obedienzleiſtung verſprechen, und darüber ſowohl, als auch über andere der Reichshoheit ſehr nachtheilige Punkten, eine weitläuftige ſchriftliche Verſicherung ausſtellen. Nach ſeiner geſchehenen Afterwahl ſchick- a. e.
te er an den Pabſt zu zweienmalen eine prächtige und zalreiche Geſandſchaft, und ließ durch ſelbige jenen ſeines kindlichen Gehorſams verſichern, auch einen förmlichen Eid der Treue ablegen. Ja er ſchwor ſolchen nachher perſönlich ab in die Hände 1347
des an ihn nach Trident geſchickten päbſtlichen Legatens, wobey er nochmals die geleiſtete Obedienz erneuerte. Auch ſein Sohn Wenceslaus ſchickte gleich nach ſeiner Römiſchen Königs- 1376
wahl eine anſehnliche Geſandſchaft von vornehmen geiſtlichen und weltlichen Herren an den P. Gregorius den *XI.*, und gab ihnen die Vollmacht, die gewönliche und auch von ſeinem Vater dem päbſtlichen Stule geleiſtete Eide in ſeine Seele zu ſchwö-

ren, folglich dem Pabſte die Obedienz zu leiſten. Dem ohngeachtet zauderte P. Gregorius mit ſeiner Erkennung und Beſtätigung, und ſtarb darüber weg, daß er alſo erſt deſſen Nachfolger Urban dem *VI.* die Obedienz leiſten konnte. Der folgende Römiſche König Ruprecht demüthigte ſich, durch ſeinen an P. Bonifacius den *IX.* geſchickten Geſandten, den Biſchof von Verden, ganz ungemein gegen den erſtgedachten Pabſt, und räumte demſelben, bey ſeiner Obedienzleiſtung, ſo viele der Reichshoheit ſchimpfliche Dinge ein, daß man es nicht ohne Unwillen und Mitleiden, in der von dem königlichen Geſandten, im öffentlichen Conſiſtorium, gehaltenen Rede, leſen kan. Wie Sigmund zum Römiſchen König erwält wurde, waren drey Päbſte, worüber damals die Abſchickung einer Obedienzgeſandſchaft unterbleiben mochte, weil Sigmund erſt das päbſtliche Schiſma wolte gehoben wiſſen. Nachdem aber Martin der *V.*, auf dem Concilium zu Coſtnitz, zum rechtmäßigen Pabſte war erwält worden; ſo hat demſelben ohne Zweifel der anweſende K. Sigmund die Obedienz geleiſtet, welches auch nachher gegen den folgenden Pabſt, Eugen den *IV.*, von ihm geſchehen iſt. Hingegen findet man keine Spuren, daß K. Albrecht der *II.*, nach ſeiner Wahl, eine Obedienzgeſandſchaft an den damaligen P. Eugen den *IV.* abgefertigt habe, woran vielleicht die damals obgewalteten Streitigkeiten zwiſchen dieſem Pabſte und dem Basler Concilum Schuld waren.

Aber ſein Nachfolger Friedrich der *III.* leiſtete den Päbſten deſto fleißiger die Obedienz. Die Churfürſten hatten zwar in den bekannten Frankfurter Unionen beſchloſſen, bey den fortdauernden Streitigkeiten zwiſchen dem Pabſte und dem Concilium die einmal erwälte Neutralität ferner

ner zu beobachten, und die Leiſtung der Obedienz an den P. Eugen ſo lange aufzuſchieben, bis daß derſelbe einige, von dem Basler Concilium, zum Beſten der Teutſchen Kirche, gemachte Dekrete bewilligt hätte, und dieſes war auch auf dem frankfurtiſchen Reichstage von allen Reichsſtänden gut geheiſſen worden. Allein K. Friedrich ließ ſich hernach durch den ſchlauen Aeneas Sylvius verleiten, von dieſen heilſamen Schlüſſen abzugehen, und ſchickte vielmehr denſelben, nebſt dem Prokopius Rabenſtein, in Geſandſchaft nach Rom, um dem mehrgedachtem P. Eugenius dem *IV*. die Obedienz zu leiſten. Ein gleiches beobachtete er hernach gegen deſſen Nachfolger Nicolaus den *V*., und als nach deſſen Tode die Churfürſten dem Kayſer riethen, die Obedienzgeſandſchaft an den neuen P. Calixtus den *III*. in etwas aufzuſchieben, um ihn dadurch zu zwingen, die noch immer anhaltende Beſchwerden der Teutſchen Nation abzuſtellen; ſo wuſte doch der Aeneas Sylvius den Kayſer eines andern zu bereden. Ja dieſer ſchickte jenen ſelbſt, mit dem Johannes Inderbach, als ſeine Obedienzgeſandten an Calixtus den *III*. nach Rom. Und als hierauf der Aeneas Sylvius, unter dem Namen Pius des *II*., auf den päbſtlichen Stul erhoben ward; ſo bezeugte ihm K. Friedrich ſeine darüber habende groſſe Freude durch eine eigene an ihn abgefertigte Obedienzgeſandſchaft. Ob aber Maximilian der *I*., nach ſeiner Römiſchen Königswahl, einen *Legatum obedientiae* an den da- 1486
maligen P. Innocenz den *VIII*. geſchickt habe, ſcheinet zweifelhaft zu ſeyn; wenigſtens findet man ſolches nicht angezeigt. Und ob er gleich nachher an deſſen Nachfolger, P. Alexander den *VI*. einen Geſandten abgefertigt hat; ſo iſt doch von dem päbſtlichen Ceremonienmeiſter Burchard nicht angemerkt

 worden,

worden, daß der königliche Geſandte dem Pabſte die Obedienz geleiſtet habe. Hingegen hat K. Maximilian der *I.* ſolches nachher gegen den folgenden P. Julius den *II.* beobachtet w).

Das vormals von den carolingiſchen, ſächſiſchen und fränkiſchen Kayſern bisweilen ausgeübte Recht, einen Pabſt abzuſetzen ſuchte zwar K. Ludewig der Bayer wieder hervor, und er ließ, bey ſeinem Aufenthalte zu Rom, im J. 1328., in ſeinem Namen, ein weitläuftiges Urtheil publiciren, worinnen er den ſich nennenden Pabſt Johannes den *XXII.*, als einen kundbaren Ketzer und Majeſtätsſchänder, ſeines Pontificats entſetzte. Sodann ernannte er den Peter Rainalucci, einen Minoriten zum Pabſte, legte ihm den Namen Nikolaus des *V.* bey, und inveſtirte ihn zum Pabſte. Allein K. Ludewig gieng hiebey unſtreitig zu weit, und war auch zu unvermögend, dieſes Unternehmen auszuführen. Ja er zog ſich, durch dieſes übereilte Verfahren, einen ſo unverſönlichen Haß des apoſtoliſchen Stuls zu, daß derſelbe nicht eher ruhete, bis er ihn zu Grunde gerichtet hatte. Die Vorfahren unſers Kayſers hatten nehmlich in Anſehung der ehmaligen kayſerlichen Rechte über den Pabſt, entweder durch feierliche Verträge, oder ſtillſchweigend, allzuviel vergeben, als daß unſer Kayſer, mit einem Schein Rechtens, ſich deſſen wieder hätte anmaſſen können. Und überdis war die Welt noch abergläubiſcher geworden, und von der Heiligkeit der Päbſte, als Statthalter Chriſti, zu ſehr eingenommen, daß

w) S. aus den Quellen: C. G. *Buder* de Legationibus Obedientiae Romam miſſis; (Ienae et Lipſ., 1735. 4) cap. I. §. 18-31. p. 20-40. et in *Eius* Opuſculis, p. 348 ſqq. Cf die Senckenberg. Samml. ꝛc., P. IV. in der Vorrede, §. 3 ſq. und n. I. p. 1 ſqq.

daß ſie daher glaubte, derjenige, welcher das ſichtbare Haupt der Kirche antaſtete, griffe zugleich das unſichtbare Haupt derſelben an, und ſuche auf die Umſtürzung der Kirche die Freigeiſterey zu gründen. Hauptſächlich aber fehlte es dem guten K. **Ludewig** an den erforderlichen Kräften, dieſes gewagte Unternehmen auszuführen. Er hatte noch in Teutſchland einen furchtbaren, wo nicht öffentlichen, doch heimlichen, Feind an ſeinem ehmaligen Gegner, dem **Friedrich** von **Oeſterreich**, und deſſen Anhängern, welche der von ihm abgeſetzte **P. Johannes** der *XXII.* wider ihn von neuem bewaffnen konnte. Mithin hätte er billig bedacht seyn müſſen, ſeine wenige Kräfte zu Behauptung des **teutſchen Reichsthrons** zu ſparen und zuſammen zu halten, als ſie zu Vertheidigung ſeines eingeſchobenen **Pabſtes** zu zerſtreuen, mit dem es auch bald darauf ein klägliches Ende nahm r).

An ein *Ius excluſivae* der **Kayſer** unſers Periodus bey den **Pabſtwahlen** iſt gar nicht zu gedenken; dann da ſie ihre Würde, nach den verkehrten Grundſätzen dieſer Zeiten der **Beſtätigung** des **Pabſtes**, danken ſolten; ſo wäre es widerſinniſch geweſen, wenn ſie ſich über ihren Schöpfer hätten was herausnehmen wollen. Hingegen hatten die **Könige** von **Frankreich**, ſeit dem Tode **P. Bonifacius** des *VIII.* einen deſtó ſtärkern Einfluß in die **Pabſtwahlen**, nachdem zumal **Clemens** der *V.* den **Sitz** des **Pontificats** nach **Avignon** verlegt hatte, wo er, mit Einrechnung der nachmals entſtandenen Kirchenſpaltung, über hundert Jahre geblieben iſt. Man rechnet hiernächſt itzo unter die Vorzüge unſerer **Kayſer**, daß dieſelben dem **Pabſte** eine taugliche Perſon zur **Cardinalswürde** vorſchlagen

r) S. im dritten Bande des Auszuges rc., S. 218-220. et 227 ſq. *coll.* pag. 434 ſq.

ſchlagen, und empfelen können. Ich finde aber davon auch ſchon in unſerm Periodus ein Exempel. Es giebt uns davon Raynaldus in ſeiner Fortſetzung des Baronius Nachricht, wenn er, beym J. 1477. n. 10. und 11., ſchreibt: *Auctum fuit X. Septembris huius anni Collegium Cardinalium a* SIXTO IV. - - - *In arcanis etiam Comitiis* ALIVS RENVNCIATVS CARDINALIS OB ARDENTES ET CONTINVAS FRIDERICI IMPERATORIS PRECES, *nimirum* HESLERVS etc. P. Sixtus der *IV.* ernannte ihn aber, wie man itzo ſagt, *in petto;* doch machte er ihm ſeine Erhebung ſchon unter dem 25. Junius dieſes Jahrs bekannt, und verſicherte ihn, daß, wenn er, der Pabſt, etwa vor der öffentlichen Bekanntmachung ſeiner Ernennung zum Cardinalat ſterben würde, die Cardinäle, bey Verluſt ihrer Stimmen bey der nächſten Pabſtwahl, einen Tag nach erhaltener Nachricht von ſeinem Ableben, ſeine geſchehene Erhebung bekannt machen, und ihn ad vocem activam et paſſivam bey der bevorſtehenden Wahl des neuen Pabſtes mit zulaſſen ſollen y).

Man

y) S. aus den Quellen den Müller *l. c.*, P. II. in der 5. Vorſtell. c. 80. §. 1. p. 727 ſq. Der berühmte Marquard Freher ſagt zwar in ſeinen *Notis poſthumis* über des *Lupoldi* a *Bebenburg* Tr. de iurib. regni et imperii Rom., ad *cap. XIII p. m. 142. nota b*), daß der heilige *Antoninus*, *AEp. Florentinus*, in ſeiner *Summa hiſtoriali*, P. III. Tit. XXI. cap. 2. §. 2., anführe: *quod quamvis de omni natione debent Cardinales eligi, non tamen conſueverit Eccleſia aliquos de Alemannia Cardinales aſſumere, ne ſecreta Eccleſiae Imperatoribus pandantur.* Allein ich kan dieſe Stelle bey dem Antonin an dem angezeigten Orte nicht finden. Und wenn ſie auch daſelbſt ſtände; ſo würde dieſes Vorgeben doch nicht richtig ſeyn, weil man ſchon vor dieſen Zeiten genug Teutſche findet, welche Cardinäle geweſen ſind.

Man trifft ferner den erſten Urſprung der heutigen Protektion über Teutſchland am Römiſchen Hofe, welche vom Kayſer einem Cardinal pflegt aufgetragen zu werden, in unſerm Periodus an. Dann ich ſtimme darunter völlig der Meinung meines gewogenen Freundes, des Herrn Hofrath Böhmens, bey, welcher dieſe bisher dunkle Materie unſers teutſchen Staatsrechts zuerſt ins Licht geſetzt hat. Es bemerkt nehmlich derſelbe, daß die *Protectio Germaniae* erſt im funfzehnten Jahrhundert ihren Anfang genommen, und hiezu die errichtete *Concordata Nationis Germanicae* Gelegenheit gegeben haben. Dann da, ohngeachtet derſelben, die Päbſte noch immer fortfuhren, in die Freiheiten der Teutſchen Kirche Eingriffe zu thun; ſo war nöthig, daß dieſerhalben ein eigener Cardinal zu Rom beſtellt wurde, der ſich der Teutſchen Kirche annahm, und ihre Rechte und Freiheiten am päbſtlichen Hofe vertheidigte. Es hat auch der belobte Herr Hofrath Böhme, nach ſeiner groſſen Beleſenheit, uns den erſten Protektor von Teutſchland entdeckt, nehmlich den Cardinal Franz Gonzaga, und ich kan mich nicht erinnern, daß ich bey den Geſchichtſchreibern, und in den *Actis publicis* dieſer Zeiten einen ältern Protektor entdeckt habe z).

Daß K. Rudolf der *I.* ſich des ſogenannten *Iuris Regaliae* oder *Exuviarum*, d. i. des Rechtes, ſich die bewegliche Verlaſſenſchaft der Teutſchen Biſchöffe und Prälaten zuzueignen, und die Einkünfte der erledigten Bißthümer und Stifter zu heben, gleich ſeinen Vorfahren, Otten dem *IV.* und Friedrich

z) Io. Gottlob. *Boehmii* Diſſ. de Nationis German. in Curia Rom. Protectione; Lipſ. 1763. 4. beſonders §. 6. et 15. p. 15 ſqq. et 47.

1275 Friedrich dem *II.* a), bey ſeiner Zuſammenkunft mit P. Gregor dem *X.*, eidlich begeben habe, hat wohl keinen Zweifel. Dann in ſeiner daſelbſt ausgeſtellten Urkunde, worinnen er die von ſeinen Vorfahren dem päbſtlichen Stule gethane Schenkungen und gegebene Privilegien beſtätigt hat, heißt es ausdrücklich: *illum quoque dimittimus et refutamus abuſum, quem in occupandis bonis decedentium Praelatorum, aut etiam Eccleſiarum vacantium noſtri conſueverunt anteceſſores committere, pro motu propriae voluntatis* b). Daß aber K. Rudolf der *I.* zugleich auch ſeinem Rechte, ſich in die zwiſtige Wahlen der Teutſchen Biſchöffe und Prälaten nicht weiter zu miſchen, damals entſagt habe, wie von einigen c), ja von mir ſelbſt d), hat wollen vorgegeben werden, iſt unerweislich. Dann in der erſtbeſagten Urkunde heißt es blos: *Illum igitur abolere volentes* ABVSVM, *quem interdum quidam praedeceſſorum noſtrorum exercuiſſe noſcuntur et dicuntur* IN ELECTIONIBVS PRAELATORVM, *concedimus et* SANCIMVS, VT ELECTIONES PRAELATORVM LIBERE ET CANONICE FIANT; *quatenus ille praeficiatur eccleſiae viduatae, quem totum capitulum, vel maior et ſanior pars ipſius duxerit eligendum: dummodo nihil deſit de canonicis inſtitutis* e). Der Römiſche König begiebt ſich alſo blos des Mißbrauchs des Rechtes, nicht aber

a) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 341. Note f). b) *Raynaldus* l. c., T. XIV. ad a. 1275. n. 38. p. 244. a. c) S. z. E. Io. Casp. *Barthel* Diſſ. III. de Concordatis Nationis German., §. 4. in *Eius* Opuſcul., T. III. P. I. p. 142. und J. E. Schmidts Grundriß zu einer umſtändl. R. Hiſt., Sect. VIII. §. 17. p. 366. d) in Meinem Entwurf einer pragmat. T. R. Hiſt., Per. VI. Sect. II. §. 437. p. 536. e) *Raynaldus* l. modo c.

aber des Rechtes ſelbſt, welches unſere Kayſer, aus dem, zwiſchen K. Heinrich dem *V.* und P. Calixtus dem *II.*, im J. 1122., geſchloſſenem Vertrage, bey den zwiſtigen Biſchofswahlen hatten.

Nun ließ zwar K. Rudolf geſchehen, daß der im Erzſtifte Maynz, nach Churfürſt Werners Abſterben, über die neue zwiſpaltige Wahl des Dom- 1284
probſt Peters, und des trieriſchen Archidiakonus, Gerhards von Epſtein, entſtandene Streit vor den päbſtlichen Stul gebracht wurde. Und P. Honorius der *IV.* ernannte hierauf, mit Verwer- 1286
fung beider Competenten, den Biſchof Heinrich von Baſel, der bey K. Rudolfen in groſſen Gnaden ſtand, und deſſen Rath, auch ſeiner Gemalin Leibarzt war, zum Erzbiſchof von Maynz f). Allein K. Rudolf mag hiebey aus politiſchen Urſachen durch die Finger geſehen haben. Dann als nach Abt Bertholds von S. Gallen Tode, zwey Aebte, durch Zwiſtigkeit der Conventualen, erwält wurden, nehmlich Ulrich von Güttingen und Rumold von Ramſtein; ſo gieng der Römiſche König ſelbſt nach S. Gallen, ließ den Convent und die Bürgerſchaft ſich und dem Reiche ſchwören, und ſetzte Ulrichen von Ramſchwag dem Kloſter von Reichswegen zu einem Kaſtenvogt. Der eine Abt Ulrich von Güttingen folgte auch dem K. Rudolfen auf ſeiner damaligen Reiſe nach, um ſeine Beſtätigung auszuwürken g). Da auch nachmals zu Lüttich, nach dem Ableben des Bi- 1292
ſchofs Johannes, die Domherren bey der neuen Wahl ſich trennten, und ein Theil den Guido von Hennegau, der andere aber Wilhelm Berthol-

den

f) *Ioannis* ad *Serrarii* rer. Mog. L. V. in *Henr. II.* §. 1. et 2., in *Illius* Scr. Mog., T. I. p. 622 ſq.
g) Fugger im Oeſterreich. Ehrenſpiegel, L. I. c. 10. n. 1. p. 84.

den aus Mecheln zum Biſchof erwälten; ſo wurde der erſtere von dem Erzbiſchof von Cöln, als Metropolitan, beſtätigt, und K. Adolf be-
1294 lehnte ihn nachher zu Wetzlar mit der Weltlichkeit und Regalien, ohngeachtet Wilhelm an den päbſtlichen Stul appellirt hatte h).

1333 Im Hochſtifte Würzburg kam es, nach dem Abſterben Biſchof Wolframs, ebenfals zu einer zwiſtigen Wahl, da nehmlich der gröſte Theil des Domkapitels, auf die Empfelung K. Ludewigs des *IV.*, deſſen Kanzler, den Hermann von Lichtenberg zum Biſchof poſtulirten, ſechs Domherrn aber ihren Mitkapitularen, Otten von Wolfskehl, erwälten. Beide Theile wandten ſich hierauf an den damaligen Adminiſtrator des Erzſtiftes Maynz, Balduin, Churfürſten von Trier, als an den Metropolitan, und der Kayſer unterſtützte die Sache ſeines Canzlers. Dieſen beſtätigte auch der Adminiſtrator Balduin, und der Kayſer ſchützte ihn bey dem Beſitze des Bißthums Würzburg. Hingegen gieng Otto von Wolfskehl nach Avignon zum P. Johannes dem *XXII*, der ihn beſtätigte. Er konnte jedoch zum Beſitz des
1335 Bißthums nicht eher gelangen, als nach dem Tode ſeines Gegners, des Biſchof Hermanns i). Zu
1400 Anfang des folgenden Jahrhunderts äuſſerte ſich in dieſem Hochſtifte eine neue Wahlſtreitigkeit, da nehmlich der daſige Domprobſt, Johannes von Egloffſtein, und der daſige Dechaneyſtatthalter, Rudolf, Graf von Werthheim, bey der biſchöflichen Wahl gleiche Stimmen hatten. Beide Erwälte

h) *Io. Hocſemii* Geſta Pontif. Leodienſ., L. I. c. 18 ſq, ap. *Chapeavillum* in Geſt. Pontif. Leodienſ., T. II p. 322 ſq

i) Lorenz Frieſens Hiſt. der BB. zu Wirtzburg, in Ludewigs Würzburg. Geſchichtſchr., p. 618 ſq. et 620 ſq.

wälte und ihre Partheien wandten ſich ſodann an den K. Ruprechten, welcher den Ausſpruch für den Johannes von Englofſtein that, und ihm hier- 1401
auf zu Nürnberg die Regalien und fürſtliche Lehen reichte [k]). Man ſiehet nun aus dieſen verſchiedenen angeführten Exempeln, deren vielleicht noch mehrere könnten beigebracht werden, daß unſere Kayſer, in dieſem Periodus, ſich ihres Entſcheidungsrechtes bey ſtreitigen Biſchofswalen noch bisweilen bedient haben. Inzwiſchen kan nicht geläugnet werden, daß in unſerm Periodus weit häuffigere Exempel vorkommen, da die ſtreitenden Partheien bey ſolchen zwiſtigen Wahlen ſich an den Pabſt gewandt haben, und von dieſem der Streit entſchieden worden iſt [l]).

Es

k) Lor. Frieß, *l.* modó *c.*, p. 681.

l) Die im J. 1763. vorgefallene zwiſtige Biſchofswahl zu Lüttich gab Gelegenheit, daß einige Jahre hernach folgende Schrift herauskam: Erörterung des Entſcheidungsrechtes in zwiſpaltigen Walen geiſtlicher Reichsfürſten; ſ. l. 1766. 8. Der Verfaſſer davon ſoll der nun verſtorbene, Gräflich-Wartenslebiſche Sekretär, Peſtel, geweſen ſeyn. Wer aber der H. H. ſeyn möge, der, nach des Herrn Moſers Vorgeben, mit daran ſoll geholfen haben, iſt mir nicht bekannt. Nur muß ich erinnern, daß man ſolche beide Buchſtaben: H. H., ja nicht etwa auf mich ausdeuten möge. Ich habe dieſe Schrift zuerſt aus den Göttingiſchen Gelehrten Anzeigen kennen lernen, aber ihrer, da ſie anfangs ſo ſelten war, erſt nach Jahr und Tag erhalten können. Nun heißt es in der obbeſagten Schrift, auf der S. 155. „So ſorgfältig wir es auch ſonſt zu vermeiden ſuchen, unſere „Gedanken denen Meinungen anderer Schriftſteller „namentlich entgegen zu ſetzen, ſo haben wir uns doch „genötigt geſehen, den Herrn Moſer zu nennen, weil „er wegen ſeiner häufigen Samlungen von jeder„mann pfleget angefüret zu werden.„ Dieſe Worte hat der Herr Etatsrath Moſer ſehr übel aufgenommen,

Es haben auch manchsmal die **Kayſer** dieſen oder jenen **Erzbiſchof** und **Biſchof**, der entweder vom **Domkapitel** war erwält, oder vom **Pabſte** ernannt worden, in ſolcher Eigenſchaft nicht erkennen, und ſie daher nicht belehnen, folglich gleichſam ein **Ausſchlieſſungsrecht**, (*Ius Excluſivae*,) bey den **erzbiſchöflichen** und **biſchöflichen Wahlen** ausüben wollen. Dergleichen Exempel werden aufmerkſame Leſer in dem vorhergehendem **hiſtoriſchen Abſchnitte** dieſes **Periodus** verſchiedentlich bemerken können, und ich will nur eines davon zum Beweiſe anführen. Nachdem nehmlich der Pfalzgraf **Ruprecht**, im J. 1463., zum **Erzbiſchof** von **Cöln**, durch das daſige **Domkapitel**, war erwält, und hiedurch ſeine bisherige geiſtliche Präbenden, die **Domprobſteien** zu **Straßburg** und **Würzburg**, waren erledigt worden; ſo bat Graf **Ulrich** von Würtenberg den **Kayſer**, daß er dieſe Pfründen ſeinem jüngern Sohn **Heinrich** möchte zukommen laſſen. Aber **K. Friedrich** der *III.* gab dem Grafen **Ulrich** zur Antwort: „er, der **Kayſer**, **erkenne** den Pfalzgrafen **Ruprecht nicht für einen** „**Biſchof** von **Cöln**, deswegen auch ſeine andere „Pfründen nicht verſprochen werden könnten„ m).

Allein

men, und dahin ausgedeutet, als ob der Verfaſſer der Erörterung ꝛc. ihn, als einen Collectaneenmacher, characteriſire. Er hat mithin demſelben eine zimlich heftige Widerlegung entgegen geſetzt, unter dem Titel: Das Päbſtliche Entſcheidungs-Recht in zwiſpaltigen Wahlen geiſtlicher Reichs-Fürſten, geprüffet und vertheidiget, welche in Deſſen neueſten kleinen Staatsſchriften; (Frankf. und Leipz., 1768. 8.) n. I. p. 1-55 ſtehet. Noch heftiger aber iſt die mehr erwähnte Schrift widerlegt worden in Franc. Ant. *Dürrii* Diſſ. de Iudice controverſiarum in cauſis electionum Epiſcoporum Germaniae; Moguntiae, 1768. 4.

m) S. Steinhofers Wirtenberg. Chron., P. III. p. 103. et 105.

Allein Pfalzgraf Ruprecht und das Cölniſche Domkapitel kehrten ſich wenig daran, ob der Kayſer mit der geſchehenen Wahl zufrieden war, oder nicht. Jener behauptete ſich bey dem Beſitze des Erzſtiftes Cöln, und wurde, nach erhaltener päbſtlichen Beſtätigung, feierlich in der Metropolitankirche zu Cöln inthroniſirt [n]). Hieraus ergiebt ſich aber, daß die Domkapitels dergleichen *Excluſivas* der Kayſer nicht reſpektirt haben, zumal wenn ſie eine canoniſche Wahl vorgenommen hatten.

Das *Ius primariarum precum*, oder das Recht der erſten Bitte übten alle Kayſer in unſerm Periodus aus, oder traten auch wohl die Ausübung eines Theils deſſelben an andere ab. Der alte ſogenannte SPECVLATOR, Wilhelm Durand, will zwar vorgeben, daß die Kayſer ein päbſtliches Privilegium hätten: *quod in qualibet eccleſia Alemanniae poſſint facere unum recipi;* und daß er ſelbſt dergleichen *Privilegium bullatum* geſehen habe, welches K. Rudolf der *I.* vom P. Gregorius dem *X.* erhalten hätte [o]). Dieſes beſtätigt auch ſein Scholiaſte, Johannes Andreä, und erklärt ſolches Privilegium von dem päbſtlichen Indult zu Ausübung des Rechtes der erſten Bitte, welchem hernach viele andere beigeſtimmt haben. Allein es iſt bereits von einigen berühmten Gelehrten an der Richtigkeit dieſes Vorgebens des Spekulators mit gutem Grunde gezweifelt, und dabey erinnert worden, daß man ſelbigem ſo lange keinen Glauben beimeſſen könne, bis man von der Zeit, da dieſes

n) Mich. *Moerckens* Catal. AEp. Colon., p. 150.
o) in *Speculo Iuris*, L. IV. Partic. III. Rubr. *de praebend et dignit.* §. *Reſtat.* 2. n. 7. p. m. 209. a. *edit. Baſil.* a. 1574. fol.

ſes Privilegium ſoll gegeben worden ſeyn, nähere Nachricht hätte, und ſowohl der Pabſt, der es ausgeſtellt, als auch der Kayſer, dem es ertheilt worden, namentlich angezeigt wären. Auſſerdem haben andere beobachtet, daß der Wilhelm Durand ſein *Speculum* zwey Jahr, vor der Wahl K. Rudolfs des *I.* publicirt habe, und bald darauf geſtorben ſey, folglich das angebliche Privilegium gar nicht auf Rudolfen paſſe p). Es beruft ſich auch derſelbe in ſeinen noch vorhandenen *Precibus* gar nicht auf einen päbſtlichen Indult, ſondern auf eine alte Gewohnheit oder Herkommen. Er ſagt nehmlich: *cum* EX ANTIQVA *et* APPROBATA, *ac a Divis Imperatoribus et Regibus - - noſtris Anteceſſoribus, usque ad nos producta*, CONSVETVDINE *quaelibet Eccleſia, in noſtro Romano Imperio conſtituta - - - ſuper unius collatione Beneficii* PRECVM *noſtrarum* PRIMARIAS *admittere teneatur* etc. q). Eben dergleichen erſte Bitte ließ nachher K. Rudolf der *I.* auch an das Domkapitel zu Beſançon für ſeinen Capellan ergehen, worinnen er aber dieſes alte Herkommen nicht erwähnt r).

Von K. Adolfen kan ich mich itzo nicht erinnern, *Preces* gefunden zu haben, wohl aber von K. Albrechten dem *I.* Er ertheilte ſelbige zu wiederholten malen, in den Jahren 1302. und 1303., dem Thilmann von Landskron auf das Stift U. L. F. zu Aachen. Weil aber daſſelbe zauderte den königlichen Preciſten anzunehmen; ſo befal unſer K. Albrecht dem Dechant und gemeinen Capitel der gedachten Stiftskirche, im

J. 1306.,

p) S. *Ayreri* Comm. de iure primar. precum; (Goett., 1740. 4.) cap. I. §. 22 p. 43 ſqq. et *plures* ibi *citatos*. q) *Goldaſti* Conſtitut. imperial., T. III. p. 406. r) *Chiffletii* Veſontio, P. I. c. 58. p. 230 ſq.

J. 1306., in ſehr ernſtlichen Ausdrücken, ſeinem Preciſten die erſte ledig werdende Präbende zu ertheilen. Seine Worte ſind: *ultimis precum noſtrarum affectibus moti indignationis ſpiritu veſtram inobedienciam et rebellionem duximus commonendam, quatinus Nobis et S. R. I.* IVS DEBITVM, *quod* EX PRIMARIIS PRECIBVS *noſtris nobis competere* EX ANTIQVA *et* APPROBATA CONSVETVDINE *dinoſcitur* etc. Und endlich ſetzt er hinzu: *Alioquin ſcire poteritis, quod contemptum librabimus pro contemptu; et nichilominus vias et modos excogitabimus, per quos hoc, quod petimus, ordinare vos contingat* s). Von K. Heinrich dem *VII.* iſt zwar nicht zu zweiflen, daß er gleichfals das Recht der erſten Bitte werde ausgeübt haben. Ich kan mich aber nicht erinnern, daß mir unter ſeinen vielen Urkunden dergleichen *Preces* vorgekommen wären. Hingegen verſprach Ludewig der Bayer, 1414
noch vor ſeiner Wahl, dem Churfürſten Peter von Maynz, daß, wenn er zum Römiſchen König würde erwält werden, er denſelben das Recht der erſten Bitte, ſtatt ſeiner, in allen Kirchen zu Maynz, und in der ganzen maynziſchen Dioeces wolte ausüben laſſen t). Nach ſeiner Wahl, trat

Z 2 er

s) *de Gudenus* C. M. D., T. II. in *Archivo Landskron.*, n. 50. 51. 53. 55. 58. et 62. p. 983. 984. 985 ſq. 987. 989 et 993. In den *Precibus* ſub n. 50., die eigentlich nach n. 51., der Zeit nach, ſtehen müſten, indem ſie nicht im J. 1303., ſondern ſchon im J. 1302., ertheilt worden, wird dem Preciſten der Name Dietrich beigelegt, da er in allen übrigen: Thilmann, heißt. Solte jener Name nicht etwa, blos aus Verſehen im Abſchreiben, für: Thilmann geſetzt worden ſeyn? K. Albrecht konnte ja nur einen, und nicht zwey Preciſten nach Aachen ſchicken.

t) *de Gudenus* l. c., T. III. n. 79. p. 100.

er die Ausübung eben dieſes Rechtes auch dem Churfürſten und Erzbiſchof **Balduin** von Trier nicht nur in der Stadt, Dioeces und ganzen Provinz ſeines Erzſtiftes ab, ſondern auch noch auſſer denſelben in Anſehung der Präbenden zu Aachen, Utrecht, Speyer und Lüttich u). Und er ſelbſt hat nachher eine Menge ſolcher *Precum* an Stifter und Klöſter ausfertigen laſſen, wovon uns ſein geweſener Notarius, Berthold von Tuttlingen ein weitläuftiges Verzeichnis hinterlaſſen hat v). Daß nun aber K. Ludewig der *IV.*, zu Ausübung dieſes Rechtes, keinen päbſtlichen Jndult erhalten habe, hat um ſo weniger einen Zweifel, wenn man ſich ſeiner beſtändigen Händel erinnert, die er mit den Päbſten gehabt hat, welche ihn daher nicht für einen Römiſchen König und Kayſer erkannt haben.

K. Carl der *IV.* übte das *Ius primariarum precum* ſehr fleißig aus, wie davon ſeine häuffige, im öffentlichen Drucke vorhandene, *Preces* zeugen. Die älteſte, die ich von ihm gefunden habe, ſind vom J. 1348., und an das Nonnenkloſter Hüſtorf im Erzſtifte Maynz gerichtet. Von den folgenden Jahren findet man noch mehrere von ihm an verſchiedene Stifter und Klöſter. Er beruft ſich aber in denſelben nur auf das dißfals, von ſeinen Vorfahren her, habende Recht, und auf das alte Herkommen.

u) *ab Hontheim* Hiſt. Trevir. diplomat., T. II. n. 614. p. 90 ſq. v) *Libellus primariarum Precum et Alimoniarum a Ludov. Caeſ. collatarum a C. 1322. anno Regni IX.*, ex Regeſto *Bertholdi* de *Tuttlingen*, Notarii Regii, in *Oefelii* Scr. rer. Boicar., T. I. p. 735 - 740. Daß auch K. Ludewigs Gegner, Friedrich von Oeſterreich, das *Ius primar. precum* ausgeübt habe, kan man aus ſeinen auf die Kirche zu Verona gegebenen *Precibus* erſehen, in *Ughelli* Ital. S., T. V. p. 863.

men. Dann ſo heißt es unter andern in einer ſolchen Urkunde: *Quum - - Nobis tam* DE IVRE, *quam* ANTIQVA *et* APPROBATA CONSVETVDINE, *a Divis Rom. Impp. et Regibus, Praedeceſſoribus noſtris, hactenus obſervata, competat, quod* EX CORONATIONIS NOSTRAE SOLENNIBVS AD ROMANORVM REGNVM. - - *in quolibet Monaſterio, in Imperio conſtituto, unam tantum perſonam, virtute* PRIMARIARVM PRECVM *noſtrarum, ad beneficium eccleſiaſticum facere poſſimus promoveri* etc. In dieſem Briefe ſetzt alſo K. Carl der *IV.* den Grund dieſes Rechtes auf die *Solennia Coronationis ſuae ad Romanorum Regnum*, d. i. auf ſeine Krönung zu Aachen. In andern dergleichen *Precibus* gedenkt er zwar dieſes Grundes nicht, und leitet daraus das Recht der erſten Bitte nicht ab. Aber er beruft ſich in ſelbigen doch ebenfals auf ein *ius*, und eine *antiquam et approbatam conſuetudinem*, nach welcher er dieſes Recht *in ſingulis Eccleſiis et Conventibus, in Imperio conſtitutis*, oder wie es in andern vorhandenen Urkunden heißt: *in qualibet eccleſiaſtica, religioſa vel ſeculari, cathedrali ſeu collegiata, Eccleſia*, ausüben, mithin eine Perſon zu einem geiſtlichen Beneficium ernennen könnte w).

w) Die theils angeführte, theils noch mehrere *Preces* K. Carls des *IV.* kan man finden beym *Schilter* in *Addend.* ad L. VI. c. 5. §. 11. de Libert. Eccleſ. Germ. *Goldaſto* in Conſtit. Imp., T. I. p. 343. *Freheri* Not. ad *Petr.* de *Andlo* L. II. c. 6., in *Repraeſentat.* etc., p. 176. *Epp.* aliquot Car. IV. Imp. n. 20 ſqq. *in* Append. *Gervaſii Tilber.* de Imp. Rom., p. 113 ſqq. *edit. Mader. Leibnitii* C. I. G. D., P. I. n. 98. p. 222. *Diplomatar. Car. IV. Imp.*, n. 1 - 4. etc., in *Menckenii* Scr. rer. germ., T. III. p. 2009 ſqq. *Io.* de *Geylnhuſen*

Da K. Carl der *IV.* dieſes Recht, erſt erwähnter maſſen, auf ſeine Aachenſche Krönung ſteifte; ſo iſt ſich nicht zu verwundern, daß ſein Sohn, der Römiſche König **Wenceslaus**, gleich nach ſeiner Krönung zu Aachen, ſich dieſes Rechtes ebenfalls angemaßt habe. Er ließ nehmlich noch an ſeinem Krönungstage, den 6. Julius 1376., für den Churfürſten **Ruprecht** von Pfalz eine Urkunde ausfertigen, worinnen er ihm die Ausübung dieſes Rechtes in den Dioeceſen der Bißthümer Speyer und **Worms**, an ſeine Stelle abtrat, da ihm eigentlich: RATIONE NOSTRAE CORONATIONIS IN ROMANVM REGEM, wie es in dem Diplom heißt, TAM DE IVRE, *quam* ANTIQVA CONSVETVDINE, dieſes Recht zukäme. Zugleich erhellt noch weiter aus dieſer Urkunde, daß unſere Kayſer damals dieſes Recht zweimal in den Stiftern und Klöſtern haben ausüben können: einmal nach ihrer Krönung zu Aachen, und das anderemal nach ihrer Krönung zu Rom zum Römiſchen Kayſer. Dann in dem mehr gedachten Diplom lautet es weiter: *Et ſi divina nobis ſuffragante gratia ad apicem imperialis culminis fuerimus ſublimati; volumus et tibi favorabiliter concedimus tenore praeſentium, quod tu*, PRECES PRIMARIAS RATIONE SVSCEPTIONIS IMPERIALIS CORONATIONIS NOBIS COMPETENTES *etiam porrigere valeas, et debeas in ſingulis Eccleſiis - - - dictarum Eccleſiarum et Dioeceſeos* etc. r). Und daß auch ſolches K. Carl der *IV.* gethan habe, kan man aus ſeinen vielen vorhandenen *Precibus* abnehmen,

huſen Collectario. n. 1 ſqq., in Hoffmans Sammlung ꝛc., P. II. p. 2 ſqq. *Glafey* Anecdot., n. 267. p. 389 ſq. und an a. O. m. r) *Freherus* ad *Petr.* de *Andlo*, l. c., p. 177. *Tolneri* Cod. Pal. diplomat., n. 148. p. 98 ſq.

men, die er ſowohl vor, als nach ſeiner kayſerlichen Krönung zu Rom ertheilt hat. Uebrigens verdient von unſerm K. Wenceslaus noch eine andere merkwürdige Urkunde bemerkt zu werden, worinnen er, im J. 1380., das Nonnenkloſter zu S. Cathrinen in Frankfurt auf beſtändig von der Annehmung einer Preciſtin, oder von der erſten Bete gefreyet und ausgenommen hat y). Dergleichen Privilegium wider das Recht der erſten Bitte erinnere ich mich nicht, von ſonſt einem Kayſer oder Römiſchen König gefunden zu haben. Man ſiehet aber zugleich ſowohl aus demſelben, als den vielen andern bisher angeführten *Precibus*, daß damals unſere Kayſer dieſes Recht noch allgemein, in allen und jeden unmittelbaren und mittelbaren Stiftern und Klöſtern des H. R. R., haben ausüben können.

Die Exempel dieſes auch vom K. Ruprechten ausgeübten Rechtes kan man in ſeiner Regierungsgeſchichte nachſehen. Vom K. Sigmunden aber führt der Gobelinus Perſona z) an: *dedit gratias ad beneficia eccleſiaſtica expectativas ſub illo colore, quod* DE CONSVETVDINE ANTIQVA *haberet* PRIMARIAS PRECES *in qualibet collatione beneficiorum ad eccleſiaſticas perſonas ſpectante, et licet conſuetudo illa in memoria hominum in inferiori Germania non fuit, plures tamen eo modo beneficia aſſecuti fuerunt.* Da K. Sigmund dieſes Recht, im J. 1415., währendem Coſtnitzer Concilium, und bey damaliger päbſtlicher Sedisvakanz, ausübte; ſo folgt aus dieſem Umſtande ganz richtig, daß er

y) *Senckenbergii* Sel. Iur. et Hiſtor., T. I. Sect. II. n. 18. p. 155 ſqq.

z) in *Coſmodromio*, Aet. VI. c. 94. *in fine*, in *Meibomii* Scr. rer. Germ., T. I. p. 341. S. auch im fünften Bande des Auszuges ꝛc., S. 96.

er hiezu keinen päbſtlichen Indult gehabt habe. Ob nun aber auch ſein Schwiegerſohn und Nachfolger, K. Albrecht der *II. Preces* ertheilt habe, will ich zwar nicht widerſtreiten. Es iſt mir aber nicht erinnerlich, daß ich dergleichen Briefe von ihm gefunden hätte. Sie müſſen alſo noch in den Archiven verborgen liegen, wann er anders dergleichen in ſeiner kurzen Regierung hat ausfertigen laſſen. Da er inzwiſchen nicht einmal eine Obedienzgeſandſchaft an den Pabſt geſchickt hat; ſo wird er auch um ſo weniger einen Indult zu Ausübung des *Iuris primariarum precum* erhalten haben. Ueberhaupt waren auch ſelbige, meines Erachtens, in dieſen Zeiten noch nicht nöthig, ſondern erſt die, zwiſchen K. Friedrich dem *III.* und dem P. Nicolaus dem *V.* errichteten, Concordaten der Teutſchen Nation veranlaßten die Nothwendigkeit derſelben. Dann da in dieſen Concordaten dem Pabſte die Vergebung der niedern Präbenden in allen Stiftern, in ſechs abwechſelnden Monaten, vom Jenner an zu rechnen, bewilligt wurde, die kayſerlichen Preciſten aber das erſte erledigte Beneficium erhalten, wenn es auch in einem päbſtlichen Monat ledig wird; ſo war wohl nöthig, daß der Pabſt ſich ſeines, aus den Concordaten habenden, Rechtes begeben muſte. Und dieſes thut er nun ſtillſchweigend durch einen Indult, den er dem Kayſer zu Ausübung ſeines Rechtes giebt [a]).

Dergleichen Indult bekam zuerſt Friedrich der *III.*, am Tage ſeiner kayſerlichen Krönung zu Röm, oder den 19. Merz 1452., vom P. Nicolaus

a) Conr. *Oligenii* (i. e. Iuſti *Fontanii*) Diſſ. de primariis Precibus imperial.; (Friburgi Brisgoiae, 1707. 8.) §. 28-43. p. 36-77. et §. 58 ſq. p. 124 ſqq. Sed cf. *Ayreri* Comm. cit, cap. I. §. 22. p. 43 ſqq. et cap. II. §. 1. p. 55 ſqq.

colaus dem *V.*, und ſtehet in ſelbigem ausdrücklich, daß der kayſerliche Preciſte das erſte ledig werdende Beneficium, *in* QVIBVSVIS MENSIBVS *vacaverit*, erhalten ſolle b). Als nun nachher, bey der vom Kayſer geſchehenen Ausübung dieſes Rechtes, allerhand Zweifel und Hinderniſſe gemacht wurden; ſo ſtellte P. Nicolaus der *V.*, im J. 1454., eine neue Bulle aus, worinnen er über ſeinen dem Kayſer vorhin ertheilten Indult zulängliche Erläuterung gab. Und der folgende P. Calixtus der *III.* beſtätigte, bald nach ſeiner Beſteigung des päbſtlichen Stuls, nehmlich noch im J. 1455., die beide erſterwähnte Bullen des P. Nicolaus, die er dem Kayſer über das *Ius primariarum precum* gegeben hatte c). Daß hiernächſt unſer Kayſer auch vom P. Sixtus dem *IV.* ſich darüber eine Beſtätigung habe ertheilen laſſen, kan man aus dem Indult erſehen, welchen P. Innocenz der *VIII.*, im J. 1492., kurz vor ſeinem Tode, dem Römiſchen König, Maximilian dem *I.*, gegeben hat. In demſelben beſtätigt nicht nur der Pabſt alle bereits bisher vom Römiſchen König verliehene, oder künftig noch, bey Lebzeiten ſeines Vaters des Kayſers zu verleyhende *Preces*, ſondern er verordnet auch noch weiter: *quod dictae* PRECES (Maximiliani) *eundem vigorem haberent et habeant, quem iuxta literas* Nicolai, Calixti *atque* Sixti - - *preces* Imperatoris - - *habere potuerunt et debuerunt, et eosdem ſortiantur effectus, - - - - in aſſecutione Beneficiorum huiusmodi* IN QVIBVSVIS *tam* APOSTOLICIS, *quam* ORDINARIORVM MENSIBVS, *in quadam Conſti-*

 tutione

b) Lünigs R. A., T. XV. n. 170. p. 337 ſq., wo aber dieſer erſte Indult des P. Nicolaus, ſowohl in der Rubrick, als auch in der Unterſchrift, unrichtig ins J. 1451. geſetzt wird. c) *Idem* ibidem, T. eod., n. 172 ſq. p. 340-344.

tutione per eos edita, *ac Principum dictae* NATIONIS GERMANICAE CONCORDATIS, *et Praedeceſſorum noſtrorum eorundem* CONCORDATORUM *confirmatoriis literis expreſſis*, *pro tempore vacantium* etc. d). Daß nun auch ſowohl K. Friedrich der *III.*, als auch K. Maximilian der *I.* das Recht der erſten Bitte fleißig ausgeübt haben, hat wohl keinen Zweifel, und ſind davon in des erſtern Regierungsgeſchichte einige Exempel angeführt worden.

Mit dem *Iure primariarum precum* unſerer Kayſer muß man ihr Recht der ſo genannten Panisbriefe, und die in einigen Stiftern vorhandene Königspfründen zu vergeben, nicht vermiſchen. Die Panisbriefe gehen nicht auf ein geiſtliches Beneficium, ſondern beſtehen in dem Rechte des Kayſers, daß er, währender ſeiner Regierung einmal, einem Prälaten oder Kloſter im H. R. R. eine weltliche Perſon, zu einer Pfründe von Küchen und Keller, ſamt Kleidung und anderer leiblichen Nahrung und Nothdurft, präſentiren kan. Dergleichen hat K. Ludewig der Bayer in groſſer Menge ertheilt, wie man aus dem, kurz vorhin angeführten, *Libello primariarum Precum et* ALIMONIARUM, ſeines Notarius, des Bertholds von Tuttlingen, erſehen kan e). Von K. Carln dem *IV.* kan ich auch ein paar ſolcher Panisbriefe anführen, und dieſe ſind, meines Erinnerns, die älteſten, die mir *in forma extenſa* vorgekommen ſind; dann bey dem Berthold von Tuttlingen ſtehen nur die Rubricken derſelben. Jene beide ſind vom J. 1360., und von einerley Innhalt: der eine für einen alten kayſerlichen Kammer-Thürhüter, der andere für den Unterhofmarſchall des Kayſers. Es heißt in

d) Lünigs R. A., T. XV. n. 186. p. 362-364.
e) apud *Oefelium* l. c., T. I. p. 715 ſqq. *paſſim.*

in denſelben unter andern: „Cum dilectus nobis, - - „oſtenſor preſencium, debilitate et ſenio corporis „adeo gravatus exiſtat, quod ulterius cottidianis no-„ſtris obſequiis intendere commode nequeat: - - „cui *de ſtatu comodoſo*, ubi dierum ſuorum reſiduum „in pacis tranquillitate - - finiat, - - - providere „diſponentes: Sibi apud vos et veſtrum Monaſterium „*proviſionem et prebendam conventualem*, tempori-„bus vite ſue habendam, - - virtute preſencium aſ-„ſignamus. Mandantes, - - - quatenus predicto „- - - infra ſepta Monaſterii veſtri de aliquo ſingu-„lari *comodo ad habitandum* in *habitu ſeculari*, nec „non de *prebenda conventuali*, que *Fratribus* et „Dominis *conventualibus miniſtrari* et dari *ſolet*: „in *victu* et *amictu*, nichil excludendo, et ſpeciali-„ter de *veſtibus*, *eſtivalibus* et *hyemalibus*, - - *Man-„tello* ſeu *Pallio*, ac *Calciamentis*, *lineis veſtibus*, „aliisque neceſſariis, - - ſicut *Fratribus Conventua-„libus*, *ad tempora vite ſue* providere et *miniſtrare* „- - debeatis f).

Was hingegen die Königspfründen anbelangt, ſo rühren ſelbige theils von den Stiftungen der vorigen Kayſer her, wovon ſowohl, als auch von der oberſten Advokatie und dem ehmaligen allgemeinen Patronatrechte unſerer Kayſer über alle Teutſche Kirchen die Verleihung derſelben herzuleiten iſt. Dergleichen Königspfründen waren z. E. zu Maynz, Cöln, Bamberg, Straßburg, Speyer, Worms, Utrecht, Lüttich, Aachen und an a. O. m. Zu Aachen iſt die Probſtey in daſigem Stifte zu U. L. F. ein Patronat des Kayſers, wovon eine noch vorhandene Urkunde K. Carls des *IV*. zeuget g). Zu Maynz aber hat unter

f) *Glafey* Anecdota, n. 16. et 117. p. 34 ſqq. et 194 ſqq.

g) *Idem* ibidem, n. 272. p. 394 ſq.

unter den 52. Vikarien der Metropolitankirche die erſte Stelle jederzeit der ſogenannte königliche Vikarius, *Vicarius Regius*, welcher vom Kayſer ernannt wird h). Es fielen in unſerm Periodus auch einigemal Streitigkeiten vor über die Vergebung und Nutzung dieſer Königspfründen, als z. E. zu Straßburg und Worms, wobey aber unſere Kayſer das ihnen dißfals zuſtehende Recht nachdrücklich behaupteten. In denen, unter K. Sigmunden und K. Friedrich dem *III.*, deswegen verhandelten *Actis publicis* wird dieſes kayſerliche Recht, ſolche Königspfründen zu verleihen, genannt: des Reichs Oberkeit und Gerechtigkeit, ingleichen die Lehnſchafft der Küniglichen Phründ, die Uns und dem heiligen Reich gebührt. Ja unſere Kayſer waren ſelbſt Domherren in einigen Erz- und Hochſtiftern, und vergaben ſie nachher ihre Stelle an eine andere hiezu taugliche Perſon. Wie z. E. K. Friedrich von Oeſterreich, im J. 1314., zu Bonn gekrönt wurde; ſo legte er auch einen Eid wegen der erhaltenen Domherrenſtelle in der Metropolitankirche zu Cöln ab. Und der Römiſche König Maximilian der *I.* wurde, im J. 1486., zu Cöln feierlichſt als daſiger Domherr eingeführt. In der Stiftskirche zu U. L. F. in Aachen werden unſere Kayſer, noch heutiges Tages, nach ihrer teutſchen Krönung, zu einem Canonicus derſelben aufgenommen. Und bey ihrer kayſerlichen Krönung zu Rom erhielten ſie ein Canonicat in der daſigen S. Peterskirche. Vielleicht rührt es von dieſer domherrlichen Würde unſerer Kayſer her, daß dieſelben vormals, in der Chriſtmeſſe am Weyhenachtsfeſte, bisweilen das Evangelium: *Exiit Edi-*

ctum

h) *de Gudenus* l. c., T. I. p. 933. nota *) et T. II. p. 729. ſqq.

ctum a Caeſare Auguſto, vor dem Altar abgeleſen haben, wovon wir in dieſem Periodus die Exempel von den Kayſern, Carln dem *IV.*, Sigmund, und Friedrich dem *III.* angeführt haben [i]).

Das Recht der Standeserhöhungen war auch noch in unſerm Periodus ein unſtreitiges Reſervatrecht der Kayſer. Derſelbe wurde als die Quelle alles Adels in Teutſchland angeſehen, und K. Sigmund ſagt ſelbſt von ſich in einer ſeiner Urkunden: „wan wir als ein Romiſcher Kunig ein Urſprung alles Adels ſein„ [k]). Auch andere Kayſer unſers Zeitraums führen in ihren vielen noch vorhandenen Urkunden von Standeserhöhungen eine gleiche Sprache von ſich, und es würde überflüßig ſeyn, auch unnöthigen Raum wegnehmen, wenn ich die Stellen aus einigen dieſer, ſchon im hiſtoriſchen Abſchnitte angezeigten, Urkunden hier nochmals anführen wolte. Das von verſchiedenen Kayſern des vorigen Periodus ausgeübte Recht, Könige zu ernennen [l]), haben zwar in unſerm itzigen Zeitraume, die Kayſer, Ludewig der *IV.*, und Friedrich der *III.*, wieder in Ausübung bringen wollen, indem jener, den letzten Daufin von Vienne, Humbert, zum König von Vienne zu machen, vorhatte; dieſer aber den H. Carln von Burgund zum König von Burgund erklären wolte. Allein es iſt bereits gemeldet, und die Urſache angeführt worden, warum dieſes Vorhaben

i) S. überhaupt zu dieſer Materie von den Königspfründen C. G. *Buderi* Hiſt Canonicatuum Impp. Regiumque Germaniae, ſive Praebendae regiae; Ienae 1738. 4. et in *Eius* Opuſc., n. 6. p. 423-454. Cf. der Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 617. im vierten Bande, S. 682. f. und im ſechſten Bande, S. 603.

k) *Senckenbergii* Sel. I. et H., T. I. p. 266.

l) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 343. ff.

haben nicht zu ſtande gekommen m). Hingegen haben wir in unſerm Periodus deſto mehrere Exempel von allen andern Arten der durch unſere Kayſer geſchehenen Standeserhöhungen, ſowohl der Perſonen, als Länder. Dadurch daß K. Heinrich der *VII.* ſeinem einigen Prinzen Johannes das Königreich Böhmen verlieh, erhob er denſelben zugleich zu einem Churfürſten des H. R. R. Ein gleiches geſchah von K. Ludewig dem Bayer in Anſehung der Brandenburgiſchen Churwürde, als er die erledigte Churmark und das Erzkämmereramt ſeinem älteſten Sohn Ludewig zu lehen reichte. Und indem K. Carl der *IV.*, in der G. B., die Churwürde an den Beſitz des Churlandes auf beſtändig heftete; ſo erhob er nachher in der That ſeinen zweiten Sohn Sigmund zu einem Churfürſten, als er demſelben, bey der vorgenommenen Theilung ſeiner länder, die von dem letzten Churfürſten von Brandenburg aus dem Hauſe Bayern an ſich gebrachte Churmark anwies. Dieſelbe überließ nachmals K. Sigmund dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg, und machte ihn hiedurch zum Churfürſten von Brandenburg; ſo wie er nachher, bey Abgang des aſkaniſchen Stamms der Churfürſten von Sachſen, durch die Ueberlaſſung ihrer länder an den Marggrafen von Meiſſen, Friedrich den Streitbaren, dieſen zu einem Churfürſten von Sachſen erhob.

Von der Erhöhung in Reichs-Fürſtenſtand ſind, bereits in dieſem Bande des Auszuges,

m) von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., §. 111. p. 256. und im U. B., n. 65. p. 183 ſqq. Cf. der Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 300. f. et 327. und im ſiebenden Bande, S. 3. ff. In des *Ioh. de Geylnhuſen* Collectario, n. 45., *l. c.*, p. 47., ſtehet ein Formular zu Creirung eines Königs.

ges, die Beiſpiele der **Landgrafen** von **Heſſen**, der **Herzoge** von **Geldern**, **Mecklenburg**, **Luxemburg**, **Jůlich**, **Barr**, **Bergen**, **Savoyen**, **Cleve** und **Holſtein**, der **Marggrafen** von **Jůlich** und **Pont a Mouſſon**, der **gefůrſteten Grafen** von **Henneberg**, **Savoyen**, **Naſſau**, **Cilley**, und des **gefůrſteten** neuen **Burggrafens** von **Meiſſen** aus der åltern **Linie** der **Reuſſen**, ingleichen einige Exempel von **gefůrſteten Pråla**ten, angefůhrt worden n). Man kan dieſen noch den Grafen **Mainhard** von **Tyrol** beifůgen, welchen **K. Rudolf** der *I.*, durch die geſchehene Belehnung mit dem Herzogthum **Kårnthen** zu einem **Herzog** erhoben hat o). Noch einige ſolcher **Standeserhöhungen** von **Frauenzimmern** will ich weiter unten anfůhren, wenn ich auf die Materie von den **Mißheiraten** des **hohen Adels** in **Teutſchland** kommen werde. Die **Erhebungen** in **Grafen- Freyherren** und bloſſen **Adels-Stand** kommen in **unſerm Periodus** noch håuffiger vor, und finden ſich unter allen **Kayſern**. Man wird aber nicht verlangen, daß ich dieſes mein Vorgeben mit Exempeln beſtårke, weil der noch ůbrige Raum dieſes **Bandes** zu nöthigern und wichtigern Materien zu ſparen iſt. Auſſerdem ſind auch bereits hier und da, in dem **hiſtoriſchen Abſchnitte**, beilåufig einige Exempel bemerkt worden. So viel aber iſt richtig, daß der ſogenannte **Briefadel** erſt in **unſerm Periodus** ſeinen Anfang genommen habe. Nimmt man dieſes Wort in dem weitlåuftigſten Verſtande, daß nehmlich darunter auch diejenige **Urkunden** mit verſtanden werden, in welchen die **Kayſer** jemanden zur Wůrde des **hohen Adels** erho-

n) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 143 - 159. o) S. den zweiten Band des Auszuges ꝛc., S. 578. f.

erhoben haben; ſo pflichte ich dem ſeeligen Herrn Profeſſor Joachim völlig bey, wenn er den Urſprung davon in die Zeiten K. Rudolfs des *I.* ſetzt p). Dann auſſer denen von ihm angeführten beiden Exempeln, ſind noch mehrere von mir ſelbſt bemerkt worden, und es gehören auch hieher die von K. Adolfen, Heinrich dem *VII.* und Ludewig dem Bayer ertheilte Fürſtenbriefe q).

Allein wenn man hiebey blos auf den niedern Adel ſehen will; ſo glaube ich nicht, daß man ſo hoch hinauf ſteigen könne. Dann die Eliſabeth von Maltitz, Marggraf Heinrichs des Erleuchteten Gemalin, und ihre Kinder erhebt K. Rudolf der *I.* nicht ſowohl in Adelſtand, da jene ſchon von gutem alten Adel war, als vielmehr befreiet er ſie von der Miniſterialität *et ab omni ſervili conditione*, und ſetzt ſie *in ſortem et numerum Ingenuorum et* NOBILIUM, welches letztere Prädikat damals dem niedern Adel noch nicht gegeben wurde. Es kam alſo hier auf die Aufhebung der Miniſterialität oder des adelichen Knechtſtandes an, welcher der Eliſabeth von Maltitz Kindern in der Erbfolge ſchädlich ſeyn konnte. Gleiche Bewandnis hat es mit der von eben dieſem Kayſer, zum Beſten der Adelheid von Münzenberg, der Gemalin Reinhards, Herrns von Hanau, ertheilten Urkunde. Und auch K. Ludewig der *IV.* hat den Grafen Heinrich von Woldenburg, weil er, wegen ſeiner Mutter, mit der Miniſterialität dem H. Heinrich von Braunſchweig verhaftet war, nachdem

p) S. Joachims Unterſuchung, zu welcher Zeit die Adelbriefe im Teutſchen Reiche aufgekommen, in Deſſen Samml. vermiſchter Anmerck., P. I. n. V. p. 113 ſqq., beſonders §. 10. et 11. p. 131 ſqq.
q) Strubens Nebenſtunden, P. IV. n. 23. §. 6. p. 96 ſqq. Cf. der Auszug, in dieſem achten Bande, S. 143 - 148.

nachdem ihn dieſer manumittirt hatte, in den Stand der Freyen, wie ſeine Vorfahren waren, geſetzt r). Aber dergleichen Urkunden kan man nicht für Adelsbriefe ausgeben. Ich erinnere mich auch nicht Adelsbriefe von dem niedern Adel, worinnen ein Miniſterialis zu einem freyen gemeinen Edelmann, oder ein Bürgerlicher zu einem Edelmann gemacht worden, eher gefunden zu haben, als unter K. Carln dem *IV.* Von demſelben trifft man einige ſolcher ertheilten Adelsbriefe an s), und die noch heutiges Tages gewönliche *Gradus Nobilitatis*, oder Unterſcheidungsarten des Adels ſind in den vorhandenen Formular-Büchern der kayſerlichen Kanzley ſorgfältig regiſtrirt worden t). Die folgenden Kayſer haben nun dieſe einmal eingeführte Art, den niedern Adel durch Briefe zu ertheilen, immer mehr und mehr in Gang gebracht, und war dißfals beſonders K. Friedrich der *III.* ſehr freigebig, von welchem Stumpff ſchreibet: „Adelsbriefe ſind viel von *Friderico III.* vorhan„den, und Albrecht von Bunſteten hat deren et„liche hundert gehabt, und damit gleichſam gehan„delt tt).„ Es haben aber die Kayſer nicht blos allein den Adelſtand einem und andern von neuem ertheilt, ſondern ſelbigen auch bisweilen wieder hergeſtellt und beſtätigt, wenn etwa ſelbiger von jemanden wolte angefochten werden, wovon man in der Note einige Exempel von K Carln dem *IV.*, Ruprechten und Sigmunden angezeigt findet u).

Uebri-

r) *Oefelius* l. c., T. I. p. 745. a. s) S. z. E. *Glafey* l. c., n. 12. et 240. p. 24 ſqq. et 352 ſq. t) S. z. E. *Io.* de *Geylnhuſen* Collectar., n. 36. et 41-47., *l. c*, p. 36. et 40-49. tt) Joachim, *l.* modo *c.*, §. 11. p. 134. u) S. z. E. *Glafey* l. c., n. 292. p. 417 ſq. *Schilteri* Inſtitut. I. P.,

Uebrigens iſt noch bey dieſer Materie zu bemerken, daß, obgleich die **Standeserhebungen** ein unſtreitiges **kayſerliches Reſervatrecht** waren, dannoch die Kayſer, bey der **Erhöhung** in **Fürſtenſtand** oder der Aufnahme in den **hohen Adel**, hiezu die Einwilligung der **Churfürſten** für nöthig erachtet haben. Deswegen gaben auch dieſelben ihre ſogenannte **Willebriefe** zu ſolchen Erhebungen, wie ich, bereits weiter oben, bemerkt habe. Und dieſe Gewohnheit dauerte noch bis auf **K. Friedrich** den *III.* fort, aus deſſen Regierung wir dergleichen **Willebriefe** von den **Churfürſten** von **Cöln, Sachſen** und **Brandenburg** anführen können, worinnen ſie, in den J. 1443. und 1460., ihre Einwilligung dazu ertheilen, daß **K. Sigmund**, und hernach auch **K. Friedrich** der *III.*, die **Schlicken, Matthäus, Heinrich, Nicolaus**, und **Franzen**, **höher geadelt, geherret, gegräfft** und **gefriet** haben v). Daß aber dergleichen **churfürſtliche Conſensbriefe** ſogar auch bey den **Erhöhungen** in den bloſſen oder **niedern Adelsſtand** nöthig geweſen ſeyen, wie der **Kanzler von Ludewig** vorgeben will w), kan ich nicht glauben; wenigſtens ſind mir davon keine Beiſpiele bekannt. Die erſten **Kayſer** dieſes Periodus bis auf **Ludewig den Bayer** beziehen ſich hiernächſt, in

I P., T. I. L. I. Tit. V. §. 7. p. m. 75. et *Senckenbergii* Sel. I. et H., T. I. Sect. III. n. 36. p. 264 ſqq. v) **Lünigs** R. A., T. XXIII. p. 1192 et 1194. n. 19. et 22. et 23. und *de Ludewig* Rel. MſſT, T. X. L. VII. n. 1. p. 567 ſq. w) in *Praefat.* ad h. T. Rel. MſſT., §. 17. p. 47 ſq. Durch denſelben habe ich mich in dieſem achten Bande, S. 208., zu einem ähnlichen Irrthum verleiten laſſen, den ich hiemit widerruffe, und ſind daſelbſt die, zu Ende der 18. Linie befindliche, Worte: ja ſogar Adel-, wegzuſtreichen.

in ihren ertheilten Fürſtenbriefen, nur blos auf den Rath, oder die Anweſenheit der Churfürſten. Aber K. Carl der *IV.* fieng, in ſeinen gegebenen Fürſtenbriefen, an, die Formeln zu gebrauchen: - - *de* - - *tam Principum Electorum*, *quam* CETERORVM PRINCIPVM *ac etiam* NOBILIVM VASALLORVM IMPERII *conſilio*, *verbo*, *voluntate et expreſſo conſenſu* x). Ingleichen: - - *ſano etiam venerabilium* EPISCOPORVM *et illuſtrium* BARONVM *et* PROCERVM IMPERII - - *accedente conſilio* y). Und ſolche oder ähnliche Formeln haben nachher ſeine Nachfolger in ihren Fürſtenbriefen beibehalten. Daß inzwiſchen die Kayſer nicht blos die Perſonen gefürſtet, ſondern auch die Länder zu Fürſtenthümern und Herzogthümern erhoben haben, beweiſen die bereits angeführte Fürſtenbriefe von Heſſen, Geldern, Mecklenburg, Jülich, Luxemburg, Bergen, Savoyen, Cleve und Holſtein, die ganz anders lauten, als wie z. E. der von K. Heinrich dem *VII.* dem Grafen Berthold von Henneberg gegebene Fürſtenbrief z).

Sowohl bey den Standeserhebungen, als auch noch auſſerdem beſonders, pflegten unſere Kayſer auch die Wappen zu verbeſſern, oder neue zu ertheilen. Von der erſtern Art habe ich ſchon weiter oben ein paar Exempel bemerkt a). Ich will alſo

Aa 2 nur

x) S. den Mecklenburg. Fürſtenbrief in Klüvers Beſchr. des Herzogth. Mecklenburg, P. I. p. 302.
y) S. das Luxemburg. Fürſtendiplom in *Leibnitii* C. I. G. D., P. I. n. 94. p. 207.
z) Müllers Staats-Cabinet, P. I. c. 2. §. 1. p. 21 ſqq. Anderer, aber irriger, Meinung iſt *Glafey* in Diſſ. de dignit. perſonali territoriis Germanor. communicabili; Lipſ., 1717. 4. *recuſa*: Halae, 1751. 4.
a) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 78. f.

nur noch einige Beiſpiele anführen, da die Kayſer, ohne zugleich eine Standeserhöhung vorzunehmen, neue Wappen gegeben, oder die alte vermehrt und verbeſſert haben. So ſoll K. Rudolf der *I.*, im J. 1289., dem Apizius, Landgraf Albrechts des Unartigen von Thüringen natürlichem Sohne, ein ſonderliches Wappen, nehmlich den bunten thüringiſchen Löwen, mit einem Helm über den Kopf geſtürzt gegeben haben b). K. Ludewig der *IV.* begnadigte, im J. 1334., die beide Brüder und Hofpfalzgrafen Jacob und Fencius von Prato, daß ſie dem, in ihrem alten Geſchlechtswappen befindlichem, rothen Löwen die Krone aus ſeinem bayeriſchen Stammwappen ſolten aufſetzen dörfen c), welches der älteſte beſondere Wappenbrief iſt, den ich bisher gefunden zu haben, mich erinnere. Daß K. Carl der *IV.* dem Rath zu Nürnberg ein neues Sekret, nehmlich einen güldenen Adler mit dem Jungfernkopf gegeben habe, verſichert uns zwar der ſeelige Profeſſor Köhler d). Allein der von ihm angeführte Fabelhans Meiſterlin ſagt weiter nichts, als: - - *Carolus* - - SECRETVM SIGILLVM *pro* CONSVLIBVS *determinavit ſpeciale.* Und hierauf beſchreibt er das noch itzo gewönliche dreifache Wappen der Stadt Nürnberg, ohne juſt zu melden, welches von denſelben das vorher erwähnte und von dem Kayſer gegebene Sekret ſey e). Hingegen hat Carl der *IV.*, im J. 1360., das, ihm und dem Reiche anheimgefallene, Geſchlechtswappen des,

b) Spangenbergs Sächſ. Chron., cap. 269 p. m. 455.

c) *Freheri* Origg. Palatinae, P. I. p 119 *edit. Heidelberg* de a. 1686. 4.

d) in Seiner N. Hiſt., p. m 309.

e) Sigism. *Meiſterlini* Hiſt rer Newronberg, P. III. c. 22. §. 2 ſq., ap. *de Ludewig l. c.*, T. VIII. p. 123.

des, ohne ehliche Leibeserben verſtorbenen, Hartmann Meyers von Windeck dem Wolfgang von Jungingen und ſeinen Erben verliehen f). K. Ruprecht erlaubte dem von ihm legitimirten Johannes Hüne, einem natürlichen Sohn des, ohne rechtmäßige männliche Erben verſtorbenen, Hans Hünens von Beringen, daß er ſeines Vaters und des mit ihm ausgeſtorbenen Geſchlechts der Hünen Wappen ſolte führen dörfen ff). K. Sigmund verbeſſerte und vermehrte, bey ſeinem Aufenthalte zu Rom, durch einen beſondern Wappenbrief vom 18. Julius 1433., das Schlickiſche Wappen mit einem halben goldfarbenen Löwen, mit ausgeſtreckten Klauen g). Und endlich iſt auch noch vom K. Friedrich dem *III.* zu bemerken, daß er, im J. 1367., in einem eigenen Wappenbriefe, den Grafen von Henneberg, auf ihre Bitte, vergönnt habe, das columneſiſche Wappen, nehmlich eine weiſſe, mit einer goldenen Krone gezierte, Säule in einem rothen Felde, ihrem Wappenſchilde beizufügen h).

Das Recht mit rothem Wachſe zu ſiegeln wurde in dieſen Zeiten für etwas ſehr ſehr vorzügliches gehalten, und man glaubte, daß hiezu ein kayſerliches Privilegium nothwendig ſey, wie man aus denen davon noch vorhandenen Exempeln billig ſchlieſſen muß. Sogar der erſte Churfürſt von Sachſen aus dem Meißniſchen Hauſe, Friedrich der Streitbare, ließ ſich von K. Sigmunden, im J. 1423., die Erlaubnis geben, mit ro-

 them

f) *Glafey* in Anecdot., n. 131. p. 214 ſq. ff) *Schiter* in Comm. ad ius feud. Alemann., c. 40. §. 5. p. 217. a. g) Lünigs R. A., T. XXIII. p. 178 ſq. n. 4. h) S. den Auszug ꝛc., im ſechſten Bande, S. 574. f. et plures *ibi* in *Nota* a) allegatos.

them Wachſe ſiegeln zu dörfen. Es heißt in dem darüber ausgefertigten Gnadenbriefe: „. . Alſo „haben wir Im diſe beſunder Gnad gethan, vnd „thun Im die in craft dis Brifs von Romiſcher „Koniglicher Macht, das ehr vnd ſeyne Erben „furbas biß zcu ewigen Zceiten als Herzogen zcu „Sachſſen vnd vnſerē vnd des Richs Kurfurſten „alle Ihre briefe mit rothem Wachs vorſigeln „und bevheſten ſollen und mogen „ [i]). Eben dieſer Kayſer hatte ſchon vorher, im J. 1414., der Stadt Coſtnitz gleichfals ein Privilegium gegeben mit rothem Wachſe ſiegeln zu können [k]). Und eben dergleichen Freiheit erhielt, im J. 1447., die Stadt Memmingen von K. Friedrich dem *III.* [l]). Derſelbe gab hernach im J. 1453., wie er von ſeinem Römerzuge zurückgekommen war, der Stadt Laybach in Kärnthen eine ähnliche Begnadigung [m]); anderer Exempel nicht zu gedenken. Hingegen erlaubte K. Friedrich der *III.* dem Borſus, Marggrafen von Eſte, wie er ihn, im J. 1452., zum Herzog von Modena und Rheggio machte, nur weiſſes Wachs in ſeinen Siegeln zu gebrauchen. Dann ſo heißt es in deſſen Fürſtenbriefe: *volentes et vobis gratioſius indulgentes*, *ut literas quascunque veſtras*, *privilegia*, *decreta et quaecunque alia monumenta*, CVM CERA ALBA VIRGINEA *ſignetis et ſigilletis*, *ac ſignare et ſigillare poſſitis* [n]).

Gleich

i) Horns Leb. Chf. Friedr. des Streitbaren von Sachſen, in *Cod. dipl.*, n. 273. p. 874. k) Stumpffens Chron. gemeiner Eydgenoſchafft, L. VI. c. 17. p. 153 a. l) Lünigs R. A., T. XIII. p. 1418 ſq n. 7. m) Hieron. *Megiſeri* Annal. Carinth., d. i. Chron. des Erzherzogth. Khärndten; (Leipz., 1612. fol.) L. X. c. 2. p. 1113. n) *Lünigii* C. I. D., T. I. p. 1644. Cf. Giov. Battiſta

Gleich zu Anfang der Regierung K. Friedrichs des *III.* wurde, durch den Johannes Guttenberg, der aus dem alten adelichen rheinländiſchen Geſchlechte der von Sorgenloch, genannt Gänſefleiſch, entſproſſen war, die edle Kunſt der Buchdruckerey erfunden, und bald darauf durch den Johannes Fauſt und Peter Schöffer von von Gernsheim verbeſſert, auch immer weiter durch ganz Teutſchland und in den benachbarten Ländern und Staaten ausgebreitet. Dieſe Erfindung trug vieles mit bey, daß die bisher in der tiefſten Barbarey verſunkenen Wiſſenſchaften und guten Künſte aus ihrer Finſterniß hervorbrechen, und gleichſam von neuem aufleben konnten. Der Untergang des griechiſchen Kayſerthums that hiezu auch vieles, weil ſich viele gelehrte Griechen nach Italien flüchteten, und daſelbſt den Geſchmack zu den Wiſſenſchaften weiter ausbreiteten. Verſchiedene Teutſche beſuchten die italiäniſche Univerſitäten, und brachten einen Schatz von Gelehrſamkeit mit ſich nach ihrem Vaterlande zurück, von dem ſie nun Gebrauch machten, und viele gelehrte Schüler zogen. Man findet zwar, auch in Teutſchland, mitten in den Zeiten der gröſten Barbarey, einige würklich groſſe Gelehrte, die, mit Hülfe ihres vortrefflichen Genie, alle Hinderniſſe überwanden, und ſich vorzüglich hervorthaten, alſo daß ſie auch unſerm Zeitalter Ehre machen würden. Aber es ſind freilich ihrer nur wenige, und ſie wurden durch den groſſen Haufen der damaligen Modegelehrten, oder Halbgelehrten unterdrückt, daß ſie nicht empor kommen konnten. Hingegen thaten ſich, gegen Ende unſers Periodus ſchon mehrere groſſe Gelehrte in Teutſchland hervor, die endlich mit

 ihren

Battiſta *Pigna* Hiſt. de Principi di Eſte; (in Vinegia, 1572. 4.) L. VII. p. 683.

ihren nachgefolgten Schülern über die Barbarey ſiegten [o]).

Eine weitere und ſchnellere Ausbreitung der Wiſſenſchaften in **Teutſchland** beförderte hiernächſt nicht wenig, daß in **unſerm Periodus** faſt in allen **teutſchen Provinzen** eine **Univerſität** angelegt wurde. Hiezu hielt man, nach dem Wahn der damaligen abergläubiſchen Zeiten, eine Erlaubnis und Privilegium von den **Päbſten** für unumgänglich nothwendig; doch haben auch einige dieſer **hohen Schulen** von unſern **Kayſern** ein Privilegium erhalten [p]). Wir wollen nun die, in **unſerm Zeitraume**, neu-errichtete **Univerſitäten**, nach der Zeit ihrer Stiftung, anzeigen, und bey denjenigen, die auch ein **kayſerliches Privilegium** bekommen haben, ſolches bemerken. Wo aber deſſen nicht gedacht wird, dient es zur Anzeige, daß mir wenigſtens dergleichen Privilegium nicht bekannt ſey. Mehrere Nachricht aber von dieſen **hohen Schulen** kan man bey denjenigen Schriftſtellern finden, die uns der ſeelige **D. Heumann** ſehr zalreich verzeichnet hat [q]).

Der berühmte Herr Hofrath **Kremer** ſchreibt dem Churfürſten von der Pfalz, **Ruprecht** dem *I.*, die Ehre zu, daß er **Teutſchland** die **erſte Univerſität** gegeben habe [r]). Allein dieſer ſonſt ſo genaue und zuverläßige **Geſchichtſchreiber** hat hiebey

o) S. die im ſiebenden Bande auf der S. 649. und 650. in den Noten p) und q) angeführte Schriftſteller.

p) S. J. P. von Ludewigs Vorrede zu dem *II Tomo Conſilior. Halenſ. ICtorum*, §. 15-29. p. 5 ſqq.

q) in *Biblioth. hiſtor. Academ*, ſubiuncta *Conringii* Antiquit. Academ., ab *Illo* editis, p. 168 ſqq.

r) in Seiner Vorleſung von der Stift. und erſten Einricht. der hohen Schule zu Heidelberg, in *Actis Acad. Theodoro-Palatinae*, p. 373 ſq. *coll.* nota g).

bey unſtreitig einen Gedächtnisfehler zu Schulden kommen laſſen, deswegen ich ihm nicht beipflichten kan. Dann wenn ich ihm auch einräumen wolte, daß die Böhmen in den mittlern Zeiten mehr zur Slaviſchen, als zur Teutſchen Nation gezält worden, mithin die ihrer Stiftung nach, weit ältere Univerſität Prag nicht unter die Teutſche hohe Schulen zu rechnen wäre; ſo iſt doch unſtreitig, daß die Univerſität zu Wien ſchon ihre völlige Einrichtung gehabt habe, ehe noch die päbſtliche Erlaubnis zu Anlegung der Univerſität Heidelberg war ausgewürkt worden. An jene mag alſo der Herr Hofrath Kremer nicht gedacht haben, wie er ſeinen obigen Saz behauptete. Allein ich ſehe auch nicht ab, warum man Prag aus der Zahl der Teutſchen hohen Schulen wegnehmen ſolte, und mache daher mit dieſer billig den Anfang.

Die Univerſität Prag wurde von K. Carln dem *IV.*, im J. 1347., nach dem Muſter der Pariſer hohen Schule geſtiftet, und in vier Nationen, nehmlich die Böhmiſche, Pohlniſche, Sächſiſche und Bayeriſche eingetheilt. Dieſe ſolten in ihren Verſammlungen, bey den Wahlen des Rektors und der Beamten, ingleichen bey Austheilung der Pfründen, und bey andern Angelegenheiten, welche ſie angehen konnten, ein gleiches Anſehen und gleiche Stimmen haben. Die Univerſität beſtand gleich anfangs aus den gewönlichen vier Fakultäten, die zuſammen mit acht Profeſſoren beſezt wurden, und der jedesmalige Erzbiſchof von Prag wurde zum beſtändigen Kanzler der Univerſität beſtellt. P. Clemens der *VI.* ertheilte zu Errichtung dieſer hohen Schule ein Privilegium unter dem 6. Jenner 1347., und K. Carls des *IV.* Stiftungsbrief iſt vom 7. April eben dieſes Jahrs. Derſelbe hat ſich nachher die Aufnahme dieſer Univerſität ſehr

angelegen ſeyn laſſen, und ſie iſt auch noch unter ſeiner Regierung in groſſen Flor gekommen s).

Die zweite Stelle gebührt nun unſtreitig der hohen Schule zu Wien. Es will zwar von einigen vorgegeben werden, daß dieſelbe ſchon von K. Friedrich dem *II.*, im J. 1237., ſey geſtiftet worden t). Allein dawider kan vieles mit gutem Grunde eingewandt werden u), und hat es vielmehr mit Anlegung dieſer Univerſität folgende Bewandniß. Nachdem der Biſchof Albrecht von Paſſau, unter deſſen Dioeces damals noch Wien gehörte, ſeine Einwilligung dazu gegeben hatte, daß daſelbſt ein *Studium generale*, wie zu der Zeit die Univerſitäten hieſſen, könnte errichtet werden; ſo lieſſen die drey Brüder und Herzoge von Oeſterreich, Rudolf, Albrecht und Leopold, den 12. Merz 1365., den Stiftungsbrief und das Specialprivilegium für dieſe hohe Schule ausfertigen. Nach demſelben ſolte die neue Univerſität aus den gewönlichen vier Fakultäten beſtehen, in vier Nationen eingetheilt, und der jedesmalige Probſt in der Kirche zu Allen Heiligen in Wien der beſtändige Kanzler derſelben ſeyn. P. Urban der *V.* beſtätigte nun zwar hierauf, durch ſeine zu Avignon, den 18. Junius 1365., datirte Bulle, dieſe neue Univerſität, privilegirte ſie aber nur auf drey Fakultäten, nehmlich die Juriſtiſche, Mediciniſche und

s) *Raynaldus* l. c., T. XVI. ad a. 1347. n. 11. p. 259. *Bartoſſii* de *Drabonicz* App. ad Chron. ſuam, ad a. 1347., in Gelaſii *Dobneri* Monum. hiſtor. Boëm., T. I. (Pragae, 1764. 4.) p. 211. n. XLIV. nota o). *Balbini* Epit. hiſtor. rer. Bohem., L. III. c. 21. p. 359. t) S. im zweiten Bande des Auszuges, S. 353. u) *Lambecii* Comm. de Biblioth. Caeſar. Vindobonn., L. II. c. 5. p. 79-239. *paſſim.*

und philoſophiſche. Im J. 1366. wurden, durch ein eigenes Statut, die vier Nationen beſtimmt, nehmlich die Oeſterreichiſche, Sächſiſche, Böhmiſche und Ungariſche. Hierauf hat P. Urban der *VI.*, auf Bitte H. Albrechts von Oeſterreich, der Wiener-Univerſität, durch eine den 12. Hornung 1384. datirte Bulle, auch noch die Theologiſche Fakultät zugeſtanden. Deswegen gab nachher H. Albrecht, noch in eben dieſem Jahr, der Univerſität ein neues Privilegium, und das Recht Statuten zu machen, machte auch eine andere Ordnung und Eintheilung der Nationen, nehmlich in die Oeſterreichiſche, Rheiniſche, Ungariſche und Sächſiſche. Mithin kam die Wiener-Univerſität, ſchon im J. 1384., zu ihrer gänzlichen Vollſtändigkeit, ehe noch die Heydelbergiſche errichtet wurde [v]).

Aber gleich das Jahr darauf würkte Churfürſt 1385
Ruprecht der *I.* von Pfalz bey dem P. Urbanus dem *VI.* die Erlaubnis und Freiheit aus, ein *Studium generale* zu Heidelberg anzurichten, und iſt die darüber ertheilte päbſtliche Bulle zu Genua den 23. October 1385. ausgefertigt, in ſelbiger aber der jedesmalige Domprobſt zu Worms zum Kanzler dieſer hohen Schule verordnet worden. Churfürſt Ruprecht der *I.* gab hierauf derſelben, den 1. October 1386., verſchiedene Privilegien, und ſie wurde nach dem Muſter der Univerſität zu Paris eingerichtet, auch in vier Nationen eingetheilt. Die folgenden Churfürſten von Pfalz verbeſſerten die Einkünfte der Univerſität, legten bey derſelben eine Bibliothek an, die hernach in der ganzen Welt berühmt wurde, und brachten dieſe hohe Schule in

v) S. Ioſ. Io. *Schlikenriederi* Chronologia diplomat. Univerſitatis Vindobonenſ., ab a. 1237. ad a. 1384., Viennae, 1753. 4.

in eine ſehr groſſe Aufnahme. Dazu hat die von K. Ruprechten geſtiftete, und von ſeinem Sohn und Nachfolger, Churfürſt Ludewig dem *III.*, zu ſtande gebrachte Stiftskirche zum heiligen Geiſt in Heidelberg, deren Stiftsherren zugleich Profeſſoren ſeyn ſolten, vieles beigetragen [w]).

Dem Beiſpiel des Churfürſtens von Pfalz folgte bald darauf die Stadt Cöln nach, welche, im J. 1388., an P. Urban den *VI.* vier Bettelmönche ſchickte, und ihn um die Erlaubnis bitten ließ, in ihrer Stadt eine Univerſität anzulegen. Der Pabſt bewilligte ſolche durch ſeine zu Perugia, den 21. May 1388., ausgeſtellte Bulle, und gab der Stadt Cöln das Privilegium ein *Studium generale* von allen vier Fakultäten, nach Art der Pariſer hohen Schule, zu errichten, bey welchem er den jedesmaligen Domprobſten zu Cöln zum beſtändigen Kanzler ernannte. Die Univerſität wurde hierauf, gleich zu Anfang des J. 1389., feierlich eröffnet, und es hat nachher derſelben K. Friedrich der *III.*, den 4. Auguſt 1442., zu Frankfurt ein Privilegium gegeben, worinnen er alle zur Univerſität gehörige Perſonen in ſeinen beſondern Schuß genommen, und ihnen aller Orten die Zollfreiheit ertheilt hat [x]).

Auch die Stadt Erfurt erhielt, den 4. May 1389., vom P. Urbanus dem *VI.*, auf die Fürbitte ſeines damaligen Legatens in Teutſchland, des

w) *Tolneri* Cod. Pal. dipl., n. 179-185. p. 123-132. und Kremers Vorleſung, l. modo c., Vol. II. p. 373-401. x) *Miraei* Opp. Diplomat., T. II p. 1253 ſq. cap. 140. *Cronica* van der hilligen Stat *van Coellen* ad a. 1388. f. 282. a. Iac. *Middendorpii* Academiar. L. V. p 141 ſq. et 162-168, *edit. Colon.* a 1602. 8. Aegid *Gelenius* de admir. S. et civ. magnitud. Coloniae, L. I. Syntagm. II. p. 9-11.

des Cardinal Biſchofs von Oſtia, und des Churfürſt Adolfs von Maynz, ein Privilegium zu Errichtung einer Univerſität, die aus allen vier Fakultäten beſtehen ſolte. Dergleichen Privilegium hatte zwar die Stadt Erfurt, ſchon eilf Jahr vorher, von dem Gegenpabſte zu Avignon, Clemens dem *VII.*, bekommen, welches aber Churfürſt Adolf nicht für gültig anſah, und daher das erſterwähnte bey dem rechtmäßigen Pabſte, Urban dem *VI.*, auswürkte. Nach deſſen Bulle ſolten die jedesmalige Dechanten der Fakultäten, bey denen in jeder vorfallenden Doktor- und Magiſter-Promotionen, oder in deren Abweſenheit und Verweigerung, das Capitel der Stiftskirche S. Marien zu Erfurt, die Kanzlerſtelle vertreten. Nachher aber iſt das Cancellariat, vom P. Bonifacius dem *IX.*, den 5. Julius 1396., auf beſtändig mit der erzbiſchöflichen Würde zu Maynz verknüpft worden. Die Eröffnung dieſer Univerſität geſchah im J. 1392., wenigſtens iſt in demſelben der erſte Rektor derſelben erwält worden. Andere aber ſetzen ihre Einweihung erſt in das J. 1398., und ſagen, daß ſelbige von dem Churfürſten von Maynz, Johannes dem *II.*, bey ſeiner damaligen Anweſenheit zu Erfurt, und eingenommener Huldigung daſelbſt, geſchehen ſey y).

Zu

y) Lünigs R. A., T. XIV. in der Fortſ. p. 455 ſq. n. 54. *Ernhurdianus Antiquitatum Variloquus* ad a. 1392., in *Menckenii* Scr. rer. germ, T. II. p. 509. Barthol *Loeneiſii* Catal. Rector. Acad. Erfurt., ed ab Henn. *Dedekindo*; (Erfurti, 1614. 4.) A. 4. a. Io. Maur. *Gudeni* Hiſt. Erfurt. (Duderſtat 1675. 8.) L. II. c. 8 p. 121 ſqq. et in *Ioannis* Scriptor. Mog., T. III. p. 181. J. C. Motſchmanns Erfordia literata, P. I. p. 24. et P. II. p. 185.

Zu **Würzburg** wolte ſchon Biſchof **Gerhard**, ein gebohrner Graf von Schwarzburg, eine **Univerſität** anlegen, er ſtarb aber darüber weg, und ſein Nachfolger, **Johannes** der *I.*, konnte erſt dieſes Vorhaben ausführen. Derſelbe wirkte hiezu das erforderliche Privilegium, den 10. December 1402., vom **P. Bonifacius** dem *IX.* aus. Deſſen Nachfolger, **P. Innocenz** der *VII.*, verordnete ſodann, den 4. Jenner 1406., den **Biſchof** von **Augſpurg**, den **Domdechanten** von **Maynz**, und den **Dechanten** zu **Haug** in **Würzburg**, zu **Conſervatoren** der neuen **hohen Schule**. Hierauf ertheilten ſelbiger, den 2. October 1410., der Biſchof **Johannes**, und das **Würzburgiſche Domkapitel**, die Specialprivilegien, und dotirten die **Univerſität** von den biſchöflichen Collectengeldern, und erzprieſterlichen Gefällen. Weil aber dieſe, zu Erhaltung einer **Univerſität** viel zu gering waren, und die Unruhen zwiſchen der Geiſtlichkeit und Bürgerſchaft zu **Würzburg** immer mehr zunahmen; ſo wandten ſich die **Profeſſoren** und **Studenten**, unter dem folgenden Biſchof **Johannes** dem *II.*, nach **Erfurt**, und die **Univerſität** gieng darüber ganz ein, bis ſie vom Biſchof **Julius**, im J. 1589., wieder hergeſtellt wurde. Der jedesmalige **Domprobſt** zu **Würzburg** iſt zugleich der beſtändige **Kanzler** der **Univerſität** s).

Die auf der **hohen Schule** zu **Prag** unter den **vier Nationen** entſtandenen Streitigkeiten über der Rektorswahl, und die vom **K. Wenceslaus**, zum Nachtheil der **drey fremden Nationen**, geſchehene Entſcheidung dieſes Streits, gaben Anlaß,

daß

s) **Lünigs** R. A., T. XVII. p. 966 ſqq. n. 62. und Lor. Frieß l. c., ſub Iohanne I., cap. 3. et 15-17 in **Ludewigs** Würzb. Geſchichtſchr., p. 682. b. et 687. a. - 690. b.

daß die Teutſchen und Pohlniſchen Magiſter, mit den Studenten ihrer Nation die Univerſi⸗tät Prag hauffenweiſe verlieſſen. Die beiden Brü⸗der, Friedrich der Streitbare, und Wilhelm, Marggrafen von Meiſſen und Landgrafen von Thü⸗ringen, ſuchten hievon einen Vortheil für ihre Län⸗der zu ziehen. Nachdem ſie alſo vom P. Alexan⸗der dem *V.*, den 9. September 1409. ein Privile⸗gium zu Errichtung eines *Studii generalis* zu Leip⸗zig erhalten hatten; ſo brachten ſie dieſe Stiftung, noch in eben dieſem Jahr, zu ſtande. Da ich aber von der Einrichtung dieſer berühmten hohen Schule, ſchon im hiſtoriſchen Abſchnitte [a]), umſtändlich gehandelt habe; ſo will ich ſolches hier nicht wieder⸗holen, ſondern meine Leſer dorthin verweiſen. Doch kan ich nicht umhin, hier einen Irrthum des ſeeligen Sebaſtian Müllers zu bemerken [b]), den ihm der ſeelige Profeſſor Rinck in Altdorf nachge⸗ſchrieben hat [c]). Beide geben nehmlich vor, daß K. Ruprecht, durch eine zu Piſa, den 9. Sept. 1409., datirte Urkunde, die im vorigen Jahr geſtif⸗tete Leipziger Univerſität beſtätigt habe. Allein aus K. Ruprechts Regierungsgeſchichte iſt be⸗kannt, daß derſelbe im J. 1409. beſtändig in Teutſchland geweſen, und überhaupt niemals in ſeinem Leben nach Piſa gekommen ſey. Man kan auch aus dem angegebenen Datum bald merken, daß Müller und Rink das Privilegium P. Alexan⸗ders des *V.* dem K. Ruprecht irrig zugeſchrieben haben. Hingegen finde ich anderwärts angezeigt, daß

a) S. im vierten Bande des Auszuges, S. 524⸗528. et plures *ibi* nota m) citatos. b) in *Annal. Saxon.*, ad a. 1409. p. 5. c) in *Diſſ.* de Impp., primis, perpetuis, ac ſolis Academiar. in Germ. autoribus; (Altorf. 1723. 4. *recuſa:* Lipſ. 1736. 4.) P. II. §. 4. p. m. 42.

daß nachher, und im folgenden Periodus verſchiedene Kayſer, als Maximilian der *I.*, Carl der *V.*, Ferdinand der *I.*, und Maximilian der *II.*, die Univerſität Leipzig ſollen beſtätigt, und mit mehrern Freiheiten begnadigt haben [b]).

Im J. 1419. würkten die beiden Herzoge von Mecklenburg, Johann und Albrecht, bey P. Martin dem *V.* die Erlaubnis aus, zu Roſtock eine hohe Schule anzulegen, doch ohne die theologiſche Fakultät. Die päbſtliche Bulle iſt zu Ferrara, den 13. Hornung 1419., ausgeſtellt, und darinnen der jedesmalige Biſchof von Schwerin zum künftigen Kanzler dieſer Univerſität verordnet worden. Da nicht blos die Herzoge von Mecklenburg, ſondern auch der Magiſtrat von Roſtock järlich eine Summe Geldes zum Unterhalt der Univerſität bewilligte; ſo iſt dieſes die Urſache, warum auch der Roſtockiſche Stadtrath ein Recht an dieſer hohen Schule, und bey Beſtellung der Profeſſoren bekommen hat, welches in der Folge zu vielen Zwiſtigkeiten Anlaß gegeben. Die Eröffnung dieſes neuen *Studii generalis* geſchah den 12. November obbeſagten J. 1419., und die noch mangelnde theologiſche Fakultät bewilligte nachmals P. Eugen der *IV.* durch eine beſondere, den 24. Jenner 1433., und nicht 1431., im zweiten Jahr ſeines Pontificats, zu Rom ausgeſtellte Bulle. Weil nun bey Errichtung dieſer Univerſität keine andere in dem nordlichen Teutſchlande und den benachbarten nordiſchen Königreichen war; ſo kam ſie anfangs ſehr empor. Allein verſchiedene Zufälle brachten ſie noch in dieſem Jahrhundert herunter, und ſie wandte ſich auch ein paarmal nach Greifswalde und Lübeck. Deswe-

b) Schneiders Chron. Lipſ., L. VI. p. 282 ſq.

Deswegen ließ ſich dieſelbe nachmals vom P. Innocenz dem *VIII.*, den 18. Merz 1487., ein Privilegium geben, daß ihr dergleichen Entfernung und Abweſenheit von Roſtock, an ihren daſelbſt habenden Rechten, nicht nachtheilig ſeyn ſolte. Uebrigens ſoll die Univerſität Roſtock erſt von K. Ferdinand dem *I.*, den 18. Auguſt 1560., ein Privilegium erhalten haben, wodurch ſie beſtätigt worden e).

Die Univerſitäten zu Löwen in Brabant, und zu Dole in der Grafſchaft Burgund, ſollen im J. 1426. geſtiftet worden ſeyn; jene von dem H. Johannes von Brabant, und dieſe von dem H. von Burgund, Philipp dem Gütigen. Beide erhielten ihre Privilegien von P. Martin dem *V.*, und zwar Löwen den 9. December 1425., Dole aber im J. 1426. f). Die Anlegung einer Univerſität zu Trier ſchreibt ſich von Churfürſt Jacob dem *I.* her. Derſelbe war, in dem Römiſchen Jubeljahr 1450., in Perſon nach Rom gereiſet, und erhielt damals vom P. Nikolaus dem *V.* die Erlaubnis, zu Trier ein Gymnaſium anlegen zu dörfen. Dieſes erhob nachmals, den 2. Hornung 1454., P. Nikolaus, durch eine neue Bulle, zu einer aus allen vier Fakultäten beſtehenden Univerſität, und gab derſelben alle Freiheiten, welche der

e) Chron. Slav. ad a. 1419., in *Lindenbrogii* Scriptor., p. m. 212. Petri *Lindenbergii* Chron. Roſtoch.; (Roſtoch. 1596. 4.) L. V. c. 7. p. 161 ſqq. *de Beehr* rer. Mecklenburg. L. II. c. 8. et 9. p. 333-339. et 351 ſq. *item* L. IV. c. 6. p. 629 ſq. L. V. c. 2. p. 689 ſqq. et L. VIII. c. 28. p. 1731 ſq. Ge. *Weſtphalii* Diplomatar. Mecklenburg., n. 71. p. 1008 - 10047. Cf. *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 233. b. f) *Pfeffinger* l. c, T. III. p. 233. b. et T. IV. p. 719. b. et 723. a.

der hohen Schule zu Cöln, bey ihrer Errichtung, waren ertheilt worden. Der Churfürſt Jacob richtete auch hierauf die Univerſität würklich an, welche P. Sixtus der *IV.*, den 1. Junius 1474., und nachher noch andere Päbſte beſtätigt haben. Das Kanzleramt aber bey derſelben haben, vom erſten Anfange an, die Churfürſten und Erzbiſchöffe von Trier ſelbſt geführt, und laſſen ſelbiges, bey vorkommenden Fällen, durch einen beſtellten Prokanzler verwalten g).

Es iſt vorhin beiläuffig gemeldet worden, daß die Univerſität Roſtock einmal auf eine Zeitlang ſich nach Greifswalde gewandt habe, welches im J. 1436. geſchah, wo ſie auch bis ins J. 1443. blieb. Dieſes gab vermuthlich Gelegenheit, daß der H. Vratislaus von Pommern darauf verfiel, zu Greifswalde eine eigene Univerſität anzulegen. Er wandte ſich deshalben, im J. 1455., an P. Calixtus den *III.*, und bat denſelben um das hiezu erforderliche Privilegium. Der Pabſt trug ſodann dem Biſchof Stephan von Brandenburg auf, die in dieſer Sache nöthige Unterſuchungen anzuſtellen. Nachdem nun der vom Biſchof abgeſtattete Bericht günſtig ausgefallen, und ſelbiger, bey der zu Rom geſchehenen Prüfung, richtig befunden worden; ſo ertheilte P. Calixtus der *III.*, den 29. May 1456., dem H. Vratislaus, ohngeachtet des Widerſpruchs der Roſtocker, das gebetene Privilegium zu einem *Studio generali* von allen vier Facultäten in Greifswalde, doch unter der ausdrücklichen

g) *Geſta AEp. Trevir.*, cap. 169. ap. *de Hontheim* in Prodr. Hiſt. Trevir., T. II. p. 852. a. *Eiusdem* Hiſt. Trevir. dipl., T. II. n. 830. p. 417 ſq. *coll.* Proleg. ad Sec. XV. §. 9. p. 326 ſq. *Broweri* Annal. Trevir., T. II. L. XIX. n. 91. p. 288.

lichen Bedingung, daß der Herzog die neue Univerſität mit einem jährlichen Einkommen von 1000. Dukaten an unbeweglichen Gütern dotiren ſolle. Dieſes befolgte auch der H. Vratislaus noch vor der Einweihung dieſer hohen Schule, und er würkte hiernächſt für dieſelbe beym K. Friedrich dem *III.* ein Privilegium aus, worauf die Univerſität zu Greifswalde, den 17. October 1456., feyerlichſt inaugurirt wurde. Der jedesmalige Biſchof von Camin aber ſolte, nach der päbſtlichen Beſtätigungsbulle, der beſtändige Kanzler dieſer Univerſität ſeyn h).

Die Anlegung der Univerſität Baſel wird zwar insgemein dem daſigen Biſchof, Johannes von Venningen, und dem Stadt-Rath zu Baſel zugeſchrieben. Aber jener hatte hieran keinen Antheil, ſondern nur dieſer würkte hiezu beym P. Pius dem *II.* die erforderliche Erlaubnis aus. Es ſind deshalben zwey päbſtliche Bullen vorhanden, welche Pius der *II.*, auf dem damaligen Convente zu Mantua, und zwar die erſte den 11. November 1459., und die zweite den 31. December eben dieſes Jahrs, ausgeſtellt hat. In der erſtern begnadigt er die Baßler mit einer hohen Schule, die aus allen vier Fakultäten beſtehen ſolte, und verordnet den jedesmaligen Biſchof von Baſel zum künftigen Kanzler derſelben. Und in der andern Bulle beſtätigt er nicht nur die in der erſtern bereits ertheilte Freiheiten, ſondern er befreiet auch die Profeſſoren und Studenten, ſolang ſie ſich auf der Univerſität Leſens oder Studirens halber aufhalten würden, ihre anderwärts habende geiſtliche Pfründen und Gefälle, nur die Quotidian ausgenom-

h) *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 233 ſq. Geſchichte der Jubel-Feier der Akademie Greifswald vom J. 1756., p. 75 ſqq. 87 ſqq. et 91 ſq.

nommen, eben ſo vollkommen genieſſen zu können, als wenn ſie bey ihren Kirchen ſelbſt reſidirten. Im folgenden J. 1460. den 4. April wurde dieſe hohe Schule, durch den Biſchof Johannes von Baſel, feierlich eröffnet und eingeweyhet, wobey ihm der Bürgermeiſter und einige Rathsherren die päbſtliche Bullen überreichten. Und hierauf haben Bürgermeiſter, Rath und ganze Gemeine zu Baſel, unter dem 28. May eben dieſes J. 1460., der neuen Univerſität ſehr ſtattliche Specialprivilegien ertheilt. P. Pius der *II.* aber inkorporirte derſelben, zu ihrer beſſerer Erhaltung, einige Canonicate in der Domkirche und im S. Petersſtifte zu Baſel, ingleichen zu Zürich, Solothurn, Zofingen und Colmar [i]).

Ohngefähr um eben dieſe Zeit errichtete Erzh. Albrecht von Oeſterreich eine hohe Schule zu Freyburg im Breißgau. Einige geben das J. 1450., andere das J. 1460., oder 1463., und noch andere das J. 1472. an. Ich getraue mich nicht, hierunter etwas zu entſcheiden, weil ich, bey fleißigem Nachſuchen, die zu Errichtung dieſer Univerſität erlaſſene päbſtliche Bulle nirgends habe finden können. So viel aber iſt gewiß, daß ihre Stiftung nicht erſt im J. 1472. geſchehen ſeyn kan; dann damals war der Erzherzog Albrecht bereits geſtorben. Wahrſcheinlicher Weiſe hat dieſelbe im J. 1460. ihren Anfang genommen, und nach ihres Stifters Tod nahm ſich ſelbiger deſſen Bruder, K. Friedrich der *III.* an, welcher ſie im J. 1472. vollends ſoll zu ſtande gebracht haben, nachdem im J. 1467. von der Wiener Univerſität die Statuten und einige Profeſſoren nach Freyburg waren

i) Tſchudy Chron. Helvet., P. II. L. 14. p. 633-638. nota a). C. Wurſtiſens Baßler Chron., L. VI. c. 2. p. 422 ſqq.

ren geſchickt worden k). Zu Errichtung eines aus allen vier Fakultäten beſtehenden *Studii generalis* in Ingolſtadt hatte H. **Ludewig** der Reiche von Bayern-**Landshut** ſchon vom **P. Pius** dem *II.* ein, zu Siena den 7. April 1459. datirtes, Privilegium erhalten. Es machte aber ſelbiges H. **Ludewig** erſt den 2. Jenner 1472., durch ein öffentliches Ausſchreiben, bekannt, und ließ die **Univerſität**, in ſeiner und ſeines Sohnes Gegenwart, einweyhen; deswegen dann auch der Anfang dieſer **hohen Schule** in das J. 1472. pflegt geſetzt zu werden. **P. Sixtus** der *IV.* beſtätigte ſie hierauf von neuem den 31. Julius 1477. Die **Univerſität** wurde anfangs in **vier Nationen**, nehmlich die **Bayeriſche**, **Rheiniſche**, **Fränkiſche** und **Sächſiſche**, eingetheilt, die aber hernach wieder ſind aufgehoben worden, und der beſtändige **Kanzler** derſelben iſt der jedesmalige **Biſchof** von **Eichſtedt**, zu deſſen **Dioeces** die Stadt **Ingolſtadt** gehört l).

Hierauf faßte auch der unſterbliche Graf, und nachmalige erſte Herzog von Würtenberg, **Eberhard** der ältere, oder **Bärtige**, den Entſchluß, in ſeinem Lande eine **Univerſität** zu **Tübingen** anzulegen. Er ſuchte zwar anfangs ſeinen Vetter, Graf **Ulrichen**, zu bewegen, an dieſer Stiftung mit Antheil zu nehmen. Weil aber derſelbe hiebey zu viele Schwierigkeiten machte; ſo führte er dieſes Vorhaben allein aus. Schon im J. 1476. wandte er ſich deshalben an **P. Sixtus** den *IV.*, und bat ihn, ſo-

 wohl

k) *Middendorp* l. c., L. V. p. m. 208 ſq. und *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 234. a. l) *Raynaldus* l. c., T. XIX. ad a. 1477. n. 5. p. 268. b. Viti *Arnpeckhii* Chr. Bojoar., L. V. c. 65., in *Pezii* Theſ. Anecdot. noviſſ., T. III. P. III. p. 409. *Hundii* Metrop. Salisburg., T. II. p. m. 289-292.

wohl um die hiezu nöthige Erlaubnis, als auch daß er die Kirchen und Kirchenſätze zu Bracken-heim, Stetten, Aſch und Ringingen mit der neuen Univerſität vereinigen, und das Stift zu Sindelfingen dazu verwenden dörfte. Der Pabſt ertheilte, den 13. November 1476., die gebetene Vergünſtigung, ſchickte ſie aber erſt dem Abt Heinrich von Blaubeuren, und den Pröbſten zu Sindelfingen und Herrenberg zu, denen er befal, ſich vorher um alle Umſtände genau zu erkundigen, und demnächſt dem Grafen in ſeinem Vorhaben behülflich zu ſeyn. Der Abt Heinrich unterzog ſich ſodann, im Merz 1477., dieſer ihm aufgetragenen Commißion, und ertheilte, nach geſchehener Unterſuchung, dem Grafen die Erlaubnis, eine hohe Schule zu Tübingen aufzurichten, worauf alle Fakultäten ſeyn könnten. Graf Eberhard ſtellte hierauf, noch in eben dieſem J. 1477. den 9. October, ſeinen Freiheitsbrief, oder die Special-privilegien für die Univerſität aus, und dieſe hatte inzwiſchen ihren Anfang genommen, zu deren beſtändigen Kanzler der Probſt von der Stifts-kirche zu S. Georg in Tübingen, in der päbſtlichen Bulle, verordnet wurde. Indeſſen verzog es ſich doch, wegen Einrichtung der Gebäude, und anderer Umſtände halber, noch in etwas, bis alles in gehörige Ordnung kommen konnte, wie dann auch Graf Eberhard erſt im J. 1481. der Univerſität ihre Ordnung und Verfaſſung zuſtellte. Endlich ſuchte er auch noch beym K. Friedrich dem *III.* um die Beſtätigung derſelben an, welche er den 20. Hornung 1484. erhielt, worinnen aber der Kayſer nur vorzüglich die Lehrſtühle der weltlichen Rechte beſtätigte m). Die

m) *Nauclerus* l. c., Vol. II. gener. 50. p. m. 1102. Steinhofer *l. c.*, P. III. p. 259-263. 280-282. et

Die letzte, in unſerm Periodus, in Teutſchland geſtiftete Univerſität iſt die Maynziſche, wenn man auf die vom Pabſte hiezu ertheilte Erlaubnis ſiehet; hingegen wurde ſie an einem Tage mit der Tübingiſchen eröffnet. Churfürſt Diether von Maynz iſt der Stifter derſelben, und erhielt vom P. Sixtus dem *IV.*, den 23. November 1476., ein Privilegium, zu Maynz ein, aus allen vier Fakultäten beſtehendes, *Studium generale* anlegen zu können. Der Pabſt ertheilte demſelben alle die Freiheiten, welche die hohen Schule zu Bononien, Paris und Cöln hätten, und verordnete den damaligen Probſt der Stiftskirche *B. M. V. ad Gradus* zu Maynz, den D. Georg Pfinzing, zum Kanzler der Univerſität. Weil aber derſelbe gleich das Jahr darauf ſtarb; ſo gab P. Sixtus dem jedesmaligen Domküſter zu Maynz das Recht und die Gewalt, den Kanzler, bey vorkommenden Fällen zu ernennen, welches noch itzo ſo beobachtet wird. Nach erlangter päbſtlicher Vergünſtigung, machte Churfürſt Diether, den 31. Merz 1477., durch ein öffentliches Ausſchreiben bekannt, daß die neue Maynzer Univerſität den 1. October dieſes Jahrs ihren Anfang nehmen ſolte, welches dann auch geſchah n).

Aus dieſem weitläuftigen Verzeichnis der, in unſerm Periodus, neu errichteten Univerſitäten im Teutſchen Reiche erhellet nun ſo viel, daß ſelbige

et 412-415. Andr. Chph. Zellers Merckwürdigk. der Univerſität und Stadt Tübingen; (Tübingen, 1743. 8.) cap. 14. Obſ. 2. 3. 12. et 13. p. 243-247. et 272-334. Sattler *l.* ſaepius *c.*, P. V. Sect. 8. §. 12. p. 69 ſqq. n) *Serrarii* rer. Mog. L. I. c. 34. et L. V. in *Diethero* ſecundum, in *Ioannis* Scr. Mog., T. I. p. 105 ſqq. et 789 ſq. n. 13. et 16. *de Gudenus* C. M. D., T. IV. n. 201. et 204. p. 422-425. et 428 ſqq.

bige insgeſammt ihre Privilegien von den Päbſten erhalten, und nur drey ſeyn, die auch vom Kayſer ein Privilegium bekommen haben. K. Friedrich der *III.* iſt auch, ſo viel wir bisher wiſſen, der erſte Kayſer, von dem dergleichen Privilegium für eine Teutſche Univerſität vorhanden iſt; wenigſtens iſt mir kein älteres bekannt. Der ſeelige Profeſſor Rinck ſagt zwar: es wäre gar kein Zweifel, daß die Univerſitäten zu Prag und Heidelberg unter höchſtem kayſerlichen Anſehen wären errichtet worden, und in Anſehung aller übrigen zweifle er gleichfals nicht, daß ſie, mit ausdrücklicher, oder ſtillſchweigender Genehmigung des Kayſers, wären angelegt worden o). Allein da es hier auf *res Facti* ankommt; ſo ſind bloſſe Muthmaſſungen, oder wohl gar Machtſprüche nicht zureichend, ſondern man muß den Satz, welchen man behauptet, auch hiſtoriſch beweiſen können. Hieran aber fehlt es in der angezeigten Rinkiſchen Abhandlung; dann das angeführte Exempel von K. Ruprechten iſt falſch, und die Privilegien, welche K. Carl der *IV.* der Univerſität Prag, und etwa K. Ruprecht der hohen Schule zu Heidelberg gegeben haben, ſind von ihnen, nicht ſowohl als Kayſern oder Römiſchen Königen, ſondern vielmehr als Landesherren, ertheilt worden. Mithin ich noch der Meinung bin, daß erſt K. Friedrich der *III.* angefangen habe, den hohen Schulen in Teutſchland Privilegien zu geben. Ja wir haben ſogar von eben dieſem Kayſer einen Gnadenbrief für die Stadt Kempten, vom 5. Hornung 1462., worinnen er derſelben erlaubt, eine gemeine oder niedere lateiniſche Schule bey ihrer Pfarrkirche anzulegen p). Ja eben dieſer K. Friedrich der *III.*

gab,

o) *Rinckius* in Diſſ. cit., P. II. §. 4. p. 42.
p) Lünigs R. A., T. XIII. p. 1512 ſq.

gab, im J. 1471., der Stadt Lüneburg ein Privilegium, in ihrer Stadt ein juriſtiſches Collegium anzurichten, welches aus zwey oder drey Doktorn beſtehen, und die Macht haben ſolte, nicht nur die Rechte zu lehren und darüber zu diſputiren, ſondern auch Baccalaureen und Doktoren der Rechte zu machen. Es iſt aber die Sache nicht zur Vollziehung gekommen *). Hingegen ſind mir ein paar merkwürdige Urkunden vorgekommen, nach welchen ſchon K. Sigmund das Recht, Univerſitäten zu privilegiren, in Italien ausgeübt hat. Wir haben nehmlich von ihm zwey dergleichen Gnadenbriefe, in deren einem er erlaubt, zu Cremona, und in dem andern zu Mantua, ein aus allen vier Fakultäten beſtehendes *Studium generale* anzurichten. Zugleich ernennt er auch den Kanzler auf einer jeden dieſer Univerſitäten, und es ſind dieſe beide kayſerliche Privilegien denen, aus ähnlichen Urſachen gegebenen, päbſtlichen Bullen ganz gleichlautend. Den letztern dieſer kayſerlichen Freiheitsbriefe, wegen Anlegung einer hohen Schule zu Mantua, vom 27. September 1433. hat nachmals K. Albrecht der *II.*, den 1. Jenner 1439., beſtätigt q).

Nachdem im vorigen Periodus, durch die Bemühungen der Schwäbiſchen Kayſer, und durch den Eifer einiger berühmten Rechtslehrer zu Bononien, das alte Römiſch-Juſtinianeiſche Recht wiederum mehrers war in die Höhe gebracht worden r); ſo fiengen die Italiäniſchen

*) Caſp. *Sagittarii* Diſſ. de memorabilib. Hiſt. Luneburg.; (Ienae, 1682., *recuſa*: Halae, 1714. 4.) §. 90. p. m. 31 ſq. Cf. *Pfeffinger* l. c., T. IV. p. 723. a.

q) *Eiusdem* Cod. Ital. dipl., T. I. p. 437 ſqq. n. 24. und *Du Mont*, T. III. P. I. n. 47. p. 61 ſq.

r) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 502.

Rechtsgelehrten ſchon damals an, den Kayſern alle Gerechtſame zuzuſchreiben, welche ſie in den Römiſchen Geſetzen den alten Römiſchen Kayſern beigelegt fanden. Dieſes gab nun weiter Gelegenheit zu der Lehre von vielen kayſerlichen Reſervatrechten, welche die Kayſer theils ſelbſt, theils durch andere ausüben könnten. Und darüber ſollen nun anfangs in Italien die ſogenannten Grafen des Lateraniſchen Pallaſtes, oder kayſerliche Hofpfalzgrafen wieder beſtellt, und nachher auch in Teutſchland eingeführt worden ſeyn, denen die Kayſer, doch nicht gleich anfangs, ſondern erſt in den folgenden Zeiten, die Ausübung einiger ſolcher Reſervatrechte aufgetragen haben s). Man giebt zwar insgemein vor, daß hiemit K. Ludewig der Bayer wiederum den Anfang gemacht, und den Caſtruccius von Antiminellis, H. von Lucca, und ſeine Erben zum erſten Grafen des Lateraniſchen Pallaſtes *) ernannt, und auch demſelben das Recht gegeben habe, den Adel- und Ritterſtand, mit deſſen Inſignien, zu ertheilen, ordentliche Richter und öffentliche Notarien zu verordnen, natürliche Kinder zu legitimiren, u. ſ. w. Allein obgleich die Sache überhaupt richtig iſt, und ſich auf ein paar Urkunden K. Ludewigs des *IV.* gründet; ſo irren ſich doch die Publiciſten darinnen, daß ſie die letzt angeführte Rechte für Rechte der Comitiv ausgeben. Die über dieſe, den 14. Merz 1328., ausgeſtellte Urkunde ſetzt das Amt des Grafens des Late-

s) Iac. Car. *Speneri* Progr. de orig. Com. Palatin. Caeſar.; (Vitemb. 1726. 4.) §. 5-8. et *cum vers. germ.* ac *notis* in *Eius* Teutſch. I. P., P. VI. p. 303 ſqq *paſſim.*

*) Indeſſen habe ich doch einen ältern Grafen des Lateraniſchen Pallaſtes kurz vorhin, in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 372. angeführt; S. *Freheri* Origg. Pal., P. I. p. m. 119.

Lateraniſchen Pallaſtes blos darein, daß er bey der kayſerlichen Krönung den Kayſer geleiten, ihm bey der Salbung und Krönung beiſtehen und ihn bedienen helfen ſolle. Von jenen Rechten aber ſtehet in dieſem Diplom nicht das geringſte, ſondern ſelbige hatte der Kayſer bereits vorher, den 15. Hornung dieſes Jahrs, den Caſtruccius in einer andern Urkunde, beigelegt, worinnen er ihn zum Herzog von Lucca ernannt, und ihm eine Menge Regalien zugeeignet hat t).

Es iſt zwar alſo der Titel eines Grafens des Lateraniſchen Pallaſtes, unter K. Ludewig dem *IV.*, in Italien wieder aufgekommen, aber nicht in dem Verſtande, wie derſelbe, und die damit verknüpften Rechte eines kayſerlichen Hofpfalzgrafens nachher ſind genommen worden. Spener will uns zwar bereden, als wenn Spangenberg melde, daß K. Ludewig in Teutſchland den Graf Bertholden von Henneberg auf gleiche Art zum Lateraniſchen Pfalzgrafen gemacht habe, als den Caſtruccius in Italien u). Aber Spangenberg ſagt weiter nichts, als daß K. Ludewig, den 1. Jenner 1330., den Fürſt Bertholden von Henneberg und ſeine Erben, die Henneberg im Beſitz hätten, privilegirt habe, daß ein jeder ſein Lebenlang 25. (al. 12.) Baſtarde legitimiren, und zehen Notarien creiren möchte v). Es iſt auch dieſes kein beſonderes Privilegium, ſondern eben dasjenige, welches K. Ludewig der *IV.* dem mehrgedach-

t) S. die beide Diplomata K. Ludewigs des *IV.* in *Freheri* Scr. rer. germ., T. I. p. m. *667* - 670. n. 6. et 7. et in *Leibnitii* C. I. G. D., P. I. n. 64 ſq. p. 128 - 132. u) in *Progr. allegato*, §. 9., *l. c.*, p. 323 ſq. Cf. *Struvii* Corp. I. P. Imperii noſtri, c. 12. §. 17. p. m. 440. v) Spangenbergs Henneberg. Chron., L. V. c. 5. p. m. 189. *edit. primae.*

gedachten gefürſteten Grafen von Henneberg, Bertholden, den 1. Jenner 1330. zu Trident gegeben, und ihm darinnen die ſchon vormals von K. Heinrich dem *VII.* erhaltene Fürſtenwürde beſtätigt, auch noch ein und andere Rechte ihm ertheilt hat. Nach demſelben ſolte er, *vi autoritatis imperatoriae*, berechtigt ſeyn, bey ſeinen Lebzeiten 20 unehliche Kinder zu legitimiren, *ad ſuccedendum parentibus et obtinendum honores civiles, et quoslibet actus legitimos exercendos omni modo, ac ſi eſſent legitime procreati*, und 10 öffentliche Notarien zu machen. Seine Erben aber, und künftige Innhaber des Schloſſes Henneberg ſolten, ein jeder bey ſeinem Leben, 10 Baſtarde ehlich erklären, und 6 Notarien creiren können w).

Man muß alſo den rechten Urſprung der Hofpfalzgräflichen Würde im heutigen Verſtande, nehmlich mit Einſchluß der Ausübung einiger kayſerlichen Reſervatrechte, eigentlich erſt unter K. Carln dem *IV.* ſuchen. Derſelbe ernannte den berühmten Rechtsgelehrten Bartolus zu einem ſolchen Hofpfalzgrafen x), ingleichen ſeinen Rath, den Johannes Amadi von Padua y), den D. Eraſmus von Lyprandis einen Mayländer, den Peter von Farolivis aus Vercelli, ſeinen Rath, und noch andere mehr. Von den leztern hat der

ſeelige

w) S. K. Ludewigs Urkunde, in Höns Sachſen=Coburg. Hiſt. P. II. p. 59 ſq. x) Ge. *Mundii* à Rodach Tr. de Comit. Pal. Caeſar.; (Norimb., 1646. 4.) cap. I. n. 72. p. 19. *ibique* allegatus ipſe *Bartolus.* y) Ge. *Schubartus* de Comit. Pal. Caeſar., p. 330. *in calce* Thom. *Reineſii* Comm. de Palatio Lateran., eiusque Comitiva; Ienae, 1679. 4. und *Spener* l. c., §. 8. p. 320 ſq.

ſeelige Glafey s) die kayſerliche Gnadenbriefe zum Vorſchein gebracht. In denſelben erklärt nun der Kayſer nicht nur ſie, ſondern auch ihre Erben, in *Sacri Lateranenſis Palatii*, *et Aulae ſuae*, *et imperialis Conſiſtorii Comites*, und giebt ihnen zugleich die Gewalt, in ſeinem Namen Notarien zu machen, und uneheliche Kinder zu legitimiren, nur die von Fürſten, Grafen und Freiherren ausgenommen. Eine noch weitläuftigere Gewalt ertheilte K. Carl der *IV*. ſeinem oben erwähnten Rath, dem Johannes Amadi von Padua; dann er räumte ihm die Rechte ein, nicht allein gerichtliche Handlungen zu pflegen, zu manumittiren, emancipiren, adoptiren, arrogiren, Vormünder zu beſtellen, und Richter zu ſetzen, ſondern auch das Römiſche Bürgerrecht zu ertheilen, den Ritter- und Adelſtand zu verleihen, Doktoren zu machen, und einige italiäniſche Würden, (*Capitaneos* et *Valvaſores*,) auszutheilen, ja ſogar Hofpfalzgrafen zu ernennen. Man ſiehet hieraus, daß ſchon damals die Comitiven nicht auf einerley Art ertheilt worden, woraus nachher der Unterſchied unter den gröſſern und kleinern Comitiven, noch in unſerm Periodus, entſtanden iſt. Diejenige aber, welche von K. Carln dem *IV*. zu Hofpfalzgrafen waren ernannt worden, ſind insgeſammt Italiäner geweſen, und man möchte daher nicht unbillig muthmaſſen, daß ihre Comitiv ſich nur über Italien erſtreckt habe. In Teutſchland findet man wenigſtens, in dieſen und den nächſtfolgenden Zeiten, noch keine Spuren von dergleichen *Comitibus S. Palatii Lateranenſis*, *Aulae Caeſareae et imperialis Conſiſtorii*.

Wie

s) in *Anecdotis*, n. 12. 15. 19. 96. et 459. p. 24 ſqq. 30 ſqq. 38 ſqq. 157 ſqq. et 572 ſqq. Cf. *Io.* de *Geylnhuſen* l. c., n. 32-34. p. 24-35.

Wie aber K. Ruprecht ſeinen Römerzug antrat, und bey der Gelegenheit ſeinen Sohn, den Pfalzgrafen **Ludewig**, zum Reichsvikarius beſtellte; ſo ertheilte er demſelben, in der darüber ausgefertigten Urkunde, unter andern Rechten auch alle diejenige, von denen wir kurz vorhin bemerkt haben, daß ſie K. Carl der *IV.* dem Johannes Amadi gegeben hat, und die nachher jemals einigen neuen Hofpfalzgrafen ſind verliehen worden [a]). Nachher hat K. Sigmund, nach ſeiner kayſerlichen Krönung zu Rom, anfangs den 1. Junius 1433. ſeinen Kanzler, Caſpar Schlicken, und hernach, den 8. Auguſt eben dieſes Jahrs, deſſen Brüder, **Matthäus** und **Heinrich**, auch ihre ſämtliche Erben, mit der Würde der *Comitum Palatinorum S. Lateranenſis Palatii etc.* begnadigt, und ihnen alle diejenige, und noch mehrere Rechte beigelegt, welche Carl der *IV.* dem öfters erwähnten Johannes Amadi verliehen hatte [b]). Bisher waren alſo die Comitiven eben noch nicht zu häuffig, und zumal in Teutſchland faſt ganz unbekannt. Aber unter K. Friedrich dem *III.* fiengen ſie an gemeiner, und auch in Teutſchland eingeführt zu werden, wo ſie verſchiedenen Standesperſonen, oder auch wohl Privatgelehrten ertheilt wurden. Doch geſchah es nicht auf einerley Weiſe, in Anſehung der zugleich verliehenen Gerechtſame, indem der eine mehrere Gewalt erhielt, als der andere. Hieraus iſt nachher der Unterſchied unter den groſſen und kleinen Comitiven, oder den gröſſern und kleinern kayſerlichen Hofpfalzgrafen entſtanden, welche leztere Benennung auch in Teutſchland gewönlicher wurde,

a) *Freherus* in Not. ad P. *de Andlo*, l. c., p. 200 ſqq. et *Eiusdem* Origg. Pal., P. I. c. 16. p. m. 133 ſqq.
b) Lünigs R. A., T. XXIII. p. 1175 ſq. et 1177 ſq. n. 2. et 3.

wurde, als der in Italien gebräuchliche Titel der Grafen des Lateraniſchen Pallaſtes c). Um nun dieſes mit einigen Beiſpielen der groſſen und kleinen Comitiv zu beſtärken; ſo könnte ich mich zwar mit andern auf die von K. Friedrich dem *III.* ſeinem Erzhauſe, im J. 1453., angeblich verliehene groſſe Comitiv beruffen. Allein das kayſerliche Privilegium von erſtgedachtem Jahr, welches man dißfals anzuführen pflegt, enthält nicht ſowohl eine Comitiv, als vielmehr eine Generalbeſtätigung und Erweiterung aller und jeder Rechte und Freiheiten der Erzherzoge von Oeſterreich, unter welchen nun freilich verſchiedene vorkommen, die nachher von den Kayſern den gröſſern Hofpfalzgrafen ſind mitgetheilt worden d). Ich will daher lieber als ein Exempel einer ſolchen groſſen Comitiv diejenige anführen, welche K. Friedrich der *III.*, den 14. October 1491., dem Aloyſius Blancus Paläologus erblich gegeben hat e). Eben dieſer Kayſer machte, auf ſeiner erſten Reiſe nach Rom, auf Bitte ſeines geliebten Aeneas Sylvius, deſſen Vetter, Jacob Tholomäus, zu einem Grafen des Lateraniſchen Pallaſts f); er bekam aber nur die kleine Comitiv. Und eben dieſelbe erhielt auch der berühmte Johannes Reuchlin von unſerm Kayſer, worinnen er ihm zwar auch unter andern geſtattete, Doktoren zu machen; doch ſchränkte er dieſe Gewalt nur auf zehen Perſonen ein g).

Unter

c) *Speneri* Progr. cit. §. 8. et 9., *l. c.*, p. 322 ſq. et 324 ſqq. d) S. das Oeſterreichiſche Privilegium vom J. 1453., beym Lünig, T. VII. p. 33 ſqq. e) Lünigs Sel. Scripta ill., c. 9. n. 91. p. 1016 ſqq. f) *Gobellini* Comm. Pii II. P. Max., L. I. p. 17. lin. 21 ſqq. g) *Schubart*, l. c, p. 329.

Unter die einigen kayſerlichen Hofpfalzgrafen verliehene Rechte gehört auch mit die Gewalt, Notarien zu machen, Doktoren und Magiſter zu creiren, Poeten zu krönen, unehliche Kinder zu legitimiren, und einem die verlohrne Ehre wieder herzuſtellen. Wir finden aber, daß in unſerm Periodus die Kayſer ſelbſt dergleichen Rechte, auch in Anſehung der Mittelbaren, bisweilen ausgeübt haben. So erklärte z. E. K. Carl der *IV.*, durch eigene von ihm ausgeſtellte Urkunden, einen gewiſſen Thomas von Novareck, und den Bertholinus von Bozulis zu öffentlichen Notarien h). Ein Formular, wodurch der Kayſer einen zum Doktor creirt, trifft man bey dem Johannes von Geylnhuſen an i). Was die Krönungen der Poeten anbelangt; ſo finden wir zwar davon bereits im vierzehnten Jahrhundert, unter der Regierung K. Ludewigs des *IV.*, die Exempel des Albertinus Muſſatus und Franciſcus Petrarcha. Allein beide ſind nicht von dem Kayſer, wie ich ſelbſt, in Anſehung des Petrarcha, irrig vorgegeben habe k), gekrönt worden; ſondern der erſtere, oder der Muſſatus, hat von dem Biſchof von Padua, Paganus Tarrianus, und dem H. Albrechten von Sachſen, damaligen Rektor des Gymnaſium zu Padua, der andere aber, oder der Petrarcha, von dem Grafen von Aguillara, am Oſtertage des J. 1341., im Capitolium zu Rom, unter ſehr vielen prächtigen Ceremonien, die poetiſche Lorbeerkrone empfangen l). Es ſcheint auch

h) *Glafey* Anecd., n. 13. et 14. p. 27 ſq. et 28 ſq. Cf. *Io.* de *Geylnhuſen* l. c., n. 29 - 31. p. 22 - 24.
i) in *Collectario*, n. 49, *l. c.*, p. 52 ſqq.
k) in Meinem Entwurf einer pragmat. T. R. Hiſt., Per. VI. Sect. II. §. 439. p. 540.
l) *Xicconis Polentoni* Vita Petrarchae, ap. *Muratorium* T. X. Scr.

auch nach allen Umſtänden, daß K. Friedrich der *III.*, unter den Kayſern unſers Periodus, der erſte geweſen, welcher die Krönung der Poeten wieder vorgenommen hat. Er hat wenigſtens mit eigenen Händen dem Aeneas Sylvius, im J. 1442., zu Frankfurt, und hernach dem Contrad Celtes, einem Francken, im J. 1491., zu Nürnberg die poetiſche Lorbeerkrone aufgeſetzt ll). Und auch den Joachim Vadian aus S. Gallen ſoll unſer Kayſer zum Poeten gekrönt haben m).

So viel hiernächſt die Legitimationen betrifft; ſo finde ich daß K. Rudolf der *I.* den bekannten Apitzen, einen unehlichen Sohn Landgraf Albrechts des Unartigen von Thüringen und der Kuni-

Scr. rer. Ital., in *Praef.* ad Scripta hiſtor. *Albertini Muſſati*, p. 2. Hieron. *Squarzafichi* Vita *Fr. Petrarchae*, praemiſſa *Eius* Opp., Baſileae 1554. fol. editis, † † 4. b. *Obſſ. ſel. Halenſes* T. VI. Obſ. VII p. 46 ſqq. *Koeleri* Progr. *mox* cit., welcher daſelbſt aus des *Seldeni* Tr. de Titulis Honorum, P. II. c. 1. §. 43. p. m. 135 ſq. edit. a Sim Io. *Arnoldo* Francof. 1696. 4., curatae, einen noch ältern, vermutlich von K. Friedrich dem *II.*, gekrönten Poeten anführt. ll) *de Gudenus* Sylloge var. Diplomatarior., Sect. VI. n. 38. p. 679 ſqq. Io. Dav. *Koeleri* Comm. in Dipl. Imp. Frider. III., quo *Aeneas Sylvius Piccolomineus* a. 1442. creatus fuit Poëta Laureatus; Goett., 1741. 4. Ipſe *Celtes* in initio *Dedicat.* ſuae ad *Maximil. I. Imp.* IV. *ſuorum* Librorum Amorum, *edit rariſſ. Norimberg. a. 1502.* in *fol. min* Henr. Leon. *Schurzfleiſchii* Praef. ad Opp. *Hroswithae*, a ſe edita, p. 40 ſq. Nic. Hier. *Gundlingii* Obſſ. ſel. ad rem literar. ſpectantium T. I.; (Halae, 1707. 8.) Obſ. I. §. 1. p. 2. et 5 ſqq. nota k). m) *Vita Vadiani*, praemiſſa *Tomo III.* Scriptor. rer. Alemann. *Goldaſti.*

Kunigund von Iſenberg, ſoll legitimirt haben [n]). K. Ludewig der Bayer erklärte, im J. 1324., des Gyſons von Greynde auſſer der Ehe erzeugten Sohn, Heinrich, für ehlich, und machte ihn zur Erbfolge in ſeines Vaters Gütern fähig. Deswegen dann auch Churfürſt Heinrich von Cöln, als Lehensherr, ſich des vorhin erwähnten Heinrichs annahm, und demſelben ſeines Vaters Lehengüter zu Greynde zuſprach, wie ſelbige nach deſſen Tod von einigen Anverwandten in Anſpruch genommen wurden [o]). Eben dieſer Kayſer legitimirte, im J. 1344., den Johannes Gortygin, Herrn von Glymes, einen natürlichen Sohn H. Johannes des *III.* von Brabant, *ita quod ſuccedere valeat, et haeres ex teſtamento et ab inteſtato exiſtere parentibus ſuis* etc. [p]). Mehrere Exempel ſolcher von K. Ludewigen geſchehenen Legitimationen kan man bey dem Berthold von Tuttlingen [q]) nachſehen. Von K. Ruprechten findet man gleichfals, daß er dergleichen unehliche Söhne adelicher Väter legitimirt, und ſie fähig erklärt habe, in ihrer Väter und Verwandten Gütern, wenn ſie auch Lehen wären, zu folgen. Sie ſolten, wie es in der einen Urkunde heißt: „Manlehn, Burglehen, und Erblehen entpfenglich ſin.„ Und in einer andern Urkunde lieſet man: - - *inſuper* FEVDORVM MEDIOCRIVM

te

n) Hiſt. de Landgrav. Thuring, cap. 73., in *Piſtorii* Scr. rer. Germ., p. m. 1334. *edit. Seruv. Io. Rohte* Chron. Thuring., ap. *Mencken.* l. c., T. II. p. 1748. und Adami *Urſini* Chron. Thuring. ad a. 1287., ap. *Eundem* l. c., T. III. p. 1300. o) *de Gudenus* C. M. D., T. II. in *Archivo Landskron.*, n. 92. 95 ſqq. et 113. p. 1025 ſq. 1028 ſqq. et 1047 ſq. p) Lünigs Cod. Germ. dipl., T. II. p. 1237 ſq. n. 137. q) in *Regeſto diplomat.*, ap. *Oefelium* l. c., T. I. p. 747. b.

te reddimus capacem, quae de voluntate Dominorum, a quibus derivantur, poteris obtinere [r]). Uebrigens verdient auch noch das Exempel des Borſus von Eſte bemerkt zu werden, welchen der Marggraf von Ferrara, **Nicolaus von Eſte**, mit einer Edlin aus Siena, auſſer der Ehe erzeugt hatte. Dieſen hat K. **Friedrich** der *III.*, wo nicht ausdrücklich, doch ſtillſchweigend und per indirectum, ſogar zum Nachtheil ſeiner Agnaten, denen er in der Erbfolge vorgezogen worden, legitimirt [s]). Endlich kan man ein paar Beiſpiele, da K. **Carl** der *IV.* einen Böhmiſchen Edelmann, wegen eines gehabten Duells, und einen Bürger aus Prag, wegen eines begangenen Meineides, wieder ehrlich gemacht hat, bey dem Glafey [t]) finden.

Von Rangſtreitigkeiten der geiſtlichen Churfürſten unter einander, und wie ſolche unſere Kayſer entſchieden, oder doch wenigſtens verglichen haben, iſt bereits weiter oben das nöthige bemerkt worden [u]). Auf dem groſſen Reichshofe, den K. **Albrecht** der *I.*, im J. 1299., zu Nürnberg gehalten, entſtand ein Rangſtreit zwiſchen den Biſchöfen von Eichſtedt und Worms, wer von ihnen beiden dem Erzbiſchof von Mayntz am nächſten ſitzen ſolte. Der Biſchof von Worms berief ſich auf das hohe Alter ſeines Bißthums, und weil

Cc 2 ſelbi-

r) S. *Schilteri* Comm. ad I. F. Alemann., cap. 40. §. 4. p. m. 216 ſq. Formulare von Legitimationen unter K. Carln dem *IV.* findet man beym Joh. von Geylnhuſen *l. c.*, n. 10-13., *l. c.*, p. 8-11.
s) *Aen. Sylvii* Hiſt. Frider. III Imp., in *Kulpiſii* Scriptor., p. 61. Cf. Sim. Frid. *Hahnii* Diſſ., *ſub titulo:* Obſſ. quaedam I. P. ad medii aevi mores, §. 3. p. 13 ſq. et 17 ſq. *nota i*). t) in *Anecdotis*, n. 86. et 140. p. 135 ſqq. et 230 ſq. u) in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 214-220. *paſſim.*

ſelbigem, in den älteſten Zeiten, die erzbiſchöfliche Würde anhängig geweſen, auch ſelbige erſt unter dem heiligen **Bonifacius** nach **Maynz** wäre verlegt worden. Allein der **Biſchof** von **Eichſtedt** führte für ſich und ſein **Hochſtift** an, daß demſelben der erſtgedachte **Bonifacius** ein Privilegium gegeben hätte, vermöge deſſen der jedesmalige **Biſchof** von **Eichſtedt**, bey den **maynziſchen Sedisvakanzen**, des **Erzbiſchofs** Stelle vertreten, bey ſeiner Gegenwart aber, auf einem **Synodus** oder **Reichstage** ihm zur rechten Hand ſitzen ſolle. Nach des **Fuggers** Vorgeben hätte **K. Albrecht** der *I.* dieſen Streit entſchieden, und dem **Biſchof** von **Eichſtedt** den Vorſitz zugeſprochen. Allein der weit ältere **Heinrich** von **Rebdorf** gedenkt hievon nichts, ſondern meldet uns blos dieſes, daß der **Biſchof** von **Eichſtedt**, durch den kräftigen Beiſtand ſeines Schutzvogts, des Graf **Gebhards** von **Hirſchberg**, ſeine alte Gerechtigkeit und Vortritt vor dem **Biſchof** von **Worms** behauptet habe v). Eines andern **Rangſtreites** der **regierenden Fürſten** von den jüngern **Linien** der Häuſer **Pfalz**, **Bayern**, **Sachſen** und **Brandenburg** habe ich ſchon weiter oben gedacht w). Hingegen will ich noch folgenden ſeltenen Vorfall anführen, der ſich unter der Regierung **K. Ludewigs** des **Bayers**, über dem ſtreitigen Alter des Adels, zwiſchen dem

v) *Henr.* a *Rebdorf* Annales ad a. 1299., in *Freberi* Scr. rer. germ, T. I. p. m. 60. *Sigm. Meiſterlin.* l. c., P. II. c. 6. §. 5., in *de Ludewig* Rel. MſT., T. VIII. p. 75 ſq. Fugger *l. c.*, L. II. c. 7. n. 8. p. 221. und J. H. von Falckenſtein Antiquit. Nordgav., P. I. c. 37. §. 4. p. 164. Cf. **Köhlers** Nachr. vom Eichſtedt. Erzkanzleramte zu Maynz, in den **Nützl. und Auserleſ. Arb. der Gel. im Reiche**, im I. Stück, n. 5. p. 50 ſqq. w) in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 246. f.

dem kayſerlichen Kammermeiſter Hector von Trautmansdorf und des Kayſers Rath, Seyfried dem Frauenburger, ereignet hat. Der Kayſer erlaubte ihnen, deshalben mit einander einen Zweikampf zu halten. Da nun in ſelbigem der Frauenburger unterlag; ſo ſprach der Kayſer dem Trautmansdorf, ſeinem Bruder, und ihren Erben und Nachkommen auf beſtändig den Vorgang vor dem Frauenburger und ſeinen Nachkommen zu x).

Bey der Materie von dem Teutſchen Reichs-Lehensweſen bemerken wir zuförderſt, daß unter den vorbehaltenen, oder vielmehr übrig gebliebenen kayſerlichen Gerechtſamen, (*Reſervatis Caeſareis,*) die Obriſt-Lehensherrlichkeit des Kayſers eine der vornehmſten geweſen ſey. Das Teutſche Reich hatte nun zwar ſeine eigene Lehenrechte, nehmlich das Sächſiſche und Schwäbiſche y). Aber dem ohngeachtet hatten auch die Lombardiſchen Lehengeſetze, ſchon in den Zeiten vor der Güldenen Bulle einiges Anſehen in Teutſchland, und man hatte ſie, inſonderheit in Anſehung der Lehenserbfolge in den Churländern, als eine gültige Vorſchrift angenommen z). Nach des berühmten Schilters Meinung aber iſt es nachher, zu Anfang des funfzehnten Jahrhunderts, und unter der Regierung K. Ruprechts, geſchehen, daß das neuere Longobardiſche Lehenrecht in den teutſchen Lehenshöfen iſt eingeführt, und mehrers üblich worden, doch nur *in Subſidium*, und ohne daß man deshalben die alte Teutſche Lehenrechte abgeſchafft

x) Lünigs R. A., T. VII. p. 195. n. 117. et T. XXIII. p. 1410. n. 2. y) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 357. f. z) von Olenſchlagers N. Erläuter. der G. B., §. 49. p. 176.

geſchafft hätte, oder in Abgang kommen laſſen a). Dann noch K. Sigmund ließ, in den Streitigkeiten der Herzoge von Bayern, durch ſein Hofgericht, im J. 1417., zu Coſtnitz den Ausſpruch thun, daß, da die Sache teutſch und um des Reichs Lehen wäre, die in teutſchen Landen belegen, ſelbige nach Teutſchen Rechtens Gewohnheit verhandelt, und entſchieden werden ſolte b).

Die Obriſt-Lehensherrlichkeit der Kayſer äuſſerte ſich nun vornehmlich, theils durch die Belehnungen, theils durch die Entſcheidung der vorgefallenen Lehensſtreitigkeiten. Es gaben aber unſere Kayſer zu Lehen: 1) ganze Fürſtenthümer, Graf- und Herrſchaften, mit denen dazu gehörigen Regalien; 2) einzelne Güter, Schlöſſer ꝛc., mit und ohne Regalien, wie z. E. bey der Reichs-Ritterſchaft; 3) bloſſe Regalien und Rechte ohne Land und Leute, oder Güter; und 4) geringe Sachen, Güter und Gefälle, ohne Regalien. Von allen dieſen Arten kayſerlicher Lehen ſind aus unſerm Periodus genug Lehenbriefe vorhanden, die man an vielen Orten, beſonders in den Lünigiſchen Sammlungen c), antreffen wird.

Von den beiden letztern Arten der Lehen aber will ich doch einige beſondere Gattungen, aus unſerm Zeitraume, anführen. Es gehören nehmlich

a) *Schilter* ad I. F. Alemann., c. 40. §. 5. p. m. 216 ſq. B. G. *Struvii* Hiſt. Iuris, cap. VIII. §. 28. p. 730 ſqq. Friedr. Adolf Sorgens Chronologie des Teutſchen Lehnweſens; (Frkf. und Leipz. 1764. 4.) p. 24. Cf. *Sigismundi Imp* Sententia in cauſſa, Ducatus Slesvicenſ., in *Pontani* Hiſt. rer. Dan., L. IX. p. 557. b) S. im fünften Bande des Auszuges ꝛc., S. 246. ff. c) z. E. in Seinem Reichsarchiv, und in Corp. Iur. feud. Germ., an unzäligen Orten.

nehmlich zur dritten Art der Reichs-Lehen, da bisweilen bloſſe Regalien und Rechte, ohne Land und Leute oder Güter, von den Kayſern ſind zu Lehen gegeben worden, die ſogenannten *Feuda Iurisdictionis*, wodurch der Kayſer einem, der nur ein Reichsallodium beſeſſen, die volle Gerichtsbarkeit, beſonders den Blutbann verliehen hat d). Ferner kan man hieher rechnen die einigen Reichsſtänden von den Kayſern zu Lehen gegebene Protecktionen über einige Handwerker e). So hat z. E. der Churfürſt von Pfalz den Schutz über das Keßlerhandwerk oder die Kupferſchmiede in einem, in K. Ruprechts Privilegium vom J. 1405., angezeigtem Bezirke, von welchem Rechte Churfürſt Ludewig der *V.* von der Pfalz bekennet, daß er ſelbiges vom heiligen Reiche zu Lehen trage f). Eben dergleichen Schutzgerechtigkeit über die Keßler in andern beſtimmten Bezirken haben auch die Marggrafen von Brandenburg in Francken g), ingleichen die Grafen von Hohenlohe h). Den Grafen von Henneberg iſt der beſondere Schutz über die Hefenführer in Francken, oder über die Töpfer, die mit ihren irrdenen Geſchirren in Francken im Lande herumziehen und handeln, von den Kayſern beigelegt

d) C. G. *Buderi* Diſſ. de feudo ICtionis; Ienae, 1743. 4. et in *Eius* Opuſc., n. 10. p. 531 ſqq. wo verſchiedene Exempel von ſolchen *Feudis ICtionis* angeführt werden. e) C. G. *Buder* de protectione Opificum ſpeciali, feudali ac privilegiata in Germ. regno, in *Eius* Symmictis etc., L. II. n. 4. p. 34 ſqq. f) Io. Frid. *Hertlingii* Diſſ. de Regalibus Palatinis; (Heidelb., 1734. 4.) §. 9. p. 44 ſqq. g) *Buder* l. modo c., §. 8. p. 40 ſq. h) Hanßelmanns diplomat. Beweis ꝛc., §. 106. p. 139. et §. 199. p. 262 ſq.

legt worden [i]). **K. Sigmund** aber gab, im J. 1435., dem Ritter **Hermann von Offenburg** einen **Lehenbrief** wegen der Obſicht und Schutzgerechtigkeit über die **Hafner** oder **Töpfer**, die ihr **Handwerk** von **Ravenſpurg** an bis nach **Straßburg** trieben [k]). **K. Friedrich** der *III.* belehnte, im J. 1481., die beide Brüder und **Herren** von **Rappoltſtein**, **Wilhelm** und **Schmaßmann**, mit dem **Dienſte** und der **Obrigkeit** über die **Spielleute** in einem gewiſſen benannten Bezirke [l]). Andere Exempel übergehe ich itzo, der Kürze halber, mit Stillſchweigen [m]). Von der vierten Art der angezeigten **kayſerlichen Lehen** will ich hier nur der ſogenannten **Nürnbergiſchen Kuchellehen** gedenken, welche einige **Patrizienfamilien** zu **Nürnberg** von den **Kayſern**, mit der Obliegenheit erhielten, daß ſie, bey der damaligen öftern Anweſenheit und Hofhaltung der **Kayſer** in **Nürnberg**, einige Viktualien und andere Nothwendigkeiten, zu Unterhaltung der kayſerlichen Hofſtatt, liefern muſten [n]). Ein eben dergleichen noch älteres **Kuchellehen** kommt bereits unter **K. Rudolfen** dem *I.* vor, da er nehmlich, im J. 1279., das, ihm

i) *Buder* l. c., § 10. p. 44 ſqq. k) Lünigs R. A., T. XII. im 1. Abſ. p. 150 ſq. l) *Idem* ibidem, T. XXIII. p. 1720 ſq. n. 6. Cf. Io. Frid. *Scheidii* Diſſ. de iure in Muſicos ſingulari, Rappoltſteinenſi Comitatui annexo; Argentor. 1719. 4. m) S. dergleichen in C. G. *Buderi* Obſ. de ſingular. quibusd. iur. util. in feudum conceſſis, *et* de inveſtitura cum lucris Cellarum meretriciarum, *Frauenhaus*, in *Eius* Amoenit. Iur feud., n. 13. et 14. p. 91 ſqq. et 95 ſqq. n) S. die Nachr. von den Nürnberg. K. Kuchel-Lehen, in Lünigs Corp. I. F. Germ., T. I. p. 1351 ſqq Cf. C. G. *Schwarzii* Diſſ. de Butigulariis, praecipue iis, qui Norimbergae olim floruerunt; Altorf. 1723. 4. *recuſa:* ibid. 1743. 4.

ihm und dem Reiche zuſtändige, ſogenannte Zoll-holz zu Baſel dem daſigen Biſchof Heinrich und ſeinen Nachfolgern, unter der Bedingung, verliehen hat, daß ſie bey der Anweſenheit der Römiſchen Kayſer und Könige in Baſel, das benöthigte Holz zur täglichen Feuerung anſchaffen ſolten o). In Italien hatten die Kayſer, auſſer den bekannten groſſen Lehen, als z. E. Piemont, Mayland, Montferrat, Mantua, Modena, u. ſ. w., auch verſchiedene kleinere Lehen hier und da zu vergeben, als unter andern auch in Romandiola, und im päbſtlichen Gebiete p). Von dergleichen kleinen Reichslehen in Toſcana ließ K. Wenceslaus, unter ſeiner Regierung, ein Verzeichnis verfertigen, welches bis auf unſere Zeiten gekommen iſt q).

In unſerm Periodus entſtanden ferner viele Reichsafterlehen in Teutſchland; da nehmlich einige ihre unmittelbare reichsfreye Allodien und Lehen, entweder ganz, oder einige Stücke derſelben, theils aus dem Aberglauben damaliger Zeiten

Cc 5 einigen

o) *Hergott* Geneal. diplomat. Habsburg., T. II. P. II n. 589. p. 490. Man kan ſich hiebey auch noch dieſes Exempel bemerken, daß K. Sigmund, im J. 1430., den Ulrich von Dymerode, einen Thüringiſchen Edelmann, mit dem Schüſſelholze bey Frankenhauſen, unter der Bedingung belehnt habe, daß er und ſeine Nachkommen, ſo oft ein Römiſcher Kayſer oder König in Thüringen ſey, einen Heerwagen mit Schüſſeln zur Hofſtaat liefern ſolle; S. Imm. *Weberi* Diſſ. de inveſtituris et ſervitiis feudorum ludicris; (Gieſſae, 1724. 4. *recuſa* ibidem 1745 4.) Sect. II. §. 6. p. 60 ſqq. p) C. G. *Buderi* Progr. de feudis in Romandiola et in terris Pontificiis; Ienae, 1748. 4. et in *Eius* Obſſ. iuris publ, feud. german. et Antiquit. patriarum; (Ienae, 1751. 8.) n. 8. p. 131 ſqq. q) *Datt* de Pace publ., L. III. c. 9. p. 587 ſqq.

einigen Stiftern und Klöſtern, oder eigentlich deren Schutzheiligen r), theils mehrern Schutzes halber, in den damaligen unruhigen Zeiten des Fauſtrechtes, einigen mächtigern Reichsſtänden zu einem Afterlehen auftrugen. Einige wurden auch wohl durch die Gewalt der Waffen dazu genöthigt, wovon ich hernach Exempel anführen will; andere aber lieſſen ſich, durch allerhand Künſte und Beredungen, verleiten, einen Theil ihrer Länder, oder einige Schlöſſer und Oerter ihres Gebiets zu einem Afterlehen zu machen. Von K. Carln dem *IV.* iſt bekannt, und in ſeiner Regierungsgeſchichte mit vielen Exempeln beſtärkt worden, wie er faſt alle Stände des teutſchen Reichs dahin zu bringen gewußt habe, daß ſie einige ihrer Güter der Krone Böhmen zu Lehen aufgetragen haben, worüber noch itzo ſo viele Böhmiſche Lehen hin und wieder in Teutſchland anzutreffen ſind; deswegen der Böhmiſche Lehenhof wohl unſtreitig der beträchtlichſte iſt s).

Hauptſächlich gehören hieher diejenigen Länder, welche vorher entweder unmittelbar von dem Kayſer und dem Reiche zu Lehen gegangen, oder unmittelbare Reichsallodien geweſen; aber hernach von ihren Beſitzern andern Reichsſtänden zu Lehen ſind aufgetragen worden, als welche ins beſondere

r) C. G. *Buderi* Progr. de Dominio directo Sanctorum tutelar. Eccleſiar. Germ., in *Eius* Symmict., L. II. n. 6. p. 68 ſqq. s) Ein weitläuftiges Verzeichnis von ſolchen Afterlehen unſerer Reichsſtände findet man in *Ludewigii* Diſſ. de primo foro Subfeudor. imperial. etc., cap. II. p. 6 ſqq. Cf. *Pertſchii* et *Meas* Annotatt. in *Schmauſſii* Comp. I. P., p. 321 ſqq. Ueberhaupt aber von denen in unſerm Periodus ſehr häufig aufgetragenen Lehen S. I. N. *Hertii* Tr. de feudis oblatis; Halae 1739. 8. und Sorgens Chronologie ꝛc., p. 19 ſq.

ſondere Reichsafterlehen genannt werden. Selbige haben nun vor andern Afterlehen einen groſſen Vorzug, und die Beſitzer derſelben behielten, ohngeachtet ihrer neuen Lehensverbindlichkeit, nach wie vor ihre Rechte der Reichsſtandſchaft t). So machte z. E. K. Carl der *IV.* die Herrſchaft Schleiden zu einem Reichsafterlehen von dem Herzogthume Luxemburg tt). Ferner gehört hieher das Exempel der Grafen von Waldeck, da nehmlich anfangs, und im J. 1431., Graf Otto von der jüngern Linie ſeinen Antheil an der, bisher unmittelbar vom Kayſer zu Lehen gegangenen, Grafſchaft Waldeck dem Landgrafen von Heſſen, Ludewig dem Friedfertigen, aus freien Stücken, zu einem Erbmannlehen auftrug, und ſelbigen von ihm wieder zu Lehen nahm. Dieſem Exempel ihres Vetters folgten nachmals, im J. 1438., die Grafen Heinrich und Vollrath von der ältern Waldeckiſchen Linie in Anſehung ihres Landesantheils, wodurch alſo die Grafſchaft Waldeck ein Heßiſches Reichsafterlehen wurde u). Hierauf hat auch Graf Conrad von Rittberg, im J. 1456., ſeine freye und allodiale Herrſchaft Rittberg, für empfangene 600 Goldgülden, dem vorhin erwähnten Landgrafen Ludewig von Heſſen zu Lehen aufgetragen, wovon die heutige Reichsafterlehnſchaft der Grafſchaft Rittberg herrührt v). Es wollen einige auch noch hieher rechnen die Exempel

t) S. *Gribneri* Diſſ. de Subfeudor. Imperii, quae olim immed. feuda fuerunt, praerogativa; Lipſ. 1728. 4. *recuſa:* ibid. 1742. 4. tt) Lünigs R. A., T. XXII. p. 620. n. 5. u) S. im fünften Bande des Auszuges ꝛc., S. 528. f. et plures ibi *nota* o) citatos. v) Lünigs R. A., T. XXIII. p. 955 ſqq. und *Ludewigii* Diſſ. modo cit., c. 6. §. 3. p. m. 76 ſq. et in *Append. Monum.*, Lit. B. p. 19 ſq.

pel von Mecklenburg, Pommern und der Lauſitz, welche gleichfals von den Churfürſten von Brandenburg zu Lehen gegangen ſind, und wovon ich in dem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus bereits gehandelt habe w). Und in eben dieſem Abſchnitte habe ich angeführt, daß Churfürſt Friedrich der Sieghafte von Pfalz den gefangenen Marggrafen Carl von Baden, bey ſeiner Loslaſſung, im J. 1463., genöthigt habe, ſeine Stadt Pforzheim zu einem churpfälziſchen Lehen zu machen, welches jedoch gegen die Bezalung von 40000. Gulden, die zu unſern Zeiten, durch den itzo glorreich regierenden Herrn Marggrafen von Baden-Durlach geſchehen iſt, wieder ſolte können abgelöſet werden. Zu gleicher Zeit muſte der ebenfals gefangene Graf Ulrich von Würtenberg nicht nur die Stadt Marbach dem gedachten Churfürſten Friedrich zu Lehen auftragen, ſondern ſogar auch wegen ſeiner Reſidenzſtadt Stutgard ſich zur churpfälziſchen Lehenſchaft ſo lange verpflichten, bis er ſelbige mit 30000. Gulden wieder abgekauft hätte x).

Die Entſcheidung der etwa vorgefallenen Lehensſtreitigkeiten gehörte vor den Kayſer als den oberſten Lehensherrn und Richter in unſerm Teutſchen Reiche. Wenn aber der Streit über groſſe Reichslehen war; ſo pflegte der Kayſer nicht leicht für ſich allein die Sache auszumachen, und zu entſcheiden. Er nahm vielmehr die ſtreitige Lehenſache gemeiniglich auf einem Reichstage oder Reichshofe vor, ſetzte ein ſogenanntes Fürſten-Recht, *Iudicium Principum*, nieder, und ließ durch ſelbiges den ſtreitigen Succeßionsfall entſcheiden. Davon

w) *Ludewigii* Diſſ. cit., cap. II. §. 10. p. 21 ſq.

x) S. im ſechſten Bande des Auszuges ꝛc., S. 484. et 485.

Davon haben wir, in unſerm Periodus, verſchiedene Exempel: als unter K. Rudolfen dem *I.* in dem Streite, zwiſchen Johannes von Avesnes dem jüngern und dem Grafen Guido von Flandern, über die flandriſche Reichslehen; unter K. Sigmunden in den Lehensſtreitigkeiten der Herzoge von Bayern über die niederbayeriſche Erbſchaft, ingleichen zwiſchen dem neuen Churfürſten von Sachſen Friedrich und den Herzogen von Sachſen-Lauenburg über die Sächſiſche Chur. So zog ferner eben dieſer Kayſer die Geldriſche und Lothringiſche Succeßionsſtreitigkeiten vor ſeinen höchſten Lehenhof, anderer Exempel nicht zu gedenken, die man in dem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus finden wird. Wenn nun aber der Kayſer ſelbſt bey dergleichen Sache intereßirt war; ſo pflegte er die Direktion des *Iudicii Parium* dem Churfürſten von Maynz, als Dechanten des churfürſtlichen Collegium, aufzutragen, wie z. E. K. Sigmund gethan hat y).

Die Belehnungen der Churfürſten und Fürſten geſchahen gemeiniglich gleich nach der Krönung zu Aachen, wovon ich in dem vorhergehendem hiſtoriſchen Abſchnitte verſchiedene Exempel angeführt habe z), oder auf dem erſten groſſen

y) Io. Baſil. *Küchelbeckeri* Diſſ. de iure et modo cognoſcendi de feudis imp. ant. atque hodierno; (Ultrai., 1729. 4. *recuſa:* Halae, 1731. 4.) cap. I. §. 12 ſqq. p. m. 12 ſqq. *Haltauſii* Mem. I. P. certi ex med. aevo, Sect. II. §. 10. et 12. p. 19 ſq. et 21 ſq. Cf. der Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 558. et 568. und im fünften Bande, S. 246. f. 367. 389. ff. 393. 408. ff. 449. ff. 488. 585. f. et 611. ff.

z) S. z. E. im Anszuge ꝛc., im zweiten Bande 528. f. und 631. f, wo bemerkt iſt, daß K. Adolf gleich nach ſeiner Wahl,

groſſen Reichshofe, den der Römiſche König hielt a), oder auch bey andern öffentlichen Zuſammenkünften. Sie wurden gemeiniglich unter freyem Himmel, auf einem hiezu erbauetem hohen Gerüſte, mit vielen Ceremonien, und einem groſſen Gepränge vorgenommen. Der Kayſer ſaß, in ſeinem Ornate und mit allen Reichsinſignien bekleidet, auf ſeinem, auf dem Gerüſte errichteten, Throne, und war von den Churfürſten und einigen Fürſten umgeben. Der Churfürſt oder Fürſt, welcher die Lehen nehmen wolte, erſchien auf einem ſchön geputzten Pferde oder Maulthiere, unter einer zalreichen Begleitung ſeiner Vaſallen und Hofdiener, auch einiger dazu erbetenen Freunde, deren bisweilen einige hundert waren, und die gleichfals insgeſammt zu Pferde ſaſſen. Sie ritten zuerſt dreimal, im vollen Rennen, auf dem Platze, oder auch in den nächſtgelegenen Straſſen, um das Gerüſte, worauf der Kayſer ſaß, welches man die Berennung des kayſerlichen oder königlichen Lehnſtuls nannte. Zum zweitenmal geſchah die Berennung mit der Rennfahne, und bey dem dritten Rennen wurden dem Fürſten die Paniere oder Lehensfahnen vorgeführt, in welchen die Wappen der Landſchaften gemahlt waren, womit der Fürſt belehnt werden ſolte. Vor dem Gerüſte ſtieg nun derſelbe mit ſeinem ganzen Gefolge ab, und wurde, unter Vortragung der Fahnen, von zwey andern dazu erbetenen Fürſten auf das Gerüſte vor den Thron des Kayſers

Wahl, und noch vor ſeiner Krönung einige Reichsbelehnungen vorgenommen habe: Ferner im zweiten Bande, S. 685., im dritten Bande, S. 9. et 416., im vierten Bande, S. 283. f. et 676., und im ſechſten Bande, S. 113. f. a) *Hermanni* Diſſ. cit. de Curiis Impp. etc., §. 12. p. 35. nota 5).

ſers geführt. Sie lieſſen ſich hierauf vor dem Kayſer auf die Knye nieder, und einer von den aſſiſtirenden Fürſten bat um die Belehnung, welche Bitte der die Belehnung ſuchende Fürſt wiederholen muſte. Hierauf ertheilte der Kayſer demſelben, nach geleiſtetem Lehenseide, ſeine ſämtliche vom Reiche habende Lehen und Afterlehen durch eben ſo viele Fahnen. Nach der geſchehenen Dankſagung wurden die Lehensfahnen von dem Gerüſte unter das häufig umſtehende Volk herabgeworfen, und von ſelbigem im Tumulte meiſtens zerriſſen oder zerbrochen [b]).

Bey den Belehnungen mit Königreichen bedienten ſich vormals unſere Kayſer, zum Zeichen des gereichten Lehens, eines Degens oder Schwerdtes [c]). Allein bey denen in unſerm Periodus vorgefallenen Belehnungen der Könige von Böhmen finde ich dieſen Gebrauch nicht mehr, ſondern es wurden hiebey gleichfals die Fahnen gebraucht. Von der Belehnung des K. Ottokars durch K. Rudolfen den *I.* meldet zwar der alte Ottokar Horneck [d]), daß ſie mit dem Scepter geſchehen ſey. Doch erwähnt er dabey auch der Fahnen, und ſind ſeine eigene Worte von dieſer merkwürdigen Inveſtitur folgende:

„mit

b) von Olenſchlager *l. c.*, §. 97. p. 383 ſq. und C. G. *Buderi* Obſ. de curſu equeſtri feudali, in *Eius* Obſſ. I. P. etc, n. 3. p. 68 ſqq. Cf. Io. Ge. *Eſtor* de inauguratt. beneficiar., harum ſymbolis et ritibus; Marb., 1746. 4.

c) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 365. Cf. *Buderi* Obſ. de ritu inveſtiturae RR. Vaſallorum, in *Eius* Obſſ. modo cit., n. 3. p. 56 ſqq.

d) in *Chron. rhythm. Auſtr.*, cap. 130., *l. c.*, p. 137. a.

„mit Fleizz er (K. Ottokar) in (K. Rudolfen) pat,
„daz er im lich gutleich,
„waz er het von dem Reich.
„Wez er daran gert,
„dez ward er gewert.
„Knieunde auf einem Knie
„mit den Zepter er enphie
„von des Reichs hennde ſchone
„daz Kunigreich und die Chrone,
„und die Margrafſchaft von Merchern;
„Wieviel der Vann wern,
„damit er im die lich,
„dez bericht niemant mich.„

Als nachmals K. Heinrich der *VII.* ſeinen Sohn Johannes, im J. 1309., zu Speyer mit dem Königreich Böhmen belehnte; ſo geſchah es mit 60. Fahnen, nach dem Zeugnis des kayſerlichen Protonotarius Balduins e). Eben dieſer K. Johannes ſoll nachher, im J. 1339., von K. Ludewig dem *IV.* zu Frankfurt mit hundert Fahnen belehnt worden ſeyn, wie der Herr von Olenſchlager vorgiebt f). Aber der von ihm angeführte Abt Neplacho ff) und der ANONYMUS LEOBIENSIS g) gedenken zwar der geſchehenen Belehnung, jedoch ohne Erwähnung der 100. Lehenfahnen; mithin ich dieſe Nachricht um ſo mehr an ihren Ort geſtellt ſeyn laſſe, weil auch bey dem Goldaſt von den 100. Fahnen nichts vorkommt h).

Hingegen

e) ap. *Goldaſtum* de regno Boh., T. I. L. III. c. 14. n. 21. p. m. 500 ſq. f) *l. c*, §. 97. p. 384. und in Seiner Staats-Geſchichte ꝛc., §. 129. p. 299. ff) in *Chron. Bohem.* ad a. 1340., in *Pezii* Scr. Auſtr., T. II. p. 1019. g) in *Chronico*, L. VI. cap. 9, ap. *Pezium*, l. modo c., T. I. p. 956. h) *de regno Boh.*, T. I. L. III. c. 13. n. 22. p. 501.

Hingegen hat es ſeine gute Richtigkeit, daß die Könige von Böhmen, bey ihrer Belehnung, die Fahnen unverletzt und unzerbrochen wieder zurückbekamen, und damit nach ihrem Quartier reiten konnten, welches Recht ihnen aber erſt, im J. 1462., durch das Privilegium K. Friedrichs des *III.* ertheilt worden iſt i). Auf eine beſondere Art belehnte K. Ludewig der *IV.* ſeine Gemalin Margareta mit den Grafſchaften Holland, Seeland und Frießland, nehmlich: OSCVLO ORIS *et* SCEPTRO IMPERIALI, wie er ſelbſt in dem für ſie ausgefertigten Lehenbriefe meldet, doch ſetzt er hinzu: *adhibitis et aliis ſolemnitatibus debitis, quae* DE IVRE, *vel* CONSVETVDINE *adhiberi in talibus conſueverunt* k).

Uebrigens fielen dergleichen öffentliche und feierliche Belehnungen, beſonders unter den Regierungen K. Sigmunds und K. Friedrichs des *III.* öfters vor, und haben wir davon noch umſtändliche Beſchreibungen übrig, aus welchen die dabey beobachtete Ceremonien deutlich können erſehen werden l). K. Sigmund belehnte, währendem Concilium zu Coſtnitz, daſelbſt die meiſten Churfürſten

i) *Goldaſt* l. modo c., T. I. in *App. Docum.*, n. 91. p. 181 ſq. Cf. Joachims vermiſchte Anmerckungen, P. II. n. 9. p. 349 ſqq., und von Olenſchlagers N. Erläuter. der G. B., §. 97. p. 384. k) *Matthaei* Anal. vet. aevi, T. III. p. 235. *nota* 1), *edit. noviſſ.* Noch ein anderes Exempel einer ſolchen von K. Ludewig dem *IV.* geſchehenen Inveſtitur eines Frauenzimmers *per oſculum* trifft man an in Lünigs Corp. Iur. feud. Germ., T. I. p. 1151. l) S. z. E. von den Belehnungen unter K. Friedrich dem *III.* Müllern *l. c.*, P. II. 5. Vorſtell. c. 26. §. 11. p. 538. et P. III. 6. Vorſtell. c. 30. p. 139 ſq.

fürſten und verſchiedene Fürſten mit vieler Pracht. Beſonders war die Belehnung des erſten Churfürſtens von Brandenburg aus dem burggräflich nürnbergiſchen Hauſe, Friedrichs des *I.* ſehr prächtig. Ein glaubwürdiger Augenzeuge, nehmlich der geweſene Reichsquartiermeiſter, Gebhard Dacher aus Coſtnitz, hat uns ſelbige nach allen Umſtänden beſchrieben [ll]). Derſelbe erzält dabey eine beſondere Ceremonie, die eine weitere Unterſuchung verdient. Seine eigene Worte ſind: „ ꝛ ꝛ H. „Rudolph von Sachſen ꝛ ꝛ hatte ein bloß „Schwerdt in ſeiner Hand. Und ꝛ ꝛ ꝛ ꝛ ſtellete „ſich ꝛ ꝛ zwiſchen den Romiſchen Konig oder „Cantzler. Und nahm das bloſſe Schwerdt „bey der Handhabe, zwiſchen dem Knopff und Ge„hiltz, und hub es hoch empor, und ſteckt die Spi„tze des Schwerdts in unſers Herrn des Romi„ſchen Konigs Haupt zu allvorderſt in die „Scheitel. Und hub das Schwerdt alſo ſtill, „alldieweil man den Brieff, (nehmlich den Lehen„brief,) laß, und das Leſen wehret„. Nach Beſchreibung der übrigen, bey dieſer Belehnung beobachteten Feierlichkeiten, fährt er fort: „da das ge„ſchah, da nam erſt H. Rudolff von Sachſen „das bloſſe Schwerdt aus des Konigs Haupt. „Und ſtund erſt auff.„

Aus einer von Sr. Excellenz, dem Herzoglich-Braunſchweigiſchen Herrn Geheimen Rath und Staatsminiſter von Praun, mir gnädig mitgetheilten geſchriebenen Anmerkung des ſeeligen Buders erſehe ich, daß dieſer groſſe Kenner der Alterthümer unſers teutſchen Staats- und Lehen-Rechtes der Meinung ſey, daß, wenn die Worte: Haupt, in: Hand, und: Scheitel, in: Scheide, geändert würden,

ll) ap. *Hardtium* in Concil. Conſtant., T. V. P. VII. p. 183 ſqq.

würden, ein ganz deutlicher Verſtand herauskäme, und ein ſonſt damals übriges Ceremoniel gemeynt seyn könne. **Ihro Excellenz** aber haben, bey dieſer gewagten Verbeſſerung des **Dacheriſchen** Textes, gründlich bemerkt, daß die Worte: **ſteckte die Spitze** ꝛc., und: **hub das Schwerdt** ꝛc., nicht auf: **Hand**, und **Scheide**, füglich gehen können. Hiernächſt käme die **Figur** oder **Holzſchnitt** von dieſer **Belehnung** beym **Reichenthal** m) vollkommen mit der Beſchreibung des **Dachers** überein; indem auch in jenem der Churfürſt **Rudolf** von Sachſen vorgeſtellt wird, daß er die Spitze des **bloſſen Schwerdts** in das **Haupt** und in die **Scheitel** des **Römiſchen Königs** ſteckt. Seitdem finde ich von ohngefähr in des **Tindals** Anmerkungen zu des **Rapin Thoyras** Geſchichte von England n), daß jener, aus des **Joſua Barnes**

m) in Seinem Concilium, ſo zu Conſtantz gehalten, fol. 45. b. *coll.* fol. 47. a. et b. der Augsburger Ausgabe vom J. 1483. fol. und der vom J. 1536. eben daſelbſt in fol, f. 35. b. wo aber der Holzſchnitt nicht ſo accurat iſt; ſed cf. fol. 37. a. et b.

n) T. II. der Teutſchen Ueberſetzung, S. 524. in der Note *). Was der Joſua Barnes erzält, beſtärkt der engliſche Geſchichtſchreiber *Henr.* de *Knyghton*, in ſeiner, zu Ende des 14ten Jahrhunderts geſchriebenen, Chron. de event. Angliae, L. IV., in des *Seldeni* et *Twysdeni* Scr. Hiſt. Angl., p. 2571 ſq., wo es heißt: *Imperator tenuit in manu ſua dextra ſceptrum imperiale et in ſiniſtra manu pilam auream rotundam* - - - *Quidam* MILES VLTRA CAPVT SVVM (tonuit) VNVM GLADIVM EVAGINATVM etc. Bey der Gelegenheit muß ich doch noch eines andern, meines Wiſſens noch nicht bemerkten, merkwürdigen Umſtandes erwähnen, der bey der damaligen Zuſammenkunft des Kayſers und des K. von Engelland vorgefallen. Jener ſoll nehmlich übel aufgenommen haben, daß dieſer ihm nicht

nes Leben K. Eduards des *III.* von Engelland, anführt: „es hätte, bey der Zuſammenkunft des erſt „gedachten Königs und K. Ludewigs des *IV.* „zu Coblenz, und nicht zu Cöln, auf dem damals „gehaltenem feierlichen Reichshofe, da beide „Monarchen, auf öffentlichem Markte, auf ihren „errichteten Thronen geſeſſen, ein teutſcher Ritter „dem, mit ſeinem Ornate angekleidetem, Kayſer, „über ſein Haupt, ein bloſſes Schwerdt ge„halten.„ Hat dieſe Erzälung eines zwar ausländiſchen Skribentens ihre Richtigkeit; ſo ſcheint es ein ſchon altes Ceremoniel, bey denen, von unſern Kayſern geſchehenen, feierlichen Belehnungen, geweſen zu ſeyn, daß ein bloſſes Schwerdt über des Kayſers Haupt gehalten worden. Dann auf dem damaligen groſſen Reichshofe verlieh K. Ludewig der *IV.* dem K. Eduarden das Reichsvikariat in den Niederlanden, und dieſer leiſtete ihm deswegen den Eid der Treue o).

Ob

nicht die Füſſe geküßt hätte. Walſingham, ein engliſcher Geſchichtſchreiber des 15ten Jahrhunderts, meldet uns davon folgendes: *Quidam autem ferebant, quod* BAVARVS (i.e. LVDOVICVS IV. Imp.) *indigne ferebat, quod* REX ANGLIAE *non ſe ſubmiſit* AD OSCVLA PEDVM SVORVM. *Cui reſponſum fuit, quod* REX ANGLIAE *erat* INVNCTVS, *et habet vitam et membrum in poteſtate ſua, et idcirco* NON DEBET SE SVBMITTERE TANTVM, SICVT REX ALIVS NON INVNCTVS; S. BALVZII Notas ad Vit. Papar. Avenionenſ, T. I. col. 800. Aus dieſer Stelle ſolte man alſo nicht uneben ſchlieſſen, daß 1) unſere Kayſer damals noch prätendirt haben, daß ihnen andere Könige die Füſſe küſſen ſollen, und 2) daß nicht geſalbte Könige ſolches zu thun ſchuldig geweſen.

o) S. im dritten Bande des Auszuges rc., S. 329.

Ob nun gleich nach der Regel die Fürſtenlehen öffentlich, unter freyem Himmel und mit vielem Gepränge von den Kayſern verliehen wurden, welche Gewohnheit noch bis in den folgenden Periodus hinein gedauert hat; ſo mögen doch auch bereits in unſerm Zeitraume einige kayſerliche Belehnungen nicht öffentlich und mit ſo vielem Pompe, ſondern in einem Zimmer, wie heutiges Tages, vor ſich gegangen ſeyn. Man kan dißfals die Belehnung K. Ottokars von Böhmen zum Beweiſe anführen, welcher nach einiger Vorgeben, auf der Donauinſel Camberg, unter einem Zelte, von K. Rudolfen dem *I.* ſoll belehnt worden ſeyn p). Horneck aber verſichert uns, daß dieſe Belehnung zu Wien im königlichen Gemache geſchehen ſey, wenn er ſchreibt q):

„Do der von Behaimb ward emphang
„Von dem Römiſchen Vogt,
„mit in er hincz Wien zogt.
„Do man der Red pegan,
„daz Geſprach ward getan
„mit wiczen und mit cherig
„in dez Furſten Herberig.

* * * * * *
* * * * * *

„So ſie peſte kunden,
„der Red ſy paidenhalben pegunden,
„daz Geſprech ward churcz:
„Wann ez gewan chain ſturcz,
„als verrward ez e geredt.

Dd 3 „Do

p) *Aen. Sylvii* Hiſt. Bohem., c. 27. p. m. 39 ſq. *edit. Helmſtad.* Sed cf. Er. *Froelich* Dialogus: anne *Rudolf. Habsburg.* R. Bohem. *Ottocaro* ab obſequiis fuerit, eundemque tentorio lapſili deluſerit? Viennae Auſtr., 1755. 4. q) in *Chr. rhythm. Auſtr.*, cap. 130, *l. c.*, p. 136. b. et 137. a.

„Do daz Geſprech ain End het,
„do ward daz Gedrang groz,
„do man den Fürſten Zaghait ploz
„ſach uber den Soller gen,
„und fur den Kunig Ruedolfen ſten,
„der ſaz ſtill an ſeiner ſtat ꝛc.„

Nun ſind zwar freilich die vorhandenen Erzälungen von der Belehnung des K. Ottokars von einander ſehr verſchieden und widerſprechend. Allein ſelbige mag nun entweder auf der Inſel Camberg oder zu Wien vorgenommen worden ſeyn; ſo iſt doch immer ſo viel richtig, daß ſie nicht unter freyem Himmel und mit den gewönlichen Solennitäten geſchehen ſey. Hiernächſt wollen auch einige die bekannte Stelle der G. B., worinnen die: FEVDA PRINCIPVM, *et illa, quae* VANLEHEN *vulgariter appellantur*, von denen den Reichsvikarien im Interregnum zugelaſſenen Belehnungen ausgenommen werden r), dahin ausdeuten, daß unter den Fahnlehen keine andere Belehnungen zu verſtehen ſeyen, als diejenige, welche die Fürſten öffentlich und mit den bereits erzälten prächtigen Ceremonien von den Kayſern empfangen haben. Hieraus aber folgern ſie nun weiter, daß alſo ſchon damals noch eine andere Art von Belehnungen müſſe gewönlich geweſen ſeyn, die von den Kayſern nicht öffentlich und unter freyem Himmel, ſondern in ihren Zimmern ſind ertheilt worden s).

Die Churfürſten und Fürſten muſten eigentlich ihre Lehen in Perſon von den Kayſern empfangen. Doch machte ſchon K. Adolf in Anſehung

r) A. B., Tit V. §. 1.

s) N. H. *Gundling* Comm. de feudis vexilli, §. 34. p. m. 92 ſqq. *edit. Hal.* a. 1740. 4. et I. G. *Boehmii* antiquiora inveſtiturae feudor. imp. in Camera exempla; Lipſ., 1755. 4.

ſehung des K. **Wenceslaus** von **Böhmen** eine Ausnahme, und befreiete ihn von der perſönlichen Lehensempfängnis, dagegen er ihm die **Lehen** durch den an ihn geſchickten **Rubinius** von **Conrup** reichen ließ. Indeſſen dung er ſich dabey aus, daß gedachter **König** demnächſt, wenn er dazu Zeit hätte, perſönlich erſcheinen, und eine Beſtätigung über ſeine Lehen empfangen ſolte. Es hat deswegen auch nachher K. **Johannes** von **Böhmen** die Belehnung von den **Kayſern Heinrich** dem *VII.* und **Ludewig** dem *IV.* perſönlich empfangen. Und K. **Carl** der *IV.* hat in der, im J. 1348., geſchehenen Beſtätigung des vormals von K. **Friedrich** dem *II.* dem Königreich **Böhmen** gegebenen Privilegium, von neuem verordnet, daß ein jedesmaliger K. von **Böhmen** ſeine Lehen perſönlich vom **Kayſer** nehmen ſolle. Nachher aber hat K. **Friedrich** der *III*, im J. 1462., den **Königen** von **Böhmen** die beſondere Begnadigung ertheilt, daß ſie nicht ſchuldig ſeyn ſolten, ihre Lehen vom **Kayſer** anderſtwo zu empfangen, als in dem Bezirke ihres **Königreichs**, oder an ſolchen benachbarten Orten, die höchſtens zehen bis funfzehn Meilen von den Gränzen ihrer Länder entlegen wären t). Von den **Herzogen** von **Oeſterreich** iſt bekannt, daß dieſelben, vermöge ihres von K. **Friedrich** dem *I.*, im J. 1156., erhaltenen Privilegium, nicht ſchuldig waren, die **Lehen** über ihre Länder irgends anderwärts zu empfangen, als in ihrem eigenen Lande u). Indeſſen iſt doch dieſes **öſterreichiſche Vorrecht**, in unſerm **Pe-**

 riodus,

t) *Goldaſt* de regno Boh., T. I. L. III. c. 14. n. 30 ſq. p. m. 505 ſqq. et in *App. Docum.*, n. 23 ſq. 32. et 91. p. 41 ſqq. 57. et 182. *item* T. II. in den Beylagen, n. 19. p. 193 ſq. Cf. Joachims verm. Anmerck., P. II. n. 104 p. 103 ſqq. u) S. im erſten Bande des Auszuges ꝛc., S. 483.

riodus, nicht allemal von den Kayſern beobachtet worden. Dann z. E. K. Adolf belehnte den H. Albrechten von Oeſterreich zu Oppenheim. Dieſer gab ſeinen Söhnen die Lehen auf dem groſſen Reichshofe zu Nürnberg. Eben dieſelben empfiengen ihre Lehen von K. Heinrich dem *VII.* zu Speyer, und K. Ludewig der Bayer ertheilte die Belehnung dem H. Otten von Oeſterreich zu Augſpurg. Aber K. Carl der *IV.* richtete ſich wieder nach dem Friedericianiſchen Freiheitsbriefe, und hat, während ſeiner Regierung, die Herzoge von Oeſterreich einigemal in ihrem eigenen Lande theils zu Seveld, theils zu Wien belehnt v).

Nachdem nun K. Adolf erſt einmal den Anfang gemacht hatte, die Lehen dem Vaſallen zu überſchicken, und die Belehnung durch einen andern verrichten zu laſſen; ſo nahm in den folgenden Zeiten dieſe Gewohnheit immer mehr überhand. K. Ludewig der *IV.* verpfändete ſogar, im J. 1332., dem Churfürſten Balduin von Trier das Recht, den Abt von Epternach in ſeinem Namen zu belehnen, welche Belehnungen noch itzo von den Churfürſten von Trier zu geſchehen pflegen w). Eben dieſer Kayſer befal, im J. 1338., dem Gerhard von Landskron, daß er, wegen ſeiner im Amte Sinzig gelegenen Reichslehen, den Lehenseid dem Marggrafen Wilhelm von Jülich ſchwören ſolte, laut

v) S. den Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 635. et 691. und im dritten Bande, S. 16. 251. 458. 656. et 713. Cf. Joachim *l. modo c.*, P. II. n. 5. p. 146 ſqq., wo noch von mehrern ſonderbaren Freiheiten der Herzöge von Oeſterreich, in Anſehung ihrer Belehnungen, gehandelt wird.

w) *ab Hontheim* Hiſt. Trev. dipl., T. II. n. 641. p. 117 ſq.

laut des dieſem von ihm darüber gegebenen Brieſes x). Graf **Johannes** von Cleve bat ſowohl den **K. Ludewig**, als auch deſſen Nachfolger, **Carln** den *IV.*, daß ſie ihm die perſönliche Lehensempfängnis erlaſſen, und dagegen die **Lehen** zuſchicken möchten. Beide bewilligten ihm ſeine Bitte, und der erſte trug, im J. 1347., dem Grafen **Dietrich** von Loß, der andere aber, im J. 1349., dem Probſt **Wilhelmen** zu Soeſt auf, den gedachten Grafen **Johann** von Cleve, in ihrem Namen, zu belehnen, und ihm die Lehenspflicht abzunehmen y). Von **K. Carln** dem *IV.* finde ich, daß er, im J. 1348., den Erzbiſchof **Otten** von Magdeburg, in der Perſon ſeiner Geſandten, belehnt habe. Er trug aber dem ohngeachtet, noch in eben dieſem Jahr, dem Churfürſt **Rudolfen** von Sachſen und dem Fürſten **Albrecht** von Anhalt auf, daß ſie den erwähnten Erzbiſchof **Otten**, in ſeinem Namen, gewönlicher maſſen inveſtiren ſolten; doch unter der Bedingung, daß derſelbe, ſeinem Verſprechen zu Folge, die Regalien von ihm, ſobald als möglich, perſönlich empfangen ſolte z). Hingegen den beiden Brüdern und Herzogen zu Lüneburg, **Otto** und **Wilhelm**, überließ **K. Carl** der *IV.*, im J. 1352., die Wahl, daß ſie ihre **Reichslehen** entweder bey dem Churfürſten **Rudolf** von Sachſen, oder bey den **Herzogen** von **Mecklenburg**, oder bey dem **Biſchof** von **Camin** nehmen könnten a).

x) *de Gudenus* C. M. D., T. II. in *Archivo Landskron*, n. 136. p. 1072. ſq. y) *Dithmari* Cod. dipl. ad *Teſchenmacheri* Annal. Cliv. etc., n. 49. et 50. p. 37 ſq. z) *Sagittarii* Diſſ. de hiſt. Princ. Anhalt.; (Jenae, 1686. 4.) cap. 15. §. 12. p. 86 ſq. a) *Scheidii* Biblioth. hiſtor. Goetting., P. I. p. 133.

Auch unter den folgenden Kayſern dauerte dieſe einmal eingeriſſene Gewohnheit fort, daß dieſelben die Belehnungen durch Commiſſarien ertheilen lieſſen. Dann ſo geſtattete z. E. K. Wenceslaus, im J. 1385., dem H. Friedrich von Braunſchweig aus der Grubenhagiſchen Linie zu Oſterode, daß er ſich von dem H. Albrechten von Sachſen konnte belehnen laſſen b). Und im J. 1396. ſchickte er dem H. Wilhelm von Jülich und Geldern, durch den H. Wilhelm von Bergen, ſeinen Lehenbrief zu, doch daß er dieſem den Lehenseid ſchwören, und auf Erfordern die Lehen perſönlich von dem K. Wenceslaus holen ſolte c). K. Sigmund trug dem Landgrafen Ludewig von Heſſen auf, ſtatt ſeiner H. Otten den Einäugigen von Braunſchweig zu Göttingen, mit ſeinen vom Kayſer und Reiche tragenden Lehen, Mannſchaften, Regalien ꝛc. zu belehnen, welches auch jener, laut der darüber, im J. 1420., ausgefertigten Urkunde, verrichtete d). Und in eben dieſem Jahr bewilligte K. Sigmund dem Grafen Heinrich von Waldeck ſeine Bitte, daß er ſeine Reichslehen von dem Graf Adolfen von Naſſau ſolte empfangen können; doch unter der Bedingung, daß er ſolche demnächſt von dem Kayſer und aus deſſen Händen ſelbſt nehmen ſolte e). Von K. Friedrich dem *III.* aber iſt bekannt, daß er, im J. 1464., den Grafen von Palenſtein mit einem Reichsherolden, nach Oſtfrießland geſchickt habe, um den daſigen, von ihm im J. 1454. ernannten, neuen Grafen Ulrich, durch Darreichung eines Schwerdtes und einer

b) *Idem* ibidem, Sect. IV. n. 2. p. 131 ſq. c) *Pontani* Hiſt. Gelr., L. VIII. p. m. 337. d) Grubers Vorrede zum 3. Theil der Zeit- und Geſchicht-beſchr. von Göttingen, p. 40 ſq. in der Note. e) Lünigs R. A., T. XXIII. p. 1427. n. 15.

einer Fahne, öffentlich zu belehnen f). Mehrere Exempel übergehe ich der Kürze halber mit Stillſchweigen.

Doch kan ich eine, erſt kürzlich von dem Herrn von Olenſchlager gemachte, neue Entdeckung nicht unbemerkt laſſen. Dieſer, in Aufklärung der Alterthümer unſerer teutſchen Geſchichte und Staatsrechts mittlerer Zeiten, unermüdete Gelehrte hat nehmlich unlängſt, aus einem ihm, zu einer glücklichen Stunde, in die Hände gefallenen Bündel alter Briefe des Stadt Frankfurtiſchen Archivs, die bisher noch dunkel geweſene Materie von dem uralten Herkommen beym Franckfurter Schöffenſtuhl die Biſchöffe und Reichsvaſallen, in Abweſenheit des Kayſers, mit den Regalien zu belehnen, in ihr völliges Licht geſetzt. Es ergiebt ſich nehmlich, nach ſeiner gemachten Beobachtung, aus denen von ihm entdeckten archivaliſchen Nachrichten: 1) daß die niederländiſchen Fürſten und Reichsvaſallen ſich vormals, nach den alten Reichslehengeſetzen, nicht berechtigt gehalten, die Regalien in ihren Ländern auszuüben, bevor ſie nicht vom Kayſer oder Römiſchen König damit perſönlich belehnt worden; doch daß 2) dieſe Vaſallen ſich nicht ſchuldig geachtet, dem Kayſer oder König, wenn er auſſer ihrer Provinz ſich aufgehalten, in entfernte Länder nachzuziehen; ſondern 3) hergebracht haben, demſelben weiter nicht, als bis nach Frankfurt nachzureiſen, und daſelbſt, wenn der Kayſer über dem Mayn geweſen, von deſſen Bevollmächtigten die Lehen zu holen. Ferner und 4) daß die Kayſer vor Alters ſolchen Auftrag gemeiniglich den Schöffen, oder dem Rathe zu Frankfurt gethan haben mögen, worüber 5) in den Niederlanden die allgemeine

f) S. im ſechſten Bande des Auszuges ꝛc., S. 323.

gemeine Meinung etwa entſtanden, daß die daſigen **Reichsvaſallen**, wegen ihrer **Lehen**, in Abweſenheit des **Kayſers** oder **Königs**, ſich bey den **Schöffen** oder dem **Rathe** zu **Frankfurt** anmelden müſten, dagegen aber und 6) dieſe ſich nicht leicht mit ſolchen an ſie geſonnenen Lehensertheilungen, ohne beſondern kayſerlichen Auftrag, abgegeben hätten g).

Wegen des **Pferdes**, worauf der **Vaſall** bey der feierlichen Lehensempfängniß ritt, muß ein Zweifel entſtanden ſeyn, wem ſolches gebühre. Deswegen trug K. **Carl** der *IV.*, auf dem **Reichstage** zu **Nürnberg**, im J. 1355., dem **Churfürſten Ruprecht** von Pfalz auf, daß er nebſt andern **Fürſten** unterſuchen ſolle, wem dieſes Pferd von Rechts oder Gewohnheit wegen zukomme. Nach angeſtellter Unterſuchung that der **Churfürſt Ruprecht**, mit **Rath** der **Fürſten**, den Ausſpruch, daß es dem **Reichserzmarſchall** oder deſſen **Unterthanen**, d. i. dem **Reichs-Erbmarſchall** zuſtehe. Und dieſen Schluß hat nachmals der **Kayſer**, durch das in der G. B. gegebene Geſetz, beſtätigt, und verordnet, daß das bey der Lehensempfängnis von dem Vaſallen gerittene **Pferd** dem **Erzmarſchall**, wenn er gegenwärtig wäre, zufallen, ſonſt aber der **Reichserbmarſchall**, und in beider Abweſenheit der **kayſerliche** oder **königliche Hofmarſchall** daſſelbe bekommen ſolte h).

Da einmal durch das, zwiſchen K. **Heinrich** dem *V.* und **P. Calixtus** dem *II.*, im J. 1122., errichtete **Concordat** der Gebrauch der **Scepter** bey den **Belehnungen** der **geiſtlichen Fürſten** war

g) S. des Herrn von Olenſchlagers Abhandlung, in den *Actis Acad. Theod. Palat.*, Vol. II. p. 225-241. h) *Haltaus* l. c., Sect. II. § 10. p. 18 ſq. nota h); und die G. B., Tit. XXIX. §. 4.

war eingeführt worden; ſo wurde derſelbe, unſern Periodus hindurch, ferner beibehalten, wovon man verſchiedene Exempel bey denen in der Note angeführten Schriftſtellern finden kan. Unter K. Friedrich dem *III.* aber ſoll dieſe Gewohnheit, die Geiſtliche Fürſten mit dem Scepter zu belehnen, aufgehört haben *). Indeſſen fehlt es nicht an Beiſpielen, daß bey Inveſtituren einiger geiſtlichen Fürſten, in unſerm Zeitraume, auch bisweilen die Fahnen ſind gebraucht worden. So wie man hinwiederum bey den Belehnungen auch der weltlichen Fürſten ſich des Scepters bediente. Dann bey denen von unſern Kayſern ertheilten Belehnungen hat man auf zwey verſchiedene Handlungen Acht zu geben, und ſelbige von einander wohl zu unterſcheiden: 1) auf die Leiſtung der Lehenspflicht durch den Vaſallen, und deren Annahme von dem Lehensherrn, welche durch die Ablegung des Lehenseides geſchah, womit gemeiniglich die Berührung und Küſſung des Scepters, und in den neuern Zeiten des Knopfs vom kayſerlichen Schwerdte verknüpft war; und 2) auf die ſymboliſche Leihung des Lehens, welche gewönlich bey den weltlichen Fürſten mittelſt der Fahne, bey den Geiſtlichen aber durch den Scepter geſchah. Exempel von beiden Arten ſind theils bisher ſchon angeführt worden, theils will ich, zu Erſparung

*) Man pflegt hiebey insgemein zum Beweis den *Gallandium* de Franco Allodio, p. 246. ap. Petr. *de Marca* de Concord. Sacerdotii et Imperii. L. VIII. c. 21. n. 9. p. 1206. *edit. Boehmer.*, zu allegiren. Allein wenn man die Stelle nachſiehet; ſo ergiebt ſich, daß der *Petrus* de *Marca* blos aus dem *Gallandio*, l. c., anführe, daß K. Friedrich der *V.* den Biſchof von Tull mit dem Scepter belehnt habe, und dann ſetzt jener hinzu: *eundem morem in uſum revocavit Carolus V. Imp.*

rung des Raums, meine Leſer auf die in der Note angezeigte Schriften verweiſen i).

Daß die **Grafen**, in unſerm **Periodus**, nicht nur mit der **Fahne**, ſondern auch von den **Kayſern** ſelbſt bisweilen belehnt worden, hat wohl keinen Zweifel, und ſind davon verſchiedene Exempel vorhanden, welche bey denen in der **Note** bemerkten Schriftſtellern können nachgeſehen werden k). Es lieſſen hiernächſt die **Kayſer** bisweilen die **Grafen** durch **Commiſſarien** belehnen, wovon ich kurz vorhin die Exempel von den **Grafen** von **Cleve**, **Waldeck** und **Oſtfrießland** angeführt habe. Von **Holſtein** aber iſt bekannt, daß den daſigen **Grafen** der **Biſchof** von **Lübeck**, vermöge eines beſtändigen kayſerlichen Auftrages, darüber die **Lehen** gereicht habe l). In der **G. B.** befreiete **K. Carl** der *IV.* blos die **Churfürſten** von Bezalung der **Hofämter** und **Lehensſporteln** bey ihren Belehnungen, und zwar aus dem Grunde, weil ſolche Gebühren urſprünglich nur für die **Reichshofämter**

i) C. G. *Buderi* Diſſ. de feudis Sceptri, (*recuſa* Ienae, 1744. 4.) cap. I. §. 14 ſqq. p. 22 ſqq. et in *Eius* Opuſculis, p. 181 ſqq. und G. S. *Treueri* Diſſ. de inveſtitura per Sceptrum, feudis eccleſiaſt. et ſecular. communi; Goett, 1741. 4.
k) *Gundling* de feud. Vexilli, §. 22. p. m. 39 ſqq. *Gundlingiana*, P. XXVI. (T. VI.) n. 4. p. 62 ſqq. *de Piſtorius* hiſtor. jurid. Anmerk., P. II. c. 2. p. 192 ſqq. Io. *Heumanni* Diſſ. de S. R. I. Comites inveſtiendi ratione; Altorf. 1743. 4. und *Anonymi* Beweis, daß die R. lehnbaren Grafſch. und Herrſch. ohnzweifentl. Fahnen- und Thronen-Lehen ſeyen; Oehringen, 1744. fol. l) (von Goeſſels) Unterſuchung des Urſpr. und Beſchaffenh. der von den B. zu Lübeck in vor. Zeiten verrichteten Belehnung des Herzogth. Holſtein; Göttingen, 1752. 4.

ämter ausgeſezt wären, es aber ungereimt ſeyn würde, daß die Unterämter von ihren Oberamtsherren etwas fordern ſolten, woferne nicht die Churfürſten ſelbſt, aus freyem Willen, ihnen einige Freigebigkeiten reichen zu laſſen, geneigt ſeyn würden. Hingegen wurden alle übrige geiſtliche und weltliche Reichsfürſten angewieſen, bey ihren Lehensempfängniſſen 63. Mark Silbers und einen Vierting an die Reichshofbeamte zu entrichten, woferne ſie ſich nicht mit einer deshalben von Kayſern oder Königen erhaltenen Befreiung ſchützen könnten; dergleichen Freiheit ſchon damals die Reichserzämter der Kayſerin zu genieſſen hatten. Auf was Art aber dieſe Gelder unter die Reichshofämter zu vertheilen wären, hat der Kayſer in der G. B. umſtändlich vorgeſchrieben. Doch wurde deren Gegenwart und die würkliche Verwaltung ihrer Aemter, zur Theilnehmung an ſolchen Sporteln, erfordert. Bey deren Abweſenheit aber ſolten die ordentlichen oder täglichen Hofbeamten des Kayſers oder Königs, welche eben ſolchen Aemtern vorſtehen, nicht nur die Stellen jener Reichsämter vertreten, ſondern auch die davon fallende Nutzungen zu genieſſen haben m).

Der Reichs-Vaſall war ſchuldig, ſein Lehen zu rechter Zeit bey dem Kayſer zu empfangen, oder ſich doch darüber einen Lehensindult auszuwürken. Ein ganz beſonderer Lehensindult, und vielleicht auch wohl der älteſte, iſt derjenige, welchen K. Rudolf der *I.*, im J. 1283., dem H. Johannes von Brabant ertheilt hat, als worinnen er ihn verſichert, es ſolte ihm an ſeinen Gerechtſamen unnachtheilig ſeyn, daß er um die Verleihung einiger Reichs-

m) *A. B.*, Tit. XXIX. *toto.* Cf. von Olenſchlagers N. Erläuter. der G. B., §. 97. p. 385.

Reichslehen bey ihm nicht angehalten hätte n). Verſäumte nun aber der Vaſall die Lehensempfängniß, und würkte ſich deshalben keinen Indult aus; ſo wurde er ſeines Rechtes auf das Lehen entſetzt. Ein merkwürdiges Exempel finden wir an dem H. Heinrich von Kärnthen, der ſich nach gänzlichem Abgang des Mannsſtamms der alten Könige von Böhmen, wegen ſeiner Gemalin Anna, als der älteſten Schweſter des letzten K. Wenceslaus, des Königreichs Böhmen angemaßt hatte. Dann K. Heinrich der *VII.* erkannte, mit Rath einiger Reichsfürſten, für Recht, daß H. Heinrich von Kärnthen eine Felonie begangen, und ſich ſeiner Rechte auf Böhmen verluſtigt gemacht hätte, weil er ſich dieſes Königreichs, ohne Rückſicht auf des teutſchen Reichs Oberrechte, bemeiſtert, und ſchon über drey Jahre verſäumt hätte, die Lehen darüber beym kayſerlichen Hofe nachzuſuchen. Mithin wurde Böhmen für ein dem Reiche heimgefallenes Lehen erklärt, und ſolte K. Heinrich der *VII.* damit, doch mit Vorbehalt des Erbrechtes der jüngſten böhmiſchen Prinzeßin Eliſabeth, nach Belieben ſchalten können o). Noch einen andern, aber nicht ſo wichtigen, Vorfall finden wir in der Regierungsgeſchichte des K. Wenceslaus, welcher die Burggrafen von Nürnberg, Johannes und Friedrich, im J. 1399., mit einigen Reichslehen belehnt hat, die vorhin Graf Johannes von Hohenlohe beſeſſen, aber wegen verſäumter Lehensempfängnis verwürkt hatte p).

Daß

n) Lünigs Cod. Germ., dipl., T. II. p. 1135 ſq. n. 85. o) S. den dritten Band des Auszuges ꝛc., S. 14. f. p) Lünigs R. A., T. IX. p. 973 ſq. n. 4.

Daß die Veräuſſerung eines Reichslehens, ohne Einwilligung des Kayſers, als Lehensherrn, für unerlaubt gehalten worden, kan man aus einer Urkunde K. Heinrichs des *VII.* vom J. 1309. erſehen, worinnen er erklärte, daß die Handlung eines Vaſallens, der ohne Conſens ſeines Lehensherrn etwas veräuſſere, nichtig ſey [q]. In Anſehung der Verpfändung aber von Reichslehen ſcheinen unſere Reichsſtände freyere Hände gehabt zu haben, da deren in unſerm Periodus genug vorkommen, wozu dann aber des Kayſers als oberſten Lehensherrn, Einwilligung gemeiniglich eingeholt wurde. So verpfändete z. E. Graf Johannes von Wertheim, als Vormund der jungen Grafen von Löwenſtein, im J. 1382., die Helfte dieſer Grafſchaft an die Chur-Pfalz, und K. Wenceslaus gab dazu, noch in eben dieſem Jahr, ſeinen Conſens [r]. Von den öftern Verpfändungen der Churmarck Brandenburg habe ich bereits im hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus hinlänglich gehandelt [s].

Eigentlich waren unſere Reichsſtände nicht ſchuldig, ihre Lehen von den Kayſern anderwärts als in Teutſchland zu nehmen. Ein beſonderer Revers iſt derjenige, welchen die Herzoge von Bayern, Wilhelm und Albrecht, im J. 1352., K. Carln dem *IV.*, der ihnen ihren Lehenbrief zugeſchickt hatte, ausgeſtellt haben. Darinnen verſprechen ſie ihm nehmlich: „daß ſie ihre Lehen von „ihm, in wenigſtens 14. Tagen nach der Zeit, wenn „er zu teutſchen Landen käme, (er war aber „damals

q) *Haltaus* l. c., Sect. II. §. 9. p. 16. r) *Acta Acad. Theod. Pal.*, Vol. I. p. 361 ſqq. et 365. n. 9. et 10. s) S. im vierten Bande des Auszuges ꝛc., S. 138. f. 200. ff. u. 622. ff.

„damals in Böhmen,) empfangen wolten, wenn „ſie des von Seinetwegen mit Bottſchaft oder mit „Briefen ermahnet würden, und dieſes mit ſolcher „Schönheit und Zierheit enden und vollziehen „wolten, als Fürſten dem heiligen Reiche ver„bunden und verpflicht wären,, t). Indeſſen fehlt es doch nicht an verſchiedenen Exempeln, daß dergleichen Belehnungen auch auſſerhalb Teutſchland vor ſich gegangen ſind, von denen ich nur diejenige anführen will, da K. Sigmund, im J. 1425., den erſten Churfürſten von Sachſen aus dem Meißniſchen Hauſe, Friedrich den Streitbaren, zu Ofen in Ungarn, auf das feierlichſte inveſtirt hat tt).

Die erledigte wichtige Reichslehen brachten unſere Kayſer gemeiniglich an ſich, oder an ihr Haus, jedoch geſchah ſolches mit Einwilligung der Reichsſtände, und zwar vornehmlich der Churfürſten, auf einem Reichstage oder Reichshofe. So verlieh z. E. K. Rudolf der *I.*, im J. 1282., ſeinen beiden Söhnen, Albrecht und Rudolf, die erledigte Herzogthümer Oeſterreich, Steyermark, Kärnthen und Crain, nebſt der Windiſchen Mark, auf dem Reichstage zu Augſpurg, wobey im Lehenbriefe nur der Einwilligung der Churfürſten gedacht wird. Er gab aber nachher, im J. 1286., das Herzogthum Kärnthen, auf Bitte ſeiner Söhne, dem Grafen Mainhard von Tirol zu Lehen, wozu die Churfürſten bereits vorher ihre Willebriefe ausgeſtellt hatten u). K. Heinrich der *VII.* reichte ſeinem Sohn, Johannes, das erledigte reichslehnbare Königreich Böhmen, auf dem Reichs-

t) *de Sommersberg* Scr. rer. Sileſ, T. I. p. 991. n. 103. tt) S. den fünften Band des Auszuges ꝛc., S. 393. u) Eben denſelben, im zweiten Bande, S. 565. f. und 578.

Reichstage zu Speyer, im J. 1309., zu lehen v). Von K. Ludewig dem *IV.* iſt bekannt, daß derſelbe, nach Abgang der Churfürſten von Brandenburg aus dem aſkaniſchen Stamm, die erledigte Churmarck Brandenburg, mit der damit verknüpften Churwürde und dem Erzkämmereramte, auf dem nürnbergiſchen Reichstage, im J. 1323., ſeinem älteſten Sohn Ludewig ertheilt habe, worauf er ihn, das Jahr darauf, damit feierlich belehnte. Und nach Abſterben ſeines Schwagers, Graf Wilhelms, ſprach er ſeiner Gemalin Margareta die anſehnlichen Grafſchaften und Länder, Hennegau, Holland, Seeland und Frießland zu, belehnte ſie damit im J. 1346., und verordnete zu ihrem Nachfolger ihren zweiten Sohn Wilhelm, dem er ſeinen folgenden Bruder Albrecht ſubſtituirte w). Bey einigen andern erledigten Herzogthümern und anſehnlichen Reichslehen aber konnten unſere Kayſer und Könige ihre Abſichten, wegen deren Einziehung, nicht allemal erreichen. Aufmerkſame Leſer meiner Reichsgeſchichte werden ſich hiebey aus der Regierungsgeſchichte K. Albrechts des *I.* des Vorfalls mit Holland, Seeland und Frießland, ingleichen mit Böhmen erinnern. So mißlung ferner dem K. Ruprechten ſein Vorhaben auf Brabant und Limburg. Eben dieſe Länder, ingleichen Hennegau, Holland, Seeland, Frießland, Geldern muſte K. Sigmund ſolchen Herren überlaſſen, mit denen er gar nicht zufrieden war. Und das eröffnete Herzogthum Luxemburg war ſchon von ſeiner letzten Beſitzerin, der H. Eliſabeth, noch bey ihren Lebzeiten, dem mächtigen H. Philipp von

v) Eben daſelbſt, im dritten Bande, S. 15.
w) Eben daſelbſt, und in eben dieſem Bande, S. 159. 176. et 394.

Burgund überlaſſen worden, daß alſo **K. Friedrich** der *III.*, bey deren Abſterben, auf eine Einziehung deſſelben gar nicht einmal gedenken dorfte x).

In Anſehung der weltlichen **Churfürſtenthümer** aber war in der **G. B.** feſtgeſetzt worden, daß, wenn demnächſt eines dem **Heiligen Reiche** ledig würde, ein zeitiger **Kayſer** als **oberſter Lehensherr**, daſſelbe, als ein ihm und dem **Reiche** heimgefallenes Lehen, wieder zu beſetzen, berechtigt ſeyn ſolte. Nur das Königreich **Böhmen** wurde, wegen ſeiner alten Freiheiten, Gerechtigkeiten und Gewohnheiten, die es von den vorigen **Kayſern** und **Römiſchen Königen** hergebracht hatte, namentlich ausgenommen, und kraft derſelben deſſen **Reichsſtänden** das Recht, im Fall der Erledigung, einen **König** zu wälen, ausdrücklich vorbehalten y). Wie daher das **Churfürſtenthum Sachſen**, im J. 1422., durch das unbeerbte Abſterben Churfürſt **Albrechts** des *III.* aus dem **aſkaniſchen Hauſe**, dem **Reiche** erledigt wurde; ſo gab es **K. Sigmund**, im folgenden J. 1423., dem Marggrafen **Friedrich** dem **Streitbaren** von Meiſſen. In dem darüber ertheilten **erſten** und vorläufigen **Lehenbriefe** ſagt **K. Sigmund**, daß er dieſes: **von Romiſcher Kuniglicher Machte**, thue, und erwähnt alſo bey dieſer Verleihung ganz und gar nicht einer **Einwilligung** der **Churfürſten**, die er auch, nach den klaren Worten der **G. B.**, würklich nicht nöthig hatte. Aber in den nachmaligen **zweiten**, und zu **Ofen**, bey der würklichen Beleh-

x) S. den Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 700. ff. 739. f. et 745. ff., im vierten Bande, S. 450. et 460. f., im fünften Bande, S. 381 ; 392. *paſſim*, S. 481. f. et 590. ff. und im ſechſten Bande, S. 130;141.

y) *A. B.*, Tit. VII. §. 5. Cf. Ludewigs Erläuter. der G. B., T. I. p. 744 ſqq.

Belehnung, ausgefertigten Lehenbrief iſt die, auch in andern Lehenbriefen gewönliche, Formel mit eingefloſſen: „vnd haben, als wir in vnſer kuniglichen „Majeſtat, zcu Ofen gezieret ſaſſen, mit wolbedachten mut guten Rat vnſer und des Richs „Furſten geiſtlichen und werltlichen, Grafen, „Herren, Edlen und Getruwen, den vorgenanten Fridrichen zcu den vorgenanten Kurfurſtentumb gewirdiget, vnd mit Fanen, Panieren vnd Schild angewiſet, und in ouch dazcu „geſchickt ꝛc. z).„ Als hingegen K. Sigmund das Churfürſtenthum Brandenburg, mit der Churwürde und dem Erzkämmereramte, dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg, im J. 1415., wiederkäuflich überließ; ſo geſchah ſolches mit Einwilligung der ſämtlichen Churfürſten. Und in dem, zwey Jahr hernach, dem neuen Churfürſten ertheilten Lehenbriefe wird gleichfals des guten und einhelligen Rathes der, unter den Zeugen angeführten, Churfürſten, geiſtlicher und weltlicher Fürſten, Grafen, Edler und Getreuer gedacht a).

Endlich will ich auch noch einige, von den Kayſern unſers Periodus ertheilte, wichtige Anwartſchaften bemerken, zu deren Verleihung dieſelben den Conſens der Churfürſten, Fürſten und Stände des Reichs damals noch nicht nöthig hatten. Wir haben nehmlich ein paar ſolcher Expektanzbriefe, welche K. Rudolf der *I.*, im J. 1276.,

z) Horns Leb. Chf. Friedr. I. von Sachſen, in *Cod. dipl.*, n. 266. et 308. p. 867. et 907. Cf. der Auszug, im fünften Bande, S. 337. ff.

a) Oelrichs Beiträge zur Hiſt. und Literatur, p. 28 ſqq. und Eben deſſelben Beyträge zur Brandenburg. Geſchichte, Sect. I. n. 21. p 105. Cf. der vierte Band des Auszuges ꝛc., S. 205. f. et 241.

zu einer Zeit, ſowohl dem **Johannes** von **Aveſnes**, Grafen von Hennegau, als auch dem Grafen **Hermann** von Henneberg, und ihren Erben, auf die Grafſchaft **Holland**, und andere von daſigem Grafen **Florenz** beſeſſene **Reichslehen** gegeben hat [b]). Wie auch nachmals **K. Rudolf**, auf die Bitte ſeiner Söhne, dem Grafen **Mainhard** von Tirol das Herzogthum **Kärnthen** zu Lehen gab; ſo errichtete dieſer mit ſeinem Schwiegerſohn, dem H. **Albrecht** von Oeſterreich einen **Erbvertrag**, wodurch demſelben und ſeinen Erben, nach Abgang des **Mainhardiſchen Mannſtamms**, die Anwartſchaft auf **Kärnthen** verſichert wurde [c]). Nun hat zwar hernach **K. Ludewig** der *IV.*, im J. 1327., dem H **Heinrich** von Kärnthen das **weibliche Erbfolgerecht** in allen ſeinen Ländern bewilligt, und ihm darüber, nach ſeiner Rückkunft aus Italien, im J. 1330., eine ſchriftliche Verſicherung ausgeſtellt. Weil aber ſolches zum Nachtheil der auf ältere Verträge ſich gründenden, **Oeſterreichiſchen Rechte** auf **Kärnthen** gereichte; ſo brachten es die damaligen **Herzoge** von **Oeſterreich**, durch ihre Vorſtellungen, bey **K. Ludewigen**, noch in eben dieſem J. 1330., dahin, daß er ihre Anſprüche auf **Kärnthen**, durch gewiſſe zu **Augſpurg** niedergeſetzte Schiedsleute, unterſuchen ließ. Dieſe thaten nun den Ausſpruch, daß **Kärnthen** den **Herzogen** von **Oeſterreich** gebühre, wenn H. **Heinrich** ohne männliche Erben ſterben würde. Der **Kayſer** beſtätigte hierauf nicht nur dieſen Ausſpruch,

b) *Martene* Theſ. Anecdot., T. I. p. 1153. et 1154.

c) Vollſtänd. Beantwort. der ſogenannten Gründl. Ausführ. der Bayer. Rechtsanſpr. auf die weiland von K. Ferdin. I. beſeſſene Erb-Königr. und Länder; (Wien, 1742. fol.) im I. Abſatz §. 49. p. m. 234 ſq.

ſpruch, ſondern er belehnte auch nachher, bey dem ſich ereignetem Falle, im J. 1335., die Herzoge Albrecht und Otto von Oeſterreich, ſowohl mit Kärnthen, als mit Tyrol, wobey er nur das Innthal für ſeine Söhne ſich vorbehielt d).

Eben dieſer K. Ludewig der *IV.* gab, im J. 1324., ſeinem älteſten Sohn Ludewig, Churfürſten von Brandenburg, die Anwartſchaft auf das Fürſtenthum Anhalt, und inveſtirte ihn ſogar damit eventualiter *per annulum* e). Im J. 1340. ertheilte er ihm eine neue Expektanz auf alle in Sachſen dem Reiche anheimfallende Güter, um ihn dadurch wegen deſſen ſchadlos zu halten, was verſchiedene benachbarte Fürſten, ſeit dem Tode des Churfürſt Waldemars, der Churmarck Brandenburg entriſſen hätten f). Und da nun K. Ludewig ſeinen gedachten Sohn, den Churfürſten Ludewig, ſchon im J. 1324., bey der Belehnung mit der Churmarck Brandenburg, zugleich auch mit dem Herzogthum Pommern-Stettin belehnt, und hierauf, im J. 1328., die Herzoge von Pommern-Stettin angewieſen hatte, ihre Lehen von dem Churfürſten von Brandenburg zu empfangen; ſo gab dieſes Gelegenheit, daß jene ſich zu einem Erbvertrag verſtehen muſten, wodurch dem Churhauſe Brandenburg die Anwartſchaft auf das Stettiniſche Fürſtenthum verſichert wurde. Dieſe beſtätigte K. Ludewig der *IV.* im J. 1338., welches hernach auch die folgenden Kayſer thaten, wie z. E. von K. Sigmunden, im J.

d) Schrötters Oeſterreich. Staatsrecht, P. I. Sect. I. §. 8. p. 22. et 25. *nota* d), und P. II. Sect. II. §. 14. p. 93 ſq. Cf. der Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 203. 243. et 288. f. e) *de Ludewig* Rel. Mſſ., T. II. L. II. n. 58. p. 272 ſq. f) *Idem* ibid., T. et L. iisdem, n. 73. p. 294 ſq.

1417., bey Uebertragung der **Chur-Branden-burg** an das **Burggräflich-Nürnbergiſche Haus**, geſchehen iſt. Deswegen verlangte nach-her, vermöge dieſer **Anwartſchaft**, Churfürſt **Friedrich** der *II.* von Brandenburg die Erbfolge im **Fürſtenthum Stettin**, nachdem **H. Otto** der *III.*, im J. 1463., ohne männliche Erben ge-ſtorben, und mit ihm der Stamm der **Stettiniſchen Herzoge** erloſchen war. Weil aber **H. Ottens** Agnaten, die **Herzoge** von **Pommern** aus der **Wolgaſtiſchen Linie**, ſich dawider ſetzten; ſo kam es zu einem Kriege zwiſchen ihnen und den **Chur-fürſten von Brandenburg**, der einige Jahre dauerte, bisweilen durch geſchloſſene Verträge unter-brochen, aber immer wieder angefangen wurde, bis er ſich endlich damit endigte, daß die Brandenburgi-ſche **Anwartſchaft** auf ganz **Pommern** erſtreckt, und auch von den **Herzogen** von **Pommern** aner-kannt wurde. **K. Friedrich** der *III.* aber hatte die **Brandenburgiſche Rechte** auf **Pommern** ſchon vorher erkannt und beſtätigt g).

Da **K. Carl** der *IV.* mit dem Churfürſten **Ludewig** von Brandenburg noch in Feindſchaft ſtand, und wider ſelbigen den **Pſeudowaldemar** unterſtützte; ſo gab er, im J. 1348, Churfürſt **Rudolfs** des **ältern** von Sachſen beiden Söhnen, **Rudolfen** dem **jüngern** und **Otten**, ingleichen den Fürſten von Anhalt, **Albrecht** und **Walde-mar**, die **Anwartſchaft** auf die **Churmarck Brandenburg**, und ertheilte ihnen die Mitbelehn-ſchaft auf den Fall, wenn der vorgedachte angeb-liche **Waldemar** ohne männliche Erben ſterben ſolte.

g) *Idem* ibid., T. et L. iisdem, n. 57. et 66. p. 270. et 286 ſq. und Müllers R. Tags Theatr. unter K. Friedr. V., P. II. 5. Vorſtell. c. 16. p. 501 - 513.

ſolte h). Von dem K. Wenceslaus finde ich angemerkt, daß derſelbe dem Landgrafen Wilhelm von Thüringen die Expektanz auf die Stadt Lobenſtein und andere Reichslehen der Herren von Gera ſolle gegeben haben i). Das, im J. 1436., ohne männliche Erben erfolgte Abſterben des letzten Fürſtens zu Wenden, Wilhelms, gab Gelegenheit zu einem Erbfolgeſtreit zwiſchen dem Churhauſe Brandenburg und den Herzogen von Mecklenburg. Jenes ſah des Fürſt Wilhelms Länder für ein heimgefallenes Lehen an, und machte darauf Anſpruch. Dieſe aber glaubten ein näheres Recht zu haben, theils wegen der Abſtammung mit den Fürſten zu Wenden von einem gemeinſchaftlichen Stammvater, theils wegen der vielfältigen Verträge, welche beide Linien mit einander gemacht hätten, worinnen ſie ſich die wechſelſeitige Erbfolge verſichert, und ſogar die Unterthanen einander huldigen laſſen. Die Sache kam endlich im J. 1442. zu einem gütlichen Vergleich, nach welchem die ſämtlichen Herzoge von Mecklenburg, nach gänzlichem Abgange ihres Mannsſtamms, dem Churhauſe Brandenburg den Anfall des ganzen Herzogthums Mecklenburg verſprachen. K. Friedrich der *III.*, als oberſter Lehensherr, gab hiezu ſeine Einwilligung, in eben dieſem Jahr 1442., auf dem frankfurtiſchen Reichstage, und verſicherte dadurch dem Hauſe Brandenburg die Anwartſchaft auf Mecklenburg, worüber auch die Churfürſten ihre Willebriefe ausſtellten k).

 Von

h) Lünigs Corp. Iur. feud. germ., T. I. p. 839 ſqq. n. 44. u. Struvens hiſtor. polit. Archiv, P. I. p. 41 ſq.
i) *Struvii* Corp. I. P. Imperii noſtri R. G., cap. 13. §. 62. p. 514 ſq. k) S. den Auszug ꝛc., im fünften Bande, S. 662. f. und im ſechſten Bande, S. 117. f. et plures *ibi* citatos.

Von K. Friedrich dem *III.* hat man ferner eine, im J. 1461., an den K. Georg von Böhmen, oder einen ſeiner Söhne, nach der Wahl K. Georgs, ausgeſtellte Verſicherung über die Anwartſchaft auf die Grafſchaft Katzenelnbogen. Hernach, und im J. 1463., ertheilte der Kayſer dem K. Georgen darüber einen förmlichen Expektanzbrief. Wie nun nachmals im J. 1479. der Fall ſich ereignete, daß der letzte Graf von Katzenelnbogen, Philipp der ältere, ſeinen Mannsſtamm beſchloß; ſo meldeten ſich zwar des inzwiſchen verſtorbenen K. Georgs Söhne, die Fürſten von Münſterberg in Schleſien, mit ihrer erlangten Anwartſchaft, und wolten ihren Anſpruch auf die Churfürſten Ernſt von Sachſen, und Albrecht von Brandenburg, wie auch den H. Albrecht von Sachſen, zu Recht ſtellen. Allein Landgraf Heinrich von Heſſen, ein Großſchwiegerſohn des letzten Grafens von Katzenelnbogen, der ſich in den Beſitz der Grafſchaft geſetzt hatte, antwortete dem Churfürſt Ernſten von Sachſen, und ſeinem Bruder, H. Albrechten, in einem, im J. 1481., an ſie erlaſſenem Schreiben, daß er den Herzogen von Münſterberg an der Grafſchaft Katzenelnbogen, die er als nächſter Erbe von Rechts und Billigkeit wegen inne hätte, und ſein wäre, keine Gerechtigkeit und überall nichts zugeſtehe. Indeſſen iſt ſich, bey dieſer vom K. Friedrich dem *III.* auf die mehr erwähnte Grafſchaft ertheilten Expektanz, um ſo mehr zu wundern, daß derſelbe nachher ſelbſt, auf dem Convente zu Cöln, im J. 1486., darauf einen Anſpruch gemacht habe, in ſo weit ſie von dem heiligen Reiche zu Lehen gegangen; womit er aber gleichfals nichts ausgerichtet hat [l]).

Endlich

l) *de Sommersberg* Scr. rer. Sileſ., T. I. p. 1028. n. 150. und Müller *l.* modo *c.*, P. III. 6. Vorſtell.

Endlich iſt auch noch die Anwartſchaft zu bemerken, welche K. Friedrich der *III.*, im Jahr 1483., dem H. Albrechten von Sachſen und ſeinen Lehenserben, auf die Herzogthümer Jülich und Bergen ertheilt hat, wenn ſelbige dem Kayſer und Reiche, durch Abgang des damaligen H. Wilhelms oder ſonſt, erledigt würden. Es beſtätigte auch nachmals der Römiſche König Maximilian dieſe Expektanz im J. 1486., entſagte, in Anſehung des Herzogthums Jülich, ſeinen Rechten, die er, wegen des ehmals vom H. Arnolden von Geldern und Jülich geſchehenen Verkaufs ſeiner Länder an ſeinen Schwiegervater, den H. Carln von Burgund, auf Jülich haben könnte, und erſtreckte zugleich dieſe Anwartſchaft auch auf des H. Albrechts Bruder, den Churfürſt Ernſten von Sachſen, und deſſen Lehenserben m). In dieſen beiden Expektanzbriefen wird gleichfals keiner Einwilligung der Churfürſten und Fürſten gedacht; mithin hiedurch die, zu Anfang dieſer Materie, gemachte Anmerkung beſtärkt, daß unſere Kayſer, dieſen ganzen Periodus hindurch, den Conſens der Churfürſten und Fürſten, zu Ertheilung der Anwartſchaften nicht nöthig gehabt haben. Das einige von dem Herzogthum Mecklenburg angeführte Exempel ſcheinet zwar meinem Satze entgegen zu ſtehen. Allein wenn man die Sache genau nehmen will; ſo war bey dieſem nicht ſowohl eine vom Kayſer, aus eigener Bewegung, ertheilte Anwartſchaft, als vielmehr nur eine Beſtätigung eines zwiſchen Brandenburg und Mecklenburg errich-

ſtell. c. 12. §. 5. et 8. p. 61. a. et 66 ſq. *coll.* cap. 10. §. 2. p. 52. a. m) S. den ſiebenden Band des Auszuges ꝛc., S. 260. f., et *plures* ibi *Nota* c) allegatos.

errichteten Erbvertrags, wozu allerdings die Willebriefe der Churfürſten nöthig waren n).

An dem Rechte Geſetze zu geben, nahmen die Reichsſtände noch ferner Antheil. Es ſagt zwar Kayſer Ludewig der *IV.*, in der den Bürgern von Meiſſen, im J. 1329., gegebenen Vergünſtigung, Landgüter an ſich zu bringen: NOS *qui* SVPRA LEGES *ſumus et poſſumus* VELVT LEGISLATOR *iura condere* *). Und K. Carl der *IV.* beruft ſich, in ſeinen Reichshandlungen, nicht ſelten auf die *plenitudinem poteſtatis imperialis*, auf ſeine kayſerliche Machtvollkommenheit †). Allein es ſind dieſes nur *Floſculi oratorii*, die im Grunde nichts bedeuteten. Die Einwilligung der Reichsſtände, auf einem Reichstage oder Reichshofe, blieb ferner, wie in den vorigen Zeiten, nothwendig, wenn eine Verordnung ihre allgemeine Gültigkeit durch das ganze Teutſche Reich erhalten ſolte. Man ſehe die vom Pfeffinger *) zalreich angeführte Geſetze und Conſtitutionen aller Kayſer in unſerm Periodus, und noch ſo viele andere von ihm nicht genannte, an; ſo wird man finden, daß die Kayſer ſich darinnen jederzeit auf den Rath, Gutachten, oder Einwilligung der Reichsſtände beruffen haben. Der Kayſer war freilich derjenige, welcher das Geſetz beſtätigte, und ihm alſo gleichſam das Leben gab. Er publicirte es auch nachher allein aus kayſerlicher Machtvollkommenheit. Allein dieſes Geſetz konnte nicht anders entſtehen, als wenn die Reichsſtände erſt darüber berathſchlagt, und darein gewilligt hatten.

Und

n) *Walchii* Progr. de Literis Elector. conſenſ. teſtibus, p. 12 ſq. nota *). *) *de Ludewig* Rel. Mſſ., T. IX. L. V. n. 14. p. 680. †) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 53. *) in *Vitriario illuſtrato*, T. I. p. 68. b. - 71. b.

Und dieſe Anmerkungen werden uns zu erkennen geben, wie die vorhin angeführte oratoriſche Redensarten einiger Kayſer zu verſtehen ſeyen o).

Hingegen blieb das Recht, Privilegien zu ertheilen, noch immer ein Reſervatrecht unſerer Kayſer. Zu den wichtigſten wurde freilich die Einwilligung der Churfürſten erfordert, wovon die häufigen churfürſtlichen Willebriefe zeugen p); aber von dieſen iſt hier die Rede nicht. Bey geringern Privilegien hatten dagegen die Kayſer deſto freyere Hände, und ertheilten ſolche in unzäliger Menge, deren ich auch, in dem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus, eine groſſe Anzal von Kayſer zu Kayſer angeführt habe. Noch mehrere nur von den Kayſern Carln dem *IV.* und Friedrich dem *III.* ſtehen in eigenen gedruckten Sammlungen ihrer Urkunden q). Und einige werde ich noch in der Folge, bey vorkommender Gelegenheit, anzeigen. Hier aber will ich nur die Anmerkung überhaupt machen, daß zwar die Reichsſtände ſich öfters über ganz geringe Sachen von den Kayſern haben Privilegien geben laſſen, aber daß man dergleichen, wenigſtens in der andern Helfte unſers

o) *Haltaus* l. c., Sect. I. §. 3. p. 5 ſqq. Sect. II. §. 10-13. p. 17 ſqq. et Sect. III. §. 4. p. 26 ſq. Cf. Io. Ern. *Floercke* Diſſ. de conſortio Imp. et Statuum imp. in poteſtate legislator. et iudiciaria; Halae, 1756. 4. p) *Walchii* Progr. citat, p. 12. notis **) et ***). q) z. E. beym *Glafey* in Anecdotis, in *Menckenii* Scriptor. T. III. p. 2009 ſqq., in J. W. Hoffmanns Sammlung ꝛc., P. II. n. 1. p. 1 ſqq. und in dem *Cod. diplomat. Fridericiano* ad *Aen. Sylvii* Hiſt. Frid. III. Imp., in *Kulpiſii* Vol. rer. germ. Cf. des Herrn Vicekanzler Strubens Nebenſtunden, P. IV. n. 23. §. 7-9. p. 98-102., wo man ein Verzeichnis von vielen Privilegien K. Rudolfs des *I.* antreffen wird.

unſers Periodus, nur für die kleinere und geringere Reichsſtände finden wird. Die groſſern und mächtigern Reichsſtände, nehmlich die Churfürſten und Fürſten ſuchten dergleichen nicht mehr bey den Kayſern, oder ſie liegen wenigſtens, zu ihrer Ehre, noch in den Archiven. Indeſſen ſcheint es, daß auch ſchon in dieſen Zeiten bisweilen Beſchwerden darüber mögen geführt worden ſeyn, daß die Kayſer ihr Recht, Privilegien zu geben, zu weit ausdehnten. Dieſes mag dann K. Rudolfen den *I.* bewogen haben, die Erklärung zu thun, daß die Freiheiten, womit er verſchiedene Städte und andere Oerter begabt hätte, dem Reiche und der Geiſtlichkeit unſchädlich ſeyn ſolten r). Es ertheilten indeſſen die Kayſer nicht nur unmittelbaren Ständen und Gliedern des Reichs, ſondern auch Mittelbaren und Landesunterthanen ſehr häuffig Privilegien. Hieraus aber iſt mit ein Beweis zu nehmen, daß damals die Landeshoheit den Reichsſtänden noch nicht auf eine ſo vollkommene Art zugeſtanden, als einige neuere Schmeichler haben ausgeben wollen.

Um nun aber nur einige wenige ſolcher kayſerlichen Privilegien über ganz geringe Sachen und Rechte, ſo wie ſie mir am erſten beifallen, anzuführen; ſo gehört z. E. hieher der Gnadenbrief den K. Rudolf der *I.*, im J. 1274., dem Kloſter Pfullingen ertheilt hat, eigene Hirten zu halten s). K. Carl der *IV.* gab, im J. 1356., der Stadt Fridberg ein Privilegium über die Viehweyde t), und im J. 1376. erlaubte er den Städten Dünckelſpiel und Giengen, daß ſie zwey Mühlſtädte rücken,

r) Lünigs R. A., T. XV. n. 434. p. 811. s) *de Ludewig* Rel. Mſſ., T. X. L. II. n. 6. p. 154 ſq. t) Lünig *l. c.*, T. XIII. p. 736.

cken, bauen und ſetzen möchten u). Eben derglei⸗chen Erlaubnis gab K. Wenceslaus, im J. 1397., der Stadt Leutkirch, daß ſie nehmlich freie Macht haben ſolte, an dem durch die Stadt lauffendem Bache Mühlen zu erbauen v). Derſelbe verlieh fer⸗ner in den J. 1397. und 1398., der Stadt Frid⸗berg ein paar Privilegien, theils über die Markt⸗ſtände und Marktplätze in der Stadt, theils daß in derſelben, ohne des Magiſtrats Vorwiſſen und Einwilligung, keine Schmiede⸗ Farbe⸗ oder Back⸗häuſer ſolten können aufgerichtet werden w). Fer⸗ner hat K. Wenceslaus, in den beiden erſtgedach⸗ten Jahren, die Städte Schweinfurt, Hailbronn und Wimpfen privilegirt, daß die erſtere über den Mayn eine Brücke, und an der Stadt, auch auf dem Lande, Brücken, Stege, Mühlen, Wehre und andere Gebäude, über, in, und an den Mayn bauen möge x); die beiden andern Städte aber berech⸗tigt seyn ſolten, über den Neckar Brücken zu bauen, und auf demſelben Nachen oder Kähne zu halten y). Vom K. Ruprechten iſt ein Privilegium vom J. 1402. vorhanden, worinnen er Conraden, Herrn von Weinſperg, erlaubt hat, eine Mühle zu Baldolzheim zu erbauen z), und eine ähnliche Be⸗willigung, wegen Anlegung einer Mühle, hatte ſchon ehmals, im J. 1348., die Stadt Biberach von K. Carln dem *IV.*, und im J. 1415. der daſige Hoſpital von K. Sigmunden erhalten a). Die⸗ſer letztere gab, im J. 1418., den Gebrüdern Lö⸗wen,

u) *Idem* ibidem, T. eod. p. 463. et 831. v) *Idem* ibid., T. eod. p. 1492. w) *Idem* ibid., T. eod. p. 747. et 748. x) *Idem* ibid., T. XIV. p. 400. et 401. y) *Idem* ibid, T. XIII. p. 889. z) Hanßelmanns Beweis ꝛc., im Anhange ꝛc., n. 148. p. 476. a) Lü⸗nigs R. A., T. XIII. p. 184. et 190.

wen, Bürgern und Patriziern zu **Ulm**, die Erlaubnis, bey ihrem Gute **Rieden** einen **Steg** über die **Donau** zu ſchlagen b). Die Stadt **Augſpurg** aber bekam von ihm, im J. 1434., ein Privilegium daß ſie ihre eigene **Trompeter** halten, das Stadtwappen an ihre Trompeten hängen, und ſelbige zu Kriegs= und Friedenszeiten, zu ihrer Nothdurft gebrauchen möge. Und vom **K. Friedrich** dem *III.* ließ ſich dieſe anſehnliche **Reichsſtadt**, im J. 1462., einen Gnadenbrief ſogar über die Viehtrift, das Fiſchen und Waidwerk geben c).

Aeltere Privilegien ſich von einem jeden neuen **Römiſchen König** und **Kayſer** erneueren und **beſtätigen** zu laſſen, war in **unſerm Periodus** ſehr gewönlich. Ja es ſcheint ſogar, daß man es für nothwendig gehalten habe, weil alle und jede **Reichsſtände** dergleichen Beſtätigungen auswürkten. Und es geſchah ſolches nicht ſelten zweimal, ſowohl bald nach der geſchehenen Wahl, oder Krönung zu **Aachen**, da **unſer Monarch** nur noch **Römiſcher König** hieß, als auch hernach, wenn er zu **Rom** zum **Römiſchen Kayſer** war gekrönt worden. Die vielen im Druck vorhandenen **diplomatiſchen Sammlungen** beſtärken die Richtigkeit dieſer Anmerkung, und man kan nur den *Codicem Diplomaticum Fridericianum* d) nachſehen; ſo wird man darinnen genug Beiſpiele von dergleichen **doppelten Beſtätigungen** älterer kayſerlicher Privilegien antreffen. **K. Carl** der *IV.* verordnete nachmals in der G. B., daß ein neuerwälter **Römiſcher König**, gleich nach geſchehener Wahl, und ehe er ſich noch einiger Reichsgeſchäfte unterzöge, den ſämtli-

b) *Idem* ibidem, T. XIV. p. 567. c) *Idem* ibidem, T. XIII. p. 103. et 105. d) ad *Aen. Sylvii* Hiſt. Frider. III. Imp., in *Kulpiſii* Scriptor. etc., *paſſim.*

ſämtlichen Churfürſten, vermöge der bisherigen alten Gewohnheit, alle ihre vom Reiche tragende Freiheiten und Gnaden ohne Verzug und Widerrede beſtätigen, und ſolche Beſtätigung ſogleich nach ſeiner Römiſchen Kayſerkrönung erneueren ſolte. Um auch die Churfürſten, wegen ihrer Privilegien, noch mehr in Sicherheit zu ſtellen; ſo machte K. Carl der *IV.*, in der G. B., noch weiter die Verordnung, daß alle von ihm, oder ſeinen Vorfahren, oder Nachfolgern, ertheilte oder zu ertheilende Begnadigungen und Privilegien, ſie möchten nun auch gegeben worden ſeyn, wem ſie wolten, den Freiheiten, Gerechtigkeiten und Rechten der Churfürſten, im geringſten nicht ſchädlich oder nachtheilig ſeyn ſolten. Und wenn auch ſolche Begnadigungen und Privilegien, unter der Verſicherung, ertheilt worden wären, daß dieſelben unwiderruflich ſeyn ſolten, woferne nicht derſelben eigentliche und völlige Meldung in dem Widerrufe namentlich und ausdrücklich geſchehen wäre; ſo wolle er doch ſelbige, in ſo weit ſie den Freiheiten, Gerechtigkeiten und Rechten der Churfürſten, oder einem derſelben, nur im geringſten zuwider wären, hiemit aus kayſerlicher Machtvollkommenheit, und aus eigener Bewegung aufheben und widerruffen.

Zu dieſer leztern Verordnung der G. B. hat vermutlich die beſondere Beſchwerde des Churfürſtens von Cöln, über die von Carln dem *IV.*, gleich zu Anfang ſeiner Regierung, der Stadt Cöln, ertheilte, und nachher von ihm als Kayſer beſtätigte, groſſe Freiheiten und Gnadenbriefe Gelegenheit gegeben. Er hatte zwar ſelbige, ſchon ſieben Jahre vor Errichtung der G. B., für nichtig erklärt, in ſoferne ſie den Rechten des Erzſtiftes Cöln zuwider liefen. Ein gleiches hatte er auch noch damals

auf dem nürnbergiſchen Reichstage, in Anſehung ſeines leztern der Stadt Cöln ertheilten Privilegiums, gethan, und ſolches in den meiſten Stücken ſogleich wieder aufgehoben und widerruffen. Es ſcheint aber, daß die ſämtlichen Churfürſten, zu noch mehrerer Vorſicht, ſolche kayſerliche Erklärung, als eine ihr ganzes Collegium betreffende Freiheit, der G. B. einrücken zu laſſen, für nöthig erachtet haben. Einige Ausleger der G. B. haben zwar an der Gültigkeit dieſer Verordnung zweifeln wollen, weil ſie den Privilegien anderer Reichsſtände allzu nachtheilig wäre. Allein da alle Privilegien allemal den Vorbehalt, ausdrücklich oder ſtillſchweigend, mit ſich führen, daß ſie zum Abbruche der Rechten eines dritten, oder wohl gar eines ganzen Standes, nie gereichen, oder angezogen werden ſollen. Alſo hat der Kayſer ganz füglich, nach der natürlichen Billigkeit, und den Grundgeſetzen unſers Reichsſtaats, dergleichen Verordnung machen können, daß ſeine einem oder andern ertheilte Gnadenbezeugungen den übrigen Ständen, beſonders den Churfürſten, als den erſten Ständen des Reichs, keinen Schaden und Nachtheil bringen ſolten. Es haben ſich auch die Kayſer in den folgenden Zeiten, nach dieſer Vorſchrift, ganz genau gerichtet, und es iſt daher, ſchon in dem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus, unter dem Wenceslaus, Ruprechten, Sigmund und Friedrich dem *III.*, von mir bemerkt worden, daß bey einer jeden neuen Ausfertigung der Privilegien der Stadt Cöln, unter eben demſelben Datum, aus der Reichskanzley, auch jedesmal den Erzbiſchöfen von Cöln die Verſicherung ausgeſtellt worden, daß jene, vermöge der angeführten Verordnung der G. B., niemals einige Gültigkeit haben ſolten, in ſoferne ſie den alten churfürſtlich-cölniſchen Rechten entgegen

gen wären e). Und daß auch die Churfürſten von Mayntz eben dergleichen Verſicherungen, in Anſehung der der Stadt Mayntz von den Kayſern ertheilten Privilegien, und die Aufhebung derſelben erhalten haben, wird meinen aufmerkſamen Leſern gleichfals aus dem hiſtoriſchen Abſchnitte erinnerlich ſeyn f).

Daß K. Friedrich der *III.*, nach Erfindung der Buchdruckerey, ſich des kayſerlichen Vorrechtes bedient habe, Privilegien über gedruckte Bücher, zu Verwehrung des diebiſchen Nachdrucks, zu ertheilen, verſichert uns der ſeelige Profeſſor Köhler ff), ohne jedoch davon einen Beweis beyzubringen. Woferne mich auch mein Gedächtnis nicht zu ſehr trüget, ſo habe ich zu Ende einiger, unter der Regierung dieſes Kayſers, in Teutſchland gedruckten Bücher, deren eine groſſe Menge auf unſerer Univerſitäts-Bibliotheck vorhanden iſt, bemerkt gefunden, daß darüber ein kayſerliches Druck-Privilegium ertheilt worden. Allein ich kan mich nach der langen Zeit, da mir dieſe Bücher durch die Hände gegangen ſind, nicht mehr genau erinnern, in welchen ich ſolches aufſuchen müſte, und die itzige Jahreszeit geſtattet mir nicht, deswegen nachzuſehen. Ich will alſo die vermutlich noch zu machende Entdeckung auf eine andere Gelegenheit verſparen, und ſie ſodann nachholen; indeſſen aber ein etwas neueres Exempel eines ſolchen *Privilegii impreſſorii* aus den erſten Regierungsjahren K. Maximilians des *I.* anführen. Man lieſet nehmlich hinter der erſten höchſt ſeltenen Ausgabe der Werke des berühmten Conrad Celtes, die im J. 1502.

e) *A. B.*, Tit. II. §. 8. et 9. und Tit. XIII. Cf. von Olenſchlagers N. Erläuter. der G. B., §. 75. p. 292 ſqq. f) *de Senckenberg* Meditatt. de univ. iure et hiſt., Faſcic. III. n. 2. p. 481. et 498 ſqq. ff) in Seiner Reichshiſt., p. m. 387.

zu Nürnberg in kleinem Folioformat heraus-gekommen iſt, folgendes: *Abſoluta ſunt haec C. C.* (i. e. CONRADI CELTIS) *Opera in Vienna* - - *anno MDII. Kalen. Febru. Impreſſa autem Norimbergae eiusdem anni Nonis Aprilibus.* SVB PRIVILEGIO *Sodalitatis Celticae, nuper* A SENATV IMPERIALI IMPETRATO, *ut nullus haec in decem annis in Imperii urbibus inprimat.*

Unter denen von unſern Kayſern ertheilten Privilegien ſind unſtreitig die wichtigſten mit diejenige, welche ſie über die Zoll- und Münz-Gerechtigkeit gegeben haben, von welchen alſo noch beſonders einige Anmerkungen müſſen gemacht werden.

Zu Anfang unſers Periodus gehörten noch viele Zölle in Teutſchland den Kayſern zu, und K. Albrecht der *I.* wolte die von den Rheiniſchen Churfürſten, in den vorigen Zeiten, erlangte oder angemaßte Zölle wieder zurück haben. Jene widerſetzten ſich zwar ihm deswegen, aber er zwang ſie doch, daß ſie einige herausgeben muſten g). Allein durch die übermäßige Freigebigkeit der folgenden Kayſer giengen nicht nur dieſe kayſerliche Zölle nach und nach vollends verlohren, ſondern die Kayſer fiengen auch an, das einträgliche Regal der Zoll-gerechtigkeit, ohne Rückſicht auf das gemeine Beſte, noch häufiger zu verſchwenden, als von ihren Vorfahren geſchehen war. Man kan beym Pfeffinger h) ein weitläuftiges Verzeichnis der von den Kayſern

g) *Chron. Colmar.*, P. II. ad a. 1300., *l. c.*, p. 61. lin. 6 ſqq. Cf. der Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 704-709. *paſſim.* Schon K. Adolf ſoll dergleichen Einziehung der Rheinzölle vorgehabt haben; S. Frid. Abrah. *de Hopffgarten* Diſſ. de iure Vectigal. in S. R. I.; (Lipſiae, 1723. 4.) Sect. I. §. 12. p. 18. h) in *Vitriario illuſtrato,* T. III. p. 493. a. - 499. b.

Kayſern unſers Periodus gegebenen neuen Zölle nachſehen, welches aus dem vorhergehenden hiſtoriſchen Abſchnitte des itzigen Zeitraums um ein anſehnliches vermehrt werden kan. Verſchiedene Reichsſtände legten auch eigenmächtiger Weiſe neue Zölle an, oder erhöheten die alte. Nun war zwar ſchon im vorigen Periodus, dergleichen verboten, und zugleich feſtgeſetzt worden, daß die Kayſer hinführo keine neue Zölle weder für ſich ſolten anrichten, noch auch dergleichen den Reichsſtänden, zu jemands Nachtheil, verſtatten können i). Es haben auch die K. Rudolf der *I.*, Adolf, und K. Albrecht der *I.* in ihren, in den J. 1287., 1292. und 1298. oder 1303., publicirten Landfrieden, dieſe Verordnung wiederholt, und befolen, daß alle, ſeit K. Friedrichs des *II.* Zeiten, eingeführte neue Zölle abgeſchafft werden ſolten k). Allein es banden ſich die folgenden Kayſer nicht allemal ſo genau an dieſes Geſetz, und fuhren vielmehr in der ſchädlichen Freigebigkeit ihrer Vorfahren fort. Jedoch die Reichsſtände ſelbſt zum Theil hielten deſto eifriger auf dieſe gemachte Geſetze. Und da K. Carl der *IV.*, zu Anfang ſeiner Regierung, verſchiedenen Ständen neue Zollprivilegien gegeben hatte; ſo verſperrten deshalben die Straßburger die freye Fahrt auf dem Rheinſtrome ſo lange, bis der Kayſer dieſe neue Zölle wieder aufhob l).

Indeſſen hat nachher K. Carl der *IV.* ſelbſt erkannt, was für ein groſſer Nachtheil dem Teutſchen Commercienweſen, durch dieſe Häufung

i) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 372.

k) N. Samml. der R. Abſchiede, P. I. n. 16. et 17. §. 21 ſqq. et n. 20. §. 11 ſqq. p. m. 32. b. 35. et 40. a.

l) *Albert. Argentin.* l. c., p. 155. lin. 43 ſqq. Cf. *Trithemii* Chron. Hirſaug., P. II. ad a. 1351. p. m. 218.

der Zölle auf den ſchiffbaren Strömen, erwüchſe. Mithin war er gewillt, unter andern auch die **Verringerung** der Zölle auf dem **Rhein**, und der Geleite zu Lande, auf dem nach **Nürnberg**, im J. 1355., ausgeſchriebenem groſſen **Reichstage** vorzunehmen m). Daß auch daſelbſt wegen dieſer **Verringerung** der **Rheinzölle** etwas möge vorgefallen ſeyn, muthmaßt der Herr **von Olenſchlager** aus einem Befehl, den der **Kayſer**, **bald nach dem nürnbergiſchen Reichstage**, an verſchiedene **Fürſten** ſoll erlaſſen haben, daß ſie, zu Beförderung der Schiffart auf dem **Rhein**, und zur Ausbreitung der Handlung in dieſen Gegenden, ihre **Rheinzölle** um einen Drittel herunter ſetzen ſolten n). Allein ich muß bey dieſer, aus dem Zuſammenhange der Dinge, übrigens ganz wahrſcheinlichen Muthmaſſung nur dies beobachten, daß das erwähnte **Circularſchreiben** des **Kayſers**, beym **Glafey** o), **ohne Datum** ſey, und mitten unter andern kayſerlichen Urkunden vom J. 1360. ſtehe, mithin es vermutlich erſt einige Jahre nach dem **Nürnbergiſchen Reichstage** mag ergangen ſeyn. Nachher, und kurz vor ſeinem Tode, hat **K. Carl** der *IV.* ein **Edikt** durch das ganze **Reich** publicirt, worinnen alle von ihm und ſeinen Vorfahren auf Widerruf ertheilte, oder von den **Reichsſtänden** und andern eigenmächtiger Weiſe angelegte Zölle am **Mayn-** und **Rheinſtrome**, und überall in **Teutſchland**, aufgehoben wurden. Wie er dann insbeſondere den **Churfürſten** von **Pfalz**, **Trier** und **Cöln** verbot, ferner dergleichen Zölle zu fordern, und einem jeden befal, ſie nicht weiter zu entrichten p).

Auch

m) *Wenckeri* Appar. et Inſtr. Archivor., p. 207. n) von Olenſchlager *l. c.*, §. 83. p. 329. o) in *Anecdotis*, n. 355. p. 480 ſq. p) Lünigs R. A., T.IV. p. 226 ſq.

Auch K. Wenceslaus hob, bald nach Antritt ſeiner Regierung, im J. 1379., zufolge der auf dem vorher gegangenem nürnbergiſch-frankfurtiſchen Reichstage gemachten Schlüſſe, alle von ihm und ſeinen Vorfaren am Rheinſtrome auf Widerruf ertheilte Zölle auf, weil dadurch der freie Handel beeinträchtiget würde q). Dem ungeachtet verlieh doch hernach unſer Wenceslaus genug Zollprivilegien, ob er gleich dagegen hier und da auch einige caßirte, als z. E. den Frankfurtern zu Gefallen die Zölle zu Höchſt, Keltersbach, Peterweil und Offenbach r). Deswegen haben die Churfürſten den K. Ruprechten, in ſeiner Kapitulation, unter andern auch dazu verpflichtet, alle vom Wenceslaus am Rheinſtrome angelegte neue Zölle aufzuheben, die von demſelben aber, und ſeinem Vater, K. Carln dem *IV.*, bereits widerrufene Zölle, der Churfürſten, ihre ausgenommen, gleichfals zu widerrufen, und keine neue Zölle auf dem Rhein, ohne Wiſſen, Willen und Rath der Churfürſten, zu verleihen s). Aber das Uebel war einmal zu ſehr eingeriſſen, und es ſcheint, daß damals unſere Kayſer das Recht der Verleihung neuer Zölle noch immer als ein Reſervatrecht behaupten wollen, ungeachtet ihnen daſſelbe, vorhin erwähnter maſſen, bereits durch ältere Reichsſatzungen, war eingeſchränkt worden. Dann auſſer der in der G. B. enthaltenen allgemeinen Beſtätigung der churfürſtlichen hergebrachten Zoll-

q) *Wenckeri* collecta Archivi et Cancellariae iura, p. 385 ſq.

r) (D. Orths) Abhandl. von den ber. zwoen Reichs-Meſſen in der Rſtadt Frankfurt am Mayn; (Frankf., 1765. 4.) Sect. IV. §. 129. p. 211 ſq. und in den Beylagen, n. 66. a. et b. und n. 67. p. 648 ſqq.

s) *Martene* et *Durand* Collect. ampliſſ., T. IV. n. 12. p. 25 ſq.

gerechtigkeiten [t]), ließ ſich K. Carl der *IV.*, wenig Tage vor Publikation der G. B., von dem Churfürſten **Gerlach** von Maynz, und vermutlich auch von den übrigen **Churfürſten**, eine Verſicherung ausſtellen, daß der **Krone Böhmen** auch noch auſſerdem die Freiheit gebühre, **neue Zölle** anzulegen [u]). Und noch **K. Friedrich** der *III.* gab, im J. 1456., den ſämtlichen **Marggrafen** von **Brandenburg** das wichtige **Privilegium**, daß ſie in ihren Ländern nach Belieben **neue Zölle** ſolten anlegen, und die alten erhöhen können [v]).

Es wollen aber einige dafür halten, daß, noch unter eben dieſem **Kayſer**, zu Ertheilung **neuer Zölle** die **Einwilligung** der **Churfürſten** nothwendig worden ſey. Dann unter ſeiner Regierung fände man darüber **churfürſtliche Willebriefe**, dergleichen z. E. Churfürſt **Friedrich** von Sachſen, im J. 1487., über den vom **Kayſer** dem Churfürſten **Hermann** von Cöln ertheilten **neuen Rheinzoll** zu **Lyns** ausgeſtellt hat [w]). Indeſſen hat doch unſer **Friedrich** der *III.* kurz vorher, nehmlich im J. 1487., dem **Erzſtifte Salzburg** einen **neuen Zoll** von Weinen und andern Sachen, blos **von Römiſcher kayſerlicher Macht Vollkommenheit**, bewilliget, ohne in dieſem Gnadenbriefe, des **Raths** und **Conſenſes** der **Churfürſten** zu gedenken [x]). Hingegen aber in dem, im J. 1468., dem Biſchof **Rudolfen** von Würzburg und ſeinem **Hochſtif-**

t) *A. B.*, Tit. IX. §. 2. et 3. u) *Goldaſt* de regno Boh., T. I. L. IV. c. 2. n. 9. p. m. 545 ſqq. et in *App. Docum.*, n. 48. p. 99. v) *Limnaei* Ius publ., T. IV. p. 844. w) Müller, *l. c.*, P. III. 6. Vorſtell. c. 32. §. 1. p. 142. Cf. *Walchii* Progr. ſaepius cit., p. 13. nota ***), ibique allegatus *Speuerus* im T. Iure publico. x) Lünigs R. A., T. VII. in der 3. Fortſetz., p. 119 ſq. n. 67.

Hochſtifte ertheilten Zollprivilegium bezieht er ſich nicht blos auf ſeine kayſerliche Machtvollkommenheit und eigene Bewegung, ſondern auch auf den Rath der Fürſten, Grafen, Baronen, Edlen und anderer Getreuen des Reichs y). Aus dieſem allen nun möchte man nicht uneben den Schluß ziehen, daß zwar, in unſerm Periodus, eigentlich und nach den Geſetzen, nicht blos der Churfürſten allein, ſondern auch aller und jeder Reichsſtände Rath und Einwilligung zu Ertheilung einer neuen Zollgerechtigkeit nöthig geweſen ſey, daher ihrer auch die Kayſer bisweilen in den gegebenen Zollprivilegien erwähnt haben; daß aber hingegen auch die Kayſer ſich hierunter nicht ſelten ein mehres herausgenommen, und aus eigener Bewegung und kayſerlicher Machtvollkommenheit, ohne den Rath und Conſens der Churfürſten, Fürſten und Stände zu erfordern, oder auch deſſen nur einmal zu erwähnen, Begnadigungen über neue Zölle verliehen haben z).

Die Kayſer gaben Privilegien nicht nur zu Anlegung neuer Zölle, ſondern auch zu Erhöhung und Prorogirung der alten. Es würde nicht ſchwer fallen, dieſes mit verſchiedenen Exempeln zu beſtärken; aber um des Raums zu ſchonen, will ich mich begnügen, nur ein paar Exempel anzuführen. Dem Biſchof von Würzburg gab nehmlich K. Wenceslaus, im J. 1397., ein Privilegium, ſeine Zölle, auf fünf Jahr lang, erhöhen zu können. Und deſſen Nachfolger, Biſchof Johannes, erhielt vom K. Ruprechten, im J. 1407., einen ähnlichen Gnadenbrief für drey Jahre. Nur in dieſem wird vom K. Ruprecht des Raths der Fürſten,

 Edlen

y) *Idem* ibid., T. et Contin. iisd., p. 336 ſq. n. 186.
z) *de Hopffgarten* Diſſ. cit., Sect. I. §. 12 - 18. p. 17 ſqq.

Edlen und Getreuen des Reichs zur Erhöhung und Prorogation der würzburgiſchen Zölle gedacht, hievon aber in jenem, oder in des K. Wenceslaus ſeinem, nichts erwähnt a). Daß hiernächſt zu Verlegung eines alten, an einem Orte hergebrachten oder erlangten, Zolles die Einwilligung der Churfürſten, noch zu den Zeiten K. Adolfs für nöthig gehalten worden, kan man aus einer Verſicherung deſſelben erſehen, die er, im J. 1292., an den Churfürſt Gerharden von Maynz ausgeſtellt hat. Dann in ſelbiger heißt es unter andern: *Item ut* THELONEVM ILLVD BOPPARDIENSE, *quod* VRIDEZOL *volgariter appellatur*, - - - IN LOYNSTEIN TRANSFERATVR, - - *totum poſſe noſtrum* - - *apponemus:* APVD PRINCIPES IMPERII, *et aliis modis, quibus poterimus, ad hoc noſtrum ſtudium applicando* b). Es kam aber dieſe Verlegung des Boppardiſchen Zolls nach Lahnſtein, bey Lebzeiten K. Adolfs, nicht zu ſtande, worauf K. Albrecht der *I*, gleich nach angetretener Regierung, im J. 1298., ſolchen Zoll, ohne Conſens der Churfürſten, nach Lahnſtein nicht nur würklich verlegte, ſondern auch noch auſſerdem dem Churfürſten Gerhard und dem Erzſtifte Maynz einen ganz neuen Zoll, *ex* REGIA LARGITATE *et de* PRINCIPALI AVCTORITATE, wie es in der Urkunde heißt, verlieh, auch ihm und ſeinen Nachfolgern die Wahl überließ, ob ſie ſolchen zu Lahnſtein oder zu Rüdesheim anrichten wolten c). Und da nachmals K. Albrecht der *I.* dem Churfürſten Gerhard den gedachten Zoll zu Lahnſtein abgedrungen hatte; ſo nahm ſich hierauf

a) Leuckfelds Antiquit. Poeldenſ., in *App. III.* n. 8. et 9. p. 262 ſq. et 263 ſq. b) *de Gudenus* C. M. D., T. I. p. 862 ſq. c) *Idem* ibidem, T. eod., p. 902.

hierauf P. Clemens der *V.* heraus, dem folgenden Churfürſten von Maynz, Peter, dieſen Zoll wieder zuzueignen d).

Eine Art eines, ſchon in dieſen Zeiten angelegten, ſogenannten Wehrzolles treffen wir in der Convention an, welche K. Ruprecht, als Churfürſt von der Pfalz, und die Churfürſten von Maynz und Trier, im J. 1408., mit einander zu Bacherach geſchloſſen haben. Um nehmlich den bisherigen Vervortheilungen ihrer wohlhergebrachten Rheinzölle für das künftige vorzubeugen, da die Kauf- und Fuhrleute die gewönliche Zollſtätte am Rhein abfuhren, und ihren Weg über den Hundsrück nach der Moſel nahmen, verabredeten die erwähnten Churfürſten mit einander, daß ein jeglicher von ihnen einen Bedienten zu Dryß (Treiß), Lützel-Covelenz, (Klein-Coblenz), oder wo es ihm ſonſt an der Moſel am gelegenſten wäre, beſtellen wolte, der von dergleichen, Schleifwege ſuchenden, Fuhrleuten eben das beitreiben ſolte, was ſie an den ordentlichen Rheinzöllen zu Ehrenfels, Bacherach, Caub, Boppard, Lahnſtein und Cappel würden haben entrichten müſſen. Wider diejenige aber, welche diſſeits des Rheins über den Heynrich, der Lahn, zu den Zoll abfahren wolten, ſolte man in dieſen Gegenden, wo es ſich am beſten würde thun laſſen, dergleichen Wehrzölle anlegen e). Was nun noch die Strafen derjenigen anbelangt, die ſich etwa unterfangen würden, neue Zölle zu Waſſer oder zu Lande, eigenmächtiger Weiſe, anzulegen; ſo war auf ſelbige ſchon vormals im canoniſchen Rechte die Strafe des Kirchenbannes gelegt worden f). K. Rudolf der *I.* verord-

d) *Idem* ibid., T. III. n. 32. p. 40 ſq. e) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 778. p. 350. f) *cap.* 10. X. *de cenſibus.*

verordnet gleichfals in dem **Landfrieden** vom J. 1287., daß dergleichen Perſonen den **Landfrieden** gebrochen hätten, und daher in der Reichsacht und in des Pabſtes Banne ſeyn ſolten. Ja er ſetzt hinzu, daß man einen ſolchen, der einen unrechtmäßigen Zoll nähme, für einen Straſſenräuber halten ſolle g). Und dieſes wiederholten K. Adolf und K. Albrecht der *I.* in ihren, zu **Cöln** im J. 1292., und zu **Nürnberg** im J. 1298. oder 1303., geſchehenen Erneuerungen dieſes **Landfriedens** h). Auch die folgenden Kayſer lieſſen es bey dieſen gegebenen Geſetzen i), und ſagt daher K. **Wenceslaus** in ſeinem, im J. 1379. ergangenem, Befehl wegen Abſchaffung der Zölle zu **Höchſt** und **Keltersbach**: „daß dieſer Zoll Raub ſey, und daß man mit denje„nigen, die ſelbigen beſtellen oder aufnehmen wollen, „verfahren ſolle, als Raubesrecht iſt„ k). Und in der K. **Sigmunden** insgemein zugeſchriebenen **Reformation** l) heißt es: „wer das gemein Un„recht, (d. i. den Zoll,) mit Gewalt nehmen wolte: „iſt er ein Herr, ſo mag jederman angreiffen, und „erlaubt ſeyn, das ſein iſt.„

So freigebig übrigens die Kayſer in Verleihung neuer Zollprivilegien waren, eben ſo freygebig waren auch dieſelben in Ertheilung der **Zollexemtionen** oder **Befreiungen** ein und anderer Reichsſtände von denen im H. R. R. hergebrachten rechtmäßigen **Zöllen**. **Pfeffinger** hat uns hievon ein weitläuftiges Verzeichnis geliefert m), welches aus denen,

g) N. Samml. der R. A., P. I. n. 17. §. 21. et 22. p. 35 b. h) Eben dieſelbe, P. ead. n 19. et 20. §. 11. et 12. p. 38. et 40 a. i) S. z. E. *A. B.*, Tit. XVII. k) D. Orth *l. c.*, in den Beylagen, n. 66. b. p. 649 ſq. l) P. II. cap. 2. n. 2., in Goldaſts R. Satz., P. II. p. 129. m) In *Vitriar. illuſtr.*, T. III. p. 514. b. - 516. b. *coll.* p. 485 ſq.

denen, im hiſtoriſchen Abſchnitt dieſes Periodus, hier und da beiläufig angeführten Exempeln gar ſehr kan vermehrt werden. Ich will daher nur noch einige wenige Beiſpiele ſolcher kayſerlichen Zollexemtionen bemerken. K. Ludewig der *IV.* gab, im J. 1339., dem Churfürſten Balduin von Trier und ſeinen Unterthanen ein Privilegium über die Zollfreiheit in Anſehung aller von ihm bisher ertheilten oder noch künftig zu ertheilenden Zölle n). Eben dergleichen Freiheit, und zwar überhaupt bey allen und jeden Zöllen im ganzen H. R. R., hatten die Stadt Nimmwegen und ihre Bürger ſchon von den vorigen Kayſern erhalten, welche ihnen K. Carl der *IV.*, im J. 1357., beſtätigte o). Und K. Wenceslaus befreyete, im J. 1379., die Stadt Zürch und ihre Bürger, daß niemand auf ſie, und ihr Gut oder Hab einen neuen Zoll oder Geleit ſetzen, und von ihnen ſolte fordern dörfen p). Beſonders war die Stadt Frankfurt dißfals von den Kayſern gar ſehr begnadiget worden. Schon K. Ludewig der *IV.* hatte derſelben, im J. 1329., ein Privilegium gegeben, daß ſie von allen Zöllen zu Waſſer und zu Lande, im ganzen H. R. R. befreiet ſeyn ſolte, und K. Carl der *IV.* beſtätigte es in den J. 1361. und 1366. Auſſerdem verbot auch noch K. Ludewig, in den Jahren 1322. und 1336., in zwey hievon noch vorhandenen Befehlen, daß niemand, fünf Meilen um die Stadt Frankfurt, Zoll oder Geleite nehmen, noch einen neuen Zoll aufſetzen ſolte. Dieſes Verbot haben nachher K. Carl der *IV.*, im J. 1366., und K. Wenceslaus, im J. 1392., erneuert und beſtätigt; deswegen auch hernach dieſe beide erſtgenannte Kayſer die

n) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 652. p. 140.
o) *Pontani* Hiſt. Gelr., L. VII. p. 270 ſq.
p) Tſchudy *l. c*, P. I. L. VI. p. 497. b.

die neue Zölle zu Höchſt, Keltersbach, Peterweil und Offenbach, obgedachter maſſen, wieder abgeſchafft haben q). Gleichwie nun aber, durch dergleichen von den Kayſern ertheilte Zollexemtionen, die Churfürſten, Fürſten und Stände an ihren wohlhergebrachten rechtmäßigen Zöllen gar ſehr beeinträchtiget wurden, und einen ziemlichen Einbuß erlitten. Alſo konnten dieſelben dergleichen Freigebigkeit der Kayſer auf ihre Koſten unmöglich gleichgültig anſehen, und haben deswegen, beſonders die Rheiniſchen Churfürſten dieſerhalben verſchiedene Unionen mit einander errichtet, dergleichen Zollfreiheiten bey ihren Rheinzöllen nicht ferner zuzulaſſen, die auch von mir ſchon weiter oben ſind bemerkt worden r).

Mit dieſen von den Kayſern ertheilten Zollexemtionen muß man die Zollfreiheiten nicht vermiſchen, welche einige Reichsſtände, beſonders die damals ſtark commercirenden Reichsſtädte, wechſelſeitig mit einander ausgemacht haben, und dafür gemeiniglich alle Jahr an den Orten, wo ſie Zollfrey ſind, etwas zur Erkänntlichkeit geben müſſen. So haben z. E., ſchon im J. 1284., der Biſchof und die Stadt Straßburg ſich mit der Stadt Frankfurt zu einer reciprocirlichen Zollfreiheit verbunden. Zwiſchen Nürnberg und München iſt eben dergleichen, im J. 1323., verabredet und feſtgeſtellt worden. Ueberhaupt hat Nürnberg mit vielen andern Orten und Städten eine ſolche wechſelſeitige Befreiung von Zöllen von Alters hergebracht.

q) D., Orth *l. c.*, Sect. IV. §. 99. 118. et 120. p. 168 ſq. 206. et 209 ſqq., und in den Beylagen, n. 55. et 63-67. p. 631. et 647-651. Cf. Lünigs R. A., T. XIII. im 14. Abſatze, n. 22. 48. 71. 77 ſq. et 86. p. 564 ſq. 567 ſq. 593. 597 ſq. et 602.

r) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 238. f.

bracht. Es müſſen aber gemeiniglich dergleichen Zollfreiheiten jårlich durch Ueberſchickung einiger Kleinigkeiten, als z. E. Schwerdter, Handſchuhe, eines hölzernen Bechers mit Pfeffer, eines weiſſen Ståbleins, eines Påckgen Nadeln, u. ſ. w., auch wohl einiger alten Geldſorten, recognoſcirt, und die Befreiung, wie man ſagt, aufgeholt werden, welches bisweilen mit einigen beſondern Ceremonien zu geſchehen pflegt. Von den Stådten Worms, Alt-Bamberg und Nürnberg iſt bekannt, daß dieſelben, vermöge eines uralten Herkommens, auch habender kayſerlichen Begnadigung und Vertråge, zu Frankfurt am Mayn die Zollbefreiung noch itzo genieſſen. Sie müſſen aber dieſe Freiheit alle Jahre, um die Zeit der daſigen Herbſtmeſſe, nehmlich an dem nåchſten Gerichtsſitze vor Mariengeburt, in einer feierlichen Proceßion, unter Vorblaſung dreyer nürnbergiſchen Stadtpfeiffer, vor dem Reichsſchultheiß und dem Schöffenrathe zu Frankfurt aufholen, und die gewönliche Geſchenke überbringen. Dieſe beſtehen nun, von jeder der gedachten drey Stådte, in einem zierlich geſchnitzten weiſſen hölzernen Becher mit einem Pfund Pfeffer, worauf ein paar altfrånkiſche lederne Handſchuhe, ſammt einem auf dieſen letztern liegendem Råder-Albus und einem weiſſen Ståbgen liegen. Die Stadt Worms muſte noch auſſerdem einen bibern Filzhut liefern, der zwar jederzeit von dem Abgeordneten noch itzo mitgebracht, aber wieder zurückgenommen, und mit einem Goldgülden gelöſet wird. Dagegen wird dieſen drey Stådten auch die Zollfreiheit von dem Frankfurtiſchen Reichs-Schultheiſſen wiederum auf ein Jahr lang verliehen. Von der Ceremonie übrigens, und weil die Aufholung mit einer von den Stadtpfeiffern gemachten Muſik geſchiehet, wird der er-

wähnte Gerichtsſitz das **Pfeiffergericht** genannt [s]).

Nach der Meinung vieler **Publiciſten** iſt das ſogenannte **Fürſtengut**, das iſt, diejenigen Waaren, die ein **Fürſt und Stand** des **Reichs** zu ſeiner Hofſtatt, oder ſonſt zu ſeinem eigenen Gebrauch kommen läßt, **Zollfrey**, wozu man dann auch das ſogenannte **eigene Gewächs** zu rechnen pflegt, und ſelbiges gleichfals für **Zollfrey** ausgeben will. Andere **Publiciſten** aber behaupten mit mehrerm Grunde, daß das **Fürſtengut** und **eigenes Gewächs** nicht ſowohl aus Schuldigkeit, als vielmehr nur aus einer bloſſen Gefälligkeit die **Zollfreiheit** genieſſe. In **unſerm Periodus** finden wir nun Exempel, daß die **Kayſer** über ſolch **Fürſtengut** und **eigenes Gewächſe**, **Befreiungen** von den **Zöllen** ertheilt haben. So beſtätigte z. E. **K. Carl** der *IV.*, im J. 1356., dem **Abt** und **Convente** zu **Fulda** die hergebrachte **Zollfreiheit**, in Anſehung der Wein- und Korn-Gülten, auch alles Getraides, ſo auf deſſen eigenen Gütern gewachſen und gefallen, von **Straßburg** bis **Bingen** auf dem **Rhein** und auf dem **Lande** [ss]). Eben dergleichen Privilegium erhielt von unſerm **Kayſer**, im J. 1365., der Biſchof **Lambrecht** von Speyer für ſich und ſeine Nachfolger, daß ſie nehmlich ihre Weine, Korn, Holz und was ſie ſonſt für ſich gebrauchen würden, frey von allen **Rheinzöllen**, nach ihrem Hoflager,

Veſtun-

s) Lünigs R. A., T. XIII. p. 560 ſq. n. 11. *Hiſt. Norimberg. diplomat.*, in *Prodr.*, Sect. II. p. 55 ſqq. coll. *Notis. D.* Orth *l. c.*, Sect. IV. §. 87-103. p. 146-179. *paſſim*, und Joh. Heinr. Herm. Frieſens Abhandl. vom ſogen. Pfeiffer-Gericht zu Frankfurt am Mayn ꝛc., nebſt einem Sendſchr. des Freiherrn von Senkenberg; Frankf. am Mayn, 1752. 8. ss) *Schannati* Hiſt. Fuld, P. II. n. 173. p. 266.

Veſtungen und Schlöſſern ſolten können bringen laſſen t) Und dem Prämonſtratenſer Frauenkloſter zu Retters gab K. Carl der *IV.*, im J. 1374., die Zollfreiheit, in- und auſſer der Stadt Frankfurt auf dem **Mayn**, in Anſehung der Weine und aller Früchte, welche das gedachte Kloſter zu ſeiner Nothdurft wolte kommen laſſen tt). Mehrere Exempel übergehe ich der Kürze halber mit Stillſchweigen. Es haben aber nachmals die **vier Rheiniſchen Churfürſten**, in den J 1413. und 1476., mit einander verabredet, daß ſie dergleichen **Fürſtengut und eigenes Gewächs** nicht mehr Zollfrey paßiren laſſen, oder **Freizettel** darüber geben wolten, weil ihren **Rheinzöllen** dadurch gar zu groſſer Abbruch geſchähe. Und aus denen damals errichteten Conventionen kan man zugleich erſehen, daß die gedachten **Churfürſten** bisher dergleichen Gütern nicht aus Schuldigkeit, ſondern auf Bitte der dabeyIntereßirten, die Zollfreiheit geſtattet haben u).

Daß **Niederlage, Stapel-, Krahn-Recht** und *Ius Emporii* unterſchiedene Rechte ſeyen, hat wohl keinen Zweifel, ob ſie gleich vielfältig mit einander vermiſcht werden. Dieſes hat dann aber zu manchen Verwirrungen und Irrthümern in dieſer Materie Anlaß gegeben, da nehmlich dieſer oder jener Stadt das **Stapelrecht** hat wollen zugeeignet werden, die doch eigentlich daſſelbe nicht hat. So wird z. E. insgemein von der Stadt **Frankfurt am Mayn** vorgegeben, daß ſie das **Stapelrecht**, vermöge der, von den **Kayſern Friedrich** dem *II.*, **Ludewig** dem *IV.*, **Carln** dem *IV.*, **Wenceslaus**

t) *Du Mont* l. c., T. II. P. I. n. 36. p. 53. a.
tt) *de Gudenus* C. M. D., T. III. p. 810 ſq. n. 21.
u) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 782. et 866. p. 353 ſq. et 461.

laus und andern, erhaltenen Privilegien, habe. Es hat aber der Herr D. Orth gründlich erwieſen, daß dieſes Vorgeben grundfalſch ſey. Dann die angezogenen Privilegien der erwähnten Kayſer enthalten hievon nichts, ſo hieher könnte gezogen werden. Das Wort **Niederlage** aber, welches vielleicht zu dieſer irrigen Meinung von einem **Stapelrechte** Anlaß gegeben, bedeutet zu **Frankfurt**, nach dem klaren Ausdrucke obiger kayſerlicher Privilegien, eine Art eines Zolles, Acciſe oder andern Abgabe; obgleich nicht zu läugnen iſt, daß es anderwärts und in andern Privilegien eben ſo viel anzeige, als die **Stapelgerechtigkeit**. Und das **Kranrecht** hatte die Stadt **Frankfurt** ſchon von alten Zeiten hergebracht, auch, da ſie vorher **Krane** in **Schiffen** gebraucht hatte, im J. 1381. die zwey **ſteinerne Krane** am **Maynufer** erbauen laſſen, womit allerley ſchwere und laſtbare Waaren auf- und niedergelaſſen werden können, um hiedurch allen Unterſchleif, wegen Verzollung der vorbeifahrenden Waaren und Entrichtung anderer Gebühren, deſto beſſer zu verhüten v). Unter den vorhin genannten Rechten iſt wohl das *Ius emporii* das wichtigſte, welches gewöhnlich auch die **Stapel- und Krahn-Gerechtigkeit** begreift, aber ſich faſt lediglich auf **See-Handelsſtädte** reimt. Dann nach demſelben können die herbeygeführte Waaren an keine, als Einheimiſche oder Bürger eines ſolchen Handelsplatzes verkauft werden, und Fremde können nicht von Fremden kauffen. Dieſes hingegen gehet ganz wohl auch an ſolchen Orten an, wo öffentliche **Meſſen** ſind, wenn gleich ſelbige mit der **Niederlage**, **Stapel- und Krahngerechtigkeit** privilegirt wären.

Bey

v) D. Orth *l. c.*, Sect. V. §. 123. et 132 ſq. p. 216. et 204 ſqq.

Bey dieſen Rechten ſelbſt wollen wir uns nun nicht weiter aufhalten, ſondern nunmehro nur noch darauf ſehen, ob und in wieferne die Kayſer in unſerm Periodus befugt geweſen ſind, ſelbige zu ertheilen. Und da dünkt mich, wahrgenommen zu haben, daß die Kayſer in unſerm Zeitraume dergleichen Gerechtigkeiten von Niederlage, Stapel, Krahnen ꝛc., nach eigenem Gutbefinden, und ohne an jemands Einwilligung gebunden zu ſeyn, haben ertheilen können. Dann obgleich in Anſehung der Zölle die Gewalt und Rechte des Kayſers, bereits erwähnter maſſen, in etwas ſind eingeſchränkt worden; ſo findet man doch nicht, daß in Abſicht der erſtgemeldten Rechte und deren Ertheilung ein gleiches geſchehen ſey. Es haben daher die Kayſer in unſerm Periodus verſchiedentlich Stapel- Krahn-Recht u. ſ. w., entweder neu gegeben, oder ſelbige denen damit ſchon von den vorigen Kayſern begnadigten Städten beſtätigt. Darüber haben wir noch itzo in Teutſchland, nicht nur an den groſſen Flüſſen, ſondern auch mitten im Lande, verſchiedene ſolche Stapelſtädte, wovon man ein Verzeichnis beym Pfeffinger und an andern Orten mehr nachſehen kan. Und da nun bey dem eigentlichen Stapelrechte es hauptſächlich darauf ankam, daß die vorbey- und durchgeführten Waaren, die gemeiniglich auf das beſtimmt waren, was zu Speiß und Trank gehörte, einige Tage, oder eine Zeitlang muſten liegen bleiben, und zum feilen Verkauf, vornehmlich den Bürgern einer ſolchen Stadt, angeboten werden; ſo wurde insgemein zum Grunde eines ſolchen Privilegiums angeführt, daß es deswegen wäre gegeben worden, weil dergleichen Oerter an ſolchen Lebensmitteln oder auch andern Waaren Mangel hätten w).

w) S. überhaupt bey dieſer Materie *Pfeffinger*. l. c., T. III. p. 198-206. *paſſim*. Speners teutſches Ius

Daß übrigens nicht blos allein die **Kayſer**, ſondern auch die **Landesherren** ihren **Landſtädten** die **Stapelgerechtigkeit** bisweilen ertheilt haben, davon kan ich ein paar merkwürdige Exempel anführen. Im J. 1283. verliehen nehmlich die **Herzoge von Pommern** ihrer Stadt **Stettin** die **Stapel- und Niederlags-Gerechtigkeit** r). Und **Otto**, Landgraf von Heſſen, gab im J. 1316. der Stadt **Caſſel** die Freiheit, diejenige Schiffe, welche von **Münden** mit Kaufmansgut beladen die **Fulda** herauf bey **Caſſel** vorbey fahren wolten, anzuhalten und zu nöthigen, die Helfte ihrer Waaren in Caſſel zu verkauffen. Hierauf hat **K. Ludewig** der *IV.* dieſe Freiheit auf alle andere Schiffe erſtreckt, welche die Stadt vorüber fahren würden, und verordnet, daß ſelbige jedesmal drey ganzer Tage ſtille liegen, und ihre Waaren den Einwohnern feil bieten ſolten, ehe ihnen freyſtünde, ihren Weg weiter fortzuſetzen y). Endlich will ich noch zum Beſchluß

Ius publ., P. V. L. IV. c. 6. §. 2. p. 250 ſq. nota d). *Struvii* Corp. I. P. Imperii noſtri R. G., cap. 13 § 31 - 35. p. m. 491 ſq. Cf. Benjamin Leubers Disquiſ. Stapulae Saxonicae etc.; Budißin, 1658. 4. Io. Ant. *Winckleri* Diſſ. (*Praeſ.* Io. Wilh. *Engelbrecht*) de iure Stapulae; Helmſt. 1711. 4. et Io. Iac. *Maſcovii* Diſſ. de iure Stapulae et Nundin. Civit. Lipſiae; (Lipſ. 1738 4.) beſonders §. 11 ſqq. p. m. 18 ſqq.

r) Paul Friedeborns Beſchr. der Stadt Alten Stettin in Pommern; (A. Stettin, 1613. 4.) L. I. p. 47. und Joh. Sam. Herings hiſtor. Nachr. von den Privil. der Stadt Stettin, cap. 2. § 13. Cf. *Maſcovii* Diſſ. cit, §. 12. p. 21. nota 5).

y) Io. Phil. *Kuchenbeckeri* Analecta Haſſ., Coll. IV. n. I § 9 p. 267 ſq et *Eiusdem* Abhandl. von den Erb-Hof-Aemtern der Landgrafſch. Heſſen; Marb., 1744. 4.) in den Beweisthümern, Lit. Q et U. p. 19. et 21 ſq. Cf. Fr. Chph. Schminkens Beſchr.

Beſchluß dieſer Materie die Anmerkung machen, daß man in unſerm Periodus noch für nöthig müſſe erachtet haben, die Einwilligung des Kayſers zu Schiffbarmachung eines Stroms einzuholen. Dann ſo ließ ſich z. E. die Stadt Ravenſpurg, im J. 1400., vom K. Wenceslaus ein Privilegium geben, das durch ihre Stadt in den Bodenſee rinnende Waſſer ſchiffbar zu machen z). Wie ſehr indeſſen die Aufnahme der Teutſchen Commercien, durch die, in unſerm Periodus, ſo häufig ertheilte, oder auch eigenmächtig eingeführte Zoll- und Stapelgerechtigkeiten, geſtört, und der Flor derſelben nach und nach faſt ganz zu Grunde gerichtet worden, hat die leidige Erfarung der folgenden Zeiten gelehrt.

Wenn ich von dem Zuſtande des Teutſchen Münzweſens in unſerm Periodus auch nur ein wenig umſtändlich handeln wolte; ſo würde ich mit dieſer Materie einige Bogen anfüllen müſſen. Allein der noch übrige Raum dieſes Bandes geſtattet es nicht, und ich will daher meine Leſer, die hievon ein mehreres wiſſen wollen, auf die Schriften derjenigen berühmten Männer und groſſen Gelehrten verweiſen, die ſie in der untergeſetzten Note a) angezeigt

 finden

Beſchr. der Stadt Caſſel; (Caſſel, 1767. 8.) cap. 12. §. 3. p. 259 ſq. z) Lünigs R. A., T. XIV. p. 219. a) Pauli *Hachenbergii* Germania media; ex edit. Guil. *Turckii*; Halae, 1709. 4.) Diſſ. X. §. 15 ſqq. p. 263 ſqq. *paſſim*. Henr. (poſtea *Com.*) *de Bünau* Comm. de iure circa rem monetar. in Germania; (Lipſ., 1730. 4.) cap. 2. §. 42 ſqq. p. 74 ſqq. *paſſim*. Io. Henr. *Bocriſii* Comm de Regali monetae etc; (Lipſ., 1739. 4.) *paſſim*. (von Praun) gründl. Nachr. von dem Münzweſen insgemein, insbeſondere aber von dem T. Münzweſen, mit J. D. Köhlers Vorrede;

finden werden. Aus denſelben, und einigen andern von mir gemachten Beobachtungen, will ich alſo nur einige Anmerkungen machen, damit ich dieſen wichtigen Theil unſerer **Teutſchen Staatsverfaſſung** in dieſen Zeiten nicht ganz trocken übergehe. Das **Münzregal** gehörte unſtreitig, auch noch in **unſerm Periodus**, zu den kayſerlichen **Reſervatrechten**, und niemand dorfte ſich deſſen anmaſſen, als den damit der **Kayſer** begnadigt hatte. Aber durch die unvorſichtige Freigebigkeit der vorigen **Kayſer** war dieſes hohe **Regal** ſehr gemein worden. Davon rührte, ſchon gegen Ende des **vorigen Periodus** der groſſe Verfall des **Teutſchen Münzweſens** her b), der in **unſerm** itzigen **Zeitraume** immer mehr überhand nahm. Demſelben ſuchten zwar einige **Kayſer** abzuhelfen, aber vergeblich weil das Uebel zu tief eingewurzelt war. Schon **K. Rudolf** der *I.* verrief in ſeinen beiden **Landfrieden**, von den J. 1281. und 1287., alle im ſogenannten **Interregnum** geſchlagene geringhaltige Münzen, und befal den **Reichsſtänden**, daß ſie, bey Verluſt ihres **Münzrechtes**, und anderen ſchweren Strafen, nach dem **alten Schrot** und **Korn**, ihre neue Münzen ausprägen ſolten. **K. Adolf**, und nachher auch **K. Albrecht** der *I.* beſtätigten, bald

Vorrede; (Helmſtädt, 1741. 8.) P. I. cap. 3. et 4. J. C. Hirſchens Teutſchen Reichs Münz-Archiv, T. I. in der Vorrede, §. 12-29. (D. Orths) Anmerckungen über die erneuerte Reformation der Stadt Franckfurt am Mayn, P. I. p. 612-632. et 653-656., *P. II.* ſ. in der 1. Fortſetz., p. 563-573. et P. V. ſ. in der 4ten Fortſetz., p. 1242 ſq. Eben deſſelben Abhandlung von den zwoen Franckfurter Reichs-Meſſen, Sect XI. §. 182-187. p. 323-336. und von Olenſchlager N. Erläuter. der G. B., §. 58. p. 217 ſqq. b) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 376. ff.

bald nach dem Antritte ihrer Regierungen, dieſe Landfrieden, und erneuerten die darinnen gemachte Verordnungen c). Aber es war dieſem einmal eingeriſſenem landverderblichen Uebel nicht wohl zu ſteuren, es fraß vielmehr immer weiter um ſich.

Da nun um eben dieſe Zeit in Frankreich, unter der Regierung K. Philipps des Schönen, das groſſe Münzverderben ausbrach; ſo breitete ſich ſolches auch in das benachbarte Teutſchland aus. Dann darinnen entſtand ſehr bald ein ſo groſſer Mangel an Gold- und Silber-Geld, wie auch ſogar an Scheidemünze, daß K. Ludewig der *IV.*, um der Handlung aufzuhelfen, das Regal der goldenen Münze, worauf die Kayſer bisher noch am längſten und eifrigſten gehalten hatten, auch geringern Ständen, z. E. dem Caſtruccius, H. von Lucca, und dem neuen H. von Geldern, Rainald, ja ſogar einigen Städten, wie z. E. der Stadt Lübeck, verleihen muſte. Dem Rath zu Frankfurt aber befal er, die Scheidemünze nach dem Korn, als der Stadt beliebig, und dem Lande nützlich ſcheinen möchte, ohne Furcht einiger Strafe, oder oberrichterlichen Ahndung, auszuprägen d). Da-

c) N. Samml. der R. Abſchiede, P. I. n. 16. 17. §. 27-29 und n. 19. et 20. §. 16 ſq. p. 33. a. 35 ſq. et 40 b. d) von Olenſchlager *l. c.*, §. 58 p. 217 ſq. ibique *in Notis* allegati. Aber bey dem gleichfals angeführten *Frehero* in Notis ad *P. de Andlo*, p. 179, findet man nichts, ſo hieher gehörte, wohl aber in *Freheri* Scriptor. rer. germ, T. I. p. m. 668. *in medio*. Das Recht, goldene Münzen zu ſchlagen, hatte übrigens K. Friedrich der *II.*, bereits im J. 1232, den Reuſſen, Edlen Herren von Plauen, verliehen; S. Io Godofr. *Büchneri* Diploma Fridericianum, quo Nobilibus Henrico Sen. et Henrico jun., Advocatis de Plauen,

durch aber war der bisherigen **Zerrüttung** im **Münzweſen** nicht abgeholfen, ſie dauerte vielmehr auch unter K. **Carln** dem *IV.* noch ferner fort, und gleich in den erſten Jahren ſeiner Regierung hatten die **Rheiniſchen Churfürſten** ihre **Gold-** und **Silbermünzen**, eigenmächtiger Weiſe, um ein Sechstel höher hinauf getrieben e). Ueber dieſe höchſtſchädliche Steigerung wurde das ganze **Reich** ſchwürig, und niemand wolte das ſchlechte Geld in ſeinem, über den innerlichen Werth, allzuſehr erhöhetem Preiſe annehmen. Doch **Carl** der *IV.*, der, bey ſeiner Erziehung und öfterm Aufenthalte in **Frankreich**, alle monarchiſche Grundſätze eingeſogen hatte, wolte ſeine kayſerliche Vorrechte, auch in Anſehung des **Münzweſens**, wieder herſtellen.

Er entſchloß ſich daher, auf dem nach **Nürnberg**, im J. 1356., ausgeſchriebenem groſſen **Reichstage**, auch eine allgemeine **Verbeſſerung** des **Münzweſens**, und die **Berichtigung** der **Münzen in Golde** oder **anderm Gelde** vorzunehmen f) Aber es mag der **Kayſer**, bey denen bisher zu ſehr verwehnten, und auf einen kurzen und anſcheinenden Vortheil erpichten **Reichsſtänden**, der jedoch im Grunde zu ihrem eigenem und ihrer Unterthanen gröſten Schaden ausſchlug, unüberwindliche Schwürigkeiten gefunden haben, ſein Vorhaben durchzuſetzen. In der G. B. iſt wenigſtens von einem **neuen** und **ſicherern Reichs-Münzfuſſe** nichts enthalten, und erſt auf ſeiner Rückreiſe nach **Böhmen** machte er zu **Sulzbach** eine Ordnung,

Plauen, ius monetandi ac metallifodinarum conceditur etc; Lipſ. 1748. 4. und J. T. Köhlers Beytrag zu Beſtärkung des uralten Münzrechts der Herren Grafen Reuß; Göttingen, 1756. 4.

e) *Trithemii* Chron. Hirſaug, P. II ad a. 1351. p. m. 218.

f) *Wenckeri* Appar. etc., p. 208.

nung, wie es künftig mit Ausmünzung der Heller, in Anſehung ihrer Wehrung, des Schlägeſatzes und des Münzerlohns gehalten werden ſolte g). Zugleich finden ſich Anzeigen, daß damals die Städte Frankfurt, Nürnberg, Ulm und Donauwörth zu Münzſtädten mögen angeordnet worden ſeyn, in welchen Schillinge und Heller für Franken, Schwaben und die Rheinländer ausgeprägt werden ſolten h). K. Carl der *IV.*, muſte es alſo bey der alten Unordnung bewenden laſſen. Und da er nun den Königen von Böhmen ihr Recht goldene und ſilberne Münzen in ihrem Königreiche zu ſchlagen, nicht ſowohl wegen eines kayſerlichen Privilegiums, ſondern vielmehr als eine denſelben von Alters her zuſtehende Herrlichkeit, in der G. B. verſicherte; ſo muſte er eben dieſes Recht, in ſolchem Reichsgeſetze, auf gleiche Art und Weiſe, auch auf alle andere geiſtliche und weltliche Churfürſten, und deren Nachfolger und rechtmäßige Erben erſtrecken i). Dem ungeachtet haben ſich, noch erſt lange hernach, drey Churfürſten von Sachſen, nehmlich Rudolf der *III.* im J. 1415., und Friedrich der *I.* im J. 1425., von K. Sigmunden, Churfürſt Friedrich der *II* aber im J. 1454. von K. Friedrich dem *III.*, Privilegien geben und beſtätigen laſſen, goldene Münzen in ihrem Lande zu ſchlagen k). Ja Churfürſt Ruprecht der ältere von Pfalz ließ ſich, wenig Jahre nach Errichtung der G. B., nehmlich im

g) Chriſt. *Schlegelii* Diſſ. de Nummis ant. Gothanis et Cygneis; (Arnſtadii, 1701. 4) §. 14. p. 11.
h) Hirſch *l. c.*, T. II in der vorgeſetzten Tabelle, artic III voce: Heller, ad aa. 1356. et 1368.
i) *A. B.*, Tit. X. §. 1. et 3.
k) Müller *l. c.*, P. I. 1. Vorſtell. cap. 10. §. 12. n. I. - III. p. 138 ſqq.

J. 1360., von K. Carln dem *IV.* ein Privilegium geben, in der Stadt Amberg eine gute Hellermünze auf das Korn zu Nürnberg ſchlagen zu dörfen, die ſo gut ſeyn ſolle, als die kayſerliche Münze, welche zu Lauff ausgemünzt würde, nur ſolte die ambergiſche Hellermünze ein beſonderes Zeichen gegen die zu Lauff geprägte haben l). Eben jenes Recht, goldene Münzen zu ſchlagen, verlieh K. Carl der *IV.*, 1360., der Stadt Breßlau ll), und 1372. gab er dem Burggrafen Friedrich von Nürnberg ein Privilegium, daß er kleine Gulden, welche ſo gut von Gold und ſo ſchwer, als die kleine Groſchen von Florenz ſind, zu Langenzenn oder Neuſtadt an der Aiſch ſchlagen laſſen möchte, welche Begnadigung nachmals K. Wenceslaus, im J. 1384., beſtätigte m).

Eben dieſer Römiſche König hatte vorher, im J. 1378., mit ſeinem Vater, K. Carln dem *IV.* eine Ordnung gemacht, wegen der in Böhmen zu ſchlagenden Groſchen und Heller n), und er ſoll auch hierauf, zu Frankfurt, im J. 1385. und in den folgenden Jahren, goldene und ſilberne Münzen haben ſchlagen laſſen, nach dem Korn und Güte, als er mit Fürſten, Herren und Städten überein kommen wäre o). Weil aber die Unordnung im Münzweſen doch noch immer fortdauerte; ſo ſchloſſen nicht nur die vier Rheiniſchen Churfürſten mit einander, in den J. 1385. und 1386., Münz-Vereine und Abſchiede, die ſie, in den Jahren 1391. und 1399., erneuerten und beſtä-

l) *Glafey* Anecdota, n. 35. p. 64 ſq. ll) Lünigs R. A., T. XIV. in der Fortſetz., p. 244.
m) Hirſch *l. c*, T. I. n. 48. et 54. p. 43 ſq. et 49.
n) *Idem* ibid., T. eod. n. 51. p. 45 ſqq.
o) D. Orth von den Frankfurt. R. Meſſen, Sect. XI. §. 184. p. 328.

beſtätigten, ſondern es publicirte auch K. Wenceslaus, im J. 1390., zu Nürnberg eine Münzordnung wegen Verbeſſerung des Münzweſens, welcher verſchiedene geiſtliche und weltliche Reichsſtände beitraten, und ſie annahmen p). Es errichteten auch hierauf, im J. 1396., der H. Leopold von Oeſterreich, Biſchof Burckhard von Augſpurg, und die Grafen Eberhard von Würtenberg, auch Ludewig und Friedrich von Oettingen mit einander eine Münzvereinigung q). Und ſchon vorher hatten die Marggrafen von Meiſſen und Landgrafen von Thüringen, Friedrich, Balthaſar und Wilhelm, im J. 1380., eine Verordnung wegen des Münzweſens zu Freyberg ausgehen laſſen r).

Vornehmlich ließ ſich der glorwürdige und patriotiſche K. Ruprecht die Verbeſſerung und Gleichſtellung der Münze im Reiche ſehr angelegen ſeyn. Bald nach Anfang ſeiner Regierung, nehmlich im J. 1402. hielt er durch ſeine und andere Räthe der Rheiniſchen Churfürſten, mit Zuziehung einiger Reichsſtädte, als Worms, Speyer und Frankfurt, zu Maynz einen Münztag. Auf demſelben verglichen ſie ſich nun mit einander wegen der goldenen Münze, ſelbige künftig durch ihre Münzmeiſter alſo ſchlagen zu laſſen, daß jeder Gulden $22\frac{1}{2}$ Grad oder Karath fein am Strich halten und deren 66. auf die Marck gehen ſolten. Hiebey wurde dann auch wegen der, von den gedachten Städten vorzunehmenden, Probirung

p) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 55. 57. et 61. p. 50 ſqq. 53 ſqq. et 57 ſq. T. VII n. 27-30. p. 20-23. et T. VIII n. 6. p 6 ſq. Cf. Horns Leben Chf. Friedr. des Streitbaren, in *Cod.* Dipl., n. 63. p. 686.
q) Hirſch *l c.*, T. VIII. n. 8 p. 7 ſqq. r) *Idem* ibidem, T. I. n. 52. p. 47 ſqq.

birung und Wardirung der bisher geſchlagenen kayſerlichen und churfürſtlichen Gulden, und was man auf einen Grad der geringern Gulden zur Erfüllung zu geben hätte, das Weitere verabredet. Dieſes leztere geſchah nun auch ſogleich von den gedachten Städten, und K. Ruprecht publicirte hierauf ein Edikt, daß es nun hinführo, in Anſehung der goldenen Münze, nach dem getroffenem Münzreceß gehalten werden ſolte s).

Es muß aber dem ungeachtet die einmal eingeriſſene ſchlechte Münze dannoch ihren Lauf, wenigſtens am Unterrhein, nach wie vor behalten haben, weil der H. Rainald von Geldern und Jülich ſich, im J. 1405., genöthigt ſah, eine eigene Conſtitution wegen Ausprägung guter Münze in Gold und Silber für ſein Herzogthum Geldern ausgehen zu laſſen t). Und auch die niederländiſchen Städte ſchloſſen mit einander zu Speyer, im J. 1409., auf die von ihren Bürgern und Kaufleuten geſchehene Klagen, über die bisher, zu ihrem groſſen Schaden, geſchlagene geringere Güldenmünze, einen Abſchied auf zehen Jahre, des Innhalts, daß eine jede Stadt die neu geſchlagene Gulden aufſetzen, und wenn ſie unter 22. Karat hielten, ſolches ſogleich den andern Städten verkündigen, dieſe aber ſolches Geld devalviren, und auf ſeinen wahren Werth herunter ſetzen ſolten. Die Schwäbiſchen Städte nahmen dieſen Abſchied der Niederländiſchen Städte an, und lieſſen ſich durch die Stadt Straßburg entſchuldigen, daß ſie, wegen Kürze der Zeit, den nach Cöln angeſetzten Tag nicht beſuchen könnten. Auf dieſem Städtetag

s) *Wencker* l. c., p. 359-363. Hirſch *l. c.*, T. I. n. 62 ſq. p. 58 ſq. et 59 ſqq. et T. VII. n. 31. p. 23 ſq. und Orth *l. c.*, Sect. XI. §. 183. p. 125 ſq.
t) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 64. p. 61 ſq.

tag wurde nun, noch in eben dieſem J. 1409, von den Ober- und Niederländiſchen Reichsſtädten, mit Genehmigung K. Ruprechts, ein Münzverein getroffen, daß ſie die königliche und rheiniſche Gulden, die auf 22. Grad geſchlagen würden, in ihren Städten für gemeine Wehrung wolten gelten laſſen. Deswegen ſolten ſie alle Wochen von den Zeugemeiſtern in den Städten wardirt, die von geringerm Gewichte devalvirt, die guten alten Gulden aber mit einem gemeinen Stempel gezeichnet werden, damit ſie, gleich den vorgenannten neuen Gulden für gemeine Wehrung gölten. Auſſerdem aber wären auch die alten geſchlagenen königlichen und churrheiniſchen Gulden, die über 22. Grad hielten, zu prüfen, und ſolten deren 100. Stück für 105. Gulden, ſo 22. Grad halten, dagegen, die nur 21. Grad hielten, 105. Gulden für die, ſo 22. Grad halten, gelten und genommen werden. Zu dieſen neuen Verordnungen und Conventionen aber gab der, in eben dieſem J. 1409., geſchloſſene neue Münzverein der drey geiſtlichen Churfürſten Anlaß. Dann in demſelben war der Goldgulden auf 22. Karat fein, und 66. Stück auf eine Marck geſetzt worden, alſo daß die feine Marck in 72. Stücken, mithin jedes Karat in drey Stücken, ausgebracht wurde, wobey man den Münzmeiſtern befal, die Marck Goldes nicht höher als um 70. Gulden einzukaufen u).

K. Sigmund war, zu Anfang ſeiner Regierung, mit Wiederherſtellung der Einigkeit in der Kirche zu ſehr beſchäftigt, als daß er ſich um die Verbeſſerung des verfallenen Teutſchen Münzweſens

u) *Wencker* l. c., p. 363-372. Hirſch *l. c.*, T. I. n. 66-68. p. 63 ſqq. 65 ſq. et 66 ſqq. und Orth *l. c.*, Sect. IX. §. 183. p. 326 ſq.

weſens viel hätte bekümmern können. Mithin trifft man in ſeinen erſten Regierungsjahren keine Spuren an, daß er ſich dieſer Sache angenommen hätte. Dagegen aber ſorgten ein und andere Reichsſtände dafür, daß wenigſtens in ihren und den benachbarten Ländern eine **gute Münze** ſeyn, und den **Münzgebrechen** geſteuert werden möchte. So errichteten z. E. die Marggrafen von Meiſſen und Landgrafen von Thüringen, **Friedrich, Wilhelm** und **Friedrich**, mit einander im J. 1412., einen **Vergleich**, und verordneten, wie es mit ihrer **Münze** zu **Freyberg** gehalten werden ſolte v). Eben dergleichen ſchloſſen, im J. 1417., die **Churfürſten** von **Maynz, Trier** und **Pfalz**, nebſt dem **Herzog** von **Jülich** und **Geldern**, auf zwölf Jahre, um einerley **Münzfuß** in **Gold** und **Silber** in ihren Ländern zu beobachten w). Im J. 1419. machte Churfürſt **Friedrich** *I.* von Brandenburg eine Verordnung, wie es mit ſeiner **goldenen Münze**, die er hinführo zu **Nürnberg** wolte ſchlagen laſſen, ſolte gehalten werden. Es ſolten nehmlich die **Gulden** oder **Goldgulden** künftig 19. **Karath** fein halten, und der **Münzmeiſter**, nach des **Magiſtrats** zu **Nürnberg** Rath, dazu angenommen werden, doch aber ſeine **Gulden nicht** einen **Gulden Nürnberger Stadtwehrung** gelten x). Das Jahr darauf traffen die **vier Rheiniſchen Churfürſten** mit der **Stadt Cöln** einen **Vergleich** über eine **gemeine Münze** in **Gold** und **Silber** auf zwölf Jahre. Vermöge deſſelben ſolte künftig **ein Goldgulden** auf 19. **Karat fein** geſchlagen werden,

v) Horn *l. c.*, in *Cod. dipl.*, n. 166. p. 777 ſq. und Hirſch *l. c.*, T. I. n. 69. p. 68 ſq. w) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 788. p. 359 - 362. und Hirſch *l. c.*, T. VII. n. 38. p. 25 - 29. x) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 73. p. 71 ſq.

werden, und deren 101. ½. auf eine Marck Cölniſch gehen, und ein jeglicher Gulden ſein rechtes Gewicht haben. In Anſehung der Silbermünze aber ſolte man ausmünzen: 1) Weißpfenninge, die acht Pfenning feines Silbers hielten, deren 104. eine cölniſche Marck wögen, und ihrer 20½ einen Goldgulden gölten; 2) halbe Weißpfenninge und Dreilinge gleichfals acht Pfenninge feinen Silbers im Korn, deren vier einen Weißpfenning gelten, und jener 212., dieſer aber 432. Stück auf 16 Marck Cölniſch gehen ſolten; und 3) Heller oder Morgen, deren 52. Stück ein Loth wägen, und 5½ Pfenning feinen Silbers halten, zwölf Heller aber einen Weißpfenning gelten ſolten. Dieſes alles wurde in einem neuen bald darauf, zwiſchen den gedachten Churfürſten und der Stadt Cöln, zu Boppard geſchloſſenem Münzabſchiede nochmals beſtätigt.

Weil aber K. Sigmund, nach der ihm von den vier Rheiniſchen Churfürſten zur laſt gelegten Beſchuldigung, in einigen Städten geringhaltigere Münzen ſoll haben ſchlagen laſſen; ſo nahmen dieſe Churfürſten davon Anlaß, daß ſie, ſchon im J. 1425., von dem verglichenen Münzfuſſe wieder abgiengen, und einen neuen Vergleich mit einander auf zwölf Jahre errichteten. Nach ſelbigem ſolte künftig der Gulden (Goldgulden) halten 19. Karat fein und dieſer Gulden hundert auf *II.* (anderthalb) cölniſche Marck gehen, auch ein gemeiner Prober beſtellt werden, welcher die Münzen, ſowohl in Gold, als Silber, ſo oft es nöthig wäre, probirte. In Anſehung der gröſſern Silbermünze wurde es zwar, wegen der Species und deren Korn, bey dem im J. 1420. gemachten Münzvergleiche, gelaſſen, aber in Anſehung der Ausſchrotung eine Aenderung getroffen.

Dann

Dann 1) der Weißpfenninge ſolten zwar ferner 104. (112.) auf eine cölniſche Marck gehen, und 21. (24.) einen ſolchen neuen Gulden gelten; und 2) von den halben Weißpfenningen ſolten 212. (224.) und von den Dreylingen 436. (448.) aus einer cölniſchen Marck geſchlagen werden. Bey den Hellern oder Morgen aber würde es bey dem vorigen Münzvergleich vom J. 1420. gelaſſen. Die vier Rheiniſchen Churfürſten machten auch ſogleich der Stadt Cöln dieſen getroffenen neuen Münzverein, und die geſchehene Veränderung des Münzfuſſes bekannt. Allein in dem davon vorhandenen Schreiben treffen verſchiedene Zahlen, mit denen im gedachten Münzverein vom J. 1425., nicht überein. Ob nun ſolches von Druck- oder Schreibfehlern herrühre, oder ob die Rheiniſchen Churfürſten ihre beſondere Urſachen gehabt haben, weswegen ſie der Stadt Cöln einen, in Anſehung des Schrots, noch geringern Münzfuß angegeben haben, will ich an ſeinen Ort geſtellt ſeyn laſſen. Indeſſen habe ich jedesmal in einer Parentheſis die Abweichung der Zahlen aus dem gedachten Notifikationsſchreiben, von den Zahlen in dem letztern Münzverein bemerkt y).

Es iſt kurz vorhin gemeldet worden, daß die Rheiniſchen Churfürſten als einen Bewegungsgrund, zu Verringerung des bisherigen Münzfuſſes, gebraucht haben, daß K. Sigmund in einigen Städten geringhaltigere Münze ſchlagen lieſſe. Er ahmte nehmlich der Gewohnheit einiger ſeiner Vorfahren nach, und ließ beſonders zu Frankfurt und Nördlingen, wegen der daſigen Meſſen, ingleichen zu Baſel, in Gold und Silber münzen. In

y) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 39-42. p. 30-38.

In beiden Städten beſtellte er auch eigene Münzmeiſter, und befal ihnen, die Gold- und Silber-Münze ſo zu ſchlagen, daß ſie gleich der güldenen Münze zu Frankfurt gelten könnte. Es ſolte auch der daſige, vom Rath geſetzte, Wardein, kraft ſeines Eides, fleißig darauf ſehen, damit kein Geld ausgegeben würde, er hätte es dann vorher probirt, daß es ſein richtiges Korn und Gewichte hätte. Den Gold- und Silber-Kauf aber, nebſt dem Wechſeln, ſolte zu Frankfurt niemand haben, als dieſe königliche Münzmeiſter, ihre Diener, oder der Stadt geſchworne Wechsler, doch daß ſie das gekaufte oder gewechſelte Geld nirgends anderswohin, als in die kayſerliche Münze liefern ſolten z). Nach geendigtem Concilium zu Coſtnitz ſcheint nehmlich K. Sigmund auch auf das verfallene Teutſche Münzweſen ſein Augenmerk gerichtet zu haben, um den eingeriſſenen Münzgebrechen abzuhelfen. Schon im J. 1420. beſtätigte er der Stadt Nürnberg die Stadtwehrung ihres Guldens auf 22½ Karat fein, und im J. 1425. überließ er eben dieſer Stadt die daſige kayſerliche goldene-, ſilberne- und Heller-Münze, die vorher den Groſſen, und hernach dem Herdegen Valzner anvertrauet geweſen, von dieſem aber an den Churfürſten Friedrich von Brandenburg verkauft worden war; doch behielt er ſich und ſeiner kayſerlichen Kammer die Helfte des Schlageſatzes vor a).

Hernach im J. 1428. ließ er an die Stadt Frankfurt eine Verordnung ergehen, auf dem bisherigen Werth der goldenen Münze zu 19. Karat

z) Orth *l. c.*, Sect. XI. §. 184. p. 328 ſq.
a) Hirſch *l. c.*, T. VIII. n. 12. et 13. p. 13 ſq. et 14 ſq.

rat fein ferner zu halten, und einen beeidigten Wardein zu beſtellen, die Münze zu probiren. Er lobte zugleich die Stadt, daß ſie bisher gute alte und redliche Silbermünze im Stande zu erhalten, ſich bemühet hätte, und erlaubte ihr deswegen, nunmehro ſelbſt, zum Nutzen der Meſſen, ſilberne Münze zu ſchlagen. Ja im folgenden J. 1429. überließ er der Stadt Frankfurt auch die bisherige daſige Reichsmünze in Golde, daß ſie nehmlich ſolche guldene Münze, von Kayſer und Reichswegen, auf 19. Karat fein, ſolte ausmünzen, und Wardeins, auch andere Münzbediente annehmen und nach Befinden wieder abſetzen und verändern können. Nur dung er ſich aus, daß der Rath dem Kayſer von jeglicher Marck feinen Goldes, die alſo vermünzt würde, einen halben Gulden zum Schlageſatz in des Reichskammer bezalen, und järlich berechnen ſolte, doch dergeſtalt, daß davon der Wardein beſoldet und gekleidet würde. Endlich befal K. Sigmund allen Reichsſtänden, daß ſie dieſe kayſerliche und Reichsmünze überall für gültig annehmen, und ſie in ihren ländern gangbar ſeyn laſſen ſolten b).

Allein dem allen ungeachtet dauerten die Klagen der Rheiniſchen Churfürſten noch immer fort, und ſie beſchwerten ſich, daß die Gulden, welche der Römiſche König zu Frankfurt und Baſel ſchlagen lieſſe, zu ſchlecht ausgemünzt würden, auch die Nürnberger Gulden, bey der Probation, dem Münzverein zuwider, zu gering und unrecht befunden worden wären. Deswegen ließ K. Sigmund, im J. 1433., durch den Reichserbkämmerer, Conraden, Herrn von Weinſperg, dem er die goldene Münze zu Baſel, Nördlingen

b) *Idem* ibidem, T. I. n. 75. et 76. p. 73 ſq. und Orth *l. c.*, Sect. XI. §. 184 ſq. p. 329 ſq.

gen und Frankfurt anbefolen hatte, am letztern Orte einen Münzprobationstag halten, zu deſſen Beſchickung auf den Sonntag Judica in der Faſten der Herr von Weinſperg die Rheiniſchen Churfürſten und die Stadt Straßburg einlud. Hernach hat Churfürſt Ludewig von der Pfalz einen neuen Münzprobationstag nach Frankfurt auf den Sonntag Cantate d. J. ausgeſchrieben, welchen die Geſandten der Reichsſtädte Straßburg, Augſpurg, Nürnberg, Maynz, Worms, Speyer, Hagenau und Frankfurt beſuchten. Auf demſelben wurde nun den Städten, im Namen K. Sigmunds, der Vortrag gethan, daß die Gulden ferner, wie bisher, auf 19. Karat fein geſchlagen, und 68. Stück auf eine Marck gehen ſolten. Allein die Städte hielten dafür, daß dieſes ein groſſer Abzug und Aergerniß an der goldenen Münze ſeyn würde, weil nehmlich bisher nur 66 Gulden und acht Tornes auf eine Marck gegangen wären. Sie beſchloſſen daher, die Gulden in allen Städten wägen zu laſſen, und diejenige, welche 19. Karat im Gewicht und Strich hielten, für gut anzunehmen. Auf den Sonntag nach Johannistag aber ſolten dieſe und noch mehrere Städte wieder eine Zuſammenkunft zu Frankfurt halten, um auf ſelbiger das Weitere in dieſer Sache zu berathſchlagen c). Ob nun ſelbige würklich vor ſich gegangen, oder ins Stecken gerathen, kan ich bey Ermanglung weiterer Urkunden nicht beſtimmen.

Hingegen ſchloſſen Churfürſt Friedrich von Brandenburg, wegen ſeiner fränkiſchen länder, Pfalzgraf Johannes zu Amberg, und die Biſchöffe

c) *Wencker* l. c., p. 372-374. Hirſch *l. c.*, T. I. n. 78 ſq. p. 75 ſq. und Orth *l. c.*, Sect. XI. §. 185. p. 330 ſq.

ſchöffe **Anton** zu Bamberg und **Johannes** zu Würzburg, mit einander, im J. 1434., einen Vergleich wegen Ausprägung einer neuen **Münze**, mit eines jeden **Fürſtens Helm** und **Wappen** auf der einen, und der andern **drey Fürſten Schild** auf der andern Seite, wovon 4. **Pfund** und 20. **Pfenninge** für einen **Gulden** gelten ſolten d). **K. Sigmund** aber verlieh das Recht **goldene Münzen** zu ſchlagen, und zwar am **Gewichte, Güte** und **Wehrung**, als die **Römiſche Kayſer, Könige** und **Churfürſten** jedesmal würden ausmünzen laſſen, im J. 1434. der Stadt **Lüneburg**, im J. 1435. der Stadt **Hamburg** und im J. 1437. ſeinem Kanzler, dem Grafen **Caſpar Schlick**, ſeinen **Brüdern** und ihren Nachkommen. Den **beiden** erſterwähnten **Städten** befal er zugleich, das **Reichszeichen** auf ihre **Goldgulden** zu prägen, den **Grafen** von **Schlick** aber ſchrieb er in Anſehung des **Gepräges** nichts vor e). Endlich wurde auch noch auf dem **Reichstage** zu **Eger** im J. 1437., und in dem hierauf publicirten **Landfrieden** verabſchiedet, daß wie bisher, alſo auch ferner, die **goldene Münze** bey den 19. **Karaten** zu **gemeiner Landeswehrung** bleiben ſolte. In Anſehung der **Silbermünze** aber war man der Meinung, daß ſelbige, wegen der verſchiedenen Länder Gelegenheit, nicht wohl auf ein **gemein Korn** durch ganz **Teutſchland** zu bringen ſeyn möchte. Mithin ſolte dieſelbe **redlich** geſchlagen und gehalten werden, und woferne dem zuwider gehandelt würde, ſolte der **Kayſer** ſolches ernſtlich ſtrafen f). So kurz

d) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 81. p. 77 ſq. e) *Idem* ibid., T. eod. n. 82. et 83. p. 78 ſq. et 79 ſq. Lünigs R. A., T. XXIII. p. 1186 ſq. n. 11.

f) N. Samml. der R. Abſchiede, P. I. n. 39. §. 6 ſq. p. 153. b.

kurz übrigens die Regierung K. Albrechts des *II.* war; ſo ließ er ſich doch auch die Handhabung einer gerechten Reichsmünze angelegen ſeyn. Es wurde darüber auf ſeinen beiden nürnbergiſchen Reichstagen, im J. 1438., berathſchlagt, und man beſtätigte nicht nur die erſtbeſagte Egriſche Reichsſchlüſſe, ſondern ſie wurden auch noch mit neuen guten Zuſätzen vermehrt, und auf die Ausprägung ſchlechter und geringhaltiger Münzen, wodurch der gemeine Mann betrogen würde, der Verluſt der Rechte, Freiheiten und Privilegien, die ein Münzſtand vom Reiche hätte, gelegt g).

Unter der langwierigen Regierung K. Friedrichs des *III.* kam zwar bisweilen, jedoch ſehr ſelten, der Punkt von Verbeſſerung des Teutſchen Reichsmünzweſens mit in die allgemeine Reichsberathſchlagung. Es blieb aber, nach Gewohnheit dieſer Regierung, die Sache gleich wieder auf ſich erſitzen, und wurde in derſelben nichts ſtandhaftes abgeſchloſſen, worüber die Verwirrung und das Verderben im Münzweſen immer mehr über Hand nahmen. Was in der, K. Friedrichen dem *III.* fälſchlich zugeſchriebenen ſogenannten Reformation vom J. 1441. hievon enthalten iſt, kan man beym Müller nachleſen h). In gedachten Kayſers wahren Reformation aber, oder im Frankfurtiſchen Reichsabſchiede vom J. 1442, wurden wegen der Münze in Gold und Silber blos die ehmaligen Schlüſſe der, kurz vorhin angeführten Egriſchen und Nürnbergiſchen Reichstage wiederholt i). Hierauf bekümmerte ſich der

g) Eben dieſelbe, P. I. n. 43. Art. III. p. 163 ſq.
h) im R. Tags *Theatro* unt. K. Friedr. *V.*, P. I. 1. Vorſtell. cap 5. §. 1. p. 68 ſq. i) N. Samml. der R. Abſchiede, P. I. n. 45. §. 16-18. p. 173

Kayſer eine ſehr lange Zeit nicht weiter um das Reichsmünzweſen, und kam auch deshalben auf den Reichstagen nichts weiter vor. Es ſcheint, daß er blos die Reichsſtände dafür habe ſorgen laſſen, von deren hierunter verwendeten Bemühungen hernach ſoll geredet werden. Er ſelbſt aber gab noch immer mehrern Reichsſtänden das Münzregal. Der Stadt Nürnberg z. E. beſtätigte er, im J. 1464., ihr ſchon vom K. Sigmund erhaltenes Münzprivilegium, bedung ſich aber vom Schlageſatze, den er von einer gemünzten Nürnberger Marck Goldes auf 5. Schillinge an Gold oder einen Orthsgulden, und von einer fein Nürnberger Marck Silbers auf 2. Schillinge in Gold ſetzte, die Helfte für ſeine und des Reichskammer aus [k]). Im J. 1474. gab er ſowohl dem K. von Dännemark, Chriſtian dem *I.*, bey der Erhebung der Grafſchaft Holſtein zu einem Herzogthum [l]), als auch der Stadt Cöln das Recht, goldene und ſilberne ſchlagen zu dörfen, doch letzterer nach dem von den Rheiniſchen Churfürſten angenommenem Münzfuſſe [m]). Und das Jahr darauf erlaubte er der Stadt Hamburg, daß ſie hinführo, ſtatt des im Sigismundiſchen Freiheitsbriefe vorgeſchriebenen Reichszeichens, auf ihre goldene Münzen ihr eigenes Zeichen oder Stadtwappen, gleich denen von Lübeck ſolte prägen dörfen [n]). Endlich machten die Churfürſten und Fürſten, auf dem Frankfurtiſchen Reichstage im J. 1486, auch

p. 173 ſq. Cf. Müller l. modo c., P. I. 1. Vorſtell. cap. 10. p. 132 ſqq. beſonders § 19. p. 142. et cap. 12. p. 167. k) *Hiſt. Norimb. Dipl.*, Per. II. n. 363. p. 673 ſq. l) *Leibnitii* Cod. I. G. dipl., P. I. n. 189. §. 3. p. 432. m) Hirſch *l. c.*, P. I. n. 112. p. 141 ſq. n) Lünigs R. A., T. XIII. p. 954.

auch die Materie wegen Reformation der Reichs-münze wieder einmal rege, und waren die Fürſten, in ihrem Rathſchlage oder Gutachten, der Meinung, den rheiniſchen Gulden an Schrot und Korn wieder auf das alte Weſen (Schrot und Korn) zu ſetzen, nehmlich höchſtens 68. Stück auf eine Marck und zu 19. Karat fein. Von der Silbermünze aber ſolten 20. Groſchen oder Weißpfenninge für einen Gulden gelten, und die Scheidemünze nach den gröbern Münzſorten proportionirt werden. Allein es kam dem ungeachtet nichts zu einem förmlichen Reichsſchluſſe, ſondern es blieb ferner auch das Münzweſen in ſeiner bisherigen Unordnung o).

Bey dieſer Indolenz des Kayſers, in Anſehung der Münzverfaſſung in unſerm Reiche nun, muſten ſich die Reichsſtände ſelbſt, ſo gut ſie konnten, durch errichtete Münzvergleiche zu helfen ſuchen, um ihren und ihrer Unterthanen Schaden, ſo viel, als möglich, abzuwenden. Und da theilte ſich Teutſchland im Münzweſen gleichſam in drey Partheien, nehmlich Franken, die Rheinländer und Sachſen, deren jede ihre beſondere Münzverfaſſung annahm, welche ſich dann auch andere entlegenere Reichsſtände gefallen lieſſen, wobey inzwiſchen die beiden erſten Partheien bisweilen mit einander darüber correſpondirten. Die Hanſeeſtädte, Lübeck, Hamburg, Lüneburg und Wismar, trafen zwar, im J. 1468., mit einander einen Vertrag, des Innhalts, daß ſie eine neue Münze, nehmlich Schillinge von 12. Pfenningen, und Doppelſchillinge von 24. Pfenningen, wolten ſchlagen laſſen, die blos allein von ihren Bürgern genommen werden ſolte, auch daß

o) Müller *l. c.*, P. III. 6. Vorſtell. cap. 2. §. 3. 6. et 9. p. 9. 10. et 15. und cap. 3. §. 2 ſq. p. 22 ſq.

ſie die Rheiniſche Gulden nicht höher, als zu 21. Schillingen, annehmen wolten. Es wurde auch auf die Uebertreter dieſes Vertrags eine ſchwere Strafe, und ſogar eine vierjärige Stadtverweiſung gelegt. Es fiengen auch Lübeck und Hamburg an, conventionsmäßig zu münzen. Aber Lüneburg unterließ nicht nur das Ausmünzen, ſondern verbot auch nicht die fremde Münze, ja verkündigte nicht einmal ihren Bürgern, was die Städte beſchloſſen hatten, und ließ den Rheiniſchen Gulden nach wie vor ihren bisherigen Cours zu 23. Schillingen. Und die Stadt Wismar ſchrieb gleichfals an Hamburg, daß ſie den gemachten Vertrag nicht halten könnte, weil ihr Landesfürſt, H. Heinrich von Mecklenburg, ernſtlich geboten hätte, daß die Churfürſtengulden oder Rheiniſchen Goldgulden zu 23. Schillingen gelten ſolten, welches dann in ihrer Stadt zu einer groſſen Meuterey Anlaß geben könnte. Darüber verlangten auch die Bürger zu Hamburg, und hernach zu Lübeck, von ihren Magiſtraten, den mehrgedachten rheiniſchen Gulden ihren vorigen Cours zu 23. Schillingen ferner zu laſſen, worein dann jene willigen muſten, mithin der Vertrag wieder aufgehoben wurde p).

Was nun die vorbeſagte drey Claſſen der Münzſtände anbelangt; ſo hat die erſte, nehmlich die Fränkiſche, bald zu Anfang der Regierung K. Friedrichs des *III.*, ſich über eine neue Silbermünze mit einander verglichen, doch daß dabey die bisherige alte Münze ferner ihren Lauf gleichfals behalten ſolte. Es errichteten nehmlich, im J. 1441., die beiden Biſchöffe von Bamberg und Würzburg mit den beiden fränkiſchen Marggrafen von

p) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 106. p. 129 ſq.

von Brandenburg, Johannes und Albrecht, einen Münzabſchied. Vermöge deſſelben wolten ſie künftig ſchlagen laſſen: 1) eine groſſe Münze, nehmlich Schillinge, deren einer 6. Pfenninge, und 25. einen rheiniſchen Gulden gelten ſolten, damit 5. Pfund für einen Gulden kämen, 106½ Stück ſolcher Schillinge aber ſolten auf eine Marck gehen, und dieſe zur Helfte fein Silber Würzburger Gewichts ſeyn; 2) eine kleine Münze, nehmlich Pfenninge, je fünf Pfund für einen Rheiniſchen Gulden, zu halben Silber weniger ½ Loths Würzburger Gewichts fein, und deren ſolten 37. Stück auf ein Loth gehen; 3) Heller, nehmlich zwey für einen neuen Pfenning, und ſolte die Marck bey den Hellern ſeyn 4. Loth Silber fein, und 48. Heller auf ein Loth gehen. Die bisherigen alten Schillinge aber ſolten hinführo nur fünf Pfenninge gelten, und 6. alte Pfenninge ſolte man für 5. neue Pfenninge nehmen, wodurch ein jeder Schilling und Pfenning am Gulden wieder zu ſeinem Werthe käme. Bald darauf aber, nehmlich im Jahr 1443., hat der Biſchof von Würzburg die alte Münze ganz abgeſchafft, und eine Münzverordnung, nach Maßgab der erſtgedachten neuen Münze, in ſeinem Lande publicirt q).

Wegen der hierauf in Franken eingeſchlichenen und überhand genommenen geringhaltigen Münzen ſahen ſich die vorgenannten vier Münzherren, im J. 1452., genöthigt, einen neuen Münzvergleich zu machen, dem auch die Stadt Nürnberg beitrat. Sie wolten nehmlich künftig ſchlagen laſſen: 1) Pfenninge, deren 32. auf ein Loth gehen, und an feinem Korn 5. Loth und 1. Quent

 halten

q) *Idem* ibid., T. eod. n. 88. et 90. p. 85 ſqq. et 88 ſq.

halten ſolten; 2) Schillinge, deren einer für 7. Pfenninge gelten, 94. auf eine Marck gehen, und dieſe an feinem Korn 7. Loth halten ſolte; und 3) Heller, deren 2. für einen Pfenning gelten, 44. Stück auf ein Loth gehen und vierthalb Loth an feinem Korn halten ſolten, alles nach Würzburger Gewicht. Uebrigens ſolten von dieſer Münze nicht mehr, als 5. Pfund und 24. Pfenninge für einen rheiniſchen Gulden gegeben werden. Ob nun gleich dieſer Münzvertrag auf 10. Jahre war geſchloſſen worden; ſo nahmen doch die Biſchöffe von Bamberg und Würzburg, nebſt den beiden Marggrafen von Brandenburg, bereits im J. 1454., damit wieder eine Aenderung vor. Sie ſchloſſen nehmlich eine neue Einigung wegen der Münze auf die nächſte zehen Jahre folgender geſtalt, daß 1) die Schillinge im Korn die Marck halb fein, deren auf die Marck 103. Stück gehen, und ein jeder 7. Pfenninge, 24. Schillinge aber einen Gulden gelten ſolten; 2) bey den Pfenningen wurde das Korn auf ſiebenthalb Loth fein geſetzt, und ſolten deren 37. auf ein Loth gehen, je 5. Pfund und 18. Pfenninge aber einen rheiniſchen Gulden gelten; endlich 3) bey den Hellern wurde das Korn bey jeder Marck beſtimmt auf 4. Loth weniger 1. Quent fein, zwey Heller galten einen Pfenning, und 48. Heller muſten auf ein Loth gehen. Es hat auch hierauf Marggraf Albrecht von Brandenburg zu Anſpach, noch in eben dieſem J. 1454., eine neue Münzordnung, nach Maßgab dieſes neuen Münzvergleichs, in ſeinem Lande publicirt. Da nun aber an demſelben die Stadt Nürnberg keinen Theil genommen hatte; ſo wurde nachmals zwiſchen ihr und anfangs den beiden Marggrafen, hernach auch den beiden

Biſchöffen, in den Jahren 1457., 1458., 1459., und 1461., verſchiedenes verhandelt, und neue Verträge wegen der Münze getroffen, auch in Anſehung derſelben immer was geändert, alſo daß in dieſen Zeiten in Franken kein beſtändiger und gewiſſer Werth der Silbermünzen blieb, ſondern ſelbiger immer mehr herunterfiel r).

Da nun aber bey dieſer beſtändigen Verringerung der Silbermünze gegen den Goldgulden, nach der leidigen Erfahrung auch unſerer Zeiten, ſowohl der Herr, als der Unterthan arm wurde, und nur beſchnittene und unbeſchnittene ſchelmiſche Juden dabey den Vortheil zogen; ſo mag ſolches Gelegenheit gegeben haben, daß die Fürſten, in Franken wiederum anfiengen, auf die Erhöhung des Münzfuſſes in Silber bedacht zu ſeyn. Der Biſchof von Bamberg und Marggraf Albrecht von Brandenburg machten damit den Anfang, und ſchloſſen, im J. 1469., zu Forchheim mit einander einen Vertrag. Nach demſelben ſolte eine neue Münze von Schillingen und Pfenningen, aber voreſt nicht auch von Hellern, geſchlagen werden, und zwar je fünf Pfund für einen Gulden, der neue Schilling aber ſolte 6. neue Pfenninge gelten. Die bisherige alte geringere Münze wurde zwar nicht gänzlich verrufen, aber doch herunter geſetzt, alſo daß 3. alte Pfenninge nur 2. neue gelten, und 7½ Pfund alter Münze für 5. Pfund neuer Münze genommen werden ſolte. Nachher wurde auch noch zu Langenzenn und Anſpach über dieſe Münzverbeſſerung berathſchlagt, und verſchiedene Münzmeiſter gaben Projekte ein, wie ſelbige am beſten zu ſtande gebracht werden könnte. Es ſcheint aber, daß man nicht mit einander habe einig werden können.

r) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 92-103. p. 103-127. et T. VIII. n. 14-16. p. 15 ſq.

können. Inzwiſchen machte doch Marggraf Albrecht von Brandenburg mit der Münzverbeſſerung in ſeinen Ländern den Anfang, und publicirte, im J. 1470., ein Ausſchreiben wegen der neuen Münze in Silber, die er nun zu Onolsbach wolte ſchlagen laſſen. Sie ſolte nehmlich beſtehen 1) aus neuen Weißpfenningen und neuen groſſen Schillingen, deren einer 6. neue Pfenninge gelten ſolte; 2) aus neuen halben oder kleinen Schillingen zu drey neuen Pfenningen, und 3) aus neuen Pfenningen. Von dieſen ſolten vier Pfund, von den groſſen Schillingen aber 20. Stück und von den kleinen 40. einen rheiniſchen Gulden gelten. Seine eigene alte Münze ſetzte er zugleich herunter, alſo daß die ehmaligen Pfenninge itzo nur den Werth der Heller haben, und 6. Pfund derſelben für einen rheiniſchen Gulden genommen werden ſolten. Endlich verrief er alle fremde Münzſorten in ſeinem Lande, nur mit Ausnahme der bambergiſchen, Pfalzgraf Ottens von der Mosbachiſchen Linie, und der nürnbergiſchen Schillinge und Pfenninge, welche letztere Sorte jedoch nur für Heller gegen ſeine neue Münze genommen werden ſolte [s]).

Mitlerweil hatten auch die Rheiniſchen Churfürſten, wie hernach ſoll gemeldet werden, den bisherigen Münzfuß in Golde geändert und verringert. Dieſes gab Gelegenheit daß der Churfürſt und Marggraf Albrecht von Brandenburg, wegen ſeiner fränkiſchen Länder, und die Herzoge von Bayern, Ludewig zu Landshut und Albrecht zu München, durch ihre Räthe, im J. 1476., zu Eichſtedt eine Conferenz wegen der goldenen Münze anſtellen lieſſen. Bey derſelben kam nun unter

s) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 107-109. p. 130-138.

unter andern vor, daß bisher dem Gewichte am rheiniſchen Golde wäre abgebrochen worden, und das itzige Gewicht bey vier Gulden weniger, dann das alte betrage. Hiernächſt wäre auch das Korn der rheiniſchen Goldgulden verringert worden, dann da daſſelbe, noch vor 30. bis 40. Jahren, 19. Karat fein gehalten hätte; ſo enthalte es itzo kaum 18. Karat fein, welches auf 100. Gulden wieder eine Verringerung von beynahe 6 Gulden betrage. Darüber wäre das Aufwechſeln der alten rheiniſchen Gulden eingeriſſen, und der ſchwere ungariſche Dukate im Preiſe geſtiegen. Inzwiſchen wolte man noch nichts in der Sache vornehmen, und vorerſt weder die neue Münze verbieten, noch ſich über die Ausprägung einer neuen Münze vereinigen. Sondern man ſolte an die Fürſten und andere, die itzo münzen, vorher deswegen ſchreiben, und ihre Antwort erſt abwarten; oder bedenken, ob es bequemlicher wäre, die Sache noch zuvor an den Kayſer zu bringen, und zu unterſuchen, was die kayſerliche goldene Münze betrage.

Vermutlich iſt über dieſe genommene Abrede mit den Rheiniſchen Churfürſten Unterhandlung gepflogen worden. Dann man findet ferner, daß dieſelben und der H. von Jülich und Bergen, im folgenden J. 1477., an den Churfürſten Albrecht, den H. Ludewig und die zu Ulm verſammelte Reichsſtädte geſchrieben, und ſie zu einer Zuſammenkunft wegen Regulirung der goldenen und ſilbernen Münze eingeladen haben. Es wurde auch hierauf, noch in dieſem Jahr, im September, zu Frankfurt am Mayn, ein Münz-Correſpondenztag zwiſchen den Räthen der Churfürſten von Maynz, Trier und Pfalz, wie auch des H. von Jülich rc., und den Geſandten vieler

Reichs-

Reichsſtädte gehalten. Auf ſelbigem thaten nun, nach langen Berathſchlagungen, die churfürſtlichen Räthe den Vorſchlag, daß, wegen des itzo sehr hoch ſtehenden Gold- und Silber-Preiſes, ihre Herren vorerſt die Goldgulden zu 19. Karat weniger 2. Green fein, und zu 104. Stück auf 2. cölniſche Marck ausmünzen laſſen wolten. Würde aber der Kauf des Goldes wieder auf einen wohlfeilern Preiß herunter fallen; ſo wolten ſie auch die goldene Münze wieder nach dem alten Fuſſe ſchlagen laſſen, nehmlich zu 19. Karat fein im Korn, und 103. Stück aus 2. Marck Cölniſch. Dieſen Vorſchlag nahmen die Geſandten der Reichsſtädte, nach ihrer einmal hergebrachten Art, auf hinter ſich bringen an, und die Stadt Nürnberg ließ hernach dem Churfürſten und Marggrafen Albrecht, von Brandenburg, durch Jobſt Hallern, hievon nähere Nachricht geben. Es ſcheint, daß hierauf die Sache auf ſich erſitzen geblieben. Churfürſt Albrecht aber ſorgte ſeines Theils für die Erhaltung einer gerechten Münze in ſeinem Lande. Zu dem Ende verbot er nochmals, im J. 1485., keine andere, als bambergiſche, pfalzgräflich-mosbachiſche, marggräfliche und nürnbergiſche Münze in ſeinem Lande zu nehmen. Und dieſen Befehl erneuerten, nach ſeinem Tode, ſeine beide Söhne und Nachfolger in den beiden fränkiſchen Fürſtenthümern, die Marggrafen Friedrich und Sigmund, im J. 1487., bald nach angetretener Regierung t).

Die andere Claſſe der vorbeſagten Münzſtände, nehmlich die Rheiniſche hat gleichfals, unter der Regierung K. Friedrichs des *III.*, verſchiedene Münzvereine unter ſich errichtet. Schon

t) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 114-120. p. 143-158.

Schon im J. 1444. ſchloſſen dergleichen die vier Rheiniſchen Churfürſten zu Bingen auf 6. Jahre, um eine gleiche Münze in Schrot und Korn, nur die Heller ausgenommen, in ihren Ländern zu haben. Laut dieſes Vereins ſolte ein jeder der gedachten vier Churfürſten ſeinen eigenen Münzmeiſter und Wardein, alle zuſammen aber einen gemeinen Prover haben. Die Goldgulden ſolten im Korn halten 19. Karat fein, und aus 1½ Cölniſchen Marck nicht mehr als 100. Stück ausgeſtickelt werden. In Anſehung der Silbermünze wurde beliebt, Weißpfenninge, halbe Weißpfenninge, Dreylinge und Heller ſchlagen zu laſſen. Die Weißpfenninge ſolten halten 8. Pfenninge Königsſilbers, d. i. fein Silber, deren 112. Stück eine Cölniſche Marck wägen, und 24. einen rheiniſchen Goldgulden gelten. Nach eben dieſer Proportion wurde das Schrot bey den halben Weißpfenningen und Dreylingen geſetzt, hingegen das Korn derſelben ſolte mit den Weißpfenningen gleich gehalten werden. Endlich wurde das Korn bey den Hellern auf fünften halben Pfenning feines Silbers beſtimmt, deren 52. Stück ein Loth wägen, und zwölf einen Weißpfenning gelten ſolten, doch nur am Unterrhein bis gen Heimbach. Hingegen zu Bingen ſolte der maynziſche Münzmeiſter Heller ſchlagen können, die zwar im Korn jenen gleich wären, aber deren nur 46. Stück auf ein Loth gehen, und 10. einen Weißpfenning gelten ſolten. Zuletzt wurden auch noch zwey järliche Münzprobationstage verabredet, die zu Bacherach, Coblenz, Bonn und Bingen wechſelsweiſe auf die beſtimmte Zeiten gehalten werden ſolten u).

Hierauf

u) *ab Hontheim* Hiſt. Trevir. diplomat., T. II. n. 818. p. 401 ſqq.

Hierauf haben, im J. 1457., die beiden Churfürſten, Diether von Maynz und Friedrich von Pfalz, in der, auf dem damaligen Churfürſtentage zu Frankfurt, über verſchiedene Reichs- und Hausangelegenheiten geſchloſſenen Vereinigung, unter andern auch dieſes verabredet, dem Kayſer den Antrag zu thun, eine allgemeine Reichs-Münzſtätte, wornach alle Reichsſtändiſche Münze ſich zu richten hätte, anzulegen, ihnen zwey Drittel des Genuſſes zu geſtatten, und ſowohl darüber, als auch überhaupt über das geſammte Münzweſen im Reiche die oberſte Aufſicht zu übertragen v). Weil nun aber dieſes Projekt nicht zu ſtande kam; ſo trafen beide erſtgedachte Churfürſten, im J. 1459., zu Boppard einen Verein wegen einer neuen Pfenningmünze, von der ſie vorerſt eine beſtimmte Summe Silbers, unter ihrer beider Wappen, wolten ausmünzen laſſen. Es ſolten aber dieſer Pfenninge 34. Stück auf 1. Loth gehen, die Marck 4. Pfenning feines Silbers halten, und 16. Schilling-Pfenninge für einen Gulden gelten. Von den neuen halben Pfenningen ſolten 70. Stück auf 1. Loth gehen, und 5. alte Pfenninge für ihre neue Pfenninge genommen werden, jedoch nur bis auf künftigen Michaelistag, worauf die alten Pfenninge gänzlich verrufen ſeyn ſolten w). Nachher haben dieſe Churfürſten ſich, im J. 1461., abermals über eine neue Pfenningmünze auf 12. Jahre mit einander verglichen, welche vom Catharinentage dieſes Jahrs an ihren Lauf haben, und auſſer ihr alle andere Pfenning- und Hellermünze verboten ſeyn ſolte. Sie kommt mit der vom J. 1459. zu Boppard vergli-

v) Kremers Leb. Chf. Friedr. des Sieghaften von der Pfalz, P. I. L. I. §. 37. p. 94. *coll.* P. II. p. 146.
w) Hirſch *l. c.*, T. VII. n. 47. p. 42.

verglichenen darinnen überein, daß 16. Schillingspfenninge für einen Gulden genommen werden ſolten, und die Stadt Speyer nahm dieſelbe gleichfals an. Wie auch hierauf Churfürſt Adolf zum ruhigen Beſitz des Erzſtiftes Maynz gelangte, erneuerte mit ihm zu Boppard, Churfürſt Friedrich von Pfalz, im J. 1464., den Receß wegen der Pfenningmünze, deren 12. auf 1. Schilling, und 16. Schillinge auf 1. Gulden gehen ſolten x).

Es verfielen aber bald hernach alle vier Rheiniſche Churfürſten darauf, eine Verringerung in dem bisherigen Münzfuſſe in Gold und Silber vorzunehmen. Zu dem Ende machten ſie, im J. 1464., zu Boppard einen neuen Münzverein auf 20. Jahre, vermöge deſſen das Korn bey den Goldgulden auf 19. Karat fein, geſetzt wurde, und 105. Stück aus anderthalb Marck Cölniſch geſchlagen werden ſolten. Bey der Silbermünze aber ſolten die Weißpfenninge halten 8. Pfenning Kuningsſilber, ihrer 113. aus 1. Cölniſchen Marck ausgeſtickelt werden, und 24. Stück für 1. Gulden gelten. Die Heller aber ſolten 4. Pfenning feines Silbers halten, und ihrer 52. ein Loth wägen, auch 12. Stück einen Weißpfenning gelten. Zum Schlägeſatz bey den Weißpfenningen wurde für die Marck 1. Weißpfenning feſtgeſetzt, und die Gulden ſolten in ein gleiches Gewicht geſchradet oder geſchrotet, deswegen aber hinführo den Münzknechten von 9. Marck Goldes zum Lohn 1. Gulden gegeben werden, an ſtatt daß ſie bisher nur 1. Gulden von 10. Mark bekommen hatten y). Weil auch

x) Lehmanns Speyer. Chron., L. VII. c. 104. p. m. 935 ſq. und Kremer *l. c.*, P. I. L. VI §. 56. p. 639. y) *Chron. Monetar. Trevir.*, ad a. 1464.

auch inzwiſchen der, im J. 1464., zwiſchen den Churfürſten von Maynz und Pfalz, errichtete Bopparder Münzreceß bisher nicht vollkommen war beobachtet worden, vielmehr ſtatt deſſen ſich andere geringhaltige Münzſorten, beſonders Sponheimiſche und Pfälziſche Pfenninge eingeſchlichen hatten, und die guten geſteigert worden; ſo veranlaßte dieſes, im J. 1468., eine neue Münzvereinigung zwiſchen den erſt erwähnten zwey Churfürſten. Vermöge derſelben wurde verglichen mit fernerer Ausprägung der bisherigen Pfenningmünze ſtille zu ſtehen. Die geringhaltige fremde Pfenningmünze, und zwar namentlich die Pfalz-Simmernſche und Veldenziſche, ingleichen die Pfenninge, ſo nicht Buchſtaben hätten, wurden in beiderſeitigen Staaten völlig verruffen, und es ſolte in ſelbigen künftig kein anderes Geld, als das von den vier Rheiniſchen Churfürſten geſchlagene, ſeinen Lauf haben. Man ſetzte ferner Strafen auf diejenige, welche einen Gulden höher als für 16. Schillingpfenninge oder 24. Weißpfenninge, die man auch Raderalbus nannte, ausgeben, oder einwechſeln würden. Endlich wurde noch beliebt, daß woferne die benachbarten Städte, Worms, Speyer, Hailbronn, Wimpfen, Landau und Weiſſenburg, die bisher das maynziſche und pfälziſche Geld gebraucht, ſolche neue Münzordnung nicht beobachten würden, ſie in beiden Churfürſtenthümern Maynz und Pfalz weiter keinen Schutz haben, und von den beiden gedachten Churfürſten geſperrt werden ſolten ʒ).

Da

a. 1464. in Dn. *ab Hontheim* Prodr. Hiſt. Trevir., P. II. p. 1180 ſq. Hirſch *l. c.*, T. VII. n. 48. p. 43.

ʒ) Kremer *l. c.*, P. I. L. IV. §. 37. p. 409 ſq. et L. VI. §. 56. p. 639 ſqq. *coll.* P. II. n. 142. p. 392 ſqq.

Da nun aber dem allen ungeachtet das Kippen und Wippen der guten Münze in den Rheinländern immer mehr einriß; ſo bewog dieſes die Churfürſten von Maynz, Trier und Pfalz, wie auch den H. Wilhelm von Jülich ꝛc., daß ſie, den 29. Junius 1477., einen neuen Münzvergleich auf 10. Jahr lang unter ſich errichteten. In demſelben wurde von ihnen beliebt, daß ſie hinführo einen gemeinen Probierer halten, jeder zwey verſtändige Münzmeiſter beſtellen, und in jeglicher Münzſtätte einen oder zwey Wardeine haben wolten. Das Korn der goldenen Münze ſolte 19. Karat fein ſeyn, und 103. Stück auf *II.* (1½) Cölniſche Marck ausgeſtickelt werden. Bey der Silbermünze ſolten die Weißpfenninge oder Albus halten 7. Pfenning feines Silbers, ihrer 113. Stück eine Cölniſche Marck wägen, und 24. einen Gulden gelten. Bey den Hellern aber wurde das Korn auf 4. Pfenning feinen Silbers geſezt, von denen dann 52. Stück ein Loth wägen, und 12. Stück einen Albus gelten ſolten. Zum Schlägeſatz ſolten die Münzmeiſter von jeder Marck Albus und Heller den Münzherren 12. Albus geben. Hiernächſt verglich man ſich, daß während der Zeit dieſer Convention keine andere Münze von Gold und Silber in gedachter Herren Ländern geſchlagen werden ſolte. Jedoch behielten ſich die Churfürſten von Maynz und Pfalz vor, Pfenninge und halbe Pfenninge, nach dem alten Herkommen, in ihren obern Landen können ausmünzen zu laſſen; ſo wie auch der Churfürſt von Trier und der H. von Jülich ſich ausbedung, Lübſchen, als von Alters hergekommen wäre, münzen zu dörfen, doch beide Theile nur auf eine gewiſſe verglichene Anzal. Endlich wurde verabredet, alle Jahr zwey Münzprobationstage,

ge, zu Michaelis, und auf den Sonntag Miſericordias Domini, wechſelsweiſe zu Coblenz, Bonn, Maynz und Bacherach zu halten. Und die Gulden ſolten im Gewichte gleich geſchradet, und den Münzknechten von 4. (vermutlich *IX.*) Marck ein Gulden zum Lohn gegeben werden a). Was hierauf zwiſchen dieſen erſterwähnten Churfürſten und dem Herzog von Jülich, noch in dieſem Jahr, mit dem Churfürſten Albrecht von Brandenburg, dem H. Ludewig von Bayern und denen zu Ulm verſammelten Reichsſtädten, über das Münzweſen gehandelt worden, habe ich bereits etwas weiter oben bemerkt.

Bey dem allen nahm doch bald wiederum das Beſchneiden und Auswechſeln der guten Goldgulden überhand, deswegen die vier rheiniſchen Churfürſten für nöthig fanden, einen neuen Münzverein, über die Ausprägung goldener Münzſorten, den 15. November 1490., zu Caube mit einander zu ſchlieſſen. Nach demſelben wurde der bisherige Münzfuß in Golde verringert, und ſolte die neue Münze auf Mariä Reinigung künftigen Jahrs ihren Anfang nehmen. Es wurde nehmlich bey den neuen Gulden das Korn auf neunzehenden halben Karat fein beſtimmt, und der Zuſatz ſolte ſeyn vierthalb Karat Silber und zwey Karat Kupfer auf jede Marck, 107 Stück aber ſolten aus 1½ Marck Cölniſch gemünzt werden. Doch behielt ſich der Churfürſt von Cöln vor, daß er in ſeinem Herzogthum Weſtfalen möchte Poſtulatusgulden können ſchlagen laſſen. Man verglich ſich ferner abermals über einen Probierer, die Münzmeiſter, Wardeine, und Münzknechte, ihre Pflicht und Lohn, ingleichen das richtige Gewicht

a) Hirſch *l. c.*, T. VII. n. 50. p. 43 ſqq.

Gewicht der Gulden, und die jährliche zwey Münz-Probationstage, ohngefähr auf eben die Art, wie in denen Zeither errichteten und erwähnten Münzvereinen geſchehen war. Nur ſolte dißmal die Alternativ der Probationstage auf den Sonntag Miſericordias Domini zu Maynz ihren Anfang nehmen, ſodann der zweite zu Bacherach auf den Sonntag Abend nach Michaelis, der dritte wieder auf Miſericordias zu Coblenz, und der vierte auf den Sonntag nach Michaelistag zu Bonn gehalten werden b).

Nun iſt noch übrig, auch von der dritten Claſſe der Münzſtände, nehmlich der Sächſiſchen, dasjenige anzuführen, was ſie unter der Regierung K. Friedrichs des *III.* im Münzweſen vorgenommen hat. Da auf dem Frankfurtiſchen Reichstage vom J. 1442. kein gewiſſer Münzfuß wegen des Silbergeldes war feſtgeſetzt worden; ſo verglichen ſich bald darauf, im J. 1444., die beiden Brüder, Churfürſt Friedrich der *II.* von Sachſen und H. Wilhelm, mit ihrem Schwager, dem Landgrafen Ludewig von Heſſen, über eine beſtändige neue Silbermünze. Die beiden erſtern publicirten auch hierauf, noch in eben dieſem Jahr, eine Münzordnung in ihrem Lande. Vermöge derſelben wolten ſie nun künftig ſchlagen laſſen zwanzig Groſchen für eine rechte ſtarke Oberweher in allen ihren Fürſtenthümern, welche 2 Loth feinen Silbers in ſich haben, und einen vollwichtigen rheiniſchen Gulden gelten ſolten. Dieſe Groſchen wolte Churfürſt Friedrich ſolchergeſtalt prägen laſſen, daß ſie zur Helfte, mithin zu 8 Loth, aus feinem Silber beſtehen, und 80. Stück aus einer gemiſchten Marck ausgeſtickelt werden ſolten.

b) *ab Hontheim* Hiſt. Trevir. dipl., T. II. n. 881. p. 485 - 489.

ſolten. Hingegen wolte H. Wilhelm aus der Marck Silbers, zu 12. Loth fein, 120. Stück, und auch 20. Stück einen rheiniſchen Gulden werth ſchlagen laſſen. Hiernächſt beliebten ſie, auch neue Pfenninge ſchlagen zu laſſen, deren 9. einen Zwenteling gelten, und dieſer Pfenninge 3. Schock, das ſind 15. Schillinge, ſolten einen vollwichtigen rheiniſchen Gulden, und der vorgedachten neuen Groſchen zwanzig gelten. Ferner wolte Churfürſt Friedrich auch Heller ausmünzen laſſen, deren 12. einen neuen Groſchen, und 20. Schillinge der obgenannten Groſchen 20., oder einen vollwichtigen rheiniſchen Gulden, ſolcher Heller aber 4. der vorerwähnten neuen Pfenninge 3. gelten, und die 20. Schillinge Heller auch 2. Loth feines Silbers in ſich haben ſolten, wie die vorberührten Groſchen und Pfenninge. Zu einer Beiwehr, und zwar zum Silberkauf, beſchloſſen beide Herren, ſchildichte Groſchen ſchlagen zu laſſen, deren 26. zwey Loth feines Silbers in ſich haben ſolten, gleich den obgenannten 20. Groſchen, und ihrer 26. für einen gerechten rheiniſchen Gulden genommen werden. Das übrige dieſer weitläuftigen Münzordnung enthält eine Vergleichung der bisherigen alten Münze gegen die itzige neue, eine Verrufung einiger auswärtigen Münzſorten, eine Vorſchrift für die Münzmeiſter, Probierer und Münzprobationen, eine Taxordnung in Abſicht auf die neue Münze, und noch anderes mehr, welches umſtändlich anzuzeigen, zu weitläuftig fallen würde c).

Inzwi-

c) Müllers R. Tags Theatr. unter K. Friedr. V., P. I. 1. Vorſtell. c. 10. §. 26. p. 144 ſqq. Hirſch *l. c.*, T. I. n. 91. p. 90-103.

Inzwiſchen gerieth aber das Sächſiſche Münzweſen, noch unter der Regierung Churfürſt Friedrichs des *II.*, in Zerrüttung, und durch die eingeriſſene geringhaltigere fremde Münzſorten in noch gröſſern Verfall. Dieſes bewog deſſen Söhne und Nachfolger, Churfürſt Ernſten und H. Albrechten, einige Jahre nach angetretener Regierung, nehmlich im J. 1468., ein Münzausſchreiben in ihr Land ergehen zu laſſen. Darinnen verboten ſie alle fremde und ausländiſche Münze, und zwar namentlich die Heßiſche Groſchen, Pfenninge und Heller, ja ſogar ihre eigene, ihres Vaters, und Vetters, H. Wilhelms, alte Pfenninge und Heller, und ſolten künftig nur ihre neuen Groſchen, nehmlich 20. für einen rheiniſchen Gulden, und 25. für einen ungariſchen Gulden oder Dukaten, auch 20. ſolcher neuen Groſchen für 40. Schwerdtgroſchen gelten. In Anſehung der Scheidemünze ſolten 9. neue Pfenninge gelten einen neuen Groſchen, und zwey neue Heller einen neuen Pfenning, 4. neue Pfenninge und ein neuer Heller aber für einen Schwerdtgroſchen genommen werden b). Weil aber vermutlich dieſe neue Münzſorten, wegen ihres guten Gehalts, bald mögen aufgewechſelt, und aus dem Lande geſchleppt worden ſeyn; ſo ſtellten der Churfürſt Ernſt und ſein Bruder H. Albrecht, wie auch ihr Vetter, H. Wilhelm, eine Zeitlang das Münzen gänzlich ein. Darüber entſtand in ihren Ländern ein Mangel an der Münze, deswegen ſie ſich entſchloſſen, neue Groſchen, nach dem Fuſſe des kurz vorhin angeführten Münz-Ausſchreibens vom J. 1468., ſchlagen zu laſſen, welches ſie dann auch, durch ein Ausſchreiben vom

b) *de Bunau* Comm. de iure circa rem monetar. in Germ., p. m. 126 ſqq.

29. December 1474., im Lande bekannt machten. Nach demſelben ſolten dieſe neue Groſchen auf Pauli Bekehrung 1475. ihren Anfang nehmen, und ſonſt keine andere Groſchen in ihren Ländern genommen werden. Da jedoch dem bisherigen Münzmangel durch dieſe neue Groſchen nicht zulänglich konnte abgeholfen werden; ſo verglich ſich H. Wilhelm mit ſeinen beiden erwähnten Vettern, dem Churfürſten Ernſt und dem H. Albrechten, im J. 1475., über eine anderweitige Münze und Münzordnung, des Innhalts, daß ſie auſſer den mehrbeſagten neuen Groſchen, auch den Schwerdtgroſchen, Pfenningen und Hellern, nach dem, im churſächſiſchen Münzausſchreiben vom J. 1468., beſtimmten Werthe, den Lauf in ihren Ländern laſſen wolten. Doch hat nachmals, im J. 1477., H. Wilhelm, durch ein neues Ausſchreiben, alle alte und ausländiſche Münze in ſeinem Lande, verboten, und davon auch den Biſchöffen von Naumburg und Merſeburg, ingleichen den Thüringiſchen Grafen, und den Städten, Erfurt, Mühlhauſen und Nordhauſen Nachricht gegeben, um ſich darnach gleichfals zu richten e).

Einige Jahre hernach thaten der Churfürſt Ernſt, und ſein Bruder H. Albrecht, ihrem Vetter, dem H. Wilhelm, den Vorſchlag, eine neue Münze ſchlagen zu laſſen, worüber ſich der letztere, auf einem zu Weymar gehaltenem Landtage, mit ſeinen Landſtänden berathſchlagte. Dieſen nun ſchien die vorgeſchlagene neue Münze nicht bequem zu ſeyn ſondern ſie riethen dem Herzog, eine eigene Münze vorzunehmen, worüber aber die weitern

e) Müllers R. Tags Theatr. unter K. Maximil. I., P. II. 4. Vorſtell. c. 40. §. 5-10. p. 478-481.

weitern Berathſchlagungen auf ſich erſitzen blieben. Hingegen führten der Churfürſt Ernſt und H. Albrecht ihr Vorhaben, wegen einer neuen Münze, nehmlich der ſogenannten Löwenpfenninge und halben Groſchen aus. Sie befolen nehmlich ihrem Münzmeiſter zu Zwickau, Auguſtin Horn, daß er neue Groſchen, Pfenninge und Heller ſchlagen ſolte. Von der erſten Sorte ſolte die gemiſchte Marck halten 5. Loth feines Silbers, 103. Stück auf 1. Erfurter-Marck weiß ausgehen, 40. dieſer Groſchen einen rheiniſchen Gulden gelten, und deren der Münzmeiſter aus der feinen Marck 329½. Stück ausprägen. Der Kauf der feinen Marck Silbers zu 16. Loth wurde auf 15. alte Schock und 5. Groſchen geſetzt, wovon der Münzmeiſter den Münzherren derſelben Groſchen fünftehalben zum Schlägeſatz geben, und 20. Groſchen zur Münzkoſt behalten ſolte. Bey den Löwenpfenningen wurde das Korn von der gemiſchten Marck auf 4½ Loth feines Silbers geſetzt, und ſolten 36 Pfenninge auf 1. gemiſchtes Loth weiß ausgehen, 12. derſelben für einen Silbergroſchen, und 6. für 1. neuen Groſchen genommen werden. Mithin würde der Münzmeiſter aus der feinen Marck prägen können 8. Gulden, 10. Groſchen und 8. Pfenninge, und da die feine Marck im Einkauf 7. Gulden, 12. Silbergroſchen und ſechs neue Pfenninge koſtete; ſo blieb den Münzherren von der feinen Marck zum Schlägeſatz ein Silbergroſchen und der Münzmeiſter behielt 17 Silbergroſchen und 2. Pfenninge zur Münzkoſt. Endlich bey den Hellern ſolte die gemiſchte Marck halten 4. Loth feines Silbers, der Heller 6[illegible]. Schrot auf ein gemiſchtes Loth weiß ausgehen, deren 24. einen Silbergroſchen, und [illegible]

 nen

nen neuen Groſchen gelten. Aus der feinen Marck ſolten 8. Gulden, 13. Groſchen und 8. Heller gemünzt werden, und der Silberkauf wurde auf 7. Gulden 12½ Silbergroſchen geſezt, wovon der Münzmeiſter von der feinen Marck den Münzherren zum Schlägeſatz 1. Silbergroſchen geben, und 19. Groſchen, 20. Heller, zur Münzkoſt behalten ſolte. Neben dieſer neuen Münze ſolten nun auch ferner die Böhmiſchen- Mittel- und Schwerdt-Groſchen ihren Cours behalten, und die beiden erſtern Sorten für 22. neue Pfenninge, die Schwerdtgroſchen aber für 11. neue Heller genommen werden.

Allein H. Wilhelm verbot dieſe neue Münze ſeiner Vetter in ſeinem lande, und befal ſeinen Landſtänden, auf ſeine Satzung der Münze zu warten, wozu er die Landſtände nächſtens zu ſich erfordern wolte, um darüber mit ihnen einig zu werden. Es ſtarb aber H. Wilhelm noch in eben dieſem J. 1482., und Churfürſt Ernſt im Jahr 1486., worauf deſſen beide Söhne, Churfürſt Friedrich der *III.* und H. Johannes, bald nach angetretener Regierung, alle ausländiſche geringhaltige Münze in ihren landen verboten. Weil indeſſen dieſem Verbote keine Folge geleiſtet wurde, ſondern vielmehr die geringe fremde und ausländiſche Münze ſich im lande vermehrte; ſo erneuerten die gedachten beiden Brüder, in den Jahren 1488. und 1489., zu wiederholten malen ihr Münzedikt in geſchärftern Ausdrücken, und verriefen theils gänzlich ſolche fremde Münze, theils ſezten ſie ſelbige auf ihren wahren Werth gegen die neue Sächſiſche Münze herunter. Allein durch alle dieſe auch noch ſo ernſtliche, Münzedikte konnte der einmal in Sachſen eingeriſſenen Verwirrung im Münzweſen nicht geſteuert werden, ſondern ſie nahm immer mehr überhand,

hand, und das Land wurde mit der ausländiſchen ſchlechten Münze angefüllt. Deswegen trat endlich das Sächſiſche Geſamthaus zuſammen, und ließ durch ſeine Räthe, im J. 1490., verſchiedene Münzconferenzen, zu Anfang des Jahrs in Leipzig, hernach zwiſchen Oſtern und Pfingſten zu Naumburg, ferner auf Margaretentag zu Oſchatz, und endlich auf Laurentius in Zeitz halten. Auf der Zuſammenkunft zu Leipzig wurde Sächſiſcher Seits von den Abgeordneten der Städte Erfurt, Mühlhauſen und Nordhauſen verlangt, daß ſie bey ihrer Münze mit den Herzogen von Sachſen einerley Korn und Schrot halten möchten. Die Stadt Nordhauſen erklärte ſich auch, auf dem folgenden Naumburgiſchen Convente hiezu willfärig. Aber die Erfurter und Mühlhauſer lieſſen ſich nicht weiter heraus, als daß ſie mit ihrer Münze es alſo halten wolten, daß Land und Leuten daraus kein Schaden erwachſen ſolte. Jedoch mit dieſer Erklärung waren der Churfürſt und die Herzoge von Sachſen nicht zu frieden, ſondern ſie verlangten in einem, den 4. Junius 1490., an die Städte Erfurt und Mühlhauſen erlaſſenem Schreiben, daß, wenn ſie münzen wolten, ſie auch ein Korn und Schrot nach der Sächſiſchen Satzung halten, ſolches nicht verringern ſolten. Zu Naumburg übrigens wurde eine neue Sächſiſche Münzordnung entworfen, und hernach zu Oſchatz und Zeitz noch ein und anderes hinzugefügt, auch an letzterm Orte die von dem Probierer zu Zwickau geſchehene Probirung der fremden Münzen den verſammelten churfürſtlichen und fürſtlichen Räthen vorgelegt.

Das Hauptwerk der auf dieſen Münztagen gefaßten Schlüſſe gieng kürzlich dahin, alle ausländiſche Münze, wo möglich, ganz und gar aus dem

Lande

Lande zu ſchaffen. Deswegen verglich ſich das Sächſiſche Geſammthaus, ſeine Münze auf das vormalige Korn und Schrot ohne Schlägeſatz wieder zu ſetzen, und zwar einigen fremden Münzen den fernren Lauf in ihren Ländern zu laſſen, ſelbige aber auf einen gewiſſen, und meiſtentheils geringen, Werth herunter zu ſetzen, alſo daß ſie, bey Strafe von 100. rheiniſchen Gulden, oder der Landesverweiſung, oder einer Leibesſtrafe, nicht anders, als in dem geſetzten Werthe, ausgegeben und genommen werden ſolten. Nach Maßgab dieſer getroffenen Conventionen erlieſſen hierauf Churfürſt Friedrich der *III.* und ſein Bruder, H. Johannes, den 28. September 1490., ein Ausſchreiben in ihr ganzes Land, und fügten ſelbigem ein Verzeichniß der theils devalvirten, theils gänzlich verruffenen fremden Münzen bey. Weil aber dieſer Verordnung nicht nachgelebt wurde, ſondern vielmehr die Unterobrigkeiten geſtatteten, daß die verbotenen Münzen bey ihnen, nach wie vor, ausgegeben und eingenommen wurden; ſo lieſſen der Churfürſt und der Herzog, unter dem 9. Hornung 1491, ein Monitorium an die Grafen, Herren, Amtleute und Städte in ihrem Lande ergehen, über das neue Münzausſchreiben beſſer, als bisher geſchehen, zu halten. Zu Anfang des folgenden J. 1492 wurde von den ſämtlichen Sächſiſchen Fürſten, durch ihre Räthe, wieder eine Münzconferenz zu Leipzig gehalten, und in derſelben beſchloſſen: 1) zu Schneeberg und Freyberg nach Nothdurft zu münzen, und es bey dem letzt verglichenen Korn und Schrot zu laſſen; 2) ſowohl die einheimiſche, als auch die fremde Münze, alle vier Wochen, fleißig zu probiren, und den befundenen Abfall zur Beſtrafung ſofort zu melden, und 3) einen Theil der neugeprägten Münze in die thüringiſche Städte zu ſchicken,

ſchicken, damit daſelbſt kein Mangel an der neuen Münze ſich ereignen möge. Da es ſich aber, dem allen ungeachtet, mit dem einmal in Unordnung gerathenem Münzweſen nicht geben wolte; ſo änderten der Churfürſt und die Herzoge von Sachſen, gleich nach dem erſtgedachten Leipziger Convent, ihre gegebene Münzedikte abermals in ſo ferne, daß ſie alle fremde Silbermünze, bis auf die böhmiſche Groſchen, und die churmärkiſche und fränkiſche Münze, nach ihrem devalvirten Werthe, in allen ihren ländern, durch ein neues Münzedikt vom 10. Hornung 1492., bey ſchwerer Strafe verboten. Und hernach haben die Sächſiſchen Fürſten ſich auch noch, im October dieſes Jahrs, mit dem landgrafen Wilhelm von Heſſen-Caſſel, über die Münze in ihren ländern verglichen, und daß an Korn und Schrot von keinem einſeitiger Weiſe etwas verringert werden ſolte f).

Aus allen bisher ſo zalreich angeführten Münzgeſetzen, Ordnungen und Vereinen, deren noch mehrere, wenn es nöthig, hätten können namhaft gemacht werden g), ergiebt ſich, daß, unſern

f) Müller, *l.* modo *c.*, P. II. 4. Vorſtell. cap. 40. §. 11 - 27. p. 481 - 498. Es ſtehen aber die von ihm angeführten Urkunden nicht alle in ihrer richtigen chronologiſchen Ordnung, und die Jahrzalen ſind auch nicht allemal richtig angegeben. Solches hat der Herr Hof- Cammer- und Landſchafts-Rath Hirſch, der dieſe Urkunden im erſten und achten Theil ſeines T. R. Münz-Archivs wieder abdrucken laſſen, nicht beobachtet, und ſie daher zum Theil auch unrichtig geordnet. Ich habe aber dieſe Fehler, bey dem von dieſen Urkunden gemachtem Gebrauche, verbeſſert, und ſie in der, im Texte enthaltenen, hiſtoriſchen Erzälung in ihre rechte Ordnung gebracht. g) Auſſer denen bereits angezeigten will ich noch folgende bemerken:

ſern ganzen Periodus hindurch, kein beſtändiger und allgemeiner Reichsmünzfuß geweſen ſey. Vielmehr war das Münzweſen in einer beſtändigen Zerrüttung und Unordnung, beſonders unter der langen Regierung K. Friedrichs des *III.* Mithin muſten die für das wahre Wohl ihrer Länder beſorgten, Fürſten und Stände, nach der Lage und Beſchaffenheit ihrer Länder, ſich zuſammen ſetzen, Münzvereine mit einander ſchlieſſen, und Münzordnungen ausgehen laſſen, wie es ihr eigener Cameralnutzen und die Wohlfart ihrer Unterthanen zu erfordern ſchien. Die goldene Münze in Teutſchland hatte vornehmlich ihren Sitz am Rheinſtrome. Nach derſelben richtete ſich die Silbermünze in den übrigen Teutſchen Provinzen. Da nun die Rheiniſchen Churfürſten den Münzfuß im Golde von Zeit zu Zeit änderten; ſo muſte dieſes nothwendig auch eine Veränderung des Münzfuſſes im Silber nach ſich ziehen. Hiezu kam noch weiter, daß man über die Proportion zwiſchen Gold und Silber nicht mit einander einig war,

merken: 1) CAROLI IV. Imp. *Praeceptum*, quo *Monetas* in *Delphinatus* et *Sabaudiae* Ditionibus, non aliter, quam *ſub forma* et *modo* praeſcriptis, cudi vetat, de a. 1365.; in *Schannati* Vindem. Literar., Collect. II. p. 135 ſq. und etwas vollſtändiger in Hofmanns Samml. ungedr. Urkunden ꝛc., P. II. Sect. I. n. 171. p. 176 ſqq.; 2) Churfürſt Gerlachs von Maynz Münzordnung vom J. 1368, in *de Gudenus* C. M. D., T. III. n. 324. p. 490 ſq.; 3) Churf. Cuno's von Trier und H. Wenceslaus von Luxemburg Münzverein vom J. 1371; ap. Dn. *ab Hontheim* in Hiſt. Trevir. Dipl., T. II. n. 736. p. 255 ſq.; 4) Churfürſt Adolfs von Maynz Münzedikt vom J. 1378., ap. *de Gudenus* l. c., T. III. n. 339. p. 526 ſq.; und 5) Münzabſchied der vier Rheiniſchen Churfürſten vom J. 1404., apud *Eundem* l. c., T. IV. n. 13. p. 35 ſqq.

war, und, wie es ſcheint, ſelbige in dieſen Zeiten nicht genau genug beſtimmt war. Inzwiſchen würde doch die **Verwirrung** und der **Verfall** im **Münzweſen** nicht ſo hoch geſtiegen ſeyn, wenn der **Münzſtände** weniger geweſen wären. Allein die Anzal derſelben vermehrte ſich, in **unſerm Periodus**, zuſehends durch die Freigebigkeit unſerer Kayſer, welche nicht nur **unmittelbaren Ständen** unſers **Teutſchen Reichs**, ſondern auch **mittelbaren Gliedern** deſſelben **Münzprivilegien** ertheilten. Ein zalreiches Verzeichniß derſelben, nur aus **unſerm Zeitraume**, kan man bey dem **Pfeffinger** finden h), welches aus **Hirſchens** Münzarchiv, und auch aus dem **hiſtoriſchen Abſchnitte unſers Periodus** anſehnlich vermehrt werden kan.

So freigebig übrigens und unbedachtſam die Kayſer mit Verleihung des **Münzregals** verfuhren, eben ſo giengen auch einige unſerer **Fürſten** damit zu Werke. Sie **veräuſſerten** nehmlich ſelbiges bisweilen, für ein geringes Stück Geldes, an ihre eigene **Unterthanen**. Die Richtigkeit dieſes, von einigen in Zweifel gezogenen, Satzes hat mein Freund, der durch ſeine ächte hiſtoriſche Schriften berühmte Herr Profeſſor **Gebhardi** zu **Lüneburg**, in einer eigenen gelehrten Abhandlung, gründlich dargethan i). Denen von ihm angeführten Exempeln von den **Herzogen** von **Mecklenburg** und **Lüneburg**, wie auch den **Marggrafen** von **Brandenburg**, will ich noch folgende drey beifügen. Im J. 1273. verkaufte Marggraf **Dietrich** von Meiſſen zu **Landsberg**, für 30. Mark Silbers, den Bür-

h) in *Vitriar. illuſtr.*, T. III. p. 470. b. - 474. b. Cf. Strubens Nebenſtunden, P. IV. n. 23. §. 9. p. 101 ſq. nota a). i) in den Hannoveriſchen Beyträgen zum Nutzen und Vergnügen vom J. 1762., n. 57. p. 897 ſqq.

Bürgern und der Stadt Leipzig: *opus* ſuum *fabrile* MONETAE, PROPRIETATIS TITVLO *perpetuo poſſidendum* [f]). Ingleichen überließ Biſchof Ludewig von Halberſtadt, im J. 1363., ſeinem Domkapitel und der Stadt Halberſtadt auf ewig die ſeinem Hochſtifte, ſchon von den Sächſiſchen Kayſern, verliehene Münzgerechtigkeit [l]). Und im J. 1468. verkaufte Churfürſt Adolf der *II.* der Stadt Erfurt die daſige Münze des Erzſtiftes [m]).

Unſere Kayſer ſchalteten nun, wie aus dem bisher geſagten erhellet, in dieſen Zeiten mit der Münzfreiheit nach Gefallen. Sie hatten ferner ſelbſt noch ihre Münzen in einigen Reichsſtädten, und lieſſen in denſelben Geld ſchlagen. Aber ſie überlieſſen, verſchenkten oder verpfändeten ſelbige, nach eigenem Belieben, an wen ſie wolten. So hat z. E. K. Albrecht der *I.*, im J. 1302., die Münze zu Lindau einem daſigen Bürger, Namens Conrad Holle, für 30. Marck Silbers verſetzt. Von dieſem löſete ſie ein anderer lindauiſcher Bürger Wurmann ein, und zalte noch auſſerdem 20. Marck

f) Lünigs R. A., T. XIV. in der Fortſetz., p. 563. n. 5. l) Leuckfelds Antiquit. Nummar. Halberſtad., §. 96 ſq. p. 135 ſqq. m) Bereits Churfürſt Gerhard von Maynz hatte, im J. 1291., der Stadt Erfurt ſeine daſige Münze, nebſt andern Gerechtigkeiten, auf 11. Jahre, für 1000. Marck Silbers, wiederkäuflich überlaſſen. Sie war aber bisher weder eingelöſet worden, noch hatte die Stadt davon Gebrauch gemacht. Es verglich ſich alſo Churfürſt Adolf der *II.*, im J. 1468., mit der Stadt Erfurt, daß ſie nunmehr ſolche Münze aufrichten möchte, und beſtätigte den vorigen Verkauf; S. Lünigs R. A., T. XIV. in der Fortſetz., p. 468 ſq. n. 69. und J. H. von Falckenſtein Hiſt. v. Erffurth, L. III. c. 4. §. 8. p. 163 ſqq. et cap. 15. §. 8. 336 ſq.

20. Marck Silbers in die königliche Kammer, wogegen K. Friedrich von Oeſterreich, im Jahr 1315., ſolche Pfandſchaft beſtätigte. Nachher kam ſelbige endlich an den Mark Kitzi, gleichfals einen Bürger aus Lindau, der ſich ſolche, im J. 1415., von K. Sigmunden beſtätigen ließ. Er verkaufte aber hernach, im J. 1417., das Amt der Münze, mit Gewicht und Wechſel, und mit allen andern Rechten und Zugehörungen, für 80. rheiniſche vollwichtige Goldgulden, an den Bürgermeiſter, Rath und gemeine Bürgerſchaft der Stadt Lindau [n]).

Zu Nürnberg war ebenfals eine ſolche kayſerliche und Reichsmünze, deren Beſorgung und Aufſicht dem daſigen Reichsvogt von den Kayſern übertragen war. Da aber die Reichsvögte auf der Reichsveſte zu Nürnberg abgiengen, und ſich der daſigen Reichsmünze nicht weiter annahmen; ſo kam ſelbige anfangs pfandweiſe an die reiche Groſſen, die Bürger von Nürnberg waren, und war Leopold Groß des Reichs Münzmeiſter zu Nürnberg unter K. Carln dem *IV*. Weil aber dieſer Leopold Groß in groſſe Schulden gerieth, alſo daß es das Anſehen gewann, daß er die Münze würde verkaufen oder verſetzen müſſen; ſo befal der Kayſer, im J. 1363., dem Rath zu Nürnberg, daß er die Münze, als ſich und der Stadt nützlich, an ſich kaufen und löſen ſolte. Es iſt aber dieſe Ablöſung nicht erfolgt, ſondern die Groſſen haben die Münze noch länger behalten, von denen ſie hernach an einen andern nürnbergiſchen Bürger, Herdegen Valzner, gekommen. Dieſem hat K. Wenceslaus, im J. 1396., des Reichs-

n) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 25. 27. 70. et 72. p. 20. 21. 69. et 71.

Reichs-Münzgerechtigkeit zu Nürnberg anbefolen, und ihm die Beſtätigung der darauf haftenden Pfandſchaft verſprochen, wenn er die Briefe und Rechte der Groſſen an ſich bringen könnte. Solches iſt auch nachher geſchehen, und hat K. Ruprecht, im J. 1402., die Pfandſchaft der Nürnbergiſchen Reichsmünze den Valznern beſtätigt, auch den alten Pfandſchilling von 4000. Pfund alter Heller auf 4000. rheiniſche Gulden erhöhet. Hierauf aber gab K. Sigmund dem Churfürſten Friedrich von Brandenburg die Erlaubnis, ſolche Reichsmünze von dem Herdegen Valzner, für 4000. Gulden, abzulöſen, und befal, im J. 1419., dem Valzner, ſelbige an den Churfürſten abzutreten, welches auch jener gethan hat. Sie blieb jedoch nicht lang in des Churfürſtens Händen, ſondern er trat ſie, im J. 1424., dem Rath zu Nürnberg ab, ſo wie ſie die Groſſen und Valzner gehabt hatten, und dieſes beſtätigte hierauf K. Sigmund im folgenden J. 1425., wie ſchon weiter oben gemeldet worden o).

Wo nun die Kayſer das ihnen in den Reichsſtädten zuſtehende Münzrecht nicht verſchenkt, verkauft, oder verſetzt hatten, lieſſen ſie ſelbiges durch die ſogenannten Hausgenoſſen, (*Monetarios*,) ausüben, von welchen ich aber ſchon im zweiten Abſchnitte des vorigen Periodus Nachricht gegeben, daß ſie bereits damals zum Theil unter die Bothmäßigkeit der Landesherren gezogen worden p). Man findet daher in dem itzigen Periodus nicht nur in Reichsſtädten, ſondern auch in Landſtädten dergleichen Hausgenoſſen, die ihr Münz-

o) *Hiſt. Norimb. dipl.*, in *Prodr.*, p. 326 ſq. et Per. II. n. 264. 282. 292. et 302 ſq. p. 499 ſq. 526 ſq. 553 ſq. 566. et 567.

p) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 376. f.

Münzrecht nicht allemal dem Kayſer, ſondern auch denen Fürſten und Ständen des Reichs zu danken hatten q). Indeſſen nahmen ſich dieſe Hausgenoſſen bisweilen heraus, von den Reichsſtänden zu verlangen, daß ſie ihre Münzen nach jener Willen ſolten ſchlagen laſſen. Man ſiehet dieſes aus einem merkwürdigen Rechtsſpruche K. Rudolfs des *I.*, welchen derſelbe im J. 1283., auf dem Reichshofe zu Breiſach, bey Gelegenheit einer ſolchen Streitigkeit gefällt hat, worinnen aber den Hausgenoſſen ihre Prätenſion abgeſprochen wurde. Dann ſo heißt es in dem beſagten Rechtsſpruche: *Nobis pro tribunali ſedentibus in Briſacho*, - - - PER SENTENTIAM *Principum*, *Comitum*, *Nobilium et aliorum Imperii Fidelium* QVESITVM *et* OBTENTVM EXSTITIT *coram Nobis*, *quod* QVILIBET PRINCEPS *Imperii eccleſiaſticus vel ſecularis*, *ab ipſo Imperio monetam tenens in feodum*, *ipſam* MONETAM POTIVS DEBET CVDERE, *vel cudi faciet*, *ſecundum ius et conſuetudinem*, *quibus ab antiquis temporibus de iure hactenus eſt gaviſus*, QVAM IVXTA VOLVNTATEM CONSORCIVM, *qui vulgo* HVESSGENOCZ *appellantur* etc. r). Zu Speyer waren auch dergleichen Hausgenoſſen, welche im J. 1289. mit dem Rath und der Bürgerſchaft daſelbſt einen Vergleich über die Erbauung eines Münzhauſes errichteten s). Den Hausgenoſſen zu Worms aber beſtätigte K. Carl der *IV.*, im J. 1372., ihr vormals von K. Frie-

q) Friedr. Heuſingers Verſuch einer Abhandl. vom Nutzen der T. Münzwiſſenſch. mittlerer Zeiten; (Nürnberg, 1750. 8.) §. 21. p. 186 ſq. C. G. *Buderi* Diſſ. de Monetariis Principum ac Civitat. Germ.; Ienae, 1751. 4. und Hirſch *l. c.*, T. I. in der Vorrede, §. 28. r) *Schannati* Hiſt. Wormat., T. II. n. 167. p. 143 ſq. s) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 24. p. 19 ſq.

Friedrich dem *I.*, im J. 1165., erhaltenes Privilegium t). Und ein Formular von dieſem Kayſer, wie dergleichen erbliche Hausgenoſſen beſtellt worden, hat uns der Johannes von Geylnhuſen aufbehalten u). Endlich haben wir auch von Kayſer Carln dem *IV.* noch eine Urkunde zu bemerken, worinnen er, im J. 1360., einen gewiſſen Jacob von Luca zu einem öffentlichen Münzmeiſter oder Hausgenoſſen, (*Monetario publico,*) beſtellt hat, alſo daß er, in allen dem Reiche unterworfenen Städten und Oertern, ſolte münzen können, doch ohne Nachtheil und Schaden der gewönlichen Hausgenoſſen v).

Was die Münzſorten anbelangt, welche in unſerm Periodus in Teutſchland ſind geſchlagen worden, oder doch gäng und gebe geweſen; ſo wurden in Golde nur die Goldgulden gemünzt, die insgemein die Rheiniſchen Gulden genannt wurden, weil die Rheiniſchen Churfürſten ſie zuerſt ſchlagen lieſſen. Mir iſt wenigſtens nicht bekannt, daß in dieſen Zeiten auch ſchon Dukaten in Teutſchland wären geprägt worden; obgleich die ungariſchen und böhmiſchen Dukaten ſchon in unſerm Periodus ihren Cours in unſerm Reiche hatten. Pfeffinger führt zwar einen angeblichen Dukaten von K. Sigmunden, als Churfürſten von Brandenburg, an w). Allein man kan bald aus deſſen Beſchreibung wahrnehmen, daß er ſich nicht von dieſem Kayſer, ſondern vielmehr von dem Marggrafen Sigmund von Brandenburg aus der Fränkiſchen Linie herſchreibe. In den Köhleriſchen Münzbeluſtigungen und Dukaten-Cabinet

t) *Schannat* l. modo c., T. II. n. 216. p. 188 ſq.
u) in *Collectario*, n. 37., *l.c.*, p. 37.
v) *Glafey* Anecdota, n. 9. p. 20.
w) in *Vitriar. illuſtr.*, T. III. p. 1229. a.

binet werden zwar gleichfals viele kayſerliche, churfürſtliche und fürſtliche **Dukaten** aus unſerm **Periodus** namhaft gemacht. Aber es ſind ſelbige in der That nur **Goldgulden**, wie dann auch, in den vielen angeführten **Münz-Ordnungen**, **Abſchieden** und **Vereinen**, von **Dukaten**, als einer in **Teutſchland** geſchlagenen Münze, nichts vorkommt, ſondern nur der **Gulden** oder **Goldgulden** gedacht wird, die auch ein ganz anderes **Korn** und **Schrot** hatten, als die **Dukaten** r). Der **Name** und die **Münze** der **Gulden** hat ſich bis auf unſere Zeiten erhalten, und da ſie anfangs nur in **Gold** geſchlagen wurden; ſo hat man in den folgenden Zeiten dieſen Namen auch einer Sorte von den **groben Silbermünzen** beigelegt, mit deren Ausprägung Erzherzog **Sigmund** von Oeſterreich, im J. 1484., den Anfang machte, der ſie zu 2. **Loth** ſchwer von ganz **feinem Silber** ausmünzen ließ, daher ſie auch den Namen *Unciales* bekamen.

r) Mir iſt zwar nicht unbekannt, daß K. Carl der *IV.* in ſeinem, in der vorſtehenden Note g) unter N. 1., angeführten *Praecepto* verordnet habe, zweierley Münzen in Golde zu ſchlagen. Von der erſten Gattung, die *Moneta regalis*, Königsmünze, hieß, ſolten 63. Stück auf die rauhe Mark zu 23$\frac{3}{4}$. Karat fein gehen, 1. Stück 13. Groſchen gelten, und $\frac{1}{3}$ Gulden für die Münzkoſten abgerechnet werden. Bey der andern Gattung aber ſolten 68$\frac{1}{4}$. Stück auf die rauhe Mark zu 23$\frac{3}{4}$ Karat fein gehen, 1 Stück nur 12 Groſchen gelten, und 5 Groſchen für die Münzkoſten in Abrechnung gebracht werden. Allein man kann deswegen doch die erſte Gattung dieſer Goldmünzen, oder die ſogenannte Königsmünzen, nicht für Dukaten ausgeben, ſondern ſie waren nur eine andere und ſchwerere Art von Gulden. Das Korn blieb bey beiden gleich, und blos das Schrot war bey dieſen zwiefachen Gulden von einander unterſchieden.

Unter den Silbermünzen, welche gleichfals bis auf unſere Zeiten fortgedauert haben, kommen die Heller, Pfenninge, Weißpfenninge oder Albus, und Groſchen vor. Sie waren zum Theil dem Namen nach auch ſchon im vorigen Periodus bekannt; aber ihr innerlicher Werth verringerte ſich nach und nach in unſerm Zeitraume gar ſehr, wie aus dem bereits angeführten zu erſehen iſt. Die Heller kamen dergeſtalt herunter, daß zuletzt deren zwey nur einen Pfenning ausmachten, und auch bey den Groſchen, zu denen man anfänglich das beſte Silber nahm, wurde endlich ihr innerlicher Gehalt ſehr verringert. Sie bekamen hiernächſt, wegen ihrer äuſſerlichen Beſchaffenheit und Gepräge, verſchiedene Beinamen, als z. E. Kreutzgroſchen, Schwerdtgroſchen, Schildgroſchen, Sterngroſchen u. ſ. w. Hiernächſt erhielten ſie auch verſchiedene Benennungen, theils nach den Ländern und Städten, wo ſie ausgeprägt wurden, theils nach ihrem Werthe und innerlichen Gehalt. In Anſehung des letztern wurden wiederum verſchiedene Eintheilungen der Groſchen, in alte und neue Schock, in ganze, mittel und halbe, in ganze und halbe Gulden-Groſchen, gemacht, welche letztere Eintheilungen doch etwas ſpäter aufgekommen ſind. Auſſer dieſen noch heutiges Tages üblichen Münzgattungen in Silber ſchlug man, in unſerm Periodus, auch noch andere, itzo ganz unbekannte Münzſorten in Teutſchland, die ihrem Namen nach ſchon längſtens erloſchen ſind. Hieher gehören z. E. die Turnoßen, die eine Art von Groſchen waren, und von der Stadt Tours in Frankreich, wo ſie im J. 1226. zuerſt zum Vorſchein kamen, ihren Namen hatten. Sie wurden in Teutſchland an verſchiedenen Orten, als zu Diepurg im Maynziſchen, zu Frankfurt, Nürn-

berg

berg und an a. O. m., bald nachgeprägt, nahmen aber in unſerm Reiche, im 15. Jahrhundert, ein Ende, und kamen auſſer dem Umlaufe. Man theilte ſie in alte und neue, groſſe und kleine Turnoſſe ein, und man hatte auch Königs-halbe und ſchwarze Turnoſſen, von deren verſchiedem Werthe einige in der folgenden Note angeführte Schriftſteller können nachgeſehen werden y). Hiernächſt kommen in den Urkunden dieſer Zeiten noch andere itzo unbekannte Münzarten vor, als z. E. die Sauſchillinge, Zwentlinge, Alt-Nobel, Alt-Kayſer, Helbelin, Räder-Albus, ſchwarze Kreutz- und Kreutz-Schlangen, Plappatte, Achtlinge oder Kortlinge, Burckroſen, Stozler, Engliſche, Sechslinge, Dreylinge, Dölchlin, Schnapphanen u. noch a. m. z)

 Nun

y) S. des Herrn von Praun gründl. Nachr. von dem Münzweſen rc., P. I. cap. 3. et 4. p. 62 ſqq. *paſſim*. (Polyk. Sam. Wagners) gründl. Nachr. von Ankunft, Gepräge, Gewicht und Werth der Groſchen rc.; Wittenberg, 1728. 4. Joachims Neu-eröfnetes Groſchen-Cabinet, in der dem *I* Fache des *I.* Bandes vorgeſetzten allgemeinen Nachricht rc.; Leipzig, 1739. 8. *D.* Orth in ſeinen Anmerck. über die Frankfurt. Reformation, an denen, zu Anfang dieſer Materie, in der Note a), S. 469., angeführten Stellen. Joh. Ge. Eſtors Anmerck. über das Staats- und Kirchen-Recht; (Marburg, 1750. 8.) cap. 37. et 38. p. 640 ſqq. und Hirſch *l. c.*, T. I. in der Vorrede, §. 12. et 14-16. Vorzüglich aber ſind hiebey die, dem *II* und *III.* Theil des Hirſchiſchen T. R. Münzarchivs vorgeſetzten, Reduktions- und Reſolvirungs-Tabellen der verſchiedenen Münzſorten in Gold und Silber aus unſerm Periodus mit Nutzen zu gebrauchen.

z) Mehrere ſolcher itzo unbekannten Münzſorten kan man angezeigt und benannt finden beym Hirſchen, T. I. in der Vorrede, §. 13. et 20. und T. II. in der Vorrede, §. 8, inglei-

Nun iſt bey der Materie von dem Teutſchen Münzweſen nur noch übrig, auch von dem Gepräge auf den Münzen unſerer Teutſchen Reichsſtände etwas zu gedenken. Daſſelbe war in den erſten Zeiten, wie unſere Kayſer anfiengen, den Fürſten und Ständen die Münzgerechtigkeit zu verleihen, willkührlich. In denen ertheilten kayſerlichen Münz-Privilegien iſt kein Gepräge vorgeſchrieben, mithin ſtand es in der Münzherren Willkühr, ein Gepräge zu wälen, wie es ihnen beliebte. Die Biſchöfe und Aebte ſetzten daher auf ihre Münzen entweder ihr Bildnis, oder das von dem Schutzheiligen ihres Stiftes, mit der Umſchrift der Namen. Und wie die Wappen aufkamen; ſo prägte man auch dieſelben auf die Münzen. Die weltliche Herren aber erſcheinen auf ihren Münzen in halber und ganzer Geſtalt, zu Roß und zu Fuß, ſtehend und ſitzend, mit Schwerdtern, Fahnen und Schilden, mit oder ohne ihre Namen, und nach Einführung der Wappen wurden auch dieſe darauf geſetzt. Mithin findet man auf den alten Münzen der Reichsſtände kein Bild und Namen eines Kayſers, oder ein Reichszeichen und Wappen. Doch befal ſchon K. Friedrich der *II.* der Stadt Lübeck bey Verleihung der Münzgerechtigkeit: *ut monetam* SVB CHARACTERE (ſui) NOSTRI NOMINIS *facere et cudere debeant* a). Aber die erſten Römiſche Könige und Kayſer in unſerm Periodus ſchrieben denen, von ihnen mit dem Münzregal privilegirten, Reichsſtänden hierunter gleichfals nichts vor, ſondern lieſſen das Gepräge in ihr Willkühr geſtellt

ingleichen in dem *Indice II.* des *II. III. IV.* und *V. Tomi* von des Herrn von Gudenus Cod. dipl. Moguntino. a) Lünigs R. A., T. XIII. p. 1332. a.

geſtellt ſeyn. Erſt K. Carl der *IV.* fieng an, bey Ertheilung des **Münzprivilegiums** bisweilen vorzuſchreiben, wie das **Gepräge** auf der **Münze** beſchaffen ſeyn ſolle, worunter ihm einige der folgenden Kayſer folgten. Ich will die bereits von dem ſeeligen Profeſſor **Köhler** b) angeführte Exempel hier nicht wiederholen, ſondern ſelbigen nur, auſſer dem ſchon weiter oben bemerkten *Praecepto* CAROLI *IV. Imp.* de *Monetis* in *Delphinatus* et *Sabaudiae* Ditionibus, *ſub forma* et *modo* praeſcriptis, cudendis, noch dieſes beifügen, daß **K. Sigmund**, im J. 1422., der Stadt **Breßlau**, welche ſchon von K. Carln dem *IV.* die **Münzgerechtigkeit** erhalten hatte, erlaubt habe, auf ihre **Münzen**, nach eigenem Gutdünken, ein **Gepräge** ſchlagen zu dörfen c). K. **Wenceslaus** aber, wie er anfangen ließ, zu **Frankfurt** münzen zu laſſen, befol unter andern dem dazu beſtellten **Seifried zum Paradies**, daß die geprägten **neuen Gulden** des **Reichs** und des **Königreichs Böhmen Zeichen** auf beiden Seiten haben ſolten d).

Daß die **oberſtrichterliche Gewalt** in **Teutſchland**, auch noch in unſerm **Periodus**, beſtändig bey den **Kayſern** geweſen, und dieſelben die **concurrente Gerichtsbarkeit** mit den **Reichsſtänden** in ihren Ländern, beſonders zu Anfang unſers Zeitraums, wie ſie noch in den Teutſchen **Provinzen** herumreiſeten, auf den **gemeinen Reichshöfen**, und hernach durch die **Hof- und Landgerichte**, ausgeübt haben, hat wohl keinen Zweifel. Ja die ganze **Gerichtsbarkeit** der **Reichsſtände** floß urſprünglich aus der Verleihung der **Kayſer**

b) in der **Vorrede** zu des **Herrn von Praun** erſt angeführten gründl. Nachricht ꝛc. c) Hirſch *l. c.*, T. I. n. 74. p. 72. d) Orth von den Frankfurt. R. Meſſen, Sect. XI. §. 184. p. 328.

her, und es haben noch viele **Reichsſtände**, zumal einige **Reichsſtädte**, erſt in **unſerm Periodus** eine völligere **Jurisdiktion**, beſonders den **Blutbann**, wie auch die Befreiung gegen die Vorforderung an alle auswärtige, und namentlich die **kayſerliche Hof- und Land-Gerichte**, (*Privilegia de non evocando*,) erhalten, wozu nachher die *Privilegia de non appellando* gekommen ſind. Es könnte bey dieſer Materie von der **oberſtrichterlichen Gewalt des Kayſers**, in **unſerm Zeitraume in Teutſchland**, und dem **Zuſtande des Reichsgerichtsweſens**, vieles geſagt werden; aber ich muß mich, wegen der noch rückſtändigen Materien, nach dem übrigen Raume **dieſes Bandes** richten. Mithin muß ich **meine Leſer** auf einige in der **Note** angeführte Schriften verweiſen, wo ſie hievon mehrere Nachricht antreffen werden [e]. Und ich will mich begnügen, nur einige allgemeine Anmerkungen zu machen.

Zu

e) Man kan bey dieſer Materie überhaupt mit Nutzen zu Rath ziehen: *Haltauſii* Mem. I. P. certi S. R. I. ex medio aevo, Sect. II. §. 8 ſqq. et Sect. III.; J. L. Hauſchilds Gerichts-Verfaſſung der Teutſchen ꝛc.; (Leipzig, 1741. 4.) *paſſim*; Caeſarinus *Fürſtenerius* (Müller) von des Kayſers ICtion; (ſ. l. 1747. 4.) Henr. Balth. *Blum* de *Kempis* Comm. de Iudicio Curiae imper. German., adj. *App.* de Iudicio Curiae imp. Rottwilenſi; Francof. ad Moen, 1745. 4.; H. C. *Senckenbergii* Disquiſitt. tres de Iudiciis Principum, Palatini in Caeſarem, et Recurſu ad Comitia; (Frcf. et Lipſ. 1745. 4.) *paſſim*; Eben deſſelben Abhandl. von der Kayſerl. höchſten Gerichtsbarkeit in Deutſchland; (Frankf. am M., 1760. 4.) beſonders in der Vorrede; *Eiusdem* Obſſ. variae de Iudicio Camerali hodierno etc.; (Vindob., 1764. 8.) *per totum*; *Buderi* Symmicta, L. I. n. 4. p. 84 ſqq. des Freyherrn von Harp-

Zu Anfang unſers **Periodus** war die Verwirrung in Teutſchland faſt auf den höchſten Gipfel geſtiegen, und ein jeder lebte damals faſt im Stande der natürlichen Freiheit. Da ſchon gegen Ende des **vorigen Periodus** die **Reichsgerichte** ſehr in Verfall gerathen waren, und die Macht der **Kayſer** abgenommen hatte; ſo nahm darüber die Unordnung in unſerm **Reiche** deſto mehr überhand. Die **Fürſten** und **Stände** machten nicht nur ihre Streitigkeiten über ihre Güter und Gerechtſame eigenrichterlich mit dem Degen in der Fauſt aus, ſondern die Mächtigere ſuchten auch ihre ſchwächere Mitſtände zu überwältigen, und dadurch ihre Macht und Anſehen zu erweitern und zu vergröſſern. Sogar mittelbare Unterthanen verübten ſolche Gewaltthätigkeiten; der **Adel** legte ſich auf das Rauben, und lebte zum Theil aus dem Stegreif, und die **Lehensleute** befehdeten nicht ſelten ihre **Landesherren**. Durch die dadurch veranlaßte Unſicherheit der Straſſen litten am meiſten die **commercirenden Städte**, welche ſich aber durch Bündniſſe zu helfen ſuchten, die ſie jedoch hernach manchsmal mißbrauchten, und ihren **Landesherren** ſelbſt vieles Unrecht zufügten f). An allem dieſem Unweſen war vornehmlich

Harpprecht Staats-Archiv des Kayſerl. und H. R. R. Cammergerichts, im ganzen 1. Theil, und von Olenſchlagers N. Erläuter. der G. B., §. 62-68. p. 230 ſqq. *paſſim*, in welchen Schriften insgeſammt alles aus den Quellen weiter ausgeführt und bewieſen iſt. Von dem von den Kayſern, beſonders K. Ruprechten, den Reichsſtänden und Gliedern ertheiltem Blutbanne kan man insbeſondere nachſehen: *Schilterum* ad I. F. Alemann., cap. 42. §. 13-29. p. 223 ſqq. und C. G. *Buderi* Praefat. ad C. I. C. *Engelbrechti* Comm. de Servitut. I. P.; Lipſ. 1739. 4.

f) Strubens Nebenſtunden, P. IV. n. 23. §. 1. p. 84 ſq.

nehmlich Schuld, daß es den meiſten Kayſern in unſerm Periodus an genugſamen Anſehen, und auch wohl an der Macht, oder an Luſt fehlte, ihre oberſtrichterliche Gewalt mit Nachdruck zu handhaben, worüber alſo der Gerichtszuſtand in unſerm Reiche immer mehr verfiel g). Und da man nun, bey ſo bewandten Umſtänden, von dem Oberhaupte öfters keine Gerechtigkeit erlangen konnte, und die Freiheit unſerer Reichsſtände, auch die unbändige Raubbegierde des Teutſchen Adels dazu kam; ſo iſt es kein Wunder, daß die Befehdungen immer mehr überhand nahmen, und Teutſchland eine rechte Mördergrube wurde. Der verarmte Landadel hielt es ſich für keine Schande vom Rauben und Plündern ſeiner Mitbürger zu leben, und noch im 15ten Jahrhundert ſang man in Weſtfalen:

Ruten, Roven dat en is gheyn Schande,
Dat doynt die Beſten van dem Lande h).

Die geringſte, ja wohl nur eingebildete Beleidigung muſte manchsmal den Vorwand zu einer Befehdung geben. Dann ſo führte z. E. im J. 1489. die Stadt Frankfurt Klage wider Heylmann von Praunheim, daß er ihre Stadt deswegen befehdet hätte, weil eine Frankfurtiſche Jungfer einem ſeiner Vetter, der ſein Helfer geweſen, einen Tanz verſagt habe i). Sogar geringe Leute nahmen ſich heraus, andere zu befehden, wovon ich nur das Exempel der Schuhknechte in Leipzig anführen will, welche der daſigen Univerſität, im

g) S. z. E. die Stellen beym *de Gudenus* l. c., T. III. n. 235. p. 324 ſq. Eberhard Windecken *l. c.*, cap. 169. p. 1220. *Wenckeri* Appar. et Inſtr. Archiv., p. 322 ſqq. u. a. m. h) Wern. *Rolevinck* de ant. Saxon. ſitu et moribus, L. III. c. 10., in *Leibnitii* Scr. Brunſv., T. III. p. 646. i) von Olenſchlager *l. c.*, §. 76. p. 296. nota 1).

im J. 1471., einen Fehdebrief zugeſchickt haben [f]). Von ſolchen häufigen Befehdungen in Teutſchland aber in den damaligen Zeiten kan man die klägliche Beſchreibungen bey einigen damaligen Skribenten, und in einigen Urkunden dieſes Zeitalters nachleſen [l]).

Wie K. Rudolf der *I.* den Teutſchen Thron beſtieg, ſo ſuchte er denen ſo ſehr eingeriſſenen Befehdungen, durch die Wiederherſtellung der richterlichen Gewalt, zu ſteuren; doch war es nicht in ſeinem Vermögen, das Fauſtrecht auf einmal gänzlich abzuſchaffen. Er veranlaßte alſo zuförderſt, daß durch beſondere Verträge ein Landfriede, in dieſer und jener Provinz, auf gewiſſe Jahre beliebt wurde. Wer keine Luſt zum Krieg und Blutvergieſſen hatte, der übergab ſeine Streithändel der Entſcheidung erwälter Schiedsrichter. K. Rudolf ſelbſt ließ ſich bisweilen als Schiedsmann gebrauchen, und ſeine eigene Zwiſtigkeiten mit einigen Reichsſtänden wurden mehr auf eben dieſe Weiſe, oder durch Kriege, als gerichtlich ausgemacht. Dieſes alles aber ſind Beweiſe der faſt verlohren gegangenen richterlichen Gewalt. Um nun ſolche wieder herzuſtellen brachte er es endlich, im J. 1287., auf dem Würzburgiſchen Reichstage dahin, daß ein Landfriede genehmiget, und darinnen verordnet wurde, daß niemand das ihm zugefügte Unrecht ſogleich rächen, ſondern erſt ſeine Klage an den Richter bringen ſolte. Widerfuhr dem Kläger ſodann kein Recht; ſo mochte er ſeinen Feinden bey Tage abſa-

f) *Senckenberg* Sel. Iur. et Hiſt., T. IV. p. 416 ſq.
l) S. z. E. *Petrum* de *Andlo* l. c., L. II. c. 16. p. 106 ſq. et cap. 18. p. 112 ſq. *Trithemium* in Chron. Hirſaug., ad a. 1319. p. m. 146 ſq. und *de Gudenus* C. M. D., T. III. p. 456 ſqq. et 576 ſq.

abſagen. Man verband alle **Fürſten** und die Gerichte hatten, nach der Länder Sitten und Gewohnheiten zu urtheilen, erlaubte Niemand ohne des **Richters** Urlaub zu pfänden, und wolte, daß ein jeder Herr dafür ſtehen ſolte, wenn jemand durch die Seinige beraubt würde. Die **Räuber** ſuchte unſer **König** überall auf, und zerſtörte in den Provinzen viele Raubſchlöſſer. Die Art des gerichtlichen Verfahrens aber war ſo beſchaffen, daß der **Richter** ſelbſt keinen Rechtsſpruch abfaßte, ſondern es thaten ſolches die Perſonen, mit welchen das **Gericht** beſetzt war, und dieſe waren nicht immer eben dieſelben, vielmehr erwälte man die **Beyſitzer**, bey jeder Hegung des **Gerichts**, aus denen, welche zu ſelbiger Zeit beym **König** gegenwärtig, und dazu fähig waren. Der **König** ſetzte einen **Hofrichter**, der an ſeiner ſtatt das **Gericht** hegte; öfters aber ſaß er ſelbſt zu Gericht, welches nöthig war, wenn jemand in die Acht erklärt werden ſolte. Er durchreiſete noch ſelbſt die **Teutſche Provinzen**, ſetzte ſich in denſelben auf den Richterſtul, und beſtrafte die Friedensbrecher, oder beſtellte andere, die ſtatt ſeiner über den **Landfrieden** hielten; mithin hatte er in den **reichsſtändiſchen Landen** die **concurrent Jurisdiktion** mit der ordentlichen Landesobrigkeit [m]).

Die nächſten Nachfolger **K. Rudolfs** des *I.* ahmten ihm hierunter nach [n]), ſaſſen bisweilen ſelbſt zu

m) *Caeſarinus Fürſtenerius* l. c., §. 9. et 14 ſq. p. 14. et 22 ſqq. und Strube *l. c.*, P. IV. n. 23. §. 2. p. 85 ſqq. n) Sie beſtätigten nehmlich den **Landfrieden**, oder vermittelten beſondere **Landfrieden** in den **Provinzen**, und verordneten eigene **Friederichter**; S. z. E. *Datt* de Pace publ., L. I. cap. 5. p. 28 ſqq. et capp. 11. et 18-20 p. 75. et 133 ſqq. *de Gudenus* l. c., T. III p. 430 ſqq. 518 ſq. 605 ſqq. et 639 ſqq. *Senckenbergii* Meditatt.

zu Gericht o), hielten fleißig Reichshöfe, auf welchen vornehmlich auch die Rechtsſachen der Fürſten und anderer hoher Perſonen behandelt wurden p), oder übten ihre höchſte Gerichtsbarkeit durch ihr kayſerliches Reichs-Hofgericht aus. Dieſes hatte ſchon K. Friedrich der *II.* angeordnet, und einen eigenen Hofrichter beſtellt q). K. Rudolf der *I.* beſtätigte, im J. 1281., dieſes Reichshofgericht, und kommt unter ſeiner Regierung Hermann von Bonſtetten, im J. 1289., als Reichshofrichter vor. Seine beide nächſte Nachfolger, Adolf und Albrecht der *I.* haben die Verordnung K. Friedrichs des *II.* vom Reichshofgerichte und dem Reichshofrichter beſtätigt, und reſpective erweitert. Es ſind auch, von denen nachher anzuführenden Schriftſtellern, verſchiedene ſolcher Reichshofrichter, unter den Regierungen Albrechts des *I.*, Heinrichs des *VII.* und Ludewigs des *IV.* namhaft gemacht worden. Unter dem letztern aber gerieth das Reichsjuſtizweſen in ziemlichen Verfall, und es entſtanden viele Klagen über das Reichshofgericht. Um nun dieſen abzuhelfen, und jenes zu verbeſſern, ſchrieb K. Ludewig

wig

ditatt. de univ. iure et hiſt, Faſcic. II. Medit IV. p. 332 ſqq. Meine Analecta med. aevi, Sect. II. *paſſim.* Von dem damaligen *Modo procedendi* vor den kayſerlichen Gerichten findet man gute Nachrichten beym *Haltaus* l. c., Sect. III. §. 2 ſqq. in *Blumii* Comm. de Iud. Cur. imp germ., cap 5 § 50 ſqq. und bey dem Freyherrn von Harpprecht l. c., P. I. paſſim, beſonders §. 162 ſqq. p. 91 ſqq. Cf. *Schilter* in Comm. ad I. F. Alemann., c. 120. p. 293-299. und J. P. Reinhards Beyträge zur Hiſt. Frankenlandes, P. I. n. I. p. 18 ſqq

o) S. z. E. *Haltaus* l. c., Sect. II. §. 10-12. p. 17. 20. et 21.

p) S. in dieſem achten Bande des Auszuges, S. 296. u. f.

q) S. Eben denſelben im zweiten Bande, S. 388. ff.

wig der *IV.*, im J. 1442., einen gebotenen Hof nach Frankfurt aus. Daſelbſt wurde, mit Rath und Willen der Churfürſten, der Schluß gemacht, daß das kayſerliche und Reichshofgericht hinführo einen jeden nach den Geſetzen und geſchriebenen Rechten ſeiner Vorfahren am Reiche richten ſolte. Vermutlich ſuchte hiedurch der Kayſer eine Einförmigkeit in Abfaſſung der Urtheile einzuführen, und die bisherige Ungleichheit im Urtheilſprechen, die aus den verſchiedenen Gewohnheiten in den Provinzen entſtanden war, aufzuheben. Wenn man dem Abt Tritheim glauben könnte; ſo wäre ſchon unter dieſem Kayſer in Teutſchland ein Kammergericht geweſen *). Allein es hat wohl keinen Zweifel, daß Tritheim das zu ſeiner Zeit gewönlich geweſene Kammergericht, als eine bekannte Sache, mit dem ihm unbekannten ehmaligen Hofgerichte verwechſelt, und dieſem jenen neuen Namen beigelegt habe.

Die erſt bemerkte Verordnung K. Ludewigs des *IV.* hat hierauf K. Carl der *IV.* in der G. B. †) erweitert, und ſcheint dadurch der Flor des kayſerlichen Reichshofgerichtes auf das neue befeſtigt worden zu ſeyn. Es kommt daher unter Carln dem *IV.* eine groſſe Anzal von Reichshofrichtern vor, und man trifft weit wichtigere Urkunden von dieſem höchſten Reichsgerichte an, als vorher. Ja da, nach K. Friedrichs des *II.* Verordnung, die Reichshofrichter wenigſtens ein Jahr lang bey ihrem Amte bleiben ſolten; ſo findet man, daß unter Carln dem *IV.* mehrere Hofrichter in einem Jahr zugleich geweſen ſind, wie dann z. E., im J. 1366., drey verſchiedene kayſerliche

*) *Trithemii* Chron. Sponheim. ad a. 1328., in *Eius* Opp. a *Frehero* editis, P. II. p. 309.

†) *Tit. XI. §. 4.*

ſerliche Reichshofrichter, in einerley Rechtsſache, vorkommen. Aus dieſem Umſtande hat, meiner Meinung nach, der Herr von Olenſchlager *) eine ganz richtige Muthmaſſung gefolgert, daß nehmlich hieraus die vorhin bemerkte Stelle der G. B., von dem Verhör desjenigen Richters, der zur Zeit einer Berufung von ermangelndem Rechte im Reichshofe unmittelbar den Vorſitz haben würde, eine Erläuterung erhalten könne. Man dörfte nehmlich nur annehmen, daß dergleichen verſchiedene Hofrichter mit einander nach Monaten oder Jahreszeiten gewechſelt, und dergeſtalt das Hofrichteramt nach ihrer Reihe verwaltet hätten.

Auſſer dieſem höchſten Reichs-Gerichtshofe, nehmlich dem Hofgerichte, war auch der andere kayſerliche Gerichtshof, nehmlich die ſogenannte gemeine Reichshöfe, unter K. Carln dem *IV.*, noch nach der G. B., in Uebung und Gewohnheit. Aber eben dieſer Kayſer hat den Grund zum Verfall dieſer beiden höchſten kayſerlichen Gerichtshöfe gelegt, woran ſeine Staatskünſte Schuld waren, durch welche er das Reich mit allen Herrlichkeiten nach Böhmen zu ziehen ſuchte. Unter ſeiner Regierung kamen nehmlich die königlichen- oder Reichshöfe allmälig in Abnahme, auf welchen ſonſt unſere Monarchen, in den Teutſchen Reichsſtädten, mit Zuziehung benachbarter Reichsfürſten und Herren, die wichtigen Rechtshändel der Stände entſchieden hatten. Es bewog vielmehr unſer Kayſer verſchiedene vornehme Teutſche Fürſten, ſich in Prag aufzuhalten, und daſelbſt eigene Häuſer bauen zu laſſen, um ſie gleich bey der Hand zu haben, wenn er in Reichs- Gerichts- oder

*) in der N. Erläuter. der G. B., §. 65. p. 248.

oder Staats-Sachen etwas von Haus aus erkennen wolte. Ja wenn es ihm beym Reichsrathe an Teutſche Stände fehlte; ſo zog er böhmiſche Herren dazu, wie man aus vielen ſeiner, in den wichtigſten Reichsſachen ergangenen, Urkunden erſehen kan. Vermutlich machte er es auf gleiche Art mit ſeinem Reichshofgerichte, weil bereits unter ſeiner Regierung häufige Klagen über deſſen ungeübte und der Teutſchen Rechte unkundige Beyſitzer vorkommen. Ja es ſcheint faſt, als ob er das Hofgericht ganz hat eingehen, und alle Gerichtsſachen vor ſeinen Reichsrath, oder den Reichshof, ziehen laſſen wollen, weil er vielen Reichsſtänden *Privilegia de non evocando* wider ſein Hofgericht ertheilt, und ſogar Klagen über verſagtes Recht und geringere Sachen nur dem Reiche, als ſeinem oberſten Gerichtshofe, unterworfen hat. Es erweckte aber ſolches, und daß man alſo dem Reichshofe in Böhmen mit ſchweren Koſten nachziehen ſolte, ſchon in den letzten Lebensjahren K. Carls des *IV.* vieles Mißvergnügen, und man ließ es an ernſtlichen Erinnerungen nicht ermangeln, den Kayſer zu vermögen, wieder nach Teutſchland zu kommen, um in den Reichslanden das Gerichtsweſen, nach dem alten Herkommen, zu verſehen.

Unter ſeinem Sohn und Nachfolger Wenceslaus nahmen dieſe Beſchwerden mehr zu, als ab, und es iſt bekannt, daß unter den Urſachen ſeiner Abſetzung vornehmlich auch die Vernachläßigung des Reichs-Gerichtsweſen iſt angeführt worden. K. Ruprecht fand daher daſſelbe in der gröſten Verwirrung, deswegen er ſich ſehr angelegen ſeyn ließ, die Reichsſtände wieder an eine ordentliche Gerichtsſtätte zu gewöhnen. Aber er konnte ſeine Abſichten nicht durchſetzen, dann der Zuſtand unſers Reichs war zu verwildert, und

manchen Reichsſtånden war wohl gar damit gedient, daß das Reichs-Juſtizweſen in ſeiner bisherigen Unordnung blieb, weil ſie dabey deſto beſſer im Trüben fiſchen konnten. Indeſſen hielt K. Ruprecht ernſtlich auf ſein oberſtrichterliches Amt in Teutſchland, und wolte durchaus nicht geſtatten, daß die Stånde und Glieder des Reichs ihre Streithåndel durch den Degen ausmachten, ſondern er behauptete, daß deren Entſcheidung vor ihn, als den oberſten Richter im Reiche gehörte. Auch K. Sigmund ſuchte gleich zu Anfang ſeiner Regierung dieſe faſt verlohrne Vorrechte ſeiner Majeſtåt wieder herzuſtellen; deswegen hielt er nicht nur, bey ſeinem Aufenthalte auf dem Concilium zu Coſtniz, einen Reichshof, auf welchem er, mit Rath der vornehmſten anweſenden Reichsfürſten, in Staats-Lehen- und Rechts-Sachen, viel Wichtiges beſchloß, ſondern er brachte auch das Reichshofgericht wieder in Gang, bey welchem um dieſe Zeit, nehmlich im J. 1415. und nachher, Graf Günther von Schwarzburg als Hofrichter vorkommt.

Beilåufig muß ich hier ein paar Anmerkungen machen: 1) daß, wenn der Kayſer entweder ſelbſt zu Gerichte geſeſſen, oder einem andern, ex ſpecialiſſima Commiſſione, in beſondern Fållen das Richteramt, in ſeinem Namen, übertragen, ſodann der Reichshofrichter nicht ſelten die Stelle eines Beyſizers vertreten habe; 2) daß ſchon, um dieſe Zeit, in den Urkunden, auch ein kayſerliches Kammergericht vorkomme, welchem mit dem Hofgerichte eine gleichlauffende Gerichtsbarkeit, (*concurrens Iurisdictio*) zugeſchrieben wird. Dieſes Kammergericht muß man nicht von dem ſchon unter K. Carln dem *IV.* bekannten Gerichte der alten kayſerlichen Hofkammer ableiten, deſſen

Haupt der oberſte Kämmerer war, und welches für die kayſerliche Einkünfte Sorge tragen muſte, auch ohne Zweifel in allen fiſkaliſchen und verpönten Fällen zu erkennen hatte; ſondern es hatte damit eine andere Bewandnis. Es waren nehmlich, nach der Beobachtung des Herrn von Olenſchlager, in Frankreich, Böhmen und andern benachbarten Königreichen, ſchon in dieſen und den vorhergehenden Zeiten, Kammergerichte neben den Hofgerichten; mithin es wahrſcheinlich iſt, daß unſere Kayſer ſich nach dieſen Beiſpielen gerichtet, und neben ihrem Hofgerichte und ihrer Hofkammer, welche beide auch nachher ihre eigene Gerichtsbarkeit behalten, noch ein beſonderes Kammergericht mögen angeordnet haben. Hiedurch befeſtigten unſere Monarchen von neuem ihr altes höchſtes Richteramt an ihren Höfen, auch wider die vom Hofgerichte befreiete Stände, weil dieſe ihre Privilegien wider das Kammergericht nicht anführen konnten. Dann dieſes war, nach ſeiner erſten Beſtimmung und vorgeſchriebenem Rechtslaufe, berechtigt, die an ſelbiges gebrachte Proceſſe eigends vorzunehmen und zu entſcheiden. Und da konnte ein geſchickter Sachwalter die meiſten Rechtshändel, die wegen der Reichsſtändiſchen Privilegien *de non evocando*, vor dem Hofgerichte nicht wohl angebracht werden konnten, auf Ordinationen, Inhibitionen und andere Mandatsfälle qualificiren, und wegen der für den kayſerlichen Fiſkus gegen die Ungehorſamen jederzeit anzuhangenden Strafe, die Gerichtsbarkeit des Kammergerichts begründen. Den beſchwerten Ständen aber muſte dieſes neue höchſte Reichsgericht gleichfals ganz angenehm ſeyn, weil es nicht nur, ſeiner Eigenſchaft nach, mit mehrerm Nachdrucke den Nothleidenden zu Hülfe kommen konnte,

ſondern

ſondern auch, allem Anſehen nach, mit lauter vornehmen Beiſitzern vom Teutſchen Adel, und den angeſehenſten Doktoren der Rechte beſtellt werden muſte.

Aber die vielen Kriege, worein K. Sigmund, ſogar mit ſeinen eigenen Unterthanen, verwickelt wurde, und ſeine öftere und lange Abweſenheit aus Teutſchland, vereitelten ſeine gute Abſichten, ſowohl wegen Wiederherſtellung des Hofgerichtes, als auch wegen völliger Einrichtung eines Kammergerichtes; ja ſogar der oberſte kayſerliche Reichshof wurde hiedurch gleichfals vernachläßigt. Dann den Churfürſten, Fürſten und Ständen fiel es zu beſchwerlich und zu koſtbar, dem Kayſer in ſeine entlegene Staaten nachzureiſen, um die Ehre zu haben, ihrer Mitſtände Richter zu ſeyn. Wenn nun aber der Kayſer einmal nach Teutſchland kam, und einige Fürſten zu ſich entbot, um einen wichtigen Rechtshandel der Stände mit ihrem Rathe zu entſcheiden; ſo lieſſen ſie den Kayſer öfters lange genug auf ſich warten, weil ſie aus der Erfahrung wuſten, daß er in allen ſeinen Handlungen ein Zauderer war, immer ſpäter ſich einfand, als er zu kommen verſprochen hatte, und die, z. E. auf einen Reichstag, verſchriebene Reichsſtände manchsmal lange auf ſich warten ließ. Den kayſerlichen Gerichten aber nach Ungarn nachzuziehen, war den proceßirenden Partheien nicht nur beſchwerlich, ſondern auch zu koſtbar. Darüber kam das Reichs-Juſtizweſen vollends ins Stecken, und das Reichshofgericht lag völlig danieder, die Befehdungen und das Fauſtrecht hingegen nahmen deſto mehr überhand. Dieſer gräulichen Verwirrung wurde endlich ein jeder müde, und wünſchte, daß ein oder mehrere höchſte Reichsgerichte in Teutſchland möchten errichtet werden, damit ein

jeder einem Gerichtsſtande wieder unterworfen werden möchte, und hiedurch auch ein beſtändiger Landfriede erhalten werden könnte. Zu dem Ende geſchahen, ſchon zu den Zeiten des Coſtnitzer und Basler Conciliums, allerhand Vorſchläge, wie die oberſtrichterliche Gewalt des Kayſers mit den Freiheiten des Reichs und ſeiner Stände am ſchicklichſten vereinbart werden könnte. Man trug auf eine Theilung des Reichs in vier Zirkel, und in jedem auf ein gemeines Reichsgericht an. Andere wolten lieber zwölf oder mehrere groſſe Reichsgerichtshöfe in Teutſchland aufgerichtet wiſſen. Um aber zwey Inſtanzen einer jeden Parthey zu verſchaffen, ſolten von dieſen Gerichtshöfen die Beruffungen an eine järlich um Pfingſten zu Frankfurt zu haltende groſſe Reichsverſammlung ſtatt finden, bey welcher die Rechtshändel, als gleichſam im oberſten Reichs-Appellationsgerichte, unter dem Vorſitze des Kayſers und mit Zuziehung aller Churfürſten und der geſamten Richter, abgeurtheilt werden ſolten. K. Sigmund verſprach auch in einem Schreiben an die Fürſten und Stände, daß er ſein, lange Zeit danieder gelegenes, Hofgericht wieder aufrichten wolle. Und auf ſeinen letzten Reichstagen, zu Frankfurt im J. 1435., und zu Eger im J. 1437., trugen die Chur- und Fürſten bey ihm dahin an, daß er ſein Hofgericht mit einem Hofrichter und Rittern gehörig beſtellen ſolte. Allein es fanden ſich auf allen Seiten, faſt unüberwindliche Schwierigkeiten, auch bey den heilſamſten Berathſchlagungen der Reichsſtände, ſowohl in den letzten Jahren ſeiner Regierung, als auch währender kurzen Regierung ſeines Nachfolgers, K. Albrechts des *II.*

Hievon

Hievon kan man nun leichtlich den Schluß machen, was von der ſogenannten Reformation K. Friedrichs des *III.* zu halten ſey, die zu einer ſtandhaftern Verbeſſerung des Teutſchen Reichs-Juſtizweſens, auf einem angeblichen Reichstage zu Maynz, als ein Projekt ſoll übergeben, und angenommen worden ſeyn. Es iſt in dieſem Jahr nicht einmal ein Reichstag zu Maynz geweſen, ſondern es war daſelbſt nur ein Convent, auf welchem die kayſerlichen Commiſſarien mit den anweſenden Churfürſten, auch der Abweſenden, und einiger anderer Fürſten und Stände ꝛc. Geſandten, über das damalige Schiſma in der Kirche, nicht aber über die Verbeſſerung des Teutſchen Gerichtsweſen handelten. Auſſerdem zielte dieſes Projekt auf eine künftige ganz demokratiſche Verfaſſung unſers Reichsweſens ab, welches der Kayſer und die Fürſten niemals genehmigen konnten, weil es zum offenbaren Abbruche ihrer höchſten und hohen Gerichte und Vorrechte gereichte. Am wenigſten verdient einen Glauben, daß dieſes Projekt, auf denen hierauf, noch in dieſem J. 1441, zu Nürnberg und Frankfurt gehaltenen Verſammlungen, übergeben, und ſodann am letztern Orte das projektirte Kammergericht würklich angeordnet worden ſeyn ſolte. Dann zu einer ſo wichtigen Veränderung unſerer Reichsgerichts-Verfaſſung würde nothwendig, nach dem alten Herkommen, die perſönliche Gegenwart des Kayſers, und die allgemeine Beiſtimmung der Reichsſtände, auf einem förmlichen Reichstage, nöthig geweſen ſeyn; aber beides fehlte hier *).

*) Anderer Meinung iſt der Freyherr von Senckenberg in ſeiner Abhandl. von der kayſerl. höchſten Gerichtsbarkeit, beſonders §. 115 ſqq. Dann er ſcheint ſein ganzes

Vielmehr hat K. Friedrich der *III.*, im folgenden J. 1442., wie er zu ſeiner Krönung nach Aachen reiſete, auf dem zu Nürnberg mit einigen Churfürſten und Fürſten gehaltenem Convente ſein Hofgericht eröffnet und beſetzt, auch den Grafen Gumpert von Nuenar zum Hofrichter beſtellt. Er ließ hierauf daſſelbe, auch bey ſeinem Aufenthalte zu Frankfurt, halten, und zu gleicher Zeit kommt auch wieder ein kayſerliches Kammergericht vor, durch welches der Römiſche König, bey ſeiner damaligen Anweſenheit zu Frankfurt, ſeine höchſte Gerichtsbarkeit ausübte. Kaum aber war derſelbe nach ſeinen Erbländern zurückgekehrt, als die alten Klagen über die Entfernung der Kammer- und Hofgerichte, und daß beide, öfters in vielen Monaten, und ganzen Jahren, nicht gehalten würden, wieder ausbrachen und überhand nahmen. Wegen Abweſenheit der Fürſten und Stände konnte auch kein Reichshof zuſammen gebracht werden, worüber das Reichs-Juſtizweſen von neuem ins Stecken kam, oder vielmehr in ſeiner bisherigen Verwirrung blieb. Der Kayſer und die Stände hatten davon groſſen Schaden, und um ſo mehr drungen die Letztern darauf, daß man das Kammergericht im Reiche an einer beſtändigen Stätte zu behalten ſuchen müſte, wenn man nicht den Kayſer ſelbſt auf beſtändig in Teutſchland gegenwärtig haben könnte. Es würde zu weitläuftig fallen, alles hier zu wiederholen, was über dieſe Materie, in der langwierigen Regierung K. Friedrichs des *III.*, zwiſchen demſelben und den Reichsſtänden iſt diſputirt und verhandelt worden.

ganzes künſtliches Lehrgebäude von der Ordnung der ſämtlichen teutſchen kayſerlichen Gerichtsbarkeit hauptſächlich auf dieſe apokryphiſche Reformation K. Friedrichs des *III.* zu bauen.

worden. Und da ich ſolches ſchon in ſeiner Regierungsgeſchichte von Zeit zu Zeit umſtändlich berührt habe; ſo will ich meine Leſer nur dahin werweiſen, und was davon noch zu ſagen ſeyn möchte, auf folgendes zuſammen ziehen.

K. Friedrich der *III.* wandte alle nur erſinnliche Mittel an, um ſeine **höchſte Gerichte** ferner **an ſeinem Hofe** zu behalten. Er vereinigte das ohnehin ſchon ziemlich verfallene **Hofgericht** mit dem **Kammergerichte**, alſo daß beide Benennungen von der Zeit an in den *Actis publicis* nicht ſelten zuſammen geſetzt, und für gleich viel bedeutend angenommen wurden. Ja es wurde dieſem **Hof- und Kammergericht** auch ſchon in dieſen Zeiten bisweilen der Name des **kayſerlichen Hofraths** gegeben †). Die **Kammerrichter** nahm der Kayſer jederzeit aus den vornehmſten **Reichsfürſten**, und beſtellte meiſtens lauter **Reichsländiſche Beiſitzer**. Um auch dem Vorwurfe auszuweichen, daß die **Rechtshändel** nicht ſelbſt im **Reiche** vorgenommen würden; ſo ſetzte unſer Kayſer in wichtigern Fällen, welche **Fürſten** und **Stände** betrafen, bisweilen in den **Reichsſtädten** eigene **Rechttage** an. Auf denſelben verhörte er entweder die Sachen in Perſon, oder er ließ ſie durch **Commiſsionen**, die aus **allen Gattungen** der **Stände** genommen wurden, unterſuchen und entſcheiden. Allein dem

†) S. z. E. im ſechſten Bande des Auszuges rc., S. 511. Doch muß ich hier erinnern, daß der Freyherr von Senckenberg *l. modo c.*, in der Vorrede, §. 10 ſqq. p. XVII ſqq., den Hofrath von dem Kammergerichte unterſcheide, und jenen für das letzte und endliche Gericht des Kayſers ausgebe, welches über die bey dem Kammergerichte ergebende Vorfälle geurtheilt hätte, und wobey der Kayſer ſelbſt zu Gericht geſeſſen, oder ſein Obriſthofmeiſter deſſen Stelle vertreten hätte.

ungeachtet dauerten die Klagen der Partheien über den langſamen Lauf der Gerechtigkeit, und die ſchwere Koſten beſtändig fort, und das Reichs-Juſtitz-weſen gerieth immer in gröſſern Verfall, weil endlich faſt Niemand ſeinen Oberrichter zu ſuchen wußte, oder auch gerne finden wolte. Und da nun auch die vormaligen Reichshöfe, ſeit dem Coſtnitzer Concilium, faſt ganz in Vergeſſenheit gekommen waren; ſo erboten ſich, im J. 1455., auf dem damaligen Reichstage zur Wiener-Neuſtadt, die Churfürſten gegen den Kayſer, daß ſie mit ihm jederzeit perſönlich Rath pflegen wolten, wenn es ihm nur, um das Reich wieder aufzurichten, belieben würde, ſich in eine ihnen gelegene Stadt in Teutſchland zu begeben. Die Churfürſten übergaben damals zugleich dem Kayſer einen Rathſchluß, des Innhalts, daß ein kayſerliches Gericht angeordnet, und mit einer genugſam Anzal von Prälaten, Grafen, Herren, Rittern und Knechten, auch andern dazu tauglichen Perſonen, beſetzt werden möchte. Dieſes ſolte beſtändig in ſeinem Weſen bleiben, alle gebührliche Tage Gericht halten, ſeine Beſoldung richtig erhalten, und auf eine unpartheyiſche Juſtitzpflege vereidet werden. Es blieb aber dieſer heilſame Vorſchlag auf ſich erſitzen, obgleich deshalben, bey dem Churfürſten-Verein, im J. 1456., und in denen an den Kayſer damals projektirten Schreiben, wie auch hernach abermals im J. 1461. nochmalige nachdrückliche Erinnerungen geſchahen.

Darüber fiengen verſchiedene vornehmere Fürſten an, auf ganz neue Arten von Richtern und Gerichtſtülen ſich zu beſinnen, und auf ein eigenes Fürſtenrecht ſich zu beruffen. Sie wolten nehmlich, wenn der Kayſer nicht nach dem alten Herkommen in Perſon ihre Sachen ausmachen würde,

nur

nur von ihres gleichen, nehmlich Fürſten und Für⸗ſtengenoſſen zu Gerichte ſtehen, oder höchſtens nur allein Churfürſten, Fürſten, Grafen, Her⸗ren und Rathsfreunde aus den Reichsſtädten, wie ſolches vormals bey den Reichshöfen gewön⸗lich geweſen war, zu ihren Richtern annehmen. Aber K. Friedrich der *III.* blieb bey dem allen un⸗erbittlich, und er wolte den höchſten Reichsge⸗richtsſtul von ſeinem Hofe nicht verrücken laſſen, ſondern ſetzte ſein Kammergericht noch immer fort, welches jedoch, bey Gelegenheit ſeiner Händel und Kriege mit ſeinem Bruder, dem H. Albrechten von Oeſterreich, dem H. Ludewig von Bayern, dem Churfürſten Friedrich von Pfalz, u. a. m., von neuem faſt ganz verfiel. Dieſes veranlaßte neue Klagen über die Mängel unſers Reichsjuſtizwe⸗ſens, und die Churfürſten und Fürſten überga⸗ben dem Kayſer, im J. 1467., ein abermaliges Gutachten über die Errichtung eines beſtändigen Reichsgerichts zu Handhabung des Landfrie⸗dens. Es hatte aber ſolches wiederum nicht den gewünſchten Erfolg, ſondern das kayſerliche Kam⸗mergericht wurde auf den bisherigen alten Fuß fortgeſetzt. Hierauf wurde auf dem Wiener⸗Convent, im J. 1470., über die Aufrichtung ei⸗nes höchſten Gerichts im Reiche, abermals ein und anderes verhandelt, und endlich auf dem folgen⸗den Reichstage zu Regenſpurg, im J. 1471., der Juſtizpunkt nicht nur vorgenommen, ſondern auch eine beſondere Kammergerichtsordnung errichtet. Von dieſer ſoll der vortrefliche Chur⸗fürſt Adolf von Maynz der eigentliche Urheber ge⸗weſen ſeyn, welcher auch die Stelle eines Kammer⸗richters, einige Jahre lang, verwaltete, und unter welchem der ſtarke Lauf des Juſtizweſens, mit groſ⸗ſem Nachdrucke, befördert wurde. Auf dem augs⸗

spurgi⸗

ſpurgiſchen Reichstage, im J. 1473., eröffnete daſelbſt Churfürſt Adolf, auf kayſerlichen Befehl, feierlich das Kammergericht auf dem daſigen Tanzhauſe, und auf dem, im folgenden J. 1474., abermals zu Augſpurg gehaltenem Reichstage wurde die vorhin erwähnte Kammergerichtsordnung vom J. 1471. und der darinnen verordnete *Modus exequendi* nochmals beſtätigt. Nach dem, im J. 1475., erfolgtem Abſterben Churfürſt Adolfs, findet man keine Spuren von Wiederbeſetzung der Kammerrichtersſtelle bis ins J. 1492. Der Kayſer nahm vielmehr das Urtheilsbuch ſelbſt zu ſich, und dirigirte faſt alles allein; doch blieb das Kammergericht nicht auſſer aller Aktivität, ſondern fuhr in ſeinem gerichtlichen Verfahren fort.

Indeſſen blieben die Reichsſtände bey ihrer einmal gefaßten Meinung von der Nothwendigkeit, ein beſtändiges Reichsgericht, auſſer dem kayſerlichen Hoflager, an einem beſtändigen Orte des Reichs zu beſtellen. Sie nahmen daher die Materie von Verbeſſerung des Teutſchen Reichsjuſtizweſens auf dem frankfurtiſchen Reichstage, im J. 1486., wiederum vor, und könnte man ſich dißmal auf einen glücklichen Erfolg um ſo mehr Hoffnung machen, weil dem Kayſer, wegen der Römiſchen Königswahl ſeines Sohnes, und der geſuchten Türkenhülfe, an der Gunſt der Churfürſten, Fürſten und Stände vieles gelegen war. Das Gutachten der Fürſten war in nachdenklichen und harten Ausdrücken abgefaßt, der churfürſtliche Antrag aber etwas glimpflicher eingerichtet. Jedoch ſtimmten beyde im Hauptwerke damit überein, daß das Kammergericht forderſamſt eröffnet, daſſelbe mit einem vortreflichen und vernünftigen Richter, auch verſtändigen Räthen und Beyſitzern, an einer gelegenen Mahlſtatt beſetzt werden,

und

und ſelbigem ſein ziemlicher, Lauf, Oberkeit und Gezwingniſſe gelaſſen werden ſolten. Da der Kayſer merkte, daß er den Churfürſten und Fürſten in etwas nachgeben müſte, wenn er anders die verlangte Hülfe wider die Türken bewilligt haben wolte; ſo geſtattete er endlich den Chur- und Fürſten eine neue Kammergerichtsordnung zu entwerfen. Sie bewerkſtelligten auch ſolches und übergaben dem Kayſer das aufgeſetzte Projekt noch zu Frankfurt. Allein es wolte ſelbiges dem Kayſer nicht anſtehen, und er erklärte auf dem, in eben dieſem Jahr, zu Cöln gehaltenem Convente gegen die Churfürſten und Fürſten, daß er ſich die Verkündung der Acht ſelbſt vorbehalten wolte; unnothdürftige Appellationen ſolten bey dem Kammergerichte nicht angenommen werden, wegen aller übrigen Artikel aber ſolte es bey der alten Ordnung, und dem alten Herkommen bleiben. Hiernächſt machte er noch mehrere beſondere Erinnerungen, und darunter hauptſächlich dieſe, daß er das Kammergericht und Kanzley von der bloſſen Taxe nicht unterhalten könnte. Dann ſolten ſich die Beyſitzer nach der projektirten Ordnung richten; ſo müſten ſie auch hinlänglich beſoldet werden, und er wolte hierunter frey ſeyn, wie andere Fürſten mit ihren Gerichten und Kanzleyen wären.

Auf dem folgenden nürnbergiſchen Reichstage, im J. 1487., kam die Materie vom Kammergerichte wieder in Bewegung. Der Kayſer erklärte, daß er zwar bereits einen Kammerrichter geſetzt und einige Beyſitzer ernannt hätte, aber aus Mangel genugſamqualificirter Leute hätte er das Kammergericht nicht völlig in Stand ſetzen können. Es möchten alſo die Reichsſtände, wegen der noch ermangelnden Aſſeſſoren Vorſchläge thun; ſo wolte er ſie, nach ihren Rath beſtellen, ihnen eine zurei-

chende

chende Beſoldung geben, und das Gericht ohne Verweilen aufrichten. Es übergaben hierauf die Reichsſtände dem Kayſer ein neues und geändertes Projeckt einer Kammergerichtsordnung und ſchlugen ihm auch verſchiedene Perſonen zu Kammerrichter und Beyſitzern vor. Allein dieſes neue Projeckt wolte dem Kayſer nicht gefallen, und die Reichsſtände wolten ebenfals von ihrer Meinung nicht abgehen, worüber das ganze Geſchäfte damals auf ſich erſitzen blieb. Deswegen nahmen die Reichsſtände, im Jahr 1489., auf dem Reichstage zu Frankfurt, eine nochmalige Reviſion der Kammergerichtsordnung vor, welche jedoch der Kayſer abermals nicht genehmigen wolte. Indeſſen wurde in dem damaligen Reichsabſchied mit eingerückt, daß der Kayſer das Kammergericht, auf die deshalben von den Reichsſtänden, in den J. 1486 und 1487 übergebene Ordnungen und Artikel, an einer gewiſſen Mahlſtatt, zwiſchen hier und den nächſten Weyhnachten wieder anrichten ſolte. Und dieſes fruchtete nun ſo viel, daß der Kayſer ſich wenigſtens anſtellte, als wenn es ihm mit der Wiederaufrichtung des Kammergerichtes einmal Ernſt wäre. Er beſtellte nehmlich, noch in dieſem Jahr, einen neuen kayſerlichen Kammer⸗Prokurator⸗Fiſkal, und machte ſolches ſowohl, als auch die Wiederanrichtung des kayſerlichen Kammergerichtes am kayſerlichen Hoflager, von Linz aus, durch offene Patente, den ſämtlichen Reichsſtänden bekant, welches er, im folgenden Jahr 1490., wiederholte.

Weil es aber, gewöhnlicher maſſen, wiederum bey den leeren Worten und Verſprechungen blieb; ſo thaten deswegen die Reichsſtände, auf dem nürnbergiſchen Reichstage im J. 1402., eine nochmalige Erinnerung, welche wenigſtens ſo viel

würkte,

würkte, daß der Kayſer nachher aus Linz, noch in dieſem Jahr, ein wiederholtes Ausſchreiben, wegen Wiedereröffnung des kayſerlichen Kammergerichts ins Reich ergehen ließ, und bald darauf das alte Kammergericht zu Linz, in eigener Perſon, eröffnete, und daſelbſt fortſetzte. Er erkante inzwiſchen ſelbſt, daß hiedurch den eigentlichen Abſichten der Reichsſtände kein Genügen geſchehen wäre, als welche ein beſonderes, im Reiche ſelbſt anzuordnendes, und beſtändiges Reichs-Hof- oder Kammergericht verlangten. Deswegen publicirte er, im J. 1492., zu Linz ein offenes Ausſchreiben ins Reich, worinnen er bekant machte, daß er den Grafen von Zollern, Eitel Friedrich, zum Kammerrichter beſtellt hätte, und ſolte das Kammergericht, auf den nächſten Gerichtstag nach Pfingſten, am kayſerlichen Hofe, wo ſodann der Kayſer im Reiche ſeyn würde, ohne fernern Aufſchub und Verzug gehalten werden. Ja nach dem Zeugniß des ehmaligen Kammergerichts-Beyſitzers, Chriſtian Barths, iſt die würkliche Eröffnung des Kammergerichts, noch unter der Regierung K. Friedrichs des *III.*, zu Worms erfolgt, und ſoll daſſelbe anfangs aus 24. Aſſeſſoren, 1. Fiſkal, und 18. Advokaten und Prokuratoren beſtanden haben. Man hat aber bis jetzo noch keine nähere Urkunden davon entdecken können, und wenn die Sache auch ihre völlige Richtigkeit hat; ſo war doch dieſe Anordnung von kurzer Dauer, weil K. Friedrich der *III.*, gleich das Jahr darauf, mit Tod abgieng. Mithin blieb der Ruhm der völligen Ausführung dieſer ſo lang getriebenen und gewünſchten Sache, wegen Verbeſſerung unſers Reichsjuſtizweſens, und Aufrichtung eines höchſten Reichsgerichts, auſſer dem kayſerlichen Hoflager,

lager, ſeinem grosmüthigen Sohn und Thronfolger, Maximilian dem *I.* vorbehalten r).

Unſere Kayſer übten ihr oberſtrichtliches Amt in Teutſchland, auſſer dieſen bisher bemerkten höchſten Reichsgerichten, auch noch durch die verſchiedene Hof- und Landgerichte in den Teutſchen Provinzen aus. Es war deren überall in unſerm Reiche eine groſſe Anzahl, und die Kayſer hatten ſie theils Lehen- theils Pfands-weiſe an einige Fürſten und Stände des Reichs überlaſſen, oder ſie beſtellten ſelbſt unmittelbar ſolche Hof- und Land-Richter in den Provinzen. Es iſt ein Irrthum, wenn einige Publiciſten vorgeben wollen, daß dergleichen Landgerichte erſt nach den Zeiten des ſogenannten Interregnums ihren Anfang in Teutſchland genommen hätten. Sie waren vielmehr, ſchon von den älteſten Zeiten her, in unſerm Reiche bekant, und in den Provinzen angeordnet s). Nach des Freyherrn von Sencken-

r) Dieſe bisher gegebene Nachrichten ſind aus denen in der Note e) bemerkten Schriften der Herren von Blum, von Senckenberg, von Harpprecht und von Olenſchlager zuſammen gezogen worden, wo dieſes alles mit Anführung der Quellen noch weiter ausgeführt iſt. Einige wenige, daſelbſt nicht beobachtete Anmerkungen, habe ich noch hinzugefügt.

s) Verzeichniſſe von vielen ſolchen alten, nunmehro gröſtentheils eingegangenen, Landgerichten aus allen Teutſchen Provinzen kan man finden beym *Pfeffinger* l. c., T. IV. p 662-688., und beſonders in Anſehung Schwabens beym Wegelin, in Seinem Bericht von der kayſerl. und R. Land-Vogtey in Schwaben, P. I Sect IX *per tot.* p. 190 ſqq. Von ſolchen Landgerichten überhaupt aber S. Eben denſelben, l. modo c, Sect. II. §. 6 ſq. p. 30 ſqq. und (H. A. Kochs) Anmerkungen von den Weſtfäliſchen Gerichten, auch den vormaligen Landgerichten in

Senckenberg Meinung, blieben nach Abgang der alten groſſen Herzogthümer noch vier groſſe kayſerliche Hofgerichte übrig, die er dann auch in den Teutſchen Provinzen ſucht ausfündig zu machen. Unter dieſen Hofgerichten ſollen nun die gröſſere Landgerichte, ſo wie unter dieſen die ſogenannte Freygerichte, oder kleinere Landgerichte geſtanden haben Nach der ſchon öfters erwähnten und ſogenannten Reformation K. Friedrichs des *III.* vom J. 1441., oder in dem Projeckt zu beſſerer Einrichtung des Reichs-Juſtizweſens, ſolte künftig in Teutſchland ſeyn ein mit 16 Perſonen beſeztes Kammergericht, 4. Hofgerichte, 16 Landgerichte, und 64 freye Gerichte; unter dem erſten oder dem Kammergerichte ſolten die 4. Hofgerichte, unter jedem derſelben 4. Landgerichte, und unter jedem von dieſem 4. Freygerichte ſtehen. Die Ordnung iſt freilich ganz ſchön; nur Schade, daß dieſe Reformation nicht authentiſch iſt, wie ich ſchon mehrmal erinnert habe; mithin alles, was man darauf bauen will auf einen ſandigen Grund beruhet, und deswegen erfordern auch

in Teutſchland; f. l. 1751. 4. Cf. *Buderi* Obſſ. I. P., Feudalis et German., n VI. et VII. p. 101 ſqq. et 117 ſqq. et *Eiusdem* Symmycta, L. I n V. et VI p 97 ſqq. et 117 ſqq. Von dem kayſerlichen Landgerichte Hirſchberg kan man gute Nachricht finden in ein paar Deduktionen die darüber zwiſchen Bayern und Eichſtedt gewechſelt worden. Die erſte führt den Titel: Geſchicht- und Actenmäßiger Unterricht von dem Chur-Bayer., R. Lehenbaren, hochgefreyten Kayſerl. Landgericht und Grafſchaft Hirſchberg ꝛc.; 1751. fol. Die andere aber: Rechts-begründete Nachr. von der wahren Beſchaffenheit des ehemal. Kayſerl. Landger. Hirſchberg ꝛc.; 1755. fol.

auch die Senckenbergiſchen Hypotheſen eine genauere und ſchärfer Prüfung, als hier hiezu der Ort und die Gelegenheit iſt [t]).

Unter dieſen Hof- und Landgerichten in Teutſchland waren nun in unſerm Periodus die merkwürdigſten, und haben ſich auch bis auf unſere Zeiten erhalten, das Hofgericht zu Rothweil, das Landgericht in Ober- und Nieder-Schwaben, und das fränkiſche Landgericht zu Nürnberg. Das Hofgericht zu Rothweil iſt wohl unſtreitig, ſeinem erſten Urſprunge nach, ein Herzoglich-Schwäbiſches oberſtes Landgericht geweſen, welches anfangs keinen beſtändigen Sitz hatte, ſondern mit dem H. von Schwaben aller Orten herumgieng. Nach Erlöſchung des Herzogthums Schwaben fiel es an den Kayſer zurück, und unter K. Albrecht dem *I.*, oder bald darauf, ſcheint es ſeinen beſtändigen Sitz zu Rothweil bekommen zu haben, und ihm, nach Abgang der übrigen Unterhofgerichte, alle ihre Gewalt zugewachſen zu ſeyn. K. Wenceslaus und nach ihm K. Ruprecht und K. Sigmund haben nachmals, durch eigene Privilegien den Sitz des Hofgerichts auf ewig nach Rothweil verlegt. K. Carl der *IV.* ſuchte vornehmlich dieſes Hofgericht, oder, wie er es ſelbſt in der gleich anzuführenden Urkunde nennt, Landgericht zu Rothweil wieder in Aufnahme zu bringen, wovon ſein im J. 1361. in das ganze Reich erlaſſenes Edikt zeuget, und er verlieh, im J. 1360., das daſige Landrichteramt dem Grafen Rudolf von Sulz, wodurch er bey dieſer Familie ohne Zweifel den Grund zur beſtändigen Beibehaltung des Rothweiliſchen Hofrichter-

t) Freyherr von Senckenberg von der kayſerl. Gerichtsbarkeit ꝛc., §. 12 ſqq. et 114 ſqq. p. 20 ſqq. et 86 ſqq.

richteramtes gelegt hat. Dann ob er es ihm gleich nur auf Wiederrufen anvertrauete, welches auch nachher noch K. Ruprecht gethan hat; ſo trift man doch von dieſer Zeit an die Grafen von Sulz beſtändig als Land- und Hofrichter in den Rothweiliſchen gerichtlichen Urkunden an. Anfangs mag der Gerichtszwang dieſes Hofgerichtes, welche Benennung es, ohne weitern Beiſatz, ſeit den Zeiten K. Friedrichs des *III.* führt, eigentlich nur auf Schwaben beſtimmt geweſen ſeyn, hernach aber wurde es ein Hofgericht für den gröſten Theil von Teutſchland, wie ihm dann Franken, Schwaben mit einem Theil vom Elſaß und Burgund, wie auch die Rheiniſchen Länder untergeben waren. Seine Gerichtsbarkeit wurde zwar, durch die von den Kayſern nachher ertheilte häufige Privilegien *de non evocando* verringert, welche jedoch gegen die ſogenannte Ehehaftsfälle nicht angezogen werden ſollen [ii]).

Was nun ferner die Landvogtey und das damit verknüpfte Landgericht in Ober- und Nieder-Schwaben anbelangt; ſo iſt zu bemerken, daß vordem das Land zu Schwaben, wegen ſeines allzugroſſen Umfanges, in verſchiedene kayſerliche Landvogteien eingetheilt geweſen. Unter dieſen aber war wohl unſtreitig die zuerſt genannte die wichtigſte, welche aber nicht allezeit nur unter einem Landvogt geſtanden, ſondern öfters, nach Belieben des Kayſers, durch zwey beſondere Landvögte verwaltet worden. Sie ſtand unmittelbar unter dem Kayſer und Reich, und wurden bald dieſe,

ii) *Glafey* Anecdot., n. 302. p. 425 ſq. *Blum* l. c. in *App.* de Iudicio Curiae imp. Rottwil. p. 137 ſqq. Wegelin *l. c.*, P. I. Sect. IX. n. 18. p. 208 ſqq. und Frhrr. von Senckenberg, l. modo c., §. 25-62. p. 33 ſqq. *paſſim.*

bald jene, von den Kayſern, nach ihren eigenen Gutbefinden, zu Landvögten beſtellt. K. Wenceslaus überließ dieſe Landvogtey in Ober- und Nieder-Schwaben, im J. 1379., pfandsweiſe für 40000. Gulden an H. Leopold den *III.* von Oeſterreich, doch iſt ſolche Pfandſchaft, noch bey ſeinen Lebzeiten, wieder aufgehoben worden *), oder ſie hat wenigſtens mit ſeinem, im J. 1386., in der Sempacher Schlacht, erfolgtem Tode ein Ende genommen. Es haben auch hierauf die Kayſer, faſt alle Jahr, neue Landvögte dahin verordnet, bis daß K. Sigmund, im J. 1415., dieſe Landvogtey, nebſt der Veſte ob Ravenſpurg, an Hans Truchſeſſen von Waldburg und ſeine Erben, für 6000. Gulden von neuem verpfändet hat. Es behaupteten ſich auch die Truchſeſſe bey dieſer Reichspfandſchaft, ohngeachtet der Bemühungen ein und anderer Fürſten, ſie davon zu verdringen, bis auf K. Friedrich den *III.*; doch muſten ſie ſich den Pfandſchilling nach und nach bis auf 13200. Gulden ſteigern laſſen. Letztgedachter Kayſer verſchrieb, bald nach Antritt ſeiner Regierung, die mehrgedachte Landvogtey in Ober- und Nieder-Schwaben an ſeinen Bruder H. Albrechten von Oeſterreich, und erlaubte ihm, ſie für obige 13200. Gulden von den Truchſeſſen einzulöſen. Es erfolgte aber ſolche Ablöſung nicht, und H. Albrechts Rechte, die er, aus des Kayſers Verſchreibung, darauf hatte, erloſchen im J. 1460. dadurch, daß er in die Acht und den Bann kam. Weil er nun auch bald darauf ſtarb; ſo hat hierauf K. Friedrich der *III.*, im J. 1464., das Einlöſungsrecht der Landvogtey ſeinem Vetter, dem H. Sigmund von Oeſterreich, verſchrieben, worauf

*) S. *Martene* et *Durand* Collect. ampliſſ., T. IV. p. 55. n. 5.

auf endlich im J. 1486. die wirkliche Ablöſung erfolgte, da die Truchſeſſe, gegen den baar erhaltenen Pfandſchilling, dem H. Sigmunden die Landvogtey würklich abtraten, die von dieſer Zeit an beſtändig bey dem Erzhauſe Oeſterreich geblieben iſt.

Wenn man nun die eigentliche Beſchaffenheit dieſer Schwäbiſchen Landvogtey und das Amt, auch die Gewalt der jedesmaligen Landvögte in Ober- und Nieder-Schwaben richtig beurtheilen will; ſo muß man zuförderſt unter der Landvogtey in Ober- und Nieder-Schwaben, und der Landvogtey Altorf und Ravenſpurg einen Unterſchied machen, deren Verwaltung nachher den kayſerlichen Landvögten in Ober- und Nieder-Schwaben mit iſt übergeben worden. Die erſtere hat niemals einige Gerichtsbarkeit oder Territorial-Superiorität zu ihrem Vorwurfe gehabt, ſondern beſtand in Verwaltung der kayſerlichen Rechte und Gefälle, in Handhabung des Landfriedens, und der kayſerlichen Privilegien, auch Ertheilung der Proteckorien, und Beſchirmung der im Bezirke der Landvogtey gelegenen ſchwächern Stände gegen unrechtmäßige Gewalt. Dieſe Reichs-Landvögte haben ferner, im Namen des Kayſers die Huldigung in den Reichsſtädten eingenommen; ſie waren beſtändige kayſerliche Commiſſarien und Schiedsrichter in den Streitigkeiten der Stände ihres Bezirks. Sie hatten ferner gemeiniglich die beſondere Aufſicht und Beſorgung der Reichs-Lehen, und Reichspfandſchaften, wie auch die Gewalt, dieſelbe an ſich, und zu der Landvogtey zu ziehen; endlich gebührte ihnen auch noch die Beſtellung des Landrichteramtes, und die Aufſicht über das Landgericht auf der Leutkircher Haid und in der Pürß. Dieſes muß man nun mit der Schwäbiſchen Landvogtey nicht vermiſchen, noch weniger glau-

ben, daß jenes von dieſer jemals abgehangen habe, ſondern das Landgericht auf der Leutkircher Haid iſt von je her ein wahres Eigenthum des Reichs geweſen, und beſtändig ein unmittelbares kayſerliches Gericht geblieben, florirt auch noch bis auf die heutige Stunde. Es iſt aber nachher gleichfalls an das Erzhaus Oeſterreich gekommen, welches daſſelbe itzo noch im Beſitze hat, und den Landrichter ſetzet, der ſich einen Frey-Landrichter in Ober- und Nieder-Schwaben auf der Leutkircher Haid und in der Gepürß nennet. Ja in den neueſten Zeiten hat dieſer Landrichter ſich angemaßt, die bisherige uralte Benennung eines kayſerlichen Landgerichts hintan zu ſetzen, und ſolches ein Frey-königliches Landgericht zu nennen, auch ſich allein, von Gewalt und Gnaden Sr. Königlichen Majeſtät von Ungarn und Böhmen ꝛc., zu ſchreiben, und unter ſolcher neuerlichen Titulatur die Proceſſe ausgehen zu laſſen v).

In Franken kommt, in unſerm Periodus, auſſer dem kayſerlichen Hofgerichte zu Wimpfen und dem kayſerlichen Landgerichte zu Rotenburg an der Tauber, welche beide ſchon lange eingegangen ſind, wie auch den uralten Landgerichte zu Würzburg, welches itzo noch florirt, vornehmlich das kayſerliche Landgericht des Burggrafthums Nürnberg in Erwägung. Daſſelbe ſtand ſchon von alten Zeiten her in groſſem Anſehen, und

v) I. P. *de Ludewig* Diſſ. de Sueviae Tribunali S. R. I. Auſtr., dem kayſerl. Landgericht, in Quadrurbe; Halae, 1725. 4. L. B. Herttenſtein de Ser. Dom. Auſtr. advocatia provinciali ſuper. atque infer. Sueviae, in *Nov. Act. Erudit. Lipſ.*, ad a. 1739. m Dec. n. 15. Wegelin *l. c.*, I. Per. II. Sect. III. - XII. p. 55. ſqq. *paſſim.*

und war von K. Rudolfen dem *I.* und ſeinen Nachfolgern vor andern gemeinen Landgerichten beſonders in Achtung gezogen, und herrlich privilegirt worden. Von ſeiner ehmaligen Hoheit und vorzüglichem Anſehen zeuget unter andern, daß ſogar Kayſer und Könige vor demſelben, in unſerm Periodus Recht geſucht und genommen haben. Es hatte anfangs, gleich den andern Landgerichten, ſeinen angewieſenen Bezirk, maßte ſich aber endlich an, ſeinen Gerichtszwang auch auſſer Franken zu erweitern, und bis nach Schwaben und Bayern zu erſtrecken. Die freyen Reichsſtände in Schwaben, beſonders die Städte, wurden vornehmlich wider ihre Privilegien von dieſem Nürnbergiſchen Landgerichte ſehr beeinträchtiget, worüber, ſchon im J. 1427., die Schwäbiſchen Reichsſtädte ſich öffentlich beſchwerten. Und als nachher K. Friedrich der *III.*, im J. 1454., durch eine feierliche Urkunde, alle von ſeinen Vorfahren ausgewürkte Reichsſtändiſche Privilegien vernichtete, welche der Marggrafen von Brandenburg und Burggrafen von Nürnberg Privilegien, und beſonders den Freiheiten des kayſerlichen Landgerichts des Burggrafthums Nürnberg nachtheilig ſeyn, oder wider ſelbiges ausgedeutet werden könnten; ſo fieng mehrgedachtes Landgericht an, ſich noch mehrerer Rechte anzumaſſen, und ſeinen Gerichtszwang immer weiter in die benachbarte länder auszubreiten. Aber die benachbarten Stände ſahen dieſes nicht gleichgültig an, und widerſetzten ſich ſolchen Anmaſſungen ſtandhaft. Mit einigen Schwäbiſchen Reichsſtädten verglich ſich zwar Marggraf Albrecht von Brandenburg, im J. 1458., durch einen gütlichen Vertrag, der unter kayſerlicher Autorität geſchloſſen wurde. Hingegen mit dem H. Ludewig von Bayern kam es darüber zu einem bluti-

gen Kriege, wovon bereits, im hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus, iſt gehandelt worden. Bey dem ſodann, im J. 1460., erfolgten Frieden, muſten Marggraf Albrecht, und ſein Bruder Johannes, an den H. Ludewig eine Verſicherung ausſtellen wodurch ſie deſſen Unterthanen von dem Landgerichte des Burggrafthums Nürnberg auf beſtändig befreieten. Es hat auch hierauf dieſes Landgericht auf 30. Jahr lang, überall geruhet, bis daß K. Friedrich der *III.*, im J. 1488., den beiden Söhnen Marggraf Albrechts, den Marggrafen Friedrich und Sigmund, befal, mehrgedachtes Landgericht wieder in Gang zu bringen. Doch hat er, noch in eben dieſem Jahr, die Exemtion des Bißthums Eichſtedt, und anderer Reichsſtände von der landgerichtlichen Jurisdiktion beſtätigt; da doch, nach dem oben angeführten Gnadenbriefe vom J. 1454., alle dergleichen Befreiungen ungültig ſeyn ſolten w).

Von

w) Von den Fränkiſchen Landgerichten überhaupt, und dem Nürnbergiſchen insbeſondere kan man zu Rath ziehen den *Pfeffinger* l. c.. T. IV., P. 663-670. Ioach. Henr. *Hagen* Diſſ. ſ. Or. de Iudicio caeſar. prov. Norico, Baruthi, 1677. 4. Carl Fried. (von) Jung Anweiſung, was die Comicia Burggrafiae ſey und involvire Onolzb. 1733. 8, *Einsdem* Grundfeſte der Hoheit des kayſerl. Landger. Burggrafth. Nürnberg. Freyherr von Senckenberg l. *nota* t) c., § 21-23. p. 29. ſqq. et §. 130. ſq. p. 96. ſqq. Wegelin *l. c.*, P. I. Sect. IX. n. 16. p. 207. ſq. et Sect. XI. §. 23. ſq. p. 247. ſqq. und (Schnitzleins) Selecta Norimberg., P. II. cap. 19. p. 305. ſqq. *coll.* cap. 17. p. 294. ſqq etc. P. I. cap. 18. p. 267. ſqq. Wie Nürnbergiſcher Seits dieſes kayſerliche Landgericht will betrachtet werden kan man finden in (Wölkers) *Hiſt. Norimb. Diplomat.*, in Prodr. p. 29. ſqq. et *paſſim* per *totum opus*, beſonders p. 756. ſq., ingleichen in den *Singular. Norimberg.*, p. 132. et 165 ſqq.

Von denen in unſerm Periodus ſo berühmt gewordenen Weſtfäliſchen Gerichten, die nun auch den Nahmen der freyen Stüle, Freygerichte, heimliche Gerichte, Fehmgerichte, *Iudicia ſecreta, Vehmica* u. ſ. w. führten, muß doch auch einiges gedacht werden. Sie hatten urſprünglich ihren Sitz in Weſtfalen, und ſtanden unter der Aufſicht der Herzoge von Weſtphalen, welche die Freyſchöffen annahmen; doch konnte auch der König ſelbſt unmittelbar Freyſchöffen machen. Das Generalcapitel hielt man eigentlich zu Dortmund, doch konnte es auch zu Arensberg, oder anderwärts in Weſtfalen ſeyn, die Oberaufſicht hatte der König oder Kayſer, welcher daher, nebſt einem guten Theil ſeiner Räthe, der Heimlichkeiten dieſes Gerichts wiſſend ſeyn muſte, und auch die Fürſten und andere Stände hatten wiſſende Räthe. Es war dieſes um ſo nöthiger, weil dieſe Gerichte ſich, in unſerm Zeitraume, durch das ganze Reich verbreiteten, da ſie anfänglich nach denen Sachen, die davor gehörten, eigentlich nichts anders zu urtheilen hatten, als was allen hohen Landgerichten zukam. Anfangs, und bis in das 14te Jahrhundert hinein, mag ihre Gerichtsgewalt nur auf Weſtfalen gegangen ſeyn, als wo man blos allein, in dieſen Zeiten, Freyſtüle findet. Aber hernach haben die Kayſer auch andern, die nicht zu Weſtfalen gehörten, Privilegien gegeben, daß ſie gleichfals Freyſtühle, nach Gewohnheit des Landes zu Weſtfalen, anrichten möchten, und vermuthlich hat damit K. Ludewig der *IV.* den Anfang gemacht. K. Carl der *IV.* beſonders machte viele Freygrafen, und veranlaßte durch den, im J. 1371., in Weſtfalen errichteten Landfrieden die weitere Verbreitung der Weſtfäliſchen Gerichte durch ganz Teutſchland. Dann weil

 die

die auf den Landfrieden in Weſtfalen verbundenen Stände die Erlaubnis hatten, auch andere in ihren Landfrieden aufzunehmen, ein jeder Landfriede aber zugleich ein Gericht mit ſich führte; ſo wurden aus allen dieſen Gerichten der häufig beigetretenen Stände lauter Weſtfäliſche Freygerichte. Und da nun zwar ein jeder Landfriede ein *Iudicium Pacis generale* hatte; ſo hatte dagegen der Weſtfäliſche Landfriede dieſes beſondere, daß ein jedes Mitglied deſſelben ſeine beſondere Friedensrichter in ſeinem Lande ſetzen konnte. Hiedurch wurde die Gewalt des Weſtfäliſchen Gerichtes immer gröſſer, weil alle Freyſchöffen in Weſtfalen gemacht werden muſten.

Es entſtanden aber hieraus groſſe Unordnungen, weil nehmlich nunmehro ein jeder den andern vor ſich laden, und nach Weſtfäliſchem Rechte gegen ihn verfahren konnte; deswegen hob K. Wenceslaus, im J. 1387., den Weſtfäliſchen Landfrieden ganz und gar auf, und publicirte einen allgemeinen Landfrieden für das ganze Reich. Allein die Weſtphälinger kehrten ſich nicht daran, und blieben, nach ihrer Herzen Härtigkeit, bey ihrer ohlen Wiſe. Ein jeder Freygraf wolte nehmlich, bey ſeinem Stulgerichte, im Namen des Kayſers urtheilen, und unterzog ſich daher aller Sachen durch ganz Teutſchland, die an ihn gebracht wurden, wenn ſie auch gleich nicht zu ſeinem Gerichtszwange gehörten. Man konnte ſich auch vor dieſer Art Richter nicht genugſam verwahren, weil ihrer ſo viele, und ſelbige durch ganz Teutſchland zerſtreuet waren. Da nun die Ausſchweiffungen der Weſtfäliſchen Richter immer mehr überhand nahmen, und faſt niemand mehr vor ihnen ſicher war; ſo dachte man von Seiten des Kayſers

und Reichs darauf, wie man denſelben endlich mit Nachdruck ſteuren könnte. Schon K. Ruprecht forderte, im J. 1408., einige Freygrafen vor ſich, und legte ihnen verſchiedene, ihr Gericht und deſſen innere Verfaſſung betreffende, Fragen vor, die ſie ihm beantworten muſten. Hernach machte Churfürſt Dietrich von Cöln, im J. 1430., zu Arensberg, auf Befehl K. Sigmunds, eine Reformation des freyen und heimlichen Gerichts, und der heimlichen Acht in Weſtfalen. Auch K. Friedrich der *III.* ſetzte den Weſtfäliſchen Gerichten, in ſeiner ſogenannten Reformation, oder dem Frankfurtiſchen Reichsabſchiede vom J. 1442., gewiſſe Schranken, und ſchränkte deſſen Gerichtszwang nur auf die Fälle ein, wo der Beklagte nicht anderwärts Recht geben und nehmen wolte. Allein die Frey-Grafen und Schöffen blieben nach wie vor meiſterlos, und es fiel ihnen bisweilen wohl gar ein, daß ihnen weder Pabſt, noch Kayſer was zu befehlen hätte. Ja ihre Freiheit gieng endlich ſo weit, daß ſie gar K. Friedrich den *III.* und ſeinen Kammerrichter vor ſich forderten, um Leib, Ehre und Gut Antwort zu geben; obgleich ſonſt die Weſtfäliſchen Gerichte unter der Oberdirektion des kayſerlichen Kammergerichts ſtanden. Bey ſo bewandten Umſtänden wuſte K. Friedrich der *III.* kein beſſeres Mittel, die ausſchweiffende Gewalt dieſer Gerichte zu ſchwächen, als daß er allen und jeden Reichsſtänden, die ihn darum baten, Exemtionsprivilegien wider dieſelben gab, welches auch bisweilen die Päbſte thaten. Hiedurch ſind die Freygerichte auſſerhalb Weſtfalen nach und nach erloſchen, und iſt ihnen ihr Gerichtszwang benommen worden. Aber in Weſtfalen ſelbſt haben ſie ſich noch lange erhalten,

da nehmlich dieſelben durch kein Reichsgeſetz, förmlich ſind abgeſchafft worden r).

Unſere Kayſer behaupteten alſo, in dieſem Periodus, ſowohl durch die an ihrem Hofe befindliche Hof- und Kammergerichte, als auch durch die zalreiche Hof- und Landgerichte in den Teutſchen Provinzen, und zwar durch dieſe in ihren angewieſenen Gerichtsbezirken, noch immer eine gleichlaufende Gerichtsbarkeit mit den Reichsſtänden. Es fiel aber den Fürſten und Ständen beſchwerlich und unangenehm, daß ſie ſowohl ihre Unterthanen vor fremde und öfters entlegene Gerichte, gleich in der erſten Inſtanz, muſten ziehen, als auch ihr altes und hergebrachtes Recht des erſten Gerichtsſtandes hiedurch beengen laſſen. Weil nun eine offenbare Widerſetzung zu gefärlich ſchien, eine Berufung aber auf das alte Herkommen, oder angebrachte Beſchwerden nicht allemal halfen; ſo hielten die Reichsſtände für das rathſamſte, bey den Kayſern *Privilegia de non evocando*, oder Frei-

r) Von den Weſtfäliſchen Gerichten kan auſſer denen, bereits im zweiten Bande dieſes Auszuges 2c., auf der S. 409. in der Note z), angeführten Schriften des Frehers und Kochs, zu dem davon hier geſagten zu Rath ziehen: *Anonymi* (vermutlich des Herrn von Eccard) Narrat. hiſtor. de Iudiciis Fehmicis, in Dn. *de Piſtorius* Amoenitat. hiſtor. iurid., P. I. n. I. p. 833 - 871. E. *Thomaſii* Diſſ. de vera orig., natura, progr. et interitu Iudiciorum Weſtphal.; Halae, 1711. 4. N. Samml. der R. A., P. I. n. 30. et 35. p. 105 ſqq. et 128 ſqq. *item* n. 45. §. 13 ſqq. p. 172 ſq. *Wencker* l. c., p. 329. n. 16. et p. 383 ſqq. Müller *l. c.*, P. I. 1. Vorſtell. cap. 9. p. 107 ſqq. *coll.* cap. 12. p. 166 ſq. et cap. 6. der II. Vorſtell. p. 492 ſqq. und Freyherr von Senckenberg *l. c.*, §. 63 - 101. p. 54 - 77.

Freiheitsbriefe wider die Vorladungen an dergleichen Landgerichte, ja ſogar ſelbſt an das kayſerliche Hofgericht, auszuwürken. Unſere Kayſer waren auch hiemit ſehr freigebig, obgleich dadurch das Reichs-Juſtizweſen in noch gröſſere Verwirrung gerieth, und man kan beym Pfeffinger y) ein weitläuftiges Verzeichniß ſolcher Privilegien nachſehen, welches aufmerkſame Leſer aus den vorhergehenden Bänden meines Auszuges rc., und zwar aus dem hiſtoriſchen Abſchnitte unſers Periodus, anſehnlich vermehren können.

Die Könige von Böhmen hatten, ſchon durch ältere kayſerliche Privilegien, dergleichen Gerichtsfreyheit für ihr Königreich erhalten, und K. Carl der *IV*. beſtätigte ihnen ſelbige ſowohl bey ſeiner kayſerlichen Krönung zu Rom, als auch hernach in der G. B., und erſtreckte ſie auf die neuerlich dazu gebrachte Landſchaften; ja er erweiterte dieſelbe ſogar auf alle und jede Berufungen oder Appellationen der Böhmiſchen Stände und Unterthanen. Die geiſtlichen Churfürſten erhielten zwar, gleichfals durch die G. B., dieſe Gerichtsfreiheit beſtätigt; allein ſie wurde bey ihnen nicht, wie bey Böhmen, blos aus kayſerlichen Privilegien, ſondern vielmehr von dem uralten Beſitze abgeleitet. Und die übrigen drey weltlichen Churfürſten lieſſen ſich die Ableitung ihrer Gerichtsfreiheit aus einem gleichen Grunde um ſo mehr gefallen, weil ſie hiedurch den vormaligen Erzfürſten, auch in dieſem Rechte der Gerichtsbarkeit, gleich geſtellt werden ſolten z). Von der Gerichtsbefreyung der Herzoge von Oeſterreich, die ihnen mit ihren übrigen

y) in *Vitriario illuſtrato*, T. III. p. 1161. b. - 1172. a.

z) *A. B.*, Tit. VIII. et XI. §. 1. 2. et 5. Cf. von Olenſchlager *l. c*, §. 51. et 60 - 62. p. 181 ſqq. et 225 - 235. *paſſim*.

übrigen vorzüglichen Privilegien, in unſerm Periodus, von den Kayſern mehrmalen beſtätigt worden, habe ich ſchon im zweiten Abſchnitte des vorigen Periodus gehandelt [a]). Mithin will ich nur noch des *Privilegii* de *non evocando* gedenken, das K. Carl der *IV.*, im J. 1349., dem H. Johannes von Brabant ertheilt hat, und welches unter dem Namen der *Bullae Aureae Brabantinae* bekannt iſt, weil davon in den folgenden Zeiten ein groſſer Mißbrauch iſt gemacht worden, ſo vielen Reichsſtänden zu gerechten Beſchwerden Anlaß gegeben hat [b]). Uebrigens wird ſich in allen dieſen *Privilegiis* de *non evocando* gemeiniglich die Clauſel finden, daß hievon die Fälle des verſagten und verzogenen Rechtes ausgenommen ſind, als in welchen der Kläger auch in der erſten Inſtanz an die kayſerliche Gerichte gehen konnte. Daß inzwiſchen das kayſerliche Hof- und Kammergericht, ja ſogar die Landgerichte, die von den Reichsſtänden erlangte Gerichtsbefreyungen, durch allerhand Mittel, zu vereiteln, und ihre gleichlaufende Gerichtsbarkeit, mit der Reichsſtändiſchen, auch in der erſten Inſtanz manchsmal zu erhalten, gewußt haben, iſt in dem vorhergehenden bereits bemerkt worden.

Durch die bisher bemerkte *Privilegia* de *non evocando* war zwar unſern Reichsſtänden ihr Recht des erſten Gerichtsſtandes in etwas mehr geſichert worden, als es vorher geweſen war. Aber dadurch waren die Berufungen oder Appellationen von den Ausſprüchen ihrer Gerichtshöfe an die kayſerliche höchſte Gerichte nicht aufgehoben worden.

a) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 395.

b) Lünigs Cod. Germ. diplomat., T. II. p. 1242 ſq. Cf. Ern. Mart. *Chladenii* Progr. de abuſu Bullae Brabantinae etc.; Vitemb., 1748. 4.

worden. Dann dieſe blieben ferner einem jeden Unterthanen frey, und er konnte alſo in der zweiten Inſtanz an den Kayſer und deſſen Gericht gehen, und ſich über das von ſeinem Landesherrn gefällte Urtheil beſchweren. Nur der König von Böhmen hatte die Befreyung von Appellationen an andere höhere Gerichte, bereits von undenklichen Zeiten, als eine privilegirte Gewohnheit hergebracht, welche ihm daher K. Carl der *IV.*, ſowohl in der zu Rom ertheilten Generalbeſtätigung der Gerechtigkeiten und Freiheiten der Krone Böhmen, als auch in der G. B., beſtätigte. Und deswegen hatten auch die Könige von Böhmen, wie man aus dem erſt angeführten Caroliniſchen Freiheitsbriefe erſehen kan, zu Prag eine eigene Obergerichtskammer, oder, nach der itzigen Benennung, ein Ober-Appellationsgericht, nach Art der Franzöſiſchen Parlamenter, angeordnet. Dieſe Appellationsfreiheit erſtreckte nun K. Carl der *IV.*, in der G. B., auch auf alle übrige Churfürſten, ſowohl die geiſtliche, als die weltliche, und gab ihnen mithin ein *Privilegium* de *non appellando illimitatum.*

Vielleicht hat der Kayſer dabey die Abſicht gehabt, daß die Churfürſten, gleich den Königen von Böhmen, einen Obergerichtshof in ihren Ländern anrichten ſolten, an welchen ſich ihre Unterthanen in der zweiten Inſtanz wenden könnten. Allein es geſchah ſolches nicht, entweder weil es ihnen zu koſtbar und zu beſchwerlich fiel, oder auch vielleicht weil ihre Landſtände ſich dawider ſetzten, ohne deren Einwilligung, nach der Verfaſſung damaliger Zeiten, unſere Fürſten keine, in die urſprüngliche Verfaſſung eines Landes einſchlagende, Hauptveränderung vornehmen konnten. Dann vermutlich war es den Landſtänden nicht gleich-

gültig,

gültig, daß ſie hinführo blos unter den Gerichten ihrer Landesherren ſtehen, und ihr bisheriges Recht der zweiten Inſtanz vor den kayſerlichen Gerichtshöfen verlieren ſolten. So viel iſt indeſſen richtig, daß unſere geiſtliche und weltliche Churfürſten dieſer, ihnen in der G. B zugeſtandenen, Gerechtigkeit der Nichtberufung ſich nicht bedient haben, ſondern ſich, erſt zwey, bis dreyhundert Jahre nachher und drüber, neue *Privilegia de non appellando illimitata* von den Kayſern geben laſſen. Ja einige von ihnen lieſſen zwey, andere drey Jahrhunderte und drüber verſtreichen, ehe ſie dieſes Recht in ſeinem ganzen Umfange gebrauchten, und zu dem Ende eigene Ober-Appellationsgerichte in ihren Ländern anlegten. Uebrigens ſchränkte der Kayſer dieſe den Churfürſten ertheilte Freyheit der Nichtberufung an ſeine kayſerliche Reichs-Hofgerichte, in der G. B. ſelbſt, auf die Fälle von verſagtem Rechte ein, als in welchen er die Appellationen der churfürſtlichen Vaſallen und Unterthanen an ſeinen Reichshof und Hofgericht ſich vorbehielt c).

Der Kanzler von Ludewig hat unter ſo viel hundert andern unerkanten, doch gröſtentheils unerfindlichen, neuen Wahrheiten, bey Gelegenheit der den Churfürſten verliehenen Appellationsfreiheit auch dieſe Grille ausgeheckt, daß der Kayſer hiedurch den Churfürſten kein neues Recht gegeben, ſondern nur die alte Freyheit beſtätigt habe, weil nehmlich vor der G. B überall keine Appellationen in Teutſchland üblich geweſen wären d).

Allein

c) *A. B.*, Tit. VIII. §. 2. et Tit. XI. §. 3-5. Cf. von Olenſchlager *l. c.*, §. 52. p. 185 ſq. et §. 63 ſq. p. 235 ſqq. d) Ludewigs Erläuter. der G. B., T. I. p. 766 ſq. nota g), et T. II. p. 34 ſqq. nota p).

Allein ein jeder vernünftiger Menſch wird einſehen können, daß dieſes abentheuerliche Vorgeben allen ältern Teutſchen Staats- und Gerichts-Verfaſſungen zuwider lauffe. Es waren von jeher, ſo wie in andern Staaten, alſo auch in Teutſchland, die Berufungen an einen Obern Richter gemeinen Rechtens, und in unſerm Reiche waren, im mittlern Zeitalter, gemeiniglich zwey Appellationsinſtanzen, welche zuletzt alle an den König oder Kayſer, als den oberſten und letzten Richter aller im Reiche obwaltenden Streitigkeiten liefen [e]). Ja es ergeben die, noch kurz vor der G. B., ausgefertigten kayſerlichen Gnadenbriefe, daß unſere Kayſer ſich dieſes Recht der Berufung an ihre oberſte Gerichtshöfe, ſowohl in Lehen- als Rechts-Sachen, auch ſelbſt in Anſehung der churfürſtlichen Gerichte, jederzeit vorbehalten haben [f]).

Vor den Zeiten der G. B. wird man nicht leicht einen Gnadenbrief unſerer Kayſer aufweiſen können, worinnen einem oder andern Reichsſtande eine Ausnahme von den Appellationen an den Kayſer oder ſein Hofgericht verſtattet worden wäre. Es iſt mir zwar nicht unbekannt, daß in der Hiſtoriſchen Beſchreibung der Abtey Gengenbach, und dem Verzeichniß der daſigen Aebte [g]), von dem 65ten Abte Berthold, gemeldet wird:

e) von Olenſchlager *l. c.*, §. 63. p. 236 ſq. f) S. z. E. K. Ludewigs des *IV.* Privilegium für den Churf. von der Pfalz vom J. 1346., in Lünigs R. A., T. V. p. 566 ſq. n. 212. und K. Carls des *IV.* für das Erzſtift Trier vom J. 1354., bey dem Herrn Weyhbiſchof von Hontheim, in deſſen Hiſt. Trevir. dipl., T. II. n. 678. p. 177 ſqq. g) in Lünigs R. A., T. XVIII. p. 291. a. n. 65.

wird: *Conſecutus eſt Privilegia a Rudolpho Habſpurgico a. 1278., in quibus ſcribitur*, AB ABBATE GENGENBACENSI *et* EIVSDEM SENTENTIIS NON DEBERE PROVOCARI *a quocunque Subditorum ſeu Vaſallorum.* Allein ich wünſchte, dieſes Privilegium in ſeinem authentiſchen *Extenſo* zu ſehen; vermutlich würde es ganz was anders enthalten, als man nach der vorgedachten hiſtoriſchen Beſchreibung ꝛc. daraus meynen ſolte. Gleichwie nun aber K. Carl der *IV.* in der G. B. den Anfang gemacht hatte, ein *Privilegium illimitatum* de *non appellando* den Churfürſten zu geben; alſo ſind hernach in den folgenden Zeiten von den Kayſern mehrere dergleichen *Privilegia*, doch *limitata* gemeiniglich, auch an andere Reichsſtände gegeben worden. Aber in unſerm Periodus geſchah ſolches noch ſehr ſparſam, und ich weiß mich itzo nicht auf mehr, als drey ſolcher Gnadenbriefe zu beſinnen. Der erſte ſchreibt ſich gleichfals von unſerm K. Carln dem *IV.* her, und hat er denſelben, den 21. Julius 1356., dem Grafen Amadeus von Savoyen gegeben, und darinnen alle und jede Appellationen der gräflichen Unterthanen an gedachten Grafen nachgelaſſen h). Wenn man es genau nehmen will; ſo gehört dieſes Exempel nicht einmal hieher, weil der Graf von Savoyen kein Teutſcher=, ſondern ein Arelatiſcher Reichsſtand war, welches Königreich damals noch ſeine beſondere Verfaſſung hatte. Die beiden andern Gnadenbriefe ſind von K. Friedrich dem *III.*, und enthalten *Privilegia* de *non appellando limitata* ad *certam ſummam.* Den erſten gab er, im J. 1475, der Stadt Schwäbiſch=Gemünd auf zehen Pfund Pfenninge dieſer Stadt Wehrung, den andern

h) *Eiusdem* Cod. Ital. dipl., T. I. p. 663 ſq. n. 32.

andern aber, im J. 1482., der Stadt Augſpurg auf zehen Gulden Rheiniſch [i]). Uebrigens will ich kürzlich auch noch dieſes bemerken, daß wir zwar von dem H. Wilhelm von Sachſen eine Landes-ordnung vom J. 1446. haben, worinnen er allen ſeinen Ständen und Unterthanen alle Berufungen an auswärtige geiſtliche und weltliche Gerichte, ſogar bey Strafe der Acht und Landesverweiſung, verboten hat [k]). Allein ſie ſcheint hauptſächlich nur gegen die Weſtfäliſche Gerichte und nicht gegen das kayſerliche Hof- und Kammergericht gegangen zu ſeyn.

Auſſer den bisher bemerkten *Privilegiis* de *non evocando* und de *non appellando*, finden wir einige Exempel, daß unſere Kayſer, in dieſem Periodus, bisweilen *Relaxationem iuramenti ad effectum agendi* [l]), ingleichen *Privilegia Aſyli* ertheilt haben. Von den letztern will ich nicht diejenige nochmals namhaft machen, welche ſchon Pfeffinger [m]) angezeigt hat, ſondern nur einige andere von ihm nicht bemerkte anführen. So erhielt z. E. die Stadt Nördlingen von K. Carln dem *IV.*, im J. 1353., ein Privilegium, daß alle diejenige, welche in der Stadt Nördlingen und ihrem Gebiete, eine vorſetzliche Mordthat begiengen, allenthalben des *Iuris Aſyli* verluſtigt ſeyn ſolten [n]). Von den Freyungen oder *Aſylis* aber in den Fürſtenthümern Bayreuth und Anſpach trifft man in denen in der Note angeführten Oetteriſchen Schriften

Nn 2 gute

i) *Eiusdem* R. A., T. XIII. p. 824 ſq. n. 4. et p. 108 ſq. n. 33. k) S. die *Privilegia de non appellando*, p. 43 ſq. et 44 ſq., im Anhange zu des Herrn von Ludolf Corp. Iuris Cameralis. l) S. *Hahnii* Diſſ. ſaepius citatam, §. 4. p. 18 ſqq. *not.* l) et m). m) in *Vitriar. illuſtr.*, T. III. p. 1267 ſq. n) Lünigs R. A., T. XIV. p. 5 ſq. n. 8.

gute Nachrichten an o). Hiernächſt ertheilten unſere Kayſer, in den damaligen unruhigen Zeiten, ſehr häufige Protektoria oder Schutzbriefe an Stände des Reichs, Stifter, Klöſter, und auch mittelbare Perſonen, die aber, bey dem verwilderten Zuſtande unſers Vaterlandes, wenig halfen. Es würde eine unnöthige Weitläuftigkeit ſeyn, Exempel von ſolchen Protektorien anzuführen, da ihrer, ſchon im hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus, genug ſind angeführt worden. Es begnügt uns alſo, blos die Anmerkung zu machen, daß niemand ſich beigehen laſſen, dieſes Recht dem Kayſer ſtreitig zu machen; nur wurden freilich damals dergleichen Schutzbriefe, bey der zügelloſen Freiheit der Teutſchen Stände und des Adels, nicht jederzeit gehörig reſpektirt. Nicht aber blos die Kayſer, ſondern auch bisweilen die Römiſche Königinnen und Kayſerinnen gaben dergleichen Protektorien, wovon ich bereits weiter oben einige Beiſpiele angeführt habe p). Endlich will ich auch noch ein Conſervatorium, aus unſerm Periodus, bemerken, welches K. Carl der *IV.*, im J. 1355, zum Beſten der Canonißinnin zu Quedlinburg, bey ihren damaligen Streitigkeiten mit ihrer Aebtißin, auf die Grafen von Reinſtein, Wernigerode und Hohnſtein, wie auch die Städte Quedlinburg, Aſchersleben und Halberſtadt ausgeſtellt hat q).

Daß

o) S. (Sam. Wilh. Oetters) Samml. verſchied. Nachr. aus allen Theilen der hiſtor. Wiſſenſch., II. Band 2. Stück n. 5. p. 49 ſqq. und Eben deſſelben hiſtor. Bibliotheck, P. I. n. 2. p. 25 ſqq. Cf. Io. Frid. *Froſchii* Diſſ. de Aſylis in genere, et Principatus ſuper. Burggraviatus Norici in ſpecie; (Baruthi, 1711. 4.) §. 26.-28. p. 19 ſqq.

p) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 109. f.

q) *ab Erath* Cod. dipl. Quedlinburg., Sec. XIV. n. 302. p. 494.

Daß unſere Kayſer in den ältern Zeiten, wie ſie noch das *Ius ipſum Sacrorum* hatten, auch in geiſtlichen Sachen, z. E. in Eheſachen, gerichtet haben, hat wohl keinen Zweifel, und ſind davon auch einige Beiſpiele noch in dem vorigen Periodus angeführt worden r). Aber nachdem nunmehro die Macht des Pabſtes und der Biſchöffe ſo hoch geſtiegen war; ſo behaupteten dieſe, daß ſie allein in geiſtlichen Sachen und über geiſtliche Perſonen Richter wären. Indeſſen haben wir doch in unſerm Zeitraume ein merkwürdiges Exempel von des Kayſers ausgeübten Gerichtsbarkeit in Eheſachen. Die Margareta Maultaſche, Gräfin und Beſitzerin von Tyrol, war ihres untüchtigen Gemals, des böhmiſchen Prinzens, Johann Heinrichs überdrüßig, und wolte ſich gerne von ihm ſcheiden laſſen, dagegen aber K. Ludewigs des *IV.* älteſten Sohn, den Churfürſten Ludewig von Brandenburg, ehlichen, zu welcher Heirat noch auſſerdem eine Diſpenſation nöthig war. Allein von dem Pabſte dorfte man weder die Eheſcheidung, noch die Diſpenſation hoffen, und der Biſchof Leopold von Freiſingen, der ſich zu dieſem Geſchäfte wolte gebrauchen laſſen, und zu dem Ende mit dem Kayſer und dem Churfürſten nach Tyrol reiſete, brach unterwegs unglücklicher Weiſe den Hals. Mithin trat nunmehr K. Ludewig der *IV.* in deſſen Stelle, und ſetzte, unter ſeinem Vorſitze, ein förmliches Gericht nieder, vor welchem die Margareta ihre Klage auf die Eheſcheidung anbrachte, welche auch der Kayſer in contumaciam wider den nicht erſchienenen Prinzen Johann Heinrich erkannte. Nachdem alſo der Kayſer erſt des Prinzens bisherige Ehe mit der Margarete für nichtig

r) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 396. f. Cf. *Hahnii* Diſſ. cit., §. 2. p. 11 ſq. nota g).

nichtig und aufgehoben erklärt hatte; ſo gab er auch hierauf die nöthige Diſpenſation, zu Vollziehung der Ehe zwiſchen ſeinem Sohn und der Margareta, die mit einander im dritten Grade gleicher Linie verwandt waren. Nun vertheidigten zwar das ganze Verfahren des Kayſers in dieſer Eheſcheidungs- und Diſpenſations-Sache, die berühmten Männer, Marſilius von Padua, und Wilhelm Ockam, in öffentlichen Schriften. Allein ihre Gründe machten auch bey denen, dem Kayſer bisher ergeben geweſenen, Gemüthern keinen ſonderlichen Eindruck, vielmehr verurſachte dieſes ſein Unternehmen ihm, bey Geiſtlichen und Weltlichen, bey Hohen und Niedrigen, ja ſogar bey den gemeinſten Leuten, einen üblen Namen und ſchlimme Nachrede s).

Die von den Kayſern der ältern Zeiten ſo ſcharf verbotenen und nachdrücklich geahndeten Appellationen in geiſtlichen Sachen an den päbſtlichen Hof waren, in unſerm Periodus, um ſo mehr zuläßig, weil bereits K. Friedrich der *II.* ſelbige, in der bekannten, zu Eger ausgefertigten, G. B., frey gegeben hatte t). Es muſte daher ſchon K. Rudolf der *I.*, in der zu Lauſanne, im J. 1275., an P. Gregorius den *X.* ausgeſtellten Generalbeſtätigung aller dem Apoſtoliſchen Stule von den Römiſchen Kayſern ertheilten Privilegien, unter andern auch dieſes eidlich verſprechen: APPELLATIONES - - - *in negotiis et cauſis eccleſiaſticis* AD SEDEM APOSTOLICAM LIBERE FIANT; *earum proſecutionem ſive proceſſum nullus impedire praeſumat* u). Und zu eben dergleichen unein-

s) S. den Auszug ꝛc. im dritten Bande, S. 353. ff. *ibi*que citatos. t) S. den Auszug ꝛc., im erſten Bande S. 338., und im zweiten Bande, S. 397. f. u) *Raynaldus* l. c., T. XIV. ad a. 1275. n. 38. p. 244. a.

uneingeſchränkten Appellationsfreiheiten muſten ſich auch ſeine Nachfolger in unſerm Periodus, nach dem Antritte ihrer Regierung, verbindlich machen. Weil aber die geiſtliche Gerichte nicht ſelten den weltlichen Gerichten eingriffen, und auch bürgerliche Streithändel vor ſich zogen, oder der geiſtlichen Gewalt in bloſſen Civilſachen mißbrauchten; ſo gab dieſes zu verſchiedenen Verordnungen Anlaß, von denen ich einige bemerken will, ſo wie ſie mir am erſten beifallen. Der vortreffliche K. Ludewig der *IV*. ſchickte, im J. 1318., einen Befehl an die Stadt Wetzlar, daß kein Bürger, bey Strafe von drey Pfund Pfenninge, hinführo ſeinen Mitbürger in einer Civilſache, zum Nachtheil des Reichs und der weltlichen Gerichtsbarkeit vor ein geiſtliches Gericht ziehen ſolte v). Selbſt der Churfürſt und Erzbiſchof von Maynz Matthias ließ, im J. 1325., wider den Mißbrauch der geiſtlichen Cenſur und des Kirchenbannes in Geldſachen eine Verordnung ergehen, und erklärte ſelbige hinführo für ungültig, weil hiedurch dieſe geiſtliche Zwangmittel geringſchätzig würden w).

Sogar K. Carl der *IV*., der doch ſonſt dem Pabſte und der Geiſtlichkeit ſehr ergeben war, nahm es nicht gleichgültig auf, wie der Pabſt den H. Bolko von Schweidnitz, in einer bloſſen bürgerlichen Sache, vor ſeinen Richterſtul forderte. Er ſchrieb nehmlich deshalben nicht nur an den Pabſt, ſondern auch an das Cardinals-Collegium, und den Biſchof von Breßlau, und that bey ihnen die nöthige Vorſtellungen. Zu einer andern Zeit ſchrieb er an einen Biſchof, vermutlich an den von Paſſau oder Regenſpurg, und verlangte von ihm, daß er unterlaſſen ſolte, künftig ſeine böhmiſche Unterthanen,

 in

v) *de Gudenus* Sylloge etc., p. 487 ſq. n. 9. w) *Eiusdem* C. M. D., T. III. n. 166. p. 227 ſq.

in bürgerlichen Streithändeln, ferner vor ſein **geiſtliches Gericht** zu laden x). Endlich gehört auch noch hieher, daß **K. Sigmund**, auf dem **frankfurtiſchen Reichstage**, im J. 1435., den **Reichsſtänden** unter andern Berathſchlagungspunkten auch dieſen mit vortragen laſſen, bey dem **Concilium** zu **Baſel** eine **Satzung** auszuwürken, daß die **geiſtliche Gerichte** in weltliche Sachen nicht mehr greifen, ſondern ſelbige den **weltlichen Richtern** überlaſſen ſolten y). Gleichwie nun aber die **Layen** in ihren bürgerlichen Streithändeln nicht vor die **geiſtliche Gerichtshöfe** ſolten gezogen werden; alſo ſolten auch dagegen **geiſtliche Perſonen nicht** vor **weltliche Gerichte** können vorgefordert werden. Und wir haben noch ein Privilegium, ſo **K. Wenceslaus**, im J. 1383., dem **Domkapitel** zu **Utrecht** dahin ertheilt hat, daß **geiſtliche Perſonen** nur vor **geiſtliche Gerichte** ſolten geladen werden können z).

Die Acht war zweyerley: 1) die **ſimple** oder **ſchlechte Acht**, und 2) die **Aber-** oder **Ober-Acht**. Die erſtere war die gewöhnliche Art auch in Civilſachen zu verfahren, und wurde vornehmlich in allen Klagen um **Ungericht**, d. i. **Unrecht** erkannt, wenn der Beklagte auf die Ladung des Richters nicht erſchien, ſondern ungehorſam und flüchtig war. Der geächtete wurde ehr- und rechtloß, und alles Schirms und Sicherheit verluſtigt; niemand dorfte ihn hauſen, hofen, äzen und tränken, wenn er ſich nicht gleicher Strafe theilhaftig machen wolte. Diß iſt die Urſache warum verſchiedene **Reichsſtände** und **Städte** ſich in **unſerm Periodus** von den

Kayſern

x) Io. de *Geylnhuſen* Collectar., n. 237-239. et 260., in Hoffmanns Sammlung ꝛc., P. II. p. 235 ſqq. et 252 ſq. y) *Wencker* l. c., p. 328. n. 7.
z) *Wilb. Heda* in Hiſt. Epiſcop. Ultraiect., p. m. 261.

Kayſern haben Privilegien geben laſſen, um dergleichen Aechter aufnehmen zu dörfen, ohne daß es ihnen ſchädlich ſeyn ſolte, wovon ich einige Beyſpiele in den vorhergehenden hiſtoriſchen Abſchnitte angeführt habe. Es war daher dieſe bloſſe oder ſimple Acht, in Anſehung des Beklagten, nichts anders, als eine Nöthigung zu ſeiner Parition, daß er nehmlich entweder erſcheinen und vor dem Richter rechtlichen Austrag annehmen, oder auf ein Endurtheil Folge leiſten muſte. Beharrte nun der Beklagte in ſeinem Ungehorſam, und machte ſich nicht binnen gewiſſer Zeit von der Acht loß; ſo verfiel er in die Aber- oder Ober-Acht. War dann ein ſolcher vor dem höchſten Gerichte Geächteter in des Königs oder des Reichs-Acht Jahr und Tag, ohne daß er ſich derſelben mit Erkennung des Rechts entledigte; ſo betraf ihn ein ſtrenges Urtheil. Er wurde nehmlich aller ſeiner Rechte, Haab und Güter entſetzt, alſo daß die Lehen dem Lehnherren, die Allodien aber dem königlichen Fiſkus anheim fielen, doch konnten die Erben die Erbgüther, mit Beſchwörung der Erblichkeit, binnen Jahr und Tag, wieder an ſich bringen. Und dieſes Mittel der ſimplen Acht wurde nicht nur gegen Geringere, ſondern auch wider Stände des Reichs gebraucht, wenn ſie ſich den Verordnungen des Richters oder Kayſers widerſetzten, und nicht Gehorſam leiſten wolten [a]).

Die Reichs-Aber- oder Ober-Acht wurde nun vornehmlich von den Kayſern wider Fürſten und Stände des Reichs in Criminalfällen, wegen des Verbrechens beleidigter Majeſtät, bey begangener Felonie u. ſ. w. erkannt. Es pflegten aber unſere Monarchen die Achtserklärung nicht vor ſich allein

a) J. L. Hauſchilds Gerichtsverfaſſ. der Teutſchen; (Leipzig, 1741. 4.) §. 50-53. p. 175 ſqq. *coll.* §. 39 ſq. p. 134 ſqq. *paſſim.*

lein ergehen zu laſſen, ſondern ſie trugen das Verbrechen des der Oberacht ſchuldigen Fürſtens oder Reichsſtandes den übrigen Fürſten und Ständen auf einem Reichstage oder Reichshofe vor, da dann die Reichs Aberacht beſchloſſen wurde. Wir haben davon in unſerm Periodus verſchiedene Exempel angeführt, nehmlich die Achtserklärungen K. Ottokars von Böhmen und H. Heinrichs von Niederbayern, durch K. Rudolfen den *I.*, auf dem Reichstage zu Augſpurg; ferner Graf Eberhards von Würtenberg, und der Mörder K. Albrechts des *I.*, durch K. Heinrich den *VII.* auf dem Speyeriſchen Reichstage im J. 1309. K. Sigmund erklärte in einer Verſammlung der Fürſten zu Coſtnitz den H. Friedrich von Oeſterreich in die Reichsacht, weil er des P. Johannes Flucht aus Coſtnitz befördert hatte. Und von K. Friedrich dem *III.* iſt gleichfals bekant, daß er den Churfürſten von der Pfalz, Friedrich den Sieghaften, auf dem Augſpurgiſchen Reichstage im J. 1474., in die Reichsacht erklärt habe, wovon man die Umſtände beym Müller b) nachleſen kan. Andere angeführte Beyſpiele übergehe ich der Kürze halber mit Stillſchweigen, und man kan ſie auch zum Theil beym Pfeffinger c) nachſehen.

Daß die gewillkührten Austräge ſchon im vorigen Periodus ihren Anfang genommen, habe ich bereits in dem zweiten Abſchnitte deſſelben d) dargethan, und auf die dawider in den Göttingiſchen Gelehrten Anzeigen gemachte Einwürfe werde ich in der Vorrede zu dieſem *VIII.* Bande antworten. Bey dem verwirrten Zuſtande Teutſch-

b) *l.* ſaepius *c.*, P. V. 5. Vorſtell. c. 45. p. 626 ſqq.
c) in *Vitriario illuſtrato*, T. III. p. 526 - 529.
d) S. den zweiten Band des Auszuges ꝛc., S. 402. ff.

Teutſchlandes und den ſchlecht beſtellten kayſerlichen Gerichten in unſerm Zeitraume wurden dieſer gewillkührten Austräge immer mehrere, und friedliebende Fürſten und Stände verglichen ſich darüber mit einander, um auf ſolche Art ihre obwaltende Streitigkeiten in der Güte auszumachen. Man findet daher bereits in unſerm Periodus die bekante verſchiedene Gattungen der gewillkührten Austräge, nehmlich entweder 1) die nothwendige (*neceſſarios,*) oder 2) die freiwillige (*voluntarios.*) Jene waren durch Verträge feſtgeſetzt, und wieder von verſchiedener Art, nemlich, a) die Bunds-Austräge, b) die ſogenannte *Auſtraegae Unionum*, die gemeiniglich unter Perſonen einerley Standes durch Verträge feſtgeſetzt worden, c) die Stamm-Haus- oder Erb-Austräge, und d) die Burg- und Ganerben-Austräge, die nun insgeſamt entweder erblich und immerwährend, oder nur auf eine gewiſſe Zeit, oder auf eine gewiſſe Sache eingeſchränkt waren. Die freiwillige Austräge hingegen wurden von den Partheien *per modum Compromiſſi* erwält, daß ſie bey vorfallenden Streitigkeiten die Stelle der Austräge vertreten ſolten, die dann wiederum entweder beſtändig, oder nur auf eine gewiſſe Zeit, oder auf eine gewiſſe Sache eingeſchränkt waren. Auch die Churfürſten haben ſich in ihren Vereinen mit einander verglichen, die unter ihnen vorfallende Irrungen unter ſich gütlich auszutragen, welche Art zur erſten Claſſe der *Auſtraegarum neceſſariorum* und deren zweiten Gattung gehört. In den meiſten Fürſtlichen, auch wohl gräflichen Häuſern in Teutſchland wird man ſolche willkührliche Austräge in unſerm Periodus antreffen. Es würde aber zu weitläuftig fallen, alles dieſes mit Exempeln zu beſtärken, welche ich auch ohnehin, ſchon im hiſtori-

ſchen

ſchen Abſchnitte beiläufig bemerkt habe, und man kan ſie auch anderwärts angezeigt finden e).

Die geſetzliche Austräge waren in unſerm Periodus noch nicht bekannt. Man müſte dann hieher ziehen, daß K. Wenceslaus, in ſeinem, im J. 1383., publicirten Landfrieden, allen Ständen und Gliedern des Reichs das Recht der Austräge zugeſtanden hat. Dergleichen haben auch K. Albrecht der *II.* und K. Friedrich der *III.* in ihren, in den J. 1438. und 1466., publicirten Landfrieden angeordnet. Allein da dieſe Landfrieden zum Theil von kurzer Dauer waren, zum Theil nicht einmal zu ihrer rechten Conſiſtenz kamen; ſo iſt auch die Verfaſſung der geſetzmäßigen Austräge in unſerm Zeitraume nicht zu ſtande gekommen. Hingegen haben unſere Kayſer einigen Reichsſtänden auch wohl durch Privilegien das Recht der Austräge ertheilt, dergleichen z. E. K. Carl der *IV.*, im J. 1366., den Herzogen von Oeſterreich gegeben hat. Beſonders haben die Reichsſtädte ſolche privilegirte Austräge von den Kayſern erhalten, ob ſie gleich, ſchon zuvor und nachher, bisweilen unter ſich und mit andern Ständen gewillkührte Austräge, und zwar ſowohl nothwendige, als auch freiwillige ausgemacht hatten f).

Pfeffin-

e) *Pfeffinger* l. c., T. IV. p. 503 - 522. et Tob. Ludov. *Kienlini* Diſſ. (ſub *meo Praeſidio* habita) de Auſtraegis generatim, nec non de iure Auſtraegarum S. R. I. lib. Civit. Vlmanae ſpeciatim; (Helmſtad., 1759. 4.) Sect. I. §. 5. 6. et 8. p. 8 ſqq. et 14 ſq. et *plures* ibi *citatos*. f) *Haec ipſa Diſſ.*, Sect. I. §. 7. p. 12 ſqq. et §. 11. p. 21. *Senckenbergii* Flores ſparſi ad Ius Auſtraegarum; (Gieſſae, 1740. 4.) §. 39. p. 60. et Chriſti. Henr. *Hilleri* Diſſ. de liber. S. R. G. I. Civitatum iudicio amicabili; (Tub., 1719. 4.) *paſſim*, beſonders §. 4 - 6. et 12 ſqq. p. 2 ſq. et 20 ſqq.

Pfeffinger ff) hat uns ein weitläuftiges Verzeichniß aller Reichsſtädte, die von dem Kayſer mit dem Recht der Austräge ſollen privilegirt worden ſeyn, in alphabetiſcher Ordnung geliefert. Allein er hat die Sache nicht recht aus einander geſetzt, und dieſes Recht auch auf die einzelne Bürger der Städte, und das denſelben von den Kayſern verliehene Recht der erſten Inſtanz vor ihren Stadtobrigkeiten ausgedehnt. Hiedurch iſt zwar freilich den Städten ein Recht, in Anſehung der ausſchlieſſenden Gerichtsbarkeit in der erſtern Inſtanz über ihre Bürger beygelegt worden; allein dieſes gehört mehr zu den *Privilegiis* de *non evocando*, von welchen ich ſchon gehandelt habe, als daß es eigentlich und in genauerm Verſtande auf Auſträgalprivilegien könnte gezogen werden. Hiernächſt haben auch die meiſten Städte dieſes Recht der erſten Inſtanz vor ihrem eigenen Reichsvogt, Reichs-Schultheiß, Stadtamtmann oder Richter von den Kayſern erhalten, welches doch ebenfalls nicht ſo vollkommen iſt, als die Privilegien derjenigen Städte, denen von den Kayſern einige andere Städte zu ihren Austrägen ſind geſetzt worden. Ich will daher dieſe vom Pfeffinger unter einander geworfene und vermiſchte Auſträgalprivilegien der Reichsſtädte aus unſerm Periodus beſſer aus einander ſetzen, und zuerſt diejenige Privilegien bemerken, von denen noch zweifelhaft iſt, ob man daraus ein Recht der Austräge herleiten kan, oder die doch wenigſtens nicht ſo vollkommen ſind, als die andere Art der Privilegien, worinnen die Kayſer einigen Städten zu ihren Auſträgalrichtern ande-

ff) *l. c.*, T. IV. p. 528-541. Eben dergleichen Verzeichnis, doch nur von den Schwäbiſchen Reichsſtädten ſtehet beym Wegelini, *l.* ſaepius *c.*, P. I. Sect. XI. §. 31-33. p. 255 ſqq.

anderer Städte verordnet haben. Die bey einer jeden Stadt zum Beweis des Auſträgalrechtes dienende Privilegien werde ich inzwiſchen nicht nöthig haben zu bemerken, weil ſchon Pfeffinger angezeigt hat, wo ſelbige anzutreffen ſind.

Zur erſtern Claſſe gehören nun gleich anfangs die Städte Regenſpurg und Goslar, deren jene das Recht der Austräge durch einen langwierigen Gebrauch, ſchon vor dem Anfange unſers Periodus, ſoll hergebracht haben, wie ſich dann auch ſolches, und das von der Stadt Goslar auf Privilegien K. Friedrichs des *II.* von den Jahren 1230. und 1219. gründen ſolle. In unſerm Zeitraume aber hatten das Recht der erſtern Inſtanz erhalten von K. Rudolfen dem *I.* die Städte Lindau und Buchhorn im J. 1275. ferner Speyer 1285., und Memmingen und Kaufbeuren im J. 1286. Von K. Adolfen im J. 1294. die Stadt Augſpurg. Von K. Albrechten dem *I.* im J. 1299. Rothweil. Von K. Heinrich dem *VII.* die Stadt Dünkelſpiel im J. 1309., Weiſſenburg am Nordgau 1310., und Nürnberg im J. 1313. Ferner im J. 1315. die Stadt Eßlingen von K. Friedrich von Oeſterreich, und von K. Ludewig dem Bayer die Stadt Hailbronn 1316., Schweinfurt 1330., Gelnhauſen 1333., Landau 1346. und Buchau im J. 1347. K. Carln dem *IV.* ſollen es zu danken haben die Städte Mühlhauſen und Pfullendorf im J. 1348., Frankfurt am Mayn und Nördlingen 1349., Fridberg 1350., Goslar 1351. g), Biberach und Kempten 1355., Ulm 1359., Aachen 1362. und 1376., Donauwörth 1363., Leutkirch 1366.,

g) Ge. Frid. *Hartmann* de iure Auſtregarum legalium lib. ac imp. Reip. Goslar. competente; Goslar. 1721. 4.

1366., und Schwäbiſchgemünd im J. 1373. Vom K. Wenceslaus haben das Recht der erſten Inſtanz bekommen Nordhauſen im J. 1391. und Giengen und Bopſingen im J. 1398.; endlich vom K. Ruprechten im J. 1401. die Stadt Aalen. Dieſe Privilegien ſind nun zum Theil ſolchen Städten von den folgenden Kayſern beſtätigt und vollkommener gemacht worden.

Zu dieſer zweiten Claſſe, nehmlich der vollkommener privilegirten Städte gehört nun erſtlich Nürnberg, welches ſein Auſträgalprivilegium vom K. Carln dem *IV.*, im J. 1373., erhalten hat h). Eben dergleichen hat K. Sigmund folgenden Städten ertheilt: 1) Hamburg im J. 1321., 2) Rotenburg an der Tauber in den J. 1422. und 1434., ferner im J. 1433. den Städten, 3) Ulm i), und 4) Ueberlingen, im folgenden J. 1434. den Städten, 5) Ravenſpurg und 6) Weil und endlich der Stadt Straßburg im J. 1435. Von K. Friedrich dem *III.* aber haben dergleichen erhalten: 1) Lindau im J. 1442. k), 2) Nördlingen 1453., 3) Donauwörth 1465., 4) Bopſingen 1468., 5) Memmingen 1471. l), 6) Schwäbiſchgemünd 1475. und 7) Giengen im J. 1481. Einige andere Reichsſtädte ſind erſt von den folgenden Kayſern mit dem vollkommenen Recht der Austräge

h) Ge. Chriſti. *Hüls* de *Ratsberg* Diſſ. de Auſtregis Reip. Noriberg.; Altorf. 1722. 4. i) *Kienlini* Diſſ. *paulo ante* cit., Sect. II. k) Frid. Guil. *Tafingeri* Diſſ. de Auſtraegis lib. S. R. I. Civit. Lindavienſis; Tub. 1762. 4. l) Melch. Egen. *de Sayler* Diſſ. (*Praeſ.* Io. Andr. *Hoffmanno*,) de Auſtregis Ordinum S. R. I., aliorumque Imperii Membrorum, praecipue lib. S. R. I. Civit. Memmingenſis; Ienae, 1750. 4.

träge begnadiget worden; mithin ihrer hier noch nicht kan gedacht werden.

Eigenmächtige **Pfändungen, Arreſte** und **Repreſſalien** waren in dem damaligen verwirrten Zuſtande unſers **Reichs** ſehr gewönlich. Der Unſchuldige muſte bey der Gelegenheit öfters für den Schuldigen leiden. Wenn jemand z. E. an einen Bürger in einer Stadt etwas zu fordern hatte, und zu ſeinem wahren oder vermeinten Rechte nicht kommen konnte; ſo nahm er den erſten beſten Bürger einer ſolchen Stadt, der ihm in die Hände fiel, gefangen, und ließ ihn nicht eher wieder loß, bevor er nicht wegen ſeiner Forderung befriedigt war. Es hatte zwar ſchon **P. Gregorius** der *X.* auf dem **Concilium** zu **Lyon**, im J. 1273., dergleichen ungerechte **Pfändungen, Arreſte** und **Repreſſalien**, bey Strafe des Bannes, verboten, und ſie wurden auch in den verſchiedenen **Landfrieden** bey ſchwerer Strafe unterſagt; allein man kehrte ſich in **Teutſchland** wenig daran, und ſie wurden bey dem verfallenen Juſtitzweſen ungeſcheuet ausgeübt m). Es lieſſen ſich daher verſchiedene **Städte**, zur Sicherheit ihrer Bürger, von den **Kayſern**, oder auch von **Landesherren** Privilegien wider dergleichen unbewilligte Arreſtirungen geben n). Oder ſie ſchloſſen unter einander Verträge, daß wenn ihre Bürger gegen einander was ſchuldig würden, deswegen keines andern unſchuldigen Bürgers Perſon oder Gut aufgehalten, oder mit Arreſt belegt, ſondern der Hauptſchuldner deshalben vor ſeiner ordentlichen Obrigkeit belangt werden

m) *cap. un.* de Iniuriis et damno dato, in *VI. Henr. Stero* ad a. 1277., *l. c.*, p. m. 563. N. Samml. der R. A., P. I. p. 24. 33. a. 36. b. et 41. a. *coll.* p. 94. a. 101. b. et 171. n) S. z. E. Meine Analecta med. aevi, Sect. II. n. 26. 28. 30. et 39. p. 309. 313. 317. et 378 ſqq.

werden ſolte o). Dieſe eigenmächtige Arreſtirungen giengen in unſerm Periodus bisweilen ſo weit, daß ſogar nicht einmal unſere Monarchen davor ſicher waren, wovon ich in dem hiſtoriſchen Abſchnitte ein paar merkwürdige Exempel angeführt habe, Nehmlich K. Carln den *IV.* wolte, im J. 1347., zu Worms ein daſiger Fleiſcher, wegen einer Schuldforderung für geliefertes Fleiſch, mit Arreſt beſtricken p). Und dem K. Friedrich dem *III.* wurden zu Augſpurg, im J. 1474., wegen der, bey seiner Abreiſe, für ſeine Zehrung noch ſchuldig gebliebenen 6736. Gulden, von einigen daſigen Bürgern, ſeine Pferde und Reiſewagen angehalten, daß er darüber, in ſeinem erſten Nachtquartier zu Günzburg, ſeines nöthigſten Bett- und Küchengeräthes entbehren muſte q).

Zum Beſchluß dieſer ganzen Materie aber von dem damaligen Zuſtande des Teutſchen Reichs-Juſtizweſens muß ich doch noch anführen, daß, ſogar noch gegen Ende dieſes Periodus, ſich Spuren finden, daß eine Art der ſchon längſt verbotenen Ordalien, nehmlich des glüenden Eiſens, in Gewohnheit geweſen ſeyn müſſe, weil deshalben P. Innocenz der *VIII.*, im J. 1485, ein eigenes Breve an den Erzherzog Sigmund von Oeſterreich erlaſſen hat r). Was hiernächſt von denen *Iudiciis Duellicis*, Kampf- und Kolben-Gerichten, die gleichfalls eine Art der Ordalien, und auch noch um dieſe Zeit gewönlich geweſen, zu ſagen wäre

o) Lehmanns Speyer. Chron., L. VII. c. 8. p. m. 729 ſq. p) S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 453. q) von Stetten Hiſt. der R. Stadt Augſpurg, P. I. c. 7. §. 44. p. 214. r) *Raynaldus* l. c., T. XIX. ad a. 1485. n. 20. p. 353.

wäre, muß ich wegen Mangel des Raums weglaſſen, und meine Leſer auf die in der Note angeführte Schriftſteller verweiſen, bey welchen ſie hievon weitere Nachricht finden werden. Nur dieſes einige will ich bemerken, daß die Kayſer unſers Periodus verſchiedene Städte und ihre Bürger wider die Ausforderungen zu dergleichen Duellen privilegirt haben, s).

Die ehmals ſo anſehnlichen kayſerlichen Einkünfte waren zwar ſchon gegen Ende des vorigen Periodus ſehr verringert worden t). Indeſſen müſſen ſie doch noch, zu Anfang unſers itzigen Zeitraums, ſo ziemlich beträchtlich geweſen ſeyn, alſo daß davon der Kayſer ſich, ſeine Familie und Hofſtaat unterhalten können, weil noch K. Albrecht der *I.*, nach beſtiegenem teutſchen Throne, ſeine öſterreichiſche Erbländer ſeinen Söhnen überließ, und dem älteſten derſelben, dem H. Rudolf, die Regierung des Landes übergab u). Aber die folgenden Kayſer ahmten ihm darunter nicht nach, ſondern behielten ihre Erbländer für ſich. Dieſe Einkünfte zogen nun unſere Kayſer theils aus einigen ihnen noch unmittelbar zuſtehenden Gütern, theils aus einigen nutzbaren Regalien, die ſie in Teutſchland und Italien, beſonders in den Städten, hatten. Man findet davon ein Verzeichnis beym Struven v), doch paſſen nicht alle mehr auf

s) *Du Freſne* Gloſſar med. ac inf. Latinit., T. II. p. 1667 ſqq. voce *Duellum 3*. *Datt* de Face publ., L. I. c. 1. n. 30 ſqq. p. 4 ſq. *Pfeffinger* l. c, T. I. p. 45. et T. III. p. 1253. und Ephr. *Gerhardi* Diſſ. de iudicio duellico, vulgo vom Kampf- und Kolben-Gerichte etc.; Ienae 1711. 4.
t) S. im zweiten Bande des Auszuges rc., S. 409. ff. und 415. ff.
u) in eben demſelben, S. 691.
v) in *Corp. I. P. Imperii noſtri R. G.*, cap. X. §. 1-12. p. 367 ſqq.

auf unſern gegenwärtigen Zeitraum. Eine beſondere Abgabe war diejenige, vermöge welcher die Stadt Lübeck järlich zwölf Falcken dem Kayſer überſchicken muſte w). Allein dieſe kayſerlichen Einkünfte giengen in unſerm Periodus vollends faſt insgeſammt verlohren. Es hatten zwar die Kayſer, ſchon von den Zeiten Ottens des *IV.* an, verſprechen müſſen, von den Reichsgütern nichts zu veräuſſern, ſondern vielmehr das Abgekommene wieder herbey zu bringen. Und es ſtehet ausdrücklich in einem, im J. 1418., im Namen K. Sigmunds ausgeſprochenem Urtheil: „es iſt ein ge„mein Recht, daß ein Römiſcher König oder „Kayſer des Reichs Erbe nicht hingeben oder „verſchreiben mag, in Erbsweiſe, ohne Willen und „Verhängniß der Churfürſten 2c. x).„ Aber dem ohngeachtet nahmen ſich unſere Kayſer und Könige heraus, mit ihren und des Reichs Einkünften nach Belieben zu ſchalten und zu walten y). Man wird auch nicht leicht einen Kayſer oder König in unſerm Periodus finden, der nicht ein oder andere Reichsgüter und Einkünfte verkauft, verſchenkt oder verpfändet hätte, wie dann die noch heutigen vielen Reichspfandſchaften ſich vornehmlich aus unſerm gegenwärtigen Zeitraume herſchreiben z).

Oo 2 Unter

w) *de Gudenus* C. M. D., T. III. n. 310. p. 459 ſq. x) *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 616 ſq. y) S. Io. *Strauchii* Diſſ. de oppignorationibus rerum Imperii, cum animadvers. C. *Thomaſii*, N. H. *Gundlingii* et St. Chph. *Harpprechti*, ex recenſ. L. A. *Hambergeri*; (Vitemb., 1742. 4.) cap. 9. §. 23 ſqq. p. 28 ſqq. *paſſim*, et N. C. *Lynckeri* Diſſ. de poteſtate Imperatoris, alienandi bona Imperii; (Ienae, 1695. 4. *recuſa:* 1731. 4.) cap. II. *paſſim.* z) Von ſolchen Reichspfandſchaften

Unter allen **Kayſern** machte es **Carl** der *IV.* am ſchlimſten, der vollends faſt alles, was noch übrig war, weggab. Er hatte hiebey den politiſchen Staatsgriff zur Abſicht, um hiedurch die **Churfürſten** zu nöthigen, ſeine Nachkommen, die **Könige von Böhmen**, beſtändig zu **Kayſern** zu erwälen, wenn nehmlich von **kayſerlichen Domainen** und **Reichseinkünften** nichts mehr vorhanden wäre, wovon der **Kayſer** leben, und die Ausgaben ſeiner Würde beſtreiten könnte. Wie gering daher die **kayſerlichen Einkünften**, ſchon zu den Zeiten **K. Ruprechts** geweſen, kan man aus folgender Klage und dem aufrichtigen Geſtändniß des ehrlichen **Dietrichs von Niem** erſehen, wenn er ſchreibt: - - *quam magnificum ſit Romanum Imperium, in* ALEMANNIA *ſaltem aperte videtur.* REPERITVR *enim* ILLIC *aliquis* ARCHIEPISCOPVS, *vel* EPISCOPVS, QVI *forte* IN DVPLO PLVS HABET IN REDITIBVS, QVAM *percipit* REX ROMANORVM *in omnibus terris ſibi ſubiectis, et aliquis* PRINCEPS SECVLARIS, QVI DETINET PLVRES TERRAS, QVAM POSSIDET IMPERATOR. *Quod non laudo: - - - quia deficientibus rerum facultatibus, et potentia ſeculari, et imperio, reſtat, quod* IMPERATOR *vel* REX ROMANVS *ſit* PAVPER *et* IMPOTENS, *et chriſtianum populum defenſare*

ten ſind hier und da im hiſtor. Abſchnitte dieſes Periodus genug Exempel angeführt worden. Man kan dergleichen auch finden in Köhlers Rhiſt., p m. 263. 266 ſq. 273. 303. 307. 317. 330 350 etc. in Hahns, oder vielmehr Roßmanns Rhiſt., P. V. p. 148 nota hh) 186. y) 218 n) ſqq. et 309 qq). Cf. Strubens Nebenſtunden, P. IV. n 23. §. 5. p. 94 ſqq. J. E. Schmidts Rhiſt., Sect VIII. §. 117. p. 389. *de Gudenus* l. c., T. III. n. 88. et 321. p. 111 ſq. et 479 ſq. u. an a. O. m.

ſare non poſſit a). Unter K. **Ruprechten** und ſeinen **Nachfolgern** wurde von dem Veräuſſerten ſo wenig wieder etwas herbeygebracht, daß vielmehr noch der geringe Ueberreſt vollends verſchleudert wurde. Und wie nichts mehr von **Gütern** und **Einkünften** wegzugeben war; ſo griffen unſere Kayſer und Könige nach den **Rechten**, und verſchenkten, verkauften oder verpfändeten dieſelben, wovon ſchon auf den **vorhergehenden Seiten** dieſes **Bandes**, hier und da, verſchiedene Exempel ſind angeführt worden. Daß übrigens die **Kayſer** beſonders mit den **Reichsſtädten** übel gewirthſchaftet, und ſelbige häufig verpfändet haben, worüber viele ehmalige **Reichsſtädte** zu **Municipalſtädten** worden, ingleichen daß deswegen viele **Reichsſtädte** ſich **Privilegien wider** ſolche **Verpfändungen** von den **Kayſern** haben geben laſſen, habe ich ſchon weiter oben bemerkt b). Mithin will ich hier nur noch dieſe Anmerkung machen, daß dergleichen **Verpfändungen** der **Reichsſtädte** bisweilen der **Reichsunmittelbarkeit** derſelben **nicht nachtheilig** geweſen ſind, wie man z. E. aus dem, von **K. Carln** dem *IV.*, der **Stadt Friedberg** gegebenen **Reversbriefe** erſehen kan c).

Unter den **kayſerlichen Einkünften** war die **Judenſteuer** anfangs noch eine der beträchtlichſten mit. Daß die **Juden** vormals durch das **ganze Römiſche Reich** den **Kayſern** zugehört, und **dieſe**

a) *Theodor.* a *Niem* de *Schiſmate*, L. III. c. 43. p. m. 228. b) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 259-262. Cf. *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 621 ſq. et Chph. Ludov. *Kochii* Diſſ. de iure Oppignorationum imperial., ſpeciatim in Civitatibus imperial. occurrentium; Giſſae, 1744. 4. c) Er ſtehet in J. G. Struvens neu-eröfnet. hiſtor. polit. Archiv, P. I. p. 47 ſqq. Cf. Wegelin *l. c.*, P. I. Sect. 14. §. 1. p. 279.

von jenen gute Nutzungen gezogen, ſie aber dagegen in ihren beſondern Schutz genommen haben, iſt bereits in dem zweiten Abſchnitte des vorigen Periodus von mir bemerkt worden d). Sie gehörten mit zur kayſerlichen und Reichs-Kammer, und muſten in dieſelbe, auſſer der Kronſteuer und andern auſſerordentlichen Abgaben, jährlich auf Weyhennachten den ſogenannten Opferpfenning entrichten e). Ja K. Albrecht der *I.* nahm ſogar alle in Frankreich angeſeſſene Juden in Anſpruch, und verlangte von K. Philipp dem Schönen von Frankreich, daß er ſie ihm zuſchicken ſolte, weil ſie in die Reichskammer gehörten. Da nun dem K. Philippen ſeine Rechtsgelehrte, auf Befragen antworteten, daß die Forderung K. Albrechts gegründet ſey; ſo ließ er alle in ſeinem Königreiche befindliche Juden auf einen Tag gefangen ſetzen, nahm ihnen ihre Güter ab, und ſchickte ſie ſodann dem Römiſchen König nach Teutſchland f). Als nach deſſen Tode, und in dem damaligen Interregnum, der Graf Theobald von Pfirt ſich herausnahm, von den kayſerlichen Juden Geld zu erpreſſen; ſo muſte er ſich deshalben von dem neuen K. Heinrich dem *VII.* ein *Abſolutorium* geben laſſen g). Es nahmen ſich auch die Kayſer der Juden, als ihrer und der Reichs-Kammer-knechte, nachdrücklich an, wenn dieſelben unrechtmäßiger Weiſe verfolgt wurden, wovon man die Exempel von verſchiedenen Kayſern in unſerm Periodus

d) S. im zweiten Bande des Auszuges rc., S. 412. ff.

e) Wegelin l. *ſaepius* c., P. I. Sect. VI. §. 20. p. 110 ſq. et *plures* ibi *allegati.*

f) Horneck's Oeſterreich. Reim-Chron., cap. 779-781., *l. c.*, p. 782. b. - 786. b.

g) *Hergott* Geneal. diplom. Habsburg., T. II. P. II. n. 701. p. 591.

Periodus anderwärts nachleſen kan h). Und gleichwie ſie dieſelben überhaupt in ihrem beſondern Schutz und Schirm hatten; alſo trugen ſie auch noch bisweilen einem oder andern Stand des Reichs die beſondere Protektion der Jüdiſchheit entweder überhaupt, oder in dieſem und jenen Theil von Teutſchland auf i). K. Ruprecht erlaubte den Juden, daß ſie ſich einen Hochmeiſter oder Jüdiſchmeiſter beſtellen könnten, der das Recht haben ſolte, ſie zu heiſchen, zu ſtrafen und zu bannen k). K. Sigmund aber gab anfänglich, im J. 1415., ingleichen 1434., dem Reichs-Erbkämmerer, Conraden von Weinſperg, und hernach, im J. 1429., Erkingern von Seinsheim, Herrn von Schwarzenberg, die Vollmacht und Gewalt, Judenmeiſter oder Rabbi zu ſetzen und zu entſetzen, welche die Macht haben ſolten, die Juden zu ſtrafen, als das von Alters Recht, Gewohnheit und Herkommen wäre l). Eben dieſer Kayſer hat nachher, im J. 1434. verordnet, daß die Juden zu Augſpurg ein kuntlich offenbar Zeichen an ſich tragen ſolten, damit man ſie von den Chriſten unterſcheiden könnte, worauf dann der augſpurgiſche Magiſtrat ihnen befohlen, daß ſie gelbe Ringe auf ihre Kleider ſolten machen laſſen ll).

h) G. D. *Hoffmann* de Advocatia Imperatoris Iudaica; (Tubingae. 1749. 4.) P. II. Sect. III. §. 18 ſqq. p. 21 ſqq. *paſſim.* i) *Idem* ibidem, §. 22 ſqq. p. 24 ſqq. *paſſim.* k) *Schilteri* Inſtitut. I. P., T. I L. I. Tit. IV. §. 5. p. m. 63. l) Hanßelmanns Vertheid. der Hohenloh. Landeshoheit ꝛc., in den Beilagen, n. 19. et 22. p. 85 ſq. et 89 ſq. Wegelin *l. c.*, P. II. n. 92. p. 95 ſq. ll) Lünigs R. A., T. XIII. p. 103 ſq. n. 27. und von Stetten *l. c.*, P. I. c. 7. §. 22. p. 159.

Es war aber den **Juden** der beſondere höchſte Schutz unſerer Kayſer um ſo mehr nöthig, je einen allgemeinern Haß dieſelben, beſonders von Seiten des gemeinen Mannes, auf ſich hatten. Dann dieſer war ſehr ſchwierig darauf, daß die **Juden** nicht nur verſchiedene vorzügliche Rechtsfreiheiten, ſogar vor den **Chriſten**, genoſſen, und bey den meiſten Obrigkeiten vorzüglich begünſtiget wurden, ſondern auch vornehmlich weil ſie durch ihren übertriebenen Wucher das verarmte Volk faſt gänzlich ausſogen. Solcher **jüdiſche Wucher** gieng ſo weit, daß die **Zinſen**, innerhalb Jahresfriſt, bisweilen das **Capital** ſelbſt weit überſtiegen m). Dieſes bewog aber

Daß indeſſen die Juden, ſchon lang vorher, ſich durch ein Zeichen auf ihren Kleidern von den Chriſten haben unterſcheiden müſſen, kan man aus Churfürſt Dietrichs von Maynz Edikt vom J. 1457., in *de Gudenus* C. D. M, T. IV. n. 150. p. 325. erſehen, wo es heißt: - - DVDVM *ſacra Patrum conſtitutione promulgatum*, *ut* IVDEI - - - EXISTANT HABITV *et* VESTITV SEGREGATI, *ut videlicet* CIRCVLOS IN VESTIBVS VIRI, *et* MVLIERES STRIFFAS IN PEPLIS FERENTES, - - - *poſſint a Chriſtianis diſcerni.* Und ſchon über anderthalb hundert Jahr vorher verſpricht Churfürſt Gerhard von Maynz, in einer Urkunde vom J. 1294., apud *de Gudenus* l. c., T. I. n. 418. p. 886., den Erfurtern wegen der ihnen verpfändeten Juden: *nec eosdem* IVDEOS AD PORTANDVM SIGNA IVDAICA - - - *artabimus quoquo modo.* m) von Olenſchlager *l. c.*, §. 54. p. 194 ſqq. et *plures* ibi *citati.* Cf. Iac. Aug. *Franckenſtein* Diſſ. de iuribus ſingular. circa Iudaeos in Germania; (Lipſ. 1722. 4.) cap. II. §. 3 ſqq. p. 30 ſqq. Von der Juden übertriebenem Wucher kan man einige Beiſpiele finden in der weiter oben, p. 278. in der Note b) angeführten ſeltenen Ulmiſchen Deduktion, und zwar in der ſub *N. III.* beygefügten *Specification* einiger *Documen-*

aber auch unſere Kayſer, daß ſie manchsmal ein ernſtliches Einſehen hatten, und die Juden, wegen ſolcher wucherlichen Contrakte, ihres Capitals und Zinſen, verluſtigt erklärten, oder doch die letztere herunter ſetzten. Sie hielten ſich auch hiezu, aus königlicher Macht und Gewalt, um ſo mehr berechtigt, weil alle Juden, wie K. Carl der *IV.*, in der gleich anzuführenden Urkunde ſagt, mit Leib und mit Gut in ihre Kammer gehörten, und in ihrer Gewalt und Händen wären, daß ſie damit thun und laſſen möchten, was ſie wolten. So hat z. E. K. Carl der *IV.* im J. 1347. die Burggrafen von Nürnberg, und im J. 1360. zwey Böhmiſche Edelleute, wie auch ihre Bürgen, von aller Schuld, an Capital und Zinſen, die ſie an Juden ſchuldig wären, frey und los geſprochen n). Im J. 1385. ließ K. Wenceslaus, durch ſeine Commiſſarien, mit 38. Reichsſtädten einen Vergleich wegen wucherlicher Contrakte der Juden ſchlieſſen, worinnen die Zinſen auf 10. von 100. heruntergeſetzt wurden o). Eben dieſer K. Wenceslaus ließ, im J. 1390., einen offenen

menten, n. 28-31. p. 70 ſqq., ingleichen bey dem Freyherrn von Gudenus, *l. c.*, T. III. n. 201. et 209. p. 277 ſq. et 289 ſq. Eben derſelbe hat, T. IV. n. 150 ſq. p. 324 ſqq., zwey ſcharfe Edikte des Churfürſt Dietrichs von Maynz vom J. 1457. beygebracht, worinnen derſelbe dem Wucher der Juden geſteuert hat. Eine Art des wider die Juden bezeugten Haſſes war ohne Zweifel auch die, daß ſie an einigen Zollſtätten Würfel geben muſten. Hievon befreiete ſie Churfürſt Adolf von Maynz an ſeinen Zöllen im J. 1384.; S. *de Gudenus* l. c., T. III. n. 354. p. 554 ſq.

n) *Limnaei* I. P., *Addit.* T. I. ad L. V. c. 7. n. 138. p. 845 ſq. und *Glafey* Anecdota, n. 64. p. 105 ſq.

o) S. die kurz vorhin angeführte Ulmiſche Deduktion, in der *Specification* etc., n. 32. p. 78 ſqq.

Befehl ins Reich ergehen, daß alle Fürſten, Grafen, Freyen, Herren, Ritter, Knechte, Bürger und andere Unterthanen, die im Lande Franken wohnen, von den Juden-Schulden, an Capital und Zinſen, ganz los und ledig seyn ſolten. Es haben ſich auch ſolches viele zu Nutzen gemacht, wie man aus einigen hundert, im Frankfurtiſchen Stadtarchive noch vorhandenen, Quittungen von Fürſten, Grafen, Herren, Edelleuten und Bürgerlichen, geiſtlichen und weltlichen Standes, erſehen kan. Doch iſt ſolches nicht ohne alle Bewegungen abgelauffen, weil nehmlich einige Reichsſtädte dieſem, ihrem Vorgeben nach, erſchlichenem königlichen Befehl nicht ſogleich gehorchen, und dadurch ihre Juden verderben laſſen wolten p).

Zu dieſem Befehl aber und zu der auf die Juden geworfenen Ungnade ſoll K. Wenceslaus dadurch bewogen worden ſeyn, weil jene, ſeit einigen Jahren her, ſich geweigert hätten, ihm den gewönlichen järlichen Opferpfenning zu entrichten Derſelbe betrug für einen jeden Juden, der über dreyzehn Jahr alt war, einen Goldgulden, und muſte jedesmal auf Weyhennachten bezalt werden. Deren Hebung und Berechnung an die kayſerliche Kammer war gemeiniglich einem jeden Landvogt in ſeiner Provinz aufgetragen, oder es beſtellten die Kayſer andere hiezu, wie z. E. K. Sigmund anfänglich Conraden Herrn von Weinſperg in dem J. 1415. 1418. und 1434., und hernach, im J. 1429., Erkingen von Seinsheim, Herrn von Schwarzenberg. Oder ſie verpfändeten auch wohl ſolche Judenſteuer, ganz oder zur Helfte, an ein und

p) D. Orth von den zwoen Frankfurt. N. Meſſen, Sect III. §. 62. p. 101 ſq. und in den Beylagen, n. 51. p. 620 ſqq.

und andere Reichs-Stände und Glieder, beſonders an die Reichsſtädte, in welchen die Juden wohnten. Die Kronſteuer aber waren die Juden zu entrichten ſchuldig, ſowohl wenn unſere Monarchen zu Aachen, als auch hernach zu Rom gekrönt wurden q).

Es ſetzte indeſſen bisweilen wegen ſolcher Kronſteuer ſowohl, als auch wegen anderer den Juden von den Kayſern aufgelegten Abgaben, allerhand Streitigkeiten mit den Fürſten und Ständen, in deren Ländern und Städten die Juden angeſeſſen, ja wohl denſelben von den Kayſern überlaſſen oder verpfändet waren. Als z. E. K. Adolf, nach ſeiner Wahl, von den Juden zu Frankfurt eine Steuer, zu Beſtreitung ſeiner Wahl- und Krönungskoſten, eintreiben wolte; ſo widerſetzte ſich ihm der daſige Reichs-Schultheiß r). K. Carl der *IV.* ſtellte im J. 1349. dem Rathe zu Frankfurt eine Verſicherung aus, auf die daſige Judenſchaft, welche, ſowohl damalige als künftige, er in eben dieſem Jahr, der Stadt um 15200. Pfund Heller verpfändet hatte, ferner keine Gült, Forderung, Gelt ꝛc. zu legen, nebſt einer Erklärung wegen

q) *Franckenſteinii* Diſſ. cit., cap. I. §. 12 ſqq. p. 23 ſqq. Gottfr. *Maſcovii* Diſſ. de cenſu iudaico; (Gott., 1735. 4.) §. 11 ſqq. p. 12 ſqq. *paſſim.* Io. Ge. *Pertſchii* Or. de iure Imp. exig. a Iudaeis aurum coronar., annuumque cenſum, vulgo nummum oblatorium dictum; Helmſtadii, 4. *Hoffmann* l. c., P. II. Sect. III. §. 17 ſqq. p. 20 ſqq. *paſſim.* Wegelin *l. c.*, P. I. Sect. VI. §. 20 ſqq. p. 111 ſqq. et P. II. n. 92. p. 95 ſq. Hanßelmann *l. c*, in den Beylagen, n. 19-22. p. 85-90. Cf. der Auszug ꝛc. im vierten Bande, S. 674. und im fünften Bande, S. 582. und 605. f.

r) *Annal. Colmar.* ad a. 1292., *l. c.*, p. 26. Orths Anmerk. über die Frankfurt. Reformation, in der *IV.* Fortſetz., p. 210.

gen deſſen, was die daſigen **Juden** an des **Kayſers** Hofleute geben ſollen, wenn ein **Kayſer** perſönlich nach **Frankfurt** käme. Und hernach gab er, im J. 1369., eine noch weitere Erklärung, wegen der Aufnahme der **Juden** zu **Frankfurt** und des **Judenzinſes** wie dann auch nachmals **K. Sigmund**, als er den Marggrafen **Bernhard** von Baden befolen hatte, den **dritten Pfenning** von der **Judenſchaft** in einigen **Reichsländern** einzutreiben, der Stadt **Frankfurt**, auf ihre deshalben erhobene Beſchwerde, im J. 1425., einen Freyheitsbrief ertheilt hat, daß die daſigen **Juden** niemand andern, als dem **Rath** daſelbſt, mit allen Nutzen und Gefällen zu Dienſten seyn ſollen s). Eben dieſer **Kayſer** ſtellte, im J. 1418., an den damaligen Marggrafen von Meiſſen, **Friedrich**, einen Revers aus, daß die für den **Kayſer** vorzunehmende Hebung des **dritten Pfennings** von den **Juden** in des **Marggrafens** Lande nicht nur mit deſſen gutem Willen geſchehe, ſondern auch ihm und ſeinen Rechten nicht nachtheilig ſeyn ſolle t). Ja es pflegten auch wohl die **Kayſer** mit den **Reichsſtädten**, wegen der von ihren **Juden** zu entrichtenden **Kronſteuer** ein **Geding** zu treffen, oder ſich mit ihnen über eine gewiſſe Summe Geldes zu vergleichen, wie z. E. **K. Sigmund**, im J. 1414., vor ſeiner **Krönung** zu Aachen gethan hat u). Daß übrigens ſolche **Kronſteuer** nicht nur von der **Judenſchaft** in **Teutſchland**, ſondern auch in **Italien**, ja ſogar im **Kirchenſtaate**, gefordert worden, kan man aus einem Schreiben der **K. Barbara** an **P. Eugenius** den *IV*. vom J. 1447.

s) von Olenſchlager *l. c.*, im Urk. Buch, n. 29-32. p. 84-89. und Orth *l. c*, in der *I*. Fortſetz. p. 107 ſq.

t) Horns Leben Churf. Frider. Bellicoſi von Sachſen, in *Cod. dipl.*, n. 236. p. 831.

u) S. im Auszuge ꝛc. den vierten Band, S. 674.

1447. erſehen, worinnen ſie den Pabſt erſucht, die im Kirchenſtaate geſeſſene Juden, zu Erlegung der ihr von ihrem Gemal, dem K. Sigmund, geſchenkten römiſchen Kronſteuer anhalten zu laſſen v).

Nach dem Schwäbiſchen Landrechte ſoll der Kayſer, bey ſeiner Abreiſe aus Teutſchland, den Schutz über die Juden ſeinem Kanzler, dem Erzbiſchof von Maynz, empfelen. Würde er aber ſolches unterlaſſen; ſo ſoll dem ohngeachtet der Churfürſt von Maynz, als Erzkanzler, ſolche Protektion über die Judenſchaft in Teutſchland zu übernehmen, berechtiget ſeyn w). Es hat hiernächſt K. Rudolf der *I.*, bereits im J. 1287., dem Churfürſten Heinrich von Maynz anbefohlen, alle Juden in Thüringen, der Marck und Meiſſen zu beſchützen x). Ferner gebührte dem Churfürſten von Maynz, vermöge ſeines Erzkanzleramtes, und alſo vermutlich wegen des damit verknüpften Schutzes über die Juden bey Abweſenheit des Kayſers, der zehende Pfenning von allen Steuren und Abgaben der Juden in Teutſchland. Und zwar muß ihm dieſes Recht ſchon von alten Zeiten her zugeſtanden haben, weil ihm ſolches bereits K. Albrecht der *I.*, in einer Urkunde vom J. 1298., beſtätigt und auf beſtändig verſichert hat. Es ſtehet nehmlich in derſelben: - - *fideliter promittentes*, - - *quod eundem Archiepiſcopum et Succeſſores eius in* IVRIBVS, *honoribus*, *dignitatibus et libertatibus*, *que* RACIONE ARCHICANCELLARIE *predicte debent habere*, *videlicet* IN ACCIPIENDA *ſemper Nobis-*

v) Hanßelmann *l. c.*, in den Beylagen, n. 28. p. 90 ſq.
w) *Ius provinciale Alemann.*, cap. 108. §. 5. et 6. edit. *Schilteri*, in *Eius* Theſ Antiquit. Teuton., T. II. p. 68.
x) *de Gudenus* l. c., T. II. n. 202. p. 254.

Nobiscum DECIMA PARTE DE BONIS, PETICIONIBVS ET EXACTIONIBVS IVDEORVM, - - - *manutenebimus, defendemus et tuebimur* y). Im folgenden J. 1299. hat K. Albrecht der *I.* dem Churfürſten von Maynz, ſtatt dieſes zehenten Pfennings von allen Judengefällen in Teutſchland, järlich 500. Pfund Heller auf die Juden zu Frankfurt angewieſen, und es heißt in in der darüber ausgeſtellten Urkunde ausdrücklich: *Nos* ALBERTVS *etc.* - - - - - *de maturo conſilio fidelium et Procerum noſtrorum* - - GERHARDO, *S. Maguntine Sedis Archiepiſcopo, Sacri Imperii per Germaniam Archicancellario* - - *acceptanti quingentas Libras Hallenſes, percipiendas annis ſingulis a Iudeis Frankfordenſibus* PRO DECIMA *et* IVRIBVS, *eidem Archiepiſcopo* RACIONE CANCELLARIE *cedentibus, infuturum* DE BONIS IVDEORVM PER GERMANIAM *ſeu* EXACTIONIBVS, *quas eisdem in antea duxerimus imponendas liberaliter aſſignamus.* Doch wie es ferner lautet: *Salvis ante omnia dicto* ARCHIEPISCOPO *trecentis marcis denariorum Colonienſium per* - - ADOLFI, *predeceſſoris noſtri, donacionem et noſtram confirmationem,* - - *debitis annuatim a Iudeis Frankford. ſupradictis* z). Es muß inzwiſchen dieſer Vergleich entweder nicht zur Vollziehung gekommen ſeyn, oder er hat nur blos den Churfürſten Gerharden angegangen. Dann ich finde, daß K. Heinrich der *VII.*, bald nach dem Antritt ſeiner Regierung, nehmlich im J. 1309., an den Churfürſten Peter von Maynz, eine Verſchreibung ausgeſtellt hat, daß er ihm 585. Pfund Heller ſchuldig ſey: RACIONE DECIME *ſibi* (ſcil. ARCHIEPISCOPO) DEBITE DE PERCEPTIS *et* EXACTIS *per nos* (ſcil. HENRICVM *VII.*) *a* IV-

y) *Idem* ibidem, T. I. n. 429. p. 905. z) *Idem* ibid., T. eod. n. 438. p. 919.

a IUDEIS (*in*) *Frankenford., Oppinheim, Bopardia, Weſalia, Wormacia, et per Alſaciam.* Und gleich darauf verglich ſich K. Heinrich der *VII.* mit dem Churfürſten Peter, daß er ihm PRO HUIUSMODI DECIMA RACIONE *officii* ARCHICANCELLARIE *ab eo petita*, järlich auf Michaelistag 600. Pfund Heller bezalen wolte, ſo lang einem oder dem andern von ihnen dieſer Vergleich beliebig ſeyn würde a). Auch dieſer Vergleich ſcheint nicht von langer Dauer geweſen zu ſeyn, weil K. Ludewig der *IV.* den Juden zu Speyer, im J. 1316., ernſtlich befielt: PETRO --- *quatenus Archiepiſcopo Maguntino de* DECIMA STURE (*veſtrae*) *prout eandem ſibi* SINGULIS ANNIS *dare* DE IURE *tenemini, ſatisfaciatis* b). Eben dieſer Kayſer wies, im J. 1315., dem erwähnten Churfürſten Peter, zu Unterhaltung einiger ihm verpfändeten Schlöſſer und Städte, 300. Pfund Heller auf die Judenſchaft zu Frankfurt an c), und im J. 1337. befal er dem daſigen Rathe, daß er dem Erzbiſchof von Maynz, zu Schützung der daſigen Juden, beiſtehen ſolte d). K. Carl der *IV.* hatte, oben erwähnter maſſen, die Judenſchaft zu Frankfurt dem daſigen Rath und Bürgerſchaft, im J. 1349., pfandsweiſe, und endlich im J. 1372., wiederkäuflich überlaſſen, auch verſprochen, von den Frankfurter Juden künftig keinerley Geld, Dienſt, Schazung ꝛc. zu fordern. Doch nahm er davon diejenige Gülte aus, welche diejenige Judenſchaft zu Frankfurt etwa lang bisher dem Erzſtifte Maynz und der Herrſchaft von Erpſtein von des Reichs wegen entrichtet hätte. Die leztere brachte der Frankfurtiſche Reichs-Schultheiß, Rudolf

a) *Idem* ibidem, T. III. n. 42 ſq. p. 55 ſq. et 56.
b) *Idem* ibid., T. eod. n. 125. p. 153 ſq.
c) *Idem* ibid., T. eod. n. 93. p. 118 ſq.
d) von Olenſchlager *l. c.*, im U. B., n. 35. p. 92.

dolf von Sachſenhauſen wiederkäuflich an ſich, worin K. Ludewig der *IV*. im J. 1340. willigte. Die Mayntziſche Juden zu Frankfurt aber, oder vielmehr die auf ſelbige, durch die Kayſer, von Reichswegen, dem Erzſtifte Maynz, verſchriebenen Rechte und järliche Gült, welche 900. Pfund Heller betragen, hat Churfürſt Gerlach von Maynz, im J. 1358., der Stadt Frankfurt auf ewig verkauft und abgetreten, welchen Verkauf nachmals K. Carl der *IV*., im J. 1367., beſtätigt hat e).

Daß indeſſen die Churfürſten von Maynz, nach allen bisher angeführten Umſtänden, vermöge der Rechte ihres Erzkanzleramtes, ſowohl auf den zehenden Pfenning von den Abgaben der Judenſchaft in Teutſchland, als auch auf die kayſerliche Kronſteuer der Juden in ihrem Erzſtifte, noch in den folgenden Zeiten Anſprüche gemacht haben, davon finden ſich in der Reichsgeſchichte unſers Periodus ein paar merkwürdige Exempel. In den bekannten Streitigkeiten, welche Churfürſt Johannes von Maynz mit dem K. Ruprechten hatte, war unter den Forderungen, die jener an den Römiſchen König machte, auch dieſe enthalten, daß ihm der zehende Pfenning von allen Juden-Schatzungen im Reiche gebühre, worüber er auch gute Briefe hätte f). Hierauf antwor-

e) *Ioannis* Spicileg., Sect. IV. n. 28. p. 324 ſq. *Senckenbergii* Sel. Iur. et Hiſtor., T. I. Sect. VII. n. 1. p. 634 ſqq. et Sect. III. n. 1 18. et 23. p. 185 ſq 209 ſq. et 225 ſqq. *item* T. VI. Sect. XII. n. 3-8. 10 14 et 15 p. 567 - 578. 584 ſqq. 599 ſqq. et 601 ſqq. Orth *l. c.*, in der *I*. Fortſetz. p. 107 ſqq und in der *IV* Fortſetz. p. 1168. Eben derſelbe von den Frankf. R. Meſſen, Sect. V. §. 129. p. 229 nota a). f) *Wenckeri* Appar. et Inſtr. Archiv., p. 290.

antwortete aber K. Ruprecht auf der zu Maynz, im J. 1406., gehaltenen Tagefahrt, daß er hievon niemals was hätte ſagen hören, und daß es auch nicht Herkommens wäre g). Nun war zwar die maynziſche wegen des Erzkanzleramtes auf den zehenden Pfenning von den Judengefällen, vermöge der ältern kayſerlichen Briefe, ganz richtig. Allein es ſcheint ſelbige, durch neuere Verträge mit den Kayſern, die noch nicht zum Vorſchein gekommen, mittelſt der auf die frankfurtiſche Judenſchaft angewieſenen järlichen Gült getilgt worden zu ſeyn. Und da nun dieſe, gedachter maſſen, von dem Churfürſten Gerlach von Maynz an die Stadt Frankfurt war verkauft worden, ſo konnte Churfürſt Johannes den bey ſeinem Erzſtifte einmal abgefundenen zehenden Pfenning der Judenſchatzungen mit Beſtand Rechtens nicht von neuem fordern. Soviel aber die Kronſteuer anbelangt; ſo erſuchte K. Sigmund, nach ſeiner Römiſchen Krönung, im J. 1434., den Churfürſten Conrad von Maynz, daß er ſelbige von den Juden, in ſeinen und den benachbarten rheiniſchen Ländern, für ihn beitreiben möchte. Allein der Churfürſt Conrad antwortete dem Kayſer, daß ſolche Kronſteuer der Juden in ſeinem Erzſtifte, vermöge alter kayſerlichen Privilegien, ihm wegen ſeines Erzkanzleramtes gebühre. Inzwiſchen erbot er ſich doch freiwillig zu 500. Gulden, die auch K. Sigmund annahm, und dagegen an den Churfürſten einen Revers ausſtellte, daß dieſe freiwillig gegebene 500. Gulden niemals zum Nachtheil des maynziſchen Erzſtiftes, als eine Schuldigkeit angeführt werden

g) von Olenſchlager l. c., im II. B., n. 44. p. 114.

den ſolten h). Wie übrigens unſere Kayſer den Churfürſten, Fürſten und andern Ständen des Reichs das Recht verliehen haben, Juden aufzunehmen, davon ſoll noch weiter unten gehandelt werden.

Da ſo viele Reichsgüter und kayſerliche Einkünfte, wie aus dem bisher geſagten zu erſehen iſt, abhanden gekommen waren, und dadurch das Einkommen der Kayſer gar ſehr geſchwächt worden; ſo iſt ſich nicht zu wundern, daß einige derſelben ernſtlich darauf gedacht haben, die veräuſſerte Reichsgüter wieder herbey zu bringen. Schon K. Rudolf der *I.* hatte dergleichen Abſichten; deswegen erklärte er auf dem nürnbergiſchen Reichstage, im J. 1281., alle, nach der Abſetzung K. Friedrichs des *II.*, von demſelben und ſeinen Nachfolgern, ohne Genehmigung des gröſten Theils der Churfürſten, geſchehene Verfügungen in Anſehung der Reichsgüter für nichtig. Noch vorher im J. 1279. hatte er den Churfürſten von Sachſen und Brandenburg befolen, die in Sachſen und Thüringen veräuſſerte Reichsgüter wieder einzuziehen. Eben dergleichen Auftrag erhielt, im J. 1291., der Graf von Beichlingen, und er ſelbſt löſte um dieſe Zeit das von K. Friedrich dem *II.* verſetzte Pleißnerland wieder ein, ſetzte auch manche in Franken und Schwaben von dem hohen Adel unterjochte Stadt wieder in Freiheit i). K. Albrecht der *I* gieng mit ſeinen Reunions-Abſichten noch weiter, wie aus ſeiner ganzen Regierungsgeſchichte erhellet, und er ſuchte, alle vom Reiche abgekommene Güter und Rechte wieder herbey zu bringen.

Es

h) S. den fünften Band des Auszuges ꝛc., S. 605. f.

i) S. aus den Quellen Strubens Nebenſtunden, P. IV. n. 23. §. 5. p. 93. ſq. und Hahns Rhiſt., P. V. p. 147. ſq.

Es zeugen davon ſein auf die Juden in allen chriſtlichen Staaten gemachter Anſpruch, die Zurückforderung der Zölle von den Rheiniſchen Churfürſten, die angeſprochene böhmiſche Bergwerke, u. ſ. w. Es gehört auch hieher ſein im J. 1303. an den Ulrich, Herrn von Hanau, ſeinen Landvogt in der Wetterau, ergangenes Reſcript, worinnen es heißt: - - *tibi mandamus, praeciſe et omnino volentes, quatenus* BONA IMPERII *in tuo diſtricto quibuscunque* OBLIGATA ALIENATA *illicite vel* DISTRACTA *que iuri noſtro et Imperii competere dinoſcuntur, in poteſtatem noſtram et proprietatem Imperii, cum integritate, auctoritate regia* REDVCERE *non omittas* k). Den K. Heinrich den *VII.* hinderten ſeine kurze Regierung und ſeine faſt beſtändige Abweſenheit, ſo wie Ludewig den *IV.* ſeine beſtändige Händel mit den Päbſten, auf die Wiederherbeibringung des Abgekommenen ernſtlich zu gedenken, und der letztere muſte noch eher manches weggeben, um die Fürſten und Stände nur zu Freunden, und auf ſeiner Seite zu behalten.

Nachdem aber K. Carl der *IV.* ſich auf dem Teutſchen Thron genugſam befeſtigt, und ſein Anſehen im Reiche ſattſam gegründet hielt; ſo rückte er mit ſeinen Abſichten gleichfalls heraus, und richtete in den J. 1360. und 1361. eine groſſe Reunionskammer auf, durch welche er alle vom Reiche abgekommene Gefälle und Gerechtſame mit groſſem Ernſte wieder herbeyſchaffen wollte, wie davon die verſchiedene, beym Glafey befindliche, und bereits von dem Herrn von Olenſchlager angeführte kayſerliche Urkunden zeugen l). K. Wenzel war zu indolent, und bekümmerte ſich zu wenig um Teutſchland

k) von Olenſchlager *l. c.* §. 52. p. 187. und im Urk. Buche, n. 28. p. 83. l) Eben derſelbe *l. c.*, §. 52. p. 187. ſq.

land, als daß er den, ohnehin verunglückten, Reunionsplan ſeines Vaters wieder hätte hervorſuchen ſollen. Hingegen mochte wohl K. Ruprecht ſolche Ideen haben, und er verrieth ſie auch bisweilen; aber ſeine Regierung war zu kurz und zu unruhig, und er ſelbſt nicht mächtig genug, um ſeine Abſichten auszuführen. K. Sigmund konnte gleichfals nicht darauf gedenken, weil ihm die Wiederherſtellung der Einigkeit in der Kirche, der beſtändige Krieg mit den Hußiten, und die Regierungslaſt von Ungarn genug zu ſchaffen machten. K. Albrecht der *II.* ſtarb bald weg, und K. Friedrich der *III.* war nicht von genugſamer Entſchloſſenheit und Anſehen, um dergleichen etwas zu unternehmen. Unter ſeiner langwierigen Regieruug dachte man zwar darauf, wie die Reichseinkünfte wieder zu verbeſſern, und dem Kayſer jährlich wenigſtens 200000. Goldgulden zu verſchaffen wären, weil er von ſeinem damaligen Einkommen nicht leben, und kaum die Geſandſchaftskoſten beſtreiten konnte m). Allein es kam nichts zu ſtande, theils weil es den Fürſten und Ständen damit kein rechter Ernſt war, theils weil ſie ſelbſt hiebey am meiſten einzubüſſen hatten, indem ſie die an ſich gebrachte Reichsgüter und Gerechtſame hätten herausgeben müſſen.

Der Hußitenkrieg gab zum Urſprung der Reichsmatrikeln Gelegenheit, in welchen aber, gleich von dem erſten Anfange derſelben, nicht blos die Stände, ſondern auch einige Glieder des Reichs, mit ihrem Beytrage an Mannſchaft, oder an Gelde zu den bewilligten Reichsanlagen, verzeichnet wurden. Mithin wenn gleich einer in dergleichen alten und auch in den neuern Reichsmatrickeln

m) *Auguſtin. Patricius* de Comitiis Ratisbon. a. 1471., in *Freheri* Scr. rer. germ. T. II. p. m. 290.

trickeln ſtehet; ſo iſt doch daraus noch kein Schluß zu machen, daß derſelbe deswegen auch ein würklicher Reichsſtand ſey [n]). Man hat ſonſt insgemein dafür gehalten, daß die älteſte, bisher bekannt gewordene, Reichsmatrikel diejenige ſey, welche auf dem nürnbergiſchen Reichstage, im J. 1431., wegen eines beſchloſſenen neuen Zuges wider die Hußiten gemacht worden [o]). Allein man hat ſeitdem noch eine ältere entdeckt, die zwar auch auf einem nürnbergiſchen Reichstage, aber ſchon im J. 1422., iſt verfertiget worden [p]). Ja ich glaube Spuren gefunden zu haben, daß noch ältere Reichsmatrickeln in den Archiven verborgen liegen mögen, die uns vielleicht noch einſt ein glücklicher Zufall entdecken kan [q]). Dergleichen Matrickeln wurden nun damals Anſchläge genannt, und man hat auſſer der ſchon angezeigten älteſten vom J. 1422., noch zwey andere aus der Regierung K. Sigmunds, nehmlich die Frankfurter vom J. 1427. und die bereits erwähnte Nürnberger vom J. 1431 [r]). Unter K. Friedrich dem *III.* hat man, auf den gehaltenen Reichstagen, viele ſolcher Anſchläge oder Matrickeln verfertigt, als z. E. zu Nürnberg im J. 1467., zu Regenſpurg 1471., zu Augſpurg 1474., zu Nürnberg 1480.

 und

n) Er. *Mauritii* Diſſ. de S. R. G. I. Matricula, §. 19. ſqq., in *Eius* Diſſs. et Opuſc, a I. N. *Hertio* editis, p. 187. ſqq. o) S. z. E. Ad. *Contrejus* de Matriculis Statuum Imperii, cap. 2. p. 7. b., in *Eius* Corp. Iur. publ. S. R. I. G., ſ. Opp., T. I. P. V., und *Pfeffinger* l. c., T. I. p. 1001. §. 3. et p. 1002. nota c). p) Sie ſtehet beym Windeck *l. c.*, cap. 108. p. 1157. ſqq. und in der N. Samml. der R. A., P. I. n. 33. p. 117. ſqq. q) S. im fünften Bande des Auszuges, S. 326. in der Note †). Windeck *l. c.*, cap. 149. p. 1191. ſqq. und in der N. Samml. der R. A., P. I. n. 34. et 36. p. 120. 131. et 137. ſqq.

und 1471., zu **Frankfurt** 1486., abermals zu **Nürnberg** 1487., ſodann wiederum zu **Frankfurt** 1489. und endlich nochmals zu **Nürnberg** im J. 1491. [s]). Die Urſache aber, weswegen ſo oft neue **Matrickeln** oder **Anſchläge** gemacht werden muſten, war dieſe, weil immer ein oder andere **Reichsſtände**, beſonders die **Städte**, ſich beſchwerten, daß ſie zu hoch wären angeſchlagen worben. Und da auch bisweilen der **Kayſer** und die **Churfürſten** und **Fürſten** allein die **Matrickeln** abgefaßt, und in ſelbigen die **Reichsſtädte** mit in **Anſchlag** gebracht hatten; ſo weigerten ſich dieſe, ihren Beytrag zu entrichten, weil der **Anſchlag** hinterrucks ihrer wäre gemacht worden, wovon ich in dem **hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus** einige Exempel angeführt habe.

Da zu Führung eines Krieges nicht blos Mannſchaft, ſondern auch Geld erfordert wird; ſo gaben der ſo lang anhaltende **Hußitenkrieg**, und die hernach unter **K. Friedrich** dem *III.* vorgeweſenen **Türkenzüge** ferner Anlaß, daß man auch auf einen Beitrag an Geld gedenken muſte. Hierüber kam das **Geldgeben** in **Teutſchland** auf, wovon man vorher noch nichts wuſte. Es geſchah alſo zuerſt auf dem, im November 1427., zu **Frankfurt** gehaltenem **Reichstage**, daß von den anweſenden **Reichs-**

s) Man kan dieſe Reichsmatrickeln finden beym *Cortrejus* l. c., cap. II. p. 10. - 30. beym **Müller** *l. c.*, P. II. in der 4. Vorſtell. cap. 40. §. 6. p. 293. ſqq. und in der 5. Vorſtell., c. 14. §. 1. n. IV. p. 486. ſqq. cap. 81. §. 4. p. 740. ſqq. et c. 84. §. 3. n. 1. p. 756. ſqq. *item* P. III. in der 6. Vorſtell. cap. 2. §. 12. p. 17. ſq. cap. 21. §. 20. p. 104. ſqq. et cap. 39. §. 10. ſq. p. 163. ſqq. und in der N. Samm. der R. Abſchiede, P. I. n. 54. (b.) 56. (4). 57. 59. 62. 64. et 67. p. 219. 241. 252. 265. 268. 271. 278. 284. et 290. ſqq.

Reichsſtånden zu einem neuen Zug wider die Hußiten eine Geldhůlfe bewilligt wurde. Man nannte ſolches den gemeinen Pfenning, und es war ſelbiger nichts anders, als eine Art von Kopfgeld, welches alle und jede Einwohner des Teutſchen Reichs, ſowohl die Fůrſten und Stånde, als auch ihre Unterthanen, mithin Unmittelbare und Mittelbare, Geiſtliche und Weltliche, ohne Unterſchied des Geſchlechtes bezalen muſten. Es wurde auch damals eine Verordnung wegen dieſes gemeinen Pfennings gemacht, was und wie viel ein jeder im Teutſchen Reiche geben, wie es erlegt, und auf was Art es angewandt werden ſollte. Eben dergleichen Verordnung wurde nachher, auch auf dem nůrnbergiſchen Reichstage im J. 1431., verabfaßt, und damals der gemeine Pfenning wiederum beliebt [ss]).

Hierauf brachte K. Friedrich der *III.* den gemeinen Pfenning auf dem regenſpurgiſchen Reichstage im J. 1471., abermals in Vorſchlag, und trug auf den zehenten Pfenning von eines jeden Vermögen an. Es waren auch die Churfürſten und Fůrſten hiezu nicht abgeneigt, und es wurde deshalben ein Anſchlag entworfen, auch dieſes Projeckt auf den folgenden beiden augſpurgiſchen Reichstagen, in den J. 1473. und 1474., wieder vorgenommen, und noch ein und anderes daran gebeſſert. Nun war zwar der gemeine Pfenning nicht nur eine austrågliche, ſondern auch billige Anlage, indem dadurch weder der Stand, noch deſſen Unterthanen über Vermögen beſchwert, vielmehr allenthalben eine billigmåßige Gleichheit gehalten, den Beſchwerden ein und anderer Stånde über ihre bisherige Ueberſetzung in den Reichsmatrickeln

ss) N. Samml. der R. A., P. I. n. 34. (b.) et 36. (6). p. 124. ſqq. et 140. ſqq.

trickeln abgeholfen, und dem Reiche ſchleunige Hülfe geſchaft wurde. Allein die Reichsſtädte ſahen es für eine Neuerung an, und wollten ſich dazu durchaus nicht verſtehen, ſo ernſtlich auch der Kayſer deshalben in ſie ſetzte. Und da hernach auch verſchiedene andere, zumal weltliche Reichsſtände, bey der Anlage des gemeinen Pfennings Bedenklichkeiten fanden, indem ſie die Kräfte und Schwäche ihres Vermögens nicht gerne einem jeden vor Augen legen wollten; ſo wurden ſo vielerley Einwendungen dawider gemacht, und die Sache ſolange herumgezogen, daß ſie endlich auf ſich erſitzen blieb t). Indeſſen haben nachher die Reichsſtände doch noch dem Kayſer eine Hülfe an Geld bewilliget, nehmlich auf den Reichstagen zu Frankfurt im J. 1486., und zu Nürnberg in den J. 1487. und 1491., deswegen auch damals der Anſchlag allen und jeden Reichsſtänden auf Geld geſetzt wurde. Anfangs überließ man die Hebung dieſes Geldes dem Kayſer, weil aber die Reichsſtände wahrnahmen, daß es K. Friedrich nicht zu dem Endzwecke, wozu es ihm war bewilliget worden, angewandt hatte; ſo wurden nachher einige Fürſten ernannt, an welche das Geld ſollte bezalt werden, und dieſe ſowohl, als der Kayſer angewieſen, es zu demjenigen zu verwenden, wozu es die Reichsſtände verwilligt hätten. Es blieb aber damals von dem bewilligten Geldbeytrage vieles zurück, indem beſonders die Reichsſtädte ſich wiederum weigerten, Geld zu geben, und es für eine Neuerung ausgaben. Doch verſtanden ſie ſich endlich nach und nach dazu, und bezalten dem Kay-

t) Lehmann *l. c.*, L. VII. c. 112. p. 968. ſq. und Müller *l. c.*, P. II. 5. Vorſtell. cap. 14. p. 473.-490. cap. 24. p. 529. ſqq. cap. 27. p. 538. ſqq. et cap. 46. p. 639. ſqq.

Kayſer Geld, ohne jedoch ſich an den gemachten Anſchlag genau zu binden, weil nehmlich derſelbe ohne ihre Einwilligung und Zuziehung war entworfen worden tt).

So viel das wichtige **Majeſtätsrecht** des Krieges anbelangt; ſo verfuhren zwar hiebey unſere Kayſer und Könige bisweilen eigenmächtig, und fiengen einen Krieg an, ohne erſt mit den Fürſten und Ständen die Sache zu überlegen. Allein ſie ſchadeten ſich hiedurch am meiſten, weil ſodann jene ſie hülflos lieſſen. Wir haben davon in unſerm Periodus die Exempel von K. Adolfen und K. Friedrich dem *III.* Wie der erſtere ſich mit K. Eduard dem *I.* von Engelland wider K. Philipp den Schönen von Frankreich einließ, und dieſen bekriegen wolte; wobey er noch den Vorwand gebrauchte, daß der K. von Frankreich verſchiedenes von dem Reiche an ſich geriſſen hätte, welches er wieder herbey bringen wolte; ſo ließ ihn das Reich dabey hülflos, weil er ſein Vorhaben den Reichsſtänden nicht erſt mit den Fürſten und Ständen communicirt hatte. Sogar der P. Bonifacius miſchte ſich in die Sache, und verbot den Churfürſten, dem K. Adolfen beyzuſtehen. Die Churfürſten aber führten nachmals unter den Urſachen der Abſetzung unſers Adolfs, auch dieſe mit an, daß er ſich in dieſem Krieg gemiſcht hätte, und ſich dabey als einen Söldner des K. von Engelland gebrauchen laſſen u). Wie hernach K. Friedrich der

tt) *Idem* ibidem, P. III. 6. Vorſtell. cap. 2. p. 8. ſqq. cap. 21. p. 85. et 104. ſqq. und cap. 49. p. 143. ſqq. Neue Samml. der R. A., P. I. n. 61. (a.) et 66. p. 271. 278. et 290. ſqq. Cf. der Auszug ꝛc., im ſiebenten Bande, S. 316.-320. 345. ff. 376.-383. und 542. f.

u) S. im zweyten Bande des Auszuges ꝛc. S. 641. ff. 651. f. 654. 657.

der *III*. mit den Eidgenoſſen den ſogenannten Zürcher-Krieg gleichfalls eigenmächtiger Weiſe anfieng, und ſodann von den Reichsſtänden Hülfe verlangte; ſo bekam er überall eine abſchlägige Antwort. Die Churfürſten wandten unter andern vor: „es hätte der Kayſer, wider das alte Herkommen, ohne ihr Wiſſen und Bewilligung dieſen „Krieg angefangen, und weil ſie hievon nichts ge„wuſt hätten, ſo wären ſie auch nicht gerüſtet, und „könnten ihm deshalben keinen Beiſtand leiſten v).„

Solte alſo ein Reichskrieg angefangen werden, und wolte hiebey der Kayſer von den Reichsſtänden Hülfe haben; ſo muſte er dieſen die Sache auf einem Reichstage vortragen, worauf dann der Krieg beſchloſſen und die Hülfe bewilliget wurde. So hat z. E. K. Ludewig der *IV* ſeine mit K. Eduard dem *III*. von Engelland wider den K. von Frankreich geſchloſſene Allianz auf dem groſſen Reichshofe zu Coblenz vollzogen, und mit einſtimmigem Rathe der anweſenden Fürſten den Philipp von Valois, K. von Frankreich, alles Schutzes und der Freyheiten des Reichs verluſtig erklärt w). Ferner iſt uns aus der Regierungsgeſchichte K. Sigmunds bekannt, daß derſelbe, bey dem ausgebrochenen Hußitenkriege fleißig mit den Reichsſtänden zu Rathe gegangen, und deshalben öftere Reichs-

657. f. 659. f. und 677. Cf. Bernh. Clem. *Mettingh* de ſtatu Militiae Germanorum vet. et med. aevi; (Altonavii 1742. 4.) Sect. VI. §. I. p. 445. nota b). Wie ſchlechte Luſt die Reichsſtände, auf dem nürnbergiſchen Reichstage im J. 1313., bezeugt haben, dem K. Heinrich dem VII. die verlangte Hülfe wider K. Roberten von Neapolis zu bewilligen, kan man in dem dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 58. u. f., ſehen. v) Müller *l. c.*, P. I. 1. Vorſtell. c. 16. §. 30. p. 216. a. w) S. den dritten Band des Auszuges ꝛc., S. 328. S. 328. f.

Reichstage gehalten, auf welchen dann die Feldzüge wider die Hußiten und die von Reichswegen dem Kayſer zu bewilligende Hülfe beſchloſſen worden. Auch K. Friedrich der *III.* hat nachmals eben dieſen Weg erwält, nachdem er bey dem Zürcherkriege durch die Erfahrung war belehrt worden, daß er ſich bey einem eigenmächtig angefangenem Kriege keine Hülfe von Seiten des Reichs verſprechen dörfte. Es würde zu weitläuftig fallen, dieſes mit Beyſpielen aus ſeiner Regierungsgeſchichte zu erläutern. Aufmerkſame Leſer dieſes Auszuges werden ſich ſolcher Exempel ſchon zu erinnern wiſſen, und allenfalls kan ich auch meine Leſer nur auf Müllern verweiſen x). Inzwiſchen machten doch bereits damals die Reichsſtände einen Unterſchied unter Reichs- und kayſerlichen Hauskriegen, und verſagten deswegen bisweilen dem Kayſer die verlangte Hülfe. Der wohlſeelige Herr Reichshofrath, Baron von Senkenberg glaubt zwar, in einer Stelle des ANDREÆ, *Presbyteri Ratisbonnenſis*, beym J. 1472., hievon die erſte Spur gefunden zu haben, da nehmlich die Herzoge von Bayern, wegen des dem Kayſer verweigerten Beiſtandes, die Ausrede gebraucht hätten: NON ESSE BELLVM IMPERII, SED *Ducatus* AVSTRIÆ y). Allein ſchon faſt 30. Jahr vorher führten die Reichsſtädte eine ähnliche Sprache, wie unſer Friedrich der *III.* dieſelbe in dem Zürcherkriege um Hülfe anſprach. Sie gaben ihm nemlich trocken zur Antwort: „Dieſer Krieg gehe nicht „das Reich, ſondern allein Oeſterreich an z).„

Wenn

x) Man ſchlage die Stellen nach, welche Müller in ſeinem R. Tags Theatro unter K. Friedr. V., im Regiſter, unter dem Worte: Reichs-Krieg, nachgewieſen hat.
y) Senckenberg. Samml. ꝛc., P. I. in der Vorrede. §. 30.
z) Müller *l. c.*, P. I. 1. Vorſtell. c. 16. §. 30. p. 216. a.

Wenn nun auf dem Reichstage ein Reichs⸗krieg war beſchloſſen worden; ſo beſtellte der Kay⸗ſer einen oberſten Reichs⸗Feldhauptmann, und ſchickte demſelben das Reichs⸗Haupt⸗Panier zu. Daſſelbe diente zum allgemeinen Zeichen des be⸗ſchloſſenen Reichskrieges, welches ſodann der oberſte Reichs⸗Feldhauptmann aufſteckte, und unter daſſelbe die Fürſten und Stände mit einer gewiſſen, oder der ihnen in der gemachten Reichs⸗matrickel zugetheilten, Anzal Reuter und Fußknech⸗te, auch Rüſtwagen und anderer Zubehör, zu erſchei⸗nen berief. Es waren auch die Fürſten und Stän⸗de ſchuldig, ſich mit ihrer Mannſchaft einzufinden, und den fernern Befehl des oberſten Reichs⸗Feldhauptmanns zu gewärtigen. Ja wenn auch gleich der Kayſer in dem Feldzuge perſönlich zuge⸗gen war; ſo trug er doch die Führung des Reichs⸗Hauptpaniers einem anweſenden Fürſten, Gra⸗fen oder Herren auf, wie z. E. von K. Friedrich dem *III.*, in dem Zuge wider den H. von Burgund vor Neuß, an den H. Albrechten von Sachſen geſchehen iſt [a]). Auch auſſer den Reichskriegen erlaubten bisweilen die Kayſer einigen Reichsſtän⸗den den Gebrauch des Reichspaniers. So gab z. E. K. Carl der *IV.*, im J. 1371., dem Gra⸗fen Eberhard von Würtenberg und der Stadt Straßburg die Erlaubniß, daß, wenn ſie wider Räuber und böſe Leute zu Felde ziehen würden, ſie ſodann das Reichspanier aufwerfen, und unter ſel⸗bigem ziehen können ſolten [b]). Und K Sigmund gab, im J. 1426., der Stadt Frankfurt die Frei⸗heit,

a) *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 957-962. und Müller *l. c.*, P. I. 1. Vorſtell., cap. 17. §. 4-13. p. 220-225. et P. II. 5. Vorſtell. cap. 72. §. 1 ſq. p. 708 ſq.
b) Ulr. *Obrechti* Diſſ. de Vexillo imperiali; (Argentor., 1673., *recuſa:* ibid. 1725. 4) c. 4. p. 24.

heit, daß ſelbige, wenn ſie von Herrſchaften, Anſtöſſern, oder andern Umliegenden beſchädigt und bekriegt würde, das Reichspanier auf ihre Schlöſſer, Dörfer und Gerichte ſtecken, gebrauchen, und zu ihrer Noth ſich damit behelfen möchte c). Mit dem gröſſern oder dem Reichs-Hauptpanier muß man nun das kleinere Reichspanier, oder die Reichs-Rennfahne nicht verwechſeln, deren Führung bald dieſem, bald jenem, Fürſten, Grafen und Herren, ja auch wohl den Reichsſtädten, wie in dem Zuge vor Neuß, anvertrauet wurde d). Bey der, im J. 1431., vorgenommenen Expedition wider die Hußiten war die ganze Reichsarmee in ſechs Heere abgetheilt worden, und ein jedes Heer hatte ſein beſonderes Rennpanier e).

Hievon war wieder unterſchieden die Ritterſchaftliche S. Georgenfahne, deren Führung der freien Reichsritterſchaft in Schwaben von undenklichen Zeiten her zukam, welches Recht ſie auch wider einige Ritter aus dem böhmiſchen Adel nachdrücklich behauptete, und zu Handhabung deſſelben, im J. 1392., unter ſich eine Verbindung errichtete. Nachdem hierauf die Schwäbiſche Reichsritterſchaft, im J. 1430., die Fränkiſche Reichsritterſchaft in dieſe Verbindung wegen der S. Georgenfahne aufgenommen; ſo machte nunmehro auch die leztere an die Führung dieſer Fahne Anſpruch. Darüber entſtand zwiſchen den Schwäbiſchen und Fränkiſchen Reichsrittern ein langwieriger Streit, welcher endlich bey Gelegenheit des Reichskrieges wider den H. von Burgund

c) Lünigs R. A., T. XIII. p. 614. n. 105. d) *Obrecht*, l. modo c., c. 4. p. 27 ſqq. Müller *l. c.*, P. II. 5. Vorſtell., cap. 72. §. 3 ſq. p. 709 ſqq. und *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 961 ſq. e) *Idem* ibidem, T. eod. p. 959. a.

gund bey Neuß, interimmiſtiſch verglichen wurde. Nehmlich daß, während dieſes Feldzuges, ein von der Schwäbiſchen Reichsritterſchaft zu ernennender Ritter das S. Georgenfähnlein den erſten Tag, von beider Lande wegen, in der Hand haben, oder führen, ein Franke aber den erſten Tag Hauptmann darüber ſeyn, und daſſelbe von beiden Ländern beſetzen, auch auf ſolche Art Abwechslungsweiſe fortgefahren, und nach geendigtem Feldzuge dieſer Streit, wo möglich in der Güte, erörtert und ausgemacht werden ſolte. Die Schwäbiſche und Fränkiſche Reichsritterſchaft ſuchte nun zwar bey dem Kayſer um die Beſtätigung dieſes Vergleichs an. Es verlangte aber K. Friedrich, die Clauſul mit einzurücken, daß ſolches der Oeſterreichiſchen Ritterſchaft in allweg am S. Georgenfähnlein unſchädlich ſeyn ſolte. Allein unter dieſer Clauſul wolten die Schwaben und Franken die Beſtätigung ihres Vergleichs nicht annehmen, ſondern gaben dem Kayſer zu verſtehen, „daß die Ritterſchaft in Oeſterreich und in allen andern Ländern, „was Sprach die wären, mit dem S. Georgenfähnlein nichts zu thun hätten f).

Wieder was anderes war das Schwäbiſche Panier, oder die Reichsſturmfahne, welche und das Reichsfähnrichamt in Schwaben, auch der Stadt und Burg Grüningen, im J. 1322., K. Ludewig der *IV.* dem Grafen Conrad von Schlüſſelberg zu Lehen gab. Weil nun derſelbe keine männliche Erben hatte; ſo verkaufte er beides, im J. 1336., mit Bewilligung des Kayſers, an den Grafen Ulrich von Würtemberg, welchen hierauf gedachter Kayſer, noch in dieſem Jahr, zu Ulm mit der Reichsſturmfahne

f) Müller *l. c.*, P. II. 5. Vorſtell., cap. 72. §. 5. p. 711 ſqq. und M. Ziegelbaurs Nachr. von der S. Georgenfahne ꝛc.; (Wien, 1735. 4.) cap. 5 - 9. p. 26-49.

fahne belehnte g). Eben dieſer K. Ludewig der *IV.* nennt den Caſtruccius H. von Lucca, in der Urkunde, worinnen er ihn, im J. 1328., zum Grafen des Lateraniſchen Pallaſtes erklärt hat: *Romani Imperii* VEXILLIFERVM h). Solte dieſes etwa auf die Führung des italiäniſchen Paniers, oder des kayſerlichen Paniers, bey der Anweſenheit des Kayſers in Italien, und bey ſeiner Krönung zu Rom gehen? Von K. Friedrich dem *III.* iſt hingegen bekant, daß er bey ſeinem Einzuge in Rom zu ſeiner kayſerlichen Krönung, im J. 1452., ſeinem Bruder, dem H. Albrechten von Oeſterreich, als beſtellten oberſten Hauptmann, das mit geführte Reichspanier anbefohlen, nach der Krönung aber das ihm bey derſelben vom Pabſte überreichte Panier des H. R. R. dem Burggrafen Michael von Magdeburg zugeſtellt habe, um es vor ihm zu führen i). Da ich übrigens vorhin der Beſtellung eines oberſten Feldhauptmanns bey einem Reichskriege erwähnt habe; ſo muß ich doch beiläufig gedenken, daß wir auch einen Reichs-Admi-

g) *Alb. Argentin.* (at male) ad a. 1323., *l. c.*, p. 121. lin. 54 ſq. und Wechſel-Schriften vom Reichs-Bannier ꝛc.; (Hannover, 1694. 4.) in den Beylagen, Lit. D. - O. p. 11-22. h) *Leibnitii* C. I. G. D., P. I. n. 64. p. 129. i) *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 959. Uebrigens kan man noch überhaupt von dieſen verſchiedenen Reichspanieren, auſſer der ſchon angeführten Diſputation des Obrechts und den Wechſelſchriften ꝛc. zu Rath ziehen: 1) Io. Chph. *Weinlandi* Comm. de Vexillo Imperii primario, vulgo R. Sturm-Fahne etc.; Halae, 1726. 4. *recuſa:* ſ. l. 1724. 2) Phil. Wilh. Alb. Timoth. *Lincker* de *Lutzenwick* Diſſ. de Vexillis et eor. in feudis uſu, nec non S. R. I. Vexilliferis; Erford., 1730. 4. und 3) Io. Mich. *Weinrichii* Comm. de Vexillis et Vexilliferis; Ienae, 1741. 4.

Admiral in dieſem Periodus antreffen. Wie nehmlich K. Heinrich der *VII.* in Italien war, und mit dem groſſen Vorhaben umgieng, den K. Roberten von Neapolis zu bekriegen; ließ er zu Piſa und Genua 70. Galeeren ausrüſten, wozu der K. Friedrich von Sicilien, kraft des mit ihm geſchloſſenen Bündniſſes, noch 50. Galeeren ſtellen muſte. Dieſen hatte nun der Kayſer zum Reichsadmiral beſtellt, und er ſolte den Oberbefehl über die vereinigte Flotte führen [k]).

Bey einem, mit Bewilligung der Reichsſtände beſchloſſenen, Reichskriege waren nun die Stände ſchuldig, ihre Mannſchaft zu Roß und zu Fuſſe, mit den erforderlichen Rüſtwagen und anderm Zubehör, zu der Reichsarmee zu ſchicken und auf ihre Koſten zu unterhalten. Die Reuterey beſtand anfangs noch aus dem Adel und den Vaſallen, doch muſten auch die Städte, in den folgenden Zeiten, Reuterey ſtellen. Das Fußvolk wurde aus den gemeinen Unterthanen, den Bürgern und dem Landvolke zuſammengeſetzt [l]). Doch waren auch ſchon damals geworbene und beſoldete Soldaten, oder ſogenannte Soldner gewönlich. Aus ſolchen beſtand gröſtentheils die Armee, womit K. Ludewig der Bayer ſeinen Römerzug that [m]).

Auch

k) *Chron. Siciliae*, cap. 74., in *Martene* Theſ. Anecdot., T. III p. 67. Dieſes Exempel von einem Reichs-Admiral haben ſowohl Frid. Chriſti. *Menſchen* in Sched. de ſummo Officio Archi-Admiralii S. R. I.; (Lugd. Bat., 1743. 4.) als auch der verkappte *Giovannini* von Memmingen in ſeinen Gedanken von dem ‒ ‒ Ertz-Amte eines oberſten R. Admirals; (ſ. l. 1754. 4.) anzuführen, vergeſſen.

l) *Mettingh* l. c., Sect. VI. § 1. 2. 7. 9. et 10. p. 445 ſqq. *paſſim.*

m) *Henr. Rebdorf.* ad a. 1326., *l. c.*, p. m. 608. *coll.* p. 613. Cf. *Mettingh* l. c., Sect. VI. §. 11. p. 585 ſqq. *paſſim.*

K. Ru-

Auch andere Fürſten, Herren und Städte hatten bereits im vierzehnten Jahrhundert, dergleichen beſoldete Kriegsleute n). Vornehmlich ſah man, bey Gelegenheit des Hußitenkrieges, die Nothwendigkeit des geworbenen und beſoldeten Soldatens ein, weil mit den zuſammengeraften rohen und undiſciplinirten Haufen der reichsſtändiſchen Hülfsvölker wider die in den Waffen geübte und im Kriege abgehärtete Hußiten nichts auszurichten war. Deswegen wurde auch damals, bereits erwähnter maſſen, der gemeine Pfenning aufgebracht, um für das geſammelte Geld Soldaten zu werben. Ueberhaupt hat der Hußitenkrieg eine groſſe Veränderung und Verbeſſerung in unſerm Teutſchen Kriegsweſen hervorgebracht. Daß auch nachher unter K. Friedrich dem *III.* der Anſchlag der von den Reichsſtänden zu ſtellenden Mannſchaft bisweilen auf Geld geſetzt worden, um davon Soldaten zu werben, und zu beſolden, iſt von mir ſchon weiter oben bemerkt worden. Indeſſen muß bereits vor dieſen Zeiten gewönlich geweſen ſeyn, daß ein Reichsſtand für ſein Contingent an Mannſchaft, welcher Name

K. Ruprecht ſchrieb im J. 1401. an die Stadt Florenz: *quibus - - Principibus, Proceribus, Militibus - - tota iſta, et bene amplior pecunia diſtribuetur, ut noſtras victrices ſequantur aquilas, quia* DE IVRE *et* SECVNDVM CONSVETVDINEM *noſtrum* EXTRA GERMANIAM MILITANTIBVS *tenemur* STIPENDIA DARE etc. S. MARTENE Theſ. Anecdot., T. I. p. 1663. D. et E. n) *Idem* ibidem *e fontibus*, p. 595 ſq nota m). K. Wenzel gab im J. 1390. der Mannſchaft im Lande Bautzen ein Privilegium, daß ihr Sold gegeben werden ſolte, wenn ſie über die Gränze gehen müſte; S. Lünigs R. A., T. VIII. im Anhange, p. 12.

Name unter **K. Sigmunden** ſoll aufgekommen ſeyn o), hat **Geld** geben können. Dann ſo trug z. E. **K. Ruprecht** ſeinen nach **Cöln** geſchickten **Commiſſarien** auf, daß ſie von dieſer **Stadt** die gewönliche **Mannſchaft** fordern ſolten. Würden aber die **Cölner** dafür lieber **Geld** geben wollen; ſo ſchlug er einen **jeden** MILITEM, worunter wohl eine **Gleve** zu verſtehen ſeyn wird, **monatlich** zu 50. **Gulden** an, und überließ ſeinen **Commiſſarien**, ſelbigen, ſo gut ſie könten, zwiſchen 40. und 50. Gulden zu behandeln p).

In Anſehung der Art, **Krieg zu führen**, der **Kriegesrüſtung**, des **Kriegesgeräthes u. ſ. w.**, wurde in **unſerm Periodus** immer was neues erfunden, geändert und verbeſſert. Von **K. Rudolfen** dem *I.* meldet uns die **Colmariſche Chronick** folgendes: - - RVDOLFVS - - - NAVES, QVAS IN CVRRV DVCERE POTERAT, FABRICARI FECIT. *Et quando voluit cum ipſis Rhenum tranſivit - - - et poſt in eisdem navibus per Rhenum rediens, eas ad tutiora loca in curribus perducebat* q). **Eben dieſe Chronick** beſchreibt, uns bey Gelegenheit des Krieges zwiſchen **K. Adolfen** und ſeinem Gegner, **dem Albrecht von Oeſterreich**, die damalige **Kriegsrüſtung** folgender geſtalt: ARMATI *reputabantur, qui* galeas ferreas *in capitibus habebant*, *et qui* (geſtabant) Wambaſia, *i. e. tunicam ſpiſſam*

o) S. im fünften Bande des Auszuges ꝛc. S. 519. in der Note *).

p) *Martene* et *Durand* Collect. ampliſſ., T. IV. n. 36. §. 3. p. 56. Daß ſchon zu den Zeiten K. Heinrichs des *VII.* nichts ungewönliches geweſen ſeyn müſſe, Geld ſtatt des Volkes zu geben, kan man aus demjenigen abnehmen, was auf dem nürnbergiſchen Reichstage im J. 1313 vorgefallen iſt; S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 59.

q) *Chron. Colmar.* P. II., in *Urſtiſii* Scriptor., T. II. p. 39. lin. 18 ſqq.

ſpiſſam ex lino et ſtuppa, vel veteribus pannis conſutam, et deſuper camiſiam ferream, *i. e. veſtem ex circulis ferreis contextam, per quae nulla ſagitta, arcus poterat hominem vulnerare. Ex his armatis centum, inermes mille laedi potuerunt. Habebat et multos, qui habebant* dextrarios, *i. e. equos magnos - - -. Hi equi cooperti fuerunt* coopertariis ferreis, i. e. *veſte ex circulis ferreis connexa.* ASSESSORES DEXTRARIORVM *habebant* loricas ferreas, *habebant* et caligas, manipulos ferreos *et in capitibus* galeas ferreas *ſplendidas et ornatas, et multa alia, quae me taeduit enarrare* r). Da nun dieſen ganz eiſernen Männern und Pferden bey der Armee des K. Adolfs faſt gar nicht beyzukommen war; ſo erfand K. Albrecht eine Art ſehr ſpitziger Degen, mit welchen man durch den Panzer der Pferde dringen, und dieſe niederſtoſſen konnte, worüber ſodann der Reuter ſelbſt unter ſeiner eigenen und ſeines Pferdes Laſt erliegen muſte s).

Im vierzehnten und folgenden Jahrhundert findet man zuerſt bey der Reuterey die ſogenannten Glevener oder Gleven. Das Wort Gleve bedeutet ſowohl eine Lanze, als auch einen Lanzenreuter, ingleichen eine Anzal Soldaten zu Pferde, welche Lanzen führten, und wurden zu einer jeglichen Gleve wenigſtens zwey Pferde und zwey Gewafnete gerechnet, gemeiniglich aber noch mehr, nehmlich drey, vier bis fünf Mann zu Pferde. Ein Glevener war nehmlich von Adel, und ritt niemals einſpännig ss). In der Unterhandlung

Qq 2 K. Ru-

r) *Idem* ibidem, p. 57. lin. 43 ſqq. s) *Henr. Stero* ad a. 1298., in *Freheri* Scr rer. germ, T. I. p. 578. *in medio.* ss) *Wenckeri* Diſquiſ. de Glevenburgeris, in *Eius* Collectan. I. P., n. III. J. L. Friſchens Teutſch-Lateiniſches Wörterbuch p. 354. c. et 355. a. voce; Gleve.

K. Ruprechts mit dem H. Leopold von Oeſterreich über eine Hülfsleiſtung bey ſeinem vorhabendem Römerzuge heißt es unter andern: - - *quilibet* COMMILITO: (worunter ein Glevener zu verſtehen,) *inſtruatur* TRIBVS EQVIS *quorum* DVO CATAPHRACTI *eſſe debent* t). Zu den Gleven gehörten die Gewafnete, d. i. geharniſchte Männer, welche wegen ihrer ſchweren Rüſtung nicht marſchiren konnten, ſondern je ſechſe auf einen Wagen ſaſſen, oder, wie der alte Königshoven ſagt: ritten. Eben derſelbe meldet uns, daß unter dem Straßburgiſchen Städtemeiſter, Bechtold Swarber, nach dem J. 1334., die Gewonheit aufgekommen, „daß die Handwerks„leute auf Wagen reitend worden, wenn man „in Reiſen ausgezogen, (d. i. einen Feldzug ge„than,) an ſtatt, daß ſie vormals zu Fuſſe gegangen „wåren.„ Darůber kamen nun die Glevenburger, *Cives haſtis ſive lanceis inſtructi*, die mehrentheils Patrizier waren, im Gegenſatze der Edlen Gleven, die Ritter und Edelleute des Landes waren, auf tt). Man führte auch bey den Kriegsheeren viele Wagen mit, um von ſelbigen im Fall der Noth eine Wagenburg zu ſchlagen, und ſich gegen den Angriff der Feinde zu vertheidigen, oder ſich wider einen plötzlichen Ueberfall derſelben in Sicherheit zu ſtellen. Dieſe Wagenburgen ſind vornehmlich zur Zeit des Huſſitenkrieges ſehr gewönlich geweſen, und häufiger in Gebrauch gekommen, auch nachher noch lange beibehalten worden *).

Von

t) *Martene* et *Durand* Collectio ampliſſ., T. IV. n. 40. §. 5. p. 59. tt) von Königshoven Elſaß. Chron., cap. V. §. 104. et 142. p. 308. et 327. coll. p. 1104. im Anhange. Cf *Wencker*, l. modo c., §. 3. p. 8 ſq. *) S. den eingelegten Zettel wegen der Wagenburg, in des Churfürſt

Von der Schwaben altem Rechte des Vorſtreites iſt ſchon im zweiten Abſchnitte des vorigen Periodus gehandelt worden u). Auch aus dem izigen Zeitraume kan ich ein Exempel anführen, daß die Schwaben auf dieſes ihr altes Vorrecht gedrungen haben. Wie nehmlich K. Carl der *IV.*, im J. 1354., die Stadt Zürch belagerte, und man beym Anmarſch auf eine von den Zürchern und Schweitzern aufgeworfene Schantzung einen Angrif thun wolte; ſo verlangte der Biſchof von Coſtnitz mit ſeinen Schwaben den Vorſtreit zu haben. Da aber H. Albrecht von Oeſterreich ſolches nicht zuließ, und mit ſeinem Volke und Panier den erſten Angriff unternehmen wolte; ſo erklärte der Biſchof, daß er den Schwaben ihr Recht nicht wolte mindern laſſen, und verließ mit ſelbigen darüber das kayſerliche Lager v). Indeſſen hatte noch vor dieſem Vorfall K. Ludewig der *IV.*, im J. 1338., den Grafen Gottfried von Arensberg unter andern auch mit dem Vorſtreite zwiſchen dem Rhein und der Weſer, als einem durch die väterliche Erbfolge auf ihn gebrachtem Reichslehen inveſtirt. Es heißt in dem hierüber ausgefertigtem kayſerlichen Lehenbriefe: - *prefato* GOTFRIDO *Comiti de Arnsbergh* - - - *conferimus* - - IVS PRIMAM PVGNAM HABENDI, *quando* Regem *vel* Imperatorem Romanorum, *vel* ſummum Ducem *infra terminos* Reni *et* Weſere *pugnare vel bellare continget, que vulgo dicitur* FORSTRIT w).

fürſt Ludewigs von Pfalz, als beſtelten oberſten Hauptmanns in dem damaligen Zuge wider die Franzoſen vom J. 1444., beym Müller *l. c.*, P. I. 1. Vorſtell. cap. 17. §. 5. p. 221 b. u) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 419. v) *Albert. Argentin.* ad a. 1354, *l. c.*, p. 162. lin. 36 ſqq. und von Königshoven, l. c., cap. V. §. 142. p. 327. w) *Ioannis* Spicileg., Sect. VI. n. 26. p. 492 ſq.

Von **Kriegsmaſchinen** erwähnt der ANONYMUS LEOBIENSIS, bey der im J. 1297., von dem damaligen H. Albrechten von Oeſterreich, unternommenen Belagerung der Stadt Günz, einer, die er PRIAPUS nennt, und ſagt, daß mit dieſer *Machina* ein groſſer Theil der Stadtmauer wäre über einen Haufen geworfen worden x). Eben dieſer Herzog und nunmehrige K. Albrecht gebrauchte nachmals, im J. 1300., bey der Belagerung von Bingen, zwey andere **Maſchinen**, wovon die eine *Cattus* (die **Katze**) und die **andere** *Cancer* (der **Krebs**) genannt wurde. Man kan die umſtändliche Beſchreibung davon in der Colmariſchen Chronick nachleſen, nach welcher die Katze eine Art eines **Sturmdaches**, und der **Krebs** eine Art eines **Mauerbrechers** ſcheinen geweſen zu ſeyn y). Von denen **Blyden, Tummeiern** und andern dergleichen damals in den Belagerungen üblichen **Kriegsmaſchinen** ſtehet eine leſenswürdige Abhandlung in der **Preußiſchen Sammlung** z). Aber alle dergleichen **Kriegs-Werkzeuge** wurden nach Erfindung des **Pulvers, groben Geſchützes** und kleinen Schießgewehrs unnütz, und kamen zuletzt ganz in Vergeſſenheit. Und ſolche Erfindung ſelbſt veranlaßte in Anſehung des ganzen Kriegsweſens eine wichtige Veränderung. Nach der gemeinen

x) *Anonymi Leobienſ.* Chron. L. III. ad a. 1297., in *Pezii* Scr. Auſtr., T. I. p. 873.

y) *Chron. Colmar*, P II. p. 61. lin. 47 ſqq. et p. 62. lin. 1 ſqq. Cf *Du Freſne* Gloſſar., T. II p. 147. 438 ſq. et 458. vocibus: *Cancer* 4, *Catus* 2. et *Cauſia*. Bey den Engelländern hieſſen die *Catti*: *Cathouſes* oder *Sow*. Das *Chron Abbatis S. Petri de Burgo* ad a. 1224. beſchreibt dieſe *Sues* als *Machinas, aquas foſſarum emungentes*; S. Grupen *l.* mox *cit.*, p. 1615.

z) *P. III.* im *I.* Stück *n. I.* p. 1 ſqq.

nen Meinung ſoll Bertholð Schwarz, ein Franciſcaner Mönch, ungefähr um das J. 1354., unſer heutiges Pulver erfunden haben a). Nach anderer ihrem Berichte aber hätten die Engelländer, ſchon im J. 1346., in der Schlacht bey Creſſy mit *Bombardis* eiſerne Kugeln geworfen, und vier Canonen gebraucht b). Es hat aber der ſeelige Conſiſtorialrath Grupen gründlich gezeigt, daß zwar ſchon die meiſten Nationen in ihrer alten Artillerie eine Feuerwerkerey gehabt, die ſie auf mancherley Art verfertigt, und mit ſelbiger aus ihren Maſchinen und Schleudern, mittelſt einer Anziehung, auf ihre Feinde und deren Maſchinen geſchoſſen haben, ſolches aber ganz was anders ſey, als unſer heutiges Pulver und Canonen. Das Pulver ſelbſt, als ein *Ignis automatus*, welches aus eigener Kraft, ohne Anziehung der Maſchinen, eine Sprengungskraft gehabt, muß zwar ſchon im zwölften Jahrhundert in Niederſachſen bekannt geweſen, und zum Geſpreng in den Bergwerken nehmlich im Rammelsberge bey Goslar gebraucht worden ſeyn. Es hat ſich auch deſſen, nach dem Bericht des

a) *Aventini* Annal. Boior., L. VI. c. 21. n. 30. p. m. 763. A. P. *Gaſſari* Annal. Augſtburg. ad a. 1354., in *Menckenii* Scriptor. rer. germ., T. I. p. 1492. *Pfeffinger* l. c., T. IV. p. 48. nota a) ibique *citati.* Ueberhaupt kan man auch noch zu Rath ziehen: 1) Godofr. *Ialofky* Diſſ. de inventore pulveris pyrii et Bombardae; Ienae 1702. 4. 2) Io. *Grammii* Diſſ. de inventione pulveris pyrii; und Grupen von der Benennung Kraut und Loth, in den Hannover. Beyträgen zum Nutzen und Vergnügen ad a. 1759., ſ. P. I n. 101 ſq. p. 1601-1624. b) *Giov. Villani* Hiſt. Fiorentine, L. XII. c. 66., in *Muratorii* Scr. Ital., T. XIII. p. 948. et 949. und von Olenſchlagers Staatsgeſchichte ꝛc., §. 162. p. 363.

Hermann Korners *), der Pfalzgraf Heinrich, H. Heinrichs des Löwen Sohn, im J. 1200., bey der Belagerung des Schloſſes Throti, ein Tagereiſe von Tyrus gelegen, in den angelegten Minen bedient, und damit die Mauren des Schloſſes, auf eine den Belagerten unbegreifliche Art, über einen Haufen geworfen. Allein die Anwendung dieſes *ignis automati*, oder unſers heutigen Pulvers, *ad excuſſionem bombardarum et ſclopetorum*, erfolgte erſt in der andern Helfte des vierzehnten Jahrhunderts. Dann erſt in derſelben geſchah die Erfindung der Schießgewehre mit Canälen und Röhren, oder der ſogenannten Donnerbüchſen, Hackenbüchſen und Muſqueten, um die bewegende Kraft des Pulvers darinnen eben ſo würkſam zu machen, wie in den Minen der Berg- und Feſtungswerke, in welchen man ſolchen *Ignem automatum* ſchon über anderthalb hundert Jahre vorher gebraucht hatte c).

Nach dem J. 1350. findet man nun ſchon hier und da Nachrichten von dem Gebrauche unſers heutigen gröſſern und kleinern Pulver-Schießgewehrs; z. E. im J. 1356. haben die Lütticher 12. *Bombardas*, genannt Donnerbüchſen, gekauft, die im J. 1357. im Treffen bey Santvliet ſind gebraucht worden d). Im J. 1365. hatte man auf dem Schloſſe Salz der Helden, bey dem Angriffe deſſelben durch den Marggrafen Friedrich von Meiſſen, eine Donnerbüchſe, welche die erſte Bleybüchſe war, die man in dieſen Landen gebraucht hat e). Beym J. 1370. werden unter des H. Magnus

*) in *Chron.* ad a. 1200., in *Eccardi* Scriptor., T. II. p. 811. c) Grupen, *l.* paulo ante *cit.*, p. 1611 ſqq. d) Franc. *Haraei* Annal. Ducum Brabant, P. I. p. 333. e) Joh. Rohtens Chron. Thur., in *Menckenii* Script., T. II. p. 1805.

gnus von Braunſchweig Kriegsgeräthe unter andern auch angeführt: Bliden und drivende Warke, Armborſte, Büſſen und Were f). Im J. 1373. wird eines Büchſenmachers zu Prag gedacht, und im J. 1374. gab der Rath zu Speyer dem neuen Meiſter, der mit Büchſen ſchieſſen konnte, die der Rath hatte machen laſſen, 2. Pfd. 13 ß. 4. Pf., und wandte vieles auf Büchſen und Armbrüſte g). Zu Augſpurg goß, im J. 1378, Johannes von Arau drey metallene Canonen, von denen die gröſte eine eiſerne Kugel von 127 Pfund, die mittlere eine von 70. und die kleinſte von wenigſtens 50 Pfund, auf 1000 Schritte weit ſchoß. Und dieſer Stückgieſſer lehrte als ein Geheimnis drey augſpurgiſche Rathsherren die Kunſt, ſolche Canonen zu laden und abzuſchieſſen h). Indeſſen muß doch damals das grobe Geſchütz noch nicht ſehr gemein geweſen ſeyn, indem nehmlich die Lübecker dem K. Carln dem *IV.*, im J. 1378., zur Belagerung des Schloſſes Dannenberg nur zwey Blyden ſchickten, wovon Hermann Korner folgende Urſache angiebt: BOMBARDAE - - PRO TVNC NON ERANT *ita* COMMVNES, *ſicunt nunc ſunt* i); oder wie es in der teutſchen Ueberſetzung des Korners k) heißt: „wente de Donnerbuſſen ſo meine nicht weren.„ Aber nachher wurde das Pulver, Canonen und Schießgewehr ſchon mehr bekannt, und der Gebrauch derſelben kam ſtärker in Gang, beſonders

f) *Chron. Luneburg.* ad a. 1370., in *Leibnitii* Scriptor. Brunſvic., T. III. p. 180. g) Lehmann *l. c.*, L. VII. c. 53. p. 814. a. h) *Cruſii* Annal. Suevor., P. III. L. V. c. 12. ad a. 1378. p. 291. i) *Herm. Corneri* Chron. ad a. 1378., *l. c.*, p. 1129. k) apud *Leibnitium* l. c., T. III. p. 199.

ders bey Gelegenheit des Hußitenkrieges. Dann z. E. in dem auf dem frankfurtiſchen Reichstage, im J. 1427., gemachten Anſchlage kommen Kammerbůchſen, Terrasbůchſen, Steinbůchſen, Handbůchſen, groſſe und kleine Bůchſen, und dazu Steine, d. i. Kugeln, Bley, Pulver, Bůchſenpulver, und Gezeuge, ingleichen Bůchſenmeiſter u. ſ. w. vor l). Nach dem Berichte des Bambus m) ſoll der Erzherzog Sigmund von Oeſterreich bey der Belagerung von Rovoredo, im J. 1487., zuerſt die Bomben gebraucht haben. Uebrigens verurſachte die Erfindung des Pulvers und Schießgewehrs, daß die alten ritterlichen Uebungen, oder ſogenannte Turniere, die noch unſern ganzen Periodus hindurch håufig und mit vieler Pracht gehalten wurden, in den folgenden Zeiten nach und nach gånzlich in Abgang kamen n).

Wenn von Reichswegen mit einer auswårtigen feindlichen Macht, nach einem Reichskriege, ein Friede ſolte geſchloſſen werden; ſo concurrirten dabey die Reichsſtånde durch ihre Deputirte. Wir haben davon den klaren Beweis bey den Friedenshandlungen, die im J. 1444. und 1445. mit dem Dauphin Ludewig, nach ſeinem feindlichen Einfalle in die Reichslånder, und dem hierauf

l) N. Samml. der R. A., P. I. n. 34. §. 33 ſqq. p. 122 ſqq. In einer Urkunde beym Freyherrn von Gudenus in C. D. M., in *Archivo Landscron.*, n. 304. p. 1261., kommt unter andern vor: eine Tonne Donrekrudz, (Donnerkraut) worunter Pulver zu verſtehen, welche Stelle Grupen *l. c.* nicht bemerkt hat. m) in *Hiſt. Veneta*, L. I. p. 14 ſq. *edit. Baſil.* a. 1556. in 8. und Můller *l. c*, P. III. 6. Vorſtell. c. 27. §. 2. p. 132. b. n) S. die von den Turnieren im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 421., in der Note c) angeführte Schriften des Schubarts und Illmanns.

auf wider die Franzoſen beſchloſſenem Reichskriege, anfangs zu **Molsheim** ſolten gepflogen werden, hernach zu **Trier** gehalten wurden, und daſelbſt glücklich zu ſtande kamen. Dann der Churfürſt **Ludewig** von Pfalz und der Biſchof **Ruprecht** von Straßburg begaben ſich in Perſon auf dieſen **Friedenscongreß**, die übrigen **Churfürſten** aber ſchickten auf denſelben ihre **Geſandten**. Dieſe ſchloſſen nun auch im Namen des Reichs mit **Frankreich** einen Frieden, und der gedachte **Churfürſt** und **Biſchof** ſtellten, im Namen der übrigen, an den K. von **Frankreich** einen **Verſicherungsſchein** über den getroffenen Vergleich aus o). In Anſehung des **Rechtes** der **Bündniſſe** hatten unſere **Kayſer** in **dieſem Periodus** freyere Hände, als heutiges Tages. Sie ſchloſſen dergleichen **Allianzen** mit **auswärtigen Potentaten**, ohne hierüber erſt die Einwilligung der **Reichsſtände** auf einem **Reichstage** einzuholen. Und wenn ja hernach bisweilen die Sache auf einer **Reichsverſammlung** vorkam; ſo geſchah es nur mehrerer Feierlichkeit halber, da eigentlich alles ſchon vorher zur Richtigkeit gebracht war. Exempel von dergleichen, faſt von allen **Kayſern dieſes Periodus**, ohne Zuthun der **Reichsſtände**, geſchloſſenen **Bündniſſen** kan man anderwärts angezeigt finden p). Daß endlich die **Reichsſtände**, zumal die **Churfürſten**, das heutiges Tages ſo genannte *Ius adlegandi*, oder das **Recht**, mit den **kayſerlichen Geſandten** noch beſonders auch **ihre Geſandten** abzuſchicken, in **unſerm Periodus** bisweilen ausgeübt haben, davon finden

o) Müller *l. c.*, P. I. 1. Vorſtell. c. 21. §. 6 ſqq. et c. 22. §. 5 ſqq p. 267 ſqq. et 272 ſqq.

p) Io. Iac. *Mascovii* Diſſ. de iure foederum in S. R. I.; (Lipſ., 1726. 4.) §. 14 ſq. p. 19 ſqq.

finden ſich unter der Regierung K. Friedrichs des *III.* verſchiedene Beiſpiele q).

Ich komme nun zu der **Materie** von der *Conditione privata* unſerer **Reichsſtände**, was aber dißfals von den **geiſtlichen Reichsſtänden** zu ſagen wäre, will ich bis auf die von dem Teutſchen **Kirchenſtaate unſers Periodus**, zu machende Anmerkungen verſparen; mithin wird hier nur die Rede von der *Conditione privata* der **Weltlichen Reichsſtände** ſeyn. Von den Reichsſtänden überhaupt will ich bemerken, daß in unſerm Periodus, die Kayſer bisweilen von ihnen den Ausdruck: **Unterthanen**, gebraucht haben. So nennet z. E. K. Carl der *IV.*, in ſeinem Ausſchreiben zu dem nürnbergiſchen Reichstage im J. 1356., alle **Fürſten, Grafen** und **Herren** in Teutſchen Landen ſeine getreue **Unterthanen** r). Und in der von K. Friedrich dem *III.*, auf dem Frankfurtiſchen Reichstage im J. 1442, publicirten ſogenannten **Reformation** heißt es gleich im Eingange: „ ' ' Wir ſetzen, wollen „und gebieten, von Römiſcher Königlicher Macht, „Kraft und Gewalt, ernſtlich und veſtiglich mit „dieſem Briefe, und ermahnen auch **euch** alle „und jegliche **unſer** und des **H. R. Unterthanen**, in welchen **Würden**, Stat oder „**Weſen** ihr ſeyt 2c. s).„

Die

q) S. z. E. Müllern *l. c.*, P. I. 1. Vorſtell. c. 17. § 6. c. 21 §. 2 ſq. c. 22. §. 6. c. 23. § 4. c. 26. § 1. et 13. und in der 2. Vorſtell. c. 3. §. 37 ſq. p. 225 ſq. 262. 272 ſqq. 282. 340. 346. et 469 ſqq. und an a. O. m. r) *Wenckeri* Appar. et Inſtr. Archiv., p. 206. s) N. Samml. der R. A., P. I. n. 45. in *Prooem.*, p. 170. b. et 171. a.

Die weltlichen Reichsſtände gelangten durch die Lehensfolge zur Regierung ihrer Länder, und da ſchon in dem vorigen Periodus das alte fränkiſche Lehenrecht in vielen Stücken eine ganz andere Geſtalt angenommen, und K. Friedrich der *I.* Teutſchland, durch die Zerſplitterung der alten groſſen Herzogthümer, in eine ganz andere Form gegoſſen hatte; ſo war hiedurch der Grund zur Theilbarkeit der Länder gelegt worden, und die Landestheilungen hatten ſchon im vorigen Periodus ihren Anfang genommen ss). Selbige waren nun in unſerm itzigen Periodus in allen fürſtlichen und gräflichen Häuſern nach der Regel gewönlich, worüber in denſelben ſo viele Linien entſtanden, die zum Theil bis auf unſere Zeiten fortgedauert haben, und noch vorhanden ſind. Von dem Erz-Hauſe Oeſterreich giebt ſich zwar der Herr D. Schrötter alle Mühe zu erweiſen, daß die in demſelben, durch den Freyheitsbrief K. Friedrichs des *I.* vom 1156., eingeführte Erbfolgsordnung und das Recht der Erſtgeburt, unſern ganzen Periodus hindurch, beſtändig wäre beibehalten worden, und daß die unter K. Albrechts des *I.* Söhnen und Nachkommen errichtete Hausverträge und bisweilen geſchehene Auszeichnungen der Länder nicht als förmliche Zergliederungen oder würkliche Theilungen des ganzen öſterreichiſchen Staats anzuſehen wären t). Allein ſeine Gründe ſind nicht ſo beſchaffen, daß ſie mich von der Richtigkeit ſeines Vorgebens überzeugen können. Wo in einem Lande mehr als ein Regente iſt, und wo eine, auch noch ſo ungleiche, Abtheilung oder

ss) S. im zweyten Bande des Auszuges ꝛc., S. 421. u. ff.

t) Fr. Ferd. Schrötters Oeſterr. Staatsrecht, in der V. Abhandl. Sect. III. *per tot.*, p. 101.-181.

oder Auszeichnung der Länder geſchiehet, ein jedes ſolches Land aber hernach ſeinen eigenen Regenten bekommt, da kan kein **Recht der Erſtgeburt** ferner behauptet werden, weil mehr, als ein Regente und Theilungen der Länder mit den weſentlichen Stücken der **Primogenitur** ſtreiten. Daß aber in dem **Erzhauſe Oeſterreich** unter den Nachkommen K. **Albrechts** des *I.* viele ſolche Theilungen vor ſich gegangen, und zu einer Zeit zugleich **mehrere regierende Herzoge von Oeſterreich** geweſen, die nicht ſelten mit einander in den gröſten Zwiſtigkeiten lebten, und öffentliche Kriege wider einander führten, iſt aus der **Oeſterreichiſchen Geſchichte** ſattſam bekannt tt).

In dem **Pfälziſch-Bayeriſchen Hauſe** theilten ſich, einige Jahre nach dem im J. 1294. erfolgtem Abſterben Churfürſt **Ludewigs** des Strengen, ſeine beyde Söhne, **Rudolf** und **Ludewig**, in die väterliche Länder dergeſtalt, daß **Rudolf** die **Pfalz** und ein Stück von **Oberbayern**, und **Ludewig** den Reſt von **Oberbayern** bekam; **Niederbayern** aber hatte damals ſeine eigene Herzoge an den Söhnen und Nachkommen H. **Heinrichs**, eines Bruders des gedachten Churfürſt **Ludewigs des Strengen.** Nachdem hierauf der jüngere

tt) S. z. E. die gründliche Ausführung der dem Chur-Hauſe Bayern zuſtehenden Erbfolgs-, und ſonſtigen Rechts-Anſprüchen auf die Oeſterreich. Erb-Königreiche und Länder (München; 1741. Fol.) in der Beylage Lit. O. ingleichen: Geſchichtmäßige Ausführung, daß von den Zeiten K. Rudolphs des *I.* das Recht der Erſtgeburt unter den Erzh. von Oeſterreich niemalen beobachtet worden ꝛc. Beide Deduktionen ſtehen in der Samml. einiger Staatsſchriften nach Ableben K. Carls des *VI*,, im *II.* Bande im 19.-22. und 24. Stück, p. 617.-958. et p. 1120.-1146. Cf. Frid. Aug. Wilh. *Wenckii* Diſſ. de Hiſt. Alb. II., Rom., Hung. et Boh. Regis etc.; (Lipſ. 1770. 4.) *Obſ. I.*

jüngere Ludewig, H. von Bayern, Römiſcher König worden, und ſeinen Bruder, den Churfürſten Rudolf, von Land und Leuten vertrieben hatte; ſo traf er mit ſeines Bruders Söhnen, anfangs im J. 1329. zu Pavia den zweiten Vertrag wegen Theilung der ſämtlichen pfälziſch-bayeriſchen Länder, welche auch von der Zeit an nicht wieder mit einander vereinigt worden ſind [u]). Im Hauſe Pfalz waren zwar hierauf zwiſchen dem Churfürſten Ruprecht dem *I.* und ſeinem Neffen, Ruprecht dem *II.*, auch deſſen Sohn Ruprecht dem *III.*, der nachmals Römiſcher König wurde, verſchiedene Verträge wegen der Nachfolge in der Chur und der Unzertrennlichkeit der Churländer, auch zwiſchen den beiden leztern, nehmlich Ruprecht dem *II.* und *III.*, ein beſtändiges Hausgeſetz gemacht worden, wodurch das Recht der Erſtgeburt und die Untheilbarkeit auf alle und jede Pfälziſche Staaten ausgedehnt wurde. Allein Ruprecht der *III.*, oder der nachmalige Römiſche König Ruprecht, kehrte ſich nicht daran, ſondern verordnete auf ſeinem Todbette, daß nach ſeinem Abſterben ſeine Länder, nach Maßgab gewiſſer Pfälziſcher Hausverträge, unter ſeine vier Söhne, Ludewig, Johann, Stephan und Otto, vertheilt werden ſolten. Es geſchah auch ſolches, und entſtanden alſo im J. 1410. vier Linien im Pfälziſchen Hauſe, nehmlich die churfürſtliche, die zu Amberg, zu Simmern, und zu Mosbach. Die zweite oder ambergiſche Linie ſtarb mit ihres Stifters, des Pfalzgraf Johanns, Sohn, dem K. Chriſtoph von Dännemark, bereits im J. 1448., und die Mosbachiſche gleichfals mit ihres Stifters, Ottens des *I.*, Sohn, Pfalzgraf Otten dem *II.* im J. 1499. aus. Aber die beiden andern erhiel-

u) Aettenkhovers Geſch. der H. von Bayern, p. 32. ſq. et 34.-36.

erhielten ſich länger, und die Simmern-Zweybrückiſche Linie theilte ſich mit ihres Stifters, des Pfalzgraf Stephans beiden Söhnen, Friedrich und Ludewig dem Schwarzen, von neuem in zwey Aeſte, da nehmlich jener die eigentliche Linie der Pfalzgrafen zu Simmern, dieſer aber der Pfalzgrafen zu Zweybrück oder Veldenz fortpflanzte v).

Noch bey Lebzeiten K. Ludewigs des *IV.*, des Stammvaters des Hauſes Bayern, ſtarben im J. 1340. die Herzoge von Niederbayern, mit dem H. Johannes, aus, wodurch der Kayſer das beynahe hundert Jahr lang getheilt geweſene Herzogthum Bayern wieder zuſammenbrachte, und ſich bey dem Beſitze von Niederbayern gegen die Anſprüche ſeiner Vetter, der Pfalzgrafen, und der Herzoge von Oeſterreich behauptete. Nun machte zwar hierauf K. Ludewig, gleich im folgenden J. 1341., das ewige Hausgeſetz, daß ins künftige Ober- und Niederbayern beſtändig unter einem Oberhaupte bleiben, und niemals durch eine Theilung, auſſer im gröſten Nothfalle, wieder getrennt werden ſolten. Allein man gieng hievon nach ſeinem Tode doch wiederum ab. Anfänglich führten ſeine Söhne eine gemeinſchaftliche Regierung in Bayern, und man befriedigte die Pfalzgrafen wegen ihrer fortgeſetzten Anſprüche auf Niederbayern mit einer Summe Geldes. Hernach aber und im J. 1349. theilten ſich K. Ludewigs des *IV.* hinterlaſſene ſechs Söhne in das Herzogthum Bayern dergeſtalt, daß der Churfürſt von Brandenburg, Ludewig der ältere mit ſeinen beiden Halbbrüdern, Ludewig dem Römer und Otten, Oberbayern, und deſſen leiblicher Bruder, Stephan der ältere

mit

v) S. im vierten Bande des Auszuges rc., S. 537. ff. Cf. *Parei* Hiſt. Bav. Pal., L. IV. Sect. III. et IV. p. 177.-181.

mit ſeinen zwey Halbbrüdern, Wilhelm und Albrecht, Niederbayern bekamen. Jene behielten ſich die Churmark Brandenburg, und von dieſen die beide Herzoge Wilhelm und Albrecht die von ihrer Frau Mutter herrührende niederländiſche Provinzen vor, und alle ſechs Brüder ſtipulirten ſich die wechſelſeitige Erbfolge, wenn die ſämtliche Brüder des einen oder andern Theils ohne männliche Erben ſterben würden. Nachmals überließ Churfürſt Ludewig der ältere, anfangs und im J. 1350., durch eine Mutſchirung, hernach aber im J. 1351., durch eine Theilung, ſeinen beiden Brüdern, Ludewig dem Römer und Otten die Churmarck Brandenburg, und behielt für ſich das Herzogthum Oberbayern, wobey ſich ein jeder Theil den Rückfall der länder reſervirte, wenn der andere ohne männliche Erben abgehen würde. H. Stephan der ältere regierte nun anfänglich Niederbayern mit ſeinen beiden Halbbrüdern, Wilhelm und Albrecht, gemeinſchaftlich, und ſie verglichen ſich auch noch im J. 1352. mit einander, dieſen gemeinſchaftlichen Erbtheil noch zwey Jahr lang unzertheilt beyſammen zu laſſen. Allein gleich im folgenden J. 1353. nahmen ſie doch eine Theilung vor, nach welcher Wilhelm und Albrecht, auſſer denen von ihrer Mutter herrührenden niederländiſchen Provinzen, ein anſehnliches Stück von Niederbayern, und noch einige Grafſchaften, Herrſchaften, Oerter, Schlöſſer und Pfandſchaften in Schwaben und Franken, H. Stephan aber das übrige von Niederbayern bekam. Dieſer zog nach dem, im J. 1363., erfolgtem Abſterben ſeines ältern leiblichen Bruders, Churfürſt Ludewigs des älteren, hinterlaſſenen einigen Sohnes, Mainhards, wider die bisherige Hausverträge

ganz Oberbayern an ſich, und gab ſeinen übrigen Brüdern nichts von dieſer anſehnlichen Erbſchaft.

H. Stephan der *I.* hinterließ bey ſeinem Abſterben, im J. 1375., drey Söhne, Stephan, den jüngern oder *II.*, Friedrich und Johannes, welche bis ins J. 1392. mit einander eine gemeinſchaftliche Regierung führten. Aber in dieſem Jahr drang der jüngſte Bruder Johannes auf eine Theilung, welche gegen Ende des Jahrs dahin getroffen wurde, daß Stephan der *II.* und Johann ſich in Oberbayern theilten, und jener ſeine Reſidenz zu Ingolſtadt, dieſer aber zu München nahm; Friedrich hingegen dasjenige zu ſeinem Antheil bekam, was ſeinem Vater in Niederbayern zugehört hatte, worauf er ſich zu Landshut niederließ. Alle drey Brüder ſchloſſen zugleich mit einander eine Erbeinigung, und verſprachen ſich die wechſelſeitige Erbfolge in ihren Landesantheilen, wenn der Mannſtamm von der einen oder andern Linie ausgehen würde. Die andern, von dem vorhingedachten H. Albrecht, Grafen von Holland ꝛc., einem Bruder H. Stephans des *I.* abſtammenden Herzoge von Niederbayern ſtarben mit deſſen Sohn Johannes im J. 1425. in männlichen Erben aus. Ueber der Erbfolge in ſeinen Niederbayeriſchen Ländern entſtand zwiſchen ſeinen vier Vettern, dem H. Ludewig zu Ingolſtadt, dem H. Heinrich zu Landshut, und den beiden Brüdern und HH. Ernſt und Wilhelm zu München, welche mit dem verſtorbenen H. Johannes gleich geſippt waren, ein groſſer Streit. K. Sigmund entſchied endlich ſelbigen im J. 1429. dahin, daß das ſtreitige Land in vier Theile, nach den Häuptern, und nicht nach den Stämmen getheilt werden ſolte, welches dann auch geſchah.

Es

Es iſt aber bey der Gelegenheit ein merkwürdiger Umſtand zu bemerken, daß nehmlich an dem gehaltenem Gerichtstage der Reichserbmarſchall, Haupt der *II.* von Pappenheim die ſtreitige niederbayeriſche Länder, im Nahmen des Kayſers, in Anſpruch genommen, und behauptet hat, daß ſie dem Kayſer und Reiche verfallen wären, „weil die „Herzoge von Bayern und ihre Vorfahren, ohne „Einwilligung der Kayſer, als oberſten Le„hensherren, verſchiedene Landestheilungen ei„genmächtiger Weiſe vorgenommen hätten.„ Mithin möchte man hieraus den Schluß ziehen, daß damals zu dergleichen Landestheilung die Einwilligung des Kayſers nothwendig geweſen ſey.

Die Ingolſtädtiſche Linie der Herzoge von Bayern ſtarb auf gewiſſe Art, ſchon im J. 1445., mit H. Ludewig dem Bucklichten aus, weil nehmlich deſſen Vater, Ludewig der Bärtige, damals gefangen ſaß, und auch bald darauf in ſeiner Gefangenſchaft ſtarb. Seine hinterlaſſene Länder zog ſein Vetter, H. Heinrich der Reiche zu Landshut, an ſich, weil er mit den ausgeſtorbenen Herzogen zu Ingolſtadt um einen Grad näher verwandt war, als der damalige H. Albrecht der *III.* zu München. In der Landshutiſchen Linie war auch immer nur ein Fürſt vorhanden, mithin dieſe Landesportion nicht weiter getheilt wurde. Hingegen hinterließ der Stifter der Münchenſchen Linie, H. Johannes, zwey Söhne, Ernſt und Wilhelm, die eine gemeinſchaftliche Regierung führten, bis daß der jüngere Bruder, H. Wilhelm, und bald nach ihm ſeine beide Söhne, Adolf und Wilhelm, die noch Kinder waren, wegſtarben. Hierauf bekam zwar H. Ernſt den ganzen Münchenſchen Landesantheil zuſammen, und vererbte ſelbigen auf ſeinen einigen Sohn, Al-

brecht den *III*. Weil aber dieſer wieder viele Söhne hatte; ſo machte er vor ſeinem, im J. 1460., erfolgtem Abſterben die Verordnung, daß immer die zwey älteſte von ſeinen Söhnen eine gemeinſchaftliche Regierung führen ſolten. Es geſchah auch ſolches anfangs von dem H. Johannes dem *III*. und dem H. Sigmund, und wie jener im J. 1463. ſtarb, von dem H. Sigmund und dem H. Albrecht dem *IV*. Allein da jener im J. 1467. die Regierung freywillig niederlegte; ſo behielt H. Albrecht der *IV*. dieſelbe allein, wider die väterliche Verordnung, mit Ausſchlieſſung ſeiner jüngern Brüder, des H. Chriſtofs und des H. Wulfgangs. Dieſe waren zwar damit übel zufrieden, und es kam zwiſchen den drey Brüdern zu groſſen Weitläuftigkeiten, wovon ich ſchon gehandelt habe. Allein H. Albrecht der *IV*. behauptete ſich bey der alleinigen Landesregierung, und ſchrieb ſich deswegen ſogar in einigen ſeiner Urkunden: einigen regierenden Fürſten w).

Die Herzoge und Churfürſten von Sachſen aus dem aſkaniſchen Hauſe hatten ſich ſchon im vorigen Periodus in die zwey Linien zu Lauenburg und Wittenberg getheilt x). In jeder derſelben waren öfters zugleicher Zeit mehrere Fürſten, Brüder, oder Brudersſöhne, oder Vettern, vorhanden, welche nach allen Umſtänden eine gemeinſchaftliche Regierung führten, weil ihr Land zu klein war, als daß es noch weiter hätte getheilt werden

w) Aettenkhover *l. c.*, p. 41.-73. *paſſim*, im Auszuge den dritten Band, S. 343. f. 448. 491. 515. 518. 555. et 687., im vierten Bande. S. 168., im fünften Bande, S. 449. ; 452. und im ſechſten Bande. S. 91. ; 94. et 669.-675. Cf. *Specimen Diplomatarii Boioar.*, ap. *Oefelium* l. c.. T. II. p. 257. b. 266. a et 267. a. x) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 423. f.

werden können. Die Wittenbergiſche Linie ſtarb auch endlich im J. 1422., mit Churfürſt Albrechten dem *III.* aus, und ihr Land, nebſt der Chur und dem Erzmarſchallenamte, kam bekanntermaſſen, das Jahr darauf, an Friedrich den Streitbaren, Marggrafen von Meiſſen und Landgrafen von Thüringen, von welchem das heutige churfürſtliche und herzogliche Haus Sachſen abſtammt y). In dieſer Familie ſind nun, in unſerm Periodus, verſchiedene Theilungen vorgegangen. Zu Anfang deſſelben lebte noch Heinrich der Erlauchte, Marggraf von Meiſſen und Landgraf von Thüringen, der aber noch bey ſeinen Lebzeiten den gröſten Theil ſeiner Länder ſeinen Söhnen, Albrecht dem Unartigen, Dietrich und Friedrich übergab. Des erſtern Sohn Friedrich der Gebiſſene brachte zwar, nach ſeines Bruders, Vaters und Vettern Abſterben, Thüringen und Meiſſen wieder zuſammen, und vererbte dieſe Länder auf ſeinen einigen Sohn, Friedrich den Ernſthaften. Aber lange nach deſſen Tode machten ſeine noch übrige drey Söhne, Friedrich der Strenge, Balthaſar und Wilhelm der Einäugige verſchiedene Theilungen oder Mutſchirungen mit den väterlichen Ländern. Des erſtern Sohn, Friedrich der Streitbare, der nachmals Churfürſt von Sachſen wurde, muſte nach ſeines Vaters Ableben deſſen Landestheil mit ſeinen beiden jüngern Brüdern, Wilhelm dem Reichen und Georgen, abermals theilen; doch ſtarben noch beide bey ſeinen Lebzeiten, wie auch ſeine zwey Oheime, Balthaſar und Wilhelm der Einäugige. Der erſtere aber hinterließ einen Sohn, Friedrichen den Einfältigen, der ſeines Vaters Land erbte,

 und

y) S. Eben daſelbſt im fünften Bande, S. 337. ff.

und den Churfürſten Friedrich den Streitbaren überlebte.

Dieſer hatte vier Söhne, Friedrich den Gütigen, ſeinen Nachfolger in der Chur, Sigmunden, Heinrichen und Wilhelm den *III.* Der älteſte von ihnen, Churfürſt Friedrich führte anfangs eine gemeinſchaftliche Regierung, für ſich und ſeine noch minderjährige Brüder, in den väterlichen zur Chur-Sachſen nicht gehörigen Ländern. Nachdem aber Prinz Heinrich im J. 1435. geſtorben; ſo haben die noch übrigen drey Brüder, Churfürſt Friedrich, H. Sigmund und H. Wilhelm der *III.*, im J 1436., mit ihren Ländern, die Chur und das Herzogthum Sachſen ausgenommen, eine Theilung oder vielmehr Mutſchirung auf neun Jahre vorgenommen. Als aber H. Sigmund bald darauf in geiſtlichen Stand trat, und auf ſeinen erhaltenen Landesantheil Verzicht that; ſo traffen der Churfürſt Friedrich und H. Wilhelm, im J. 1437., eine neue Mutſchirung auf neun Jahre. Wie hierauf ihr Vetter, Landgraf Friedrich der Einfältige, im J. 1440., unbeerbt ſtarb, und deſſen anſehnlicher Landestheil ihnen zufiel; ſo verglichen ſich endlich beide mehrgedachte Brüder, Friedrich und Wilhelm, im J. 1445., zu Altenburg über eine erbliche Landestheilung, welche ich ſchon, im hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus, umſtändlich beſchrieben habe. H. Wilhelm blieb zwar ohne männliche Erben, überlebte aber ſeinen Bruder, den Churfürſten Friedrich. Deſſen beide Söhne Ernſt und Albrecht, führten nach ihres Vaters, im Jahr 1464., erfolgtem Abſterben eine gemeinſchaftliche Regierung, und lebten mit ihren Familien und Hofhaltungen zuſammen in der gröſten Eintracht zu Dreßden, bis ins J. 1481., da ſich H. Albrecht mit ſeiner Hofhal-

tung

tung nach Torgau wandte, aber doch die gemeinſchaftliche Regierung mit ſeinem Bruder, dem Churfürſten, auf gewiſſe Art noch ferner fortdauren ließ. Nachdem aber ihr Oheim, H. Wilhelm der *III.*, im J. 1483., ohne männliche Erben geſtorben, und deſſen Landestheil ihnen zugefallen war; ſo verglichen ſie ſich hierauf, im J. 1485., mit einander zu Leipzig über eine vorzunehmende Landestheilung, welche auch daſelbſt, noch in dieſem Jahr, in Anſehung Thüringens und Meiſſens, zu ſtande kam, und ſeit der Zeit ſind dieſe Länder nie wieder zuſammen gekommen, weil die erneſtiniſche und albertiniſche Linien noch bis itzo fortblühen. Churfürſt Ernſt ſtarb gleich das Jahr nach der geſchehenen Theilung, und hinterließ zwar zwey Söhne, Churfürſt Friedrichen den Weiſen, und H. Johannes den Beſtändigen. Allein dieſe theilten die väterliche Länder in Thüringen nicht von neuem, ſondern behielten ſelbige in einer gemeinſchaftlichen Regierung z).

z) Seb. Müllers Sächſ. Annales, ad aa. 1403., 1406., 1407., 1410., 1411., 1428., 1436., 1437., 1440., 1445., 1464., 1482., 1485. et 1486., pagg. 2 ſq. 3. 4. 6 ſq. 14. 18 ſq. 20. 21. 23 ſqq. 36. 47 ſq. 49 et 52. A. F. Glafey Kern der Geſch. des Hauſ. Sachſen, L. I. c. 6. §. 5. p. 80. c. 7. §. 2. et 7 ſq. p. 86. et 101 ſq. c. 8. §. 1. p. 104 ſq. c. 9. §. 1 ſq. p. 110 ſq. et c. 10. §. 1. p. 123. Der Auszug ꝛc., im fünften Bande, S. 656. f., im ſechſten Bande, S. 235. f. und im ſiebenden Bande, S. 221. f. et 289 - 292. Man kan auch die in Schöttgens Inventar. Hiſt. Saxon., im *V.* Regiſter, unter dem Worte: Landestheilungen, nachgewieſene Stellen mit zu Rath ziehen, wo die verſchiedene Sächſiſche Landestheilungen, und wo die hierüber errichteten Vergleiche anzutreffen ſind, angezeigt werden.

Die Churfürſten und Marggrafen von Brandenburg aus dem aſkaniſchen Hauſe hatten gleichfals ſchon im vorigen Periodus ihre Länder nach den Städten unter ſich getheilt, wobey ſie eine Art einer Gemeinſchaft fortſetzten. Sie ſtarben aber nach und nach unbeerbt weg, daß endlich das ganze Land wieder unter ein Oberhaupt zu ſtehen kam. Und nachdem ihr Stamm mit dem jungen Churfürſten Heinrich im J. 1320. gänzlich ausgieng; ſo kam die Churmark an das Haus Bayern, da K. Ludewig der *IV*. ſelbige, im J. 1323., ſeinem älteſten Sohn Ludewig verlieh. Dieſer ſetzte nun zwar ſeine Brüder, Stephan Ludewig den Römer, und Wilhelm, zu ſeinen Erben in der Churmark ein, wenn er ohne Hinterlaſſung eines Sohnes ſterben würde, worüber er auch von ſeinem Vater, dem Kayſer, im J. 1334., eine doppelte Beſtätigung erhielt. Allein in den folgenden, kurz vorhin erwähnten, Theilungen der Söhne K. Ludewigs des *IV*. wurden nur Ludewig der Römer und Otto an die Churmark Brandenburg gewieſen, ihr älteſter Bruder, Churfürſt Ludewig nahm ſie in eine Art einer gemeinſchaftlichen Regierung auf, und endlich trat er ihnen dieſelbe ganz ab, worauf ſie das Land gemeinſchaftlich beherrſchten a).

Unter den Luxemburgiſchen Churfürſten von Brandenburg blieb das Land ungetheilt. Nachdem aber Burggraf Friedrich von Nürnberg die Chur Brandenburg an ſein Haus gebracht hatte; ſo giengen gleich wiederum Theilungen mit ſeinen Ländern vor. Dergleichen waren ohnehin in ſeiner

a) S. den zweiten Band des Auszuges ꝛc., S. 422. f. *Gebhardi* Marchion. Aquilonales, Tab. VI. et VII. *coll.* p. 134 ſqq. *paſſim*, und Aettenkhover *l. c.*, p. 42 ſq. 45 ſq. et 48.

ſeiner Familie und in den alten Fränkiſchen Erbländern ſchon hergebracht; mithin verordnete er in ſeinem, im J. 1437., errichtetem Teſtamente, daß ſein älteſter Sohn Johannes die Fränkiſchen Länder oberhalb- und der dritte Sohn Albrecht eben dieſelbe unterhalb des Gebürges bekommen, ſein dritter und vierter Sohn aber, Friedrich der ältere und jüngere, die Churmark Brandenburg anfangs gemeinſchaftlich beſitzen, und nach einigen Jahren mit einander theilen ſolten. Es verglichen ſich aber nachher, bey der, im J. 1447., zu Mühlhauſen geſchehenen völligen Auseinanderſetzung die beiden letztgedachten Brüder dahin, daß Friedrich der jüngere ſich mit der alten Mark und Priegnitz begnügte, Churfürſt Friedrich der *II.* hingegen alles übrige von der Churmark behielt. Dieſer ſowohl, als auch Friedrich der jüngere und und Johannes ſtarben ohne männliche Erben, mithin fielen die Churländer und Fränkiſchen Fürſtenthümer an den Marggrafen und Churfürſten Albrecht, welcher, durch die im J. 1473. gemachte Verordnung, ſeine ſämtlichen Länder, unter ſeine drey damals noch lebende älteſte Söhne, dergeſtalt theilte, daß der Churprinz Johannes die Churmark Brandenburg, der zweite Sohn, Friedrich der ältere, das Fränkiſche Fürſtenthum unterhalb- und der dritte Sohn Sigmund das oberhalb des Gebürges, nach ſeinem Tode bekommen ſolte [b]).

Des erſten H. von Braunſchweig und Lüneburg, Ottens des Kindes, älteſter Sohn, H. Albrecht der Groſſe, regierte anfänglich, nach ſeines Vaters im J. 1252. erfolgtem Abſterben, allein, doch zugleich im Namen ſeiner Brüder, während ih-

b) S. in dieſem achten Bande des Auszuges rc., S. 199. f.

rer Minderjährigkeit. Hernach erforderte er ihre Bewilligung zu wichtigen Regierungsgeſchäften, und nachdem Conrad und Otto in geiſtlichen Stand getreten; ſo führte er die Regierung noch eine Zeitlang gemeinſchaftlich mit ſeinem Bruder Johannes. Endlich theilten beide Brüder die ſämtlichen väterlichen Länder, im J. 1267., in den Braunſchweigiſchen und Lüneburgiſchen Theil. Jenen bekam Albrecht, dieſen aber Johann, und ſeit der Zeit ſind dieſe Länder nie wieder unter einer Regierung vereiniget worden. Durch dieſe Theilung entſtanden die ſogenannten alten Häuſer Braunſchweig und Lüneburg, wobey noch zu bemerken, daß die Fürſten von der braunſchweigiſchen Hauptlinie ſich nur Herzoge von Braunſchweig ohne den Zuſatz: und von Lüneburg, geſchrieben, als deſſen ſich erſt H. Magnus der jüngere zu bedienen angefangen, die Herzoge von den Grubenhagiſchen und Göttingiſchen Linien aber ſelbigen überall nicht geführt haben. Des H. Johannes zu Lüneburg beide Enkel, Otto und Wilhelm von ſeinem Sohn, Otten dem Strengen, regierten mit einander gemeinſchaftlich, und beſchloſſen endlich ihre Linie, da nehmlich H. Otto im J. 1352., und H. Wilhelm im J. 1369., ohne männliche Erben ſtarben.

H. Albrecht der Groſſe zu Braunſchweig hinterließ ſechs Söhne, von denen die drey älteſten, Heinrich der Wunderliche, Albrecht der Fette, und Wilhelm, einige Zeit nach ihres Vaters, im J. 1279., erfolgtem Ableben, eine Theilung oder Mutſchirung gemacht haben, wodurch einem jeden etwas vom Lande für ihn allein ausgewieſen, vieles aber, vornehmlich die Städte, Stifter und Lehen, gemeinſchaftlich gelaſſen wurden. H. Wilhelm ſtarb ſchon im J. 1292. unbeerbt, und da

entſtand unter ſeinen beiden noch übrigen regierenden Brüdern, Heinrich und Albrecht, ein Succeßions-ſtreit, deſſen Ausgang nicht recht bekant iſt. Der erſtere von ihnen, oder Heinrich der Wunderliche, iſt der Stifter der Linie zu Grubenhagen, und ſtarb im J. 1322., mit Hinterlaſſung vier Söhne, Heinrichs des jüngern, oder von Griechenland, Ernſts, Wilhelms und Johanns. Dieſer letztere entſagte im J. 1325. ſeinem Erbrechte und trat in geiſtlichen Stand. Die drey übrigen Brüder hatten ſchon das Jahr vorher eine merkwürdige Vereinigung unter ſich gemacht, und verwalteten ſodann die Regierung gemeinſchaftlich. Der jüngſte von dieſen dreyen Brüdern, H. Wilhelm, ſtarb ohne Erben, und des älteſten Bruders, Heinrichs von Griechenland, Söhne, Otto von Tarent, Philipp, Balthaſar, Riddag, Thomas und Melchior, hielten ſich theils auſſer Landes auf, theils waren ſie im geiſtlichen Stande, mithin fiel die Landesregierung meiſtentheils auf den mittlern Bruder, H. Ernſt den ältern, und deſſen Nachkommen.

Dieſer H. Ernſt hinterließ bey ſeinem Abſterben im J. 1361., vier Söhne, von denen aber nur Albrecht der *II.* zum Salz der Helden und Friedrich zu Oſterrode oder Herzberg Nachkommen hatten, nehmlich der erſtere den H. Erich, und der andere den H. Otten. Jene beide Brüder und ihre Söhne führten eine gemeinſchaftliche Regierung im Fürſtenthum Grubenhagen, und im J. 1402. machte H. Erich mit ſeinem Oheim, dem H. Friedrich, und deſſen Sohn Otten einen Vergleich, daß die beiderſeitigen Länder ungetheilt bleiben ſolten. Doch beſſerer Verwaltung halber nahm nachher H. Erich das Schloß Salz, und H. Friedrich das Schloß Herzberg und Oſterrode

rode auf drey Jahre in Beſitz, nach deren Ablauf ihnen frey ſtehen ſolte, mit den Schlöſſern umzutauſchen. H. Erich ſtarb im J. 1427. und hinterließ drey unmündige Söhne, Heinrich den *III.*, Ernſt und Albrecht den *III.*, über welche ihr Vetter, H. Otto zu Oſterrode bis ins J. 1439. die Vormundſchaft führte, worauf ſie gemeinſchaftlich mit einander regierten, und ihren erſtgedachten Vetter Otto, wie er ohne Erben ſtarb, beerbten. Nach dem Ableben des älteſten von dieſen drey Brüdern, nehmlich H. Heinrichs des *III.*, überließ der mittlere Bruder Ernſt, der gewiſſer maſſen Geiſtlich war, die Landesregierung und Vormundſchaft über des älteſten verſtorbenen Bruders Heinrichs des *III.* einigen Sohn, H. Heinrich den *IV.*, an ſeinen jüngſten Bruder, H. Albrecht den *III.* allein. Dieſer theilte nachmals im J. 1481. mit H. Heinrich dem *IV.* dergeſtalt, daß Albrecht der *III.* das Schloß Herzberg, H. Heinrich der *IV.* aber, das Schloß Salz der Helden annahm. Im folgenden J. 1482. machten ſie ferner mit einander aus, daß ein jeder an Grubenhagen die Helfte haben ſolte. Als hierauf H. Albrecht der *III* im J. 1486. ſtarb; ſo übernahm H. Heinrich der *IV.*, mit der Fürſtlichen Wittwe die Vormundſchaft über die hinterlaſſene drey Prinzen, Philipp, Ernſt, und Erich. Von denſelben ſtarb der mittlere, H. Ernſt frühzeitig, und die beiden übrigen regierten anfangs gemeinſchaftlich, bis H. Erich in geiſtlichen Stand trat.

H. Albrechts des Groſſen zweiter Sohn, der ſein Geſchlecht fortpflanzte, war der oben erwähnte H. Albrecht der Fette, welcher ſeinen Sitz zu Göttingen hatte, und nach ſeines jüngern Bruders, H. Wilhelms, Ableben, ſich deſſen Landesportion allein anmaßte. Er ſtarb im J. 1318.

und

und hinterließ viele Söhne die theils jung geſtorben, theils in geiſtlichen Stand getreten ſind; mithin wir, nach unſerer Abſicht nur drey zu merken haben, nehmlich Otten den Freygebigen, und Magnus den ältern oder Frommen, und Ernſten. Der erſtere von ihnen, H. Otto, als der älteſte, ſcheint die Verwaltung, wo nicht der geſamten väterlichen Länder, doch des gröſtentheils derſelben, bis an ſeinen im J. 1344. erfolgten Tod, behalten zu haben. Dann man findet wenigſtens von einer Theilung keine zuverläßige Nachrichten, hingegen aber, daß H. Otto ſowohl im Wolfenbüttelſchen, als im Göttingiſchen, Regierungsgeſchäfte ausgerichtet, und bisweilen ſeine zwey jüngere Brüder dazu gezogen habe. Allein nach H. Ottens Ableben führten ſeine hinterbliebene zwey Brüder, Magnus und Ernſt nur noch eine kurze Zeit eine gemeinſchaftliche Regierung. Dann im J. 1345. theilten ſie mit einander die väterlichen Länder, und H. Magnus der Fromme bekam das Braunſchweigiſche, H. Ernſt aber das Land über dem Walde, worinnen Göttingen liegt; ein und andere Stücke behielten ſie gemeinſchaftlich. Des H. Ernſtens zu Göttingen Linie ſtarb im J. 1463., mit ſeinem Enkel, H. Otten dem Einäugigen, aus, der aber ſchon im J. 1435. die Regierung niedergelegt, und ſie ſeinen Räthen, der Ritterſchaft und den Städten, unter der Direction eines von ihnen gewälten Landvogts übergeben hatte. Allein hiemit war ſein Vetter, H. Wilhelm von der Braunſchweigiſchen oder Wolfenbüttelſchen Linie nicht zu frieden, ſondern gab zu Bezalung der Schulden und Einlöſung der verſetzten Aemter das Geld her, worauf er nebſt ſeinen Söhnen und ſeinem Bruder Heinrich, im J. 1437., die Landesregierung im Fürſtenthum

Göttin-

Göttingen übernahm, und H. Otten einen anſtändigen Hofſtaat und Unterhalt ausmachte. Nachdem auch ſodann H. Otto ſeine Länder, im J. 1442., an ſeine Vetter, H. Wilhelm und Heinrich förmlich abgetreten; ſo theilten theils dieſe beide Brüder ſelbige mit einander, theils behielten ſie einiges in Gemeinſchaft. Ihre Vetter von der Lüneburgiſchen Linie waren zwar mit dieſem Verfahren nicht zufrieden, weil ſie glaubten, ein gleiches Recht zu dem Göttingiſchen Landestheil zu haben, es wurde aber nachmals die Sache unter ihnen, doch erſt im folgenden Periodus, gütlich vertragen.

H. Magnus der Fromme welcher in der Theilung das Braunſchweigiſche zu ſeinem Antheil bekommen, hatte zwar viele Söhne, die aber theils vor ihm ſtarben, theils im geiſtlichen Stande lebten; mithin hauptſächlich nur ſein Sohn, H. Magnus der jüngere oder mit der Kette, zu bemerken iſt, welcher aber noch einen im weltlichen Stande gebliebenen Bruder, Namens Ernſt hatte, der doch einigen Antheil an der Regierung der väterlichen Länder ſcheint gehabt zu haben. Dieſer Herzog Magnus der jüngere erlebte den Fall daß die Lüneburgiſche Linie im J. 1369. mit H. Wilhelmen ausſtarb; dann ſein Vater, Magnus der ältere ſcheint kurz vorher geſtorben zu ſeyn. Es iſt aber meinen Leſern bekannt, wie ſchwer ihm, und ſeinen Nachkommen, die Erbfolge im Lüneburgiſchen, durch die Aſkaniſche Fürſten aus dem churſächſiſchen Hauſe gemacht worden, und H. Magnus der jüngere, wurde, bald zu Anfang dieſer Händel, im J. 1373., bey Leveſte erſchlagen. Er hinterließ bey ſeinem Abſterben vier Söhne, Friedrich, Bernhard, Heinrich und Otten, welcher letztere aber in geiſtlichen Stand trat. Unter dieſen vier Brüdern errichtete ihre Mutter Catharina,

tharina, im J. 1374., einen Vergleich, nach welchem der Aelteſte jederzeit regierender Herr der väterlichen Braunſchweigiſchen Länder ſeyn ſolte. Es muß aber dieſes nicht als die Einführung einer Primogenitur ausgedeutet werden, weil H. Friedrich als der älteſte auch nachher verſchiedene Urkunden mit Benennung ſeines Bruders Bernhards ausfertigen laſſen, beide ſich hiebey Vormünder ihrer jüngern Brüder, Heinrichs und Ottens, nennen, und nach dem J. 1382. auch bisweilen der Einwilligung des dritten Bruders, Heinrichs, in den Urkunden H. Friedrichs gedacht wird. Mit den Sächſiſchen Herzogen wurden auch verſchiedene Verträge, in den J. 1373., 1386., 1387., und 1389., getroffen, und durch den letztern von jenen das Fürſtenthum Lüneburg an die braunſchweigiſche Herzoge überlaſſen. Da bereits das Jahr vorher, durch den bey Winſen erfochtenen Sieg, der Herrſchaft der Sächſiſchen Fürſten im Lüneburgiſchen ein Ende war gemacht worden; ſo hatten ſich gleich darauf die drey Brüder, Friedrich, Bernhard und Heinrich mit einander dahin verglichen, daß H. Friedrich den Braunſchweigiſchen oder Wolfenbüttelſchen Theil nebſt einem kleinen Stücke vom Lüneburgiſchen, ſeine Brüder, Bernhard und Heinrich, aber den Lüneburgiſchen Theil haben, und einer dem andern, auch ihre Erben unter ſich, ſuccediren ſolten. Im J. 1394. machten die erſt erwähnten drey Brüder mit einander einen neuen Vertrag, vermöge deſſen ſie ihre ſämtliche Länder, Vermögen und Schulden dergeſtalt zuſammen ſetzten, daß nach ihrem Tode der Aelteſte von ihren Söhnen der Lande Herr ſeyn, und die übrigen Prinzen auch Prinzeßinnen gut verſorgen ſolte.

Nachdem H. Friedrich, im J. 1400., bey Fritzlar war erſchlagen worden, und keine männliche Erben hinterlaſſen hatte; ſo nahmen ſeine zwey noch übrige Brüder, Bernhard und Heinrich, von dem erledigten Wolfenbüttelſchen Landestheil Beſitz, und regierten nun die wieder zuſammengebrachte länder eine Zeitlang gemeinſchaftlich. Allein im J. 1409. entſchloſſen ſich beide Brüder, eine Theilung vorzunehmen. H. Bernhard ſetzte die ſämtliche von ihnen beſitzende Braunſchweig-Lüneburgiſche Länder in zwey Theile, deren einer das Lüneburgiſche, der andere aber das Wolfenbüttelſche und Calenbergiſche begriff. H. Heinrich wälte ſodann den erſtern Theil, und H. Bernhard behielt alſo den letztern. Die Städte Braunſchweig und Lüneburg hingegen, ingleichen einige andere Gefälle, Rechte und Lehen blieben unter beiden Brüdern gemeinſchaftlich, und ſie dungen das Recht der Erbfolge, ungeachtet der Theilung, einer jeden Linie aus. Dieſes Succeßionsrecht wurde, in einem neuen, im J. 1414., geſchloſſenem Vertrage, auch auf die nach der Theilung erlangten länder erweitert, und ſolches durch einen neuen Vergleich vom J. 1415. beſtätigt. In dieſem letztern wurde zugleich unter andern feſtgeſtellt, daß nur die älteſten Fürſten von jeder der beiden regierenden Linien die Regierung verwalten, und niemals auf eine Theilung provocirt werden ſolte. Es blieb aber nicht bey dieſer zwiſchen den Herzogen Bernhard und Heinrich, im J. 1409., gemachten Theilung, ſondern im J. 1428. wurde, durch Vermittlung landgraf Ludewigs von Heſſen, eine neue Theilung zwiſchen dem H. Bernhard und ſeinem Sohn Otten eines, und des inzwiſchen im J. 1416. verſtorbenen H. Heinrichs

richs älteſtem Sohne, Wilhelm, andern Theils getroffen. Der letztere machte die Theile, und die beiden erſtern ſolten die Wahl haben. Die Haupttheile waren wiederum auf der einen Seite das Wolfenbüttelſche und Calenbergiſche, wozu noch die Einkünfte von Hannover, und die Aemter Campen, Meinerſen, Lichtenberg und Harzburg gelegt wurden; auf der andern Seite aber das Lüneburgiſche, wozu man Hallerburg und Gronde ſchlug. Verſchiedenes, beſonders die Städte Braunſchweig und Lüneburg, blieb gemeinſchaftlich. Da dißmal der H. Bernhard und ſein Sohn Otto die Wahl hatten; ſo griffen ſie zum Lüneburgiſchen Theil, und H. Wilhelm behielt das Wolfenbüttelſche und Calenbergiſche. Durch dieſe Theilung entſtanden die ſogenannten mittlern Häuſer Braunſchweig und Lüneburg, und die hierauf entſtandene Irrungen wurden durch neue Verträge in den J. 1431. und 1433. beigelegt.

H. Bernhard, der Stifter des mittlern Hauſes Lüneburg, überließ hierauf die Regierung ſeiner Länder gröſtentheils ſeinen beiden Söhnen, Otto und Friedrich, welche auch das Lüneburgiſche gemeinſchaftlich regierten. Nach H. Ottens, im J. 1445., plötzlich erfolgtem unbeerbten Abſterben, bekam H. Friedrich der Fromme die Regierung allein, gieng aber im J. 1458. in das von ihm geſtiftete Franciſcanerkloſter zu Zelle, und übergab ſeinen beiden Söhnen, Bernhard und Otten die Regierung, welche ſelbige in Gemeinſchaft behielten. Weil indeſſen H. Bernhard, ſchon im J. 1464., ohne Leibeserben ſtarb, und ſein Bruder, H. Otto, ihm im J. 1471., mit Hinterlaſſung eines einigen Sohnes, Namens Heinrich, der damals noch ein Kind war, im Tode folgte; ſo muſte ſein Großvater, H. Friedrich, das Kloſter

verlaſſen, und die Regierung von neuem überneh- men, worauf er im J. 1478. ſtarb, und gedachter ſein Enkel **Heinrich**, insgemein der **Mittlere** genannt, allein **regierender Herzog** im **Fürſtenthum Lüneburg** blieb, aber bis in ſein 18tes Jahr unter der **Vormundſchaft** der **Lüneburgiſchen Landräthe** und des **Magiſtrats** der Stadt **Lüneburg**, und vermutlich auch ſeiner Mutter und ſeiner Vetter, der **Herzoge** zu **Braunſchweig**, ſtehen muſte.

Der vorhin gedachte H. **Wilhelm**, der ältere genannt, ein Sohn des verſtorbenen H. **Heinrichs** zu **Lüneburg**, welcher in der, im J. 1428., geſchehenen Theilung das **Wolfenbüttelſche** und **Calenbergiſche** bekommen, hatte noch einen jüngern Bruder, Namens **Heinrich** den **Friedfertigen**. Dieſer bemächtigte ſich, währender Abweſenheit H. **Wilhelms**, des Schloſſes **Wolfenbüttel**, und nöthigte mit Hülfe ſeiner Alliirten, der Städte **Braunſchweig** und **Magdeburg**, ſeinen Bruder, daß er mit ihm, im J. 1432., einen Vertrag und **Landestheilung** eingehen muſte. Nach derſelben muſte ſich H. **Wilhelm** mit dem **Calenbergiſchen** begnügen, wozu noch ein und anderes gelegt wurde, und H. **Heinrich** bekam das **Wolfenbüttelſche**. Beide brachten hernach, bereits erwähnter maſſen, das **Fürſtenthum Göttingen** an ſich und theilten es mit einander, H. **Heinrich** ſtarb aber im J. 1473. ohne männliche Erben, worauf ſein Landestheil ſeinem noch lebendem ältern Bruder, H. **Wilhelm** dem ältern wieder zufiel. Dieſer hatte ſchon im J. 1447. ſeinen beiden Söhnen, **Wilhelm** dem **jüngern** und **Friedrich** dem **jüngern** ein Stück Landes abgetreten, und ſie von ſich abgeſondert, nahm ſie aber, im J. 1469., durch einen neuen Vertrag wiederum an

ſeinen Hof auf. Allein nach ſeines Bruders, H. Heinrichs des Friedfertigen, zu Wolfenbüttel Ableben, überließ er ihnen die Länder über dem Walde an der Leine, ingleichen zwiſchen dem Deiſter und der Leine, nebſt der Herrſchaft Homburg, um ſolche gemeinſchaftlich und unzertheilt, als Vögte und Amtleute, die keine Rechnung ablegen, zu gebrauchen. H. Wilhelm der ältere ſtarb endlich im J. 1482, und ſeine beide Söhne Wilhelm der jüngere und Friedrich führten anfänglich eine gemeinſchaftliche Regierung. Gleich im folgenden J. 1483 drang H. Friedrich auf eine Landestheilung, weil aber ſein Vater ſolche ausdrücklich verboten, und die Söhne ſich, im J. 1474., zu Beobachtung dieſes Verbots verpflichtet hatten; ſo wurde ſtatt der Theilung eine Mutſchirung beliebt. Hiedurch wurden nur die Aemter und fürſtlichen Häuſer den Nutzungen nach getheilt, die vornehmſten Regalien aber, und zur Regierung gehörigen Stücke und Gerechtſame blieben gemeinſchaftlich. H Wilhelm theilte, und ließ ſeinem Bruder Friedrich, als dem jüngſten, die Wahl. Da aber dieſer bald darauf in ſeine vorige Gemüthsſchwachheit verfiel; ſo nahm H. Wilhelm hievon Gelegenheit, ihn im J. 1485. in Verwahrung bringen zu laſſen, in welcher er etwa im J. 1495. geſtorben iſt.

H. Wilhelm der jüngere ſtarb erſt im J. 1503. zu Hardegſen, wohin er ſich zu Ruhe begeben, nachdem er ſeinen Söhnen, Heinrich dem ältern und Erich, die Regierung völlig übergeben hatte. Schon im J. 1487. emancipirte er ſie gleichſam, oder ſonderte ſie, mittelſt Abtretung des Landes zwiſchen dem Deiſter und der Leine, von ſich ab. Doch muſten ſie verſprechen, bey ſeinen Lebzeiten und noch zehen Jahre hernach keine Län-

vertheilung vorzunehmen; indeſſen Heinrich die Regierung allein verwalten, und in ſeinem und ſeines Bruders Namen führen ſolte. Im J. 1491. übergab hierauf H. Wilhelm ſeinen gedachten beiden Söhnen den Braunſchweigiſchen und Calenbergiſchen Landesantheil, nebſt den Herrſchaften Homburg und Eberſtein, unter der Bedingung, ſie gemeinſchaftlich zu regieren, und bey ſeinen Lebzeiten keine Theilung oder Mutſchirung einzugehen; für ſich aber behielt er die Regierung über den Göttingiſchen Theil. Doch auch dieſe übergab er im J. 1495. ſeinem jüngern Sohn Erich, und veranlaßte ſodann noch in dieſem Jahr eine Theilung dieſer ſämtlichen Länder unter ſeinen beiden Söhnen. Heinrich, als der älteſte, ſetzte unter ſeiner Direktion die Länder in zwey Theile, meiſtens auf die Art, wie ſolche noch itzo abgetheilt ſind. Der eine Theil begriff den vormaligen Wolfenbüttelſchen Antheil, und der andere Theil beſtand aus demjenigen, was noch itzo zum Göttingiſchen und Calenbergiſchen gehört. Und da wälte H. Erich dieſen letztern Theil, und überließ ſeinem Bruder Heinrich dem ältern den Wolfenbüttelſchen. Der alte Vater Wilhelm bekam nachmals, durch einen neuen, im J. 1498., geſchloſſenen Vertrag, das Schloß Hardegſen zu ſeinem Wohnſitze, und järlich 2500. Gulden, auch einige geringe Einkünfte zu ſeinem Unterhalte [c]).

In

c) C. O. *Rechenbergii* Diſſ. de Succeſſion. in Guelf. Domo uſitatis; (Lipſiae, 1716. 4. *recuſa:* ibid., 1735. 4.) cap. II. §. 27-49. *paſſim.* Ant. Ulr. Eraths hiſtor. Nachr. von den im alten und mittlern Br. Lüneb. Hauſe getroffenen Erbtheilungen; (Frkf. und Leipz., 1736. 4.) §. 6:41. p. 3-124. *de Ludolf* Tr. de introd. Iur. Primogeniturae; (Ienae, 1753. fol.) in *Append. Faſcic. III.* H. A. Kochs

Verſuch

In dem Marggräflich Badiſchen Hauſe war ſchon im vorigen Periodus eine Theilung in die beide Linien zu Baden und Hachberg vorgegangen b). Die letztere Linie theilte ſich wiederum, gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts, mit Marggraf Heinrichs des *II.* beiden Söhnen, Heinrich dem *III.* und Rudolf dem *I.*, in die zwey Nebenäſte zu Hachberg und zu Sauſenberg. Der erſtere gieng mit ſeines Stifters Urenkel, Marggraf Otten dem *II.*, im J. 1418., in männlichen Erben aus. Es hatte aber derſelbe, ſchon drey Jahre vor ſeinem Tode, ſeinen Landestheil an ſeinen Vetter, Marggraf Bernhard den *I.* von Baden, verkauft. Und da ſowohl in der Hachbergiſchen, als Sauſenbergiſchen Linie öfters mehrere Brüder und Vetter zu gleicher Zeit lebten; ſo haben ſelbige entweder gemeinſchaftlich regiert, oder ſich in ihr ohnehin kleines Land noch mehr getheilt.

Auch in der Badiſchen Linie ſind in unſerm Zeitraume neue Theilungen geſchehen, oder doch gemeinſchaftliche Regierungen geführt worden. Auf ſolche Art ſcheinen Marggraf Rudolfs des *I.* vier Söhne Hermann der *VII.*, Rudolf der *II.*, Heſſo und Rudolf der *III.*, wenigſtens anfangs, regiert zu haben, doch mag nachher noch einigermaſ-

 ſen

Verſuch einer pragmat. Geſch. des Hauſes Br. und Lüneb., Sect. IV. p. 95 ſq. et 116. Sect. V. p. 129 ſqq. 134 ſqq. 140. 143 ſqq. 147. 148. 149. 153. 157. 158 ſq. 160 ſq. et 162. Sect. VI. p. 178. 181 ſq. et 187. Sect. VII. p. 201 ſq. et 209 ſqq. Sect. VIII. p. 229 ſq. et 232. Sect. IX. p. 251. 253. 256. 257. 259 ſq. 261. 263. 270. 274 ſq. 276 ſq. 289 ſqq. Sect. X. p. 300. 313 - 316. 317 ſq. 318 ſq. 320 ſq. et 325 ſqq. und Sect. XI. p. 371. 375. 379. 381. et 385. b) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 424.

ſen eine Theilung unter ihnen, oder des Hermanns und Heſſo Söhnen, vorgegangen ſeyn, dann die beide Rudolfe der *II.* und *III.* hinterlieſſen keine Kinder, und des Marggraf Heſſo Sohn, Rudolf Heſſo ſtarb hernach, im J. 1335., gleichfals ohne männliche Erben. Hermanns des *VII.* zwey Söhne aber, Friedrich der *II.* und Rudolf der *IV.* haben ihr väterliches Land abermals getheilt. Des Letztern beide Söhne, Friedrich der *III.* und Rudolf der *V.* oder Wecker, ſcheinen zwar gemeinſchaftlich regiert zu haben, doch hatte jener ſeine Reſidenz zu Baden, und dieſer zu Pforzheim, ihres Vaters Bruders, Friedrichs des *II.*, Sohn aber, Hermann der *IX.*, reſidirte zu Eberſtein. Da nun dieſer im J. 1353., und Rudolf der Wecker im J. 1361., unbeerbt ſtarben, ſo brachte des ſchon im J. 1353. verſtorbenen Marggraf Friedrichs, des *III.* einiger Sohn, Rudolf der *VI.*, die geſammte Badiſche Länder wieder zuſammen. Er hinterließ, bey ſeinem Abſterben im J. 1372., zwey minderjärige Söhne, Bernhard den *I.* und Rudolf den *VII.*, welche nach erlangter Volljärigkeit das väterliche Land mit einander theilten, wobey Rudolf der *VII.* die obere, und Bernhard der *I.* die untere Marggrafſchaft bekam. Dieſe beide Brüder errichteten hierauf im J. 1380. mit einander zu Heidelberg einen Familienvertrag, vermöge deſſen künftig niemals mehr, als zwey regierende Marggrafen im Hauſe Baden ſeyn, in einer jeden Linie das Recht der Erſtgeburt beobachtet werden, und ein nachgeborner Prinz järlich 500. Gulden zur Appanage bekommen ſolte. Marggraf Rudolf der *VII.* ſtarb im J. 1391. unvermält, mithin bekam Marggraf Bernhard der *I.* das Land wiederum zuſammen, vermehrte es durch die im J. 1415. zugekaufte Marggraf-

ſchaft

ſchaft Hachberg, und vererbte es bey ſeinem Ableben im J. 1431. auf ſeinen damals noch allein übrigen Sohn Jacob den *I.*

Dieſer gieng nun von dem obigen Familienpackt des J. 1380. ſchon wieder ab, indem er nehmlich, in ſeinem, im J. 1453., errichtetem Teſtamente, eine obgleich ungleiche Theilung unter ſeinen drey Söhnen, Carl, Bernhard und Georg machte, dann die beiden andern, Johann und Marx, widmete er dem geiſtlichen Stande. Der erſtgebohrne Sohn Carl bekam den gröſten Theil der obern Marggrafſchaft, mit dem badiſchen Antheile an der Grafſchaft Spanheim, der Marggrafſchaft Hachberg, und den Herrſchaften Höhingen, Lahr und Mahlberg. Deſſen beiden jüngern Brüdern, Bernhard und Georg gab er die untere Marggrafſchaft, welche er unter ihnen theilte, und dem erſtern Pforzheim, dem andern aber Durlach zur Reſidenz anwies. Marggraf Jacob der *I.* ſtarb hierauf noch in eben dieſem J. 1453., und ſein Sohn Georg entſagte, im folgenden J. 1454., ſeinem Landestheil zum beſten ſeiner Brüder, Carls und Bernhards des *II.*, weil er den geiſtlichen Stand erwälte. Da nun auch bald darauf nehmlich im J. 1458., Marggraf Bernhard der *II.* ſtarb; ſo bekam der älteſte Bruder, Carl der *I.*, das ganze Land wieder zuſammen. Er ſtarb im J. 1475., mit Hinterlaſſung dreyer Söhne, Chriſtofs, Albrechts und Friedrichs, welcher leztere aber in geiſtlichen Stand trat, und hernach Biſchof zu Utrecht wurde. Marggraf Albrecht überließ anfangs, nach des Vaters Tode, die Regierung der väterlichen Länder ſeinem ältern Bruder Chriſtof auf ſechs Jahre. Hernach theilten beide Brüder im J. 1482., und Albrecht bekam die Marggrafſchaft Hachberg, welche er aber ſeinem

åltern Bruder Chriſtof, gegen eine jårliche Penſion von 1000. Gulden, wieder abtrat, und bald darauf im J. 1488. vor Damm in Flandern, in unvermåhltem Stande, erſchoſſen wurde. Auf ſolche Art wurden die Badiſchen Lånder, gegen Ende unſers Zeitraums, wiederum unter einem Oberhaupte vereinigt [e]).

Auch in den fůrſtlichen Håuſern, Pommern, Heſſen, Mecklenburg, Holſtein und Anhalt, trift man, in unſerm Periodus, dergleichen Landestheilungen, oder doch gemeinſchaftliche Regierungen der Brůder und Vetter an. Z. E. im Hauſe Pommern waren, zu Anfang unſers Zeitraums, Herzoge von Vor- und Hinter-Pommern. Dieſe ſtarben zwar noch gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts aus, und ihr Land fiel an die Herzoge von Vor-Pommern. Allein die Sőhne des ſchon vorher verſtorbenen H. Barnims des *I.*, der ganz Vor-Pommern beſaß, hatten das Land abermals getheilt, und die Linien zu Wolgaſt und Stettin geſtiftet. Die erſtere hat ſich nachher von neuem in die Herzoge von Vor- und Hinter-Pommern abgetheilt, und wie die Stetiniſche Linie, im J. 1464., in månnlichen Erben ausſtarb; ſo behaupteten endlich des letzten Herzog Ottens Vetter von der Wolgaſtiſchen Linie das Stettiniſche Fůrſtenthum. Sie hatten

e) *Schoepflin* l. c., T. I. L. III. Per. II. c. 1. §. 3. p. 336 ſq. c. 2. §. 1 ſq. 12. 14. et 21. p. 351 ſqq. 363. 365 ſq. et 374 ſq. et c. 3. §. 1. 4. 12. 21. et 23. p. 377. 380. 387 ſq. 401. et 404. *coll.* Tab. geneal. VII. *item:* T. II. L. IV. Per. III. cap. 2 - 5. p. 13 ſqq. *paſſim*, Per. IV. c. 1. §. 4. 54. et 57. p. 68. 126. et 130. c. 2. §. 11. p. 143 ſqq. c. 4. §. 1 ſq. p. 189 ſqq. et c. 6. §. 1. p. 217. et Per. V. c. 1. §. 4. p. 241. et c. 2. §. 1 ſq. p. 290 ſq. *coll.* Tabb. genealog. I. et II.

ten ſich indeſſen ſchon vorher in neue Nebenlinien, zu Wolgaſt, auf Rügen und zu Bart getheilt; doch ſtarben ſelbige ſowohl, als auch die neue Linie der Herzoge von Hinter-Pommern nach und nach insgeſamt aus, alſo daß, gegen Ende unſers Periodus, H. Bogislaus der Groſſe unter ſeiner Regierung ganz Pommern vereinigte. Im Hauſe Heſſen findet man, auſſer einigen vorher geſchehenen ungleichen Theilungen oder gemeinſchaftlichen Regierungen, die zwey Linien zu Caſſel und Marburg, welche des, im J. 1458., verſtorbenen Landgraf Ludewigs des *II.* beide Söhne, Ludewig der *III.* und Heinrich der *III.* ſtifteten.

Das heutige Herzogthum Mecklenburg hatte, ſchon im vorigen Periodus, zweyerley von einem gemeinen Stammvater abſtammende Regenten, nehmlich die Herren oder Fürſten zu Mecklenburg und die Herren zu Werle oder ſogenannte Fürſten der Wenden. Dieſe letztere ſtarben, im J. 1436., mit dem Fürſten Wilhelm aus, und ihr Land kam endlich, nach einigen Streitigkeiten mit dem Churhauſe Brandenburg, an ihre Vetter von der Mecklenburgiſchen Linie, die inzwiſchen von K. Carln dem *IV.*, im J. 1348., zu Herzogen von Mecklenburg waren erklärt worden. Die Herren und Fürſten von beiden Linien hatten ſich ſchon vorher verſchiedentlich getheilt oder gemeinſchaftlich regiert, und wir finden, auch nach der Erhöhung des Landes Mecklenburg zu einem Herzogthum, verſchiedene ſolche Theilungen und gemeinſchaftliche Regierungen, wie dann gleich die beiden Brüder und erſten Herzoge von Mecklenburg, Albrecht und Johannes, die zwey Linien zu Mecklenburg und Stargard formirten. Es ſtarb aber die letz-

tere mit H. Ulrich dem *II.* im J. 1471. aus, worüber H. Heinrich der Fette das ganze Herzogthum Mecklenburg zuſammen bekam, und es auf ſeine Söhne, Albrecht, Magnus den *II.* und Balthaſar, im J. 1477. vererbte. Dieſe regierten anfangs gemeinſchaftlich, aber im J. 1480. theilten ſie mit einander. H. Albrecht bekam das Fürſtenthum Wenden auſſer der Stadt Wahren, und ſeine Brüder erhielten das übrige Land. H. Albrecht ſtarb im J. 1483. ohne Erben, und hierauf verwaltete H. Magnus der *II.* die Regierung über ganz Mecklenburg, in ſeinem und ſeines Bruders Balthaſar Namen, der ihm zwar die Regierung überlaſſen hatte, doch in ſo ferne, daß er daran noch einigen Antheil behielt, weil auch ſeiner Einwilligung in den ausgefertigten Urkunden Erwähnung geſchehen muſte. Von denen unter den alten Grafen von Holſtein aus dem Schaumburgiſchen Hauſe vorgegangenen verſchiedenen Theilungen will ich jetzo nichts gedenken. Nachdem aber Holſtein an K. Chriſtian den *I.* von Dännemark ꝛc., aus dem Oldenburgiſchen Hauſe, gekommen war, und vom K. Friedrich dem *III.* zu einem Herzogthum erhoben worden; ſo würden, nach K. Chriſtians des *I.* Abſterben, ſeine beide Söhne, K. Johannes und Prinz Friedrich, auf dem Landtage zu Kiel im J. 1482., von den Landſtänden zu Herzogen von Holſtein erkohren, und ſie theilten auch nachher das Herzogthum unter ſich. Endlich im Hauſe Anhalt haben ſich gleichfals die Söhne und Nachkommen des erſten Fürſtens, Heinrichs des Fetten, ſehr öfters getheilt, oder eine gemeinſchaftliche Regierung geführt, wie man aus den Anhaltiſchen Geſchichtſchreibern und Genealogiſten erſehen kan, bey welchen in unſerm Periodus verſchiedene Linien

nien der Fürſten von Anhalt, zu Bernburg, Zerbſt und Cöthen, vorkommen.

Aus ſo vielen bisher angeführten Beiſpielen von Landestheilungen und gemeinſchaftlichen Regierungen, die mit mehrern Exempeln aus noch andern fürſtlichen und gräflichen Häuſern leichtlich vermehrt werden könnten, wird die Richtigkeit meines, gleich anfangs bey dieſer Materie behaupteten, Satzes ſattſam erhellen, daß nehmlich die Landestheilungen in allen Fürſtlichen und Gräflichen Häuſern, in unſerm Periodus, nach der Regel gewönlich geweſen ſeyn. Ich habe auch ſelbige, bey einigen Fürſtlichen Familien, deswegen ſo umſtändlich aus einander geſetzt, weil mir ſolches den Weg zu einigen nunmehro zu machenden Anmerkungen bahnen ſolte. Man ſahe nehmlich in den Fürſtlichen Häuſern die Schädlichkeit der beſtändigen Theilungen wohl ein; man konnte aber nicht ſofort das rechte Mittel dawider finden, weil man die Theilungen für göttlichen und natürlichen Rechtens hielt, ſelbige auch das nunmehro eingeriſſene Römiſche Recht vorſchrieb. Mithin dachte man auf allerhand Mittel und Wege, wie man den Zerſplitterungen der länder vorbeugen könnte, bis man endlich die rechte und beſte Auskunft in der Primogenitur fand. Zu dieſer bahnten die andern vorher erfundenen Mittel der gemeinſchaftlichen Regierungen, Seniorate und Mutſchirungen den Weg, indem man durch ſelbige wenigſtens die würkliche Zertheilung des Landes zu verhindern ſuchte. Ich habe von jenen in dem vorhergehendem, bereits verſchiedene Exempel angeführt, und eben deswegen habe ich die Succeßionen im Hauſe Braunſchweig-Lüneburg ſo weitläuftig und umſtändlich aus einander geſetzt, weil daſſelbe das reichſte an Erfindungen iſt, die Lan-

des-

destheilungen zu verhüten, und die Länder beiſammen zu erhalten, oder doch wieder zuſammen zu bringen. Man trift in demſelben **Communionen** oder **gemeinſchaftliche Regierungen**, **Seniorate** oder **Majorate** und **Mutſchirungen** an. Von denen leztern will ich denen bisher, aus den Häuſern **Bayern**, **Sachſen** und **Braunſchweig-Lüneburg**, ſchon angeführten Exempeln, noch ein paar andere aus den Häuſern **Oeſterreich** f) und **Heſſen** ff) beifügen. Es wolten aber alle dieſe angezeigte Mittel nicht recht helfen, und ſie waren ſelten von langer Dauer, indem auch hernach noch immer Theilungen vorgiengen.

Man verfiel alſo zulezt auf die **Primogenitur**, als das einige ſicherſte und zureichendſte Mittel, Land und Leute, zum Flor der Familien, zuſammen zu erhalten. Die weſentlichen Stücke bey einer **Primogenitur** ſind nun, daß das **ganze Land**, und beſonders die **Landesregierung** bey dem **Erſtgebornen ungetheilt** bleibe, eine beſtändige **Linealſucceßion** beobachtet, und den **nachgebornen Prinzen** ein hinlängliches **Appannage** verordnet werde. Siehet man auf dieſe **weſentliche Eigenſchaften** der **Primogenitur**, und hält ſie mit denen in einigen **fürſtlichen Familien** gemachten **Verträgen** über die **Untheilbarkeit der Länder** zuſammen; ſo muß man dem ſeeligen **von Ludolf** und andern Recht geben, wenn ſie behaupten, daß man keine ſichere Spuren von dem Urſprunge einer **ächten Primogenitur** vor der **G. B.** in **Teutſchland** antreffe g).

Es

f) Schrötter *l. c.*, in der V. Abhandl. Sect. III. §. 10. p. 152 ſq. ff) (C. L. Kochs) beurkund. Nachr. von dem Cloſter-Hauß und Commende Schiffenberg, P. II. in den Beylagen, n. 229. b. p. 74. g) *de Ludolf* l. c., P. gen. Aphor. 13. n. 3. p. 25. und Iuſti

Es hatte zwar ſchon H. Heinrich von Niederbayern, im J. 1290., in ſeinem Teſtamente verordnet, daß ſeine Söhne das Land nicht theilen, ſondern der Erſtgebohrne, H. Otto, alles zuſammen behalten ſolte, und er hatte ſich die Feſthaltung dieſer Verordnung von den Landſtänden eidlich verſichern laſſen h). Ingleichen hatte K. Ludewig der *IV.*, im J. 1341., das ewige Hausgeſetz gemacht, daß das, von ihm wieder zuſammen gebrachte, Herzogthum Ober- und Nieder-Bayern ins künftige beſtändig unter einem Oberhaupte bleiben, und niemals durch eine Theilung wieder getrennt werden ſolte i). Allein beider ihre Nachkommen haben ſich nicht darnach gerichtet, ſondern ſich öfters getheilt, wie bereits vorgekommen iſt. Von dem erſten gefürſteten Grafen von Henneberg, Berthold dem *X.*, wird zwar gemeldet, daß er im J. 1310. den 15. Julius, nach erhaltenem Fürſtenſtande, zu beſſerer Behauptung deſſelben, das Recht der Erſtgeburt unter ſeinen Nachkommen eingeführt habe k). Allein dieſes beruhet blos auf dem Vorgeben des Knichens, und die Verordnung Fürſt Bertholds, worauf er ſich beziehet, iſt theils zehen bis zwölf Tage älter als der Fürſtenbrief, theils iſt ſie meines Wiſſens noch nicht zum Vorſchein gekommen, daß man daraus urtheilen könnte, ob auch durch ſelbige eine ächte Primogenitur verordnet worden. Auſſerdem ſind in dem Hennebergiſchen Hauſe auch nachher Theilungen vorgegangen. Im Hauſe Heſſen

Iuſti Frid. *Runde* Diſſ. de cnnfirmat. caeſar. Iur. Primogeniturae in Familiis illuſtr. Germ.; (Gott., 1770. 4.) cap. I. Sect. II. §. 15. p. 16 ſqq.

h) *Aventinus* l. c., L. VII. c. 10. n. 16. p. m. 684.

i) *Adlzreiter* Annal. Boicae. Gentis, P. II. L. III. n. 48. p. m. 60.

k) Andr. *Knichen* de Saxon. non provocandi iure et privilegio; (Hanov., 1603. 4.) cap. 3. n. 55. p. 166.

Heſſen ſoll zwar Landgraf Otto der *I.* das Recht der Erſtgeburth, ſchon im J. 1311., eingeführt haben, und es iſt nicht zu läugnen, daß nach deſſen Tode ſein älteſter Sohn, Landgraf Heinrich der *II.* oder Eiſerne, die Landesregierung allein geführt, und ſeine jüngere Brüder, Ludewig und Herrmann, mit Grebenſtein, Nordeck und andern Orten abgefunden habe. Allein in dem mit denenſelben, im J. 1336., errichtetem Vertrage heißt es: „und ſollin hiemede von denſelbin unſen Brudern entſchlagin und intbrochin ſin, die wile wir leben. „Giengen wir aber abe von Todis weine, ee dan „unſe vorgenantin Bruder, ſo ſollen alle Dinge „ſin und ſteyn zu allem Rechte unvertzigenliche gelicher Wiſe, alſo ſie geweſin und geſtanden haben, „vor dirte zyt, ee dieſe Briefe gegeben ſin„ l). Dieſe Clauſeln ſtreiten meines Erachtens mit einer für beſtändig eingeführten Primogenitur, und daß auch noch nachher Theilungen im Hauſe Heſſen vorgegangen, iſt bereits etwas weiter oben bemerkt worden.

In dem Braunſchweig-Lüneburgiſchen Hauſe möchten zwar einige das Recht der Erſtgeburth noch vor der G. B. in dem bekannten, zwiſchen Herzog Magnus dem Frommen zu Braunſchweig und H. Wilhelm zu Lüneburg, im J. 1355. errichtetem Vertrage ſuchen wollen. Dann durch denſelben ernannte H. Wilhelm, *mit* Bewilligung ſeiner Landſtände, ſeines Vetters, des H. Magnus damaligen älteſten Sohn, Ludewig,

l) Joh. Herm. Schminckens hiſtor. Unterſuch. von des Otto Schützen, geb. Pr. von Heſſen, Begebenh. am Cleviſch. Hof; (Caſſel, 1746. 4.) im Anhange, n. IV. p. 8. Io. Ge. *Eſtor* Electa I. P. Haſſ., P. I. ſ. in Origg. I. P. Haſſ, L. III. c. 25. §. 81-83. p. 172 ſq. *coll.* c. 24. §. 86. p. 166 ſqq.

dewig, zu ſeinem Nachfolger, und H. **Magnus** verſprach, daß **Ludewig** ihm auch im **Braun-ſchweigiſchen** ſuccediren, und alſo künftig **Braun-ſchweig** und **Lüneburg** eine **ungetheilte Herr-ſchaft** ſeyn ſolte. Allein daß hiedurch keine **eigent-liche Primogenitur** und **Linealſucceßion** einge-führt worden, kan man aus den folgenden Bedin-gungen dieſes Vertrags erſehen, als worinnen feſt-geſetzt iſt, daß, wenn Prinz **Ludewig** vor dem An-falle ohne Erben abgehen würde, ſodann einer von deſſen Brüdern, den H. **Wilhelm wälen** würde, in den geſammten Landen ſuccediren ſolte [ll]). Dieſe letztere Bedingung ſtreitet offenbar mit den Grund-ſätzen eines **ächten Erſtgeburthrechtes**. Am erſten möchte man noch einigermaſſen im **Lothrin-giſchen Hauſe** Spuren von der **Primogenitur** vor den Zeiten der G. B. finden. Es bezeugen nehmlich verſchiedene **Lothringiſche Vaſallen**, in der vom Biſchof **Otto** von **Tull**, im J. 1306., ausgeſtellten Verſicherung: IVS *eſſe et* CONSVETV-DINEM *in* DVCATV LOTHARINGIAE, *a tem-pore, cuius non extat memoria, hactenus obſerva-tum, ut quoties* FILIVM PRIMOGENITVM *Du-cis Lotharingiae, qui pro tempore fuerit, mori con-tigerit ante patrem, relictis liberis legitimis* MAS-CVLIS *vel* FOEMINIS, *uno vel pluribus,* ILLAE *vel* ILLI *in Ducatu Lotharingiae* PRO OMNIBVS ALIIS IPSIVS DVCIS HAEREDIBVS DEBEANT SVCCEDERE *loco Patris* [mm]). Hier äuſſert ſich nehmlich eine würkliche von Recht und Gewohnheits-wegen hergebrachte **Linealſucceßion**, indem die **Söhne** und **Töchter** des **erſtgebohrnen Prin-zens**

ll) *Scheidii* Origg. Guelf., T. IV. in *Praef.* p. 24. ſqq. *de Ludolf* l. c., in *App. Faſcic. III.* p. 15 ſq. *Koch l. c.*, Sect. IX. p. 242. mm) *Du Mont* l. c., T. I. P. I. n. 597. p. 342. b.

zens eines Herzogs von Lothringen, der vor ſeinem Vater verſtorben wäre, zur Erbfolge ihres Großvaters vor deſſen übrigen Söhnen und Töchtern ſollten zugelaſſen werden.

Am deutlichſten aber iſt die Primogenitur, und die damit nothwendig verknüpfte Untheilbarkeit der Länder und Landesregierung, wie auch die Linealſucceßion, von K. Carln dem *IV.*, durch die G. B. in allen Churhäuſern eingeführt, und bey einigen, im Pfälziſchen und Sächſiſchen Hauſe, vorgefallenen Streitigkeiten, durch die von erſtgedachtem Kayſer Carln dem *IV.*, und ſeinem Sohn, K. Sigmunden, ertheilte Urkunden oder Güldene Bullen, noch weiter erklärt und erläutert worden n). So klar und deutlich indeſſen die Worte dieſer Geſetze und Verordnungen waren; ſo hat es doch in den folgenden Zeiten an Mißdeutungen und ungleichen Auslegungen derſelben nicht gefehlt. Man wußte ſich in die weſentliche Eigenſchaften der Primogenitur noch nicht recht zu finden, und die Seniorate oder Majorate waren mehr bekannt, als wie jene. Diß iſt die Urſache, weswegen einige nachgeborne Prinzen aus churfürſtlichen Häuſern, auch noch nach der G. B., die Vorzüge des Seniorats vor ihren Vettern, die ſich auf die Erſtgeburth ihrer Väter bezogen, zu behaupten, und ſich ſelbigen vorzudringen, geſucht haben o). So muß z. E. Pfalzgraf Johannes zu Amberg, K. Ruprechts zweiter Sohn, nach ſeines ältern Bruders, Churfürſt Ludewigs, im J. 1436. erfolgtem Abſterben, ſich vor deſſen älteſtem Sohn, dem jungen Churfürſten Ludewig, als der nunmehro

n) *A. B.*, Tit. VII. §. 2. et 3. *coll.* Tit. XX. et XXV. §. 2. et 3. Cf. der Auszug ꝛc. im achten Bande, S. 180 : 196. o) von Olenſchlagers N. Erläuter. der G. B., §. 88. p. 344.

mehro älteſte Sohn K. Ruprechts zur Erbfolge in der Chur berechtigt gehalten haben, weil er, im folgenden J. 1437., ſich aller Rechte, die er, als Senior, an die Pfalz und Chur gehabt hätte, oder haben möchte, durch einen ausgeſtellten Verzichtsbrief begeben hat p).

Auſſer den churfürſtlichen Häuſern wird man nicht leicht, in unſerm Periodus, ein ächtes Primogeniturrecht, in irgends einem andern fürſtlichen oder gräflichen Hauſe in Teutſchland antreffen. Nur kan man noch hieher das gräfliche Haus Dietz und das herzogliche Haus Savoyen rechnen. Dann wie K. Carl der *IV.* die Grafſchaft Dietz, im J. 1374., zum Beſten der Töchter des letzten Grafens von Dietz, Gerhards, zu einem Weiberlehen machte; ſo ſetzte er zugleich die Linealſucceßion der Töchter des gedachten letzten Grafens, und ihrer Leibes-Lehens-Erben, auf eben die Art feſt, als wie er ſie in den Churhäuſern vorgeſchrieben hatte q). Im Hauſe Savoyen aber hat der erſte H. Amadeus der *VIII*, in ſeinem, im J. 1430., errichtetem Teſtamente, die Primogenitur gleichfals eingeführt, und dabey die Linealſucceßion ſo genau und deutlich beſchrieben, daß hieben nicht der geringſte Zweifel übrig bleiben kan r). Von einigen andern Fürſtlichen Häuſern in Teutſchland, als z. E. dem Braunſchweigiſchen, Badiſchen ꝛc., habe ich zwar etwas weiter oben, bey Gelegenheit der abgehandelten Materie

p) *Idem* ibidem, im Urk. Buche, n. 57. p. 152 ſq.
q) Lünigs R. A., T. XXII. p. 639. n. 12.
r) *Idem* ibidem, T. X. in der II. Contin. 3. Fortſetz., p. 47 ſqq. Cf. tamen aliud *Amadaei* Ducis Teſtamentum de a. 1439., in *Lünigii* Cod. Ital. dipl., T. III. p. 1115 ſqq.

Materie von den Landestheilungen, bemerkt, daß in denſelben, in unſerm Zeitraume, Verträge gemacht worden, worinnen der Primogenitur erwähnt wird. Und man kan dieſen noch einige andere beifügen, von denen anderwärts behauptet wird, daß auch in ſelbigen das Recht der Erſtgeburt, in unſerm Periodus, wäre eingeführt worden [s]). Allein wenn man die dißfals gemachte Verträge im Grunde betrachtet; ſo fehlt in ſelbigen eines der weſentlichſten Stücke des Primogeniturrechtes, nehmlich die Linealſucceßion, und gehen ſolche Familienpakte mehr auf das Seniorat, als auf die Primogenitur. Es ſchien nehmlich den Regenten vornehmlich nur darum zu thun zu ſeyn, daß Land und Leute beiſammen erhalten würden, weshalben ſich beſonders auch Graf Eberhard mit dem Barte, wegen der Würtenbergiſchen Länder, viele Mühe gegeben hat [t]), ohne eben zu verlangen, daß jedesmal der älteſte in der erſtgebornen Linie der regierende Herr ſeyn ſolte. Dann der in ſolchen Verträgen gebrauchte allgemeine Ausdruck von dem Aelteſten deutet mehr auf Seniorate, als Primogenituren.

Erbverbrüderungen zwiſchen Fürſten, oder auch Grafen, von verſchiedenen Häuſern, wodurch ſie ſich die wechſelſeitige Erbfolge in ihren Ländern, nach Abgang der einen Familie, verſichert haben, kommen in unſerm Periodus, verſchiedentlich vor. Es war hiezu die Beſtätigung des Kayſers

ſers

s) *Pfeffinger* l. c., T. IV. p. 161. et 168 ſqq. *paſſim*, und Frid. Car. *Lib. Bar. Voit* a *Saltzburg* Diſſ. de emolumentis Territorior., inpr. Germ., ex iure primogeniturae deſcendentibus; (Lipſ., 1718. 4.) §§ 54. 57. 58. 60. 69. 71. et 72.

t) S. im ſiebenden Bande des Auszuges ꝛc., S. 232-239. 266-269. 286-289. 481-489. et 596-602.

ſers erforderlich, wie man aus den meiſten anzufüh- renden Exempeln erſehen wird, und man hielt auch hiezu die Willebriefe der Churfürſten für nö- thig u). Dergleichen Erbvertrag hatte K. Wen- ceslaus von Böhmen mit dem H. Heinrich von Breßlau über das Fürſtenthum Breßlau errich- tet, welchen K. Rudolf der *I.*, im J. 1290., zu Erfurt beſtätigte v). Goldaſt hat von dieſer Beſtätigung eine Teutſche Ueberſetzung zum Vor- ſchein gebracht, und die ganz unrichtige Rubrick darüber geſetzt: „K. Rudolfs des *I.* Reſcript, daß „die Erbverträg über die Fürſtenthumb und Reichs- „lehen müſſen durch den Kayſer confirmirt werden, „wenn ſie gültig ſeyn ſollen w).„ Man findet aber von dieſer angeblichen Verordnung in der Urkunde ſelbſt nicht das geringſte. Die Grafen Werner von Homberg und Johannes von Habsburg trafen gleichfals dergleichen Erbvertrag mit einander, wel- chen der Römiſche König Friedrich von Oeſter- reich in den J. 1315. und 1321., auch hernach K. Carl der *IV.* im J. 1360. beſtätigte x). Von den Erbverträgen zwiſchen dem Churhauſe Bran- denburg und den Fürſtlichen Häuſern Pommern und Mecklenburg habe ich ſchon oben bey der Ma- terie von den Anwartſchaften gehandelt y), wohin ſie auch mehr zu rechnen ſind.

Vornehmlich aber gehört hieher die bekannte groſſe Erbverbrüderung zwiſchen Sachſen, Brandenburg und Heſſen. Von dem erſten

u) *Walchii* Progr. ſaepius cit., p. 12 ſqq. v) *de Sommersberg* Scr. rer. Sileſ., T. I. p. 892. n. 124. w) Goldaſts R. Satz., P. II. p. 24. x) *Hergott* l. c., T. II. P. II. ſ. Vol. III. n. 721. 729. et 816 p. 609. 616 ſq. et 700 ſq. y) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 439. f. und 441.

Urſprunge derſelben findet man bey den verſchiedenen ältern und neuern Skribenten, die davon gehandelt haben, theils unrichtige, theils einander widerſprechende Nachrichten. Auf genaue Prüfung derſelben ſcheint mir die Sache auf folgende Art zuſammen zu hangen. **Friedrich** der **Ernſthafte**, Landgraf von Thüringen und Marggraf von Meiſſen, welcher damals noch unbeerbt und der einige von ſeinem Geſchlechte war, machte mit ſeinem Schwager, dem Churfürſten **Ludewig** von Brandenburg, zwiſchen 1224. und 1226., eine **Erbverbrüderung** in Anſehung **Meiſſens** und des **Pleisnerlandes** eines, der **Churmark Brandenburg** aber andern Theils, welche auch **K. Ludewig** der *IV.* beſtätigt hat. Die Landgrafſchaft **Thüringen** aber war in dieſem **Erbvertrage** nicht mit begriffen, ſondern wegen derſelben ließ ſich der erwähnte Landgraf **Friedrich** mit ſeinem andern Schwager, dem Landgrafen **Heinrich** dem **Eiſernen** von Heſſen, in Unterhandlungen ein, um zwiſchen **derſelben** und **Heſſen** eine **Erbverbrüderung** zu treffen, die wo nicht zum Schluſſe, doch ziemlich weit gekommen ſeyn mag. So bald aber **Kayſer Ludewig** hievon Nachricht bekam; ſo erließ er an den Landgrafen **Friedrich**, im J. 1329. aus **Pavia**, einen Befehl, dergleichen zum Nachtheil ſeines Sohnes, des Churfürſt **Ludewigs**, gereichendes Unternehmen zu unterlaſſen, und dagegen die **Erbverbrüderung** *mit* demſelben auch auf **Thüringen** zu erweitern, welche er gleichfals zu beſtätigen verſprach. Allein Landgraf **Friedrich** bezeugte hiezu keine Luſt, und da er endlich bald hernach ſelbſt männliche Leibeserben bekam; ſo ſcheint die vermutlich ohnehin noch nicht völlig zu ſtande gekommene **Erbverbrüderung** mit **Heſſen** liegen geblieben zu ſeyn, und die zwiſchen **Meiſſen** und **Brandenburg** bereits beſtandene iſt über dieſen

Mißhel-

Mißhelligkeiten etwa auch wo nicht gänzlich aufgehoben, doch in keine ſonderliche Betrachtung mehr gezogen worden.

Ueber vierzig Jahr nach dieſem Vorfalle, nehmlich im J. 1373., kam endlich eine förmliche Erbverbrüderung zwiſchen Thüringen, Meiſſen und Heſſen zu ſtande. Landgraf Heinrich der Eiſerne von Heſſen hatte ſich mit ſeines Bruders Ludewigs Sohn, Hermann, ausgeſöhnt, und demſelben die Erbfolge in Heſſen verſichert, gerieth aber darüber mit ſeinem Enkel, H. Otten dem Quaden von Braunſchweig zu Göttingen, dem er anfangs, mit Ausſchlieſſung ſeines Neffens, des vorhin erwähnten Hermanns, das Heſſenland zuwenden wollen, in einen beſchwerlichen Krieg. Darüber ſchloſſen die Landgrafen Heinrich und Hermann von Heſſen, und des inzwiſchen verſtorbenen Landgraf Friedrichs von Thüringen und Marggrafens von Meiſſen hinterlaſſene drey Söhne, Friedrich, Balthaſar und Wilhelm, mit einander, im J. 1373., eine ordentliche Erbverbrüderung, welche K. Carl der *IV.*, noch in dieſem Jahr, beſtätigte. Es lieſſen auch dieſe ſämtliche Herren einander von ihren Vaſallen und Unterthanen die Eventualhuldigung leiſten. Landgraf Hermann ſcheint zwar nachher, um das J. 1384., dieſen Erbvertrag aufgeruffen zu haben, aber im J. 1387. wurde er zwiſchen ihm und dem Landgrafen Balthaſar von Thüringen wiederum erneuert. Ein gleiches geſchah, im J. 1431., zu Rotenburg zwiſchen Churfürſt Friedrich dem *II.* von Sachſen, ſeinen Brüdern, Sigmund, Heinrich und Wilhelm, und ihrem Vetter, Landgraf Friedrich dem Einfältigen, des obgedachten Balthaſars Sohn, eines, und Landgraf Ludewig dem Friedferti-

gen von Heſſen andern Theils, welchen Vertrag K. Sigmund, im J. 1434., beſtätigte.

Zum drittenmal wurde dieſe Erbverbrüderung zu Naumburg, im J. 1457., zwiſchen dem Churfürſten Friedrich dem *II.* von Sachſen, ſeinem Bruder, dem H. Wilhelm, und dem erwähnten Landgraf Ludewig von Heſſen erneuert, und damals auch zuerſt Churfürſt Friedrich der *II.* von Brandenburg, und ſeine Brüder, die Marggrafen, Johann, Albrecht und Friedrich der jüngere, in dieſe Erbverbrüderung mit aufgenommen. Endlich erfolgte die vierte und letzte Erneuerung derſelben in unſerm Periodus, im J. 1487, zu Erfurt, zwiſchen den ſämtlichen damals lebenden Fürſten der Häuſer Sachſen, Brandenburg und Heſſen, wobey der Erbvertrag auch auf die von Heſſen neu-erlangte Catzenelnbogiſche Länder, jedoch mit Proteſtation Graf Johanns von Naſſau, und ſeiner Gemalin, der Heßiſchen Prinzeßin Eliſabeth, erſtreckt wurde. Ueber die zwey letztere Erneuerungen dieſer Erbverbrüderung iſt bisher noch keine beſondere kayſerliche Beſtätigung zum Vorſchein gekommen z).

Auſſer

z) *Pfeffinger* l. c., T. IV. p. 217 ſq. 218 ſqq. et 222 ſqq. Cf. Bened. *Carpzovii* Diſſ. de pacto Confraternit. Saxon. Haſſ.; Lipſ., 1647. 4. Io. Henr. *Bodini* Diſſ. de pacto Confraternit. Saxon. - - Brandenburg. - Haſſ.; Halae, 1708. 4. *recuſa*: Viteb. 1738. 4. Joh. Gottlob Horns Unterſuch. des wahren Urſpr. ꝛc. von den Erbverbrüderungs-Pactis der Häuſer, Sachſen, Brandenb., und Heſſen, in Fr. Chriſt. Schminckens Monim. Haſſ., P. III. n. 1. p. 1 - 116. *Eſtor* l. c., P. I. L. III. c. 32. §. 117. p. 197 ſqq. et F. II. ſ. in Elem. I. P. Haſſ., c. 4. §. 27 - 29. p. 63 ſqq. und Müllers R. Tags Theatr. unter K. Maximil. I., P. I. 2. Vorſt. c. 67. *per totum*, p. 565 - 599. *coll.* cap. 68. §. 7 ſq. p. 606 ſqq.

Auſſer den bisher angeführten Exempeln kommen in unſerm Periodus noch einige andere Erbverträge vor. Dann dergleichen ſchloß z. E. Marggraf Rudolf von Baden, in Anſehung ſeiner ſämtlichen Länder, im J. 1362., mit Churfürſt Ruprechten dem *I.* oder ältern von Pfalz, der ihm aber nur Heidelsheim und Wildberg, auf den Fall ſeines ohne Lehenserben zu erfolgenden Abſterbens, dagegen ſetzte. Es beſtätigte auch K. Carl der *IV.*, noch in dieſem Jahr, ſolchen Erbvertrag bey der Belehnung Marggraf Rudolfs, und nahm den Churfürſten Ruprecht in die Mitbelehnung auf [a]). Eben dieſer Kayſer traf, im J. 1363., für ſich, ſeine Söhne, ſeinen Bruder, Johannes, und alle ihre männliche Erben, mit dem Churfürſten von Brandenburg, Ludewig dem Römer und ſeinem Bruder Otto, eine Erbverbrüderung [b]). Und im folgenden J. 1364. ſchloß er eben dergleichen, mit den ſämtlichen damaligen Herzogen von Oeſterreich, welche hernach in den folgenden Zeiten einigemal iſt erneuert und beſtätigt worden [c]). Im J. 1367. machten die Grafen von Wartſtein und Ortenburg, mit einander, und hernach die Letztere im J. 1377. mit den Grafen von Cilly, einen Erbvertrag [d]), und ein gleiches geſchah im J. 1433. von den Grafen, Heinrich, Ernſt und Eiliger von Hohnſtein, Botho von Stolberg, und den beiden Heinrichen, Vater und Sohn, von Schwarzburg [e]). Von den häufigen Erbver-

a) S. im dritten Bande des Auszuges ꝛc., S. 674. ibique in *nota* h) cit. *Schoepflinus*. b) S. den Auszug ꝛc., im dritten Bande, S. 687. f. c) S. in eben demſelben, S. 693 f. Cf. *Wenckii* Diſſ. cit., p. 28-30. d) Lünigs R. A., T. XXIII. p. 1841. ſq. n. 18. et 19. e) A. *Fritſchii* Tom.

trägen, die in unſerm Periodus von Fürſten, Grafen und Herren einer Familie, zu mehrerer Verſicherung der Erbfolge in den väterlichen Stammgütern, ſind gemacht worden, will ich hier nichts gedenken. Und von Erbeinigungen, die einige ganz unrichtig mit den Erbverbrüderungen vermiſchen, ſoll noch weiter unten ein und anderes erwähnt werden.

Bey den Landesſucceßionen ſah man auf eine ſtandesmäßige Geburt; dann es iſt bekannt, daß von alten Zeiten her die Teutſche nicht leicht Perſonen geringern Standes geheirathet haben. Und ob nun wol eine jede ungleiche Heirat nicht jedermann des Erbrechtes an Lehen und Erbgütern ſofort verluſtigt machte; ſo erforderten doch einige Teutſche Völker, und inſonderheit die Sachſen, eine Gleichheit des Standes der Eheleute. Hauptſächlich hielt man eine Ehe zwiſchen Freygebornen und unfreyen Perſonen für ungleich; dann es hieß ſchon vor Alters in Teutſchland: *Partus ſequitur ventrem*, oder: das Kind folgt der ärgern Hand. Es wurden alſo die Kinder, welche z. E. ſogar ein Fürſt, Graf oder Herr, mit eines *Miniſterialis* oder Dienſtmanns Tochter erzeugte, hiedurch ſelbſt dienſtpflichtig. Wenn alſo ein Herr vom hohen Adel dergleichen Heirat that; ſo würkte er es bey dem Kayſer aus, daß derſelbe die Gemalin und Kinder von der Miniſterialität befreiete, und ſie in den Stand und die Zahl der INGENVORVM und NOBILIVM erhob f). Ich habe davon

Tom. nov. Addition. ad *Limnaei* I. P., ſ. *Addition.* T. III. ad L. IV. c. 8. n. 173. p. 140. ſqq. und Lebr. Wilh. Heinr. Hiſt. des Hauſes Schwarzburg; (Erfurt, 1743. 4.) cap. VII. §. 48. p. 129.-141.

f) Strubens Abhandl. von ungleichen Ehen, in deſſen

davon ſchon weiter oben, die Exempel von der Eliſabeth von Maltitz, Marggraf Heinrichs des Erlauchten von Meiſſen Gemalin, und ihrer Kinder, ferner von der Adelheid von Münzenberg, des Reinhards, Herrns von Hanau Gemalin, und von dem Grafen Heinrich von Woldenburg angeführt g).

Indeſſen hatten dergleichen Kinder doch kein gleiches Recht mit denjenigen, deren Mutter vom hohen Adel war. Man ſiehet dieſes deutlich an dem von dem Marggrafen Heinrich mit der Eliſabeth von Maltitz erzeugtem Sohn Friedrich. Dann obgleich K. Rudolf der *I.*, in der bereits angeführten Urkunde, demſelben das Erbfolgerecht: *in bonis, terris, dignitatibus et iuribus Marchionis* HENRICI, *aequo iure, ac ſi de partu et ventre libero natus eſſet*, mittheilte; ſo kam er doch mit ſeinen ebenbürtigen Halbbrüdern und Brudersſöhnen nicht zu einer gleichen Theilung in den väterlichen Ländern, ſondern muſte ſich mit der Stadt Dresden, dem Schloſſe Radeburg und deren Zubehör begnügen. Er wurde auch nicht MARCHIO, ſondern nur DOMINUS *Civitatis et terrae* DRESDEN genannt. Hieraus wird nun ganz richtig gefolgert, daß ſchon damals dergleichen kayſerliche Begnadigungen, zum Nachtheil der Agnaten, nichts haben wür-

Tt 5 ken

ſen Nebenſtunden, P. V. n. 36. p. 232-270. Cf. I. P. *Ludewig* Diſſ. de differentiis iur. Rom. et Germ. in dignitate uxoris, vom Kunckel-Adel; Halae. 1718. 4. et in *Eius* Opuſc. miſcell., T. I. L. III. n. 5. p. 1147. ſqq. Io. Chriſt. *Schroeteri* Diſſ. de different. iur. Rom. et Germ. circa connubium impar; Ienae. 1731. 4. et Io. Ge. *Eſtor* Diſſ. de odio in matrim. inaequalia et reſtricto iure Nobilitatis Germ. quod ad Connubia; Ienae 1740. 4.

g) S. in dieſem achten Bande des Auszuges 2c. S. 368. f.

ken können. Vielleicht hat auch eben deswegen der obgedachte Reinhard, Herr von Hanau, ſich über die erlangte kayſerliche Begnadigung churfürſtliche Willebriefe ausgewürkt, um dadurch ſeinen Kindern, wenn etwa ein Streit über die Erbfolge entſtände, einen deſto ſtärkern Schutz zu verſchaffen, wenn nehmlich derſelben Succeßionsfähigkeit die Churfürſten ſelbſt erkenneten h).

Im Hauſe Sachſen kommt in unſerm Periodus noch eine andere ungleiche Heirat vor, da nehmlich H. Wilhelm der *III.*, nach Abſterben ſeiner erſten verſtoſſenen Gemalin, der öſterreichiſchen Anna, im J. 1463. die Catharina von Brandenſtein ſich antrauen ließ. Man findet nicht, daß er ſie vom Kayſer hätte in Fürſten- oder Grafenſtand erheben laſſen, wie er dann auch keine Kinder mit ihr erzeugt hat. Indeſſen hat H. Wilhelm ſie als eine fürſtliche Gemalin gehalten, und ſowohl er ſelbſt, als auch ſein Neffe, Churfürſt Ernſt von Sachſen, derſelben den Titel: Irlauchte, Hochgeborne Fürſtin beigelegt i). Wenn dieſes nicht das einige in dieſem Periodus mit vorgekommene Exempel wäre, da ein Teutſcher Fürſt ſeiner aus dem adelichen Stande geheiratheten Gemalin, auch ohne kayſerliche Standeserhöhung, den Fürſtlichen Titel beigelegt hat; ſo möchte man etwa daraus den Schluß ziehen, daß dergleichen Heiraten zwiſchen Fürſtlichen und Adelichen Perſonen eben nicht für ungleich weiter gehalten worden, nachdem zumal die Miniſterialität nach und nach

h) Struben *l. c.*, P. V. n. 36. §. 4. p. 243 ſq. *coll.* §. 7. p. 251 ſq. i) *de Ludolf* de iur. Foeminar. illuſtr.; (Jenae, 1734 fol.) P. I. §. 11. n. 11. p. 22. et in *Append.* ad P. I. n. IV. p. 4. ſqq. Cf. die Braunſchweig. Anzeigen vom J. 1746. n. 19. p. 433 ſqq.

nach verſchwunden iſt. Wenigſt ens iſt dieſes gewis, daß ſchon in der Mitte und gegen Ende unſers Periodus, ein und andere Grafen ſich durch Heiraten mit adelichen Geſchlechtern verbunden haben, ohne daß es ihren Kindern an der Succeſſionsfähigkeit geſchadet hätte, wovon der Herr von Mansbach verſchiedene Exempel angeführt hat [k]). Der nachmalige H. von Bayern, Albrecht der *III.*, hatte ſich, wie er noch Erbprinz war, in eines augſpurgiſchen Barbierers ſchöne Tochter, die Agnes Bernauerin, dergeſtalt verliebt, daß er ſie endlich ſogar ehlichen wolte. Wie es aber ſein Vater, H. Ernſt von Bayern zu München, erfuhr; ſo ließ er dieſe durch ihre Schönheit unglückliche Perſon, im J. 1436., zu Straubingen in der Donau erſäuffen, um hiedurch dieſe vorgeweſene ungleiche Heirat zu hintertreiben [l]).

Als ein Exempel einer Morganatiſchen Heirat, oder ſo genannten Trauung zur linken Hand, will aus unſerm Periodus die Ehe Churfürſt Friedrichs des Sieghaften von Pfalz mit der insgemein ſogenannten Clara von Dettingen angeführt werden, aus welcher die heutige Fürſten und Grafen von Löwenſtein-Wertheim abſtammen [m]). Allein es iſt, ſchon in dem vorhergehendem hiſtoriſchen Abſchnitte, aus den neu entdeckten

k) Ludigeri *de* et *in Mannsbach* Tr. de matrimonio Principis, Comitis, Liberique Domini cum Virgine nobili inito; (Wetzlar.. 1740. 4.) Sect. III. p. 37; ſqq. *paſſim.* Cf. Struben *l.c.*, §. 9. p. 257 ſq.
l) *Trithemii* Chron. Hirſaug. ad a. 1435. P. II. p. m. 392. ſq. *Adlzreiter* l. c., P. II. L. VII. n. 80. p. 160. ſq.
m) S. z. E. Gabr. *Schwederi* Diſſ. de matrimonio ad Morganaticam; (Tubing., 1684. 4. *recuſa*: Altorfii.) §. 22. p. 21. et *Ludewigii* Diſſ. *paulo aute* cit.. Differ. II. nota g) n. 11. p. m. 34.

ten gründlichen Nachrichten des Herrn Hofrath Kremers dargethan worden, daß Churfürſt Friedrichs Gemalin nicht einmal von Adel, ſondern von bürgerlicher Herkunft aus Augſpurg geweſen, und eigentlich Clara Dettin geheiſſen habe. Churfürſt
1452 Friedrich hatte auch ohnehin, gleich anfangs bey der Arrogation ſeines Neffens, des jungen Churfürſt Philipps, auf eine Vermälung Verzicht gethan, um dieſem ſeinem arrogirten Sohn die Erbfolge auch in ſeiner Landesportion deſto mehr zu verſichern. Und obgleich der Churprinz Philipp nachmals ſeinem Oheim dieſe Bedingung erließ, und ihm für ſeine künftig zu erzeugende Leibeserben ſein väterliches Erbe und die viele neue Erwerbungen freywillig zugeſtand; ſo gieng dieſes doch nur auf den Fall, wenn Churfürſt Friedrich ſich etwa noch standesmäßig verheiraten, und fürſtliche Leibeserben hinterlaſſen würde. Man ſah alſo die damals ſchon lange lebende Söhne der Clara Dettin nicht für fürſtliche Leibeserben an, und ihre Mutter muß auch damals noch nicht mit dem Churfürſten vermält geweſen, ſondern ſolches etwa erſt kurz vor ſeinem Tode geſchehen ſeyn. Mithin möchte die Meinung von einer morganatiſchen Heirat wohl wegfallen, und Churfürſt Friedrichs, bey ſeinem Abſterben, noch allein übriger, allenfalls erſt durch die folgende Ehe legitimirter Sohn, Ludewig von Bayern, muſte ſich mit dem begnügen, was ihm ſein Vetter, der neue Churfürſt von der Pfalz, Philipp, von demjenigen ließ, was jenes Vater ihm eigentlich zugedacht hatte n). Der Landgraf von Thüringen, Albrecht der Unartige hatte zwar mit der Kunigund von Iſenberg, die anfangs ſeine Beyſchläferin, und hernach Gemalin war, einen Sohn Namens

n) S. den Auszug ꝛc. im ſiebenten Bande, S. 128. 134. *coll.* ſechſter Band, S. 697.

Namens Apitz erzeugt, den er auch von K. Rudolfen dem *I.* ſoll haben legitimiren laſſen. Allein es half ihm ſolches nichts, und Landgraf Albrecht konnte ſeine Abſichten, ihm Thüringen zuzuſchanzen, nicht durchſetzen. Dann dergleichen auſſer der Ehe erzeugte Kinder, wenn ſie auch gleich nachher vom Kayſer, oder durch die nachfolgende Ehe ihrer Mütter, legitimirt wurden, hatten kein Recht zur Erbfolge in den väterlichen Ländern, zum Nachtheil der rechtmäßigen Stammerben o).

In der **Inſtruktion**, welche **K. Ruprecht** ſeinen **Geſandten** mitgegeben, als er ſie, vermutlich im J. 1405., zu einer Unterhandlung mit den **Oeſterreichiſchen Geſandten**, wegen der Vermälung ſeiner Prinzeßin **Eliſabeth** mit dem **H. Friedrich von Oeſterreich zu Innſpruck**, nach **Wildberg** ſchickte, findet man eine merkwürdige Stelle, was damals bey Verheiratung **Fürſtlicher Prinzeßinnen in Teutſchland** gewönlich geweſen. Es heißt nehmlich daſelbſt: *in qualicunque matrimonio praeſertim* INTER MAGNATES, *ibi* (ſcil. in *Germania)* CONSVETVDO *et mos fert*, QVATVOR PVNCTA *conſequenter tractanda eſſe.* Primo *(1) circa ſummam* DOTIS *et* REDOTATIONIS; *quae ſi concluſa fuerit*, tunc *(2)* ASSIGNATIO DOTIS *et* REDOTATIONIS *firmanda eſt; nam filiae haec neceſſario innotoſcere debent, antequam nubat*; poſt haec *(3)* TEMPVS MATRIMONII STABILITVR, *et ſi concubitum fuerit*, *ſic* ultimo *(4) tractatur de* PARAPHERNA *ſeu* ARRHA MATRIMONIALI p). Durch dieſe Stelle wird, meines Ermeſſens

o) S. Eben denſelben im zweiten Bande, S. 427. 587. ff. 609. f. 623. f. 644. f. et 730. f. und in dieſem achten Bande, S. 401. f.

p) *Martene* et *Durand* Collect. ampliſſ., T. IV. n. 88. §. 6. p. 131.

meſſens, die Meinung entkräftet, daß die Gemalin das Wittumb keineswegs in Abſicht auf den Brautſchatz, und zur Vergeltung desjenigen, was ſie dem Ehmann zugebracht, empfange. Dann *Dos* oder das Heiratgut, und *Redotatio* die Widerlage, worunter das Wittumb oder Leibgeding, nach meiner Meinung, zu verſtehen, werden als zwey mit einander genau und nothwendig verknüpfte Stücke zuſammengeſetzt, folglich die *Redotatio* als eine Vergeltung des *Dotis* beſtimmt. Waren nun die Summen des Heiratgutes und des Wittumbs feſtgeſetzt; ſo kam es nachher auf die Anweiſung derſelben an, die bey dem Wittumb gemeiniglich auf Herrſchaften, Aemter Schlöſſer u. ſ. w. geſchah, worüber nachher manchsmal groſſe Streitigkeiten zwiſchen einer ſolchen Wittwe, wenn ſie ſich wieder verheiratete, oder ihren natürlichen Erben, wenn ſie keine Kinder erzeugt hatte, und dem Landesherrn ſetzte. Das Heiratgut oder der *Dos* wurde zwar gemeiniglich in Gelde beſtimmt, aber in den damaligen geldklemmen Zeiten nicht ſelten auch auf järliche Aufkünfte, oder liegende Güter, Schlöſſer u. ſ. w. angewieſen, und dieſe dafür zum Unterpfande geſetzt. War nun dieſes alles richtig; ſo muſte ferner die Zeit zur Vermälung beſtimmt werden. Und wenn dieſe vollzogen war; ſo war noch übrig, über die *Parapherna*, oder *arrham matrimonialem* zu tractiren. Unter Paraphernalien wird zwar bekannter maſſen, nach Römiſchen Rechten, das Gut, ſo eine Frau ihrem Manne über die eigentliche Mitgift zubringt, verſtanden. Aber in der vorhin angeführten Stelle iſt es unſtreitig von der Morgengabe zu erklären, wie die beigefügte Worte; SEV *arrha matrimonialis* auſſer Zweifel ſetzen.

Der

Der *Dos* oder das Heiratgut war nun verſchieden, und es kam dißfals auf die Beſtimmung der Eltern, oder auf die Vergleichung der paciſcirenden Theile, oder auch auf Hausverträge an; mithin hierunter nichts allgemeines kan geſagt werden. Aufmerkſame Leſer dieſes Auszuges ꝛc. werden ſich verſchiedener Exempel erinnern können, die ich im hiſtoriſchen Abſchnitte ſchon angeführt, und dabey die Summe des mitgegebenen Heiratgutes bemerkt habe. Für andere Leſer will ich hier noch einige wenige Exempel anführen, wie ſie mir am erſten beifallen, und deren ich, meines Erinnerns, eben noch nicht erwähnt habe. In der etwas weiter oben angeführten Erbverbrüderung zwiſchen Churfürſt Ruprecht dem ältern von der Pfalz und dem Marggrafen Rudolf von Baden vom J. 1362., dung ſich der leztere aus, daß, wenn er nur Töchter hinterlaſſen würde, der Churfürſt von ihnen zwey, jegliche mit 2000. Mark Silbers in die Welt berathen, d. i. ausſteuren ſolte q). Hingegen in dem Hausvertrag, welchen die beide Brüder und Marggrafen von Baden, Bernhard der *I.*, und Rudolf der *VII.*, im J. 1380., mit einander errichteten, wurde das Heiratgut einer jeden badiſchen Prinzeßin künftig auf 6000. Gulden beſtimmt r).

Churfürſt Friedrich der *I.* gab ſeinen beiden Töchtern, Cäcilia, die er an H. Wilhelm den ältern von Braunſchweig zu Wolfenbüttel, und Magdalena, die er an H. Friedrich den Frommen zu Lüneburg vermälte, einer jeden 10000. rheiniſche Gulden zum Heiratgute mit s). Hingegen wurden des erſtgedachten H. Wilhelms des ältern

q) *Schoepflin* l. c, T. V. n. 275. p. 462. r) *Idem* ibidem, T. II. L. IV. Per. IV. c. 1. §. 4. p. 68. *coll.* T. V. n. 293. p. 516. s) Gerkens Fragm. March, P. V. n. 25. et 26. p. 50. et 54.

ältern Sohne, H. **Wilhelm** dem jüngern, mit ſeiner Gemalin, **Eliſabeth**, einer Tochter Graf Heinrichs von Stolberg und Wernigerode, 30000. rheiniſche Gulden und die Grafſchaft **Wernigerode** zum Heiratgute verſprochen, welches Verſprechen aber nachher nicht erfüllt worden ss). Und des gleichfals erwähnten **H. Friedrichs des frommen** Sohn, **H. Otto**, ſoll mit ſeiner Gemalin Anna, Graf **Johanns** von Naſſau-Dillenburg Tochter, 30000. **Marck** zum **Brautſchatze** bekommen haben t). Der damalige Marggraf und nachmalige Churfürſt von Brandenburg, **Albrecht**, ſetzte ſeiner an Graf **Eberharden** den jüngern, im J. 1465., verlobten, und nachmals, im J. 1467., vermälten Tochter, **Eliſabeth**, 20000. Gulden zum Heiratgute aus. Graf **Ulrich** von Würtenberg gab, im J. 1468., ſeiner Tochter **Eliſabeth**, welche er an den Grafen **Friedrich** von Henneberg vermälte, 8000. Gulden zum Heiratgut. Hingegen bekam Graf **Eberhards** des ältern von Würtenberg Schweſter, 12000. Gulden, wie ſie im J. 1470. an den Grafen **Johann** von Naſſau verheiratet wurde, man verſchrieb ihr auch **noch** 2000. Gulden auf **Leonberg**, wenn ihr Bruder ohne Erben ſterben würde. Und in dem zu **Urach**, im J. 1473., geſchloſſenem **Würtembergiſchen** Hausvertrag wurde verabredet, daß, wenn Graf **Eberhard** der ältere und jüngere, jeder nicht mehr, *als* zwey **Töchter** hinterlieſſe, eine jede 14000. Gulden zum **Brautſchatze** haben, wären ihrer aber mehr als zwey, eine jede nur 1000 **Gulden** bekommen,

ss) *Chron. Luneburg.* ad a. 1444., in *Leibnitii* Scr. Brunſv., T. III. 202. Cf. Koch *l. c.*. Sect. X. p. 325. ſq. t) *Chron. Sclavica* ad a. 1467. in *Lindenbrogii* Scriptor. p. m. 229.

men, und Graf Heinrichs zu Mömpelgard Tochter, eine jede mit 8000. Guldin ausgeſteuert werden ſolte tt). Zur Aufbringung ſolches Brautſchatzes waren nun die Unterthanen in manchen Ländern ſchuldig, das Geld herzugeben, und ſich colLectiren zu laſſen u).

Daß hiernächſt die über den *Dotem* und *Redotationem* geſchloſſene Verträge, oder *Pacta Dotalia*, von den Kayſern, mehrerer Feſtigkeit halber, bisweilen beſtätigt worden, davon will ich nur das einige Exempel anführen, da K. Albrecht der *I.*, im J. 1298., die Eheſtiftung zwiſchen Churfürſt Rudolf dem *I.* von Sachſen und Marggraf Hermanns des Langen von Brandenburg Schweſter, Jutta, beſtätigt hat v). Nach der Regel und Gewohnheit in den meiſten fürſtlichen und gräflichen Familien in Teutſchland fiel der eingebrachte Brautſchatz der Gemalin, wenn ſie ohne Kinder ſtarb, dem Ehemann oder ſeinen Erben für das genoſſene Wittumb zu. Dann ſo heißt es in der Inſtruktion, welche K. Ruprecht ſeinen Geſandten an die Margareta, Königin der drey Nordiſchen Reiche, wegen der Vermälung ihrer Schweſter Enckelin, der Pommerſchen Prinzeßin Maria, an ſeinen zweiten Sohn, den Pfalzgrafen Johannes, mitgab: *hoc eſſe* CONTRA MOREM *et* CONSVETVDINEM *in provinciis, dominatibus ac terris noſtris,* VT AD MVLIERIS HEREDES QVID (ſcil. de Dote) REDIRET, *ſi prole deſtitueretur* w). Indeſſen

tt) Steinhofers N. Wirtenberg. Chron., P. III. p. 119. 150. 156. ſq. 186. ſq. et 211. u) Ge. Henr. *Hinüber* de iure Statuum S. R. G. I. dotis ſubſidia filiar. illuſtr. ab Subditis exigendi; (Francof. et Lipſ., 1756. 4.) *paſſim.* v) *de Ludewig* Rel. MSS., T. X. L. I. p. 31. ſqq. w) *Martene* et *Durand* Coll. ampliſſ. T. IV. n. 92. §. 8. p. 136.

deſſen aber iſt nicht zu läugnen, daß auch hier manchsmal eine Ausnahme von der Regel gemacht worden, wovon ich nur das einige Exempel der Ehepakten zwiſchen Graf Eberhard dem jüngern und ſeiner Gemalin, der Brandenburgiſchen Prinzeßin Eliſabeth anführen will x). Dafür nun aber, daß die Töchter mit einem den Umſtänden ihres Hauſes angemeſſenem, auch wohl bisweilen ſehr anſehnlichem Heiratgute ausgeſtattet wurden, und damit ſie hiernächſt an die, mit den Lehen vermengte, Allodien und übrige väterliche Erbſchaft zum Nachtheil des Mannsſtammes, keine Anforderung machen möchten und könnten, muſten die Töchter auf die väterliche Erbſchaft Verzicht thun, und wurde ihnen nur der Rückfall, nach gänzlichem Abgange des Mannsſtamms, vorbehalten. Dergleichen ſogenannte Fräulinverzichte haben, ſchon im vorigen Periodus, ihren Anfang genommen y), und in unſerm itzigen Zeitraume trift man deren in allen fürſtlichen und gräflichen Häuſern eine groſſe Menge an, die aber ſchon anderwärts mit einem ungemeinen Fleiſſe ſind bemerkt worden z).

Die *Redotatio* oder das Gegenvermächtniß, welches der Gemalin nicht, wie bey den Römern, zur Verſicherung ihres eingebrachten Brautſchatzes, ſondern zu deſſen Vergeltung ausgelobt, und ihr hiedurch, nach Proportion des Heiratgutes, ein gewiſſes järliches Einkommen in ihrem Wittwenſtande vermacht wurde, hieß in unſern

x) Steinhofer *l. c.*, P. III, p. 152. S. im zweyten Bande des Auszuges ꝛc., S. 426. f. z) Frid. Iac. Diet. *de Boſtell*, Diſſ. de orig. Renunciation. Filiar. ill. ex diplomat. med. aevi; (Gieſſae, 1766. 4.) in ſubiuncto *Catalogo* etc. n. 5. -44. p. 3 - 11. Cf. *Senckenbergii* Meditatt. de univ. iure et hiſt., Faſcic. II. n. 7. p. 408. ſqq.

unſern Zeiten gemeiniglich ebenfals *Dos*, oder *Donatio propter nuptias*, *Dotalitium*, das Wittumb oder auch das **Leibgeding**, die **Leibzucht**, das **Leibgut**. Die lateiniſche Benennung des *Dotis* oder *Donationis propter nuptias* wurden nun freilich von den Verfaſſern der damaligen **Eheſtiftungen** und anderer dahin einſchlagenden Urkunden ſehr unſchicklich gebraucht, und ihnen ein ganz anderer Verſtand beigelegt, als ſie *in ſenſu iuris Romani* hatten. Und eben ſo unſchicklich wurde von ihnen auch wohl bisweilen dasjenige, was die **Frau** dem **Manne** zugebracht hatte, nicht blos *Dos*, ſondern ebenfals *Donatio propter nuptias*, ja wohl gar ein *Dotalitium* genannt. Allein man muß ſolches dieſen Leuten, wegen der Unwiſſenheit ihres Zeitalters, verzeihen. Sie erwählten Römiſche Benennungen, die ihnen aus lateiniſchen Schriftſtellern bekannt waren, ohne den wahren Verſtand ſolcher Wörter oder die Sache zu verſtehen. Dieſe iſt ohnehin in **Teutſchland** nicht römiſchen Urſprungs, ſondern war daſelbſt ſchon damals üblich, da man von den **Römiſchen Rechten** noch wenig, oder gar nichts wuſte, indem ſie ſich vielmehr auf den geänderten Zuſtand unſerer Nation gründete. Man kan den Beweis davon in der gründlichen Abhandlung des Hochberühmten Herrn Vicekanzlers **Struben** nachleſen, wo verſchiedene Beiſpiele von ſolchen **Gegenvermächtniſſen** angeführt ſind a).

a) D. G. Strubens Abhandl. vom Urſpr. des T. Wittums und Leibgedings, in den Hannover. Gel. Anzeigen vom J. 1752. ſ. Vol. II. n. 44. p. 569 ſqq. und in Deſſen Nebenſtunden, P. V. n. 37. p. 270 ſqq., beſonders §. 3. p. 274 ſqq. Cf. Iuſti Henn. *Boehmeri* Diſſ. de ſecundis nuptiis, praecipue illuſtr. Perſonarum; (Halae, 1723. 4.) c. II. §. 34 ſqq. p. 149 ſqq. et *Senckenberg*, l. *modo* c., Faſcic. III. n. 1. p. 431 ſqq.

Daß dergleichen Gegenvermächtniſſe oder Wittumb gemeiniglich auf liegende Güter, Herrſchaften, Aemter, Schlöſſer u. ſ. w. angewieſen worden, habe ich bereits vorhin bemerkt. Zumal in ſolchem Falle hielt man die kayſerliche Beſtätigung, in unſerm Periodus, für nothwendig. Ich habe hievon kurz vorhin ſchon ein Exempel aus dem churſächſiſchen Hauſe angeführt, und nun will ich noch ein paar andere aus dem Badiſchen Hauſe beibringen. Als Marggraf Rudolf der *II.* von Baden ſeiner Gemalin, Adelheid von Ochſenſtein zum Leibgeding, ſtatt der ausgelobten 1000 Mark Silbers, das Schloß Mühlberg verſchrieb, ſo beſtätigte dieſes, im J. 1287., K. Rudolf der *I.* Aus dieſer Urkunde will ich folgende kurze Stelle ausziehen, weil ſie dasjenige beweiſet, was ich vorhin von den verſchiedenen damaligen unſchicklichen Benennungen des Witumbs bemerkt habe. Es heißt nehmlich in derſelben: -- *quod* RVDOLFVS *Marchio de Baden junior* - - - ADELHEYDI, *ſue uxori legitime*, - - - *dedit et donavit mille Marcas Argenti in* DOTEM, *ſive* DONATIONEM PROPTER NVPTIAS, *que vulgariter* WIDEME *appellatur* [b]). Auch K. Ruprecht gab, im J. 1406., ſeine Einwilligung und Beſtätigung dazu, daß Marggraf Bernhard der *I.* von Baden ſeiner Gemalin Anna von Oettingen ihr Wittumb und Morgengabe auf verſchiedene Schlöſſer, Dörfer, Zölle u. ſ. w. in ſeinem Lande verſchreiben dorfte [c]).

Die Wittwe genoß gemeiniglich die Aufkünfte ihres eingebrachten, als Eigenthümerin, und das Gegenvermächtniß als Uſufructuaria; mithin wenn dieſes jenem gleich war, doppelte Zinſen ihres Braut-

ſchatzes.

b) *Schoepflin* l. c., T. V. n. 173. p. 284. c) *Idem* ibid., T. VI. n. 329. p. 34 ſqq.

ſchatzes. Wenn aber beides zu ihrem Unterhalte nicht zureichte; ſo wurde ſodann etwa beliebt, daß ihr noch einmal ſo viel aus des Mannes Gütern gereicht werden, dagegen aber der Brautſchatz ſeinen Erben verbleiben ſolte. Zu mehrerer Verſicherung des Leibgedinges war hiernächſt wo nicht nöthig, doch rathſam, daß die Agnaten des Gemals hiezu ihre Einwilligung gaben. Dieſes **Wittumb** genoß nun die **Wittwe** ſo lange ſie lebte, wovon es auch den Namen des **Leibgedinges**, der **Leibzucht**, erhalten hat [d]. Ja ſie behielt ſolches wohl auch bisweilen, wenn ſie ſich gleich zum zweitenmale vermälte [e]. Ich will davon aus vielen Exempeln nur folgendes anführen. Die **Schonette**, Gräfin von Naſſau, hatte zu ihrem erſten Gemal den letztern **Herrn von Homburg, Heinrich**, welcher ihr die Schlöſſer **Grene, Luthardeſſen**, und **Hohenbüchen** zum **Leibgeding** verſchrieben hatte. Dieſe behielt ſie auch nach ſeinem Abſterben, ohngeachtet ſie zur **zweiten Ehe** mit **H. Otten** von Grubenhagen zu **Oſterrode** ſchritt. Und da ſie ſich nachher von demſelben trennte; ſo übergab ſie jene ihr zur **Leibzucht** verſchriebene Schlöſſer dem **Hochſtifte Hildesheim**, worüber hernach ein blutiger Krieg entſtand, worinnen die **Herzoge von Braunſchweig** ihre Rechte auf obige Schlöſſer behaupteten, weil ſelbige theils, vermöge des zwiſchen **H. Bernharden** von Braunſchweig, und dem **Heinrich**, Herrn von Homburg, errichteten Vertrags, an das Haus **Braunſchweig** zurückfallen muſten,

 theils

d) *Senckenberg* l. c., Faſcic. III. n. I. §. 6 ſq. p. 442 ſqq. e) *Boehmeri* Diſſ. *modo* cit., cap. II. §. 37. p. 156 ſqq. Sed cf. Io. Ge. *Eſtor* in Libello de Dotalitio propter ſecundas nuptias ceſſante: (editio III.; Ienae, 1758. 4.) cap. 4 - 8. p. 36 - 92.

theils auch der Genuß von Grene dem H. Otten zugeheiratet war f).

Nun iſt noch übrig, auch einiges von der **Morgengabe** zu gedenken. Dieſe iſt ihrem Urſprunge nach ebenfals Teutſch, und ſchon von den älteſten Zeiten her bey den Teutſchen Völkern bekannt und gewönlich geweſen. Sie beſtehet in dem Geſchenke, welches der Gemal, nach vollzogener Vermälung den Tag nach dem Beilager, ſeiner Gemalin zu geben pflegt, und worüber ſie ein völliges Eigenthum erhält. Es beſtehet ſelbige zwar gemeiniglich in Gelde, aber in unſerm Periodus wurden der Gemalin nicht ſelten, **Herrſchaften, Aemter, Schlöſſer**, und liegende Güter zur **Morgengabe** geſchenkt. Dieſelbe bekamen nicht blos diejenige Gemalinnen, welche vorher noch unverheiratet geweſen, wie einige irrig dafür halten, ſondern auch die **Wittwen**, welche zur zweiten Ehe ſchritten g). In Anſehung der Summe woraus die **Morgengabe** beſtehet, läßt ſich nichts allgemeines ſagen, ſondern es kam hier das meiſte auf die Affektion des Gemals, oder auch wohl auf die vorher deshalben, unter den paciſcirenden Theilen genommene Abrede an. Man wird die Richtigkeit dieſer Anmerkung beſtärkt finden, wenn man die viele, ſchon anderwärts bemerkte, Exempel von denen in unſerm Perio-

f) Koch *l. c.*, Sect. V. p. 152 ſq., ibique *citati*, quibus adde *Origg. Guelf.*, T. IV. p. 509 ſqq. *coll.* p. 515. in *Notis*, n. 45. et 48. Noch ein anderes ſolches Exempel, von der Wittwe des im J. 1400. bey Fritzlar erſchlagenen H. Friedrichs von Braunſchweig zu Wolfenbüttel, führt Koch ebenfals am *l. c.* Sect. IX. p. 266 ſq. g) N. H. *Gundlingii* Diſſ de emtione uxorum, dote et Morgengaba; Halae, 1721. 4. Cf. *Boehmeri* Diſſ. cit. c. 2. §. 40 ſqq. p. 163 ſqq.

Periodus vorkommenden Morgengaben nachſe-
hen wird h).

Ich will ſelbigen nur noch einige wenige Bei-
ſpiele, zu mehrerer Erläuterung dieſer Materie bei-
fügen. Von K. Rudolf dem *I.* meldet uns der
Albrecht von Straßburg, daß er der böhmiſchen
Prinzeßin Agnes, wie er ſie an ſeinen zweiten Sohn
Rudolf vermälte, die Herrſchaft oder Grafſchaft
Kiburg: MORGANATICO IVRE, geſchenkt habe.
Deswegen forderte ſolche nachmals, nach ihrem Ab-
leben, ihr Sohn, Prinz Johannes, von ſeinem
Oheim, K. Albrechten dem *I.*: *tanquam matri
ſuae per* RVDOLPHVM *Regem olim* MORGANA-
TICO IVRE DONATVM i). H. Albrecht der *III.*
von Bayern zu München verſchrieb, im J. 1437.,
ſeiner Gemalin, der Grubenhagiſchen Prinzeßin An-
na, 8000. rheiniſche Gulden zur Morgengabe,
und verſicherte ihr ſelbige auf die Grafſchaft Voh-
burg und Zubehör k). Graf Friedrich von Hen-
neberg hingegen gab ſeiner Gemalin Eliſabeth,
Gräfin von Würtenberg, im J. 1468., nur 2000
Gulden zur Morgengabe l). Dieſe ſchenkte nun
zwar ordentlicher Weiſe der Mann der Frauen;
doch geſchah ſolches auch bisweilen von dem Vater
des jungen Ehemannes. Kurz vorhin iſt dißfals
das Exempel vom K. Rudolf dem *I.* angeführt
worden, und dieſem will ich noch ein anderes aus
dem Hauſe Würtemberg beifügen, da nehmlich
Graf Ulrich, im J. 1465., ſeines älteſten Soh-
nes, Graf Eberhards des jüngern, Braut, der

h) Moſers T. Staats Recht, P. XX. L. 3. cap. 110.
p. 253 ſqq. *paſſim.* i) *Albert. Argentin.*
l. c., p. 102. lin. 33 ſq. et 113 ſq. k) *Schei-
dii* Bibl. hiſtor. Goett., p. 273 ſqq. l) Stein-
hofer *l.c.*, P. III. p. 157.

Brandenburgiſchen Prinzeßin Eliſabeth, 6000. Gulden zur Morgengabe verſchrieb [m]).

Was nun ferner die Materie von der Volljärigkeit und den Vormundſchaften erſtlich in den Churhäuſern anbelangt; ſo war, in Anſehung derſelben, vor der G. B. nichts gewiſſes verordnet. Es ſind indeſſen in allen Churhäuſern noch vor der G. B. dergleichen Fälle vorgekommen. Wie K. Ottokar von Böhmen, im J. 1278., in der Schlacht auf dem Marchfelde blieb; ſo war deſſen Sohn Wenceslaus erſt acht Jahr alt, über welchen dann ſein Vetter, Churfürſt Hermann der Lange von Brandenburg die Vormundſchaft, und Regentſchaft in Böhmen übernahm. Er muſte aber ſelbige im J. 1283. oder 1285. niederlegen, und den nach Zittau gebrachten jungen K. Wenceslaus herausgeben, welcher hierauf im J. 1286., da er kaum 16 Jahr alt war, nach ſeiner vollzogenen Vermälung mit der kayſerlichen Prinzeßin Jutta, die Regierung ſelbſt antrat. Da hiernächſt K. Heinrich der *VII.* ſeinen Sohn Johannes mit Böhmen belehnte, und ihn hierauf dahin ſchickte; ſo gab er ihm, wegen ſeiner noch damaligen groſſen Jugend, den Churfürſten Peter von Maynz und den Fürſt Bertholden von Henneberg mit, die ihm in der Regierung beiſtehen ſolten [n]). Im churpfälziſchen Hauſe trug ſich der Fall zu, daß Churfürſt Rudolf, im J. 1317., *ſein*

m) *Idem* ibidem, P. ead. p. 119. et 150. Ueberhaupt kan man bey dieſer bisher abgehandelten Materie von den Heiraten der Standesperſonen, dem Heiratgute, Wittum, und Morgengabe derſelben mit Nutzen gebrauchen des ſeeligen Kammergerichts-Aſſeſſors von Ludolf vorhin angeführten Tractat: de iure Foeminarum illuſtrium. n) S. den Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 543. f. et 598. f. und im dritten Bande, S. 23. f.,

land verließ, weil er ſich in demſelben vor ſeinem Bruder, dem K. Ludewig, nicht mehr ſicher hielt. Er ſtarb auch bald darauf mit Hinterlaſſung dreyer unmündiger Prinzen. K. Ludewig der *IV.*, als nächſter Agnat, und vielleicht auch als Kayſer, hatte ſich inzwiſchen der Verſehung und Regierung der pfälziſchen Churländer unterzogen, und die Vormundſchaft über die Perſonen der drey unmündigen Prinzen ihrer Mutter, und deren Bruder, dem Grafen Johannes von Naſſau, überlaſſen o). Nachmals wie ſie ihr volljäriges Alter erhalten; ſo ſchloß er mit ihnen im J. 1329. den bekannten Theilungstraktat zu Pavia, und übergab den beiden damals noch lebenden Söhnen ſeines Bruders, dem Rudolf und Ruprecht, wie auch deren inzwiſchen verſtorbenen älteſten Bruders, Adolfs, hinterlaſſenem minderjärigen Sohne, Ruprecht dem jüngern, die ihnen zurückgegebene väterliche Länder in Gemeinſchaft p).

Im churſächſiſchen Hauſe ſtarb der ältere Brüder, H. Johannes zu Lauenburg, noch unter der Regierung K. Rudolfs des *I.*, und hinterließ drey minderjärige Prinzen, über welche ihres Vaters Bruder, H. Albrecht der *II.* zu Wittenberg, die Vormundſchaft geführt hat q). Wie nun auch dieſer im J. 1298 ſtarb; ſo hat über deſſen noch minderjärigen Prinzen, Rudolf den *I.*, ſeine Mutter, Agnes, K. Rudolfs des *I.* Tochter, die Vormundſchaft übernommen r). In

o) S. die Urkunde Graf Johanns von Naſſau vom J. 1320. in *Tolneri* Cod. dipl. Pal., n. 124. p. 84 ſq. Cf. von Olenſchlagers N. Erläuter. G. B., §. 49. p. 177. p) S. den dritten Band des Auszuges ꝛc., S. 231. ff. q) S. dieſen achten Band des Auszuges ꝛc. S. 174. r) Moſer *l. c.*, P. XVII. L. 3. c. 86. §. 26. p. 210. und J. S.

der aſkaniſchen Familie der Churfürſten und Marggrafen von Brandenburg fehlte es auch nicht an minderjärigen Herren, über welche dann ihre ältere Agnaten die Vormünder waren. Endlich ſtarb dieſes zalreiche Haus aus, bis auf den jungen Marggraf Heinrich zu Landsberg, der ſeinen Vetter, den Churfürſten Waldemar, im J. 1319., zwar beerbte, aber damals noch minderjärig war. Deswegen hatte ihm dieſer den H. Vratislaus von Pommern zu Wolgaſt zum Vormund verordnet. Weil aber deſſen Mutter Agnes, (über welche ſich der Churfürſt Rudolf von Sachſen einer Vormundſchaft, und nach ihrer zweiten Vermälung des ihr in der Mittelmark verſchriebenen Wittumbs, als wie ſeines Eigenthums, anmaßte,) dem Vormunde ihres Sohnes, dem H. Vratislaus, nicht viel gutes zutrauete; ſo bat ſie ihren Bruder, den K. Ludewig, daß er ihren Sohn, den jungen Heinrich, volljärig erklären möchte. Er willfarte ihr auch hierunter, im J. 1320., bey ſeinem damaligen Aufenthalte zu Frankfurt am Mayn; allein der junge Churfürſt Heinrich ſtarb noch in dieſem Jahr, und beſchloß die aſkaniſche Stammlinie der Marggrafen von Brandenburg. Es iſt bekannt, daß hierauf K. Ludewig der *IV.* die Churmark Brandenburg ſeinem älteſten Sohn Ludewig, im J. 1323, verliehen, und ihn ſodann dahin abgeſchickt hat. Weil aber dieſer neue Churfürſt damals erſt acht Jahr alt war; ſo gab ihm ſein Vater den weiſen Fürſten von Henneberg, Bertholden, als ſeinen Vormund mit, um ſtatt ſeiner das Land zu regieren [s]).

In

J. G. Böhmens Sächſ. Groſchen-Cabinet, im 1. Fache, S. 119. [s]) *Gebhardi* Marchion. Aquilo-

In der G. B. ſetzte nun K. Carl der *IV.* in allen Churhäuſern die *Tutelam legitimam* auf ewige Zeiten, alſo und dergeſtalt feſt, daß nach dem Abſterben eines Churfürſtens oder deſſen Erſtgebohrnen, oder auch älteſten Sohns, mit Hinterlaſſung rechtmäßiger Erben weltlichen Standes in noch unmündigen Jahren, der ältere Bruder des Erſtgebornen derſelben Vormund und Landesverweſer von Rechtswegen ſeyn ſolte, bis der älteſte von den Söhnen ſein volles Alter erreicht haben würde. Die Majorennität bey den Churfürſten aber beſtimmte ferner der Kayſer auf volle achtzehn Jahre; nach deren Zurücklegung der Vormund alle Rechte, Stimme und Gewalt mit dem, was nur immer davon abhangen möchte, ſeinem bisherigen Pflegbefolnen gänzlich mit dem Erzamte ſofort zu übergeben, verbunden ſeyn ſolte t). Dieſe allgemeine Verordnung der G. B. haben nachher K. Carl der *IV.* und K. Sigmund, durch einige ſchon mehrmals angeführte, und den Häuſern Sachſen und Pfalz ertheilte beſondre G. B. faſt auf eben die Art wiederholt, und noch in etwas mehr erläutert. Vermutlich hat der Kayſer deswegen die *Tutelam legitimam* bey den Churfürſten geſetzlich verordnet, weil ſelbige unter allen Arten der Vormundſchaften dem wenigſten Zweifel und Streitigkeiten unterworfen. Durch ſelbige wurde allem Verzug und Aufſchub der Wahlen vorgebogen, wenn etwa ein ſolcher Fall ſich währendem Interregnum ereignet hätte, in welchem kein Kayſer für die Beſtellung eines Vormundes aus obriſtrichterlicher Gewalt ſorgen konnte. Die Teſtamentariſche

Aquilonales, *Tab. geneal. VI.* et in *Probatt.* ad eam *paſſim.* Cf. der Auszug ꝛc., im achten Bande, S. 178. f. und im dritten Bande, S. 144-146. und 159-162.

t) *A. B.*, Tit. VII. §. 4.

ſche Vormundſchaft erforderte gleichfals die Beſtätigung des Reichsoberhauptes, deswegen der Kayſer auch ihrer nicht mag haben gedenken wollen. Oder vielleicht hat auch der Kayſer dieſelbe den Churfürſten, wegen des allgemeinen Verbots des Lehenrechtes, nicht zulaſſen wollen, weil daſſelbe überhaupt alle teſtamentariſche Verfügungen, welche die Lehen betreffen, verworfen hat [n]).

Ohngeachtet der vorhin angeführten klaren Vorſchrift der G. B., iſt doch ſelbiger, in unſerm Periodus, bey vorgekommenen Fällen, gröſtentheils nicht nachgegangen worden. Dann was erſtlich die Volljährigkeit der Churfürſten betrift; ſo beſtimmt die G. B. ſelbige auf volle achtzehn Jahre, ehe der Churfürſt die Regierung antreten könnte. Indeſſen war Sigmund, welchem ſelbſt Karl der *IV.*, bey der im J. 1376. oder 1377., geſchehenen Vertheilung ſeiner Länder unter ſeine Söhne, die Churmark Brandenburg anwies, damals kaum acht bis neun Jahr alt. So lang ſein Vater, K. Karl der *IV.*, lebte, führte zwar derſelbe über ihn die Vormundſchaft. Aber wie derſelbe, das Jahr darauf, ſtarb; ſo war Sigmund erſt zehen Jahr alt, und da finde ich nirgends Spuren, daß ſein Bruder, der Römiſche König Wenceslaus, oder ſonſt jemand über ihn die Vormundſchaft geführt hätte. Auch der erſte Churfürſt von Sachſen aus dem Meißniſchen Hauſe, Friedrich der Streitbare, hinterließ zu ſeinem Nachfolger in der Chur ſeinen ſechzehnjärigen Sohn, Friedrich den *II.* oder Gütigen, der ſofort von der Chur-Sachſen Beſitz nahm, und auch noch in dieſem Jahr von K. Sigmunden belehnt wurde, ohne daß man hiebey von einem Vormunde das geringſte

n) von Olenſchlager *l. c.*, §. 50. p. 180.

ringſte fånde. Und auch die Kônige von Bôhmen, Ladislaus von Oeſterreich und Vladislaus von Pohlen, trat n die Regierung eher an, als ſie ihr volles achtzehntes Jahr erreicht hatten.

In Anſehung der Vormundſchaft banden ſich die Churfůrſten, in unſerm Periodus, gleichfalls nicht ſo genau an die Verordnung der G. B. Dann obgleich in derſelben die *Tutelae legitimae*, gedachter maſſen, deutlich vorgeſchrieben, und alle teſtamentariſche Vormundſchaften ausgeſchloſſen waren; ſo hat doch der Churfůrſt von der Pfalz, Ludewig der Bårtige oder Blinde, mit Ausſchlieſſung ſeiner beiden åltern Brůder, der Pfalzgrafen Johanns zu Amberg und Stephans zu Simmern, ſeinem jůngſten Bruder, dem Pfalzgrafen Otto zu Mosbach, in ſeinen verſchiedenen errichteten Teſtamenten, die Vormundſchaft ſeines minderjårigen Sohns und Nachfolgers, Ludewigs des *IV.*, aufgetragen, welche auch derſelbe ohne Widerſpruch verwaltet hat v). Als hernach dieſer Churfůrſt Ludewig der *IV.*, mit Hinterlaſſung eines einigen Prinzens, Namens Philipp, im Jahr 1449., ſtarb; ſo ſoll er zwar, nach des Leonhard Pauholzens Bericht w), in ſeinem Teſtamente, den Churfůrſten von Mayns und den Grafen Ulrich von Wůrtenberg zu Vormůndern ſeines Sohnes verordnet, des verſtorbenen Churfůrſtens Bruder aber, Pfalzgraf Friedrich der Sieghafte, ſich dieſer Verordnung widerſezt, und die ihm aus der G. B. zuſtehende *Tutelam legitimam* behauptet haben. Allein der Herr Hofrath Kre-

v) Io. *Zeſchlinus* de Tutela electorali legitima etc.; (Lavingae, 1613. 4.) cap. VI. n. 23-28. p. 245 ſq. und *Pareus* l. c. Sect. I § 1. p m. 216. w) In Continuat. *Andreae Presb. Ratisbon* Chron. Bavar. ad a. 1449., in *Kulpiſii* Scriptor., p. 62.

Kremer zweifelt mit Recht an dieſem Vorgeben, und die Zeugniſſe anderer damaliger Skribenten erhärten vielmehr, daß Churfürſt Ludewig ſeinem Bruder Friedrich die ihm von Rechtswegen zukommende Vormundſchaft ſeines Sohns Philipps anbefolen habe x). Bey dem nach ſeines Vaters, K. Albrechts des *II.*, Tode gebornen Ladislaus trug ſich wiederum der Fall von einer *Tutela legitima* in einem Churhauſe zu, nachdem ihn die Böhmen zu ihrem König angenommen hatten. Die Vormundſchaft gebührte nun zwar, nach der G. B., K. Friedrichen dem *III.*, als dem nächſten Agnaten. Allein es iſt aus deſſen Regierungsgeſchichte bekannt, daß er ſich des Königreichs Böhmen wenig angenommen, und in ſelbigem anfangs Mainhard von Neuhaus und Heinrich Ptarſko, hernach Georg Podiebrad die Regierung geführt haben, welcher leztere endlich den jungen K. Ladislaus mit ſich nach Böhmen genommen hat y). Endlich muß ich auch noch aus dem churbrandenburgiſchen Hauſe bemerken, daß ſowohl Churfürſt Friedrich der *I.*, als auch Albrecht von Brandenburg, in ihren Teſtamenten, wegen der künftigen Vormundſchaften einiges verordnet haben, welches der Vorſchrift der G. B. gleichfals nicht gemäß iſt z). Aus dieſem allen aber iſt, meines Ermeſſens, der richtige Schluß zu ziehen, daß in unſerm Periodus die Churfürſten ſich, in Anſehung der Majorennität und Vormundſchaft, eben nicht ſo genau nach der Vorſchrift der G. B. gerichtet haben.

Von

x) Kremers Geſch. Churfürſt Friedr. I. ꝛc. L. I. §. 4. p. 7. ſqq. y) S. im ſechſten Bande des Auszuges ꝛc., S. 84-88. 184-187. und 295-297. Cf *Excerpta* e *Goldaſto* beym Moſer l. c., P. XVII. L. 3. c. 36. §. 4. p. 188 ſq. z) *Idem* ibid., P. L. et cap. iisdem, §. 66 ſq. p. 317.

Von den Vormundſchaften und den Jahren der Volljärigkeit in den teutſchen fürſtlichen und gräflichen Häuſern läßt ſich in unſerm Periodus nichts allgemeines ſagen. In Betracht beider wurde es nicht nur in jeder Familie, ſondern auch ſogar faſt bey jedem beſondern Falle anders gehalten. Durch die Geſetze war dißfals nichts beſtimmt, dann die Verordnung der G. B. gehet blos auf die Churfürſten, und kann auf die Fürſten, Grafen und Herren nicht gezogen werden. Dieſe hatten alſo freie Hände, was ſie hierunter verfügen wolten. Wir finden daher, daß die Vormundſchaften ſowohl, als auch die Jahre der Majorenität, bald durch väterliche Teſtamente, bald durch Familienpakte, bald durch Verträge mit den Landſtänden, oder auch noch auf andere Art, z. E. durch das Herkommen, ſind beſtimmt worden. Selbige wurden theils von den Müttern, theils von den nächſten Agnaten, bisweilen auch von Fremden, und manchsmal wohl gar von den Landſtänden geführt, entweder von einer der genannten Arten allein, oder mit Zuziehung einer oder der andern derſelben. Bisweilen ſezte der Kayſer dergleichen Minderjärigen ihre Vormünder, wie z. E. K. Carl der *IV.*, im J. 1377., den Kindern des verſtorbenen Erbſchenken Conrads von Limburg ihre Vetter, die Herren von Rechberg, Wilhelm und Gebhard, zu Vormündern beſtellte a). Bisweilen hatten die Minderjärige gar keinen Vormund, wie man aus der merkwürdigen Urkunde K. Ludewigs des *IV.* vom J. 1337., oder vielmehr 1338., erſehen kann, worinnen er ſeinen Schwiegerſohn, den Marggrafen von Meiſſen, Friedrich den Ernſthaften, *in integrum* reſtituirte: *quod neque* NATIVOS, neque DATIVOS TVTO-

RES

a) Lünigs R. A. T. XI. 6 Abtheil., p. 571 ſq. n. 2.

RES *habuerit* b), indem nehmlich derſelbe, ohngeachtet er noch **nicht volljärig** war, ſeinen **Vormund**, den **Heinrich Reuſſen**, Herrn von **Plauen**, abgeſchaft, und ohne erhaltene kayſerliche *Venia aetatis* ſich der Regierungsgeſchäfte unterzogen hat. Und ſo war es auch mit der **Volljärigkeit** beſchaffen, da nehmlich durch **Teſtamente**, **Verträge**, das **Herkommen** u. ſ. w. **verſchiedene Jahre** des **Alters** ſind feſtgeſetzt worden. Bisweilen wurde ſchon das **zwölfte**, **vierzehnte**, **fünfzehnte**, **achtzehnte** oder noch ein **ſpäteres Jahr**, in **fürſtlichen Häuſern** zur **Majorennität** beſtimmt. Wer ſich hievon ſowohl, als auch von den verſchiedenen Arten der **Vormundſchaften** genauer unterrichten will, muß die vom **Pfeffinger** c) und **Moſer** d) geſammelte Exempel nachſchlagen, und dabey noch insbeſondere die von mir in den **Noten** angezeigte Schriftſteller von den Häuſern **Oeſterreich** e), **Braunſchweig-Lüneburg** f) und **Heſſen** g) zu Rath ziehen. Daß aber die **Kayſer** bisweilen den **minderjärigen Fürſten** *Veniam aetatis* ertheilt haben, davon

b) B. G. *Struuii* Acta literar. ex MSS. eruta, T. II. Faſcic. VI. n. 2. p. 505 ſq. c) in *Vitriario illuſtrato*, T. IV. p. 135. ſqq. *coll.* p. 145. ſqq. *paſſim.* d) im Teutſchen Staatsrechte, P. XVII. et XVIII. L. 3. cap. 86. Sect. II. et III. *item* cap. 97. p. 366. ſqq. 37 ſqq. et 383. ſqq. *paſſim.* e) Schrötters Oeſterreich. Staatsrecht, V. Abhandl. Sect. VII. p. 297 ſqq. f) C. L. Scheidts Anmerk. und Zuſätze zu Moſers Einleit. in das Br. Lün. Staatsrecht, P. I. (Göttingen, 1757. 8.) §. 25. et 26. p. 47 ſqq. et 53 ſq. u. P. II. in App. I p. 875 ſqq. und Koch *l. c.* paſſim. g) J. P. Kuchenbeckers Abhandl. von denen Erb-Hof-Aemtern der Landgrafſchaft Heſſen; (Marburg, 1744. 4.) §. 7. p. 46 ſq. nota l) u. *Eſtor* Electa I. P. Haſs., P. I. ſ. in Origg. I. P. Haſs., L. III. c. 28 ſq. §. 103 ſqq. p. 177 ſqq.

von trift man beym Pfeffinger h) gleichfals einige Beiſpiele an. Dieſen will ich nur das einige beifügen, daß K. Carl *IV.* auch den Grafen von Barr, Robert, im J. 1354., für volljärig erklärt habe i).

Daß hiernächſt unſere Reichsſtände ſich ihre vorgenommene Handlungen von den Kayſern, in dieſem Periodus, haben beſtätigen laſſen, davon ſind häufige Beiſpiele vorhanden, und deren genug in dem hiſtoriſchen Abſchnitte unſers Zeitraums angeführt worden. Eines einigen, gewiß ſehr merkwürdigen Exempels aber muß ich gedenken, welches jedoch bereits der Herr Vicekanzler Struben bemerkt hat, da nehmlich Churfürſt Albrecht der *II.* von Sachſen die dem Kloſter Neuwerk gethane Schenkung der Vogtey über 21. Hufen Landes, von K. Rudolfen dem *I.*, im J. 1290., hat beſtätigen laſſen k). Endlich muß ich noch zum Beſchluß dieſer Materie von der *Conditione priuata* unſerer weltlichen Reichsſtände einige Exempel von ſogenannten Emancipationen und Adoptionen, die in unſerm Periodus vorgefallen ſind, berühren. Daß zumal die erſtere nur *abuſiue* ſo genennt werden, wird ein jeder leicht erkennen, wenn man weiß, daß in Teutſchland keine ſolche *Patria poteſtas*, wie bey den Römern, geweſen iſt; folglich kann auch nicht eine Römiſche Emancipation hier gedacht werden. Man bedient ſich aber dieſes Ausdruckes, um hiedurch die Sache einigermaſſen anzuzeigen, und man verſtehet hierunter den Fall, wenn ein regierender Fürſt ſich von ſeinen Söhnen,

h) *l. c.*, T. III. p. 25. a. Cf. Moſer *l. c.*, P. XVIII. L. III. c. 98. et 99. p. 419 ſq et 435 ſqq *paſſim.*
i) *Calmet* Hiſt. de Lorraine, T. II. dans *les Preuves*, p. 618.
k) Strubens Nebenſtunden, P. IV. n. 23. §. 9. p. 182.

nen, mittelſt Abtretung eines Stück Landes, abſonderte, daß ſie noch bey ſeinen Lebzeiten ihre beſondere **Hofhaltung** anrichteten, und ihre eigene Regierung hatten, wodurch er ſie alſo gleichſam emancipirte. Hievon will ich nun aus verſchiedenen Exempeln nur beide folgende anführen, da der Marggraf von Meiſſen, und Landgraf von Thüringen, **Heinrich der Erlauchte**, ſeinen beiden ältern Söhnen, **Albrecht dem Unartigen** und **Dietrich dem Fetten**, einige Länder überließ l). Ein Gleiches geſchah von H. **Wilhelm dem jüngern** von Braunſchweig zu **Wolfenbüttel**, der ebenfals ſeinen beiden Söhnen, **Heinrich** und **Erich**, im J. 1487., das **Land** zwiſchen dem **Deiſter** und der **Leine** abtrat m). Von **Adoptionen**, oder eigentlichen **Arrogationen** gehört einigermaſſen hieher das Exempel, da **K. Ludewig** der *IV.*, im J. 1338., ſeines Bruders Sohn, den Churfürſten **Rudolf** von Pfalz, für **ſeiner ſelbſt Sohn** erklärt hat n). Weit merkwürdiger aber iſt die bekannte **Arrogation**, welche Churfürſt **Friedrich der Sieghafte** von der Pfalz mit ſeines Bruders Sohn, **Philippen**, dem eigentlich die Erbfolge in der Chur gebührt hätte, vorgenommen, und einigemal durch neue Verträge und Handlungen erneuert hat. Da aber hievon bereits in dem **hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus**, umſtändlich iſt gehandelt worden; ſo wird nicht nöthig ſeyn, hier nochmals davon etwas weiteres zu erwähnen o).

Aus demjenigen, was bisher von der *Conditione priuata* unſerer **weltlichen Reichsſtände** geſagt

l) I. G. L. *Wilkii* Ticemannus, L. III. c. 1. p. 75 ſq. m) Koch *l. c.*, Sect. X. p. 326. n) *Tolneri* C. D. P., n. 128. p. 86. o) *Aen. Sylvius* de Statu Europae, c. 30. in *Freheri* Scr. rer. germ., T. I. p. m. 132. Cf. der Auszug ꝛc., im ſechſten Bande, S. 255 ff. 258 f. 509 f. 575 f. u. 697.

ſagt worden, und auch aus dem übrigen, was ſchon vorher in dieſem Bande von den höchſten kayſerlichen Majeſtätsrechten vorgekommen iſt, wird man von ſelbſt den Schluß machen können, daß es ein ſüſſer Traum ſey, wenn man den Reichsſtänden, bereits in unſerm Periodus, den Beſitz einer völligen Landeshoheit zueignen will. Es iſt zwar nicht zu läugnen, daß ihre Macht und Anſehen ſchon damals ſehr groß geweſen, und ſich in unſerm Zeitraume noch immer mehr vergröſſert hat, wozu der öfters verwirrte Zuſtand unſers Reichsſtaats, der Mangel an Kräften, oder das ſchlechte Anſehen einiger Kayſer und Könige, die Nothwendigkeit, worein ſich einige derſelben verſetzt ſahen, die Reichsſtände durch eine Nachſicht zu Freunden zu behalten, und noch manche andere Urſachen vieles beigetragen haben. Allein bey allem dem waren die Reichsſtände doch lange noch nicht ſo groſſe und mächtige Herren, wie ſie itzo ſind.

In ihren eigenen Landen wurde ihre obrigkeitliche Gewalt durch das ſo ſehr überhand genommene Fauſtrecht gar ſehr geſchmälert, als welches auch Mittelbare unter ſich, ja nicht ſelten ſogar wider ihren Landes- und Lehensherrn ausübten, wenn ſie nur dieſem vorher die Lehen aufgekündigt hatten. Man hielt es für erlaubt, daß ein Landſaß wider die Pflicht, die er ſeinem Landesherrn ſchuldig war, ſich mit ſeinen Feinden verbinden, und unter fremden Schutz begeben könnte, welches der Adel, und beſonders die Landſtädte, die durch ihre Handlung reich und mächtig worden waren, öfters thaten. Darüber war dann der Landesherr ſeines zu Kriegsdienſten verbundenen Lehenadels, und des Beiſtandes aus den Städten nicht allemal mächtig. Ein beſtändiger Soldat, oder der *Miles perpetuus* war damals noch nicht ge-

wönlich, und wenn die Landesherren bisweilen Soldaten warben; ſo muſten ſie ſelbige aus ihren Kammergütern beſolden, welches ihnen bald zu läſtig fiel, alſo daß ſie ihre Söldner wieder abdanken muſten. Dann die Kammergefälle der meiſten Fürſten waren damals noch nicht ſo anſehnlich, als wie ſie nach und nach durch die Einziehung und Einverleibung ſo mancher ausgeſtorbenen Grafſchaften und Herrſchaften worden ſind, und auſſerdem ſo war gemeiniglich vieles von den Kammergütern und Kammergefällen der meiſten Fürſten verpfändet. Es hatten ferner die Landesherren keine freie Hände, von den Unterthanen Steuren zu fordern, oder im Lande zu verordnen, was ihnen gut dauchte. Jene muſten die Unterthanen, oder eigentlich die Landſtände, bewilligen, und nur ſelten lieſſen ſie ſich dazu bewegen. Wenn aber neue Geſetze gemacht werden ſolten; ſo ließ man es gemeiniglich auf das Urtheil der Schöppen ankommen, die aus der Landſchaft genommen wurden. Und dieſe Schöppen entſchieden auch die unter Privatleuten entſtandene Streithändel, von deren Erkäntniſſen an manchen Orten nicht einmal eine Appellation an den Landesherrn erlaubt war. Hauptſächlich aber wurde die Gewalt der Landesherren durch die concurrente Jurisdiktion der Kayſer in ihren Ländern eingeſchränkt. Anfangs durchreiſeten noch unſere Kayſer und Könige die Provinzen des teutſchen Reichs, und handhabten an allen Orten, wo ſie hinkamen, die Gerechtigkeit, wobey ohne Zweifel vieles wider den Willen der ordentlichen Obrigkeit verfügt wurde, weil ſich inſonderheit diejenige, welche mit ihren Landesherren unzufrieden waren, an den Kayſer wandten. Mithin wuſte man damals noch nichts von der eigentlichen Landeshoheit, womit unſere Reichsſtände heutiges

Tages

Tages verſehen ſind, ſondern die *Iuſtitia alta* war anfangs in unſerm Periodus das höchſte Recht, welches einem Fürſten verliehen wurde p).

Ich will hier nicht dasjenige wiederholen, was ich ſchon im zweiten Abſchnitte des vorigen Periodus von dem Urſprunge oder erſtem Anfange der Landeshoheit umſtändlich genug geſagt habe, ſondern meine Leſer nur darauf verweiſen q). Es beſaſſen zwar unſere Reichsſtände, beſonders die Fürſten, bereits damals die meiſten Regalien, welche zuſammen genommen nunmehro das Ganze der Territorialhoheit ausmachen; allein ſie beſaſſen ſolche nicht in ſolcher Vollkommenheit, als heutiges Tages, wie ich allererſt mit verſchiedenen Beiſpielen dargethan habe. Doch ſetzten ſie ſich, in unſerm Periodus, in ihren erlangten Rechten immer feſter, und dehnten ſelbige immer weiter aus, wozu die bereits angezeigten Umſtände Mittel und Wege an die Hand boten. Was man hernach in neuern Zeiten die Landeshoheit, *Superioritas territorialis* nannte, wurde in unſerm itzigen Zeitraume in den kayſerlichen Lehenbriefen oder andern Urkunden durch die Benennungen: *Iuſtitia alta* r), *Iurisdictio plenaria Principatus* s), *merum et mixtum imperium et plena Iurisdictio* t), *omnia iura, iurisdictiones, honores, utilitates, et quaecunque pertinentiae* tt), angezeigt.

p) Strubens Nebenſtunden, P. IV. n. 23. §. 11-13. p. 105 ſqq. q) S. im zweiten Bande des Auszuges 2c., S. 433 ff. und beſonders die daſelbſt, auf der S. 435. u. f., in der Note v) angeführte Schriftſteller. r) *ab Hontheim* Hiſt. Trevir. dipl., T. I. n. 568. p. 824. b. s) *Idem* ibidem, T. II. n. 603. p 37. b. t) *Idem* ibidem, T. eod n. 615. n. 92. a. tt) *Dithmari* Cod. dipl. ad *Teſchenmacheri* Annal. Cliv. etc., n. 50. p. 38.

Man findet auch ſchon in der Mitte und gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts, in einigen Urkunden den Ausdruck: *omne ius et* DOMINIVM *Ducatus*, *ius et* DOMINIVM SVPREMVM *et infimum*, *magnum et parvum*, *liberum et plenum Ducale* DOMINIVM SVPREMVM *et infimum*, *merum et mixtum Imperium* u). In der Erhöhungsurkunde der Grafſchaft Luxemburg zu einem Herzogthume kommt unter andern auch folgender Ausdruck vor: *ſicut praedicta et eorum quaelibet latitudo* DOMINII *tui* (nehmlich des neuen H. von Luxemburg, Wenceslaus,) *comprehendit* v). Und in der Sentenz K. Carls des *IV*. vom J. 1364., zum Beſten des Churfürſtens von Trier wider die Stadt Trier heißt es unter andern; „daß die Statt zu Triere „mit der Vogtye daſelbſt zu Trier, mit Gerichten, „ho, und nieder, oberſten, nůtzlichen und ordelichen „Herrſchåfften, das man nennet zu Latine DOMI„NIIS *directis et utilibus etc.* „, dem Churfürſten zugehören ſolle w). Dieſe Ausdrücke von: DOMINIVM, zumal mit dem Zuſatze; SVPREMVM, ingleichen; oberſte Herrſchaft, zeigten nun ſchon etwas mehreres, und eine gröſſere Gewalt und Rechte an, als die andern vorhin bemerkte Benennungen. Es kommen ferner ſchon in K. Wilhelms Landfrieden vom J. 1255. die Namen: *Nobiles et* DOMINI TERRAE vor x), und es haben auch nachher einige Schriftſteller des mittlern Zeitalters, wie z. E. der Heinrich von Rebdorf y), und der Verfaſſer

u) *de Ludewig* Rel. MSS., T. VI. p. 465. et 521.
v) *Leibnitii* C. I. G. D., P. I. n. 94. §. 2. p. 207.
w) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 721. p. 233. b. et 234. a.
x) *Datt* de Pace publ., L. I. c. 4. n. 20. p. 22.
y) in *Annal.* ad a. 1353. in *Freheri* Scr. R. G., T. I. p. m. 639.

faſſer der Hiſtorie der Landgrafen von Thüringen 3), ſich dieſer Redensart von: DOMINIS TERRAE, bedient.

So viel aber das Wort: SVPERIORITAS, anbelangt; ſo hat mein ehmaliger treuer Lehrer, der ſeelige Hofrath Treuer, in einer eigenen, hier in Helmſtedt gehaltenen akademiſchen Streitſchrift gründlich erwieſen, daß der Urſprung deſſelben in Frankreich zu ſuchen ſey, wo man im vierzehnten Jahrhundert es zuerſt gebraucht hat, und dadurch ein *maius Dominium*, *Seignoriam*, oder *Souveraineté*, andeuten wollen a). Aus Frankreich kam dieſes Wort nach Teutſchland, und zwar vermutlich durch die Fürſten des Hauſes Luxemburg, deren Räthen und Bedienten der franzöſiſche Kanzleyſtil bekannt war. Man trift daher das Wort: SVPERIORITAS, zuerſt in ſolchen Urkunden an, die Böhmen angehen. So verkaufte z. E. H. Johannes in Schleſien zu Steinau, im J. 1341., an den K. Johannes von Böhmen die Stadt Gorau, -- *cum* --- *toto* SVPERIORITATIS *Dominio* b). Und in dem merkwürdigen Dokument über die von Heinrich Reuſſen, Herrn zu Plauen, im J. 1356., geſchehene Lehensauftragung der Stadt Plauen an K. Carln den *IV.*, heißt es unter andern: *Idemque Dominus noſter*, (ſcil. CAROLVS IV. Imp.) *et Corona et Succeſſores praedicti Reges Boëmiae*, *omni iure*, *eminentia*, SVPERIORITATE *et Dominio*, *quod et quae vero et legitimo et ordinario feudi Domino* --- *de iure*, *vel conſuetudine competunt*,

3) Hiſt. de Landgrav. Thur., c. 130. ad a. 1388., in *Piſtorii* Scr. rer. germ., T. I. p. m. 1355. a) Gottl. Sam. *Treueri* Diſſ. de origine nominis Superioritatis territorialis ex Gallia arceſſenda; (Helmſt., 1732. 4.) §. 4-6. p. 10. ſqq. b) *de Ludewig* l. c., T. V. p. 554.

tunt, inconvulſe et irrevocabiliter perpetuo, absque quovis impedimento gaudeant et fruantur c). Um eben die Zeit, und zwar noch ein Jahr vorher, gebrauchte K. Carl der *IV*. das Wort SVPERIORITAS dreimal in einer Urkunde, worinnen er dem Erzſtifte Cöln das Städtgen Heymertſen geſchenkt hat. Erſtlich heißt es in dieſem Schenkungsbriefe, es hätte der Churfürſt von Cöln dem Kayſer vorgeſtellt: *quod villa Heymersheim uf der Tzwyſten - - non ſit in alicuius Domini - -* SVPERIORITATIS *Dominio*. Deswegen hätte jener ihn gebeten, daß er die *iura* SVPERIORITATIS *et* EXCELSI DOMINII von Heymersheim ihm und dem Erzſtifte Cöln ſchenken möchte, und es ſchenkt ihnen auch hierauf der Kayſer: *praefata iura* SVPERIORITATIS *et* EXCELSI DOMINII, *quae et in quantum ſibi, regno vel imperio in praefata villa - - competunt* d). Einige Jahre hernach, nehmlich im Jahr 1377., belehnte unſer Kayſer Carl der *IV*. den H. Wilhelmen von Geldern mit dem Herzogthume Geldern und der Grafſchaft Zütphen, und zwar, wie es im Lehenbriefe heißt: *cum* SVPERIORITATIBVS, *iuribus, teloniis, feudis* etc. etc. e).

Das Wort: SVPERIORITAS, war alſo ſchon in unſerm Periodus bekannt, aber nicht mit dem Zuſatze: TERRITORII, oder wie man nachher ſagte: TERRITORIALIS. Die Zuſammenfügung dieſer Wörter trift man erſt nach dem Weſtfäliſchen Frieden an, als in welchem nicht einmal dieſelben zuſammengeſetzt ſtehen. Hingegen iſt ſchon gegen Ende des vorigen Periodus das Wort: TERRITORIVM, in kayſerlichen Urkunden, in dem Verſtande gebraucht

c) *Idem* ibidem, T. eod. p. 579. d) *Ioannis* Spicileg., Sect. I. n. 17. p. 49. ſq. e) *Pontani* Hiſt. Gelr., L. VIII. ad a. 1377. p. 315.

gebraucht worden, daß hiedurch eine IVRISDICTIO verſtanden wurde f). Allein in eben der Bedeutung nahmen auch ſchon die Römer das Wort: TERRITORIVM g). Ob nun aber in unſerm teutſchen Reiche bereits in denen Zeiten, von welchen hier die Rede iſt, das, auch in der G. B. h) vorkommende, Wort: TERRITORIVM, *pro* SVMMA *Iurisdictione*, oder vielmehr: SVPERIORITATE, gebraucht worden, und die Landeshoheit bedeutet habe i), daran zweifle ich billig. Wie dann auch unſtreitig falſch iſt, daß ſchon unter K. Ruprechten faſt alle Reichsſtände zu der völligen Territorial-Superiorität gelangt ſeyn ſollen k). Dann dasjenige, was ich kurz vorhin von der in vielen Stücken ſehr eingeſchränkten Gewalt unſerer Reichsſtände bemerkt habe, erregt wider ſolches Vorgeben einen groſſen Zweifel.

In unſerm Periodus trug ſich der merkwürdige Fall zu, daß ein regierender geiſtlicher Reichsfürſt ſeiner Landesregierung entſetzt wurde. Biſchof Sigmund von Würzburg, ein geborner H. von Sachſen, nahm ſich wider ſeine beſchworne Capitulation verſchiedenes heraus, womit ſein Domkapitel ſo übel zufrieden war, daß es damit umgieng, einen Coadjutor zu erwälen. Es trafen aber die Brüder des Biſchof Sigmunds, und die Marggrafen von Brandenburg zu Lichtenfels

f) In der *Conſtitutione* FRIDERICI II. Imp. de Libertat. Princip. eccleſiaſt. de a. 1220., ap. *de Gudenus* in C M. D., T. I. n. 177.. heißt es, p. 470: *Item nova Thelonea - - in ipſorum* TERRITORIIS SIVE IVRISDICTIONIBVS - - - non ſtatuemus. g) l. 239. §. 8. *D.* de Verb. ſignificat. h) *A. B.*, T. XI. §. 1. i) *Treueri* Diſſ. cit. §. 9. p. 17. und Ludewigs Erläuter. der G. B., T. II. p. 8. nota x) et y). k) Köhlers Rhiſt., p. m. 334. ſq. *ibique* citati.

fels einen Vergleich, kraft deſſen, durch einige Bevollmächtigte des Biſchofs, des Domkapitels und der Würzburgiſchen Ritterſchaft, ein neues Regiment im Hochſtifte beſtellt werden ſolte, welches auch zu Haßfurth, durch die Abgeordnete des Würzburgiſchen Domkapitels und der Ritterſchaft geſchah. Allein mit dieſer proviſoriſchen Entziehung der Landesregierung war der B. Sigmund übel zufrieden, und beide Theile brachten endlich ihre Klagen an den damaligen K. Friedrich den *III.*, wie er zu ſeiner Krönung nach Aachen reiſete, auf deſſen Ausſpruch ſie in ihre Streitſache compromittirten. Derſelbe erfolgte nun auf dem frankfurtiſchen Reichstage, im J. 1442., dahin, daß Biſchof Sigmund ſuſpendirt ſeyn, und das Bißthum Würzburg durch deſſen Domherrn und bambergiſchen Domdechanten Gottfried Schencken von Limburg, regiert werden ſolte. Dem B. Sigmund aber wurde eine Wohnung in der Stadt Würzburg, und ein järliches Gehalt von 2000. rheiniſchen Gulden aus den Stiftseinkünften bewilligt [l]). Uebrigens gab der unruhige Zuſtand, welcher in unſerm Periodus in Teutſchland herrſchte, und die ſo häufigen Befehdungen Anlaß, daß verſchiedene ſogenannte *Servitutes Iuris publici* in unſerm Reiche hier und da in den Provinzen theils entſtanden, theils häufiger wurden, die noch itzo übrig ſind. Es gehören hieher z. E. das Oefnungsrecht, welches ein Reichsſtand in des andern Standes Städten, Schlöſſern und Feſtungen ſich zuwegen brachte, ingleichen die Geleitsgerechtigkeit, welche ein Stand durch anderer minder mächtigen Stände Gebiet herbrachte und ausübte, und andere dergleichen Rechte mehr, welche

l) S. im ſechſten Bande des Auszuges ꝛc. S. 118-122.

welche einer in ſeiner Mitſtände Ländern erlangte, oder ſich anmaßte, wodurch des leidenden Theils Territorialgerechtſamen in der That Abbruch geſchah. Es riſſen nun aber dergleichen Unordnungen in dem damaligen eiſernen Zeitalter einmal ein, und wurden entweder durch die überwiegende Gewalt des einen, oder durch die unachtſame Sorgloſigkeit des andern Theils, oder auch wohl durch Verträge begründet, wobey es dann in der Folge geblieben iſt. Hieraus ſind in neuern Zeiten manche Streitigkeiten entſtanden, die bis itzo noch nicht ausgemacht ſind m).

Bey dem *Iure circa ſacra* unſerer weltlichen Fürſten und Reichsſtände in dieſem Periodus iſt faſt eben das zu ſagen, was ich hievon ſchon in dem vorigen Periodus bemerkt habe n). Unſere Reichsſtände vergaben ſich in Anſehung deſſelben ſo wenig, daß ſie vielmehr ihre Gewalt über geiſtliche Perſonen und Güter, und auch die daraus entſpringende Handlungen behaupteten, und erweiterten. Sie übten ihr Recht aus in Viſitationen und Reformationen der Stifter und Klöſter in ihren Ländern, in einer genauen Aufſicht über den Wandel ihrer Geiſtlichkeit, nicht ſelten in Beſtrafung der ausſchweiffenden Laſter derſelben, in Einſchränkung der geiſtlichen Habſucht durch vorgeſchriebene Ordnungen und Geſetze, in Entſcheidung der etwa zwiſchen Geiſtlichen und Weltlichen vorgefallenen Streithändel, und auf vielerley andere Art und Weiſe, wovon man die Beweiſe und geſammelte Exempel bey dem in der Note angeführten Schriftſteller

m) S. C. I. C. *Engelbrecht* Tr. de Servitutibus I. P., cum Praef. C. G. *Buderi;* Lipſiae, 1739. 4. M. H. *Gribneri* et B. G. *Struvii* Diſquiſitt. de Dominio directo in alieno Territorio, ex recenſ. et cum Praef. Henr. Gottl. Francke; Lipſ., 1743. 4.
n) S. den Auszug ꝛc., im II. Bande, S. 440. ff.

ſteller nachſehen kan o). Es würde nicht ſchwer fallen, ſolche mit noch andern Beiſpielen zu beſtärken, woferne nicht der noch übrige kleine Raum dieſes Bandes mir ſolches verböte. Unter die vorzüglichſte Rechte, welche unſere Fürſten und Stände über die Stifter und Klöſter hatten, gehören nun ihre darüber geführte Vogteien, Advocatien, oder Schutz- und Schirmgerechtigkeiten. Dieſe gaben ihnen manchsmal eine groſſe Gewalt über die unter ihrem Schutze ſtehende Stifter und Klöſter, welches bisweilen zu groſſen Streitigkeiten ausſchlug, und Gelegenheit gab, daß manche Stifter und Klöſter, die wohl anfangs mögen unmittelbar geweſen ſey, in den folgenden Zeiten unter die Oberherrſchaft ihrer Schutzvögte ſind gezogen, und deren Landeshoheit die Stiftsländer und Kloſtergüter unterworfen worden. Es iſt bekannt und zum Theil ſchon vorgekommen, was für groſſe Streitigkeiten die Herzoge von Oeſterreich als Advokaten mit den Patriarchen von Aquileja und den Biſchöffen von Trident und Brixen gehabt haben p). Die Churfürſten und Herzoge von Sachſen aus dem Meißniſchen Stamm wuſten ſich ihre Schutzgerechtigkeit über die Bißthümer, Meiſſen, Merſeburg und Naumburg ſowohl zu Nutzen zu machen, daß ſie die daſige Biſchöffe auf den Fuß anderer Landſaſſen behandelten, und zuletzt ſolche Hochſtifter ganz an ſich zogen q).

Die

o) Io. Ge. *Reinhardi* Meditatt. de iure Principum Germ., cumpr. Saxoniae, circa Sacra ante tempp. Reformationis exercito; Halae, 1717. 4. Cf. *Pfeffinger* l. c., T. IV. p. 13. ſq. p) S. 3. E. im ſechſten Bande des Auszuges, S. 394. f. u. 513. ff. q) Müllers R. Tags Theatr. unter K. Maximil. I. P. II. 4. Vorſtell. c. 53. p. 660-664. *coll.* P. I. 2. Vor-

Die Churfürſten von Brandenburg behaupteten als Landesherren über die in ihrem Lande gelegene Bißthümer das Nominationsrecht. Es muſte daher der ohne Vorwiſſen des Churfürſt Albrechts von Brandenburg, von dem Brandenburgiſchen Domkapitel, im J. 1472., erwälte Biſchof, Arnold von Burgstorf dieſer ſeiner erſten Wahl entſagen, worauf ihn der Churfürſt dem Domkapitel nominirte, welches dann denſelben hierauf zum zweitenmal erwälte. Und es verdient das, von dem Churfürſten wider die erſte Wahl eingelegte Notariatsinſtrument um ſo mehr eine Aufmerkſamkeit, weil der Churfürſt darinnen äuſſert, daß er zu dergleichen Nomination von Rechtswegen und vermöge einer langwierigen Obſervanz befugt ſey r). Auch D. Buſſo von Alvensleben, ein ſehr gelehrter Herr, und Sohn des Ludolfs, welcher das wichtige, und noch bey der hochadelichen Familie von Alvensleben befindliche Gut Hundisburg an dieſelbe gebracht hat, ſoll von dem damaligen Churfürſten von Brandenburg Johannes, im J. 1487., zum Biſchof von Havelberg nominirt worden ſeyn s). Ingleichen findet man bey

2. Vorſtell. c. 43. §. 6-12. p. 446-454.. und Io. *Strauchii* Narratio de iurib Dom. Saxon. in Episcopat. Numburg., in *Eius* Diſſſ. exoter., p. 328-332. Mehrere hieher gehörige Schriften ſind angezeigt in G. C. Kreyßigs hiſtor. Bibliothec von Ober-Sachſen, P. I. 1. (Leipzig und Görlitz, 1749. 8.) Sect. II. cap. 48. p. 275 ſqq. r) Sam. Lentzens diplomat. Stiftshiſt. von Brandenburg ꝛc., (Halle, 1750. 4.) §. 39. p. 54. et in *App.*, n. 7. p. 83 ſqq. und P. W. Gerckens Stiftshiſt. von Brandenburg; (Braunſchw. und Wolffenb., 1766. 4.) Sect. III. c. 39. §. 1. p. 244. ſq. *coll.* Cod. dipl. n. 148. p. 662. s) Angeli Annal. Marchiae Brandenburg., p. m. 254. und S. Lentzens diplomat.

bey dem Bißthume Lebus eine nicht undeutliche Spur von dieſem den Churfürſten von Brandenburg zuſtehenden Nominationsrechte, wenn man dasjenige in Erwägung ziehet, was, im J. 1489. oder 1490., nach dem Abſterben des Biſchof Ludewigs von Lebus vorgefallen iſt. Das daſige Domkapitel wolte nehmlich ſeinen Domdechanten, Günthern von Bünau, zum neuen Biſchof erwälen. Allein der Churfürſt Johannes empfohl in einem Schreiben den Dietrich von Bülow dem Domkapitel auf das nachdrücklichſte, und drang damit durch, daß gedachter Dietrich von Bülow zum Biſchof muſte angenommen werden t). Auf was Art die Schutzvogtey über das Stift und die Stadt Quedlinburg, über deren Rechte in neuern Zeiten, zwiſchen dem itzigen Schutzvogte, der Aebtißin und der Stadt, die bekannten groſſen Streitigkeiten vorgefallen ſind, in unſerm Periodus, und zwar im J. 1479., an das Haus Sachſen gekommen ſey, iſt bereits in dem hiſtoriſchen Abſchnitt umſtändlich erzält worden u).

Bey ſo bewandten Umſtänden, und da die Schirmherren nicht ſelten Sturmherren wurden, wie man zu ſagen pflegte, iſt ſich nicht zu wundern, daß die Stifter und Klöſter alle Mühe angewandt haben, um ſich von dergleichen Advokatien loszumachen, welches auch einigen gelungen iſt. Manche kauften ſich von ihren Schutzvögten los; andere lieſſen ſich von den Kayſern Privilegien geben, ſich nach eigenem Belieben einen Schirmvogt zu erwälen, dergleichen z. E. die Abtey Ochſenhauſen,

mat. Stiftshiſt. von Havelberg; (Halle, 1750. 4.) §. 34. p. 56. t) Aug. Bened. Michaelis diplomat. Stiftshiſt. von Lebus; (Göttingen, 1756. 4.) §. 35. p. 46. u) S. im ſiebenden Bande des Auszuges ꝛc., S. 140. f.

ſen, im J. 1397., vom K. Wenceslaus erhalten hat v). Und hierauf unterlieſſen entweder dergleichen Stifter und Klöſter, einen Advokaten anzunehmen, oder ſie ſchloſſen mit ihm vor ſeiner Annehmung Verträge, worinnen ſeine Gerechtſame und Einkünfte beſtimmt waren. Gemeiniglich waren die ſogenannte Erbvögte, das iſt diejenige, bey deren Familie die Vogtey erblich war, die ſchlimſten, und fielen den Stiftern und Klöſtern am beſchwerlichſten. Es könnten auch überhaupt von dieſer Materie noch viele Anmerkungen gemacht, und ſelbige mit Exempeln beſtärkt werden, wenn es nur der noch übrige kleine Raum geſtattete; mithin ich meine Leſer auf die in der Note angeführte Schriftſteller verweiſen muß w).

Daß einige unſerer geiſtlichen und weltlichen Reichsſtände bereits in dieſem Periodus ein ſogenantes *Ius primariarum precum*, oder das Recht der erſten Bitte in ihren Diöceſen und Ländern ausgeübt haben, hat wohl keinen Zweifel, und ſoll gleich des Weitern mit einigen Exempeln beſtärkt werden. Aus was für einem Grunde aber dieſes ihr Recht herzuleiten ſey, darüber ſind die Gelehrten noch nicht mit einander einig, und es iſt auch hier der Ort nicht, ihre Meinungen anzuführen und zu prüfen. Am wahrſcheinlichſten ſcheint mir die Meinung des berühmten Göttingiſchen Lehrers, des Herrn Geheimen Juſtizrath Ayners, zu ſeyn, wenn er

v) Lünigs R. Archiv., T. XVIII. p. 371 ſq. n. 9.

w) Mart. *Mageri* Tr. de Advocatia armata; Francof., 1625. fol. et cum *Praefat.* B. G. *Struvii* de Advocatia maieſtatica; Ienae, 1719. fol., beſonders Cap. VI. XI. et pagg. 184 ſqq. 500 ſqq. et 660 ſqq. Io Wilh. *Goebel* Diſſ. de Advocatia armata; Helmſtad., 1722. 4. Car. Ott. *Rechenbergii* Diſſ. de Advocatis et Advocatiis German.; Lipſ., 1725. 4.

er ſolches Recht aus einem alten Herkommen und Verträgen der Landesherren mit ihren Stiftern und Klöſtern herleitet x). Wir finden aber, daß bereits in unſerm itzigen Periodus das Recht der erſten Bitte ausgeübt haben von geiſtlichen Reichsſtänden die Churfürſten und Erzbiſchöfe von Maynz y) und Cöln z), ingleichen der Erzbiſchof von Magdeburg a), ferner die Biſchöfe von Münſter b) und Meiſſen c), auch vielleicht noch mehrere, die mir aber nicht bekannt ſind. Von weltlichen Reichsſtänden können hieher gerechnet werden, die Könige von Böhmen d), und die Churfürſten von Sachſen e) und Brandenburg f). Ingleichen finde ich dergleichen *Preces*, welche die Beatrix, H. Albrechts des *III.* von Oeſter-

x) Ge. Henr. *Ayreri* Comm. de iure primar. precum, cap. IV. §. 1-4. p. 132-138. y) *Schilter* de Libert. Eccleſ. German., in *Addend.* ad L. VI. c. 5. §. 11. u. *de Gudenus* C. M. D., T. III. n. 34. (514.) p. 787. *coll.* p. 788. in *Nota.* z) Io. *a Chokier* Scholia in primar. preces Imp.; (Colon. Agripp., 1674. 4.) Sect. II. lit. a). Cf. *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 757. n. 10. a) *de Ludewig* Rel. MSS., T. XII. L. IV. n. 58. p. 352. *coll.* n. 76. p. 392 ſqq. b) *Erdwini Erdmanni* Chron. Epiſcopor. Osnabrug., in *Meibomii* Scriptor., T. II. p. 223. *in medio.* c) Chriſt. Schöttgens Hiſt. der Stadt Wurtzen; (Leipz., 1717. 8.) cap. 4. p. 175 ſqq. Sammlung vermiſchter Nachrichten zur Sächſiſchen Geſchichte, II Band; (Chemnitz, 1768. 8.) n. 6. p. 354 ſqq. u. IV. Band; (ibid. 1770. 8.) n. 9. p. 368 ſqq. d) *Reinhard* l. c., cap. 4. §. 12. p. 250. e) *Idem* ibidem, p. 251. M. H. *Gribneri* Sched. de precibus primar. Principum Imperii, §. 2. nota d), in *Eius* ſel. Opuſc. I. P., T. I. Sect. VI. p. 181. u. B. G. Struvens hiſtor. u. polit. Archiv., P. II. p. 65-68. f) *Cortreii* Obſervata ad Concordata Nat. Germ., n. 76., in *Eius* Opp., T. I. P. VI. p. 55. b.

Oeſterreich Gemalin, wie ſie ihres erſten Sohns geneſen war, ertheilt hat. In denſelben erwähnt ſie, daß es eine auf ſie gekommene alte, löbliche und gute Gewohnheit aller ihrer Vorfahrinnen, der Herzoginnen von Oeſterreich ſey, daß ihrer eine jegliche, von ihrer erſten Geburt wegen, von ihren Unterthanen um eine erſte Bitte erhört und gewährt werden ſolle g). Endlich hatten auch die Herzoge von Braunſchweig und Lüneburg dieſes Recht in den Klöſtern des Fürſtenthums Lüneburg auszuüben, ſowohl wenn ſie die Regierung antraten, als auch wenn ſie ſich vermälten, wie man aus der von den Herzogen Bernhard und Heinrich zu Lüneburg, im J. 1392., ausgeſtellten Urkunde erſehen kan h).

Ich komme nun auf die Materie von den weſentlichen Regalien unſerer Reichsſtände, welche zuſammen genommen heutiges Tages das Weſen der Landeshoheit ausmachen. Das erſte, was beym Antritte der Landesregierung geſchah, war die Lehensempfängnis der Vaſallen, und die Huldigung der Unterthanen, welche in unſerm Periodus durchgehends gewönlich war, und manchsmal mit vielen Feierlichkeiten vorgenommen wurde, wobey dann gemeiniglich die Beſtätigung der Privilegien der Landſchaft vorher gieng, oder zu gleicher Zeit geſchah. Unſere Churfürſten und Fürſten hatten hiernächſt bereits in dieſen Zeiten ihre wohl angeordnete Regierungen, Kanzleien und Hofgerichte. Man findet in den Urkunden und Actis publicis, welche ſie und ihre länder angehen, Kanzler, Geheime oder Heimliche, das iſt

g) *Senckenbergii* Sel. Iur. et Hiſtor., T. IV. Sect. II. n. 78. p. 278 ſq. h) *Leibnitii* Scr. Brunſvicenſ., T. II. p. 397.

iſt geheime Räthe, andere Räthe, und die zu Regierungs- und Juſtitzſachen nöthige Subaltern-bediente. Auch hatten die Landſtände an Ausübung der wichtigſten Regierungsrechte, und in Verwaltung des Juſtitzweſens im Lande vielen Antheil mit, wovon vielleicht noch einiges, etwas weiter unten, gedacht werden ſoll. Es iſt unſtreitig ein Ueberbleibſel aus dieſen Zeiten, daß noch heutiges Tages zu den Hofgerichten in unſern teutſchen Provinzen einige Beyſitzer auch aus dem Mittel der Landſtände genommen werden [i]. Churfürſt Johannes von Trier errichtete, im J. 1458., für ſein Erzſtift ein Hofgericht, welches auch K. Friedrich der *III.* nicht nur beſtätigte, ſondern auch erlaubte, daß vor demſelben die, zwiſchen dem Churfürſten und ſeinen Unterthanen, etwa vorfallende Streitigkeiten, durch die churfürſtliche Räthe, ſolten ausgemacht werden können. Indeſſen iſt aus einem andern, dem Churfürſten, an eben dieſem Tage, vom Kayſer gegebenen, Privilegium über die Appellationsfreiheit mit gutem Grunde zu ſchlieſſen, daß dieſes neue Trieriſche Hofgericht mehr für ein Oberappellationsgericht, als für eine Art eines heutigen churfürſtlichen oder fürſtlichen Hofgerichts zu halten ſeyn möchte [k].

Zur Hofbedienung des Regentens, zumal bey vorfallenden Feierlichkeiten, waren, ſchon aus den vorigen Zeiten her [l], in allen geiſtlichen und

welt-

i) S. hievon überhaupt: d. G. Struben gründl. Unterricht von Regierungs- und Juſtitz-Sachen; Hildesheim, 1733. 4. *Eiusdem* Nebenſtunden, P. III. n. 12. 14. p. 52 ſqq. et 124 ſqq. *de Ludolf* Obſſ. forenſ., P. I. Obſ. 99. p 244 ſqq. und C. G. *Buderi* Progr. de orig. Iudicior. aul.; Ienae, 1759. 4.

k) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 841 ſq. p. 433 ſq.

l) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 444 ff.

weltlichen Fürſtenthümern die Erbbeamten vorhanden, die mit ſolchen Aemtern von den Landesherren belehnt wurden, und deswegen Güter zu Lehen hatten. Es würde mir nicht ſchwer fallen, Exempel von dergleichen Erbbeamten faſt aus allen teutſchen Fürſtenthümern anzuführen; aber die Digreßion möchte zu weitläuftig fallen. Mithin will ich bey dieſer Materie nur den beſondern merkwürdigen Umſtand anführen, daß der Biſchof Gerhard von Hildesheim, nachdem er nach Abgang der Familie von Dinkler, welche bisher Erbmarſchälle ſeines Hochſtiftes geweſen, dem Ritter Hans von Schwiechelt das Erbmarſchallamt, als ein erbliches Mannlehen, im J. 1390. verliehen, den K. Wenceslaus gebeten habe, dieſes zu beſtätigen, welches auch derſelbe, durch eine eigene Urkunde im J. 1391., gethan hat [m]). Unſere Fürſten ertheilten ferner ſchon damals allerhand Ehrenzeichen, Titel und Würden. Hieher gehört z. E. daß H. Albrecht der *III.* von Oeſterreich, im J. 1393., dem Nicolaus Vietler von Botzen, deſſen Bruder und Bruders Söhnen, das Wappen des ausgeſtorbenen Geſchlechts vom Thurm zu Botzen verliehen hat [n]). Eben dergleichen Wappenbrief gab Biſchof Gebhard von Halberſtadt, im J. 1472., an Henninges Schutten, und belehnte denſelben mit dem, ihm und ſeinem Stifte, losgeſtorbenem und angefallenem Wappen des Geſchlechts von Walhuſen [o]).

m) Strubens Nebenſtunden, P. III. n. 20. §. 4. p. 420 ſq. und Scheidts Nachr. vom hohen und niedern Adel in Teutſchland, P. II. ſ. in Mantiſſa Documentorum, n. 74. (a) p. 370 ſq. *coll.* Nota (*) pag. 371.
n) Lünigs R. A., T. XI. Supplem. ulter. im Anhange, p. 85. n. 16.
o) Braunſchweig. Anzeigen vom J. 1751., ſ. T. VII. n. 2. p. 25 ſqq.

Man will zwar auch in unſerm **Periodus** ein paar Exempel finden, daß unſere **Fürſten** einige in **Adelſtand** erhoben, und **Adelsbriefe** gegeben hätten p). Allein ſo viel erſtlich den von dem Biſchof zu Münſter und Adminiſtrator des Erzſtiftes Bremen, im J. 1483., für die **von Bramſtede** ausgeſtellten angeblichen **Adelsbrief** anbelangt q); ſo wird ſich nach deſſen genauern **Einſicht** ergeben, daß Biſchof **Heinrich** die **von Bramſtede** nur für **Dienſtleute** und **rittermäßige Männer** ſeiner beiden Fürſtenthümer und Stifter, **Bremen** und **Münſter**, erkannt und angenommen habe, dann ſie ſtammten aus einer ſchon alten und guten adelichen Familie ab. Das andere Exempel **führt** der ſeelige **D. Meyer** an r), daß nehmlich **H. Wilhelm** der ältere von Braunſchweig zu **Wolfenbüttel**, im J. 1469., zweyen Brüdern, **Mengershauſen**, aus **Münden** einen **Wappenbrief** ertheilt, und ſie darinnen an **Ehren** und **Würden** ſeinem und ſeiner Söhne **Hofgeſinde** gleich gemacht habe, dergeſtalt, daß ſie das **Wappen** gebrauchen ſolten: **gelick andern Riddern und Knechten.** Hieraus haben nun **Meyer** und andere **theils** gemuthmaſſet, theils für ausgemacht **gehalten**, daß **H. Wilhelm** dieſe **Mengershauſen** auch **würklich geadelt** habe. Allein ich zweifle daran ſo lange, bis ich dieſen angeblichen **Adelsbrief** in extenſo **vor** mir habe, und ihn prüfen kan. Es iſt auch ſehr zu bedauren, daß der **D. Meyer**, da er ſelbigen nach allen

p) Gerckens Diplomatar. vet. Marchiae Brandenburg., P. I. p. 697 ſq. nota (a). q) Lüneberg Mushards Monum. Nobilitatis ant. Familiar. ill., inprimis Ord. equeſtris in Ducat. Brem. et Verd.; (Bremen, 1708. fol) p. 68 ſqq. r) in *Origg. et Antiquitat. Pleſſenſ.*, d. i. Pleßiſchen Denkwürdigkeiten; (Leipz., 1713. 4.) P. II. c. 14. in der Zugabe, §. 3. p. 250 ſq.

allen Umſtänden in Händen gehabt, ſolchen nicht völlig herausgegeben, indem man ſodann beſſer von der Sache urtheilen könnte.

Da in dieſem alleweil angeführten angeblichen Adels-, oder vielmehr Wappenbriefe des fürſtlichen Hofgeſindes gedacht wird; ſo will ich bey der Gelegenheit nur beiläufig folgende Anmerkung machen, daß ſchon in dieſen Zeiten eine Einförmigkeit in der Kleidung, oder vielmehr in den Farben derſelben, bey dem Hofgeſinde beobachtet worden. Dieſes erſtreckte ſich auf alle einem Fürſten Angehörige und ſämtliche Bediente, von dem niedrigen, bis zum hohen, als die insgeſamt nicht nur in deſſen Koſt und Sold, ſondern auch in ſeiner Kleidung ſtanden. Sie bekamen alſo järlich eine Hofkleidung, wozu allemal die Farben aus dem Hauptwappen genommen wurden. Und wenn die Vaſallen zu Ehrenzügen, oder andern groſſen Feierlichkeiten nach dem fürſtlichen Hoflager erfordert wurden; ſo wurde ihnen entweder das Hofgewand zugeſchickt, oder ſie wurden umſtändlich bedeutet, wie ſie ſich ſammt den ihrigen in die Hoffarbe und ſonſt zu kleiden hätten. Aus dieſer uralten Gewohnheit rührt es alſo her, daß noch heutiges Tages nicht allein die geringern Bedienten bey Hofe, ſondern auch das ganze Kriegsheer, vom gemeinen Soldaten bis zum General, einförmige Kleidung tragen, die man Livree und Uniforme nennt. Ja Könige und Fürſten kleiden ſich ſelbſt mit den Ihrigen heutiges Tages meiſtens in ſolche Uniformen, die bey ihrer Armee eingeführt ſind; oder man hat auch itzo an einigen Höfen ſogenannte Hof- ingleichen Jagd-Uniformen eingeführt, welche ſowohl der Fürſt und ſein Haus, als auch die vornehmere Hofbediente zu tragen pfle-

pflegen s). Es gehört auch noch hieher, daß in unſerm Periodus verſchiedene Churfürſten, Fürſten und Grafen eigene Ritterorden geſtiftet haben: als z. E. Churfürſt Friedrich der *II.* von Brandenburg, im J. 1443., den Orden zur Ehre U. L. F. auf dem Berge bey Altbrandenburg, welcher zugleich eine Art einer geiſtlichen Brüderſchaft war t); ferner Churfürſt Friedrich der *II.* von Sachſen, im J. 1450., den Ritterorden des heiligen Hieronymus u). Die Herzoge von Oeſterreich errichteten den ſogenannten Diſciplinenorden v); Graf Florenz von Holland, im J. 1290., den Orden des heiligen Jacobs, Graf Albrecht von Hennegau, und Holland ꝛc. aber, im Jahr

s) S. D. G. *Struben* Obſ. de veſtitu Vaſallorum, in *Parergis Goettingenſ.*, T. I. L. III. (Goett., 1737. 8.) n. 9. p. 167 ſqq. *Eiusdem* Nebenſtunden, P. I. n. 4. §. 13. p. 471 ſqq. und Braunſchweig. Anzeigen vom J. 1748. ſ. T. IV. n. 12. p. 229 ſqq. u. Io. Ge. *Crameri* Diſſ. de iure Principum ac Procerum Germ., ſervitia aulica a Vaſallis nobilibus exigendi; Lipſ. 1744. 4. t) S. im ſechſten Bande des Auszuges ꝛc., S. 244. u) Horns Sächſ. Hand-Biblioth., P. VIII. p. 873. v) C. *Gryphius* von Geiſt- und Weltlichen Ritter-Orden; (Leipz. u. Breßlau, 1709. 8.) Sect. II. §. 37. p. 253. Es ſoll aber dieſer Orden der *Diſciplinarum*, nach dem Berichte des *Lambecii* in Comm. de Biblioth. Caeſar. Vindobonn., L. II. cap. 8. p. 960., einerley ſeyn mit der Adler-Geſellſchaft, welche K. Albrecht der *II.*, noch als Herzog von Oeſterreich, im J. 1433. geſtiftet hat. Cf. Chriſti. Aug. (*de*) *Beck* Iur. publ. Auſtr. Specim. I., cap. 9. §. 8. p. 176., woſelbſt, in den §§. 9. et 11. p. 176 ſq. et 177 ſq., auch noch der S. Georgen- und der Mäßigkeits-Orden, als Oeſterreichiſche Orden angeführt ſind. Allein jener war eigentlich ein kayſerlicher und dieſer ein arragoneſiſcher Orden, S. *Lambecium* l. c., L. II. cap. 8. p. 960 ſq. u. *Gryphium* l. c., Sect. II. §. 34. p. 248 ſq.

Jahr 1382., den Orden des heiligen Antonius w), und Graf Adolf von Cleve ſtiftete, im J. 1380., den Orden der Geckengeſellſchaft x).

Endlich muß ich noch dieſes bemerken, daß zwar unſere Fürſten durchgehends ſich bey ihrem Namen des, ſchon in den vorigen Perioden, gewönlich geweſenen Zuſatzes: *Dei gratia*, oder von GOttes Gnaden, bedient haben, welchem die weltlichen Fürſten bisweilen die Worte: *et* IMPERATORIS, die geiſtlichen Fürſten aber gemeiniglich: *et* APOSTOLICAE SEDIS GRATIA, beifügten y). Allein man muß ſich ja hüten, aus dieſer Titulatur einen Beweis von dem fürſtenmäſſigen Stande desjenigen zu nehmen, der ſolche geführt hat. Es bedienten ſich nehmlich derſelben, vom Anfange des dreizehnten Jahrhunderts, auch wohl ſchon lange vorher, nicht nur Grafen und Herren, ſondern der Titel: *Dei gratia*, oder von Gottes Gnaden, wurde endlich ſo gemein, daß ſelbigen, unſern ganzen Periodus hindurch, ja noch vor Anfang deſſelben, auch bisweilen der niedere und landſäßige Adel, nicht weniger landſäßige Aebte und Aebtißinnen gebrauchten, und dabey gleichfals: Wir, oder: *Nos*, vorauf ſetzten. So finde ich z. E. einen: NOS DEI GRATIA *Ludolphus*, *miles* DE CRAMME, in einer Urkunde vom J. 1281.; ferner: „wy ludolff von Godes Gnaden Abbet to „S. Michaele binnen lunenborch„ beym J. 1474.; und in einer andern Urkunde vom J. 1397: „Wir

w) Joh. Wilh. Rammelsbergs Beſchreib. aller Geiſt- und Weltl. Ritter-Orden in Europa ꝛc.; (Berlin, 1744. 4.) im *VIII.* Stück Sect. I. c. 2. p. 80. et Sect. II. c. 1. p. 81. x) *Dithmari* Cod. dipl. ad *Teſchenmacher.*, n. 64. p. 56 ſq. y) *Pfeffinger* l. c., T. I. p. 393-397. et T. III. p. 998-1004. *paſſim.*

„Elsbeth von GOttes Gnaden Eptißin zu Gna„denthal„, unzäliger anderer Exempel nicht zu gedenken, welche man bey denen in der Note angezeigten Schriftſtellern nachſehen kan z).

Das Recht, **Bürger** in den **Städten**, oder überhaupt **Unterthanen** anzunehmen, iſt zwar mit dem Rechte eines **Landesherrn** oder **Obrigkeit** ſo genau und weſentlich verknüpft, daß man nicht wohl eines ohne das andere gedenken kan. Indeſſen haben doch die **Kayſer** bisweilen ſo wie **Adel**-, alſo auch **Bürgerbriefe** gegeben, wodurch ſie einem Auswärtigen das **Bürgerrecht** in einer **Reichsſtadt** verliehen haben a). Hiernächſt hatten viele **Reichsſtädte** ein von Alters hergebrachtes Recht und Gewonheit, daß alle diejenige, welche zuvor **leibeigen** geweſen, aber in ihrer **Stadt** ſich niedergelaſſen, und des **Bürgerrechtes** eine gewiſſe Zeit über, als etwa Jahr und Tag, ſich bedient hatten, dadurch von der **Leibeigenſchaft** los, und vor der Anſpräche ihrer alten Herren ſicher wurden, auch deswegen gegen ſelbige, nach Verlauf ſolcher Zeit, die Verjärung vorſchützen konnten. Es iſt aber ſchon weiter oben vorgekommen, was hierüber für groſſe Streitigkeiten öfters zwiſchen den **Landherren** und **Städten** entſtanden, die nicht ſelten zu öffentlichen Fehden ausgeſchlagen ſind. Indeſſen hat noch **K. Wenceslaus, im J. 1397.**, der Stadt **Speyer** als ein, gleich andern **Städten** habendes, altes wohl hergebrachtes Recht, Herkommen und gute Gewohnheit beſtä-

z) *Idem*, T. I. p. 398-400. et T. III. p. 997. C. L. Scheidt vom Adel in Teutſchl., P. I. §. 15. p. 113. ſq. nota t). et P. II. ſ. in *Mantiſſa Docum.*, p. 388. nota *) et p. 432-451. n. 107-122. u. S. W. Oetters zweiter Verſuch einer Geſch. der Burggr. zu Nürnberg; (Frankf. u. Leipz., 1753. 8.) L. I. c. 1. §. 11. p. 116. ſqq. a) *Io.* de *Geylnhuſen* Collectan., n. 38 ſq., *l. c.*, p. 37 ſq. et 38. ſq.

beſtätigt, daß ſie allerhand Leute, wo ſie nur herkommen möchten, wenn ſie auch **Leibeigene**, oder **unverrechnete Amtleute** wären, wenn ſie nicht binnen Jahresfriſt in Anſpruch genommen würden, zu **Bürgern** ſolten auf- und annehmen können b). Und **K. Ruprecht** privilegirte, im Jahr 1403., die **Wildgrafen zu Kyrburg, Otto und Gerhard**, daß ſie und ihre Erben Macht und Gewalt haben ſolten, in- und zu dem Schloſſe **Wildenburg**, in dem **Thale** und Begriff darunter, allerley Leute, ſie ſeyen Edel oder nicht, Bürger oder Bauren, woher ſie kämen, oder geſeſſen geweſen wären, zu **Bürgern** anzunehmen, und ſie dafür, ohne jemands Anſprache zu behalten c).

Soviel hingegen das Recht, **Juden** aufzunehmen, und ihnen Schutz zu geben, anbelangt; ſo will zwar der ſeelige Kanzler **von Ludewig** unter ſeinen übrigen **unerkannten Wahrheiten** auch dieſe behaupten, daß die **Juden** in **Teutſchland**, anfangs das **Bürgerrecht** genoſſen, und die **Reichsſtände**, vermöge ihrer **Landeshoheit**, das Recht und die Gerichtsbarkeit über die **Juden** in ihrem Lande gehabt haben d). Allein der Ungrund dieſer Meinung liegt aus ſo vielen, von **Churfürſten, Fürſten** und andern **Reichsſtänden** erlangten kayſerlichen Privilegien, **Juden** in ihren Ländern aufnehmen und ſchützen zu dörfen, am Tage, und iſt auch von vielen Gelehrten gründlich gezeigt worden e). In der **G. B.** gab **K. Carl** der *IV*. allen

b) Lehmanns Speyer. Chron., L. VII. c. 70 ſq. p. m. 847 ſqq. u. Lünigs R. A., T. XIV. p. 499. n. 59.
c) *Idem* ibid., T. XXIII. p. 1533. n. 1.
d) Ludewigs Erläuter. der G. B., T. I. p. 849. ſqq. et 858. ſqq.
e) S. z. E. Io. Henr. *Iungii* Diſſ. (*Praes.* G. H. *Ayrero*), de iure recipiendi Iudaeos etc.

Churfürſten das Recht, **Juden** zu halten f), und beſtätigte daſſelbe noch durch eine beſondere **Urkunde**, im J. 1356., dem **Churfürſten** von **Trier**, aus welcher zugleich zu erſehen iſt, daß die **Trieriſche Erzbiſchöffe** ſolches Recht ſchon von den **vorigen Kayſern** erhalten haben g). Daß ferner die **Churfürſten** von **Mayntz** und **Cöln** eben dieſes Recht, durch kayſerliche Begnadigungen, gleichfals ſchon lange vor der G. B. gehabt haben, iſt bereits weiter oben bemerkt und erwieſen worden h). **Und** daß auch die **Churfürſten** von **Brandenburg**, bereits **vor** Errichtung der G. B. eigene **Juden** müſſen gehabt haben, kan man daraus abnehmen, weil der Churfürſt von Brandenburg, **Ludewig der Römer**, bereits im J. 1353., dem **Magiſtrate** zu **Müncheberg** die daſige **Juden** als ſeine **Kammerknechte** verpfändet hat i). Man ſiehet alſo hieraus, daß K. Carl der *IV.* das Recht, **Juden** zu halten, den **Churfürſten** in der G. B. nicht ſo wohl neuerlich verliehen, als vielmehr ihnen dieſes ſchon aus ältern kayſerlichen **Privilegien** habende Recht noch mehr verſichert und bekräftiget habe.

Dann auch andere **Reichsſtände** ſind ſchon lange **vor** der G. B. von den **Kayſern** privilegirt worden, **Juden** in ihren Ländern aufzunehmen. Doch

etc., (Gott. 1741. 4.) c. 3. §. 5. p. 62 ſqq. u. Io. Frid. *Fiſcheri* Comm. de ſtatu et ICtione Iudaeorum ſecundum LL. Rom., Germ., Alſat.; (Argentor., 1763. 4.) c. 4. §. 50. ſqq. p. 62. ſqq.

f) *A. B.*, Tit. IX. §. 2. et 3.

g) *ab Hontheim* l. c. T. II. n. 692. p. 196. Es hatte aber dieſes Recht dem Erzſtifte Trier ſchon vorher K. Ludewig der *IV.*, im J. 1332., beſtätigt; *Idem* ibid., T. eod. n. 642. p. 121. b.

h) S. den Auszug ꝛc., im zweiten Bande, S. 447. ff. und im achten Bande, w. o.

i) *de Ludewig* Rel. MSS., T. IX. L. III. n. 33. p. 545.

Doch geſchah es bisweilen nur auf eine gewiſſe Anzal, ja auch wohl gar nur auf Wiederruf. Ich will mich dißfals auf die Menge der bereits vom Pfeffinger [f]) angeführten Exempel beruffen, und ſelbigen nur noch einige beifügen. So hat z. E. K. Albrecht der *I.*, im J. 1301., dem Abt Heinrich von Fulda, alle in ſeinem Stifte befindliche Juden verſetzt [l]), ſein Nachfolger aber, K. Heinrich der *VII.*, ſchenkte ſie, im J. 1310., den Aebten von Fulda auf beſtändig [m]). Eben dieſer Kayſer ſchenkte, im J. 1308., dem Biſchof von Straßburg und ſeinem Hochſtifte die Juden zu Rheinau, Molsheim, Ruffach und Sulze [n]), und im J. 1309. erlaubte er dem Herrn von Sleiden, Johann, in ſeinem Schloſſe Juden aufnehmen zu können [o]). K. Ludewig der *IV.* privilegirte im J. 1335. Gottfrieden, Herrn von Erpſtein, in ſeinem Gebiete dreißig Juden, bis auf Wiederruffen, halten zu dörfen [p]). Die Stadt Augſpurg hatte ſchon im J. 1270. von dem daſigen Biſchof Hartmann den Judenſchutz an ſich gebracht. Es ſchrieb auch hierauf die Stadt, im J. 1285., den daſigen Juden eine neue Eidesformel vor, und erhielt nachmals, im J. 1339., von K. Ludewig dem *IV.* die Erlaubnis, etliche Juden, ſo von dem Kayſer einige der Stadt nachtheilige Freiheiten erſchlichen hatten, ſo lange gefangen zu nehmen, bis die augſpurgiſche Judenſchaft den deswegen erhaltenen kayſerlichen Troſtbrief wieder herausgegeben hätte. Und endlich gab K. Carl der

f) in *Vitriario illuſtrato*, T. III. p. 1275 - 1230. *paſſim.*
l) *Schannati* Hiſt. Fuld., P. II. n. 111. p. 220.
m) *Eiusdem* Corp. Tradit. Fuldenſ., n. 664. p. 278 ſq.
n) *Du Mont* l. c., T. I. P. I. n. 606. p. 350. ſq.
o) Lünigs R. A., T. XXII. p. 617. n. 2. p) *Senckenberg* Sel. Iur. et Hiſtor., T. I. L. III. n. 14. p. 203. ſq.

der *IV.*, im J. 1355., der Stadt Augſpurg, auf zwölf Jahr lang, die Erlaubniß, Juden und Jůdinnen aufnehmen, und ſie mit järigen Zinſen und Steuren belegen zu dörfen q). Auf was für eine Art die Frankfurtiſche Judenſchaft von den Kayſern an die Stadt Frankfurt gekommen ſey, iſt ſchon weiter oben umſtändlich erzält worden r).

Nach Errichtung der G. B. haben die Kayſer noch häufiger die Fürſten und Stände mit dem Rechte, Juden aufzunehmen, privilegirt, wovon man gleichfals eine groſſe Menge Exempel bey dem Pfeffinger nachſehen kan s). Ich will ſelbigen noch folgende wenige beifügen. K. Carl der *IV.* gab dieſes Recht, im J. 1360., der Reichsſtadt Weil t), und K. Ruprecht ſchenkte, im J. 1410., dem Biſchof Raban zu Speyer die Juden zu Landau u). Man kan hiernächſt auch einiger maſſen hieher rechnen, daß K. Carl der *VI.*, im J. 1360., ſowohl Ulrichen, Herrn von Hanau, ſeinem Landvogten in der Wetterau, den Hauptzins von allen Juden in der Wetterau, beſonders zu Frankfurt, Fridberg, Wetzlar und Gelnhauſen, und zwar von jedem Haupt der Juden einen Gulden v), als auch ſeinem Wirthe zu Windsheim, dem daſigen Bürger, Fritze Raſpen, die Steuer von den Juden zu Windsheim, doch mit Vorbehalt des der daſigen gemeinen Stadt ſchon vorher verſchriebenen dortigen Judenzinſes, geſchenkt habe,

q) von Stetten Hiſt. der RStadt Augſpurg, P. I. c. 6. §. 3. 6. et 13. p 76. 80. et 93. u. Lünigs R. A., T. XIII. p. 95 ſq. n. 14. r) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc. S. w. o. s) *l. c.* T. III. p. 1280-1288. *paſſim.* t) Lünigs R. A., T XIV. p. 591. n. 8. u) *Schilteri* Comm. ad Ius feud. Alemann., c. 136. §. 5. p. 305. b. v) *Glafey* Anecdota, n. 282. p. 408 ſq.

be, doch beiden nur bis auf Widerruf w). Endlich verdient auch das Privilegium, welches K. Wenceslaus, im J. 1394., der Stadt Fridberg wegen der Juden gegeben hat, einige Aufmerkſamkeit. Es heißt nehmlich in demſelben unter andern, daß, da bisher verſchiedene Juden nach Fridberg gezogen und ſich wieder von da wegbegeben, ohne den daſigen Magiſtrat deswegen zu beſprechen, dieſer hinführo keinen Juden mehr einnehmen, noch in der Stadt wohnen laſſen ſolle, er hätte dann vorher vor dem Magiſtrate geſchworen, dem Kayſer, dem Reiche und der Stadt zu Fridberg, getreu und gehorſam zu ſeyn x). Das übrige, was ſonſt noch von den Juden zu ſagen wäre, iſt ſchon weiter oben in dieſem Bande des Auszuges ꝛc. vorgekommen.

Mit dem Rechte der Landesregierung iſt das Recht, Geſetze zu geben, und allerhand Ordnungen in Juſtitz- und Policey-Sachen zu machen, nothwendig verbunden. Es fehlt auch in unſerm Periodus nicht an verſchiedenen Exempeln ſolcher von Teutſchen Fürſten gemachten und publicirten Landes- und Policey-Ordnungen. H. Wilhelm der *III.* von Sachſen errichtete eine Landesordnung, mit Zuziehung ſeiner Landſtände, im J. 1446., zu Weiſſenſee, welches die älteſte, bisher bekannt gewordene, Sächſiſche Landesordnung iſt. Nachher haben dergleichen, im J. 1482., Churfürſt Ernſt von Sachſen, und ſein Bruder H. Albrecht, gleichfals publicirt y).

Es

w) *Idem* ibidem. n. 285. p. 411.

x) Lünigs R. A., T. XIII. p. 745. n. 40.

y) Müllers R. Tags Theatr. unter K. Maximil. I., P. II. 3. Vorſtell. c. 27. p. 85. ſqq. Cf. C. G. *Buderi* Diſſ. de Ordinationib. Politiae et Iuſtitiae Saxoniae Erneſtinae Ducum., Ienae, 1747. 4. Man kann hier auch noch mit bemerken, daß Marggraf Friedrich der

Streit-

Es war damals gewönlich, daß man bey Abfaſſung ſolcher Geſetze die Landſtände mit zu Rath zog, und man ließ auch wohl ſolche Ordnungen und Statuten von den Kayſern beſtätigen. Den Landſtädten gaben ihre Landesherren ihre Statuten, oder beſtätigten dieſelben; ja bisweilen ließſen ſie ihnen freye Hände, dergleichen Statuten oder Stadt-Willkühre, auch ohne landesherrliche Bewilligung oder Beſtätigung, zu errichten, wovon die dem Abte von Corvey gewiſſer maſſen unterworfene Stadt Höxter zum Beweis dienen kann, welche von undenklichen Zeiten her unter andern Freiheiten und Vorrechten auch dieſes genießt, daß ſie ohne Bewilligung und unbefragt, des Abts von Corvey, als ihres Landesfürſten, Statuten machen kan. Es würde eine ganz überflüßige Beſchäftigung ſeyn, Exempel von ſolchen Landſtädtiſchen Statuten anzuführen; ich will lieber meine Leſer auf eine bekannte Schrift meines alten wehrteſten Freundes, des Herrn Profeſſors Riccius in Göttingen verweiſen, wo ſie dieſe Materie völlig erſchöpft finden werden [3]). Daß nun vollends die Reichsſtädte befugt geweſen, dergleichen Statuten oder Stadtgeſetze und Rechte zu machen, welche bisweilen anfangs den Nahmen der Gewohnheiten, *Conſuetudinum*, *Iuſtitia*, Willkühr, Weichbild, Marktrecht, und hernach der Reformationen

Streitbare von Meiſſen, im J. 1414., den Gerbern zu Leipzig eine Innungsordnung gegeben habe; S. Horns Leben Friderici Bellicoſi, in *Cod. dipl.*, n. 210. p. 810. ſq. Hingegen hat K. Rudolf der *I.*, im J. 1290., die Zünfte zu Goslar beſtätigt; S. *Heineccii* Antiquit. Goslar., L. III. ad a. 1290. p. 305. 3) Chriſtian Gottlieb Riccii Entwurf von Stadtgeſetzen, oder Statutis, vornehmlich der Landſtädte; Frankf. u. Leipz. 1740. 4. Cf. Struvens Nebenſtunden, P. I. n. V. §. 5. p. 515. ſqq.

nen geführt haben, auch öfters, wie z. E. das Lübſche oder Lübeckiſche Stadtrecht, in ſolchem Anſehen geſtanden, daß andere Städte ſelbiges angenommen, daran iſt um ſo weniger zu zweifeln ᵹ). Die Kayſer gaben wohl ſelbſt einigen Reichsſtädten ihre Stadtrechte, wie z. E. K. Rudolf der *I.*, im J. 1286., der Stadt Kaufbeuren a), oder beſtätigten denſelben die ſchon vorhandene, auch künftig zu verfaſſende Statuten, und erlaubten ihnen, Geſetze und Statuten zu machen b). So hat z. E. K. Rudolf der *I.* der Stadt Augſpurg im J. 1276., und der Stadt Nordhauſen im J. 1290., ihre bereits ſchriftlich abgefaßte und künftig zu errichtende Statuten und Ordnungen beſtätigt c). Ferner hat K. Carl der *IV.*, im J. 1361, der Stadt Schweinfurt ihr Stadt- und Zent-Gericht beſtätigt, und ihr erlaubt, Geſetze und Statuten zu machen d). Ingleichen erhielt von ihm die Stadt Eßlingen, im J. 1375., ein Privilegium, daß der Magiſtrat daſelbſt Satzungen und Ordnungen zu machen, berechtigt ſeyn ſolte e).

Aus dem Rechte unſerer Fürſten und Stände, in ihren Ländern Geſetze zu geben, und Ordnungen zu machen, fließt natürlicher Weiſe ihre Befugniß und Recht, daß ſie ihre Unterthanen von den Geſetzen haben diſpenſiren, und denſelben Privilegien ertheilen können. Doch wurde noch unter K. Heinrich dem *VII.*, auf dem Speyeriſchen Reichstage, im J. 1310., für Recht erkannt,

ᵹ) *Riccius* l. c., L. I. c. 2-5. p. 21 ſqq. a) Moſers Reichsſtädt. Handbuch, P. II. c. 25. n. 1. p. 22. b) *Riccius* l. modo *nota* ᵹ) cit. c) Lünigs R. A., T. XIII. p. 89 ſq. n. 2. et T. XIV. p. 66. n. 1. Cf. *Riccius* l. c., L. I. c. 2. §. 6. p. 34 ſqq. d) Lünigs R. A., T. XIV. p. 396 ſq. n. 5. e) *Idem* ibidem, T. XIII. p. 501 ſq. n. 9.

kannt, daß kein Fürſt oder Herr einiger Stadt Freiheiten ertheilen, oder ſie privilegiren könne, ohne ausdrückliche Bewilligung und Beſtätigung des Kayſers oder Königs f). Unter dergleichen von Reichsſtänden verliehenen Privilegien iſt beſonders das *Ius aſyli* zu bemerken, dergleichen z. E. H. Heinrich von Nieder-Bayern an das Kloſter Saſſan ſoll gegeben haben g). Es hatten nun zwar die Reichsſtände, ſchon im vorigen Periodus, die völlige Gerichtsbarkeit in ihren Ländern und Gebieten erlangt h); allein es iſt bereits mehr, als einmal, vorgekommen, daß dieſelbe, durch die concurrente Jurisdiktion des Kayſers in den reichsſtändiſchen Landen einen ziemlichen Abbruch erlitten habe. Ausserdem hatten die Kayſer eine genaue Aufſicht auf die Handhabung der Gerechtigkeit in den Ländern und Gebieten der Fürſten auch anderer, ſo die Gerichte von ihnen hatten i). Und auch K. Sigmund ließ auf dem frankfurtiſchen Reichstage, im J. 1435., ſeine erſte Propoſition an die Reichsſtände ſeyn: „daß man in „Deutſchen Landen ſoliche Ordnungen ſetz und „mache, daß eim iglichen Recht widerfaren mag;„ worauf die Churfürſten, Fürſten und Stände in ihrem Gutachten erwiederten: „Und wer wol „zu reden, daß in der Fürſten und Herren Höffe „ſemlich Recht geſtalt wurde, dadurch eim An„ſprechen, auch Recht und kurz Ußtrag geſchehe, von „den die die Fürſten und Herren für ſich heiſchen k).„

Indeſſen

f) *Pontani* Hiſt. Gelr., L. VI. p. 181 ſq. g) Hahns R. Hiſt., P. V. p. 310. nota q). h) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 448. f. i) S. z. E. den Würzburg. Landfrieden vom J. 1287., §. 15 ſq., in der N. Samml. der R. Abſchiede, P. I. p. 35. a. k) *Wenckeri* Appar. et Inſtr. Archivor., p. 327. et 329.

Indeſſen haben noch viele Reichsſtände, beſonders Reichsſtädte, erſt in unſerm Periodus, die Criminaljurisdiktion oder den Blutbann von den Kayſern erhalten l). Es iſt aber unrichtig, wenn vorgegeben werden will m), daß erſt K. Ruprecht die Bürgermeiſter und Rath in den meiſten Reichsſtädten mit dem Blutbanne ſoll belehnt haben. Dann gleichwie ſelbigen viele Reichsſtädte ſchon von den vorhergehenden Kayſern erhalten hatten; alſo hat auch bereits K. Wenceslaus verſchiedenen Reichsſtädten, als z. E. im J. 1397. der Stadt Ravenſpurg, und im J. 1398. den Städten Eßlingen, Bopfingen, Dünckelſpühl, Giengen, Weil, u. a. m. den Blutbann verliehen n), welchen er auch den Herren von Giech zu Thurnau ertheilt hat o). Und daß daher die Kayſer die Reichsſtände bey ihren Belehnungen auch namentlich mit dem Blutbanne belehnt haben, iſt ſchon weiter oben bemerkt worden. Von K. Albrechten dem *II.* finde ich einen Lehenbrief, der blos auf die Criminaljurisdiktion gehet, da er nehmlich, im J. 1439, H. Albrechten dem *III.* von Bayern zu München, auf ſeine Bitte, den Bann, über das Blut zu richten, verliehen, und ihm damit Macht und Gewalt gegeben hat, dieſen Bann nunmehro auch ſeinen Richtern und Amtleuten, in ſeinem Lande zu verleihen p). Ja

l) S. *Buderi* Praefat. ad *Engelbrechti* Tr. de Servitut. I. P.
m) in Köhlers R. Hiſt., p. m. 335.
n) Lünigs R. A., T. XIV. p. 219. n. 20. T. XIII. p. 503 ſq. n. 13 ſq. p. 209 ſq. n. 2. et p. 464 ſq. n. 18. und T. XIV. p. 591 ſq. n. 10.
o) *Idem* ibidem, T. XXII. p. 192 ſq. n. 2.
p) *Scheidii* Biblioth. hiſtor. Goetting., p. 277 ſqq. n. 55.

Ja die Kayſer rechneten es einem Fürſten und Reichsſtande zum Verbrechen, wenn er die peinliche Gerichtsbarkeit ausübte, ehe er ſeine Lehen empfangen hatte. Dann ſo hat z. E. K. Friedrich der *III.* unter andern Beſchuldigungen wider den Churfürſten von der Pfalz, Friedrich den Sieghaften, hauptſächlich dieſe mit angeführt, daß er über Blut gerichtet, ehe er belehnt worden q). Uebrigens waren die *Prorogationes Iurisdictionis* in unſerm Zeitraume noch ſehr häufig, beſonders in Anſehung der Pfalbürger, und Ausbürger, worüber die Fürſten, Grafen, Herren und der Adel mit Recht groſſe Klagen führten. Deswegen haben auch die Kayſer, durch verſchiedene Ordnungen, ſelbige abſchaffen wollen, aber wegen der Widerſetzung der Städte nicht durchdringen können; wovon jedoch ſchon weiter oben in dieſem Bande hinlänglich gehandelt worden r).

Das Recht, aus einem Dorfe oder Flecken eine Stadt zu machen, oder ſogenantes Stadtrecht zu geben, übten unſere Kayſer, auch noch in dieſem Periodus, in den Ländern und Gebieten der Fürſten und Reichsſtände aus, ja dieſe erbaten ſich hiezu eigene kayſerliche Privilegien. Ich will hievon auſſer denen ſchon vom Pfeffinger s) angeführten Exempeln noch folgende bemerken. K. Rudolf der *I.* begabte, im J. 1276., auf die Bitte Gottfrieds, Herrns von Eppſtein, deſſen Städtgen Braubach mit eben den Freiheiten, welche andere Reichsſtädte hätten t). Ein gleiches that er, auf Erſuchen Churfürſt Boëmunds des *I.* von Trier,

q) Kremers Leben Churf. Friedr. I. von der Pfalz, P. I. L. V. n. 25. p. 493. nota 4). r) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 278: 281. s) *l. c.*, T. III. p. 165 ſq. t) *Senckenberg* l. c, T. II. L. VII. n. 4. p. 593 ſq.

Trier, im J. 1291., in Anſehung der demſelben zuſtändigen Oerter **Meyen**, **Montabaur**, **Berncaſtell**, **Wittlich**, **Saarburg** und **Billich** u). Hiedurch wurden zwar dergleichen Oerter zu Städten des **Reichs**, aber **nicht** zu **unmittelbaren Reichsſtädten** gemacht v). Eben dergleichen **Stadtrecht** gab **K. Ludewig** der *IV*, auf Bitte der **Churfürſten** von **Maynz** einigen Oertern dieſes Erzſtiftes, nehmlich den Flecken **Obernburg** im J. 1317., **Eltvill** im J. 1332., und noch vorher im J. 1324. dem Städtgen **Lahnſtein**. **K. Carl** der *IV*. aber erlaubte, im J. 1356., dem Churfürſten **Gerlach** von Maynz, in einem gewiſſen benannten Diſtrikt, nach ſeinem eigenen Belieben, **Städte** anzulegen; ingleichen im J. 1367, das von den **Herren** von **Weinſperg** an ſich gelöſete **Reichsdorf Ober-Schevelenze** zu einer **Stadt** machen zu können w). Eben dieſer **Kayſer** begnadigte, im J. 1349., **Albrechten**, **Herrn** von **Wolfſtein**, unter ſeinem Schloſſe eine **Stadt** anlegen zu dörfen x). Im J. 1356. gab derſelbe den Dörfern **Schotten** und **Geudern** y), ingleichen im J. 1360. **Liebelſcheid** im Naſſauiſchen z), und **Jmensdorf** im Gebiete Graf **Heinrichs** von

Zz 2 Mont-

u) *ab Hontheim* l. c., T. I. n. 568. p. 823 ſq. und *Browveri* Annal. Trevir., T. II. L. XVI. n. 131. p. 172. v) Strubens Nebenſtunden, P. IV. n. 23. §. 8. p. 100. Cf. das von K. Ludewig dem *IV*. der Stadt Frankfurt, im J. 1332., gegebene Privilegium, in Lünigs R. A., T. XIII. p. 566. w) *de Gudenus* C. M. D., T. III. n. 123. 156. 204. 281. et 318., p. 152. 215 ſq. 281. 413 ſq. et 470 ſq. x) Lünigs R. A., T. XXIII. p. 1556. n. 3. y) *Senckenberg* l. c., T. II. L. VII. n. 30. p. 643 ſqq. et T. I. L. III. n. 29. p. 237 ſqq. z) *de Ludewig* Rel. MſſT., T. X. L. II. n. 30. p. 201 ſqq.

Montfort [a]), gleichfals das Stadtrecht. Auch K. Wenceslaus ertheilte, im J. 1395., dem Biſchof von Speyer, auf ſeine Bitte, die Erlaubnis, ſeinen Flecken Deidesheim zu einer Stadt zu machen [b]). Es iſt aber nicht in Abrede zu ſtellen, daß in dieſen Zeiten auch verſchiedene Churfürſten und Fürſten, ja ſogar auch einige Grafen, ſich des Rechts bedient haben, das Stadtrecht einigen Dörfern und Flecken in ihren Ländern zu ertheilen, ohne daß hierüber eine kayſerliche Vergünſtigung oder Beſtätigung bis itzo zum Vorſchein gekommen wäre. Dergleichen Beiſpiele hat Pfeffinger in groſſer Menge geſammelt [c]), welche man bey ihm nachſehen kan.

In den damaligen Zeiten, zumal noch vor Erfindung des Pulvers und der Canonen, waren alle Städte, weil ſie mit Mauren, Wällen, Graben umgeben waren, als Feſtungen anzuſehen. Mithin iſt ſich nicht zu wundern, warum zu Anlegung neuer Städte, oder zu Befeſtigung offener Oerter, die Einwilligung und Erlaubnis des Kayſers, als des oberſten Regentens in Teutſchland, muſte eingeholt werden. Allein bey dem verwirrten und unruhigem Zuſtande des Teutſchen Reichs in unſerm Periodus, und bey dem öfters ſehr gefallenem Anſehen einiger Kayſer, nahmen ſich nicht nur manche Fürſten und Stände, ſondern auch ſogar dieſer ihre Vaſallen und Landſtädte, vieles bisweilen heraus, wozu ſie nach den Grundſätzen eines wohl eingerichteten Staats oder Landesregierung nicht befugt geweſen wären. Der landſäßige Adel befeſtigte nicht ſelten, ohne Erlaubnis, ja wohl wider Willen ſeines Landesherrns, ſeine Wohnungen, und

a) *Glafey* l. c., n. 184. p. 278 ſq. b) Künigs R. A., T. VII. in der 3. Fortſetz. p. 260. c) *l. c.*, T. III. p. 146-163. *paſſim.*

und machte ſie dadurch vor Erfindung des Pulvers öfters unüberwindlich. Manche Landſtädte ſind gleichfals nicht von ihren Fürſten und Landesherren, ſondern von ihren Bürgern ſelbſt befeſtiget worden. Wir wollen nun alſo wegen der Aehnlichkeit die Materie vom Feſtungsrechte mit der vom Stadtrechte verknüpfen, und einige Anmerkungen von jenem aus unſerm Periodus beibringen.

Feſtungen in einem Lande, ohne Einwilligung des Landesherrn, anzulegen, wurde von den Kayſern ſelbſt, ſchon zu Anfang unſers Zeitraums für eine unerlaubte Sache angeſehen, und dafür durch Urtheil und Recht erkannt. Bereits im J. 1279. fällte K. Rudolf der *I.*, auf Anſinnen des Marggraf Heinrichs von Hachberg, folgenden Rechtsſpruch: QVOD NVLLVS *homo, qualiscunque conditionis fuerit*, IN *alicuius* COMITIS COMICIA CASTRVM *vel* MVNICIONEM *aliam qualemcunque erigere ſive* CONSTRVERE DEBEAT, NISI *prius ipſius* COMITIS *ſuper eo requiſito* BENEPLACITO *et* OBTENTO d). Auch K. Adolf der *I.* machte, im J. 1291., zu Nürnberg, die Verordnung: *quod nulli licitum ſit, munitionem erigere de novo in Comitatu alicuius Comitis, niſi petita eius licentia et obtenta. Si autem Comes,* (heißt es weiter,) *alicui, aedificanti munitionem, praeſtitit patientiam, quousque aedificaretur munitio, et paſſus eſt, Dominum eius tamdiu pacifice poſſidere, donec ſecundum Terrae conſuetudinem, praeſcriberentur alia bona, contra Comitem, vel alium quemcunque; quod poſtea non poteſt impeti a Comite ſuper aedificio praelibato* e). Ferner heißt es in der von K. Ludewig dem *IV.*, im J. 1332., geſchehenen Generalbeſtätigung der Privilegien

d) *Schoepflin* l. c., T. V. n. 164. p. 273.
e) *Goldaſti* Conſtitut. imp., T. I. p. 315.

gien des Erzſtiftes Trier: *Item firmiter inhibemus, - - - ne quisquam aliqua fortalitia munitiones aut caſtra, infra leucam unam a locis iurisdictionis aut diſtrictus Archiepiſcopi et Eccleſie Trevirenſis, - - -* SINE EXPRESSO CONSENSV SVO, *erigere, collocare vel facere valeat ſeu audeat in futurum* etc. f). Dieſes beſtätigte K. Carl der *IV.* dem Erzſtifte Trier, in der demſelben, im J. 1376, ertheilten *Pancharta*, faſt mit eben dieſen Worten, doch mit dem merkwürdigen Zuſatze: *et id ipſum Nobis et noſtris Succeſſoribus eſſe volumus interdictum.* Hiernächſt legte er noch auſſerdem auf diejenige, welche ſolchem Verbote zuwider leben würden, eine Strafe von 50. Mark löthigen Goldes, und erlaubte dem Churfürſten von Trier, ſolche ohne ſeine Bewilligung errichtete Feſtungen und Schlöſſer zu zerſtören, und der Erde gleich zu machen g). Hieher gehören auch die Privilegien, welche einige Reichsſtädte von den Kayſern erhalten haben, daß nehmlich in einem gewiſſen Bezirke, rings um die Stadt, keine neue Stadt, Markt, Veſten, Schloß, Burg, bürgerlich Gebäu oder Feſtung mit Mauren und Gräben ſolte können erbauet und aufgerichtet werden. Man kan davon die Exempel von Frankfurt, Speyer und Nürnberg bey dem Pfeffinger nachſehen h).

Da nun alſo zu Erbauung oder Anlegung einer neuen Feſtung oder Schloſſes, die Einwilligung des Landesherrn, nach der Regel, erfordert wurde; ſo will ich, zu Beſtärkung dieſes Satzes, einige wenige Exempel von dergleichen landesfürſtlichen Bewilligungen anführen. H. Albrecht der *I.* von Oeſterreich erlaubte, im J. 1293., Conraden von Potendorf

f) *ab Hontheim* l. c, T. II. n. 642. p. 121.
g) *Idem* ibidem, T. eod. n. 746. n. 270. a.
h) *l. c.*, T. IV. p. 59 ſq.

tendorf ſein Schloß bey **Ebenfurt** wieder aufzubauen und zu befeſtigen i). Schon einige Jahre vorher, nehmlich im J. 1287., hatte **Albrecht** der **Unartige**, Landgraf von Thüringen, dem Churfürſten von Maynz, **Heinrich**, vergönnt: *ut - - in terminis Lantgraviatus - - Thuringici licite poſſit* CASTRA, MVNICIONES, *Poſſeſſiones et bona alia emere ſibi et Eccleſie Moguntine;* FIRMARE *ac* DE NOVO EDIFICARE MVNICIONES *easdem in omnibus et ſingulis feudis, bonis et poſſeſſionibus, quos vel quas iam tenet et habet Eccleſia Moguntina; vel quos ſeu quas in futurum emerit, ſeu acquiſiverit quoquo modo, ubicunque et quandocunque ſibi videbitur expedire* k). Endlich kan auch der Gunſtbrief bemerkt werden, welchen Landgraf **Friedrich** der **Ernſthafte** von Thüringen, im J. 1324, dem Grafen **Heinrich** dem ältern von Schwarzburg ertheilt hat, in ſeinem Dorfe **Plauen** eine **Veſte** bauen zu dörfen l).

Daß inzwiſchen auch die **Kayſer** einigen **Reichsſtänden**, in **unſerm Periodus**, die Erlaubnis gegeben haben, in ihren Ländern neue **Feſtungen** anzulegen, davon hat bereits **Pfeffinger** verſchiedene Exempel beigebracht m). Selbigen will ich noch folgende beifügen. **K. Rudolf** der *I.* erlaubte, im J. 1290., dem Biſchof **Otto** von Paderborn, daß er in ſeinem Hochſtifte zwey **Feſtungen** ſolte erbauen können n). Eben derſelbe vergönnte, im J. 1291., dem Graf **Rainalden** von Geldern in der **Velau** eine **neue Stadt** oder Feſtung

i) *de Ludewig* l. c., T. IV. L. V. n. 12. p. 268.
k) *de Gudenus* l. c., T. I. n. 387. p. 819 ſq.
l) Lünigs R. A., T. XI. p. 283. n. 181. m) in *Vitriario illuſtr.*, T. IV. n. 58. n) *Schateni* Annal. Paderborn., P II. L. XII. ad a. 1290. p. 169.

ſtung anzulegen, und ich will aus der königlichen Urkunde, welche nachmals im J. 1295. K. Adolf beſtätigt hat, um ſo mehr die eigene Worte anführen, weil ſelbige meine gleich anfangs gemachte Anmerkung beſtärken, daß man in dieſen Zeiten die Städte und Feſtungen für einerley gehalten hat. Es heißt aber daſelbſt: *Nos - - - authoritate regiae maieſtatis ei* (ſcil. RAINALDO, Com. Gelriae,) - - *indulgemus, quod apud* Veluam *loco, qui dicitur* Stavera, NOVAM MVNITIONEM SIVE NOVVM OPIDVM *de novo aedificare valeat et firmare* etc. o). K. Carl der *IV.* erlaubte, im J. 1355., dem Teutſchen Orden: *ut Opidum Protſelden muris, foſſatis et ceteris univerſis et ſingulis munimentis, quibus cetera Opida fortificari ſunt ſolita, firmiter munire - - plenariam habeat facultatem* p). Dem Abt zu Herrenalb befal ſogar K. Ruprecht im J. 1403., daß er ſein Kloſter mit Mauren, Thürmen, Graben und andern Befeſtigungen verwahren ſolle, welchen Befehl nachmals K. Sigmund, im J. 1415., in eine Erlaubnis verwandelte, und es dem freien Willen des Abtes überließ, ob er ſein Kloſter befeſtigen wolte q). Und eben dieſer Kayſer ertheilte, im J. 1414., eine ähnliche Vergünſtigung dem Grafen Leonhard von Caſtell, daß er nehmlich Groſſen-Lanckheim mit Thoren, Mauren, Thürmen, Erckern, Gräben und andern Gebäuden ſolte befeſtigen und bewahren dörfen r).

Faſt eine gleiche Bewandnis hat es auch mit dem Rechte, Jahrmärkte und Wochenmärkte

zu

o) *Pontanus* l. c., L. VI. p. 168. p) *de Gudenus* l. c, T. III n. 270. p. 385 ſq. q) *Beſoldi* Docum. rediv. Monaſter. Wirtemberg., p. 171 ſq. n. 19 et p. 175 ſq. n. 21. r) Lünigs R. A., T. XXII. p. 64. n. 17.

zu verleihen. Sowohl die **Landesherren** privilegirten damit ihre **Landſtädte**, als auch die **Kayſer** gaben darüber Privilegien nicht nur an **Reichsſtädte**, ſondern auch an andere **Reichsſtände** für deren **Municipalſtädte**. Bey dem **Pfeffinger** s) kan man von dieſer, und bey dem **Horix** t) von jener Art Privilegien eine gute Anzal aufgezeichnet finden, zu welchen ich nur noch einige wenige Exempel bemerken will. Im J. 1324. verlieh **K. Ludewig** der *IV.* dem **Heinrich** von **Salach** einen **Wochenmarkt** in ſeinem Dorfe **Neüslingen**, und dem Wildgrafen **Georg** erlaubte er, in ſeinem Dorfe **Weſthoven** alle Dienſtage einen **Wochenmarkt** zu halten u). Nachmals und im J. 1331. gab er der Stadt **Hamelburg** im heutigen **Hochſtifte Fulda**, bey ſeinem daſigen Aufenthalte ein Privilegium über einen **gefreyten Jahrmarkt** v); hingegen hob er im J. 1346. den bisherigen **Jahrmarkt** zu **Kaufbeuren** auf w). **K. Carl** der *IV.* beſtätigte im J. 1356. der Stadt **Coblenz** ihr Privilegium über einen **Jahrmarkt** x), und im J. 1360. ertheilte er dem **Biſchof** von **Eichſtedt** die Freiheit, einen **Jahrmarkt** zu **Eichſtedt** anzulegen y). Eben derſelbe verlieh im J. 1356. dem Dorfe **Schotten** auf den **Montag**, und dem Dorfe **Geudern** auf den **Dienſtag** einen **offenen Wochenmarkt**,

 welchen

s) *l. c.*, T. III. p. 179-184. et 190 ſq. t) Io. *Horix* Diſſ. (Praeſ. Io. Phil. *Hahn*) de iure inſtit. nundinas in I. R. G.; (Mogunt., 1752. 4.) c. 3. §. 21. p. 72 ſq. u) *Berth.* de *Tuttlingen* Regeſt. diplomat. Ludov. Bav. Imp., ap. *Oefelium* l. c., T. I. p. 746. b. et 748. v) Lünigs R. A., T. XIX. p. 933. w) *Idem* ibidem, T. XIII. p. 1253. n. 6. x) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 693. p. 197. y) *de Falckenſtein* Cod. Nordgav. dipl., n. 249. p. 195.

welchen beiden Oertern er damals zugleich, bereits bemerkter maſſen, **Stadtrechte** ertheilte z).

Was einige Beiſpiele von **Fürſten** und andern **Reichsſtänden** anbelangt, welche ihren **Landſtädten** ꝛc. **Jahrmarkts- und Wochenmarkts-Gerechtigkeiten** verliehen haben; ſo iſt wohl eines der älteſten in **unſerm Periodus** dasjenige, da **Heinrich**, Herr von **Homburg**, im J. 1287., ſeiner Stadt **Bodenwerder** einen **freyen Jahrmarkt, zweymal im Jahr**, gegeben hat a). Biſchof **Gottfried** von Würzburg gab, im J. 1318., dem Marktflecken **Burgbernheim** ein Privilegium über einen **Jahrmarkt** b). Ein ähnliches Privilegium bekam, im J. 1409., die Stadt **Pirna** von ihrem Landesherrn, Marggraf **Wilhelm** dem **Reichen** von Meiſſen c), und Churfürſt **Friedrich** der *I.* von Brandenburg ertheilte dem in ſeinen **fränkiſchen Fürſtenthümern** gelegenem Landſtädtgen **Uffenheim** die Freiheit, **viermal im Jahr** einen **Jahrmarkt** zu halten d). Von den **Grafen** von **Würtenberg** aber bemerkt der berühmte neuere Würtembergiſche Geſchichtſchreiber, der Herr Geheime Archivarius **Sattler**, daß dieſelben, ſchon im 14. und 15. Jahrhundert, ihren **Landſtädten** Privilegien über **Wochenmärkte** verliehen haben e). Endlich will ich auch noch aus des **Veit Marthalers**, aus guten Nach-

z) *Senckenberg*, l. paulo ante *nota y*) cit.

a) *Ius municipale Bodenwerder.*, in *Origg. Guelf.*, T. IV. p. 496. a. *in nota*.

b) Gött. Gel. Anzeigen vom J. 1753., n. 31. p. 286.

c) Horns Leben Churf. Frider. Bellicoſi, Sect. II. §. 4. p. 37 ſq.

d) Jac. Friedr. Georgii Uffenheim. Nebenſtunden, P. I. (Schwabach, 1740. 8.) §. 7. p. 57 ſq.

e) Sattlers Geſch. des Herzogth. Würtenberg unter den Graven, P. V. in den Beylagen, n. 57-59. p. 313 ſqq.

Nachrichten zuſammen getragenen, aber noch ungedruckten, **Ulmiſchen Hauschronik** den beſondern, in dieſe bisherige Materie einſchlagenden, Umſtand anführen, daß die Stadt **Ulm**, nachdem ſie in den Jahren 1377. und 1383., das Schloß und Städtgen **Albegg**, mit der dazu gehörigen Herrſchaft, an ſich gekauft, den zu **Albegg** geweſenen **Wochenmarkt** nach **Ulm** ſoll verlegt, zugleich auch das zu **Albegg** befindliche **Kaufhaus**, die **Waag** und das **Kornhaus** daſelbſt abgebrochen, und ſie gleichfals in **Ulm** wieder aufgerichtet haben.

Mit den **Wochen- und Jahr-Märkten** muß man die **kayſerliche gefreyte Reichsmeſſen** nicht vermiſchen. Jene werden zwar auch bisweilen in den Privilegien **Meſſen** genannt, und es konnten auch **Fürſten** und **Stände**, wie aus den angeführten Exempeln zu erſehen, ſelbige in ihren Ländern anlegen; allein in ſolchem Falle giengen die ihnen verliehene Privilegien nicht weiter, als ſich das Gebiet des Landesherrn erſtreckte. Hingegen die Privilegien der **kayſerlichen gefreyten Reichsmeſſen** hatten ihre Würkung durch das ganze **Teutſche Reich** f). Die berühmte **Frankfurter Reichsmeſſe** iſt uns ſchon aus dem **vorigen Periodus** bekannt g). Selbige iſt in unſerm itzigen Zeitraume von verſchiedenen **Kayſern** beſtätigt worden, und **K. Ludewig** der *IV.* hat, im J. 1330., der **Stadt Frankfurt** über die alte **Herbſtmeſſe** noch eine **neue** und zwar entweder in der **Faſten**, oder auf eine andere Zeit im Jahr, die der **Stadt** am bequemſten wäre, aus kayſerlicher Gewalt verliehen, welche vierzehn Tage lang dauern, und eben die Rechte

f) Iac. *Wenckeri* Diſſ. de ſollennibus in Germ. Nundinis, et de Nundinis Argentoratenſibus; (Argentor., 1754. 4.) §. 6 ſqq. p. 7 ſqq. g) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 451.

Rechte und Freiheiten, welche der erſte alte Markt oder Meſſe hat, genieſſen ſolle. Hernach hat K. Ludewig der *IV*. in einer andern Urkunde vom J. 1332. erklärt, wie es zu verſtehen, wenn einigen andern Städten eben ſolche Marktfreiheit, gleich Frankfurt, gegeben worden. Und endlich hat er durch einen neuen Gnadenbrief vom Jahr 1337. der Stadt Frankfurt die Zuſage gethan, weder Maynz, noch andern Städten, einige Märkte oder Meſſen zu geben, welche den beiden frankfurtiſchen ſchädlich wären. Dieſe Privilegien K. Ludewigs und die von ihm verliehene neue Meſſe ſind hierauf von allen folgenden Kayſern beſtätigt worden. Dergleichen Beſtätigung über ihre Meſſen würkte die Stadt Frankfurt auch bey einigen Päbſten aus, welches wegen der in ihrer Stadt befindlichen Geiſtlichen und Ordensleute, in den damaligen Zeiten, für nöthig gehalten wurde. Allein ohngeachtet der von den Kayſern und Königen erhaltenen erſtgedachten Privilegien, haben doch die Maynzer die Frankfurter Meſſe bisweilen angefochten, und ſelbige in ihre Stadt zu ziehen geſucht. Es hat aber die Stadt Frankfurt ſich ſolchem Beginnen der Maynzer, und auch anderer Städte, jederzeit ernſtlich widerſetzt, und iſt von den Kayſern bey ihren wohlhergebrachten Rechten und Freiheiten in Anſehung ihrer beiden Meſſen geſchützt worden. Die Dauer der Meſſen war in den ältern kayſerlichen Privilegien auf vierzehn Tage geſetzt. K. Wenceslaus aber hat ſelbige, im J. 1384., auf vierzehn Tage verlängert; jedoch ſolches nachher, im Jahr 1394., wieder aufgehoben, und die Meſſen auf die alte Zeit, in Anſehung des Anfanges, Ausganges und der Dauer, verlegt h).

Die

h) S. die eben daſelbſt in der Note u) angeführte Schriftſteller, beſonders Orthen, Sect. I.

Die Stadt Straßburg erhielt gleichfals von K. Ludewig dem *IV.*, im J. 1336., ein Privilegium über eine kayſerliche gefreyte Reichsmeſſe, welche 14. Tage vor Martini anfangen, und bis 14. Tage nach Martini dauern ſolte. Die K. Wenceslaus, Sigmund und Friedrich der *III.* haben das erwähnte Privilegium zu wiederholtenmalen beſtätigt. Der zweite von ihnen hat, im J. 1414., die Zeit der Meſſe auf 14. Tage vor- bis 14. Tage nach Johannis des Täufers Tag verlegt, auch nachmals ſelbige, durch eine neue Urkunde vom J. 1436., auf 8. Tage vor- bis 8. Tage nach gedachtem Feſttage eingeſchränkt i). Hamburg hatte zwar ſchon von Alters her zwey Jahrmärkte, welche der Stadt von den Grafen von Holſtein waren gegeben, und derſelben, auf Bitte Graf Adolfs von Holſtein, bereits im J. 1232., von K. Friedrich dem *II.* beſtätigt worden. Allein K. Carl der *IV.* ertheilte, im J. 1365., der Stadt Hamburg ein Privilegium über eine kayſerliche befreyete Reichsmeſſe, die jährlich 14. Tage vor Pfingſten ihren Anfang nehmen und bis 8. Tage nach dieſem Feſte währen ſolte k). Eines Nördlingiſchen Jahrmarktes gedenkt ſchon K. Friedrich der *II.* in einem der Stadt Nürnberg, im J. 1219., gegebenem Gnadenbriefe l). Es hat aber nachher K. Sigmund dieſen von uralten Zeiten hergebrachten freyen Jahrmarkt, im J. 1434., zu einer befreyten kayſerlichen Reichsmeſſe erhoben, welches K. Friedrich der *III.*, in den J. 1463. und 1479., beſtätigt hat ll). Und Frankfurt

i) *Winckeri* Diſſ. modo cit., §. 16. p. 19 ſq. k) Lünigs R. A., T. XIII. p. 923. n. 5. et p. 939. n. 34. l) *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 178 ſq. ll) Lünigs R. A., T. XIV. p. 19. 30. et 39. n. 26. 37. et 39.

furt an der Oder ſoll ſein Meßprivilegium ſchon von K. Albrecht dem *I.* erhalten haben m), welches Vorgeben ich aber an ſeinen Ort geſtellt ſeyn laſſe. Endlich die Leipziger Meſſen betreffend, ſo hat daſelbſt ſchon von langen Zeiten her die Handlung geblühet. Bereits Marggraf Conrad der Groſſe von Meiſſen legte zu Leipzig einen Salz- und Korn-Markt an. Hernach hat deſſen Sohn, Marggraf Otto der Reiche daſelbſt zwey Jahrmärkte, den erſten auf den Sonntag Jubilate, und den andern auf den Sonntag nach Michaelis, verordnet. Das darüber ertheilte Privilegium hat ſein Sohn, Marggraf Albrecht, im J. 1190., beſtätigt und erweitert, und es iſt bekannt, daß noch heutiges Tages die berühmten Leipziger Meſſen auf dieſe Tage ihren Anfang nehmen. Endlich hat auch Churfürſt Friedrich der *II.* von Sachſen die Neu-Jahrsmeſſe angerichtet. Allein dieſes *alles* waren zwar berühmte, jedoch nur fürſtliche oder churfürſtliche Jahrmärkte, deren Rechte und Freiheiten ſich nicht durch das ganze Reich erſtreckten. Dieſes mag dann Churfürſt Ernſten von Sachſen, und ſeinen Bruder, den H. Albrechten, bewogen haben, daß ſie über ihre Landesfürſtliche Jahrmärkte bey dem Kayſer um ein Privilegium anſuchten. Ihr Oheim, K. Friedrich der *III.* willfahrte ihnen hierunter gerne, und beſtätigte im J. 1466., und hernach noch vollkommener, mit der Erſtreckung auf das Stapelrecht, im J. 1469., die Neu-Jahrsmeſſe, worauf dann K. Maximilian der *I.*, im J. 1497., ſolche Beſtätigung erneuert,

m) *Pfeffinger* l. c., T. III. p. 193. a nota a). Sed cf. Wolfg. Jobſtens Beſchreib. der Stadt Frankfurt an der Oder, mit Joh. Chph. Beckmanns hiſtor. Acceßionen; (Frankf. an der Oder, 1706. fol.), in dieſen cap. X. §. 7. p. 83.

erneuert, und auch auf die beide andere, nehmlich die Jubilate- und Michaelis-Meſſen, erweitert hat. Auf ſolche Art haben endlich, nach meiner Meinung, die Leipziger Meſſen die Rechte und Freiheiten kayſerlicher befreyeter Reichsmeſſen erhalten n).

Es verbot zwar ſchon K. Rudolf der I., im Würzburger Landfrieden vom J. 1287., daß keiner ſich einer Geleitsgerechtigkeit anmaſſen, und Geleitsgelder fordern und nehmen ſolte, er hätte dann das Geleit von dem Reiche, wie dann auch niemand, bey Strafe der Acht und des Bannes, ein neues Geleit einführen ſolte o). Allein das ſo ſehr überhand genommene Fauſtrecht machte eines Theils die Geleite immer nothwendiger, andern Theils bedienten ſich auch viele Stände des damaligen verwirrten Zuſtandes unſers Reichs, und des öfters ſchwankenden Anſehens unſerer Kayſer und Könige, um noch einige neue Geleite einzuführen. Manche mächtigere Reichsſtände brachten bey der Gelegenheit die Geleitsgerechtigkeit durch ihrer ſchwächern Nachbarn Länder, entweder durch Verträge, oder durch ein Herkommen an ſich. Dann ſo hat z. E. der Churfürſt von Maynz das Geleite die Bergſtraſſe herunter durch einen Theil des Darmſtädtiſchen; der Churfürſt von Pfalz durch einen groſſen Theil ſeiner Nachbarn länder, der H. von Würtenberg durch die Stadt Schwäbiſchgemünd und durch das Gebiet der Reichsſtadt Eßlingen, und die Landgrafen von Heſſen durch die Wetterau, ande-

n) Io. Iac. *Maſcovii* Diſſ. de iure Stapulae ac Nundinar. Civit. Lipſiae; (Lipſ., 1738. 4.) § 17 ſq. p. 25 ſqq., ibique *citati*. o) Würzburg. Landfried. vom J. 1287., § 20 ſq., in der N. Samml. der R. A., P. I. n. 17. p. 35. b.

anderer Exempel nicht zu gedenken [p]). Um den Churfürſten zu ihrer Reiſe nach der Wahlſtadt alle Sicherheit zu verſchaffen, ohne daß ſie künftig unter ſolchem Vorwande mit ganzen Armeen, wie vormals, auf den Wahltag ziehen dörften, verordnete K. Carl der *IV.* in der G. B., daß alle und jede Stände, bey der ſchweren Strafe des Meineides, der Verwürkung ihrer Lehen und Vorrechte, und der Acht und Oberacht, einem jeden zu- und von der Wahlſtadt ziehendem Churfürſten oder deren Bottſchafter ein ſicheres Geleit durch ihre Länder und Herrſchaften leiſten ſolten. Er ſchrieb zugleich einem jeden Churfürſten die nächſten Wege nach der Wahlſtadt vor, und benannte auf ſolchen Straſſen ausdrücklich diejenige Geleitsherren, durch deren Gebieter und Oerter der Churfürſt zu reiſen hätte [q]). Eben dieſer Kayſer beſtätigte, im J. 1354., dem Erzſtifte Trier die Gerichtsbarkeit, und Geleitsgerechtigkeit, ſo daſſelbe auf der Moſel hatte [r]). Und im J. 1357. erlaubte er dem Heinrich Beyer von Boppart und dem Curne von Sterremberch, daß ſie, wegen einer ihm zurückgegebenen Schuldverſchreibung von 500. kleinen Gulden von Florenz und 200. Schilden, zwiſchen Cöln und den vier Wetterauiſchen Städten, auf der Landſtraſſe, welchem Herrn ſie auch zugehören möchte, einen Engliſchen von einem jeden Pferde, die Laſt oder Kaufmannſchaft üben und führen, zum Geleitsgelde ſo lange *ſolten* nehmen können, bis obiger Schuldpoſt gänzlich getilgt wäre [s]).

Bey

p) *Engelbrecht* de ſervitut I. P., Sect. II. membro II. §. 15. p. 127 ſqq et *ibi* allegati. q) *A B.*, Tit. I. §. 1-17. r) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 678. p. 177 ſqq. s) Goldaſts R. Handlungen, p. 22.

Bey der Materie von dem *Iure collectandi* der Reichsſtände, oder ihrem Rechte, von den Unterthanen Steuren, Schatzungen, Landbeeden u. ſ. w. zu erheben, kan ich meine Leſer auf diejenige allgemeine Anmerkungen verweiſen, die ich hievon bereits im zweiten Abſchnitte des vorigen Periodus gemacht habe, weil ſie nehmlich durchgehends auch auf unſern itzigen Zeitraum paſſen t). Es wurden nehmlich in demſelben die Teutſchen Unterthanen vielfältig mit allerhand Arten von Steuren und Abgaben, die theils ordentlich, theils auſſerordentlich waren, belegt, wovon auch öfters nicht einmal die Geiſtlichkeit, noch weniger ihre Unterthanen befreiet waren. Ich will zum Beweis meine Leſer nur auf die von dem berühmten Herrn Vicekanzler Struben u) angeführte häufige und auserleſene Exempel verweiſen, und ſelbigen nur dieſes beifügen, daß H. Otto von Niederbayern dem in ſeinem Lande gelegenem Kloſter Meeten, im J. 1293. einen dreyjärigen Erlaß von allen Steuren hat angedeyhen laſſen v). Die Städte muſten an ihre Landesherren järlich gewiſſe Steuren entrichten, welche Woet- oder Grund-Zins, Orbede oder Urbete u. ſ. w. hieſſen w). Auſſerdem bezalten die Bürger järlich den Schoß,

t) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 452. f., und beſonders die daſelbſt in der Note w) angezeigte Autoren. u) in den Nebenſtunden, P. II. n. 9. §. 3. p. 343 ſqq. v) *Supplem. Buſchianum*, ſ. Centuria II. Monaſter. Germ. é *Caſp. Bruſchii* MS. edit. a Dan. *de Neſſel*, in Mich. *Kuen* Collect. Scr. rer. hiſtor. monaſt. eccleſiaſt., T. II.; (Ulmae, 1756. fol.) p. 84 ſq. w) Struben *l. c.* §. 4. p. 356 ſqq. Cf. *Eiusdem* Obſſ. Iur. et Hiſt. Germ., *in calce* Tr. de iure Villicorum, Obſ. 3. §. 2 ſq. p. 87 ſqq.

Schoß, welcher von der Stadt-Obrigkeit eingenommen, zu gemeinen Ausgaben der Stadt verwandt, und von der Stadtkämmerey berechnet wurde x). Deswegen heißt es in dem uralten Municipal-Rechte der Stadt Bodenwerder vom J. 1287. y): *Si quis convictus fuerit, penſionem, que* SCOTH *vocatur, debitam non dediſſe, nulli ſuper eo, ſed* SOLIS CONSVLIBVS RESPONDEBIT.

Wenn es die gemeine Wolfarth erforderte, oder der Landesherr die Regierungslaſten aus ſeinen Kammergütern allein nicht tragen konnte; ſo belegte man die Länder mit auſſerordentlichen Steuren. Dergleichen ungewöhnliche Steuer war z. E. die Klauenſteuer, welche Churfürſt Rudolf von Pfalz, im J. 1304., auf alles Vieh in ſeinem Lande legte z). Es gehört hieher auch das ſogenannte Umgeld, welches auf den Wein und anderes Getränke, oder auch auf Korn und andere Viktualien, gelegt war, aber eigentlich Ungelt heißt, und davon ſeinen Namen hat, weil es eine ungewönliche Abgabe, *Pecunia indebita*, war a). Man hatte den Namen und die Sache ſchon im vorigen Periodus in verſchiedenen Teutſchen Provinzen und Städten. Z. E. in dem Vergleiche zwiſchen dem Biſchof und der Stadt Augſpurg vom J. 1254. geſchieht bereits des Ungeldes Meldung, welches nachher der Biſchof Hartmann, im J. 1270. an die Stadt verkauft hat. Sein Nachfolger, B. Wolfhart, beſtätigte ſolchen Verkauf im J. 1290., und dung ſich dabey nur dieſes aus, daß er, nebſt ſeinem Hofgeſinde und Cleri-

x) S. Hannover. Beyträge zum Nutzen und Vergnügen, P. II. n. 29. 30. et 38. p. 449 ſqq. et 593 ſqq. y) *Origg. Guelf*, T. IV. p. 406. a. in der Note. z) Fuggers Oeſterreich. Ehrenſpiegel, L. II. c. 8. n. 6. p. 227. a) *Haltauſii* Gloſſar. German. med. aevi, p. 1933 ſqq.

Cleriſey, von dem Ungelde befreyet ſeyn ſolte b). Felix Fabri will in ſeinem noch ungedruckten *Tractatu de Civitate Ulmenſi*, welcher ein Stück von dem dritten Theil ſeines gleichfals noch ungedruckten *Evagatorii* iſt, verſichern, daß das Wort: Umgeld oder Ungeld zuerſt in Schwaben, nach dem J. 1177., zu Reutlingen unter dem gemeinen Mann entſtanden ſey. Ich laſſe nun zwar dieſes Vorgeben des Felix Fabri auf ſeinem Wehrt und Unwehrt beruhen, kan aber hiebey nicht bergen, daß ich mich nicht erinnere, das Wort: Ungeld, in einer in Teutſchland ausgefertigten Urkunde vor den Zeiten K. Friedrichs des *I.* gefunden zu ha-haben. Unter demſelben aber treffe ich es zuerſt an in deſſen, im J. 1189., der Stadt Hamburg gegebenem Privilegium, wo es heißt: *mercatores liberi ſint ab omni teloneo et* VNGELD *exactione* c). In Oeſterreich ſoll das Ungeld erſt im J. 1359. aufgekommen ſeyn d). Zwiſchen den J. 1436. bis 1444. aber hieß das Wein-Umgeld zu Straßburg der Helbeling-Zoll e). Wir finden auch ſchon etwas von der Acciſe, da nehmlich Churfürſt Johannes von Trier, im J. 1462., ſich mit Bürgermeiſter und Rath der Stadt Coblenz verglichen hat, auf alle und jede Waaren, die in- und vor der Stadt, auf dem Rhein oder der Moſel, verkauft würden, eine gemeynd Zyſe zu legen, damit die Stadt Coblenz künftig deſto beſſer im Bau und Weſen erhalten werden könnte f).

b) von Stetten *l. c.*, P. I. c. 6. §. 2. 3. et 7. p. 72. 76. et 81. c) *Lambecii* Origg. Hamburg., L. I. p. 84. *edit. vet.* et p. 25. *edit Fabricianae*.. d) *Anonymi Tegernſeenſis* breve Chron. Auſtr. ad a. 1359; in *Pezii* Scr. Auſtr. T. II. p. 469. e) *Schoepflini* vindiciae Typograph., c. 2. §. 6. p. 17. nota s), in *Docum.*, n. 7. ſqq. p. 40 ſqq. f) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 850. p. 444.

Die Unterthanen, oder vielmehr die Landſtände, weigerten ſich indeſſen nicht ſelten, die von ihren Landesherren ihnen eigenmächtiger Weiſe aufgelegte Steuren und Abgaben zu entrichten, worüber dann zwiſchen den Herren und den Unterthanen öfters Streitigkeiten entſtanden, die bisweilen zu einem innerlichen Kriege ausſchlugen. Deswegen bemüheten ſich dann gemeiniglich die Fürſten, die Einwilligung der Landſtände zu dergleichen auſſerordentlichen Steuren auf Landtagen zu erhalten. Sie handelten darüber mit ihren Ständen, und verlangten ſie öfters nicht als eine Schuldigkeit, ſondern als eine freiwillige Beihülfe, ertheilten auch wohl darüber Reverſalen, und verſprachen, künftig das Land, ohne der Landſchaft Einwilligung, mit keinen Schatzungen zu beſchweren. Oder die Landesherren wandten ſich an den Kayſer, und würkten bey demſelben Erlaubnis aus, Steuren von ihren Unterthanen zu erheben, zumal wenn ſie keine Hofnung vor ſich ſahen, etwas in der Güte zu erhalten. Man kan dieſes alles mit verſchiedenen Exempeln bey dem Herrn Vicekanzler Struben beſtärkt finden g), welchen ich nur noch ein Paar hinzuſetzen will. Im J. 1361. bewilligte K. Carl der *VI.* dem Marggrafen von Baden, Rudolf dem Jüngern, daß er zu Pforzheim, ein Ungeld auf Korn und Wein legen könnte h). Und in den J. 1384. und 1385. gab K. Wenceslaus den Städten Gelnhauſen und Fridberg die Erlaubniß, ihre Renten und Gefälle nach Belieben zu mindern und zu mehren i). Uebrigens haben die

Huſi-

g) in den Nebenſtunden, P. II. n. 9. §. 8-10. p. 383 ſqq et P. IV. n. 22. §. 21. p. 56 ſqq. h) *Schoepflini* Hiſt. Zaringo-Badenſis, T. V. n. 274. p. 460 ſq. i) Lünigs R. A., T. XIII. p. 800. n. 37. et p. 743. ſq. n. 36.

Hußiten- und Türcken-Kriege die Steuren in Teutſchland vermehrt, und nachdem der *Miles perpetuus* aufgekommen, ſind ſie vollends zu einer unaufhörlichen Laſt worden, doch iſt davon der Adel in den meiſten Ländern befreyet geblieben [f]).

Den Reichsſtänden iſt es zu allen und jeden Zeiten erlaubt geweſen, zu ihrer Sicherheit und Vertheidigung unter ſich allerley Bündniſſe und Vereinigungen zu machen [l]), woferne ſolche nur nicht wider den Kayſer und das Reich waren, welche daher in den häufigen, aus unſerm Periodus noch vorhandenen Bündniſſen der Reichsſtände untereinander jederzeit pflegten ausgenommen zu werden. Die Kayſer befohlen wohl ſelbſt den Reichsſtänden, ſich mit einander zu verbinden [ll]). K. Ruprecht beſtand zwar auf dem, im J. 1406. zu Maynz gehaltenem Reichstage ernſtlich darauf, daß die Marbachiſchen Alliirten ihren Bund aufheben ſolten, weil ſie ſelbigen ohne ſeine und des Reichs Erlaubniß gemacht hätten, welches ihn düncke, wider ihn und das Reich zu ſeyn. Allein die Fürſten, Herren und Städte, die an dem Marbachiſchen Bunde Antheil hatten, behaupteten, daß ſie ihr Bündniß, Friedens und Schirmungs halber, und dem Reiche zu Ehren und Frieden, nicht aber wider daſſelbe errichtet hätten, mithin ſie um deſſen Beſtätigung, von Reichs wegen bitten wollten. Ja ſie rückten ſogar dem K. Ruprechten vor, daß er ſelbſt vor ſeiner Thronbeſteigung dergleichen Verbindungen gemacht hätte. Sie wolten auch die Frage in Anſehung des reichsſtändiſchen Rechtes, Bündniſſe unter einander

f) Strubens Nebenſtunden, P. II. n. 9. §. 12. ſqq. p. 405 ſqq. l) *Mascovii* Diſſ. de iure foederum in S. R. I., §. 24. p. 29. ll) *Datt* de Pace publ.. L. I. c. 11. n. 27. p. 77.

zu machen, durchaus nicht auf das Recht ſtellen laſſen, und äuſſerte beſonders der patriotiſche Marggraf Bernhard von Baden, daß er allenfals, über ſeine Privatſtreitigkeiten, mit dem K. Ruprecht wohl zu Rath werden wolte, woferne nur derſelbe ſeine Forderung, wegen Aufhebung des Bundes möchte fahren laſſen. Es muſte auch zuletzt K. Ruprecht würklich nachgeben, und den Reichsſtänden das Recht zugeſtehen, ohne beſondere Erlaubniß und Austrag des Reichs Bündniſſe und Einungen Friedens halber unter einander zu machen m).

Zu den von den Reichsſtänden unter einander geſchloſſenen Verbindungen gehören nun zuförderſt die unter ihnen errichteten Erbeinungen oder Erbvereinungen, von denen in dem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus verſchiedene ſind bemerkt worden. Beſonders hat K. Carl der *IV.* dergleichen mit den Herzogen von Oeſterreich, dem Churhauſe Brandenburg, und im J. 1372. mit den Landgrafen in Thüringen und Marggrafen von Meiſſen, Balthaſar und Wilhelm dem Einäugigen, geſchloſſen, welche nachher K. Albrecht der *II.* und ſeine Gemalin Eliſabeth im J. 1439. und K. Georg von Böhmen, im J. 1459. mit dem damaligen Churfürſten und den Herzogen von Sachſen erneuert haben n). Eben dergleichen Erbeinigung wurde, im J. 1403. zwiſchen den Landgrafen von Thüringen und Heſſen, ingleichen im J. 1445. zwiſchen dem Erbprinzen von Cleve, Johannes, und den Grafen

m) von Olenſchlagers N. Erläuter. der G. B., im Urk. Buche, n. 44. p. 112-116. *Schoepflin* l. c., T. VI. n. 322. p. 17. n) Müllers R. Tags Theatr. unter K. Friedr. V., P. I. 2. Vorſtell. c. 9. §. 2-10. p. 526.-545.

fen von der Lippe, Bernhard und Simon, ferner im J. 1487. zwiſchen den Häuſern Sachſen, Brandenburg und Heſſen, und endlich im J. 1491. unter einigen Grafen von Naſſau getroffen o). Die ſchon weiter oben p) umſtändlich bemerkten Churfürſten-Vereine, ſowol die allgemeine, als die beſondere oder Rheiniſche, ſind gleichfals ein Beweis von der Zuläßigkeit der Verbindungen unſerer Reichsſtände unter einander. Einzelne Bündniſſe dieſer oder jener Reichsſtände anzuführen, würde zu weitläuftig fallen, und es ſind deren genug in dem vorhergehenden hiſtoriſchen Abſchnitte bemerkt worden. Ich will alſo nur noch einige der gröſſern und merkwürdigſten Bündniſſe anführen, an welchen mehrere Reichsſtände Theil genommen, und die einen wichtigen Einfluß in unſern Reichsſtaat gehabt haben. Es gehören hieher beſonders der unter K. Carln dem *IV.*, im J. 1376. errichtete Bund der Schwäbiſchen Städte q). Ferner der unter K. Ruprecht, im J. 1405., zwiſchen verſchiedenen Fürſten, Grafen, Herren und Städten, geſchloſſene Marbachiſche Bund, deſſen ich allererſt gedacht habe r). Und endlich der unter K. Friedrich dem *III.*, und beſonders auf deſſen Betrieb, im J. 1488., getroffene Schwäbiſche Bund, durch welchen vornehmlich der Grund gelegt worden, daß nachmals K. Maximilian der *I.* den beſtändigen und allgemeinen Landfrieden, auf ſeinem erſten Reichstage zu Worms, im J. 1495., hat zu ſtande bringen können s).

 Unſere

o) *Pfeffinger* l. c., T. IV. p. 220-225. ibique *citatos*. p) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 232-239. q) S. im vierten Bande des Auszuges S. 30. ff. r) in eben dieſem Bande, S. 426. ff. s) Eben daſelbſt im ſiebenten Bande, S. 410. ff.

Unſere Reichsſtände begnügten ſich aber nicht blos damit, Bündniſſe unter ſich zu errichten, ſondern ſie ſchloſſen dergleichen auch mit Auswärtigen. Aufmerkſame Leſer meiner Reichshiſtorie werden dergleichen verſchiedene in dem hiſtoriſchen Abſchnitte dieſes Periodus bemerkt haben; ich will doch aber einige derſelben kürzlich anzeigen. Im J. 1397. machten die Churfürſten von Cöln und Pfalz mit dem K. Richard von Engelland ein Bündniß, welches aber nur für einen Subſidientraktat kan angeſehen werden ss). Von gröſſerer Wichtigkeit war die Allianz, welche Marggraf Bernhard der *I.* von Baden, im Jahr 1401., mit dem H. Ludewig von Orleans errichtete t). Nachher haben auch im J. 1444. der Churfürſt Jacob von Trier tt), und in eben demſelben Jahr der Churfürſt Friedrich von Sachſen, und ſein Bruder, H. Wilhelm, mit K. Carln dem *VII.* ein Bündniß getroffen u). Endlich gehört auch noch hieher die Allianz, welche H. Albrecht der *IV.* von Bayern zu München, im J. 1472., mit dem K. Caſimir von Pohlen gemacht hat v).

Das Recht und die Befugniß, Krieg zu führen kam zwar eigentlich nur allein dem höchſten Oberhaupte des Reichs zu; aber die Reichsſtände maßten ſich deſſen, in den damaligen geharniſchten Zeiten, gewiſſer maſſen doch auch an, da nehmlich die Befehdungen unter ihnen nicht nur ſehr gewönlich und häufig, ſondern auch gleichſam von Rechtswegen zugelaſſen waren. Man kann

zwar

ss) *Rymeri* Acta Angl., T. III. P. IV. p. 228. et 230.
t) *Schoepflin* l. c., T. II. L. IV. Per. IV. c. 1. §. 19. p. 84 ſq. tt) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 815-817. p. 397-401. u) *Du Mont* l. c., T. III. P. I. n. 88. p. 127. v) *Specim. Diplomatar. Bojoar*, ap. *Oefelium* l. c., T. II. p. 249 ſqq.

zwar freilich nicht alle dergleichen Befehdungen für förmliche Kriege ausgeben; allein einige derſelben dauerten ſo lange, und wurden mit ſo vielem Eifer und Nachdruck geführt, daß ſie kleinen Kriegen nicht unähnlich ſahen. Die Städte waren dabey am meiſten im Gedränge, weil die **Fürſten** und **Herren** auf ihren Wohlſtand mißgünſtig waren, der **Landadel** aber damals meiſtens nur vom Rauben und Plündern lebte, und ſich an den reichen Kaufmannsgütern der Bürger am beſten erholen konnte. Damit nun aber die Städte darüber nicht völlig zu Grunde gehen möchten; ſo fanden endlich die Kayſer für nöthig, ihnen die Selbſthülfe zu erlauben, um Gewalt mit Gewalt abzutreiben. Dergleichen Privilegien erhielten viele Städte, von denen ich, der Kürze halber, nur die Freiheitsbriefe anführen will, welche K. Carl der *IV*. der Reichsſtadt **Frankfurt** w), und der Trieriſchen Municipalſtadt **Limburg** an der **Lahn** x) im J. 1356., ertheilt hat. Hiedurch haben nun die Kayſer den Ständen, wegen der damaligen Beſchaffenheit unſers Reichsſtaats, würklich ein *Ius belli defenſivi* zugeſtanden. Ja K. Carl der *IV*. ſagt in der dem Erzſtifte Trier, im J. 1376., ertheilten Generalbeſtätigung ſeiner Privilegien ausdrücklich: *Item dicto Archiepiſcopo, ſuis Succeſſoribus et Eccleſiae Trevirenſi de imperialis plenitudine poteſtatis - - concedimus - - et - - in perpetuum indulgemus, ut quibuslibet ſibi iniuriantibus, et etiam* ADVERSANTIBVS, IVSTVM *poſſint et valeant* BELLVM INDICERE, *omnibusque iuribus, privilegiis et libertatibus et utilitatibus - - -* EX *huiusmodi* BELLI INDICTIONE *licere gaudeant et fruantur, quibus nos et S. R. I. exinde de iure, conſuetudine, vel alias quoquo modo*

 frui-

w) Lünigs R. A., T. XIII. p. 576. n. 46. x) *ab Hontheim* l. c, T. II. n. 701. p. 205.

fruimur et potimur y). Endlich will ich noch zum Beſchluß dieſer Materie bemerken, daß in unſerm **Periodus**, wenigſtens zu den Zeiten **K. Ludewigs** des *IV.*, ein altes **Herkommen** von Rechtswegen geweſen, daß der, bey einer öffentlichen **Heerfarth** des **Reichs** wider die **Aechter** von den durchziehenden Völkern verurſachte Schaden nicht hat dürfen gefordert, oder erſetzt werden z).

Bey denjenigen **Regalien**, die wir nunmehro, nach unſerm heutigen Staatsrechte, nur zufällige, *(Regalia accidentalia,)* nennen, muß ich die vorläufige Anmerkung machen, daß ſelbige in **unſerm Periodus** noch gröſtentheils von den **Kayſern** ſelbſt ſind behauptet, von ihnen deshalben ein und andere Ordnungen gemacht, und dergleichen **Regalien** ſelbſt an **Fürſten** und **Stände** des **Reichs** von ihnen verliehen worden. So behaupteten z. E. die **Kayſer**, auch noch in **unſerm Zeitraume**, die **Herrſchaft** und das **Eigenthum** über das an **Teutſchland** und **Italien** ſtoſſende **Meer**, wie auch die **groſſen Flüſſe** a). **K. Carl** der *IV.* ertheilte z. E. im J. 1355., der Stadt **Hamburg** ein Privilegium, daß ſie diejenige **Seeräuber**, welche die Handlung auf dem **Meer** und der **Elbe** hinderten, und die nach **Hamburg** fahrende Schiffe beraubten, aufſuchen, und in ihrem Gebiete mit allen ihren Mitſchuldigen beſtraffen ſolten. Dieſes Privilegium hat nachher **K. Friedrich** der *III.*, im J. 1468., beſtätigt, und die **Hamburger** haben auch, zu Sicherheit des Commercium, mit Ernſt darauf gehalten,

y) Idem ibid., T. eod. n. 746. p. 271. a. z) *Haltauſii* Mem. I. P. certi S. R. I. ex med. aevo, Sect. II. §. 8. p. 16 ſq. nota z) u. Lünigs R. A., T. XIII. p. 565. n. 25. a) S. Henr. *Comitis* a *Bünau* Diſſ. de iure Imp. atque I. R. G. circa maria; (Lipſiae, 1744. 4.) *paſſim*, beſonders §. 5. ſqq. et 17 ſqq.

ten, und dergleichen Meerſchäumer aller Orten aufgeſucht und vertilgt, weshalben ich mich nur auf dasjenige beruffen will, was mit den bekannten Seeräubern, Wichmann und Claus Störtebecher, im J. 1402., vorgefallen iſt [b]). K. Wenceslaus beſtätigte, im J. 1396., der Stadt Bremen nochmals das Privilegium, welches dieſelbe ſchon vormals von K. Heinrich dem *V.*, im J. 1111., erhalten, und K. Wilhelm ihr, im J. 1252., beſtätigt hatte. Vermöge deſſen hatten die gedachten Kayſer der Stadt Bremen, zugleich mit ihrem Erzbiſchofe, die Beſchützung und Vertheidigung der beiden Königsſtraſſen dis- und jenſeits der Weſer, von der Stadt bis an das Meer, und die Sicherheit der auf der Weſer fahrenden Schiffe anbefohlen [c]). Und K. Friedrich der *III.* verlieh, im J. 1454., dem erſten Grafen von Oſtfrießland, Ulrich, und ſeinen ehlichen Leibeserben, alles Land zwiſchen der Embs und der Weſer, mit allen den Eylanden, die neben dem ganzen Oſtfrießland in der See liegen, und den Frieſiſchen Werdern ꝛc. [d]).

Unter die Nutzungen, die aus dem Meere und Flüſſen entſpringen, rechnet man bekannter maſſen das Strandrecht und das Grundruhrrecht. Von dem erſtern iſt, bereits im vorigen Periodus, bemerkt worden, daß die Kayſer, Heinrich der *VI.* und Friedrich der *II.*, ſolches verbo-

b) Lünigs R. A., T. XIII. p. 938. et 952 ſq. n. 33. et 45. Cf. *Krantzii* Vandalia, L. X. c. 6. p. m. 229. c) Lünigs R. A., T. XIII. p. 218 ſq. 222 ſq. et 225 ſq. n. 1. 5. et 12. d) Brenneiſens Oſtfrieſ. Landeshiſt., T. I. L. 3. n. 29. p. 76.

verboten haben e). In unſerm itzigen Periodus haben ſogar die Päbſte für die Sicherheit der geſtrandeten Perſonen und Sachen geſorgt, und die Ausübung des Strandrechtes, bey Straffe des Bannes, verboten. Die zur See Handlung treibende Hanſeeſtädte aber traffen mit denen Fürſten und Ständen, deren Länder an das Meer gränzten, allerhand Verträge, oder erhielten von ihnen Privilegien, wodurch ſie die ihrigen wider das Strandrecht ſchützten. Es würde zu weitläuftig fallen, ſelbige anzuführen, und ich will daher meine Leſer nur auf die nachher anzuführende Schriftſteller verweiſen, wo ſie dieſes mit vielen Exempeln beſtärkt finden werden. Soviel aber das Grundruhrrecht anbelangt; ſo haben ſolches verſchiedene Kayſer, als z. E. Heinrich der *VII.*, Ludewig der *IV.*, Carl der *IV.*, Sigmund und Friedrich der *III.*, entweder überhaupt durch allgemeine Conſtitutionen verboten, oder ein und andere Stände des Reichs darüber beſondere Privilegien gegeben, daß es nicht wider ihre Unterthanen ſolle ausgeübt werden f). Ich will zu den von dem berühmten Herrn Syndicus Schuback bemerkten Exempeln nur noch folgendes bemerken, daß nehmlich der Graf Wilhelm von Wied, im J. 1342., dem Erzſtifte Trier unter andern Verſicherungen auch dieſe ausgeſtellt habe, daß er in deſſen Geleite auf dem Rhein niemals eine Grundruhr fordern, oder neh-

e) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 456.

f) Iac *Schuback* Comm. de iure littoris, (Hamb. 1751. 4.) c. 2. §. 19-24 p. 120 ſqq. *paſſim*, ibique *citati*, u. I. C. H. *Dreyeri* Specim. I. P. Lubecenſ., in quo Pacta et Privil., quib. Lubecae circa ius naufragii eſt proſpectum etc.; (Buczov. et Wiſmar., ſ. a. 4.) §. 2 ſqq. p. 19 ſqq. *paſſim.*

nehmen wolle. Und nicht erſt im J. 1354., wie ebenfals in des belobten Herrn Syndicus Schubacks Traktate ſtehet, ſondern ſchon vorher im J. 1346. hat K. Carl der *IV.* das Erzſtift Trier wider das Grundruhrrecht privilegirt, welches nachher in den folgenden Beſtätigungen der Chur-Trieriſchen Privilegien, von den J. 1356. und 1376., nur iſt wiederholt worden g).

Ob nun gleich die Kayſer, angeführter maſſen, das Grundruhrrecht, durch öffentliche Conſtitutionen, abgeſchaft haben; ſo trift man doch Spuren an, daß daſſelbe, noch gegen Ende des ſechszehnten Jahrhunderts, im Erzſtifte Bremen an einem auf der Weſer verunglückten Schiffe iſt ausgeübt worden h). Ja es haben ſogar einige Kayſer Privilegien über das Grundruhrrecht ertheilt. Dergleichen erhielt z. E. die Stadt Augſpurg, im J. 1329., von K. Ludewig dem *IV.*, daß nehmlich die Stadt die Grundruhr der im Waſſer untergegangenen Güter haben ſolte i). Und K. Wenceslaus ſoll, im J. 1376., dem Churfürſten von Trier das Grundruhrrecht in den kleinen, in die Moſel flieſſenden, Bächen, von der Saar bis zur Brinz bewilligt haben k). Doch wird an der Richtigkeit dieſes Privilegium mit Recht gezweifelt l), und man findet es auch nicht in des Herrn Weyhbiſchofs von Hontheim groſſen Sammlung von

g) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 663. et 672. p. 152. a. et 165. b. *coll.* n. 678. p. 179. et n. 746. p. 267. b.
h) Braunſchweig. Anzeigen vom J. 1749. ſ. T. V. n. 19. p. 379 ſq.
i) von Stetten *l. c.*, P. I. c. 6. §. 13. p. 93.
k) *Broweri* Annal. Trevir., T. II. L. 18. n. 42. p. 246.
l) *Schuback* l. c., c. 2. §. 19. p. 122. nota n).

von Trieriſchen Urkunden. Beyläufig will ich erinnern, daß dieſes Recht in denen Zeiten, wovon wir itzo handeln, nicht blos gegen die auf den Flüſſen verunglückte Perſonen und Güter ausgeübt, ſondern auch auf die Fuhrleute und Reiſende zu Lande erſtreckt worden, wenn ſie auf der Straſſe umgeworfen, oder mit dem Pferde geſtürzt und verunglückt ſind. In den bereits angeführten Chur-Trieriſchen Privilegien von den Jahren 1346., 1354. und 1376. heißt es daher: *Ceterum cum intellexerimus, nonnullos - - ſibi hactenus vendicaſſe et adhuc vendicare ius quoddam ſe intromittendi de bonis, rebus ac mercibus eorum, - - - qui bona vel merces aliquas* PER TERRAS *in bigis vel curribus* VEHVNT, *ſive ducunt*, SI BIGE *vel* CVRRVS *huiusmodi* LABANTVR, *vel* CADANT, *vel* CONFRINGANTVR, *vel etiam* SI BIGE *ſic* CADENTES *ſeu dum franguntur, eorum propriis ductoribus vel aliis* ALIQVOD CORPORIS NOCVMENTVM INFERANT, BONA, RES *et* MERCES HVIVSMODI *animo ſibi retinendi tenere* OCCVPANDO. Es hat aber der Kayſer auch dieſes als eine unvernünftige Gewohnheit abgeſchaft m). Indeſſen finde ich doch irgendswo bemerkt, daß ſolcher Gewohnheit ſich noch gegen Ende des ſechszehnten Jahrhunderts, einige Gerichtsobrigkeiten haben anmaſſen wollen n).

Von dem Rechte, welches unſere Kayſer noch in dieſem Periodus, in Anſehung der groſſen Flüſſe in Teutſchland gehabt, oder wenigſtens hiedurch ihre ehmalige Herrſchaft über dergleichen Flüſſe

m) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 672. p. 165. coll. n. 678. et 746. p. 179. et 267 b. n) Braunſchweig. Anzeigen vom J. 1751., ſ. T. VII. n. 72. p. 1449 ſqq.

Flüſſe angezeigt haben, zeuget unter andern, daß ſie Fürſten und Stände des Reichs, auch wohl andere gemeine Bürger und Unterthanen mit dem *iure piſcandi*, oder der Fiſcherey in den groſſen Flüſſen, privilegirt haben. Man findet dergleichen Begnadigungen in verſchiedenen kayſerlichen Generalbeſtätigungen reichsſtändiſcher Gerechtigkeiten und Freiheiten, und es gaben wohl die Kayſer darüber beſondere Gnadenbriefe. Noch ganz gegen Ende unſers Periodus, nehmlich im J. 1483., ertheilte K. Friedrich der *III.* den Bürgern zu Frankfurt die Freiheit, den Mayn hinunter bis in den Rhein fiſchen zu dörfen o). Auch in Anſehung der in einem Fluſſe entſtehenden Inſeln gab K. Adolf, im J. 1293., die merkwürdige Conſtitution, daß eine im Rhein, oder in einem andern Fluſſe, in einer Grafſchaft ſich hervorthuende Inſel dem Reiche zugehöre, folglich demjenigen Grafen, welcher auf dem Fluſſe den Zoll und das Geleit vom Reiche hätte, nicht aber demjenigen Herrn, deſſen Gebiet ſich bis an das Ufer des Strohmes erſtreckte p). Es iſt ferner aus dem, was bereits

o) S. im ſiebenten Bande des Auszuges ꝛc., S. 259. In dieſem achten Bande, S. 448., iſt ein ähnliches Beiſpiel von der Stadt Augſpurg angeführt worden. Hier iſt zugleich die Antwort auf die Frage, die ich kürzlich in einem gewiſſen hiſtoriſchen Journal gefunden habe: „Wozu z. B. in einer Reichshiſtorie die „Nachricht, daß den Frankfurtern erlaubt worden iſt, „den Mayn hinunter bis in den Rhein zu fiſchen?„ Wenn man urtheilen will; ſo thut man am beſten, in ſeiner Sphäre zu bleiben. Was dem bloſſen Hiſtoriker gering ſcheint, iſt dem Publiciſten nicht nur brauchbar, ſondern wohl gar erheblich. Man ſchreibt ja nicht für einerley Art Leſer. p) Marqu. *Freheri* Comm. in Conſtitution. Adolphi I. - - - de inſulis

reits vorgekommen, erſichtlich, daß die Kayſer für die freye und ſichere Schiffart auf den Flüſſen Sorge getragen, und den Fürſten und Ständen ernſtlich befohlen haben, für die Sicherheit derſelben zu wachen. Inzwiſchen ſtand den Reichsſtänden frey, in ihren Ländern wegen der Schiffart und des Flöſſens nöthige Ordnungen zu machen. Dann ſo haben z. E. die beiden Brüder, Friedrich der Streitbare und Wilhelm der Reiche, Landgrafen von Thüringen und Marggrafen von Meiſſen, im J. 1410., eine Flößordnung auf der Saale publicirt q). Daß endlich die Kayſer ſogar über das Recht Mühlen zu erbauen einigen Reichsſtänden Privilegien gegeben haben, davon ſind ſchon weiter oben einige Exempel von mir bemerkt worden r).

Die Bergwerke und Salzquellen ſind bereits von den Zeiten der Carolinger her unter die Königliche Kammergüter gerechnet worden. Doch haben unſere Monarchen ſchon von den älteſten Zeiten her ſelbige zum Theil an geiſtliche und weltliche Reichsſtände verſchenkt, oder ſie damit privilegirt, oder ſie ihnen zu Lehen gereicht, wobey ſie ſich aber bisweilen einen Theil der Nutzungen vorbehalten, oder doch den Bergzehenten ſich und ihrer Kammer zugeeignet haben. Indeſſen hat es keinen Zweifel, daß auch ſchon in den ältern und mittlern Zeiten Berg- und Salzwerke für Zubehörungen der erb- und eigenen Güter ſind gehalten

ſulis Rheni etc.; Heidelb., 1611. 4. und in der *Repraeſentat. Reipubl.* Germ. n. 14. p. 617 ſqq.

q) Horn *l.* ſaepius *c.* in Cod dipl., n. 142. p. 754.

r) S. in dieſem achten Bande des Auszuges ꝛc., S. 446. f.

halten worden, welche alſo Fürſten und Landesherren nach Belieben haben veräuſſern, und ſolche ohne jemands Einrede an andere verkauffen können s). Z. E. die Herzoge von Hinterpommern, Barnim und Bugislaus, verkauften bereits im J. 1276. dem Biſchof Hermann von Camin die Stadt Colberg *cum Salinis, Aurifodinis, Argentifodinis, Ferrifodinis* etc. t). Bey ſo bewandten Umſtänden und da alſo unſere Reichsſtände die Salz- und Bergwerke in ihren Ländern theils durch kayſerliche Schenkungen, Privilegien, und Belehnungen, theils als ein Eigenthum, von undenklichen Zeiten her beſaſſen, iſt es kein Wunder, daß K. Albrecht der *I.*, von Seiten des K. Wenceslaus von Böhmen, ſo vielen Widerſpruch und Widerſtand gefunden, als er aus dem Grunde des höchſten kayſerlichen Regals die unlängſt entdeckte reichhaltige Kuthniſche Bergwerke ſich zueignen wolte, oder deren Ausbeute wenigſtens auf ſechs Jahre für ſeine kayſerliche Kammer verlangte u). Vermutlich geſchah es alſo hauptſächlich aus dieſer Urſache, um ſowohl die Könige von Böhmen, als auch die übrige Churfürſten, in Zukunft gegen dergleichen Anſprüche der kayſerlichen Kammer ſicher zu ſtellen, daß K. Carl der *IV.* in der G. B. erklärte, daß die Könige von Böhmen und die ſämtlichen Churfürſten alle Gold- und Silbergruben, Bergwerke von Zinn, Kupfer, Bley, Eiſen und allen andern Bergarten, ſo bereits vorher im Böhmiſchen Reiche, oder den andern churfürſtlichen Ländern und Herrſchaf-

s) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 454 f.
t) Mart. *Rangonis* Pomerania diplomat., n. *6.* p. 166. u) *Balbini* Epit. hiſtor. rer. Bohem., L. III. in Notis ad cap 16. p. 215. Sed cf. den zweiten Band des Auszuges ꝛc., S. 724 f.

ſchaften erfunden worden, oder noch künftig gefunden werden möchten, zu ewigen Zeiten haben, und rechtmäßig beſitzen ſolten; mit allen Gerechtigkeiten, keine ausgenommen, wie ſie ſolche nur beſitzen können, oder bisher zu beſitzen gewohnt geweſen v). Hiedurch waren nun die Churfürſten, in Anſehung ihrer Bergwerke, hinlänglich geſichert.

Es haben alſo die Kayſer, ſowohl vor, als nach Publikation der G. B., auch verſchiedene Fürſten und andere Stände des Reichs mit dem Rechte der Salzquellen und Bergwerke privilegirt, oder ſie damit belehnt, wovon man viele Exempel aus unſerm Periodus bey dem Pfeffinger nachſehen kan w). Selbigen will ich nur noch ein Paar beifügen, deren eines vor-, das andere nach Errichtung der G. B. vorkommt. Nehmlich im J. 1277. hat K. Rudolf der *I.* dem Biſchof von Freiſingen die in ſeinem Hochſtifte bereits entdeckte, oder noch künftig zu entdeckende Salz- und Bergwerke überlaſſen; jedoch *ſalvo Imperii iure* x). Und im Jahr 1405. ertheilte K. Ruprecht an Heinrich Reuſſen den jüngern einen Lehenbrief über alle Bergwerke in ſeinen Gerichten y). Ja ungeachtet K. Carl der *IV.* das Recht der Bergwerke überhaupt allen und jeden Churfürſten bereits in der G. B. verſichert hatte; ſo ließ ſich doch, nachmals noch im J. 1389., Churfürſt Werner von Trier das ſeinem Erzſtifte von K. Friedrich dem *I.*, im J. 1189., gegebene Privilegium über die Bergwerke vom K. Wenceslaus beſtätigen z). Daß aber die Kay-

v) *A. B.*, Tit. XI. §. 1. Cf. von Olenſchlager *l. c.* §. 52 ſq. p. 186 ſqq. w) in *vitriar. illuſtr.*, T. III. p. 1451-1454. x) *de Ludewig* Rel. MSS., T. X. L. II. n. 9. p. 160 ſq. y) Lünigs R. A., T. XI. p. 211 ſq. n. 135. z) *Idem* ibidem, T. XVII. p. 917. n. 7.

Kayſer noch bis in das fünfzehnte Jahrhundert hinein an dergleichen neu erfundenen **Bergwerken** ihre **Rechte** und **Fälle** gehabt, auch ſich ſolche vorbehalten haben, kan man aus dem Privilegium erſehen, welches K. **Sigmund**, im J. 1433., der Reichsſtadt **Eßlingen** gegeben hat, in dem Berge, der **Pliensbalden** genannt, allerley Erz ſuchen und graben zu dörfen. Dann es ſtehet in demſelben ausdrücklich: „**unſchedlich** doch **uns** und dem **Reiche** „an unſern **Fellen** und **Rechten** a). „ Uebrigens wurden immer mehrere **Bergwerke** und reichhaltige **Silbergruben** in **Teutſchland** entdeckt, beſonders in **Tyrol**, **Böhmen** und dem **Meißniſchen Erzgebürge**. Unter ſelbigen iſt wohl das bey der Stadt **Schneeberg** im **Erzgebürge**, im J. 1471., aufgenommene **Silberbergwerk** unter allen das ergiebigſte geweſen, indem davon nur der **Zehende** in den erſten 30. Jahren, von 1471. bis 1501., 324937. Centner und 50. Pfund Silbers, oder 5199. Tonnen Goldes ertragen hat b).

Eben die Bewandnis hatte es auch mit der **Forſtgerechtigkeit**, dem **Wildbann** und der **Jagd**, womit noch in dieſem **Periodus** verſchiedene **Fürſten** und **Stände** des **Reichs** von den **Kayſern** ſind beſchenkt, privilegirt oder belehnt worden c).

a) Hirſchens T. R. Münz-Archiv, n. 80. p 77.

b) Petri *Albini* Meißniſche Land- und Berg-Chronica; (Dreßden, 1589. fol.) P. II. Tit. 16. p. 123 ſqq. und J. S. Müllers Sächſ. Annales, ad a. 1501. p. 61.

c) Hievon zeugen die vielen Lehenbriefe der Kayſer in unſerm Periodus z. E. in Lünigs Corp. Iur. feud. Germ., in Deſſen R. A., und in Seinen Codd. diplomat. Germ et Italiae. Ueberhaupt aber kan man ſich bey dieſer Materie bemerken und mit Nutzen gebrauchen: 1) Gründliche Gegen-Information, daß der Wildtbann in der Drey-Eich

Zu denen ſchon vom Pfeffinger d) angeführten Exempeln will ich nur noch folgende wenige bemerken. Im Jahr 1302. verlieh K. Albrecht der I. dem Conrad, Herrn von Weinſperg und ſeinen Erben den Wildbann und die Jagdgerechtigkeit von Neckergemünd bis Lauffen, *et ex alia parte de ripa, que dicitur* Elſentze, *usque ad aliam partem, que dicitur* Zabern e). Ferner gab K. Johannes von Böhmen, als Reichsverweſer, im J. 1310., dem Biſchof von Eichſtedt Philippen und ſeinem Hochſtifte die Jagdgerechtigkeit im Weiſſenburger Forſte f). Und K. Wenceslaus erweiterte, im J 1382. dem Grafen Krafft von Hohenlohe den Wildbannsbezirk in ſeiner Grafſchaft g). Hingegen fehlt es auch nicht an Exempeln, daß unſere Fürſten ihren Vaſallen den Wildbann und die Jagdgerechtigkeit häufig gegeben haben, wovon ich itzo nur das einige Exempel Landgraf Albrechts des Unartigen von Thüringen anführen will, der im J. 1275. dem Grafen von Beichlingen, Friedrich dem jüngern, die Jagdgerechtigkeit und den Wildbann verliehen hat h).

Endlich muß ich noch etwas von dem *Iure Theſauri* oder dem Rechte über gefundene Schätze bemerken. Man findet nehmlich, daß auch hiemit

Eich über die Frankfurter Waldunge und Felder ſich nicht erſtrecke ꝛc.; Frankf. am Mayn, 1738. Fol., und 2) von Bury behauptete Vorrechte derer alten königlichen Bann-Forſte ꝛc.; Büdingen, 1742. Fol.
d) *l. c.*, T. III. p. 1386 ſqq. e) *de Gudenus* C. M D., T. III. n. 6. p. 9 ſq. f) *de Falckenſtein* C. D. A. N., n. 167 p. 146 ſq. g) Hanſelmanns Beweis ꝛc., im Anhange, n. 140. p. 470. h) J. G. Leuckfelds Antiquitates Kelbranae, Beichlingenſes, Allſtettenſes et Wallhuſanae, c. 2. §. 27. p. 84 ſq. nota a).

mit die Kayſer bisweilen die Reichsſtände privilegirt haben. Dann ſo heißt es unter andern in der von K. Carln dem *IV.*, im J. 1376., für das Erzſtift Trier ausgefertigten Generalbeſtätigung aller deſſen Privilegien: *praeterea etiam* - - - THESAVROS *ſub terra abſconditos et in dictis terminis* (ſcil. *in dominio ſeu diſtrictu Trevirenſis Eccleſiae, vel in ipſius dioeceſis*) *inventos ſeu inveniendos ad praefatum Archiepiſcopum et ipſius Succeſſores volumus perpetuo pertinere* [i]). Indeſſen haben auch unſere Reichsſtände ſich dieſes Rechtes über die verborgene Schätze in ihrem Lande angemaßt, und andern die Erlaubniß gegeben, darnach zu graben. So finde ich z. E. eine Conceßion, die H. Sigmund von Bayern zu München, im Jahr 1464., dem Hans Gablkover ertheilt hat, nach verborgenen Schätzen in ſeinem ganzen Lande zu ſuchen und zu graben. Es hat ſich aber der Herzog ſeinen Antheil vorbehalten, wenn etwa Gold- und Silbermünze oder Edelgeſteine von dem Gablkover gefunden werden ſolten, dem dann auch ſein Theil davon folgen ſolte [k]). Und daß die Landesherren dergleichen in ihrem Gebiete, ohne ihre Bewilligung gegrabene, und gefundene Schätze mögen in Anſpruch genommen, und ſich zugeeignet haben, davon trift man nicht undeutliche Spuren an in einem gewiſſen Burgſchein, den einige Bürger zu Hayn in der Wetterau, wegen eines ſeiner Haft entlaſſenen Schatzgräbers und Finders, an die Grafen von Hanau, Iſenburg und Solms ausgeſtellt haben [l]). Aus allem nun, was ich bisher umſtändlich genug ſowohl von den weſentlichen,

 als

i) *ab Hontheim* l. c., T. II. n. 746. p. 271. a.
k) *Specim. Diplomatarii Boioar.*, ap. *Oefelium* l. c., T. II. p. 247. a.
l) *de Gudenus* l. c., T. V. Sect. IV. n. 168. p. 977 ſq.

als auch zufälligen Regalien unſerer Reichs-ſtände bemerkt und erwieſen habe, wird meine, bey dieſer Materie gleich anfangs gemachte, Beobachtung genugſam beſtärkt werden, daß die Fürſten und Stände in unſerm itzigen Periodus lange noch nicht die völlige Landeshoheit gehabt haben. Sie beſaſſen zwar bereits viele Regalien, und übten manche Gerechtſame aus, welche einige neue Schriftſteller gleichfals für Regalien ausgeben wollen. Allein was dabey zu erinnern ſeyn möchte, iſt von mir ſchon in dem zweiten Abſchnitte des vorigen Periodus angemerkt worden m). Auſſerdem war die Gewalt der Fürſten und Stände in ihren Ländern in dieſen Zeiten auch dadurch mehr eingeſchränkt, daß ihre Landſtände, wie gleichfals ſchon bemerkt worden, an den Regierungsrechten groſſen Antheil hatten, und nichts wichtiges ohne ihren Beirath und Einwilligung konnte vorgenommen werden. Es paßt nehmlich auf den itzigen Zeitraum eben dasjenige, was ich von dem Anſehen und der Concurrenz der Landſtände bey der Landesregierung ſchon im vorigen Periodus bemerkt habe, und hier alſo nicht wiederholen will n). Da nun ferner in unſerm Zeitraum das Fauſtrecht immer mehr überhand nahm, und hiedurch die Zügelloſigkeit des Landadels und der Vaſallen höher ſtieg, die Landſtädte durch ihre Handlung und Manufakturen reicher und mächtiger

wur-

m) S. im zweiten Bande des Auszuges ꝛc., S. 456 f.

n) Eben daſelbſt, S. 457 ff., und beſonders die in der Note r) angeführte Schriften des Herrn Vicekanzler Strubens, denen man noch beifügen kan: Ludolphi *Hugonis* Diſſ. (Praeſ. Henr. *Binnio*) de Statu regionum Germaniae et regim. Principum, ſummae imperii Reipubl. aemulo; Helmſt. 1661. 4. et *in forma Tractatus*, cura Frid. Aug. *Hackmanni*: ibidem, 1708. 8.

wurden, alſo daß ſie ihren Fürſten das Gleichgewicht ziemlich halten konnten, die Geiſtlichkeit, in den damaligen abergläubiſchen Zeiten, ſich mit geiſtlichen Waffen zu ſchützen wußte, hingegen die Fürſten und Herren ſich durch ihre häufige Theilungen, üble Wirthſchaft, und dadurch ſich zugezogene groſſe Schuldenlaſt immer mehr ſchwächten; ſo gab dieſes Gelegenheit, daß die Landſtände in manchen Provinzen ſich noch mehr herausnahmen, als ihnen zukam, und faſt eher Herren, als Unterthanen vorſtellen wolten.

Einen überzeugenden Beweis hievon finden wir im Fürſtenthum Lüneburg. Die beiden damaligen Herzoge, Bernhard und Heinrich, nahmen vom Lande eine Summe Geldes, bey welcher Gelegenheit, unter dem Vorwande der Beſtätigung der Landesprivilegien und beſſerer Erhaltung einer guten Einigkeit, ihnen auf Betrieb der Städte, vornehmlich Lüneburgs, ſolche Bedingungen vorgeſchrieben, und von ihnen aus Noth bewilliget wurden, womit die Eigenſchaft eines Landesherrn unmöglich beſtehen konnte. Dann es wurden nicht nur den Ständen die wichtigſten Gerechtſame eingeräumt, ſondern ſogar denſelben nachgelaſſen, ſich an einen andern Herrn zu ergeben, wenn ab Seiten der Herzoge den eingegangenen Verträgen, oder der ſogenannten Sate, zuwider gehandelt würde. Es wurde nun zwar dieſe im Jahr 1392. errichtete Sate, im folgenden Jahr 1393., vom K. Wenceslaus beſtätigt, und die verordneten Sateleute, oder das Collegium, welches für die Aufrechterhaltung der Sate Sorge tragen ſolte, machten, im Jahr 1394., mit dem Marggrafen von Brandenburg, und einige von ihnen auch mit H. Otten zu Göttingen, ein ordentliches Bündnis, ihnen wider die Satebrüchige beizuſtehen. Aber die Herzoge

zoge ruheten nicht eher, als bis die ihnen ſo nachtheilige Sate wieder abgeſchaft wurde o). Auch im **Erzſtifte Trier** machten die **Grafen, Herren, Edelleute** und **Städte**, im Jahr 1456., bey der damaligen **Sedisvakanz**, mit einander eine Union zur wechſelſeitigen Vertheidigung ihrer Rechte und Freiheiten Allein der neue Churfürſt von Trier, **Johannes** der *II.*, aus dem Hauſe **Baden**, brachte es bey dem **Kayſer** und dem **P. Calixtus** dem *III.* dahin, daß dieſelben, im Jahr 1457., dieſe zum Nachtheil der landesherrlichen Gerechtſame gereichende Verbindung wieder aufhoben p). Daß übrigens noch in **unſerm Periodus** die **Landſtände** ſich angemaßt haben, bey **Abgang** der **regierenden Familie** einen **neuen Herrn** ſich zu erwälen, davon will ich nur ein einiges Exempel aus dem **Bayeriſchen Hauſe** anführen, da nehmlich die **Landſtände** in **Nieder-Bayern**, nachdem ihre bisherige **Herzoge** mit dem **H. Johannes**, im J. 1340., ausgeſtorben, **Kayſer Ludewig** den **Bayer** zu ihrem rechten **Herrn** angenommen und erwält haben, wie er ſelbſt, in ſeiner den niederbayeriſchen **Landſtänden**, im J. 1341., ertheilten Beſtätigung ihrer Gerechtigkeiten und Freiheiten ſich ausdruckt q).

o) S. im vierten Bande des Auszuges ꝛc., S. 177 ff., ibique *citatos*. p) *ab Hontheim* l. c., T. III. n. 835 et 837. p. 423 ſqq. et 428 ſq. q) *Specim Diplomatarii Boioar.*, apud *Oefelium* l. c., T. II. p. 168 ſq.

Regiſter

der fürnehmſten Perſonen und Sachen.

A.

Aachen, daſelbſt wurden die Kayſer gekrönet 91. ſie will den Kayſer Ruprecht nicht einlaſſen, und wird deswegen in die Acht erklärt 93
Acht war zweyerley 568. gegen wen ſie gebraucht worden, und was für Würkungen ſie gehabt 569. einige Beyſpiele davon 570
Adler, wann ein einköpfigter, und wann ein zweyköpfigter das Wappen des teutſchen Reichs geweſen 78. 79
Admiral des Reichs, kommt in dieſer Periode vor 608
Adolph, teutſcher Kayſer, übt ſeine Rechte über Italien aus 47. bekriegt Frankreich, ohne Mitwiſſen und Einwilligung der Reichsſtände, welche ihn daher im Stiche laſſen 601
Adoptionen, Beyſpiele davon 654
Advokatie über die ganze chriſtliche Kirche kommt den Kayſern zu 334
Afterlehne, woher ſie entſtanden, 409. 410. einige Beyſpiele davon, 411
Albrecht der I., ihm wird Schuld gegeben, daß er Arelat an Frankreich abgetreten 29. er iſt Schuld daran, daß die Schweitzer ihre Republik errichteten 39. er ſucht Pohlen an das teutſche Reich zu brin-

bringen 44. nimmt die Juden in Frankreich in Anſpruch, welche ihm auch, aber ohne ihre Güter, zugeſchickt werden 582. ſucht alle verlornen Reichseinkünfte wieder herbeyzubringen 594. 595
Albrecht der II., theilt das Reich in vier Kreiſe 327. und bald darauf in ſechſe, was für Provinzen darunter begriffen geweſen 328. u. ff. es wird aber wieder hintertrieben 331
Albrecht, Churfürſt von Brandenburg, kommt zum Beſitz der ſämtlichen Brandenburgiſchen Länder, theilet aber doch die Märkiſchen und Fränkiſchen wieder von einander 200
Andlo, Peter von, iſt zur Känntniß der teutſchen Staatsverfaſſung zu brauchen 3
Anwartſchaften werden von den Kayſern ertheilet 437. Beyſpiele davon 438. u. ff.
Arelat ſtand unter der Oberherrſchaft des teutſchen Reichs 28. 36. Albrechten dem I. wird Schuld gegeben, daß er es an Frankreich abgetreten 29. eben dieſes beſchuldigt man auch Heinrich dem VII. 31. der doch ſeine Rechte darüber nicht weniger als Ludewig der Bayer ausgeübet 32. Carln dem IV. wird eben dieſes beygemeſſen 33. da er doch auch ſeine Rechte darüber ausgeübet und den franzöſiſchen Prinzen Carln, mit der Dauphiné belehnet 34. ja ſich ſogar zu Arles, die arelatiſche Krone aufſetzen laſſen 35. wie dieſes Königreich vom teutſchen Reiche getrennt worden 38. u. ff.
Armee des Reichs, zu derſelben mußten die Reichsſtände ihre Mannſchaft zu Fuſſe und Roß ſchicken 608
Arreſte, eigenmächtige, waren ſehr gewöhnlich 576. wurden zuweilen gar gegen die Kayſer gebraucht 577
Augsburg erhält ein privilegium limitatum de non appellando 563. die Juden müſſen in dieſer Stadt einen gelben Ring auf den Kleidern tragen 583
Austräge, willkührliche, finden ſich in dieſer Periode 570. 571. hingegen waren die geſetzlichen damals noch nicht bekannt 572. was für Städte das Recht der Austräge von den Kayſern erhalten 574. u. ff.

B.

Baden wird in verſchiedene Linien zertheilt 645. u. ff.
Barr, wann der Titel eines Herzogs davon, entſtanden 150. 151
Baſel, daſelbſt wird eine Univerſität geſtiftet 387. 388
Bayern, dieſem Hauſe wird die Churſtimme genommen 184. worüber Widerſpruch entſtehet 185. Theilung deſſelben Landes 623. 624. u. ff.
Befehdungen nehmen in Teutſchland ſehr überhand 524. u. ff.

Beleh-

Belehnungen, wie es dabey zugegangen 413. u. ff. beſonders bey der Böhmiſchen 415. u. ff. und erſten Brandenburgiſchen 418. 419. ſie werden bisweilen in den Lande der Vaſallen 423. auch wohl durch Commiſſarien ertheilt 424. u. ff.

Berchtolsgaden ſoll Salzburg einverleibet werden, welches aber hintertrieben wird 248

Bergen wird ein Herzogthum 151. 152

Böhmen bekommt die erſte Stelle unter den weltlichen Churfürſten 200. 221. bey einigen Wahlen fehlt die böhmiſche Stimme 201. wie es bey der Belehnung mit dieſem Königreiche zugegangen 415. u. ff.

Brabant, Oberherrſchaft des Kayſers und Reichs darüber 21. : 23

Brandenburg, deſſen Marggraf nimmt den Titel eines Herzogs von Franken an 137. in dieſem Hauſe ſind verſchiedene Prinzen, die ſich des Wahlrechts bedienen 178. 179. die Marggrafſchaft kommt an das Haus Bayern, drey Brüder führen die Churſtimme gemeinſchaftlich 194. Carl der IV. ſpricht ſie Ludewig dem Römer allein zu 195. Otto tritt ſie an Carl dem IV. ab, der ſie ſeinem Sohn Sigmund giebt 196. durch dieſen kommt ſie an die Burggrafen von Nürnberg 198. erhält die Anwartſchaft auf Anhalt und Pommern 439. imgleichen auf Mecklenburg 441. wird in verſchiedene Linien getheilt 632. 633. zwiſchen Brandenburg und Sachſen wird eine Erbverbrüderung geſchloſſen 660 662. die Churfürſten nominiren die Biſchöfe in ihrem Lande 701. 702

Braunſchweig wird in verſchiedene Linien getheilt 634. u. ff.

Buchdruckerkunſt wird erfunden 375

Burggrafen von Nürnberg und Meiſſen werden in den Fürſtenſtand erhoben 158. 159

C.

Carl der IV. veranſtaltet die güldene Bulle 5. ihm wird Schuld gegeben daß er das Königreich Arelat an Frankreich verſchenkt 33. da er doch ſeine Rechte darüber, dadurch zu erkennen gegeben, daß er den franzöſiſchen Prinzen Carln mit der Dauphine belehnet 34. und ihm das Generalvikariat im Königreich Arles aufgetragen, aber dadurch den teutſchen Rechten ſehr geſchadet; er läßt ſich zu Arles die arelatiſche Krone aufſetzen 35. verziehet die Einverleibung von Schleſien mit der Krone Böhmen 41. ſchmälert die Rechte des Reichs über Italien 47. regieret aber ſonſt in Teutſchland mit vielem Anſehen 53. geht ungebührlich mit den Reichsinſignien um 88. 89. wird zu Bonn vom Churfürſten von Cöln gekrönet 92. er ſorgt für die Sicherheit der Churfürſten 285.

übt das jus primariarum precum ſehr häufig aus 356. läßt die kayſerlichen Gerichtshöfe in Verfall gerathen 529. 530. ein Fleiſcher in Worms will ihn mit Arreſt belegen 577. er verringert die Einkünfte des Reichs ſehr, aus Privat-Staatsabſichten 580 führt die Primogenitur in den Churhäuſern ein 656

Churfürſten hatten allein das Recht den Kayſer zu wählen 159. u. ff. ſie bedienten ſich anfangs des Titels Elector nicht 163. 164. welcher ihnen doch von andern gegeben worden 165. 166. wann ſie angefangen den Titel von ihren Erzämtern zu führen 166. u. ff. ihre Vorzüge werden vom Carl dem IV. wieder hergeſtellet, ſie ſolten jährlich einmal mit dem Kayſer zuſammen kommen 202. gegen ſie kan das Verbrechen der beleidigten Majeſtät begangen werden 205. wie ihr Rang beſtimmt worden 212. Streitigkeiten, welche darüber entſtanden 213. u. ff. ihre Folge bey Feyerlichkeiten 222. 223. ihre Titulatur 225. 226. ob ſie zwey Churfürſtenthümer beſitzen können 239. u. ff. ſie gaben ihre Einwilligung zur Standeserhöhung des Adels 370. ſie hatten privilegia de non evocando, 557. u. ff. deren ſie ſich aber anfänglich nicht bedienet 560. ſie haben das Recht Juden zu halten 713. 714

Churfürſtencollegium, wann es errichtet worden 209. u. ff.

Churfürſtentage ſollen gehalten werden 202. 208

Churländer, wann und wie ſie beſtimmt worden 187

Churſtimmen ſollen nur ſieben ſeyn 169. Urſache, weswegen zuweilen mehrere da geweſen 170. 171. Streitigkeiten, welche darüber zwiſchen Pfalz und Bayern entſtanden 172. 173. ingleichen im ſächſiſchen Hauſe 173. u. ff.

Churverein, wann und warum er geſchloſſen worden 9. 59. 232. 233. u. ff.

Cilley ſoll zum Fürſtenthum erhoben werden, damit ſind die Erzherzöge von Oeſterreich nicht zufrieden 156. 157

Cleve wird ein Herzogthum 151

Cöln, die Churfürſten davon, bekommen das Erzkanzler-Amt durch Italien 67. krönen die Kayſer Friedrich von Oeſterreich, und Carln dem IV. 92. haben Rangſtreitigkeiten mit Maynz 215. u. ff. welche beygelegt werden 218. 219

Cöln, daſelbſt wird eine Univerſität geſtiftet 380

Concordaten der teutſchen Nation, Gelegenheit dazu und ihr Endzweck 9. Innhalt derſelben, ſie werden vom Pabſt beſtätigt 10

D.

Dos, darüber wurde bey Verheyrathung der Prinzeßinnen gehandelt 669. 670. worin derſelbe beſtanden, wird durch Beyſpiele gezeigt

gezeigt 671. u. ff. die darüber geſchloſſenen Verträge wurden von den Kayſern beſtätigt 673
Dukaten wurden in dieſer Periode noch nicht in Teutſchland gepräget 516. 517

E.

Eidgenoſſen wurden eingetheilt in ſolche die zum Reiche gehören, und die nicht zum Reiche gehören 40
Einkünfte des Kayſers, waren anfangs noch anſehnlich 578. wurden aber in dieſer Periode nach und nach ſehr geſchmälert 579. beſonders von Carln dem IV. 580. einige Kayſer ſuchen die verlornen wieder herbey zu bringen 594. 595
Engelbert, Abt zu Admont, ein Schriftſteller des vierzehnten Jahrhunderts 2
Erb- und Erz-Aemter des Reichs, wie ſie vertheilet worden 68. Streitigkeiten welche darüber entſtanden 69. 70
Erbverbrüderung, dazu war die Beſtätigung des Kayſers nöthig, 659. die zwiſchen Heſſen, Brandenburg und Sachſen iſt merkwürdig 660. u. ff. andere Beyſpiele 663
Erfurt, daſelbſt wird eine Univerſität geſtiftet 380. 381
Erzherzoglicher Titel von Oeſterreich, wer ſich deſſelben bedienet 141-143
Erzmarſchall bekam das Pferd der Vaſallen, bey einer Belehnung 428
Eſte, der Marggrafe davon, wird Herzog von Modena 50

F.

Fehengerichte 553. u. ff.
Feſtungen durfte niemand in einem Lande, ohne Einwilligung des Landesherren anlegen 725. u. ff.
Franken, der Biſchof von Würzburg, und Marggraf von Anſpach nehmen den Titel eines Herzogs davon, an 137
Frankfurt, die Thore dieſer Stadt wurden verſchloſſen, wenn eine zwiſtige Wahl war 81. und der Kayſer wurde nicht eher eingelaſſen, bevor er nicht 6 Wochen und 3 Tage die Stadt umlagert hatte 81. 82
Freygerichte 553. u. ff.
Friede mußte mit Einwilligung der Reichsſtände geſchloſſen werden 618
Friedensrichter werden zur Erhaltung des Landfriedens beſtellt 14
Friedrich, Burggraf von Nürnberg, bekommt die Churmark Brandenburg 198. wie es bey ſeiner Belehnung zugegangen 418. 419

Friedrich der III. ſucht ſeine Rechte über Italien auszuüben 49. macht den Marggrafen von Eſte zum Herzog von Modena 50 läßt die Reichsſtände, welche ihm nicht gewogen ſind, von den Reichstagen weg 304. ladet alle chriſtlichen Könige und Republiken nach Frankfurt ein 334. befiehlt den Vätern des Basler Conciliums, Baſel zu räumen 339. was er mit den Reichsgerichten für Veränderungen vorgenommen 536. u. ff. einige Bürger in Augſpurg legen auf ſeine Equipage Arreſt 577. er fängt ohne Einwilligung der Reichsſtände mit den Schweitzern einen Krieg an, und erlangt deswegen von jenen keine Hülfe 602. 603

Fürſten, was für neue entſtanden 143. u. ff. ertheilen zuweilen ihren Unterthanen Münzprivilegien 511

Fürſtliche Familien, verſchiedene ſterben aus 138. u. ff.

G.

Ganerbſchaften, einige neue entſtehen 293

Gegenvermächtnis, (Redotatio) was darunter zu verſtehen ſey 674. 675. worinn daſſelbe beſtanden 676

Geiſtliche Gerichte, wie weit ſich ihre Gewalt erſtrecket 566. u. ff.

Geld, ſ. Münzſorten.

Geldern wird zum Herzogthum erhoben 146

Geldſteuern werden an den Kayſern entrichtet, Anfang derſelben 598. 599

Gelehrſamkeit, ihr Zuſtand in dieſer Periode 375. u. ff.

Georgenfahne, wer ſie geführet 605. 606

Gepräge auf den Münzen, war anfänglich willkührlich 520. 521

Geſetze, an dem Rechte ſolche zu geben nahmen die Reichsſtände Antheil 44

Glevener war eine Art Reuterey 611. 612

Grafen, was für welche gefürſtet worden 155. u. ff. in dieſer Periode waren viele 250. die aber zum Theil ausgeſtorben 251. ſie waren nicht alle unmittelbare 252. empfiengen vom Kayſer die Belehnung mit der Fahne 430

Grafen des Lateraniſchen Pallaſtes, wann dieſer Titel wieder aufgekommen 394 u. ff.

Greifswalde, dahin wendet ſich die Roſtocker Univerſität 384. es wird eine neue daſelbſt geſtiftet 386. 387

Güldene Bulle, wer ſie aufgeſetzet 5. wie viel Originalien davon ausgefertigt worden 6. wann ſie zuerſt gedruckt worden; wer die beſten Erklärungen davon geliefert 7. Endzweck derſelben 8. was ſie von der Kayſerwahl vorſchreibt 84. 85. es wird nicht darin gemeldet, daß der Kayſer zu Rom ſolle gekrönet werden 98. darin

darin wird verordnet, daß auch das Laſter der beleidigten Majeſtät gegen die Churfürſten könne begangen werden 205. was in Anſehung der Vormundſchaften, in den Churfürſtlichen Häuſern, darin verordnet worden 683
Gulden, wer die erſten ſilbernen prägen laſſen 517

H.

Hof-Pfalzgrafen, wann dieſe Würde entſtanden 396
Hof- und Landgerichte, deren ſind in Teutſchland viele 544. einige merkwürdige 546. u. ff.
Holſtein, wird von Friedrich dem III. zum Herzogthum erhoben 152. 153
Heidelberg, daſelbſt wird eine Univerſität geſtiftet 379. 380
Heinrich der *VII.* wird mit Unrecht beſchuldigt, daß er Arelat an Frankreich abgetreten habe 31. da er doch eben ſowohl als Ludewig der Bayer ſeine Rechte darüber ausgeübet 32
Heſſen, dieſe Landgrafſchaft wird ein Reichslehn 143. 144. bekommt die Grafſchaft Katzenelnbogen 442. die Landgrafen ſchlieſſen eine Erbverbrüderung mit Sachſen 661

J.

Jahrmärkte, wer die Erlaubniß ertheilet, ſolche zu halten 729. u. ff.
Italien, die Rechte des Reichs darüber werden nach und nach geſchmälert 46. beſonders von Carl dem IV. 47. die Factionen der Guelfen und Gibellinen verwirren dieſes Land 48. Wenceslaus, Ruprecht und Sigmund ſuchen ihre Rechte darüber auszuüben 48. der Zuſtand dieſes Landes ändert ſich ſehr 49
Juden gehören zur kayſerlichen und Reichskammer; die franzöſiſchen werden deswegen nach Teutſchland geſchickt 582. müſſen in Augſpurg gelbe Ringe auf den Kleidern tragen 583. ſie treiben ſtarken Wucher, und ſind deswegen ſehr verhaßt 584. 585. ſie müſſen einen jährlichen Opferpfennig den Kayſern errichten 586. imgleichen eine Kronenſteuer 587
Judenſteuer, war unter den kayſerlichen Einkünften eine der beträchtlichſten 587
Jülich wird zum Marggrafthum, 147. und ferner zum Herzogthum erhoben 148
Ius circa ſacra der teutſchen Reichsfürſten 699
Ius primariarum precum, wird von den Kayſern ausgeübet 353. u. ff. Wenceslaus nimmt das Nonnenkloſter zu St. Catharinen in Frankfurt davon aus 359. auch einige Reichsſtände üben es aus 704. 705

K. Kam-

K.

Kammergericht in Teutſchland, wird angeordnet 531. u. ff.

Kayſer, ſchreiben ſich *Monarchae orbis* 62. wann? und warum ſie angefangen eine beſtändige Reſidenz zu haben 74. ſie gelangen durch die Wahl zur Regierung 79. ehemals wurde zu Renſee eine Vorwahl gehalten 80. ſie werden zu Aachen, vom Churfürſten von Maynz gekrönet 91. beſitzen Rechte und Gefälle in den Reichsſtädten 263. ſollen ihren erſten Reichstag zu Nürnberg halten 301. ſie fangen an von den Reichstagen wegzubleiben 308. ihnen kommt die Advokatie über die ganze Chriſtenheit zu 334. ſie ſchicken Obedienz-Geſandſchaften an die Päbſte 340. u. ff. ſchlagen den Päbſten ein Subject zur Kardinalwürde vor 345. 346. miſchen ſich in die Beſetzung der Prälaturen in Teutſchland 348. u. ff. üben das Ius primariarum precum aus 353. u. ff. ertheilen Panisbriefe 362. 363. und vergeben Königspfründen 363. ſind Domherren in einigen Stiftern 364 haben das Recht der Standeserhöhung 365. geben neue Wappen und verbeſſern die alten 372. 373. geben das Recht, mit rothem Wachſe zu ſiegeln 373. über ihr Haupt wurde bey Belehnungen ein bloſſes Schwerd gehalten 418. 420. ſie ſuchen die erledigten Reichslehne an ihr Haus zu bringen 434. 435. ertheilen Anwartſchaften 437. u. ff. haben das Reſervatrecht, Privilegien zu ertheilen 445. verſchwenden die Zölle 452. ertheilen Privilegien zur Errichtung einiger neuen 453. u. ff. und zur Erhöhung der alten 457. ertheilen Zollexemtionen 460. u. ff. müſſen ihre Einwilligung zur Schifbarmachung eines Stroms ertheilen 469. ſind mit der Ertheilung der Münzprivilegien ſehr freygebig 511. haben noch in einigen Reichsſtädten Münzen, welche ſie aber nach Belieben verſchenken oder verpfänden 512. haben die oberſtrichtliche Gewalt in Teutſchland 521. u. ff. ertheilen privilegia de non evocando 556. u. ff. imgleichen privilegia aſyli 563. ferner Protektorie, oder Schutzbriefe 564. geben einigen Städten das Recht der Austräge 574. u. ff. durften nur mit Einwilligung der Reichsſtände Krieg führen 602. haben hingegen in Anſehung des Rechts, Bündniſſe zu ſchlieſſen, freyere Hände 619. ertheilen einigen Oertern das Stadtrecht 722. u. ff. geben Erlaubniß zu Anlegung neuer Feſtungen 727. 728. und Jahrmärkte 729. u. ff.

Kayſerinnen, nehmen Klöſter in ihrem Schutz 110

Katzenelnbogen, dieſe Grafſchaft fällt an Heſſen, Streitigkeiten darüber 442

Kirchenſtaat kommt in ſeine jetzige Verfaſſung 51

Königs-

Königspfründen, was für eine Bewandniß es damit gehabt 363
Kreiſe des Reichs, Gelegenheit zu ihrer Entſtehung 319. ihre Anzahl 327. 328. u. ff.
Kriegsgeräth 610. 611
Kriegsmaſchinen, was für welche gewöhnlich geweſen 614
Krone des teutſchen Reichs, war die Archa imperii, und gab einem das unſtreitige Recht zum Kayſertitel 94
Kronenſteuer muß von den Juden den Kayſern entrichtet werden 582. 587

L.

Landesherren ſind ſehr eingeſchränkt 691. 692
Landesſucceßion, dazu wurde eine ſtandesmäßige Geburt erfordert 664. u. ff.
Landfrieden, ſind nicht allgemein, und gehen nur auf gewiſſe Zeit 12. Friedrich der dritte kan auch keinen allgemeinen zu Stande bringen, hat aber doch ſeinen Sohn Maximilian hierinn gut vorgearbeitet 13
Lauenburg ſ. Sachſen-Lauenburg.
Lehnsindult, wann er nöthig geweſen 431. 432
Lehnsſporteln, wer ſie entrichten müſſen und worinn ſie beſtanden 430. 431
Lehnweſen in Teutſchland 405. u. ff. Streitigkeiten darüber 412. 413
Leibgeding, behielten die Wittwen, zuweilen auch, wann ſie ſich zum zweytenmal verheyrathet hatten 677
Leipzig, Gelegenheit und Stiftung der daſigen Univerſität 382. Stiftung und Privilegien der dortigen Meſſen 734. 735
Lion gehet für das teutſche Reich verlohren 30
Lothringen, das obere und niedere, gehörte in der ſiebenden Periode zum teutſchen Reich 20. 21
Ludewig der Bayer, ſchreibt ſich ohne des Pabſts Beſtätigung „Römiſcher König„ und wird deswegen in den Bann gethan 59 läßt ſich zu Rom wider Willen des Pabſtes krönen, und macht ein Geſetz, daß die Wahl der Churfürſten ſogleich einen zum rechtmäßigen römiſchen Kayſer machte 97. er macht Geldern zum Herzogthum 146. und Jülich zum Marggrafthum 147. ſucht die Hoheits-Rechte der Kayſer über geiſtliche Sachen wieder herzuſtellen 333. will Päbſte ab- und einſetzen 344. 345. ſcheidet die Margareta Maultaſche von ihrem Gemahl 565. und giebt ihr zu ihrer fernern Verheyrathung, Diſpenſation, welches ihm aber ſehr übel genommen wird 566

Ludewig der Römer, Marggraf von Brandenburg aus dem bayriſchen Hauſe 194. bekommt die Churmark mit Ausſchlieſſung ſeiner Brüder 195

Lupold von Bebenburg, ſein Buch iſt zur teutſchen Reichshiſtorie brauchbar 213

Luxemburg, wird zum Herzogthum erhoben 145

M.

Majeſtätsrecht der Kayſer, in Anſehung des Krieges, wie weit ſich ſolches erſtrecket 601 u. f.

Margareta Maultaſche läßt ſich durch den Kayſer Ludewig den IV. von ihrem Gemahl ſcheiden 565, und zu ihrer fernern Heyrath Diſpenſation ertheilen 566

Maynz, dem Churfürſten davon wird das Erzkanzleramt beſtätiget 65. die Stadt verlieret ihre Reichsfreyheit 258. der Churfürſt führt auf den Reichstagen das Directorium 316. muß in der Abweſenheit des Kayſers die Juden in Teutſchland beſchützen, und bekommt dafür den zehnten Pfennig von allen ihren Abgaben 589. Anſprüche, welche die Churfürſten von Maynz deswegen gemacht 592. 593

Meiſſen, dieſes Haus gelangt zum Beſitz der ſächſiſchen Churwürde 194

Meklenburg, wird von Carl dem IV. zum Reichslehn und Herzogthum erhoben 148. 149. das Churhaus Brandenburg erhält die Anwartſchaft darauf 441. es wird in verſchiedene Linien getheilt 649. 651

Meſſe, was für Privilegien der Kayſer darüber ertheilet, beſonders über der Frankfurter 731. 732

Morganatiſche-Ehe, davon wird ein Fall im Hauſe Pfalz angeführet 667. welcher aber noch ungegründet iſt 668

Morgengabe, worinn ſie beſtanden 678. einige Beyſpiele davon 679

Münzprivilegien, werden von den Kayſern nicht nur mittelbaren Reichsſtänden, ſondern auch von einigen Fürſten ihren Unterthanen verliehen 511

Münzſorten, was für welche in dieſer Periode in Deutſchland gang und gebe geweſen 516. u. ff. einige unbekannte 518. 519

Münzverträge, werden unter verſchiedenen Reichsſtänden errichtet 487

Münzweſen in Teutſchland, Zuſtand deſſelben 469 u. ff.

N.

Nürnberg, dahin werden die Reichsinſignien gebracht 90. die Burggrafen davon, werden für Fürſten erkläret 158. daſelbſt ſollen die Kayſer ihren erſten Reichstag halten 301, zwiſchen dieſer Stadt und dem Reichserbmarſchall von Pappenheim entſtehen Streitigkeiten wegen der Einquartierung 317. wer das Münzrecht in dieſer Stadt von Zeit zu Zeit gehabt 513. 514. daſelbſt war ein kayſerliches Landgericht 550. welches ſich viele Freyheiten herausnahm 559. Veränderungen ſo damit vorgegangen 552

O.

Obedienz-Geſandſchaften an die Päbſte dauren fort 340. u. ff.
Oberſtrichterliche Gewalt in Teutſchland iſt bey den Kayſern 521. u. ff. Rudolf der I. ſtellt ſie wieder her 525. 526
Obriſtlehnsherrlichkeit des Kayſers 405. worin ſie beſtanden 406. u. ff.
Oeſterreich, der erzherzogliche Titel davon, iſt in dieſer Periode nicht aufgekommen, ſondern nur wieder erneuert worden 141. ob in dieſem Lande das Recht der Primogenitur in der ſiebenden Periode geherrſchet? 621. 622
Opferpfenning muß von den Juden alle Weyhnachten an den Kayſern entrichtet werden 582. 586
Ordalien, waren noch im Gange 577
Otto, Churfürſt von Brandenburg aus dem bayeriſchen Hauſe, überläßt die Churmark dem Kayſer Carl dem IV. 196
Ottokar, König von Böhmen, wie es bey ſeiner Belehnung zugegangen 421. 422

P.

Päbſte maſſen ſich der Oberlehnsherrlichkeit über Sicilien, Sardinien und Corſica, 52. imgleichen eine gar zu groſſe Gewalt über das teutſche Reich an 56. 57. ſie beſtätigen allezeit die römiſchen Kayſer 58. 60. wollen das Kayſerthum an Frankreich bringen 63. verlangen das Reichsvikariat 115
Panisbriefe, was der Endzweck derſelben geweſen 362. 363
Pappenheim, wird Reichserbmarſchall 69. hat Streitigkeiten mit der Stadt Nürnberg 317
Pfändungen, eigenmächtige, waren ſehr gewöhnlich 576
Pfalbürger in den Reichsſtädten, was für Streitigkeiten darüber entſtanden 278. u. ff.
Pfalz wird in verſchiedene Linien getheilet 623

Pfalzgrafen, wie ſie die Churſtimme geführt 181. u. ff. ſie bekommen ſolche allein, mit Ausſchlieſſung Bayerns 184
Pius der II., Pabſt, ſein Urtheil von dem Zuſtande des teutſchen Reichs 55
Poetenkrönung, wer ſie verrichtet, 400
Pohlen bezahlt eine Reichsſteuer an die Könige von Böhmen 45
Pommern wird in verſchiedene Linien getheilt 648. 649
Prälaten, was für welche gefürſtet worden 154
Prälaturen, einige derſelben werden eingezogen, 247. u. ff.
Prag, daſelbſt wird eine Univerſität geſtiftet, 377
Preuſſen wird durch den teutſchen Orden an das Reich gebracht 41 geräth in pohlniſche Hände 42
Primogenitur, wann ſie eingeführt worden 652. u. ff.
Privilegien, die Kayſer hatten das Reſervatrecht ſolche zu ertheilen 445. Beyſpiele davon 446. u. ff. Privilegia de non evocando werden ertheilt 556. 557
Protector von Teutſchland am Römiſchen Hofe, wer der erſte geweſen 347
Prüm, dieſe Abtey ſoll dem Erzſtifte Trier einverleibt werden 249 welches aber hintertrieben wird 250
Pulver, wann es erfunden worden. 615. 616

Q.

Quellen der deutſchen Reichshiſtorie in der ſiebenden Periode 5

R.

Rängſtreit der Churfürſten mit auswärtigen Geſandten 213. 214 unter ſich ſelbſt 214. u. ff. beſonders unter den Geiſtlichen 215 u. ff. welcher endlich beygeleget wird 218. 219. zwiſchen den Biſchöfen von Worms und Eichſtädt 404. zwiſchen einigen Adlichen 405
Regierungsform in Teutſchland iſt monarchiſch, aber eingeſchränkt 52. in den Reichſtädten ariſtokratiſch 274
Reichsabſchiede, deren findet man in dieſer Periode nur wenige 15. 16
Reichsadel, der unmittelbare vermehret ſich 285. ſchlieſſet verſchiedene Bündniſſe unter ſich 286 u. ff. wird mit zum Reichstage berufen 291
Reichs- erb- ämter einige neue ſind aufgekommen 71
Reichshöfe waren von den Reichstagen verſchieden, was darauf abgehandelt worden 296. auf denſelben herrſchte eine groſſe Pracht 297

Reichsinſignien, wo ſie verwahret, und wer damit nicht gekrönet worden 86. 87. u. ff. ſie werden nach Nürnberg gebracht 90
Reichskammer, was darunter verſtanden werde 268
Reichslehne, konnten nicht veräuſſert werden, ohne Willen des Kayſers 433. die erledigten ſuchten die Kayſer an ihr Haus zu bringen 434. 435
Reichsmatricul, Urſprung derſelben 296. Beyſpiele davon 597. wird zuweilen geändert 598
Reichspanier, wem es gegeben worden 604
Reichsſtädte, verſchiedene entſtehen in dieſer Periode 255. ſie muſten dem Kayſer huldigen 256. und eine Steuer errichten 264. 265. Regierungsform darinn 274. ſie vermehren ihre Gebiete 275 u. ff. haben Streitigkeiten mit den Fürſten und dem Adel 278 u. ff. ihre Abtheilung in gewiſſe Bänke 283. ſie ſind nicht immer auf den Reichstagen geweſen 310. 311
Reichsſtände nehmen Antheil an dem Rechte Geſetze zu geben 444. ingleichen an dem Rechte, Reichskriege zu führen 602. conditio privata derſelben 620. werden zuweilen von den Kayſern Unterthanen genannt 620. laſſen ihre Handlungen vom Kayſer beſtätigen 653. ihre weſentlichen Regalien 705. u. ff. ſie dürfen Juden in ihren Landen halten 713. u. ff. machen Landes- und Policey-Ordnungen 717. u. ff. viele derſelben erhalten erſtlich in dieſer Periode die Criminal-Jurisdiktion oder den Blutbann 721
Reichstage ſind häufig 300. der erſte ſoll allemal von einem Kayſer zu Nürnberg gehalten werden 301. wer dazu eingeladen worden 303. 306. ſie ſollen in Teutſchland gehalten werden 305. wie es darauf zugegangen 314 u. ff.
Reichsvikariat in Teutſchland, wem ſolches gebühre, und wem es anvertrauet werden 114 u. ff. in Italien 132. 133
Renſee, daſelbſt wird die Vorwahl des römiſchen Kayſers gehalten 89
Repreſſalien, eigenmächtige, waren ſehr gewöhnlich 576
Rheiniſcher Verein, wann und warum er geſchloſſen worden 236. 237. u. ff.
Ritterorden, einige werden von teutſchen Fürſten geſtiftet 710
Römiſcher König wurde nach ſeiner Wahl auf einen Altar geſetzt 83. im heutigen Verſtande finden ſich deren nur zweene in der ſiebenden Periode 111
Römiſches Recht nimmt in Teutſchland überhand 18
Roſtock, Stiftung der daſigen Univerſität, und Veränderungen, ſo damit vorgegangen 384. 385

Roth-Wachs, damit zu ſiegeln war ein Vorzug, der von den Kayſern ertheilt wurde 373. 374
Rothweil, das Hofgericht daſelbſt iſt merkwürdig 546. 547
Rudolf der *I.* beſtätigt den Herzog von Brabant 21. ſtellt die Oberherrſchaft des Reichs über Burgund wieder her 28. ſucht Ungarn an das teutſche Reich zu bringen, welches aber der Pabſt hintertreibt 43. übt die Rechte des Reichs über Italien aus 46. 47. ſchenkt dem Pabſte Romagna 51. ſtellt die oberſtrichtliche Gewalt der Kayſer wieder her 525. 526. ſucht die verlohrnen Reichsgefälle wieder herbey zu bringen 594
Ruprecht, Churfürſt von der Pfalz, ſtellt eine Verſicherung aus, wie er als Kayſer handeln wollen 17. die Stadt Aachen will ihn nicht zur Krönung einlaſſen, er erkläret ſie deswegen in die Acht, und läßt ſich zu Cöln krönen 93

S.

Sachſen, wie die Churwürde in dieſem Hauſe beſtimmt worden 191. 192. ſie kommt an das Haus Meiſſen 194. 436. Herzog Wilhelm von Sachſen verbietet ſeinen Unterthanen das Appelliren an andere Gerichte 563. das Haus Sachſen wird in verſchiedene Linien getheilet 628 u. ff. ſchließt mit Brandenburg und Heſſen eine Erbverbrüderung 660 u. ff.
Sachſen-Lauenburg, Entſtehung dieſes Herzogthums; die oberſächſiſchen Herzoge wollen die Herzoge von Lauenburg nicht für ihre Vettern erkennen 138. noch ſie zur Kayſerwahl zulaſſen 174 u. ff. ſie werden von der Churſtimme ausgeſchloſſen 190
Savoyen wird zum Herzogthum erhoben 146. der Graf Amadeus von Savoyen erhält ein privilegium limitatum de non appellando 562. der erſte Herzog Amadeus der VIII. führt die primogenitur daſelbſt ein 657
Schießgewehr, wann es angefangen in Gebrauch zu kommen 615 u. ff.
Schleſien wird der Krone Böhmen einverleibet 41
Schwaben, dieſes Herzogthum iſt erloſchen, Rudolf der I. und Ludewig der Bayer wollen es wieder aufrichten 135. 136. die Landvogtey und das damit verknüpfte Landgericht iſt merkwürdig 547. Veränderungen, ſo damit vorgegangen 548. Verrichtungen deſſelben 549. 550. die Schwaben hatten das Recht des Vorſtreits im Kriege 613
Schweiz wird vom teutſchen Reich getrennt, Gelegenheit dazu 39
Siegmund ſtellt vor ſeiner Wahl eine Verſchreibung von ſich, wie er als Kayſer handeln wolle 17. behauptet des Reichs Rechte über Oberlothringen 21. hält einen Reichstag in Ungarn

garn 305. iſt Protektor des Conciliums zu Coſtniz 336. nimmt ſich des teutſchen Münzweſens an 481 u. ff. giebt verſchiedenen Städten das Recht Münzen zu ſchlagen 484
Soldaten, ordentlich geworbene und beſoldete, kommen in dieſer Periode auf 608. 609
Stadtrecht wird von den Kayſern einigen Oertern ertheilet 722 u. ff.
Stapelrecht, was für eine Bewandniß es damit habe 465 u. ff. es wurde nicht blos von den Kayſern, ſondern auch von den Landesherren verliehen 468
Superioritas, wann und wie dieſes Wort in Deutſchland aufgekommen 695

T.

Teutſcher Orden bringt Preuſſen an das teutſche Reich 41. er muß aber einen Theil an Pohlen abtreten und den andern von dieſer Krone zu Lehn nehmen 42
Teutſche Sprache wird nach und nach in öffentlichen Handlungen gebraucht 76. 77
Teutſches Reich, Gränzen deſſelben in dieſer Periode 20. die Oberherrſchaft deſſelben erſtreckte ſich auch über ober- und nieder Lothringen 21. imgleichen über Brabant 22. und Limburg 23. ferner über Luxemburg 24. Hennegau und Flandern 25. über Arelat, welche vom K. Rudolf dem I. wieder hergeſtellt worden 28. imgleichen auch über Preuſſen 41. welches aber verlohren gehet 41. das Reich wird in gewiſſe Kreiſe eingetheilt 319 u. ff. 327. in vier 327. in ſechſe 328 u. ff.
Titulatur der Churfürſten 225. 226
Trier, die Churfürſten davon, bekommen das Erzkanzleramt durch Gallien 66. ihre Rangſtreitigkeiten 216 u. ff.
Tübingen, daſelbſt wird eine Univerſität geſtiftet 389. 390
Turnoſſen, war eine alte, jetzt unbekannte Münzſorte 518. 519

U.

Uniform in der Kleidung, wird bey den fürſtlichen Hofgeſinde in Teutſchland beobachtet 709
Univerſitäten, neue, werden geſtiftet 376 u. ff. welche für die erſte in Deutſchland zu halten ſey 377
Urßlingen, Herzoge davon, kommen in dieſer Periode vor 153

V.

Venerabiles war ein Titel der geiſtlichen Churfürſten, Canzler Ludewig will ihn von Venus ableiten 225

Verheyrathung fürſtlicher Prinzeßinnen, was dabey gewöhnlich geweſen 669
Vikariate über beſondere Rechte und Güter in Deutſchland, wem ſie aufgetragen worden 118 u. ff.
Vormundſchaften, Beyſpiele davon 680 u. ff. was in der güldenen Bulle, in Anſehung der Churfürſten, davon verordnet worden 683
Vorſtreit im Kriege, das Recht dazu hatten die Schwaben 613

W.

Wagenburg war im Kriege gewöhnlich 612
Wahl der Kayſer, wenn ſie zwiſtig war, mußte einer von den erwählten Kayſern ſechs Wochen und drey Tage Frankfurt umlagern, ehe er eingelaſſen wurde 81. 82. was in der güldenen Bulle davon vorgeſchrieben 84
Wahlcapitulationen kommen in dieſer Periode nicht vor 16
Wappen, die Kayſer geben neue und verbeſſern die alten 372. 373
Wenceslaus, der Kayſer, publicirt einen allgemeinen Landfrieden und theilt das Reich in vier Partheyen 320. giebt dem Nonnenkloſter zu St. Catharinen in Frankfurt ein Privilegium wider das jus primariarum precum der Kayſer 359
Wenceslaus der IV. König in Böhmen, *wird König in Pohlen* der Kayſer verlangt, daß er dieſes vom Reiche zu Lehn nehmen ſolle 44
Weſtphäliſche Gerichte, Beſchaffenheit derſelben 553 u. ff. ſie nehmen ſich viele Freyheiten heraus 554. 555
Wien, daſelbſt wird eine Univerſität geſtiftet 378. 379
Willebriefe der Churfürſten werden gewöhnlich 207. wann ſie nöthig geweſen 21
Würzburg, der Biſchof nimmt den Titel eines Herzogs von Franken an 136. 137. in der Stadt wird eine Univerſität geſtiftet, Veränderungen, ſo damit vorgegangen 382. der Biſchof Siegmund wird ſuſpendirt 698

Z.

Zölle gehn für die Kayſer nach und nach verlohren 452. einige neue werden angelegt 453 u. ff. andere erhöhet 457. 458
Zollexemtionen wurden ertheilt 460 u. ff.
Zollfreyheit errichteten einige Städte unter ſich 462. Ceremonien zur Erhaltung derſelben 463

232

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Häberlin, Franz Dominicus, 1720-1787

D. Franz Dominicus Häberlins, Herzogl. Braunschweig-Lüneburg. Geheimen-Justitz-Raths, ersten Lehrers der Rechte, des Teutschen Staats-Rechtes und der Geschichte auf der Julius-Carls-Universität zu Helmstedt, Teutsche Reichs-Geschichte
Bd.: 8.

Halle (1774)

Germ.g. 175-8
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10047660-6
VD18 90059824